

Steffi Lehmann

Jugendpolitik in der DDR

Anspruch und Auswirkungen



Nomos

Extremismus und Demokratie

Herausgegeben von
Prof. Dr. Uwe Backes
Prof. em. Dr. Eckhard Jesse

Band 35

Steffi Lehmann

Jugendpolitik in der DDR

Anspruch und Auswirkungen



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Chemnitz, Univ., Diss., 2017

ISBN 978-3-8487-4831-0 (Print)

ISBN 978-3-8452-8969-4 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die Jugendkultur im zweiten deutschen Staat war einerseits von den Zwängen der Weltanschauungsdiktatur geprägt, andererseits gelang es den Jugendlichen, für sich Freiräume zu schaffen. Im Laufe der vier Jahrzehnte ihres Bestehens nahm die SED-Diktatur Anpassungen vor – sei es aus eigenem Antrieb, sei es unter dem Druck der Verhältnisse. Steffi Lehmann nimmt sich dieser komplexen Thematik an, wobei sie die SED-Jugendpolitik von Anfang an bis zum Ende der DDR verfolgt. Damit erklärt sich wesentlich der Umfang der Arbeit.

In der Einleitung arbeitet die Autorin nach Darlegung des Untersuchungsgegenstandes ihre – doppelte – Leitfrage klar heraus: „Welche Ansprüche stellten die Machthaber an Heranwachsende, und wie wirkte die daraus resultierende Jugendpolitik, insbesondere im Freizeitbereich und auf Mitglieder nonkonformistischer Subkulturen?“ Sie fächert die Problemstellung durch Unterfragen weiter auf, etwa nach dem Idealbild der „sozialistischen Persönlichkeit“, nach der Vermittlung des Parteikonzepts im Schulwesen und nach den Funktionen der Freien Deutschen Jugend. Wie das Unterkapitel über Quellenlage und Forschungsstand ist das über die Methodik doppelgleisig angelegt. Beim „Verfahren“ zielt sie auf eine Verbindung von Textanalyse mit quantitativer Datenerhebung. Bei der Quellenkritik weist sie auf den Umstand hin, dass es nicht ohne weiteres zugänglich sei, die in der SED-Diktatur erhobenen Daten für bare Münze zu nehmen. Steffi Lehmann begründet überzeugend, wieso sie neben der jugendlichen Mehrheitsgesellschaft ebenso junge Angehörige aus subkulturellen Milieus heranzieht.

Den Kern der Studie stellen die Kapitel 3 bis 6 dar, die vier Phasen berücksichtigen: von 1949-1964, von 1965-1973, von 1974-1981 und von 1982-1990. Alle sind gleich aufgebaut: Dem Anspruch der offiziellen Jugendpolitik (Ziele, sozialistische Erziehungsdoktrin, Funktionen der FDJ) folgen die Konsequenzen (Einstellung zur FDJ, privater Raum und Freizeitgestaltung, Konformitätszwang und Anpassung sowie Nonkonformismus). Dieses Unterkapitel wird in drei Teile aufgefächert: Entwicklung der Jugendkultur, westliche Einflüsse in der DDR, staatliche Reaktionen. Das bis zum Schluss durchgehaltene Schema hat den Vorteil der Einheitlichkeit und erlaubt so Vergleiche zwischen den einzelnen Phasen. In der

ersten Phase wird ein gewisser Schwerpunkt bei der Jugendweihe gesetzt, in der zweiten bei den „Hans-Beimler-Wettkämpfen“, in der dritten bei der vormilitärischen Ausbildung und in der vierten beim waffenlosen Wehrersatzdienst. Auf diese Weise setzt sie jeweils andere Akzente. Die Autorin unterliegt mit ihrer quellennahen Interpretation nicht der Gefahr einer teologischen Sichtweise. Alle vier Kapitel sind nicht nur gut recherchiert, sondern auch mit großer Urteilskraft verfasst.

Die vergleichende Betrachtung fällt zu Recht umfassend aus, weil die Mammutkapitel zuvor ohne Fazit ausgekommen sind. Die Verfasserin unterscheidet dabei, ob die Jugend – so die Terminologie des Publizisten Rudolf Maerker, nach dem Ende des SED-Staates als Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit enttarnt – „Mitmacher“ oder „Schrittmacher“ war. Eine „Mitmacher“-Funktion fällt der Jugend zu, wenn sie die Initiativen der FDJ (mehr oder weniger freiwillig) unterstützte, eine „Schrittmacher“-Funktion, wenn ihre Initiative den Maßnahmen des Staates voranging. Aber hatte „die“ Jugend in einer Diktatur wie der DDR wirklich eine „Schrittmacherfunktion“?

In dem Unterkapitel über „Mitmacher“ rückt die Autorin die Beitrittsmotive zur FDJ in den Vordergrund. Politische Überzeugung überwog in keiner der vier Phasen. Wer der FDJ beitrug, wollte sich sein berufliches Fortkommen nicht verbauen. Was die Freizeitangebote der Jugendorganisation und die Freizeitgestaltung der Jugend betrifft, so überwiegen auch hier in allen vier Phasen die Parallelen. Die organisierte Freizeitgestaltung stieß auf keine große Sympathie. Mit Blick auf Konformitätszwang überwog Arrangement. Die Teilnahme an der Jugendweihe bedeutete in der Regel kein Bekenntnis zum Staat, sondern galt als Pflichtübung, ebenso die Wehrausbildung. Auch wenn die Gruppe der Nonkonformisten stets eine Minderheit bildete, schlug die Indoktrination selbst bei der Masse der anderen Jugendlichen nicht durch.

In dem Unterkapitel über „Schrittmacher“ kann die Autorin gut belegen, dass ostdeutsche Jugendliche sich mit Blick auf Musik, Mode und Freizeitgestaltung stark an westdeutschen Jugendlichen orientierten (z.B. Rock-'n'-Roll-Musik, Beatmusik, Bluesmusik, Punk- und Skin-Bewegung). Dieser Umstand stellte eine große Herausforderung für SED und FDJ dar, die gezwungen waren, darauf zu reagieren, sei es durch Repression, sei es durch Zugeständnisse. Steffi Lehmann zeichnet die westlichen Einflüsse Phase für Phase kundig nach. Anhänger der westlichen Subkulturen wirkten freilich nicht inspirierend auf die Masse der Jugendlichen, die sich mit dem System wohl oder übel arrangiert hatte.

Steffi Lehmann differenziert in ihrem politikwissenschaftlich angelegten Überblick zu den vier Phasen zwischen Herrschaftsanspruch, Herrschaftsausübung sowie angestrebter und realer Herrschaftsreichweite. Die Tabelle 1 lässt gut die Kontinuität der SED- und FDJ-Jugendpolitik erkennen, bei manchen Modifikationen im Einzelnen. So gab es in der dritten Phase eine gewisse Identifikation größerer Teile der Jugend mit der FDJ. Die staatlichen Reaktionen auf den subkulturellen Nonkonformismus wandelten sich von offener Repression zum stärkeren Einsatz Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit. Damit bestätigt die Autorin Ergebnisse aus anderen Studien, die nicht nur auf die Jugend bezogen waren. Der Anspruch der SED, die Jugend zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ zu erziehen, ließ sich nicht verwirklichen, auch wenn nur ein kleiner Teil offenes Aufbegehren an den Tag gelegt hat. Die Verfasserin nennt eine Reihe offener Fragen, die in der Tat zu untersuchen wären, so zu möglichen Unterschieden zwischen der akademisch und der nicht akademisch gebildeten Jugend. Der Hinweis auf solche ausgesparten Punkte zeigt das Problembewusstsein Steffi Lehmanns.

Die Stärken der Studie sind zahlreich: Die Autorin hat sich einer Mammutarbeit unterzogen (nicht nur wegen des langen Zeitraums, sondern auch wegen der komplexen Materie) und diese gut gelöst. Die auf zahlreichen ungedruckten Quellen sowie einer breiten Literaturgrundlage basierende Studie behandelt ebenso das Verhältnis zwischen der SED und der FDJ. Letztgenannte erhielt im Laufe der 1970er und 1980er Jahre mehr Kompetenzen, etwa im volkswirtschaftlichen Bereich. Die Auswirkungen des Anspruchs sind in einer Diktatur schwierig zu ermitteln. Insofern war die Heranziehung der Daten des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung, ungeachtet der Einschränkungen, ebenso konsequent wie die Befragung von Bundesbürgern, die die DDR besucht hatten, durch Infratest (mit allerdings eher wenigen Erkenntnissen zur DDR-Jugend). Die Quellenkritik der Autorin ist reflektiert.

Ohne jeden Soupçon gilt: Es handelt sich im besten Sinne um eine Fleißarbeit. Diese Gesamtdarstellung, in deskriptiver und analytischer Hinsicht gleichermaßen stark, dürfte Bestand haben.

Uwe Backes und Eckhard Jesse

Danksagung

Dieses Werk ist die geringfügig überarbeitete Fassung meiner Dissertation. Sie wurde im März 2017 von der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Chemnitz angenommen. Ich möchte zuerst Prof. Dr. Eckhard Jesse herzlich danken. Seine fachliche Betreuung und seine vertrauensvolle Unterstützung haben mir das Promotionsvorhaben ermöglicht. Er war ein hervorragender Doktorvater. Ich konnte mich trotz seines hohen Arbeitspensums jederzeit mit inhaltlichen Fragen und Problemen an ihn wenden, auch außerhalb seiner Doktorandenkreise. Prof. Dr. Eckhard Jesse hat die Dissertation nicht nur wissenschaftlich begleitet. Es ist vor allem seine menschliche Seite, die mich immer wieder tief beeindruckt.

Daneben möchte ich mich bei Prof. Dr. Alexander Gallus für sein Vertrauen und für sein Zweitgutachten bedanken. Großer Dank geht auch an die Hanns-Seidel-Stiftung e. V., die mich während meiner Promotion ideell und materiell förderte. Meine Dissertation ist mit jedem Promotionskolleg „Demokratie in Europa“ ein Stück weit gewachsen. Ich habe durch die konstruktive Kritik der Stipendiaten viel gelernt. Ich danke den Betreuern des Promotionskollegs Prof. Dr. Eckhard Jesse, Prof. Dr. Roland Sturm und Prof. Hans-Peter Niedermeier. Für die Organisation bedanke ich mich bei Isabel Küfer.

Darüber hinaus gilt mein tiefer Dank meinen lieben Freunden, vor allem Anja Rascher, Christiana Gransow, Benjamin Page, Alexander Kühn, Martin Bech, Linda Massino, Markus Freitag und Claudia Graichen. Ich danke zudem meinen Korrekturlesern für ihr Engagement, Dr. Tom Mannewitz für seine Ratschläge, den Mitarbeitern der Universitätsbibliothek der TU Chemnitz für ihre Ausdauer, Frau Hertel von der Außenstelle Chemnitz des BStU für ihren unermüdlichen Einsatz und meinen Vereinsfreunden vom Lern- und Gedankenort Kaßberg-Gefängnis e. V. und der VOS Bezirksgruppe Chemnitz.

Abschließend danke ich von ganzem Herzen meiner Familie für ihren Rückhalt, allen voran meiner Mutter Brunhild Lehmann, meinem Vater Holger Lehmann, meinen beiden Schwestern Antje und Veronika Lehmann sowie meinen Großeltern Rudolf und Ingeborg Schwarze. Meinem Freund möchte ich für seine Rücksichtnahme danken.

Chemnitz, November 2018

Steffi Lehmann

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	15
Tabellenverzeichnis	17
Abkürzungsverzeichnis	19
1 Einleitung	23
1.1 Untersuchungsgegenstand und Problemstellung	23
1.2 Quellenlage und Forschungsstand	28
1.2.1 Quellenlage	28
1.2.2 Forschungsstand	34
1.3 Methodik	42
1.3.1 Verfahren	42
1.3.2 Quellenkritik	45
1.4 Aufbau	52
2 Bezugsrahmen	58
2.1 Definitionen	58
2.1.1 Jugendpolitik der SED	58
2.1.2 Jugendlicher und Jugendalter	68
2.1.3 Freizeit	78
2.1.4 Jugendkultur und Subkultur	82
2.1.5 Zäsuren und Phasen	89
2.2 Phasen	94
2.2.1 Phase I: Konstituierung der Jugendpolitik	94
2.2.2 Phase II: Konkretisierung und Ausbau der Erziehungsinhalte	101
2.2.3 Phase III: Militarisierung und Distanzierung	110
2.2.4 Phase IV: Wachsende Diskrepanz und das Ende der Jugendpolitik	118

3	Konstituierung der Jugendpolitik (1949 bis 1964)	130
3.1	Jugendpolitik	130
3.1.1	Ziele	130
3.1.2	Sozialistische Erziehungsdoktrin	141
3.1.3	Funktionen der FDJ	154
3.2	Konsequenzen	171
3.2.1	Einstellung zur FDJ	171
3.2.2	Privater Raum und Freizeitgestaltung	186
3.2.3	Konformitätszwang und Anpassung	197
3.2.4	Nonkonformismus	217
3.2.4.1	Entwicklung der Jugendkultur	217
3.2.4.2	Westliche Einflüsse in der DDR	221
3.2.4.3	Staatliche Reaktionen	237
4	Konkretisierung und Ausbau der Erziehungsinhalte (1965 bis 1973)	257
4.1	Jugendpolitik	257
4.1.1	Ziele	257
4.1.2	Sozialistische Erziehungsdoktrin	270
4.1.3	Funktionen der FDJ	281
4.2	Konsequenzen	290
4.2.1	Einstellung zur FDJ	290
4.2.2	Privater Raum und Freizeitgestaltung	306
4.2.3	Konformitätszwang und Anpassung	320
4.2.4	Nonkonformismus	341
4.2.4.1	Entwicklung der Jugendkultur	341
4.2.4.2	Westliche Einflüsse in der DDR	346
4.2.4.3	Staatliche Reaktionen	366
5	Militarisierung und Distanzierung (1974 bis 1981)	388
5.1	Jugendpolitik	388
5.1.1	Ziele	388
5.1.2	Sozialistische Erziehungsdoktrin	399
5.1.3	Funktionen der FDJ	408

5.2	Konsequenzen	419
5.2.1	Einstellung zur FDJ	419
5.2.2	Privater Raum und Freizeitgestaltung	438
5.2.3	Konformitätszwang und Anpassung	456
5.2.4	Nonkonformismus	482
5.2.4.1	Entwicklung der Jugendkultur	482
5.2.4.2	Westliche Einflüsse in der DDR	488
5.2.4.3	Staatliche Reaktionen	510
6	Wachsende Diskrepanz und das Ende der Jugendpolitik (1982 bis 1990)	531
6.1	Jugendpolitik	531
6.1.1	Ziele	531
6.1.2	Sozialistische Erziehungsdoktrin	549
6.1.3	Funktionen der FDJ	566
6.2	Konsequenzen	579
6.2.1	Einstellung zur FDJ	579
6.2.2	Privater Raum und Freizeitgestaltung	598
6.2.3	Konformitätszwang und Anpassung	622
6.2.4	Nonkonformismus	647
6.2.4.1	Entwicklung der Jugendkultur	647
6.2.4.2	Westliche Einflüsse in der DDR	657
6.2.4.3	Staatliche Reaktionen	678
7	Vergleichende Betrachtung	700
7.1	Das Märchen von den „Baumeistern, Pionieren und Gestaltern“	700
7.2	„Mitmacher und Schrittmacher“	716
7.2.1	„Ja, das geloben wir“	716
7.2.2	„I can't get no satisfaction“	738
8	Schluss	766
8.1	Zusammenfassung	766
8.2	Offene Fragen	781

Inhaltsverzeichnis

9 Quellen- und Literaturverzeichnis	785
9.1 Quellenverzeichnis	785
9.1.1 Unveröffentlichte Quellen	785
9.1.2 Veröffentlichte Quellen	788
9.2 Literaturverzeichnis	844
9.2.1 Selbstständig erschienene Literatur	844
9.2.1 Unselbstständig erschienene Literatur	854

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Der Organisationsgrad der jugendlichen Gesamtbevölkerung in der FDJ von 1946 bis 1963 (in Prozent)	182
Abbildung 2:	Teilnahme an Jugendweihe und Konfirmation von 1955 bis 1989 (in Prozent)	212
Abbildung 3:	Anteil der FDJler an den Gesamtteilnehmern der „Zirkel junger Sozialisten“ und Anteil der Erwerber des Abzeichens „Für gutes Wissen“ von 1963, 1966 und 1967 (in Prozent)	293
Abbildung 4:	Antworten auf die Frage: „Aus welchem Grund wurden Sie Mitglied der FDJ?“ von 1966 und 1969 (in Prozent)	301
Abbildung 5:	Auswahl der Antwortmöglichkeit „sehr stark“ auf die Frage nach der Identifikation mit der DDR 1970, 1972 und 1975 (in Prozent)	303
Abbildung 6:	Auswertung der Umfragen des ZIJ von 1966 und 1969: „Weshalb werden Sie eines Tages Soldat der NVA?“ (in Prozent)	331
Abbildung 7:	Umfrage des ZIJ von 1969: „Sie haben sicher von der wehrsportlichen Aktion ‚Signal DDR 20‘ gehört. Wurden Sie bisher aufgefordert, an der Aktion teilzunehmen?“ (in Prozent)	339
Abbildung 8:	Anzahl der „Singeclubs“ sowie der „Literaturclubs“ der FDJ von 1969 bis 1975 (in absoluten Zahlen)	362

Abbildung 9: Anteil junger Industriearbeiter in der FDJ von 1955 bis 1980 (in Prozent)	420
Abbildung 10: Antwortmöglichkeit „vollkommen“ auf die Frage nach dem Grad der Zustimmung zu der Aussage: „Der Sozialismus wird sich in der ganzen Welt durchsetzen“ von 1970, 1975 und 1979 (in Prozent)	425
Abbildung 11: Wahrnehmung der FDJ-Gruppen in den Arbeitskollektiven von jungen Arbeitern aus dem Jahr 1977 (in Prozent)	429
Abbildung 12: Anteil der FDJ-Mitglieder in den JB von 1974 bis 1981 (in absoluten Zahlen)	432
Abbildung 13: Die drei am häufigsten genannten Antwortmöglichkeiten „sehr stark/stark“ auf die Frage nach den Interessen in der Freizeit im Vergleich zur FDJ-Arbeit 1978 (in Prozent)	448
Abbildung 14: Das Bildungswesen der DDR 1989	563
Abbildung 15: Ausgewählte Reaktionen auf die Aussage: „Nur die marxistisch-leninistische Weltanschauung hilft mir, unsere Zeit richtig zu verstehen“ von 1983 (in Prozent)	586
Abbildung 16: „Die ‚Szene‘ in der Entwicklung von 1983 bis heute“ vom Januar 1989	649
Abbildung 17: Übersicht zu Skinheads, Punks, Heavy-Metal-Fans und Gruftis in der DDR mit dem jeweiligen Anteil an IM für das Jahr 1989 (in absoluten Zahlen)	699

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Vergleichende Darstellung der Jugendpolitik und
 ihrer inhaltlichen Schwerpunkte von 1949 bis 1990 763

Abkürzungsverzeichnis

BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BArch	Bundesarchiv
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BZ	Berliner Zeitung
BV	Bezirksverwaltung für Staatssicherheit
CDU	Christlich-Demokratische Union
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DTSB	Deutscher Turn- und Sportbund
EOS	Erweiterte Oberschule
ESP	Einführung in die sozialistische Produktion
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
IM	Inoffizieller Mitarbeiter des MfS
JB	Jugendbrigade
JW	Junge Welt
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
MfS	Ministerium für Staatssicherheit

Abkürzungsverzeichnis

NATO	Organisation des Nordatlantikvertrags
ND	Neues Deutschland
NÖSPL	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung
NVA	Nationale Volksarmee
NZ	Neue Zeit
PA	Produktive Arbeit
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
POS	Polytechnische Oberschule
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
SAPMO-BArch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im BArch
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration
SoFd	Sozialer Friedensdienst
StGB	Strafgesetzbuch (der DDR)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO	Organisation der Vereinten Nationen
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
UTP	Unterrichtstag in der sozialistischen Produktion
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZIJ	Zentralinstitut für Jugendforschung
ZK	Zentralkomitee
ZR	Zentralrat

„Wir haben nur keine Freiheit für Verrückte,
sonst haben wir absolute Freiheiten überall.“

- *Walter Ulbricht, 1965* -

1 Einleitung

1.1 Untersuchungsgegenstand und Problemstellung

Der „Faktor Jugend“¹ nahm im politischen System der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) eine zentrale Stellung ein. Das Ziel der Jugendpolitik bestand in der Realisierung der „allseitig gebildeten und interessierten sozialistischen Persönlichkeit[...]“²; die Jugend³ sollte die neue Gesellschaftsordnung aufbauen und den Sozialismus verwirklichen.⁴ Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) bezeichnete sie als „Hausherren von morgen“, die sich laut Erich Honecker „nicht dadurch auszeichnen, daß⁵ sie sich nicht waschen, die Haare nicht schneiden lassen und Rohheiten gegenüber älteren Bürgern oder jungen Mädchen begehen“⁶. Die Begriffe Erziehung und Bildung spielten daher im Kontext der Jugendpolitik eine entscheidende Rolle.

Um die sozialistische Gesellschaft im Osten Deutschlands zu konstruieren, schuf die politische Führung einen Erziehungsplan, der das soziale Leben eines jeden DDR-Bürgers – der Begriff impliziert keineswegs die Existenz von Bürgerrechten⁷ – von der Kinderkrippe bis zur Rente begleitete. Die Menschen wurden, meint Klaus Schroeder, „kollektiv geformt und ideologisch gestählt“⁸; gerade die Jungen waren für das politische System die „Garanten der Zukunft“⁹. Sie bildeten den Ausgangspunkt bei der Planung der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung mit einer Herrschaft weniger über Millionen und waren sowohl „Adressaten als

1 Buddrus, Michael 1993, S. 265.

2 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1967, S. 32.

3 Mit den Begriffen Jugend, Jugendliche, Heranwachsende, Schüler, Lehrlinge usw. sind männliche und weibliche Personen gleichermaßen gemeint. In der Regel wird die männliche Form benutzt.

4 Vgl. Vogt, Hartmut 1969, S. 11.

5 Alle Primärquellen werden im Original nach der alten Rechtschreibung zitiert, ebenso wie die in den Werken verwendeten Abkürzungen, bspw. bei der Herausgeberschaft.

6 Honecker, Erich 1966, S. 70.

7 Vgl. Eckert, Rainer 1995, S. 1243.

8 Schroeder, Klaus 2013, S. 740.

9 Zimmermann, Verena 2004, S. 15.

auch Träger der kommunistischen Utopie¹⁰. Mit der Arbeit sollen der ideologische Anspruch der Jugendpolitik und die Lebensrealitäten der Jugendlichen zusammengeführt werden. Vor der genauen Fragestellung erfolgt eine kurze inhaltliche Hinführung.

Die Jugendpolitik der 1940er/50er Jahre war geprägt durch den Versuch, die im Nationalsozialismus aufgewachsene Generation in die neuen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Systeme der durch die Alliierten kontrollierten Gebiete zu integrieren. Ein Großteil der Heranwachsenden kam nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches zu der Erkenntnis, von den Nationalsozialisten „mißbraucht worden zu sein“¹¹. Diese Generation, so Ernst Friedländer, kannte „keinen anderen Zustand [...] als Nationalsozialismus und Krieg“¹². Die Zerschlagung nationalsozialistischer Denkweisen avancierte in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wie in den Westzonen Deutschlands zum jugendpolitischen Schwerpunkt. Anders als in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) wurde in der SBZ bzw. DDR das Porträt Adolf Hitlers in den Klassenzimmern gegen das von Wilhelm Pieck getauscht und die nationalsozialistische Propaganda vom Marxismus-Leninismus abgelöst. Nun fungierte die marxistisch-leninistische Ideologie als „theoretische Grundlage und praktische Anleitung für den Kampf der kommunistischen und Arbeiterparteien, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats und die sozialistische Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse“¹³.

Unter Leitung der aus Moskau gelenkten SED begann sukzessive die ideologische Indoktrination aller Bevölkerungskreise, insbesondere der künftigen Leistungsträger des Systems, der Jugend. Die Parole „Der Führer ist tot, es lebe der Generalsekretär“ brachte die Situation der Jugendpolitik in der SBZ auf den Punkt.¹⁴ Die Sowjetische Militäradministration (SMAD) unter Marschall Georgij K. Schukow genehmigte zunächst, wie die westlichen Siegermächte, den Aufbau vielfältiger Jugendverbände,¹⁵

10 Ohse, Marc-Dietrich 2006 (b), S. 157.

11 Westphal, Heinz 1993, S. 25.

12 Friedländer, Ernst 1947, S. 7.

13 Art. Marxismus-Leninismus, in: VEB Bibliographisches Institut (Hrsg.) 1976, S. 426.

14 Vgl. Buddrus, Michael 1993, S. 272.

15 Hierzu zählen kommunistische Jugendverbände, sozialistische Arbeiterjugendorganisationen, Sportjugendgruppen, berufsständische und religiöse Jugendorganisationen sowie unpolitische Wander- und Freikörperkulturgruppen. Allerdings enga-

verbot diese jedoch im Juli 1945 wieder.¹⁶ Da die Jugendpolitik unter sowjetischer Direktion stand, erhielten lediglich Antifaschistische Jugendausschüsse von der SMAD die Lizenz zur Aufnahme jugendpolitischer Tätigkeiten. Im Jahr 1946 entstand der Verband Freie Deutsche Jugend (FDJ); die Ausschüsse gehörten damit der Vergangenheit an. Der erste FDJ-Vorsitzende Erich Honecker erklärte im Juli 1945 dazu, Hitler habe die Jugend „ins Verderben und ins Elend gestürzt“, sie mache nun gut, „was die Naziführer an unserem Volk und der ganzen Welt versündigt haben“¹⁷.

Nach Gründung der FDJ, die ab Mitte der 1950er Jahre vom überparteilichen Jugendverband zur sozialistischen Massenorganisation aufstieg, betrachtete und behandelte die SED Jugendliche nach Meinung von Michael Buddrus als „homogene Masse, als monolithisches Objekt kommunistischer Entnazifizierungs- und Indoktrinationsbestrebungen“¹⁸. Als Beleg hierfür kann das erste Jugendgesetz von 1950 gelten. Nachdem die Verfassung vom 7. Oktober 1949 die Rechte und Pflichten der Jugend geregelt hatte, legte das Jugendgesetz vom 8. Februar 1950 die parteipolitischen Erwartungen an die „Pioniere der Nation“ fest; es folgte dem Credo, die Jugend „im Geiste des Friedens, der Freundschaft zwischen den Völkern, wahrer Demokratie und eines echten Humanismus als aktive und bewußte Bürger der neuen demokratischen Gesellschaft“¹⁹ zu erziehen. Die darin propagierte Solidarität galt allerdings nicht allen Staaten.

Laut Walter Ulbricht, stellvertretender Ministerpräsident der DDR und Hauptinitiator der Jugendpolitik, sollte jeder junge Mensch von „tiefem Haß erfüllt sein gegen den Imperialismus“²⁰ und seine Vertreter in Westdeutschland. Die Jugend müsse kämpfend für die Politik der SED eintreten und im sowjetischen Fortschritt eine Orientierung für das eigene Leben sehen. Dieser Anspruch durchzog alle Bereiche im Kinder- und Ju-

gierte sich nur ein geringer Teil der Jugendlichen in den Organisationen, begründet durch die negativen Erfahrungen in den NS-Jugendverbänden. Vgl. ebd., S. 274.

16 Vgl. Verlautbarung über die Bildung von Jugendausschüssen von 1945, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960, S. 23.

17 Honecker, Erich 1945: Neues Leben – Neue Jugend, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1977, S. 15.

18 Buddrus, Michael 1993, S. 279.

19 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950 (b), S. 95.

20 Protokoll der Provisorischen Volkskammer der DDR 1949/50, Drucksache Nr. 39, S. 172 ff., zitiert in: Skyba, Peter 2000, S. 71.

gendleben. Den Proklamationen der Machthaber zufolge trug die Masse der jungen Generation das Erziehungskonzept der sozialistischen Persönlichkeit bereitwillig mit. In öffentlichen Erklärungen betonte die SED die Verdienste der Jugend um den Aufbau des Sozialismus, während diese in der Realität oftmals ein politisches Doppelleben führte. Viele Jugendliche verinnerlichten, politisch erwünschte Worte in öffentlichen Räumen, wie der Schule oder dem Betrieb, wiederzugeben; im Privatleben und in der Freizeit spielte Politik kaum eine Rolle. Hans-Jürgen von Wensierski fasst dieses Doppelleben wie folgt zusammen: „Unter der blauen Fahne schmettete[n] sie sozialistische Kampflieder – unter dem Blauhemd trug[en] sie westdeutsche T-Shirts oder ein abgegriffenes Exemplar der BRAVO. Nach der obligatorischen ‚Rotlichtbestrahlung‘ in Staatsbürgerkunde und beim FDJ-Nachmittag bevorzugte[n] sie das postmoderne Outfit pluralistischer westlicher Jugendkulturen.“²¹

Die Übernahme westlicher Kleidungsstile und Musik registrierte die Staatsmacht argwöhnisch. Mitglieder subkultureller Kreise galt es, aufgrund ihres abweichenden, als „negativ-dekadent“ und „dekadent-imperialistisch“ bezeichneten Verhaltens zu sanktionieren. Der Kampf gegen die Verbreitung westlicher Moden unter den Jugendlichen währte bis zum Ende der DDR. Jugendliche, die sich dem vorgegebenen Gesellschaftsbild entzogen und der „kapitalistischen Unkultur und Unmoral“²² verfallen waren, d. h. der „psychologischen Kriegsführung“²³ des Westens unterlagen, passten nicht in das geforderte sozialistische Normengefüge. Aus Sicht der Erziehungsfunktionäre schmälerten sie den Erfolg politischer Errungenschaften wie sozialer Sicherheit und Frieden, kratzten am Image des gelobten polytechnischen Bildungswesens und hielten sich von der geforderten „sinnvollen“ Freizeitgestaltung fern. Den Rückzug in private Räume begrüßten die Erziehungsfunktionäre in den seltensten Fällen: Aufmüpfige, Einzelgänger oder Abweichler durfte es im sozialistischen Erziehungskosmos nicht geben. Das wusste die Mehrheit der jungen Generation, verschaffte sich eigene Freiräume und folgte aus opportunistischen Gründen den Vorgaben der Parteileitung, nicht zuletzt deshalb, weil anderweitiges politisches Denken schwerwiegende Konsequenzen haben konnte. In der Folge fiel das Verhältnis zwischen Anspruch und Realität ambivalent aus. Laut Eckhard Jesse „war das alltägliche Leben auch in einer totalitären

21 Wensierski, Hans-Jürgen von 2000, S. 69.

22 Honecker, Erich 1966, S. 56.

23 Junge Welt (JW) vom 29. Oktober 1958, S. 2.

Gesellschaft keineswegs durch die Politik völlig verplant und durch beständige Repression gekennzeichnet“, eine Legende aber sei, „dass sich der dortige Alltag von dem in einer Demokratie so gut wie nicht unterschied“²⁴.

Bislang sind die Ziele bzw. die Schwerpunkte der Jugendpolitik und deren praktische Auswirkungen in der wissenschaftlichen Literatur unzureichend untersucht, obwohl das Politikfeld spätestens ab Mitte der 1970er Jahre fest zum Bestandteil der ostdeutschen Gesamtpolitik gehörte.²⁵ Die Arbeit setzt die ideologischen Ansprüche der SED und die realen Auswirkungen der Jugendpolitik sowie den Umgang der Staatsmacht mit – vermeintlich – oppositionellen Jugendlichen von 1949 bis 1989/90 in einen Kontext.²⁶ Nach Mary Fulbrook werfen „Darstellungen der offiziellen Jugendpolitik [...] gewöhnlich weniger Licht auf die Aktivitäten und Interessen von Jugendlichen, die weder aktiv mitmachten noch lautstark rebellierten“²⁷. Und auch subkulturelle Milieus, die sich vom sozialistischen Mainstream abgrenzten, existierten in der DDR ebenso lange, wie die politische Führung den Anspruch hatte, sozialistische Persönlichkeiten hervorzubringen. Die Arbeit erhebt dabei keinen Anspruch, alle subkulturellen Stile bzw. das gesamte Erziehungs- bzw. Bildungsschema der DDR zu erfassen. Eine ausführliche Analyse der brutalsten Seiten, die sich in Heimen, Jugendwerkhöfen, psychiatrischen Heil- und Nervenanstalten, Krankenhäusern, Jugendgefängnissen, Umerziehungslagern, bei der Anwerbung zum Inoffiziellen Mitarbeiter (IM), beim Häftlingsfreikauf oder in Form von Zwangsadoptionen in menschenverachtender Weise zeigten, kann die Arbeit in ihrer Funktion als Überblicks- bzw. Einführungswerk nicht leisten.²⁸

24 Jesse, Eckhard 2015 (a), S. 217.

25 Vgl. Friedrich, Walter u. a. (Hrsg.) 1975, S. 124.

26 Die Jahre von 1949 bis 1971 wurden von der Autorin in der unveröffentlichten Masterarbeit aus dem Jahr 2013 mit dem Titel: „Sozialistisch arbeiten, lernen, leben“. Anspruch und Auswirkungen der SED-Jugendpolitik auf die Heranwachsenden in der Ära Ulbricht unter besonderer Berücksichtigung jugendlicher Subkulturen“ analysiert, zu diesem Zweck vertieft und umfassend ergänzt.

27 Fulbrook, Mary 2008, S. 135.

28 Vgl. für Einzelheiten: Prieß, Benno 2005; Wiegmann, Ulrich 2007; Glocke, Nicole 2011; Behnke, Klaus/Jürgen Wolf (Hrsg.) 2012; Krausz, Daniel 2012; Reier, Anke/Karsten Laudien 2013; Sachse, Christian 2013; ders./Rainer Buchwald 2014; Wölbern, Jan Philipp 2014; Steger, Florian/Maximilian Schochow 2015.

Die Leitfrage der Arbeit lautet: Welche Ansprüche stellten die Machthaber an Heranwachsende in der DDR, und wie wirkte die daraus resultierende Jugendpolitik, insbesondere im Freizeitbereich und auf Mitglieder nonkonformistischer Subkulturen? Bei der Analyse der Ansprüche ergeben sich folgende ergänzende Fragen: Welche Ziele verfolgte die SED mit ihrer Jugendpolitik? Wie sah das Idealbild der sozialistischen Persönlichkeit aus und wie schlugen sich die politischen Ansprüche bei der sozialistischen Erziehungsdoktrin im Schulwesen nieder, d. h. was bekamen die Jugendlichen in der Schule vermittelt? Welche Funktionen übernahm die FDJ?

Was die Auswirkungen der Jugendpolitik betrifft, gilt es zu klären, wie Jugendliche ihre Mitgliedschaft in der FDJ bewerteten und ob sie den Verband tatsächlich als ihre politische Interessenvertretung wahrnahmen. Da die SED Heranwachsende dazu drängte, sich auch im Freizeitleben regelkonform zu verhalten, stellt sich die Frage, inwieweit diese den Forderungen nach einer „sinnvollen“, d. h. vor allem einer kollektiven und staatlich gelenkten Freizeitgestaltung nachkamen. Ausgehend von den Beispielen zu Konformitätszwang und Anpassung, muss zudem geklärt werden, warum sich nur eine verschwindend geringe Minderheit gegen Jugendweihe, „Hans-Beimler-Wettkämpfe“, Wehrunterricht und Wehrdienst entschieden hatte bzw. ob die SED mit diesen Kampagnen ihrem Erziehungsideal näher gekommen war. Mit Blick auf die Subkulturen wird geklärt, was all die dargestellten Jugendkulturen vereint und wie die politische Führung versuchte, die westlichen Trends unter Jugendlichen zu kanalisieren. Wie gingen das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und die Volkspolizei mit Angehörigen subkultureller Milieus um?

1.2 Quellenlage und Forschungsstand

1.2.1 Quellenlage

Für die Analyse werden Archivbestände des ehemaligen MfS²⁹ und des Bundesarchivs³⁰ bzw. des Archivs der Stiftung Parteien und Massenorganisationen (BArch bzw. SAPMO-BArch), Studien des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ), Primärquellen aus der DDR und westdeutsche zeitgenössische³¹ Quellen sowie Sekundärliteratur verwendet.³² Die herangezogenen Primärquellen geben überwiegend Aufschluss über die allgemeinen erzieherischen Ansprüche. Sie werden grob in veröffentlichtes und

geheim gehaltenes Material unterteilt. Zur ersten Gruppe gehören: Lexika, Beschlüsse, Protokolle, Communiqués, Reden, Statuten, Programme, Stellungnahmen, Zeitschriften- und Zeitungsartikel sowie Gesetzestexte. Hingegen sind Akten, Lageberichte, persönliche Schriftwechsel, Dienstanweisungen u. Ä. aus den Beständen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS sowie des Bundesarchivs den unveröffentlichten Primärquellen zuzuordnen.

Bei zeitgenössischen jugendpolitischen Publikationen aus der DDR gibt es sehr wenige Werke, die ausschließlich jugendpolitische Inhalte aufweisen. Im Jahr 1971 erschien der Auswahlband „Staatliche Dokumente zur sozialistischen Jugendpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik“. Darin abgedruckt sind die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen und 15 Beschlüsse.³³ Mitte der 1970er Jahre wurde das „Wörterbuch zur sozialistischen Jugendpolitik“³⁴ veröffentlicht. Mit dem Glossar und „Meyers Jugendlexikon“³⁵ ist es möglich, notwendige Begriffe aus dem systemimmanenten Blickwinkel heraus zu klären. Ein 1986 vom Zentralrat (ZR) der

-
- 29 Sofern es möglich ist, wird bei den Dokumenten ohne Datum darauf verwiesen, aus welchem Jahr es stammen könnte. Anhaltspunkte dafür sind Jahreszahlen in dem Dokument bzw. andere Dokumente und Sekundärliteratur, in denen die betreffende Quelle genannt wird. Die Akten des MfS werden in der Regel paginiert (pag.) angegeben. Sind die Quellen nicht paginiert, wird darauf (nicht pag.) verwiesen.
- 30 Die Akten des Bundesarchivs sind nicht paginiert. Es wird sich an den im Dokument angegebenen Seitenzahlen orientiert, bei den digitalen Beständen an den durchlaufenden (handschriftlichen) Seitenzahlen. Vgl. online unter: Bundesarchiv (Hrsg.): http://www.bundesarchiv.de/findbuecher/argus/hilfeseiten/findbuecher_digitalisat.htm.
- 31 Mit zeitgenössisch ist die Zeitspanne vor 1990 gemeint. Diese Publikationen sind im Quellen- und Literaturverzeichnis bei den veröffentlichten Quellen zu finden.
- 32 Die Akten des MfS, BArch, SAPMO-BArch sowie die Studien werden mit Blatt (Bl.) angegeben. Im Gegensatz zu den Studien werden die Akten in der Arbeit nicht in der Kurzfassung zitiert. Im Quellenverzeichnis finden sich deren Bestand, Signatur und Aktennummer.
- 33 Vgl. Grundsätze für die Weiterentwicklung der Berufsausbildung als Bestandteil des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems vom 11. Juni 1968, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971.
- 34 Vgl. Art. Jugendpolitik der SED, in: Ebert, Horst u. a. (Hrsg.) 1975, S. 124-126.
- 35 Vgl. Art. Sozialismus und Kommunismus, in: VEB Bibliographisches Institut (Hrsg.) 1976, S. 597-599.

FDJ herausgegebener Sammelband mit dem Titel „Partei und Jugend“³⁶ vereint zwar eine Vielzahl an jugendpolitischen Dokumenten, führt aber entscheidende Beschlüsse, wie der Auswahlband von 1971, nur gekürzt auf.

Zu den weiteren Primärquellen zählen Schullehrbücher, Unterrichtshilfen für Lehrkräfte und Dokumentenbände über die Schulpolitik³⁷ sowie Sammelbände mit Redebeiträgen der beiden führenden Repräsentanten der Jugendpolitik, Erich Honecker und Walter Ulbricht.³⁸ Den reichhaltigsten Fundus bietet die vom Zentralkomitee (ZK) der SED herausgegebene Schriftenreihe „Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“. In jedem der insgesamt 21 Bände (hrsg. von 1951 bis 1989) finden sich vereinzelt jugendpolitische Dokumente. Dasselbe gilt für Veröffentlichungen der elf Parteitage der SED (1946 bis 1986) und der drei Parteikonferenzen (1949, 1952 und 1956). Informationen über das geforderte Persönlichkeitsprofil und über die Aufgaben der Jugend bergen Gesetzestexte, insbesondere die drei Jugendgesetze von 1950, 1964 und 1974. Derartige Quellen sagen jedoch wenig über die Aufgaben der FDJ aus.

Primärliteratur zur Funktionsweise der Massenorganisation im politischen System ist rar. Neben den Veröffentlichungen zu den zwölf Parlamenten der FDJ (1946 bis 1985) gibt es einige wenige zeitgenössische Schriftenreihen: Der vierteilige Band „Dokumente zur Geschichte der

36 Vgl. Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 3. September 1957 über die Begeisterung und Tatkraft der Jugend für die Verwirklichung der großen Ideen des Sozialismus, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.) 1986, S. 426-437.

37 Vgl. Aufgabenstellung zur weiteren Entwicklung der staatsbürgerlichen Erziehung der Schuljugend vom 2. Februar 1966; vgl. Lehrbuch Staatsbürgerkunde 2 1966; vgl. Unterrichtshilfen Zivilverteidigung Klasse 9 1978; vgl. Lehrgänge im fakultativen Unterricht der POS, Klassen 9 und 10 – Weiterentwicklung und Neueinführung zwischen 1985 und 1990, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991.

38 Vgl. Ulbricht, Walter 1963: Jeder Jugendliche ein überzeugter Sozialist vom 29. Mai. Aus der Rede auf dem VII. Parlament der Freien Deutschen Jugend vom 28. Mai bis 1. Juni 1963 in Berlin, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1968, S. 290-314; vgl. Honecker, Erich 1946: Die Freie Deutsche Jugend und die Grundrechte der jungen Generation. Referat auf dem I. Parlament der Freien Deutschen Jugend, Brandenburg an der Havel, vom 8. bis 10. Juni 1946, vom 8. Juni, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1977, S. 38-52.

Freien Deutschen Jugend“³⁹ (hrsg. von 1960 bis 1963) enthält Statuten und Stellungnahmen, die sich größtenteils auch in den Protokollen der Parlamente wiederfinden. Verantwortlich für die zweite bedeutsame Primärquelle, die 13-teilige Reihe „Beiträge zur Geschichte der FDJ“⁴⁰ (hrsg. von 1978 bis 1990), war die Sektion Geschichte der Rostocker Wilhelm-Pieck-Universität. Die Publikationen gleichen einer politischen Denkschrift, ebenso wie die 1971 von der Propaganda-Abteilung der FDJ publizierte Broschüre „Folgt ihrer Fahne“⁴¹.

Ähnlich verhält es sich mit den Chroniken zur „Geschichte der Freien Deutschen Jugend“⁴², zusammengestellt unter Leitung des Rostocker Historikers Karl Heinz Jahnke. Wenngleich die Darstellungen keineswegs frei von sozialistischer Propaganda sind, weisen sie doch wichtige historische Daten auf. Gleiches gilt für zensierte Zeitungsartikel. Diese parteipolitische Perspektive ist daher bei der Literaturanalyse zu berücksichtigen. Die Medien transportierten das von der SED gewünschte Bild der Jugend in die Öffentlichkeit und unterschieden plakativ zwischen „guten“ und „bösen“ Taten: Einerseits berichteten sie von arbeitswilligen Jugendbrigaden (JB) und von jubelnden FDJlern, andererseits von Krawallen und „Rowdytum“. Die Staatsbibliothek zu Berlin stellt für die Jahre von 1945 bis 1994 gegenwärtig drei Tageszeitungen aus der DDR online zur Verfügung: das Neue Deutschland (ND), die Berliner Zeitung (BZ) und die Neue Zeit (NZ).⁴³

Die Unterlagen des MfS liefern konkrete Hinweise auf die Entwicklung subkultureller Milieus in der DDR und bezeugen in einigen Fällen unfreiwillig die teilweise mangelnde Kenntnis der Mitarbeiter über jugendliche Trends. Die ZAIG-Berichte waren direkt an den Generalsekretär der SED sowie an ausgewählte Politbüromitglieder adressiert.⁴⁴ Oftmals beschrieben sie die politische Stimmungslage der jungen Bevölkerung. Im Sammelband „Die DDR im Blick der Stasi“ erschienen Auswahleditionen für die Jahre 1953, 1956, 1961, 1964, 1965, 1976, 1977, 1981 und 1989.

39 Vgl. Grundsätze und Ziele der Freien Deutschen Jugend, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960, S. 48.

40 Beiträge zur Geschichte der FDJ 1978.

41 Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Abteilung Propaganda (Hrsg.) 1971.

42 Jahnke, Karl Heinz u. a. 1978; ders. u. a. 1982.

43 Vgl. online unter: Staatsbibliothek zu Berlin (Hrsg.): http://zefys.staatsbibliothek-bberlin.de/ddr-presse/?no_cache=1.

44 Vgl. Vollnhals, Clemens 2002, S. 126.

Bernd Florath merkt an, ab Mitte der 1960er Jahre prägte die Berichte eine zunehmende Seriosität: „Sie lassen eine Kneipenschlägerei nicht [mehr] zur konterrevolutionären Emeute auswachsen“⁴⁵. Digital verfügbare ZAIG-Informationen für die Jahre 1953, 1956, 1961, 1965, 1976, 1977, 1981 und 1988 finden sich in der Datenbank des BStU.⁴⁶

Das Bundesarchiv beherbergt – wie bei den Akten des MfS der Fall – eine nicht zu überblickende Fülle an historischem Material. Folgende digital aufbereitete Aktenbestände sind für die Arbeit geeignet: Sitzungsprotokolle und Beschlüsse des Ministerrats, des Zentralsekretariats der SED und des Politbüros. Die Bestände im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde sind für die Beantwortung der Fragestellung insofern dienlich, als sie aus administrativer Sicht die Probleme und Erfolge der Jugendpolitik beleuchten. Aufgrund des beschriebenen Materialumfangs fiel die Entscheidung, sich auf Recherchearbeiten über die Wehrerziehung – ab den 1960er Jahren ein Kernelement der Jugendpolitik – zu begrenzen bzw. sich auf unveröffentlichte Meinungsumfragen zu konzentrieren.⁴⁷ Während die herangezogenen Dokumente des Ministeriums für Volksbildung vor allem über die praktische Durchführung des schulischen Wehrunterrichts, etwa über Teilnehmerzahlen, Kapazitäten in den Wehrlagern oder organisatorische Mängel informieren, geben die Akten zur FDJ mehr Auskunft über den Stand der wehrpolitischen Bewusstseinsentwicklung von Schülern und Lehrlingen. Die Bestände der Abteilung Jugend des ZK der SED lassen wiederum Resümees über Fortschritte und Defizite bei der sozialistischen Freizeitgestaltung zu, auch deshalb, weil sich darin einige Jugendstudien vom ZIJ zum Freizeitverhalten aus den 1960er/70er Jahren befinden, die nicht online abrufbar sind.⁴⁸

Viele der ab 1966 vom ZIJ durchgeführten Studien stellt das GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Originalform online bereit.⁴⁹

45 Florath, Bernd 2014, S. 36.

46 Da es sich bei den Dokumenten der ZAIG um digitale Quellen handelt, entfällt die Angabe paginiert. Vgl. online unter: BStU (Hrsg.): <http://www.ddr-im-blick.de/>.

47 Vgl. Typenstudie, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/159.

48 Vgl. Schnellinformation Teil III „ISA 68“. Intervallstudie: Das Persönlichkeitsbild junger Facharbeiter und Lehrlinge in volkseigenen Betrieben Leipzig von 1969, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/159; vgl. Zentralinstitut für Jugendforschung: „Feriensommer 69“. Abschlußbericht, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/161.

49 Von den über 450 größeren empirischen Studien befinden sich mehr als 230 im Kölner Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung. Vgl. Friedrich, Walter 2007, S. 44.

Weitere Originalstudien tauchen in zeitgenössischen Veröffentlichungen des Instituts auf,⁵⁰ in Büchern unter Herausgeberschaft des Leiters Walter Friedrich⁵¹ oder in Publikationen von Mitarbeitern⁵². Diese hatten vor der Schließung des Zentralinstituts am 31. Dezember 1990 die Gesellschaft für Jugend- und Sozialforschung gegründet.⁵³ Weitere Langzeituntersuchungen sind im Buch „Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse“⁵⁴ (1999) erschienen. Einige ehemalige Mitarbeiter wie Peter Förster, Uta Schlegel oder Bernd Lindner befassten sich bis in die 2000er Jahre mit der Arbeitsweise und den Ergebnissen des ZIJ.⁵⁵

Da nur sehr wenige Jugendstudien aus der DDR in Ost- und Westdeutschland öffentlich zugänglich waren,⁵⁶ mussten die meisten Wissenschaftler die Daten des ZIJ heranziehen.⁵⁷ Für westdeutsche Forscher war es unmöglich eigene Erhebungen in der DDR nach westlichen Maßstäben durchzuführen.⁵⁸ Eine Ausnahme bildeten die Stellvertreterumfragen des Münchner Meinungsforschungsinstituts Infratest, aufbereitet im Buch „Wiedervereinigung vor dem Mauerfall“ (2015). Bei dieser Methode der indirekten Befragung fungierten aus der DDR zurückgekehrte Bundesbürger von 1968 bis 1989/90 „sozusagen als ‚Sprachrohr‘ eines DDR-Bewohners“⁵⁹. Jedes Jahr erfolgten durch Infratest rund 1.200 Interviews dieser Art. Doch nahm die ostdeutsche Jugend in den insgesamt 27.000 Interviews eine Nebenrolle ein.⁶⁰

Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen griff zwar in seinen Jahresberichten 1971, 1987 und 1988 die Situation der Jugend in der DDR auf, in den 1980er Jahren aber verloren insbesondere die Dar-

50 Vgl. Gerth, Werner u. a. 1979.

51 Vgl. Friedrich, Walter 1966; vgl. ders. 1975.

52 Vgl. Wiedemann, Dieter 1981; vgl. Voß, Peter 1981 (a).

53 Als Nachfolgeeinrichtung entstand beim Deutschen Jugendinstitut in München eine Nebenstelle. Vgl. Stephan, Gerd-Rüdiger 1995, S. 732.

54 Vgl. Friedrich, Walter 1999.

55 Vgl. Förster, Peter 1995; vgl. ders./Uta Schlegel (Hrsg.) 1997; vgl. Lindner, Bernd 2004; vgl. Friedrich, Walter 2007.

56 Vgl. Hoffmann, Sabine 1984.

57 Vgl. Heyen, Rolf 1972; vgl. Micksch, Jürgen 1972; vgl. Helwig, Gisela 1984; vgl. Deja-Löhlhöffel, Brigitte 1986.

58 Vgl. Freiburg, Arnold/Christa Mahrada 1984, S. 135.

59 Holtmann, Everhard/Anne Köhler 2015, S. 29.

60 Vgl. ebd., S. 27-29 u. S. 50-54.

stellungen über deren politische Attitüde merklich an Relevanz.⁶¹ Die Friedrich-Ebert-Stiftung publizierte in den 1980er Jahren drei Sonderhefte über das Bildungswesen, die Wehrerziehung und den jugendlichen Alltag in der DDR. Oftmals fehlen jedoch Belege über die verwendeten Quellen,⁶² ebenso beim von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit herausgegebenen Heft „DDR. Fragen und Antworten“⁶³ (1986) oder bei der Broschüre der Christlich-Demokratischen Union (CDU) „... Erziehung zum Haß!“⁶⁴ (wahrscheinlich von 1975). Dabei sind es vor allem Publikationen über Wehrerziehung in der DDR, welche für die Arbeit von großem Nutzen sind, weil sie aus der Perspektive vor 1990 einen Einblick in die Militarisierung der Gesellschaft geben.

1.2.2 Forschungsstand

Mit dem Zusammenbruch der DDR erfuhr die SBZ- bzw. DDR-Forschung⁶⁵ einen grundlegenden Wandel. Standen vor 1989/90 Themen wie die politische und ökonomische Situation auf der wissenschaftlichen Agenda, trat mit der Öffnung diverser Archive⁶⁶ und dem dadurch erleichterten Zugang zu parteiinternen und bisher unter Verschluss gehaltenen Dokumenten ein Perspektivwechsel ein. Die nun einsehbaren Statistiken und Akten führten in der Forschung zur Besetzung neuer Themenfelder, wie Opposition und Widerstand, Konsumverhalten oder Umweltschutz. Wissenschaftler erhielten zudem neue Möglichkeiten, die Alltags- und Sozialgeschichte und damit das Verhältnis zwischen Jugend und FDJ in Ansätzen zu untersuchen. Rainer Eckert führte 1995 dazu aus, die FDJ sei an

61 Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1971; vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1987; vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1989.

62 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1982; vgl. dies. 1985; vgl. dies. 1988.

63 Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hrsg.) 1986.

64 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.) o. J. Laut den Akten des Bundesarchivs ist „Erziehung zum Haß“ aus dem Jahr 1975. Vgl. Information über eine von der CDU-Geschäftsstelle in Bonn 1975 herausgegebene Broschüre „Erziehung zum Haß – Jugend in der DDR“ (Nr. 8/1975). Büro Paul Verner, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.036/9, Bl. 139.

65 Bis Mitte der 1960er Jahre wurde von der SBZ-Forschung gesprochen. Vgl. Jesse, Eckhard 2008, S. 425.

66 Vgl. für Einzelheiten: Menne-Haritz, Angelika 2016.

der „Gleichschaltung und Disziplinierung vor allem von aufmüpfigen Schülern und Studenten beteiligt. Das ging von der Bespitzelung, der Denunziation von Mitschülern und Lehrern bis hin zu Ausschlußverfahren, die beispielsweise einer Relegation von einer Hochschule voranzugehen hatten.“⁶⁷

Doch fehlen gemäß Siegfried Suckut Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, „die hätten erkennen lassen, wie die angepasste schweigende Mehrheit der DDR-Bürger dachte und wie linientreu die vermeintlich Parteitreuesten unter ihnen, die SED-Mitglieder, waren“⁶⁸. Das ist einer der Gründe, warum die Alltagsgeschichte der DDR nach wie vor unterbelichtet ist und weshalb Thomas Lindenberger dafür plädiert, „auf mikrohistorischer Ebene die Interaktion von Herrschenden und Beherrschten zu beobachten und mit unserem Wissen über die DDR als diktatorisches System zu verknüpfen“⁶⁹. Es gibt keine Monografie zum Thema Jugendpolitik. Zwar kam es in den 1970er und 1980er Jahren durch Christa Mahrada und Peter Wensierski zu ersten Anläufen, die jugendpolitische Entwicklung und die Einstellungen der Jugend im ostdeutschen Teilstaat zu analysieren,⁷⁰ Publikationen jedoch, die sich ausschließlich mit der Jugendpolitik befassen, sind bisher selten.⁷¹ Ausnahmen bilden die 1961 und 1963 verabschiedeten Jugendkommunikés, die in der Wissenschaft mehr Beachtung fanden.⁷²

In den 1990er Jahren erschienen im Rahmen der Enquete-Kommission zwei Berichte über die Jugendpolitik der SED. Barbara Hille und Ulrich Mählert verknüpften diese mit dem Ausbildungssystem in der DDR und der Geschichte der FDJ.⁷³ Peter Skyba, der mit „Die FDJ im Kreislauf von Krise und Reform“⁷⁴ (2015) den aktuellsten Aufsatz zum Jugendverband liefert, legt seinen Forschungsschwerpunkt, ähnlich wie Mählert, auf die

67 Eckert, Rainer 1995, S. 1275.

68 Die SED zählte zum Schluss etwa 2,3 Millionen Mitglieder. Vgl. Suckut, Siegfried (Hrsg.) 2015, S. 10.

69 Lindenberger, Thomas 2000, S. 5.

70 Vgl. Mahrada, Christa 1977; vgl. Wensierski, Peter u. a. (Hrsg.) 1983; vgl. ders./Wolfgang Büscher (Hrsg.) 1984.

71 Vgl. Wierling, Dorothee 1994; vgl. Florath, Bernd 2014.

72 Jugendkommunikés waren veröffentlichte Ideologie- und/oder Politikkonzepte mit verpflichtendem Charakter – eine Art Denkschrift der SED. Vgl. Schuster, Ulrike 1995; vgl. Sachse, Christian 2006.

73 Vgl. Hille, Barbara 1995; vgl. Mählert, Ulrich 1995 (b).

74 Skyba, Peter 2015.

1950er/60er Jahre und zeichnet ebenfalls anhand der Geschichte der FDJ die Jugendpolitik in der DDR nach. Die vorgestellte Auswahl zur Einstiegsliteratur verdeutlicht zweierlei: Erstens stehen meist die 1960er Jahre im Zentrum wissenschaftlicher Betrachtung; zweitens ist eine Analyse der Jugendpolitik ohne eine Verbindung zur FDJ- und Bildungsgeschichte undenkbar. Den Grundstein zur Erforschung des sozialistischen Bildungswesens legten Jutta Wilhelmi, Oskar Anweiler und Brigitte Deja-Löhlhöffler in den 1980er Jahren.⁷⁵ Eine umfassende Darstellung darüber gelang Wissenschaftlern wie Bernd-Rainer Fischer oder Udo Margedant erst mit Hilfe öffentlicher Anhörungen und Recherchen in ostdeutschen Archiven im Verlauf der 1990er Jahre.⁷⁶ In der Folge entstanden ab Mitte des Jahrzehnts dutzende Publikationen über die Politisierung des Schulalltags.⁷⁷

Das Forschungsinteresse an der weltanschaulichen Erziehung in der ehemaligen DDR hält seit der Jahrtausendwende an. So untersucht Florian Bunke in „Wir lernen und lehren im Geiste Lenins ...“⁷⁸ (2005) die Auswirkungen des Staatsbürgerkundeunterrichts, u. a. mit Daten des ZIJ. Gerhard Barkleit und Tina Kwiatkowski-Celofiga illustrieren im Sammelband „Verfolgte Schüler – gebrochene Biographien“⁷⁹ (2008) den politischen Druck im alltäglichen Unterrichtswesen. In ihrem Buch von 2014 beleuchtet Letztgenannte verschiedene Arten abweichenden Verhaltens seitens der Schüler. Kwiatkowski-Celofiga stellt fest: Entgegen der Einschätzung der Erziehungsfunktionäre trieb Jugendliche, die der Jugendweihe oder der FDJ fernblieben, oftmals keine politische Protesthaltung.⁸⁰ Emmanuel Droit ließ im selben Jahr in „Vorwärts zum neuen Menschen“⁸¹ ehemalige Schüler wie Lehrer in Interviews zu Wort kommen. Seine Ausführungen über die Empfindungen der Schüler, als diese beim polytechnischen Unterricht in Volkseigenen Betrieben praktische Berufserfahrung sammeln sollten, sind in dieser Form einzigartig.

Während sich die Wissenschaft vor allem mit den repressiven Auswirkungen des politisch-ideologischen Erziehungssystems befasst und mitt-

75 Vgl. Wilhelmi, Jutta 1983; vgl. Anweiler, Oskar 1985; vgl. ders. 1988; vgl. Deja-Löhlhöffler, Brigitte 1988.

76 Vgl. Fischer, Bernd-Rainer 1995; vgl. Margedant, Udo 1995.

77 Vgl. Schneider, Ilona Katharina 1995; vgl. Geißler, Gert/Ulrich Wiegmann 1996; vgl. Sachse, Christian 1996 (b); vgl. Tenorth, Heinz-Elmar u. a. 1996.

78 Bunke, Florian 2005.

79 Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2008.

80 Vgl. dies. 2014, S. 151.

81 Droit, Emmanuel 2014.

lerweise Vergleiche zur NS- oder Kaiserzeit präsentiert,⁸² verblasst das Interesse an Forschungen über die FDJ. Dabei reicht der Ursprung bundesdeutscher Literatur, in der die hohe Bedeutung des Verbandes für das politische System der DDR zum Ausdruck kommt, bis in die 1950er/60er Jahre zurück.⁸³ Gerd Friedrich hatte diesen 1951 zum „Stoßtrupp des Kommunismus in Deutschland“⁸⁴ erklärt. Hanns-Peter Herz meinte 1957, die FDJ wolle „die Jugendverbände in der Bundesrepublik zersetzen, von ihrem politischen Weg abbringen“⁸⁵. Dennoch sollte es weitere 30 Jahre dauern, bis es Arnold Freiburg und Christa Mahrad gelang, deren Organisationsstrukturen und Aufgaben im Bildungs-, Wirtschafts- und Kulturwesen zu untersuchen.⁸⁶ Anfang der 1990er Jahre wuchs das Forschungsinteresse. Helga Gotschlich gab von 1994 an mehrere Bände über die Entstehungsgeschichte der FDJ heraus.⁸⁷

Um die Fragestellung beantworten zu können, ist es notwendig, die gesamte Entwicklung der FDJ nachzuvollziehen. Dazu bieten sich die Bücher von Ulrich Mähler⁸⁸ und von Gerd-Rüdiger Stephan an. Eingeteilt in zeitliche Phasen, schildert „Blaue Hemden, Rote Fahnen“⁸⁹ (1996) den Weg der Jugendorganisation unter ökonomischen, bildungspolitischen und kulturellen Gesichtspunkten von 1946 bis 1989. Im Gegensatz zu Helga Gotschlich und Mähler besinnt sich Michael Walter in „Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR“⁹⁰ (1997) weniger auf die Gründungszeit oder einen historischen Abriss des Verbandes als auf die Analyse dessen Sozialisations-, Kontroll-, Partizipations-, Rekrutierungs-, wirtschaftliche Leistungs- und Botschafterfunktionen. Mit seiner Untersuchung der Partizipationsfunktion der FDJ betrat er gewissermaßen wissenschaftliches Neuland.⁹¹

Ähnlich wie Helga Gotschlich untersucht Peter Skyba in „Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko“⁹² (2000) zwar die Entwicklung der

82 Vgl. Dengel, Sabine 2005.

83 Vgl. Schulze, Erhard-Veit 1960; vgl. Herz, Hanns-Peter 1965.

84 Friedrich, Gerd 1951.

85 Herz, Hanns-Peter 1957, S. 79.

86 Vgl. Freiburg, Arnold/Christa Mahrad 1982.

87 Vgl. Stephan, Gerd-Rüdiger 1994; vgl. Gotschlich, Helga 1996; vgl. dies. 1997.

88 Mähler, Ulrich 1995 (a); ders. 2001.

89 Ders./Gerd-Rüdiger Stephan 1996.

90 Walter, Michael 1997.

91 Vgl. ebd.; vgl. ders. 1996.

92 Skyba, Peter 2000.

FDJ, jedoch ohne Selbsteinschätzung der Jugendlichen, wie diese ihre Mitgliedschaft bewerteten. Vermutlich auch deshalb, weil sich die Forschung darüber einig ist, die FDJ hätte die wenigsten Jugendlichen politisch erreicht. Dennoch fehlt es vielen dieser Aussagen an einer Begründung, warum der Verband als lästiges Übel galt. Das aktuellste Werk über diesen erschien 2014, in welchem Anne Neunzig die FDJ mit der Hitlerjugend bzw. dem Bund Deutscher Mädchen vergleicht. Sie kommt zu dem Schluss, jede der drei Organisationen habe die Jugend zu bedingungslosem Gehorsam erziehen wollen; bei der FDJ sei es bei einer „Verbalisierung“⁹³ geblieben.

Die hohen Mitgliedszahlen dienen also keineswegs als Indiz für eine „erfolgreiche“ sozialistische Erziehung bzw. für die tatsächliche Identifikation der Mitglieder. Statistische Angaben zur FDJ erfordern eine besondere Vorsicht, da diese teilweise aus politischen Gründen geschönt wurden.⁹⁴ Zudem verschleierten manche Mitglieder und FDJ-Leitungen Austritte und deren Gründe bewusst.⁹⁵ Im Jahr 1995 wurde erstmals ein Statistikbuch zur Jugend in der DDR veröffentlicht. Nirgendwo sonst findet sich eine derart differenzierte Darstellung zu FDJ-Mitgliedern, kategorisiert nach Alter, Geschlecht und sozialer Herkunft.⁹⁶ Die von Dorle Zilch im Jahr 2009 vorgelegten Statistiken zur FDJ finden primär bei der Untersuchung zu Jugendbrigaden Anwendung.⁹⁷

Der Erziehungsanspruch der FDJ endete für die Jugendlichen nicht mit dem Besuch des „Studienjahres“ oder dem Ablegen des Blauhemdes nach Schulschluss. Deshalb werden die Auswirkungen der Jugendpolitik exemplarisch anhand der Einstellung der Jugend zur FDJ, des Freizeitverhaltens und an ausgewählten, meist mit dem Schulwesen verflochtenen Maßnahmen analysiert. Über die Haltung zur FDJ gibt es keine eigenständigen Publikationen, nur historische Quellen und Studien. Die Datenlage zum FDJ-Leben der 1950er Jahre ist im Gegensatz zu ihrem Gründungsmaterial aus den späten 1940er Jahren spärlich. Karl-Heinz Füssl, Kerstin Thöns und

93 Neunzig, Anne 2014, S. 290 f.

94 Tina Kwiatkowski-Celofiga verweist auf Statistiken aus dem Jahr 1959, in denen es zu erheblichen Differenzen kam. Vgl. dies. 2014, S. 177 f.

95 Vgl. Zilch, Dorle 1992, S. 66.

96 Die Statistiken erfassen erst ab 1953 auch die FDJler in den bewaffneten Organen. An den gegebenen Stellen wird darauf verwiesen. Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 181-183.

97 Vgl. Zilch, Dorle 2009.

Peter Skyba kommen dennoch übereinstimmend zu folgendem Ergebnis: Eine FDJ-Mitgliedschaft war für viele Heranwachsende besonders in den 1950er Jahren existenziell.⁹⁸ Da der Verband versuchte, seine politisch-ideologische Einflussnahme auf die junge Generation auch außerhalb staatlicher Institutionen auszubauen, bietet es sich an, das Freizeitleben ebenfalls zu analysieren.

In der DDR untersuchten dieses vor allem Helmut Hanke (Akademie für Gesellschaftswissenschaften) und Peter Voß (ZIJ). Entgegen den staatlichen Erwartungen belegten ihre Publikationen das anhaltende Interesse der Arbeiterjugend an der vom Staat geächteten Beatmusik und am Reisen außerhalb staatlicher Angebote.⁹⁹ In Westdeutschland befassten sich wenige Forscher mit dem Freizeitverhalten in der DDR. Jürgen Micksch legte 1972 mit dem Buch „Jugend und Freizeit in der DDR“¹⁰⁰ die erste umfangreiche Studie dazu vor und belegte anhand zahlreicher Beispiele, wie sehr sich die wahren Interessen der Heranwachsenden von dem reglementierten Freizeitangebot unterschieden. Erst 1986 erschien mit „Freizeit in der DDR“¹⁰¹ eine weitere Publikation, in welcher die jugendliche Freizeitgestaltung zumindest am Rande Erwähnung fand. Die ostdeutsche Freizeit- bzw. Jugendforschung erlebte – wie bei der Politisierung des Schulalltags oder der FDJ der Fall – mit Beginn der 1990er Jahre eine Hochkonjunktur. Jugendforscher Walter Jaide gelangte bei seinen Forschungen zu „Freizeit der Jugend im doppelten Deutschland“¹⁰² zu der Erkenntnis, die Freizeitinteressen von ost- und westdeutschen Heranwachsenden hätten sich kaum unterschieden. Derartig komparative Darstellungen der Freizeitinteressen zwischen Ost und West, von Schülern, Lehrlingen usw. wurden in den 1990er Jahren gängige Praxis, in der DDR erhobene Datensätze (durch das ZIJ usw.) dienten als Grundlage.¹⁰³

Mit der Hochblüte der Forschungen zu den Sozialisationsbedingungen der jungen Generation in der DDR¹⁰⁴ rückten einzelne Überzeugungskampagnen der SED verstärkt in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen Inter-

98 Vgl. Füssl, Karl-Heinz 1994; vgl. Thöns, Kerstin 1999; vgl. Skyba, Peter 2000.

99 Vgl. Hanke, Helmut 1979; vgl. Voß, Peter 1981 (b).

100 Micksch, Jürgen 1972.

101 Deja-Löhlhoffel, Brigitte 1986.

102 Jaide, Walter 1990.

103 Vgl. für Einzelheiten: Lindner, Bernd 1991; Nolteernsting, Elke u. a. 1992.

104 Vgl. für Einzelheiten: Neubauer, Georg u. a. (Hrsg.) 1992; Förster, Peter u. a. 1993; Gotschlich, Helga/Edeltraud Schulze (Hrsg.) 1996.

esses, insbesondere die Jugendweihe. Diese, meist im Schulwesen verankerten, politischen Vereinnahmungsversuche stehen in der Arbeit exemplarisch für den Anpassungsdruck, dem die Jugendlichen ausgesetzt waren. An der Entstehungsgeschichte und den Hintergründen der 1955 eingeführten Jugendweihe forschten Udo Rößling, Heinz-Elmar Tenorth, Hermann Wentker und Albrecht Döhnert. Alle meinen, die Jugendweihe sei von der Bevölkerung als ein unpolitisches Familienfest, weniger als sozialistisches Weiheritual wahrgenommen worden.¹⁰⁵ Im Gegensatz zur Jugendweihe, zu welcher die Spannungsverhältnisse zwischen Kirchen und Staat sowie Daten über Teilnehmerzahlen recht gut aufgearbeitet sind, gibt es zu den 1967 initiierten „Hans-Beimler-Wettkämpfen“ kaum Literatur, obwohl die Wehrerziehung das am besten erschlossene Gebiet der Jugendpolitik ist.

Die „Hans-Beimler-Wettkämpfe“, eingeführt zum Zwecke der Wehrbefähigung, finden sich in den meisten Publikationen als Randnotiz. Als führender Wissenschaftler auf diesem Gebiet bemängelt Christian Sachse, in der Bundesrepublik sei wenig über die Wehrerziehung in der DDR bekannt, deren Ursprünge nicht in den 1970er, sondern in den 1950er Jahren lägen. Zudem stünde meist der 1978 eingeführte Wehrunterricht im Mittelpunkt der Forschung.¹⁰⁶ Neben Sachse¹⁰⁷ sind es Bernd und Peter Eisenfeld¹⁰⁸ sowie Michael Koch, die sich der Aufarbeitung der Wehrerziehung verschrieben haben. Besonders Koch gelingt es, die Praxis in den Wehrlagern anschaulich darzustellen.¹⁰⁹ Gleichwohl existieren bislang nur wenige Informationen zu den Schülern, die den Wehrunterricht verweigerten. In den meisten Publikationen tauchen lediglich Prozentsätze auf, und es werden oftmals einzig die Probleme von christlichen Jugendlichen mit dem Wehrunterricht beleuchtet. Darin besteht ein weiteres Forschungsdesiderat: Wenn es um Konflikte mit dem politisierten Bildungswesen, dem Jugendverband, der Jugendweihe oder der Wehrerziehung geht, beschränkt sich die Analyse meist auf junge Christen und Studenten.¹¹⁰ Ver-

105 Vgl. Rößling, Udo 1992; vgl. Tenorth, Heinz-Elmar u. a. 1994; vgl. Wentker, Hermann 1995; vgl. Döhnert, Albrecht 2000; vgl. Neubert, Ehrhart 2013.

106 Vgl. Sachse, Christian 1996 (a), S. 4.

107 Vgl. ders. 1996 (b); vgl. ders. 2000; vgl. ders. 2004 (a u. b).

108 Vgl. Eisenfeld, Bernd/Peter Eisenfeld 1999 (a u. b).

109 Vgl. Koch, Michael 2000; vgl. ders. 2011.

110 Vgl. für Einzelheiten: Straube, Peter-Paul 1996; Schuster, Ulrike 1999; Helmberger, Peter 2008; Kaiser, Tobias/Heinz Mestrup 2012.

weigerten sich aber tatsächlich vor allem so viele Lehrlinge der FDJ, weil sie sich dem Verband, wie Rainer Eckert es beschreibt, relativ einfach entziehen konnten und ihre Ausbildungsplätze ohnehin gesichert waren bzw. weil sie in der Regel nichts vom Staat wollten?¹¹¹ Über die weltanschaulichen und ideologischen Kontroversen der Arbeiter- oder Landjugend gibt es bisher kaum Lektüre.

Dasselbe galt bis zum Jahr 2010 für die erste jugendliche Subkultur in der DDR, die Rock-'n'-Roll-Fans. Bis dahin widmete sich ausschließlich Wiebke Janssen den „Halbstarken“.¹¹² In den 1960er Jahren löste die Beat-Bewegung den Trend des Rock 'n' Roll in der DDR allmählich ab. Sie wurde 30 Jahre später zum Forschungsschwerpunkt von Michael Rauhut, Yvonne Liebing und Peter Wurschi.¹¹³ Mit den beginnenden 1970er Jahren entwickelten sich mit den Hippies, Bluesern, Trampern und „Gammlern“ neue subkulturelle Szenen. Die frühe ostdeutsche Hippie-Kultur ist am wenigsten erforscht und erfährt im Rahmen allgemein gehaltener Untersuchungen zu Jugendkulturen in beiden deutschen Staaten oberflächlich Beachtung.¹¹⁴ Der umfangreichste Sammelband über die Trumper-Bewegung in der DDR, „Bye bye, Lübben City“¹¹⁵, wurde 2004 von Rauhut und Thomas Kochan herausgegeben. Den steigenden Einfluss der evangelischen Kirche im subkulturellen Milieu der 1970er Jahre erörtert Dirk Moldt in „Zwischen Haß und Hoffnung“¹¹⁶.

In den meisten Publikationen über Subkulturen in der DDR geht es um die Punk-Bewegung der 1970er/80er Jahre.¹¹⁷ Über die Popper-, Breakdance-, Hip-Hop-, New-Romantic-, Grufti- oder Heavy-Metal-Szene ist fast so wenig bekannt wie über ostdeutsche Hippies, die in sehr enger Verbindung zur Blues-Bewegung standen.¹¹⁸ Im Vergleich zur Skinhead-Kul-

111 Vgl. Eckert, Rainer 1995, S. 1275 f.

112 Vgl. Janssen, Wiebke 2010 (a u. b).

113 Vgl. Rauhut, Michael 1993; vgl. ders. 2002; vgl. Liebing, Yvonne 2005; vgl. Wurschi, Peter 2007.

114 Vgl. Heubner, Thomas 1985.

115 Kochan, Thomas 2004.

116 Moldt, Dirk 2008 (b).

117 Vgl. für Einzelheiten: Wensierski, Peter/Wolfgang Büscher (Hrsg.) 1984; Remath, Conny 1999; Böhlke, Michael/Henryk Gericke (Hrsg.) 2007; Gerlach, Peter/Moritz Götze (Hrsg.) 2007; Paleczny, Gerhard u. a. 2014; Strasser, Axel 2015.

118 Vgl. für Einzelheiten: Wagner, Mike 2005; Schmieding, Leonard 2008; ders. 2014.

tur¹¹⁹ finden sich unter den Veröffentlichungen über die Punk-Bewegung viele biografische Erzählungen ehemaliger Punks¹²⁰ und von Mitgliedern populärer Bands¹²¹. Die Skinhead- bzw. Hooligan-Kultur in der DDR steht in der wissenschaftlichen Aufarbeitung stets in Zusammenhang mit Rechtsextremismus. Seit den 1990er Jahren fragt die Forschung, welche Ursachen den Rechtsextremismus in den neuen Ländern begünstigt hatten.¹²² Frank Schumann, einstiger Redakteur der FDJ-Zeitung *JW*, zog 1990 erste Bilanz: Weil sich die DDR als sozialistisch bzw. links ausgab, „mußte man Hakenkreuze malen und ‚Russen raus!‘ brüllen [...] und mit dem Deutschen Gruß prahlen“¹²³, um den Staat zu treffen. Der ostdeutsche Rechtsextremismus resultierte aus der falschen Jugendpolitik, so Schumann weiter.

1.3 Methodik

1.3.1 Verfahren

Zur Beantwortung der Fragestellung erfolgt eine historische Textanalyse in Verbindung mit quantitativen Datenerhebungen aus der DDR. Auf diese Weise ist es möglich, die Ansprüche (Textanalyse) mit den realen Konsequenzen (Auswertung der Studien) sinnhaft zu verknüpfen. Durch „Mixed Method Designs“¹²⁴ werden die Vorzüge beider Methoden genutzt: Die Aufarbeitung historischer Quellen dient der Darstellung der Jugendpolitik und kompensiert den häufigsten Vorwurf an die quantitative Methode, „Prozesse, Mechanismen und Variationen“¹²⁵ nicht ausreichend zu analy-

119 Das wohl bekannteste Buch zum Thema Rechtsextremismus in der DDR stammt von Ingo Hasselbach. Ders. 1993. Das Buch diente als Vorlage für den Film „Führer Ex“ (2002).

120 Vgl. für Einzelheiten: Winkler, Karl 1984; Kowalczyk, Angela 1996; Furian, Gilbert/Nikolaus Becker 2012; Willmann, Frank (Hrsg.) 2012.

121 Vgl. für Einzelheiten: Göldner, Diana 2002; Hahn, Anne 2008; Galenza, Ronald/Heinz Havemeister 2010.

122 Vgl. für Einzelheiten: Friedrich, Walter/Wilfried Schubarth 1991; Pfahl-Traugher, Armin 1991; Brück, Wolfgang 1992; Wahl, Klaus 1993; Friedrich, Walter 2001; Weiß, Konrad 2011; Schroeder, Klaus 2012.

123 Schumann, Frank 1990, S. 28.

124 Pickel, Susanne 2009, S. 517.

125 Riescher, Gisela u. a. 2011, S. 94.

sieren. Das bei der Untersuchung der Auswirkungen eingesetzte empirische Datenmaterial aus den Umfragen des ZIJ wiederum relativiert den Vorwurf, die hermeneutische Vorgehensweise sei subjektiv und normativ geprägt, wenngleich es sich bei den parteipolitischen Ansprüchen innerhalb der sozialistischen Jugendpolitik um Wunschvorstellungen handelte. Bei der Untersuchung über die Ansprüche der SED bzw. zu den Instrumenten der Erziehungsfunktionäre – gemeint sind Verbote und Gebote, politische Kampagnen (Riten) oder die Einführung bestimmter Schulfächer – kommen folgende Quellen zur Anwendung: Beschlüsse, Protokolle, Communiqués, Reden, Statuten, Programme, Stellungnahmen, Schullehrbücher und Gesetzestexte.

Im Umgang mit zeitgenössischen Dokumenten muss sich der Forscher kritisch mit deren empirischem Wahrheitsgehalt auseinandersetzen, da die Quellen nur bestimmte Ausschnitte historischer Prozesse reflektieren.¹²⁶ Für eine detaillierte Quellenanalyse sollten die Dokumente auf ihre Urheberschaft, den Erscheinungszeitpunkt, die Adressaten und auf ihre Intention hin geprüft werden.¹²⁷ Die Politikwissenschaft stellt in der Hermeneutik die Frage nach den persönlichen und subjektiven Interessen der Protagonisten, die sie zu gewissen Entscheidungen geführt haben.¹²⁸ In der Folge braucht es neben einer sauberen Quellenanalyse ein „gewisses ‚Einfühlungsvermögen‘ in die Denk- und Handlungsweisen [...] derjenigen Personen, deren Handeln man beschreiben will“¹²⁹. Der Forscher hat sich sozusagen in die Zeit und Sichtweise der politischen Akteure hineinzudenken, „um aus dieser Perspektive den Sinn der jeweils einzelnen, historischen Handlung nachvollziehen und damit auch erklären zu können“¹³⁰.

Auf den Untersuchungsgegenstand übertragen, gilt das im weitesten Sinne bspw. für Volksbildungsministerin Margot Honecker, deren Name wie kein anderer das Bildungssystem der DDR prägte.¹³¹ Dennoch werden Personaldebatten, private Querelen im Parteiapparat oder Ansichten einzelner Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft bewusst ausgeblendet, besteht doch das Anliegen der Arbeit darin, die Ansprüche und Auswirkungen des Politikfeldes zu analysieren und kein jugendpolitisches

126 Vgl. Reh, Werner 1995, S. 204 u. 206.

127 Vgl. Ondřej, Kalina u. a. 2003, S. 113 f.

128 Vgl. Bellers, Jürgen/Rüdiger Kipke 2006, S. 104.

129 Berg-Schlosser, Dirk/Theo Stammen 1992, S. 82.

130 Bellers, Jürgen/Rüdiger Kipke 2006, S. 99.

131 Vgl. Fischer, Bernd-Rainer 1995, S. 855.

Personalregister zu erstellen. Die Untersuchung der Auswirkungen basiert je nach Datenlage auf Erhebungen des ZIJ, deren Analyse deskriptiv-analytisch ausfällt.¹³² Gemäß Susanne Pickel erlauben Bevölkerungsumfragen „quasiexperimentelle Designs und objektive Analyseergebnisse“¹³³, weil sie Wertorientierungen, Einstellungen und Verhaltensweisen von Jugendlichen in ihrer ganzen Breite abbilden können.¹³⁴ Andere Erhebungen unter Jugendlichen erfolgten durch das Institut für Meinungsforschung¹³⁵ und die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften¹³⁶, dies aber in weitaus geringerer Zahl.

Das ZIJ realisierte jährlich oftmals über 20 größere empirische Forschungen, allein in den 1980er Jahren 17 Längsschnittstudien und Erhebungen mit jeweils 1.000 Probanden. Die dominierende Forschungsmethode des Leipziger Instituts waren Untersuchungen durch anonyme und schriftliche Fragebögen, da diese Methodik – der „Königsweg“¹³⁷ der damaligen Jugendforschung – wenig Kosten verursachte und eine hohe Effektivität versprach. Insgesamt erfolgten durch die Einrichtung über 450 empirische Studien zu verschiedenen Seiten des Jugendlebens. Mehr als 50 Titel konnten trotz Zensur veröffentlicht werden. Dazu kamen 80 bis 100 Dissertationen, rund 30 Habilitationsschriften und 1.000 bis 1.500 wissenschaftliche Aufsätze.¹³⁸ Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen schätzte 1971, zehn Prozent aller Jugendlichen in der DDR dürften durch Befragungen des Instituts erfasst worden sein.¹³⁹ Peter Förster, ehemaliger Mitarbeiter des ZIJ, meint, die Gesamtzahl der Befrag-

132 Vgl. Bernauer, Thomas u. a. 2009, S. 45 u. 93.

133 Pickel, Susanne 2009, S. 519.

134 Vgl. dies./Gert Pickel 2006, S. 31; vgl. ders. 2009, S. 297.

135 Es gibt eine für die Arbeit relevante Studie des Instituts für Meinungsforschung: Bericht über eine Umfrage zu einigen Problemen von Jugend und Politik vom 16. Januar 1967, in: Niemann, Heinz 1993, S. 149-181.

136 Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften entstand 1970. Damit war die DDR nach der Sowjetunion der zweite Staat weltweit, in dem eine Akademie die Leitlinien des Schulunterrichts vorgab. Vgl. Lindemann, Hans/Kurt Müller 1974, S. 46.

137 Wiedemann, Dieter 1998, S. 123.

138 Das Institut hatte kein Dissertations- oder Habilitationsrecht. Die Mitarbeiter reichten ihre Schriften bei Universitäten bzw. Akademien ein. Vgl. ebd., S. 122 f.; vgl. Friedrich, Walter 2007, S. 41, 44 u. 56 f.

139 Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1971, S. 220.

ten betrug in den 1960er/70er Jahren mitunter mehr als 10.000¹⁴⁰, in den 1980er Jahren meist rund 2.000.¹⁴¹

1.3.2 Quellenkritik

Vor einem unbedachten Umgang mit den Studien sei gewarnt. Die Jugendforschung in der DDR unterlag starken politischen Einschränkungen. Ohne das Einverständnis des Amtes für Jugendfragen waren Forschungsprojekte, Publikationsvorhaben und selbst der Besuch von Konferenzen durch die Mitarbeiter nicht möglich. Oftmals mussten sich diese vor dem ZK der SED, der Abteilung Jugend, dem ZR der FDJ, dem Ministerrat oder dem Amt für Jugendfragen zu den Studien rechtfertigen.¹⁴² Deren Manuskripte erreichten zunächst die Abteilung Jugend des ZK der SED, wo politische Kader entschieden, ob die Veröffentlichung einzelner Passagen „gegenwärtig politisch [...] richtig“¹⁴³ sei, welche Textstellen der Autor in seinem Bericht streichen sollte und inwieweit dieser „vom Standpunkt der Bestätigung die bisherigen Ergebnisse der Jugendpolitik [...] überprüfen würde“¹⁴⁴. Margot Honecker rügte den Direktor des ZIJ, Walter Friedrich, schon 1969 für seine „seit einiger Zeit immer offene[n] Positionen, die vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus äußerst diskutabel sind“¹⁴⁵. Ein Jahr später wurde die Herausgabe des „Handbuchs der Jugendforschung“ eingestellt und die Schriftenreihe „Jugendforschung“ verboten; die Ergebnisse widersprachen oftmals den Lageeinschätzungen des Ministeriums für Volksbildung.

140 Zum Vergleich: In den ersten bundesdeutschen Shell-Jugendstudien, die in den 1950er Jahren nicht immer vom Shell-Konzern finanziert wurden, lag die Stichprobengröße zwischen 1.000 und 1.500 Personen. Vgl. Coelen, Thomas u. a. 2014, S. 175.

141 Vgl. Förster, Peter 1995, S. 1216.

142 Vgl. Wiedemann, Dieter 1998, S. 119 u. 123.

143 Stellungnahme zum Manuskript des Genossen Dr. Friedrich „Verhaltensdetermination im Jugendalter“ vom 6. Dezember 1965, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/159, Bl. 1.

144 Ebd., Bl. 2.

145 Schreiben vom Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik. Ministerium für Volksbildung. Der Minister Margot Honecker an Siegfried Lorenz vom 12. September 1969, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/162, Bl. 2.

Aufgrund des politischen Drucks und gesetzlicher Regelungen, die es dem ZIJ von 1973 an untersagten, Umfragen im Bereich Volksbildung, gesellschaftlicher Organisationen oder bewaffneter Organe durchzuführen,¹⁴⁶ rechneten die Leipziger Wissenschaftler jederzeit mit der Schließung, ähnlich wie beim Institut für Meinungsforschung 1979.¹⁴⁷ Folglich prägten die politischen Vorgaben der SED maßgeblich ihre Arbeit. Deren Berichte erhielten nur wenige ausgewählte Mitglieder aus der politischen Führung. Diese wollten spätestens 1989 von den verheerenden Ergebnissen nichts mehr wissen.¹⁴⁸ Ehemalige Mitarbeiter schildern, ihre Vorschläge, die jugendlichen Interessen stärker zu berücksichtigen, hätten die „Herrschenden vom Tisch gewischt“¹⁴⁹. Dieter Wiedemann bestätigt, Jugendforschung in der DDR wurde „von Anfang an auch als ein Instrument der Jugendpolitik konzipiert und stand zugleich im Spannungsfeld von politischem Auftrag einerseits und wissenschaftlichem Erkenntnisdrang andererseits“¹⁵⁰.

Der größte Kritikpunkt bei der Verwendung jener Sekundärdaten ist die Frage nach deren Authentizität. Denn besonders in autokratischen Systemen muss bei Befragungen der Bevölkerung aufgrund von „sozialer Erwünschtheit“¹⁵¹ mit falschen bzw. unehrlichen Angaben gerechnet werden. Dieser Selection Bias ist in quantitativen Studien kaum zu beheben.¹⁵² Wie Kurt Möller feststellt, liefern die ZIJ-Studien „in ihrer Glaubwürdigkeit freilich nicht unbestrittene Daten“¹⁵³. Da „unpassende“ öffentliche Äußerungen zu Sanktionen führen konnten, schlug sich der Bias bei den Jugendstudien in Form von Doppelzüngigkeit nieder, obgleich die anonyme Fragebogenmethode ehrliche Antworten begünstigte. Vor allem in den 1980er Jahren hätten sich nach Dieter Wiedemann mehr Probanden getraut, den Fragebogen zur aktiven Stellungnahme zu nutzen.¹⁵⁴ Auch Barbara Hille ging Mitte der 1980er Jahre von „sozialwissenschaftlich

146 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1973 (a), § 4.

147 Vgl. Stephan, Gerd-Rüdiger 1995, S. 723; vgl. Friedrich, Walter 2007, S. 40.

148 Vgl. ebd., S. 722 u. 726.

149 Förster, Peter/Günter Roski 1990, S. 43.

150 Wiedemann, Dieter 1998, S. 118.

151 Pickel, Gert 2009, S. 312.

152 Vgl. Bernauer, Thomas u. a. 2009, S. 98.

153 Möller, Kurt 2000, S. 268.

154 Einige versahen den Fragebogen sogar mit persönlichen Kontaktdaten. Vgl. Wiedemann, Dieter 1998, S. 123.

fundierten Jugenduntersuchungen“¹⁵⁵ aus. Sie meinte, das ZIJ hätte den technischen und personellen Anforderungen moderner Sozialforschung entsprochen und solange die Daten ostdeutscher Forschungseinrichtungen „relativ transparent publiziert würden“¹⁵⁶, sei der Vorwurf widerlegt, die Ergebnisse könnten verfälscht sein. Doch die Ergebnisse wurden nicht transparent publiziert. Obwohl der Beschluss zur Jugendforschung vom März 1968 regelte, bedeutsame Resultate müssten zügig veröffentlicht werden,¹⁵⁷ herrschte ein Publikationsverbot. Von 1966 an unterstanden die Mitarbeiter der Schweigepflicht und die Forschungsergebnisse der weitgehenden Geheimhaltung.¹⁵⁸

Die Erziehungsfunktionäre wollten eine Veröffentlichung der Ergebnisse auf diese Weise prophylaktisch verhindern, insbesondere wenn diese der offiziellen Darstellung der Jugend als Generation von linientreuen jungen Sozialisten widersprachen. Dies hätte womöglich ein „falsches“ Signal an die Bevölkerung gesendet: Wenn die Jugendlichen nachweislich nicht hinter der Politik der SED standen, warum sollte dies für die Erwachsenen gelten? Während die Staatsmacht anfänglich kritisch ausfallende Meinungsuntersuchungen veröffentlichte, um Funktionäre auf Mängel in der Bildungsarbeit hinzuweisen, wie Rudolf Maerker annimmt,¹⁵⁹ unterlagen die „negativen“ Resultate des ZIJ, etwa Untersuchungen über das soziale Profil von Studenten aus den 1970er/80er Jahren, strikter Geheimhaltung. Entgegen den offiziellen Statistiken studierten eben nicht mehrheitlich Arbeiter- und Bauernkinder.¹⁶⁰

Das prominenteste und wohl absurdeste Beispiel aus der ostdeutschen Jugendforschung sind die „Pilzkopfstudien“ aus dem Jahr 1968.¹⁶¹ Mit der Befragung von über 300 Jugendlichen untersuchten die Wissenschaftler deren politische Einstellung, die aus der Perspektive der SED hätte deutlich negativer ausfallen müssen. Bernd Lindner schildert, das ZIJ habe „gar nicht anders [gekonnt], als eine Jugendrealität zu spiegeln, die mit

155 Hille, Barbara 1984, S. 12.

156 Ebd., S. 15.

157 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1968 (a), S. 100.

158 Vgl. Stephan, Gerd-Rüdiger 1995, S. 732 f.

159 Die Enttarnung Rudolf Maerkers als IM des MfS ist für die Beantwortung der Fragestellung zwar nicht von Bedeutung, sei aber erwähnt. Vgl. Maerker, Rudolf 1969, S. 73 f.

160 Vgl. Friedrich, Walter 2007, S. 54 f.

161 Vgl. Wierling, Dorothee 1994, S. 413; vgl. Poiger, Uta G. 2003, S. 21.

den Wunschbildern der SED-Führung wenig gemein hatte¹⁶², und ergänzt, „ein authentisches Bild jugendlicher Subkulturen blieb die ostdeutsche Jugendforschung dennoch schuldig“¹⁶³. Gert Geißler verzeichnet bereits ab den 1970er Jahren eine steigende Verlässlichkeit der empirischen ZIJ-Befunde und mahnt zugleich vor systemkonformen Antworten, gerade von politisch kritisch eingestellten Jugendlichen, die der Anonymität wenig vertrauten.¹⁶⁴ Deshalb wird in der Arbeit, sofern es möglich ist, auf die organisatorischen Rahmenbedingungen der Befragungen verwiesen. Peter Förster versicherte im Rahmen der Enquete-Kommission, die Auswahl der Befragungsorte geschah zufallsgesteuert und die Untersuchungen wurden methodenkritisch geprüft.¹⁶⁵ Er unterstreicht: „Von den skizzierten Voraussetzungen her kann von einer methodisch *gut gesicherten, weitgehend repräsentativen Datenbasis* ausgegangen werden. Dabei geht es nicht um den Nennwert dieser oder jener Prozentangabe [...], sondern um die ablesbaren grundsätzlichen Tendenzen, Trends und Zusammenhänge.“¹⁶⁶

Obwohl Walter Friedrich eingesteht, die Studien des ZIJ konnten aus politischen Gründen nicht repräsentativ gestaltet werden, bestätigt er, die „nachgewiesenen zeitgeschichtlichen Trends bei Lehrlingen, jungen Arbeitern, Schülern und Studenten [zeigen] bemerkenswerte Wandlungen der Mentalitätsstrukturen“¹⁶⁷. In der Arbeit führen weniger absolute Zahlen als vielmehr entscheidende Entwicklungen zu heuristischen Schlussfolgerungen. Es geht um den „durchschnittlichen Effekt“¹⁶⁸. Nach Antonia Grunenberg sage „das Bild, das die empirische Forschung bei aller ideologischen Beschränktheit von der Jugend vermittelt, [...] über die Mehrheit der Jugendlichen durchaus Zutreffendes aus“¹⁶⁹. Diese Mehrheit stand, so Florian Bunke, zu jeder Zeit unter politischem Druck, gleich ob die Identifikation mit dem politischen System laut den Umfrageergebnissen hoch oder niedrig ausfiel. Er entkräftet die Behauptung vom ZIJ als Rädchen im SED-System, indem er anführt, das Institut sei der Staatsmacht über viele

162 Lindner, Bernd 2004, S. 115.

163 Ebd., S. 124.

164 Vgl. Geißler, Gert 2011, S. 925; vgl. ders. 2013, S. 156 f.

165 Vgl. Förster, Peter 1995, S. 1216 f.

166 Ebd., S. 1217 f. Hervorhebung im Original.

167 Friedrich, Walter 1990, S. 25.

168 Bernauer, Thomas u. a. 2009, S. 93.

169 Grunenberg, Antonia 1990, S. 137.

Jahre hinweg wegen seiner kritischen Analysen ein Dorn im Auge gewesen.¹⁷⁰

Walter Friedrich erklärte im November 1989 in einer persönlichen Mitteilung gegenüber Egon Krenz, der wohl fast alle Studien erhielt, es existierten mit Ausnahme derer vom ZIJ fast keine repräsentativen Berichte über das Denken der Bevölkerung.¹⁷¹ Die geringe Zahl an zuverlässigen sozialwissenschaftlichen Forschungen resultiere, so Friedrich 1990, aus der „jahrzehntelange[n] Praxis des früheren autoritären Herrschaftssystems [...], das zwar viel von der Notwendigkeit ‚objektiver Analysen‘ redete, gleichzeitig aber alles tat, um diese zu verhindern“¹⁷². Tatsächlich hatten sich bis zum Herbst 1989 alle Gesellschaftswissenschaften der SED untergeordnet und die Mitarbeiter des ZIJ Gerd-Rüdiger Stephan zufolge oftmals „an den eigentlichen Konfliktfeldern ‚vorbeigeforscht‘ [...], durch suggestive Fragestellungen in manchen Untersuchungen falsche, zumindestens beschönigende Resultate ermittelt“¹⁷³. Seiner Meinung nach liefern die Studien vom einzigen Meinungsforschungsinstitut der 1980er Jahre dennoch „ein recht authentisches Bild von quantitativen und qualitativen Entwicklungen, wie es durch andere Unterlagen nicht wiedergegeben werden kann“¹⁷⁴.

Zu den aussagekräftigsten westdeutschen Studien vor 1989/90 gehören Befragungen unter „Republikflüchtigen“ in Notaufnahmelagern, Umfragen unter Bundesbürgern, die sich kurz in der DDR aufgehalten hatten (Infratest), nicht repräsentative Umfragen während internationaler Festivitäten und Informationen der Forschungsstelle Hannover, die von 1967 bis 1991 Daten aus Ost- und Westdeutschland gesammelt hatte. Nicht nur Heinz Niemann geht deswegen davon aus, das ZIJ habe über die Einstellungen der Jugend „die bisher solidesten Aussagen empirischer wie theoretischer Art“¹⁷⁵ hervorgebracht. Forschern blieb und bleibt bei der Analyse zur Jugendpolitik nichts anderes übrig, als mit in der DDR erhobenem

170 Vgl. Bunke, Florian 2005, S. 80 f.

171 Vgl. Friedrich, Walter 1988: „Einige Reflexionen über geistig-kulturelle Prozesse in der DDR“. Expertise des Direktors des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig, Walter Friedrich, für Egon Krenz vom 21. November, in: Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.) 1994, S. 41; vgl. Leinemann, Susanne 2006, S. 449.

172 Friedrich, Walter 1990, S. 25.

173 Stephan, Gerd-Rüdiger 1993, S. 231.

174 Ders. 1995, S. 733.

175 Niemann, Heinz 1995, S. 128.

Datenmaterial zu arbeiten.¹⁷⁶ Die Statistiken des ZIJ lassen zwar verallgemeinernde Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit der Jugend zu, aber aufgrund der Zensur- und Vorgabepolitik der Parteileitungen war es erst Mitte der 1970er Jahre möglich, jugendliche Trends wie den Zusammenschluss in autonomen Freizeitcliquen zu analysieren. Themen wie die Notwendigkeit der Mauer, Jugendflucht oder Subkulturen blieben bis auf wenige Ausnahmen tabu.¹⁷⁷

Bei der Analyse zu den subkulturellen Stilen kommen deshalb hauptsächlich Akten des MfS, wie Lageeinschätzungen und Dienstanweisungen, zum Einsatz, jedoch selten Berichte von IM, da diese zu personenbezogenen und daher subjektiv sind. Die Arbeit mit Dokumenten der Geheimpolizei verlangt einen distanzierten Blick. Wie nicht nur Jens Gieseke ausführt, sollte der Forscher nicht alles „für bare Münze“¹⁷⁸ nehmen. Aufgrund der Fülle an Unterlagen ist es schlichtweg unmöglich, alle Dokumente mit Blick auf subkulturelle Ausprägungen auszuwerten bzw. alle Subkulturen in der DDR detailliert zu erfassen.¹⁷⁹ Dies erscheint auch nicht zielführend, da der Schwerpunkt der Arbeit nicht die Aufarbeitung der bislang unzureichend erforschten Subkulturen ist, sondern die Analyse des Umgangs mit ihnen.

Anhand von Subkulturen lässt sich nachvollziehen, wie die Erziehungsfunktionäre mit der verpönten westlichen Lebenseinstellung unter bestimmten Jugendlichen umgingen und mit welchen Methoden sie versuchten, „antisozialistische“ Einflüsse zu kanalisieren, einzudämmen oder gar für sich zu nutzen. Mitglieder subkultureller Milieus sind daher prädestiniert für die Darstellung von (mehrheitlich unpolitischem) Nonkonformismus in der DDR, der eine Ausnahme blieb.¹⁸⁰ Eine solche Analyse ist wissenschaftlich seriös jedoch nur bei einer entsprechend guten primären wie sekundären Quellenlage möglich. Aus diesem Grund werden für die Untersuchung folgende subkulturellen Stile in den Blickpunkt gerückt: Rock-'n'-Roll-Fans (1950er Jahre), Beat-Fans (1960er Jahre), Blueser/

176 Ostdeutsche (ZIJ-)Studien verwenden: Hille, Barbara 1995, S. 1295-1297; Menzel, Rebecca 2004, S. 141 f.; Sachse, Christian 2004 (a), S. 44; Fulbrook, Mary 2008, S. 87-89; Rogg, Matthias 2008, S. 214 f.; Koch, Michael 2011, S. 15; Reichel, Thomas 2011, S. 302 f.

177 Vgl. Förster, Peter 1995, S. 1249 f.; vgl. Lindner, Bernd 2004, S. 115.

178 Gieseke, Jens 2007, S. 97.

179 Bekannte Subkulturen sind Blueser, Heavy-Metal-Fans, Punks, New Wave, Hip-Hop oder Country- und Western-Fans. Vgl. Wicke, Peter 1995, S. 596.

180 Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha 2009 (b), S. 155 f.

Tramper/„Gammler“ (1970er Jahre) sowie Skins bzw. fanatische Fußballanhänger, Punks, Heavy-Metal-Fans und Gruftis (1980er Jahre).¹⁸¹ Nur zu diesen Jugendkulturen gibt es ausreichend aufschlussreiche, zuverlässige, fundierte und umfassende Quellen, auch wenn über einige Milieus generell mehr bekannt ist als über andere.

Es geht weniger darum, eine Minderheit in der Minderheit zu analysieren, als vielmehr ein Überblickswerk zu schaffen, weshalb die Untersuchung zu den Subkulturen eine Art Gegenpol zur jugendlichen Mehrheitsgesellschaft darstellt. Eine andere repräsentative Gruppe wären junge Christen, die sich kontinuierlich im Spannungsfeld zwischen Glauben und staatlichem Absolutheitsanspruch befanden.¹⁸² Unter ihnen gab es laut Jugendforscher Günter Lange „ebenso wie unter atheistischen Jugendlichen angepaßte wie auch kritisch-engagierte Persönlichkeiten“¹⁸³. Wenngleich sie eine weitaus schärfere Sichtweise auf Alltagsprobleme oder für Umweltfragen entwickelt hatten, sich häufig stärker mit der Bundesrepublik identifizieren konnten und sich von der herrschenden Politik in vielen Fällen ausgegrenzt fühlten, unterschieden sie sich in ihrer Kritik an der Parteiführung nicht merklich von atheistischen Jugendlichen.

Junge Christen und Angehörige subkultureller Milieus differierten oftmals hinsichtlich Organisation und äußerem Erscheinungsbild, weniger jedoch nach ihrer sozialen Herkunft. Ein gläubiger junger Arbeiter konnte sich in den 1970er Jahren genauso mit der Blues-Szene identifizieren, so wie es etliche Punks in den 1980er Jahren in die Kirchen zog. Denn im Gegensatz zu „organisierten“ jungen Christen, die öfter auf den Rückhalt engagierter Kirchenmitarbeiter vertrauen konnten und mit denen das MfS wohl anders, aber nicht glimpflicher umging, hatten Mitglieder von Subkulturen, die allesamt unter dem Verdacht standen, potentielle „Straftäter“ zu sein, jedenfalls bis in die 1970er Jahre hinein keine Instanz, die sich schützend vor sie stellte. Es brauchte kein religiöses Bekenntnis oder keine kritischen politischen Äußerungen, sondern Cowboystickereien auf der Kleidung oder längeres Haar, um von der Staatsmacht kriminalisiert zu werden. Allein durch ihr Äußeres hoben sie sich von der 14- bis 25-jährigen Mehrheitsgesellschaft ab, die von der Jugendforschung grob in Schüler, Lehrlinge, junge Arbeiter und Studenten unterteilt wurde.

181 Für die 1980er Jahre liegt der Schwerpunkt vor allem auf den beiden letztgenannten Gruppen, Punks und Skins bzw. fanatische Fußballanhänger.

182 Vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2014, S. 156 u. S. 167-177.

183 Lange, Günter 1991, S. 159.

Die Arbeit gliedert sich in vier Teile. Der erste Teil (Kap. 2) umfasst den Bezugsrahmen, der über notwendige Definitionen und die Einteilung der Phasen aufklärt. Die ersten vier der fünf Begriffe (Jugendpolitik der SED, Jugendlicher und Jugendalter, Freizeit sowie Jugend- und Subkultur) werden aus zwei Blickwinkeln untersucht, dem zeitgenössisch-staatlichen und dem gegenwärtig-wissenschaftlichen. Nur mit einer solch konträren Darstellung gelingt es, den autokratischen Charakter des Systems zu unterstreichen. Die Phaseneinteilung beschließt den Bezugsrahmen und orientiert sich an der staatlichen Ebene. Denn die politische Führung steuerte die Jugendpolitik administrativ und die Maßnahmen wirkten direkt und zeitlich unversetzt auf die Jugend. Diese Vorgehensweise sichert ein strukturiertes, übersichtliches Arbeiten.¹⁸⁴ Die Phasen lassen sich nicht akkurat voneinander trennen, sie fließen vielmehr ineinander. Staatlich organisierte Ereignisse wie das „Deutschlandtreffen der Jugend“ von 1964 schlugen sich bis in die späten 1960er Jahre nieder; veränderte Passagen des Strafgesetzbuches (StGB) im Bereich der Jugendkriminalität beruhten dagegen auf den Erfahrungen der Vorjahre.

Der zweite Teil (Kap. 3 bis 6) analysiert die Ansprüche und Auswirkungen der Jugendpolitik anhand der zeitlich festgelegten Phasen. Jeder der vier Phasen – 1949 bis 1964, 1965 bis 1973, 1974 bis 1981 und 1982 bis 1990 – liegt ein identischer dreistufiger Katalog an Merkmalen zugrunde. Darin geht es um die Ansprüche der SED, die realen Konsequenzen ihrer Maßnahmen und um abweichendes Verhalten seitens der Jugend in Form von subkulturellem Nonkonformismus. Der erste Abschnitt jeder Phase untersucht die allgemeinen Ziele der Jugendpolitik und die sozialistische Erziehungsdoktrin im Bildungswesen, weil die SED die Weichen für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen zu sozialistischen Persönlichkeiten im Schulwesen stellte. Da das Bildungssystem eng mit der FDJ verzahnt war und der Jugendverband sich auch außerhalb der staatlichen Institutionen um die sozialistische Bewusstseinsbildung der 14- bis 25-Jährigen zu kümmern hatte,¹⁸⁵ rundet die Analyse der Funktionen der FDJ die Untersuchung über die Ansprüche ab.

184 Siehe dazu Kap. 2.1.5.

185 Vgl. Hornstein, Walter/Werner Schefold 1998, S. 293.

Der zweite Abschnitt jeder Phase stellt die realen Auswirkungen der Jugendpolitik in den Mittelpunkt: In einem ersten Schritt wird dabei das Verhältnis zwischen der FDJ und ihren Mitgliedern geklärt; nach Peter Hübner hatten sich die Massenorganisationen in der DDR „nicht allein dem Führungsanspruch der SED untergeordnet“, vielmehr waren sie „auch um eine zielgruppenspezifische Umsetzung von SED-Politik bemüht“¹⁸⁶. So sprach die FDJ, die 1989 etwa 2,3 Millionen Mitglieder zählte und 70 Prozent aller Jugendlichen erfasste,¹⁸⁷ im Gegensatz zur Gesellschaft für Sport und Technik (GST) Jungen wie Mädchen und im Unterschied zum Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) jüngere wie ältere Jugendliche gleichermaßen an. Von 1946 an versuchte sie die gesamte deutsche Jugend zu erfassen und zu manipulieren. Die Massenorganisation setzte, wie Rainer Eckert betont, „dabei nicht zuletzt auf ein umfassendes Freizeitangebot“¹⁸⁸.

Dies führt zum zweiten Schritt: der Erforschung des privaten Raumes bzw. der jugendlichen Freizeitgestaltung. Freizeit war in der DDR gemäß Margrit Müller „immer ein Spiegelbild der Gesamtsituation“¹⁸⁹. Allein in diesem Bereich schien es möglich, den politischen Vereinnahmungsversuchen von Schule, Betrieb und FDJ teilweise zu enttrinnen. Inwieweit identifizierte sich die junge Generation mit der Forderung nach einer „sinnvollen“ Freizeitgestaltung bzw. welche Aktivitäten bevorzugten die Jugendlichen in ihrer Freizeit? Die Anpassungsfähigkeit, die das politische System von ihnen verlangte, etwa in Form einer politisch genehmen Freizeitgestaltung, schlug sich in vielen Facetten nieder. Stets unternahmen die Erziehungsfunktionäre neue Anläufe, um das sozialistische Bewusstsein (noch) stärker in der jungen Generation zu verankern. Das schloss insbesondere die Ablehnung des christlichen Schöpfungsglaubens und die Forderung nach (mehr) Wehrbereitschaft ein. Deshalb folgt dem Abschnitt über die Auswirkungen der Jugendpolitik jeder Phase in einem dritten Schritt die Analyse des herrschenden Konformitätszwangs.

Pro Phase wird ein zeithistorisches Beispiel für die gewollte Gleichschaltung der Jugend angeführt: Die in den 1950er Jahren eingeführte Jugendweihe sollte 14-Jährige vom religiösen Glaubensbekenntnis distanzieren und rang ihnen ein politisches Gelöbnis ab. Bis 1989 nahmen mehr als

186 Hübner, Peter 1995, S. 1723.

187 Vgl. Eckert, Rainer 1995, S. 1257.

188 Ebd., S. 1256.

189 Müller, Margrit 1990, S. 73.

sieben Millionen Heranwachsende daran teil. Ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre mussten alle 14- bis 16-jährigen Schüler die wehrsportlichen „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ absolvieren, bei denen sie sich im Handgranatenzielwurf und Luftgewehrschießen übten. Bis zur Einführung des schulischen Wehrunterrichts Ende der 1970er Jahre erfassten die Wettkämpfe jährlich zwischen 70 und 90 Prozent aller Acht- bis Zehntklässler. Mit Einführung des schulischen Wehrunterrichts 1978/79 wurde die vormilitärische Ausbildung von Neunt- und Zehntklässlern im Schulwesen erneut intensiviert. Nur wenige hundert Schüler widersetzten sich dem militärpolitischen Unterricht und der Beteiligung an Wehrlagern oder Lehrgängen. Ähnlich verhielt es sich mit Weigerungen des Wehrdienstes bzw. Totalverweigerungen. Anfang der 1980er Jahre verpflichtete das neue Wehrdienstgesetz alle politischen, staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen zur Wehrerziehung und kodifizierte die Einberufung von Frauen im Ernstfall. Ab 1982 kam der waffenlose Wehersatzdienst zudem der Ableistung des Wehrdienstes gleich. Nur sehr wenige junge Männer entschieden sich nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1962 dagegen.

Die SED bewertete die Bereitschaft zur Landesverteidigung bzw. zum Dienst an der Waffe sowie die hohen Teilnehmerzahlen bei der Jugendweihe und den „Hans-Beimler-Wettkämpfen“ als sichtbare Erfolge ihrer Erziehungsarbeit. Die Jugendlichen interpretierten ihre Teilnahme häufig anders. Noch deutlicher wird die Diskrepanz zwischen den Ansprüchen und den Auswirkungen bei der Analyse der Subkulturen. Zunächst untersucht das Kapitel die Ursprünge der Jugendkulturen, um anschließend zu beleuchten, wie weit deren westliche Einflüsse in die DDR reichten und mit welchen Maßnahmen SED und FDJ versuchten, den als „negativ-dekadent“ etikettierten Erscheinungen den Nährboden zu entziehen. Eine Untersuchung des strategischen Umgangs von MfS und Volkspolizei mit den jugendlichen Individualisten beschließt das Kapitel.¹⁹⁰

Den insgesamt vier Zeitabschnitten folgt im dritten Teil der Arbeit (Kap. 7) ein Vergleich der Ansprüche der SED und der realen Konsequenzen der jugendpolitischen Maßnahmen. Bei der Gegenüberstellung der

190 Zwar stehen die Mitglieder alternativer Milieus im Zentrum der Betrachtung, die Beteiligung und Reaktionen von Heranwachsenden auf historische Ereignisse, wie den Volksaufstand von 1953 oder den Mauerbau von 1961, finden aber ebenso Beachtung, weil diese Formen des politischen Protests ebenfalls dem nonkonformistischen Verhalten zuzuordnen sind.

vier Phasen kommen in Anlehnung an Uwe Backes und Wolfgang Merkel folgende Kriterien zur Anwendung: (1) Herrschaftsanspruch, (2) Herrschaftsausübung sowie (3) angestrebte (Kap. 7.1) und (4) reale Herrschaftsreichweite (Kap. 7.2). Die Integration der anderen von Merkel und Backes herausgearbeiteten Kriterien zur näheren Bestimmung der Herrschaft in einem politischen System bzw. in einer Autokratie – Herrschaftslegitimation, Herrschaftszugang, Herrschaftsmonopol/-träger, Herrschaftsstruktur/-weise und Herrschaftsintensität – würde die Untersuchung der Auswirkungen der Jugendpolitik konterkarieren, weil sie die Herrschenden und nicht die Beherrschten in den Mittelpunkt der Analyse stellen. Schließlich verfolgt die Arbeit das Ziel, die Ansprüche und die Auswirkungen zu analysieren, und nicht die Mechanismen des Staatsapparates oder die politischen Eliten herauszuarbeiten. Die SED steuerte die Jugendpolitik ohnehin zentral; sie allein verfügte über dieses Politikfeld und übte die Macht ohne effektive Kontrolle aus.¹⁹¹

Ab den 1950er Jahren, als sie damit begann, die Grundlagen für ihre Jugendpolitik zu konstituieren, umfasste dieses Politikfeld drei Schwerpunkte: Ideologie (politische Indoktrination), Ökonomie (wirtschaftliche Leistungskraft der Jugend) und Wehrpolitik (Befähigung zur Landesverteidigung). Da die Ideologie als Dreh- und Angelpunkt zwischen diesen fungierte, bietet es sich bei der vergleichenden Betrachtung an, die Bedeutung dieser in das Zentrum der Analyse zu stellen. Herrschaftsanspruch und Herrschaftsausübung lassen sich nicht exakt voneinander abgrenzen. Aus den Methoden und Strategien der SED können ebenso Aussagen über die Ziele getroffen werden: So wollte die politische Führung in Phase I einen sozialistischen Wertekanon in der Bevölkerung etablieren. Einerseits sollte dieses Vorhaben durch die Einführung der Jugendweihe gelingen, andererseits lässt sich mit der Analyse der Jugendweihe genau dieses Ziel ablesen.

Für den Vergleich wird das Kriterienmodell von Uwe Backes modifiziert. Weder bei seinem Kriterienkatalog für die Bestimmung von Autokratien noch bei Wolfgang Merckels Modell der zentralen Aspekte der Herrschaft eines politischen Systems findet sich ein Kriterium, das einzig die Ziele der politischen Führung aufgreift. Deshalb sind mit dem (1) Herrschaftsanspruch im Allgemeinen die Ziele bzw. die inhaltlichen

191 Siehe dazu Kap. 2.1.1.

Schwerpunkte der Jugendpolitik gemeint.¹⁹² Inwiefern haben sich diese – Ideologie bzw. Ökonomie und Wehrpolitik – von 1949 bis 1989/90 verschoben? Die (2) Herrschaftsausübung impliziert die Art und Weise des Handelns der Erziehungsfunktionäre. Laut Backes geht es dabei insbesondere „um die Instrumente und Methoden, mittels derer die Herrschenden den von ihnen erhobenen Herrschaftsanspruch praktisch umsetz[t]en“¹⁹³. Das betraf bei der Jugendpolitik in der DDR vor allem Maßnahmen im Bildungswesen und die Instrumentalisierung der FDJ, die als größte jugendliche Massenorganisation bestimmte Funktionen für das politische System übernahm. Auf diese Weise lässt sich für die vier Phasen darstellen, wie sich die Schwerpunkte beim Herrschaftsanspruch verlagerten und mit welchen Mitteln und Methoden die Erziehungsfunktionäre ihr Vorhaben umsetzen wollten, die junge Generation zu sozialistischen Persönlichkeiten zu formen.

Da in Anlehnung an Wolfgang Merkel zudem geklärt werden soll, ob der staatliche Herrschaftsanspruch der SED gegenüber den Jugendlichen klar begrenzt oder tendenziell unbegrenzt war,¹⁹⁴ ist es sinnvoller, die Herrschaftsreichweite noch einmal in (3) angestrebte und (4) reale Herrschaftsreichweite zu unterteilen. Uwe Backes versteht unter Herrschaftsreichweite „im Unterschied zum Herrschaftsanspruch nicht die potenziellen, sondern die realen gesellschaftlichen Bereiche, die vom Herrschaftshandeln erfasst werden“¹⁹⁵. Aus diesem Grund gibt es bei der von der SED angestrebten Herrschaftsreichweite nach dem Vorbild Merkels eine Unterscheidung in allumfassend und umfangreich. Zur Bestimmung der Ausprägung dient die Analyse des Herrschaftsanspruches (hier: allgemeine Ziele) und der Herrschaftsausübung (hier: sozialistische Erziehungsdoktrin und Funktionen der FDJ) bzw. die Darstellung der Entwicklung der Jugendpolitik. Die reale Herrschaftsreichweite impliziert, gestützt auf Backes, die Auswirkungen anhand des Katalogs an Merkmalen.

192 Nach Uwe Backes ist mit Herrschaftsanspruch „die aus der Herrschaftslegitimation abzuleitende potentielle Herrschaftsreichweite“ gemeint. „Besonderes Interesse verdienen die Grenzen des Herrschaftsanspruches und damit jener sozialen Sphären, die die Herrschenden mit unterschiedlicher Intensität zu regulieren beabsichtigten.“ Ders. 2002, S. 274.

193 Ebd., S. 275.

194 Vgl. Merkel, Wolfgang 2010, S. 23.

195 Backes, Uwe 2002, S. 275.

Die vergleichende Analyse der Auswirkungen der Jugendpolitik erörtert, in welchen Bereichen die Jugend von Phase I bis IV als „Mitmacher“ (Kap. 7.2.1) und „Schrittmacher“ (Kap. 7.2.2) deklariert werden kann. „Schrittmacher“ wäre die Jugend in diesem Kontext insofern, als ihre Interessen bei Staatsführung und FDJ Berücksichtigung fanden bzw. die Jugend selbst gleichsam das Schrittmäß vorgab, passte sich doch die FDJ beim Umgang mit westlicher Pop- und Rockmusik teilweise den Vorlieben ihrer Mitglieder an, um an Attraktivität zu gewinnen. „Mitmacher“ hingegen war die Jugend in dem Maße, wie sich die Mehrheit mit den herrschenden Gegebenheiten arrangierte und sprichwörtlich „mitmachte“. Um einen bestmöglichen Vergleichsrahmen zu schaffen und aus Gründen der Übersichtlichkeit bzw. wegen der empirischen Datenlage¹⁹⁶ bietet es sich an, aus den einzelnen Merkmalen der Auswirkungen – Einstellung zur FDJ, privater Raum und Freizeitgestaltung, Konformitätszwang und Anpassung usw. – Indikatoren herauszuarbeiten. So stehen bei der Einstellung zur FDJ u. a. die Beitrittsmotive im Mittelpunkt der vergleichenden Betrachtung. Der vierte und letzte Teil der Arbeit (Kap. 8) fasst die Ergebnisse zusammen und beantwortet die Fragestellung. Die Arbeit endet mit offenen Forschungsfragen zur Jugendpolitik in der DDR.

196 Das erst 1966 gegründete Zentralinstitut für Jugendforschung musste wegen der staatlichen Zensur- und Vorgabepolitik in manchen Zeitabschnitten gewisse Themenfelder umgehen. Zudem stellten die Forscher nicht jedes Jahr identische Fragen an die Probanden. Außerdem existieren keine Studien, die sich ausschließlich und über viele Jahre hinweg nur mit der Einstellung zur FDJ befassten. Es gibt auch keine empirischen Datenerhebungen über die Jugendweihe oder die „Hans-Beimler-Wettkämpfe“. Ähnliches gilt für das Kap. 7.2.2. Die Datenlage bei den MfS-Dokumenten zu den 1950er Jahren fällt im Vergleich zu den Folgejahrzehnten spärlich aus.

2 Bezugsrahmen

2.1 Definitionen

2.1.1 Jugendpolitik der SED

Gemäß dem in der DDR verlegten „Wörterbuch zur sozialistischen Jugendpolitik“ aus dem Jahr 1975 bildete die Jugendpolitik einen „feste[n] Bestandteil der Gesamtpolitik“¹⁹⁷ der SED. Hauptanliegen sei „die sozialistische Erziehung der heranwachsenden Generation durch die Aneignung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und durch die unmittelbare Teilnahme der Jugend am Kampf um die Lösung der vor der Gesellschaft stehenden Aufgaben“ gewesen. Die Erziehung der Jugend zu Vaterlandsliebe, zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu anderen sozialistischen Staaten, insbesondere der Sowjetunion, zur sozialistischen Arbeitsmoral und Verteidigungsbereitschaft standen im Mittelpunkt der ideologischen Arbeit. Zu den Erziehungsdogmen gehörten ferner die aktive Teilhabe am Aufbau des Sozialismus und die Mitgestaltung der sozialistischen Gesellschaft. Dies setze bei der jungen Generation einen festen „Klassenstandpunkt“ voraus. Im Gegenzug dazu gewährte ihr die SED – angeblich – „volles Vertrauen“ sowie „frühzeitig Verantwortung beim Lernen, bei der Arbeit und im täglichen Leben“¹⁹⁸.

Nach sozialistischer Auffassung sei die Formung junger Menschen „ein alle Seiten des Lebens [...] umfassender Prozeß [...], der dementsprechend allseitig beeinflußt werden muß“¹⁹⁹. Die Jugend könne ihrer Verantwortung gerecht werden, wenn „sie durch eine hohe Aktivität zur Erfüllung der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben“²⁰⁰ beitrage. Die Jugendpolitik in der DDR basierte auf einem System von Förderung und Forde-

197 Art. Jugendpolitik der SED, in: Ebert, Horst u. a. (Hrsg.) 1975, S. 124.

198 Ebd., S. 125.

199 Ebd.

200 Sechste Durchführungsbestimmung zum Jugendgesetz der DDR vom 19. August 1970. Die Planung der Aufgaben zur Verwirklichung der sozialistischen Jugendpolitik, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971, § 3.

rung.²⁰¹ Die Regierung schenkte der jungen Generation aus staatlicher Sicht „Vertrauen“, indem sie ihr sozialpolitische Vorteile verschaffte und ökonomische Partizipation, politische Teilhabe sowie ein hohes Bildungsniveau garantierte, unabhängig von Geschlecht und Herkunft. Dafür erwartete sie Wohlverhalten im parteipolitischen Sinne.²⁰² Alle Heranwachsenden sollten zu jungen sozialistischen Staatsbürgern erzogen werden. Die Staatsmacht verbat sich jegliche Einmischung anderer gesellschaftlicher Kräfte wie der Kirchen.²⁰³ Die Parteileitung fungierte laut Christa Mahrad als „Vollstreckerin“²⁰⁴ und instrumentalisierte die FDJ, den einzigen in der DDR zugelassenen Jugendverband.

Zwar existierten weitere Jugendorganisationen wie die GST oder gewerkschaftliche Jugendausschüsse, diese standen aber in starker Abhängigkeit zur FDJ, rekrutierten sie doch von dieser die eigenen Mitglieder. Lediglich der Deutsche Turn- und Sportbund (DTSB) agierte relativ autonom.²⁰⁵ Die FDJ funktionierte nach dem Produktions- und Territorialprinzip. Leitende Organe wurden von unten nach oben gewählt und nur die jeweils übergeordnete Instanz konnte wichtige Entscheidungen fällen. Das höchste Organ der Massenorganisation war das Parlament. Dessen Delegierte wählten die Bezirksdelegiertenkonferenzen und die Delegiertenkonferenzen der Grundorganisationen, die dem ZR direkt unterstanden. Dieser führte die Beschlüsse des Parlaments aus und vertrat die FDJ im Nationalrat der Nationalen Front und gegenüber anderen staatlichen Institutionen.²⁰⁶

Die Durchführung der Beschlüsse vom ZR bzw. vom Parlament wurden von den nächsten Ebenen des Verbandes in den Bezirken, den Kreisen, den Städten und den Stadtbezirken organisiert und kontrolliert. Die FDJ verfügte in allen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen über eigene Grundorganisationen. Laut dem Statut waren diese, gleich ob in Schule, Betrieb oder Universität, „das Fundament der Freien Deutschen Jugend [...] und [...] dort gebildet, wo die Mitglieder [...] arbeiten, lernen, studie-

201 Vgl. Honecker, Erich 1985, S. 7.

202 Vgl. Friedrich, Walter u. a. 1983, S. 13-17.

203 Vgl. Mahrad, Christa 1981 (a), S. 346.

204 Dies. 1977, S. 195.

205 Vgl. Maerker, Rudolf 1969, S. 43 f.

206 Vgl. Hornstein, Walter/Werner Schefold 1998, S. 291.

ren oder wohnen“²⁰⁷. Es bedurfte mindestens dreier Mitglieder zu ihrer Gründung in Schulen, Betrieben, Genossenschaften, der Armee, in Sektionen der Universitäten und Fachschulen, in Wohngebieten oder in den Dörfern. Innerhalb der Grundorganisationen konnten Gruppen gebildet werden. Alle FDJler der Klassenstufen acht bis zwölf wurden in einer Schulklasse, einer Produktionsschicht oder einem Seminar als FDJ-Gruppe erfasst. Mit sogenannten FDJ-Aufträgen versuchte der Jugendverband seine Ziele in den Grundorganisationen durchzusetzen, etwa mit der vormilitärischen Ausbildung oder bei der „Messe der Meister von morgen“. Jährlich erfolgten in den Grundorganisationen „Studienjahre“ mit einer abschließenden Prüfung („Abzeichen für gutes Wissen“).²⁰⁸

Alle Maßnahmen der Jugendpolitik steuerte die SED zentral. Es gab weder eine konkurrierende Gesetzgebung noch Organisationen mit eigenen jugendpolitischen Zielen oder Konzepten.²⁰⁹ Zuständig für die „einheitliche Durchführung der staatlichen Jugendpolitik“²¹⁰ waren der Ministerrat und dessen Amt für Jugendfragen. Auf kommunaler Ebene hatten Volksvertretungen der Kreise und der Städte respektive die Gemeinden für die Verwirklichung der Jugendpolitik zu sorgen. In Vertretungen wie der Volkskammer, den Bezirks- und Kreistagen und in örtlichen Gremien saßen jugendliche Abgeordnete. Diese erhielten ihr Mandat nicht durch freie unabhängige Wahlen, sondern wurden von SED- und FDJ-Leitungen nach einem festen Verteilungsschlüssel berufen. Anfang der 1980er Jahre soll die DDR rund 44.000 junge Abgeordnete (18 bis 25 Jahre) gehabt haben, davon mehr als 22.000 FDJ-Mandatsträger und darunter viele junge Arbeiter und Frauen. Die Volksvertreter unterstanden allesamt der Parteidisziplin.²¹¹ Ihre Einflussmöglichkeiten aber blieben gering, weil die Partei-

207 Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Abteilung Verbandsorgane (Hrsg.) 1971, S. 26.

208 Wiesen die Grundorganisationen, oftmals eine ganze Schule, eine hohe Mitgliedszahl auf, teilten sie sich je nach Profil und Aufenthaltsort ihrer Mitglieder in Arbeitsorganisationen. Vgl. Giessmann, Barbara 1990, S. 94 f.; vgl. Eckert, Rainer 1995, S. 1271 f.; vgl. Hornstein, Walter/Werner Schefold 1998, S. 291.

209 Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1971, S. 211; vgl. Mahrad, Christa 1981 (a), S. 346.

210 Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972, § 45, Abs. 1.

211 Vgl. Information über Ergebnisse der Durchführung des Jugendgesetzes im Jahre 1981, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 10193, pag. Bl. 53 (Anlage 1); vgl. Mahrad, Christa 1981 (a), S. 346 f. u. 355.

führung die Jugendpolitik ähnlich wie die zentralisierte Wirtschaft mittels Plänen steuerte.

Das betraf insbesondere die Berufswahl und betriebliche Jugendförderungspläne. Dazu registrierten Ämter bzw. die Organe für Berufsbildung und Berufsberatung den Bedarf an Arbeitskräften für einzelne Wirtschaftszweige und erstellten pro Planjahr ein offen zugängliches Lehrstellenverzeichnis für die Schulen. Dieses Verzeichnis sollte den Schülern bei der Suche nach einer Lehrstelle helfen. Die Bewerbungen erfolgten über ein kontrolliertes Verfahren mit gesetzten Fristen, auch um den Einfluss privater Beziehungen zu begrenzen. Aufgrund dieser unflexiblen Planung, ausgerichtet am volkswirtschaftlichen Bedarf, entstanden häufig Diskrepanzen zwischen Berufswunsch und schulischer Berufslenkung. Besonders junge Frauen haderten oft mit den zugeteilten Lehrstellen.²¹² So ordnete der Staatsrat 1970 an, „der Anteil der Mädchen und Frauen in den technischen Berufen, vor allem in solchen, die entscheidend zur Verwirklichung der Systemautomatisierung [...] beitragen, muß wesentlich erhöht werden“²¹³. Junge Frauen interessierten sich jedoch mehr für Berufe in der Erziehungs-, Pflege-, Verkaufs-, Verwaltungs- oder Dienstleistungsbranche. Insgesamt absolvierten rund 85 Prozent aller Schüler Ausbildungen, die sie über das zentrale Verzeichnis gefunden hatten, die Hälfte davon im anvisierten Berufsfeld.²¹⁴

Ähnlich verhielt es sich mit den Jugendförderungsplänen. Vorsitzende der Räte der Kreise, Städte, Stadtbezirke und Gemeinden, Betriebsleiter und Vorstände der Genossenschaften konzipierten spezielle Förderungspläne für die „eigenen“ Jugendlichen. Die darin aufgeführten Maßnahmen dienten der Verwirklichung der SED-Beschlüsse, d. h. sie sollten die politische Erziehung der Jugend, bspw. bei fachlichen Aus- und Weiterbildungen, verbessern, sie in volkswirtschaftliche Prozesse integrieren und den Jugendsport ausbauen.²¹⁵ Schließlich galt es, „die Erziehung junger sozialistischer Staatsbürger zu fördern“²¹⁶. Laut Volkskammer bildeten Jugend-

212 Vgl. Helwig, Gisela 1995, S. 1250 u. 1253 f.; vgl. Hille, Barbara 1995, S. 1287; vgl. Müller, Dieter 1995, S. 348.

213 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1970 (a), S. 102.

214 Vgl. Hille, Barbara 1995, S. 1285-1288.

215 Vgl. Sechste Durchführungsbestimmung zum Jugendgesetz der DDR vom 19. August 1970. Die Planung der Aufgaben zur Verwirklichung der sozialistischen Jugendpolitik, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971, § 6 u 7.

216 Ebd., § 2.

förderungspläne „das Führungsinstrument der Leiter und Vorstände zur Organisierung der in den Perspektivplänen und Jahresplänen geplanten Aufgaben- und Zielstellungen zur Verwirklichung der sozialistischen Jugendpolitik, zur komplexen Durchführung des Jugendgesetzes der DDR“²¹⁷.

Im Gegenzug erhielt die Arbeiterjugend bestimmte Mitspracherechte im Berufsleben: Heranwachsende konnten den Produktionsberatungen beiwohnen, sich in die Gewerkschaftsleitungen wählen lassen, sich als FDJ-Kontrollposten²¹⁸ bewähren oder an der Aufstellung der Jugendförderungspläne am Arbeitsplatz mitzuwirken.²¹⁹ In Kombinat und Betrieben spielten die Förderungspläne keine herausragende Rolle. Von 580 befragten jungen Arbeitern in 20 Industriebetrieben wussten 1983 nur zwei Drittel von deren Existenz, 15 Prozent kannten die Pläne relativ gut und fast 40 Prozent wussten nichts darüber.²²⁰ Im Vergleich zur Bundesrepublik, in der ebenfalls Jugendförderungspläne existierten, setzte die ostdeutsche Regierung verstärkt auf die Erfüllung ihrer Planvorgaben.²²¹

Über die Verwirklichung der Pläne informierten zweimal im Jahr Rechenschaftsberichte.²²² Der Jugendförderungsplan enthielt – neben Passagen über die Förderung kultureller, sportlicher und bildungspolitischer Initiativen für die Jugend – Brigadeverträge, in denen Betriebsleiter und FDJ-Gruppe übereinkamen. Zur Jugendarbeit in den Betrieben gehörten neben den Jugendbrigaden Jugendforscherkollektive, Jugendobjekte²²³ und die „Messe der Meister von morgen“.²²⁴ Die Brigaden unterteilten sich in ständige oder zeitweilige Arbeitskollektive. Meist handelte es sich bei JB um altershomogene Gruppen mit Mitgliedern unter 25 Jahren unter Lei-

217 Ebd., § 7.

218 Anfang der 1980er Jahre zählte die DDR mehr als 40.000 solcher Kontrollposten, die den Arbeitsschutz oder die Energieeinsparung kontrollierten sowie für eine angemessene Arbeitsdisziplin sorgen sollten. Vgl. Freiburg, Arnold 1981 (a), S. 367.

219 Vgl. Weyer, Jochen 1974, S. 29 f.

220 Vgl. Kaftan, Burkhard u. a. 1984: Die Einflußnahme der staatlichen Leitung und der FDJ auf die Durchführung des Jugendgesetzes (Jugendgesetz-Studie) vom Mai, Bl. 6 u. 14.

221 Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1971, S. 211 f.

222 Art. Jugendförderungsplan, in: Ebert, Horst u. a. (Hrsg.) 1975, S. 111 f.

223 Jugendobjekte waren zeitlich begrenzte Aufgaben, die der Jugend von Ministerien der DDR und dem ZR der FDJ übertragen wurden. Vgl. Mahrad, Christa 1981 (a), S. 352.

224 Vgl. Eckert, Rainer 1995, S. 1272.

tung eines älteren Kollegen. Die Jugendbrigadiers sollten gemeinsam mit erfahrenen Arbeitern im ökonomischen Wettbewerb bestehen und sich die propagierten sozialistischen Verhaltensweisen wie Fleiß und Kollegialität durch die Arbeit in der Gemeinschaft aneignen. In jeder JB gab es eine FDJ-Gruppe.²²⁵ Oftmals wurden die JB – die wie Jugendforscherkollektive im Betrieb selbstständige Arbeitsgruppen waren – mit schwierigen und ehrgeizigen Vorhaben betraut.²²⁶

Die SED erhoffte sich durch die Einrichtung von JB eine Effizienzsteigerung, eine Erhöhung der Produktivität, Kosteneinsparungen und innovative Ideen in den Betrieben. Offizielle Zahlen sprechen 1974 von über 23.000 derartigen Jugendkollektiven mit über 283.000 Mitgliedern. Ein Jugendbrigadier leitete die Brigaden in enger Kooperation mit der FDJ. Der Verband kontrollierte die Fortschritte und die Ergebnisse. Größere Aufgaben erhielten Jugendkomplexbrigaden, zusammengesetzt aus jungen Arbeitern verschiedener Berufsgruppen, die z. B. am Wohnungsbau mitwirkten.²²⁷ Weiter existierten Jugendmeisterbereiche und Jugendabteilungen, in denen ein Meister bzw. Jugendliche unter Aufsicht das Arbeitskollektiv koordinierten. Eine kontinuierliche Wettbewerbssituation mit Chancen auf Auszeichnungen wie „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“, der jährlich 50- bis 60-mal verliehene Titel „Hervorragendes Jugendkollektiv der DDR“²²⁸ oder die mit 300 Mark prämierte und 400-mal jährlich vergebene „Karl-Liebknecht-Medaille“ sollten Anreize zu höherer Arbeitsleistung geben. So rief die mehrfach preisgekrönte „Jugendbrigade Nikolai Mamai“ des Elektrochemischen Kombinats Bitterfeld 1959 dazu auf, an der Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ teilzunehmen.²²⁹

225 Vgl. Art. Jugendkollektiv, in: Ebert, Horst u. a. (Hrsg.) 1975, S. 119 f.; vgl. Mahr, Christa 1981 (a), S. 352.

226 Vgl. Eckert, Rainer 1995, S. 1272.

227 Vgl. Art. Jugendkollektiv, in: Ebert, Horst u. a. (Hrsg.) 1975, S. 120; vgl. Art. Jugendbrigade, in: Böhme, Waltraud u. a. (Hrsg.) 1985, S. 439.

228 Laut dem FDJ-Vorsitzenden Eberhard Aurich sollten ab 1986 etwa 100 Auszeichnungen mehr vergeben werden. Jedes Jahr wurden nach seiner Aussage 200 Kollektive ausgezeichnet. Vgl. Aurich, Eberhard 1985, S. 44.

229 Vgl. Ordnung über die Verleihung des Ehrentitels „Hervorragendes Jugendkollektiv der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 25. Mai 1963, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971, § 7; vgl. Verordnung über die Stiftung der „Karl-Liebknecht-Medaille“ vom 18. Juni 1970, in: ebd., S. 367; vgl. Art. Jugendkollektiv, in: Ebert, Horst u. a. (Hrsg.) 1975, S. 119-121; vgl. Art. Jugendbrigade, in: Böhme, Waltraud u. a. (Hrsg.) 1985, S. 439.

Die politischen Schwerpunkte der Jugendpolitik setzte das ZK auf administrativer Ebene in Ostberlin mit der hauseigenen Abteilung Jugend. Die Vorarbeiten für die inhaltliche Ausrichtung der Jugendpolitik stammten von der Jugendkommission beim Politbüro des ZK.²³⁰ Ab dem Jahr 1952 richtete die SED den Sektor Jugend bei der Abteilung Leitender Organe der Partei- und Massenorganisationen ein, nachdem die 1946 gebildete Abteilung Jugend 1949 aufgelöst wurde. Der Sektor Jugend gehörte ab 1957 zur Arbeitsgruppe Jugendfragen, die 1961 den Status einer eigenen Abteilung bekam.²³¹ Die Leitung der Abteilung übernahmen zeitweise Jugendfunktionäre wie Horst Schumann (1952 bis 1955) oder Siegfried Lorenz (1967 bis 1976). Die Abteilung Jugendfragen bereitete die Beschlüsse der Parteiführung vor und kontrollierte deren Umsetzung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Enge Kooperationen erfolgten mit dem Amt für Jugendfragen, dem Komitee für Touristik und Wandern oder dem Ministerium für Volksbildung,²³² das von 1963 bis 1989 Margot Honecker unterstand.

Bis zum März 1957 gehörten die Abteilungen Kultur und Volksbildung zusammen; diese Abteilung hatte die Verantwortung für die kulturelle Massenarbeit sowie für das Schul- bzw. Erziehungswesen, bis der bildungspolitische Bereich als eigene Abteilung Volksbildung ausgegliedert wurde und seitdem Beschlüsse vorbereitete und die Erziehungsdoktrin in die Praxis umsetzte.²³³ Leitende Funktionen hatten Egon Rentzsch (1950 bis 1953) und Lothar Oppermann (1963 bis 1989) inne.²³⁴ Das dem Ministerrat unterstellte Amt für Jugendfragen beim ZK der SED besaß, laut einem Bericht des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen aus den frühen 1970er Jahren, zwar die „wichtigste Koordinierungs- und Kontrollfunktion“²³⁵ im Bereich Jugendförderung, in Zusammenarbeit mit dem Jugendverband verfügte es allerdings nur über Mitspracherechte bei der Jugendgesetzgebung. Das Amt hatte keinerlei Kompetenzen im Bereich Jugendhilfe, vielmehr wertete es die Entwicklung der Jugendpolitik

230 Vgl. Wicke, Peter/Lothar Müller (Hrsg.) 1996, S. 251 (Anhang); vgl. Ohse, Marc-Dietrich 2009, S. 76.

231 Vgl. Vorlage zur Verbesserung der Arbeit mit der Jugend. Protokoll Nr. 4 auf der Sitzung des Politbüros vom 24. Januar 1961, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/746, Bl. 4.

232 Vgl. Hartmann, Sieglinde 2006.

233 Vgl. Gräfe, Sylvia/Ute Räuber 2009.

234 Vgl. Hartmann, Sieglinde 2007.

235 Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1971, S. 211.

aus und verwies auf Probleme und Mängel bei der Verwirklichung von Beschlüssen und informierte den Ministerrat.²³⁶

Das Amt für Jugendfragen hatte bereits in der SBZ den Auftrag, Jugendliche an das Gesellschaftssystem zu binden und ferner für deren Interessen einzustehen. Zu seinen Aufgaben gehörten die Aufnahme jugendlicher Gesuche in Dienstvorschriften und Beschlüssen, Feriengestaltung, Sportförderung sowie die Umsetzung, Koordination und Kontrolle jugendpolitischer Maßnahmen. Zudem beaufsichtigte es die Jugendforschung. Als Leiter fungierten Helmut Oppermann (1966 bis 1975), Hans-Ulrich Sattler (1981 bis 1989) und Wilfried Poßner (1989 bis 1990). Die beiden Letztgenannten arbeiteten vor ihrer Tätigkeit im Amt für Jugendfragen als Sekretäre des ZR der FDJ.²³⁷

Viele hochrangige Funktionäre der SED, wie der 1971 zum Ersten Sekretär des ZK der SED gewählte Erich Honecker, der für Massenagitation und Presse verantwortliche Hermann Axen oder der brandenburgische Volksbildungsminister Horst Brasch, begannen ihre politische Karriere beim sozialistischen Jugendverband.²³⁸ Die Massenorganisation hatte 1948 in jedem der damaligen Länder der SBZ-Zone eigene FDJ-Schulen zur Nachwuchssicherung errichtet.²³⁹ Informationen über die Zahl hauptamtlicher Funktionäre und über die Arbeit in der Verbandsleitung der FDJ hielt die Staatsmacht bewusst zurück. Die Zahl hauptamtlicher FDJ-Funktionäre wurde Anfang der 1980er Jahre auf einige 10.000 bzw. auf ein bis zwei Prozent aller FDJ-Mitglieder geschätzt.²⁴⁰ Hanns-Peter Herz ermittelte 1957, eine Zahl von über 69.500 hauptamtlichen FDJ-Funktionären, deren Durchschnittsalter bei 25 Jahren lag.²⁴¹

236 Vgl. Sechste Durchführungsbestimmung zum Jugendgesetz der DDR vom 19. August 1970. Die Planung der Aufgaben zur Verwirklichung der sozialistischen Jugendpolitik, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971, § 15.

237 Vgl. Hille, Barbara 1984, S. 16; vgl. Haker, Gisela 2007.

238 Vgl. Maerker, Rudolf 1969, S. 39.

239 Vgl. Herz, Hanns-Peter 1957, S. 74.

240 Vgl. Freiburg, Arnold 1981 (a), S. 369.

241 Über die Hälfte davon waren arbeitslose Hilfsarbeiter und ehemalige Schüler oder Studenten, die sich für ein Studium erst „bewähren“ mussten. Jedes Jahr wurden fünf Prozent dieser Gruppe in der Armee oder dem Staatsapparat untergebracht und durch neue Funktionäre ersetzt. Rund zwei Prozent verschwanden durch „Säuberungen“ und etwa 0,3 Prozent flohen jedes Jahr in die Bundesrepublik. Vgl. Herz, Hanns-Peter 1957, S. 84.

Die Richtlinien ihrer Jugendpolitik verankerte die SED in drei Jugendgesetzen. Nachdem das erste Gesetz vom 8. Februar 1950 der jungen Generation lediglich die „Beteiligung am Aufbau eines neuen Lebens und am Kampf für die Einheit Deutschlands“²⁴² unter demokratisch-friedlichen Absichten zusprach, konkretisierte das zweite Jugendgesetz Mitte der 1960er Jahre die Aufgaben der sozialistischen Jugendpolitik. Ab dem 4. Mai 1964 bedeutete dies, das „selbständige Denken und Handeln der Jugendlichen [...] zu fördern“, den Jugendlichen „ständig höhere Verantwortung in der Arbeit, beim Lernen, Lehren und Forschen zu übertragen und ihren Sinn für die sozialistische Gemeinschaftsarbeit auszubilden“²⁴³. Doch erst 1967 stellte der Staatsrat mit dem Beschluss „Jugend und Sozialismus“ zehn umfassende Grundsätze sozialistischer Jugendpolitik auf: Alle Eltern, Staats- und Wirtschaftsorgane, Arbeits- und Erzieherkollektive und die FDJ wurden verpflichtet, es sich zur „lebendigen Maxime ihres täglichen Handelns [zu] machen“²⁴⁴, die staatlichen Leitlinien der Jugendpolitik umzusetzen.

Im Januar 1974 deklarierte das dritte Jugendgesetz die „Entwicklung der jungen Menschen zu sozialistischen Persönlichkeiten“ als Bestandteil der Staatspolitik bzw. zur „gesamten Tätigkeit der sozialistischen Staatsmacht“²⁴⁵. Primäre Aufgabe der gesellschaftlichen Kräfte sei es, „alle jungen Menschen zu Staatsbürgern zu erziehen, die den Ideen des Sozialismus treu ergeben sind, als Patrioten und Internationalisten denken und handeln, den Sozialismus stärken und gegen alle Feinde zuverlässig schützen“. Der Jugend selbst übertrugen die Gesetzgeber eine „hohe Verantwortung für ihre Entwicklung zu sozialistischen Persönlichkeiten“²⁴⁶. Charakteristisch für die Jugendpolitik in der DDR war nicht nur die erzieherische Mitverantwortung von Ausbildungsbetrieben oder Arbeitsstätten, sondern auch die den Jugendlichen auferlegte Verpflichtung, sich im sozialistischen Geiste gegenseitig (selbst) zu erziehen.²⁴⁷

Die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Teilbereiche der SED-Jugendpolitik wurden in dem Anfang der 1980er Jahre vom Bundes-

242 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950 (b), S. 96.

243 Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972, § 45, Abs. 1.

244 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1967, S. 32.

245 Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, § 2, Abs. 1.

246 Ebd., § 1, Abs. 1.

247 Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1971, S. 211.

ministerium für innerdeutsche Beziehungen herausgegebenen „DDR Handbuch“ aus systemimmanenter Perspektive aufgegriffen.²⁴⁸ Demnach bestünde das Ziel der Jugendpolitik in der DDR darin, die „Jugend auf die künftigen Aufgaben vorzubereiten und sie in die Gesellschaft zu integrieren“²⁴⁹, sah doch die Staatsmacht in der Erziehung der Jugend zu sozialistischen Persönlichkeiten eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Ihre Erfolgsbilanzen begründete die SED mit der Wahlberechtigung ab dem 18. Lebensjahr, den Partizipationsmöglichkeiten innerhalb des Jugendverbandes, der Durchlässigkeit des Bildungssystems, der Emanzipation von Frauen und Mädchen sowie mit sozialpolitischen Maßnahmen zur Förderung von Studenten, Lehrlingen, jungen Eheleuten und Müttern.²⁵⁰ Nicht erwähnt werden jedoch die repressiven Seiten der Jugendpolitik, wie Diskriminierung, Stigmatisierung, Ausgrenzung oder gar Inhaftierung von – vermeintlich – kriminellen und oppositionellen Heranwachsenden.

Um dieser einseitigen Perspektive zu entgehen, findet deshalb in der Arbeit die Definition des „Lexikons des DDR-Sozialismus“ aus dem Jahr 1997 Anwendung. Die Jugendpolitik in der DDR wird als eine Politik gegenüber 14- bis 25-Jährigen verstanden, die „von Anfang an [...] durch umfassende erzieherische Ansprüche und Maßnahmen“ auffiel und deren „einheitliches Erziehungsleitbild die sozialistische Persönlichkeit“ anstrebte. Sie vertrat den Anspruch, „die junge Generation, beginnend in der frühen Kindheit, im Sinne des ideologisch geprägten DDR-Systems zu beeinflussen und zu formen“²⁵¹. Dabei sollten vor allem Kinder aus den sogenannten Arbeiter- und Bauernfamilien vom Bildungswesen profitieren und parteipolitisch auf Linie gebracht werden.²⁵²

248 Der Band beurteilte die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten der DDR anhand ihrer eigenen Maßstäbe. Diese Arbeitsweise führte zur Tabuisierung von Themen wie Staatssicherheit oder politischer Verfolgung. Westlich-demokratische Grundhaltungen ignorierte diese Methodik. Vgl. Jesse, Eckhard 2008, S. 428 u. 431.

249 Art. Jugend. Jugendpolitik, Ziele, Grundlagen, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1985, S. 684.

250 Vgl. ebd., S. 684 f.; vgl. Resolution des II. Parteitages zur Jugendfrage vom 24. September 1947, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952, S. 234.

251 Art. Jugend und Jugendpolitik, in: Eppelmann, Rainer u. a. (Hrsg.) 1997, S. 425.

252 Vgl. Schulpolitische Richtlinien für die deutsche demokratische Schule. Beschluss des Politbüros vom 16. August 1949. Anlage Nr. 6 zum Protokoll Nr. 38 der Sitzung des Politbüros vom 16. August 1949, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2/38, Bl. 47.

Kinder von selbstständigen Handwerkern, aus christlichen Elternhäusern oder von Akademikern bzw. der Intelligenz²⁵³ erfuhren nicht selten eine systematische Benachteiligung, z. B. bei der Vergabe von Studienplätzen.²⁵⁴ Kinder und Jugendliche aus dem Arbeitermilieu oder im Arbeitsprozess befindliche junge Menschen hatten für die SED deshalb so hohe Relevanz, da sie nach deren Selbstverständnis in der Zukunft die Geschicke des Landes leiteten. Gleich ob Vorschulkinder, Schüler, Gymnasiasten oder Studenten: Sie alle sollten zu sozialistischen Persönlichkeiten heranreifen. Das Lexikon des DDR-Sozialismus resümiert: „Dies war der Versuch einer totalen Vereinnahmung der Jugend auf allen Ebenen im Sinne des SED-Systems.“²⁵⁵

2.1.2 Jugendlischer und Jugendalter

Die SED definierte Jugend als „soziale Gruppe der Gesellschaft, der Menschen in einem bestimmten Lebensabschnitt angehören, [als] eine wichtige Phase der gesellschaftlichen, moralischen und physischen Entwicklung, d. h. der Persönlichkeitsentwicklung des Menschen“²⁵⁶. Walter Friedrich, seinerzeit Leiter des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig, prägte den Jugendbegriff in der DDR maßgeblich. Er präziserte Jugend als „eine spezifische Gruppe der Gesellschaft [...], die nach soziodemographischen Kriterien bestimmt ist“. Sie stelle „keine eigenständige soziale Klasse oder Schicht dar“, vielmehr sei sie „Teil der Klassenstruktur ihrer Gesellschaft und entsprechend deren sozialen Klassen und Schichten differenziert“. Jugendforscher kategorisierten die junge Generation anhand ihrer sozialen Herkunft, ihrer zum Teil „durch Ausbildung und eigene Arbeitstätigkeit erworbenen Klassenpositionen“²⁵⁷, ihrer Zugehörigkeit zu

253 Unter Intelligenz verstand die SED berufsmäßig hochqualifizierte Schichten, etwa Ärzte, Wissenschaftler oder Ingenieure. Innerhalb der Jugendforschung zählten wie bei einer Studie des ZIJ von 1975 auch junge (Fach-)Arbeiter zur Intelligenz. Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1975: Bedingungen der Entwicklung schöpferischen Verhaltens junger Werktätiger in Forschungs- und Entwicklungskollektiven. Forschungsbericht vom April, Bl. 11; vgl. Art. Intelligenz, in: Böhme, Waltraud u. a. (Hrsg.) 1985, S. 402 f.

254 Vgl. Gräßler, Florian 2014, S. 164.

255 Art. Jugend und Jugendpolitik, in: Eppelmann, Rainer u. a. (Hrsg.) 1997, S. 425 f.

256 Art. Jugend, in: Ebert, Horst u. a. (Hrsg.) 1975, S. 103.

257 Friedrich, Walter 1975, S. 13. Hervorhebung im Original.

gesellschaftlich organisierten Einheiten wie Kombinat der Volkswirtschaft sowie nach demografischen Merkmalen wie Territorium, Geschlecht, Bildungsstand, Beruf oder Alter.²⁵⁸

Bei der Bestimmung des Jugendalters ging der in der DDR renommierte Forscher von „objektiven gesellschaftlichen Bedingungen“ bzw. „von der Strategie der Jugendentwicklung“²⁵⁹ in der sozialistischen Gesellschaft aus. Funktionen und Aufgaben der Jugend hingen von politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Gegebenheiten ab. Nach den wissenschaftlichen Maßstäben in der DDR konnte kein gleiches Leistungs- und Sozialverhalten in unterschiedlichen Gesellschaften existieren. Daraus entstand die These Walter Friedrichs: „Den typischen Jugendlichen, den Jugendlichen ‚an sich‘, gibt es nicht. Das, was als Jugendalter definiert wird, ist stets gesellschaftlich definiert.“²⁶⁰ Im Gegensatz zur „bürgerlichen Jugendsoziologie“²⁶¹, bei der die Analyse des Jugendalters individuelle, biologische und psychologische Faktoren berücksichtigte, war das Jugendalter in der DDR eindeutig festgelegt.²⁶²

Das letzte Jugendgesetz von 1974 zog die Obergrenze des Jugendalters beim vollendeten 25. Lebensjahr.²⁶³ Das Volljährigkeitsalter lag ab 1950 und das Recht zu wählen ab 1949 bei 18 Jahren.²⁶⁴ Mit dem vollendeten 18. Lebensjahr besaßen junge Bürger offiziell die gleichen Rechte und Pflichten wie Erwachsene sowie das aktive und passive Wahlrecht.²⁶⁵ Je nach Alterszugehörigkeit unterlagen Jugendliche im Sprachjargon der SED besonderen Schutz- und Förderungsmaßnahmen. Während im Alter von 14 bis 18 Jahren Einschränkungen wie begrenzte Geschäftsfähigkeit bestanden, unterstützte der Staat 18- bis 25-Jährige z. B. mit Ehekrediten.²⁶⁶ Barbara Hille geht von einer vergleichsweise kurzen Jugendphase in der DDR aus, weil Schul- und Ausbildungsdauer geringer und Studienzeiten befristet waren. Selbst das Heiratsalter setzte früher ein als in der

258 Vgl. ebd., S. 13 f.

259 Ebd., S. 15.

260 Ders. u. a. 1983, S. 14. Hervorhebung im Original.

261 Ders. 1975, S. 14.

262 Vgl. ebd., S. 13-15.

263 Vgl. Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, § 57, Abs. 1.

264 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950 (c), S. 437; vgl. Art. Jugend. Begriff, Umfang, Zusammensetzung, in: Bundesministerium für in-nerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1985, S. 683.

265 Vgl. Art. Jugend, in: Ebert, Horst u. a. (Hrsg.) 1975, S. 104.

266 Vgl. Art. Jugend, in: Wolf, Birgit 2000, S. 109.

Bundesrepublik. Im adoleszenten Entwicklungsprozess blieb im ostdeutschen Teilstaat wenig Zeit für individuelle Lebensplanungen, für die Erprobung verschiedener Lebensformen, für Konfrontationen mit bestehenden Werten, Normen und Strukturen aus der Erwachsenenwelt oder für die Herausbildung jugendtypischer Verhaltensweisen.²⁶⁷

Weitere Besonderheiten resultierten aus der Annahme, die Interessen zwischen dem Staat und seinen jungen Bewohnern seien identisch und Generationenkonflikte ausgeschlossen, da alle Geburtsjahrgänge einhellig für dieselbe sozialistische Idee eintraten.²⁶⁸ Den Generationenbegriff dominieren die Theorien Karl Mannheims aus den 1930er Jahren. Er vertrat die Ansicht, eine Generation bestünde aus demselben „historisch-sozialen Raume“, d. h. weniger die Alterskohorten definierten eine Generation, sondern vielmehr „die Partizipation an den gemeinsamen Schicksalen dieser historisch-sozialen Einheit“²⁶⁹. Stimmen diese Gegebenheiten, liegt ein Generationenzusammenhang vor, der diverse Generationseinheiten impliziert: *„Dieselbe Jugend, die an derselben historisch-aktuellen Problematik orientiert ist, lebt in einem ‚Generationenzusammenhang‘, diejenigen Gruppen, die innerhalb desselben Generationszusammenhanges in jeweils verschiedener Weise diese Erlebnisse verarbeiten, bilden jeweils verschiedene ‚Generationseinheiten‘ im Rahmen desselben Generationszusammenhanges.“*²⁷⁰

Bei der Jugend in der DDR besteht ein solcher Generationenzusammenhang. Politisch isoliert vom westlichen Teil Deutschlands und dem übrigen Teil der „kapitalistischen“ Welt, prägten Erfahrungen im ostdeutschen Sozialismus ihre Adoleszenz. Zwar gehörten westdeutsche Altersgenossen zur selben Generation wie die der Ostdeutschen, beide entwickelten aber unterschiedliche Generationseinheiten aufgrund anderer politischer oder volkswirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Die gemeinsame Erfahrungswelt einer Altersgruppe bildet demzufolge das Fundament für „generationale Selbst- und Fremdzuschreibungen“²⁷¹, eine Trennung beider deutscher Generationen ist dafür ebenso unabkömmlich wie die Ausdifferenzierung einzelner Alterskohorten.

267 Vgl. Hille, Barbara 1991, S. 9.

268 Vgl. Art. Jugend. Jugendpolitik, Ziele, Grundlagen, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1985: S. 684.

269 Wolff, Kurt Heinrich (Hrsg.) 1964, S. 542. Hervorhebung im Original.

270 Ebd., S. 544. Hervorhebung im Original.

271 Jureit, Ulrike 2006, S. 78.

Es gibt verschiedene Ansätze bei der Aufstellung eines Generationenmodells für die DDR. So beginnt Hartmut Zwahr bei seiner „ostdeutschen Generationenübersicht“ beim Jahrgang 1880, weil die ehemaligen „Generationen der Hitlerwähler von 1933“²⁷² in ihrem Rentenalter entscheiden mussten, in der SBZ oder dem westlichen Teil Deutschlands zu leben. Sie bildeten zunächst die größte Gruppe der Übersiedler. Detailliert untersucht er ihnen folgende Generationen und stellt die Aufbaugeneration in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Die ab 1949 Geborenen bezeichnet er als die „Kinder der Republik“²⁷³, bevor er den Bogen direkt zur Friedlichen Revolution 1989 spannt. Eine umfassende Beschreibung der Sozialisation derer, die gänzlich in der DDR aufwuchsen, ohne „ein prägendes Kriegs- noch ein tiefgehendes Nachkriegserlebnis“²⁷⁴, unterlässt Zwahr.²⁷⁵

Einen anderen Ansatz verfolgt Dorothee Wierling mit dem Projekt „Geboren im Jahr Eins“. Sie analysiert die Lebensumstände genau des Geburtsjahrganges, den Hartmut Zwahr lediglich streift. Der Jahrgang 1949 sei prädestiniert für ein Generationenmodell, schließe er doch die erste Nachkriegsgeneration ein und gelte rückblickend „in der DDR als symbolischer Jahrgang, als Personifizierung des Projekts Neuer Mensch“²⁷⁶. Beide Ansätze, obwohl durchaus gerechtfertigt, erfassen die einzelnen Generationen unzureichend. Zudem verzichten die meisten Modelle auf eine exakte Definition des Jugendalters. Bernd Lindner, ehemaliger Mitarbeiter am ZIJ, konzipierte ein Generationenporträt, das mit den Schlagworten „Bau auf, Mach mit, Hau ab!“²⁷⁷ die Alterskohorten charakterisiert. Er unterstreicht, es gehe bei der „Anwendung eines Generationenkonzepts“ nicht um bloße Erklärungen aus dem retrospektiven Blickwinkel eines untergegangenen Staates, sondern vor allem um die „Deutung gegenwärtiger Befindlichkeiten aus ihrer historischen Genese heraus“²⁷⁸. Das folgende Generationenmodell integriert seine Forschungserkenntnisse.

Da es sich bei der Arbeit um eine politikwissenschaftliche handelt, weicht das Generationenmodell vom soziologischen bzw. sozialwissenschaftlichen Standpunkt ab. Es orientiert sich an einer Phaseneinteilung,

272 Zwahr, Hartmut 1994, S. 448.

273 Ebd., S. 452.

274 Ebd., S. 451.

275 Vgl. ebd., S. 447-452.

276 Wierling, Dorothee 2002, S. 7.

277 Lindner, Bernd 2003 (a), S. 188.

278 Ders. 2005 (a), S. 50.

die auf jugendpolitischen Zäsuren beruht²⁷⁹: Die erste Generation erlebte die Gründung beider deutscher Staaten im Jahr 1949 während ihres Jugendalters bewusst mit. Die in den späten 1930er Jahren Geborenen prägten eine Kindheit im Nationalsozialismus und die neue Aufbruchsstimmung nach Kriegsende, begleitet von Schuldgefühlen und Verdrängungstendenzen.²⁸⁰ Dieser Generation unterstellen Hartmut Zwahr und Dieter Geulen großes Engagement beim Aufbau des ostdeutschen Teilstaates und eine feste Identifikation mit dem (teilweise selbst geschaffenen) System.²⁸¹ Dorothee Wierling verweist auf die Kriegstraumata jener Generation. In der Folge zog es den Großteil in den „privaten Aufbau“²⁸², fernab der Politisierung durch FDJ und Regierung. Ihre Wünsche nach Modernität und sozialer Durchlässigkeit passten zum Konzept der SED, die jener Alterskohorte ihre Mitschuld am Nationalsozialismus verzieh, sofern sich diese in das Erziehungskonzept bzw. den sozialistischen Staatsaufbau einreichte.²⁸³ Trotz des totalitären Charakters des Regimes hätten Heranwachsende der 1950er Jahre, wie Michael Lühmann beschreibt, ein „Gefühl des materiellen und moralischen Aufstiegs“²⁸⁴ empfunden.

Die zweite Phase der Arbeit umfasst die Zeitspanne von 1965 bis 1973. Sie betrifft die um das Jahr 1950 geborene Generation. Die zentrale Frage „Gehen oder bleiben?“²⁸⁵ stellte diese Alterskohorte kaum noch, weil ihr der Mauerbau am 13. August 1961 keine Wahl ließ. Jugendliche der 1960er Jahre durchliefen ihre Sozialisation erstmals gänzlich im politischen System der DDR. Sie reiften in einer Zeit relativen Wohlstands und internationaler Anerkennung ihres Heimatlandes zu Erwachsenen. Sie gelten als die „integrierte Generation“²⁸⁶. Thomas Ahbe und Rainer Gries bescheinigen dieser einen kulturellen Bruch mit der Elterngeneration. Beide Forscher sprechen von einer sozialistisch überzeugten Minderheit.²⁸⁷ Peter Wurschi spricht von einem vermehrten Rückzug ins Privatleben während

279 Zum Vergleich: Bei Bernd Lindner bilden die Daten 8. Mai 1945, 17. Juni 1953, 13. August 1961 und 9. Oktober 1989 die Zäsuren. Den 1970er und 1980er Jahren bescheinigt er „diffuse Übergänge“. Vgl. ebd., S. 50 f.

280 Vgl. ders. 2003 (b), S. 35.

281 Vgl. Geulen, Dieter 1993, S. 43; vgl. Zwahr, Hartmut 1994, S. 450 f.

282 Wierling, Dorothee 1997, S. 231.

283 Vgl. dies. 1993, S. 107 f. u. 117 f.

284 Lühmann, Michael 2008, S. 103.

285 Lindner, Bernd 2003 (b), S. 35.

286 Wurschi, Peter 2014, S. 43.

287 Vgl. Ahbe, Thomas/Rainer Gries 2007, S. 80.

der 1960er Jahre und veranschaulicht, sie „wuchsen als Kinder und Jugendliche in den 1950/1960er-Jahren auf, eingebettet in den Glauben an den sozialistischen Fortschritt. Sie erlebten den wirtschaftlichen Aufschwung der 1960er-Jahre, die Konsolidierung der 1970er- und die Lethargie der 1980er-Jahre.“²⁸⁸

Nach Dorothee Wierling kennzeichneten die 1960er Jahre „im engeren Sinne die Phase der Erziehungsdiktatur der DDR“, denn „erst jetzt gelang es der Führung, ihre Institutionen flächendeckend auszubreiten“²⁸⁹. Dasselbe konstatiert Bernd Lindner spätestens für die Generation ab Mitte der 1970er Jahre.²⁹⁰ Sie bildete „die erste Altersgruppe, welche die SED für sich vereinnahmen konnte, und sie war zugleich die erste, die ihr aus dem Ruder lief“²⁹¹. In der dritten Phase von 1974 bis 1981 erlebten die in den späten 1950er/beginnenden 1960er Jahren Geborenen ihr Jugendalter. Jene nahmen den Wohlstand als eine Selbstverständlichkeit und nicht als sozialistische Errungenschaft wahr.²⁹² Die Nachgeborenen zählen für Bernd Lindner zur „Generation der Nicht-Mehr-Eingestiegenen“²⁹³ bzw. zur „Distanzierten Generation“²⁹⁴. Im rückblickenden Vergleich traten sie selbstbewusster als ihre Vorgänger auf und wagten mehr Kritik, wenn auch im kleinen Kreis.²⁹⁵

Laut Dieter Geulen führten die verinnerlichten „individualistischen und hedonistischen Werte“²⁹⁶ der 1970er-Generation dazu, sich leichter mit den Veränderungen nach der politischen Wiedervereinigung zu arrangieren. Das könnte gemäß Heinz-Hermann Krüger an der „nischenhafte[n] alltagskulturelle[n] Modernisierung und einer Westorientierung im Freizeitbereich“²⁹⁷ gelegen haben, die sich ab den 1970er Jahren ausbreitete. Dies unterstreicht die These Bernd Lindners, die Grundhaltung dieser Jugendlichen sei „die des Protests durch Verweigerung“²⁹⁸. Thomas Ahbe

288 Wurschi, Peter 2014, S. 40.

289 Wierling, Dorothee 2003 (b), S. 224.

290 Vgl. Lindner, Bernd 2005 (a), S. 51.

291 Ders. 2003 (b), S. 33.

292 Vgl. Wurschi, Peter 2007, S. 178.

293 Lindner, Bernd 2003 (b), S. 38.

294 Ders. 2006, S. 97.

295 Vgl. Geulen, Dieter 1993, S. 44.

296 Ebd.

297 Krüger, Heinz-Hermann u. a. 1993, S. 39.

298 Lindner, Bernd 2003 (b), S. 38.

und Rainer Gries nennen es „Abwendung statt Rebellion“²⁹⁹. Mit der Formulierung Antonia Grunenberg aus dem Jahr 1989, wonach Ende der 1970er Jahre eine Etablierung „jugendliche[r] Bürgerinitiativen für Frieden, Umwelt, gegen Wehrdienstzwang und für Menschenrechte“³⁰⁰ begann, ist vorsichtig umzugehen. Die – wie Hubertus Knabe sie nennt – „verbitterte Jugend“³⁰¹ gehörte aber durchaus zum Protestpotential der 1960er/70er Jahre, neben den Friedensgruppen in den Kirchen oder unzufriedenen Intellektuellen. Nach Grunenberg entstanden erst mit Unterstützung der Kirche „hunderte von kritischen Jugendgruppen, Gesprächskreisen und Initiativen“³⁰², in deren Folge die Kirche „zu einer mit der Partei konkurrierenden Instanz zur Vermittlung von gesellschaftlichem Selbstbewußtsein“³⁰³ wurde.

So war die Bürgerrechtsbewegung, nach Hans-Hermann Hertle und Stefan Wolle, „keineswegs eine Jugendrevolte und schon gar keine Bewegung der Studenten oder jungen Intellektuellen“³⁰⁴. Kinder und Jugendliche, die ab Mitte der 1960er Jahre zur Welt kamen, bildeten in der vierten Betrachtungsphase bzw. in den 1980er Jahren die Gruppe der Heranwachsenden. Wünsche nach Selbstständigkeit und individueller Selbstverwirklichung stiegen unter ihnen enorm. Dies führte letztlich zu einer unüberbrückbaren Distanzierung zum politischen System.³⁰⁵ Die Jugendlichen seien laut Tanja Bürgel während der Lethargie der 1980er Jahre „mit ihrem Musikgeschmack, ihren Konsum- und Reisesehnsüchten längst nach ‚drüben‘ abgewandert“³⁰⁶. Albrecht Göschel definiert sie als Gruppe, die sich zwar vom sozialistischen Normen- und Werteverständnis abwandte, „mehr als eine nur oberflächliche Übernahme westlicher Orientierungen ohne einen Wertwandel scheint aber nicht erfolgt zu sein“³⁰⁷. Ihre Individualisierungsbestrebungen betrafen, wie die der 1960er Jahre, primär konventionelle Bereiche des Familien- und Privatlebens. Vermutlich erhal-

299 Ahbe, Thomas/Rainer Gries 2007, S. 80.

300 Grunenberg, Antonia 1989, S. 229.

301 Knabe, Hubertus 1995, S. 88.

302 Grunenberg, Antonia 1989, S. 231.

303 Ebd., S. 229.

304 Hertle, Hans-Hermann/Stefan Wolle 2006, S. 197.

305 Vgl. Lindner, Bernd 2003 (b), S. 38.

306 Bürgel, Tanja 2012, S. 179.

307 Göschel, Albrecht 1999, S. 226.

ten sie auch deshalb von Hans-Hermann Hertle und Stefan Wolle das Stigma „Gleichgültiger“.³⁰⁸

Antonia Grunenberg resümierte 1986, der „Lebensweg jedes einzelnen [sei] von der Wiege bis zur Bahre von vorgegebenen Verhaltensmustern“ geprägt, die soziale Mobilität der 1950er/60er Jahre wich sozialer Sicherheit und bescheidenem Wohlstand. „Eigeninitiative [versiegte] immer wieder im bürokratischen Apparat.“³⁰⁹ Ob es der letzten Jugendgeneration der DDR und zugleich ersten Nachwendegeneration darum besonders schwerfiel, mit dem neuen westlich-demokratischen System nach 1989/90 umzugehen, bleibt kontrovers. Tanja Bürgel meint, sie hätten den Mauerfall als befreiend empfunden, sich ohne Probleme in die westliche Welt integriert und dabei oftmals vergessen, woher sie kamen.³¹⁰ Bernd Lindner argumentiert, die „Generation der Unberatenen“³¹¹ musste sich relativ autonom im vereinigten Deutschland zurechtfinden, auch weil ihre Eltern massive Schwierigkeiten hatten, im neuen wirtschaftlichen System einen adäquaten Platz zu finden.³¹² Lothar Probst verweist auf die Einzigartigkeit dieser „Generation als Grenzgänger zwischen der alten DDR und der neuen gesamtdeutschen Bundesrepublik“³¹³. Susanne Leinemann erlegt den 1989 zwischen 13- und 25-Jährigen als ostdeutsches Pendant zur „*Generation Golf*“ die Bezeichnung „*Generation Trabbi*“ oder den Titel der „Distanzierten Generation“³¹⁴ auf.

Abgesehen von der vorgestellten Sozialisationsskizze: Die Jugendlichen der 1950er Jahre waren die Erwachsenen der 1970er Jahre. Mary Fulbrook bringt es auf den Punkt, wenn sie schreibt, „die Einflüsse der Schule und der Sozialisierung sind untrennbar verflochten mit dem größeren historischen Kontext und prägenden Erfahrungen der jeweiligen Periode“³¹⁵. Jede der Generationen in der DDR durchlief unterschiedliche Zeitabschnitte des Systems und sammelte ungleiche Erfahrungen. Das führte teilweise zu Generationenkonflikten.³¹⁶ Zudem entsprechen Kollektivbiografien Idealtypen. Diese können von individuellen Erfahrungen bis-

308 Vgl. Hertle, Hans-Hermann/Stefan Wolle 2006, S. 383.

309 Grunenberg, Antonia 1986, S. 3.

310 Vgl. Bürgel, Tanja 2012, S. 179.

311 Lindner, Bernd 2006, S. 101.

312 Vgl. ebd., S. 100-102; vgl. ders. 2003 (b), S. 31-33.

313 Probst, Lothar 2012, S. 220.

314 Leinemann, Susanne 2006, S. 447. Hervorhebung im Original.

315 Fulbrook, Mary 2008, S. 135.

316 Vgl. Ahbe, Thomas/Rainer Gries 2007, S. 69-75.

weilen stark abweichen, sind fiktiv und folgen dem Mainstream. Die in den 1950er Jahren Geborenen wuchsen unter anderen sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnissen auf als die Generation der 1980er Jahre.

Selbst innerhalb der Generationen kann nicht von einer einheitlichen Sozialisation gesprochen werden. Martin Gloger spiegelt dieses Problem anhand bundesdeutscher Generationen wider: „Nicht alle 68er waren tatsächlich an der antiautoritären Revolte beteiligt und nicht alle Flakhelfer waren wirklich an der Flak. [...] Die Erfahrungen einiger Protagonisten einer Generation müssen nicht mit denen der Alterskohorten übereinstimmen.“³¹⁷ Ostdeutsche Zäsuren wie der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 oder der Einmarsch sowjetischer Truppen in Prag am 21. August 1968 waren nach Bernd Lindner „nicht für alle (jungen Bürger) des Landes in gleicher Weise relevant. Ihre Folgen wurden erst schrittweise erlebbar, ohne zugleich für alle Mitglieder der jeweiligen Jugendgeneration die gleiche einschneidende Bedeutung zu erhalten.“³¹⁸ Eine Gemeinsamkeit weisen jedoch alle Generationen auf: Ihre Sozialisation prägten vor allem Krisen und eine kulturelle (Misch-)Identität mit Elementen aus Ost und West.³¹⁹

Aus (moderner) jugendsoziologischer Sicht und in der Arbeit ist die Jugendphase ein Abschnitt des Lebens, in dem ein qualitativer Sprung in der Persönlichkeitsentwicklung erfolgt. In dieser Zeit kommt es, gemäß Klaus Hurrelmann, zum „ersten Mal im Lebenslauf zu einer bewußten oder doch zumindest bewußtseinsfähigen Entwicklung eines Bildes vom eigenen Selbst und einer Ich-Empfindung“³²⁰. Jugendliche beginnen in jenen Jahren eine interkulturelle und soziale Kompetenz zu entfalten und streben nach einer eigenen Existenz. Adoleszente Menschen pflegen vornehmlich Beziehungen zu Gleichaltrigen, festigen die eigene Geschlechterrolle und die Bindung an potentielle Partner erfolgt mit dem Ausblick auf die zukünftige Familienplanung. Während des Jugendalters entwickelt sich ein eigener Lebensstil, wobei der Umgang mit Konsumgütern, dem Freizeitmarkt und den Medien bestimmten Handlungsmustern unterliegt.³²¹

317 Gloger, Martin 2010, S. 436.

318 Lindner, Bernd 2003 (a), S. 197.

319 Vgl. ebd., S. 199; vgl. ders. 2006, S. 99.

320 Hurrelmann, Klaus 1999, S. 34.

321 Vgl. ebd., S. 33 f.

In der Folge entsteht nach Klaus Hurrelmann ein Werte- und Normengefüge, „das mit dem eigenen Verhalten und Handeln in Übereinstimmung steht, so daß die verantwortliche Übernahme von gesellschaftlichen Partizipationsrollen im kulturellen und politischen Raum möglich wird“³²². Um es mit den Worten von Gunter Preuß aus dem Jahr 1979 zu umschreiben: „Für mich ist Jugend ein Seismograph, der höchst sensibel auf Gesellschaft reagiert, ehrlich, spontan, noch nicht stumpfgeschliffen von der Erfahrung. Die Jugend läßt sich ihr Recht auf Irrtümer nicht nehmen, sie besteht auf ihren verrückten Träumen und haushohen Sprüngen. Sie lebt noch im Bewußtsein von Sittlichkeit und Unsterblichkeit und meint, mit leichter Hand die Welt neu und besser schaffen zu können.“³²³

Der Übergang vom Jugend- in das Erwachsenenalter ist fließend. Im Gegensatz zum Wechsel vom Kindheits- zum Jugendalter, der primär an biologischen Merkmalen zu messen ist, hängt der psychische Eintritt in das Erwachsenenalter stark von Selbstständigkeit und Selbstbestimmung ab.³²⁴ Unter die Bezeichnung Jugendliche bzw. Heranwachsende fielen in der DDR ganz allgemein die Altersgruppen der 14- bis 25-Jährigen. Mit dem 14. Lebensjahr erhielten Jugendliche den Personalausweis, begingen größtenteils mit der Jugendweihe den symbolischen Schritt ins Erwachsenenleben, waren fortan strafmündig und traten in die FDJ ein.³²⁵ Die meisten Heranwachsenden verließen den Jugendverband spätestens mit 25 Jahren. Bürger von 14 bis 18 Jahren galten als „Jugendliche im engeren Sinne“ und über 18-Jährige als „junge Erwachsene“³²⁶. Kurt Hager, Politbüromitglied und Leiter der Ideologischen Kommission, führte 1965 dazu aus: „Die Jahre von 14 bis 19 sind von grundlegender Bedeutung für das ganze Leben. Hier ist der Punkt, wo die geistige Auseinandersetzung geführt werden muß.“³²⁷

Auch die Kriminalitätsstatistiken umrissen die Jugendkriminalität grob bei 14- bis unter 25-Jährigen. Laut dem westdeutschen Rechtswissenschaftler Arnold Freiburg umfassten ostdeutsche Statistiken bei der „Ju-

322 Ebd.

323 Weimarer Beiträge 1979, S. 35.

324 Vgl. Hurrelmann, Klaus 1999, S. 35.

325 Vgl. Friedrich, Walter u. a. 1983, S. 17; vgl. Wiedemann, Dieter 1998, S. 124.

326 Art. Jugend, in: Ebert, Horst u. a. (Hrsg.) 1975, S. 104.

327 Hager, Kurt 1965: Beratung der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Beschlusses über die ideologische Arbeit unter der Jugend in der jetzigen Zeit vom 9. November, in: Agde, Günter (Hrsg.) 1991, S. 285.

gendkriminalität“ die Gruppe der 14- bis einschließlich 17-Jährigen, bei der Analyse der „Kriminalität der Jugend“ alle Personen unter 25 Jahren.³²⁸ Eine Verurteilung 18- bis 21-Jähriger nach dem Jugendstrafrecht war dennoch ausgeschlossen, da das 1968 geänderte Strafgesetzbuch lediglich Personen von 14 bis 18 Jahren als „Jugendliche im Sinne der Strafgesetze“³²⁹ definierte. Die Altersspanne der Jugend lag nicht nur in der DDR bei 14 bis 25 Jahren. In der Bundesrepublik zählten 14- bis 18-Jährige als Jugendliche, 18- bis 21-Jährige als Heranwachsende und 21- bis 25-Jährige zu jungen Erwachsenen. Anders als in Westdeutschland erkannte die SED ihrer jungen Generation keinen Sonderstatus zu.³³⁰ Das Jugendalter bildet aus heutiger Sicht gemäß Barbara Hille eine „Phase des Suchens und Erprobens“³³¹. Diesen Umstand ignorierten die sozialistischen Erziehungsfunktionäre.

2.1.3 Freizeit

Nach Ansicht der SED gehörte eine „sinnvolle Freizeitgestaltung“³³² zur propagierten sozialistischen Lebensweise. Lilo Steitz, Gesellschaftswissenschaftlerin beim Institut für Wissenschaftlichen Kommunismus, definierte die Beziehung zwischen Sozialismus und Freizeit 1979 wie folgt: „Im Sozialismus ist die Entwicklung des Verhältnisses von Arbeitszeit und Freizeit ein untrennbarer Bestandteil der Verwirklichung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.“³³³ Die Freizeitpolitik berührte demnach politische, ökonomische und soziale Bereiche der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Der Begriff implizierte, dass Arbeiter, im Wortschatz der SED als Werktätige bezeichnet, ihre frei verfügbare „Nichtarbeitszeit [...] nach eigenem Ermessen zur Erhaltung und Steigerung der geistigen und physischen Leistungsfähigkeit“³³⁴ ausfüllten.

Freizeit leistete für die SED, laut dem Wörterbuch zur sozialistischen Jugendpolitik, einen Beitrag zu einer „glücklich[en], froh[en] und optimis-

328 Vgl. Freiburg, Arnold 1977, S. 134; vgl. ders. 1984 (b), S. 89.

329 Aue, Herbert 1976, S. 29.

330 Vgl. Hille, Barbara 1991, S. 9.

331 Ebd.

332 Art. Freizeitgestaltung, in: Ebert, Horst u. a. (Hrsg.) 1975, S. 81.

333 Steitz, Lilo 1979, S. 9.

334 Art. Freizeit, in: Ebert, Horst u. a. (Hrsg.) 1975, S. 80.

tisch[en]“ Lebensweise der Jugend. Die Einheitspartei hielt die junge Generation an, „die Freizeit zielgerichtet und planmäßig für die eigene allseitige Persönlichkeitsentwicklung im Sinne der sozialistischen Ziele und Werte, für die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des gesamten Volkes [zu] nutzen“³³⁵. Persönliche Interessen sollten unter gesellschaftlichen Ansprüchen stehen. Unter eine „sinnvolle“ Freizeitgestaltung fielen grundsätzlich alle Tätigkeiten, die im Dienste der Gemeinschaft bzw. der Massenorganisationen standen: die Ausübung einer Funktion im Jugendverband, die Teilnahme an politischen und berufsfördernden Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, marxistisch-leninistische Schulungen im Rahmen des „Studienjahres“ der FDJ, Kultur, Sport und Tourismus, die Teilnahme am Wehrsport oder „niveauvolle Geselligkeiten und Tanzveranstaltungen“³³⁶.

Im Jugendgesetz von 1964 kodifizierten die Machthaber die Schaffung von Voraussetzungen, damit alle Schüler und Lehrlinge „ihre Freizeit sinnvoll gestalten, sich erholen und entsprechend ihren Neigungen, Fähigkeiten, Begabungen und Talenten auf allen Gebieten der Wissenschaft, der Technik, des Sports und der Kultur vielseitig betätigen können“³³⁷. Im Gegenzug dafür forderte der Staatsapparat von Jugendlichen, „ihr Leben kulturvoll zu gestalten, ihre Freizeit sinnvoll zu nutzen, sich kulturell-künstlerisch zu betätigen und schöpferisch an der Entwicklung von Kultur und Kunst mitzuwirken“³³⁸. Im ideologischen Bewusstsein der SED gehörte eine „sinnvolle“ Freizeitgestaltung zum „Wesen [des] sozialistischen Alltags“. Demzufolge lag das Ziel staatlich gelenkter Freizeitpolitik darin, Heranwachsende „zu allseitig gebildeten und interessierten sozialistischen Persönlichkeiten reifen“³³⁹ zu lassen.

Nach dem 1985 in Westdeutschland verlegten DDR-Handbuch erfuhr der Begriff der Freizeit in der DDR „eine besondere ideologische Einordnung“³⁴⁰. Eine Stärke der dortigen Definition liegt in der weltanschaulich-vergleichenden Betrachtungsweise. Denn im westlichen Teil Deutschlands

335 Ebd., S. 81.

336 Art. Freizeitgestaltung, in: ebd., S. 81.

337 Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972, § 11, Abs. 1.

338 Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, § 27.

339 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1967, S. 32.

340 Art. Freizeit, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1985, S. 473.

galt Freizeit als vom Arbeitsprozess getrennt und als individuelle Nutzung frei verfügbarer Zeit. Im Sozialismus standen Arbeit und Freizeit in keiner Diskrepanz zueinander. Das „Kleine politische Wörterbuch“ erläuterte im selben Jahr: „Beide Lebensbereiche sind durch enge und produktive Wechselwirkungen miteinander verbunden; aus der Arbeit erwachsen vielfältige Anregungen für die sinnvolle Gestaltung der Freizeit, die ihrerseits direkt oder indirekt auf die produktive Tätigkeit zurückwirkt.“³⁴¹

Ein weiterer ideologischer Gegensatz westlicher und sozialistischer Freizeitdefinitionen beruhte auf dem Verhältnis zwischen individueller Freizeitgestaltung und staatlichen Eingriffen. Gemäß Jürgen Micksch basierten westliche Freizeitdefinitionen auf der Vorstellung „von einem Gegenüber von Individuum und Gesellschaft [...] und betonen die Disponibilität der Freizeit gegenüber gesellschaftlichen Zwängen“³⁴². Die Soziologen in der DDR gingen indes von einer Übereinstimmung zwischen individuellen, gesellschaftlichen sowie staatlichen Absichten und Inhalten bei der Freizeitgestaltung aus. In der Bundesrepublik bildete Freizeit einen Antagonismus zu gesellschaftlichen Verpflichtungen, in der DDR herrschte großer staatlicher Einfluss.³⁴³ Zwar boten Jugendorganisationen in Westdeutschland innerhalb kommunaler Jugendarbeit ebenso Freizeitmöglichkeiten an, im ostdeutschen Teilstaat jedoch trug die FDJ die Hauptverantwortung für diesen Politikbereich.³⁴⁴

Noch bis in die 1970er Jahre erklang vehement die parteipolitische Forderung, Freizeit vorrangig in sozialistischen Kollektiven zu verbringen, während sich das jugendliche Freizeitleben mehr an westlichen Trends orientierte.³⁴⁵ Da es für die SED nach Brigitte Deja-Löhlhöffle als „bürgerlich und somit unsozialistisch“³⁴⁶ galt, seine Freizeit im Privatleben zu verbringen, beschäftigten sich insbesondere MfS und Jugendforschung mit unorganisierten Freizeitgruppen. Diese „informellen Treffs“ wurden in einem Forschungsbericht des ZIJ 1982 definiert als „Gruppen, in denen Jugendliche gemeinsam mit anderen Jugendlichen mehr oder weniger regelmäßig einen Teil ihrer Freizeit verbringen, ohne daß dies vom Jugend-

341 Art. Freizeit, in: Böhme, Waltraud u. a. (Hrsg.) 1985, S. 272 f.

342 Micksch, Jürgen 1972, S. 14 f.

343 Vgl. ebd.; vgl. Lenz-Romeiß, Felizitas 1975, S. 1; vgl. Schaufuß, Thomas 2011, S. 133 f.

344 Vgl. Hornstein, Walter/Werner Schefold 1998, S. 288 f.

345 Vgl. Schroeder, Klaus 2013, S. 808.

346 Deja-Löhlhöffle, Brigitte 1986, S. 16 f.

verband, der Schule oder einer anderen gesellschaftlichen Organisation oder Einrichtung veranlaßt, geführt oder kontrolliert ist“³⁴⁷. Während die Forscher zu bedenken gaben, die Zugehörigkeit zu solch einer Gruppe sei eine „normale Seite des Jugendlebens“³⁴⁸, nahm die Geheimpolizei jede lose organisierte Jugendgruppe als Bedrohung wahr.

Obwohl das Freizeitleben laut Peter Voß vom ZIJ „kein willkürliches, spontanes Verhalten“³⁴⁹ sein sollte, meinte 1982 die Mehrheit der Jugendlichen in der DDR, jeder solle in seiner Freizeit machen, was er wolle.³⁵⁰ Deshalb äußert Mary Fulbrook, junge Menschen „engagierten sich in allen möglichen Initiativen und verfolgten oft kulturelle, musikalische und andere Interessen fast ohne Rücksicht auf die offiziellen Angebote und Interventionen der staatlichen Jugendorganisation“³⁵¹. Politische Vorträge und Solidaritätskundgebungen für afrikanische Länder, die das Diskovergnügen im FDJ-Klub umrahmten, gerieten für die meisten in den Hintergrund,³⁵² wussten sie doch um die engen Grenzen bei politischen Diskussionen und um zu viele unbeantwortete Fragen.³⁵³ Antonia Grunenberg erklärt: „Wer Udo Lindenberg, Peter Maffay oder die Rockgruppe BAP im ‚Palast der Republik‘ in Ostberlin erleben will, dem ist es gleichgültig, daß die Veranstaltung gleichzeitig eine Friedenskundgebung ist.“³⁵⁴

Bis in die 1970er Jahre umfasste Freizeit nach westlichem Verständnis tendenziell die Zeitspanne, „die nicht mit Schlaf, Mahlzeiten, Hygiene, Wegezeiten, Wartezeiten und Berufsarbeit sowie Hausfrauenarbeit ausgefüllt ist“³⁵⁵. Erst seit den 1990er Jahren steht Freizeit laut Horst W. Opaschowski für „Lebensqualität und Wohlbefinden“ bzw. „sich wohlfühlen, das tun und lassen können, was Spaß und Freude macht, und das Leben in eigener Regie gestalten sowie viel mit Familie und Freunde unternehmen“³⁵⁶. In der Arbeit ist Freizeit, die „Zeit, in der nicht (erwerbs-

347 Schreiber, Jochen 1982: Auswertung der Freizeitindikatoren IS II, 2. Etappe vom September, Bl. 53.

348 Ebd., Bl. 54.

349 Voß, Peter 1984, S. 159.

350 Vgl. Tinschert, Ulrich/Konrad Weller 1982: Expertise. Die kulturellen Aktivitäten der FDJ vom Mai, Bl. 1.

351 Fulbrook, Mary 2008, S. 86.

352 Vgl. Grunenberg, Antonia 1990, S. 100.

353 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1988, S. 46.

354 Grunenberg, Antonia 1990, S. 100.

355 Schmitz-Scherzer, Reinhard 1974, S. 11.

356 Opaschowski, Horst W. 1997, S. 31.

mäßig) gearbeitet wird“³⁵⁷ bzw. arbeitsfreie Zeit. Sie wird als „relativ autonome[r], sinnerfüllte[r] Lebensbereich“³⁵⁸ bzw. nach Heinz-Günter Vester „nicht als Bereich der Freiheit von etwas, sondern für etwas“³⁵⁹ verstanden.

2.1.4 Jugendkultur und Subkultur

In der DDR gab es keine eigenen Definitionen der Begriffe Jugend- und Subkultur oder Nonkonformismus.³⁶⁰ Die ostdeutsche Jugendsoziologie ignorierte die Existenz subkultureller Milieus weitestgehend. Während die Jugend in der Bundesrepublik nach Einschätzung des Bundesministeriums des Innern von 1971 „im Spannungsfeld widersprüchlicher, zumindest vielfältiger Erwartungen, Anforderungen und Angebote“ stand und „die eigene Identität“ entdeckte, erhielten ihre ostdeutschen Altersgenossen frühzeitig eine „aus gesamtgesellschaftlichen Vorstellungen unmittelbar abgeleitete Aufgabe zugesprochen“³⁶¹. Schließlich verfolgte die SED mit ihrem Erziehungskonzept die Herausbildung allseitig entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten. Deren Entwicklung erfolge „in den „Arbeitskollektiven, im Ringen um höchste Ergebnisse im sozialistischen Wettbewerb, beim Lernen, im Sport [...] und durch die ideologische Arbeit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus“³⁶².

Jugendliche in der DDR sollten sich vornehmlich durch Verantwortungsgefühl, Kameradschaftlichkeit, Hilfsbereitschaft, Geduld, Ehrlichkeit, Bescheidenheit, Motivation und Disziplin auszeichnen.³⁶³ Die Ansprüche der politischen Führung bestanden gemäß dem bundesdeutschen Ministerium aus bloßen „Verhaltenserwartungen“³⁶⁴. Laut Rolf Heyen hatten die Machthaber in der DDR „richtig erkannt, daß es nur dann gelingen

357 Immerfall, Stefan/Barbara Wasner 2011, S. 9.

358 Art. Freizeit, in: Reinhold, Gerd (Hrsg.) 2000, S. 188.

359 Vester, Heinz-Günter 1988, S. 19.

360 Vgl. Stellungnahme zum Manuskript des Genossen Dr. Friedrich „Verhaltensdetermination im Jugendalter“ vom 6. Dezember 1965, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/159, Bl. 3.

361 Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1971, S. 210.

362 Art. Sozialismus und Kommunismus, in: VEB Bibliographisches Institut (Hrsg.) 1976, S. 598.

363 Vgl. Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, § 1, Abs. 2.

364 Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1971, S. 210.

kann, die Jugend zu einem ungebrochenen Verhältnis gegenüber ihrem Staat zu erziehen, wenn man ihr den ihr angemessenen Platz in seinem gesellschaftlichen Leben zuweist und einräumt“. Seinem Urteil zufolge zielte die SED auf den Stolz und den Leistungswillen der Heranwachsenden, um „auf diese Weise größtmögliche Anpassung an die Norm zu erreichen“³⁶⁵. Dieses regelkonforme Verhaltensmuster basierte auf einem System von Auszeichnungen und Sanktionen. Barbara Hille bringt es auf die Formel: „Je höher die angestrebte bzw. erwartete Qualifikation bzw. Laufbahn war, umso härter war die erforderliche Anpassung an das von der SED dominierte politische und gesellschaftliche System.“³⁶⁶

Aufgrund ihrer selbstaufgelegten Führungsrolle beim Vorhaben, eine neue Gesellschaftsordnung mit sozialistischen Persönlichkeiten zu formen, und der Grundannahme folgend, die Jugend sei eine homogene Gruppe, erschien es der Einheitspartei undenkbar, die Existenz autonomer Jugendgruppen (öffentlich) einzugestehen, geschweige denn zuzulassen. Folglich richteten die Erziehungsfunktionäre den Vorwurf, gegen das sozialistische Normengefüge zu verstoßen, vor allem gegen – vermeintlich – „arbeitscheue“ und „kriminell gefährdete“ Mitglieder jugendlicher subkultureller Milieus sowie gegen konfessionell gebundene Heranwachsende, die bis in die 1950er Jahre der „feindlichen Agententätigkeit“ angeklagt wurden. Beide Gruppen entzogen sich jeweils auf ihre Weise dem staatlichen Erziehungszugriff durch den Rückzug in selbst gewählte private und/oder kirchliche Räume. Im Gegensatz zu jungen Gläubigen fielen hartgesottene Rock 'n' Roller, Beat-Fans oder Punks allein wegen ihrer optischen Erscheinung „negativ“ auf. Sie waren den Disziplinierungsmaßnahmen ebenso willkürlich ausgesetzt und verfügten jedenfalls bis in die 1970er Jahre über keine Institutionen oder Vertreter, die beratend und unterstützend agierten.

Mitglieder jugendlicher Subkulturen stellten zu jeder Zeit eine Minderheit dar.³⁶⁷ Sie mussten sich nicht erst vom Staatsbekenntnis abwenden und mutig Stellung zur eigenen Kirche beziehen. Ihre musikalischen, nicht ihre religiösen und politischen Neigungen trieben sie häufig unfreiwillig in die Erziehungs- und Züchtigungsspirale des Systems. So war es in den 1960er Jahren verboten, in der Schule Jeans zu tragen, lange Haare führten bei jungen Männern in Betrieben zu „Aussprachen“ und das Hören westli-

365 Heyen, Rolf 1972, S. 11.

366 Hille, Barbara 1991, S. 9.

367 Vgl. Wurschi, Peter 2012, S. 8.

cher Musik wurde mit Argwohn beobachtet.³⁶⁸ Jenes abweichende Verhalten und die westliche Orientierung deklarierten MfS und Parteiführung, darin ist sich die Forschung einig, als „dekadent“, „negativ-dekadent“, „feindlich-negativ“, „feindlich-negativ-dekadent“³⁶⁹, „politisch negativ“, „westlich dekadent“³⁷⁰ oder „dekadent und imperialistisch“³⁷¹. Erst zu Beginn der 1970er Jahre sprach die Geheimpolizei von der „Existenz von Gruppierungen und Konzentrationen negativ-dekadenter Jugendlicher“³⁷².

In der Arbeit treten die vom Staatsapparat geächteten Jugendkulturen als Subkulturen auf, wenngleich die bundesdeutsche Jugendforschung den Begriff der Subkultur in den 1970er Jahren durch den der Jugendkultur ersetzt hat.³⁷³ Die Definition der Jugendkultur greift für die DDR bzw. deren subkulturelle Ausprägungen zu kurz und würde der politischen Relevanz (aus Sicht der Machthaber) nicht gerecht. Indem SED, MfS, Volkspolizei und Justiz abweichendes Verhalten (lange Haare, Besuch eines Gottesdienstes) als Politikum behandelten, wurde es teilweise für die Betroffenen zu einer politischen „Widerspruchshandlung“, und Sanktionen folgten. Die Strategien der Geheimpolizei gingen weit über die Bekämpfung jugendlicher Delinquenz hinaus, nicht zuletzt deshalb, weil Partei und Staat politische „Widerspruchshandlungen“ nicht exakt definierten.³⁷⁴

Laut Gisela Thiele und Carl S. Taylor sind Jugendkulturen „freizeitbezogene Gruppierungen von Jugendlichen als soziale Treffs unter Gleichaltrigen, die durch Mode, Musik und Kleidung verstärkt, eigene Lebensauffassungen verwirklichen und sich so von der Gesellschaft abgrenzen wollen“³⁷⁵. Klaus Farin beschreibt: „Sie wollen nicht die gleichen Produkte konsumieren wie der Rest der Welt, sondern sich gerade durch die Art und Weise ihres Konsums von dieser abgrenzen; der Konsum vor allem von Musik, Mode, Events ist ein zentrales Definitions- und Identifikationsmerkmal von Jugendkulturen.“³⁷⁶ Als Subkulturen bezeichnet die Sozialwissenschaft „Lebensformen, die Teile eines größeren kulturellen Gan-

368 Vgl. Knabe, Hubertus 1995, S. 85.

369 Wurschi, Peter 2007, S. 62.

370 Kochan, Thomas 2002, S. 79.

371 Jarausch, Konrad H. 2005, S. 221.

372 Zur Lage unter der Jugend vom 20. Januar 1981, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 11191, pag. Bl. 76.

373 Vgl. Baacke, Dieter 1987, S. 125.

374 Vgl. Knabe, Hubertus 1996, S. 187.

375 Thiele, Gisela/Carl S. Taylor 1998, S. 47.

376 Farin, Klaus 2010 (a), S. 5.

zen sind, jedoch Normenordnungen aufweisen, die von der Gesamtkultur abweichen“. Das Maß der Abweichungen variiert, „es reicht vom Status von Teilkulturen, die in das übergeordnete soziale System weitgehend integriert sind, bis hin zu Gruppen, die als Gegenkulturen auftreten“³⁷⁷.

Albert Scherr führt dazu aus, als Subkulturen bzw. Gegenkulturen werden Jugendkulturen bezeichnet, die „sich bewusst und gewollt gegen die aus ihrer Sicht vorherrschende (dominante bzw. hegemoniale) Kultur abgrenzen“³⁷⁸. Gegenkulturen sind Subkulturen, die für sich beanspruchen, eine politische oder kulturelle Alternative zur gesellschaftlichen Mehrheit zu haben. Unter dem Terminus Subkultur lassen sich „von der Norm abrückende“ Verhaltensweisen zusammenfassen, wie das Tragen westlicher Kleidung oder das lautstarke Abspielen von Westmusik über ein Kofferradio in der Öffentlichkeit. Dem Begriff haftet zudem „immer etwas von der Gesellschaft Unerwünschtes, fast Abstoßiges“ an, Subkulturen wirken gemäß Gisela Thiele und Carl S. Taylor „stigmatisierend bzw. etikettierend“³⁷⁹. Dieses Kriterium trifft auf die subkulturellen Milieus in der DDR durchaus zu. Kriminalisierung, Verfolgung und Stigmatisierung gehörten zum Standardrepertoire im Kampf gegen westlich anmutende Verhaltensweisen.

Diese Jugendlichen behaupteten sich, wie Mike Brake es für jede divergierende Kultur formuliert, in „ihren Verhaltensnormen, ihren Wertmaßstäben und ihrem Lebensstil gegenüber der dominanten Kultur der herrschenden Klasse“³⁸⁰. Hubertus Knabe äußert, „Jugendliche drückten ihre Protesthaltung gegen das SED-Regime in den sechziger Jahren [...] dadurch aus, dass sie sich in Kleidung, Haartracht und Musikgeschmack vom spießigen Provinzialismus bewußt abgrenzten“³⁸¹. Nach Bernhard Schäfers und Albert Scherr grenzen sich Anhänger jugendlicher Subkulturen zwar stets „bewusst und gewollt [...] von der] aus ihrer Sicht ‚offizielle[n]‘ Kultur ab, ihnen kann aber in den wenigsten Fällen ein politisches Motiv unterstellt werden“³⁸². Das heißt nicht, dass Mitglieder jugendlicher Subkulturen zeit ihres Lebens unpolitisch blieben. Sven Korzilius bemerkt: „Die Abgrenzung vom ‚spießigen Provinzialismus‘ war nicht nur

377 Art. Subkultur, in: Endruweit, Günter/Gisela Trommsdorf (Hrsg.) 1989, S. 711.

378 Scherr, Albert 2009, S. 187.

379 Thiele, Gisela/Carl S. Taylor 1998, S. 50.

380 Brake, Mike 1981, S. 15.

381 Knabe, Hubertus 1995, S. 85.

382 Schäfers, Bernhard/Albert Scherr 2005, S. 136.

ein Ausdrucksmittel, sondern selbst auch schon Ziel der jugendlichen subkulturellen Bewegungen, die Regimekritik kam lediglich als weiterer Aspekt hinzu und fand in der Regel weit gezielteren Ausdruck als in Parkas oder langen Haaren, nämlich in Liedtexten usw.“³⁸³

Stigmatisierung, Ausgrenzung und Repression konnten innerhalb der Szene zu Politisierungstendenzen führen. Ilko-Sascha Kowalczuk erklärt: „Aus diesen Erfahrungen heraus wurden politisierte Jugendliche zu politischen Opponenten, die sich eine eigene, eine ‚zweite Kultur‘ schufen.“³⁸⁴ Besonders reizten die Sicherheitskräfte in der DDR lose Zusammenkünfte der individuellen Nonkonformisten in Freizeitgruppen, Cliquen oder Freundeskreisen. Im Sprachgebrauch des MfS galt ein „sowohl unbeständiger als auch relativ beständiger Zusammenschluß von jugendlichen Personen“ als „negativ-dekadent“³⁸⁵, „kriminell gefährdet“, „für feindlichen Mißbrauch anfällig“ und tendenziell von einem „rowdyhaften Charakter“³⁸⁶ geprägt. Wenn harmlose Freizeittreffs die Geheimpolizei derart verunsicherten, wie schwer wogen erst die Maßnahmen, wenn sich dutzende Rock-'n'-Roll-Fans oder Beatniks auf der Straße trafen?

Staatsapparat und MfS behaupteten, diese Gruppen störten aufgrund ihres Verhaltens, ihrer musikalischen Vorlieben und ihres Erscheinungsbildes die öffentliche Ruhe und Sicherheit. Sie würden sich mit dem „Herumlungen“, dem Tauschen von westlichen Abziehbildern ihrer Idole in der Öffentlichkeit und der Propagierung westlicher Lebensgewohnheiten „gesellschaftswidrig“ benehmen. Um der jugendlichen Delinquenz entgegenzuwirken und den Radius der Verfolgung „unangepasster“ Verhaltensweisen zu vergrößern, dehnte das 1968 geänderte Strafgesetzbuch den Begriff des „gesellschaftswidrigen“ Verhaltens aus und kriminalisierte dieses vollends. Fortan fielen in diese Kategorie u. a. „Republikflucht, Widerstand gegen staatliche Maßnahmen, Missachtung staatlicher und gesellschaftlicher Symbole, Rowdytum sowie Verstöße gegen gesellschaftliche und moralische Normen des sozialistischen Zusammenlebens“.³⁸⁷ Solche

383 Korzilius, Sven 2005, S. 343.

384 Kowalczuk, Ilko-Sascha 1995 (b), S. 112.

385 Die Quelle könnte aus dem Jahr 1988 stammen. Übersicht über Erscheinungsformen neg.-dek. Jugendlicher in der DDR. Kategorisierung von Jugendlichen, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6098, Bl. 245 (nicht pag.).

386 Art. Jugendliche; operativ interessierende Gruppierungen, in: BStU (Hrsg.) 1993, S. 210.

387 Vgl. Wurschi, Peter 2007, S. 62 f.

Straftatbestände wandten Volkspolizei und MfS bei der Bekämpfung subkultureller bzw. westlicher Erscheinungen unter der Jugend an.

Vor einer Überwertung des Oppositionsgedankens innerhalb subkultureller Milieus sei abgeraten. Die SED nahm die jungen Aussteiger zwar teilweise als Oppositionelle wahr, aber aus politikwissenschaftlicher Sicht meint Opposition „den innerhalb des Grundkonsenses einer Gesellschaft sich entfaltenden organisierten und institutionalisierten Widerspruch gegen die Regierung“³⁸⁸. Da die Subkulturen weder organisiert waren noch Widerstand im politischen Sinne leisteten, sondern sich vielmehr gegenüber der Elterngeneration abzugrenzen versuchten und einen individuellen Lebensweg anvisierten,³⁸⁹ erscheint der Terminus des Nonkonformismus als Oberbegriff für subkulturelle Verhaltensweisen sinnvoller. Wenngleich der Oppositionsbegriff nach Eckhard Jesse „die meisten Formen ablehnenden, abweichenden Verhaltens“³⁹⁰ vereint, berge er die Gefahr einer allzu starren Festlegung auf ideologische und politische Alternativkonzepte seitens oppositioneller Kräfte.

Wie politisch die Subkulturen tatsächlich waren, ist umstritten. Hubertus Knabe führt aus, „viele Jugendliche griffen zur Gitarre oder begannen zu schreiben – auch eine Form der Verweigerung –, um ihre Erfahrungen mit dem real existierenden Sozialismus zu verarbeiten und weiterzugeben“³⁹¹, und nicht nur Ilko-Sascha Kowalczyk vertritt die These politischer Alternativlosigkeit innerhalb der Milieus.³⁹² Thomas Kochan äußert, die Blueser-Bewegung der 1970er Jahre sei in jedem Fall unpolitisch gewesen.³⁹³ Peter Wurschi spricht den Subkulturen in der DDR politische Beweggründe gänzlich ab.³⁹⁴ Sven Korzilius hingegen meint, die „Gammer“-Bewegung übte zweifelsfrei Formen des politischen und sozialen Protests. Sie seien am ehesten in die autonome Friedensbewegung einzuordnen, weil sie häufig den Aufnäher Schwerter zu Pflugscharen trugen, und auch das Verweigerungsverhalten der Punks hätte sich bewusst gegen das DDR-Regime und die Gesellschaft gerichtet, während Skinheads, bis auf

388 Art. Opposition, in: Nohlen, Dieter/Rainer-Olaf Schulze 2002, S. 638.

389 Vgl. Korzilius, Sven 2005, S. 342 f.

390 Jesse, Eckhard 1995, S. 997.

391 Knabe, Hubertus 1995, S. 85.

392 Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha 1995 (a), S. 1261.

393 Vgl. Kochan, Thomas 2002, S. 82 u. 85.

394 Vgl. Wurschi, Peter 2012, S. 8.

einige politische Straftaten, einen hohen Grad an gesellschaftlicher Anpassung aufwiesen.³⁹⁵

Einen vernünftigen Lösungsansatz bietet Ilko-Sascha Kowalczuk. Er vermutet Mitglieder subkultureller Milieus in der DDR bei der soziokulturellen oder gesellschaftlichen Opposition (politischer Dissens), deren Kritik an Gesellschaft und Politik oftmals durch soziale Gruppenzugehörigkeit zustande gekommen sei. Exemplarisch dafür stünden die 1970er/80er Jahre bzw. die Anhänger des Jazz, Rock 'n' Roll oder der Beatmusik aus früheren Jahrzehnten.³⁹⁶ Die von der SED nicht erwünschten Verhaltensweisen, wie das Tragen exotisch anmutender Kleidung, das Hören westlicher Musik usw., fasst er unter dem Terminus des widerständigen Verhaltens bzw. der gesellschaftlichen Verweigerung zusammen, wobei das Hören westlicher Sender die harmloseste, da „massenhaft praktizierte Form“³⁹⁷ darstellte. Die Bandbreite gesellschaftlicher Verweigerung war groß, angefangen beim Fernbleiben von Demonstrationen über das Erzählen politischer Witze bis hin zu Studien- oder Schulabbrüchen.³⁹⁸ Der sichtbarste Protest drückte sich im Nichtmitmachen des Einzelnen aus. Das betraf z. B. den Nichteintritt oder den demonstrativen Austritt aus der FDJ.³⁹⁹ Ehrhart Neubert zählt „subkulturelle Alternative“ zur Gruppe der „Moralisten“, die sich bemühten, im Alltag ihre Identität zu wahren, ohne die herrschenden Gegebenheiten zu verklären. Sie versuchten „so zu leben, als lebte man nicht in der DDR“. Dennoch „erfüllte [der Moralist] seine Pflicht und leistete oft entsagend, etwa durch den Verzicht auf Karriere und öffentliche Aufmerksamkeit, seine Arbeit an dem Platz, auf dem er stand“⁴⁰⁰. Diese Gruppe habe mehr an der Lüge gelitten als an Versorgungsengpässen.

Subkulturen in der DDR vereinten Formen gesellschaftlicher Verweigerung und des politischen Dissenses als Teil der soziokulturellen oder gesellschaftlichen Opposition, weil sie Nachteile bewusst in Kauf nah-

395 Vgl. Korzilius, Sven 2005, S. 470 u. 476.

396 Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha 1999 (a), S. 60.

397 Ders. 1995 (b), S. 101.

398 Vgl. ders. 1995 (a), S. 1245 f.

399 Vgl. ders. 1995 (b), S. 99 f.

400 Ehrhart Neubert unterteilt drei typische Verhaltensweisen/Alltagsstrategien: Utopisten, Händler und Moralisten. Vgl. ders. 2013, S. 77.

men,⁴⁰¹ mit Elementen des Massenprotestes,⁴⁰² wovon die Leipziger Beat-Demo im Oktober 1965 Zeugnis ablegt. Letztlich spielt in der Arbeit der Grad der politischen Prägung in den Subkulturen eine geringere Rolle als die Frage, wie sie ihren Freiheitswillen und Individualismus auslebten: „Dies beinhaltet dann auch die simple Feststellung, daß Konformität und Nonkonformität ein Neben- und Miteinander darstellen“⁴⁰³, so Ilko-Sascha Kowalczuk. Ein junger Mensch, der sich einer Subkultur zugehörig fühlte, konnte dennoch Jugendweihe feiern oder ein engagiertes FDJ-Mitglied sein, es musste ihn nicht in die politische Opposition ziehen.

2.1.5 Zäsuren und Phasen

Im Rahmen qualitativer Inhalts- bzw. historischer Quellenanalyse gehören Datierungs- und Periodisierungsvorgänge zu den Elementen klassischer Geschichtswissenschaft. Aus der Datierungswissenschaft, die primär bei der Erforschung des Altertums und des Mittelalters zum Einsatz kam, entstand die Chronologie als Hilfswissenschaft.⁴⁰⁴ Die Einhaltung einer kontinuierlichen Abfolge, etwa bei der Arbeit mit Originaldokumenten, wie Beschlüssen, Verlautbarungen, Communiqués oder Anordnungen, hat zwei Vorteile: Zum einen kann auf diese Weise der Verlauf der Jugendpolitik unkompliziert nachgezeichnet werden. Zum anderen bleibt die Übersichtlichkeit erhalten, was bei der Fülle an Material zwingend notwendig ist. Die Zäsuren in der Arbeit folgen einem zeitlichen Ablauf. Sie bilden die Eckpfeiler der Periodisierungs- bzw. Phaseneinteilung. Periodisierung ist gemäß Martin Lengwiler „ein Verfahren, um historische Ereignisse und Prozesse einem bestimmten Zeitabschnitt zuzuordnen, dabei oft auch Anfang und Ende des Zeitabschnitts festzulegen und diese Eingrenzung zu begründen“⁴⁰⁵. Sie deckt demzufolge einen Teil der Analysearbeit ab, weil sie den Zeitabschnitten inhaltliche Bedeutung zuweist.⁴⁰⁶ Wie Eckhard Jesse anmerkt, bleiben Kontroversen bei einer Phaseneinteilung selten aus,

401 Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha 1995 (a), S. 1264.

402 Vgl. Vollmann, Heidi im März 1993, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.) 1995, S. 229.

403 Kowalczuk, Ilko-Sascha 1995 (a), S. 1217.

404 Vgl. Lengwiler, Martin 2011, S. 205.

405 Ebd., S. 217.

406 Vgl. ebd., S. 217 f.

ergeben sie sich doch „je nach Fragestellungen, Perspektiven und Interpretationen des Betrachters“⁴⁰⁷. Er bemerkt, dass „eine Periodisierung der DDR-Geschichte [...] die Elemente der Stabilität und der -Instabilität als maßgebende Beurteilungsgrundlage gleichermaßen berücksichtigen“⁴⁰⁸ muss.

Die zeitlichen Anfangs- und Endpunkte der Jugendpolitik in der DDR sind eindeutig. Die Untersuchung beginnt 1949 mit der Staatsgründung und schließt mit dem Niedergang des Systems 1990. Die Phaseneinteilung, d. h. die Bestimmung der Zäsuren, orientiert sich an der staatlichen Ebene, meist an (Jugend-)Gesetzen. Denn die politischen Entscheidungsträger, ob legitimiert oder nicht, definierten die Grundlagen und Richtlinien der Jugendpolitik. Im Gegensatz zu deren Annahme, die junge Generation sei eine homogene Gruppe, prägten historische Ereignisse die jeweiligen Alterskohorten unterschiedlich stark und teilweise zeitlich versetzt. Staatliche Direktiven allerdings betrafen alle Jugendlichen in gleicher Intensität zur selben Zeit. Das bedeutet nicht, dass sich historische Zäsuren, wie Martin Sabrow erklärt, mit biografischen Zäsuren decken.⁴⁰⁹ Ein kollektives Erlebnis in den Mittelpunkt historischer Einordnung zu rücken und die Chronologie der Vorgeschichte außer Acht zu lassen, kann zu einem Zerrbild der politischen Ansprüche führen und im schlimmsten Fall den diktatorischen Charakter des Regimes verharmlosen. Die Erforschung der Attitüden jeder Generation bleibt zwar innerhalb der Analyse erhalten, von einer repräsentativen Kollektivbiografie aber kann gewiss keine Rede sein.

Jeder einzelne Phasenraum bildet einen „Teilzusammenhang eines psychologischen oder sozialen Feldes in zeitlich aufeinanderfolgenden Querschnitten“⁴¹⁰. Zeitliche Phasenstränge sind folglich nicht isoliert zu betrachten. Sie laufen vielmehr ineinander über und ergänzen sich.⁴¹¹ So wurde zwar die polytechnische Ausbildung 1965 gesetzlich fixiert, ihren Ursprung hatte sie jedoch in den späten 1950er Jahren. Sitten und Bräuche aus den Gründungsjahren der DDR avancierten zwar in der Folgezeit zu einer Selbstverständlichkeit, allerdings aus anderen Motiven heraus, als es die Staatsführung angedacht hatte. In die Periodisierung fließt zudem ein

407 Jesse, Eckhard 2012, S. 203.

408 Ebd., S. 217.

409 Vgl. Sabrow, Martin 2012, S. 119.

410 Art. Phasenraum, in: Fuchs-Heinritz, Werner u. a. (Hrsg.) 2007, S. 491 f.

411 Siehe dazu Kap. 2.2.

Generationenmodell ein, das auf den Phasen aufbaut, die aus den historisch datierten Höhepunkten, den Zäsuren, resultieren.

Wie Hans-Peter Schwarz anmerkt, stiftet die Bezeichnung Zäsur lediglich Sinn, wenn Veränderungen im Betrachtungszeitraum elementarer Natur waren, und es muss der zeitliche Ablauf deutlich erkennbar sein. Die Datierung von Zäsuren ist nur gehaltvoll, wenn sie Vergleiche mit früheren Zäsuren zulässt.⁴¹² Er schreibt, die „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist vor allem deshalb so ein reizvolles Thema historischer Forschung, weil und insoweit sie selbst eine tiefe Zäsur in der neueren deutschen und europäischen Geschichte darstellt“⁴¹³. Die Zäsur ist demnach kein Selbstzweck, und was für die Bundesrepublik gilt, trifft ebenso auf die DDR zu. Tatsächlich weist die (deutsch-)deutsche Geschichte eine Vielzahl an „key events“⁴¹⁴ auf. Exemplarisch dafür stehen der 9. November 1918, der 30. Januar 1933, der 8. Mai 1945 oder der 9. November 1989. Eckhard Jesse warnt vor einer starren Fixierung auf jene Art von „symbolträchtigen Schlüsseldaten“⁴¹⁵, weil sie eine nicht zu vernachlässigende Vorgeschichte und weitreichende Folgen aufweisen.

Bernd Gehrke benennt den 7. Oktober als Schlüsseldatum für die Jugendpolitik bzw. für den Umgang der Staatsmacht mit aufmüpfigen Beat- und Rock-Fans. An jenem Tag begann 1965 ein spontaner Beat-Aufstand in Berlin, 1977 lieferten sich Jugendliche und Volkspolizei heftige Gefechte auf dem Alexanderplatz, zehn Jahre später strömten tausende junge Menschen wegen eines Westberliner Konzerts zum Brandenburger Tor und am 7. Oktober 1989 wurden die Differenzen zwischen Jugend und Staat durch Rufe nach „Gorbi“ und „Freiheit“ für die Weltöffentlichkeit sichtbar.⁴¹⁶ Das Datum allein bietet aber keine Analysegrundlage. Es bildet den Rahmen der Betrachtung. Zwar steht der 3. Oktober 1990 für das Ende der DDR, ihre Vergangenheit einzig auf ihren Zusammenbruch zu reduzieren, wäre jedoch falsch. Es würde der Komplexität des Themas nicht gerecht. Daneben spielen Untersuchungsfelder und Funktionen bei Zäsuren eine entscheidende Rolle. Aus ökonomischen bzw. sozialpoliti-

412 Vgl. Schwarz, Hans-Peter 2010, S. 11 f.

413 Ebd., S. 11.

414 Brown, Timothy S. 2008, S. 191.

415 Jesse, Eckhard 2011 (b), S. 14.

416 Vgl. Gehrke, Bernd 2002, S. 36.

schen Perspektiven entstehen andere Datierungsmomente bzw. „important marker on the way to the revolution“⁴¹⁷ als bei der Jugendpolitik.⁴¹⁸

Im Buch „Deutsche Zäsuren“ von Alexander Gallus erfüllen Zäsuren die Funktion eines entscheidenden Kriteriums für einen erfolgreichen Systemwechsel.⁴¹⁹ Im Sammelband „Zäsuren sächsischer Geschichte“⁴²⁰ strukturieren sie die Historie des Bundeslandes anhand von Jahreszahlen. In der Studie über die Kunst- und Kulturpolitik der DDR von Eckhart Gillen sind sie „Knotenpunkte“⁴²¹ der künstlerischen Auseinandersetzungen zwischen Schaffenden und Funktionären. Bei der Aufarbeitung der deutschen Studentenbewegung steht für Wolfgang Kraushaar zwar das Jahr 1968 im Mittelpunkt, dennoch dauerte „dieses eine Jahr in der Geschichte der alten Bundesrepublik [...] genaugenommen drei Jahre“⁴²². Die Festlegung auf eine Jahreszahl als Zäsur begrenzt den zu analysierenden Zeitraum nicht auf das selbige. Ähnlich komplex verhält es sich in Verbindung zu den Generationenmodellen. So fragt Ines Geipel in „Generation Mauer“, ob das Jahr 1989 „als Zentrum, als Zeitschnitt, als Dreh- und Angelpunkt“⁴²³ für ein Generationennarrativ ausreiche, prägten doch die Jahre vor und nach 1989 sowie das Jahr selbst die Biografien der letzten Generation in der DDR entscheidend.

In der Arbeit dienen Zäsuren zur Abgrenzung jugendpolitischer Zeitphasen in der DDR. Sie werden, sofern das möglich ist, auf den Tag genau datiert. Die Zäsuren setzen Akzente. In der Arbeit treten sie nach der Definition von Peter März als „Stationen [...] auf], nach denen die Signaturen der historischen Prozesse grundlegend andere waren als zuvor“⁴²⁴. Aus politikwissenschaftlicher Sicht ergeben sich für den Untersuchungsgegenstand vier Phasen. Die erste beginnt im Jahr der Staatsgründung der DDR. Wenngleich das erste Jugendgesetz als einschneidende Zäsur am 8. Februar 1950 in Kraft trat, wies die am 7. Oktober 1949 eingeführte Verfassung der jungen Generation erstmalig ihre Rolle im politischen System zu. Die-

417 Brown, Timothy S. 2008, S. 194.

418 Vgl. für Einzelheiten: Schmidt, Manfred G. 2004; Steiner, André 2007.

419 Vgl. Gallus, Alexander (Hrsg.) 2006, S. 10.

420 Eigenwill, Reinhard (Hrsg.) 2010.

421 Gillen, Eckhart 2005, S. 4.

422 Kraushaar, Wolfgang 2000, S. 8.

423 Geipel, Ines 2014, S. 8.

424 März, Peter 2006, S. 26.

se Phase endet 1964. Die Zäsur bildet das am 4. Mai eingeführte zweite Jugendgesetz.

Das Folgejahr leitet die zweite Phase ein. Drei Ereignisse von 1965 prägten die Jugendpolitik nachhaltig: das Bildungsgesetz vom 25. Februar, die Beat-Demonstration vom 31. Oktober und das XI. Plenum des ZK der SED vom 16. bis 18. Dezember. Die zweite Phase schließt mit den X. Weltjugendfestspielen vom 28. Juli bis zum 5. August 1973. Für die SED hatte die Ausrichtung der internationalen Spiele einen hohen politischen Stellenwert. Die Weltfestspiele stehen exemplarisch für das ambivalente Verhältnis und das rücksichtslose Verhalten des Regimes gegenüber der Jugend. Während tausende junge Menschen in einstudierten Choreografien der politischen Elite zujubelten, verbrachten andere die Zeit der Spiele in Erziehungseinrichtungen, in die sie zwangseingewiesen worden waren. Johannes Raschka erklärt dazu: „Die Verhaftungen im Umfeld der X. Weltfestspiele bildeten also den Kulminationspunkt des härteren innenpolitischen Kurses nach dem Machtantritt Honeckers.“⁴²⁵

Die dritte Phase wird durch das dritte Jugendgesetz vom 28. Januar 1974 geprägt, das vor allem die sozialistische Freizeitgestaltung aufwertete und bis 1989/90 gültig blieb. Der X. Parteitag der SED vom 11. bis 16. April bzw. das XI. Parlament der FDJ vom 6. bis 8. Juni 1981 stellen die abschließenden Zäsuren dar. Beide verdeutlichen zum einen die angespannte Situation, in der die Machthaber nach Auswegen aus der desolaten Wirtschaftslage auf Kosten der jungen Generationen suchten. Zum anderen beweisen sie die wachsende Diskrepanz zwischen den künftigen Leistungsträgern und ihrer Regierung sowie die Starrheit der politischen Elite. Die letzte Phase beginnt mit dem 25. März 1982, als die Volkskammer mit dem neuen Wehrgesetz den Druck auf Jugendliche erhöhte, während die autonome Friedensbewegung große Anziehungskraft auf Heranwachsende ausübte. Die vierte Phase endet mit der Tagung des letzten „Parlaments“ der FDJ vom 26. bis 28. Januar 1990. Es war der letzte klägliche Versuch der einstigen Massenorganisation, die nun bald geeinte deutsche Jugend für sich zu gewinnen.

425 Raschka, Johannes 2005, S. 342.

2.2 Phasen

2.2.1 Phase I: Konstituierung der Jugendpolitik

Die Analyse beginnt im Jahr der Staatsgründung der DDR 1949, wenn- gleich die Grundlagen der neuen „antifaschistisch-demokratischen Ord- nung“ von 1945 an gelegt wurden. In der SBZ beherrschte die SED ab 1946 das politische Geschehen, weshalb die Jugendpolitik den Traditionen des ehemaligen Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands, der Ar- beiterjugendbewegung und des sowjetischen Komsomol folgte. Im Gegen- satz zu anderen Parteien und Organisationen konnten die Kommunisten in der SBZ wegen ihrer früheren Untergrundtätigkeit auf ein fundiertes Pro- gramm und auf eine funktionierende Organisation zurückgreifen.⁴²⁶ Vor der Zwangsvereinigung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur SED im April 1946 kam es zur Gründung einer neuen Jugendorganisation. Nachdem die SMAD den Antrag des Zentralen Antifaschistischen Jugendausschusses am 7. März bewilligt hatte, verabschiedete das I. Parlament der FDJ vom 8. bis 10. Juni 1946 eine eigene Verfassung.

Walter Ulbricht, stellvertretender Vorsitzender der SED, plädierte zwar für eine „freie“ Jugendbewegung, jedoch unter Einfluss der KPD. Die FDJ verstand sich unter Leitung von Erich Honecker zunächst als überparteiliche Interessenvertretung und wollte jeden jungen Menschen unabhängig von Herkunft und Weltanschauung erreichen. Der Verband forderte im Ju- ni 1946 erstmals Grundrechte für die junge Generation ein. Tatsächlich be- kam die Jugend im August 1946 durch den SMAD-Befehl Nr. 253 das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit zugesprochen, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht. Die Uniformierung in Blauhemden – ein Zei- chen für die allmähliche Abkehr von der suggerierten politischen Neutrali- tät – erfolgte auf dem II. Parlament vom 23. bis 26. Juni 1947. Im Jahr 1949 gab sich die Massenorganisation wie die DDR eine neue Verfassung. Der Organisationsgrad, gemessen an der Jugendbevölkerung, stieg von 13 Prozent (1946) auf 44 Prozent (1950), bevor er 1953 wieder auf 39 Prozent sank, vermutlich auch wegen der Ereignisse vom 17. Juni 1953.⁴²⁷

426 Vgl. Mahrad, Christa 1977, S. 195 u. 200.

427 Vgl. Jahnke, Karl Heinz u. a. 1978, S. 16; vgl. Hille, Barbara 1995, S. 1307.

Die Niederschlagung des Volksaufstandes, als Arbeiter nicht nur die Revidierung erhöhter Arbeitsnormen forderten, sondern auch die gesamte Politik der SED in Frage stellten, bewies allen Jugendlichen, wie brachial die Staatsmacht mit Kritik umging. Der 17. Juni blieb für viele dieser Generation eine traumatische Erfahrung.⁴²⁸ Die Mitgliedszahlen der FDJ erholten sich erst mit dem V. Parlament vom 25. bis zum 27. Mai 1955, nun unter Vorsitz von Karl Namokel, der vier Jahre später von Horst Schumann abgelöst wurde.⁴²⁹ Viele Jugendliche zog es in den 1950er Jahren keinesfalls wegen ihrer politischen Überzeugung in die Reihen der FDJ, die sich mittlerweile zur SED bekannte. Vielmehr konnte eine Mitgliedschaft die existenzielle Not wenigstens etwas lindern und im besten Falle den sozialen Aufstieg bedeuten.⁴³⁰ Die Versorgungslage in den späten 1940er bzw. frühen 1950er Jahren war äußerst schlecht. Eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, ein schlechter Gesundheitszustand sowie psychische Traumata führten viele junge Menschen in die Illegalität.⁴³¹

Ein Teil der Jugend wollte mit Politik nichts mehr zu tun haben oder zeigte sehr wenig Interesse daran, weil die Enttäuschung über das letzte System zu tief saß. Ein anderer Teil verhielt sich der neuen politischen Ordnung äußerst passiv gegenüber und akzeptierte diese.⁴³² Andere begrüßten den sozialistischen Aufbau und erkannten darin eine Möglichkeit, die eigene Biografie umzuschreiben. Dem Erziehungsanspruch der neuen Machthaber jedoch konnte niemand ausweichen. Die Jugendpolitik der 1950er Jahre prägten nach Christa Mahrada ein hohes Aggressionspotential und die rigorose Abgrenzung zum Westen.⁴³³ Die negative Haltung gegenüber dem „westlich-kapitalistischen“ Ausland, insbesondere zur Bundesrepublik, resultierte aus Ideologiekonflikten und basierte auf ökonomischer Konkurrenz. Während im westlichen Teil Deutschlands das umgangssprachliche Wirtschaftswunder durch die freie Marktwirtschaft und die finanzielle Unterstützung der Westmächte einsetzte, zentralisierte die SED

428 Vgl. Mitter, Armin/Stefan Wolle 1995, S. 71 u. 161.

429 Für die Mitgliedszahlen von 1946 und 1950 fehlen die Angaben zu FDJlern in den bewaffneten Organen. Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 183.

430 Vgl. Zilch, Dorle 1996, S. 218.

431 Vgl. Jahnke, Karl Heinz 1970: Zum Anteil der FDJ an der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, o. Jg., H. 6/7, S. 432, zitiert in: Mahrada, Christa 1977, S. 200.

432 Vgl. Weber, Hermann 1990, S. 665.

433 Vgl. Mahrada, Christa 1977, S. 195 f.

die Staatsgewalt durch die Auflösung der fünf Länder, an deren Stelle 14 Verwaltungsbezirke traten. Die Partei begann die Volkswirtschaft mit unflexiblen Fünfjahresplänen zu steuern, die Landwirtschaft zu kollektivieren und privatwirtschaftliche Unternehmen zurückzudrängen.⁴³⁴

Andere politische Strömungen, wie sozialdemokratische Einflüsse in den Gewerkschaften – nun vereint im FDGB –, wurden beschnitten, Wahlen von 1946 an manipuliert. Bei den sächsischen Landtagswahlen von 1946 holte die SED offiziell fast 50 Prozent der Stimmen. In den folgenden Jahren verletzte die Einheitspartei die in der Verfassung deklarierten Wahlrechtsgrundsätze systematisch. Das Konzept der Verhältniswahl wurde in der Praxis durch eine gemeinsame Kandidatenliste der Nationalen Front ersetzt. Die Verteilung der Mandate von Blockparteien und Massenorganisationen regelten die Funktionäre im Vorfeld. Insgesamt gab es in der DDR neunmal Wahlen zu Volkskammer, Landtagen und Bezirkstagen sowie achtmal Wahlen zu Kommunalvertretungen. Die Manipulation, vom Volksmund „Zettelfalten“⁴³⁵ oder „Falten gehen“⁴³⁶ genannt, endete stets in einer Zustimmung von 99 Prozent.⁴³⁷ Gemäß Stefan Wolle waren die Wahlen „eine kollektive Demutsgeste gegenüber der unwandelbaren Staatsautorität“⁴³⁸ oder ein, wie Jens Gieseke es nennt, „Ritualakt der Untertänigkeit“⁴³⁹.

Ein Vierteljahr vor dem ersten Wahlschauspiel im Oktober 1950 verkündete die Einheitspartei auf ihrem III. Parteitag im Juli ihr neues Statut. In den Vorjahren hatte sie ihre Organisation unter dem Titel „Partei neuen Typus“ modifiziert und interne Strukturen nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ gestaltet, alles nach dem Vorbild der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU).⁴⁴⁰ Die Einheitspartei steuerte keineswegs nur die Wahlmodi und die Volkswirtschaft. Sie kontrollierte das gesamte gesellschaftliche Leben.⁴⁴¹ Im Februar 1950 kam es zur Gründung des MfS, dessen Zuständigkeiten gesetzlich nicht geregelt wurden.⁴⁴² Die Verfolgung Andersdenkender, etwa – vermeintlicher – Spione

434 Vgl. Rausch, Heinz u. a. 1988, S. 39 u. 42.

435 Jesse, Eckhard 2011 (b), S. 109.

436 Gieseke, Jens 2009, S. 141.

437 Vgl. Rausch, Heinz u. a. 1988, S. 38; vgl. Fricke, Karl Wilhelm 1992, S. 46.

438 Wolle, Stefan 1992 (a), S. 84.

439 Gieseke, Jens 2009, S. 141.

440 Vgl. Rausch, Heinz u. a. 1988, S. 38.

441 Vgl. Mitter, Armin/Stefan Wolle 1995, S. 32.

442 Vgl. Fricke, Karl Wilhelm 1992, S. 46.

und Systemkritiker fand ihre Legitimation in Artikel sechs der Verfassung von 1949. Demnach ahndete die Justiz „Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen [...] gegen die Gleichberechtigung“ als „Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches“⁴⁴³.

Die Geheimpolizei sollte westliche Spione aufspüren und Terrorzellen zerschlagen, die von amerikanischen und britischen Geheimdiensten beauftragte ehemalige Nazigrößen besetzten. Ihren Kampf gegen „Kriegshetzer und Provokateure“ rechtfertigte die politische Führung mit – vorgeblichen – wirtschaftlichen Sabotageakten, geplanten Attentaten auf Politiker und den Versuchen westdeutscher Agenten, Jugendliche aufzuheizen.⁴⁴⁴ Ins Visier des MfS konnte jeder Jugendliche ohne ein konkretes Verdachtsmoment geraten, insbesondere Individualisten und Randgruppen, teilweise mit fatalen Folgen für die Betroffenen. Zeitgleich zur Gründung der ostdeutschen Geheimpolizei garantierten die Machthaber im ersten Jugendgesetz vom 8. Februar 1950 der Jugend „Schutz [...] vor Ausbeutung“ und versicherten ihr die „Teilnahme am staatlichen und gesellschaftlichen Leben“⁴⁴⁵.

Nach Einschätzung Christa Mahrads übertrugen FDJ-Funktionäre Heranwachsenden in den 1950er Jahren zwar Verantwortung, allerdings „mit einem Setzen von bestimmten Zielen und Vorgeben von Leitbildern“⁴⁴⁶. Individuelle Tendenzen oder „sozialismusfremde“ Lebensweisen wurden nicht geduldet, die Einfuhr westlicher Mode, Filme, Musik und Presseerzeugnisse mit strafrechtlichen Mitteln verfolgt. Während der Großteil der Jugend in der DDR blieb und versuchte, politisch nicht aufzufallen, sei es aus politischer Überzeugung oder aus Angst, verließen viele, vor allem gut ausgebildete junge Menschen in medizinischen und naturwissenschaftlichen Berufen, die DDR. Vom September 1949 bis zum ersten Halbjahr 1961 emigrierten insgesamt über 2,6 Millionen Menschen in die Bundesrepublik. Ende der 1950er Jahre waren knapp ein Drittel aller Republik-

443 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung vom 7. Oktober 1949, Art. 6.

444 Vgl. Gieseke, Jens 2001, S. 24.

445 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950 (b), S. 95.

446 Mahrads, Christa 1977, S. 200.

flüchtlinge 14 bis 21 Jahre alt.⁴⁴⁷ Im Jahr 1958 verließen mehr als 200.000 Menschen den ostdeutschen Teilstaat. Ein Jahr später taten es ihnen knapp 144.000 und im Jahr 1960 etwa 199.000 Bürger gleich.⁴⁴⁸

Allein zwischen Januar und September 1960 verließen über 34.600 15- bis 26-Jährige das Land.⁴⁴⁹ Dennoch gab die Parteiführung im Februar 1961 bekannt: „Die Jugend hat das große Vertrauen, das unsere Partei immer in sie gesetzt hat, jederzeit gerechtfertigt.“⁴⁵⁰ Weiter heißt es im selben Dokument: „Von unserer Jugend [...] können wir sagen, daß sie voller Tatendrang ist und viele junge Menschen mit Feuereifer für den Sieg des Sozialismus arbeiten.“⁴⁵¹ Die Gründe für die Fluchtbewegung sind nicht pauschal zu benennen. Nur eine Minderheit flüchtete aus politischen Gründen. Die Mehrheit folgte dem Drang nach besseren Lebensbedingungen.⁴⁵² Die erzwungene Kollektivierung in der Landwirtschaft und dem Handwerk hatte zu Versorgungsengpässen und einer desaströsen Wirtschaftslage geführt. Die Staatsschulden wuchsen, der private Lebensstandard⁴⁵³ konnte nicht an das bundesdeutsche Wohlstandsniveau anknüpfen. Für die „Abstimmung mit den Füßen“⁴⁵⁴ könnte neben der innenpolitischen Krise die Abschaffung des Streikrechts⁴⁵⁵ durch das im April 1961 eingeführte Gesetzbuch der Arbeit gesorgt haben. Dies hatte besonders unter der jungen Arbeiterschaft Unmut erzeugt.⁴⁵⁶ Nicht nur die Zahlen

447 Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 29.

448 Vgl. Fricke, Karl Wilhelm 1992, S. 56.

449 Vgl. Wierling, Dorothee 1994, S. 406.

450 Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees zu Problemen der Jugend vom 7. Februar 1961, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1962, S. 367.

451 Ebd., S. 369.

452 Vgl. Kleßmann, Christoph 1988, S. 321.

453 Für die SED implizierte der Lebensstandard nicht nur den persönlichen Verbrauch der Bürger. Er schloss die Freiheit und die Macht der Arbeiter ein, die in der sozialistischen Gesellschaft – angeblich – über umfangreiche Rechte und Möglichkeiten verfügten. Vgl. Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschluß des VI. Parteitages (15. bis 21. Januar 1963), angenommen am 18. Januar 1963, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1965, S. 233.

454 Fricke, Karl Wilhelm 1992, S. 56.

455 Offiziell garantierte die Verfassung das Streikrecht bis 1968. In der Praxis jedoch war jeder Streik illegal. Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha 2013 (a), S. 20.

456 Vgl. Rausch, Heinz u. a. 1988, S. 50.

der Flüchtlinge stiegen. Zunehmend mehr Menschen wurden im Laufe der 1960 Jahre aufgrund „politischer Verbrechen“ inhaftiert.⁴⁵⁷

Karl Wilhelm Fricke nimmt an, für die Machthaber konnte ein weiteres Ausbluten der DDR nur mit dem Mauerbau verhindert werden. Dieser „bedeutete das Eingeständnis des Regimes, das Defizit seiner demokratischen Legitimation nicht anders als durch Gewalt ausgleichen zu können“⁴⁵⁸. Tatsächlich stabilisierte der Mauerbau vom 13. August 1961 das System zweifach. Zum einen kam es zu einer innenpolitischen Konsolidierung, da weitere Flüchtlingsströme ausblieben, zum anderen erhielt die DDR außenpolitisch eine Aufwertung, setzte die Teilung Deutschlands doch ein internationales Umdenken in Gang.⁴⁵⁹ Walter Ulbricht rechtfertigte den Mauerbau damit, die DDR vor „aggressiven Maßnahmen der revanchistischen Kreise in Bonn“ zu schützen, schließlich führten „USA-Imperialisten und die militaristischen Kreise Westdeutschlands“ einen „erbitterten Kampf gegen den sozialistischen Aufbau“. Die DDR sei „gezwungen [gewesen], Westberlin mit einem antifaschistischen Schutzwall zu umgeben“⁴⁶⁰. Unter der Bevölkerung löste die Abriegelung Berlins entlang der Sektorengrenze Angst, Ohnmacht, Ratlosigkeit und Wut aus.⁴⁶¹ Die SED reagierte auf jede Form von Widerstand mit Härte, während die FDJ den Kampf gegen „verleumderische“ Tendenzen verstärkte.⁴⁶²

Zum „Schutz“ der DDR und ihrer Grenzen führte der Ministerrat 1962 die allgemeine Wehrpflicht für junge Männer zwischen 18 und 50 Jahren ein. Erst 1964 wurde auf Druck der Kirchen die Möglichkeit eines waffenlosen Dienstes in der Nationalen Volksarmee (NVA) angeboten, jedoch unter erschwerten Bedingungen. Die Mauer bildete zwar, wie Stefan Wolle beschreibt, eine „eiserne Klammer, die das DDR-System zusammenhielt [...]“. Nur eines war die Mauer nicht: eine wirkungsvolle Sperre, die den freien Flug der Gedanken behinderte.“⁴⁶³ Viele Jugendliche ersehnten weiterhin westliche Freiheit und Konsumgüter. Die vielerorts dröhnenden Aufbauparolen und omnipräsenten Maßnahmen politischer

457 Vgl. Schroeder, Klaus 2013, S. 190-192.

458 Fricke, Karl Wilhelm 1992, S. 56.

459 So konnte Konrad Adenauer den amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy nur mühsam davon abbringen, die DDR im Frühjahr 1962 als zweiten deutschen Staat anzuerkennen. Vgl. Lehmann, Hans Georg 2000, S. 173.

460 ND vom 21. Oktober 1961, S. 3.

461 Vgl. Lehmann, Hans Georg 2000, S. 170 u. 172.

462 Vgl. Schroeder, Klaus 2013, S. 195 f.

463 Wolle, Stefan 2001, S. 37.

Manipulation bis ins Privatleben hinein stießen, laut Hermann Weber, „auf den Widerstand vieler junger Leute, denen die verpönten ‚westlichen Lebensgewohnheiten‘ zusagten, die Liberalität verlangten, für Jazz und Beat schwärmten, ‚Nietenhosen‘ und lange Haare trugen“⁴⁶⁴.

Erst Anfang der 1960er Jahre setzte eine Phase relativer Liberalität ein. Die Erziehungsfunktionäre gestanden der Jugend mehr Verantwortung und Selbstständigkeit zu.⁴⁶⁵ Im Jugendkommuniqué von 1963 hieß es dazu: „Es geht nicht länger an, ‚unbequeme‘ Fragen von Jugendlichen als lästig oder gar als Provokation abzutun, da durch solche Praktiken Jugendliche auf den Weg der Heuchelei abgedrängt werden.“⁴⁶⁶ In der Folge war es jungen Menschen kurzzeitig möglich, unter Aufsicht über die Außen- und Sicherheitspolitik im Zuge des Mauerbaus zu diskutieren. Dennoch blieb es beim sozialistischen Erziehungskonzept. Im zweiten Jugendgesetz vom 4. Mai 1964 forderte die Parteiführung erneut alle Bürger auf, „der Jugend Vertrauen [zu] schenken, ihr Verantwortung [zu] übertragen, ihre schöpferische Initiative und ihren Lerneifer“ zu unterstützen, weil die „heutige Jugend die Generation [sei], die die materiellen und geistigen Grundlagen des Kommunismus schaffen“⁴⁶⁷ werde.

Aus jugendpolitischer Perspektive trugen die Jahre von 1949 bis 1964 konstituierenden Charakter. Die Absicht, die junge Generation vom Sozialismus im Sinne der SED zu überzeugen, führte zur Etablierung inszenierter Ritualpraktiken wie der 1955 eingeführten Jugendweihe oder zur Einführung neuer Schulfächer wie Gegenwartskunde bzw. Staatsbürgerkunde. Bildungs- und Schulreformen aus den 1950er Jahren sozialisierten die erste Nachkriegsgeneration ebenso wie der Arbeiteraufstand von 1953 oder der Mauerbau von 1961. Mit den im Februar 1950 und im Mai 1964 verabschiedeten Jugendgesetzen manifestierte die SED ihr Erziehungsziel bis in die 1980er Jahre. Einerseits garantierte die Einheitspartei den jungen Bürgern Partizipationsmöglichkeiten und gleiche Bildungschancen, andererseits wurden junge Andersdenkende und Außenstehende, wie Nicht-

464 Weber, Hermann 1991, S. 108.

465 Vgl. Der Jugend Vertrauen und Verantwortung. Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees. Beschluß des Politbüros des ZK vom 17. September 1963, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1965, S. 685 u. 690.

466 Ebd., S. 691.

467 Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972, S. 8.

FDJler, Wehrdienstverweigerer, Christen, Rock-'n'-Roll- und Beat-Fans, kriminalisiert und verfolgt. Der Staat verlangte in den 1950er/60er Jahren von der jungen Generation die Beteiligung am Aufbau des Sozialismus und bedingungslosen politischen Gehorsam, den insbesondere das Schulwesen vermittelte, war es doch erklärtes Ziel, eine Einheit von Bildung und Erziehung herzustellen.

2.2.2 Phase II: Konkretisierung und Ausbau der Erziehungsinhalte

Das Jahr 1965 bildete insofern eine jugendpolitische Zäsur, als drei Ereignisse im Februar, Oktober und Dezember die weitere Entwicklung der Jugendpolitik entschieden prägten. Zunächst gipfelten die ideologischen Vereinnahmungsversuche im Bildungswesen am 25. Februar 1965 in der Einführung des „Gesetz[es] über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“. Das Bildungssystem der 1960er Jahre sollte Kinder und Jugendliche mehr an volkswirtschaftlich benötigte Berufe heranführen und ihre Bindung an den Sozialismus bzw. die Politik der SED stärken. Das neue Gesetz umfasste alle Einrichtungen von der Vorschulerziehung über die Polytechnischen Oberschulen (POS) bis hin zu den Abiturklassen in den Erweiterten Oberschulen (EOS). Es versprach bildungspolitische Transparenz, indem es allen Menschen ein Recht auf Bildung gewährte und die Möglichkeiten zur Berufsausbildung vergrößerte.⁴⁶⁸ Ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre hatte der zehnklassige polytechnische Unterricht – eine Verknüpfung aus Schulunterricht und praktischer Arbeit in Landwirtschaft und Industrie – sukzessiven Einzug in das Schulwesen gehalten. Ab Anfang der 1960er Jahre setzte die SED sodann mit neuen Lehrplänen auf eine Modernisierung der polytechnischen Ausbildung und auf ein höheres Niveau der Allgemeinbildung. Für die politisch „korrekte“ Erziehung sorgte weiterhin der Staatsbürgerkundeunterricht.

Die Schule vermittelte auf Grundlage des Marxismus-Leninismus nun vorrangig Kenntnisse moderner Wissenschaften, wie Mathematik, Technik und Wirtschaft. Fast ein Jahr nach Einführung des Bildungsgesetzes verkündete die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik im Januar 1966 große Erfolge: Demnach sei es durch die Bildungsreform zu einem Anstieg

468 Vgl. Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR vom 25. Februar 1965, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik/Ministerium für Volksbildung (Hrsg.) 1971, § 2, Abs. 2.

der Zahl an Hoch- und Fachschulabsolventen auf über eine halbe Million gekommen und die Hoch- und Fachschulen hätten 1965 etwa 9.000 Studenten mehr aufgenommen als im Vorjahr. Insgesamt würden über 12.000 junge Menschen im Rahmen des Direktstudiums technische Disziplinen studieren. Im Jahr 1965 hätten rund 200.000 Jugendliche eine Facharbeiterausbildung abgeschlossen, 45.000 mehr als 1964.⁴⁶⁹

Das Bildungsgesetz orientierte sich nicht nur verstärkt auf Polytechnik oder Naturwissenschaften, sondern zielte auch auf eine „allseitige körperliche Grundausbildung“, da Sport „Eigenschaften wie Kraft, Mut, Gewandtheit, Ausdauer und Schnelligkeit“⁴⁷⁰ fördere. Dem erweiterten Sportunterricht folgte der Ausbau des Breitensports; für den Kinder- und Jugendsport schuf die SED eine „Spartakiaden-Bewegung“.⁴⁷¹ In den Schulen organisierte die FDJ von 1967 an die militärraffinen „Hans-Beimler-Wettkämpfe“.⁴⁷² Oberste Priorität bei der Neuausrichtung des Bildungswesens besaßen ökonomische Motive, unterlag doch das Gesetz der Maxime: „Alles mit dem Volk, alles durch das Volk, alles für das Volk.“ Gemäß der Präambel bestünde dessen Hauptanliegen darin, „die Produktion und die Arbeitsproduktivität auf der Grundlage des höchsten Standes von Wissenschaft und Technik, vor allem in den führenden Zweigen und durch die Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung [NÖSPL] der Volkswirtschaft zu steigern“⁴⁷³.

Anfang der 1960er Jahre kam es durch das NÖSPL zu umfangreichen Wirtschaftsreformen, nachdem das Vorhaben des V. Parteitag im Juli 1958 gescheitert war, den „Pro-Kopf-Verbrauch der werktätigen Bevölkerung an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern“⁴⁷⁴ zu stei-

469 Vgl. NZ vom 15. Januar 1966, S. 4.

470 Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR vom 25. Februar 1965, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik/Ministerium für Volksbildung (Hrsg.) 1971, § 14, Abs. 2.

471 Nach dem antiken Gladiator Spartakus benannt. Vgl. Fulbrook, Mary 2008, S. 98.

472 Vgl. Jahnke, Karl Heinz u. a. 1978, S. 232 u. 240.

473 Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR vom 25. Februar 1965, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik/Ministerium für Volksbildung (Hrsg.) 1971, S. 8.

474 Über den Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat. Beschluß des V. Parteitag (10. bis 16. Juli 1958), angenommen am 15. Juli 1958, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1961, S. 259.

gern.⁴⁷⁵ Mitte der 1960er Jahre setzte in der DDR gemäß Stefan Wolle ein „bescheidener Wohlstand“⁴⁷⁶ ein. Zunehmend mehr Haushalte verfügten über Fernsehgeräte, Waschmaschinen, Kühlschränke und Autos.⁴⁷⁷ Zwar registrierten die Bürger den gestiegenen Lebensstandard, allerdings zogen sie nach wie vor über westliche Massenmedien Vergleiche zur Bundesrepublik.⁴⁷⁸

Die volkswirtschaftlichen Modernisierungstendenzen und sozialpolitischen Reformbemühungen führten nach Meinung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen zu einem „Prozeß der Versachlichung der Jugendpolitik“⁴⁷⁹. Einerseits sollten die Jugendlichen auf ihre ökonomischen Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus vorbereitet werden, andererseits den gewünschten „Klassenstandpunkt“ festigen. Es galt gewissermaßen, dem „Klassenfeind“ die volkswirtschaftliche Überlegenheit zu demonstrieren und die Bevölkerung mit dem Ausbau sozialpolitischer Maßnahmen von der Idee einer sozialistischen Menschengemeinschaft zu überzeugen, in welche die junge Generation integriert werden sollte. Die Sozialpolitik führte 1967 zum arbeitsfreien Samstag bzw. zu verkürzten Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich, dafür degradierte die SED vorrangig religiöse Feiertage zu normalen Werktagen. Der gesetzliche Urlaub und das Kindergeld wurden erhöht und das Wohnungsbauprogramm aufgestockt.⁴⁸⁰

Das Wohnungsbauprogramm avancierte zum Prestigeobjekt. Die SED versprach sich davon internationale Reputation und wollte die DDR als jungen Sozialstaat präsentieren. Der Schein jedoch trog. Gleichwohl der Staat Anfang der 1960er Jahre, verglichen mit den 1950er Jahren, pro Jahr durchschnittlich fast dreimal so viele Wohnungen errichten ließ, konnte die DDR keineswegs mit dem westdeutschen Wohnungsbauprogramm bzw. mit der Ausstattung westdeutscher Wohnungen Schritt halten. Die Wohnungen in der DDR waren flächenmäßig kleiner und, mit Blick auf Sanitäranlagen, Elektrizität und Wärmeversorgung, schlechter ausgestattet. Die Bausubstanz in den Stadtkernen verfiel zunehmend, das Durchschnittsalter einer Wohnung betrug 60 Jahre. Anfang der 1970er Jahre trat

475 Vgl. Steiner, André 2003, S. 218.

476 Wolle, Stefan 2011, S. 182.

477 Vgl. Schroeder, Klaus 2013, S. 801.

478 Vgl. Kaminsky, Annette 2001, S. 116.

479 Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1971, S. 212.

480 Vgl. Wolle, Stefan 2011, S. 187 f.

das Ausmaß des zentralisierten Wohnungsmarktes und der gelenkten Wohnungsvergabe deutlich zu Tage: 1970 herrschte in fast einem Zehntel der Wohnungen Doppel- bzw. Überbelegung.⁴⁸¹

Da die geschönten Bilanzen des Wohnungsmarktes wenig mit der Realität gemein hatten,⁴⁸² erfreuten sich Treffpunkte außerhalb der beengten Wohnverhältnisse unter Jugendlichen großer Beliebtheit. Die Heranwachsenden der 1960er Jahre empfanden den gewachsenen Wohlstand in der DDR weniger als sozialistische Errungenschaft, sondern nahmen das – verglichen mit anderen Ostblockstaaten – relativ hohe Lebensniveau als selbstverständlich wahr. In den Kinderzimmern befanden sich häufiger Kassettenrekorder und in den Freundeskreisen tauschten Jugendliche oft selbst mitgeschnittene Beatmusik, empfangen über westliche Rundfunksender. Der Staat zeigte sich in der ersten Hälfte der 1960er Jahre, im Gegensatz zu den 1950er Jahren, gegenüber jugendlichen Moden toleranter. Nach dem Mauerbau von 1961 folgte eine relativ liberale Phase. Das politische System konsolidierte sich und innerhalb der Jugendpolitik schwand für die Verhältnisse in der DDR ein wenig der Druck. Jugendlichen Fragen wurde mehr Gehör geschenkt und die SED warb bei der älteren Generation um Verständnis für deren Anliegen. Schließlich seien junge Menschen gemäß dem zweiten Jugendgesetz von 1964 „Schmiede der Zukunft, Bauherren des Sozialismus und Pioniere der Nation“⁴⁸³.

In der ersten Hälfte der 1960er Jahre kam es zu einer kulturpolitischen Öffnung, da die politische Führung die DDR eben als einen jungen, modernen und weltoffenen Staat präsentieren wollte. Der Interessenkonflikt zwischen Jugend und Staat schien vor allem angesichts der Festivitäten rund um das Deutschlandtreffen vom Mai 1964 vorerst aufgehoben. Yvonne Liebing deutet das internationale Fest als „Höhepunkt einer Politik der Öffnung“⁴⁸⁴, Monika Kaiser bezeichnet es als Blütezeit des „systemimmanenten Liberalisierungsversuchs“⁴⁸⁵ Walter Ulbrichts. Unter Federführung der FDJ etablierten sich bis 1965 dutzende Gitarren- und

481 Vgl. ebd., S. 193-195; vgl. Kaminsky, Annette 2001, S. 123-126.

482 Vgl. Information zum Plananlauf im Wohnungsneubau 1971 und zur Entwicklung des Wohnungsbestandes in der DDR. Anlage Nr. 5 auf der Sitzung des Ministerrats vom 24. März 1971, in: BArch, DC 20/1/3/845, Bl. 31.

483 Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972, S. 9.

484 Liebing, Yvonne 2005, S. 62.

485 Kaiser, Monika 1997, S. 159.

Volkskunstbewegungen und in staatlichen Jugendklubs durften Amateur-rockbands mit westlicher Beatmusik auftreten. Das eigens für das Deutschlandtreffen konzipierte und auf Initiative Erich Honeckers entstandene Jugendradio DT 64 ging in den regulären Betrieb und spielte vereinzelt westliche Hits. Die Wünsche der jungen Generation nach etwas mehr (westlicher) Freiheit wurden ein Stück weit erhört.⁴⁸⁶

Doch mit der Zunahme der Zahl von „Gammlern“ im Straßenbild fürchtete die Staatsmacht eine Untergrabung ihrer Autorität im „humanistische[n] Staat auf deutschem Boden“⁴⁸⁷. In Schulen und Ausbildungsbetrieben entstanden Diskussionen über die modischen Vorlieben der Jugend. Nicht wenige Bürger fragten sich, wie die Erziehungsfunktionäre, ob längeres Haar bei jungen Männern wirklich sein müsse, und nahmen Anstoß an Miniröcken, Jeans und westlicher Musik. War das alles mit dem sozialistischen Wertekanon vereinbar? Lange Haare – mit Stolz bevorzugt von Freunden der Beatmusik getragen – symbolisierten wohl nicht nur für die Machthaber westlichen Sittenverfall und Dekadenz. Mancherorts kam es an Schulpforten zu Kontrollen, bei denen Direktoren die Frisur- und Bekleidungsmoden der Schüler inspizierten. Verweigerten junge Männer den Gang zum Friseur, drohten vereinzelt Sanktionen.⁴⁸⁸

Das äußere Erscheinungsbild der langhaarigen Beat-Verehrer, deren propagierte Lässigkeit, das spontane Treffen im öffentlichen Raum und das Zurschaustellen westlicher Lebensgewohnheiten provozierte die Staatsmacht und einige Bürger, in Ost und West. Die gleichgeschalteten Medien berichteten in diffamierenden Kampagnen über den verderblichen Einfluss des „Klassenfeindes“ auf die Jugend und erkannten in der Beatmusik eine Gefahr für die sozialistische Ordnung. Als sich die „negativen“ Vorfälle mit Beatgruppen häuften bzw. sich mehr Jugendliche die Freiheit herausnahmen, sich zu kleiden, wie sie wollten, und zu hören, was ihnen gefiel, erließ die SED im Oktober 1965 einen Beschluss, der das Verbot von Beatmusikgruppen legitimierte. Es folgte die zweite jugendpolitische

486 Vgl. Herdin, Jürgen 1992, S. 106; vgl. Wollé, Stefan 2011, S. 200.

487 Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Aufgaben der Kultur bei der Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft vom 30. November 1967, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971, S. 241.

488 Vgl. Mitter, Armin/Stefan Wollé 1995, S. 392 f.

Zäsur: die Beat-Demonstration vom 31. Oktober in Leipzig, die größte „illegale“ Demonstration in der DDR nach dem 17. Juni 1953.⁴⁸⁹

Wegen des Beat-Verbots in der Stadt trafen sich 500 bis 800 Beat-Fans Ende Oktober 1965 zu einer nicht erlaubten Protestkundgebung, die nach 20 Minuten gewaltsam aufgelöst wurde.⁴⁹⁰ Die Beat-Demonstration gab der SED Anlass, abweichendes Verhalten unter Jugendlichen keinesfalls mehr zu tolerieren. Das Ende der jugendpolitischen Liberalität – die dritte Zäsur – besiegelten die Funktionäre, allen voran Erich Honecker, auf dem XI. Plenum des ZK der SED vom 16. bis 18. Dezember 1965. Das Plenum entwickelte sich zu einem kulturpolitischen Rundumschlag, als Honecker begann, Presse, Film und Fernsehen für die moralische „Zersetzung“ der Jugend im Land anzuklagen. Die populäre Beat-Bewegung beobachtete der für Kader- und Sicherheitsfragen Verantwortliche mit Argwohn, sei doch der „Kampf für Anstand und Ordnung, [...] in einzelnen Fällen ein Kampf gegen Rowdytum, Unsittlichkeit und anarchistische Tendenzen“⁴⁹¹.

Die Funktionäre einigten sich: Das „Kahlschlag-Plenum“ endete im Verbot von zwölf ostdeutschen Filmen. Etliche Kulturschaffende zwang das XI. Plenum zudem zur Aufgabe von Projekten und Theaterinszenierungen. Heftig kritisiert wurden Stefan Heym („Der Tag X“), der die Geschehnisse des 17. Juni nicht wahrheitsgemäß dargestellt hätte, und Werner Bräunig („Rummelplatz“). Liedermacher Wolf Biermann wurde gar Verrat am Staat sowie am Vermächtnis seines von den Nationalsozialisten ermordeten Vaters vorgeworfen.⁴⁹² In der Folge des Plenums verstärkten Parteiführung, Polizeiorgane und Justiz ihren Kampf gegen „imperialistisches“ Gedankengut und gegen nonkonformistisches Verhalten. Bis zur Vergabe der Weltfestspiele an Ostberlin 1970 blieben Rock- und Beatmusik ein Tabu.⁴⁹³ Dorothee Wierling kommt zu dem Schluss, Mitte der 1960er Jahre sei ein jugendpolitischer Wandel eingetreten. Staat und Medien hatten das propagierte Bild der Jugend als „Heilsbringer“ durch das des „Zerstörers“⁴⁹⁴ ersetzt.

489 Vgl. Lindner, Bernd 2000, S. 891.

490 Vgl. Wolle, Stefan 2011, S. 199-201, 203 u. 206.

491 Honecker, Erich 1966, S. 70.

492 Vgl. Mähler, Ulrich/Gerd-Rüdiger Stephan 1996, S. 169; vgl. Wolle, Stefan 2011, S. 294.

493 Vgl. Kochan, Thomas/Christian Kunert 2010, S. 413.

494 Wierling, Dorothee 2003 (a), S. 631.

Auf ihrem VII. Parteitag im April 1967 beschloss die Einheitspartei, die sozialistische Entwicklung weiter voranzutreiben. Allen Massenorganisationen wurde vorgegeben, die Politik der SED ernster umzusetzen. Die FDJ befand sich damit in einer besonders prekären Situation. Von Beginn an sollte der Verband die Jugend einerseits im Sinne der SED organisieren und mobilisieren, junge Menschen, wie es Walter Hornstein und Werner Schefold beschreiben, „abholen“. Andererseits musste er „eine umfassende Infrastruktur für Freizeit und Geselligkeit von Jugendlichen anbieten und war dabei auf eine gewisse Offenheit für Bedürfnisse und Ansprüche von Kindern und Jugendlichen angewiesen“⁴⁹⁵, so Hornstein und Schefold weiter. Für die FDJ blieb es demzufolge bei der Doppelaufgabe, der SED auf der einen und ihren Mitgliedern auf der anderen Seite gerecht zu werden. Mit dem VII. Parteitag von 1967 verlagerte sich das ohnehin bestehende Ungleichgewicht (erneut) zugunsten der Machthaber.

Die FDJ, von 1967 an unter Leitung des Mitbegründers Günther Jahn, bekam den Auftrag, Mitglieder wie Nichtmitglieder intensiver zu politisieren, zu disziplinieren und an Attraktivität für Außenstehende zu gewinnen. Angesichts der Ereignisse des Prager Frühlings von 1968 – an den Protestaktionen in der DDR hatten sich mehrheitlich junge Menschen beteiligt – schien es für die politische Führung umso wichtiger, andere politische Ansichten gar nicht erst gedeihen zulassen. Das galt für Sympathisanten der Reformbewegung in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR) ebenso wie für junge Christen. So löste die Sprengung der Leipziger Universitätskirche im Mai 1968 viel Protest innerhalb der Bevölkerung aus.⁴⁹⁶ Die Rabiathheit mag besonders junge Gläubige erschüttert haben, da diese ein derart offen rücksichtsloses Vorgehen, ähnlich dem Kirchenkampf der 1950er Jahre, bislang nur aus Erzählungen kannten. Viele andere Jugendliche sehnten sich hingegen weniger nach religiöser Freiheit, sondern schwärmten weiterhin für Kleidung und Musik westlichen Ursprungs.

Ende der 1960er Jahre habe der Staat, so Annette Kaminsky, die wichtige Rolle der Jugend als Politpartner erkannt. Er versuchte, der jungen Generation ein wenig entgegenzukommen. Zaghaft begann sich die ostdeutsche Bekleidungsindustrie ab 1969 an westlichen Trends zu orientieren, in den Kaufhäusern entstanden eigene Abteilungen für Jugendmode. Mit den

495 Hornstein, Walter/Werner Schefold 1998, S. 293.

496 Vgl. Jesse, Eckhard 2008, S. 508.

beginnenden 1970er Jahren wurden in der DDR, ähnlich wie in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und Westeuropa, durch die Hippie-Bewegung die Haare länger, die Röcke kürzer und die Hosensäume weiter. Der Staat ließ die einst gehasste Jeans nun importieren und die begehrten Hosen in heimischen Fabriken produzieren.⁴⁹⁷ Diese Zugeständnisse änderten nichts an der Rolle der Jugend als maßgeblichem Wirtschaftsfaktor bei der Erfüllung der Pläne. Auf dem IX. Parlament des Jugendverbandes im Mai 1971 verkündete Erich Honecker: „Die Zukunft der Jugend ist für die nächsten Jahre im Entwurf der Direktive zum Fünfjahresplan 1971 bis 1975 klar vorgezeichnet. [...] Der Fünfjahresplan ist ein Plan für den Menschen, ein Plan für die Jugend. [...] Jeder Jugendliche ist aufgefordert, im sozialistischen Wettbewerb seinen Anteil im politischen Kampf um die Planerfüllung zu leisten.“⁴⁹⁸

Ein Jahr später liefen in der DDR unter Leitung der FDJ die Vorbereitungen zu den „X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten“ in Ostberlin. Die Sanktionen für Rock- und Beatmusik verschwanden allmählich, war doch das XI. Plenum von 1965 eine ganze Weile her. Wie beim Deutschlandtreffen von 1964 wollte sich die Staatsführung 1973 nach Einschätzung von Christian Kunert, Mitglied der „Klaus Renft Combo“, „nicht als hinterwälderisch“ zeigen: „Die besten Bands wurden vom Fleck weg für Funk und Platte engagiert, sozusagen von trübem in Klarwasser überführt, was nebenbei den Vorteil bot, dass man sie besser unter Kontrolle hatte.“⁴⁹⁹ Nach offiziellen Angaben nahmen an den Weltfestspielen über 25.600 Delegierte aus 140 Ländern teil, die 1.700 internationale und regionale Jugendorganisationen vertraten. Insgesamt feierten über 500.000 FDJler und Pioniere bzw. mehr als fünf Millionen Jugendliche vom 28. Juli bis zum 5. August 1973 unter der Losung „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“.⁵⁰⁰ Das Festival bewies laut SED- und FDJ-Führung „überzeugend die große Autorität der DDR in der Welt“ und „den gestiegenen Einfluß der FDJ unter der Jugend“⁵⁰¹.

Tatsächlich blieb das internationale Festival sehr vielen Jugendlichen in guter Erinnerung. Die lockere Atmosphäre jener Tage weckte bei vielen

497 Vgl. Kaminsky, Annette 2001, S. 129 f.

498 ND vom 29. Mai 1971, S. 3.

499 Kochan, Thomas/Christian Kunert 2010, S. 413.

500 Die Quelle könnte aus dem Jahr 1980 stammen. Vgl. Honecker, Erich o. J.: Mit der Jugend für die kommunistische Zukunft, in: ders. 1980, S. 332.

501 Jahnke, Karl Heinz u. a. 1978, S. 320.

Bürgern Hoffnungen auf eine langfristige Liberalität und auf Reiseerleichterungen. Die DDR gab sich weltoffen und großzügiger als sonst. Viele Jugendliche überraschte es, so Denise Wesenberg, wie „cool“⁵⁰² die Staatsmacht sein konnte. Kamen Jugendliche auf offener Straße mit ausländischen Gästen in Kontakt, berichteten sie nicht von Repressionen, Wahlfälschungen oder ständiger Bevormundung, sondern traten mehrheitlich als stolze DDR-Bürger auf. Für patriotische Gefühle sorgten Ehrengäste wie Angela Davis⁵⁰³, Galionsfigur der afroamerikanischen Befreiungsbewegung, die sowjetische Kosmonautin Valentina Tereschkowa oder Yassir Arafat.⁵⁰⁴ Erich Honecker erinnerte sich: „Am Nachmittag des 3. August 1973 begab ich mich mit anderen Genossen der Parteiführung auf den Alexanderplatz [...], dorthin, wo man den Puls der Weltfestspiele am deutlichsten fühlte. Im Nu bildete sich um uns eine dichte Traube junger Menschen. Herzlich wurden wir in das bunte Treiben und in Gespräche einbezogen. Scherzworte wurden gewechselt, Lieder angestimmt.“⁵⁰⁵

Stefan Wolle merkt an, die Spiele stellen aus historischer Sicht die „Generalprobe für Honeckers Politik der kontrollierten Öffnung“⁵⁰⁶ dar. Diesen anfänglicher Politikstil charakterisierte, wie Martin Sabrow resümiert, „eine auffallende Gemengelage von Liberalisierung und Repression, von Jugendfrische und Greisenstarrsinn, von kultureller Lockerung und politischer Verhärtung“⁵⁰⁷. Die X. Weltfestspiele bieten retrospektiv ein geeignetes Beispiel für die Ambivalenz der Jugendpolitik: Der Weltöffentlichkeit führte die Parteispitze ein gelungenes Schauspiel vor, während im Hintergrund Polizei- und Sicherheitsorgane emsig agierten. Bei den Vorbereitungen und im Verlauf der Feierlichkeiten erfolgte nach Wolle ein

502 Wesenberg, Denise 2007, S. 49.

503 Die afroamerikanische Bürgerrechtlerin avancierte Anfang der 1970er Jahre in der DDR zu einer Ikone der ostdeutschen Jugend. Die Solidaritätsbekundungen der SED gegenüber Angela Davis, die 1970 aufgrund einer missglückten Geiselnahme von der amerikanischen Justiz verurteilt und später inhaftiert wurde, mündeten in groß angelegten FDJ-Kampagnen. Im Jahr 1972 erhielt sie den Freispruch und besuchte die DDR. Vgl. Lorenz, Sophie 2013, S. 38 f. u. 54.

504 Vgl. Wesenberg, Denise 2007, S. 19, 34, 40 f., 45, 47, 49 u. 50.

505 Honecker, Erich o. J.: Mit der Jugend für die kommunistische Zukunft, in: ders. 1980, S. 333.

506 Wolle, Stefan 1999, S. 164.

507 Sabrow, Martin 2013, S. 65.

„Großbreinemachen“⁵⁰⁸. Bernd und Peter Eisenfeld meinen, die SED wollte der Welt eine „keimfreie“⁵⁰⁹ Stadt präsentieren.

Von 1965 bis 1973 konkretisierten die Machthaber ihr Erziehungsziel durch das Bildungsgesetz bzw. eine verstärkte Wehrerziehung. Schließlich galt es, alle Jugendlichen zu sozialistischen Persönlichkeiten auszubilden und auf ihre volkswirtschaftlichen Aufgaben vorzubereiten. In den 1960er Jahren normalisierte sich das Leben in der DDR und das politische System gewann an Rückhalt in der Bevölkerung. Für Jugendliche, die in der DDR geboren waren und nichts anderes kannten, spielten die beschwerlichen Nachkriegsjahre, die ständigen Aufbauappelle und Durchhalteparolen der 1950er Jahre ohnehin keine Rolle. Die Identifikation mit der DDR erreichte Anfang der 1970er Jahre Höchstwerte.⁵¹⁰ Die von der SED geforderten Charaktereigenschaften einer sozialistischen Jugend fanden ein Jahr nach den Weltfestspielen im dritten Jugendgesetz Widerhall. An diesem Punkt beginnt die Darstellung der dritten Phase der Arbeit.

2.2.3 Phase III: Militarisierung und Distanzierung

Am 28. Januar 1974 wurde das dritte Jugendgesetz der DDR eingeführt. Ein letztes Mal kodifizierte die Volkskammer die „Entwicklung der Jugend zu sozialistischen Persönlichkeiten“⁵¹¹, da es – angeblich – ein natürliches Anliegen junger Menschen sei, „auf sozialistische Art zu arbeiten, zu lernen und zu leben“, d. h. „selbstlos und beharrlich zum Wohle [des] sozialistischen Vaterlandes [...] zu handeln“⁵¹². Die jugendpolitischen Kontroversen der 1960er Jahre, insbesondere die Debatte auf dem XI. Plenum des ZK der SED von 1965, fanden Niederschlag in der Verpflichtung von „Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen [...], die Qualität und die Anzahl von Veröffentlichungen, Sendungen und Produktionen zu erhöhen, die den vielseitigen Interessen der Jugend und den Erfordernissen sozialistischer Jugenderziehung entsprechen“⁵¹³. Zudem stellten die Erziehungsfunktionäre 1974 auffallend mehr militaristische Anforderungen an die Ju-

508 Wollé, Stefan 1999, S. 165.

509 Eisenfeld, Bernd/Peter Eisenfeld 1999 (b), S. 94.

510 Vgl. Förster, Peter 1999, S. 85 u. 110.

511 Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, S. 11.

512 Ebd., § 1, Abs. 2.

513 Ebd., § 4, Abs. 2.

gend,⁵¹⁴ obwohl sich im außenpolitischen Denken sukzessive ein Wandel abzeichnete: „Aufgabe der Jugend ist es, wehrpolitische Bildung, vormilitärische Kenntnisse und Fertigkeiten zu erwerben sowie in der Nationalen Volksarmee und den anderen Organen der Landesverteidigung zu dienen.“⁵¹⁵

Im Vergleich zum zweiten Jugendgesetz von 1964 ließ sich zehn Jahre später kein Wortlaut mehr über eine deutsche Nation finden. Es schien, als verzichtete die DDR unter Führung Erich Honeckers rasch und endgültig auf Wiedervereinigungsbestrebungen.⁵¹⁶ Der einstige Jugendfunktionär hatte auf dem ersten Parteitag in seiner Funktion als Erster Sekretär erklärt, die deutsche Frage sei entschieden. Auf dem VIII. Parteitag im Juni 1971 erläuterte er, „daß der Imperialismus sein Wesen nicht verändert hat“. Er sprach von der „Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen“⁵¹⁷. Beide deutsche Staaten konnten seiner Meinung nach gleichzeitig mit- oder gegeneinander existieren.⁵¹⁸ Honecker unterstellte der Bundesrepublik, „das Entstehen eines militärisch-industriellen Komplexes, eine krebsartige wuchernde Rüstungswirtschaft“ sowie „eine fortschreitende ökonomische und militärische Verflechtung mit den USA“⁵¹⁹. Dadurch werde der Abgrenzungsprozess zwischen beiden deutschen Staaten „in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens immer tiefergehender“⁵²⁰, so Honecker weiter.

Zwei Jahre nachdem das Jugendgesetz alle jungen Menschen dazu verpflichtet hatte, „ihre Kenntnisse und Erfahrungen über die Entwicklung und das Leben in der Sowjetunion und in anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft zu vertiefen“⁵²¹, beteuerte die SED auf ihrem IX. Parteitag 1976, wie stark sie denn verbunden sei „mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der erprobtesten und erfahrensten kommunistischen Partei“⁵²². Da die Gesellschaft in der DDR inzwischen ein sozialistisches Nationalbewusstsein, bestehend aus Patriotismus und Interna-

514 Vgl. ebd., § 1, Abs. 2, § 25, Abs. 1 u. § 37, Abs. 2.

515 Ebd., § 24.

516 Vgl. Rexin, Manfred 1988, S. 45.

517 Honecker, Erich 1971, S. 18 f.

518 Vgl. Art. Koexistenz, in: Böhme, Waltraud u. a. (Hrsg.) 1985, S. 469.

519 Honecker, Erich 1971, S. 21 f.

520 Ebd., S. 23.

521 Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, § 5, Abs. 2.

522 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1976, S. 209.

tionalismus, entwickelt hätte,⁵²³ würden „die Ansprüche an die politisch-moralische Erziehung“ wachsen. Die politische Führung zielte mit ihrer Jugendpolitik fortan auf die Etablierung „kommunistische[r] Überzeugungen und Verhaltensweisen, damit den jungen Menschen geholfen wird, Antworten auf ihre Fragen über unsere Zeit und über den Sinn des Lebens zu finden“⁵²⁴. Die Thesen des IX. Parteitages, etwa die von der „sozialistischen Nationalkultur“⁵²⁵ und der „sozialistischen Nation“ oder die von der „planmäßige[n] Entwicklung der sozialistischen Lebensweise“⁵²⁶, stehen exemplarisch für die Abkehr vom Einheitsgedanken. Die Zusammenführung Deutschlands stand selbst unter sozialistischen Vorzeichen nicht länger zur Debatte.⁵²⁷

Für die Mehrheitsbevölkerung brachte der Machtwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker zwar Erleichterungen, dennoch hörten die Menschen keinesfalls damit auf, sich an der Bundesrepublik zu orientieren. Viele ersehnten und idealisierten den westdeutschen Lebensstandard.⁵²⁸ Infratest zufolge bewerteten viele Bürger die allgemeinen Lebensbedingungen Anfang der 1970er Jahre als ausreichend bis gut. Die „politisch-rechtliche Situation“⁵²⁹ im Land stieß hingegen auf wenig Gegenliebe. Etliche verloren das Interesse an Politik. Verglichen mit den Vorjahren, verspürten Bürger 1971 jedoch weniger politischen Druck.⁵³⁰ Rolf Reißig erklärt, das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Staat prägte anfänglich Akzeptanz und Loyalität.⁵³¹ Vermutlich auch deshalb, weil die Politik Erich Honeckers laut Stefan Wolle, „mehr Pragmatismus und Lebensnähe“⁵³² auszeichnete. Dennoch dachten wenige Menschen, mit dem neuen Parteisekretär käme es zu einer Verbesserung des Lebensniveaus. Im Vergleich zu vielen Jugendlichen erwarteten die meisten Erwachsenen kaum etwas von Honecker, und bereits 1972 bemerkten sie wieder wachsenden

523 Vgl. ebd., S. 57.

524 Ebd., S. 49.

525 Ebd., S. 51.

526 Ebd., S. 56.

527 Vgl. Wolle, Stefan 1999, S. 47.

528 Vgl. Jesse, Eckhard 2015 (a), S. 225 f.

529 Holtmann, Everhard/Anne Köhler 2015, S. 190.

530 Vgl. ebd., S. 99 u. 190.

531 Vgl. Reißig, Rolf 1993, S. 51.

532 Wolle, Stefan 1999, S. 41.

politischen Druck, während sich die ökonomische Situation weiter zu bessern schien.⁵³³

Mit positiven Wirtschaftsbilanzen und dem Ausbau der Sozialpolitik hoffte die Regierung die „Arbeiterklasse“ sozusagen befrieden zu können, ein Gemeinschaftsgefühl unter der Bevölkerung zu erzeugen und die Überlegenheit des eigenen Systems zu beweisen. Tatsächlich führten die Erhöhung des Kindergeldes, das Wohnungsbauprogramm, der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen, die zinslosen Kredite für junge Ehepaare, die Geburtenbeihilfe – 1.000 Mark für das erste und mehr Geld für jedes weitere Kind – zu einem Anstieg der Zahl an Geburten und Ehen.⁵³⁴ Von Jugendlichen geschlossene Ehen stiegen von rund 70 Prozent (1971) auf 74 Prozent (1976). Die Zahl der von jugendlichen Müttern geborenen Kinder erhöhte sich von 146.000 (1971) auf über 174.000 (1979).⁵³⁵ Wie in den beginnenden 1960er Jahren wirkte sich der Ausbau der sozialpolitischen Maßnahmen zum einen förderlich auf die Bevölkerungsstatistiken und positiv auf die Stimmungslage im Land aus. Zum anderen trugen die horrenden finanziellen Ausgaben 20 Jahre später eine Mitschuld am Niedergang des Systems.⁵³⁶

In der Folge entstand gemäß Eckhard Jesse – jedenfalls was die Masse der Angepassten betraf, und das war nach Infratest die Mehrheit der Bevölkerung⁵³⁷ – „zwischen ihnen und dem Staat eine Art unausgesprochenes ‚Stillhalteabkommen‘“: „Sie zeigte sich nach außen hin zu politischem Wohlverhalten bereit, nahm das Ritual des ‚Zettelfaltens‘ hin, während die Staatsführung mit einer den Umständen entsprechenden großzügigen Sozialpolitik aufwartete.“⁵³⁸ Das galt keinesfalls nur für die Welt der Erwachsenen. Die 1970er Jahre prägten ebenso eine Übereinkunft zwischen Jugend und Staat. So orientierte sich der Jugendhörfunk ein wenig mehr am westlichen Unterhaltungsprogramm,⁵³⁹ die einst verpönte Beatmusik durf-

533 Vgl. Holtmann, Everhard/Anne Köhler 2015, S. 191 f.

534 Vgl. Reißig, Rolf 1993, S. 52; vgl. Merkel, Ina 1994, S. 373.

535 Hier zählen auch Totgeburten zu Geborenen, da bereits die Absicht, Kinder zu bekommen, Aufschluss über die Folgen der Sozialpolitik unter Erich Honecker zulässt. Neben vielen Hochzeiten kam es in den 1970er Jahren ebenso zu vielen Ehelösungen, deren Zahl erst ab 1976 bzw. zu Beginn der 1980er Jahre merklich wieder abnahm. Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 64 f. u. 68.

536 Vgl. Kaminsky, Annette 2001, S. 160.

537 Vgl. Holtmann, Everhard/Anne Köhler 2015, S. 202 f.

538 Jesse, Eckhard 2015 (a), S. 221.

539 Vgl. Herdin, Jürgen 1992, S. 101.

te wieder erklingen, die in den 1950er/60er Jahren als Symbol westlicher Dekadenz verteilte Jeans wurde importiert und die Diskussionen mit jungen Männern über ihr längeres Haar verstummten. Stefan Wolle erklärt: „Erich Honecker war der Mann der kleinen Kompromisse, der Meister des stillen Nachgebens und des ‚So Tuns als ob‘.“⁵⁴⁰ Westfernsehen zu schauen war nicht direkt erlaubt, aber auch nicht strafbar. Ausreiseanträge zu stellen war nicht direkt verboten, aber auch nicht erlaubt.⁵⁴¹

Das dritte Jahrzehnt der DDR steht exemplarisch für das Hauptproblem der sozialistischen Gemeinschaft. Diese war nach Jürgen Kocka ein „künstliches Produkt politischer Herrschaft“⁵⁴² und habe ostdeutsche Mentalitäten langfristig geprägt „im Sinne hoher Erwartungen an Staat und Regierung, mit dem Ergebnis betonter Hochschätzung von Sicherheit und geringerer Betonung von Selbständigkeit“⁵⁴³. Durch die unbegrenzte Macht des Staatsapparates seien die Grenzen des privaten und öffentlichen Lebens allmählich verschwommen, so Kocka weiter. Mary Fulbrook geht von einer voll entwickelten Nischengesellschaft ab den 1970er Jahren aus. Sie konstatiert, es hätte eine weitverbreitete Mentalität von „Anpassung und Meckern“⁵⁴⁴ gegeben. Nicht wenige jüngere und ältere Menschen lehnten das System zwar ab, taten dies allerdings meist passiv. Sehr viele von ihnen lebten einfach in der DDR, waren weder Täter noch Opfer und doch, so Marc-Dietrich Ohse, war es „der Anfang vom Ende der geschlossenen ostdeutschen Gesellschaft“⁵⁴⁵.

Für die Jugendpolitik der 1970er Jahre fällt die Beurteilung differenzierter aus: Stefan Wolle argumentiert, Erich Honecker habe die Ansprüche an die Jugend gesenkt, die ideologischen Konflikte in den Klassenzimmern und Universitäten fielen trotz bestehender Repressionen seiner Ansicht nach milder aus.⁵⁴⁶ Da die kultur- und jugendpolitische Öffnung zu Anfang des Jahrzehnts aus der Ära Ulbricht stammte, hätte es mit Beginn der 1970er Jahre gemäß Christan Sachse keine neuen Konzepte innerhalb der Jugendpolitik gegeben.⁵⁴⁷ Eckhard Jesse bilanziert, die DDR

540 Wolle, Stefan 1999, S. 44.

541 Vgl. ebd., S. 43 f.

542 Kocka, Jürgen 1994, S. 550.

543 Ebd., S. 549.

544 Fulbrook, Mary 1994, S. 80.

545 Ohse, Marc-Dietrich (a), S. 217.

546 Vgl. Wolle, Stefan 1999, S. 41 u. 114.

547 Vgl. Sachse, Christian 2006, S. 27 u. 29.

wies neben den existenten totalitären Wesensmerkmalen einer Diktatur besonders ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zunehmend autoritäre Züge auf.⁵⁴⁸ Erst „eine gewisse ‚Liberalität‘ in der Ära Honecker“⁵⁴⁹ hätte Freiräume für Gruppen geschaffen, die sich dem sozialistischen System widersetzen. Mit dem Machtwechsel hätte Honecker zudem Tabus für Kulturschaffende beseitigt, gleichwohl weiterhin die SED die Grenzen der Ästhetik zog, und es galten junge „Abweichler“, die längeres Haar oder Jeans trugen, im Vergleich zu den totalitären 1950er/60er Jahren nicht länger als westliche Spione oder Volksfeinde, so Jesse.⁵⁵⁰

Während Rebecca Menzel ebenso von einer liberaleren Kultur- und Jugendpolitik von 1971 an ausgeht,⁵⁵¹ sprechen Barbara Hille und Rudolf Dennhardt von einer deutlichen Intensivierung der politisch-ideologischen Erziehung. Beide verneinen die These von einer Liberalisierung unter Erich Honecker,⁵⁵² wahrscheinlich auch wegen der Einführung des schulischen Wehrunterrichts 1978/79. Obwohl die wehrpolitische Erziehung ab den 1950er Jahren gängige Praxis war und sich Schüler bei den „Hans-Beimler-Wettkämpfen“ – wohl mit viel Fantasie – im Handgranatenzielwurf übten, markiert das neue Schulfach insofern eine Zäsur bei der Militarisierung der Jugend, weil nun de facto gar keine Möglichkeit mehr bestand, der Wehrerziehung zu entkommen.⁵⁵³ Das brachte insbesondere junge Christen in ein Dilemma. Das atheistische und streng säkularisierte politische System zwang sie ohnehin dazu, sich stets gegen die Wehrerziehung behaupten zu müssen. Nicht selten wurde ihnen dadurch der soziale Aufstieg verwehrt.

Wer sich nicht mit dem politischen System arrangierte und seinem religiösen Gewissen und nicht der Parteilinie folgte, der hatte aus Sicht der SED nichts zu erwarten. Junge Abweichler sollten nicht vom sozialistischen Bildungssystem profitieren. In den 1970er Jahren mündete das Bildungswesen in einer regelrechten Erfassungs- und Selektionspolitik. Im Jahr 1975 zählten die staatlichen Einrichtungen für Vorschulerziehung eine Million Kinder in ihrer Obhut. Von 100 Kindern im Alter von drei bis

548 Vgl. Jesse, Eckhard 2008, S. 196.

549 Ders. 2011 (b), S. 113.

550 Vgl. ders. 2008, S. 470.

551 Vgl. Menzel, Rebecca 2004, S. 96.

552 Vgl. Dennhardt, Rudolf 1991, S. 30; vgl. Art. Jugend und Jugendpolitik, in: Eppelmann, Rainer u. a. (Hrsg.) 1997, S. 425.

553 Vgl. Geißler, Gert/Ulrich Wiegmann 1998, S. 360.

sechs Jahren besuchten etwa 80 einen Kindergarten, hingegen die staatliche Hochschulausbildung nur einigen „Auserwählten“ vorbehalten war. Die Zahl der Studenten an den Hochschulen sank von 154.000 (1972) auf 136.000 (1975). Mitte der 1970er Jahre kamen auf 10.000 Personen 80 Hochschulstudenten.⁵⁵⁴

Insbesondere die Kirche wandte sich jenen Jugendlichen zu, denen ein höherführender Bildungsweg versperrt blieb. Ab den 1960er Jahren baute die evangelische Kirche ihr Konzept der Offenen Arbeit aus. Engagierte Pfarrer halfen nicht nur jungen Wehrdienstverweigerern und protestierten gegen die Einführung des Wehrunterrichts, sondern nahmen sich Anfang der 1970er Jahre auch verstärkt junger „Aussteiger“ an. Damit gemeint waren Verweigerer der vormilitärischen Ausbildung, Nichtmitglieder der FDJ oder Studienabbrecher, die einen kirchlichen Beruf ergreifen wollten.⁵⁵⁵ Zu den Ostberliner Blues-Messen strömten tausende Heranwachsende in den 1970er Jahren, darunter viele Mitglieder subkultureller Milieus. Zudem widmete sich die Kirche gesellschaftlich brisanten Themenfeldern wie Schwierigkeiten in Familie und Ausbildung oder Suchtproblemen. Vor allem in Ostberlin und im Thüringer Raum wurde politisch nicht genehmten Künstlern eine Plattform geboten und junge Menschen bekamen Hilfestellungen, bspw. wie sie sich bei Schikanen, Festnahmen oder Anwerbungsversuchen durch das MfS verhalten sollten.⁵⁵⁶

Schließlich reichte das Sanktionsarsenal für abweichendes Verhalten, gerade bei Jugendlichen, die äußerlich und durch ihr Verhalten nicht dem Idealbild der sozialistischen Persönlichkeit entsprachen, von sozialer Kontrolle durch die Arbeitskollektive im Betrieb bis hin zu strafrechtlichen Urteilen. Denn unter dem Deckmantel der Bekämpfung von Jugendkriminalität entledigte sich der Staat weiterhin unliebsamer „Arbeitsbummelanten“, „Rowdys“ und „Asozialer“,⁵⁵⁷ auch wenn die Arbeit der Geheimpolizei im Vergleich zu den 1950er Jahren nun eher im Verborgenen erfolgte. Mitte der 1970er Jahre bemerkte das MfS Unzufriedenheit unter weiten

554 Vgl. Weber, Hermann 1991, S. 146.

555 Vgl. Ehring, Klaus/Martin Dallwitz 1982, S. 54 f. Klaus Ehring war das Pseudonym von Hubertus Knabe, Martin Dallwitz das von Ulrich Mickan.

556 Vgl. Fricke, Karl Wilhelm 1992, S. 60; vgl. Lobmeier, Kornelia 2008, S. 187; vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha 2009 (b), S. 155 u. 205.

557 Vgl. Art. Jugend und Jugendpolitik, in: Eppelmann, Rainer u. a. (Hrsg.) 1997, S. 427.

Kreisen der Bevölkerung,⁵⁵⁸ da sich die Menschen von der Aufnahme der DDR in die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) 1973 und von der Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 1975 mehr erhofft hatten.⁵⁵⁹ Doch die Wünsche nach Liberalisierung und der Einhaltung der Menschenrechte blieben unerfüllt. Unter Berufung auf die KSZE und die Mitgliedschaft in der UNO stiegen die Anträge auf ständige Ausreise.⁵⁶⁰

Bedingt durch die ineffiziente Planwirtschaft und wegen der hohen Sozialausgaben stand die SED in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre zusätzlich vor großen ökonomischen Problemen. Gleichwohl die DDR nach eigenen Angaben zu den zehn größten Industrienationen der Welt gehörte und im gesamten Ostblock den höchsten Lebensstandard aufwies, hinkte das sozialistische Land dem westlichen Existenzniveau hinterher. Jedoch blickten jeher mehr Menschen von Ost nach West als umgekehrt. Sehr viele Bürger orientierten sich über Massenmedien an den Gegebenheiten in der Bundesrepublik.⁵⁶¹ Unter der jungen Generation wuchs der Unmut, insbesondere wegen der repressiven Kulturpolitik, die 1976 mit der Ausbürgerung Wolf Biermanns sowie der Emigration dutzender Künstler ihren Zenit erreichte. Die SED kämpfte zunehmend mit Legitimationsproblemen.

Matthias Rogg komprimiert: „Im Rückspiegel des Historikers markiert die Phase zwischen 1975 und 1978 eine entscheidende Zäsur in der DDR-Geschichte, die den langsamen Abgesang der SED-Herrschaft einläutete.“ Es entlarvten „die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz im August 1976, die Ausbürgerung Wolf Biermanns im November 1976, die fast zeitgleiche Verhängung des Hausarrests gegen Robert Havemann im November 1976, die Übersiedlung des aus dem Schriftstellerverband der DDR ausgeschlossenen Dichters Reiner Kunze im April 1977, die Inhaftierung Rudolf Bahros im August 1977, die Verhaftung und anschließende Ausbürgerung des Schriftstellers Jürgen Fuchs und des Liedermachers Ge-

558 Vgl. Hinweis auf Tendenzen der Unzufriedenheit in der Reaktion der Bevölkerung der DDR. Bericht O/50 vom 19. September 1977, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4119, Bl. 13-21.

559 Vgl. Lehmann, Hans Georg 2000, S. 254.

560 Vgl. Eisenfeld, Bernd/Roger Engelmann 2001, S. 110.

561 Vgl. Ekman Jørgensen, Thomas 2006, S. 369 f.

rulf Pannach [...] den kompromisslosen Charakter des Regimes“⁵⁶², so Rogg weiter.

Doch die SED schlug keinen neuen Kurs ein. Anfang der 1980er Jahre gipfelte die politische Farce auf dem X. Parteitag im April 1981, als Erich Honecker verkündete, „die Bilanz [sei] positiv“⁵⁶³ und der Beweis erbracht, „daß der Sozialismus die einzige Gesellschaftsordnung ist, die das Wohl, die Freiheit und die Würde des Menschen verwirklicht“⁵⁶⁴. Die Partei stünde bereit, die anstehenden Aufgaben der 1980er Jahre zu bewältigen.⁵⁶⁵ Die größte Massenorganisation der Jugend, von 1974 an unter Vorsitz von Egon Krenz, glich zu dieser Zeit mental gesehen längst einem potemkinschen Dorf. Zum 30. Jahrestag der Gründung der DDR gelobte der Jugendverband im Namen seiner Mitglieder der SED bedingungslose Treue,⁵⁶⁶ während viele der über zwei Millionen FDJler anders dachten und nur aus Gewohnheit Winkelemente und Fahnen bei den Massenparaden schwenkten.

In den 1970er Jahren, d. h. zwischen dem dritten Jugendgesetz 1974 und dem X. Parteitag der SED bzw. dem XI. Parlament der FDJ 1981, setzte der Staatsapparat auf den Ausbau der kommunistischen Erziehung und verstärkte die (schulische) Wehrerziehung. Die Jugendpolitik der 1970er Jahre skizzierten im Kern eine sukzessive Distanzierung der jungen Generation zum politischen System sowie der vermehrte Rückzug einiger Jugendlichen in kirchliche Räume. Unter den Dächern der Kirchen bündelten sich allmählich stark pazifistisch geprägte, oppositionelle Kräfte, die sich vehement gegen die weitere gesellschaftliche Militarisierung aussprachen, welche 1982 zu einem neuen Wehrdienstgesetz führte. An diesem Punkt beginnt die vierte Phase der Arbeit.

2.2.4 Phase IV: Wachsende Diskrepanz und das Ende der Jugendpolitik

Mit dem Übergang von den 1970er zu den 1980er Jahren trat der Ost-West-Konflikt in eine neue Etappe: 1979 fasste die Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO) als Reaktion auf die militärische Aufrüstung in

562 Rogg, Matthias 2008, S. 194.

563 Honecker, Erich 1981, S. 29.

564 Ebd., S. 31 f.

565 Vgl. ebd., S. 28 f.

566 Vgl. Hille, Barbara 1995, S. 1308.

der Sowjetunion den Doppelbeschluss, sowjetische Truppen besetzten Afghanistan, die Olympischen Spiele in Moskau wurden 1980 von den USA und anderen westlichen Ländern boykottiert, in Polen herrschte das Kriegsrecht und 1983 entschied der Bundestag über die Aufrüstung amerikanischer Nuklearraketen.⁵⁶⁷ Das weckte nicht nur bei vielen DDR-Bürgern Ängste. Die Erwartungen an die KSZE und die Hoffnungen auf eine langfristige internationale Friedenspolitik wurden enttäuscht.⁵⁶⁸ Eine Eskalation des Kalten Krieges, hin zum atomaren Vernichtungskrieg an der innerdeutschen Grenze, hielten viele Menschen in Ost und West für wahrscheinlich. In der Folge entstand zunächst in der Bundesrepublik eine breite Friedensbewegung. Die SED nutzte das für die eigene Propaganda, da diese Entwicklung die kriegslüsternden Absichten des Westens entlarvte, gegen die nun die eigenen Bürger protestierten.

Doch auch in der DDR konstituierten sich Gruppen und Initiativen, die autonom von der staatlich gesteuerten Friedensbewegung wirkten. Harald Bretschneider erklärt, viele junge Ostdeutsche „ahnten, dass sie die Soldaten der Zukunft sind, die im Ernstfall mit ihrem Leben bezahlen“⁵⁶⁹. Gemeinschaften wie der Soziale Friedensdienst (SoFd) sowie Umwelt-, Menschen- und Bürgerrechtsinitiativen gewannen an Zulauf und Stärke.⁵⁷⁰ Die Kirche unterstützte die Aktivisten, indem sie Räumlichkeiten zur Verfügung stellte und damit begann, sich stärker jungen Außenstehenden zu widmen, im MfS-Jargon den „Randgruppen der Gesellschaft“⁵⁷¹. Das betraf Homosexuelle, „rowdyhafte“ Fußballfans oder Punks. Ende der 1970er Jahre tauchten im ostdeutschen Straßenbild Jugendliche auf, die

567 Vgl. Wirsching, Andreas 2008, S. 359.

568 Vgl. Mühlen, Patrik von zur 2000, S. 53.

569 Bretschneider, Harald/Johannes Pohl 2010, S. 338.

570 Vgl. Einschätzung der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personengruppen der Hauptstadt der DDR, Berlin, im Jahre 1983 vom 6. Februar 1984, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 2/2, pag. Bl. 14; vgl. Rückinformation zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personengruppen vom 23. März 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 55; vgl. Wolle, Stefan 1999, S. 256 f.

571 Einschätzung der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personengruppen der Hauptstadt der DDR, Berlin, im Jahre 1983 vom 6. Februar 1984, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 2/2, pag. Bl. 15.

der Punk-, Skinhead-, Heavy-Metal-, New-Romantic- oder Popper-Szene angehörten.⁵⁷²

Der Staat stand den kleinen subkulturellen Szenen, gemäß Ilko-Sascha Kowalczuk, „ziemlich hilf- und machtlos“⁵⁷³ gegenüber. Zwar trugen diese Strömungen keinen Massencharakter, das Echo der grellen Punks und bedrohlich wirkenden Skins schallte dafür umso lauter in der kleinen DDR. Nicht wenige Jugendliche sympathisierten mit ihnen. Punks und Skins stellten Staat und Geheimpolizei vor enorme Herausforderungen, nicht zuletzt auch deshalb, weil Punks der evangelischen Jugendarbeit nahestanden. Viele nahmen das Angebot einiger Kirchgemeinden an, sich auf deren Gelände zu treffen oder in Kirchenräumen mit ihren Bands aufzutreten.⁵⁷⁴ Wie in den Vorjahren bemühten sich engagierte Pfarrer und Sozialdiakone in den 1980er Jahren um moderne, altersgerechte Veranstaltungen im Rahmen von Diskussionsrunden, Blues-Messen oder politischen Gesangsvorträgen, die allesamt von der Geheimpolizei überwacht wurden. Die meisten jungen Menschen aus dem kirchlichen Umfeld wurden vom MfS wegen des an die 1960er Jahre erinnernden westlichen Kleidungsstils mit langen Haaren, Nickelbrille, Parkas und zerschlissenen Jeans als „dekadent“ bzw. „feindlich“ eingestuft.⁵⁷⁵

Die evangelische Kirche schuf nicht nur Rückzugsmöglichkeiten und Alternativen für jene Jugendlichen, die dem Ideal der sozialistischen Persönlichkeit allein optisch widersprachen oder nach Alternativen zum reglementierten Alltag suchten. Vielmehr setzte sie sich selbst ab Beginn der 1980er Jahre, wie viele der Gruppen unter ihren Dächern, für eine Entspannungs- und Abrüstungspolitik nach westlichem Vorbild ein. In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen organisierte der Bund der Evangelischen Kirchen im Herbst 1980 in der DDR eine Friedensdekade mit einem einleitenden Bittgottesdienst für den 9. November. Zehn Tage später, am Buß- und Betttag, sollte die Dekade mit einer Friedensminute enden. Das für 13 Uhr im ganzen Land geplante Glockengeläut unter dem bundesdeutschen Slogan „Frieden schaffen ohne Waffen“ fiel auf staatlichen Druck hin zwar aus, jedoch erreichte die erste

572 Übersicht über Erscheinungsformen neg.-dek. Jugendlicher in der DDR. Kategorisierung von Jugendlichen, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6098, Bl. 245 (nicht pag.).

573 Kowalczuk, Ilko-Sascha 2009 (b), S. 158.

574 Vgl. ebd., S. 205 u. 158 f.; vgl. Grunenberg, Antonia 1986, S. 6.

575 Vgl. Wolle, Stefan 1999, S. 262-264.

Friedensdekade von 1980 viele junge Menschen und das Abbild eines Schwerter zu Pflugscharen schmiedenden Menschen⁵⁷⁶ avancierte zum Symbol der unabhängigen Friedensbewegung.⁵⁷⁷ Schwerter zu Pflugscharen war nach Ehrhart Neubert „die größte oppositionelle Massenbewegung zwischen 1953 und dem Ende der DDR“. „Sie überschritt die Grenzen der Kirchen, führte zu einem weiteren Auseinanderdriften von kirchenamtlicher Friedenspolitik und der Basis der Friedensbewegung und zeigt zudem, auf welches Potential die Opposition zurückgreifen konnte“⁵⁷⁸, so Neubert weiter.

Während der Großteil der Jugend hinter der staatlichen Friedenspolitik stand, identifizierte sich ein anderer, kleinerer Teil mit der vom Staat geächteten Bewegung. Sie trugen deren Stoffaufnäher mit dem Symbol und erduldeten damit verbundene Schikanen und Sanktionen.⁵⁷⁹ Von 1982 an verschärfte die SED ihre Maßnahmen gegenüber den Trägern des Emblems, dessen Stückzahl zwischen 100.000 bis 200.000 Exemplaren lag.⁵⁸⁰ Polizisten entfernten das Abbild teilweise gewaltsam von Kleidungsstücken und Taschen junger Menschen, Schulen verurteilten die Zurschaustellung des Motivs. Daraufhin mahnten die Kirchen zur Besonnenheit im Umgang mit dem Bibel-Sinnbild und rieten dazu, das Symbol nicht mehr zu tragen, da die Sicherheit der Jugendlichen nicht gewährleistet sei und unnötige Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht vermieden werden sollten. Doch trotz des staatlichen Widerstandes und der Kontroversen zwischen Kirchenleitungen und Basisgruppen verschaffte sich die

576 Anfang der 1980er Jahre war das alttestamentliche Prophetenwort mit dem Abbild eines sowjetischen Denkmals gleicher Losung auf dem UNO-Gelände das Symbol der Friedensbewegung. Die Plastik war ein Geschenk der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) an die UNO und zeigte einen Mann, der Schwerter zu Pflugscharen umformte. Vgl. Handro, Saskia 2006, S. 268.

577 Vgl. Wolle, Stefan 1999, S. 261; vgl. Mühlen, Patrik von zur 2000, S. 55; vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha 2009 (b), S. 206 f.; vgl. Bretschneider, Harald/Johannes Pohl 2010, S. 339.

578 Neubert, Ehrhart 2000, S. 398.

579 Vgl. ebd.; vgl. Information über Auffassungen führender Vertreter der katholischen Kirche zu Problemen der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR vom 25. September 1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 426, zitiert in: Mitter, Armin/Stefan Wolle (Hrsg.) 1990, S. 172 f.

580 Vgl. ebd., S. 399 u. 401; vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha 2009 (b), S. 207.

unabhängige Friedensbewegung mehr und mehr Gehör.⁵⁸¹ Die SED versuchte derweil ihre eigene Friedensbewegung zu stärken und rief unter Kulturschaffenden, Studenten und der FDJ zu Friedensbekundungen gegen NATO-Waffen auf.⁵⁸² Gleichzeitig intensivierte die Regierung mit dem neuen Wehrdienstgesetz vom 25. März 1982 die militärische Ausrichtung innerhalb der Jugendpolitik.

Das neue Gesetz sah die Einberufung von Frauen im Ernstfall vor, definierte den Wehersatzdienst als Dienst entsprechend der Ableistung des Wehrdienstes und hob die Freiheitsstrafe bei Verweigerung von drei auf fünf Jahre an.⁵⁸³ Laut Ehrhart Neubert setzte die Staatsmacht damit „weitere Disziplinierungsmöglichkeiten“⁵⁸⁴ frei. Obwohl das Volksbildungsministerium den Schwerpunkt der vormilitärischen Ausbildung in den 1980er Jahren auf den Katastrophenschutz verlagerte, ließen Schießübungen und militärischer Drill in den Erziehungseinrichtungen nicht nach.⁵⁸⁵ Schüler von POS und besonders Abiturienten standen weiterhin unter Druck, sich für den verlängerten Dienst in der NVA zu verpflichten und die Quoten für den militärischen Nachwuchs nahmen absurde Ausmaße an.⁵⁸⁶ Verteidigungsminister Heinz Hoffmann erklärte im März 1982: „Unsere Armeeangehörigen und unsere Werktätigen, unsere Frauen und unsere Kinder wissen, daß Frieden und Sozialismus untrennbar miteinander verbunden sind. [...] So gerne wir unsere Waffen dereinst verschrotten werden – noch braucht der Sozialismus, braucht der Frieden unsere Pflugschare – und unsere Schwerter.“⁵⁸⁷

Im Zuge des neuen Wehrdienstgesetzes kam es zu einem enormen Anstieg der Zahl an strafrechtlichen Verurteilungen wegen (Total-)Verweigerung. Das Jahr 1982 war das letzte Jahr mit einer derart hohen Verhaftungs- und Verurteilungsquote: Die Zahl der Verurteilungen von Verwei-

581 Vgl. Grunenberg, Antonia 1990, S. 133; vgl. Moldt, Dirk 1999, S. 89-91; vgl. Wolle, Stefan 1999, S. 261 f.; vgl. Klein, Thomas 2007, S. 145; vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha 2009 (b), S. 207-210.

582 Vgl. Wolle, Stefan 1999, S. 266-268.

583 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1982, § 3, Abs. 2 c u. 5 u. § 43, Abs. 1.

584 Neubert, Ehrhart 2000, S. 401.

585 Vgl. Sachse, Christian 1996 (a), S. 5.

586 Vgl. Wolle, Stefan 1999, S. 259 f.

587 BZ vom 26. März 1982, S. 3.

gerern stieg von 150 (1981) auf rund 270 (1982).⁵⁸⁸ Verglichen mit dem zweiten Halbjahr 1981 registrierte das MfS 1982 ein Anwachsen bei der Waffenverweigerung auf fast 180 Prozent und bei Totalverweigerern auf über 500 Prozent. Zusätzlich lehnten mehr Jugendliche die Teilnahme am schulischen Wehrunterricht ab, zogen ihre Verpflichtungserklärungen zum Berufsoffizier zurück und trugen politisch nicht genehme pazifistische Symbole.⁵⁸⁹ Daneben geriet die Regierung vor allem durch wirtschaftliche Probleme in Bedrängnis. Zwar konnte der wirtschaftliche Zusammenbruch durch die Begrenzung von Importen und die Erhöhung von Exporten sowie durch westdeutsche Kredite zunächst vermieden werden, das bundesdeutsche Lebensniveau aber, an dem sich die meisten Bürger nach wie vor orientierten, blieb unerreicht. Erst Mitte der 1980er Jahre fuhren fast genauso viele Autos auf ostdeutschen Straßen wie in den 1960er Jahren in der Bundesrepublik. Der qualitative Standard von Konsumgütern, etwa Fernsehapparaten oder Waschmaschinen, fiel insgesamt schlechter aus, die Preise dafür umso höher.⁵⁹⁰

Noch schlimmer stand es um den zivilgesellschaftlichen Bereich. Obgleich der außenpolitisch neue Kurs in der SU, von 1985 an unter Führung von Michail S. Gorbatschow, von den ostdeutschen Machthabern begrüßt wurde, wehrte sich die SED dagegen, „Glasnost“ (Transparenz) und „Perestroika“ (Umgestaltung) in der DDR auch nur ansatzweise zuzulassen.⁵⁹¹ Gerd-Rüdiger Stephan zufolge verstärkte die Politik Gorbatschows besonders bei Jugendlichen „die Suche nach neuen Wegen und warf viele grundsätzliche Fragen auf“.⁵⁹² Mancher Schüler traute sich nun, in Staatsbürgerkunde seinen Lehrer mit kritischen Fragen über den sowjetischen Reformkurs in Verlegenheit zu bringen, andere trugen Abzeichen von „Glasnost“ und „Perestroika“ auf ihrer Kleidung. Die sonst nie endenden Loyalitätsbekundungen – „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ – nahmen von 1985 an nicht wenige junge Menschen wörtlich. Kurz-

588 Vgl. Wenzke, Rüdiger 2005, S. 370; vgl. Eisenfeld, Bernd/Peter Schicketanz 2011, S. 429.

589 Vgl. Arbeitsmaterial zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personengruppen in der DDR vom 3. August 1983, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 80 u. 90 f.

590 Vgl. Weber, Hermann 1991, S. 200-202.

591 Vgl. Reißig, Rolf 1993, S. 57; vgl. Rödder, Andreas 2009, S. 20.

592 Stephan, Gerd-Rüdiger 1993, S. 235.

zeitig erfreute sich sogar der sonst so unbeliebte Russischunterricht großer Beliebtheit.⁵⁹³

Die Widersprüche zwischen ihrem Alltag und den Meinungen, die Jugendliche von Eltern oder Bekannten erfuhren, kollidierten stärker mit den parteipolitischen Phrasen in Schule, Betrieb oder der FDJ-Gruppe. Der Jugendverband, von 1983 an unter Leitung von Eberhard Aurich, hatte die Situation an der Basis zu lange verkannt. In der Hoffnung, das Ruder herumreißen zu können, versuchte die FDJ mit lang ersehnten Angeboten, wie erhöhten Kontingenten für Jugendreisen in die Bundesrepublik, mit groß angelegten Musikveranstaltungen oder dem „Nationalen Jugendfestival“ (1984), die Mehrheit der Jugend erreichen zu können.⁵⁹⁴ Während der ZR der FDJ 1985 behauptete, alle FDJler nähmen mit „politischer Standhaftigkeit, Disziplin und körperlicher Leistungsfähigkeit [...] ihr Recht und ihre Ehrenpflicht zur Verteidigung des Sozialismus wahr“⁵⁹⁵, zog es nicht wenige junge Menschen und keinesfalls nur „Randgruppen“ in evangelische Gotteshäuser, die territorial stärker vertreten waren als katholische Kirchen.

Große Anziehungskraft übten die Jungen Gemeinden aus. Diese erlaubten es, außerhalb der gelenkten Diskussionen in Schule und FDJ offen über Probleme zu diskutieren, ohne dabei Rechenschaft ablegen oder gar den sozialen Abstieg befürchten zu müssen.⁵⁹⁶ Parteiführung und Jugendverband ignorierten weitestgehend die Anliegen und Sorgen der jungen Generation. Die SED behauptete in den 1980er Jahren stoisch, die sozialistische Gesellschaftsordnung sei etabliert und der reale Sozialismus verwirklicht. Erich Honecker verkündete: „Wir haben eine große Schar junger Kämpfer, die eng mit der Partei der Arbeiterklasse verbunden ist, sich stolz zu ihrem sozialistischen Vaterland bekennt und internationalistisch handelt. [...] Sie [die Jugend] ist der sozialistischen Revolution treu ergeben und bereit, jede Aufgabe zu erfüllen, die Partei und Regierung ihr stellen.“⁵⁹⁷

593 Vgl. Wolle, Stefan 1992 (a), S. 80.

594 Vgl. Hille, Barbara 1995, S. 1278 u. 1307.

595 Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1985 (b), S. 86.

596 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1988, S. 34-37; vgl. Holtmann, Everhard/ Anne Köhler 2015, S. 184.

597 Honecker, Erich o. J.: Mit der Jugend für die kommunistische Zukunft, in: ders. 1980, S. 337.

In der Realität verließen besonders viele gut ausgebildete junge Menschen das Land. Die Ausreiseanträge bzw. die Bitten auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft stiegen von rund 21.500 (1980) auf 110.000 (1988).⁵⁹⁸ Das von Honecker 1988 gezeichnete Bild vom Sozialismus in den Farben der DDR war längst vergilbt.⁵⁹⁹ Ab Mitte des Jahrzehnts war eine Erosion im staatsstreuen Bewusstsein der jungen Generation erfolgt. Obwohl die Jugend nicht als eigene oppositionelle Gruppe auftrat, agierte sie 1988/89 im Spannungsfeld zwischen Erziehungsanspruch und Selbstbehauptung, zwischen Protest und Repression. Schließlich führte der Drang nach Grundfreiheiten, politischer Teilhabe und einem bundesdeutschen Lebensniveau zu unüberbrückbaren Differenzen zu ihrer greisen Regierung, die den Status quo aufrechtzuerhalten versuchte.

Inwieweit die Jugend die oppositionellen Kräfte in der DDR gestärkt hatte, bleibt diskutabel.⁶⁰⁰ Klaus Ehring und Martin Dallwitz äußerten 1982, die „DDR-Friedensbewegung ist ohne die Gruppe Jugendlicher nicht denkbar, die durch ihre langen Haare, in Jeans und Parka gekleidet, bei allen öffentlichen Veranstaltungen der Friedensseminare auffallen“⁶⁰¹. Doch Schätzungen zufolge stellten 15- bis 25-Jährige nur ein Fünftel der Mitglieder in den oppositionellen Gruppen dar; die Mehrheit der Menschen, die es Ende der 1980er Jahre in die evangelischen Gotteshäuser zog, war 30 bis 40 Jahre alt. Auch das Durchschnittsalter der Demonstranten im Herbst 1989 lag zwischen 25 und 55 Jahren.⁶⁰² Jugendforscher Günter Lange bekräftigte 1991 dennoch, die Friedliche Revolution sei maßgeblich durch das Engagement junger Christen mitgetragen worden, sie „gehörten neben Künstlern, Intellektuellen zu den geistigen Führern und Initiatoren der neuen demokratischen Bewegung und der Massendemonstrationen“⁶⁰³. Susanne Leinemann stimmt insofern zu, wenn sie schreibt: „Die DDR-Jugendlichen hatten für eine Beschleunigung der Revolution 1989 und einer Mobilisierung der Menschen gesorgt, während

598 Mit Genehmigungswellen hoffte die Regierung, sich eines Teils der Unzufriedenen zu entledigen, weshalb sich die Zahl der Bewilligungsanträge von 25.000 (Frühjahr 1984) bis auf rund 29.000 (1988) erhöhte. Vgl. Fricke, Karl Wilhelm 1992, S. 63; vgl. Jesse, Eckhard 1992, S. 119; vgl. Rödder, Andreas 2009, S. 25.

599 Vgl. ND vom 30. Dezember 1988, S. 4.

600 Vgl. Hertle, Hans-Hermann/Stefan Wolle 2006, S. 197.

601 Ehring, Klaus/Martin Dallwitz 1982, S. 90.

602 Vgl. Rink, Detlef 1997, S. 57; vgl. Häder, Sonja 2001, S. 39-44; vgl. Lindner, Bernd 2003 (b), S. 35; vgl. Lühmann, Michael 2008, S. 104.

603 Lange, Günter 1991, S. 161.

die älteren Bürgerrechtler die eher unbeholfenen Demonstranten mit Aktionsformen, Forderungen und Zielen versorgten.“⁶⁰⁴

Demgegenüber meint Stefan Wolle, die Opposition der 1980er Jahre sei keine Bewegung der jungen Generation gewesen und bis zum Spätsommer 1989 ohnehin kaum von der Mehrheit der Bevölkerung beachtet worden.⁶⁰⁵ Dasselbe konstatierte die Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben 1991: Die „politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen in der DDR im Herbst 1989 [seien] nicht das Ergebnis einer Jugendrebellion.“⁶⁰⁶ Ausgehend von dieser Sichtweise, erscheint die Darstellung des Instituts für zeitgeschichtliche Jugendforschung von 1992 widersprüchlich, wonach die Proteste anlässlich der Wahlfälschung vom 7. Mai 1989 hauptsächlich auf Jugendliche zurückgingen.⁶⁰⁷ Die Forschung scheint sich lediglich in einem Punkt einig zu sein: Die Mehrheit der Demonstranten im Herbst 1989 zählte in etwa das 40. Lebensjahr.⁶⁰⁸

Folglich erhoben 1989/90 jene ihre Stimmen, die ihre Jugend durchweg in der DDR verbracht hatten. Zudem rekrutierte sich die Basis der Oppositionsbewegung der 1980er Jahre aus einem Teil der 1968er-Generation, welche durch die Zerschlagung der tschechoslowakischen Reformbemühungen nachhaltig geprägt worden waren.⁶⁰⁹ Nach Eckhard Jesse waren sie „68er im doppelten Sinne“⁶¹⁰, weil sie den westdeutschen 1968ern nahestanden und mit dem Prager Frühling sympathisierten. Dorothee Wierling bemerkt hierzu: „Es ist die Diskrepanz zwischen in den 60er Jahren aufgebauten Erwartungen einerseits und den realen Möglichkeiten der 70er Jahre andererseits, die den Jahrgang 1949 und die benachbarten Jahrgänge stärker trafen als die Älteren und die Jüngeren.“⁶¹¹ Dennoch steuerten die Heranwachsenden der 1980er Jahre einen nicht zu unterschätzenden Anteil zum Niedergang der Diktatur bei. Einerseits traten sie als größte Gruppe der Flüchtenden in Erscheinung – das durchschnittliche Alter

604 Leinemann, Susanne 2006, S. 453.

605 Vgl. Wolle, Stefan 1999, S. 265.

606 Arenz-Senkbeil, Waltraud 1991, S. 14.

607 Vgl. Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung 1992 (a), S. 37.

608 Vgl. Arenz-Senkbeil, Waltraud 1991, S. 14; vgl. Zwahr, Hartmut 1994, S. 452; vgl. Wierling, Dorothee 2002, S. 7; vgl. Lindner, Bernd 2003 (b), S. 35; vgl. Bürgel, Tanja 2012, S. 178.

609 Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha 1999 (b), S. 273; vgl. Wolle, Stefan 2001, S. 46; vgl. Hertle, Hans-Hermann/ders. 2006, S. 198.

610 Jesse, Eckhard 2008, S. 288.

611 Wierling, Dorothee 2002, S. 7; dies. 2003 (b), S. 223.

der mehr als 225.000 Republikflüchtlinge 1989/90 lag bei 23,5 Jahren –, womit jene das Land verließen, die ihre frühe Jugend ebenfalls durchweg im sozialistischen Teilstaat verbracht hatten.⁶¹² Andererseits beteiligten sich viele an den politischen Aktionen der inneren Opposition, da sie zunehmend Fragen der Umweltbelastung, der Friedenspolitik oder der Versorgungsgpässe beschäftigten.

In einzelnen Fällen gaben Heranwachsende selbst den Anstoß zu Demonstrationen. Im Sommer 1983 kamen in Jena jeden Abend um 21 Uhr rund 30 junge Menschen zusammen, um lautlos in einem Sitzkreis für ihre Ausreise zu demonstrieren.⁶¹³ Am 9. Juli 1989 bekundeten vier Jugendliche mit Trommeln und Plakaten in der Dresdener Kreuzkirche vor Passanten ihren Protest und zum 40. Republikjubiläum am 7. Oktober 1989 initiierte eine Gruppe Heranwachsender einen spontanen Protestzug zum Palast der Republik. Im Sommer 1987/88 setzten sich hunderte Jugendliche gegen Polizisten zur Wehr, die sie daran hindern wollten, Westberliner Rockkonzerte von Ostberlin aus zu hören. Es erklangen Sprechchöre gegen die SED-Politik und die Mauer.⁶¹⁴ Solche Konflikte zwischen Jugend und Staatsgewalt waren zwar keine Neuheit, aber Ende der 1980er Jahre trat eine Veränderung ein. Die politische Reformbewegung, zu der sich u. a. Jugendliche bekannten, schien zu mächtig geworden, und westliche Journalisten schafften es nun, das brutale Vorgehen der Staatsmacht mit Hilfe kritischer Kräfte und im Radius der Kirche umfangreicher und konkreter zu dokumentieren.⁶¹⁵

Während die SED auf altbekannte Jugendinitiativen wie die „Messe der Meister von morgen“ oder „Poetenseminare“ setzte und die FDJ großzügige Feste veranstaltete, mischten sich mehr junge Menschen unter die im Umfeld der Kirche agierende Opposition. Nach Bekanntwerden der Wahlfälschung im Mai 1989, den anhaltenden Flüchtlingsströmen und den

612 Vgl. Lindner, Bernd 2003 (b), S. 38 f.

613 Vgl. Fricke, Karl Wilhelm 1984, S. 172.

614 Vgl. Information über Aktivitäten feindlicher, oppositioneller Personen unter Mißbrauch kirchlicher Veranstaltungen und Einrichtungen in Leipzig und Dresden vom 10. Juli 1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 337, zitiert in: Mitter, Armin/Stefan Wolle (Hrsg.) 1990, S. 111; vgl. Wolle, Stefan 1992 (a), S. 106; vgl. Lehmann, Hans Georg 2000, S. 320.

615 Vgl. Hinweise über feindliche Inspiratoren in der BRD und Berlin (West), deren Aktivitäten zur Spaltung der Friedensbewegung in westeuropäischen Ländern und zur Organisierung der politischen Untergrundtätigkeit in der DDR, vom 25. Juli 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 134.

Massendemonstrationen bahnte sich mit dem 9. Oktober 1989 in Leipzig das plötzliche Ende des ostdeutschen Teilstaates an. Dort wie in anderen südlichen Bezirken des Landes plädierten die Menschen früh für eine deutsche Wiedervereinigung.⁶¹⁶ Unabhängig davon, ob das Fanal aus Leipzig⁶¹⁷, Ostberlin⁶¹⁸ oder dem südlichsten aller Bezirke, aus Chemnitz⁶¹⁹ (von 1953 bis 1990 Karl-Marx-Stadt) kam, die Proteste erstreckten sich über die gesamte DDR. Der Fluchtwelle war eine Demonstrationswelle gefolgt.⁶²⁰ Die friedlichen Märsche prägten Rufe nach Freiheit, den Slogan „Wir wollen raus“ ersetzte ab dem 2. Oktober „Wir bleiben hier“.⁶²¹ Am 9. Oktober erschienen mehr als 70.000 Menschen zur Kundgebung in der „Heldenstadt“⁶²² Leipzig. Zur nächsten Montagsdemonstration waren es 120.000 Bürger, am 23. Oktober 320.000,⁶²³ am 30. Oktober 250.000 und am 4. November 450.000 Menschen.⁶²⁴ In Dresden schwankten die Zahlen der Demonstranten zwischen 30.000 und 100.000. Am 4. November 1989 demonstrierten rund 500.000 Berliner, im über-schaubaren Plauen 10.000.⁶²⁵

In den beiden letzten Monaten des Jahres 1989 kamen in Leipzig jeden Montag mehr als 100.000 Menschen zusammen.⁶²⁶ Spezielle jugendpolitische Parolen wie „Abrüstung in Kindergarten und Schule“ oder „Konkrete Friedenssicherung statt Wehrkundeunterricht“ begleiteten die Leipziger Züge vor dem 9. November. Danach wurde der Ton gegenüber der SED rauer.⁶²⁷ Dem Herbst 1989 bzw. der Absetzung Erich Honeckers, dem Rücktritt seiner Ehefrau und Bildungsministerin Margot Honecker und der Öffnung der Mauer am 9. November folgten die Einberufung der Runden Tische am 7. Dezember und die Auflösung der Geheimpolizei. Im Februar 1990 endete das Martyrium für Wehrdienstverweigerer mit dem Aussetzen der Einberufung von Bausoldaten. Am 18. März 1990 kam es zu den ers-

616 Vgl. Völtz, Nicole 2010, S. 234.

617 Vgl. Fricke, Karl Wilhelm 1992, S. 67.

618 Vgl. Wolle, Stefan 1992 (a), S. 84.

619 Vgl. Halbrock, Christian 2009, S. 67.

620 Vgl. Jesse, Eckhard 2008, S. 287.

621 Vgl. Wolle, Stefan 1992 (a), S. 105.

622 Jesse, Eckhard 1992, S. 121.

623 Vgl. Völtz, Nicole 2010, S. 233.

624 Vgl. Jesse, Eckhard 2008, S. 508.

625 Vgl. Völtz, Nicole 2010, S. 234.

626 Vgl. Jesse, Eckhard 2008, S. 287; vgl. ders. 2011 (b), S. 122.

627 Vgl. Lindner, Bernd 1992, S. 225.

ten freien und letzten Wahlen in der DDR.⁶²⁸ Die Verbandsspitze der FDJ versuchte derweil vergeblich im Januar 1990 in Brandenburg, an ihrem Gründungsort, Jugendliche für sich zu mobilisieren und an die politische Macht der Vorjahre anzuknüpfen.⁶²⁹ Die Massenorganisation fiel in die absolute politische Bedeutungslosigkeit.⁶³⁰

Das Jahr 1982 hatte das Ende der Jugendpolitik eingeläutet. Es war nicht nur das Jahr, in welchem die Bewegung Schwerter zu Pflugscharen ihren Höhepunkt erreichte, das neue Wehrdienstgesetz eingeführt wurde und entschieden mehr Jugendliche den Wehrdienst verweigerten. Es war auch das Jahr, in dem die SED sehr viele junge Menschen in die offizielle Friedenspropaganda einspannen konnte und die Identifikation mit dem politischen System zunächst hoch ausfiel.⁶³¹ Spätestens ab Mitte der 1980er Jahre verlor der Glaube an den weltweiten Sieg des Sozialismus eklatant an Zugkraft und mehr Jugendliche zweifelten mit Blick auf die Vorgänge in der Sowjetunion an den politischen Gegebenheiten im eigenen Land. Das Jahr 1982 steht wohl wie kein zweites für die Ambivalenz innerhalb der Jugendpolitik.

628 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1990, S. 44; vgl. Mitter, Armin/Stefan Wolle 1995, S. 490 f.

629 Vgl. Mählert, Ulrich/Gerd-Rüdiger Stephan 1996, S. 273 f.

630 Vgl. Stephan, Gerd-Rüdiger 1994, S. 325.

631 Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1987: Persönlichkeitsentwicklung im frühen Jugendalter. Eine Problemskizze zum Entwicklungsstand von 14- bis 18-jährigen Schülern und Lehrlingen Mitte der 1980er Jahre vom 30. Oktober, Bl. 8.

3 Konstituierung der Jugendpolitik (1949 bis 1964)

3.1 Jugendpolitik

3.1.1 Ziele

Die SED richtete während ihrer Herrschaft die Jugendpolitik am Erziehungsleitbild der „sozialistischen Persönlichkeit“⁶³² aus. Es galt, die junge Generation frühzeitig im Sinne des Marxismus-Leninismus zu beeinflussen und bei Abweichungen innerhalb der kindlichen bzw. jugendlichen Entwicklung mit erzieherischen Maßnahmen zu intervenieren.⁶³³ Die Jugend wurde von der SED noch vor Staatsgründung der DDR in die Rolle des Erbauers der sozialistischen Gesellschaft verwiesen.⁶³⁴ Jugendpolitik bedeutete in den 1950er Jahren, „die heranwachsende Generation zu neuen, sozialistischen Menschen zu erziehen, zu Menschen mit hoher Arbeitsmoral, starkem Staatsbewußtsein, unbeugsamer Vaterlandsliebe und Verteidigungsbereitschaft, zu kulturvollen, gebildeten, bescheidenen Menschen, die Vorbild im gesellschaftlichen und persönlichen Leben sind“⁶³⁵.

Im Mai 1947 beauftragte das Zentralsekretariat die Abteilung Jugend, Informationen über Probleme und Anliegen der jungen Generation einzuholen. Zusätzlich warb die SED unter ihren Mitgliedern dafür, „daß die Arbeit unter der Jugend eine Aufgabe der Gesamtpartei ist“⁶³⁶. Vier Monate später verabschiedete die Einheitspartei auf ihrem II. Parteitag im

632 Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972, S. 11.

633 Vgl. Hille, Barbara 1991, S. 11.

634 Vgl. Resolution des II. Parteitages zur Jugendfrage vom 24. September 1947, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952, S. 235.

635 Der Jugend unser Herz und unsere Hilfe. Über die Verantwortung und die Aufgaben der Partei bei der sozialistischen Erziehung und Förderung der gesamten Jugend der Deutschen Demokratischen Republik. Beschluß des Politbüros des ZK vom 24. Januar 1956, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1958, S. 15.

636 Bericht über die Konferenz der Jugend-Abteilung mit den Jugendsekretären der westlichen Besatzungszonen. Protokoll Nr. 97 auf der Sitzung des Zentralsekretariats vom 16. Mai 1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV/2/2.1/87, Bl. 1.

September 1947 eine Resolution zur Jugendfrage. Darin erhob sie die Jugend zum „Schöpfer neuer, demokratischer und friedlicher Verhältnisse in Deutschland“⁶³⁷. Ein Jahr später sprach sie von „eine[r] Reihe von Erfolgen und Verbesserungen“ für die Jugend. Die Entwicklung der FDJ zu „einer breiten demokratischen Massenorganisation“⁶³⁸ bewertete sie 1948 als gelungenen Fortschritt.

Derlei positive Bilanzen führten aus Perspektive der Erziehungsfunktionäre „zu einem wachsenden Vertrauen zur Partei“, wenngleich „noch ernsthafte Schwächen und entscheidende Mängel“ bei der „ideologische[n] Aufklärungsarbeit“ und den „wirtschaftliche[n] Aufbaumaßnahmen“⁶³⁹ in der Jugendpolitik bestünden. Schwierigkeiten resultierten mehrheitlich aus der nicht eindeutig festgelegten inhaltlich-politischen Linie.⁶⁴⁰ Deswegen eilte es mit der Verabschiedung eines Jugendgesetzes, dessen Entwurf die Provisorische Regierung im Januar 1950 ohne weitere Änderungen billigte.⁶⁴¹ Alle Ministerien erhielten auf Grundlage des ersten Jugendgesetzes im März 1950 die Anweisung, bis zum April 1950 die Finanzierung neu zu bauender Erziehungseinrichtungen abschließend zu klären,⁶⁴² damit die Entnazifizierung im Schulwesen vertieft werden konnte. Das erste Jugendgesetz vom 8. Februar 1950 bürdete der jungen Generation eine Fülle an Aufgaben und Pflichten auf; diese sei als „Baumeister der Demokratischen Republik“⁶⁴³ der Garant für ein „einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland“⁶⁴⁴.

637 Resolution des II. Parteitages zur Jugendfrage vom 24. September 1947, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952, S. 233.

638 Zur Jugendarbeit in der Partei. Entschließung des Parteivorstandes vom 15. April 1948, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1958, S. 10.

639 Ebd.

640 Vgl. ebd., S. 10 f.

641 Vgl. Gesetz-Entwurf über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der DDR und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung. Anlage Nr. 9 auf der Sitzung der Provisorischen Regierung der DDR vom 19. Januar 1950, in: BArch, DC 20/I/3/8, Bl. 78-88.

642 Vgl. Entwurf des Beschlusses zur Beschleunigung der Realisierung des Gesetzes über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der DDR und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung. Anlage Nr. 4 auf der Sitzung der Provisorischen Regierung der DDR vom 30. März 1950, in: BArch, DC 20/I/3/15, Bl. 39.

643 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950 (b), S. 96.

644 Ebd., S. 95.

Bei der Etablierung – vermeintlich – demokratischer Strukturen setzte die SED die freiwillige Mitarbeit Jugendlicher voraus. Die junge Generation bekam den Auftrag, sich am Aufbau sozialistischer Organisationen in Betrieben, Verwaltungen und Schulen zu beteiligen. Das Jugendgesetz verbuchte den Schutz vor Missbrauch und Ausbeutung seitens der „deutschen Monopolherren“⁶⁴⁵ im Westen Deutschlands und die Gewähr aktiver gesellschaftlicher und politischer Partizipation unter der Rubrik jugendlicher Rechte. Zu den Pflichten der Jugend gehörte der regelmäßige Schulbesuch. Die Schulpflicht galt für Kinder ab dem siebenten Lebensjahr bis zum Abschluss der achtklassigen Grundschule bzw. bis zum Abschluss der zehnklassigen Oberschule oder einer Berufsausbildung. Die Schulpflicht wurde am 15. Dezember 1950 erlassen, d. h. elf Monate nach Einführung des Jugendgesetzes.⁶⁴⁶

Früher als der allgemeinen Schulpflicht und dem Jugendgesetz widmete sich die SED der Verbesserung der Ausbildung von jungen Industriearbeitern. Das Ministerium für Planung konzipierte von 1950 an einen „Gesamtnachwuchsplan für alle Wirtschaftszweige und Verwaltungen“⁶⁴⁷. In der Folge sollten 1955 über 180.000 Jugendliche in Lehrstellen vermittelt werden, vorrangig in Branchen des Bergbaus, der Energiewirtschaft oder der chemischen Großindustrie. Jungfacharbeiter setzte die SED nach deren Lehrausbildung für mindestens sechs Monate zusätzlich in Produktionsbrigaden ein.⁶⁴⁸ Die politische Führung verfolgte mit ihrer Jugendpolitik das Ziel, alle Jugendlichen für die eigene Politik zu gewinnen und diese „zu nützlichen Gliedern der sozialistischen Gesellschaft“⁶⁴⁹ zu formen. Das schloss die Ableistung des Wehrdienstes als „ehrvolle[...] nationale[...] Pflicht, das Vaterland [...] zu schützen“⁶⁵⁰ ebenso mit ein wie das von der

645 Ebd., S. 96.

646 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950 (e), S. 1203.

647 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950 (a), S. 58.

648 Vgl. Plan des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik zur Förderung der Jugend im Jahre 1955 vom 3. Februar 1955, in: Lindemann, Hans 1955, § 4 u. 9.

649 Der Jugend unser Herz und unsere Hilfe. Über die Verantwortung und die Aufgaben der Partei bei der sozialistischen Erziehung und Förderung der gesamten Jugend der Deutschen Demokratischen Republik. Beschluß des Politbüros des ZK vom 24. Januar 1956, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1958, S. 19.

650 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1962 (a), § 1, Abs. 1.

SED erwartete Engagement der jungen Menschen für den wirtschaftlichen Aufbau der DDR.

Um die politischen Einstellungen der Jugend einzufangen bzw. ihr staatsstreuues Bewusstsein zu erforschen, gab die SED Anfang der 1960er Jahre erste Studien in Auftrag. Doch erst mit dem zweiten Jugendgesetz von 1964 definierte der Gesetzgeber deren Schwerpunkte. Die Forschungsergebnisse, etwa über „die Erziehung zur ordentlichen Arbeit“ oder über „die Herausbildung neuer gesellschaftlicher Beziehungen zwischen den jungen Menschen“⁶⁵¹, erreichten auch die FDJ-Leitungen. Die ersten Untersuchungen ergaben, ein Großteil der Jugendlichen hätte zwar grundsätzliches Interesse an Politik, den Mauerbau von 1961 aber verstanden die wenigsten.⁶⁵² Solche Ergebnisse passten nicht zum Charakterprofil eines sozialistischen Menschen, der neben Verantwortungsbewusstsein, Kollektivegeist, Hilfsbereitschaft, Mut, Ausdauer und Disziplin vor allem Linientreue gegenüber der Politik der SED aufweisen sollte.⁶⁵³

Allen voran oblag es dem Jugendverband, Heranwachsende für den Aufbau des Sozialismus zu mobilisieren und Verantwortung für die politische Erziehung zu übernehmen.⁶⁵⁴ So ging die „Verordnung zum Schutze der Jugend“ von 1955, die Strafen für die Einfuhr westlicher Literatur vorsah,⁶⁵⁵ auf einen Entwurf der FDJ zurück und der ZR propagierte 1956, die Zukunft liege dort, „wo der Sozialismus aufgebaut wird, in der Deutschen Demokratischen Republik“⁶⁵⁶. Walter Ulbricht erklärte diese 1959 gar zum „Vaterland der Jugend“⁶⁵⁷. Der Generalsekretär bzw. Erste Sekretär des ZK verlieh mit seinem „sozialistische[n] Menschenbild“⁶⁵⁸ der künftigen Gesellschaftsordnung ab 1958 einen normativen Wertmaßstab in

651 Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972, § 17.

652 Vgl. Walter, Michael 1997, S. 52.

653 Vgl. Müller, Maria-Elisabeth 1997, S. 32 f.

654 Vgl. Art, Wolfgang 1976, S. 7 u. 9.

655 Vgl. Verordnung zum Schutze der Jugend. Protokoll Nr. 48 (II) auf der Sitzung des Zentralsekretariats vom 16. Februar 1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.1/174, Bl. 4; vgl. Verordnung zum Schutze der Jugend. Protokoll Nr. 105 (II) auf der Sitzung des Zentralsekretariats vom 31. August 1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.1/226, Bl. 4.

656 An Euch alle, die Ihr jung seid! Beschluß des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend vom 4. Februar 1956, S. 118.

657 Ulbricht, Walter 1959 (b), S. 66.

658 Das „sozialistische Menschenbild“ war die Grundlage zur Erarbeitung des Erziehungsziels der „sozialistischen Persönlichkeit“. Menschenbild und Erziehung

Gestalt von zehn Geboten, ähnlich wie im Alten Testament. Als Mitinitiator der Jugendgesetze und Schöpfer der Maxime „Sozialistisch arbeiten, lernen, leben“⁶⁵⁹ definierte er mit dem Regelwerk das „Gesicht des neuen, sozialistischen Menschen“⁶⁶⁰. Ulbricht wollte, wie Antonia Grunenberg es nennt, „ein Ensemble moralischer Imperative“⁶⁶¹ in der Gesellschaft verankern, weshalb er alle Bürger aufforderte, internationale Solidarität mit sozialistischen Ländern zu üben, gute Taten im Sinne des Sozialismus zu vollbringen, die sozialistische Arbeitsdisziplin zu festigen sowie sauber und anständig zu leben. Im achten Gebot verkündete er den Grundsatz: „Du sollst Deine Kinder im Geiste des Friedens und des Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen.“⁶⁶²

Beruhend auf den Ende der 1950er Jahre eingeführten Moralgesetzen, erweiterte die SED auf ihrem VI. Parteitag im Januar 1963 das Profil des sozialistischen Menschen um „sittliche[...] Eigenschaften [...], die für die neue Moral des einzelnen und [die] Gemeinschaft bestimmend sind“. Demnach sei „er [der neue Mensch] bestrebt, ein wissender Mensch, eine allseitig gebildete Persönlichkeit zu werden, bewußt das Leben zu gestalten und an der Entwicklung unserer sozialistischen Demokratie schöpferisch teilzunehmen“⁶⁶³. Damit setzten die Gesetzgeber bei der Jugend Initiative für die individuelle Persönlichkeitsbildung voraus. Die Ideologie der politischen Führungsriege durchzog die Auffassung, eine humane und liberale Gesellschaftsordnung käme einzig durch den Sozialismus zustande. Dessen Macht liege in den Händen aller Arbeiter und deren Nachkommen leiteten künftig die Geschicke des Landes. So basierte z. B. die 1962 eingeführte allgemeine Wehrpflicht⁶⁶⁴ für alle Männer von 18 bis 50 Jahren – angeblich – auf „dem Willen und der Entschlossenheit der Bürger“, welche „die Errungenschaften der Werktätigen“⁶⁶⁵ beschützen wollten.

standen in enger Verbindung. Das Erziehungsziel bereicherte Ersteres. Vgl. Schmitt, Karl 1980, S. 29 f.

659 Ulbricht, Walter 1960, S. 263.

660 Ders. 1959 (b), S. 185.

661 Grunenberg, Antonia 1990, S. 52.

662 Ulbricht, Walter 1959 (b), S. 185.

663 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschluß des VI. Parteitages (15. bis 21. Januar 1963), angenommen am 18. Januar 1963, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1965, S. 246.

664 Siehe dazu Kap. 4.2.3.

665 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1962 (a), § 1, Abs. 1.

Gemäß Walter Ulbricht sollten der propagierte technische Fortschritt, das gelobte hohe Bildungsniveau und die Förderung von Körperkultur und Sport besonders der jungen Generation Anreize geben, die Staatsdoktrin mit verpflichtendem Dank umzusetzen.⁶⁶⁶ Anfang der 1960er Jahre berief der Ministerrat eine Kommission ein, um ein zweites Jugendgesetz auf den Weg zu bringen. Dem Entwurf stimmten im September 1963 führende Funktionäre und Vertreter der Massenorganisationen ohne Gegenstimmen zu.⁶⁶⁷ Im VII. Parlament der FDJ im Mai 1963 hatte der Vorsitzende des Staatsrates erneut bekräftigt, es seien fortan überzeugte Sozialisten heranzuziehen. Das bedeutete, die junge Generation im Rahmen des Wehrdienstes für die Landesverteidigung auszurüsten und ihren volkswirtschaftlichen Einsatz beim sozialistischen Aufbau stets zu effektivieren.⁶⁶⁸ Ulbricht appellierte an die Jugend: „In dem Haus, das wir heute gemeinsam errichten, werdet ihr also einmal Hausherrn sein. Wir wollen alle, daß es ein festes und sicheres, ein schönes und modernes Haus wird, mit allem, was zu einem kulturvollen sozialistischen Leben gehört. Es muß den Ansprüchen des Jahres 2000 und des neuen Jahrhunderts genügen.“⁶⁶⁹

Das zweite Jugendgesetz vom Mai 1964 erklärte junge Menschen zu „Bauherren des Sozialismus und [zu] Pioniere[n] der Nation“, die Realisierung des Sozialismus war nun „Inhalt ihres Lebens“⁶⁷⁰. Die im Jugendgesetz von 1950 festgelegten Rechte wie „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ galten 14 Jahre später als verwirklicht.⁶⁷¹ Für die Erziehung, Bildung und Förderung der jungen Bürger trugen laut beiden Jugendgesetzen alle

666 Vgl. Beschluß über die breite Entfaltung von Körperkultur und Sport unter der lernenden Jugend in den Berufsschulen und Lehrwerkstätten. Anlage Nr. 27 auf der Sitzung der Regierung der DDR vom 19. Dezember 1952, in: BArch, DC 20/1/3/162, Bl. 29; vgl. Ulbricht, Walter 1959 (b), S. 64-73.

667 Vgl. Entwurf des Gesetzes über die Teilnahme der Jugend am Kampf um den umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR und die allseitige Förderung ihrer Initiative bei der Leitung der Volkswirtschaft und des Staates, in Beruf und Schule, bei Kultur und Sport vom 20. September 1963 auf der Sitzung des Ministerrats vom 26. September 1963, in: BArch, DC 20/1/3/454, Bl. 1.

668 Ulbricht, Walter 1963: Jeder Jugendliche ein überzeugter Sozialist vom 29. Mai. Aus der Rede auf dem VII. Parlament der Freien Deutschen Jugend vom 28. Mai bis 1. Juni 1963 in Berlin, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1968, S. 290 f.

669 Ebd., S. 293 f.

670 Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972, S. 9.

671 Vgl. ebd., S. 7.

Staats- und Wirtschaftsorgane gleichermaßen Verantwortung. Die Ziele blieben 1964 demzufolge die gleichen wie im ersten Jugendgesetz von 1950: Es ging um die „allseitige Erziehung, Bildung und Förderung jedes jungen Menschen zu einer sozialistischen Persönlichkeit“. Die Jugend sehe, laut dem zweiten Jugendgesetz, „den Sinn ihres Lebens in den Idealen des Sozialismus, in der fleißigen Arbeit [...] und einer hohen Bildung“. Deshalb mussten alle gesellschaftlichen und staatlichen Kräfte der jungen Generation „vielfältige Möglichkeiten“ einräumen, „für die sozialistische Menschengemeinschaft zu lernen und zu arbeiten“, und die Jugend unterstützen, „sich auf die produktive Arbeit [...] vorzubereiten“⁶⁷².

Die Einheitspartei definierte ihre Jugendpolitik folglich als begleitende Maßnahme, die „der Jugend bei der Gestaltung eines interessanten und inhaltsvollen geistigen, kulturellen und sportlichen Lebens [...] helfen“⁶⁷³ sollte. Der Anspruch, alle Heranwachsenden zu hoher Arbeitsmoral und sozialistischen Tugenden zu erziehen, mündete in einem umfassenden Katalog geforderter Eigenschaften und Verhaltensweisen.⁶⁷⁴ Die Bereiche Arbeit und Bildung übernahmen in der sozialistischen Ideologie Schlüsselfunktionen. Von der Jugend wurde eine „ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität“⁶⁷⁵ und das Erreichen wirtschaftlicher Planvorgaben verlangt, musste die DDR doch im Wettbewerb mit dem Kapitalismus bestehen. Die Verwirklichung des „Recht[s] auf Arbeit“ sowie „die schöpferische Mitwirkung an der Ausarbeitung und Erfüllung der Pläne“ avancierten zur „moralischen Pflicht jedes arbeitsfähigen Bürgers“⁶⁷⁶. Da die „ökonomische Hauptaufgabe“ in der DDR, laut der politischen Führung, „einen tiefen politischen und sozialen Inhalt“ aufweise, die entwickelte Volkswirtschaft die „Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der kapitalistischen Herrschaft“ ausdrücke und die „friedliche Koexistenz und [der] friedliche Wettkampf“⁶⁷⁷ beider deutscher

672 Ebd., S. 10.

673 Ebd., S. 11.

674 Vgl. Hille, Barbara 1991, S. 11-13.

675 Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972, § 2, Abs. 1.

676 Gesetzbuch der Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung vom 21. April 1961, § 2, Abs. 1.

677 Über den Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat. Beschluß des V. Parteitag (10. bis 16. Juli 1958), angenommen am 15. Juli 1958, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1961, S. 259.

Staaten nur aufrechterhalten werden könnten, wenn Lebensstandard und Produktivität stiegen, kam es zu einer regelrechten Heroisierung von Arbeitsdisziplin und Normerfüllung.

Die Staatsspitze verfiel dem Glauben, ohne die Arbeit aller Bürger breche das politische und ökonomische System des Sozialismus zusammen. Deshalb hatten (junge) Frauen keine andere Wahl, als regulär arbeiten zu gehen.⁶⁷⁸ Im Produktions- bzw. Arbeitsprozess gehörten sie wie ehemals Verfolgte des nationalsozialistischen Systems und Jugendliche zu den besonders schützenswerten Gruppen.⁶⁷⁹ Die gesundheitliche Vorsorge bei Jugendlichen begann in der Vorschulzeit. Ab Mitte der 1950er Jahre erfolgten in Polikliniken, Betrieben und Schulen ärztliche Reihen- und Einzeluntersuchungen.⁶⁸⁰ Jedes Kind bzw. jeder Jugendliche wurde bei der Aufnahme in den Kindergarten oder ein Heim, vor der Einschulung, im vierten, achten und zehnten Schuljahr sowie im zweiten Berufsschuljahr untersucht.⁶⁸¹ Zur Verbesserung der hygienischen Aufklärungsarbeit initiierte das Ministerium für Gesundheitswesen 1957 einen „Monat des Jugendgesundheitssschutzes“.⁶⁸² Neben dem Gesundheitsschutz widmete sich die SED der Integration der Jugend in die Volkswirtschaft. Zum einen organisierte sie Jugendliche nicht nur in der FDJ, sondern auch in eigenen Arbeitskollektiven. Zum anderen sollte die „volle Gleichberechtigung“⁶⁸³ von Frauen und Mädchen verwirklicht werden.⁶⁸⁴

Im August 1949 beschloss das Zentralsekretariat die Einführung eines monatlichen (vergüteten) Haushaltstages, der alleinstehende Frauen mit einer 48-Stunden-Woche und eigenem Haushalt entlasten sollte. Für weibliche Jugendliche trat an die Stelle der 48-Stunden-Woche teilweise eine

678 Vgl. Dübel, Siegfried 1964, S. 11 f.; vgl. Jesse, Eckhard 2015 (a), S. 228.

679 Vgl. Gesetzbuch der Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung vom 21. April 1961, § 2, Abs. 1 u. 6.

680 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1954 (b), S. 250.

681 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1954 (c), S. 251.

682 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1957, S. 99.

683 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950 (d), S. 1037.

684 Vgl. Beschlußentwurf zum Bericht über den Stand der Erfüllung des Beschlusses des Ministerrats vom 19. April 1962 über die Aufgaben der Staatsorgane zur Förderung der Frauen und Mädchen in Durchführung des Kommuniqués des Politbüros des ZK der SED vom 23. Dezember 1961 auf der Sitzung des Ministerrats vom 26. September 1963, in: BArch, DC 20/1/3/454, Bl. 83 f.

verkürzte Arbeitszeit.⁶⁸⁵ Das Politbüro betonte im Mai 1950, „mit der Zurücksetzung der Mädchen [sei] sofort Schluss zu machen. Dabei [sei] eine breite öffentliche Kritik zu entfalten“⁶⁸⁶. Obwohl das Politbüro die herausragende Rolle der Mütter im Erziehungsprozess akzentuierte – würden doch diese Kinder zu „wahrhaft friedliebenden, demokratischen und patriotischen Menschen“⁶⁸⁷ erziehen –, galten junge Frauen, die sich ausschließlich der Familie und dem Haushalt widmeten, als „geistig und gesellschaftlich zurückgeblieben“⁶⁸⁸. Aus Sicht des Staates trug die „Ausbildung von Frauen zu qualifizierten Facharbeiterinnen“⁶⁸⁹ zur Gleichberechtigung bei.

Das Gesetzbuch der Arbeit aus den 1960er Jahren garantierte Frauen „durch die Teilnahme am Arbeitsprozeß und die Mitwirkung an der Leitung von Staat und Wirtschaft“⁶⁹⁰ die Realisierung ihrer Emanzipationsbestrebungen. Die Gleichstellung der Frau im Arbeitsprozess und innerhalb der Jugendkollektive definierte das Bildungsgesetz von 1965 in aller Deutlichkeit: „Die Frauen sind gleichberechtigt. Ihrer Förderung und Entwicklung wird entsprechend ihrer wichtigen Rolle in der sozialistischen Gesellschaft besondere Aufmerksamkeit gewidmet.“⁶⁹¹ Dasselbe galt für junge Frauen in betrieblichen JB. Mit der im Jugendgesetz von 1964 deklarierten „Bildung von Jugendbrigaden, Jugendbereichen, Jugendobjekten und anderen Jugendkollektiven“ wurde flächendeckend die Arbeit Heranwachsender in Betrieben und Produktionsgenossenschaften geregelt. Ziel war es, in den Arbeitsgemeinschaften „höchste Arbeitsproduktivität, hervorra-

685 Vgl. Haushaltstag für erwerbstätige Frauen. Protokoll Nr. 101 (II) auf der Sitzung des Zentralsekretariats vom 9. August 1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.1/222, Bl. 2 f.

686 Bericht über das Deutschlandtreffen der FDJ. Protokoll Nr. 91 auf der Sitzung des Politbüros vom 30. Mai 1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2/91, Bl. 3.

687 Das Politbüro an die Frauen vom 18. April 1950, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952, S. 13.

688 Dübel, Siegfried 1964, S. 11.

689 Das Politbüro an die Frauen vom 18. April 1950, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952, S. 13.

690 Gesetzbuch der Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung vom 21. April 1961, § 123, Abs. 1.

691 Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR vom 25. Februar 1965, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik/Ministerium für Volksbildung (Hrsg.) 1971, S. 8.

gende Arbeitsdisziplin und die beste Arbeitsorganisation zu entwickeln“⁶⁹².

Das wichtigste Instrument zur Durchsetzung der sozialistischen Erziehungsziele blieb die Bildungspolitik im schulischen Bereich. Von 1945 an erfuhr das Schulwesen eine – vermeintlich – „antifaschistisch-demokratisch[e]“⁶⁹³ Neuauslegung, d. h. eine Säuberung von „nazistischen und militaristischen Lehren“⁶⁹⁴ aus der Zeit des Nationalsozialismus. Nach Auffassung der Erziehungsfunktionäre verwirklichte die „demokratische Einheitsschule [...] zum ersten Mal in der deutschen Geschichte [...] die schulpolitischen Forderungen der sozialistischen Arbeiterbewegung nach einer einheitlichen Schule und nach gleichen Bildungsmöglichkeiten“⁶⁹⁵. Das erklärte Ziel, „die heranwachsende Generation besser auf das Leben und Schaffen [...] vorzubereiten“⁶⁹⁶, entstammte dem V. Parteitag 1958. Zu diesem Zweck richteten die Machthaber das Schulwesen vollends nach parteipolitischen, ideologischen bzw. sozialistischen Maßstäben aus, verlaufe doch „die Entwicklung allseitig gebildeter Menschen“ nur erfolgreich, wenn die „Kluft zwischen Theorie und Praxis“⁶⁹⁷ überwunden werde, so das ZK 1959.⁶⁹⁸ Schulen mussten fortan „sozialistische Menschen [erziehen], die die Arbeit und den arbeitenden Menschen lieben, über grundlegende Kenntnisse der Produktionsvorgänge, der Wissenschaft und Technik verfügen sowie zur körperlichen Arbeit bereit und fähig sind“⁶⁹⁹.

Anfang der 1960er Jahre richtete sich die politische Führung mit dem Jugendkommuniqué „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“ an die

692 Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972, § 3, Abs. 1.

693 Über den Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat. Beschluß des V. Parteitages (10. bis 16. Juli 1958), angenommen am 15. Juli 1958, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1961, S. 294.

694 Über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Thesen des Zentralkomitees vom 17. Januar 1959, in: ebd., S. 503.

695 Ebd., S. 503 f.

696 Ebd., S. 503.

697 Ebd., S. 506.

698 Vgl. ebd., S. 503-506.

699 Ebd., S. 506.

„Pioniere der Zukunft“⁷⁰⁰. Die SED warb darin bei der älteren Generation um Vertrauen und Verständnis für die Jugend und suggerierte, deren Probleme, Sorgen und Nöte ernster zu nehmen. In der Folge setzte eine relativ liberale Phase ein. Während sich die Staatsführung gegenüber jugendlichen Trends (zunächst) tolerant zeigte, wurde im ohnehin ideologisch geprägten Schulwesen vermehrt Wert auf die Vermittlung volkswirtschaftlicher Qualifikationen gelegt.⁷⁰¹ Selbst der Mathematikunterricht geriet zum Politikum. Im Jahr 1962 beschloss der Ministerrat die Verbesserung des Mathematikunterrichts, da „eine umfassende und hohe mathematische Bildung [...] immer mehr zu einem wesentlichen Bestandteil der allseitigen Bildung des Menschen der sozialistischen Gesellschaft“⁷⁰² werde. Da es Schülern vielfach an Grundkenntnissen mangle und ihre mathematischen Fähigkeiten unterentwickelt seien, sollten neue Lehrpläne, durch die FDJ organisierte „Mathematikzirkel“, Weiterbildungen für Lehrer und die Vorlage eines sowjetischen Lehrbuches Verbesserungen für den Unterricht bringen.⁷⁰³ Mit dem „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ von 1965 kam es zu einer enormen Aufwertung mathematischer, naturwissenschaftlicher und gesellschaftswissenschaftlicher Fächer,⁷⁰⁴ und das Profil der sozialistischen Persönlichkeit erhielt feinere Konturen, nachdem die SED Inhalte des Erziehungs- und Schulwesens in den 1950er Jahren konstituiert hatte.

700 Der Jugend Vertrauen und Verantwortung. Communiqué des Politbüros des Zentralkomitees. Beschluß des Politbüros des ZK vom 17. September 1963, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1965, S. 687.

701 Vgl. Hille, Barbara 1991, S. 13.

702 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1962 (c), S. 853.

703 Vgl. ebd., S. 853-857.

704 Vgl. Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR vom 25. Februar 1965, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik/Ministerium für Volksbildung (Hrsg.) 1971, § 3, Abs. 1.

3.1.2 Sozialistische Erziehungsdoktrin

Das Vorhaben, die „Jugend im Geiste einer fortschrittlichen Demokratie, der Freundschaft unter den Völkern und einer wahren Humanität“⁷⁰⁵ zu erziehen, besiegelte die SED auf ihrem I. Parteitag im Frühjahr 1946. Das Erziehungskonzept der späten 1940er Jahre hatte den Anspruch, ein moralisches Wertesystem innerhalb der jungen Bevölkerung zu etablieren, das Normen und Verhaltensweisen des Einzelnen gegenüber Staat und Partei regelte. Die Jugendpolitik erstrebte im Rahmen des Erziehungsprozesses die Errichtung einer neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung.⁷⁰⁶ Ihren Absolutheitsanspruch begründete die Einheitspartei Ende der 1940er Jahre mit ihrer Rolle als Protagonist beim Aufbau des Sozialismus in der SBZ.⁷⁰⁷ Nur die Befreiung der „Arbeiterklasse“ und die Verankerung sozialistischer Moralvorstellungen in der Bevölkerung würden gemäß Walter Ulbricht „eine glückliche Zukunft“⁷⁰⁸ bringen.

Das Schulwesen diente dazu, alle Kinder und Jugendlichen zu erfassen und sie im Unterricht parteipolitisch zu formen. Wie ernst es der SED mit der Gleichschaltung der Schuljugend in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren war, beweisen tausende von Verurteilungen und in Moskau vollstreckte Todesurteile ostdeutscher Schüler, die ihre Antipathie gegenüber der Sowjetunion geäußert hatten.⁷⁰⁹ Wie Freya Klier ausführt, sollten „derartig drakonische Maßnahmen“ abschreckend wirken; sie trugen „rasch [bei zur] wachsende[n] Resignation, Flucht oder Anpassung an die herrschenden Verhältnisse“⁷¹⁰. Rückblickend lässt sich die Genese des Bildungswesens in drei Hauptphasen gliedern: Der ersten Phase, der „antifaschistisch-demokratischen Schulreform“ von 1945 bis 1949, folgte bis Anfang der 1960er Jahre der „Aufbau der sozialistischen Schule“ und daran anschließend die „Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“.⁷¹¹ Ab den 1950er Jahren galt es, die sozialistische Men-

705 Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschluß des Vereinigungsparteitages vom 21. April 1946, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952, S. 8.

706 Vgl. Neuner, Gerhart 2000, S. 581; vgl. Kwiatkowski-Celofíga, Tina 2008, S. 12.

707 Vgl. Förtsch, Eckart 1969, S. 26.

708 Ulbricht, Walter 1959 (b), S. 66.

709 Vgl. für Einzelheiten: Beyer, Achim 2003; Nooke, Maria/Henning Schluß 2011, S. 6; Planer-Friedrich, Jens 2011, S. 18.

710 Klier, Freya 2010, S. 124.

711 Vgl. Schroeder, Klaus 2013, S. 740.

schengemeinschaft zu formen, d. h. das Individuum sollte sich an den Interessen des Kollektivs orientieren. Gefestigt wurde das Idealbild der sozialistischen Persönlichkeit von 1965 bis Mitte der 1970er Jahre.⁷¹²

Das gesamte Erziehungsschema der frühen DDR basierte auf den ideologischen Vorlagen des sowjetischen Pädagogen und Schriftstellers Anton S. Makarenko.⁷¹³ Dieser forderte Anfang der 1930er Jahre: „Unsere Erziehung muß kommunistisch, klassenmäßig sein. Jeder von uns erzogene Mensch muß der Sache der Arbeiterklasse Nutzen bringen.“⁷¹⁴ Der von Josef W. Stalin verehrte Pädagoge glaubte, ein jeder Mensch sei formbar. Er lokalisierte die Ursachen sozialer Fehlentwicklungen bei Kindern und Jugendlichen in einer falschen Erziehung. In einem gesellschaftlichen Modellversuch in der Sowjetunion der 1920er Jahre mit verwahrlosten Kindern und Jugendlichen versuchte Makarenko, deren individualistische Neigungen zu verdrängen, indem er sie in straff organisierte Arbeitsprozesse integrierte. Seine pädagogischen Lehrsätze, wonach im Kollektivgedanken die Wurzeln kommunistischer Erziehung lägen, wandte Stalin zur massenhaften Umerziehung politisch nicht genehmer Menschen an.⁷¹⁵

In der DDR schuf die SED in den beginnenden 1950er Jahren das Fundament für die Erzeugung einer neuen sozialistischen Menschengemeinschaft, für deren Realisierung sich das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut einsetzte.⁷¹⁶ Laut Tina Kwiatkowski-Celofiga setzte eine „Phase des Moralisieren und Etablierens“⁷¹⁷ ein und im Bildungswesen gewannen die polytechnische Ausbildung und der Kollektivgedanke an Kraft.⁷¹⁸ Zunächst unterlagen die Schulen in der SBZ nach Ende des Zweiten Weltkrieges einer ideologischen Säuberungswelle, die gegen alle „sozialismusfremden“ bzw. religiösen Einflüsse gerichtet war. In der Folge blieb es 1946 lediglich bei dem Entwurf im Schulgesetz, Religionsunterricht in der

712 Vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2008, S. 12 u. 19 f.

713 Makarenko, Anton Semjonowitsch (1888 bis 1939), arbeitete als Volkslehrer, Direktor sowie Erzieher für schwererziehbare Jugendliche und publizierte eine Vielzahl an pädagogischen Schriften kommunistischer Lesart, um den neuen Menschen auf neue Weise zu schaffen. Vgl. Girod, Marianne 1961, S. 12-19; vgl. Kaiser, Paul 2016, S. 118.

714 Günther-Schellheimer, Edgar u. a. (Hrsg.) 1988, S. 265.

715 Vgl. Klier, Freya 1990, S. 44 f.; vgl. Hansen, Hendrik 2011, S. 23.

716 Vgl. ebd., S. 23 f.

717 Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2008, S. 12.

718 Vgl. Hansen, Hendrik 2011, S. 22.

Schule anzubieten.⁷¹⁹ Offiziell diene die Schulreform der Befreiung von Einflüssen des „Militarismus, des Imperialismus, der Völkerverhetzung und des Rassenhasses“⁷²⁰.

Mit dem „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“ entstanden 1946 zunächst achtklassige Einheitsschulen mit dem Vorsatz, „die Jugend zu selbständig denkenden und verantwortungsbewußt handelnden Menschen zu erziehen, die fähig und bereit sind, sich voll in den Dienst der Gemeinschaft des Volkes zu stellen“⁷²¹. Nach der achtklassigen Grundschule folgte entweder der Übergang in die vierjährige Oberschule oder der Besuch einer Berufsschule.⁷²² Noch in der SBZ sah das Schulwesen vor, allen Kindern und Jugendlichen, unabhängig von Geschlecht, regionaler oder sozialer Herkunft, gleiche und bessere Bildungsmöglichkeiten einzuräumen. Nach offiziellen Angaben von 1950 zählten die Grund-, Ober- und Hochschulen mehr Schüler und Studenten, ein Drittel aller Oberschüler kam aus Arbeiter-, Bauern- und Handwerksfamilien, verglichen mit 1939 mehr als viermal so viele. Gegenüber 1939 hatte sich die Zahl der Studenten 1950 verdoppelt. Fast 40 Prozent der Studenten waren Arbeiter- und Bauernkinder, für die sogenannte Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten geschaffen worden waren.⁷²³

Zwar brach die Idee der Zentralschulen mit nationalsozialistischen Traditionen, religionsgebundene Lehren oder die Möglichkeit, Privatschulen zu gründen, standen hingegen nicht zur Diskussion.⁷²⁴ Das Erziehungskonzept der „demokratischen“ Umgestaltung erreichte schon die Jüngsten. Sieben- bis 13-Jährige erfasste die Kinderorganisation Junge Pioniere, von 1948 an unter Ägide der FDJ. So wie es an jeder Schule in den achten bis zwölften Klassen eine FDJ-Gruppe gab, so wurden Erst- bis Siebentklässler in Pioniergruppen erfasst. Die Kinder wählten einen Gruppenrat. Pionierleiter, meist Klassenlehrerinnen und junge Pädagogen mit FDJ-Zugehörigkeit, sorgten durch ihre Mitgliedschaft in der Leitung nach Erich

719 Vgl. Geißler, Gert 1994, S. 53.

720 Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schulen vom Mai 1946, in: Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.) 1966, S. 8.

721 Ebd., § 1.

722 Vgl. Neuner, Gerhart 1997, S. 262.

723 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950 (b), S. 96.

724 Vgl. Geißler, Gert 1994, S. 55 u. 57; vgl. ders. 2015, S. 8 f.

Honecker für „die richtige ideologische Führung der Pionierbewegung“⁷²⁵. Junge Pioniere und FDJ standen in enger Bindung zueinander: Der Jugendverband delegierte Funktionäre für die Kinderorganisation, diese warben unter den Jüngsten für den Eintritt in die FDJ.⁷²⁶

In der Erziehung von Sechs- bis 14-Jährigen zu „fortschrittlichen, lerneifrigen, arbeitsfreudigen, fleißigen, ehrlichen, lebensfrohen [und] demokratischen jungen Menschen“⁷²⁷ sah der Kinderbund, der den Namen des von den Nationalsozialisten ermordeten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann trug, seine Aufgabe. Ein Prinzip der Pionierorganisation lautete: „Pioniertätigkeit ist politische Erziehung, ist aktive Teilnahme am Leben und Kampf der Arbeiterklasse.“⁷²⁸ Bei der Aufnahme in die Jungen Pioniere legten die Kinder ein feierliches Gelöbnis im Sinne sozialistischer Tugenden ab.⁷²⁹ Neben dem Versprechen, den Menschen zu achten, die Heimat zu lieben, die Natur zu schützen und ihr blaues Halstuch zu ehren, gab es das Gelöbnis zur sozialistischen Arbeitsmoral: „Wir packen bei jeder Arbeit für die Allgemeinheit mit zu, sei es in der Schule, im Elternhaus, auf der Straße, auf dem Dorfe oder wo immer es auf unsere Hilfe ankommt.“⁷³⁰ Der Gruß der Pioniere lautete deshalb: „Seid bereit – Immer bereit!“ Zwischen 1960 und 1989 waren 80 bis 90 Prozent aller Schüler Mitglied der Pionierorganisation.⁷³¹

Anfang der 1950er Jahre zielte die SED im Schulwesen auf eine Hebung des wissenschaftlichen Niveaus, um volkswirtschaftliche und parteipolitische Interessen durchzusetzen. Zum Schuljahr 1950/51 rief der erste Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, Lehrer und Schüler dazu auf, die Losung „Wir lehren, lernen und kämpfen für den Frieden“ zu internalisieren, müssten sich Schulen unter dem Einfluss der Theorien des Marxismus-Le-

725 Honecker, Erich 1948: Auszug aus dem Schlußwort der 17. Tagung des Zentralrats der FDJ, in: Zentralrat der FDJ. Abteilung Junge Pioniere/Organisationsleben (Hrsg.) 1968, S. 86.

726 Vgl. Hornstein, Walter/Werner Schefold 1998, S. 290.

727 Der Aufbau des Verbandes Junge Pioniere. Beschluß der 18. Tagung des Zentralrates der FDJ vom 6. Februar 1949, in: Zentralrat der FDJ. Abteilung Junge Pioniere/Organisationsleben (Hrsg.) 1968, S. 86; vgl. für Einzelheiten: Jahnke, Karl Heinz u. a. 1978, S. 52.

728 Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1972 (a), S. 9.

729 Vgl. Ansorg, Leonore 1997, S. 53.

730 Die Gesetze der Jungen Pioniere von 1953, zitiert in: Reiher, Ruth (Hrsg.) 1995, S. 43.

731 Vgl. Trittel, Christina 2008, S. 5.

ninismus doch „zu einem festen Bollwerk des Friedens“⁷³² entwickeln. Die Schüler wurden deshalb vom ZK angewiesen, sich auf den „Kampf um den Frieden, um die demokratische Einheit Deutschlands und um die Erfüllung der im Fünfjahresplan gestellten Ziele“ zu konzentrieren. Allerdings vermuteten die Erziehungsfunktionäre, einzelne Lehrkräfte versuchten, „die Kinder mit unwissenschaftlichen oder sogar feindlichen Auffassungen“⁷³³ aufzuwiegeln, etwa durch „pseudowissenschaftliche Erziehungstheorien“⁷³⁴.

Die Umgestaltung des Schulwesens hin zum polytechnischen Unterricht erhöhte ab Mitte der 1950er Jahre die politischen Anforderungen an Lehrkräfte.⁷³⁵ Die größten Schwächen im Bildungssystem erkannte der Ministerrat 1954 im Ausfall von Unterrichtsstunden, im ungenügenden Engagement bei der Durchsetzung der Lehrpläne und in einer dürftigen Ordnung und Disziplin an den Schulen, vor allem aber in der Einstellung mancher Lehrer, „die keine Klarheit über den Charakter unseres Staates haben und in manchen Fragen unserer Politik eine schwankende Haltung einnehmen“⁷³⁶. Der Ministerrat forderte von den Pädagogen, die Lehrpläne als „staatliche Dokumente[...]“ zu behandeln und jede Unterrichtszeit „bis zur letzten Stunde“ auszunutzen. Die Räte der Kreise kontrollierten fortan die Einhaltung der „amtlichen Stundentafel“⁷³⁷. Das Ministerium für Volksbildung publizierte neue Lehrpläne und Schulbücher. Berufsunerfahrene Pädagogen erhielten Studienmaterial, Schulen mehr Sachleistungen und das Engagement bei den Jungen Pionieren oder der FDJ bei der Anstellung von Lehrern mehr Berücksichtigung.⁷³⁸

732 Aufruf des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik. Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 62 der Sitzung des Politbüros vom 21. August 1951, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2/162, Bl. 27.

733 Die nächsten Aufgaben der allgemeinbildenden Schule. Entschließung des Zentralkomitees vom 19. Januar 1951 (4. Tagung), in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952, S. 333.

734 Ebd., S. 332.

735 Vgl. Über den Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat. Beschluß des V. Parteitages (10. bis 16. Juli 1958), angenommen am 15. Juli 1958, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1961, S. 296 f.

736 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1954 (d), S. 270.

737 Ebd., S. 271.

738 Vgl. ebd., S. 270-273, 275 u. 277.

Der Idealtyp eines Lehrers verfügte aus Sicht der SED in den 1950er Jahren über eine hohe Allgemeinbildung, polytechnische Kenntnisse, gute pädagogische Qualitäten und eine sozialistische Weltanschauung;⁷³⁹ seine „ideologische Klarheit“⁷⁴⁰ avancierte zur Berufsqualifikation. Als Indiz für die sozialistische Weltanschauung eines Lehrers diente dessen persönlicher Einsatz bei der Vorbereitung zur Jugendweihe,⁷⁴¹ mit der 14-Jährige von 1955 an symbolisch den Schritt in die Gemeinschaft der Erwachsenen begingen, ähnlich der Zeremonie bei der Aufnahme in die Jungen Pioniere ab 1948. Die Jugendlichen schworen öffentlich und in feierlichem Rahmen, die Freundschaft mit der Sowjetunion zu pflegen und das Vaterland bzw. die gesellschaftliche Ordnung in der DDR zu achten. Mit dem politischen Weiheritus wollte die SED Heranwachsende von religiösen Glaubensbekenntnissen distanzieren und sie in ihrem Sinne politisieren.⁷⁴²

Der Übergang von der „antifaschistisch-demokratischen Schule zur sozialistischen Schule“ – aus Sicht der SED ein „Übergang zu einer neuen Qualität“⁷⁴³ – hing eng mit der ideologischen Ausrichtung der SED zu Beginn der 1950er Jahre zusammen, als sich die Einheitspartei zu den Theorien des Marxismus-Leninismus bekannte und die Sowjetunion unter Führung der KPdSU zum Ideal einer kommunistischen Gesellschaftsordnung erklärte.⁷⁴⁴ Wilhelm Pieck sprach auf dem III. Parteitag im Juli 1950 von der SED als „Partei von neuem Typus“⁷⁴⁵ und definierte die Aufgaben der Jugend- bzw. Bildungspolitik: „Besonders wichtig ist es, die ideologische Erziehungsarbeit unter der Jugend zu heben [...], ihr unsere wissenschaft-

739 Vgl. Über den Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat. Beschluß des V. Parteitages (10. bis 16. Juli 1958), angenommen am 15. Juli 1958, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1961, S. 297.

740 Die nächsten Aufgaben der allgemeinbildenden Schule. Entschließung des Zentralkomitees vom 19. Januar 1951 (4. Tagung), in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952, S. 334.

741 Siehe dazu Kap. 3.2.3.

742 Vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2008, S. 13.

743 Über den Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat. Beschluß des V. Parteitages (10. bis 16. Juli 1958), angenommen am 15. Juli 1958, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1961, S. 295.

744 Vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2008, S. 12; vgl. Schroeder, Klaus 2013, S. 67 f.

745 Pieck, Wilhelm 1950, S. 21.

liche Weltanschauung [zu] vermitteln und sie zu überzeugten Erbauern eines [...] friedliebenden Deutschlands zu erziehen.“⁷⁴⁶ Zwar erhielten die Schulen schon mit dem III. Parteitag vom Juli 1950 die Auflage, künftig alle Fächer auf Grundlage des Marxismus-Leninismus zu unterrichten, doch erst mit der II. Parteikonferenz vom Juli 1952 tauchte die Formel der sozialistischen Persönlichkeit häufiger auf.⁷⁴⁷

In der Praxis stieg Anfang der 1950er Jahre das wissenschaftliche Niveau an allgemeinbildenden Schulen, der neu eingeführte Russischunterricht weckte gemäß Walter Ulbricht das Vertrauen der Schüler zur „fortschrittlichen Wissenschaft der Sowjetunion“⁷⁴⁸ und der Geschichtsunterricht stand unter dem Banner des Antifaschismus. Dieser sollte die Schuljugend auf Parteilinie bringen und war laut SED im Erziehungsprozess eine „scharfe ideologische Waffe“⁷⁴⁹. So unterschied sich die ostdeutsche Geschichtsforschung grundlegend von der in Westdeutschland. Während Historiker in der DDR die „marxistisch-leninistische Theorie“ und die „großen nationalen Traditionen“⁷⁵⁰ des Volkes erkundeten, würde der „Adenauer-Staat“ die „fortschrittlichen Ideen“ unterdrücken und die „Förderung aller antihumanistischen, militaristischen und faschistischen“⁷⁵¹ Einflüsse vorantreiben.

Ab dem Schuljahr 1950/51 sollte das Fach Gegenwartskunde bzw. ab 1957 Staatsbürgerkunde für ideologische „Klarheit“ sorgen.⁷⁵² In dem gesellschaftspolitischen Unterrichtsfach wurden die Entstehung der (noch) relativ bürgerlich-demokratischen Verfassung⁷⁵³ erörtert, die Schüler über ihre Rechte und Pflichten aufgeklärt und die wirtschaftlichen Veränderungen nach der erfolgreichen „Niederschlagung des Faschismus“ oder der „nationalen Befreiungskampf“ in Westdeutschland behandelt.⁷⁵⁴ Die Vergabe von Verhaltensnoten (Kopfnoten) in Betragen, Fleiß, Mitarbeit und

746 Ebd., S. 60.

747 Vgl. Schroeder, Klaus 2013, S. 741.

748 Ulbricht, Walter 1952, S. 124.

749 Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Beschluß des Politbüros vom 5. Juli 1955, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1956, S. 337.

750 Ebd., S. 338.

751 Ebd., S. 340.

752 Vgl. Bunke, Florian 2005, S. 17.

753 Vgl. Jesse, Eckhard 2011 (b), S. 108.

754 Vgl. Krause, Heinz 1954, S. 3.

Ordnung sollte ab 1961 für mehr Disziplin in den Klassenräumen sorgen.⁷⁵⁵ Nicht nur innerhalb des regulären Schulbetriebes kam es zur Abgrenzung gegenüber „sozialismusfremden“ Auffassungen. Das Volksbildungsministerium begründete die Abschaffung alternativer Bildungs- und Freizeitangebote damit, die Schüler außerhalb des Unterrichts nicht überlasten zu wollen.⁷⁵⁶

Das Ministerium wies an, Schulräume nur begrenzt in den „Eckstunden“ außerhalb des Lehrplans für die Christenlehre oder den Konfirmandenunterricht bereitzustellen. Zwischen der letzten Unterrichtseinheit und dem Beginn des Religionsunterrichts mussten mindestens zwei Stunden liegen, mit Ausnahme von Versammlungen der Pionierorganisationen. Religionslehrer durften das Schulgebäude nur mit einer Lizenz von der Schulleitung betreten, Angehörige der Jungen Gemeinde, Pfarrer, Dozenten und gläubige Lehrer sahen sich täglich Diskriminierung und Schikanen ausgesetzt. Im schlimmsten Fall entließ sie die Schulleitung aus ihrem Arbeitsverhältnis oder die Volkspolizei verhaftete sie wegen Falschauslegung christlicher Lehren.⁷⁵⁷ Parallel zur Säuberung und der Verankerung von parteipolitischen Leitlinien im Schulwesen begann die staatlich gelenkte Planwirtschaft.⁷⁵⁸

Mit dem ersten Fünfjahresplan (1951 bis 1955) erstrebte die SED eine Verdopplung der Industrieproduktion, eine Steigerung der Arbeitsproduktivität bzw. eine Effizienzerhöhung innerhalb der Produktionsverhältnisse.⁷⁵⁹ Da die DDR nach Walter Ulbricht „eine große Anzahl neuer qualifizierter Arbeiter, Techniker, Ingenieure und anderer Spezialisten“⁷⁶⁰ brauchte, kodifizierte das Gesetz über den Fünfjahresplan von 1951 die umfassende Förderung der Jugend „zur Qualifikation sowie zur aktiven Mitarbeit“⁷⁶¹. Um auf künftig zu erwartende ökonomische Anforderungen im Bereich des Fachkräftebedarfs vorbereitet zu sein, entstanden in der

755 Vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2014, S. 241 f.

756 Vgl. Nooke, Maria/Henning Schluß 2011, S. 4.

757 Vgl. ebd., S. 4 f.; vgl. Dähn, Horst 1998, S. 36 u. 39 f.; vgl. Thöns, Kerstin 1999, S. 78; vgl. Geißler, Gert 2015, S. 11 f.

758 Nach dem ersten ökonomischen Zweijahresplan 1949/50 wurden in der Regel Fünfjahrespläne von der SED verabschiedet. Vgl. Anweiler, Oskar 1988, S. 41 f.

759 Vgl. Lehmann, Hans Georg 2000, S. 104 f.

760 Ulbricht, Walter 1951, S. 50.

761 Gesetz über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (1951-1955) vom 1. November 1951, in: Lindemann, Hans 1955, § 21, Abs. 10.

zweiten Hälfte der 1950er Jahre Zehnklassenschulen mit polytechnischer Ausrichtung.⁷⁶² Sozialistische Erziehung Ende der 1950er Jahre bedeutete aus Sicht der Staatsführung die „allseitige Entwicklung der Persönlichkeit, Erziehung zur Solidarität und kollektivem Handeln, Erziehung zu kämpferischer Aktivität, Vermittlung einer hohen theoretischen und musischen Allgemeinbildung, Entfaltung aller geistigen und körperlichen Fähigkeiten, das heißt: [eine] Bildung des sozialistischen Bewußtseins zum Wohle des Volkes und der Nation.“⁷⁶³

Mit der Schulreform von 1959 wurde die zehnklassige allgemeinbildende Polytechnische Oberschule zur Pflichtschule erklärt und die allgemeine Schulpflicht galt nun bis zur zehnten Klasse. Allerdings konnte kein Bezirk der DDR bis 1961 die geplanten Schülerzahlen für die zehnklassige Ausbildung vorweisen. Viele Eltern sahen ihre Kinder lieber in festen Arbeitsverhältnissen als hinter der Schulbank.⁷⁶⁴ Erst nach 1966 wurde die zehnklassige Schulpflicht voll realisiert. Auch in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre mussten andersdenkende Lehrkräfte unter Verweis auf bestehende Bildungsgesetze und Lehrpläne den Lehrbetrieb verlassen und im Verlauf des zweiten Fünfjahresplanes (1956 bis 1960) erhielt der polytechnische Unterricht mehr Raum. Er sollte die Schüler auf die Arbeitswelt vorbereiten.⁷⁶⁵ Laut dem Beschluss des V. Parteitages von 1958 mussten alle Schüler „so ausgebildet und erzogen werden, daß sie den vielfältigen Anforderungen des Lebens von morgen in der sozialistischen Gesellschaft gerecht werden“. Da sie die Arbeit zu ihrem „Lebensbedürfnis“⁷⁶⁶ machen

762 Vgl. Köhler, Helmut/Manfred Stock 2004, S. 21; vgl. Menzel, Rebecca 2011, S. 28.

763 Über den Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat. Beschluß des V. Parteitages (10. bis 16. Juli 1958), angenommen am 15. Juli 1958, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1961, S. 295.

764 Vgl. Bericht Nr. 270/61 über einige Probleme der Volksbildung, speziell zur Lage unter den Lehrern nach Veröffentlichung des Kommuniqués des Politbüros der SED und in Vorbereitung des VI. Pädagogischen Kongresses vom 1. Juni 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 418, Bl. 1-29.

765 Vgl. Wittig, Horst E. 1962, S. 27 f.; vgl. Rytlewski, Ralf/Manfred Opp de Hipt 1987, S. 155; vgl. Schroeder, Klaus 2013, S. 742.

766 Über den Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat. Beschluß des V. Parteitages (10. bis 16. Juli 1958), angenommen am 15. Juli 1958, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1961, S. 295.

sollten, galt es Theorie und Praxis im Schulwesen besser miteinander zu verbinden.⁷⁶⁷

In der Folge orientierte sich insbesondere die schulische Berufsberatung am volkswirtschaftlichen Bedarf. Der Gesetzgeber wies 1956 an, Jugendliche so zu beraten und anzuwerben, „daß jede Position des Planes der Berufsausbildung erfüllt wird“⁷⁶⁸. Mit dem polytechnischen Bildungskonzept verfolgte die SED das Ziel einer „planmäßige[n] Ausbildung von Facharbeitern aus den Reihen der Absolventen der Grund-, Mittel- und Oberschulen“⁷⁶⁹. Für das Jahr 1956 sollten rund 179.000 Jugendliche vorwiegend in Ausbildungsberufe des Bergbaus, der Metallurgie und der Energie- oder Landwirtschaft vermittelt werden. Die mehr als 70.000 jungen Menschen, die für eine Berufsausbildung unqualifiziert schienen, mussten gemäß den staatlichen Vorgaben direkt eine Arbeitsstelle antreten.⁷⁷⁰ Mit der Konzentration auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaft war der berufliche Werdegang von schätzungsweise 80 Prozent der mehr als 322.000 Schulabgänger des Jahres 1956 vor ihrem Schulabschluss so gut wie festgeschrieben.⁷⁷¹

Ende der 1950er Jahre kam es im Zuge des polytechnischen Kurses in der Bildungspolitik zur Einführung neuer Schulfächer, die nach dem neuen Schulgesetz von 1959 den Unterricht „mit gesellschaftlich-nützlicher Tätigkeit bzw. produktiver Arbeit“⁷⁷² verbanden. Das Parteiprogramm der SED von 1963 erläuterte, diese „Verbindung mit dem Leben, vor allem mit der gesellschaftlich nützlichen Arbeit“, diene dazu, „der Jugend alle Wege zur Meisterung der Wissenschaft und Technik zu ebnen“⁷⁷³ sowie „ihre Wißbegierde und ihren Forscherdrang zu wecken“⁷⁷⁴. Von 1958/59

767 Vgl. ebd., S. 294 f.

768 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1956 (a), § 1.

769 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1956 (b), S. 138.

770 Vgl. ebd.

771 Vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) 1957, S. 113.

772 Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik vom 2. Dezember 1959, in: Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.) 1966, § 4, Abs. 1.

773 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschluß des VI. Parteitages (15. bis 21. Januar 1963), angenommen am 18. Januar 1963, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1965, S. 250.

774 Ebd., S. 251.

an sollten Fächer wie Werkunterricht,⁷⁷⁵ Schulgarten, Einführung in die sozialistische Produktion in Industrie und Landwirtschaft (ESP), Technisches Zeichnen und insbesondere der wöchentlich stattfindende Unterrichtstag in der sozialistischen Produktion (UTP) – ab 1970 Produktive Arbeit (PA) – Schüler „mit der Entwicklung der neuen Technologie und Arbeitsorganisationen in den Industrie- und Wirtschaftszweigen“⁷⁷⁶ vertraut machen.

Den UTP gab es in den Klassen sieben bis zwölf. Er gliederte sich je nach industrieller oder landwirtschaftlicher Gattung in diverse Grundlehrgänge, etwa in Metallverarbeitung, Maschinenkunde, Elektrotechnik oder landwirtschaftliche Produktion.⁷⁷⁷ Mit dem Ausflug in die praktische Arbeitswelt der Industriebetriebe und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sollten die Schüler einerseits „die Liebe zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen“⁷⁷⁸ internalisieren, andererseits versprach sich die SED davon, den ökonomischen Nachwuchsbedarf zu decken und positive Bilanzen bei der Gesamtarbeitsproduktivität zu erreichen. Ganz nach der Losung: „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben.“⁷⁷⁹ Die Schule hatte, wie Eltern und alle staatlichen Organe, gemäß dem Schulgesetz von 1959 die Aufgabe, „die Jugend auf das Leben und die Arbeit im Sozialismus vorzubereiten, sie zu allseitig polytechnisch gebildeten Menschen zu erziehen“⁷⁸⁰.

In Vorbereitung des VI. Pädagogischen Kongresses konzipierte das Politbüro 1961 eine Diskussionsgrundlage über die Weiterentwicklung der

775 Der Werkunterricht wurde als erstes polytechnisches Fach 1956 eingeführt. Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1956 (b), S. 138.

776 Verbesserung und weitere Entwicklung des polytechnischen Unterrichts an den Oberschulen. Beschluß des Politbüros des ZK vom 17. Mai 1960, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1962, S. 143.

777 Vgl. Anweiler, Oskar 1988, S. 66; vgl. Neuner, Gerhart 1997, S. 267.

778 Verbesserung und weitere Entwicklung des polytechnischen Unterrichts an den Oberschulen. Beschluß des Politbüros des ZK vom 17. Mai 1960, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1962, S. 148.

779 Die neue Lage und die Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Vorbereitung der III. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands). Beschluß des Zentralkomitees vom 27. Oktober 1955 (25. Tagung), in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1956, S. 480.

780 Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik vom 2. Dezember 1959, in: Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.) 1966, § 3, Abs. 1.

(Schul-)Pädagogik. Demnach trage die bisherige Bildungspolitik zwar Früchte und es habe sich bei Schülern eine Verbesserung des Lerneifers und der „Liebe“ zur Arbeit eingestellt, Defizite allerdings gebe es beim Fremdsprachen- und gesellschaftspolitischen Unterricht. Besonders in den oberen Klassenstufen käme es oft zu ideologischen Konflikten, z. B. im Fach Geschichte.⁷⁸¹ Trotz dieser Mängel würdigte Walter Ulbricht auf einer Sitzung des Politbüros im Januar 1960 „die fortschrittlichen Kräfte im Schulwesen“⁷⁸². Seiner Meinung nach führte die Bildungspolitik ohnehin bald den „Hauptkampf mit Westdeutschland auf ökonomischem Gebiet“⁷⁸³. Er glaubte, Arbeitskollektive junger Menschen würden die „sozialistische Bewußtseinsbildung“ fördern und die Brigaden bei der Verwirklichung der „Gesetze der sozialistischen Moral“⁷⁸⁴ helfen. Im ersten Jugendkommuniqué der SED „zu Problemen der Jugend“ lautete einer der Grundsätze, der „neue sozialistische Mensch“ entstünde vor allem in „Brigaden und Arbeitsgemeinschaften der sozialistischen Arbeit“⁷⁸⁵. Insgesamt versprach das Kommuniqué vom Februar 1961 der Jugend mehr Anreize zur „sinnvollen“ Freizeitgestaltung sowie zur politischen Mitbestimmung in den Betrieben und mehr Pragmatik bei der politischen Erziehung, da diese „oft lehrbuchmäßig“⁷⁸⁶ ausfiel.

Ein halbes Jahr nach dem Jugendkommuniqué erschütterte der Mauerbau vom August 1961 die Jugend. Die Drohung der SED vom I. Parteitag im April 1946, zu „revolutionären Mitteln [zu] greifen“, wenn „die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt“⁷⁸⁷, wurde 1961 Reali-

781 Vgl. Für die Verbesserung des Lernens und der sozialistischen Erziehung. Diskussionsgrundlage zur Vorbereitung des VI. Pädagogischen Kongresses. Protokoll Nr. 6 auf der Sitzung des Politbüros vom 7. Februar 1961, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/748, Bl. 14 u. 21.

782 Stichwort-Protokoll der Beratung des Politbüros am 4. Januar 1961 über „Die gegenwärtige Lage und die Hauptaufgaben 1961“. Rede von Walter Ulbricht. Protokoll Nr. 2 auf der Sitzung des Politbüros vom 10. Januar 1961, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/744, Bl. 21.

783 Ebd., Bl. 23.

784 Ebd., Bl. 16.

785 Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees zu Problemen der Jugend vom 7. Februar 1961, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1962, S. 370.

786 Ebd., S. 371.

787 Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschluß des Vereinigungsparteitages vom 21. April 1946, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952, S. 9.

tät. Der ideologischen Abgrenzung zu Westdeutschland im Schulwesen folgte die symbolische Trennung zweier Weltsysteme. So wie die CDU das polytechnische Bildungssystem der DDR Mitte der 1970er Jahre mit dem des Nationalsozialismus verglich,⁷⁸⁸ so unterstellte Walter Ulbricht Anfang der 1960er Jahre der Bonner Regierung faschistische Tendenzen bei dem „Versuch, die Deutsche Demokratische Republik aufzurollen“. „Es gibt ja schließlich noch genug Leute, die sich noch genau daran erinnern, wie Hitler seinen Überfall auf die Tschechoslowakei und dann auf Polen vorbereitet hat.“⁷⁸⁹ Im Oktober 1961 verkündete die SED, den „Militaristen und Revanchisten einen wirksamen Schlag versetzt“ und die „Gemüter in Bewegung gebracht“⁷⁹⁰ zu haben. Sie warnte vor „jede[r] kriegerische[n] Provokation gegen die Grenzen“. Die ostdeutsche Gesellschaft stünde fest „geschart um die Partei [...] und die Führung des Staates“⁷⁹¹.

Tatsächlich setzte in der DDR, entgegen den Erwartungen westlicher Staaten, rasch eine Normalisierung des Lebens ein.⁷⁹² Große Teile der Bevölkerung akzeptierten die zementierte Abgrenzung zu Westdeutschland und nahmen an, wie Jeanette Madarász es beschreibt, „das Leben in der DDR [sei] ‚normal‘“. Spätestens 1961 begann gewissermaßen eine „Veralltäglichsung der Diktatur“⁷⁹³, nicht zuletzt deshalb, weil die Flüchtlingsströme versiegteten. Von 1950 bis 1961 hatten rund 2,5 Millionen Menschen die DDR verlassen,⁷⁹⁴ darunter jedoch wenige aus politischen Gründen und viele unter 25-Jährige.⁷⁹⁵ Im Jahr 1955 betrug der Anteil Jugendlicher an „Republikflüchtigen“ etwa 40 Prozent. Wahrscheinlich war dies mit auf die aggressiven Werbeversuche der FDJ für die Kasernierte Volkspolizei

788 Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.) o. J., S. 9.

789 Ulbricht, Walter 1961: Die Maßnahmen unserer Regierung haben den Frieden in Europa und in der Welt gerettet. Aus der Ansprache im Deutschen Fernsehfunk vom 18. August, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1968, S. 255.

790 Was lehren die letzten Monate? Wie geht es weiter? Der 13. August und die Lage in Deutschland. Stellungnahme des Zentralkomitees vom 4. Oktober 1961, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1962, S. 455.

791 Ebd., S. 457.

792 Vgl. Mahrad, Christa 1977, S. 208.

793 Madarász, Jeanette 2003, S. 966.

794 Vgl. Seebacher-Brandt, Brigitte 1992, S. 26.

795 Vgl. Thöns, Kerstin 1999, S. 792; vgl. Ohse, Marc-Dietrich 2003, S. 28.

zurückzuführen.⁷⁹⁶ Gemäß Christa Mahrad setzte in der DDR nach 1961 „eine neue Periode [ein], die des umfassenden Aufbaus des Sozialismus“⁷⁹⁷.

Auf die Jugendpolitik übertragen, führte die Konsolidierung des politischen Systems in der ersten Hälfte der 1960er Jahre zu einer relativ liberalen Phase. Nachdem Walter Ulbricht im Sommer 1963 verkündet hatte, „das Ergebnis der Bildung und Erziehung [könne] nur daran gemessen werden, wie sich die jungen Menschen künftig als qualifizierte Facharbeiter, Meister, Techniker, Ingenieure und wissenschaftliche Fachkräfte bewähren“⁷⁹⁸, galt es im Bildungswesen, das Niveau des Fremdsprachenunterrichts und der Naturwissenschaften zu heben sowie jeden Schüler „mit den volkswirtschaftlich wichtigen Berufen bekannt zu machen“⁷⁹⁹. Der Jugendverband erhielt 1963 die Aufgabe, „unter der Jugend die marxistisch-leninistische Bildungsarbeit“ zu verstärken und „jedem Mädchen und jedem Jungen zu helfen, seine Persönlichkeit zu entfalten [...] und ihr Bewußtsein als Gestalter des sozialistischen Deutschlands zu vertiefen“⁸⁰⁰. FDJ-Mitglieder und Funktionäre wurden angehalten, die Sorgen der Jugend kühner vor den Massenorganisationen und Parteileitungen zu vertreten.

3.1.3 Funktionen der FDJ

Noch etwa 20 Jahre zuvor konnte die KPD in der SBZ, wegen der politischen Verfolgung im Nationalsozialismus, der Zersplitterung des Widerstands in den 1930er Jahren und der Fluchtbewegung aus dem Dritten Reich, kaum auf geeignete Jugendleiter aus ihren Reihen zurückgreifen. In der Folge kam es zunächst zur Gründung von Jugendausschüssen, um mit mehr Zeit nötige Personalfragen zu klären. Auf diese Weise wurden andersdenkende politische und kirchliche Kräfte im Vorfeld der bald mono-

796 Vgl. Skyba, Peter 2015, S. 279.

797 Mahrad, Christa 1977, S. 208.

798 Ulbricht, Walter 1963, S. 119.

799 Der Jugend Vertrauen und Verantwortung. Communiqué des Politbüros des Zentralkomitees. Beschluß des Politbüros des ZK vom 17. September 1963, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1965, S. 693. Hervorhebung im Original.

800 Ebd., S. 705.

polistischen Jugendarbeit ausgeschaltet.⁸⁰¹ Nachdem die sowjetische Militärverwaltung am 7. März 1946 dem Antrag des Zentralen Jugendausschusses zum Aufbau einer einheitlichen Jugendorganisation zugestimmt hatte, erfolgte am selben Tag die Gründung der FDJ. Durch das Verbot weiterer Jugendvereine erhielt der Verband eine Monopolstellung und entwickelte sich in den 1950er Jahren zur Parteireserve der SED.⁸⁰² Die kommunistische Führung in der SBZ entschied sich bewusst für die Konstituierung von nur einer jugendlichen Interessenvertretung. Walter Ulbricht betonte 1945, wie wichtig die Gründung von Jugendausschüssen sei, da die deutsche Jugend „nichts anderes gehört [habe] als den Ungeist der Nazipropaganda“. Die politische Führung hätte auf die Schaffung eines ausschließlich kommunistischen Jugendverbandes verzichtet, damit eine „einheitlich freie Jugendbewegung“⁸⁰³ – unter Führung von antifaschistischen Jugendlichen – entstehen könne.

Mitbegründer der Organisation, wie Paul Verner und Erich Honecker, argumentierten 1946 ähnlich: Mit der Gründung von nur einer überparteilichen „demokratischen“ Jugendorganisation ließen sich alle sozialen Milieus besser erfassen, Spaltungen in katholische, liberale oder sozialistische Lager verhindern und einer möglichen Zerschlagung von vielen selbstständigen demokratischen Jugendbewegungen wie im Nationalsozialismus werde vorgebeugt.⁸⁰⁴ Die beiden Vorsitzenden der SED, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, begrüßten, obwohl die FDJ überparteilich agieren wollte, 1946 die „Regsamkeit der Jugend am friedlichen Werk des Wiederaufbaus“ innerhalb des Verbandes. Beide lehnten es offiziell ab, die Jugend „für die Barbarei des Nazismus“⁸⁰⁵ in die Verantwortung zu neh-

801 Vgl. Tischner, Wolfgang 2001, S. 325 f.

802 Vgl. Mahrada, Christa 1977, S. 199 f.; vgl. Mählert, Ulrich 1995 (a), S. 93; vgl. Walter, Michael 1997, S. 33 u. 39.

803 Vgl. Ulbricht, Walter 1945: Das Programm der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Aus der Rede auf der 1. Funktionärskonferenz der KPD Groß-Berlins vom 25. Juni, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1968, S. 26.

804 Vgl. Honecker, Erich 1946: Jugend und Sozialismus, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1977, S. 32 f.; vgl. Bericht von Paul Verner über die Jugendarbeit der Partei auf dem XV. Parteitag der KPD am 19. und 20. April 1946 in Berlin, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.) 1986, S. 261.

805 Die SED begrüßt das Jugendparlament vom 8. Juni 1946, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952, S. 47.

men. Walter Ulbricht führte dazu im Juni 1945 aus, selbst manche Mitglieder der Hitlerjugend hätten sich in den letzten Kriegsjahren in die Opposition begeben.⁸⁰⁶

Für die SED war es wichtig, die junge Generation ideologisch zu vereinnahmen, anstatt sie pauschal zu verurteilen. Ende der 1940er Jahre kursierten überall Losungen wie „SED und Jugend gehören zusammen!“⁸⁰⁷, „Werktätige Jugend! Deine Partei ist die SED“ oder „Lernen, lernen und nochmals lernen – das ist die Aufgabe der Jugend“⁸⁰⁸. Das Programm des (noch) unabhängigen Jugendverbandes wurde im Juni 1946 vor dem I. Parlament in Havel (Brandenburg) verkündet. Die FDJ erläuterte in ihren Grundsätzen und Zielen, die Jugend „für die großen Ideale der Freiheit, des Humanismus, einer kämpferischen Demokratie, des Völkerfriedens und der Völkerfreundschaft“⁸⁰⁹ gewinnen zu wollen. Deshalb durften alle Jungen und Mädchen ab dem 14. Lebensjahr, ungeachtet ihrer Herkunft, sozialen Stellung oder Religion, aktiv am Aufbau des neuen „demokratischen“ Deutschlands mitwirken,⁸¹⁰ ausgenommen ehemals besoldete Anführer nationalsozialistischer Jugendgruppen.⁸¹¹ Erich Honecker erklärte vor dem I. Parlament: „Wir haben den Beweis erbracht, daß an einer solchen überparteilichen demokratischen Organisation alle positiven Kräfte mitarbeiten können. [...] Daher haben wir im Interesse der weiteren Entwicklung auch die Verpflichtung, den überparteilichen Charakter unserer Organisation wie unseren eigenen Augapfel zu hüten.“⁸¹²

806 Vgl. Ulbricht, Walter 1945: Das Programm der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Aus der Rede auf der 1. Funktionärskonferenz der KPD Groß-Berlins vom 25. Juni, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1968, S. 26.

807 ND vom 3. Oktober 1948, S. 2.

808 Plan zur Vorbereitung und Durchführung der Woche der Jugend. Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 102 (II) der Sitzung des Zentralsekretariats vom 16. August 1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.1/223, Bl. 9.

809 Grundsätze und Ziele der Freien Deutschen Jugend, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960, S. 48.

810 Vgl. Statuten der Freien Deutschen Jugend, in: ebd., S. 49; vgl. Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Arbeitsgruppe Geschichte der Arbeiterjugend und FDJ (Hrsg.) 1961, S. 7.

811 Das betraf Führer der Hitlerjugend, des Jungvolks bzw. des Bundes Deutscher Mädel und Jungmädel-Führerinnen.

812 Honecker, Erich 1946: Die Freie Deutsche Jugend und die Grundrechte der jungen Generation. Referat auf dem I. Parlament der Freien Deutschen Jugend, Brandenburg an der Havel, vom 8. bis 10. Juni 1946, vom 8. Juni, in: Zentralrat

Da sich die FDJ von 1946 an als Interessenvertretung der Jugend präsentierte, war es der „überparteilichen, einigen, demokratischen Jugendorganisation“⁸¹³ ein Anliegen, in ihren Statuten „die Grundrechte der jungen Generation“⁸¹⁴ zu verankern. Im Namen aller Jugendlichen erhob sie „Anspruch auf vier Rechte, die zu gewähren Pflicht aller demokratischen Organe“⁸¹⁵ sei: politische Rechte (das direkte und indirekte Wahlrecht und die Bekleidung öffentlicher Ämter durch Jugendliche), das Recht auf Arbeit und Erholung (bezahlte Urlaubstage und der Bau von Jugenderholungszentren), das Recht auf Bildung (kostenfreier Besuch aller Schulen und Universitäten, mehr Stipendien) und das Recht auf Freude und Frohsinn (Fahrpreisermäßigungen, vergünstigter Eintritt in Theater und Museen).⁸¹⁶ Während der Tagung des I. Parlaments 1946 erhob die Verbandsführung eher allgemein gehaltene Forderungen in der Jugendpolitik, als „klassenbewusste“ sozialistische Ziele anzustreben.⁸¹⁷

Ein Jahr später erfolgte mit dem II. Parlament im Sommer 1947 die Uniformierung der FDJler. Ein blaues Hemd mit einer aufgehenden Sonne symbolisierte den Aufbruch in eine neue Zeit.⁸¹⁸ Vermutlich sollte die Einheitskleidung das Gemeinschaftsgefühl der jungen Generation nach außen hin demonstrieren und (noch) Außenstehende jedenfalls optisch stigmatisieren. Für die SED nahm die FDJ innenpolitisch eine wichtige Stellung ein, trat der Verband doch in den späten 1940er Jahren „nicht nur für die Einheit Deutschlands, sondern auch für *die* Art der sozialen und ökonomischen Struktur“⁸¹⁹ in der SBZ ein. Außenpolitisch genoss die Jugendorganisation zwar ab März 1948 mit der Aufnahme in den Weltbund der Demokratischen Jugend internationale Reputation, mit der politischen Bil-

der Freien Deutschen Jugend. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1977, S. 45.

813 Gründungsbeschluss der FDJ, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960, S. 45.

814 Statuten der Freien Deutschen Jugend, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960, S. 49. Hervorhebung im Original.

815 Die Grundrechte der jungen Generation, in: ebd., S. 55.

816 Vgl. Herz, Hanns-Peter 1957, S. 15.

817 Vgl. Gotschlich, Helga 1996, S. 68 f.; vgl. Walter, Michael 1997, S. 33.

818 Vgl. ebd., S. 33; vgl. Mahrad, Christa 1977, S. 201.

819 Schriftlich vorgelegter Bericht des Parteivorstandes an den II. Parteitag der SED vom 20. bis 24. September 1947 in Berlin, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.) 1986, S. 303. Hervorhebung im Original.

dungsarbeit aber zeigte sich die SED im selben Jahr unzufrieden. Es werde „der Kampf für die ideologische Gewinnung der Jugend ungenügend geführt“⁸²⁰.

Von 1948 an sollten Schulungsprogramme – mit wöchentlich drei Pflichtstunden – zur politisch „korrekten“ Erziehung der Mitglieder beitragen. Die Einheitspartei beschloss, die ideologische Indoktrination zu verstärken, und unterstützte vor allem den Aufbau regionaler FDJ-Gruppen.⁸²¹ Im Mai 1949 begann das Politbüro damit, der FDJ zu diktieren, welche Kernthemen das nächste Parlament im Juni beschäftigen sollten, z. B. der „Kampf der jungen Generation um die Einheit Deutschlands“⁸²². Das III. Parlament akzeptierte im Juni 1949 als erste Massenorganisation die uneingeschränkte Führungsrolle der SED und behauptete, die Grundrechte der jungen Generation seien so gut wie realisiert.⁸²³ Die im Juni 1949 beschlossene Verfassung – in 78 Artikeln ordnete sich der Verband den politischen Zielen der SED unter – verpflichtete die Jugendlichen dazu, in den Massenorganisationen mitzuwirken und die SED zu unterstützen.⁸²⁴ Die Parteiführung honorierte die „großen Erfolge in der Jugendarbeit“⁸²⁵.

Die FDJ sollte bald weitreichende Kompetenzen im Bereich Jugendfragen erhalten und wichtige Ämter in den Verwaltungen besetzen.⁸²⁶ Wenige Tage nach Staatsgründung der DDR veröffentlichte sie in ihrer Tageszeitung, Junge Welt, das „Gelöbnis der deutschen Jugend“. Darin schwor sie dem Arbeiter-und-Bauern-Staat bedingungslose Treue und verkündete stellvertretend für alle Mitglieder: „Wir wollen Baumeister sein an unse-

820 Die Jugend in der Partei. Entschließung des Parteivorstandes vom 21. Oktober 1948, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952, S. 146.

821 Vgl. Walter, Michael 1997, S. 39 f.

822 Die nächsten Aufgaben der Massenarbeit unter der Jugend. Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 22 auf der Sitzung des Politbüros vom 10. Mai 1949, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2/22, Bl. 10.

823 Vgl. Jahnke, Karl Heinz u. a. 1978, S. 59; vgl. Eckert, Rainer 1995, S. 1256.

824 Vgl. Herz, Hanns-Peter 1957, S. 23.

825 Helft der Jugend! Offener Brief der Genossen Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl an die Partei vom 29. Juni 1949, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1958, S. 254.

826 Vgl. Anordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der DDR vom 25. Mai 1950. Anlage Nr. 7 auf der Sitzung der Provisorischen Regierung der DDR vom 25. Mai 1950, in: BArch, DC 20/1/3/18, Bl. 15.

rem Haus der friedlichen Arbeit und der kämpferischen Humanität.“⁸²⁷ Zum Marxismus-Leninismus bekannte sich der Verband Anfang der 1950er Jahre,⁸²⁸ zur Zeit des ersten Jugendgesetzes, das im Februar 1950 kodifizierte: „Die demokratische Jugendorganisation ist berechtigt, ihre Initiative in allen Fragen, die die Lage der Jugend [...] sowie den Kampf gegen Bürokratismus, Sabotage und Mängel in der Arbeit betreffen, ungehindert und überall zu entfalten.“⁸²⁹

Von 1950 an setzte die FDJ bei der politischen Erziehung ihrer Mitglieder auf attraktive Freizeitangebote, einerseits um neue Mitglieder zu werben, andererseits um Heranwachsenden, gemäß dem Jugendgesetz, „große Möglichkeiten zur Freude und Erholung zu geben“⁸³⁰. Bei der Verwirklichung des Grundrechts auf Freude und Frohsinn übernahmen Sport und Wandern Schlüsselfunktionen. Die SED hatte 1948 beschlossen, „dem Jugendsport und Jugendwandern der FDJ“ müsse „jegliche ideelle und materielle Hilfe [...] gegeben werden“⁸³¹. Denn diese Freizeitaktivitäten trugen im Wortlaut des Beschlusses „Freie Bahn unserer Jugend“ vom Januar 1950 „zur Erziehung einer körperlich und geistig gesunden Generation“ bei. Durch die Einführung kleiner Olympiaden und Sportabzeichen, z. B. „Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens“⁸³² (ab 1950) oder „Meister des Sports“⁸³³ (ab etwa 1952), versprach sich die SED mehr Sympathien.

(Wehr-)Sport erfüllte nicht nur im Freizeitbereich politische Funktionen. Mit Beginn der 1950er Jahre sah der schulische Sportunterricht für Fünft- bis Achtklässler militärraffine Übungen vor, darunter Hindernisläufe, Orientierungsmärsche mit Gepäck oder Keulenweitwurf. Ende der 1950er Jahre durften Schulen und Freizeiteinrichtungen die Benutzung

827 JW vom 12. Oktober 1949, S. 2.

828 Vgl. Walter, Michael 1997, S. 40; vgl. Weber, Hermann 1997, S. 60.

829 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950 (b), § 2.

830 Ebd., S. 98.

831 Zur Jugendarbeit in der Partei. Entschließung des Parteivorstandes vom 15. April 1948, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1958, S. 11.

832 Freie Bahn unserer Jugend! Beschluß des Politbüros vom 17. Januar 1950, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1950, S. 438.

833 Beschluß über die Verleihung des Titels „Meister des Sportes“ an hervorragende Sportler. Anlage Nr. 26 auf der Sitzung der Regierung der DDR vom 19. Dezember 1952, in: BArch, DC 20/I/3/162, Bl. 22.

von Luftgewehren anbieten.⁸³⁴ Zu Beginn dieses Jahrzehnts erhöhte sich für Lehrlinge die Pflichtstundenzahl des Sportunterrichts um zwei Wochenstunden, da es zum Aufbau des Sozialismus „gesunde, frohe, kräftige, willensstarke und bewußte Facharbeiter“ brauche. Laut dem Beschluss über Körperkultur vom Dezember 1952 internalisiere die Jugend dadurch „Verantwortungsbewußtsein, kämpferische Entschlossenheit, Beharrlichkeit [und] bewußte Disziplin“⁸³⁵.

Im selben Jahr verpflichtete sich das Politbüro in seiner Sitzung am 19. Februar 1952 dazu, der FDJ stärker als bisher bei der politischen Erziehung zu helfen, weil diese in ungeahnter Geschwindigkeit großen Einfluss auf die gesamte Jugend nehme.⁸³⁶ Die SED versicherte der FDJ gegenüber, „die Hebung des ideologischen, kulturellen Niveaus und die organisatorische Festigung des Verbandes“⁸³⁷ zu unterstützen. Die Mitglieder müssten wachsam sein und „helfen, Feinde des Volkes, Saboteure, Spione, Schädlinge, Diversanten und sonstige Agenten des amerikanisch-englischen Imperialismus zu entlarven“⁸³⁸. Tatsächlich versprach die FDJ im Mai 1952, wie von der SED gefordert, „einen entschlossenen Kampf gegen alle Feinde des Volkes zu führen und die westlichen Spionage- und Sabotageagenturen aufzuspüren und zu liquidieren“. Sie garantierte, gemäß der Anweisung der Einheitspartei und wie im ersten Jugendgesetz fixiert, gegenüber der Polizei und dem MfS „allseitige Hilfe [...] bei der Entlarvung von Saboteuren, Spionen, Schädlingen und anderen Feinden des Volkes“⁸³⁹. Zeitgleich gab das Politbüro im Frühjahr 1952 sein Einverständnis zur Gründung der GST und des Dienstes für Deutschland. Die

834 Vgl. Geißler, Gert/Ulrich Wiegmann 1998, S. 364 f.

835 Beschluß der Regierung über die breite Entfaltung von Körperkultur und Sport unter der lernenden Jugend in den Berufsschulen und Lehrwerkstätten vom 19. Dezember 1952, in: Lindemann, Hans 1955, S. 593 u. 595.

836 Vgl. Die Aufgaben der Partei zur Förderung der Freien Deutschen Jugend. Anlage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 94 der Sitzung des Politbüros vom 19. Februar 1952, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2/194, Bl. 31 f.

837 Die Aufgaben der Partei zur Förderung der Freien Deutschen Jugend. Entschließung des Zentralkomitees vom 23. Februar 1952 (8. Tagung), in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952, S. 739.

838 Ebd., S. 744.

839 Die junge Generation im Kampf für Frieden, Einheit und ein besseres Leben. Aus der Entschließung des IV. Parlaments der Freien Deutschen Jugend, Pfingsten 1952 in Leipzig, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960, S. 422.

Hoheitsgewalt über die wehrpolitische Erziehung der 14- bis 25-Jährigen oblag fortan nicht mehr ausschließlich der FDJ.

Die GST erhielt die Aufgabe, weibliche und männliche Jugendliche durch Körperertüchtigung und militärische Disziplin z. B. in Kartenkunde, Amateurfunk, Schieß- oder Segelflugsport auf die Landesverteidigung vorzubereiten.⁸⁴⁰ Der Dienst für Deutschland konzentrierte sich auf die staatsbürgerliche und sportliche Erziehung von 17-Jährigen. Diese leisteten bei sechsmonatigen Aufenthalten in Jugendlagern freiwillig körperlich schwere Arbeitseinsätze auf militärischen Großbaustellen.⁸⁴¹ Rund 45.000 Jugendliche waren in den Arbeitslagern untergebracht und bekamen eine D-Mark Entlohnung pro Tag, etwa für den Bau des U-Boot-Hafens auf Rügen oder für die Errichtung von Kasernen in Mecklenburg. Die Zustände in den Lagern waren äußerst primitiv, als Matratzen dienten Strohsäcke, das Wasser kam direkt aus Brunnen und vielerorts fehlte es an einer funktionierenden Kanalisation. Besonders die jungen Frauen litten unter der Situation, weshalb sie – angeblich – wegen der sinkenden Moral im Oktober 1952 aus dem Dienst entlassen wurden. Zu Weihnachten 1952 verließen 28.000 der 30.000 verbliebenen Jugendlichen in Eigenverantwortung die Lager, weil ihnen der Urlaub verwehrt werden sollte. Der Dienst für Deutschland bestand aufgrund seiner Unwirtschaftlichkeit und der hygienischen Missstände in den Camps nur bis zum Januar 1953,⁸⁴² während die GST weiterexistierte.

Fast ein halbes Jahr nach der Auflösung des Dienstes für Deutschland gestand die FDJ im Mai 1953, in der Jungen Welt, „ernsthafte Fehler und Mängel“ bei der „Entwicklung der Körperkultur und des Sports“ ein: Viele leitende FDJ-Organen stünden der „allseitigen körperlichen Ertüchtigung der Jugend“ eher „gleichgültig und passiv gegenüber“, der „Kampf um den Erwerb des Sportsabzeichens ‚Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens‘“⁸⁴³ sei ungenügend organisiert, der außerschulische Sport spiele kaum eine Rolle und das sportliche Interesse der Arbeiter- und Landjugend werde oftmals vernachlässigt. Ähnlich krisengeplagt zeigte

840 Vgl. Strukturvorschlag für die „Gesellschaft für Sport und Technik“. Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 110 der Sitzung des Politbüros vom 6. Mai 1952, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2/210, Bl. 9 u. 12.

841 Vgl. BZ vom 25. Juli 1952, S. 2.

842 Vgl. Herz, Hanns-Peter 1957, S. 29; vgl. Buddrus, Michael 1994, S. 111 f., 159 f., 181 f. u. S. 120-126; vgl. Diedrich, Torsten 2013, S. 194.

843 JW vom 26. Mai 1953, S. 2.

sich die Basisarbeit mit den Mitgliedern. Ab dem IV. Parlament im Mai 1952 hatte der Verband intensiver auf die wehrerzieherische Ausbildung der Jugend gesetzt. Im Zuge der Stalinnoten bzw. der Westintegration der Bundesrepublik wurden für die FDJler „Schießzirkel“ mit Kleinkaliberge-
wehren eingerichtet und der Verband übernahm die Patenschaft für die Kasernierte Volkspolizei, der späteren NVA.⁸⁴⁴ Die SED versprach sich von dieser Patenschaft, junge Menschen aus seinen Reihen für den polizeilichen Dienst anwerben zu können.⁸⁴⁵

Da es Anfang der 1950er Jahre noch keine Wehrpflicht gab, sollte dieser monatlich zwischen 36.000 und 41.000 Jugendliche für den Wehr- bzw. Polizeidienst rekrutieren. Erste vormilitärische Ausbildungen für die FDJler folgten. Die Werbeversuche stießen mehrheitlich auf Ablehnung. Die Quoten für den Dienst bei der Polizei blieben unerreicht und die Methoden zur Anwerbung wurden brachialer. Wie Peter Skyba schildert, kam es zu Drohungen mit dem Verlust des Arbeitsplatzes und zur Anwendung regelrechter Zermürbungstaktiken.⁸⁴⁶ Dennoch warb die FDJ weiter. Westdeutschen Recherchen zufolge hegte die SED in den 1950er Jahren ohnehin den Plan, jedem FDJ-Mitglied Kenntnisse im Fallschirmspringen, Schießen, Segelflug, in Kartenkunde oder im Wasser- bzw. Motorsport zu vermitteln.⁸⁴⁷

Im Juli 1952 fasste die SED auf der II. Parteikonferenz den Beschluss, den Sozialismus in der DDR planmäßig aufzubauen. Eine deutsche Wiedervereinigung – dafür hatte sich die FDJ von 1946 an eingesetzt – stand nur zur Debatte, insofern es sich im Ergebnis um einen gesamtdeutschen sozialistischen Staat handelte.⁸⁴⁸ Innerhalb der Jugendpolitik sollte es bei der neuen Etappe in der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung eine Verbesserung durch die Unterstützung aller Parteiorganisationen geben. Neben der Erziehung zur Vaterlandsliebe war es laut dem Politbüro notwendig, der gesamten Generation ein „reiches kulturvolles und interessantes Jugendleben“ zu bieten, diene doch „die allseitige körperliche Er-

844 Vgl. Skyba, Peter 2015, S. 274.

845 Vgl. ebd.; vgl. Mählert, Ulrich 1995 (b), S. 1455.

846 Vgl. ebd., S. 274-276.

847 Vgl. Kabel, Rudolf 1966, S. 52 f.

848 Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha 2013 (a), S. 10.

tüchtigung der Jugend zur Erhöhung ihrer Gesundheit und ihrer Verteidigungsbereitschaft⁸⁴⁹.

Auf der III. Tagung des ZR im Dezember 1952 formulierte Walter Ulbricht die Aufgaben der FDJ detailliert. Nachdem er sie dafür gewürdigt hatte, ihre Verbandsarbeit kritisch geprüft zu haben, betonte er, die „gesamte ideologische und organisatorische Arbeit“ müsse verbessert werden, die Zeit der „Stoßkampagnen“⁸⁵⁰ sei nun vorüber. Ulbricht übertrug dem Verband folgende Aufgaben: die „Jugend im Geiste eines echten Patriotismus“ zu erziehen, sie mit der „allseitige[n] körperliche[n] Ertüchtigung“ auf die Anforderungen „zur Arbeit und zur Verteidigung der Heimat“ vorzubereiten, mehr Jugendliche aus allen sozialen Schichten anzusprechen, der Jugend insgesamt ein abwechslungsreiches Leben anzubieten und die „politische und organisatorische Festigung“⁸⁵¹ an der Basis voranzutreiben. Die FDJ übernahm jedoch nicht nur politische Verantwortung. Sie leistete vor allem im ökonomischen Sektor Aufbauhilfe mit der Einberufung von JB und mit der Durchsetzung der Arbeitsdisziplin zur volkswirtschaftlichen Planerfüllung unter Arbeitern.⁸⁵²

Deren Widerstand gegen Normerhöhung und politische Bevormundung endete im Juni 1953 in einem blutig niedergeschlagenen Volksaufstand. Nach dem 17. Juni verschärfte sich die Kritik an der Arbeit der Jugendorganisation. Das Politbüro erklärte im Dezember 1953, der Einfluss der Partei auf die Jugend habe „einen ernsten Rückschlag erlitten“, bisherige Beschlüsse der FDJ hätten ungenügend gegriffen und der Charakter des „faschistischen Putschversuches“⁸⁵³ werde von großen Teilen der jungen Generation verkannt. Viele von ihnen würden nicht begreifen, dass

849 Über die Verbesserung der Arbeit der FDJ. Beschluß des Politbüros vom 3. März 1953, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1954, S. 279.

850 Ulbricht, Walter 1952: Die nächsten Aufgaben der FDJ bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR vom 19. Dezember. Aus der Rede auf der 3. Tagung des Zentralrats der FDJ vom 19. bis 21. Dezember 1952, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1968, S. 113.

851 Ebd., S. 114.

852 Vgl. Die Aufgaben der Partei zur Förderung der Freien Deutschen Jugend. Entschließung des Zentralkomitees vom 23. Februar 1952 (8. Tagung), in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952, S. 739 f., 744 u. 746.

853 Beschluß über die Arbeit unter der Jugend. Anlage Nr. 10 zum Protokoll Nr. 82 der Sitzung des Politbüros vom 8. Dezember 1953, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/336, Bl. 143.

„Adenauer der Hitler von heute ist“, und die große Masse bliebe vom Jugendverband unberührt, weil sich dieser nur wenig mit den „Interessen, Sorgen und Nöten der Jugend“⁸⁵⁴ auseinandersetzen würde. Das Sekretariat wäre unfähig, Selbstkritik und Eigenreflektion zu üben, und viele Parteiorganisationen wären sich über die Bedeutung der Jugend und über die sozialistische Erziehung unklar, weshalb das Politbüro erneut anwies, alle Parteileitungen und Organisationen müssten die FDJ unterstützen.⁸⁵⁵

Doch auch der Wechsel des Vorsitzes von Erich Honecker zu Karl Namokel 1955 brachte nur wenig Verbesserungen. Weiterhin bemängelte die SED die politische Bildungsarbeit und die Distanz der regionalen Leitungen zu den FDJlern an der Basis. Da „die Parteimitglieder in den Ministerien und Verwaltungen, die Genossen Eltern und Erzieher, die Genossinnen und Genossen in den Massenorganisationen“, laut dem Beschluss „Der Jugend unser Herz und unsere Hilfe“ vom Januar 1956, „die systematische Entwicklung des sozialistischen Bewusstseins unserer Jugend“⁸⁵⁶ unterschätzten, mussten die eigenen Parteimitglieder erneut mobilisiert werden. Kader und Mitglieder unter 25 Jahren ohne ein Parteiamt sollten innerhalb der FDJ bei der politischen Erziehungsarbeit helfen und regelmäßig Bericht erstatten.⁸⁵⁷ Trotz aller Probleme mit der FDJ, besonders bei der Anwerbung für die Kasernierte Volkspolizei, innerhalb der politischen Bildungsarbeit und im Rahmen des Volksaufstandes, verzichtete das Politbüro 1956 auf deren Integration in andere Massenorganisationen.⁸⁵⁸

Die politische Führung hielt an dem Glauben fest, mit genügend ideologischer Indoktrination werde die Jugend automatisch enger mit der FDJ zusammenwachsen und den Zielen der SED uneingeschränkt folgen. Zur Verbesserung der Arbeit an der Basis erhielten die 1952 gebildeten betrieblichen Kontrollposten der FDJ im Januar 1956 – die Staatsmacht vermutete hinter fast jedem Arbeitsausfall Sabotageakte – das Recht zuge-

854 Ebd., Bl. 144.

855 Vgl. ebd., Bl. 143-146.

856 Der Jugend unser Herz und unsere Hilfe. Über die Verantwortung und die Aufgaben der Partei bei der sozialistischen Erziehung und Förderung der gesamten Jugend der Deutschen Demokratischen Republik. Beschluß des Politbüros des ZK vom 24. Januar 1956, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1958, S. 16.

857 Vgl. Walter, Michael 1997, S. 47 f.

858 Vgl. Arbeit unter der Jugend. Protokoll Nr. 4 auf der Sitzung des Politbüros vom 24. Januar 1956, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/458, Bl. 4.

sprochen, „ihre Initiative in allen Fragen, die die Lage der Jugend, die Verbesserung der Arbeit der Verwaltungen, Lehranstalten und aller anderen Organe sowie den Kampf gegen Bürokratismus, Sabotage und Mängel in der Arbeit betreffen, ungehindert und überall zu entfalten“. Die paranoide Regierung pries Denunziantentum als harmlose Schutzmaßnahme an. Belohnt wurden nicht nur aufmerksame Jugendliche in den Betrieben, sondern auch jene, die sich aus der Perspektive der Erziehungsfunktionäre „durch besondere gesellschaftliche und berufliche bzw. schulische Leistungen“⁸⁵⁹ ausgezeichnet hatten. Diese vorbildlichen FDJler konnten für die Mitarbeit in den Kommissionen der Bezirks- und Kreistage vorgeschlagen werden. Zwar deklarierte das Jugendgesetz von 1950, beim „Aufbau der Republik“ sei die gesamte Jugend miteinzubeziehen, in der Praxis aber galt es, lediglich „die besten Vertreter [...] mit verantwortlicher Arbeit in den staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen zu betrauen“⁸⁶⁰.

Im Februar 1956 richtete sich der Verband mit dem Aufruf „An Euch alle, die Ihr jung seid“ an Heranwachsende, die in Freizeittreffs der FDJ, wie Sportstätten, Tanzlokalen, Schauspielhäusern, Klubs und Jugendheimen, ihr Interesse an einer Mitgliedschaft bisher nur bekundeten: „Die FDJler, das sind solche Jungen und Mädchen, die die gleichen Interessen haben wie Du. Sie sind nur die entschiedensten Verfechter dieser Interessen.“⁸⁶¹ Gemäß Peter Skyba „reduzierte die FDJ erklärtermaßen ihren Erziehungsanspruch gegenüber den Mitgliedern“⁸⁶². Die Organisation versprach, die Wünsche und Interessen der Mitglieder stärker zu berücksichtigen, selbst bei der verpönten westlichen Jazzmusik. Sie plante in Wohngebieten Jugendausschüsse und -vereine zu schaffen, die sich der Freizeitgestaltung Jugendlicher annehmen sollten, fiel doch ihr Einfluss dort dürftig aus.

In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre gewann die volkswirtschaftliche Funktion der FDJ an Bedeutung. Im „Plan zur Förderung der Jugend“ vom Januar 1957 regelte der Ministerrat die Förderungsmodi der Arbeiterjugend, von Jugendlichen auf dem Dorf und in Wohngebieten sowie von Studenten und Schülern. Einzelne Politikressorts, wie das Ministerium für

859 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1956 (b), S. 137.

860 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950 (b), § 2.

861 An Euch alle, die Ihr jung seid! Beschluß des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend vom 4. Februar 1956, S. 121.

862 Skyba, Peter 2015, S. 279.

Gesundheitswesen oder das Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung, sollten die ökonomischen Initiativen der FDJ mit speziellen Maßnahmen – von Aufklärungsarbeit beim Gesundheitsschutz bis hin zur Bereitstellung von mehr Informationsmaterial zur Berufswahl – unterstützen, da es Hauptaufgabe aller Jugendlichen sei, „an der Seite der Arbeiterklasse, der werktätigen Bauern und der anderen werktätigen Schichten den Sozialismus aufzubauen“. ⁸⁶³ Der Ministerrat äußerte seine Überzeugung, „daß die Jugend unter Führung ihres Jugendverbandes [...] große und nützliche Taten vollbringen wird“ ⁸⁶⁴.

Neben der volkswirtschaftlichen Förderung erschien es angesichts der im Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU erfolgten Abrechnung mit dem Stalinismus durch Nikita S. Chruschtschow erforderlich, die politische Überzeugungsarbeit zu intensivieren. Viele Bürger trauten sich nun, die politischen Verhältnisse in der DDR zu kritisieren. Auf den Foren der FDJ stellten Jugendliche die Monopolstellung „ihrer“ Organisation in Frage. Nicht wenige erwarteten insbesondere wegen der Geschehnisse in Ungarn in der DDR den baldigen Sturz der Diktatur. Forderungen nach einer Auflösung der FDJ kamen besonders häufig von Studenten. Doch mit der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes erloschen die kritischen Stimmen. ⁸⁶⁵

Im Dezember 1956 diskutierten Funktionäre auf einer Sitzung der Jugendkommission des ZK über die künftige Gestaltung der FDJ. Da es dem Verband misslungen war, einerseits für eine breite Massenarbeit zu sorgen und sich andererseits um die politische Avantgarde aus den Reihen der Arbeiterjugend zu kümmern, schien die bisherige Organisationsform überholt. Es stand die Frage im Raum, ob sich die FDJ zu einer politischen Jugendkaderorganisation entwickeln oder weiter als Massenorganisation fungieren sollte. Obwohl nur wenige aktive und ehemalige Jugendfunktionäre den Status quo präferierten, blieb es dabei. ⁸⁶⁶ Gleichwohl der Anteil an jugendlichen Flüchtlingen aus der DDR von 31 Prozent (1956) auf 35 Prozent (1957) gestiegen war und in den Folgejahren konstant bei etwa 30 Prozent verharrte, ⁸⁶⁷ verfolgte die SED laut einem Beschluss vom September 1957 nach wie vor das Ziel, „die Jugend vom Sieg der sozialisti-

⁸⁶³ Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1957, S. 97.

⁸⁶⁴ Ebd., S. 98.

⁸⁶⁵ Vgl. Skyba, Peter 2015, S. 280 f.

⁸⁶⁶ Vgl. ebd., S. 270.

⁸⁶⁷ Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 29.

schen Gesellschaftsordnung über den Kapitalismus, von der sozialistischen Perspektive unserer Erziehung zu überzeugen“⁸⁶⁸.

Doch auch gegen Ende der 1950er Jahre – im Mai 1959 hatte der sächsische FDJ-Funktionär Horst Schumann Karl Namokel als Ersten Sekretär abgelöst – klagte der ZR über Mängel in der Verbandsarbeit, insbesondere bei der politischen Erziehung der Mitglieder. Auf der Tagung des VI. Parlaments im Frühjahr 1959 hieß es dazu, große Erfolge würden dort erzielt, „wo nicht nur allgemein über die Erziehung geredet, sondern die Jugend in den alltäglichen Kampf [...] einbezogen wird“⁸⁶⁹. Ein anderes Problem betraf die Mitgliedszahlen. Zu viele Jugendliche scheuten die FDJ.⁸⁷⁰ Der Organisationsgrad schwand von rund 50 Prozent (1957) auf 42 Prozent (1959) und es beruhten die Motive des Beitritts nach Annahme der FDJ-Leitung häufig auf Opportunismus. Zwar stieg der Organisationsgrad Anfang der 1960er Jahre wieder auf etwa 49 Prozent,⁸⁷¹ Politbüro und FDJ aber kritisierten im Januar 1961 die „unnormale Lage“ an den Universitäten und Hochschulen, da „alle Studierenden in der FDJ organisiert sind“⁸⁷². Entweder kritisierten die Funktionäre diesen Umstand, weil sie die Beitrittsmotive der Studenten nicht auf politische Überzeugung zurückführten oder weil sie eine Überalterung des Verbands befürchteten. Denn künftig sollte sich die FDJ auf die Altersgruppe bis 22 Jahre konzentrieren und das Politbüro beschloss die Gründung einer Abteilung für Jugendfragen beim ZK.

Nach dem Mauerbau im August 1961 publizierte das Sekretariat des ZR einen Kampfauftrag, der auf den Leistungswillen und die Verteidigungsbereitschaft junger Männer zielte.⁸⁷³ Die Parole „Das Vaterland ruft! Schützt die sozialistische Republik!“ forderte alle männlichen FDJler zwischen 18

868 Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 3. September 1957 über die Begeisterung und Tatkraft der Jugend für die Verwirklichung der großen Ideen des Sozialismus, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.) 1986, S. 427. Hervorhebung im Original.

869 Arbeitsentschließung des VI. Parlaments der FDJ, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1963, S. 371.

870 Vgl. ebd., S. 371 f.

871 Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 186.

872 Vorlage zur Verbesserung der Arbeit mit der Jugend. Protokoll Nr. 4 auf der Sitzung des Politbüros vom 24. Januar 1961, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/746, Bl. 4.

873 Vgl. Eltze, Werner 1976, S. 35.

und 23 Jahren auf, einen freiwilligen Ehrendienst in den bewaffneten Organen zu absolvieren, die ideologische Haltung der SED zu unterstützen, gegen andersartige politische Einflüsse vorzugehen und Altersgenossen die „Schutzfunktion“ der Berliner Mauer zu erklären.⁸⁷⁴ Obwohl alle Mitglieder der FDJ den Dienst in den bewaffneten Organen als Ehrenpflicht betrachten sollten,⁸⁷⁵ versuchte der Verband Ende der 1950er bzw. Anfang der 1960er Jahre, junge Männer mit Aussichten auf begehrte Lehrstellen und Studienplätze für dreijährige Dienstzeiten in der Armee anzuwerben.⁸⁷⁶ So appellierte der Aufruf von 1961 an die Vaterlandsliebe und an das Ehrgefühl: „Jeder, der ein ganzer Kerl ist, der das Herz auf dem richtigen Fleck hat, beweist jetzt seine Liebe zur Deutschen Demokratischen Republik [...], seine unwandelbare Treue zum sozialistischen Jugendverband, seine tiefe Liebe und Ergebenheit zur Sache der Arbeiterklasse und der Partei durch seinen Dienst in den bewaffneten Kräften.“⁸⁷⁷

Einen Tag nachdem die JW den Aufruf abgedruckt hatte, gaben am 18. August 1961 alle Grundeinheiten in den Versammlungen den Kampfauftrag bekannt. Ähnlich wie bei den Werbeversuchen von 1952 setzten die Funktionäre auf Druck. Vielerorts drängten sie Anwesende dazu, Meldelisten zu unterschreiben, Unentschlossene in Gruppendiskussionen zu überzeugen und Verweigerer öffentlich anzuprangern. Rudolf Kabel resümierte 1966 im Auftrag des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen, die Methoden seien 1961 „wesentlich offener und brutaler“⁸⁷⁸ gewesen. In sächsischen und thüringischen Betrieben soll es wegen des Kampfauftrags zu erzwungenen Wehrdienstverpflichtungserklärungen von 18- bis 23-jährigen Arbeitern gekommen sein.⁸⁷⁹ Die Mehrheit der Heranwachsenden verhielt sich dem Aufgebot von 1961 passiv bis ablehnend gegenüber, ähnlich wie bei den Werbeversuchen von 1952.⁸⁸⁰

874 Das Vaterland ruft! Schützt die sozialistische Republik! von 1961, zitiert in: Kabel, Rudolf 1966, S. 216 f.; vgl. Jahnke, Karl Heinz u. a. 1982, S. 359.

875 Vgl. Kabel, Rudolf 1966, S. 53.

876 Vgl. Mahrada, Christa 1986, S. 27.

877 Das Vaterland ruft! Schützt die sozialistische Republik! von 1961, zitiert in: Kabel, Rudolf 1966, S. 216.

878 Ebd., S. 54.

879 Vgl. ebd., S. 53 f.

880 Vgl. Bericht Nr. 603/61 über die im Zusammenhang mit den Schutzmaßnahmen aufgetretenen politisch-operativen Schwerpunkte im Bezirk Suhl vom 27. September 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 478, Bl. 164-180; vgl. Bericht Nr. 590/61 über die im Zusammenhang mit den Schutzmaßnahmen aufgetretenen politisch-

Bei der GST bekundeten 200.000 Mitglieder im Rahmen des Aufrufs ihre Bereitschaft, die Armee zu unterstützen.⁸⁸¹ Selbst wenn die Angaben des ZR stimmen, meldeten sich nur knapp 30 Prozent aller 854.000 männlichen Heranwachsenden im betreffenden Alter. Das Vorhaben, alle 18- bis 23-jährigen Männer für den Kampfauftrag zu gewinnen, blieb unerfüllt. Die angeworbenen Jugendlichen bekamen schwarze Uniformen, wurden mit Blumen und Paraden verabschiedet und erhielten von altgedienten Soldaten feierlich Waffen überreicht, bevor sie in Regimentern des Jugendverbandes unterkamen. Einige von ihnen mussten sofort an die innerdeutsche Grenze. Viele Einheiten lösten sich aufgrund begrenzter Quartier- und Ausbildungskapazitäten rasch auf. Andere junge Männer absolvierten in Kurzlehrgängen vormilitärische Ausbildungen oder besuchten Reservistenlager.⁸⁸² Die militärischen Werbekampagnen und Mobilisierungsversuche der Regierung endeten in der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Januar 1962. Dem Wehrpflichtgesetz ging das Verteidigungsgesetz vom September 1961 voraus, das durch die „Aufrüstung der unter dem Kommando von Hitlergeneralen stehenden westdeutschen Armee mit Raketen- und Kernwaffen“⁸⁸³ notwendig wurde. Etwa zeitgleich mit der Einführung der Gesetze zum Landesschutz entbrannte innerhalb der FDJ erneut eine Debatte um das Altersprofil der Mitglieder und die SED erließ zwei Jugendkommunikés.⁸⁸⁴

Während das erste Kommuniké vom Februar 1961 lediglich propagierte, eine Mitgliedschaft in der FDJ müsse „doch Ausdruck einer gewonnenen Erkenntnis, eines Gefühls der Ehre und der festen Verbundenheit mit den Zielen und Aufgaben der Organisation sein“⁸⁸⁵, war das zwei-

operativen Schwerpunkte im Bezirk Schwerin vom 28. September 1961, in: ebd., Bl. 11-19; vgl. Bericht Nr. 591/61 über die im Zusammenhang mit den Schutzmaßnahmen aufgetretenen politisch-operativen Schwerpunkte im Bezirk Halle vom 28. September 1961, in: ebd., Bl. 20-31; vgl. Bericht Nr. 594/61 über die im Zusammenhang mit den Schutzmaßnahmen aufgetretenen politisch-operativen Schwerpunkte im Bezirk Rostock vom 28. September 1961, in: ebd., Bl. 55-67.

881 Vgl. Wagner, Ringo 2007, S. 10.

882 Vgl. Kabel, Rudolf 1966, S. 53-55.

883 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1961 (b), S. 175.

884 Vgl. für Einzelheiten: Kaiser, Monika 1997, S. 138 f.

885 Kommuniké des Politbüros des Zentralkomitees zu Problemen der Jugend vom 7. Februar 1961, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1962, S. 372.

te Kommuniqué vom September 1963 von mehr Pragmatismus geprägt.⁸⁸⁶ Jugendlichen war es nun möglich, relativ offene Gespräche und Diskussionen über die Meinungs-, und Pressefreiheit, die Absperrung der Grenzen und über das Passierscheinabkommen zu führen.⁸⁸⁷ Schließlich hatte das Kommuniqué angewiesen: „Wir brauchen vielmehr den selbständigen und selbstbewußten Staatsbürger mit einem gefestigten Charakter, mit einem durch eigenes Denken und in der Auseinandersetzung mit rückständigen Auffassungen und reaktionären Ideologien errungenen sozialistischen Weltbild, das auf fortgeschrittenen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht. Die Erziehung einer solchen Persönlichkeit ist aber nur möglich, wenn man den Schüler als zukünftigen Staatsbürger achtet und seine Probleme ernst nimmt.“⁸⁸⁸

Die FDJ erhielt mit dem zweiten Jugendkommuniqué die Anweisung, alltägliche Sorgen und Probleme Heranwachsender aufzugreifen und beseitigen zu helfen.⁸⁸⁹ Doch die Rolle der Massenorganisation bei der politischen Erziehung der Jugend erhielt erst mit dem zweiten Jugendgesetz vom Mai 1964 eine enorme Aufwertung, besonders im bildungspolitischen Bereich. Das Gesetz verpflichtete alle Funktionäre aus Staat und Wirtschaft sowie Pädagogen und Erzieher – wie es das I. Parlament von 1946 verlangt hatte –, die Rechte der jungen Generation zu verwirklichen und zu schützen. Die FDJ musste in jeder ihrer Aufgaben, gleich ob Wehrerziehung oder außerschulische Initiativen wie Arbeitsgemeinschaften, umfassend unterstützt werden. Fortan bedurfte es zur Verabschiedung eines bildungspolitischen Beschlusses des Einverständnisses der Organisation.⁸⁹⁰

886 Walter Friedrich meint, das zweite Kommuniqué trage die Handschrift Walter Ulbrichts. Vgl. ders. 2007, S. 35.

887 Vgl. Walter, Michael 1997, S. 52 f.

888 Der Jugend Vertrauen und Verantwortung. Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees. Beschluß des Politbüros des ZK vom 17. September 1963, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1965, S. 691 f.

889 Vgl. ebd., S. 705-707.

890 Vgl. Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972, § 11, Abs. 2, § 20, § 29, Abs. 2, § 34, Abs. 3, § 35, Abs. 1 u. § 44, Abs. 1.

3.2 Konsequenzen

3.2.1 Einstellung zur FDJ

Mit Gründung des Jugendverbandes stieg intern der Einfluss der SED.⁸⁹¹ Die wichtigsten Funktionen in der Verbandsführung besetzten von 1947 an Mitglieder der Einheitspartei. Angehörige anderer Parteien und Kirchenvertreter unterlagen der übermäßigen Anzahl der „Genossen“ und deren Netzwerk. Die Mitgliedszahlen stiegen Ende der 1940er Jahre rasant. Gewöhnlich traten Jugendliche mit 14 Jahren bei und verließen den Verband mit etwa 25 Jahren. Die FDJ erreichte 1946 eine Zahl von 400.000 Mitgliedern. Zwölf Monate später waren bereits 90.000 weitere junge Menschen hinzugekommen.⁸⁹² Von den rund drei Millionen Heranwachsenden (14- bis unter 26-Jährige) trugen 1946 etwa 13 Prozent das blaue Hemd der Organisation; der Anteil Jugendlicher, gemessen an den 18 Millionen Einwohnern in der SBZ, lag bei rund 16 Prozent.⁸⁹³

Der Organisationsgrad der jungen Landbevölkerung fiel innerhalb der FDJ im Verhältnis zu den SED-Mitgliedern und Schülern sehr hoch aus. Im Sommer 1946 gehörten in Sachsen lediglich 8.000 der 68.000 Parteimitglieder (16 bis 25 Jahre) zur FDJ und in Rostock vollzogen von 8.000 jugendlichen Mitgliedern der SED nur 80 den Beitritt.⁸⁹⁴ Im Vergleich dazu traten Ende des Jahres 1946 etwa 20 Prozent aller Heranwachsenden im ländlich geprägten Mecklenburg dem Verband bei, in Sachsen 15 und in Thüringen waren es zwölf Prozent. Die örtlichen Dorfgruppen verzeichneten einen Organisationsgrad von 60 Prozent, da die FDJ auf dem Land mit der Verbesserung der Lebensverhältnisse warb und sich für eine Verkürzung des Arbeitstages in der Landwirtschaft einsetzte.⁸⁹⁵

891 Zur Vorgeschichte der FDJ: Lange, Katharina 1999, S. 471-477.

892 Vgl. Hillebrenner, Waltraud 1983: Die Herausbildung, Entwicklung und Festigung des Landesverbandes der FDJ Sachsen von 1945-1947 unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterjugend, Rostock, S. 145 f., zitiert in: Skyba, Peter 2000, S. 46.

893 Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 26, 27 u. 183.

894 Vgl. Jahnke, Karl Heinz 1970: Zum Anteil der FDJ an der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, o. Jg., H. 6/7, S. 432, zitiert in: Mahrad, Christa 1977, S. 201.

895 Vgl. Dillwitz, Sigrid 1970: Zur Arbeit unter der Landjugend während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Uni-

Gleich ob im peripheren Raum oder in den Großstädten, die deutsche Nachkriegssituation war von einer hohen Jugendarbeitslosigkeit und vielen durch Unterernährung und Tuberkulose verursachten Todesfällen geprägt. Viele junge Menschen – nicht nur in der SBZ – versuchten mit Geschäften auf dem Schwarzmarkt und mit Prostitution ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Das führte oftmals zu existenziellen Nöten. Physische Mängel und gesundheitliche Schäden wurden häufig von psychischen Problemen begleitet, die vor allem auf Erfahrungen in den letzten Kriegsjahren zurückgingen. Die Mobilisierung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere im Volkssturm, zehrte an den körperlichen Kräften und stellte eine starke nervliche Belastung dar.⁸⁹⁶

Viele von ihnen hatten ihre Adoleszenz während der Kriegsjahre übersprungen, waren trotz ihres jugendlichen Aussehens längst zu Erwachsenen herangereift und wollten sich nicht länger als unmündige Kinder behandeln lassen. Äußerungen wie „Laß mich doch mit Politik in Ruh! Ich habe von der letzten noch die Nase voll“, „Gebt uns doch zu essen, gebt uns Kleidung, dann haben wir wenigstens etwas“ oder „Gebt uns mehr zu essen, sonst können wir Hitler nicht vergessen“ waren keine Seltenheit.⁸⁹⁷ Für die Mehrheit der Jugendlichen brach ihr Weltbild nach der Niederschlagung des Dritten Reiches zusammen. Die meisten hatten an den Nationalsozialismus, an den Endsieg und an die Wunderwaffen geglaubt.⁸⁹⁸ Aus diesem Grund verspürten einige nun das Bedürfnis, wie Manfred Jäger es beschreibt, „den verlorenen falschen Glauben möglichst rasch durch den richtigen zu ersetzen“⁸⁹⁹.

Diesen jungen Menschen bot der Marxismus-Leninismus eine Erklärung, eine Art Zufluchtsort zu einer höheren Instanz, die den neuen Weg vorgab.⁹⁰⁰ Andere verfielen in totale Resignation und schworen jeglicher Politik ab. Laut Hermann Weber wurde die Aufbruchsstimmung mancher-

versität Rostock, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, o. Jg., H. 6/7, S. 448 f., zitiert in: ebd., S. 202; vgl. Weber, Hermann 1990, S. 673.

896 Vgl. Jahnke, Karl Heinz 1970: Zum Anteil der FDJ an der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, o. Jg., H. 6/7, S. 432, zitiert in: ebd., S. 201.

897 Vgl. ebd., S. 200 f.

898 Vgl. Hertle, Hans-Hermann/Stefan Wolle 2006, S. 101.

899 Jäger, Manfred 1995 (b), S. 425.

900 Vgl. Hertle, Hans-Hermann/Stefan Wolle 2006, S. 101.

orts von „Niedergeschlagenheit und Mißtrauen“⁹⁰¹ überlagert. Paul Verner, Gründungsmitglied der FDJ, konstatierte 1946: „Es gibt den Teil der Jugend, der sich entschieden für den Wieder- und Neuaufbau unserer Heimat einsetzt, und wir haben große Massen von Jugendlichen, die abseits und apathisch dastehen. Wir finden schließlich die große Masse der Jugend, die sich von den Ereignissen treiben läßt.“⁹⁰²

Die SED reagierte und erklärte auf ihrem II. Parteitag im September 1947, sie wolle die „Forderungen und Interessen“ der Heranwachsenden aufnehmen und „die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensbedingungen der jungen Menschen“ verbessern. Die Einheitspartei verpflichtete alle Parteimitglieder, Massenorganisationen und Betriebe dazu, „nichts unversucht zu lassen, um den Jugendlichen Nahrung und Kleidung zu sichern“⁹⁰³. Die Funktionäre der Jugendorganisation griffen den Maßnahmenkatalog auf, indem sie sich um ein Freizeitangebot mit Musik-, Sport- und Tanzveranstaltungen bemühten und für die Teilnahme an Arbeitseinsätzen Sachleistungen, Wohnraum oder ein kleines Entgelt zur Verfügung stellten. Enge Kontakte zur FDJ bzw. eine Mitgliedschaft brachten jedoch nicht nur materielle Vorteile. Es ging für viele Jugendliche vielmehr darum, sich vor dem Hintergrund der Entnazifizierung in der SBZ „reinzuwaschen“. Die Jugendorganisation fungierte bald als obligatorischer Weichensteller für den weiteren beruflichen Werdegang der ehemaligen Hitlerjugend.⁹⁰⁴

Von 1948 an bildete die FDJ, laut SED, „das Instrument zur Mobilisierung der jungen Generation“, da die Entwicklung des Verbandes zu einem wichtigen Faktor für die Ausrichtung zur „Partei neuen Typus“⁹⁰⁵ wurde. Schon ein Jahr nach Beginn der Umstrukturierung der Einheitspartei plädierte Otto Grotewohl, nachmalig Ministerpräsident der DDR, auf der

901 Weber, Hermann 1990, S. 665.

902 Bericht von Paul Verner über die Jugendarbeit der Partei auf dem XV. Parteitag der KPD am 19. und 20. April 1946 in Berlin, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.) 1986, S. 255.

903 Resolution des II. Parteitages zur Jugendfrage vom 24. September 1947, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952, S. 234.

904 Vgl. Weber, Hermann 1990, S. 673 f.; vgl. Hübner, Peter 1995, S. 1744; vgl. Skyba, Peter 2000, S. 41-43.

905 Die Jugend in der Partei. Entschließung des Parteivorstandes vom 21. Oktober 1948, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952, S. 146.

I. Parteikonferenz im Januar 1949 dafür, die Massenorganisation durch die Partei zu lenken, um neue Kräfte zu aktivieren. Die FDJ bot aufgrund ihrer Mitgliedszahlen ein nahezu „unerschöpfliches Reservoir“⁹⁰⁶. Zu Beginn des Jahres 1948 veröffentlichte die Parteileitung die offizielle Zahl von 500.000 Mitgliedern, nachträgliche Schätzungen gehen von einem Bestand zwischen 426.000 und 437.000 aus.⁹⁰⁷ Mit Beginn der 1950er Jahre übertraf der Anteil der Arbeiterjugend den der Landjugend. Der Großteil der Mitglieder entstammte nun dem Arbeitermilieu (60 Prozent), gefolgt von Angestellten (14 Prozent) und Schülern (acht Prozent). Die meisten FDJler waren 1949/50 18 bis 21 Jahre (rund 32 Prozent) bzw. 14 bis 15 Jahre alt (27 Prozent).⁹⁰⁸

Insgesamt wuchs der Mitgliederbestand von knapp 1,3 Millionen (1953) auf über 1,6 Millionen (1954). Von 1955 bis 1957 zählte die FDJ 1,7 Millionen Mitglieder, gegen Ende der 1950er Jahre rund 1,4 Millionen. Nach einem Anstieg auf 1,5 Millionen (1960/61) pendelte sich die Mitgliedszahl bis Mitte der 1960er Jahre bei etwa 1,3 Millionen ein und erreichte damit das Niveau der beginnenden 1950er Jahre. Der Organisationsgrad schwankte von 1953 bis 1965 zwischen 39 und 46 Prozent, d. h. fast jeder zweite Jugendliche in der DDR war ein FDJ-Mitglied.⁹⁰⁹ Bis in die erste Hälfte der 1960er Jahre wandelte sich das Mitgliederprofil zugunsten von Schülern, Studenten sowie Angehörigen der Intelligenz und des Handwerks, indes der Anteil von Erwerbslosen sowie Arbeitern aus der Landwirtschaft und der Industrie sank. Dennoch stellten die jungen Industriearbeiter von 1953 bis 1965 mit durchschnittlich 42 Prozent die stärkste Gruppe, gefolgt von Schülern (23 Prozent), Angestellten (16 Prozent), Arbeitern der Landwirtschaft, Studenten (jeweils sechs Prozent), Intelligenz (drei Prozent), Bauern (zwei Prozent), Handwerkern und Hausfrauen (jeweils ein Prozent).⁹¹⁰

Eine Mitgliedschaft musste nicht zwingend mit einer Identifikation mit der FDJ einhergehen. Viele Jugendliche traten aus opportunistischen

906 Grotewohl, Otto 1949, S. 392.

907 Vgl. Mählert, Ulrich 1995 (a), S. 266 f.; vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 181. Andere Statistiken nennen 650.000 bis 670.000 Mitglieder. Vgl. Freiburg, Arnold/Christa Mahrad 1982, S. 91.

908 Vgl. Skyba, Peter 2000, S. 106.

909 Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 184 u. 186.

910 Vgl. ebd., S. 168 u. S. 192-196.

Gründen bei.⁹¹¹ So lag der Anteil an FDJ-Mitgliedern 1949 in Berlin, das unter der Viermächteverwaltung stand und wo noch andere Jugendgruppen existierten, bei nicht einmal fünf Prozent. Die FDJ schien dort wenig attraktiv.⁹¹² Die allmähliche Wandlung hin zur Massenorganisation verdeutlichten publikumswirksame und teilweise international angelegte Veranstaltungen wie die „Woche der Jugend“⁹¹³ (1948), die „Weltjugendwoche“ (1949), die „Deutschlandtreffen der Jugend“ (1950 und 1954) oder die „III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten“ (1951).⁹¹⁴ Die Festivitäten nutzte die SED in eigener Sache, brachte doch bspw. das erste Deutschlandtreffen vom 27. bis 30. Mai in Berlin 1950 den „Beweis für den Willen Millionen junger Deutscher [...], sich nie wieder gegen die Sowjetunion mißbrauchen zu lassen und für den Kampf um die Wiedererlangung der Einheit des demokratischen Deutschlands“⁹¹⁵.

Nach amtlichen Angaben nahmen 700.000 FDJler, 30.000 westdeutsche Jugendliche und insgesamt über eine Million Besucher aus 28 Ländern am Deutschlandtreffen teil.⁹¹⁶ Laut einer Stellungnahme der Regierung vom September 1950 habe die deutsche Jugend die Erwartungen beim Deutschlandtreffen um ein Vielfaches übertroffen: Alle seien bestrebt gewesen, die Forderungen des Jugendgesetzes vom Februar gewissenhaft umzusetzen.⁹¹⁷ Was die offiziellen Stellungnahmen verschwiegen: Von rund 500.000 FDJlern statteten 200.000 Westberlin einen Besuch ab und mehr als 400 Mitglieder hatten das Deutschlandtreffen für eine Flucht in die Bundesrepublik genutzt. Viele von den FDJlern, die während des Deutschlandtreffens zum Kurzbesuch nach Westberlin aufgebrochen wa-

911 Vgl. Zilch, Dorle 1996, S. 218.

912 Vgl. Ohse, Marc-Dietrich 2009, S. 76.

913 Plan zur Vorbereitung und Durchführung der Woche der Jugend. Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 102 (II) der Sitzung des Zentralsekretariats vom 16. August 1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.1/223, Bl. 7-9.

914 Vgl. Jahnke, Karl Heinz u. a. 1978, S. 56, 71, 85 u. 110.

915 Die deutsche Jugend hat Pfingsten 1950 eine bedeutende Schlacht um den Frieden gewonnen. Aufruf des Politbüros vom 30. Mai 1950, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952, S. 44.

916 Anlässlich des Deutschlandtreffens versammelten sich im Dezember 1949 20.000 Junge Pioniere in Berlin. Am 25. Mai eröffnete Wilhelm Pieck die „Pionierrepublik „Ernst Thälmann““ in Wuhlheide/Berlin. Vgl. Jahnke, Karl Heinz u. a. 1978, S. 71 f.; vgl. Skyba, Peter 2000, S. 93.

917 Vgl. Zweiter Bericht an die deutsche Jugend und die Bevölkerung der DDR über die Durchführung des Jugendgesetzes auf der Sitzung der Provisorischen Regierung der DDR vom 7. September 1950, in: BArch, DC 20/I/3/30, Bl. 103.

ren, überquerten bei den III. Weltfestspielen erneut die Sektorengrenze. Andere Festivalteilnehmer stürmten 1951 Westberliner Kinos, in denen in der DDR verbotene Westernfilme liefen.⁹¹⁸

Das gehörte sicherlich nicht zum Konzept der SED, denn das Festival im Spätsommer 1951 sollte eine parteiloyale Jugend präsentieren und mehr Heranwachsende für die FDJ und nicht für Westberlin begeistern. Um die Teilnahme möglichst vieler Kinder und Jugendlicher herbeizuführen, rief die politische Führung im Frühjahr 1951 alle Eltern dazu auf, „Herz und Hand“⁹¹⁹ einzusetzen, damit die Kinder im August nach Berlin kommen könnten. Die Einheitspartei stellte sich das Ziel, mit Bauvorhaben für die Weltjugendfestspiele – eine Sportwettkampfhalle, vier Sportparks, elf Sportplätze, ein Schwimm- und ein Sportstadion – die in betongegossene Überlegenheit des Sozialismus und ihr Engagement für die junge Generation zu demonstrieren.⁹²⁰ Die Pläne zur Vorbereitung des Festivals sahen den Transport von 1,8 Millionen Jugendlichen mit der Reichsbahn vor. Dazu kamen 120 Fahrgastschiffe mit 20.000 Plätzen, 6.000 Lastkraftwagen und 250 Omnibusse, die für die Beförderung der jungen Gäste nach Ostberlin sorgen sollten.⁹²¹

Vom 5. bis 19. August 1951 erschienen – angeblich – mehr als zwei Millionen FDJler zu den III. Weltjugendfestspielen, darunter etwa 35.000 aus Westberlin und 26.000 Jugendliche aus 104 Ländern. Etwa eine Million Heranwachsende ergriffen die Gelegenheit, das Konsumparadies Westberlin kennenzulernen, wo das Institut für Demoskopie Allensbach 500 von ihnen befragte. Auf die Frage des Instituts, in welchem deutschen Staat die Menschen glücklicher seien, nannten ein Prozent der Befragten die DDR und über 90 Prozent die Bundesrepublik. Für die Spaltung Deutschlands machten 67 Prozent den Osten verantwortlich, 60 Prozent die Sowjetunion und sieben Prozent die Regierung unter Otto Grotewohl. Der Anteil derjenigen, die dem Westen bzw. Amerika und der Bundesre-

918 Vgl. Herz, Hanns-Peter 1957, S. 25; vgl. Lemke, Michael 2005, S. 465 u. 479.

919 Aufruf zu den Weltfestspielen der Jugend und Studenten. Resolution des Rates des Weltbundes der demokratischen Jugend. Anlage Nr. 6 auf der Sitzung der Regierung der DDR vom 5. April 1951, in: BArch, DC 20/I/3/49, Bl. 33.

920 Vgl. Beschluß zur Unterstützung der Vorbereitungsarbeiten für die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten. Anlage Nr. 3 auf der Sitzung der Regierung der DDR vom 26. April 1951, in: BArch, DC 20/I/3/50, Bl. 68.

921 Vgl. Beschluß zur Vorbereitung und Durchführung der Personenbeförderung und des Güterverkehrs zu den Weltfestspielen. Anlage Nr. 4 auf der Sitzung der Regierung der DDR vom 26. April 1951, in: ebd., Bl. 69.

gierung die Schuld an der angespannten politischen Lage gaben, lag bei unter drei Prozent. Von den fast 90 Prozent der Befragten, die meinten, täglich Radio zu hören, schalteten fast alle den Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS) oder den Nordwestdeutschen Rundfunk ein.⁹²²

Diese Ergebnisse dürften den Erziehungsfunktionären kaum gefallen haben, die wahrscheinlich keine Kenntnis von der Umfrage hatten. Ihren traurigen Höhepunkt erreichten die Weltjugendfestspiele am 15. August 1951. Erich Honecker hatte eine Einladung aus Westberlin auf seine Weise interpretiert. Mehrere Marschzüge, bestehend aus 5.000 bis 10.000 FDJlern, sollten die Sektorengrenze passieren und in Westberlin auflaufen. Doch Westberlin meinte mit der Einladung der Festivalteilnehmer keinesfalls Marschformationen und deutete die Aufmärsche als provokativen Akt. Die Westberliner Polizei stoppte die fahنشwenkenden FDJler. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Hunderte Jugendliche wurden verletzt und Dutzende verhaftet.⁹²³ Honecker äußerte noch 30 Jahre später gegenüber einer sowjetischen Zeitung, die III. Weltfestspiele wären ein voller Erfolg gewesen. Trotz „imperialistischer“ Kriegspläne hätten Jugendliche aus über 100 Staaten zusammen mit ost- und westdeutschen Altersgenossen bekundet: „Wir wollen Frieden und Freundschaft!“⁹²⁴

Über die Frage, wie stark sich die ostdeutsche Jugend mit der FDJ verbunden fühlte, informierte eine Umfrage der amerikanischen Hohen Kommission während der Weltjugendspiele. Demnach betrachtete eine repräsentative Gruppe Jugendlicher (Gesamtzahl unbekannt) die FDJ als direktes Instrument für die politische Indoktrination. Lediglich jedes siebente Mitglied meinte, von den Inhalten des Verbandes überzeugt zu sein. Der steigende politische Druck in allen Lebensbereichen, vor allem in der Schule, hatte inzwischen zu einem Arrangement mit dem politischen System geführt. Nur zehn Prozent der befragten Jugendlichen sagten aus, in der DDR öffentliche Kritik zu wagen.⁹²⁵ Der Artikel neun der Verfassung von 1949 veranschaulicht das politische Klima dieser Jahre. Zwar erhiel-

922 Über 80 Prozent der Angesprochenen waren junge männliche FDJler unter 20 Jahren. Von den Probanden wohnte ein Prozent in Ostberlin, der übrige Teil war aus den restlichen Gebieten der DDR angereist. Vgl. Ruhl, Andreas 2009, S. 13, 20 f. u. 46 f.

923 Vgl. ebd., S. 21 f.; vgl. Lemke, Michael 2005, S. 485 f.

924 ND vom 24. Juli 1984, S. 3.

925 Nach dem politischen Druck mit 40 Prozent nannten 30 Prozent den Russischunterricht und 20 Prozent das Fach Gegenwartskunde als größte Belastungen in der Schule. Vgl. Reaction Analysis Report No. 116, 19 December 1951: Are East

ten alle Bürger das Recht, „ihre Meinung frei und öffentlich zu äußern und sich zu diesem Zweck friedlich und unbewaffnet zu versammeln“, allerdings nur „innerhalb der Schranken der für alle geltenden Gesetze“⁹²⁶. Das ließ den Machthabern Raum für Interpretationen. Öffentliche Kritik konnte zu Repressionen führen und endete oftmals in vorgefertigten Gerichtsverfahren. Rund 20.000 politische Häftlinge saßen Anfang der 1950er Jahre in den Zuchthäusern der DDR.⁹²⁷

Für die Öffentlichkeit inszenierte die SED in den 1950er Jahren das Bild einer Jugend, die uneingeschränkt hinter den Zielen der Regierung stand. Besonders die JB würden mit Tatendrang in den Betrieben und in der Landwirtschaft am Aufbau des Sozialismus mitwirken. Doch bis in die 1960er Jahre schwächten verschiedene Faktoren deren Arbeit. Das MfS konstatierte im März 1961, in vielen Berliner Betrieben gebe es weder ausreichend Brigaden, noch existierten in den vorhandenen genügend FDJ-Gruppen. In einigen JB, in denen der Einfluss der FDJ gering war, kam es zu Streiks.⁹²⁸ In Magdeburg legten 1956, kurz nach dem niedergeschlagenen Volksaufstand in Ungarn, 30 junge Arbeiter ihre Arbeit nieder.⁹²⁹ Anfang des Jahres 1961 riefen junge Arbeiter zu Streiks und Arbeitsniederlegungen auf. Sie forderten freie Diskussionen über das Streikrecht.⁹³⁰ Doch das im April 1961 eingeführte Gesetzbuch der Arbeit schaffte das ohnehin nicht geltende Streikrecht ab.⁹³¹

Zu den prominentesten Bauprojekten aus den Anfangsjahren der FDJ-JB gehörten der Aufbau der Eisenbahnlinie von Rostock nach Schwaan

Zone Youth Resisting Totalitarian Education?, in: NA, RG 59/862B.43/12-2051, zitiert in: Füssl, Karl-Heinz 1994, S. 362 f.

926 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung vom 7. Oktober 1949, Art. 9.

927 Vgl. Kleßmann, Christoph 1997, S. 25.

928 Vgl. Bericht Nr. 167/61 über einige Hemmnisse bei der Jugendförderung und bei der Arbeit mit den Jugendlichen vom 21. März 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 397, Bl. 1-12.

929 Die FDJ-Leitung im Betrieb hatte ohne ihr Wissen und in ihrem Namen eine Solidaritätserklärung nach Westungarn geschickt und erklärt, die Magdeburger Kollegen stünden den ungarischen Freunden im Kampf gegen die „Konterrevolutionäre“ zur Seite. Vgl. Mitter, Armin/Stefan Wolle 1995, S. 249 f.

930 Vgl. Bericht Nr. 27/61 über Arbeitsniederlegungen in der DDR im Jahre 1960 vom 18. Januar 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 372, Bl. 1-19; vgl. Einzelinformation Nr. 91/61 über einige Hinweise zur Lage im Bezirk Dresden vom 27. Februar 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 318, Bl. 1-19.

931 Vgl. Rausch, Heinz u. a. 1988, S. 50.

(1948), der Aufbau des Eisenhüttenkombinats im thüringischen Unterwellenborn mit dem Namen „Max braucht Wasser“ (1949) und der Bau des Eisenhüttenkombinats an der Oder-Neiße-Grenze (1951).⁹³² Die Zeitungen in der DDR überschlugen sich mit Lobesbekundungen und titelten: „Jugendbrigaden überboten Norm“⁹³³, „Jugendbrigaden im Wettbewerb“⁹³⁴, „Jungaktivisten beim Präsidenten“⁹³⁵ oder „Arbeitserfolge zu den Weltfestspielen“⁹³⁶. Das größte und werbewirksamste Bauprojekt unter Mitwirkung der FDJ erfolgte mit der Errichtung der Talsperre Sosa in Sachsen (1950). Auf der Baustelle arbeiteten bis November 1950 mehr als 2.000 Jugendliche unter widrigsten Umständen. Als Anerkennung für ihre Leistung berechnete sie ein Stempel in ihrer Ausweiskarte zum vergünstigten Eintritt in Kino- und Kulturveranstaltungen.⁹³⁷ Die Talsperre Sosa wurde um das Jahr 1952 herum fertiggestellt.

Im Jahr 1952 akzeptierte die FDJ auf dem IV. Parlament im Mai offiziell die „führende Rolle der Arbeiterklasse und der großen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf allen Gebieten des demokratischen Aufbaus“⁹³⁸. Jeder FDJler wurde verpflichtet, der Kasernierten Volkspolizei und dem MfS zu helfen bzw. der SED bedingungslos zu folgen.⁹³⁹ Es schien nur eine Frage der Zeit gewesen zu sein, bis die FDJ die uneingeschränkte Führungsrolle der Einheitspartei anerkennen würde, denn der starke Einfluss der SED zeichnete sich von 1949 an ab.⁹⁴⁰ So beteiligte sich die FDJ Ende der 1940er Jahre zu Ehren des 70. Geburtstages von Josef Stalin am von der SED geforderten Personenkult. Der Verband glorifizierte dessen Jugendjahre, Mitglieder bastelten Geschenke für Vertreter der KPdSU in der DDR, studierten sowjetische Chöre und Tänze ein oder

932 Vgl. BZ vom 14. Oktober 1951, S. 2; vgl. Mahrad, Christa 1977, S. 203.

933 ND vom 7. Februar 1950, S. 6.

934 ND vom 10. Februar 1950, S. 1.

935 ND vom 9. Februar 1950, S. 1.

936 BZ vom 4. August 1951, S. 5.

937 Vgl. BZ vom 14. Oktober 1951, S. 2; vgl. Mahrad, Christa 1977, S. 202; vgl. Skyba, Peter 2000, S. 98 f.

938 Die Verfassung der Freien Deutschen Jugend (nach den vom IV. Parlament der FDJ Pfingsten 1952 in Leipzig einstimmig angenommenen Abänderungen und Ergänzungen), in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960, S. 405.

939 Vgl. Herz, Hanns-Peter 1957, S. 32 f.

940 Vgl. Weber, Hermann 1990, S. 676.

sprachen mit dem sowjetischen Komsomol darüber, warum die Sowjetunion Stalin so sehr liebe.⁹⁴¹

Gemäß Karl-Heinz Füssl endete die „stets plakativ bekundete[...] Überparteilichkeit“⁹⁴² in einer Farce. Die FDJ hatte sich selbst in die Rolle als „aktiver Helfer und Reserve“⁹⁴³ der Einheitspartei katapultiert und stand auch deshalb 1952/53 vor massiven Problemen. Dem Verband fehlten eine stabile Basis und eine effektive Struktur zur Integration der rund 1,3 Millionen Mitglieder. Angesichts des Anspruches, Heranwachsende zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ und „zum Haß gegen die imperialistischen Kriegsbrandstifter und Spalter Deutschlands“⁹⁴⁴ zu erziehen, verblassten die für die Jugend relevanten Themen. Die FDJ füllte ihre Funktion als Interessenvertretung kaum mehr aus. Vielmehr konzentrierte sie sich auf die von der SED gewünschte politische Umerziehung.

Ab Anfang der 1950er Jahre wurden alle Mitglieder zweimal monatlich bzw. einmal wöchentlich für zwei bis drei Stunden in „Schulungszirkeln“ entsprechend ihrer „Vorkenntnisse“ politisch unterrichtet. Der Besuch der „Zirkel“ war obligatorisch, es erfolgte ein Vermerk über die Anwesenheit in den Mitgliedsbüchern und am Ende des „Schulungsjahres“ eine Prüfung. Der Politunterricht widmete sich vorrangig dem Personenkult um Josef Stalin, der Entstehung der FDJ und basierte auf den wissenschaftlichen Grundlagen der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus.⁹⁴⁵ Er hatte zum Ziel, „große[...] Teile der jungen Generation von der Unbesiegbarkeit des weltumspannenden Friedenslagers, an dessen Spitze die große

941 Vgl. Richtlinien zur Durchführung der Stalin-Kampagne in den Massenorganisationen von 1949. Büro Herbert Warnke, in: SAPMO-BArch, DY 34/23963, Bl. 45-47.

942 Füssl, Karl-Heinz 1994, S. 355.

943 Millionenfront der Jugend für Einheit, Frieden und nationale Unabhängigkeit, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960, S. 229.

944 Greift zum Gewehr, Kameraden! Herz, trommle zornig Alarm ..., in: Büro des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1961, S. 69 f.

945 Vgl. Herz, Hanns-Peter 1957, S. 75.

Sowjetunion steht“⁹⁴⁶, zu überzeugen. Doch der Erfolg der ersten beiden „Schulungsjahre“ 1951/52 blieb aus.⁹⁴⁷

Nicht nur personelle und organisatorische Schwierigkeiten – Ende der 1940er Jahre standen die Publikationen der FDJ aufgrund geringer Druckkapazitäten nicht überall zur Verfügung⁹⁴⁸ – behinderten die breit angelegte Ideologisierungskampagne. Die meisten Jugendlichen wollten sich einfach nicht politisch vereinnahmen lassen. Die Organisation erfasste mit ihren Schulungen nur einen geringen Anteil der Mitglieder, und von diesen besuchten noch weniger den Unterricht regelmäßig.⁹⁴⁹ Im Jahr 1953 stagnierte das Mitgliederwachstum erstmals, vermutlich auch wegen der „Schulungsjahre“ und des 17. Juni 1953 (siehe Abbildung 1).⁹⁵⁰ Die hohe Beteiligung von Jugendlichen an der Volkserhebung im Juni 1953 zeigte, wie gering der politische Einfluss der FDJ auf die junge Generation war, beteiligten sich doch auch zahlreiche Lehrer und Schüler an den Protestaktionen.⁹⁵¹

Während das ZK bei der Vorbereitung zum zweiten „Schulungsjahr“ von „deutlich zutage getretenen Mängel[n]“⁹⁵² berichtete, hatte der Verband den meisten Mitgliedern außer Politik und sozialistischer Weltanschauung kaum mehr etwas zu bieten. Selbst die Neugestaltung der „Schulungsjahre“ weg von einem regulären Schuljahresbetrieb in „Zirkeln“ hin zu monatlich einmal stattfindenden Gruppenabenden bzw. die Umbenen-

946 Die ideologischen Aufgaben unseres Verbandes. Beschluß des Büros des ZR der FDJ über die Ergebnisse des 1. Schuljahres der Freien Deutschen Jugend und die Aufgaben des Verbandes bei der Vorbereitung und Durchführung des Schuljahres 1952/53 vom 29. Oktober 1951, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960, S. 292.

947 Jedenfalls geht Christa Mahrad davon aus. Das erste „Schulungsjahr“ dauerte von Oktober 1950 bis zum Juni 1951. Vgl. dies. 1977, S. 205.

948 Vgl. Gotschlich, Helga 1997, S. 37.

949 Vgl. Skyba, Peter 2000, S. 144 f.; vgl. ders. 2005, S. 274 f.

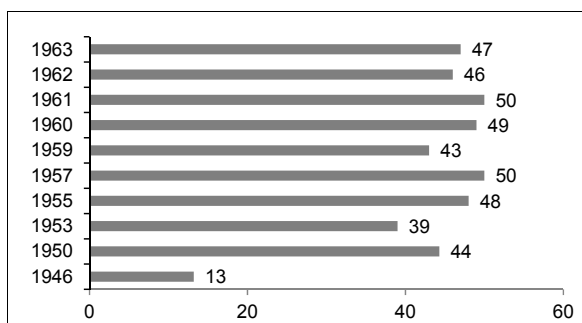
950 Während 1951 noch 1,8 Millionen Jugendliche in der FDJ waren, sank deren Zahl 1953 auf 1,1 Millionen. Bei den Angaben über die Mitgliedszahlen bzw. den Organisationsgrad von 1946 bis 1953 fehlen die FDJler in den bewaffneten Organen. Andere Statistiken gehen prinzipiell von einem höheren Mitgliederbestand aus und verbuchen für denselben Zeitraum ebenfalls einen enormen Rückgang der Mitgliedszahlen. Vgl. Freiburg, Arnold/Christa Mahrad 1982, S. 91; vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 181.

951 Vgl. Geißler, Gert 2015, S. 49; vgl. Skyba, Peter 2015, S. 278.

952 Die Aufgaben der Partei zur Förderung der Freien Deutschen Jugend. Entschließung des Zentralkomitees vom 23. Februar 1952 (8. Tagung), in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952, S. 740.

nung der „Schulungsjahre“ in „Studienjahre“ 1955 blieb ohne Erfolg. Es nahmen 140.000 FDJler an den Kursen teil, 660.000 weniger, als der ZR veranschlagt hatte.⁹⁵³ Peter Skyba ist der Meinung, die FDJ sei (spätestens) 1956 gescheitert. Die Hälfte der Leitungsstrukturen existierte nur auf dem Papier. Die große Mehrheit der Mitglieder versuchte, dem politischen Druck irgendwie auszuweichen, und wandte sich ab. Der Anteil derjenigen, die den Mitgliedsbeitrag zahlten, schwand von 65 Prozent (1950) auf 25 Prozent (1952).⁹⁵⁴ Der FDJ ging ein Großteil der Gründungsgeneration aus den späten 1940er Jahren verloren. Sie hatte es nicht geschafft, die anfangs stark vertretene Landjugend in die Verbandsarbeit zu integrieren. Viele blieben fern, ohne ihren Mitgliedsausweis ausgehändigt zu haben, und verblieben in der Kartei.⁹⁵⁵

Abbildung 1: Der Organisationsgrad der jugendlichen Gesamtbevölkerung in der FDJ von 1946 bis 1963 (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Statistiken von Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 183 u. 186. Für die Jahre 1947 bis 1949, 1951, 1952, 1954, 1956, 1958 und 1964 liegen keine Zahlen vor bzw. fehlen die Angaben über die Zahl der FDJ-Mitglieder in den bewaffneten Organen für die Jahre 1946 und 1950. Deswegen wurden für diese beiden Jahre Angaben des Organisationsgrades ohne die bewaffneten Organe genutzt.

953 Vgl. Herz, Hanns-Peter 1957, S. 78.

954 Vgl. Skyba, Peter 2000, S. 167-170; vgl. ders. 2015, S. 269, 276 u. 286.

955 Vgl. Bericht über die Erfüllung des Ministerratsbeschlusses zur Förderung und Unterstützung der gesellschaftlichen, beruflichen und kulturellen Entwicklung der Landjugend vom 5. Juni 1958 auf der Sitzung des Ministerrats vom 11. Februar 1960, in: BArch, DC 20/1/3/319, Bl. 18 f.; vgl. Freiburg, Arnold 1981 (a), S. 363.

Hanns-Peter Herz schätzte 1957, die Zahl von Landjugendlichen sei von 158.000 (Mai 1955) auf 82.100 (Juli 1956) gefallen. Er verweist darauf, dass bei den 1,4 Millionen registrierten Mitgliedern (Juli 1956) noch fast 240.000 abzuziehen seien, die noch in den Karteien erfasst wären, aber mehr als drei Monate keinen Beitrag gezahlt hätten.⁹⁵⁶ In der Folge fiel der Anteil an „Karteileichen“ sehr hoch aus. Laut Christa Mahrada und Arnold Freiburg tauchten erst ab Mitte der 1960er Jahre in den offiziellen Statistiken fast keine „Karteileichen“ mehr auf.⁹⁵⁷ Besonders die Schüler setzten in den 1950er Jahren mehr auf eine nominelle Mitgliedschaft, als sich tatsächlich für die Ziele der FDJ zu engagieren. Zwar wurden auch religiöse junge Menschen durch die (persönlichen) Vorteile einer Mitgliedschaft überzeugt, doch 1952 ignorierten sie – wie eben viele Schüler – den Verband, wo es ihnen möglich war.⁹⁵⁸

Der hohe Anteil von Schülern in der FDJ erklärt sich zum einen durch die meist automatisch erfolgte Übernahme von den Jungen Pionieren,⁹⁵⁹ zum anderen hatte die Massenorganisation großen bildungspolitischen Einfluss. Der anfängliche Widerstand von Schülern und Neulehrern gegen den Vorstoß der FDJ in die Oberschulen wurde 1948 durch die Auflösung der Schülerräte gebrochen. Sie hatte sich im Bildungswesen etabliert.⁹⁶⁰ Die Chancen, einen qualifizierten Ausbildungsplatz zu erhalten, das Abitur abzulegen und anschließend eine Hoch- oder Fachschule zu besuchen, stiegen mit einer Mitgliedschaft enorm,⁹⁶¹ hingegen Verweigerungsverhalten gegenüber der FDJ in Schule und Beruf sanktioniert wurde.⁹⁶² In einzelnen Fällen intervenierte der Verband bei Zulassungsbedingungen zu Abiturprüfungen, wenn die Prüflinge keine Mitglieder waren oder kirchliche Studiengänge anvisierten.⁹⁶³

Viele FDJler empfanden ihre Mitgliedschaft als lästige Pflicht,⁹⁶⁴ und Oberschüler, die sich vom Zwang einer Mitgliedschaft und von militäri-

956 Vgl. Herz, Hanns-Peter 1957, S. 81.

957 Vgl. Freiburg, Arnold/Christa Mahrada 1982, S. 96 f.

958 Vgl. Planer-Friedrich, Jens 2011, S. 17.

959 Auch in Ferienlagern wurden Kinder zum Eintritt gedrängt. Vgl. Mahrada, Christa 1986, S. 27.

960 Vgl. Reck, Jana 1992, S. 67 f.

961 Vgl. Thöns, Kerstin 1999, S. 791; vgl. Skyba, Peter 2003, S. 241; vgl. Ohse, Marc-Dietrich 2005, S. 72.

962 Vgl. Skyba, Peter 2015, S. 286.

963 Vgl. Wolle, Stefan 2007, S. 20; vgl. Planer-Friedrich, Jens 2011, S. 17 f.

964 Vgl. Kaiser, Monika 1997, S. 139.

schen Verpflichtungen lossagen wollten, zog es unter die Dächer der Kirchen. An einigen Oberschulen sympathisierten 70 Prozent der Schülerschaft mit der Jungen Gemeinde.⁹⁶⁵ Um der wachsenden Entfremdung vom Verband entgegenzuwirken, verabschiedete die SED im Februar 1952 einen Beschluss mit dem eingängigen Titel „Vergeßt das frohe Jugendleben nicht“. Darin diskutierten die Erziehungsfunktionäre über Schwierigkeiten innerhalb der Jugendarbeit. Der ZR der FDJ gestand: „Es entspricht den Tatsachen, daß viele Funktionäre und Leitungen die Verbindung zur arbeitenden und lernenden Jugend verloren haben. [...] Sie benehmen sich wie ‚allgemeine Leiter‘, vergessen, daß sie jung sind, und betrachten es als unter ihrer Würde, gemeinsam mit der Jugend zu singen und zu tanzen, zu wandern und Sport zu treiben.“⁹⁶⁶

Deshalb wurde ab dem Frühjahr 1952 das Jugendwandern staatlich gefördert und das Politbüro beauftragte die FDJ, diese Freizeitbeschäftigung zu popularisieren und auszubauen.⁹⁶⁷ Dokumenten aus dem Büro des Ministerrats zufolge helfe das Wandern jungen Menschen, „ihre deutsche Heimat kennen und lieben“ zu lernen und „neue Kräfte für den sozialistischen Aufbau, für die Durchführung des 5-Jahrplanes und die Verteidigung unserer Republik“⁹⁶⁸ zu schöpfen. Das Freizeitangebot sollte folglich nicht nur Spaß bringen, sondern auch klaren politischen Zielen folgen. Unter einem jugendgerechten Freizeitangebot verstanden SED und FDJ Heimabende, Tanz- und Musikveranstaltungen, Sportwettkämpfe, Theaterbesuche sowie die Bildung von Fotografie-, Literatur-, Technik- oder Wissenschaftszirkeln. Als Treffpunkte für Jugendliche richtete die FDJ Begegnungsstätten ein. Der ZR rief Juli 1952 auf: „Die Jugendheime und Klubs müssen Zentren sein, von denen beharrlich und konsequent der Kampf ge-

965 Vgl. Skyba, Peter 2015, S. 277.

966 Vergeßt das frohe Jugendleben nicht! Stellungnahme des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend vom 14. Februar 1952, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960, S. 330.

967 Vgl. Anordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung. Anlage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 112 der Sitzung des Politbüros vom 20. Mai 1952, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2/212, Bl. 18.

968 Entwurf der 4. Anordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der DDR und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung auf der Sitzung des Ministerrats vom 5. März 1953, in: BArch, DC 20/1/3/177, Bl. 24.

gen alle Erscheinungen der Unkultur, der Unwissenschaftlichkeit und Unmoral geführt wird.“⁹⁶⁹ Die Aufarbeitung von – vermeintlicher – politischer Unmoral erfolgte in den 1950er Jahren nicht nur in ostdeutschen Jugendklubs.

Auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 klagte der Erste Parteisekretär, Nikita Chruschtschow, die stalinistischen Säuberungen an und hob damit – keine zehn Jahre nach der Stalin-Kampagne in der DDR – den sogenannten Stalin-Mythos auf. Trotz weltweiter Beachtung der ideologischen Kehrtwende in der Sowjetunion schwieg die SED zu diesem Thema. Die in der DDR ignorierte Entstalinisierungsdebatte führte in weiten Kreisen der Jugend zu Skepsis, obgleich die junge Generation den Sozialismus nicht gänzlich ablehnte.⁹⁷⁰ Stefan Wolle bemerkt, dieser Parteitag sei für viele Jugendliche ein Schlüsselereignis gewesen.⁹⁷¹ Zu einer größeren Austrittswelle aus der FDJ kam es zu dieser Zeit aber nicht.⁹⁷²

Viele junge Menschen waren in den 1950er Jahren mit dem politischen System ein Arrangement eingegangen, auch wenn ihnen der „kleinbürgerliche[...] Muff und Mief“ und die „altväterlichen Erziehungsvorstellungen“ nicht passten. Ein anderer Teil beteiligte sich mit echter Begeisterung am Aufbau des Sozialismus, während wiederum andere sich von der allmählich eintretenden „Modernisierung des Alltagslebens“⁹⁷³ ein besseres Leben erhofften und sich von jeglicher Politik abwandten, so Ina Merkel. Im Jahr 1960 veröffentlichte das Komitee für Touristik und Wandern das zweite Wander-Liederbuch „Zieh mit mir hinaus“. Ein Wanderlied trug den Titel „Jetzt heißt’s, den Kompaß zu richten“.⁹⁷⁴ Das tat die FDJ, indem sie für ein vielfältiges Freizeitangebot sorgte und sich dabei vor allem dem Massensport widmete.⁹⁷⁵

969 Macht die Klubs und Heime zu Zentren der Jugendarbeit! Aus einem Beschluß des Sekretariats des Zentralrats der FDJ zur Arbeit in den Jugendheimen und Klubhäusern vom 2. Juli 1952, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960, S. 447.

970 Vgl. Mahrada, Christa 1977, S. 206; vgl. Möller, Kurt 2000, S. 269.

971 Vgl. Mitter, Armin/Stefan Wolle 1995, S. 228.

972 Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 184.

973 Merkel, Ina 1994, S. 367.

974 Vgl. Komitee für Touristik und Wandern der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1960.

975 Das betraf insbesondere Leichtathletik, Turnen, Gymnastik und Schwimmen. Vgl. JW vom 26. Mai 1953, S. 2.

3.2.2 Privater Raum und Freizeitgestaltung

Die Instrumentalisierung der Freizeit begann unter sowjetischer Besatzung. Da die politischen Führungskräfte der SMAD den Wert der Freizeit für die Entwicklung einer neuen antifaschistischen Jugendkultur erkannt hatten,⁹⁷⁶ öffneten sie beliebte Freizeittreffpunkte nach 1945 rasch und Lichtspielhäuser versorgten das Publikum mit politisch genehmen Filmen. Besonders junge ledige Alleinverdiener begeisterten sich für modern inszenierte Unterhaltungsmedien wie Spielfilme, Boulevardkomödien und Kabaretts.⁹⁷⁷ Für die Landjugend regelte das Politbüro Ende der 1940er Jahre die Arbeits- und Urlaubszeiten neu, hatte doch das I. Parlament der FDJ für Jugendliche bis 16 Jahre eine 42-Stunden-Woche und für unter 18-Jährige eine 45-Stunden-Woche gefordert. Da die Arbeit in der Landwirtschaft stark von Saison und Wetter abhing,⁹⁷⁸ wurden Arbeitgeber und Ausbildungsbetriebe angewiesen, vorrangig während der Sommerzeit Urlaub zu gewähren. Die 14- bis 16-jährigen in der Landwirtschaft tätigen Jugendlichen erhielten einen gesetzlichen Urlaubsanspruch von 21, 16- bis 18-Jährige von 18 Werktagen.⁹⁷⁹

Die FDJ verlangte von 1946 an, Wanderkinos in die Dörfer zu schicken und der Jugend Möglichkeiten einzuräumen, vergünstigt Theater und Filmvorführungen zu besuchen.⁹⁸⁰ So sollte das 1946/47 gegründete Werk der Jugend in der SBZ den Ausbau von Freizeit- und Erholungsstätten vorantreiben und, insbesondere auf dem Land, Bibliotheken, Theater und Jugendkinos errichten.⁹⁸¹ Lichtspielhäuser erfreuten sich in den 1950er

976 Vgl. Kühnst, Peter 1982, S. 23.

977 Vgl. Badstübner-Peters, Evemarie 1997, S. 68.

978 Vgl. Honecker, Erich 1946: Die Freie Deutsche Jugend und die Grundrechte der jungen Generation. Referat auf dem I. Parlament der Freien Deutschen Jugend, Brandenburg an der Havel, vom 8. bis 10. Juni 1946, vom 8. Juni, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1977, S. 48.

979 Vgl. Verordnung über Jugendarbeitsschutzbestimmungen für die Landwirtschaft im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 56 der Sitzung des Politbüros vom 15. November 1949, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2/56, Bl. 28.

980 Vgl. Die Grundrechte der jungen Generation, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960, S. 57.

981 Das Werk der Jugend wurde 1948 wieder aufgegeben. Vgl. Entwurf eines Statutes für das „Werk der Jugend“ in der sowj. Besatzungszone vom 9./10. April 1947. Büro Bernhard Göring, in: SAPMO-BArch, DY 34/4205, Bl. 149; vgl.

Jahren sehr großer Beliebtheit. Bis 1957 stiegen die Besucherzahlen und die Anzahl von in der DDR produzierten Farbfilmen erhöhte sich von 23 (1953) auf 54 (1956). Die Kinobegeisterung flaute erst in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre ab,⁹⁸² vor allem wegen des Aufstiegs des Fernsehens zum Massenmedium.⁹⁸³ Die Produktion der Spielfilme sank von jährlich 28 Stück (1961) auf 15 (1964).⁹⁸⁴ Das Kinofieber erfasste in den 1950er Jahren vor allem die ländlichen Regionen.

In Gebieten, in denen kein geeignetes Etablissement für Filmvorführungen existierte, kamen Landfilmer mit Pferdekutschen oder Handwagen in die bäuerlichen Gaststuben. Ab 1954 richtete die FDJ in Kooperation mit den Ministerien für Kultur und Volksbildung Kinderfilmveranstaltungen und jugendgerechte Filmfestspiele aus, in den Dörfern organisierte sie Filmnachmittage. Die Programmgestaltung der Filmveranstaltungen überwachte das Volksbildungsministerium,⁹⁸⁵ wohl ein weiterer Grund für die sinkende Kinobegeisterung Anfang der 1960er Jahre.⁹⁸⁶ Neben häufigen Kinobesuchen und dem Hören von Radioprogrammen gehörte für viele Bürger sportliche Betätigung zur Freizeitgestaltung. Ähnlich verhielt es sich in der Bundesrepublik, in der ein Viertel der Bürger regelmäßig oder vereinzelt Sport trieb, darunter 40 Prozent Schulpflichtige unter 18 Jahren.⁹⁸⁷ Den schulischen Sportunterricht in der DDR – nicht ohne Grund Körpererziehung genannt und mit wöchentlich zwei Stunden Sportspiel – absolvierten von 1950 bis 1954 etwa 2,6 Millionen Kinder und Jugendliche.⁹⁸⁸

Der Unterricht kam nicht nur der körperlichen Gesundheit entgegen, vielmehr sollten spezielle Charaktereigenschaften wie Ausdauer und Kollegialität geübt werden, hatten sich doch schon die politischen Führungs-

Werk der Jugend. Protokoll Nr. 50 (II) auf der Sitzung des Zentralsekretariats vom 23. Februar 1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.1/176, Bl. 2.

982 Vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) 1959, S. 147 f.

983 Vgl. Wiedemann, Dieter 1998, S. 128.

984 Vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) 1965, S. 469.

985 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1954 (d), S. 277.

986 Vgl. Fulbrook, Mary 2008, S. 92.

987 Vgl. Schildt, Axel 1997, S. 9.

988 Genaue Daten über die jugendliche Bevölkerung für die Jahre 1947, 1948 und 1949 fehlen. Aus diesem Grund wurden Durchschnittswerte ermittelt. Exakte Zahlen über Schüler der EOS (Klasse zehn bis zwölf) tauchen erst ab 1955 auf. Eigene Berechnungen auf Grundlage der Statistiken von Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 26, 27, 97, 101, 104 u. 115.

kräfte in der SBZ des Sports als Erziehungsinstrument bedient. Internationale Wettkämpfe, die Einführung des Massen- und Betriebssports und die Förderung des Hochleistungssports sollten ein neues Nationalbewusstsein entfalten helfen, besonders unter Jugendlichen.⁹⁸⁹ In der SBZ nahm die Realisierung des von der FDJ 1946 für die Freizeit geforderten Grundrechts auf Freude und Frohsinn Anfang der 1950er Jahre, nach der Verstaatlichung des Sports 1948, konkrete Formen an. Durch die Einwilligung der SMAD entstanden unter Aufsicht von FDJ und FDGB zahlreiche neue Sportgemeinschaften, bei Widerstand alteingesessener Vereine drohte ein Vereinsverbot. Schon um das Jahr 1950 herum standen viele außerbetriebliche Gemeinschaften unter dem Direktorat der SED, darunter meist die Sportarten Fußball, Handball, Leichtathletik, Tennis, Gymnastik, Schwimmen, Kegeln, Schach und Angeln.⁹⁹⁰

Im Januar 1954 verfügte das Ministerium für Volksbildung eine engere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportgemeinschaften bzw. Betriebssportgruppen. Fortan sollten Oberschüler mit sehr guten schulischen Leistungen außerunterrichtliche Sportgemeinschaften beaufsichtigen. Das betraf: Leichtathletik, Gymnastik/Turnen, Schwimmen, Wintersport, Tischtennis, Radfahren, Rollkunstlauf, Fechten, Fußball, Handball, Volleyball sowie die westlich anmutenden Sportarten Rugby, Hockey und Eishockey.⁹⁹¹ Ein attraktives Angebot für Jugendliche aus Ost und West stellten die 1950 gegründeten Segelflugsportvereine unter Leitung der FDJ dar,⁹⁹² die von der „polnischen Jugend“ im Frühjahr desselben Jahres ein eigenes Segelflugzeug geschenkt bekam.⁹⁹³

Der Sport diene der Jugendorganisation gemäß Karl-Heinz Füssl als „wesentliches Rekrutierungsareal“⁹⁹⁴. Von 388.000 sportlich aktiven Heranwachsenden (14 bis 25 Jahre) vollzogen in den späten 1940er Jahren 300.000 den Beitritt in den Verband.⁹⁹⁵ Weil jeder Bürger unter 30 Jahren, der die Absicht hatte, Sport zu treiben, Mitglied in der FDJ sein musste,

989 Vgl. Geyer, Horst 1956, S. 80 f.

990 Vgl. Friedrich, Gerd 1951, S. 132 f.

991 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1954 (a), S. 143.

992 Vgl. Friedrich, Gerd 1951, S. 132 f.

993 Vgl. Protokoll Nr. 87 der Sitzung des Politbüros vom 9. Mai 1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2/87, Bl. 3.

994 Füssl, Karl-Heinz 1994, S. 361.

995 Vgl. ebd.

stiegen die Mitgliedszahlen.⁹⁹⁶ Der Ministerrat plante in den 1950er Jahren, mehr FDJler in die Sportverbände zu bringen.⁹⁹⁷ Die Kompetenzran-gelei zwischen FDJ und FDGB führte zur Gründung des Deutschen Sport-ausschusses bzw. der „Demokratischen Sportbewegung“. Im Rahmen von Wettkämpfen und regelmäßigen Turn- und Sportfesten nahmen sportbe-geisterte Jugendliche gleichsam an ideologischen Bildungsabenden und politischen Lehrgängen teil.⁹⁹⁸

Mitte der 1950er Jahre initiierte der Ministerrat den „Tag der Jugend und Sportler“⁹⁹⁹ und zu Ende des Jahrzehnts die „Woche der Jugend und der Sportler“, ab 1955 jedes Jahr in der vierten Woche im Juni. Die SED nutzte die Sportbegeisterung der Jugendlichen, um diese nach eigenen An-gaben „noch stärker zur bewußten schöpferischen Mitarbeit im Kampf für den Sieg des Sozialismus“ zu mobilisieren. Begleitet von kulturellen Ver-anstaltungen und Massensportfesten, erhielten sportliche Nachwuchstalente, erfolgreiche Mannschaften, JB und einzelne junge Arbeiter Anreize in Form von Auszeichnungen, wie „Meister des Sports“, „Hervorragende Ju-gendbrigade der Deutschen Demokratischen Republik“¹⁰⁰⁰, „Hervorragendes Jugendkollektiv der Deutschen Demokratischen Republik“¹⁰⁰¹ oder „Hervorragender Jungaktivist“¹⁰⁰². Eine Folge dieser staatlich subventio-nierten und gelenkten Sportpolitik war der hohe Organisationsgrad Ju-gendlicher in Sportverbänden der Massenorganisationen, wie dem Deut-schen Turn- und Sportbund.

996 Selbst arbeitsunfähige Rentner mussten ihre Mitgliedschaft in der FDJ nachwei-sen, um angeln zu können. Vgl. Friedrich, Gerd 1951, S. 132.

997 Vgl. Plan des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik zur Förde-rung der Jugend im Jahre 1955 vom 3. Februar 1955, in: Lindemann, Hans 1955, § 47.

998 Vgl. Litz, Patrick 2007, S. 31-36.

999 Plan des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik zur Förderung der Jugend im Jahre 1955 vom 3. Februar 1955, in: Lindemann, Hans 1955, § 1.

1000 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1959 (a), S. 279.

1001 Zweite Durchführungsbestimmung zum Jugendgesetz der DDR – Woche der Ju-gend und Sportler – vom 17. Mai 1965, in: Amt für Jugendfragen beim Minis-terrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971, § 7, Abs. 1.

1002 Die staatliche Auszeichnung konnten jährlich 100 Jugendliche nach einem be-zirklichen Verteilerschlüssel erhalten. Ordnung über die Verleihung des Ehrenti-tels „Hervorragender Jungaktivist“ vom 28. April 1960 in der Fassung der ach-ten Verordnung über staatliche Auszeichnungen vom 25. Mai 1963, in: ebd., § 1 u. 8.

Von den mehr als 17 Millionen vom Statistischen Amt der DDR erfassten Einwohnern gehörten 1957 rund drei Millionen zur Gruppe Jugendlicher – etwa 16 Prozent der Gesamtbevölkerung – und allein der DTSB zählte eine Million Mitglieder.¹⁰⁰³ Fast sieben Prozent aller Bürger in der DDR organisierten sich in dem Verband, darunter 244.000 14- bis 18-Jährige.¹⁰⁰⁴ Sport war für sehr viele Jugendliche eine attraktive Freizeitbeschäftigung. Studien aus den frühen 1960er Jahren belegen: Viele 14- bis 20-Jährige hatten großes Interesse an Sport und Lesen. Im Jahr 1962 gab von 2.000 Schülern (14 bis 22 Jahre) und 1963 von rund 8.000 Jugendlichen (zwölf bis 20 Jahre) jeweils die Mehrheit an, Sport sei ihnen das liebste Hobby.¹⁰⁰⁵ Neben Sport erfreuten sich noch andere Hobbys großer Beliebtheit. Soziologen in der DDR differenzierten Freizeitbeschäftigungen von Jugendlichen weiter in Unterhaltung, Bildung, Geselligkeit, Kommunikation und aktive kulturelle Freizeitgestaltung handwerklicher oder künstlerischer Natur.¹⁰⁰⁶

Aus Sicht des Staates und der Soziologen stand das Freizeitverhalten in engem Konnex zu den Wertvorstellungen und Normen in der sozialistischen Gesellschaft.¹⁰⁰⁷ Die Freizeit diene als Instrumentarium zur Herausbildung sozialistischer Lebensweisen, weshalb Arbeit und Freizeit untrennbar zusammengehörten. Die Einheitspartei betrachtete das Freizeitleben als einen Ausdruck politischer Erziehung, nicht als Privatangelegenheit.¹⁰⁰⁸ Von den 1950er Jahren an erhob der Staat die Forderung, seine Bürger sollten ihre Freizeit im Kollektiv bei Sport, Weiterbildung und gesellschaftlich nützlicher Arbeit verbringen. Am liebsten hätten die Erziehungsfunktionäre gesehen, dass junge Menschen in einem bestimmten Radius, etwa der Schule oder dem Wohngebiet, ihre Freizeit unter Leitung einer Massenorganisation auslebten, wie der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft oder der Gesellschaft für Sport und Technik.¹⁰⁰⁹

Im Mai 1952 erörterte das Politbüro die Aufgaben der neugegründeten GST. Demnach unterstütze die Organisation die Erziehung der Jugend zu

1003 Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 26 f.

1004 Die meisten Mitglieder waren 1957 in Fußball-, Angel- und Kegelvereinen. Vgl. Litz, Patrick 2007, S. 42.

1005 Vgl. Micksch, Jürgen 1972, S. 61; vgl. Röblitz, Günther 1967, S. 39 u. 61.

1006 Vgl. Hanke, Helmut 1979, S. 75 f.

1007 Vgl. Voß, Peter 1981 (a), S. 13.

1008 Vgl. Heyen, Rolf 1972, S. 100.

1009 Vgl. Micksch, Jürgen 1972, S. 50; vgl. Deja-Löhlhöfel, Brigitte 1986, S. 15.

Patriotismus und Heimatschutz, vermittelte technische Inhalte über das Flugwesen und den Luftschutz und popularisierte den Massensport, vorrangig Schießsport, Wassersport (Segelflugsport), Fallschirmspringen, Amateurfunk, Orientierung im Gelände (Kartenkunde), Motorsport, Schiffsmodellbau und Arbeit mit Zuchthunden.¹⁰¹⁰ Verglichen mit der GST, die ganz offen und pragmatisch Wehrsport betrieb, sah sich die FDJ mehr der ideologischen Indoktrination verpflichtet. Speziell in den Ballungsgebieten förderte sie die sozialistische Freizeitgestaltung über eigene Wohngruppen, zu denen zwar alle Jugendlichen Zugang erhielten, aber oftmals aus Prinzip Distanz hielten. Erst in den frühen 1960er Jahren wandelten sich die Wohngruppen zu Jugendklubs verschiedenster Ausprägung, angefangen bei staatlichen Klubhäusern mit Arbeitsgemeinschaften und Hobbygruppen über fachlich-wissenschaftliche „Zirkel“ bis zu Klubs mit Anbindung an kulturelle oder gesellschaftliche Institutionen, etwa dem Theater oder dem Zoo in der Stadt. Heranwachsende, die in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen zusammenarbeiteten, konnten ihren eigenen Schul-, Militär- oder Betriebsklub gründen. In jedem Klub gab es einen Hausleiter, bevorzugt aus den Reihen der FDJ.¹⁰¹¹

Die Zahl der Jugendklubs stieg von 113 (1952) auf 217 (1962),¹⁰¹² und es wurden mehr (inter-)kulturelle Veranstaltungen regelmäßig angeboten, wie „Feste der russischen Sprache“, Wissensolympiaden oder Zusammenkünfte mit regionalen Berühmtheiten oder Künstlern.¹⁰¹³ Die Dorfklubs und Kulturhäuser erfüllten eine Doppelfunktion. Einerseits verfügten sie über ein Angebot an Entspannung und Unterhaltung, andererseits dienten sie als kulturelle und politische Beeinflussungsstätte seitens der SED.¹⁰¹⁴ Die meisten Jugendlichen lockten Tanzveranstaltungen in die Jugendklubs und FDJ-Häuser. Anfang der 1950er Jahre forderte das Sekretariat der FDJ alle Klubhäuser dazu auf, an den Wochenenden „fröhliche, gesellige Tanzveranstaltungen stattfinden“ zu lassen und in jedem Monat mehrmals „große Jugendbälle, [...] Klubabende, Konzerte, Liederabende und Singe-

1010 Vgl. Strukturvorschlag für die „Gesellschaft für Sport und Technik“. Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 110 der Sitzung des Politbüros vom 6. Mai 1952, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2/210, Bl. 9.

1011 Vgl. Micksch, Jürgen 1972, S. 50.

1012 Vgl. Einrichtungen für die Jugend, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/123, Bl. 2 f.

1013 Vgl. Heyen, Rolf 1972, S. 102 f.

1014 Vgl. Kleßmann, Christoph 1988, S. 418 f.

stunden“¹⁰¹⁵ in das Programm aufzunehmen. Die FDJ lud oftmals nach politischen Bildungsabenden zum anschließenden Tanzvergnügen ein.¹⁰¹⁶ Die materielle Ausstattung der FDJ-Häuser war dürftig. Im Jahr 1956 ordnete der Ministerrat zwar an, 250 Schmalfilmkameras, 350 Fernsehgeräte, 50 Spielautomaten und 100 Labore zur Fotoentwicklung bereitzustellen,¹⁰¹⁷ das fiel aber bei einer Anzahl von insgesamt über 8.600 Jugendklubheimen und -häusern wohl nicht sonderlich ins Gewicht.¹⁰¹⁸

Die Freizeittreffs des Verbandes hatten auch deshalb so großen Zulauf, weil verwaltungstechnische Anordnungen und personelle Schwierigkeiten häufig die Nutzung anderer öffentlicher Räume einschränkten.¹⁰¹⁹ Aus diesem Grund verpflichtete das Gesetz ab 1954 die „Räte der Gemeinden, volkseigene Großbetriebe, die Maschinen-Traktoren-Stationen und die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ dazu, für die außerschulischen Freizeitaktivitäten der „Jungen Techniker“ und für die Klubs der „Jungen Künstler“¹⁰²⁰ Säle und Zimmer zur Verfügung zu stellen. Anfang der 1960er Jahre forderte die SED, den Bürokratismus bei der Nutzung von Freizeitstätten abzubauen, um „der Jugend [...] in origineller und wirksamer Weise zu helfen, ihre Freizeit sinnvoll im eigenen und im Interesse der Gesellschaft zu nutzen“¹⁰²¹. Die Maßnahmen der Einheitspartei, für die Jugend unbürokratisch mehr Räume und Zimmer bereitzustellen, betrafen jedoch nur staatlich genehme Freizeittreffs. Den Kirchen wurde die Nutzung öffentlicher Räume oftmals untersagt.

Von 1946 an erkannten SED und FDJ – neben westlichen Einflüssen – in der Kirche einen weiteren Konkurrenten ihrer Freizeitpolitik. Sie ver-

1015 Macht die Klubs und Heime zu Zentren der Jugendarbeit! Aus einem Beschluß des Sekretariats des Zentralrats der FDJ zur Arbeit in den Jugendheimen und Klubhäusern vom 2. Juli 1952, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960, S. 449.

1016 Vgl. Mählert, Ulrich/Gerd-Rüdiger Stephan 1996, S. 47.

1017 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1956 (b), S. 140 f.

1018 Vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) 1957, S. 142.

1019 So mussten Jugendliche erst einen Fragebogen für die Nutzung von öffentlichen Gebäuden ausfüllen, sich mit anderen Nutzern absprechen oder den Schlüssel beim Hausmeister abholen und bei dessen Dienstschluss das Gebäude wieder verlassen. Vgl. Janssen, Wiebke 2010 (a), S. 71.

1020 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1954 (d), S. 277.

1021 Der Jugend Vertrauen und Verantwortung. Communiqué des Politbüros des Zentralkomitees. Beschluß des Politbüros des ZK vom 17. September 1963, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1965, S. 700.

suchten insbesondere, deren Rüstzeiten zu sabotieren. Obwohl diese wohl kaum an das quantitative Niveau der staatlichen Veranstaltungen angeknüpft haben dürften – laut dem Volksbildungsministerium nahmen 1954 rund 94 Prozent aller Schüler an staatlich-organisierten Feriausfahrten teil¹⁰²² –, standen die kirchlichen Freizeitveranstaltungen unter permanenter Überwachung. Dennoch erfreuten sich die Rüstzeiten der katholischen Kirche, finanziert über Auslandsspenden, unter Jugendlichen hoher Popularität, da sie eine gute Versorgung und religiöse Erziehung in entspannter Ferienatmosphäre boten.¹⁰²³

Die Rüstzeiten der evangelischen Kirche dauerten zwischen drei Tagen und zwei Wochen. Sie fanden meist in den Ferien statt. Während der Rüstzeiten tanzten, sangen und wanderten die Jugendlichen und erörterten in Jugendkreisen biblische Texte. In den 1950er Jahren wurden in den Gesprächsrunden häufig Fragen des persönlichen Glaubens diskutiert. In den 1960er Jahren nahmen Probleme bei Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung mehr Platz ein. Ellen Ueberschär recherchierte, rund 10.000 Jugendliche hätten 1949 ihre Ferien im Sommerlager des evangelischen Landesjugendpfarramts Berlin verbracht, zehnmal mehr als noch 1948. Konkrete Informationen über die Teilnehmerzahlen gibt es jedoch kaum. Anfang der 1960er Jahre hatte die evangelische Kirche Listen und Akten aus den 1940er/50er Jahren vernichtet, um bei Hausdurchsuchungen kein belastendes Material zu liefern.¹⁰²⁴ Aus Sicht der SED entzogen die Kirchen Jugendliche durch ihre Rüstzeiten dem staatlichen Zugriff und widersetzen sich mit der religiösen Ausrichtung ihrer Ferienveranstaltungen dem Ziel, die Ferien zur „sozialistischen Erziehung, der Erholung, Kräftigung und Gesundheit der Schuljugend“¹⁰²⁵ zu nutzen.

Im Jahr 1952 erreichten die Repressionen ihren Höhepunkt. Während Ordnungskräfte der Volkspolizei mit Verweisen auf gesetzliche Beschlüsse auf die Abreise der jugendlichen Teilnehmer aus den kirchlichen Ferienstätten drängten,¹⁰²⁶ überwachte das MfS die Rüstzeiten konspirativ. Die Geheimpolizei vermerkte, die Kirche halte Jugendliche von den Ferienla-

1022 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1954 (d), S. 269.

1023 Vgl. Tischner, Wolfgang 2001, S. 347.

1024 Vgl. ebd., S. 324; vgl. Ueberschär, Ellen 1998, S. 169 u. 171.

1025 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1959 (b), § 1, Abs. 1.

1026 Vgl. Ueberschär, Ellen 1998, S. 174 f.

gern der FDJ bewusst fern und beeinflusse sie im reaktionären Sinne.¹⁰²⁷ Im selben Jahr wurden mehr als 150 kirchlich betreute Ferienlager verboten.¹⁰²⁸ Erst Mitte der 1950er Jahre schwand allmählich der Druck auf die Kirchen, bis sich das Verhältnis zwischen Staat und Kirche ab 1957 wieder verschlechterte. Im Februar 1957 hatte die evangelische Kirche einen Militärseelsorgevertrag mit der Bundesrepublik abgeschlossen, woraufhin die SED das nur für die östlichen Landeskirchen zuständige Staatssekretariat für Kirchenfragen einrichtete. Die Einheitspartei wollte eine Spaltung der evangelischen Gemeinden provozieren und versprach sich von dem Staatssekretariat eine bessere Kontrollfunktion. Während die Zahl verhafteter Geistlicher erneut stieg, Kontroversen über die Jugendweihe an Fahrt gewannen und Walter Ulbricht im Juli 1958 die zehn Gebote verkündete, blieb der von der SED erwartete Zustrom junger (gläubiger) Menschen zur FDJ aus.¹⁰²⁹

Vom Sommer 1958 an schränkte der Staat die kirchlichen Rüstzeiten wieder mehr ein und ließ die Junge Gemeinde intensiver beschatten. Lediglich nach dem Mauerbau zeigte sich die SED gegenüber den kirchlichen Freizeitangeboten etwas „gnädiger“. Kurz nach dem 13. August 1961 erhielten Freizeiteinrichtungen, bspw. Lichtspielhäuser und Gaststätten, die Aufforderung, interessante Filme und Tanzabende anzubieten. Zwar entstanden dadurch kurzfristig neue kulturelle Freiräume, junge Christen in den kirchlichen Freizeitstätten wurden aber weiterhin zur Abreise gezwungen.¹⁰³⁰ Begründet wurde die Notwendigkeit des Abbruchs kirchlicher Rüstzeiten mit der unverhältnismäßigen außerschulischen Überanstrengung der Schüler. Versuche seitens der Heimleiter und von christlichen Dozenten, sich gegen die staatliche Bevormundung zu wehren, indem sie Beschwerdesendungen an Bischöfe und Verwaltungsbehörden schickten, die Vorgänge mit der Volkspolizei dokumentierten und auf das in der Verfassung deklarierte Recht auf freie Religionsausübung verwiesen, endeten erfolglos. Die SED blieb in den 1960er Jahren bei ihrer Auffassung, die kirchliche Jugendarbeit erfolge unter Einfluss des „Gegners“ und halte Gläubige von der FDJ fern. Erst ab etwa 1964

1027 Erich Mielkes Dienstanweisung vom 23. November 1952, zitiert in: Besier, Gerhard/Stephan Wolf (Hrsg.) 1992, S. 171.

1028 Vgl. Sachse, Christian 2014, S. 207.

1029 Vgl. Ueberschär, Ellen 1998, S. 176 f.; vgl. Gerlach, Stefanie Virginia 1999, S. 42.

1030 Vgl. ebd., S. 176-178; vgl. Poiger, Uta G. 2003, S. 19.

sah die Einheitspartei von der Auflösung der Rüstzeiten ab. Das MfS behielt es sich vor, die Teilnehmer weiter auszuspähen.¹⁰³¹

Doch die Kirche erweiterte ihre Jugendarbeit und organisierte in den 1980er Jahren im Rahmen kirchlicher Freizeiten auf Zeltplätzen in der Tschechoslowakei und Ungarn Zusammenkünfte ost- und westdeutscher Jugendlicher.¹⁰³² Dreißig Jahre zuvor hätten solche Treffen mit hohen Zuchthausstrafen oder schlimmer geendet, denn ihren anderen Kontrahenten im freizeitlichen Erziehungsprozess sahen SED und FDJ gemäß dem ersten Jugendkommuniqué von 1961 in „der sogenannten westlichen Lebensweise [...], die die Jugendlichen moralisch verseucht“¹⁰³³. Tatsächlich frönten nicht wenige von ihnen, gleich ob FDJler oder nicht, anderen Vorlieben und Interessen, als es der von der SED verordnete Zeitgeist hätte zugelassen,¹⁰³⁴ wenngleich hunderttausende Jugendliche etwa an der Bewegung „Junge Talente“ teilnahmen, die von 1958/59 an das künstlerische Freizeitleben förderte und teilweise Berufskünstler hervorbrachte.¹⁰³⁵

Viele junge Menschen fuhren bis zum Mauerbau 1961 nach Westberlin, um einzukaufen oder Veranstaltungen zu besuchen. Zurück in der DDR, festigten sich die Erinnerungen und Eindrücke aus Westdeutschland, vor allem diejenigen an das bunte und moderne Unterhaltungsprogramm der Medien.¹⁰³⁶ Andere musikbegeisterte junge Menschen, die keine Möglichkeit besaßen, der Bundesrepublik einen Besuch abzustatten, nahmen Vorlieb mit dem sehr populären und in der DDR verbotenen Rundfunksender Radio Luxemburg. Ein Großteil der jungen Generation ersehnte Ende der 1950er Jahre – neben modischer Kleidung, erschwinglichen Motorrädern und der Beseitigung von Engpässen bei Lebensmitteln – Tanzlokale und Dorfkubs, in denen wie in Westdeutschland flotte westliche Schlagermu-

1031 Vgl. ebd., S. 177-181.

1032 Vgl. Leiterinformation Nr. 7/78 über die politisch-operative Lage unter jugendlichen Personenkreisen vom 1. Oktober 1980, in: BStU, MfS, BV Potsdam, BVfS Pdm, BdL Dok., Nr. 400119, pag. Bl. 6; vgl. Bollow, Frauke u. a. 1996 (b), S. 311.

1033 Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees zu Problemen der Jugend vom 7. Februar 1961, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1962, S. 373.

1034 Vgl. Kleßmann, Christoph 1988, S. 416; vgl. Merkel, Ina 1996, S. 246 f.

1035 Vgl. Eckert, Rainer 1995, S. 1273.

1036 Vgl. Bericht Nr. 14/61 über die ökonomische und politisch-ideologische Situation im Reichsbahnausbesserungswerk Brandenburg-West vom 11. Januar 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 364, Bl. 1-14.

sik und Rock 'n' Roll ertönten.¹⁰³⁷ Zwar übertrug der Staat „seiner“ Jugend offiziell Verantwortung beim Aufbau des Sozialismus und versuchte gemeinsam mit der FDJ, die Lebensbedingungen der jungen Generation zu verbessern, dafür jedoch erwarteten die Erziehungsfunktionäre unbedingten politischen und kulturellen Gehorsam.

Auf ihrem V. Parteitag im Juli 1958 zeichnete die SED das düstere Bild der „sittlichen Verrohung und moralischen Zersetzung“ der Jugend in Westdeutschland, begünstigt durch die „systematische[...] Förderung eines modernen Dunkelmännertums, der Verbreitung von Aberglauben und Mystik, der Amerikanisierung des Kulturlebens, der Ausbreitung einer pessimistischen Lebensauffassung und aller möglichen dekadenten volksfremden und volksfeindlichen Tendenzen in den Künsten“¹⁰³⁸. Da der „Klassenfeind“ laut dem ersten Jugendkommuniqué von 1961 alles unternehme, „um mit Hetze, Verleumdung und Verdummung auch auf Teile der Jugend [...] einzuwirken“¹⁰³⁹, sollten Jugendliche ihre Freizeit „sinnvoll“ nutzen, d. h.: regelmäßig die Häuser und Klubs der FDJ aufsuchen, sich politisch weiterbilden, in Massenorganisationen eintreten, kirchliche Angebote und westliche Konsumgüter meiden, Sport treiben und gesellschaftliches Engagement entwickeln.

Die Toleranz der Staatsmacht endete bei jenen Freizeitbeschäftigungen – und das waren viele –, die dem Sozialismus nach Auffassung der Einheitspartei fremd waren. Wie so häufig in der Jugendpolitik suggerierte die SED einerseits öffentlich Verständnis, weil die junge Generation „nicht im Treibhaus und auch nicht im Kloster“¹⁰⁴⁰ groß werde, und for-

1037 Das belegt eine unveröffentlichte Studie des Neuen Deutschlands aus dem Jahr 1961. Von 2.500 Jugendlichen gaben 35 Prozent Auskunft, ein Fünftel davon anonym. Die meisten Befragten waren junge Arbeiter. Vgl. SAPMO-BArch, FDJ A/6173, zitiert in: Thöns, Kerstin 1996, S. 185 u. 188 f.

1038 Über den Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat. Beschluß des V. Parteitages (10. bis 16. Juli 1958), angenommen am 15. Juli 1958, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1961, S. 290.

1039 Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees zu Problemen der Jugend vom 7. Februar 1961, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1962, S. 369.

1040 Ebd., S. 373.

derte „weder Gängelei noch Selbstlauf“¹⁰⁴¹. Andererseits wurden unliebsame Verhaltensweisen, wie das Tragen des Hemdes über der Hose, das Lesen westlicher Literatur oder das „Herumlungern“ auf der Straße, nicht geduldet.¹⁰⁴² So wie die SED von 1946 an die Grundlagen für die „richtige“ Freizeitgestaltung der Jugend festlegte, so bemühte sie sich mit teilweise neuen bzw. modifizierten Riten, wie der sozialistischen Namensweihe, den Gelöbnissen der Jungen Pioniere und der FDJ, der sozialistischen Eheschließung und insbesondere mit der Jugendweihe, um die Etablierung sozialistischer Werte und Normen in der Gesellschaft.¹⁰⁴³ Während sozialistische Namensweihe und sozialistische Eheschließung unbedeutend blieben,¹⁰⁴⁴ stiegen die Teilnehmerzahlen bei der Jugendweihe kontinuierlich.

3.2.3 Konformitätszwang und Anpassung

Den Wunsch vieler Heranwachsender nach persönlicher Selbstbestimmung im Freizeitbereich behandelte die SED als anarchistische Eigenbrötcherei.¹⁰⁴⁵ Das Anforderungsprofil der sozialistischen Persönlichkeit und die kaum mehr mögliche Realisierung einer individuellen Lebensplanung führten zu unterschiedlichen Reaktionen. Sozialer Rückzug, Resignation, Rebellion und die Massenabwanderung junger Menschen aus der DDR bis zum Mauerbau stellten nur einen Teil des Spektrums von Bewältigungsstrategien dar.¹⁰⁴⁶ Konformität und Arrangement mit der neuen politischen Ordnung prägten das Jahrzehnt ebenso. Die junge Generation entwickelte verschiedene Anpassungsmuster, denn im schlimmsten Fall konnte abwei-

1041 Der Jugend Vertrauen und Verantwortung. Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees. Beschluß des Politbüros des ZK vom 17. September 1963, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1965, S. 700.

1042 Siehe dazu Kap. 3.2.4.

1043 Vgl. Koch, Hans-Gerhard 1975, S. 229-237; vgl. Fricke, Karl Wilhelm 1984, S. 78; vgl. Dähn, Horst 1998, S. 33; vgl. Geißler, Gert 2015, S. 60.

1044 Vgl. Mohrmann, Ute 2000, S. 32.

1045 Vgl. Protokoll der Sitzung der ZK-Jugendkommission im März 1968, in: SAPMO-BArch, ZPA IV/2/16/68, zitiert in: Thöns, Kerstin 1996, S. 175.

1046 Christian Sachse widerspricht der These von der Jugend als besonderer Problemgruppe bei der Fluchtbewegung bis 1961. Vgl. Sachse, Christian 2006, S. 32.

chendes Verhalten die gewünschte berufliche Karriere verhindern und den Verlust der sozialen Stellung bedeuten.¹⁰⁴⁷ Der hohe Organisationsgrad in der FDJ – Ende der 1950er Jahre war fast jeder zweite Jugendliche Mitglied – ist nur ein Beleg für die Anpassungsfähigkeit vieler Jugendlicher an die herrschenden Zwänge.¹⁰⁴⁸

Doch nicht wenige junge Menschen bewahrten sich eine gesunde Skepsis. Im September 1965 erörterten sogenannte Jugendinstrukteure bei einer Beratung, welche Fragen Jugendliche häufig bewegten. Demnach fragten sich viele der jungen Leute, warum Uhren oder Autos (etwa Wartburg), die in die Bundesrepublik geliefert werden, dort weniger kosteten, und ob es humanistisch sei, an der Grenze zu schießen. Einzelne wussten nicht, was passieren würde, wenn sie bei Wahlen die Kabine benutzten oder gar nicht erst wählen gingen. Ein Teil misstraute den ostdeutschen Presseorganen, hielt die omnipräsent propagierte Gefährlichkeit des „Imperialismus“ für übertrieben und verstand nicht, wie sich die Spaltung Deutschlands vollzogen hatte. Vielen ging es nicht um Politik, wenn sie Westfernsehen sahen oder bundesdeutschen Rundfunk hörten, sondern um gute Musik und Unterhaltung. Ein indifferentes Verhältnis zur Politik beruhte weniger auf politischem Desinteresse, vielmehr glaubten viele Heranwachsende die Losungen ihrer Staatsführung einfach nicht.¹⁰⁴⁹

Dennoch akzeptierte die Mehrheit der Jugend das politische System. Einerseits verlangten es die politischen Umstände und das soziale Umfeld in Kinderorganisation, FDJ, Schule, Betrieb oder Universität, andererseits standen politisch unbequeme Fragen kaum zur Diskussion, trotz des hohen Bedarfs. Laut einer unveröffentlichten Umfrage des Neuen Deutschlands mit 2.500 Jugendlichen, die Beteiligung lag bei 35 Prozent, sagten mehr als 20 Prozent, sie würden lieber im geeinten Deutschland leben, was nach Auffassung der Befragten noch mindestens 50 Jahre dauern würde. Weniger als zwei Drittel von ihnen glaubten 1961 an den weltweiten Sieg des Sozialismus, wenngleich sie die soziale Sicherheit und Fürsorge in der DDR schätzten. Die Mehrheit lehnte das oktroyierte westliche Feindbild ab und verhielt sich der Politik gegenüber gleichgültig. Politische Verant-

1047 Vgl. Thöns, Kerstin 1996, S. 175 u. 185.

1048 Vgl. SAPMO-BArch, FDJ A/5697/I, zitiert in: ebd., S. 182; vgl. Kleßmann, Christoph 1988, S. 417.

1049 Vgl. Aufzeichnung der Berichterstattung auf der Beratung der Jugendinstrukteure vom 17. September 1965, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/123, Bl. 1, 6 u. 13.

wortung wollte kaum einer der Befragten übernehmen. Die FDJ spielte im Alltagsleben der meisten eine Nebenrolle, da der Verband es nicht verstand, sich für deren Anliegen einzusetzen.¹⁰⁵⁰

Ein solches „sozialistisches Identitätsdilemma“ wollte die SED vermeiden, galt es doch, vor allem unter den Jugendlichen – der Zukunft des Landes – einen hohen Grad an Akzeptanz und Zuspruch zu erwirken. Dabei bediente sich die politische Führung geeigneter Bräuche und Zeremonien, wie der 1955 eingeführten Jugendweihe. Von ihr versprachen sich die Erziehungsfunktionäre eben jene identitätsstiftende Wirkung.¹⁰⁵¹ Ein Sitzungsdocument der Jugendabteilung aus dem Jahr 1947 legt den Verdacht nahe, das Zentralsekretariat beabsichtigte deren Einführung schon für Ende der 1940er Jahre.¹⁰⁵² Jedoch verbat sich die SED, wegen möglicher weltanschaulicher Konflikte, bis in die erste Hälfte der 1950er Jahre zunächst die Durchführung ideologischer Riten.¹⁰⁵³ Erst mit der II. Parteikonferenz vom Juli 1952 stellte die Einheitspartei die Weichen für den planmäßigen Aufbau des Sozialismus und somit für ein ideologisch fundiertes Bildungswesen.¹⁰⁵⁴ Alle Bildungseinrichtungen erhielten den Auftrag, fortan einzig das sozialistische Erziehungsziel zu verfolgen und drei Jahre später möglichst alle 14-Jährigen für die Jugendweihe zu gewinnen.

Welchen politischen Zweck hatte die Jugendweihe? Zum einen sollte der Weiheritus die Jugendlichen für die Ideen des Sozialismus empfänglicher machen, zum anderen sollte der kirchliche Einfluss eingedämmt, dabei aber eine offensichtliche Verletzung des verfassungsmäßig garantierten Rechts auf Religionsfreiheit vermieden werden.¹⁰⁵⁵ So plante die SED in den Anfangsjahren – basierend auf dem Prinzip der „Freiwilligkeit“ – die Jugendweihe für alle Schulabgänger der achten Klasse als familiäre Festivität, unabhängig von Herkunft, sozialer Stellung und vor allem der reli-

1050 Vgl. SAPMO-BArch, FDJ A/6173, zitiert in: Thöns, Kerstin 1996, S. 185-187.

1051 Die Tradition der Jugendweihe reicht bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Schon 1918 führte das linke Parteienspektrum Jugendweihen für ihre atheistischen Mitglieder durch. Vgl. Wentker, Hermann 1995, S. 140 f.

1052 Vgl. Fragen der Jugendabteilung. Protokoll Nr. 81 auf der Sitzung des Zentralsekretariats vom 17. März 1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.1/72, Bl. 4.

1053 Vgl. Schütz, Sigrid 2004, S. 414.

1054 Vgl. Zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus. Beschluß der II. Parteikonferenz vom 9. bis 12. Juli 1952, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1954, S. 73, 75 u. 78.

1055 Vgl. Schütz, Sigrid 2004, S. 411.

giösen Orientierung.¹⁰⁵⁶ Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche war angespannt, obwohl die SED 1946 beteuerte, in der SBZ gebe es keine „Gegensätze, die eine jetzt offenbar herbeigewünschte Kampfstellung Christentum *oder* Marxismus rechtfertigen können. [...] Die frühere allgemeine Ablehnung der Kirche durch die sozialistische Arbeiterbewegung galt nicht dem christlichen Glauben. Sie galt der Kirche als Machtinstrument der herrschenden Klasse.“¹⁰⁵⁷ Schon im Folgejahr verschärfte die Einheitspartei gegenüber Vertretern des christlichen Glaubens ihren Restriktionskurs.¹⁰⁵⁸

Auf dem III. Parteitag im Juli 1950 bekräftigte sie zwar erneut, die Verfassung garantiere jedem Bürger das Recht auf freie Religionsausübung, allerdings wurden „gewisse Kirchenführer“ eines „reaktionären Vorstoßes“ gegen die „demokratische Ordnung“ bezichtigt: Das seien „die gleichen hohen Kirchenführer [...], die den Terror im Nazireich guthießen und die Waffen zu Hitlers Raubkrieg segneten“¹⁰⁵⁹. Diese „antisozialistischen“ Kräfte stünden den staatsbürgerlichen Rechten junger Menschen feindlich gesinnt gegenüber, störten sie doch etwa die Arbeit der FDJ, von der eine „immer größere Anziehungskraft“¹⁰⁶⁰ ausginge. Tatsächlich stieg die Zahl junger Gläubiger bis zum sogenannten Kirchenkampf 1952/53. Der Mitgliederzuwachs der katholischen Kirche übertraf, prozentual gemessen, den der Protestanten. Die Volkspolizei schätzte die Zahl der jugendlichen Katholiken 1951 auf mehr als 22.600 und 1952 auf über 30.200. Der Jungen Gemeinde sollen 1951 rund 72.500 und 1952 100.000 Personen angehört haben.¹⁰⁶¹

Kirchenstatistiken sprechen von einer religiösen Mehrheit der Bevölkerung bis etwa 1955. Der Anteil konfessionell gebundener Menschen lag in

1056 Vgl. Röbling, Udo 1992, S. 265; vgl. Döhnert, Albrecht 2000, S. 126.

1057 SED und Christentum vom 27. August 1946, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952, S. 87. Hervorhebung im Original.

1058 Vgl. Gerlach, Stefanie Virginia 1999, S. 42.

1059 Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1950, S. 40.

1060 Ebd., S. 41.

1061 Vgl. Die Mitteilung der Volkspolizei an das Ministerium des Innern vom 28. Juni 1952, in: BAP 11/873, S. 64, zitiert in: Tischner, Wolfgang 2001, S. 348. Auch Christian Sachse recherchierte, die Mitglieder der Jungen Gemeinde seien innerhalb eines Jahres von 72.000 auf 100.000 Mitte des Jahres 1952 gestiegen. Vgl. ders. 2014, S. 207.

den 1950er Jahren in Mitteldeutschland zwischen 85 bis 90 Prozent. Die Katholiken stellten ungefähr ein Zehntel der Gesamtbevölkerung.¹⁰⁶² Die evangelische Kirche vereinte 1950 rund 80 Prozent der Gläubigen in der DDR. Vier Jahre später betrug deren Anteil an der Gesamtbevölkerung rund 70 Prozent. Während der Anteil getaufter evangelischer Christen in den 1950er Jahren zwischen 63 und 76 Prozent lag, erhielten in den 1960er Jahren 30 Prozent der Kinder die Taufe.¹⁰⁶³ Die rückläufigen Quoten bei den Taufen basierten auf dem wachsenden Atheismus unter der Bevölkerung bzw. auf der allmählichen Loslösung der Gesellschaft von kirchlichen Institutionen, ein Resultat der staatlichen Kirchenpolitik aus den 1950er Jahren.¹⁰⁶⁴

Im Gegensatz zu den Blockparteien hatte sich die protestantische Kirche ihren gesellschaftlichen Einfluss zu Beginn der 1950er Jahre weitgehend bewahren können und sich in der gesamtdeutschen Gemeinschaft evangelischer Kirchen organisiert. Auf diese Weise blieb ihre Jugendarbeit zwar relativ autonom, aber die Einführung der Jugendweihe brachte besonders Mitglieder der Jungen Gemeinde in Gewissenskonflikte.¹⁰⁶⁵ Die katholische Kirche hingegen sah von einer zonenweiten Zusammenlegung ihrer Gruppen ab. Da es überall in der DDR vereinzelte katholische Jugendgruppen gab, die teilweise als Bibelkreise oder Messdienergruppen firmierten, waren diese gemäß Wolfgang Tischner „der staatlichen Repression erheblich weniger ausgesetzt als die evangelische ‚Junge Gemeinde‘“¹⁰⁶⁶. Da die SED in der Jugendarbeit das Monopol beanspruchte und möglichst viele Jugendliche in der FDJ erfassen wollte, galt es, durch staatliche Eingriffe den geistlichen Einfluss zu unterminieren.

Protestanten, Katholiken und Zeugen Jehovas wurden verfolgt, Pfarrer dem Vorwurf der „staatsfeindlichen Hetze“ ausgesetzt, christliche Lehrer mit dem Stigma der Rückschrittlichkeit versehen, das Tragen des Bekenntniszeichens (Kugelkreuz) und kirchliche Jugendzeitschriften verboten. Die Justiz klagte die Junge Gemeinde bzw. ihre über 100.000 Mitglieder der „Agententätigkeit“ an, 1952/53 erhielten über 70 Pfarrer und Jugendleiter hohe Zuchthausstrafen, mehr als 300 Schüler, 3.000 Oberschüler und hun-

1062 Vgl. Fricke, Karl Wilhelm 1984, S. 71.

1063 Vgl. Koch, Hans-Gerhard 1975, S. 243; vgl. Pollack, Detlef 1994, S. 384 u. S. 412-415; vgl. Dähn, Horst 1998, S. 32.

1064 Vgl. Gerlach, Stefanie Virginia 1999, S. 42.

1065 Vgl. Thöns, Kerstin 1999, S. 779 f.

1066 Tischner, Wolfgang 2001, S. 323.

derte Studenten mussten 1953 wegen ihrer Mitgliedschaft in der Jungen Gemeinde die Ausbildung abbrechen. Tausende junge Menschen, die eine Erklärung gegen die Junge Gemeinde schuldig blieben, wurden von Schulen und Universitäten geworfen. Ein generelles Verbot von Christen an Bildungseinrichtungen konnte die SED aufgrund der politischen Veränderungen in Moskau nach dem Tod Stalins nicht mehr realisieren.¹⁰⁶⁷

Der Tod des sowjetischen Diktators, laut dem ND einer der „größten Menschen unserer Epoche“¹⁰⁶⁸, hatte im Kreml einen Kurswechsel ausgelöst. Statt junge Gläubige weiter zu verfolgen, befahl Moskau, in der DDR solle verstärkt Aufklärungsarbeit betrieben werden, um die geistlichen Einflüsse in der Gesellschaft zu schwächen.¹⁰⁶⁹ Ein glücklicher Umstand, gedachte doch das Politbüro Anfang des Jahres 1953, noch mehr junge Christen in Schauprozessen als „Spione“ und „Saboteure“ anzuklagen.¹⁰⁷⁰ Die SED musste ihre Treibjagd beenden. Die Bildungseinrichtungen nahmen relegierte christliche Schüler wieder auf und die Zuchthäuser entließen die Pfarrer,¹⁰⁷¹ während viele Kinder und Jugendliche in Gedenken an Stalin vor den Schulen Mahnwachen hielten.¹⁰⁷²

Im Juni 1953 kamen evangelische und staatliche Vertreter zusammen und einigten sich auf einen respektvollen Umgang. Der Ministerrat versicherte, keine weiteren Maßnahmen gegen die Junge Gemeinde einzuleiten, die Einschränkungen für den Religionsunterricht zu beseitigen und die Relegation von Oberschülern und Studenten aufzuheben. Die Kirchen garantierten mit dem Kommuniqué vom 11. Juni 1953, auf „verfassungswidrige Eingriffe und Einwirkungen in das wirtschaftliche und politische Leben zu verzichten“¹⁰⁷³. Allerdings währte die Entspannungsphase nur kurz. Schon 1956 schaffte die SED z. B. die kirchlichen Bahnhofsmissionen ab.¹⁰⁷⁴ Aus Sicht der Staatsführung stellte jede kirchliche Einflussnahme ihren Alleinvertretungsanspruch in Frage. Die Geheimpolizei warnte

1067 Vgl. Herz, Hanns-Peter 1957, S. 30 f.; vgl. Fricke, Karl Wilhelm 1984, S. 71-80; vgl. Kleßmann, Christoph 1997, S. 26; vgl. Dähn, Horst 1998, S. 29; vgl. Gerlach, Stefanie Virginia 1999, S. 43; vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha 2003, S. 58 f.; vgl. ders. 2013 (a), S. 18; vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2014, S. 167 f.

1068 ND vom 7. März 1953, S. 1.

1069 Vgl. Gerlach, Stefanie Virginia 1999, S. 43.

1070 Vgl. Fricke, Karl Wilhelm 1984, S. 77; vgl. Mähler, Ulrich 1995 (b), S. 1457.

1071 Vgl. Jesse, Eckhard 1995, S. 1003.

1072 Vgl. Mitter, Armin/Stefan Wolle 1995, S. 176.

1073 BZ vom 11. Juni 1953, S. 2.

1074 Vgl. Mitter, Armin/Stefan Wolle 1995, S. 185 f.

Walter Ulbricht, zwei Tage vor dem Volksaufstand vom 17. Juni, vor den Bemühungen der Kirche, Jugendliche über die Junge Gemeinde im religiösen Sinne politisieren und von der FDJ fernhalten zu wollen.¹⁰⁷⁵

Tatsächlich wuchs die Distanz zur Jugendorganisation 1953,¹⁰⁷⁶ da viele junge Menschen hautnah miterlebten, wie unzufrieden die Arbeiter mit dem Staat waren, der in ihrem Namen errichtet wurde.¹⁰⁷⁷ Geistliche Vertreter wurden als „Saboteure“ verfolgt, weil sie den Volksaufstand – offiziell ein „faschistische[r] Putschversuch“¹⁰⁷⁸ – unterstützt hatten.¹⁰⁷⁹ Nach Kirchenkampf und Volksaufstand verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Staat und Kirche erneut, versprach sich die SED doch mit Einführung der Jugendweihe die Verdrängung christlicher Einflüsse auf die Jugend.¹⁰⁸⁰ Ob die Jugendweihe die katholische oder die evangelische Kirche stärkerem Druck aussetzte, ist umstritten.¹⁰⁸¹

Nicht nur die Kirchen waren nun gezwungen, sich mit der Jugendweihe zu arrangieren. Auch in der FDJ-Verbandsspitze kamen in den 1950er Jahren Überlegungen auf, wie mit jungen Christen umzugehen sei. Hätte sich der Verband von seinen religiösen Mitgliedern getrennt, wäre ihm ein großer Teil verloren gegangen. Schätzungen zufolge gehörten 1957/58 rund 20 Prozent aller FDJler zu den bekennenden Christen.¹⁰⁸² Bereits im März 1954 hatte das Politbüro deshalb beschlossen: „Durch die Freie Deutsche Jugend ist der ideologische Kampf unter der Jugend zu verstärken. Alle Reste sektiererischen Verhaltens gegenüber religiösgebundenen Jugendlichen und Angehörigen der ‚Jungen Gemeinde‘ sind zu beseitigen.

1075 Vgl. Information Nr. 1013 vom 15. Juli 1953, in: BStU, MfS, AS 9/57, Bd. III a, Bl. 227-272; vgl. Informationsdienst Nr. 2013 zur Beurteilung der Situation vom 6. November 1953, in: BStU, MfS, AS 39/58, Bd. I, Bl. 345-354.

1076 Vgl. Freiburg, Arnold 1981 (a), S. 362.

1077 Vgl. Hertle, Hans-Hermann/Stefan Wolle 2006, S. 103.

1078 Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei. Beschließung des Zentralkomitees vom 26. Juli 1953 (15. Tagung), in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1954, S. 453.

1079 Die Zahl der Festgenommenen belief sich auf ungefähr 15.000 Menschen. Die Verhaftungen geschahen meist willkürlich. Das Sowjetische Militärtribunal verurteilte weitere 500 bis 700 Personen zu hohen Haftstrafen. Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha 2013 (a), S. 105 u. 107.

1080 Vgl. Meier, Andreas 2001, S. 36; vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha 2009 (a), S. 34.

1081 Thomas Nikolaus Raabe vertritt die Ansicht, dass der Druck durch die Jugendweihe besonders für katholische Gläubige stieg. Kerstin Thöns ist gegenteiliger Meinung. Vgl. ders. 1998, S. 49; vgl. dies. 1999, S. 802.

1082 Vgl. Thöns, Kerstin 1999, S. 785 f.

Die kulturelle Massenarbeit muss dabei zum entscheidenden [sic!] Mittel zur Heranführung christlicher Jugendlicher an die FDJ werden.“¹⁰⁸³

Die Notwendigkeit der Jugendweihe lag in der fehlenden Alternative zur Konfirmation/Kommunion begründet. Das Politbüro konstatierte, obwohl viele Eltern „keine innere Bindung zur Kirche haben“, schickten sie ihre Kinder in die Kurse zur Vorbereitung der Konfirmation und Kommunion, damit diese den neuen Lebensabschnitt nach Ende der Schulzeit gebührend begehen konnten. Aus diesem Grund seien die „populär-wissenschaftliche Aufklärungsarbeit [...] unter den Massen“ zu intensivieren und „leichtverständliche Bücher, Broschüren und Zeitschriften über naturwissenschaftliche Themen“¹⁰⁸⁴ speziell für Jugendliche herauszugeben. Die verstärkte Massenarbeit bzw. die Intensivierung staatsbürgerlicher Erziehung erfolgte mit der Angliederung der Jugendweihe an das Schulwesen. Mit den Vorbereitungsstunden zur Jugendweihe, eingebettet in den regulären Schulbetrieb, war es möglich, fast alle 14-jährigen Schüler zu erfassen.

Den sozialistischen Weiheritus legten die Erziehungsfunktionäre mit Kalkül ins Frühjahr der achten Klasse. Die meisten Jugendlichen traten der FDJ mit 14 Jahren bei, erhielten mit dem 14. Lebensjahr einen eigenen Personalausweis und religiöse Heranwachsende zelebrierten eben genau zu dieser Zeit den symbolischen Schritt ins Erwachsenenleben.¹⁰⁸⁵ Für einige Jugendstundenleiter, meist Lehrkräfte der jeweiligen Schule, geriet die Vorbereitung zur Jugendweihe im Schulunterricht zum individuellen Belastungstest. Schulräte eruierten bei Direktorentagungen die Teilnehmerzahlen, und schon bei einem Rückgang um zwei bis drei Prozent galt die politische Arbeit an den Schulen als ungenügend. Penibel geführte Listen gaben Aufschluss über die Arbeitsmethoden der Jugendstundenleiter und lag für deren eigene Kinder noch keine Anmeldung vor oder zeigten die Pädagogen bei den Jugendstunden ungenügendes Engagement, erfolgten wie bei säumigen SED-Mitgliedern „Aussprachen“, im schlimmsten Fall berufliche Sanktionen.¹⁰⁸⁶

1083 Die Politik der Partei in Kirchenfragen. Anlage Nr. 6 zum Protokoll Nr. 15 auf der Sitzung des Politbüros vom 14. März 1954, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/353, Bl. 27.

1084 Ebd.

1085 Vgl. Tenorth, Heinz-Elmar u. a. 1996, S. 205 f.; vgl. Chauiac, Marina 2006, S. 204; vgl. Morche, Torsten 2006, S. 50; vgl. Schütz, Sigrid 2006, S. 23 f.

1086 Vgl. Tenorth, Heinz-Elmar u. a. 1996, S. 211 f.; vgl. Chowanski, Joachim/Rolf Dreier 2000, S. 71; vgl. Döhnert, Albrecht 2000, S. 133; vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2014, S. 188.

Den ideologischen Kern der Vorbereitungsstunden bildeten verschiedene Themenkomplexe unter marxistisch-leninistischer Lesart, die von kulturellen Veranstaltungen umrahmt wurden: Exkursionen zum Planetarium, zu Mahn- und Gedenkstätten, Theater- und Museumsbesuche, Ausflüge in Betriebe oder Gesprächsrunden mit kommunistischen Veteranen.¹⁰⁸⁷ Im Einführungsjahr der Jugendweihe 1955 bereiteten Lehrer Schüler in zehn Jugendstunden auf das sozialistische Ritual vor. Im Lehrplan wurde betont, es käme „darauf an, in vielfältigen und anschaulichen Formen durch persönliche Aussprachen und Gespräche die Vermittlung von wertvollen Erkenntnissen [...] auf das engste mit der praktischen Erziehung der jungen Menschen zu verbinden“¹⁰⁸⁸. In den ersten vier Unterrichtseinheiten ging es um den Aufbau des Sonnensystems und die Genese des heliozentrischen Weltbildes, die Entstehung des Lebens auf der Erde sowie die Entwicklung des Menschen. Die folgenden Lehrstunden griffen propagandistisch gesellschaftspolitische Aspekte auf. So stand die sechste Stunde unter dem Titel „Die schöpferischen Kräfte der Volksmassen und ihr Kampf um den gesellschaftlichen Fortschritt“. In der achten Stunde erörterten Lehrer die Stellung der Frau in der Gesellschaft, bevor die zehnte Stoffeinheit Jugendliche animieren sollte,¹⁰⁸⁹ „selbständig in der Gesellschaft an irgendeiner Stelle mitzuarbeiten“¹⁰⁹⁰, so der Themenplan von 1955.

Eine Studie des ZIJ aus den frühen 1980er Jahren mit über 1.500 befragten Leipziger Acht- und Zehntklässlern verriet: Die Hälfte der Probanden nahm gern an den Jugendstunden teil, über 40 Prozent ungern. Fünf Prozent der befragten Schüler sagten, sie würden weder teilnehmen, noch hätten sie künftig Interesse daran.¹⁰⁹¹ Inwieweit es sich bei den Desinteressierten um religiös gebundene Heranwachsende handelte, bleibt unerwähnt. Bis in die 1980er Jahre sprachen die Kirchen bzw. mutige Pfarrer und Bischöfe die Benachteiligung junger Christen an, etwa bei der Verabschiedung des Jugendgesetzes von 1974, auf dem Kirchentag von 1976 in

1087 Vgl. Billeb, Konstanze 1991, S. 47; vgl. Döhnert, Albrecht 2000, S. 137; vgl. Knopke, Lars 2007, S. 140.

1088 Themenplan der Jugendstunden 1955, zitiert in: Jeremias, U. 1958, S. 51.

1089 Vgl. ebd., S. 51-64.

1090 Ebd., S. 62.

1091 Vgl. Schreiber, Jochen 1982, Bl. 35.

Rostock oder im Hirtenbrief von 1981.¹⁰⁹² Die Jugendstunden brachten junge Christen vor allem in den 1950er Jahren in Gewissenskonflikte, da Kirchenvertreter beider Konfessionen die strikte Ablehnung des, wie Matthias Judt es nennt, „atheistischen Initiationsritual[s]“¹⁰⁹³ durch dessen Unvereinbarkeit mit dem Glauben begründeten. Die evangelische Kirchenleitung Berlin-Brandenburg hatte 1954 verkündet: „Wir sind uns mit den überzeugten Anhängern des Marxismus-Leninismus darin einig, daß christlicher Glaube und marxistische Weltanschauung in einem unüberbrückbaren inneren Gegensatz stehen. [...] „Kinder, die sich einer Handlung unterziehen, die im Gegensatz zur Konfirmation steht (Jugendweihe oder dgl.), können nicht konfirmiert werden“.“¹⁰⁹⁴

Gläubigen Heranwachsenden, die an der Jugendweihe teilgenommen hatten, unabhängig davon, ob sie bereits getauft waren oder nicht, blieben das Heilige Abendmahl, die Ausübung einer Patenschaft, eine kirchliche Trauung und die kirchliche Bestattung zunächst teilweise verwehrt.¹⁰⁹⁵ Im Jahr 1956 wurden von rund 54.000 getauften Jugendlichen in Sachsen 90 Prozent konfirmiert, fast vier Prozent aber wurde dies verweigert.¹⁰⁹⁶ Beide Kirchen begriffen die Jugendweihe als bewusst herbeigeführte Konkurrenz zur evangelischen Konfirmation und katholischen Erstkommunionfeier bzw. Firmung. Während die katholische Kirche gemäß Thomas Nikolaus Raabe bis zum Jahr 1989 auf ihrem Entweder-oder-Standpunkt

1092 Vgl. Information Nr. 465/76 über den Landeskirchentag der Evangelischen Landeskirche Mecklenburg (Schwerin) vom 11. bis 13. Juni 1976 in Rostock vom 28. Juni 1976, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2509, Bl. 1-7; vgl. Information Nr. 502/76 über Ausarbeitungen negativer kirchlicher Kräfte aus den evangelischen Landeskirchen Berlin-Brandenburg und Sachsen zum Thema „Jugendweihe“ und „Menschenrechte“ vom 1. Juli 1976, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2521, Bl. 1-8; vgl. Information Nr. 101/81 über ein „Gemeinsames Hirtenwort der katholischen Bischöfe in der DDR zur österlichen Bußzeit 1981“ vom 26. Februar 1981, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 3112, Bl. 1-13; vgl. Malycha, Andreas/Peter Jochen Winters 2009, S. 253.

1093 Judt, Matthias (Hrsg.) 1997, S. 178.

1094 Wort der Evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg vom 30. November 1954, zitiert in: Jeremias, U. 1958, S. 48.

1095 Vgl. Dähn, Horst 1998, S. 36; vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2014, S. 184 f.

1096 Genaue Daten gibt es nur über die evangelische Kirche in Sachsen. Diese kommen dem Durchschnittswert der DDR-Landeskirchen sehr nahe. Vgl. Dähn, Horst 1982, S. 57 f.; vgl. ders. 1998, S. 44; vgl. Döhnert, Albrecht 2000, S. 130 f.

beharrete,¹⁰⁹⁷ in der Praxis jedoch katholische Jugendliche an der Jugendweihe teilnehmen ließ – vorausgesetzt, sie begingen in zeitlichem Abstand dazu die Erstkommunion/Firmung –, gab die evangelische Kirche kurz nach Einführung der Jugendweihe ihren Widerstand weitgehend auf.¹⁰⁹⁸

Gegen Ende der 1950er Jahre konnten getaufte Jugendliche in Sachsen und Berlin-Brandenburg, gleich ob sie den Jugendstunden beiwohnten oder nicht, am Konfirmandenunterricht teilnehmen und ein Jahr nach der Jugendweihe die Konfirmation begehen. In Thüringen und Sachsen-Anhalt sah die Kirche von Wartezeiten ab. Die betreffenden 14-Jährigen durften die Jugendweihe und die Konfirmation im selben Jahr feiern, sofern sie als reif genug dafür galten.¹⁰⁹⁹ Die evangelische Kirche hatte ihre Meinung deshalb so schnell geändert, weil die Jugendweihe, ähnlich wie eine Mitgliedschaft in der FDJ, für junge Menschen zu einem entscheidenden Faktor für die berufliche Karriere avancierte. Die Pfarrer befürchteten, viele junge Gläubige würden der Kirche den Rücken kehren, wenn diese bei ihrer ablehnenden Haltung bliebe.¹¹⁰⁰

Im Frühjahr 1955 beteiligten sich rund 52.300 Jugendliche am ersten Durchlauf der Jugendweihe. Das waren über 18 Prozent des gesamten Altersjahrgangs.¹¹⁰¹ Andere Schätzungen sprechen von knapp 18 Prozent und gehen damit von fast jedem fünften Achtklässler als Teilnehmer aus.¹¹⁰² Im selben Jahr feierten 80 Prozent der evangelischen jungen Christen des Altersjahrgangs die Konfirmation, zehn Jahre später nur etwa 30 Prozent.¹¹⁰³ Bis 1956/57 stiegen die Zahlen der Teilnehmer bei der Jugendweihe auf 64.600 Personen bzw. auf über 25 Prozent.¹¹⁰⁴ Die von der SED erwartete Explosion der Teilnehmerzahlen blieb in den ersten Jahren aus, obwohl selbst ältere Jugendliche, teilweise im Rahmen ihrer Lehrausbildung, daran teilnahmen.¹¹⁰⁵

1097 Vgl. Raabe, Thomas Nikolaus 1998, S. 51.

1098 Vgl. ebd., S. 46 u. 58; vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2014, S. 192.

1099 Vgl. Döhnert, Albrecht 2000, S. 134 f.

1100 Vgl. Raabe, Thomas Nikolaus 1998, S. 46; vgl. Thöns, Kerstin 1999, S. 789.

1101 Vgl. Tenorth, Heinz-Elmar u. a. 1996, S. 202.

1102 Vgl. Chowanski, Joachim/Rolf Dreier 2000, S. 58.

1103 Vgl. Pollack, Detlef 1994, S. 415; vgl. Dähn, Horst 1998, S. 45.

1104 Vgl. Tenorth, Heinz-Elmar u. a. 1996, S. 205 f.; vgl. Döhnert, Albrecht 2000, S. 130; vgl. Morche, Torsten 2006, S. 50.

1105 Vgl. Schneider, Ilona Katharina 1995, S. 58; vgl. Döhnert, Albrecht 2000, S. 130.

Beide Kirchen erklärten sich die zunächst niedrigen Quoten der 1950er Jahre mit der noch engen Bindung sowohl der Elterngeneration als auch der jungen Gemeindemitglieder an ihre Religionsgemeinschaft.¹¹⁰⁶ Geografisch betrachtet, fanden die meisten Jugendweihen in den Gebieten statt, in denen diese Tradition schon in den 1920er Jahren bestanden hatte, bspw. in Halle, Karl-Marx-Stadt, Leipzig oder Magdeburg. In den ländlichen Gebieten Brandenburgs oder Mecklenburg-Vorpommerns fiel die Beteiligung ebenso „gering“ aus wie im katholischen Eichsfeld,¹¹⁰⁷ wo bis 1989/90 durchschnittlich 60 bis 70 Prozent eines Altersjahrganges die Jugendweihe begingen.¹¹⁰⁸ Die entscheidende Wende bei den Teilnehmerzahlen kam mit dem V. Parteitag der SED im Sommer 1958, als Walter Ulbricht die zehn Gebote der „sozialistischen Ethik und Moral“¹¹⁰⁹ verkündete. Nun ging die Entscheidung zur Jugendweihe bzw. zur Konfirmation/Kommunion noch stärker mit politischen Überlegungen einher.

Tatsächlich hing die berufliche Karriere der Minderjährigen nicht nur von den 14-Jährigen selbst, sondern auch von der Einstellung der Elternhäuser ab.¹¹¹⁰ Schließlich hätten gemäß Walter Ulbricht 1957 alle Eltern Interesse daran, „daß ihr Kind zu einem lebensfähigen Menschen erzogen und mit gutem Wissen ausgerüstet wird“¹¹¹¹. Erziehungsberechtigte wurden häufig schon bei der Schulanmeldung nach der Teilnahme ihres Kindes an der Jugendweihe gefragt.¹¹¹² In einigen Fällen bekamen säumige Eltern Besuch an ihren Arbeitsplätzen und mussten in zähen Gesprächen erklären, warum sie die Kinder nicht angemeldet hätten, wenn sie doch „für den Frieden seien“. Vereinzelt soll es finanzielle Bestechungsversuche gegeben haben. Die meisten Eltern versicherten nach den unbehaglichen Diskussionen, die Kinder noch anzumelden.¹¹¹³

Die Mehrheit der 14-Jährigen begriff die Jugendweihe als einen Weichensteller für die weitere schulische Karriere und versuchte deshalb nicht „negativ“ aufzufallen. Im schulischen Alltag konnte eine Verweigerung der Teilnahme an den Jugendstunden unerwünschte Konsequenzen haben,

1106 Vgl. Thöns, Kerstin 1999, S. 779-782; vgl. Döhnert, Albrecht 2000, S. 126.

1107 Vgl. Schütz, Sigrid 2004, S. 428.

1108 Vgl. Chowanski, Joachim/Rolf Dreier 2000, S. 72.

1109 Ulbricht, Walter 1959 (b), S. 185.

1110 Vgl. Thöns, Kerstin 1999, S. 793.

1111 ND vom 1. Oktober 1957, S. 4.

1112 Vgl. Nooke, Maria/Henning Schluß 2011, S. 6 f.

1113 Vgl. Tenorth, Heinz-Elmar u. a. 1996, S. 203 f. u. 211; vgl. Raabe, Thomas Nikolaus 1998, S. 49; vgl. Döhnert, Albrecht 2000, S. 133.

etwa Ausgrenzung oder Benachteiligung. Im schlimmsten Fall wurde den Schülern der Zugang zu den Vorbereitungsklassen der EOS bzw. die Zulassung zum Abitur verweigert. Die Mundpropaganda aus den frühen 1950er Jahren, wonach nur mit der Jugendweihe die begehrte Lehrstelle zu bekommen sei, wurde zum Fakt.¹¹¹⁴ Die SED hatte sukzessiv den Druck auf Schüler, Eltern, Pädagogen, Kreisleitungen und auf die Räte der Kreise erhöht. SED-Funktionäre überprüften die Arbeit der Ausschüsse¹¹¹⁵ zur Vorbereitung der Festlichkeit, konzipierten Arbeitspläne und kontrollierten die Anmeldelisten. Die Medien erhielten die Anweisung, wohlwollend und regelmäßig über den Stand der Vorbereitungen und in angemessener Form über die feierliche Zeremonie zu berichten.

Am 1. Oktober 1957 veröffentlichte das ND die Festrede Walter Ulbrichts bei der Eröffnung des Jugendweihejahres in Sonneberg: „Die Jugendweihe ist in den letzten Jahren immer mehr zu einem Fest in unserer Republik geworden. Die Jugendweihe ist ein alter schöner Brauch, den die sozialistische Arbeiterbewegung fortgeführt hat.“ In den Jugendstunden, so Ulbricht weiter, würden junge Menschen durch Besuche in Betrieben, auf Wanderungen und in Gesprächen mit Arbeiterveteranen, Wissenschaftlern, Künstlern und Spitzensportlern wichtige Lektionen für das weitere Leben erlernen. Er konstatierte, „daß an der Jugendweihe alle Jungen und Mädchen teilnehmen sollen, gleichgültig welche Weltanschauung ihre Eltern haben oder in welcher Weltanschauung sie bisher erzogen wurden“, und erklärte, „die Gefühle religiös empfindender Menschen“ würden durch die Jugendweihe „nicht verletzt“. Es könne laut Ulbricht „aber auch nicht gestattet sein, die wissenschaftliche Aufklärung, die Lehren der großen Forscher und Naturwissenschaftler durch rückständiges Muckertum zu unterdrücken“. Das Gelöbnis sei „kein leeres Wort“¹¹¹⁶.

Von 1955 an gehörten das sozialistische Gelöbnis und die Übergabe eines Geschenkbandes auf der Bühne zum Programm der Feierstunde. Den nur im Jahr 1957 ausgehändigten Band „Unser Deutschland. Ein Buch für

1114 Vgl. Hartmann, Matthias 1992, S. 564; vgl. Dähn, Horst 1998, S. 36; vgl. Thöns, Kerstin 1999, S. 794; vgl. Schütz, Sigrid 2004, S. 429 f.; vgl. Helwig, Gisela 2005, S. 1049; vgl. Fulbrook, Mary 2008, S. 140; vgl. Kwiatkowski-Celofęga, Tina 2014, S. 185, 191, 244 f. u. 256 f.

1115 Dem Zentralen Ausschuss gehörten u. a. prominente Vertreter aus dem Kulturbetrieb und „Helden der Arbeit“ an. Er trug Verantwortung für die Öffentlichkeitsarbeit, legte den Text für die Urkunde fest und konzipierte Lehrpläne für die Jugendstunden. Vgl. Wentker, Hermann 1995, S. 147

1116 ND vom 1. Oktober 1957, S. 4.

alle, die es lieben“ ersetzte aufgrund dessen politischer Neutralität 1958 wieder „Weltall, Erde, Mensch“. Der Band wurde Mitte der 1970er Jahre von „Der Sozialismus – Deine Welt“ und 1983 durch „Vom Sinn unseres Lebens“ abgelöst.¹¹¹⁷ Anfang der 1980er Jahre wurde das Jugendweihbuch kurzfristig aus dem Verkehr gezogen, weil es das Symbol der unabhängigen Friedensbewegung bzw. Fotografien eines Schwerter zu Pflugscharen umarbeitenden Menschen zeigte.¹¹¹⁸ Im Jahr 1989 erschien „Vom Sinn unseres Lebens“ mit einer jährlichen Auflage von 200.000 Exemplaren. Es war das meistgedruckte Buch in der DDR. Ab 1965 bekamen alle angemeldeten Jungen und Mädchen zusätzlich zum Geschenkband ein Teilnehmerheft, das auf 40 Seiten über die Jugendstunden, die Entstehung des Brauches und über das Gelöbnis informierte.¹¹¹⁹

Im Jahr 1975 befragten Forscher des ZIJ rund 520 Neuntklässler, darunter 98 Prozent FDJler, aus Leipzig und Umgebung über ihre Meinung zum neuen Band „Der Sozialismus – Deine Welt“. Die Wissenschaftler ermittelten, die befragten Jugendlichen lasen zuerst Abschnitte über Sozialbeziehungen und Geschlechter, gefolgt von Atomphysik und Raumfahrt. Kapitel über das sozialistische Menschenbild und die „imperialistische“ Ideologie wurden selten aufgeschlagen. Nach Auswertung der Antworten auf die Frage, inwieweit sich die Eltern mit dem Band beschäftigt hätten, resümierten die Forscher, „das Geschenkbuch spielt im Familienkreis nicht die von uns erwartete Rolle“¹¹²⁰. Das zur Feierstunde überreichte Werk erhielt keinesfalls die gewünschte Würdigung, wenngleich rund 90 Prozent der befragten 15-Jährigen die Feierstunde, trotz des sozialistischen Gelöbnisses, als positiv bewerteten.¹¹²¹

Von 1958 an glich das Gelöbnis bei der Feierstunde einem „Bekenntnis zum Aufbau des Sozialismus“, im Gelöbnis davor mussten Jugendliche noch versprechen, sich für ein friedliches, geeintes Deutschland einzuset-

1117 Vgl. Kosing, Alfred u. a. 1962; vgl. Thöns, Kerstin 1999, S. 785; vgl. Döhnert, Albrecht 2000, S. 143 u. 147; vgl. Schütz, Sigrid 2004, S. 426.

1118 Vgl. Remy, Dietmar Johannes 1999, S. 100 f.

1119 Vgl. Chowanski, Joachim/Rolf Dreier 2000, S. 84 u. 111.

1120 Pinther, Arnold u. a. 1975: SDW-Studie 1975. Eine Effektanalyse des Geschenkbuches zur Jugendweihe Der Sozialismus – Deine Welt vom Dezember, Bl. 18.

1121 Vgl. ebd., Bl. 1, 11, 18 u. 39.

zen.¹¹²² So lautete die erste Frage des Gelöbnisses von 1958: „Seid ihr bereit, als treue Söhne und Töchter unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates für ein glückliches Leben des gesamten deutschen Volkes zu arbeiten und zu kämpfen?“ Die 14-Jährigen antworteten daraufhin: „Ja, das geloben wir.“¹¹²³ Insgesamt bekamen sie vier Fragen dieser Art gestellt, an deren Ende sie stets das gleiche Ehrenwort gaben.¹¹²⁴ Im selben Jahr nahmen mehr als 40 Prozent des betreffenden Altersjahrgangs an der Jugendweihe teil, fast 30 Prozent davon begingen zusätzlich die Konfirmation. Ein Jahr später taten es ihnen 80 bzw. 20 Prozent gleich.¹¹²⁵

Die Jugendweihe hatte die kirchliche Konfirmation nach kürzester Zeit verdrängt (siehe Abbildung 2). Im Sommer 1958 beugte sich die evangelische Kirche in einem weiteren Kommuniqué in vielerlei Hinsicht den staatlichen Forderungen, indem sie den Aufbau des Sozialismus in der DDR unter Federführung der SED offiziell akzeptierte und aufgrund des politischen Drucks versprach, der Regierung keine verfassungswidrige Politik mehr vorzuwerfen.¹¹²⁶ Das Präsidium des Hauptvorstandes der CDU erklärte im August 1958 dazu: „Jedem Christen erwächst aber die Verpflichtung, allen Versuchen, das Christentum im Kampf gegen unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat zu mißbrauchen, noch energischer als bisher entgegenzutreten.“¹¹²⁷ Die SED hatte die Handlungsspielräume der evangelischen Kirche erneut beschnitten.¹¹²⁸

Die beiden Kommuniqués von 1953 und 1958 kamen der Entwicklung der Jugendweihe zu einem normalisierten Ritus entgegen. Das Politbüro bemerkte 1959 einen signifikant starken Rückgang von Mitgliedern der Jungen Gemeinde und bei katholischen Heranwachsenden. Von den rund

1122 Das erste Gelöbnis von 1955 bis 1957 verpflichtete die Teilnehmer zum Einsatz für ein friedliches und einheitliches Deutschland und für den Fortschritt in Wissenschaft, Wirtschaft und Kunst. Vgl. Döhnert, Albrecht 2000, S. 141; vgl. Mohrmann, Ute 2000, S. 31.

1123 Das Gelöbnis zur Jugendweihe von 1958, zitiert in: Tenorth, Heinz-Elmar u. a. 1994, S. 220.

1124 Das Gelöbnis änderte sich zwar 1968 erneut, der marxistisch-leninistische Tenor aber blieb erhalten. Vgl. Schneider, Ilona Katharina 1995, S. 59.

1125 Vgl. Thöns, Kerstin 1999, S. 794; vgl. Schütz, Sigrid 2004, S. 428 f.

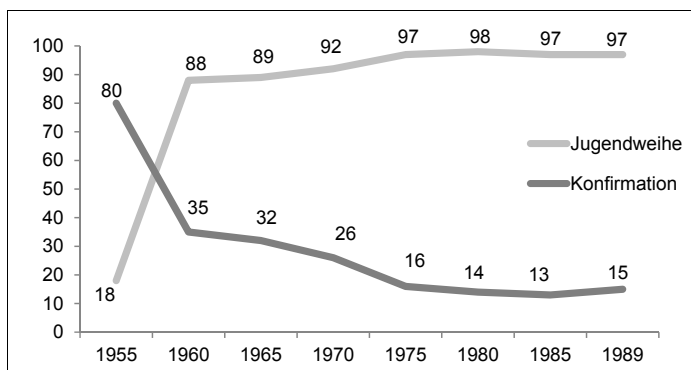
1126 Innerhalb der Gespräche gab der Militärseelsorgevertrag der evangelischen Kirche mit der Bundesrepublik Anlass zu Kontroversen. Vgl. NZ vom 30. Juli 1958, S. 2; vgl. BZ vom 2. August 1958, S. 2.

1127 ND vom 1. August 1958, S. 4.

1128 Vgl. Dähn, Horst 1998, S. 41; vgl. Gerlach, Stefanie Virginia 1999, S. 58 f.

drei Millionen Jugendlichen gehörten Ende der 1950er Jahre noch 3,5 Prozent der Jungen Gemeinde an. Die SED registrierte bei der Jungen Gemeinde einen Rückgang von etwa 125.200 (1955) auf 104.600 Mitglieder (Sommer 1959). Diese Zahlen sind jedoch nicht repräsentativ, weil Religionsgemeinschaften in der DDR weder Mitgliedsausweise vergaben noch offenzulegende Beiträge entrichteten. Für die evangelische Kirche bedeutete der Konfirmandenschwund ein großes Problem.¹¹²⁹ Inwieweit die Zahlen an Konfirmationen in den 1960er Jahren wieder zugenommen haben, ist nicht eindeutig belegt: Dorothee Wierling bejaht diese Frage, Detlef Pollack spricht hingegen von einem eklatanten Rückgang des Anteils an Konfirmanden.¹¹³⁰ Anderen Recherchen zufolge nahmen 1960 fast 90 Prozent, d. h. mehr als 113.200 Jugendliche, am sozialistischen Weiheritus teil.¹¹³¹

Abbildung 2: Teilnahme an Jugendweihe und Konfirmation von 1955 bis 1989 (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Statistiken von Tenorth, Heinz-Elmar u. a. 1996, S. 205 f. und Pollack, Detlef 1994, S. 415.

Die SED und die organisatorischen Jugendweiheausschüsse jedenfalls deuteten die hohen Teilnehmerzahlen als Indiz für die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Politik. Die Jugendweihe wurde von der Mehrheit

1129 Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 26; vgl. Thöns, Kerstin 1999, S. 793.

1130 Vgl. Pollack, Detlef 1994, S. 415; vgl. Wierling, Dorothee 2002, S. 242.

1131 Vgl. Tenorth, Heinz-Elmar u. a. 1996, S. 205 f.; vgl. Morche, Torsten 2006, S. 50.

der 14-Jährigen angenommen, waren die Vorbereitungsstunden doch fest in den Lehrplan integriert. Verweigerungsverhalten führten die Erziehungsfunktionäre stets auf kirchliche Einflüsse bzw. politische Gründe zurück. Tatsächlich widersetzen sich am häufigsten Kinder evangelischer Pfarrer, junge Katholiken oder sehr engagierte Kirchenmitglieder einer Teilnahme.¹¹³² Die meisten Heranwachsenden verzichteten auf negative Konsequenzen in der Schule und auf unangenehme Gespräche über die Motive ihrer Ablehnung.¹¹³³ Normverstöße waren in den 1960er Jahren ohnehin selten und Lippenbekenntnisse „im Sinne eines Orwellschen ‚double speak‘“¹¹³⁴ die Regel, wie Marc-Dietrich Ohse ausführt. Die meisten der 14-Jährigen interpretierten das Gelöbnis auf ihre Weise und erkannten darin weniger ein persönliches Ehrenwort als ein notwendiges Übel.¹¹³⁵

Entgegen der Behauptung Christine Lieberknechts, wonach Jugendliche das Gelöbnis erst ab den späten 1980er Jahren als leere Worthülse empfanden,¹¹³⁶ war der Druck auf die Achtklässler so hoch, dass einige spätestens ab den 1960er Jahren hinter dem Rücken die Finger kreuzten oder eine Faust ballten, als sie das Gelöbnis sprachen.¹¹³⁷ Für viele Schüler hatten die Geldgeschenke und der erhoffte Mehrgewinn an Freiheit an ihrem „Ehrentag“ eine weitaus größere Bedeutung als das politische Gelöbnis in der Öffentlichkeit.¹¹³⁸ Wichtiger war den meisten 14-Jährigen der gern geschenkte Rekorder sowie die familiäre Ausrichtung der Feier,¹¹³⁹ die manchenorts laut Marc-Dietrich Ohse zu „Fress- und Geschenkefest[en]“¹¹⁴⁰ ausarteten.¹¹⁴¹ Eltern und Schüler richteten die Jugendweihe üblicherweise als Familienfeier aus, bei der die Aufnahme der Kinder in den „Kreis der

1132 Vgl. ebd., S. 203-206 u. S. 211-215; vgl. Döhnert, Albrecht 2000, S. 137; vgl. Wierling, Dorothee 2002, S. 242.

1133 Vgl. dies. 2002, S. 237.

1134 Ohse, Marc-Dietrich 2006 (b), S. 164.

1135 Vgl. ebd.; vgl. ders. 2005, S. 74.

1136 Vgl. Lieberknecht, Christine im März 1993, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.) 1995, S. 216.

1137 Vgl. Hartmann, Matthias 1992, S. 564; vgl. Hertle, Hans-Hermann/Stefan Wolle 2006, S. 353.

1138 Vgl. Wurschi, Peter 2014, S. 16.

1139 Vgl. Wensierski, Hans-Jürgen von 2000, S. 75.

1140 Ohse, Marc-Dietrich 2005, S. 74.

1141 Auf Druck der Elterngeneration fand die Jugendweihezeremonie ab den 1970er Jahren nicht mehr am Sonntag, sondern am Samstag statt. Vgl. Schütz, Sigrid 2006, S. 23 f.; vgl. Droit, Emmanuel 2014, S. 365.

Erwachsenen“ bzw. in die Gesellschaft ganz und gar unpolitisch vollzogen wurde.¹¹⁴² Schließlich wechselten die 14-Jährigen nicht in eine bestimmte Partei, Gemeinschaft oder einen Verein.¹¹⁴³ Die sozialistische Weltanschauung trat in den meisten Fällen in den Hintergrund,¹¹⁴⁴ und besonders in den 1960er Jahren vermittelte die Jugendweihe ein Gefühl des Wohlstandes.¹¹⁴⁵ So rechneten alle Bezirke, nach Informationen des MfS vom März 1961, mit erheblicher Unzufriedenheit unter der Bevölkerung, sollten Sekt, Spirituosen und Jungenoberkleidung bis zum Termin für die Feiern fehlen.¹¹⁴⁶

Im Verlauf der 1960er Jahre legten fast 90 Prozent der Jugendlichen das sozialistische Gelöbnis bei der Feierstunde ab. Das zweite Jugendgesetz von 1964 kodifizierte die Jugendweihe als „feste[n] Bestandteil der Vorbereitung der jungen Menschen auf das Leben und die Arbeit in der sozialistischen Gesellschaft“¹¹⁴⁷. Die wachsenden Teilnehmerzahlen lassen rückblickend auf eine der erfolgreichsten Politisierungskampagnen des Systems schließen.¹¹⁴⁸ Die Jugendweihe besteht bis heute, wenn auch in anderer Form. In Sachsen nahmen 2015 über 13.000 junge Menschen daran teil.¹¹⁴⁹ In der DDR blieben die Teilnehmerzahlen bis weit in die 1970er Jahre konstant und erreichten 1977 einen Höchststand von über 284.000 Jugendlichen. In den 1980er Jahren begingen rund 97 Prozent aller 14-Jährigen das sozialistische Ritual, das Programm aus den 1950er Jahren mit kulturellen Veranstaltungen, der Feierstunde, einem Geschenkbuch und den Jugendfahrten blieb erhalten.¹¹⁵⁰

1142 Genauere Daten über den Zeitraum gibt es nicht. Die Jugendweihe könnte sich ab den frühen 1960er Jahren als Familienfeier durchgesetzt haben. Vgl. Döhnert, Albrecht 2000, S. 146; vgl. Morche, Torsten 2006, S. 50; vgl. Ohse, Marc-Dietrich 2006 (a), S. 221; vgl. Neubert, Ehrhart 2013, S. 75.

1143 Vgl. Chauliac, Marina 2006, S. 198 u. 204.

1144 Vgl. Tenorth, Heinz-Elmar u. a. 1996, S. 204-206 u. 216; vgl. Judt, Matthias 1997, S. 178.

1145 Vgl. Ohse, Marc-Dietrich 2003, S. 48.

1146 Vgl. Bericht Nr. 170/61 über die Lage auf dem Gebiet der Versorgung vom 23. März 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 494, Bl. 1-15.

1147 Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972, § 10, Abs. 5.

1148 Vgl. Tenorth, Heinz-Elmar u. a. 1994, S. 218; vgl. Wentker, Hermann 1995, S. 144 f.

1149 Die Angaben beziehen sich auf eine Pressemitteilung des Sächsischen Verbandes für Jugendarbeit und Jugendweihe e. V. vom 24. November 2015.

1150 Vgl. Deja-Löhlhoffel, Brigitte 1988, S. 77.

Von 1955 bis 1989 erfasste die Prozedur insgesamt über sieben Millionen Heranwachsende.¹¹⁵¹ Einzelne evangelische Gemeinden hatten bis in die frühen 1970er Jahre noch versucht, Teile der Bevölkerung in Gottesdiensten, mit Flugblättern oder Hausbesuchen von der Konfirmation quasi als Alternative zur Jugendweihe zu überzeugen.¹¹⁵² Jedoch gehörte die Jugendweihe in dieser Zeit schon längst „zu einem Bereich des Schulalltags und der Sozialisation, den ein Großteil der Jugendlichen in Anspruch genommen hat“¹¹⁵³, allerdings „ohne sich dabei viel zu denken“¹¹⁵⁴, wie Mary Fulbrook konstatiert. Sie teilt damit die Auffassung Ute Mohrmanns, spätestens ab den 1970er Jahren hätten Jugendliche die weltanschaulichen Grundanliegen der Jugendweihe „mehr oder weniger reflektiert“¹¹⁵⁵ akzeptiert.

Das ZIJ kam 1967 bei einer Untersuchung mit mehr als 1.100 Heranwachsenden, die im Frühjahr ihre Jugendweihe begangen hatten, zu dem Ergebnis, die Mehrheit feierte sie, weil etwas Interessantes geboten wurde, weil es zur Pflicht eines Pioniers gehörte oder weil es schlichtweg eine Notwendigkeit darstellte. Bei der Feierstunde schnitten das festliche Rahmenprogramm und die Aushändigung der Urkunde besser ab als die Redebeiträge¹¹⁵⁶. An den sozialistischen Schwur erinnerte sich nur jeder zweite der Befragten. „Die Behandlung des Gelöbnisses [erfolgte] in den meisten Fällen sehr formal“, weshalb das Gelöbnis die Jugendlichen „nur sehr gering emotional“¹¹⁵⁷ erreichte. Nur in einem Drittel der Fälle hätten die Jugendstundenleiter die Schüler systematisch mit dem Gelöbnis vertraut gemacht,¹¹⁵⁸ so die Forscher.

Wie viele Jugendliche das Gelöbnis zur Feierstunde verinnerlichten, bleibt ebenso offen wie die Frage, welchen Anteil die Jugendweihe an der

1151 Vgl. Tenorth, Heinz-Elmar u. a. 1996, S. 205 f.; vgl. Chowanski, Joachim/Rolf Dreier 2000, S. 43; vgl. Fulbrook, Mary 2008, S. 143.

1152 Vgl. Verstärkte Versuche der Kirche, durch „moderne Formen“ kirchlicher Jugendarbeit größeren Einfluß auf Jugendliche zu gewinnen, vom 23. Juli 1968, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1526, pag. Bl. 4.

1153 Tenorth, Heinz-Elmar u. a. 1996, S. 205.

1154 Fulbrook, Mary 2008, S. 143.

1155 Mohrmann, Ute 2000, S. 31.

1156 Üblicherweise würdigte der Festredner zwölf bis 15 Minuten lang die Politik der SED/DDR für die „Jugend und den Frieden“. Vgl. Chowanski, Joachim/Rolf Dreier 2000, S. 118.

1157 Pinther, Arnold u. a. 1968: Studie zur Effektivität der Jugendweihe, Bl. 34.

1158 Vgl. ebd., Bl. 1, 34 f. u. 38.

Verminderung des kirchlichen Einflusses auf die junge Generation hatte. Befragungen unter geflüchteten Jugendlichen in westdeutschen Notaufnahmелagern ergaben, die meisten hätten eine positive bzw. indifferente Haltung zur Kirche, wobei die positiven Bewertungen Ende der 1950er Jahre erheblich zunahmen.¹¹⁵⁹ Studien des Leipziger Jugendinstituts verzeichneten ab Ende der 1950er Jahre eine verstärkte Säkularisierung. Die Forscher schätzten, die Veränderung weltanschaulich-religiöser Einstellungen bei Heranwachsenden habe vor dem Mauerbau eingesetzt und bereits zehn bis 15 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs sei die Zahl gläubiger Jugendlicher massiv gesunken.¹¹⁶⁰ Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit den vielen Kirchenaustritten und dem Rückgang an Taufen, Konfirmationen sowie kirchlichen Vermählungen.¹¹⁶¹

Anfang der 1960er Jahre lag der Anteil an Atheisten unter den Jugendlichen bei rund 50 Prozent und der von Gläubigen bei einem Siebtel. Der übrige Teil war entweder unentschlossen oder vertrat andere Ansichten. Im Verlauf der 1960er Jahre schwand der Anteil an Atheisten vor allem unter Schülern und Lehrlingen, während die Zahl der Unentschiedenen stieg.¹¹⁶² Vermutlich zogen sich Jugendliche Anfang der 1960er Jahre nicht nur mehr in private Räume zurück,¹¹⁶³ sondern lebten in diesen auch ihre Religiosität eher im Verborgenen aus. Für die SED musste dies einen herben Rückschlag bedeuten, weil eine solche Entwicklung der Gesetzmäßigkeit des sozialistischen Weltbildes respektive der daraus folgenden Ablehnung des Gottes- und Schöpfungsglaubens konträr gegenüberstand.¹¹⁶⁴ Zudem wandten sich fast zeitgleich zur Einführung der Jugendweihe 1955 auffallend mehr Jugendliche einem anderen, westlichen Trend zu, der ähnlich wie das Christentum durch seine „sozialismusfremde“ Lebensweise bestach: Der Rock 'n' Roll hatte die DDR erfasst.

1159 Im Jahr 1956 verließen 279.000 Bürger die DDR, darunter über 30 Prozent 14- bis 21-Jährige. Die Ursache für den Zuwachs der positiven Einstellungen gegenüber der Religion gründete sich vor allem auf der Tatsache der Zwangskollektivierung in der DDR. Besonders junge Menschen im ländlichen Raum, die eine engere Bindung an die Kirchen hatten, waren von den repressiven Wirtschaftsmaßnahmen des Staates betroffen. Vgl. Thöns, Kerstin 1999, S. 792.

1160 Vgl. Friedrich, Walter 1998, S. 222.

1161 Vgl. für Einzelheiten: Pollack, Detlef 1994, S. 380-385, 412 u. 415.

1162 Vgl. Friedrich, Walter 1999, S. 186 f.

1163 Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha 1999 (b), S. 267; vgl. Wierling, Dorothee 2002, S. 242.

1164 Vgl. Michalzik, Martin 1994, S. 157.

3.2.4 Nonkonformismus

3.2.4.1 Entwicklung der Jugendkultur

Der Durchbruch des Rock 'n' Roll erfolgte Mitte der 1950er Jahre in den USA. Im Jahr 1955 erreichte Bill Haley mit seinem Hit „Rock around the clock“ einen Spitzenplatz in der amerikanischen Hitparade. Filme mit James Dean wie „Rebel without a Cause“ („Denn sie wissen nicht, was sie tun“) wurden zu Kassenschlagern. Ein Jahr später betrat Elvis Presley¹¹⁶⁵ die Musiklandschaft und begeisterte Teenager auf der ganzen Welt. Die Rockstars der 1950er Jahre – Little Richard, Jerry Lee Lewis, Buddy Holly und Chuck Berry – erschütterten mit ihren für den damaligen Geschmack anstößigen Texten¹¹⁶⁶ und Tänzen die – vermeintlich – liberalen Gesellschaften der westlichen Welt.¹¹⁶⁷ Die weiße Mittelklasse in Amerika war schockiert über den Erfolg der aus den unteren sozialen Schichten stammenden Rock 'n' Roller und echauffierte sich über deren enge Beziehung zur – angeblich – unzivilisierten afroamerikanischen Musik. Marina Fischer-Kowalski beschreibt: „All das spuckte dem Möchtegern-Mittelklasse-Weißen-Amerika ins Gesicht.“¹¹⁶⁸

Die Rockmusik mit ihrem offenen, aggressiven und sexualisierten Habitus sowie ihren Texten über Delinquenz, Gefängnis und schlechte Erfahrungen mit der Polizei stieß vor allem bei den älteren Generationen auf Ablehnung. Mit dem Rock 'n' Roll betrat musikalisch gesehen etwas völlig Neues die Kulturszene. Die Musik avancierte wegen technischer Neuerungen wie der Vinylschallplatte zur kommerziellen Massenware. Das Phänomen der frühen Rockmusik erreichte die Heranwachsenden in der jungen Bundesrepublik über die 38 Radiosender der Besatzungsmächte, bspw. über den amerikanischen Sender AFN.¹¹⁶⁹ Peter Zimmermann schildert, Jugendliche nahmen mit dem Rock 'n' Roll „amerikagläubig [...] auch Coca-Cola, Petticoats, Lederjacken, Spielautomaten und Musikboxen

1165 Elvis Presley wurde in den Folgejahren aufgrund seiner jungen, herausfordernden, erregenden und emotionalen Art zur Leitfigur des Rock 'n' Roll. Vgl. Zimmermann, Peter 1984, S. 63.

1166 Allein der Name des Rock 'n' Roll (übersetzt „Schaukeln und wälzen“) barg etwas Sexuelles. Vgl. ders. 1991, S. 108.

1167 Vgl. Kurme, Sebastian 2006, S. 162.

1168 Fischer-Kowalski, Marina 1991, S. 59.

1169 Vgl. Zimmermann, Peter 1984, S. 68 u. 72.

à la Las Vegas begierig auf, und Blue Jeans, aus deren Gesäßtasche der Kamm für die Brisk getränkte Locke ragte“¹¹⁷⁰.

Für junge Menschen in Westdeutschland verkörperte der Musikstil ein neues Lebensgefühl, gekennzeichnet durch Unabhängigkeit und Freiheit.¹¹⁷¹ Doch ein Großteil der älteren Generation empfand die Amerikaner und deren „Amigeheul“¹¹⁷² in den 1950er Jahren als kulturlose Besatzungsmacht.¹¹⁷³ Während Eltern, katholische Kirche und Schulbehörden wenig Begeisterung für die neue amerikanische Massenkultur aufbrachten, begriffen die im Krieg geborenen Jugendlichen den Rock 'n' Roll als einen Ausweg, um dem „Adenauer-Mief“¹¹⁷⁴ und dem „bieder-kleinbürgerlichen Klima dieser Jahre“¹¹⁷⁵ zu entkommen.¹¹⁷⁶ Diese Generation war von dem starken Autoritätsbewusstsein ihrer heimgekehrten Väter geprägt, in der Schule herrschte, mit den Worten Peter Zimmermanns, „wilhelminische Dressurpädagogik“ und jugendliche Rebellion erhielt den Status eines „verfrüht[e]n Wechsel[s] des Milchgebisses“¹¹⁷⁷. Rock 'n' Roller verabscheuten genau diese erwachsene Engstirnigkeit der gelobten Wirtschaftswunderjahre.¹¹⁷⁸

Besonders Arbeiterkinder nutzen die moderne Musik als Ventil.¹¹⁷⁹ Sie griffen ihren individualisierten „American way of life“ musikalisch und optisch auf. Bunte Kleidung, farbenprächtige Hemden oder weiße Shirts in Kombination mit Schlägermützen, karierte Sakkos und eng sitzende Nietenhosen (Jeans) dienten als Erkennungszeichen der Fans.¹¹⁸⁰ Obwohl ihr Anblick Aufsehen erregte, ist ihre Quantität rückblickend nicht eindeutig bestimmbar. Einige Schätzungen vermuten, weniger als zehn Prozent der bundesdeutschen Jugendlichen seien Rock 'n' Roller gewesen,¹¹⁸¹ andere

1170 Ders. 1991, S. 109.

1171 Vgl. Baacke, Dieter 1987, S. 50.

1172 Sträter, Winfried 1985, S. 166.

1173 Vgl. Poiger, Uta G. 2003, S. 17.

1174 Zimmermann, Peter 1991, S. 113.

1175 Sträter, Winfried 1985, S. 139.

1176 Vgl. Thomae, Hans 1956, S. 174; vgl. Brütting, Rolf 2005, S. 234; vgl. Farin, Klaus 2011, S. 12.

1177 Zimmermann, Peter 1991, S. 112.

1178 Vgl. ebd., S. 108-113; vgl. ders. 1984, S. 68 u. 72.

1179 Vgl. Maase, Kaspar 1992, S. 186.

1180 Vgl. Kurme, Sebastian 2006, S. 189 f.

1181 Vgl. Kaiser, Günther 1959, S. 54; vgl. Grotum, Thomas 1994, S. 196 f.

gehen von etwa einem Fünftel der jeweiligen Jahrgänge und damit von einem „beträchtlichen Anteil der damaligen Jugend“¹¹⁸² aus.

Das Ministerium für Staatssicherheit konstatierte für die DDR,¹¹⁸³ es hätte nur wenige der meist 15- bis 30-jährigen politisch desinteressierten „Ted's [sic!]" bzw. Anhänger des „Rock u. Roll“¹¹⁸⁴ gegeben. Mit der fälschlichen Etikettierung jugendlicher Rock 'n' Roller als Teddyboys verwies die Geheimpolizei unfreiwillig auf ihre Unkenntnis jugendlicher Trends. Als Teddyboys oder Teds bezeichneten sich englische Jugendliche in den späten 1940er Jahren, die meinten, vom Schicksal benachteiligt zu sein und die ihren niedrigen sozialen Stand – meist zurückzuführen auf fehlende Bildungsabschlüsse – mit Rebellion und ausgefallener Kleidung kompensierten. Obgleich beide Jugendkulturen James Dean und Marlon Brando verehrten, setzten Teddyboys auf Extravaganz. Ihr Stil glich dem gutbürgerlicher Kreise während der König-Edward-Periode, die dreiviertellangen Jacketts schmückten Samtkragen, sie trugen Kordelschlipse und Schuhe mit Krepptsohlen – kein Vergleich zum Auftreten deutscher Rock 'n' Roller mit Schlägermützen und Cowboystickereien.¹¹⁸⁵

In Ost wie West stieß die Popularisierung amerikanischer Moden auf Ablehnung.¹¹⁸⁶ Auf das Unverständnis der älteren Generationen für die Musik, die Kleidung und den Habitus der deutschen Rock-'n'-Roll-Fans reagierten diese mit Randalen und gewaltsamen Konflikten.¹¹⁸⁷ In Westberlin kam es 1956 zu mehr als 20 Großkrawallen mit teilweise bis zu

1182 Fischer-Kowalski, Marina 1991, S. 54.

1183 Aus den Schätzungen wird oft nicht ersichtlich, weshalb ein Jugendlicher als „Halbstarker“ galt. Die Mehrheit der Rock-'n'-Roll-Fans fiel wohl durch das Raster der „Halbstarken“-Registrierung. Ausschlaggebend für die Evaluation waren anscheinend Äußerlichkeiten bzw. statistische Werte über Jugendkriminalität, derer sich u. a. die Presse bediente. Vgl. BZ vom 29. Oktober 1958 (a), S. 1.

1184 Übersicht über Erscheinungsformen neg.-dek. Jugendlicher in der DDR. Kategorisierung von Jugendlichen, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6098, Bl. 245 (nicht pag.).

1185 Zudem kursierte das Gerücht, Teds seien verschwenderisch und scheffelten viel Geld (mit Aushilfsjobs), um es später mit vollen Händen wieder auszugeben. Vgl. Brake, Mike 1981, S. 83 f.

1186 Vgl. Menzel, Rebecca 2006.

1187 Vgl. Lindner, Werner 1996, S. 33.

800 Beteiligten.¹¹⁸⁸ Massenschlägereien in anderen westdeutschen Städten wie Braunschweig, Köln, Osnabrück, Dortmund oder Hamburg schlossen sich an. Der medienwirksamste Aufstand ereignete sich am 26. Oktober 1958 bei einem Konzert von Bill Haley in Berlin mit 7.000 Besuchern.¹¹⁸⁹ Die Gewalttätigkeiten gaben in der Bundesrepublik Anlass zu ersten wissenschaftlichen Untersuchungen. In einer Heidelberger Studie über das „Halbstarken“-Phänomen von 1959 hieß es: „Daraus kann man geradezu folgern, schon die willige ekstatische Hingabe an die Rock’n’Roll-Rhythmik, und eindeutiger die von dieser ausgelösten Exzesse seien Zeichen für das Vorhandensein der ‚Halbstarken‘-Erscheinung. Zwar verhalten sich nicht alle Rock’n’Roll-Begeisterten ‚halbstark‘, jedoch sind generell die ‚Halbstarken‘ auch rock’n’roll-begeistert.“¹¹⁹⁰

Die Gewaltexzesse bei dem Konzert von Bill Haley im Sportpalast 1958 wurden von west- wie ostdeutschen Presseorganen verurteilt: Der Spiegel informierte über „Jünglinge in malerischen Brando- und Presley-Kostümen“, die „ihre Bräute schulterten“ und „gliederschlenkend, grimassenschneidend und blökend“¹¹⁹¹ während des Konzerts zu dem amerikanischen Sänger vordrangen. Für das ND bewiesen die Ausschreitungen den schädlichen Einfluss importierter Massenkultur. Die Tageszeitung der SED schrieb von „Jugendlichen in Rudeln“, die „wie irrsinnig“ die Bühne nach den „ersten Töne[n]“ stürmten, Stuhlreihen zerhackten, „Scheiben [und] Spezialtongeräte zertrümmerten“, und von einer flüchtenden „Kapelle“. „Blutige Schlägereien“ endeten mit 50 Verletzten, als die Polizei „wahllos mit dem Knüppel“ auf die Masse einschlug und 30 Randalisierende abführte. Der materielle Schaden in dem „Hexenkessel betrug 120 000 D-Mark“¹¹⁹². Die BZ berichtete von der „blutigen Sportpalast-schlacht“¹¹⁹³, die NZ diffamierte Rock 'n' Roll noch vor den Ausschreitungen im Oktober 1958 als „völkerbiologisches und [...] politisches Problem“¹¹⁹⁴. Die Presselandschaft griff gar die Sorgen von Eltern „halbwüch-

1188 Zwischen 1956 und 1958 wurden 93 Großkrawalle mit je mehr als 50 Teilnehmern in der Bundesrepublik registriert. Durch die Krawalle wurden die Wandlungen der Jugendgeneration in Kleidung, Sprache, Auftreten und Konsumkultur erstmalig sichtbar. Vgl. Zinnecker, Jürgen 1987, S. 126.

1189 Vgl. Sträter, Winfried 1985, S. 141-145.

1190 Kaiser, Günther 1959, S. 176.

1191 Der Spiegel 1958, S. 79.

1192 ND vom 28. Oktober 1958, S. 6.

1193 BZ vom 28. Oktober 1958, S. 1; BZ vom 29. Oktober 1958 (b), S. 1.

1194 NZ vom 12. April 1958, S. 3.

siger Jugendlicher“¹¹⁹⁵ in Interviews auf. Das ND zog bei der Frage nach den Hintergründen der Gewalt einen sehr geschmacklosen Vergleich: „Hitler hatte seine Methoden, die deutsche Jugend für die faschistischen Kriegsverbrechen reif zu machen. Das militaristisch-klerikale System Bonns hat etwas andere Methoden, aber das Ziel ist dasselbe.“¹¹⁹⁶

3.2.4.2 Westliche Einflüsse in der DDR

Die Ausschreitungen im Sportpalast nutzte die FDJ-Zeitung *Junge Welt* zur Propaganda in eigener Sache. Das Blatt mahnte vor „Ami-Weitstänze[n] in Westberlin und Hamburg“¹¹⁹⁷ oder titelte „Jetzt auch Essen: Der Weitstanz geht weiter“¹¹⁹⁸. Die Medienorgane in der DDR kamen überein: Die Bill-Haley-Konzerte erfüllten einen tieferen politischen Zweck. Das ND brachte den Sänger in enge Verbindung zur NATO, weil diese „Anti-Musik“ dem „Zentrum der Atomkriegsgefahr“, den USA, entspringe und „in einem Lande [wirke], das das Hauptkriegszentrum in Europa“ sei. Amerika und die Bundesrepublik führten eine „menschenfeindliche Atomkriegspolitik“, die nicht zufällig „auf einem Holz“ wachse mit der „antihumanistische[n] Verblödung durch Rock n- Roll-Exzesse [sic!]“¹¹⁹⁹. Selbst das Datum des Konzerts lieferte Grund zu Spekulationen, da zeitgleich eine Musterungswelle westdeutscher NATO-Truppen erfolgte. Die JW warnte die Mitglieder der FDJ: „Wer durch das hysterische Geschrei, durch das verrückte Gestampel und Gezitter der amerikanischen Weitstänze ‚weichgemacht‘ ist, wie wild um sich schlägt und alles brutal zertrümmert, der fragt [...], wenn es gegen andere Völker und wenn es ums Morde[n] geht, nicht mehr lange ‚warum‘.“¹²⁰⁰ Die Bundesregierung betreibe ihre psychologische Kriegsführung auf „allen Gebieten mit allen Mitteln“¹²⁰¹.

Walter Ulbricht erklärte bei einem Treffen mit Leipziger Heranwachsenden im November 1958, der „Rock’n-Roll-Lärm“ sei nichts anderes

1195 BZ vom 30. Oktober 1958, S. 1.

1196 ND vom 29. Oktober 1958, S. 1.

1197 JW vom 29. Oktober 1958, S. 2.

1198 JW vom 30. Oktober 1958, S. 3.

1199 ND vom 29. Oktober 1958, S. 1.

1200 JW vom 29. Oktober 1958, S. 2.

1201 JW vom 30. Oktober 1958, S. 3.

„als der Ausdruck der Hemmungslosigkeit, der die anarchistischen Verhaltensweisen der kapitalistischen Gesellschaft widerspiegelt“. Er unterstellte den Fans schlimmeres als tierisches Verhalten: „Wenn ihr in den Leipziger Zoo geht und dem Orang-Utan einen Stuhl hinstellt, setzt sich der Affe auf den Stuhl. Er wird den Stuhl nicht zerschlagen [...], aber die Teilnehmer im Westberliner Sportpalast.“¹²⁰² Die BZ schrieb über die Symbolfigur des Rock 'n' Roll, Elvis Presley, dieser sähe „ziemlich dumm aus“, sein Gesicht sei „immer leicht vernebelt“ und er könne „nicht Gitarre spielen“¹²⁰³. Dasselbe Blatt nannte Bill Haley eine „Heulboje“¹²⁰⁴, das ND ihn einen „amerikanischen Rock'n roll-Gangster“¹²⁰⁵. Derartige Diffamierungen wurden teilweise mit lächerlichen Karikaturen versehen und sollten die Jugend abschrecken.

Die SED befürchtete eine Untergrabung ihrer sozialistischen Moralvorstellungen und einen Angriff auf ihre Autorität durch den steigenden Einfluss amerikanischer bzw. westdeutscher Konsumgüter wie den Rock 'n' Roll. Das rege Interesse Heranwachsender an moderner Literatur, Musik oder Kleidung begründete die Parteiführung stets mit der gezielten Agitation des „Klassenfeindes“. Im Januar 1956 warnte das Politbüro in einem Beschluss: „Tagtäglich bemühen sich die westdeutschen und amerikanischen Rundfunkstationen, an Unklarheiten unter der Jugend anzuknüpfen, um sie gegen den Arbeiter-und-Bauern-Staat aufzuhetzen.“¹²⁰⁶ Laut dem ZK würde der Gegner aus Westdeutschland und Übersee einen „erbitterten Kampf“ führen und versuchen, „auf unsere Jugend einzuwirken und die giftige Saat seiner imperialistischen Ideologie in ihre Köpfe zu pflanzen“. „Schundliteratur“ und Comics,¹²⁰⁷ wie Micky Maus, Tom

1202 ND vom 13. November 1958, S. 5.

1203 BZ vom 13. Dezember 1956, S. 3.

1204 BZ vom 8. November 1958, S. 3.

1205 ND vom 28. Oktober 1958, S. 6.

1206 Der Jugend unser Herz und unsere Hilfe. Über die Verantwortung und die Aufgaben der Partei bei der sozialistischen Erziehung und Förderung der gesamten Jugend der Deutschen Demokratischen Republik. Beschluß des Politbüros des ZK vom 24. Januar 1956, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1958, S. 17 f.

1207 Das erste Comicbuch erschien um 1896 in den USA. Vgl. Knigge, Andreas C. 2014, S. 12.

und Jerry oder Fix und Foxi, dienten einzig der Manipulation von deutschen Jugendlichen.¹²⁰⁸

Ab September 1955 stellte die „Verordnung zum Schutze der Jugend“ die Verbreitung der „im Adenauer-Staat, besonders durch Schund- und Schmutzerzeugnisse propagierte[n] ‚amerikanische[n] Lebensweise‘“¹²⁰⁹ in Form von Comics, Wildwestromanen, Groschenheften und Westschmökern unter Strafe. Bei Verstößen gegen die Verordnung drohte im schlimmsten Fall ein Freiheitsentzug von bis zu zwei Jahren.¹²¹⁰ Die BZ begrüßte im Namen aller Eltern und Erzieher das staatliche Vorgehen gegen „die Verrohung unserer Jugend“. Unter dem Titel „Comics und Schmökern den Garaus machen“ bläute die Zeitung im September 1955 ihren Lesern Umsicht ein. Alle Bürger stünden in der Pflicht, die Verbreitung der „Schund- und Schmutzerzeugnisse“ zu unterbinden. Das betreffe „antihumanistische Schriften und bildliche Darstellungen“, die beim Leser „Neigungen zu Grausamkeit, Menschenverachtung, Rassen- und Völkerhaß, Mord, Gewalttätigkeit und anderen Verbrechen [wecken] sowie zu sexuellen Perversionen“ führen und „Darstellungen, die faschistische oder militaristische Ideologien verherrlichen“¹²¹¹.

Um die Popularisierung der „Schmöcker und Gangsterfilme“ aufzuhalten, sollten Erziehungsberechtigte ihre Kinder regelmäßig kontrollieren, so die BZ weiter. Tatsächlich hatten einige Schulen im Herbst 1955 damit begonnen, in Klassenräumen nach „verderblicher“ Literatur zu suchen. Die Überprüfung der Schulranzen führte vor allem in Berliner und Leipziger Schulen zu Erfolgen, weil in diesen Städten regelmäßig internationale Ausstellungsmessen stattfanden.¹²¹² Doch warum war das Interesse an westlichem Schriftgut unter Jugendlichen in der DDR so groß? Einerseits überzeugten die bunten Bilder und die moderne Aufmachung der Comics und wahrscheinlich hatte das Verbot den Reiz an der „Schmuggelware“ erhöht, andererseits gab es kaum jugendgemäße Literatur, da es an einer Differenzierung zwischen literarischen Interessen von Kindern und von Jugendlichen fehlte. Deshalb sollte das Amt für Literatur- und Verlagswesen 1956 über 90 Titel populärwissenschaftlicher Literatur und 224 belle-

1208 Vgl. Bericht Nr. 200/61 über die Lage unter der Jugend und die Tätigkeit des Gegners vom 27. April 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 397, Bl. 13-63.

1209 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1955, S. 641.

1210 Vgl. ebd., § 10; vgl. Janssen, Wiebke 2010 (a), S. 89.

1211 BZ vom 14. September 1955, S. 6.

1212 Vgl. Geißler, Gert 2000, S. 413.

tristische Titel für Kinder und Jugendliche herausgeben, darunter 38 Märchen/Fabeln und 43 Abenteuer- und Utopie-Romane. Es entstanden zwei populärwissenschaftliche, drei belletristische und fünf Abenteuerschriften.¹²¹³

Mitte der 1950er Jahre kam mit Mosaik eine sozialistische Alternative zu den westlichen Comics heraus und erfreute sich großer Beliebtheit.¹²¹⁴ Die als Comic inszenierte Zeitschrift erschien unter Schirmherrschaft des Jugendverbandes ab 1955 quartalsweise, von 1957 an monatlich. Auf das Angebot griffen Jugendliche bis in die 1980er Jahre gern zurück,¹²¹⁵ wenngleich die Zeitschrift mit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre politischer wurde.¹²¹⁶ Mit der Herausgabe von Mosaik war das Problem mit den westlichen Presseerzeugnissen jedoch nicht gelöst. Jugendliche in Ost wie West waren, nach Auffassung des ND im Oktober 1958, weiterhin „bluttriefenden Schmökern an den Zeitungsständen und in den Buchläden“ ausgesetzt. Laut der Tageszeitung verlangte die gesamtdeutsche Bevölkerung „Ami go home“ und wollte „vom Gift der amerikanischen Unkultur“ unberührt bleiben. Während die junge Generation in der DDR „im Dramatischen Zirkel, in der Ballettgruppe des Klubhauses, in Fotozirkeln [und] in Dutzenden Arbeitsgemeinschaften ihrer Freizeit Sinn und Ziel“ gab, seien die bundesdeutschen Altersgenossen „dem Einfluß der Frontstadtpolitiker“¹²¹⁷ hilflos ausgeliefert.

Einen Tag später als das ND nahm die BZ den Schöneberger Senat und den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen ins Visier. Beide würden „die Jugend mit Comics, Kriminalreißern, erotischen Schriften [und] militärischer Literatur geradezu“ überschütten. Derartige „Schunderzeugnisse[...]“ brächen wie eine „Schmutzflut“ über Westberlin herein. Die „Filmmankündigungen“ an Litfaßsäulen ließen „auch auf der Leinwand das Gift

1213 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1956 (b), S. 141 f.

1214 Bei den X. Welfestspielen 1973 in der DDR verteilte die Staatsführung Reiseprospekte in Form von Cartoons. Vgl. Wesenberg, Denise 2007, S. 19.

1215 Vgl. Wiedemann, Dieter u. a. 1984: Die Funktion der Massenmedien bei der kommunistischen Erziehung der Jugend. Forschungsbericht vom Juni, Bl. 28.

1216 Ab 1958 durchlebten die drei Comic-Helden eine Zeitreise, an deren Ende sie sich auf einem Planeten mit zwei politischen Systemen befanden. Außerdem nahmen sie in der Zeitschrift am polytechnischen Unterricht teil und leisteten Arbeitseinsätze in Betrieben oder an Talsperren. Vgl. für Einzelheiten: Kramer, Thomas 1997; Fulbrook, Mary 2008, S. 94; Kowalczyk, Ilko-Sascha 2009 (a), S. 144.

1217 ND vom 28. Oktober 1958, S. 6.

der Verrohung und Verblödung [...] ungeheure[n] Ausmaß[es]“¹²¹⁸ erkennen. Doch der Besuch eines westdeutschen Filmtheaters bot für junge Ostdeutsche bis zum August 1961 fast die einzige Möglichkeit, begehrte Filme zu sehen. Ab Anfang der 1950er Jahre bestand ein Importverbot für amerikanische Streifen. In der Folge zog es tausende Ostberliner Jugendliche in die Lichtspielhäuser Westberlins. Im Jahr 1958 besuchten monatlich 600.000 ostdeutsche Bürger – vorwiegend junges Publikum – Westberliner Kinos. Zeitgenössische Filme wie „The Wild One“ („Der Wilde“) mit Marlon Brando, „Blackboard Jungle“ („Die Saat der Gewalt“) oder „East of Eden“ („Jenseits von Eden“) mit James Dean erreichten Kultstatus. Viele Heranwachsende konnten sich mit den eigenwilligen, jungen Kinohelden identifizieren, die wie sie Konflikte mit dem Elternhaus ausfochten und das Lebensgefühl des Rock 'n' Roll auslebten, zumindest auf der Leinwand.¹²¹⁹

Nach Recherchen des MfS versuchte der westdeutsche Geheimdienst, junge Ostdeutsche vor den „Grenzkinos“ anzuwerben. Trotz des Importverbots verzeichnete die ostdeutsche Geheimpolizei im April 1961 eine steigende Tendenz bei der Einfuhr solcher Filme wie „Schnelle Jungs und kesse Mädchen“, die nur „Rock and Roll und Autoraserei“¹²²⁰ zum Inhalt hatten. Ein sozialistisches Pendant zu den Hollywoodfilmen gab es, anders als bei den Comics, in der DDR nicht. Vermutlich hing das mit der sehr niedrigen Quote von Jugendfilmen zusammen. Der Ministerrat verfügte für das Jahr 1956 die Produktion von vier und für 1957 von drei Jugendfilmen. Im Vergleich dazu lag die Trickfilm-Produktion 1956 bei 20 Stück.¹²²¹

Dennoch griff die staatliche Filmindustrie das „Halbstarken“-Phänomen auf. Nach der bundesdeutschen Filmproduktion „Die Halbstarken“ aus dem Jahr 1956 folgte 1957 die erfolgreiche ostdeutsche Produktion „Berlin – Ecke Schönhauser“. Mit dem Kinofilm gestand die politische Führung zwar die Existenz eines Jugendproblems öffentlich ein, fand die Ursachen allerdings nicht in den herrschenden Verhältnissen, sondern im Erziehungsstil der Elternhäuser.¹²²² Lediglich in diesem Fall berichtete die

1218 BZ vom 29. Oktober 1958 (a), S. 1.

1219 Vgl. Janssen, Wiebke 2010 (a), S. 90-94.

1220 Bericht Nr. 200/61 über die Lage unter der Jugend und die Tätigkeit des Gegners vom 27. April 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 397, Bl. 13-63.

1221 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1956 (b), S. 141.

1222 Vgl. Janssen, Wiebke 2010 (a), S. 95-99.

BZ positiv über „Halbstarke“. Der Film sei ein „großartige[r] Beitrag für die Erziehung der Jugend“. Die Zeitung resümierte: „Wir könnten mehr so gute Filme gebrauchen.“¹²²³ Der erste amerikanische Cowboy-Film „Die glorreichen Sieben“ flimmerte 1963 über ostdeutsche Leinwände.¹²²⁴

Die Schauspieler aus den amerikanischen Spielfilmen wurden für Rock-'n'-Roll-Begeisterte in der DDR zu Vorbildern. Obwohl Regierung und Medien diese zu Marionetten des Kapitalismus deklarierten, eiferten Heranwachsende ihren Helden aus Musik und Lichtspielhaus vor allem optisch nach. Das ND skizzierte 1954 den „idealen“ Rock-'n'-Roll- bzw. Jazz-Fan: „Halbstarke mit Nietenhosen und gelben Nickys, die Brust buntbedruckt mit lassowerfenden Cowboys und um sich schießenden Gangstern, lungern“ auf der Straße herum. „Die meisten bewegen lässig ihren Kaugummi im Mund, andere schlagen nach dem Rhythmus lauter Jazzmusik mit den Füßen den Takt auf den Gehsteig. Sie lesen in Wild-West-Schmökern.“¹²²⁵ SED und Presse werteten den westlich anmutenden Kleidungsstil, die aufwendigen Entenschwanz- bzw. militärischen „Igelfrisuren“¹²²⁶ und selbst das Schuhwerk als Zeichen von Dekadenz und einer „sozialismusfremden“ Lebensweise. Das ND verwies 1956 darauf, Kreppschuhe seien in der DDR „nur solange das Abzeichen einiger Halbstarker gewesen [...], bis es sie auch bei uns zu kaufen gab“¹²²⁷.

Der Mangel an der begehrten modischen Kleidung verlangte von den Jugendlichen Improvisationstalent. Die unerlaubte Einfuhr von Jeanshosen konnte im schlimmsten Fall mit drei Jahren Freiheitsstrafe enden. In den meisten Fällen blieb es bei Verwarnungen. Aufgrund des Verbots westlicher Bekleidung existierte in Berlin ein Schwarzmarkt für Jeans.¹²²⁸ Neben Nietenhosen und farbenfrohen Texas-Hemden gehörten eine schwarze Lederjacke, geringelte Socken und spitz zulaufende Schuhe zum Outfit mancher Rock 'n' Roller. Bei einigen Jugendlichen ersetzten schwarze oder rote Hemden die kaum erschwinglichen Lederjacken. Nietenhosen avancierten zur Tauschware oder gingen als Auftragsarbeiten bei Schneidereien ein.¹²²⁹

1223 BZ vom 3. September 1957, S. 3.

1224 Vgl. Poiger, Uta G. 2003, S. 20.

1225 ND vom 3. September 1954, S. 6.

1226 NZ vom 18. März 1956, S. 8.

1227 ND vom 12. Februar 1956, S. 10.

1228 Vgl. Menzel, Rebecca 2008, S. 13.

1229 Vgl. Janssen, Wiebke 2010 (a), S. 119 u. 133 f.

Wegen ihrer engen Passform, der bunten Cowboystickereien und der amerikanischen Logos auf den Gesäßtaschen verurteilte die SED das Tragen von Jeans. Die Träger der Nietenhosen standen nicht nur im Verdacht, die westliche Lebensweise zu verherrlichen; die negative Haltung der Parteiführung gegenüber dem westlichen Kleidungsstil, insbesondere der Jeans, resultierte paradoxerweise aus der scheinbaren Uniformität ihrer Träger.¹²³⁰ Das Tragen von Jeans war ein politisches Statement. Stefan Heym outete sich Mitte der 1950er Jahre in der BZ als Besitzer von Nietenhosen und prophezeite: „Die Nietenhosen sind heute, was vor kurzem die Nicki-Hemden, Ringelsöckchen und dreiviertel-langen Damenhosen waren. Jetzt gibt es Nicki-Hemden, Ringelsöckchen und dreiviertel-lange Damenhosen in der HO zu kaufen, und da haben sie ihren Charakter als politisches Abzeichen plötzlich verloren. Mit den Nietenhosen wird es genauso gehen.“¹²³¹

Für Heranwachsende der 1950er Jahre war es alles andere als einfach, westliche Kleidung zu erwerben bzw. diese ohne Probleme zu tragen. Es sollte mehr als 20 Jahre dauern, bis es die begehrten Jeans in der DDR zu kaufen gab. Noch im Juni 1960 publizierte die BZ die Geschichte eines arbeitsamen jungen Mannes namens Peter: „Aber derselbe Peter ging nach Westberlin und kaufte sich eine Nietenhose. Damit hat er gegen die Gesetze unserer Republik verstoßen. Und er schadet sich selbst. Denn auch sein Geld wird dazu benutzt, den Agentensumpf Westberlin zu finanzieren; er hat es Spekulanten zugetragen, von wo aus es in die Kanäle der Verbrecher fließt.“ In dem wie eine Alltagsgeschichte aufgemachten Artikel stieß Peter bei den anderen Jugendlichen aus seiner Brigade wegen der Kaufentscheidung auf Unverständnis. Die BZ erklärte, dieser habe die Jeans gekauft, weil seine häuslichen Verhältnisse ihn dazu animierten und er auf seine falschen Freunde auf der Straße gehört habe, die meinten, „daß er sich wie sie, Nietenhosen ‚von drüben‘“¹²³² holen müsse, wenn er dazugehören wolle. Die Geschichte endete mit der Einsicht Peters und dessen Vorsatz, künftig wieder „sinnvoll“ seine freie Zeit zu nutzen.

Eine größere Rolle als westliche Kleidung im Freizeitleben nahm bei den meisten Heranwachsenden Musik ein. Im Jahr 1961 kam eine nicht veröffentlichte Studie des ND mit rund 2.500 einbezogenen Jugendlichen – von denen 35 Prozent an der Umfrage teilnahmen – zu dem Ergeb-

1230 Vgl. dies. 1999, S. 69; vgl. Menzel, Rebecca 2004, S. 19.

1231 BZ vom 10. Juli 1955, S. 2.

1232 BZ vom 3. Juni 1960, S. 3.

nis, über 70 Prozent wünschten sich mehr Westmusik in der DDR. Fast jeder gab zu, verbotenerweise Radio Luxemburg zu hören, und die Mehrheit verlangte moderne Musik und attraktive Tanzlokale und Dorfkubs für ihre Freizeitgestaltung.¹²³³ Die große Beliebtheit von Westsendern bzw. des Deutschlandfunks und Radio Luxemburg hielt bis mindestens Ende der 1960er Jahre an,¹²³⁴ obwohl der Konsum der „heißen Musik“ starken Restriktionen unterlag. Eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren drohte beim Kauf und Import westlicher Schallplatten.¹²³⁵

Dem Problem „imperialistischer“ Musikgüter auf sozialistischem Terrain widmete sich die SED ab den frühen 1950er Jahren. Aufgrund eines Beschlusses der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten durfte ab 1951 bei öffentlichen Tanzveranstaltungen „nur Musik gespielt werden, die wesentlich melodie-, nicht rhythmusbetont ist. Die Arrangements haben in einer volksliedhaften, das Ohr der Werktätigen nicht beleidigenden Weise zu erfolgen“¹²³⁶. Nicht selten erhielten Redakteure von Rundfunkanstalten Besuch von Behörden, bei denen über Sendungen gesprochen wurde, die „zersetzend wirk[t]en“¹²³⁷. Vereinzelt beschwerten sich heimische Berufsmusiker über FDJ-Musikgruppen, spielten diese doch nicht nur auf Jugendbällen, sondern popularisierten amerikanisch klingende Musik und eroberten zunehmend den öffentlichen Raum.¹²³⁸ Auf einem Symposium im Januar 1953 verkündeten die Kommission Tanzmusik des Verbandes Deutscher Komponisten und Musikwissenschaftler, die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten und das Staatliche Rundfunkkomitee

1233 Vgl. SAPMO-BArch, FDJ A/6173, zitiert in: Thöns, Kerstin 1996, S. 185 u. 188.

1234 Vgl. Förster, Peter 1995, S. 1297.

1235 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1955, S. 641; vgl. Zimmermann, Peter 1991, S. 109; vgl. Janssen, Wiebke 2010 (b), S. 20.

1236 Käs, Rudolf 1989: Hot and Sweet, in: Glaser, Hermann u. a. (Hrsg.): So viel Anfang war nie. Deutsche Städte 1945-1949, Berlin, S. 255, zitiert in: Badstübner-Peters, Evemarie 1997, S. 77.

1237 Überprüfung von Sendungen des Berliner Rundfunks. Protokoll Nr. 102 auf der Sitzung des Politbüros vom 18. März 1952, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2/202, Bl. 13.

1238 Vgl. Schriftwechsel der Fachkommission Musik mit dem Büro für Theaterfragen und der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten. Brief von der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten an die Abteilung Jugend vom 28. Juli 1953, in: SAPMO-BArch, DY 43/92, Bl. 41.

tee die „Schaffung einer neuen, sauberen und lebensvollen Tanzmusik“¹²³⁹.

Zwei Monate später, am 17. März 1953, trat die „Durchführungsanweisung zur Anordnung der Staatlichen Kommission über die Befugnis zur Ausübung von Tanz- und Unterhaltungsmusik“ in Kraft, der Vorläufer der späteren 60/40-Regelung. Auf Veranstaltungen, die „den Rahmen des Kulturprogramms übersteigen“¹²⁴⁰, etwa betriebliche oder öffentliche Tanzvorstellungen, durften fortan nur Berufsmusiker auftreten. Für Streitigkeiten sorgten bezahlte Arrangements von Werkkapellen und Laienmusikgruppen wie derjenigen der FDJ, da sie bei Erhalt eines Entgeltes gegen die Verordnung verstießen.¹²⁴¹ Jugendliche Hobbymusiker besaßen dadurch kaum Möglichkeiten, ihre Musik öffentlich zu präsentieren oder damit Geld zu verdienen. Erst in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre erlaubte die zweite Anordnung unter gewissen Gegebenheiten, d. h. mit einer gültigen Zulassung – der „Musikerpappe“ –, Amateuren die musikalische Ausgestaltung von Tanzveranstaltungen.¹²⁴²

Mit diesem Vorgehen beschränkte die SED in den 1950er Jahren nicht nur die Verbreitung westlicher Musik, sondern verhinderte auch die Entwicklung einer eigenständigen Jugendmusik. Auf der Kulturkonferenz von 1957 untermauerte die Parteiführung den Kampf gegen westliche Musik mit ideologischen Argumenten: „Unsere Bevölkerung hat ein Recht auf eine saubere, vielfältige Unterhaltungsmusik. Der Kampf gegen alle dekadenten Erscheinungen, insbesondere auf dem Gebiet der Tanz- und Unterhaltungsmusik ist mit aller Entschiedenheit zu führen.“¹²⁴³ Ein Jahr später führten die Erziehungsfunktionäre mit der als 60/40-Regelung bekannten Musikbeschränkung ein anderes Kontrollinstrument ein. Mit der „Anordnung über die Programmgestaltung bei Unterhaltungs- und Tanzmusik“ vom 2. Januar 1958 wies das Ministerium für Kultur an, bei allen Veranstaltungen müssten mindestens 60 Prozent der Lieder von Interpreten aus

1239 BZ vom 13. Januar 1953, S. 3.

1240 Brief von der Fachkommission Musik an die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten vom 2. Juli 1953, in: SAPMO-BArch, DY 43/92, Bl. 47.

1241 Vgl. ebd., Bl. 46 f.; vgl. Brief von der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten an die FDGB-Gewerkschaft Kunst vom 6. Juni 1953, in: ebd., Bl. 45 f.; vgl. Brief von der Fachkommission Musik an die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten vom 26. Juni 1953, in: ebd., Bl. 48.

1242 Vgl. Wicke, Peter 1995, S. 589 f.

1243 Thesen zur Kulturkonferenz der SED vom Oktober 1957, Berlin (Ost), S. 3, zitiert in: Wicke, Peter 1999, S. 1873.

der Sowjetunion oder aus anderen sozialistischen Volksdemokratien stammen.¹²⁴⁴ Offiziell diente die Anordnung dazu, „das Niveau der Unterhaltungs- und Tanzmusik zu heben [sowie] Erscheinungen der Dekadenz und des Verfalls zu bekämpfen“¹²⁴⁵. Was die Einheitspartei konkret unter derartigen Erscheinungen verstand, ließ sie zwar offen, die Restriktionen aber richteten sich überwiegend gegen die Musikstile Jazz¹²⁴⁶ und Rock 'n' Roll.¹²⁴⁷

Die musikalische Kontrolle durch die 60/40-Regelung prägte das ostdeutsche Rundfunkprogramm maßgeblich, im praktischen Veranstaltungsbetrieb verpuffte sie jedoch.¹²⁴⁸ So warnten Gastwirte bei Saalkontrollen die Musiker auf der Bühne mit Geheimcodes oder Lichtsignalen vor den eintreffenden staatlichen Inspektoren, die am Einlass meist ihre Betriebsausweise vorzeigten, um Eintritt zu sparen. Die Musiker wechselten daraufhin zu vorher genehmigten Versionen ihrer Set-Liste, bis die Aufpasser verschwanden.¹²⁴⁹ Von 1960 an bekamen Tanzkapellen, deren Repertoire aus mehr als einem Drittel westlicher Musik bestand, Ordnungsstrafen auferlegt,¹²⁵⁰ während die Produktion heimischer Tanzmusik erheblich stieg und staatliche Programme für Komponisten sowie Schlagersänger eine eigene sozialistische Tanzmusik fördern sollten.¹²⁵¹ Walter Ulbricht hatte im April 1959 auf der I. Bitterfelder Kulturkonferenz¹²⁵² zur Lösung des Dilemmas mit der westlichen Musik vorgeschlagen: „Es genügt nicht, die kapitalistische Dekadenz in Worten zu verurteilen, gegen Schundliteratur und spießbürgerliche Gewohnheiten zu Felde zu ziehen, gegen die

1244 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1958, § 1.

1245 Ebd., S. 38.

1246 Auch die Nationalsozialisten bezeichneten amerikanische Musik, insbesondere den Jazz, als dekadent und als „Niggermusik“. Vgl. Baacke, Dieter 1987, S. 49.

1247 Vgl. Thesen zur Kulturkonferenz der SED vom Oktober 1957, Berlin (Ost), S. 3, zitiert in: Wicke, Peter 1999, S. 1873.

1248 Vgl. Rauhut, Michael 1993, S. 46.

1249 Vgl. Lindner, Bernd 2008 (a), S. 30.

1250 Vgl. Lindemann, Hans/Kurt Müller 1974, S. 40.

1251 Ab Mitte der 1950er Jahre entstanden staatliche Institutionen, in denen „medientaugliche Schlagerinterpreten“ geschult wurden. Vgl. Rauhut, Michael 1993, S. 45 u. 47 f.

1252 Die I. Bitterfelder Kulturkonferenz rief Kulturschaffende in der DDR dazu auf, den Arbeitsalltag der Bevölkerung stärker zu thematisieren bzw. zu heroisieren. Arbeiter wiederum wurden ermutigt, selbst künstlerisch aktiv zu werden. Vgl. ders. 2002, S. 7.

„Hotmusik“ und die ekstatischen „Gesänge“ eines Presley zu sprechen. Wir müssen etwas Besseres bieten.“¹²⁵³

Ein weiterer Einfall seitens der staatlichen Behörden zur Bekämpfung des Rock 'n' Roll endete 1959 im Versuch, einen sozialistischen Tanzstil zu etablieren.¹²⁵⁴ Der Lipsi war geboren.¹²⁵⁵ Trotz der Popularisierung in Rundfunk und Fernsehen und des eigenen Liedes mit dem gängigen Refrain „Heute, tanzen alle jungen Leute, im Lipsi-Schritt“ stieß der biedere Paartanz auf geringes Interesse.¹²⁵⁶ Das hielt ND, BZ und NZ wenig davon ab zu berichten, begeistert würde die Jugend in der ganzen Republik die Tanzvorlage ihrer Staatsführung umsetzen.¹²⁵⁷ Das ND schrieb von einer „tanzfreudige[n] Jugend“, von „dem neuartigen Rhythmus“ und schwärmte von der positiven Resonanz auf letzteren. Als „ganz und gar modern“ empfänden junge Tänzer das „Bewegungsbild [...] voller Harmonie und mit seinem Lösen und Wiederfinden der Partner“, da sie „sich nicht in ständiger geschlossener Tanzhaltung bewegen“ wollten. Der Lipsi sei eine gute Alternative zu „jenen geschmack- und hemmungslosen Verrenkungen überseeischer Tanzimporte, die ebenso wie die Ohren beleidigenden Jazzverfälschungen aller Art die Gehirne einer zu ‚Rettern des Abendlandes‘ vorgesehenen Jugend der westlichen Länder vernebeln“¹²⁵⁸.

Das ostdeutsche Label Amiga veröffentlichte mindestens 60 Lipsi-Titel auf über 20 Schallplatten.¹²⁵⁹ Begehrte aktuelle Schlager und Rockmusik aus dem Westen hingegen konnte kaum ein ostdeutscher Jugendlicher in den 1950er Jahren beziehen. Tanzcafés mit modern ausgestatteten Musikboxen waren eine Rarität und Radiosender spielten überwiegend Opern und eigene Schlagerproduktionen. Das machte ein Ignorieren sozialistischer Produktionen fast unmöglich. In der DDR produzierte Musik schnitt im Vergleich zu den schnellen Rhythmen des Rock 'n' Roll und seinen

1253 Ulbricht, Walter 1959 (a), S. 113.

1254 Vgl. Poiger, Uta G. 1997, S. 280.

1255 Den Lipsi entwickelte ein Leipziger Komponist. Den dazugehörigen Tanz lieferte ein Leipziger Tanzlehrerpaar. Der Name ist auf die lateinische Bezeichnung Lipsia für Leipzig zurückzuführen. Der Tanz wurde 1959 auf der Messe in Leipzig vorgestellt. Vgl. Moldt, Dirk 2008 (b), S. 35; vgl. Janssen, Wiebke 2010 (a), S. 107.

1256 Vgl. Rauhut, Michael 1993, S. 40.

1257 Vgl. ND vom 7. Februar 1959 (b), S. 12; vgl. BZ vom 14. März 1959, S. 6; vgl. NZ vom 22. März 1959, S. 4; vgl. ND vom 9. Juni 1959, S. 4.

1258 ND vom 7. Februar 1959 (a), S. 12.

1259 Vgl. Lindner, Bernd 2008 (a), S. 29.

englischen Texten bei musikbegeisterten Heranwachsenden schlechter ab.¹²⁶⁰ Aus diesem Grund hörte ein Großteil in der elterlichen Wohnung insgeheim westliche Rundfunksender, insbesondere RIAS oder Radio Luxemburg.¹²⁶¹ Der im Jahr 1946 von den Amerikanern eingerichtete RIAS kreierte Programme speziell für die SBZ und genoss aufgrund seiner politischen Spitzzüngigkeit große Beliebtheit. Anfang der 1950er Jahre hörten über 50 Prozent der Bevölkerung den RIAS,¹²⁶² obwohl Störsender den Empfang unterbrachen.

Eine andere adäquate Alternative für die junge Generation war der Deutsche Freiheitssender 904.¹²⁶³ Nach dem Verbot der Kommunistischen Partei in der Bundesrepublik nahm der „Sender der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte Westdeutschlands“ seinen Betrieb als propagandistischer „Geheimsender“ der SED auf. Das Programm wurde vor allem für junge bundesdeutsche Wehrpflichtige konzipiert, die dadurch ideologisch vereinnahmt werden sollten. Dafür nahm die SED das Abspielen des missbilligten Rock 'n' Roll in Kauf. Das wussten die Jugendlichen in der DDR für sich zu nutzen. Sie konnten über den Sender „legal“ etwas Rockmusik hören und vor mahnenden Funktionären argumentieren, das Hören westlicher Musik könne nicht schlimm sein, wenn diese zum Programm des Freiheitssenders gehöre.¹²⁶⁴

Laut einem Lagebericht des MfS aus der ersten Hälfte der 1960er Jahre würden „Westfernsehen, Westfunk, vor allen Dingen durch die Sender ‚Luxemburg‘, ‚Rias I und II‘ sowie den Sender ‚Freies Berlin‘“, durch die Weckung falscher Vorstellungen vom westlichen Teil Deutschlands die „Republikflucht“ sowie den aktiven und passiven Widerstand in der DDR fördern. Derartige „umfangreiche Einflüsse der politisch-ideologischen Diversion“ fänden großen Anklang, besonders bei „arbeits-scheue[n] und kriminelle[n]“ Jugendlichen, die „ideologisch zurückgeblieben sind, sich

1260 Vgl. ebd., S. 14; vgl. Janssen, Wiebke 2012, S. 172.

1261 Vgl. Bericht über negative Erscheinungen und deren Ursachen unter der Jugend – wie wird seitens der FDJ entgegengewirkt vom 11. April 1963, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-6554, pag. Bl. 115; vgl. Bericht Nr. 200/61 über die Lage unter der Jugend und die Tätigkeit des Gegners vom 27. April 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 397, Bl. 13-63.

1262 Vgl. Stöver, Bernd 2004, S. 210, 213 f. u. 216.

1263 Im Jahr 1971 bzw. 1972 wurden der Freiheitssender 904 und der Soldatensender 935 eingestellt. Vgl. Geserick, Rolf 2014, S. 152.

1264 Vgl. Janssen, Wiebke 2010 (b), S. 20-22.

labil [...] verhalten und [...] niedrige Moralanschauungen besitzen“¹²⁶⁵. Die Angst vor einer „ideologischen Diversion“ durch westdeutsche Radiostationen war nicht unbegründet. Nach dem Volksaufstand von 1953 appellierte der RIAS an alle FDJler, diesmal keine parteiloyalen Funktionäre, sondern Personen zu wählen, welche die Interessen der jungen Generation vertreten würden.¹²⁶⁶ Zudem riet der Sender Jugendlichen in der DDR dazu, wegen des „Klassenkampfes“ nach einer Verlängerung ihrer Ausbildung zu verlangen¹²⁶⁷ und die GST nur für egoistische Interessen wie Freizeitvergnügen oder berufliches Fortkommen auszunutzen¹²⁶⁸.

Um die Bevölkerung über die ideologischen Persionen der bundesdeutschen Hörfunksender zu informieren, wurde in den späten 1950er bzw. frühen 1960er Jahren eine Broschüre verlegt. Das mit Karikaturen versehene Heft „Heiße Musik und kalter Krieg“ berichtete ausführlich von den „Machenschaften“ westlicher Sender. Mit dem Anspruch von Aufklärungsarbeit verwies der Prospekt auf die „Verbindung zwischen Rock’n Roll und Politik“. Demnach stünden hinter dem harmlos klingenden Sender Radio Luxemburg „Manager des kalten Krieges“, die in jenem „Zwergenstaat[...]“ einen „unauffälligen Platz für ihr ‚Institut Äthergift‘“¹²⁶⁹ gefunden hätten. Während die „plumpe, haßerfüllte Hetze des RIAS“ nur sehr geringen Einfluss ausübe, würde sich Radio Luxemburg zunehmend auf „unpolitische Art“, „mit Schmus und schräger Musik“¹²⁷⁰, an Leichtgläubige wenden.

Zum selben Resultat gelangte die ostdeutsche Geheimpolizei 1961, weil „die Sender Luxemburg, RIAS, Bayerischer Rundfunk, Österreichischer

1265 Information Nr. 16/64 an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung zu Jugendproblemen im Bezirk. Ergänzung zur Einschätzung zu Problemen der Jugend vom 20.5.1963 vom 8. Januar 1964, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-6813, pag. Bl. 460 f.

1266 Vgl. Informationsdienst Nr. 2029 zur Beurteilung der Situation vom 24. November 1953, in: BStU, MfS, AS 39/58, Bd. I, Bl. 234-240.

1267 Vgl. Analyse vom 16. bis 31. Oktober 1953. Nr. 4/53, in: BStU, MfS, AS 9/57, Bd. IX, Bl. 161-171; vgl. Informationsdienst Nr. 2005 zur Beurteilung der Situation vom 28. Oktober 1953, in: BStU, MfS, AS 39/58, Bd. II, Bl. 27-33.

1268 Vgl. Analyse vom 16. bis 30. September 1953. Nr. 2/53, in: BStU, MfS, AS 39/58, Bd. II, Bl. 47-59; vgl. Information Nr. 1075 vom 23. September 1953, in: ebd., Bl. 293-299.

1269 Die Broschüre stammt aus dem Jahr 1961. Nur das Deckblatt ist paginiert (pag. Bl. 93). Heiße Musik und kalter Krieg, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-2741, S. 1 (nicht pag.).

1270 Ebd., S. 20 (nicht pag.).

Rundfunk usw. sowie das West-Fernsehen und westliche Schundliteratur den größten Einfluß auf die Jugendlichen“ hätten. Die Folgen zeigten „sich darin, daß ein geringer Teil Jugendliche nach westlicher Manier gekleidet geht, auf Tanzsälen unkultiviert tanzt, [seine] Stärke im Genuß übermäßiger Mengen Alkohol beweisen will und in anderer Art rowdyhaft auftritt“¹²⁷¹. Zum „rowdyhaften“ Auftritt zählte in den 1950er Jahren schon die Zusammenkunft auf der Straße. Da viele Jugendliche, aufgrund finanzieller Engpässe, kein eigenes Radiogerät oder einen tragbaren Schallplattenspieler ihr Eigen nennen konnten, trafen sie sich gern in den Zentren der Städte, vor Theaterhäusern oder Kinos. Dort hörten und tauschten sie Musik, (westliche) Comics und Abziehbilder. Oftmals gründeten die vom Rock-'n'-Roll-Begeisterten nach westlichem Vorbild Klubs oder Cliquen und verteilten im Freundeskreis amerikanisch klingende Spitznamen wie Billy, Bobby oder Rocky. Applikationen auf der Kleidung – der Buchstabe B für Bill Haley – oder eine bunte Rock-'n'-Roll-Klammer an der Jacke dienten den Klubs als Erkennungs- und Abgrenzungszeichen.¹²⁷²

Teilweise verrieten allein die Namen etwas über die Vorlieben der Mitglieder: „Rock'n-Roll-Klub“ (Annaberg), „Rex-Gildo-Klub“ (Plauen), „Jawa-Klub“, „Texasbande“ (beides Reichenbach), „Elvisbande“ (Werdaun), „Charly-Brown-Club“ und „Pflaumenkuchen-Club“ (beides Schwerin).¹²⁷³ Die lockeren Zusammenkünfte in Milchbars, Eisdielen, Stammlokalen, Wohnungen und auf Grünflächen beobachteten SED und Ordnungskräfte mit Argwohn.¹²⁷⁴ Walter Ulbricht erklärte im Jahr 1958 auf einem Jugendforum: „Die Bezeichnung Clubs ist nicht richtig. Es handelt sich hierbei um Banden. Sprechen wir die Dinge so aus, wie sie sind.“¹²⁷⁵ Die Gründung von Klubs führte das MfS auf den vermehrten Einfluss westlicher Kräfte zurück, die Bildung von „informellen Freizeitgruppen“ galt als

1271 Bericht über die Lage unter der Jugend im Bezirk Karl-Marx-Stadt vom 28. Februar 1961, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-5873, pag. Bl. 227.

1272 Vgl. Janssen, Wiebke 2010 (a), S. 190; vgl. dies. 2012, S. 174.

1273 Vgl. Bericht Nr. 200/61 über die Lage unter der Jugend und die Tätigkeit des Gegners vom 27. April 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 397, Bl. 13-63; vgl. Information Nr. 16/64 an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung zu Jugendproblemen im Bezirk. Ergänzung zur Einschätzung zu Problemen der Jugend vom 20.5.1963 vom 8. Januar 1964, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-6813, pag. Bl. 446 u. Bl. 451-453.

1274 Vgl. Rauhut, Michael 2002, S. 7.

1275 ND vom 13. November 1958, S. 5; vgl. Janssen, Wiebke 2012, S. 170.

Provokation und als Angriff auf die Autorität des Staates,¹²⁷⁶ da sich diese Jugendlichen dem Erziehungsmonopol der SED „bewusst“ entzogen.

Auch die Broschüre „Heiße Musik und kalter Krieg“ widmete sich dem Problem der Klubbildung und der Verehrung westlicher Stars, deren Namen mancher Klub in der DDR trug. Demnach lockte der Radiosender Luxemburg Jugendliche in seine Fänge, indem er damit warb, ihnen ein Foto mit (maschinellem) Widmung oder eine Schallplatte zu schicken, wenn sie ihre Privatadresse und den Namen ihres Lieblingsschauspielers zusandten. Taten dies junge Leichtsinnige, erhielten sie nicht nur das gewünschte Präsent, sondern auch Kontaktdaten zum passenden Filmklub in Westdeutschland. Von einem der rund 800 bundesdeutschen „Film- und Starclubs“ bekäme der ostdeutsche Fan später die Instruktion, weitere Jugendliche zu werben, und erhielt die Genehmigung, als „Unterclubführer“¹²⁷⁷ eine eigene Untergruppe des Klubs zu gründen. Westdeutsche Agitatoren würden zur Vorsicht vor aufmerksamen Lehrern raten, die Klubgründung und Anwerbung gefährden könnten. Doch warum dies, fragte das Heft, wenn „an einem solchen ‚Club‘ nichts weiter dran ist“?¹²⁷⁸ Die Antwort lautete: Radio Luxemburg und Co. wollten die Jugend zu brutalen Straftaten und „antisozialistischer“ Hetze verführen.¹²⁷⁹

Heranwachsende blieben von solch einer Propaganda unbeeindruckt. Von Januar bis April 1963 beschlagnahmte die ostdeutsche Geheimpolizei über 38.000 Bittschreiben um Autogramme von westlichen Stars.¹²⁸⁰ Nach einer Schätzung der ZAIG von 1961 gehörten insgesamt etwa 100.000 west- und ostdeutsche Jugendliche mindestens einem Star- bzw. Fanklub an, wovon in der Bundesrepublik knapp 1.000 existierten. In der DDR gab es vornehmlich Klubs mit Vorlieben für Freddy Quinn, Peter Kraus und Caterina Valente.¹²⁸¹ Die Bezirksverwaltung (BV) des MfS in Karl-Marx-Stadt konstatierte Anfang der 1960er Jahre, minderjährige Oberschüler schrieben häufig westdeutsche Fanklubs an, damit diese ihnen Fotos von Filmstars oder Schlagersängern schickten, während Studenten lieber Jazz-

1276 Vgl. Rauhut, Michael 2002, S. 7.

1277 Heiße Musik und kalter Krieg, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-2741, S. 23 (nicht pag.).

1278 Ebd., S. 25 (nicht pag.).

1279 Vgl. ebd., S. 25 f. (nicht pag.).

1280 Vgl. Menzel, Rebecca 2008, S. 14.

1281 Vgl. Bericht Nr. 200/61 über die Lage unter der Jugend und die Tätigkeit des Gegners vom 27. April 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 397, Bl. 13-63.

klubs betrieben oder Partys feierten. Im Rahmen der relativ liberalen Phase Anfang der 1960er Jahre tat das MfS die Verbindungsaufnahme Jugendlicher zu westlichen Fangemeinden als relativ ungefährliche Freizeitbeschäftigung ab.¹²⁸²

Einen anderen Zeitvertrieb und kulturellen Höhepunkt für Rock 'n' Roller bildeten neben dem Treffen auf der Straße und dem Sammeln von Relikten ihrer Stars Besuche auf Jahrmärkten und Rummelplätzen. Großen Zulauf hatten jene Stände, die aktuelle westdeutsche Schlager und Rock-'n'-Roll-Platten spielten. Generell präferierten Anhänger der Subkultur Orte, an denen der Einfluss der FDJ an seine Grenzen stieß. Die Verhaltensweisen der Fans und deren teilweise exotisches Erscheinungsbild entsprachen nicht den Wesensmerkmalen der anvisierten sozialistischen Persönlichkeit. Zudem lehrte die FDJ, Jugendliche, vor allem Mädchen, sollten ihre Freizeit nicht auf der Straße oder beim „Herumlungern“ auf Jahrmärkten verbringen, sondern „sinnvoll“ ausfüllen: auf FDJ-Veranstaltungen, bei Pioniernachmittagen, mit gesellschaftlich nützlichen Tätigkeiten wie kollektiven Säuberungsaktionen („Subbotniks“) oder mit Hilfediensten für ältere Menschen („Timurhilfe“ der Pioniere).¹²⁸³

Da gesellschaftlich nützliche Freizeitbeschäftigungen weniger zum Image eines hartgesottenen Rock 'n' Rollers passten, brachte die Presse jene „amerikanischen Verhaltensweisen“ sehr häufig in Verbindung mit Zerstörungswut und Vandalismus. „Halbstarke“ tauchten in überregionalen Reportagen auf, wenn Fußballspiele und Jahrmärkte gewaltsam endeten,¹²⁸⁴ Übergriffe auf Bürger und Polizeiangehörige¹²⁸⁵ erfolgten oder erheblicher Sachschaden entstand.¹²⁸⁶ Die Quelle der „Halbstarken“-Bewegung verortete die BZ in Westberlin, ihre Ursachen in „Arbeitslosigkeit, mangelnde[r] Fürsorge, Gangsterliteratur, schlechte[n] Filme[n] und eine[r] von gewissenlosen Menschen erzeugte[n] Frontstadtatmosphäre“.

1282 Vgl. Bericht über negative Erscheinungen und deren Ursachen unter der Jugend – wie wird seitens der FDJ entgegengewirkt vom 11. April 1963, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-6554, pag. Bl. 111 f.

1283 Vgl. Zentralrat der FDJ. Abteilung Junge Pioniere (Hrsg.) 1968, S. 6 f.; vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha 2009 (a), S. 129.

1284 Vgl. BZ vom 15. Januar 1956, S. 4; vgl. BZ vom 25. Mai 1956, S. 6.

1285 Vgl. BZ vom 3. Februar 1956, S. 2; vgl. BZ vom 4. April 1956, S. 6; vgl. BZ vom 24. Mai 1956, S. 8; vgl. BZ vom 2. Juni 1956, S. 6.

1286 Vgl. BZ vom 7. Februar 1956, S. 6; vgl. ND vom 2. März 1956, S. 4; vgl. NZ vom 10. April 1956, S. 6.

Westberliner Jugendliche würden „falschen Idealen“¹²⁸⁷ in Film, Fernsehen und Musik nachjagen.

Folglich betrachtete es das ND als erwiesen, „daß die Eltern auf die heranwachsende Jugend, sobald diese finanziell auf eignen Füßen steht, nur einen höchst bescheidenen Einfluß“ ausüben. Der schwindende Einfluss der Kirchen, besonders unter männlichen Heranwachsenden, sei „ein offenes Geheimnis“, ihnen aber „die Schuld für die Entgleisungen der Jugend zuzuschieben, wäre ebenfalls eklatantes Unrecht“. Die aufgeworfene Frage nach der Schuld an dieser Entwicklung, ob „Elternhaus oder Kirche“, ließ die Tageszeitung offen. Die NZ kam zu dem Befund, die Fehlentwicklung der jungen Generation resultiere aus den „ökonomischen Verhältnisse[n] im Westen“. Das Blatt riet zur Analyse der Menschheitsgeschichte als solches, „um diese[...] merkwürdigen Erscheinungen im Leben der Völker“¹²⁸⁸ zu erklären. Schließlich bildeten gemäß der SED eine „schlechte[...] Arbeitsmoral, geringe[...] Arbeitsproduktivität und mangelnde[...] Achtung vor dem Volkseigentum, Vernachlässigung der eigenen Bildung und [...] Abgleiten in eine demoralisierende Vergnügungssucht“¹²⁸⁹ die Auswirkungen jenes Lebensstils, den Regierung, MfS, Volkspolizei und FDJ im Rahmen jugendlicher Kriminalitätsbekämpfung zu beseitigen versuchten.

3.2.4.3 Staatliche Reaktionen

Anfang der 1960er Jahre zog die Geheimpolizei eine äußerst „positive“ Bilanz, weil es gelungen war, die „Täterzahlen“ unter den Jugendlichen von über 17.200 (1959) auf 13.500 (1961) zu reduzieren. Dennoch existierten 1961 mindestens 460 „informelle Freizeitgruppen“ mit 4.500 Mitgliedern.¹²⁹⁰ Allein in Berlin zählte das MfS rund 50 jugendliche Cliquen, zu denen 900 Heranwachsende Verbindung hielten. Im Vergleich zu ande-

1287 BZ vom 26. April 1956, S. 6.

1288 NZ vom 12. April 1958, S. 3.

1289 Der Jugend unser Herz und unsere Hilfe. Über die Verantwortung und die Aufgaben der Partei bei der sozialistischen Erziehung und Förderung der gesamten Jugend der Deutschen Demokratischen Republik. Beschluß des Politbüros des ZK vom 24. Januar 1956, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1958, S. 18.

1290 Vgl. Bericht Nr. 200/61 über die Lage unter der Jugend und die Tätigkeit des Gegners vom 27. April 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 397, Bl. 13-63.

ren Bezirken schien es in Berlin nebensächlich, Kontakte zu westdeutschen Klubs aufzubauen, hielt sich die Mehrheit der Mitglieder aus Ostberlin doch ohnehin im Westen der Stadt auf.¹²⁹¹ Im Jahr 1959 wurden über 200 „informelle Freizeitgruppen“ mit einer Mitgliederstärke von 2.200 Jugendlichen aufgelöst. Von 1957 an hatten staatliche Organe ein Anwachsen der Zahl von „Bandenbildungen“ registriert.¹²⁹² Ab Herbst 1956 vermerkten sie einen zahlenmäßigen Anstieg von Berichten über handgreifliche Auseinandersetzungen, die teilweise in Krawallen endeten.¹²⁹³

Die Forschung spricht bei größeren Zusammenstößen zwischen Jugendlichen und Ordnungskräften in den 1950er Jahren von krawallartigen Szenarien mit mindestens 50 Beteiligten: Zuerst störten Einzelne oder Gruppen die öffentliche Ordnung durch „auffälliges“ Verhalten. Mit dem Eintreffen der Volkspolizei erhielten die „Rädelsführer“ bzw. die Verursacher der öffentlichen Störung die Anordnung, ihre Ausweise vorzuzeigen und die Polizisten auf die nächste Wache zu begleiten. Umherstehende Schaulustige bekamen Mahnungen oder Platzverweise. Häufig folgten weder die betreffenden Jugendlichen noch die Passanten den Anweisungen. Mit dem gewaltsamen Abtransport der Jugendlichen brach eine Welle der Solidarisierung los. Beleidigungen gegen die Volkspolizei und Forderungen nach Freilassung der Verhafteten ertönten, mitunter auch politische Parolen. Die Situation eskalierte meist, wenn die aufgebrachte Menschentraube in die Arbeit der Beamten eingriff. Häufig endete ein Krawall mit dem Eintreffen zusätzlicher Polizeikräfte unter Einsatz von Gummiknüppeln und Wasserwerfern. Weitere Festnahmen folgten.¹²⁹⁴

So schrieb die BZ im März 1956 von einem „neuen schweren Tumult[...]“ auf dem Spandauer Rummelplatz, „als zwei Polizisten eine Schlägerei zwischen zwei Jugendlichen schlichten wollten“. Etwa 1.000 „Halbstarke“ hätten sofort nach dem Eintreffen der Sicherheitskräfte eine

1291 Vgl. Bericht Nr. 390/61 über Erscheinungen in Groß-Berlin, die vom Gegner zu Provokationen und anderen Formen der feindlichen Tätigkeit ausgenutzt werden können bzw. wo bereits feindlicher Einfluss erkennbar ist, vom 22. Juli 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 339, Bl. 1-38.

1292 Vgl. Sozialistische Erziehung der Jugend, Jugendkriminalität und Rowdytum (Vorlage für das Politbüro) von ca. 1960, in: BAB, DC 4/1401, zitiert in: Zimmermann, Verena 2004, S. 82; vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha 2009 (a), S. 142.

1293 Vgl. Janssen, Wiebke 2010 (a), S. 145.

1294 Vgl. ebd., S. 150 f.

„drohende Haltung“¹²⁹⁵ eingenommen. Daraufhin forderten die Beamten Verstärkung an. Nachrückende Einsatzkommandos und zwei Funkwagen begrüßte die gereizte Masse mit Wurfgeschossen. Nach der Festnahme dreier Hauptverantwortlicher eskortierten die anderen Jugendlichen – zu Fuß und lautstark – die Verhafteten zur Wache. Der Tumult endete wie so oft mit dem Einsatz von Gummiknüppeln. Die Anlässe solcher Krawalle waren vielgestaltig. Im Dezember 1956 randalierten in Ostberlin 600 Jugendliche auf dem Weihnachtsmarkt, da die Schausteller ihren Betrieb für sie zu früh eingestellt hatten. In Dresden zum Herbstfest 1960 gab die durch zwei Volkspolizisten durchgeführte Feststellung der Personalien zweier Jugendlicher, die auf dem Rummel Mädchen belästigt haben sollten, Anstoß zur Auseinandersetzung.¹²⁹⁶

Nonkonformistisches Benehmen wie das Johlen auf der Straße oder die Beleidigung von Passanten durch Jugendliche konnte ebenfalls eine Eskalation der Lage provozieren. Die Volkspolizei wertete solche jugendlichen Verhaltensweisen als „grobe Unfug“ oder als „Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“. Die meisten Krawalle erfolgten in Groß- bzw. Bezirksstädten. In Kleinstädten spitzte sich die Situation zwischen Jugend und Staatsmacht bei regionalen Festivitäten und auf öffentlichen Plätzen wie Straßenecken und Parks zu. In der DDR gab es von 1956 bis 1960 rund 22 Tumulte dieser Art. Die Hälfte der Ausschreitungen fiel unter die Rubrik Veranstaltungskrawalle¹²⁹⁷ auf Jahrmärkten oder Rummelplätzen,¹²⁹⁸ bei denen sich gerne Cliquen von Rock-'n'-Roll-Fans trafen. Für die SED bedeuteten solche Zusammenkünfte selbst kleinster Gruppen eine

1295 BZ vom 25. Mai 1956, S. 6.

1296 Vgl. Janssen, Wiebke 2010 (a), S. 149.

1297 Damit gemeint sind Krawalle, die während, vor oder nach einer öffentlichen Veranstaltung wie großen Jazzkonzerten, Filmvorführungen oder Sportveranstaltungen ausbrachen. Die öffentliche Ordnung wurde teilweise durch Schreien, Johlen und Blasen auf Kuhhörnern von Jugendlichen gestört (als eine Form der Beifallsbekundung). Den eigentlichen Krawall initiierten wenige Jugendliche, die aufgrund unerwarteter Programmwechsel oder wegen vorzeitiger Beendigung der Veranstaltung die Masse anheizten, sich das nicht gefallen zu lassen. Vgl. Bondy, Curt u. a. 1957, S. 37-39.

1298 Weitere Beispiele für Krawalle: Am 31. August 1957 gab es auf dem Leipziger Jahrmarkt Krawalle mit 500 Teilnehmern und am 16. Dezember 1958 beteiligten sich 300 Jugendliche an einer Massenschlägerei auf dem Hallenser Weihnachtsmarkt. In Salzwedel kam es im Dezember 1959 zweimal zu Krawallen auf der Straße mit jeweils 100 bis 150 Jugendlichen. Etwa 200 Personen nahmen beim Karl-Marx-Städter Schloßteichfest im September 1960 am Krawall

Gefahr öffentlicher Exzesse. Nach dem Volksaufstand vom Juni 1953 reagierten die Machthaber sehr empfindlich auf Menschenansammlungen, da viele Jugendliche spontan am 17. Juni partizipiert und zur Abschreckung hohe Zuchthausstrafen erhalten hatten.¹²⁹⁹

In den Folgetagen des 17. Juni bekundeten viele junge Menschen ihren Unmut über den Ausgang der Volkserhebung: Jugendliche im Reichsbahnausbesserungswerk Dresden-Übigau forderten freie Wahlen und hatten inzwischen die Leitung im Betrieb übernommen. In Berlin riefen zwei Heranwachsende unter Arbeitern eines Volkseigenen Betriebes erneut zum Streik auf. Im Kreis Bautzen versuchten sechs junge Menschen die Arbeitsniederlegung in einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft zu erwirken. Am 26. Juni 1953 marschierte eine große Gruppe Heranwachsender mit Transparenten und Schildern zu einer Demonstration auf dem Alexanderplatz und in Pankow bekannten sich 20 Jugendliche auf einer Versammlung geschlossen zum Volksaufstand. Sie kritisierten die Verhaftungen der Demonstranten öffentlich.¹³⁰⁰

All diese Aktionen verlangten unendlichen Mut. Sowjetische Standgerichte und die SED-Justiz verurteilten im Zuge des 17. Juni 20 Menschen zum Tode, mehr als 10.000 Personen kamen in Haft und weitere 2.000 Bürger erhielten zum Teil sehr hohe Haftstrafen. Die Volkserhebung kostete 60 bis 80 Demonstranten und zehn bis 15 Sicherheitskräfte das Leben.¹³⁰¹ Der 17. Juni nahm seinen Anfang auf der Straße, und für Jugend-

teil. Vgl. Lindner, Bernd 2008 (a), S. 24-26; vgl. Janssen, Wiebke 2010 (a), S. 145-150.

1299 So holten zur Mittagszeit des 17. Juni 1953 Jugendliche unter dem Beifall tausender Demonstranten am Brandenburger Tor die Rote Fahne herunter. Andere junge Menschen versuchten Stunden später am selben Ort, die schwarz-rot-goldene Fahne zu hissen. Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha 2013 (b), S. 206; vgl. Schöne, Jens im Oktober/November 2012, in: Apelt, Andreas H. u. a. (Hrsg.) 2013, S. 232.

1300 Vgl. Situationsbericht von Groß-Berlin und der Republik vom 18. Juni 1953 von 00.00 Uhr bis 12.00 Uhr. Meldung Nr. 5/53, in: BStU, MfS, SdM, Nr. 249, Bl. 247-257; vgl. Zusammenfassender Bericht über die Lage in Groß-Berlin und in der DDR in der Zeit vom 19. Juni 1953, 14.00 Uhr, bis 20. Juni 1953, 10.30 Uhr. Meldung Nr. 16/53, in: ebd., Bl. 210-217; vgl. Bericht über die Lage in der Landwirtschaft. Meldung Nr. 17/53 vom 20. Juni 1953, in: ebd., Bl. 139-147; vgl. Tagesbericht Nr. 3. Meldung Nr. 26/53 vom 26. Juni 1953, in: BStU, MfS, AS 9/57, Bd. III b, Bl. 316-324; vgl. Tagesbericht Nr. 4. Meldung Nr. 28/53 vom 27. Juni 1953, in: ebd., Bl. 297-315.

1301 Vgl. Jesse, Eckhard 2008, S. 279 f.

liche war diese oft die einzige Möglichkeit, sich in größerer Runde zu treffen. Zum einen wohnte die Mehrheit der Bevölkerung in beengten Verhältnissen, zum anderen verfügten viele Gemeinden über zu wenige Kapazitäten, Räumlichkeiten für Freizeittreffs bereitzustellen.¹³⁰² Doch der öffentliche Raum gehörte nach Auffassung der SED zu ihrem Herrschaftsreich, der dem politischen System als Austragungsort für Massenveranstaltungen und nicht einzelnen jungen „Eckenstehern“ dienen sollte.

Die Staatsführung wertete die missbräuchliche Nutzung dieses Winkels des öffentlichen Lebens als Beschneidung ihres Terrains und als Angriff auf ihre Monopolstellung. Für die Heranwachsenden spielte Politik beim Treffen auf der Straße hingegen kaum eine Rolle. Ebenso unpolitisch begannen die meisten Konflikte mit der Volkspolizei. Ein Konglomerat aus Langeweile, Neugier und Sensationslust ging den meisten Handgemengen voraus. Die SED vermutete hinter den gewalttätigen Auseinandersetzungen zielgerichtete Maßnahmen des „Klassenfeindes“, weshalb „renitente“ Jugendliche sehr häufig hohe Gefängnis- und Zuchthausstrafen erhielten.¹³⁰³ Die meisten der bei den Krawallen Verhafteten entstammten dem Arbeitermilieu und waren 16 bis 18 Jahre alt. Beweise für die Existenz westlicher Drahtzieher bei den Ausschreitungen konnte die Volkspolizei in keinem einzigen Falle vorbringen.¹³⁰⁴

Fünf Jahre nach dem Volksaufstand und im zweiten Jahr der größeren Krawalle erfolgte 1958 eine Verschärfung des politischen Strafrechts, die 200.000 politisch motivierte Gerichtsurteile zur Folge hatte.¹³⁰⁵ Zu Straftaten zählten fortan auch „gesellschaftsgefährdende“ und „politisch-mora-

1302 Vgl. Bericht Nr. 167/61 über einige Hemmnisse bei der Jugendförderung und bei der Arbeit mit den Jugendlichen vom 21. März 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 397, Bl. 1-12; vgl. Bericht Nr. 200/61 über die Lage unter der Jugend und die Tätigkeit des Gegners vom 27. April 1961, in: ebd., Bl. 13-63.

1303 Hohe Freiheitsstrafen für Jugendliche waren in den 1940er/50er Jahren nicht außergewöhnlich. Im Jahr 1951 erhielten 19 Werdauer Oberschüler insgesamt 130 Jahre Zuchthaus, weil sie Flugblätter gegen die ersten Wahlfälschungen der SED von 1950 gefertigt hatten. Von den Mitgliedern des „Eisenberger Kreises“, der wohl größten Widerstandsgruppe der 1950er Jahre, verurteilte die SED-Justiz 24 Jugendliche zu Zuchthausstrafen. Sie hatten die politischen Zustände kritisiert und nachts in der Stadt Plakate angebracht. Die Strafen erstreckten sich von einem bis zu 15 Jahren Haft. Insgesamt betrug das Strafmaß der Widerstandsgruppe 114 Jahre und sechs Monate. Vgl. Mühlen, Patrik von zur 1995; vgl. Beyer, Achim 2003.

1304 Vgl. Janssen, Wiebke 2010 (a), S. 152-154 u. S. 156-158.

1305 Vgl. Vollnhals, Clemens 2002, S. 144.

lisch verwerfliche Handlungen“. Das erleichterte es der Justiz, die Aktivitäten jugendlicher „Delinquenten“ zu ahnden. Im selben Jahr des novellierten Strafgesetzes kam es zudem zu einer Veränderung im Passgesetz und zu tausenden Verurteilungen wegen „Vorbereitung oder Beihilfe zu Fluchtversuchen“. ¹³⁰⁶ Mit der ausgedehnten Strafverfolgung von Flüchtlingen erfassten die Kriminalitätsstatistiken erstmals jugendliche Straffällige. Die Anzahl der 1958 registrierten Straftaten (alle „Täter“ ab 14 Jahren) betrug etwa 135.300, der Prozentsatz jugendlicher „Täter“ (14 bis 17 Jahre) lag bei rund 14. Die Kriminalitätsstatistiken diagnostizierten Ende der 1950er Jahre zwar einen allgemeinen Rückwärtstrend in der Verbrechensbilanz, der Anteil jugendlicher „Straftäter“ allerdings wuchs. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl gerieten fast doppelt so viele Heranwachsende mit dem Gesetz in Konflikt wie Erwachsene. ¹³⁰⁷

Für die Regierung bedeutete die hohe Jugendkriminalität nicht nur ein sicherheitspolitisches, sondern vor allem ein ideologisches Problem. Sie ging beim Aufbau des Sozialismus davon aus, die Kriminalität werde sich von allein senken und im Kommunismus völlig überwunden sein. ¹³⁰⁸ Je näher die Gesellschaftsordnung dem sozialistischen Ideal bzw. dem kommunistischen Musterbild kam, desto besser hätten die Kriminalitätsstatistiken ausfallen müssen. Der Kampf gegen Jugendkriminalität war in den 1950er Jahren fest mit dem „Klassenkampf“ verwoben. ¹³⁰⁹ Die hohe Delinquenz Jugendlicher führten die Machthaber häufig auf „imperialistische“ Einflüsse zurück, deshalb galten junge „Straftäter“ als ungebildet, ¹³¹⁰ „geistig und politisch zurückgeblieben [sowie] arbeitsscheu“ ¹³¹¹. Untersuchungen über die Straffälligkeit unter Jugendlichen bezeugten diese Annahme, indem sie behaupteten, sehr viele der jungen Beschuldigten würden kaum die Grundlagen des Lesens und Schreibens beherrschen und

1306 Vgl. Thöns, Kerstin 1996, S. 179 f.

1307 Vgl. Bericht des Ministeriums des Innern zur Entwicklung der Kriminalität in der DDR, in: SAPMO-BArch, ZPA IV/2/16/230, zitiert in: ebd., S. 180.

1308 Vgl. Lekschas, John 1964, S. 9.

1309 Vgl. Freiburg, Arnold 1984 (b), S. 92.

1310 Das MfS meinte 1961, die Hälfte der jugendlichen „Straftäter“ hätte nicht einmal die Grundschule absolviert, leistete aber gute Arbeit. Vgl. Bericht Nr. 200/61 über die Lage unter der Jugend und die Tätigkeit des Gegners vom 27. April 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 397, Bl. 13-63.

1311 SAPMO-BArch, ZPA IV/2/16/230, zitiert in: Thöns, Kerstin 1996, S. 181.

nur über einen kargen Wortschatz verfügen. Viele von ihnen seien perspektivlos, egoistisch oder gleichgültig.¹³¹²

Tatsächlich kamen die meisten jungen Straffälligen aus dem Arbeitermilieu,¹³¹³ folglich genau aus jener Schicht, von der die SED eine starke Identifikation mit dem politischen System erwartete, förderte sie doch besonders die jungen Arbeiter, z. B. mit verbesserten Bildungsmöglichkeiten. Deren Verhältnis zum Staat war jedoch oft von Passivität und Distanz geprägt.¹³¹⁴ Ende der 1950er Jahre, nach dutzenden „Halbstarke“-Krawallen und den Veränderungen im Straf- und Passgesetz, setzte der Staat auf neue präventive Methoden zur Bekämpfung jugendlicher Kriminalität. Im Sommer 1959 entstand eine polizeiliche Jugendschutzkartei. Innerhalb von zwei Monaten erfasste die Volkspolizei präventiv mehr als 7.400 potenzielle jugendliche „Rowdys“ und Mitglieder „informeller Freizeitgruppen“. Staatsanwaltschaften veranlassten für „gefährdete“ Heranwachsende Maßnahmen zur „korrekten“ Freizeitgestaltung unter Leitung einer FDJ-Gruppe, eines Wohngebietsverbandes der Nationalen Front, des Sportverbandes oder der GST.¹³¹⁵

Die gefährlichste Form der Jugendkriminalität bildete für die SED das „Rowdytum“ in Form von jugendlichen Cliquen, „Meuten“ oder „Banden“. In diesen Kreisen würden sich junge Menschen, nach Angaben der Geheimpolizei, dem „Lesen von Schund- und Schmutzliteratur, dem Abhören der westlichen Sender, der Belästigung von Bürgern, [der] Provoizierung von Schlägereien [sowie] gefährlichen Gewaltakten und [...] Staatsverbrechen“¹³¹⁶ hingeben. Der Vorläufer des „Rowdytums“ erschien Anfang der 1950er Jahre in Gestalt des „Eckenstehens“,¹³¹⁷ dem zwanglosen Treffen und Zeitvertreib Jugendlicher in der Öffentlichkeit. Bis zum Auf-

1312 Vgl. Mieskes, Hans 1956, S. 150-155.

1313 Vgl. Freiburg, Arnold 1977, S. 142 f.

1314 Vgl. Irmscher, Gerlinde 2000, S. 354.

1315 Vgl. Bericht über Aufbau und Auswirkungen der Jugendschutzkartei, in: SAPMO-BArch, ZPA IV/2/16/90, zitiert in: Thöns, Kerstin 1996, S. 181 f.

1316 Bericht Nr. 200/61 über die Lage unter der Jugend und die Tätigkeit des Gegners vom 27. April 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 397, Bl. 13-63.

1317 Der Diskussionsbedarf um das „Eckenstehen“ sank Anfang der 1960er Jahre. Zwar zählte die SED „Eckensteher“ weiterhin zu Freizeitquerulanten, sprach ihnen aber in der Regel Fleiß und Arbeitswillen zu. Vgl. Die Jugend der Deutschen Demokratischen Republik, ihre Zukunft und die sozialistische Gesellschaft. Beschluß des Politbüros des ZK vom 24. Januar 1961, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1962, S. 343.

kommen der ersten großen „Halbstarken“-Krawalle ab Mitte der 1950er Jahre wurden Jugendliche als „Rowdys“ definiert, wenn sie durch hohen Alkoholkonsum und aggressives Verhalten in Gruppen auffielen. So vermerkte das MfS im Rahmen der Ereignisse vom 17. Juni 1953, in Berlin hätten „jugendliche[...] Rowdys“¹³¹⁸ Bauarbeiter attackiert und in Dresden sei es zu „Zusammenrottungen von Jugendlichen in geringer Anzahl“¹³¹⁹ gekommen.

Ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre wurde das Auftreten größerer jugendlicher Gruppen als politisch-soziales Problem begriffen.¹³²⁰ Der Justiz reichte die Verurteilung von jugendlichen „Ruhestörern“ und Cliquenmitgliedern aufgrund von Delikten wie Diebstahl, „grober Unfug“, Körperverletzung oder Sachbeschädigung nicht mehr aus, da diese Straftatbestände den angedichteten politisch-ideologischen Hintergrund verschleierten.¹³²¹ So unterstellte die Kreisdienststelle des MfS im ehemaligen Karl-Marx-Stadt den straffällig gewordenen Mitgliedern der „Schloßteichbande“ – bestehend aus mindestens acht Mitgliedern von 14 bis 22 Jahren –, „insofern eine Gefahr [darzustellen], indem sie zu konterrevolutionären und terroristischen Handlungen ausgenutzt werden können“¹³²². Erste Versuche, den Kampf gegen das „Rowdytum“ mit politischen Argumenten zu legitimieren, folgten Ende des Jahrzehnts.

Der Ostberliner Jugendrichter Horst Luther erörterte 1959: „Rowdytum [...] sind solche die öffentliche Ordnung gefährdende strafbare Handlungen – bzw. in leichten Fällen: ordnungswidrige durch eine Verwaltungsstrafe zu ahnende Handlungen –, durch die andere Menschen oder fremdes Eigentum gefährdet oder gehindert [werde], und die vorsätzlich und mit [...] Absicht begangen werden.“¹³²³ „Rowdytum“ stünde im Gegensatz zur „sozialistischen Bewußtheit“, weil es die in „starkem Maße verfaulte

1318 Situationsbericht vom 18. Juni 1953 für die Zeit von 18.30 bis 24.00 Uhr. Meldung Nr. 9/53 vom 19. Juni 1953, in: BStU, MfS, SdM, Nr. 249, Bl. 233-235.

1319 Bericht über die Lage in den Bezirken in der Zeit vom 18. Juni, 19.00 Uhr, bis 19. Juni, 2.00 Uhr. Meldung Nr. 10/53, in: BStU, MfS, SdM, Nr. 249, Bl. 236-241.

1320 Vgl. Auerbach, Thomas 2002, S. 201.

1321 Vgl. Zimmermann, Verena 2004, S. 160; vgl. Janssen, Wiebke 2010 (a), S. 194.

1322 Information Nr. 218/62 an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung über das rowdyhafte Verhalten von Jugendlichen am Schloßteich Karl-Marx-Stadt vom 13. September 1962, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-6384, pag. Bl. 416.

1323 Luther, Horst 1959, S. 24.

bürgerliche Ideologie konserviert und verbreitet“¹³²⁴. Im selben Jahr wurden rund 250 „Rowdy-Gruppen“ aufgelöst und 300 ihrer Mitglieder vor Gericht gebracht.¹³²⁵ Von den zerschlagenen Gruppen erhielten 24 Strafen wegen „Hetze und Staatsverleumdung“, zwölf wegen „Widerstand[s] gegen die Staatsgewalt“, sechs wegen „Angriffe[n] auf Partei- und Staatsfunktionäre“, fünf wegen des Abreißens von Fahnen und zwei wegen der Verbreitung von Flugblättern.¹³²⁶ All diese Taten führte das MfS auf den westlichen Einfluss im Freizeitleben zurück. Das Hören „heißer Musik“¹³²⁷ über bundesdeutsche Radiostationen und die Einfuhr diverser Westschmöker wirkten sich – angeblich – „negativ“ auf die gesamte Jugend aus.

In der Folge begann das MfS, die Freizeitgruppen anhand ihrer „westlichen Freizeitvorlieben“ in verschiedene Kategorien zu unterteilen. Die Kreisdienststelle in Karl-Marx-Stadt ermittelte im Februar 1961 im gesamten Bezirk 104 Freizeitzusammenschlüsse Jugendlicher. Darunter bildeten die 21 „Rowdy- und Banden-Gruppen“ die kriminellste Sparte, da sie provozierten, beleidigten, randalierten, „Schundliteratur“ lasen und postalische Kontakte nach Westdeutschland pflegten. Zudem initiierten sie „illegale Zusammenkünfte in Wohnungen von Gruppenangehörigen“, bei denen sie westliche Rundfunksender hörten, vor allem Radio Luxemburg. Die zweite Kategorie teilte sich in Klubs und Gruppen. Die 72 lose organisierten Klubs im Bezirk idealisierten „westliche oder ausländische Filmschauspieler oder Schlagersänger“¹³²⁸ und versuchten Kontakte zu westdeutschen Klubs zu knüpfen. Die elf registrierten Gruppen bzw. ihre Mitglieder unternahmen hauptsächlich Ausflüge mit Motorrädern und hielten sich ansonsten vom gesellschaftlichen Leben und von Straftaten fern.

1324 Ders. 1958, S. 24.

1325 Vgl. Bericht über das Rowdytum als einer Form der Untergrundtätigkeit gegen die DDR und über die Ausnutzung der Rowdy-Gruppen durch die imperialistischen Geheimdienste zu Verbrechen gegen die DDR vom 16. Mai 1960, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 31, zitiert in: Zimmermann, Verena 2004, S. 85.

1326 Vgl. Information über Bandenbildung in einigen Städten der DDR vom Juni 1959, in: BAB, DR 2/5850, zitiert in: ebd., S. 86.

1327 Bericht über hemmende Faktoren und negative Erscheinungen unter der Jugend im Bezirk Karl-Marx-Stadt vom 22. Oktober 1963, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-6744, pag. Bl. 299.

1328 Bericht über die Lage unter der Jugend im Bezirk Karl-Marx-Stadt vom 28. Februar 1961, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-5873, pag. Bl. 230.

Nach der Identifikation der Freundeskreise konzipierten Volkspolizei, regionale Arbeitsgruppen für Jugendschutz und gesellschaftliche Organisationen gemeinsam Strategiepapiere, um „auffällige“ Jugendliche in die Obhut staatlicher Institutionen wie dem FDGB oder der FDJ zu drängen. Erste Schritte konnten sein: die „Anführer“ innerhalb der Gruppe zu isolieren (z. B. durch Heimeinweisung), sie durch die Abteilung Arbeit und Berufsausbildung (wieder) in feste Arbeitsverhältnisse zu vermitteln, die Neugestaltung ihrer Freizeit in der FDJ oder den Sportverbänden zu organisieren, ihre Besuche in bekannten Lokalen und bei Tanzveranstaltungen zu beschränken und Rücksprache mit Eltern sowie dem Betrieb zu halten. Blieben diese Aktionen erfolglos, startete die Volkspolizei Razzien. Dabei sollten die persönlichen Befragungen die Betroffenen vor allem beunruhigen, Verbindungen zu anderen Cliquen aufdecken und Beziehungen in das westliche Ausland nachweisen.¹³²⁹

Mit solchen teilweise psychologisch-durchdachten Maßnahmen schaffte es das MfS, in Karl-Marx-Stadt 1963 innerhalb von sechs Monaten die Hälfte der 40 registrierten Gruppen aufzulösen. Mitarbeiter der Geheimpolizei sprachen mit Erziehungsberechtigten, leiteten gegen einige Heranwachsende Ermittlungsverfahren ein, verhafteten und übergaben sie anschließend gesellschaftlichen Organisationen.¹³³⁰ So kamen 30 Mitglieder der „Schloßteichbande“ in ein Haftarbeitslager. Das MfS behauptete: „Diese Jugendlichen und andere, die gegenwärtig im Haftarbeitslager Oelsnitz einsitzen, haben sich durch ihre Haft nicht wesentlich gebessert.“¹³³¹ Im Jahr 1963 erließ Erich Mielke den Befehl Nr. 28, mit dem die operative Kontrolle von Gruppenbildungen flächendeckend gewährleistet und Treffpunkte „der negativen Jugend“¹³³² ausgespäht werden sollten. Zum Maßnahmenkatalog im Bezirk Karl-Marx-Stadt gehörte ein verstärkter Einsatz von IM,¹³³³ auf den die Staatssicherheit häufig bei der „Liqui-

1329 Vgl. Lindenberger, Thomas 2003, S. 389-391.

1330 Vgl. Information Nr. 16/64 an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung zu Jugendproblemen im Bezirk. Ergänzung zur Einschätzung zu Problemen der Jugend vom 20.5.1963 vom 8. Januar 1964, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-6813, pag. Bl. 442-444.

1331 Ebd., pag. Bl. 445.

1332 Folgende Befehle und Weisungen wurden bisher erlassen, um die politisch-operative Arbeit unter der Jugend wirksam zu gewährleisten, vom 9. November 1965, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-2741, pag. Bl. 2.

1333 Vgl. ebd., pag. Bl. 2 f.

dierung bzw. Zersetzung“¹³³⁴ von Freundeskreisen zurückgriff. Auf einer Sitzung des Leitungskollektivs im Mai 1964 sprach das MfS der Bezirksverwaltung von 34 neuen geheimen Zubringern innerhalb eines Jahres. Vorrangig konzentrierte sich die Suche auf kriminelle, vorbestrafte, studierende und christliche Jugendliche.¹³³⁵

Neben der verstärkten Werbung von IM bei der Bekämpfung „auffälliger“ Gruppen setzte die Geheimpolizei weiterhin auf eine enge Zusammenarbeit mit Jugendorganisationen wie der FDJ oder der GST.¹³³⁶ Es seien „die positiven Kräfte unter der Jugend [...] besser bei der Zerschlagung von negativen Konzentrationen zu nutzen“¹³³⁷. Das galt vor allem für Mitglieder der FDJ-Ordnungsgruppen, die ab Ende der 1950er Jahre auf „gefährdete“ Jugendliche einwirken sollten.¹³³⁸ Mit den O-Gruppen etablierte der ZR ab dem VI. Parlament vom Mai 1959 ein neues Erziehungs- und Kontrollorgan nach dem Vorbild der Truppen für Ordnung und Sicherheit der sowjetischen Jugendorganisation Komsomol. Die Aufgaben der ostdeutschen Ordnungsgruppen bestanden darin, „solche Jugendlichen, die sich an den Straßenecken herumdrücken, sich an bestimmten Orten und Plätzen zusammenfinden usw., für eine nützliche Tätigkeit und in der Konsequenz für unsere Organisation zu gewinnen“¹³³⁹, so der FDJ-Funktionär Harald Winter.

Die aus Freiwilligen rekrutierten Jugendgruppen verfügten über keinerlei polizeiliche Kompetenzen, vielmehr sollten sie – durch Diskussionen auf der Straße, Gaststättenkontrollen und persönliche Gespräche mit Eltern „auffälliger“ Heranwachsender – die Jugendkriminalität präventiv bekämpfen und die Arbeit der Volkspolizei unterstützen, bspw. bei der Ver-

1334 „Mit der Zersetzung wird durch verschiedene politisch-operative Aktivitäten Einfluß auf feindlich-negative Personen, insbesondere auf ihre feindlich-negativen Einstellungen [...] genommen, daß diese erschüttert und allmählich verändert werden. Ziel der Z. ist die Zersplitterung, Lähmung, Desorganisierung und Isolierung feindlich-negativer Kräfte.“ Art. Zersetzung, in: BStU (Hrsg.) 1993, S. 464.

1335 Vgl. Protokoll über die Sitzung des erweiterten Leitungskollektivs der BV am 27. Mai 1964, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-2741, pag. Bl. 36.

1336 Vgl. Folgende Befehle und Weisungen wurden bisher erlassen, um die politisch-operative Arbeit unter der Jugend wirksam zu gewährleisten, vom 9. November 1965, in: ebd., pag. Bl. 2.

1337 Ebd., pag. Bl. 3.

1338 Vgl. Hornstein, Walter/Werner Schefold 1998, S. 287.

1339 Winter, Harald 1961, S. 62.

kehrserziehung.¹³⁴⁰ Das von der FDJ erwartete rege Interesse an der polizeiaffinen Arbeit blieb aus.¹³⁴¹ Die O-Gruppen erinnerten wohl zu sehr an den Streifendienst der Hitlerjugend.¹³⁴² Die Organisation genoss besonders aufgrund ihres politischen Auftrages keinen guten Ruf.¹³⁴³ Zudem wurden nur politisch verlässliche Jugendliche aufgenommen. Die ausgewählten Mädchen konnten eine Ausbildung zur Funkerin, Fernschreiberin oder Telefonistin absolvieren, Jungen bei Geländeübungen und in der Kampfsportart Judo Sport betreiben. Alle Mitglieder schworen bei der Aufnahme, „die Feinde unserer sozialistischen Republik und ihre Handlanger zu schlagen“¹³⁴⁴.

Im Herbst 1961 existierten rund 4.000 O-Gruppen.¹³⁴⁵ Sie erhielten im Zuge des Mauerbaus die Anweisung, „Diskussionsgruppen nicht zuzulassen. Mit Provokateuren wird nicht diskutiert. Sie werden erst verdroschen und dann den staatlichen Organen übergeben.“¹³⁴⁶ In Berlin versuchten einzelne O-Gruppen bei Absperrungsmaßnahmen rund um den 13. August 1961, Grenzgegner nicht nur verbal von der Richtigkeit des Mauerbaus zu überzeugen.¹³⁴⁷ Tatsächlich verstanden viele Jugendliche in der DDR die Sicherheitsmaßnahmen ihrer Regierung, die Abriegelung Berlins bzw. den Grund des Mauerbaus, nicht.¹³⁴⁸ Einige traten infolge der Aktion „Ro-

1340 Vgl. Kabel, Rudolf 1966, S. 56; vgl. Janssen, Wiebke 2010 (a), S. 247.

1341 Vgl. Operative Absicherung und Aufklärung der Ordnungsgruppen der FDJ. Dienstanweisung Nr. 11/61 des Genossen Minister vom 11. September 1962, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-498, Bd. III, pag. Bl. 19; vgl. Lindemberger, Thomas 2003, S. 376.

1342 Zu den Aufgaben von O-Gruppen gehörte es auch, Bauern mit Nachdruck an ihre Ablieferungspflichten zu erinnern. Vgl. Kabel, Rudolf 1966, S. 57; vgl. Freiburg, Arnold 1981 (a), S. 36 f.

1343 Operative Absicherung und Aufklärung der Ordnungsgruppen der FDJ. Dienstanweisung Nr. 11/61 des Genossen Minister vom 11. September 1962, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-498, Bd. III, pag. Bl. 13 u. 58.

1344 Das Gelöbnis der FDJ-Ordnungsgruppen, zitiert in: Kabel, Rudolf 1966, S. 56.

1345 Vgl. Freiburg, Arnold 1981 (a), S. 367.

1346 SAPMO-BArch, DY 24/3753/I, zitiert in: Mähler, Ulrich/Gerd-Rüdiger Stephan 1996, S. 138.

1347 Vgl. Kabel, Rudolf 1966, S. 57.

1348 Vgl. Bericht über negative Erscheinungen und deren Ursachen unter der Jugend – wie wird seitens der FDJ entgegengewirkt vom 11. April 1963, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-6554, pag. Bl. 112; vgl. 12. Einzelinformation Nr. 436/61 über die westliche Reaktion auf die Maßnahmen zur Sicherung der DDR vom 16. August 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 31066, Bl. 280-288.

se“¹³⁴⁹ mit für die Staatsmacht provokanten Aktionen in Erscheinung. Karl Wilhelm Fricke meint, „als einzige soziale Gruppe bekundeten Teile der Jugend ihre Empörung in offenen Protesten und spontanen Widerstandsaktionen in einem Ausmaß und einer Stärke, daß sich die SED irritiert und beunruhigt zeigte“¹³⁵⁰.

Bernd Eisenfeld und Roger Engelmann recherchierten, indifferente Meinungen zur Grenzsperrung kamen vor allem aus Kreisen des Mittelstandes und von Landwirten. Ihre entschiedene Ablehnung hingegen äußerten parteilose Forscher der Akademie der Wissenschaften und Jugendliche. Junge Bürger reihten sich in Menschenansammlungen ein und das MfS brachte sie häufig in Verbindung mit Graffiti, auf denen stand: „Wir wollen Freiheit“ oder „Weg mit Ulbricht“. In den ersten Wochen nach dem 13. August 1961 ermittelten die Sicherheitsorgane fast dreimal mehr „staatsfeindliche Hetzerei“ als vor diesem Tag. Viele Parolen, Flugblätter, mündliche „Unruhestiftungen“, anonyme Anrufe sowie Grenzdurchbrüche durch Tunnel, mit Autos oder per Schiff gingen auf das Konto junger Menschen.¹³⁵¹ Hubertus Knabe berichtet, es sei in verschiedenen Städten zu spontanen Protesten Jugendlicher gekommen. Empörte Heranwachsende verprügelten als Reaktion auf den 13. August gar „Wortführer der Partei und Streifen der Volkspolizisten“¹³⁵², in Strausberg versah eine Gruppe um Michael Gartenschläger Hauswände und Propagandaschilder mit politischen Parolen und auch in einigen EOS erfolgten Protestaktionen, so Knabe weiter.

Während viele Bürger vor Wut und Angst wie gelähmt schienen, starteten junge Menschen vielerorts impulsiv und unorganisiert Aktionen, um ihren Unmut über die Teilung Deutschlands zu bekunden: Fünf Jugendliche riefen am 13. August an der Berliner Oberbaumbrücke inmitten einer Menschenansammlung dazu auf, einen Volksentscheid über die getroffenen Maßnahmen einzuklagen.¹³⁵³ Jugendliche in Ostberlin unternahmen den Versuch, andere argumentativ zu erreichen, indem sie erklärten, warum der Mauerbau illegitim sei und warum es freie Wahlen geben müsse.

1349 Bezeichnung für die Maßnahmen des Mauerbaus.

1350 Fricke, Karl Wilhelm 1984, S. 139.

1351 Das MfS leitete in der Folge gegen 23 Gruppen Heranwachsender strafrechtliche Ermittlungen ein. Vgl. Eisenfeld, Bernd/Roger Engelmann 2001, S. 74-76.

1352 Knabe, Hubertus 1995, S. 84.

1353 Vgl. 4. Einzelinformation Nr. 416/61 über die Durchführung der Aktion „Rose“ vom 13. August 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 31066, Bl. 340-343.

Auch westdeutsche Jugendliche bekehrten 1961 und in den Folgejahren organisiert gegen die innerdeutsche Betongrenze auf, vorwiegend an Jahrestagen und bei Großveranstaltungen in Westberlin. Im Jahr 1965 kam es am 17. Juni und am 13. August zu „Provokationen“ und Sachbeschädigungen an ostdeutschen Grenzanlagen.¹³⁵⁴

Noch am 13. August 1961 hatten sich 8.000 bis 10.000 junge Westberliner am Brandenburger Tor versammelt. Sie hielten Transparente mit der Losung „Berlin wird niemals rot“ und „Grenze auf“ in die Höhe.¹³⁵⁵ Einen Tag später demonstrierten fast 5.000 junge Bundesbürger am selben Ort trotz des Einsatzes von Wasserwerfern aus dem Ostsektor. Etwa 20.000 junge Menschen begleiteten unter Anleitung westdeutscher Jugendverbände am 20. November 1961 einen Protestmarsch durch Westberlin.¹³⁵⁶ Junge Westdeutsche fielen dem MfS in den Tagen rund um den Mauerbau vor allem durch „Provokationen“ und rüpelhaftes Benehmen auf, insbesondere bei Begegnungen mit Volks- und Grenzpolizisten sowie in der S-Bahn.¹³⁵⁷ Die ostdeutsche Jugend geriet hingegen primär wegen „antisozialistischer“

1354 Vgl. Einzelinformation Nr. 337/65 über Vorkommnisse im Zusammenhang mit der provokatorischen Bundestagssitzung in West-Berlin vom 10. April 1965, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 31078, Bl. 26-32; vgl. Einzelinformation Nr. 553/65 über Provokationen von Jugendlichen an den Grenzübergangsstellen Heinrich-Heine-Straße und Friedrich-/Zimmermannstraße am 17. Juni 1965. Information vom 17. Juni 1965, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1157, Bl. 6 f.; vgl. Information Nr. 385/81 über geplante gegnerische Aktivitäten anlässlich des 20. Jahrestages der Errichtung des antifaschistischen Schutzwalles vom 5. August 1981, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 3147, Bl. 1-4.

1355 Vgl. 5. Einzelinformation Nr. 417/61 über die Durchführung der Aktion „Rose“ vom 13. August 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 31066, Bl. 331-339.

1356 Vgl. Abschluss-Bericht Nr. 725/61 über die Reaktion auf die neuen Sicherungsmaßnahmen der DDR vom 21. November 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 501, Bl. 7-9.

1357 Vgl. 9. Einzelinformation Nr. 421 b/61 über die Reaktion auf die Maßnahmen zur Sicherung der DDR vom 14. August 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 31066, Bl. 307-314; vgl. 11. Einzelinformation Nr. 429/61 über westliche Reaktionen auf die Maßnahmen zur Sicherung der DDR, in: ebd., Bl. 289-303; vgl. 12. Einzelinformation Nr. 436/61 über die westliche Reaktion auf die Maßnahmen zur Sicherung der DDR, in: ebd., Bl. 280-288; vgl. Bericht Nr. 466/61 über die Situation aufgrund der Schutzmaßnahmen in der DDR vom 21. August 1961, in: ebd., Bl. 220-234; vgl. Bericht Nr. 470/61 über die Situation aufgrund der Schutzmaßnahmen der DDR vom 21. August 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 526, Bl. 21-31; vgl. Bericht Nr. 475/61 über die Situation aufgrund der Schutzmaßnahmen der DDR vom 22. August 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 526, Bl. 32-39; vgl. Bericht Nr. 477/61 über die Situation aufgrund der

Parolen ins Visier. Heranwachsende in der DDR fingen häufig inmitten von Menschenansammlungen Diskussionen über die von der SED verstärkte Abspaltungspolitik an. Sie verwiesen auf die schlechte Versorgungslage und versuchten Polizisten mehr zu überzeugen statt zu provozieren. Einige drohten, ihrer Arbeit durch Krankschreibung als Zeichen des Protests fernzubleiben.¹³⁵⁸

Vereinzelte kam es nach dem 13. August 1961 zu Sachbeschädigungen, Boykottaufrufen (Berlin), zum vermehrten Kauf von Tauchausrüstungen zur „Republikflucht“ (Werder), zu „Grenzdurchbrüchen“ (in der Nähe von Hildburghausen), zu mehr FDJ-Austritten und Wehrdienstverweigerungen (Rostock) sowie zur Verbreitung „antisozialistischer“ Losungen (Frankfurt/Oder). In einigen Betrieben sprengten junge Arbeiter einberufene Diskussionen, wenn sie „unbequeme“ Fragen – etwa über die politische Strafjustiz in der DDR – stellten.¹³⁵⁹ Dabei konnte der Vorwurf „staatsfeindlicher Hetze“ (Paragraf 19 StGB) mit zwei Jahren Freiheitsstrafe geahndet

Schutzmaßnahmen der DDR vom 24. August 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 526, Bl. 40-48; vgl. Bericht Nr. 482/61 über die Situation aufgrund der Schutzmaßnahmen der DDR vom 24. August 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 526, Bl. 57-67; vgl. Bericht Nr. 486/61 über die Situation aufgrund der Schutzmaßnahmen der DDR vom 25. August 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 526, Bl. 68-81; vgl. Bericht Nr. 489/61 über die Situation aufgrund der Schutzmaßnahmen in der DDR vom 26. August 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 526, Bl. 82-97; vgl. Bericht Nr. 514/61 über die Situation aufgrund der Schutzmaßnahmen in der DDR vom 1. September 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 526, Bl. 140-151.

1358 Vgl. 7. Einzelinformation Nr. 419/61 über die Durchführung der Aktion „Rose“ vom 13. August 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 31066, Bl. 332-327; vgl. 9. Einzelinformation Nr. 421 b/61 über die Reaktion auf die Maßnahmen zur Sicherung der DDR vom 14. August 1961, in: ebd., Bl. 307-314; vgl. Bericht Nr. 427/61 über die Reaktion der Bevölkerung der DDR und des demokratischen Berlin auf die Maßnahmen des Ministerrats vom 15. August 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 526, Bl. 1-5; vgl. Einzelinformation Nr. 462/61 über erfolgte Fahnenfluchten von Angehörigen der Bereitschaftspolizei und deren Ursachen vom 20. August 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 461, Bl. 1-10.

1359 Vgl. Bericht Nr. 440/61 über die gegenwärtige Situation aufgrund der Schutzmaßnahmen der DDR vom 17. August 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 31066, Bl. 270-279; vgl. Bericht Nr. 447/61 über die Situation aufgrund der Schutzmaßnahmen der DDR vom 18. August 1961, in: ebd., Bl. 253-269; vgl. Bericht Nr. 457/61 über die Situation aufgrund der Schutzmaßnahmen der DDR vom 19. August 1961, in: ebd., Bl. 235-252; vgl. Bericht Nr. 466/61 über die Situation aufgrund der Schutzmaßnahmen in der DDR vom 21. August 1961, in: ebd., Bl. 220-234; vgl. Bericht Nr. 560/61 über die Situation aufgrund der Schutzmaß-

werden.¹³⁶⁰ Nach dem 17. Juni 1953 erfolgte die größte Verhaftungswelle in der DDR von August bis Dezember 1961.¹³⁶¹

Wie es ein Protokoll der Geheimpolizei vom 17. August 1961 dokumentiert, äußerten insgesamt betrachtet Jugendliche und Angehörige von Intelligenz und Mittelschicht die meiste Kritik am Bau der Mauer.¹³⁶² Die CDU kam in den 1970er Jahren fast zum gleichen Ergebnis: Der Mauerbau entfachte besonders in Oberschulen Proteste, wohingegen die Arbeiterschaft relativ ruhig blieb.¹³⁶³ Fünf Tage nach der Isolation Ostberlins bedankte sich Walter Ulbricht im Deutschen Fernsehfunk bei „den prächtigen Söhnen und Töchtern unserer Werktätigen, die gegenwärtig Uniformen tragen, den prächtigen Jungen in der Nationalen Volksarmee“ für die geleistete Arbeit. Er betonte: „Ereignisreiche Tage liegen hinter uns. Hier und da gingen die Wogen etwas hoch“, dennoch ginge „das Leben seinen ruhigen Gang“¹³⁶⁴. Im Vorjahr hatten die DDR 200.000 Menschen verlassen, davon fast ein Drittel 14- bis 21-Jährige.¹³⁶⁵

Ein halbes Jahr vor dem Mauerbau hatte die SED im ersten Jugendkommuniqué vom Februar 1961 Empathie für junge Menschen suggeriert: „Es ist auch nicht richtig, von der mitunter eigenartigen Kleidung eines Jugendlichen sofort auf sein Denken und Handeln zu schließen. Natürlich hat sich in unserer Zeit ein anderer Geschmack gebildet, andere Tänze, andere Formen der Freizeitbeschäftigung, als das bei der früheren Generationen der Fall war, sind entstanden.“ Dieser liberale Ton bedeutete jedoch keinesfalls die Akzeptanz westlicher Lebensweisen und Konsumgüter. Die SED sprach sich lediglich „gegen gouvernementhaftes Verhalten gegenüber Jugendlichen“ aus und gestand, „nicht selten [werde] ein überspitzter Maßstab an das Verhalten der Jugend angelegt“. Heranwachsende, die für

nahmen in der DDR vom 14. September 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 526, Bl. 204-217.

1360 Vgl. Voigt, Heinz 2013, S. 28.

1361 Vgl. Mitter, Armin/Stefan Wolle 1995, S. 359.

1362 Vgl. Bericht Nr. 440/61 über die gegenwärtige Situation aufgrund der Schutzmaßnahmen der DDR vom 17. August 1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 31066, Bl. 270-279.

1363 Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.) o. J., S. 18.

1364 Ulbricht, Walter 1961: Die Maßnahmen unserer Regierung haben den Frieden in Europa und in der Welt gerettet. Aus der Ansprache im Deutschen Fernsehfunk vom 18. August, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1968, S. 252.

1365 Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 29.

Rock 'n' Roll oder Beat schwärmten, erhielten durch das erste Jugendkommuniqué keine neuen Freiräume: „Bei Teilen der älteren Generation stößt das Verhalten vieler Jugendlicher oftmals noch auf Unverständnis. Das rührt zweifellos daher, daß ein gewisser Teil der Jugend sich oftmals rowdyhaft verhält und mit unseren Lebensnormen in Konflikt gerät, ja sogar – angestiftet vom Feind – Verbrechen begeht. [...] Wir grenzen uns entschieden von der sogenannten westlichen Lebensweise ab, die die Jugendlichen moralisch verseucht und das Ziel verfolgt, die menschlichen Gefühle in ihnen abzutöten und willfähige Werkzeuge der Kriegspolitik aus ihnen zu machen.“¹³⁶⁶

Während Jugendverband, MfS und Volkspolizei sich weiterhin der Bekämpfung der Jugendkriminalität widmeten, Freizeitgruppen und Freundschaften zerstörten, junge IM anheuert und „auffällige“ bzw. straffällig gewordene Jugendliche wieder ins Korsett der sozialistischen Gemeinschaft zwangen, trat am 25. August 1961 die „Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung“ in Kraft. Fortan waren die Gerichte befugt, Personen bei einer Verurteilung oder einer „bedingten“ Verurteilung zu untersagen, bestimmte Gebiete – meist Grenzregionen und Berlin – zu betreten. Zusätzlich konnten verurteilte Personen zur Arbeit verpflichtet werden,¹³⁶⁷ „auch ohne daß die Verletzung eines bestimmten Strafgesetzes vorliegt [...], wenn durch ihr Verhalten die Allgemeinheit [...] oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht ist“¹³⁶⁸. Weder die Dauer der „Aufhaltsbeschränkung“ noch die der „Arbeitserziehung“ unterlagen einer zeitlichen Frist.¹³⁶⁹

Neben Landwirten, die sich der Aufnahme in das Kollektiv der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften widersetzen, und – vermeintlich – „Arbeitsscheuen“ traf die Verordnung Grenzgänger. Das waren zum Teil Jugendliche, die in Ostberlin wohnten und im westlichen Teil der Stadt ihre Ausbildung absolvierten. Rückblickend ist die genaue Zahl junger Menschen in den Arbeitslagern der DDR nicht exakt zu bemes-

1366 Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees zu Problemen der Jugend vom 7. Februar 1961, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1962, S. 373.

1367 Vgl. Korzilius, Sven 2005, S. 262.

1368 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1961 (a), § 3, Abs. 1.

1369 Vgl. Korzilius, Sven 2005, S. 263.

sen,¹³⁷⁰ da „Arbeitserziehung“ nicht eindeutig als Vorstrafe zählte.¹³⁷¹ Unter den Verurteilten, denen in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Schwerin eine „Aufenthaltsbeschränkung“ auferlegt wurde, befanden sich offiziell mehrheitlich junge alkoholabhängige Menschen, sehr viele jünger als 25 Jahre, ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung.¹³⁷²

Ende August 1961 verurteilte die Justiz 230 „Arbeitspflichtige“, darunter 28 Frauen. Bis zum Jahresende stieg die Zahl auf 642 Männer und 125 Frauen.¹³⁷³ Im März 1962 erhielten etwa 265 Jugendliche die Strafe „Arbeitserziehung“. ¹³⁷⁴ Vier Jahre später kamen 2.400 Personen wegen derartiger Schuldsprüche in die Arbeitslager stalinistischen Musters.¹³⁷⁵ Bis Mitte der 1970er Jahre saßen über 11.900 Menschen in den Arbeitserziehungslagern.¹³⁷⁶ Im Jahr 1976 wurden diese zwar in der DDR offiziell abgeschafft,¹³⁷⁷ bis in die 1980er Jahre aber konnte Arbeitsverweigerung und Jugendkriminalität mit einer Lagerinternierung enden,¹³⁷⁸ wenngleich die SED von der Einrichtung geplanter Haftarbeitslager speziell für Jugendliche absah.¹³⁷⁹

Eine andere Strategie, die Bevölkerung nach dem Mauerbau weiter einzuschüchtern, verfolgte die FDJ mit ihren O-Gruppen bei der Aktion „Blitz kontra NATO-Sender“. Der Jugendverband mobilisierte vom 5. bis 9. September 1961 rund 25.000 „FDJ-Agitatoren“¹³⁸⁰. Da 1960/61 ein

1370 Laut einem Jugendlexikon aus der DDR war Arbeitserziehung eine Strafe, die arbeitsfähige Täter aufgrund ihres asozialen Verhaltens vom Gericht auferlegt bekamen, weil sie die öffentliche Ordnung gefährdeten. Sie mussten zur Achtung vor der Arbeit erzogen werden. Vgl. Art. Arbeitserziehung, in: VEB Bibliographisches Institut (Hrsg.) 1976, S. 51.

1371 Vgl. Werkentin, Falco 1997, S. 244-246 u. 378; vgl. Korzilius, Sven 2005, S. 277 f.

1372 Vgl. Raschka, Johannes 2005, S. 337.

1373 Vgl. Statistischer Jahresbericht der Verwaltung Strafvollzug 1961 vom 5. Juni 1962, in: BArch, DO 1/32/280/1, zitiert in: Wunschik, Tobias 2012, S. 559.

1374 Vgl. Entwicklung des Gefangenenbestandes 1958-1962 (wahrscheinlich vom April 1962), in: BArch, DO 1/11/1477, Bl. 172-177, zitiert in: ebd., S. 562.

1375 Vgl. Werkentin, Falco 1997, S. 244-246 u. 378.

1376 Vgl. Raschka, Johannes 2005, S. 339.

1377 Vgl. Beleites, Johannes 2008, S. 5.

1378 Vgl. Eisenfeld, Bernd/Peter Eisenfeld 1999 (b), S. 94.

1379 In Ummantz und Warnemünde sollten die Jugendhaftarbeitslager entstehen. Vgl. Wunschik, Tobias 2012, S. 561 f.

1380 Besprechung im Politbüro mit dem Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 50 der Sitzung des Politbüros vom 18. September 1961, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/792, Bl. 31.

Großteil der Straftaten auf das Empfangen „hetzerischer“ Rundfunk- und Fernsehsendungen entfiel,¹³⁸¹ diskutierten Mitglieder der FDJ im September 1961 mit Bürgern über das „ideologische Grenzgängertum“ und informierten über die Absichten westlicher Medienpropaganda. Symbolisch verformten sie in der gesamten Republik Antennen auf Hausdächern. In den Kreisen Flöha, Hainichen, Marienberg und dem Kreis Zwickau verboten FDJler insgesamt mehr als 1.500 Antennen „in Richtung Sozialismus“¹³⁸². Die Aktion, teilweise unter dem Namen „Auf die Dächer“¹³⁸³ oder „Ochsenkopf“¹³⁸⁴ bekannt, mussten im Kreis Röbel/Neubrandenburg 95 Prozent der Gemeinden über sich ergehen lassen.¹³⁸⁵ Mancherorts genügte es nicht, Jugendliche auf die Hausdächer zu schicken, vereinzelt wurden Antennen abgerissen und Rundfunkgeräte oder Fernsehapparate annektiert.¹³⁸⁶ Eine für den Verband, wie Horst Schumann vor dem Politbüro ausführte, „große politische Offensive“¹³⁸⁷.

Nach der Aktion vom September 1961 wurde es ruhiger um die O-Gruppen. In der ersten Hälfte der 1960er Jahre gab es westdeutschen Schätzungen zufolge über 3.980 Einheiten mit 40.000 Angehörigen,¹³⁸⁸ die als äußeres Erkennungszeichen das blaue Hemd der FDJ und eine rote Armbinde trugen.¹³⁸⁹ Mitte des Jahrzehnts organisierte die FDJ den Neuaufbau der O-Gruppen. In allen Kreisleitungen der FDJ bestanden sie aus 20 bis 30 Mitgliedern. Sie halfen – wie vom VI. Parlament der FDJ von

1381 Insgesamt kam es 1960/61 zu etwa 6.400 bzw. 8.800 Verfahren wegen „Hetze und Staatsverleumdung“. Neben dem Empfang westlicher Medien entfiel ein Großteil der Straftaten auf „Verleumdung“ der sozialistischen Staatsordnung und ihrer Repräsentanten. Vgl. Bericht des Ministeriums des Innern zur Entwicklung der allgemeinen Kriminalität in der DDR, in: SAPMO-BArch ZPA I/IV2/2/775, Bl. 28 f., zitiert in: Thöns, Kerstin 1996, S. 179.

1382 Besprechung im Politbüro mit dem Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 50 der Sitzung des Politbüros vom 18. September 1961, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/792, Bl. 31.

1383 Kowalczuk, Ilko-Sascha 1995 (a), S. 1244.

1384 Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2014, S. 196.

1385 Vgl. Besprechung im Politbüro mit dem Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 50 der Sitzung des Politbüros vom 18. September 1961, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/792, Bl. 31.

1386 Vgl. Eisenfeld, Bernd/Roger Engelmann 2001, S. 78.

1387 Besprechung im Politbüro mit dem Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 50 der Sitzung des Politbüros vom 18. September 1961, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/792, Bl. 31.

1388 Vgl. Kabel, Rudolf 1966, S. 57 f.

1389 Vgl. Freiburg, Arnold 1981 (a), S. 368.

1959 angedacht – bei der Aufklärung „negativer“ Gruppierungen; an den Wochenenden erhielten sie politische Schulungen.¹³⁹⁰ Ende der 1970er Jahre sollten sich ihre Mitglieder vorrangig aus berufstätigen und in der FDJ erfahrenen Jugendlichen rekrutieren. Fortan musste jeder neue Jugendklub eine eigene O-Gruppe vorweisen, damit der Verband seinen Einfluss im Freizeitbereich vergrößern konnte. Der ZR beschloss zudem die Aufstellung eines zentralen Ordnungsgruppenverbandes mit 1.600 Personen. Die „Spezialeinheit“ sicherte in Kooperation mit dem Ministerium des Innern bzw. der Volkspolizei bspw. Großveranstaltungen ab. Ihre Angehörigen trugen FDJ-Hemden, dunkle Hosen, schwarze Schuhe, ein Barrett mit dem O-Gruppen-Emblem, eine Armbinde und eine Umhängetasche.¹³⁹¹ Im Jahr 1979 zählten die regulären O-Gruppen 14.000 Mitglieder. Im November 1980 reduzierte sich ihre Zahl auf 3.600, die der Mitglieder auf 37.000.¹³⁹² Anfang der 1980er Jahre wuchs der Mitgliederbestand wieder auf 40.000 in 3.990 Organisationen.¹³⁹³ Vor allem unter männlichen Lehrlingen und Berufstätigen genossen sie inzwischen Ansehen.¹³⁹⁴ Allein in Berlin gab es 1989 einen Mitgliederstand von über 6.000.¹³⁹⁵ Ihre Bedeutung schwand danach zusehends.¹³⁹⁶

1390 Vgl. Zu einigen Ereignissen der Arbeit mit den Ordnungsgruppen der FDJ bei der Sicherung von Ruhe und Ordnung in der Hauptstadt. Anlage Nr. 3, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/123, Bl. 1; vgl. Information über ausgewählte Probleme der Verwirklichung der sozialistischen Jugendpolitik in den Organen des Ministeriums des Innern, in: SAPMO-BArch, DY 24/11226, Bl. 5 (Anlage).

1391 Vgl. Maßnahmen zur Erhöhung der Kampfkraft und politischen Wirksamkeit der Ordnungsgruppen der Freien Deutschen Jugend. Beschluß des Sekretariats der ZR der FDJ vom 22. November 1979, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 6 a-d u. Bl. 6 i-k.

1392 Vgl. Freiburg, Arnold 1981 (a), S. 367.

1393 Vgl. ders. 1983, S. 65.

1394 Vgl. Brück, Wolfgang 1984: Die sozialistische Demokratie im Erfahrungsbereich junger Werktätiger. Teilbericht zur Jugendgesetzstudie vom April, Bl. 9.

1395 Vgl. Pahnke, Rudi im März 1993, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.) 1995, S. 238.

1396 Vgl. Sachse, Christian 1996 (a), S. 8.

4 Konkretisierung und Ausbau der Erziehungsinhalte (1965 bis 1973)

4.1 Jugendpolitik

4.1.1 Ziele

Ab Mitte der 1960er Jahre verfolgte die SED mit ihrer Jugendpolitik das Ziel, die junge Generation in die „sozialistische Menschengemeinschaft“¹³⁹⁷ zu integrieren. Nach Auffassung der Einheitspartei könne eine freie und produktive Entfaltung des menschlichen Individuums nur in einer sozialistischen Gesellschaft gelingen. Grundlage für die Realisierung dieses Gesellschaftssystems war die Ablehnung von Egoismus und Individualität durch die Bevölkerung.¹³⁹⁸ Das perfekte Verhältnis zwischen Mensch, Gemeinschaft und Staatsapparat hatte Walter Ulbricht 1958 in den zehn Grundsätzen der „sozialistischen Ethik und Moral“ definiert. Fortan sollte sein Regelwerk als moralischer Leitfaden für die entstehende sozialistische Gesellschaft dienen und wurde deshalb 1963 in das Parteiprogramm aufgenommen.¹³⁹⁹

Zu dieser Zeit schienen die Voraussetzungen günstig, der Jugend als Masse sozialistischer Persönlichkeiten mehr Raum innerhalb der Gesellschaft zuzugestehen, kodifizierte doch das Jugendgesetz von 1964: „Immer stärker bilden sich solche moralischen Eigenschaften der jungen Generation heraus wie sozialistischer Patriotismus und Internationalismus,¹⁴⁰⁰ Kollektivgeist, humanistisches Denken, hohes Verantwortungsbe-

1397 Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972, S. 10.

1398 Vgl. Hanke, Irma 1976, S. 500; vgl. Wurschi, Peter 2007, S. 58.

1399 Vgl. Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschluß des VI. Parteitages (15. bis 21. Januar 1963), angenommen am 18. Januar 1963, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1965, S. 246.

1400 Internationalistisches Denken wurde von der FDJ u. a. mit der Entsendung von JB in verbündete Staaten gefördert. So sollte der ZR bis 1970 „Brigaden der Freundschaft“ in arabische Staaten entsenden. Vgl. Beschluß über Maßnahmen zur Unterstützung der „Brigaden der Freundschaft“ der Freien Deutschen Ju-

wußtsein, Disziplin und das Bestreben, das eigene Fach zu meistern und kulturvoll und gesund zu leben.“¹⁴⁰¹ Im Selbstverständnis der Staatsmacht unterstützte ihre Jugendpolitik die Bemühungen der Heranwachsenden, „moralische und charakterliche Eigenschaften zu erwerben, die dem sozialistischen Menschenbild und einer gesunden Lebensführung entsprechen“. Staat und Jugend waren sich – angeblich – darüber einig, Aufgabe der jungen Generation sei es, „für die sozialistische Menschengemeinschaft zu lernen und zu arbeiten“¹⁴⁰².

Da die Machthaber unaufhörlich skandierten, die DDR habe die „Spaltung der Arbeiterklasse“¹⁴⁰³ überwunden und „kapitalistische“ Ausbeutung und Unterdrückung gebe es nur in westlichen Staaten, erwarteten sie zugleich eine hohe Identifikation der Bevölkerung mit dem politischen System. Zur erfolgreichen Konstituierung der sozialistischen Menschengemeinschaft bzw. für den gesetzmäßigen Aufbau des Sozialismus brauchte es die Etablierung eines „wahren“ sozialistischen Bewusstseins, dessen Herausbildung, nach Einschätzung Walter Ulbrichts, in den Händen von Partei und Massenorganisationen lag.¹⁴⁰⁴ Maria-Elisabeth Müller wertet diese Denkweise als „Ausdruck des Versuchs, soziale und ökonomische Prozesse perspektivisch zu lenken“¹⁴⁰⁵. Durch den Anspruch, die gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Entwicklung planmäßig steuern zu können, gewannen ökonomische Faktoren in der Jugendpolitik an Relevanz.¹⁴⁰⁶

Auf ihrem VI. Parteitag 1963 hatte die SED das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung“ eingeleitet, da sich die Planwirtschaft verstärkt an den realen Konsumentenbedürfnissen orientieren sollte. Anfang der 1960er Jahre glaubte die politische Führung fest daran, westliche Industriestaaten in Entwicklungsstand und Arbeitsproduktivität übertref-

gend und Information über ihre Tätigkeit auf der Sitzung des Ministerrats vom 14. September 1967, in: BArch, DC 20/I/3/616, Bl. 205.

1401 Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972, S. 10.

1402 Ebd., S. 11.

1403 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschluß des VI. Parteitages (15. bis 21. Januar 1963), angenommen am 18. Januar 1963, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1965, S. 171.

1404 Vgl. Ulbricht, Walter 1959 (b), S. 168 f.

1405 Müller, Maria-Elisabeth 1997, S. 31.

1406 Vgl. Lemke, Christiane 1980, S. 41.

fen zu können.¹⁴⁰⁷ Das NÖSPL gestand den Betrieben mehr Eigenverantwortung zu und schuf über Prämien mehr Leistungsanreize unter der Arbeiterschaft.¹⁴⁰⁸ Der volkswirtschaftliche Reformschub führte im Schulwesen zu einer engeren Verzahnung zwischen Theorie und Praxis. Im Parteiprogramm von 1963 hieß es, „um den Erfordernissen der Gesellschaft, dem Stand der modernen Wissenschaft und Technik gerecht zu werden und ein hohes Bildungsniveau zu erreichen, mußte das Bildungswesen umgestaltet werden und die Schule zur polytechnischen Bildung und Erziehung übergehen“¹⁴⁰⁹.

Da Kinder- und Jugenderziehung als Aufgabe und Anliegen der gesamten Gesellschaft galt, konnte das oberste Ziel der Jugendpolitik nicht oft genug Erwähnung finden, die junge Generation zu standhaften und parteiloyalen Sozialisten zu erziehen. Das zweite Jugendgesetz vom Mai 1964 deklarierte, für die „allseitige Erziehung, Bildung und Förderung jedes jungen Menschen zu einer sozialistischen Persönlichkeit“¹⁴¹⁰ trugen Eltern und alle Staats- und Wirtschaftsorgane gleichermaßen Verantwortung. Auch das Bildungsgesetz vom Februar 1965 diente einzig „dem Wachsen und Werden allseitig gebildeter, das heißt sozialistisch bewußter, hochqualifizierter, gesunder, geistig und körperlich leistungsfähiger, kulturricher Menschen, die fähig und bereit sind, die historischen Aufgaben unserer Zeit zu erfüllen“¹⁴¹¹. In der Folge nahm das im Dezember 1965 eingeführte Familiengesetzbuch die Eltern erneut in die Pflicht, „bei der Erfüllung ihrer Erziehungsaufgaben und zur Gewährleistung einer einheitlichen Erziehung eng und vertrauensvoll mit der Schule, anderen Erziehungs- und Ausbildungseinrichtungen, mit der Pionierorganisation ‚Ernst Thälmann‘

1407 Vgl. Zimmermann, Hartmut 1976, S. 24.

1408 Die wirtschaftliche Lage in der DDR war Anfang der 1960er Jahre dramatisch: die Wachstumsraten reduzierten sich von 13 Prozent (1959) auf etwa vier Prozent (1963), die Investitionsquote sank von rund 15 Prozent (1959) auf etwa ein Prozent (1961) und stieg 1963 nur gering auf 2,5 Prozent. Vgl. Hoffmann, Dierk 2003, S. 100-104.

1409 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschluß des VI. Parteitages (15. bis 21. Januar 1963), angenommen am 18. Januar 1963, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1965, S. 191.

1410 Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972, S. 10.

1411 Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR vom 25. Februar 1965, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik/Ministerium für Volksbildung (Hrsg.) 1971, S. 9.

und der Freien Deutschen Jugend zusammen[zusammen]arbeiten und diese [zu] unterstützen“¹⁴¹².

Damit die Eltern ihre Kinder tatsächlich im parteipolitischen Sinne erziehen bzw. um den Sozialismus „unter den Bedingungen der technischen Revolution“ zu vollenden, bedurfte es 1965 zusätzlich einer „Wende in der massenpolitischen Arbeit“. Gemäß der Journalistenkonferenz vom Februar 1965 mussten alle Bürger überzeugt werden „von der Richtigkeit unseres sozialistischen Weges und unserer nationalen Politik“. Fortan sollten weniger die omnipräsenten Aufbauparolen, sondern der „sozialistische Mensch, sein Bewusstsein, seine schöpferische Arbeit für ein immer schöneres und reicheres Leben“¹⁴¹³ im Mittelpunkt der propagandistischen Massenarbeit stehen. Die Führungsspitze der SED, allen voran Erich Honecker, holte zehn Monate nach der Journalistenkonferenz auf dem XI. Plenum des ZK im Dezember 1965 zum medialen und kulturellen Rundumschlag aus. Das auf dem VI. Parteitag von 1963 beschlossene Vorhaben, für die Entwicklung eines sozialistischen Bewusstseins unter der Bevölkerung die Arbeit der Presse, des Verlagswesens, des Rundfunks, des Fernsehens, des Theaters, des Films, der Bibliotheken und aller Bildungseinrichtungen zu verbessern,¹⁴¹⁴ war gescheitert. In der Folge entwickelte sich das angedachte Wirtschafts- zu einem Kultur- und Jugendplenum.¹⁴¹⁵

Nachdem viele Dramaturgen, Schriftsteller, Musiker, Künstler und Filmregisseure Anfang der 1960er Jahre die Aufforderung der Parteiführung nach mehr Offenheit und Realismus wörtlich genommen und – wie vom Jugendgesetz 1964 verlangt – die Gegenwartsprobleme der Jugend

1412 Familiengesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung vom 20. Dezember 1965, in: Ministerium für Justiz (Hrsg.) 1982, § 42, Abs. 4.

1413 Die ideologische Waffe der Partei für Frieden und Sozialismus – Presse, Rundfunk und Fernsehen beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Entschließung der 4. Journalistenkonferenz des ZK der SED. Bestätigt durch das Politbüro des ZK am 9. Februar 1965, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1967, S. 275.

1414 Vgl. Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschluß des VI. Parteitages (15. bis 21. Januar 1963), angenommen am 18. Januar 1963, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1965, S. 249.

1415 Vgl. Lindner, Bernd 2000, S. 891.

aufgegriffen hatten,¹⁴¹⁶ räumte das Plenum, nach den Worten Manfred Jägers, „in einem polemischen Gefecht mit allen für schädlich gehaltenen Tendenzen“ auf. Die angedachten wirtschaftspolitischen Debatten – wenige Tage vor dem Plenum kam der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Erich Apel, auf unnatürlichem Wege zu Tode – gerieten in den Hintergrund, als Erich Honecker einen „Nebenschauplatz“¹⁴¹⁷ eröffnete, so Jäger. Der ehemalige FDJ-Vorsitzende schilderte Vorfälle des Jahres 1965, bei denen es zu vermehrten Zusammenrottungen, nachlassender Arbeitsdisziplin und Sittenverbrechen seitens der Jugend im Land gekommen sei und erinnerte an den jugendlichen Beat-Aufstand¹⁴¹⁸ vom Oktober.¹⁴¹⁹ Den Sittenverfall führte er auf „Rowdytum“, Beatmusik und Anglizismen in der deutschen Sprache zurück.¹⁴²⁰ Er erklärte weiter, „Erscheinungen der amerikanischen Unmoral und Dekadenz“¹⁴²¹, Einflüsse der „kapitalistischen Unkultur und Unmoral, wie sie in der amerikanischen Sex-Propaganda und der Verherrlichung des Banditentums zum Ausdruck kommen“¹⁴²², müssten in allen Bereichen der Kunst bekämpft werden.

An der sinkenden Moral unter den Heranwachsenden seien nach Erich Honecker diverse Kulturschaffende beteiligt gewesen, indem diese in ihren Filmen, Fernsehsendungen, Theaterstücken und Texten dem Sozialismus wesensfremde antihumanistische Inhalte verherrlichten. Alle von der SED kritisierten Werke, wie die Filme „Das Kaninchen bin ich“ oder „Denk bloß nicht, ich heule“, würden die sozialistische Wirklichkeit verzerren und die Staatsmacht als „kalte und fremde Macht“¹⁴²³ diskreditieren. Walter Ulbricht stimmte in den Tenor ein: „Ist es denn wirklich so, dass wir jeden Dreck, der vom Westen kommt, kopieren müssen? [...] Mich interessiert die Hauptfrage: Wem nützt was? [...] Nützt das der Ver-

1416 Vgl. ebd., S. 892; vgl. Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972, § 21, Abs. 3 u. 4.

1417 Jäger, Manfred 1995 (a), S. 119.

1418 Siehe dazu Kap. 4.2.4.2.

1419 Monika Kaiser geht bei den von Erich Honecker geschilderten Vorkommnissen größtenteils von Falschmeldungen aus. Vgl. Kaiser, Monika 1997, S. 193 f.

1420 Vgl. Wolle, Stefan 2011, S. 294 f.

1421 Honecker, Erich 1966, S. 57.

1422 Ebd., S. 56.

1423 Ebd., S. 57.

seuchung der Bevölkerung oder der Jugend, oder nützt das sozialistischer Entwicklung? Das ist die einfache Frage.“¹⁴²⁴

Infolge des „Kahlschlag-Plenums“ musste die „politisch-ideologische Erziehung der Jugend auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus“¹⁴²⁵ gemäß Erich Honecker verstärkt werden; die junge Generation hatte sich wieder voll und ganz auf die ihr zugewiesene Rolle im Sozialismus zu konzentrieren. Angesichts der von ihm angeheizten Debatte verblassten die sonst so viel gelobten jugendlichen Errungenschaften. Der „Kampf gegen die Ideologie des Zweifels und de[r] Kampf gegen anarchistische Tendenzen“¹⁴²⁶ mutierten zur obersten Staatsangelegenheit. Mit dem XI. Plenum endete die relativ liberale Phase der frühen 1960er Jahre, als die Machthaber der Jugend mehr Freiheit zugestanden und „unbequeme“ Fragen während der Grenzsicherung im vorgegebenen Rahmen zugelassen hatten.¹⁴²⁷

In der Folge wurde die Wehrerziehung der Jugend ab 1967 mit den „Hans-Beimler-Wettkämpfen“ vorangetrieben; fortan mussten sich alle 14- bis 16-jährigen Schüler beim Schulsport in wehrsportlichen Disziplinen beweisen.¹⁴²⁸ Zudem besann sich die ostdeutsche Geheimpolizei ab Mai 1966 darauf, „antisozialistische“ Tendenzen, d. h. jede Form abweichenden Verhaltens zu ahnden. Erich Mielke wies an, mehr Jugendliche als Inoffizielle Mitarbeiter zu gewinnen, hoffte er doch damit auf eine „rechtzeitige[...] Erkennung und Verhinderung feindlicher Handlungen“¹⁴²⁹. Das MfS zielte darauf, „Schwerpunkte zu erkennen und vorbeugende Maßnahmen einleiten zu können“, und wollte eine „ständige Übersicht über Oberschulen, Betriebsberufsschulen, Klubhäuser [und] Fachschulen“¹⁴³⁰. Zusätzlich entstand nach dem XI. Plenum 1965 allmählich eine eigene Jugendforschung in der DDR.

1424 Wortlaut des stenographischen Protokolls der Rede von Walter Ulbricht 1965 auf dem XI. Plenum des ZK der SED, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/1/190, zitiert in: Rauhut, Michael 2002, S. 37 f.

1425 Honecker, Erich 1966, S. 68.

1426 Ebd., S. 69.

1427 Vgl. Weber, Hermann 2006, S. 66 f.

1428 Siehe dazu Kap. 4.2.3.

1429 Dienstanweisung Nr. 4/66 zur politisch-operativen Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR vom 15. Mai 1966, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-433, pag. Bl. 13.

1430 Ebd., pag. Bl. 15.

Während in den 1950er Jahren die gängige Meinung herrschte, spezielle wissenschaftliche Forschungen über die Jugend seien unnötig, da praktische Umgangserfahrungen mit ihr genügend über deren sozialistische Entwicklung lehren würden, änderte sich diese Anfang der 1960er Jahre. Nach dem Mauerbau entstanden wegen der politischen und ökonomischen Konsolidierung gesellschaftswissenschaftliche Einrichtungen wie das Institut für Sozialpsychologie an der Universität Jena oder spezielle Forschungsgruppen über Jugendprobleme. Bis 1966 hatten sich nur wenige Pädagogen, von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, kleineren empirischen Untersuchungen gewidmet, etwa über die Berufswünsche von Schülern.¹⁴³¹ Bis Mitte der 1960er Jahre hatten diverse Sektionen an den Universitäten in Berlin, Dresden, Greifswald, Halle-Wittenberg, Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Rostock erste empirische Ansätze konzipiert, wie bspw. die politische Einstellung gemessen werden könnte. In Zusammenarbeit mit staatlichen Instituten wie dem für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED oder dem Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut entstanden erste Studien über die (ideologischen) Ursachen von Jugendkriminalität, über das kulturelle Freizeitverhalten und über die sozialistische Bewusstseinsentwicklung der Arbeiterjugend.¹⁴³²

Im Jahr 1964 wurde das Institut für Meinungsforschung gegründet, das nur wenige Daten unter Jugendlichen erhob. Erich Honecker ließ es 1979 wegen nicht genehmer Forschungsergebnisse auflösen.¹⁴³³ Bis zur Schließung unterlagen, wie in der DDR üblich, dessen Ergebnisse der Geheimhaltung. Zeitgleich richtete das Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der DDR einen wissenschaftlichen Beirat zur Jugendforschung ein, dem Vertreter der FDJ angehörten. Delegierte Professoren und promovierte Mitarbeiter forschten zwar interdisziplinär, konnten aber anspruchsvolle größere Projekte wegen knapper finanzieller und personeller Ressourcen nicht realisieren.¹⁴³⁴ Da sich in der ersten Hälfte der 1960er Jahre das Deutsche Jugendinstitut in München etablierte, stand die SED unter dem Zugzwang, der bundesdeutschen mit einer eigenen Jugendforschung zu begegnen.

1431 Vgl. Friedrich, Walter 2007, S. 34 f.

1432 Vgl. Thematische Übersicht über wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiet der Jugendforschung, die vor allem 1965 abgeschlossen werden, vom 28. April 1965, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/159, Bl. 1, 4-15 u. 18 f.; vgl. Übersicht über die Jugendforschung, in: ebd., Bl. 2-22, 25 u. 28 f.

1433 Vgl. Förster, Peter 1991 (b), S. 91 f.; vgl. Niemann, Heinz 1995, S. 42.

1434 Vgl. Wiedemann, Dieter 1998, S. 117; vgl. Friedrich, Walter 2007, S. 39 f.

Während das Politbüro Einschätzungen über die politische Stimmungslage unter der bundesdeutschen Jugend ab spätestens 1963 in Auftrag gab,¹⁴³⁵ sollte die eigene Jugend nach dem verheerenden XI. Plenum mit Hilfe von wissenschaftlichen Erkenntnissen ideologisch wieder eingefangen werden.

Erste größere empirische Untersuchungen unter Schülern und Lehrlingen erfolgten 1966 durch sieben Wissenschaftler des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig.¹⁴³⁶ Das Gründungsstatut von 1966 definierte das ZIJ als „wissenschaftliche Einrichtung zur Erforschung von Grundproblemen und Grundprozessen der Entwicklung und sozialistischen Erziehung der jungen Generation“¹⁴³⁷. Die Untersuchungen auf „hohem technischen Niveau“¹⁴³⁸ sollten sich auf die Lebensbereiche der 12- bis 20-Jährigen konzentrieren.¹⁴³⁹ Jugendforschung in der DDR implizierte von 1968 an „die Erforschung der Bedingungen und gesetzmäßigen Zusammenhänge bei der Entwicklung junger sozialistischer Persönlichkeiten – insbesondere bei der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins und Verhaltens im Jugendalter – im Prozeß der sozialistischen Arbeit und des Lernens, bei der Gestaltung der Freizeit und im Zusammenleben in der Familie“¹⁴⁴⁰. Das politische Ziel der empirischen Studien bestand darin, „die Entwicklung von Standhaftigkeit, Mut, Bescheidenheit und anderen Eigenschaften des jungen Sozialisten“¹⁴⁴¹ voranzutreiben.

Die Staatsmacht unterstrich damit ihre klaren Vorstellungen davon, wie junge Bürger zu sein hatten und wie sie in den 1960er Jahren leben sollten. Dieser Anspruch wurde umso drängender, weil die junge Generation, wie auf dem XI. Plenum dargestellt, zu entgleiten drohte. Zwei Jahre nach dem XI. Plenum wich Walter Ulbricht ein wenig von seiner damaligen Linie ab und versuchte, ähnlich wie nach dem Mauerbau, Verständnis für junge Menschen zu suggerieren. Auf der 32. Sitzung des Staatsrates gab er im März 1967 zu bedenken, dass die sozialistische Gesellschaftsordnung

1435 Vgl. Vorlage über die Linie der Westarbeit unter der Jugend. Protokoll Nr. 6 auf der Sitzung des Politbüros vom 12. März 1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/870, Bl. 5; vgl. Einschätzung der politischen und ideologischen Situation der westdeutschen Jugend. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 14 der Sitzung des Politbüros vom 21. April 1964, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/929, Bl. 8.

1436 Vgl. Wiedemann, Dieter 1998, S. 117; vgl. Friedrich, Walter 2007, S. 39 f.

1437 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1966 (a), § 1, Abs. 1.

1438 Ebd., § 2, Abs. 3 a.

1439 Vgl. ebd., § 2, Abs. 3.

1440 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1968 (a), S. 97.

1441 Ebd., S. 98.

der Jugend zwar soziale Sicherheit biete, diese es aber nicht unbedingt leichter hätte. Das Pensum, welches sie lernen und leisten müssten, „um als würdige Mitglieder der Gesellschaft zu gelten“¹⁴⁴², sei enorm.

Der Staat gewährte gegen Ende der 1960er Jahre wieder etwas mehr Freiheit, allerdings nicht in dem Umfang, wie es sich wohl die meisten Jugendlichen gewünscht hätten. Zwar wurde nicht mehr jeder langhaarige junge Mann als Sympathisant des „Klassenfeindes“ deklariert, die Bekleidungsindustrie orientierte sich mehr an jugendlichen Trends und allmählich verschwanden die Restriktionen für Rock- und Beatmusik, dennoch bestimmte weiterhin die SED die Grenzen des „guten“ Geschmacks. Wie mit der „Verordnung zum Schutze der Jugend“ von 1955 schränkte die politische Führung mit der „Verordnung zum Schutz der Kinder und Jugendlichen“ vom März 1969 die für Jugendliche ohnehin kaum vorhandenen individuellen Rechte weiter ein. Das betraf insbesondere die freie Wahl von (westlicher) Musik und Literatur.¹⁴⁴³

Zudem tauchte öfter der Begriff Selbsterziehung in der Jugendpolitik auf. Ab dem Frühjahr 1967 konnte jeder Jugendliche im Gesetzblatt nachlesen, worauf er bei seiner Erziehung zu achten habe. Laut dem Beschluss „Jugend und Sozialismus“, der die jugendpolitischen Ansprüche für die nächsten 20 Jahre fixierte,¹⁴⁴⁴ musste die junge Generation Fähigkeiten „zur offensiven Auseinandersetzung mit der imperialistischen Ideologie“ erwerben und „ein festes Klassenbewußtsein“ entwickeln, das „im Ergebnis einer zielgerichteten ideologischen Erziehung und Selbsterziehung“¹⁴⁴⁵ entstünde. Folglich trugen nicht nur alle Eltern, Staats- und Wirtschaftsorgane, sondern zunehmend auch die Heranwachsenden selbst die Verantwortung für die Herausbildung eines sozialistischen Bewusstseins. Das schloss die Bereitschaft ein, „jederzeit gegen alles Reaktionäre, Antisozia-

1442 Ulbricht, Walter 1967: Grundsätze unserer sozialistischen Jugendpolitik. Schlußwort auf der 32. Sitzung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 31. März, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1968, S. 396.

1443 Die Verordnung verbot „Schul- und Arbeitsbummelei, entartete, unmoralische und asoziale Lebens- und Verhaltensweisen, Alkohol- und Tabakmißbrauch oder disziplineloses Verhalten“. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1969, S. 219 u. § 1, Abs. 2.

1444 Vgl. ND vom 20. April 1967, S. 2.

1445 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1967, S. 33.

listische und gegen die antihumanistische Ideologie der westdeutschen Imperialisten“¹⁴⁴⁶ zu kämpfen.

Erich Honecker führte auf dem VII. Parteitag im April 1967 dazu aus, es lasse „die weitere Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft [...] deutlich erkennen, daß die Deutsche Demokratische Republik in eine neue Phase ihrer Entwicklung eintritt“¹⁴⁴⁷. Der Mensch als „allseitig gebildete[...] Persönlichkeit“ werde zum „bewußten Gestalter seines Lebens und seiner Zukunft“¹⁴⁴⁸. Der Sozialismus in der DDR sei „endgültig und unwiderruflich“, das Gesellschaftssystem befreit von „inneren Gegensätzen“¹⁴⁴⁹. Das Manifest des VII. Parteitages erläuterte: „Die festen Fundamente des sozialistischen Gebäudes sind gelegt. Jetzt gilt es, dieses sozialistische Haus auszubauen und zu vollenden.“¹⁴⁵⁰ Wie die Bevölkerung sich beim Aufbau des sozialistischen Konstrukts verhalten sollte, regelte das neue Statut der SED von 1967. Demnach befände sich die DDR auf dem besten Weg zur „Diktatur des Proletariats, der breitesten Demokratie für das Volk“¹⁴⁵¹ bzw. dem Kommunismus. Der Aufbau des Sozialismus impliziere ein Erziehungswesen „auf hohem wissenschaftlichen Niveau“, die „Förderung der sozialistischen Nationalkultur“ und eine „Stärkung der politisch-moralischen Einheit des Volkes“¹⁴⁵². Die Menschen sollten sich an den Gesetzen der „sozialistischen Ethik und Moral“ orientieren und besonders Arbeiter einen respektvollen und kameradschaftlichen Umgang zueinander pflegen.¹⁴⁵³ Das Vorhaben einer „politisch-moralische[n] Einheit aller werktätigen Schichten“¹⁴⁵⁴ war nach Meinung des ZK 1968 realisiert.

1446 Ebd., S. 43.

1447 Honecker, Erich 1967, S. 5.

1448 Ebd., S. 6.

1449 Ebd., S. 7.

1450 Manifest des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, S. 6.

1451 Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschluß des VI. Parteitages (15. bis 21. Januar 1963) mit den vom VII. Parteitag (17. bis 22. April 1967) beschlossenen Veränderungen und Zusätzen, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1969, S. 227.

1452 Ebd., S. 228.

1453 Vgl. ebd., S. 229 u. 249 f.

1454 Grußadresse des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik an den IV. Kongreß der Gesellschaft für Sport und Technik vom 12. September 1968, in:

Im selben Jahr fungierten die Proteste der linken 1968er-Bewegung in Westdeutschland für die SED als Beweismittel für die Überlegenheit des Sozialismus. Im Februar 1968 adressierte sie einen offenen Brief nach Westdeutschland, „an die Arbeiter und Angestellten, die Geistesschaffenden, die Bauern und Gewerbetreibenden, an die Frauen und die Jugend“. Mit Wertschätzung nahm das ZK die Proteste der Jugend und Studenten „gegen die amerikanischen Verbrechen in Vietnam, gegen die Notstandsgesetze, gegen den Sozialabbau und gegen die Lügenmaschinerie des Springer-Konzerns“ zur Kenntnis. Weiterhin trugen nach ihrer Auffassung, die „westlichen Großkapitalisten, die CDU unter Führung des Separatisten Adenauer und [...] die amerikanischen Imperialisten“¹⁴⁵⁵ die Kriegsschuld und die alleinige Verantwortung für die Spaltung Deutschlands. Beide deutsche Staaten wiesen laut dem ZK, „völlig gegensätzliche Gesellschaftsordnungen“ auf und anders als in Westdeutschland hatte ein jeder Bürger in der freien sozialistischen Gesellschaft der DDR einen Platz, eine gesicherte Zukunft und Mitsprachrechte, wie die Abstimmung über die bevorstehende Verfassungsänderung deutlich mache.¹⁴⁵⁶

Offiziell entschieden die Bürger am 6. April 1968 über die neue Verfassung, wenngleich die Volkskammer alle Wahlberechtigten dazu aufrief, dem Verfassungsentwurf zuzustimmen, da dieser von Millionen Frauen, Männern und Jugendlichen „geprüft“ worden sei.¹⁴⁵⁷ Die manipulierte Auszählung endete in 94-prozentiger Zustimmung.¹⁴⁵⁸ Am 9. April 1968 fixierte die Staatsmacht ihr Herrschaftsmonopol konstitutionell: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen.“¹⁴⁵⁹ Mit diesem Bekenntnis zur deutschen Nation wurde der Fortbestand der Zweistaat-

Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1971, S. 134.

1455 Offener Brief des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die Arbeiter und Angestellten, die Geistesschaffenden, die Bauern und Gewerbetreibenden, an die Frauen und die Jugend in der westdeutschen Bundesrepublik vom 28. Februar 1968, in: ebd., S. 18.

1456 Vgl. ebd., S. 18 f.

1457 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1968 (b), S. 195.

1458 Vgl. Grimm, Peter 2007, S. 4.

1459 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung vom 6. April 1968, Art. 1.

lichkeit anerkannt.¹⁴⁶⁰ Die DDR bemühte sich gemäß Artikel acht ihrer Verfassung, wie die Bundesrepublik, um „die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen und die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten“¹⁴⁶¹.

Jugendpolitisch brachte die neue Verfassung, obwohl von Heranwachsenden „geprüft“, keinen Mehrerfolg an Freiheit. Jeder junge Mensch erhielt – wie 1950 im ersten Jugendgesetz deklariert – das Recht, an der Ausgestaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung mitzuwirken, sofern er dies verantwortungsbewusst genug tat.¹⁴⁶² Eine „Verbesserung“ war die erneute Zusicherung, bei gleicher Arbeitsleistung den gleichen Lohn zu empfangen.¹⁴⁶³ Das Erlernen und die Ausübung eines Berufes galten ohnehin als Recht und Pflicht.¹⁴⁶⁴ Auch die Verfassung von 1968 garantierte der Jugend keine Grundrechte im Sinne individueller Freiheitsrechte gegenüber dem Staat. Die junge Generation behielt ihren staatlich zugewiesenen Platz als homogener Träger des Systems, westlich-demokratische Rechte auf Selbstbestimmung und freie Entfaltungsmöglichkeiten wurden unterbunden.

Aus Anlass des 20. Jahrestages der Beschlussfassung über das erste Jugendgesetz zog der Ministerrat auf einer Sitzung im Februar 1970 jugendpolitische Bilanz. Demnach bewies die DDR, dank ihrer sozialistischen Jugendpolitik, „wie auf anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens die geschichtliche Überlegenheit gegenüber dem imperialistischen Bonner Staat, der mit seiner perspektivlosen und den Frieden gefährdenden Politik der Jugend feindlich gegenüber steht [sic!]“¹⁴⁶⁵. Defizite innerhalb der Jugendpolitik bestünden bei der Integration der Landjugend in leitende Funktionen, bei der Förderung von (ökonomischen) Jugendinitiativen, bei der Teilnahme junger Menschen an (politischen) Weiterbildungen und bei kulturellen Angeboten. Die vergangenen 20 Jahre seien dennoch von einer

1460 Vgl. Fricke, Karl Wilhelm 1992, S. 57; vgl. Seebacher-Brandt, Brigitte 1992, S. 28.

1461 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung vom 6. April 1968, Art. 8.

1462 Vgl. ebd., Art. 20, Abs. 3.

1463 Vgl. ebd., Art. 24, Abs. 1.

1464 Vgl. ebd., Art. 25, Abs. 4.

1465 Information über die weitere Durchsetzung der sozialistischen Jugendpolitik durch die Staats- und Wirtschaftsorgane nach dem 20. Jahrestag der Gründung der DDR auf der Sitzung des Ministerrats vom 11. Februar 1970, in: BArch, DC 20/1/3/775, Bl. 31.

erfolgreichen sozialistischen Jugendpolitik geprägt gewesen, so die Einschätzung des Ministerrates.¹⁴⁶⁶ Die sechste Durchführungsbestimmung zum Jugendgesetz holte im August 1970 ins kollektive Gedächtnis: „Die Jugend selbst ist aufgerufen, ihrer Verantwortung bei der weiteren allseitigen Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik immer besser gerecht zu werden, aktiv am Kampf um eine hohe Arbeitsproduktivität teilzunehmen, für die kontinuierliche Erfüllung der Pläne mitzuarbeiten und sich durch ständiges Lernen bereits heute vorzubereiten.“¹⁴⁶⁷

Zehn Monate später ersetzte Erich Honecker Walter Ulbricht auf dem VIII. Parteitag im Juni 1971 als Erster (bzw. ab 1976 General-)Sekretär. Der ehemalige Jugendfunktionär stellte in seiner Rede klar, „eines der edelsten Ziele und eine der größten Errungenschaften der sozialistischen Gesellschaft“ sei die Herausbildung der „allseitig entwickelten Persönlichkeit“¹⁴⁶⁸. Die Jugend erhalte umfassende Möglichkeiten, sich durch „allseitige Bildung und ständige Qualifizierung“¹⁴⁶⁹ u. a. „hohe sittlich-moralische und ästhetisch-kulturelle Werte“ anzueignen. Er würdigte das Verdienst des Bildungsgesetzes von 1965 bei der Formung junger Menschen zu „sozialistischen Staatsbürgern mit hohen Kenntnissen, die den Ideen des Sozialismus treu ergeben sind, die fühlen und handeln als Patrioten und Internationalisten, sich durch eine sozialistische Arbeitseinstellung auszeichnen und aktiv an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens mitwirken“¹⁴⁷⁰. Honecker blieb seiner Rolle als eiserner Jugendfunktionär treu und präsentierte der Weltöffentlichkeit zwei Jahre nach dem Machtwechsel gekonnt inszeniert eine hochmotivierte und tugendhafte junge Generation. Bei den X. Weltfestspielen von 1973 erklärte er ähnlich wie bei seiner Antrittsrede: „Die Jugend ist durch das Streben nach edlen Zielen verbunden. Die Jugend unserer Zeit kämpft entschlossen für einen dauerhaften Frieden in der Welt, weil das Glück der Jugend nur gedeiht,

1466 Vgl. ebd., Bl. 32, 37, 38 u. 40.

1467 Sechste Durchführungsbestimmung zum Jugendgesetz der DDR vom 19. August 1970. Die Planung der Aufgaben zur Verwirklichung der sozialistischen Jugendpolitik, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971, S. 519.

1468 Mit Persönlichkeit meinte er eine „besonders charakteristische geistige und moralische Ausprägung des menschlichen Individuums“. Honecker, Erich 1971, S. 70.

1469 Ebd., S. 71.

1470 Ebd., S. 72.

wenn im Leben der Völker Frieden, Sicherheit und Entspannung triumphieren.“¹⁴⁷¹

4.1.2 Sozialistische Erziehungsdoktrin

Ab Mitte der 1960er Jahre konkretisierte die Parteiführung ihr Erziehungskonzept mit dem „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“. Das Gesetz erfasste alle Teilbereiche des Bildungswesens und regelte die Strukturen und Anforderungen aller staatlichen und betrieblichen Institutionen und Einrichtungen der Massenorganisationen: Kinderkrippen, Kindergärten, POS, Sonderschulen, EOS, Berufsausbildung, Ingenieurs- und Fachschulen, Universitäten, Hochschulen und Weiterbildungsstätten für Erwachsene. Durch das Gesetz sollte jeder Bürger die Möglichkeit erhalten, weiterführende Bildungseinrichtungen zu besuchen, und die Jüngsten von der Durchlässigkeit im Bildungssystem profitieren.¹⁴⁷² Das Zweistufensystem der 1950er Jahre mit einer Unterstufe (Klasse eins bis vier) und einer Oberstufe (Klasse fünf bis zehn) wurde durch eine Unterstufe (Klasse eins bis drei), eine Mittelstufe (Klasse vier bis sechs) und eine Oberstufe (Klasse sieben bis zehn) ersetzt.¹⁴⁷³

Das neue Bildungsgesetz zielte offiziell auf „eine hohe Bildung des ganzen Volkes, die Bildung und Erziehung allseitig und harmonisch entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten, die bewußt das gesellschaftliche Leben gestalten, die Natur verändern und ein erfülltes, glückliches, menschenwürdiges Leben führen“¹⁴⁷⁴. Margot Honecker verkündete: „Unter den konkreten Bedingungen des Aufbaus des Sozialismus verwirklichen wir unser großes humanistisches Erziehungsideal: die allseitig entwickelte sozialistische Persönlichkeit.“¹⁴⁷⁵ Die Schüler sollten laut dem Gesetz „verstehen lernen, daß Hilfsbereitschaft, Freundlichkeit, Höflichkeit und Zuvorkommenheit, Achtung gegenüber ihren Eltern und allen älteren Menschen sowie saubere Beziehungen zwischen den Geschlechtern Cha-

1471 ND vom 29. Juli 1973, S. 1.

1472 Vgl. Lemke, Christiane 1980, S. 40; vgl. Anweiler, Oskar 1985, S. 231-233.

1473 Vgl. ders. 1988, S. 88.

1474 Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR vom 25. Februar 1965, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik/Ministerium für Volksbildung (Hrsg.) 1971, § 1, Abs. 1.

1475 Honecker, Margot 1965, S. 2.

raktereigenschaften der sozialistischen Persönlichkeit sind“¹⁴⁷⁶. Erst diese Charakteristika würden „die Kinder zur Selbsterziehung“ befähigen und sie dadurch in die Lage versetzen, „sich um jeden einzelnen und das Ganze zu sorgen“. Das Volksbildungsministerium strebte ab den 1960er Jahren nach einer „höhere[n] Qualität der Kollektiverziehung“¹⁴⁷⁷.

Schon vor Einführung des Bildungsgesetzes im Februar 1965 war es in der DDR gängige Praxis, dass leistungsfähige Schüler Lernpatenschaften für Lernschwächere übernahmen und sich in der Freizeit darum kümmerten, mit ihnen den Schulstoff nachzuholen und bei den Hausaufgaben halfen.¹⁴⁷⁸ Das Klassenkollektiv hatte für die Erziehungsfunktionäre eine nicht zu unterschätzende Bedeutung im Erziehungsprozess. Gemäß Rolf Heyen spiegelte der Klassenverband in gewisser Weise die gesellschaftlichen Verhältnisse wider.¹⁴⁷⁹ Nach Dietmar Waterkamp führte diese „kollektive Selbsterziehung“¹⁴⁸⁰ zu einer relativ eigenständigen Organisation des sozialen Lebens in der Klasse: Einzelne Schüler trugen die Verantwortung für spezielle Aufgabenbereiche wie Hausaufgabenkontrolle, politische Agitation, die Gestaltung der Wandzeitung oder für gesellschaftlich nützliche Maßnahmen, etwa Arbeitseinsätze auf dem Schulgelände, Altstoffsammeln, oder sie planten in Gruppentreffen Sportfeste und die schulische Wehrerziehung.

Die Kollektiverziehung in der DDR der 1960er Jahre implizierte, einerseits die Eigenständigkeit des Einzelnen zu fördern und andererseits alle Schüler einzubinden bzw. Außenstehende und – vermeintliche – Abweichler durch subtilen und offenen Zwang zu integrieren und zu disziplinieren. Inwieweit die Jugendlichen in der Schule ihren gesellschaftlichen Verpflichtungen bei Lernpatenschaften oder dem Altstoffsammeln nachkamen, vermerkten die Lehrer im Zeugnis und in schriftlichen Einschätzungen. Die oktroyierten Verhaltensnormen erzeugten Druck innerhalb des Klassenverbandes,¹⁴⁸¹ sollten doch alle Mitglieder ihrem Kollektiv gegen-

1476 Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR vom 25. Februar 1965, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik/Ministerium für Volksbildung (Hrsg.) 1971, § 5, Abs. 5.

1477 Honecker, Margot 1970, S. 68.

1478 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1988, S. 11 f.

1479 Vgl. Heyen, Rolf 1972, S. 49.

1480 Waterkamp, Dietmar 1990, S. 270.

1481 Die „Kollektiverziehungstheorie“ basierte auf den Ideen von Anton S. Makarenko. Vgl. Eichler, Wolfgang 2000, S. 570 f.

über Verantwortung übernehmen, d. h. Vorbild sein.¹⁴⁸² Von den Pädagogen verlangte das Ministerium für Volksbildung parteipolitischen Gehorsam, da sie ihren „Klassenstandpunkt“ an die Kinder weitergaben. Forscher des ZIJ riefen die Lehrer 1966 dazu auf, ihre Beziehung zum einzelnen Schüler zu verbessern, weil politisch-ideologisch gefestigte Persönlichkeiten dort entstünden, wo die politische Meinung der Klasse mit der allgemeinen öffentlichen Meinung positiv korreliere und sich der Einzelne mit der politischen Überzeugung des Klassenleiters identifiziere.¹⁴⁸³

Nicht nur im Schulwesen galt es, politisch homogene Kollektive mit einer positiven Grundhaltung herauszubilden. Der vielbeschworene Teamgeist spielte im Arbeitsleben eine ebenso große Rolle. Aufgabenstellungen von ökonomischen Leitungen ergingen selten an einzelne Arbeiter, sondern in der Regel an ganze Kollektive.¹⁴⁸⁴ Wie Betriebskollektive von Erwachsenen nahmen betriebliche und schulische Jugendkollektive an beruflichen Wettbewerben teil und erhielten meist als Gruppe Auszeichnungen und Prämien.¹⁴⁸⁵ Eine der wenigen Auszeichnungen, die Einzelpersonen für hohe Arbeitsmoral und Kollektivität bekommen konnten, war die jährliche Ehrung am 8. Februar, dem „Tag der Jugend und der Sportler“. Sachprämien an Jugendliche, die „in der Produktion und im gesellschaftlichen Leben besonders gute Arbeit“¹⁴⁸⁶ geleistet hatten, vergaben Leitungen von Betrieben und Verwaltungen ab den 1950er Jahren.

Da sich laut Margot Honecker die schulische Erziehung, d. h. das Erlernen der „Liebe“ zur Arbeit positiv auf das spätere Verhalten im Berufsleben auswirke, avancierte die Polytechnik¹⁴⁸⁷ durch das neue Bildungsgesetz zum Kern des (Aus-)Bildungswesens: „Indem die jungen Menschen einbezogen werden in die produktive, gesellschaftlich nützliche Arbeit in den Betrieben, indem sie das Leben in den sozialistischen Arbeitskollektiven kennenlernen, werden sie reifer und gewinnen Überzeugungen vom

1482 Vgl. Deja-Löhlhöff, Brigitte 1986, S. 30 f.; vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2014, S. 257.

1483 Vgl. Typenstudie, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/159, Bl. 18-21 u. 42.

1484 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1988, S. 12.

1485 Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1971, S. 215.

1486 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1956 (b), S. 138.

1487 Den Grundstein zur polytechnischen Bildung legte Karl Marx. Dieser sah darin ein Mittel, den antihumanistischen Auswirkungen der Arbeitsteilung entgegenzuwirken und die „Arbeiterklasse“ zu befähigen, den Produktionsapparat eigenverantwortlich zu steuern. Vgl. Reischock, Wolfgang 1994, S. 277 f.

Wert ihrer eigenen Arbeit und von der Arbeit anderer.“¹⁴⁸⁸ Der polytechnische Unterricht nahm Abstand von einer Spezialisierung der Berufsvorbereitung und konzentrierte sich auf die Vermittlung von breit gefächertem Grundlagenwissen mit berufsvorbereitendem Charakter.¹⁴⁸⁹ Polytechnik sollte dazu beitragen, unter den Schülern sozialistische Wertvorstellungen zu fixieren. Das betraf „Fleiß, Gewissenhaftigkeit und Exaktheit, Verantwortungsbewußtsein und Selbständigkeit, Pünktlichkeit und Disziplin, Ordnungssinn, Qualifizierungsbestreben [...] sowie bewußtes Auftreten gegen überholte Arbeitsgewohnheiten und -methoden“¹⁴⁹⁰.

Ab den 1950er Jahren wurden Schüler in den Arbeitsalltag integriert und an betriebliche Produktionsprozesse herangeführt, etwa mit dem Werkunterricht, dem Schulgarten (beides für die Klassen eins bis sechs), der Einführung in die sozialistische Produktion in Industrie und Landwirtschaft, dem Unterrichtstag in der Produktion (beides ab Klasse sieben) und durch das Fach Technisches Zeichnen (Klasse sieben bis acht). Der polytechnische Unterricht bestand aus theoretischen (ESP) und praktischen Unterrichtseinheiten (UTP bzw. PA), die abwechselnd stattfanden. Von 1958/59 an nahmen Schüler in zugewiesenen Betrieben direkt vor Ort am Arbeitsprozess teil und sammelten erste praktische Erfahrungen.¹⁴⁹¹ Doch entgegen den Erwartungen reagierten die Kinder und Jugendlichen oftmals mit Empörung und Entsetzen auf die schmutzigen und rückständigen Arbeitsverhältnisse in den Betrieben. Viele von ihnen erkannten einen Widerspruch zwischen in der Schule gelehrter Arbeitsmoral bzw. der ständigen Propagierung des technischen Fortschritts in der DDR und den realen Bedingungen in den Arbeitsstätten.¹⁴⁹²

Der polytechnische Unterricht ist zwar keine Erfindung der 1960er Jahre, die Schülerarbeit in den Betrieben erreichte in diesem Jahrzehnt aber eine neue Qualität. Laut einem Beschluss des Ministerrats vom Juli 1963 sei eine „noch engere Verbindung der Schule mit dem Leben, des Unterrichts mit der Produktion, durch die berufliche Grundausbildung in der all-

1488 Honecker, Margot 1965, S. 3.

1489 Vgl. Lemke, Christiane 1980, S. 41.

1490 Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR vom 25. Februar 1965, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik/Ministerium für Volksbildung (Hrsg.) 1971, § 32, Abs. 8.

1491 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1988, S. 11 f.; vgl. Tietze, Andreas 2012, S. 196-200 u. 202; vgl. Geißler, Gert 2015, S. 69.

1492 Vgl. Eppelmann, Rainer im März 1993, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.) 1995, S. 205; vgl. Droit, Emmanuel 2006, S. 41; vgl. Fulbrook, Mary 2008, S. 141.

gemeinbildenden Schule“ anzustreben. Es musste der „schrittweise Übergang zu einer beruflichen Grundausbildung“ realisiert werden, um die Forderungen des VI. Parteitages nach einer höheren Qualität der „mathematisch-naturwissenschaftlichen, polytechnischen und Berufsausbildung“¹⁴⁹³ zu erfüllen. Zunächst erhielten das Fach ESP sowie der Schulgarten- und Werkunterricht neue Lehrpläne. Zur Berufsvorbereitung für die Klassen sieben bis zehn entstand ein Grundlehrgang Industrie und ein Grundlehrgang Landwirtschaft. Entsprechend dem Bedarf in den Betrieben und abhängig von den jeweiligen Berufswünschen, arbeiteten Schüler der neunten und zehnten Klassen nun über längere Zeit in bestimmten Produktionsbereichen. Der Beschluss regelte, die schulischen und außerunterrichtlichen Tätigkeiten der Schüler seien „auf die Hauptberufe der ökonomischen Schwerpunkte“¹⁴⁹⁴ zu legen. Das betraf primär die Bereiche Metallurgie, Maschinenbau und Landwirtschaft.¹⁴⁹⁵ Schüler konnten ab 1964 im Rahmen des polytechnischen Unterrichts die Fahrerlaubnis für Traktoren erwerben.¹⁴⁹⁶

Auf Grundlage des Beschlusses von 1963 deklarierte das bis zum Ende der DDR gültige Bildungsgesetz 1965: „Im polytechnischen Unterricht sind die Schüler systematisch mit den wissenschaftlich-technischen, technologischen und politisch-ökonomischen Grundlagen der sozialistischen Produktion vertraut zu machen. Die praktische Tätigkeit wird stärker auf die Bedienung moderner Maschinen, Anlagen und Geräte orientiert.“ Auch in Mathematik und den Naturwissenschaften bekamen die Schüler „ein System grundlegender wissenschaftlicher Tatsachen, Gesetzmäßigkeiten, Methoden und Verfahren vermittelt“¹⁴⁹⁷. Der Deutschunterricht, insbesondere Literatur,¹⁴⁹⁸ sah die Auseinandersetzung mit sogenannten humanistischen Werken vor, mussten die Schüler doch „das Wesen des sozialistischen Realismus“ erst begreifen. Der Russischunterricht bzw. der obligatorische zweite Fremdsprachenunterricht (meist Englisch) förderte das Verständnis für andere Nationen, während der Sportunterricht „zur

1493 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1963, S. 501.

1494 Ebd., S. 504.

1495 Vgl. ebd., S. 501-504.

1496 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1964 (b), S. 811.

1497 Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR vom 25. Februar 1965, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik/Ministerium für Volksbildung (Hrsg.) 1971, § 16, Abs. 2.

1498 Der Unterrichtsstoff im Fach Literatur blieb bis auf wenige Ausnahmen ab den 1950er Jahren unverändert. Vgl. Rütther, Günther 1997, S. 256.

Gesunderhaltung, zur Lebensfreude und zu einer gesunden, hygienischen Lebensweise“¹⁴⁹⁹ beitrug.

Für politisch „korrektes“ Grundlagenwissen sorgten Geschichte und Staatsbürgerkunde. Durch diese Fächer würden die Schüler laut der politischen Führung verstehen lernen, „daß dem Sozialismus in ganz Deutschland die Zukunft gehört“¹⁵⁰⁰. Während der Geschichtsunterricht keinen direkten Bezug zur polytechnischen Bildung hatte, fungierte das Fach Staatsbürgerkunde als Verbindungsstück zwischen praktischer Tätigkeit und ideologischer Erziehung. Pädagogen griffen die Erfahrungen aus dem praktischen Unterricht auf. Nach dem Lehrplan ermögliche „die Koordination mit dem polytechnischen Unterricht [...], die im Staatsbürgerkundeunterricht erworbenen politischen Kenntnisse und Einstellungen mit den Erfahrungen und den Kenntnissen der Schüler aus der sozialistischen Produktion zu verbinden“¹⁵⁰¹. Eng an das sowjetische Unterrichtsfach Gesellschaftslehre angelehnt, wurde der Marxismus-Leninismus in Staatsbürgerkunde als dogmatische Lehre behandelt. Von 1971 an absolvierten Lehrer für Staatsbürgerkunde bei obligatorischen Weiterbildungen einen Grundkurs in Marxismus-Leninismus.¹⁵⁰² Der thematische Schwerpunkt in den Klassen neun bis zwölf lag mit einer Unterrichtseinheit pro Woche auf dem Parteiprogramm der SED.¹⁵⁰³

Ausgehend von der Annahme, die Schuljugend könne am Aufbau des Sozialismus nur partizipieren, sofern „sie zutiefst vom Sieg des Sozialismus und der gesetzmäßigen Niederlage des Imperialismus überzeugt“¹⁵⁰⁴ sei, konkretisierte das Ministerium für Volksbildung 1966 die Lehrinhalte. Im Gegensatz zu den anderen Schulfächern, die zwar alle ideologisch eingefärbt waren, wurden in Staatsbürgerkunde – dem Mittelpunkt der ideologischen Erziehung – ausschließlich parteipolitische Lehren rezipiert.¹⁵⁰⁵ Das Fach hatte von 1966 an die Aufgabe, „alle Mädchen und Jungen theo-

1499 Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR vom 25. Februar 1965, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik/Ministerium für Volksbildung (Hrsg.) 1971, § 16, Abs. 2, § 16, Abs. 2.

1500 Ebd.

1501 Lehrplan für Staatsbürgerkunde Klasse 8 1968, S. 9.

1502 Vgl. Margedant, Udo 1995, S. 1520.

1503 Vgl. Schmitt, Karl 1980, S. 26 f.

1504 Aufgabenstellung zur weiteren Entwicklung der staatsbürgerlichen Erziehung der Schuljugend vom 2. Februar 1966, S. 122.

1505 Vgl. Lehrbuch Staatsbürgerkunde 2 1966; vgl. Heyen, Rolf 1972, S. 76 f.; vgl. Schmitt, Karl 1980, S. 27; vgl. Grammes, Tilman u. a. 2006, S. 67 f.

retisch zu wappnen [...] und sie zu aktiven Erbauern des Sozialismus zu erziehen. Der gesamte Stoff muß vom Standpunkt der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, der Aufgaben des ideologischen Kampfes und vom Standpunkt der Erziehung der Schüler im Geiste der sozialistischen Moral betrachtet und bewußt genutzt werden.“¹⁵⁰⁶

Was bedeutete das für Lehrer und Schüler? Da die Lehrinhalte in Staatsbürgerkunde parteikonformen Glaubensbekenntnissen glichen, konnten Abweichungen vom „Klassenstandpunkt“, kritische Fragen und skeptische Diskussionsbeiträge zu negativen Konsequenzen führen. „Besondere Vorkommnisse“ in der Schule, darunter fielen politische Provokationen, feindliche „Hetze“ oder rechtsextreme Schmierereien, endeten oftmals nicht mit bloßen Verwarnungen oder Belehrungen, sondern im schlimmsten Fall mit schlechten Notenbewertungen, Tadeln, Schulverweisen und der Nichtzulassung zum Abitur.¹⁵⁰⁷ Generell fiel die Bewertung der Schülerleistungen teilweise subjektiv bzw. nach persönlichkeitsorientierten Maßstäben aus. Pädagogische Beurteilungen, etwa anhand der Noten, sollten oftmals den (politischen) Entwicklungsstatus des Schülers widerspiegeln. Zensuren dienten vor allem dazu, Schüler zu besseren Ergebnissen anzuspornen. Folglich wurden gleiche Leistungen zum Teil unterschiedlich zensiert.¹⁵⁰⁸

Umgekehrt konnten politisch kritisch eingestellte Schüler in Staatsbürgerkunde gute Ergebnisse erreichen, weil sie wussten, welche Äußerungen den ideologischen Vorgaben entsprachen. Deshalb resümierten die Leipziger Forscher 1966, „eine Eindeutigkeit der Beziehung Wissen und Können [müsse] zurückgewiesen werden“¹⁵⁰⁹. Laut einer ihrer Vergleichsstudien ergaben sich bei der Verteilung der Zensuren keine gravierenden Unterschiede zwischen politisch-ideologisch stabilen und labilen Schülern, sei es in Staatsbürgerkunde oder in Mathematik: Im Vergleich zur Gesamtpopulation (mehr als 3.700 Probanden) schnitten die politisch sehr gefestigten Jugendlichen (etwa 280 Personen) bei der Notenvergabe insgesamt zwar besser ab, der Notenspiegel in Staatsbürgerkunde aber fiel für poli-

1506 Aufgabenstellung zur weiteren Entwicklung der staatsbürgerlichen Erziehung der Schuljugend vom 2. Februar 1966, S. 124.

1507 Vgl. Knopke, Lars 2007, S. 177-180.

1508 Vgl. Heyen, Rolf 1972, S. 77; vgl. Eichler, Wolfgang 2000, S. 564.

1509 Typenstudie, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/159, Bl. 33.

tisch Indifferente (rund 210 Personen) besser aus.¹⁵¹⁰ Das ist ein Beleg für die erlernte Doppelzüngigkeit im Schulwesen.

Das Volksbildungsministerium weitete das Fach Staatsbürgerkunde 1968/69 auf die Klassen sieben bis acht aus und erhöhte die Wochenstundenzahl in den Klassen zehn und zwölf auf zwei,¹⁵¹¹ während Lehrlinge in der Berufsausbildung wöchentlich 45 Minuten Unterricht erhielten.¹⁵¹² Diese verstärkte Ideologisierung begründete das Ministerium für Volksbildung mit der Verschärfung der ideologischen „Klassenauseinandersetzungen“ in der bipolaren Weltordnung.¹⁵¹³ Die neu konzipierte „Aufgabenstellung [...] zur weiteren Entwicklung der staatsbürgerlichen Erziehung“ vom April 1969 verlangte von der Schuljugend weiterhin, sich „einen festen Klassenstandpunkt“¹⁵¹⁴ anzueignen, musste sie doch den „aggressiven, menschenfeindlichen Charakter des westdeutschen Imperialismus“¹⁵¹⁵ erkennen. Es galt, das Freund-Feind-Denken „unter Nutzung emotional wirkender Mittel“¹⁵¹⁶ zu kräftigen. Im Staatsbürgerkundeunterricht sollten „Schüler die im Lehrplanwerk festgelegten Bildungsinhalte und geforderten Persönlichkeitseigenschaften“¹⁵¹⁷ verinnerlichen und auch außerhalb der Schule „zur Liebe der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ und zu „glühendem Haß gegen die imperialistischen Feinde“¹⁵¹⁸ erzogen werden. Nur die Zusammenarbeit von „Schule, Familie, Betrieb und Wohngebiet“¹⁵¹⁹ garantiere, so das Volksbildungsministerium, eine „zielstrebig[e], planmäßig[e] und kontinuierlich[e]“¹⁵²⁰ staatsbürgerliche Erziehung.¹⁵²¹

Die schulische Erziehung im parteipolitischen Sinne lässt sich wohl an keinem anderen Beispiel so gut darstellen wie am Staatsbürgerkundeunter-

1510 Vgl. ebd., Bl. 32 f.

1511 Vgl. Wilhelmi, Jutta 1983, S. 78; vgl. Bunke, Florian 2005, S. 19.

1512 Vgl. Müller, Dieter 1995, S. 328 u. 346.

1513 Vgl. Aufgabenstellung des Ministeriums für Volksbildung und des Zentralrates der FDJ zur weiteren Entwicklung der staatsbürgerlichen Erziehung der Schuljugend in der DDR vom 9. April 1969, in: Anweiler, Oskar/Siegfried Baske (Hrsg.) 1979, S. 259.

1514 Ebd., S. 261.

1515 Ebd., S. 263.

1516 Ebd., S. 261.

1517 Ebd., S. 266.

1518 Ebd., S. 262.

1519 Ebd., S. 270.

1520 Ebd., S. 271.

1521 Vgl. ebd., S. 265.

richt; dieser verkörpert exemplarisch das Dilemma der Schuljugend, im Unterricht die gelehrten Kenntnisse abrufen zu müssen, selbst wenn sie ganz anders dachte. Einerseits erlernten Kinder und Jugendliche in der DDR, nach Barbara Hille, eine „nahezu perfekte[...] Doppelzüngigkeit“¹⁵²², andererseits brauchte kein Jugendlicher, so Mary Fulbrook, „um einen Platz zu bangen, wenn er weitere Qualifikationen erwerben wollte oder wenn er eine passende Lehrstelle und schließlich eine Arbeit suchte“¹⁵²³. Tatsächlich orientierten sich Berufsberatung und Berufsvorbereitung sehr stark am volkswirtschaftlichen Bedarf und kollidierten nicht selten mit den Berufswünschen.

Mit dem Bildungsgesetz von 1965 erlangte die Nachwuchslenkung in der DDR eine neue Dimension, basierend auf einem System von Listen und Fristen: Zunächst erreichten Kreisämter von den Schulen erstellte Übersichten über die Anzahl der künftigen Schulabgänger, kategorisiert nach Klassenstufen und Geschlecht. Nachdem die Kreisämter die Übersichten mit dem Angebot an Ausbildungsplätzen verglichen hatten, erhielten die Schulen Lehrstellenverzeichnisse und für die Bewerbungen notwendige Vordrucke von Bewerbungs- und Bestätigungskarten. Diese wurden solange verwahrt, bis eine von den Bezirksämtern festgesetzte Frist eintrat. Erst danach bekamen Schüler die Scheine und die Bewerbungsphase begann. Die Betriebe hatten zwei Wochen Zeit, über die Bewerbung zu entscheiden, und mussten bei einer Absage Gründe anführen. Vor Aufnahme der Lehrstelle prüften Jugendärzte die Tauglichkeit der Schulabgänger.¹⁵²⁴

Ab Februar 1965, darin ist sich die Wissenschaft fast einig,¹⁵²⁵ gab es keine wesentlichen Änderungen mehr im Schul- bzw. Erziehungswesen,¹⁵²⁶ lediglich Ergänzungen. Diese folgten 1967/68 mit der dritten Hochschulreform, mit neuen Schullehrplänen 1968 und zu Beginn der 1970er Jahre mit Anpassungen in den Bereichen Berufsausbildung und Er-

1522 Hille, Barbara 1991, S. 15.

1523 Fulbrook, Mary 2008, S. 142.

1524 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1966 (b), § 1-4.

1525 Gert Geißler meint hingegen, das Bildungsgesetz von 1965 brachte gegenüber dem Schulgesetz von 1959 keine wesentlichen neuen Bestimmungen. Vgl. ders./Ulrich Wiegmann 1995, S. 21.

1526 Vgl. Lemke, Christiane 1980, S. 43; vgl. Anweiler, Oskar 1988, S. 85; vgl. Deja-Löhlhoffel, Brigitte 1988, S. 34; vgl. Fischer, Bernd-Rainer 1995, S. 855; vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2008, S. 17.

wachsenenweiterbildung.¹⁵²⁷ Denn der Anspruch nach der Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten fußte maßgeblich auf den Zukunftsvisionen der SED. Wie Rolf Heyen konstatierte, schloss das Erziehungskonzept „Meinungsvielfalt und Toleranz gegenüber Andersdenkenden aus“ und es konnte „der schulische Erfolg in der DDR [...] nur parallel zu einer entsprechenden Entwicklung des sozialistischen Bewusstseins verlaufen“¹⁵²⁸.

Die SED deklarierte auf ihrem VII. Parteitag im April 1967 die Etablierung „eines festen Klassenstandpunktes“ unter der Schülerschaft als gelungen und versicherte, „große Anstrengungen“ zu unternehmen, damit sich die „materiellen Voraussetzungen für die Bildung und Erziehung der Jugend“¹⁵²⁹ weiter verbesserten. Gemäß Walter Ulbricht sei die „Schaffung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ eine „historisch gesetzmäßige Konsequenz“¹⁵³⁰ und „die Grundorientierung für die Entwicklung des Bildungswesens auf lange Sicht“¹⁵³¹ hinge von der Umsetzung der Reform von 1965 ab. Die Bildungsreform mündete 1970 in einem Beschluss des Staatsrates, wonach es nicht mehr genüge, Lehrlinge nur mit der „marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft“ vertraut zu machen; vielmehr müssten ältere Kollegen ihnen helfen, „einen festen Klassenstandpunkt“ zu entwickeln, um deren „politisch-ideologische Grundüberzeugungen zu vertiefen“¹⁵³². Das betraf die Überzeugung vom

1527 Vgl. Grundsätze für die Weiterentwicklung der Berufsausbildung als Bestandteil des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems vom 11. Juni 1968, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971, S. 182-201; vgl. Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik. Die Einführung der 3. Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975 vom 3. April 1969, in: ebd., S. 252-283; vgl. Beschluß der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik über die Grundsätze für die Aus- und Weiterbildung der Werktätigen bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik vom 16. September 1970, in: ebd., S. 202-219.

1528 Heyen, Rolf 1972, S. 61.

1529 Nach amtlichen Angaben stiegen die Ausgaben für die Volks- und Berufsausbildung von rund drei Milliarden (1962) auf fast vier Milliarden (1966). Vgl. Bericht des Zentralkomitees an den VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1967, S. 172.

1530 Ulbricht, Walter 1967, S. 86.

1531 Ebd., S. 240.

1532 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1970 (a), S. 100.

weltweiten Sieg des Sozialismus und die Notwendigkeit einer „sinnvollen“ Freizeitgestaltung bzw. einer sozialistischen Lebensweise.¹⁵³³

Margot Honecker erklärte dazu auf dem VII. Pädagogischen Kongress im Mai 1970, es gebe – um mit den Konvergenztheoretikern zu sprechen – „keine ideologiefreie oder wertfreie Bildung. Es gibt sie nicht im Kapitalismus und schon gar nicht im Sozialismus.“¹⁵³⁴ Im selben Jahr bewertete Paul Verner, Mitbegründer der FDJ und Erster Sekretär der Bezirksleitung Berlin, „das politische Verständnis unserer Schüler für die Grundfragen unserer Zeit“ und deren „Klassenstandpunkt“ als äußerst positiv. Er verzeichnete 1970 „einen weiteren Leistungsanstieg“¹⁵³⁵ im Vergleich zum letzten Schuljahr, kritisierte jedoch die Differenzen der Leistungsbilanzen einzelner Schulen,¹⁵³⁶ die ähnlich wie Betriebe das Planziel zu erfüllen hatten. Ein Jahr später geriet die Bildungspolitik angesichts des Machtwechsels von Walter Ulbricht zu Erich Honecker auf dem VIII. Parteitag im Juni 1971 in den Hintergrund. Unter der Rubrik „Zur Entwicklung des materiellen und kulturvollen Lebensniveau des Volkes“¹⁵³⁷ hieß es lediglich, das Bildungssystem sei weiterzuentwickeln, das Bildungsniveau der Arbeiterjugend zu erhöhen, mehr Lehrkräfte einzustellen und mehr Schüler nach der achten Klasse auf die POS zu schicken. Für die „Verbesserung der sozialistischen Erziehung“¹⁵³⁸ plante die SED den Ausbau von Kindergärten und eine Erhöhung der Qualität beim schulischen und außerschulischen Unterricht, versprach sich der Staat doch insbesondere vom Ausbau nachmittäglicher Betreuungsangebote weitere ideologische Einflussmöglichkeiten.¹⁵³⁹

Erich Honecker verkündete auf dem VIII. Parteitag, rund 85 Prozent aller Schulpflichtigen absolvierten die zehnklassige Oberschule und das sozialistische Schulwesen vermittele allen Kindern und Jugendlichen „in

1533 Vgl. ebd., S. 100 f.

1534 Honecker, Margot 1970, S. 41.

1535 Verner, Paul 1970, S. 27.

1536 Vgl. ebd., S. 27 f.

1537 Direktive des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 bis 1975, S. 42 u. 206.

1538 Ebd., S. 120.

1539 Im Jahr 1975 sollten 90 Prozent aller Schüler mit dem Abschluss der achten Klasse in die neunte Klasse der polytechnischen Oberschule wechseln und 650 bis 680 Hortplätze je 1.000 Schüler der Klassen eins bis vier zur Verfügung stehen. Vgl. ebd., S. 114 u. S. 119-121.

einem wissenschaftlichen und parteilichen Unterricht hohe Allgemeinbildung.“ Den Schulen wurden folgende Aufgaben zugesprochen: die Jugend „auf das Leben und die Arbeit in der sozialistischen Gesellschaft vorbereiten und ihrer Verantwortung für die Vorbereitung eines hochqualifizierten Facharbeiternachwuchses noch besser gerecht werden“¹⁵⁴⁰. Walter Ulbrichts Nachfolger bilanzierte: „Unser Ziel ist und bleibt die Erziehung gebildeter und überzeugter Erbauer des Sozialismus, die vom Geiste des proletarischen Internationalismus erfüllt sind. Diesem Ziel sind wir ein gutes Stück nähergekommen.“¹⁵⁴¹ Honecker schien zufrieden mit der Erziehungsarbeit zu sein, an der die FDJ einen großen Anteil hatte, welche er sechs Jahre zuvor harsch in die Pflicht genommen hatte.

4.1.3 Funktionen der FDJ

Im Dezember 1965 sprach Erich Honecker davon, die bisherige Jugendpolitik präge eine „richtige und erfolgreich[e]“¹⁵⁴² Grundlinie. Er führte als praktischen Beweis der gelungenen „marxistisch-leninistischen Erziehungslehre“ die Innovationskraft der jungen Generation bei der „Messe der Meister von morgen“ an, einer „Bewegung des Forschens, Knobelns und Konstruierens“¹⁵⁴³. Die Ausstellungsmessen – von 1957 an von der FDJ organisiert – erfolgten jährlich in Betrieben, Genossenschaften und Bildungseinrichtungen auf Bezirks- und Kreisebenen. Die „Neuererbewegung“ sollte Jugendliche motivieren, eigene Ideen zu entwickeln, z. B. zur Kostensenkung oder Materialeinsparung in den Produktionsstätten. Die besten Exponate und Konzepte wurden bei der „Zentralen Messe der Meister von morgen“ in Leipzig präsentiert.¹⁵⁴⁴

Im Jahr 1966 befragte das ZIJ rund 200 „Neuerer“, deren Ideen die Leipziger Zentralmesse ausgestellt hatte, warum sie an der von der FDJ initiierten Kampagne teilgenommen hatten. Tatsächlich engagierte sich ein

1540 Honecker, Erich 1971, S. 72.

1541 Ebd., S. 75.

1542 Ders. 1966, S. 66.

1543 Bericht des Zentralkomitees an den VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1967, S. 234.

1544 Vgl. Anordnung über die Finanzierung von Messen der Meister von morgen vom 22. September 1966, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971, S. 409; vgl. Weyer, Jochen 1974, S. 15.

Großteil der 15- bis 20-jährigen männlichen Befragten aus gesellschaftlichen Motiven heraus an der „Neuererbewegung“. Die jungen Männer wollten Material und Kosten bei der Produktion einsparen oder mit Innovationen den Arbeitsprozess erleichtern. Die Auswertung von etwa 150 Fragebögen ergab, dass nahezu jeder befragte Jugendliche mit der „Neuererbewegung“ gesellschaftliche und jeder zweite persönliche Motive, wie Freude oder Befriedigung, verfolgte.¹⁵⁴⁵

Gemäß Erich Honecker erbrachten Mitte der 1960er Jahre insgesamt über 15.000 junge Menschen 2.400 „Spitzenleistungen“¹⁵⁴⁶ mit einem volkswirtschaftlichen Nutzen von 80 Millionen Mark.¹⁵⁴⁷ Nach offiziellen Angaben gingen 1965 fast 14 Prozent aller „Neuerungsvorschläge“ und mehr als zehn Prozent aller patentfreien Erfindungen in der DDR auf Ideen von Jugendlichen zurück. Besonders die Mitglieder der FDJ hätten einen großen Verdienst an der positiven Bilanz der Messe,¹⁵⁴⁸ was wohl wenig überraschte, forderte der Ministerrat doch vermutlich nicht erst 1967, der Verband habe seine Initiativen auf den „Schwerpunkt des Volkswirtschaftsplanes zu lenken“¹⁵⁴⁹. Die FDJ hatte diesen Anspruch Anfang der 1960er Jahre aufgegriffen und im VII. Parlament 1963 erklärt, die „entscheidende Aufgabe [bestünde] darin, die Jugendlichen für die aktive Teilnahme an der schöpferischen Arbeit in der materiellen Produktion in Industrie und Landwirtschaft zu organisieren“¹⁵⁵⁰. Diesen Auftrag schien die Organisation 1965 erfolgreich umgesetzt zu haben. Nach Honecker zeigten die Messen, „welche gewaltigen Leistungen die in unserer Republik ausgebildete und erzogene Generation vollbringen kann, wenn wir ihre Entwicklung in die richtigen Bahnen lenken“¹⁵⁵¹.

1545 Vgl. Zu den Motiven, politisch-ideologischen Einstellungen und Interessen junger Neuerer. Ergebnisse einer Untersuchung des Zentralinstituts für Jugendforschung beim Amt für Jugendfragen. Direktor: Dr. habil. Walter Friedrich, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/159, Bl. 1-6.

1546 Honecker, Erich 1966, S. 66.

1547 Ein Jahr später betrug der ökonomische Nutzen der Messe 180 Millionen Mark. Vgl. Bericht des Zentralkomitees an den VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1967, S. 234.

1548 Vgl. Honecker, Erich 1966, S. 66-68.

1549 Beschluß über Maßnahmen zur Auswertung des VIII. Parlaments der Freien Deutschen Jugend. Anlage Nr. 1 auf der Sitzung des Ministerrats der DDR vom 15. Juni 1967, in: BArch, DC 20/1/3/601, Bl. 40.

1550 Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Abteilung Verbandsorgane (Hrsg.) 1971, S. 5.

1551 Honecker, Erich 1966, S. 67.

Für SED und FDJ dienten die „Messen der Meister von morgen“ als Musterbeispiel ihrer erfolgreichen Erziehungsideologie bzw. für den Willen der jungen Generation, den Sozialismus in der DDR mitzugestalten.¹⁵⁵² Im April 1968 wies der Ministerrat an, die Messen in Schulen, Betrieben, Universitäten, in Dienstseinheiten von NVA und dem Ministerium des Innern, auf der örtlichen sowie Kreis- und Bezirksebene durchzuführen.¹⁵⁵³ Ein buntes Rahmenprogramm mit sportlichen und kulturellen Veranstaltungen half bei der „Popularisierung und Verallgemeinerung guter Erfahrungen“¹⁵⁵⁴. Ab 1969 bekamen die engagiertesten „Neuerer“ die „Medaille für hervorragende Leistungen in der Bewegung Messen der Meister von morgen“ verliehen.¹⁵⁵⁵ Laut den Grundsätzen der Messe von 1970 sei die politische Massenbewegung darauf ausgerichtet, alle Mädchen und Jungen für ihre künftigen gesellschaftlichen Aufgaben zu sensibilisieren, damit sie „morgen in der Lage [wären], Pionier- und Spitzenleistungen zu vollbringen“¹⁵⁵⁶. Die Messen sollten demzufolge dazu beitragen, einen festen „Klassenstandpunkt“ zu entwickeln und mit öffentlichen Wettbewerben den Ehrgeiz der Kinder und Jugendlichen wecken,¹⁵⁵⁷ sich am „Basteln und Knobeln der Pioniere“, am „sozialistischen Berufswettbewerb“ oder am „Studentenwettstreit“¹⁵⁵⁸ zu beteiligen.

Günther Jahn, von 1967 an Erster Sekretär des ZR der FDJ, erklärte 1971 vor dem IX. Parlament, die Messe hätte einen „festen Platz im gesellschaftlichen Leben“¹⁵⁵⁹. Trotz der erfolgreichen Messen und der stets gelobten „hohen technisch-naturwissenschaftlichen Bildung“ in der DDR

1552 Vgl. Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1972 (b), S. 55.

1553 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1968 (c), § 5 a, Abs. 3.

1554 Ebd., § 1, Abs. 5.

1555 Vgl. Verordnung über die Stiftung der „Medaille für hervorragende Leistungen in der Bewegung Messen der Meister von morgen“ vom 14. April 1969, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971, S. 363.

1556 Beschluß über die 7. Durchführungsbestimmung zum Jugendgesetz der DDR – Weiterentwicklung der Bewegung „Messe der Meister von morgen“. Anlage Nr. 2 auf der Sitzung des Ministerrats vom 28. Oktober 1970, in: BArch, DC 20/1/3/814, Bl. 70.

1557 Vgl. ebd.; vgl. Beschluß über die 6. Durchführungsbestimmung zum Jugendgesetz der DDR. Anlage Nr. 4 auf der Sitzung des Ministerrats vom 19. August 1970, in: BArch, DC 20/1/3/807, Bl. 97.

1558 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1970 (c), § 2, Abs. 2 u. 3.

1559 Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1972 (b), S. 55.

gab es, Erich Honecker zufolge, 1965 große Probleme bei der politischen Erziehung durch den Verband, da viele Jugendliche die „Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus“¹⁵⁶⁰ unterschätzen würden: „Es muß uns zu denken geben, daß fachlich hochgebildete junge Menschen ohne eigene Kampferfahrung leicht in Skeptizismus verfallen, wenn die politische Erziehung ungenügend ist, wenn sie in ihrer FDJ-Gruppe nicht politisch kämpfen lernen.“¹⁵⁶¹ Im Gegensatz zur Messe-Bewegung zeigte die politisch-ideologische Arbeit der FDJ offenbar nicht die gewünschten Wirkung, obwohl das ZK davon überzeugt war, nur mit einer intensiveren politischen Indoktrination lasse sich an „Ausstrahlungskraft für die gesamte Jugend“¹⁵⁶² gewinnen. Es bestand die Auffassung, die FDJ habe ihr im neuen Statut von 1963 deklariertes Ziel verfehlt, „in den Herzen der Jugend leidenschaftlichen Haß und Abscheu [zu wecken] gegen Imperialismus, Faschismus, Militarismus und Revanchismus, gegen alle feindlichen Kräfte, die das Leben und die glückliche Zukunft der Jugend bedrohen“¹⁵⁶³.

Vermutlich sprach sich die Verbandsspitze der Organisation auch deshalb ab Oktober 1965 dafür aus, zur Weiterentwicklung des „neue[n] Menschentyp[s]“ geeignete Erziehungsmaßnahmen zu erforschen. Gemäß einem Thesenpapier des Verbandes sollte sich die Jugend nicht nur erziehen lassen, sondern sich auch selbst erziehen. Da junge Menschen in der „Gesellschaft nicht nur *Objekt*, sondern zugleich auch *Subjekt* der Erziehung“ wären, bedurfte es eines „pädagogisch-psychologische[n] Minimum[s]“¹⁵⁶⁴. Welchen Anteil die These am 1966 gegründeten Zentralinstitut für Jugendforschung hatte, bleibt offen. Zwei Monate nachdem die Massenorganisation auf eine eigene Jugendforschung plädiert hatte, forderte das ZK auf dem XI. Plenum im Dezember 1965, Mängel zu beseitigen, die „dazu geführt haben, daß die Rolle der FDJ mancherorts herabgemindert und die marxistisch-leninistische Schulung der Jugend vernachlässigt wurde“¹⁵⁶⁵.

1560 Honecker, Erich 1966, S. 68.

1561 Ebd., S. 69.

1562 ND vom 7. März 1966, S. 1.

1563 Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Abteilung Verbandsorgane (Hrsg.) 1971, S. 7 f.

1564 Thesen. Neue Probleme der Jugendarbeit unter den Bedingungen der technischen Revolution in der DDR vom 15. Oktober 1965, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/159, Bl. 6. Hervorhebung im Original.

1565 Jahnke, Karl Heinz u. a. 1978, S. 225 f.

Da das Politbüro wohl wenig daran glaubte, sie sei in der Lage, sich fortan um eine bessere politische Bildungsarbeit zu sorgen, beschloss es im Mai 1966, die „politisch-ideologische Bewußtseinsbildung der Jugend [...] in jedem Betrieb, in jeder Schule und in jedem Wohngebiet inhaltlich wie praktisch-organisatorisch [...] zu] sichern“¹⁵⁶⁶. Jedes SED-Mitglied wurde aufgefordert, im eigenen Wohn- und Arbeitsumfeld ein „enges kameradschaftliches Vertrauensverhältnis“ zu den Jugendgruppen der FDJ aufzubauen. Alle gesellschaftlichen Kräfte und Parteimitglieder mussten fortan nach der Maxime handeln: „Jugenderziehung [ist] Klassenerziehung.“¹⁵⁶⁷ Ab Sommer 1966 sollte die Organisation ihren Mitgliedern in den regelmäßigen politischen Schulungsveranstaltungen vor allem erläutern, wie diese mit „klassenmäßigen“ Argumenten ihren politischen Standpunkt deutlicher ausdrücken könnten.¹⁵⁶⁸ Sie wollte insbesondere im Freizeitbereich eine stärkere Rolle einnehmen und dabei helfen, Einflüsse westlicher Tanzmusik, sogenanntes „Gamlertum“ und „Eckenstehen“, bzw. alle „antisozialistischen“ Freizeitbeschäftigungen, zu unterbinden.¹⁵⁶⁹ Die SED ermahnte den Verband in der ersten Hälfte der 1960er Jahre, stärker in das Leben seiner Mitglieder und Außenstehender einzugreifen und die politischen, ökonomischen, kulturellen und wehrsportlichen Initiativen der Jugend zu fördern.

Dabei waren es vor allem Ereignisse wie das „Deutschlandtreffen der Jugend“¹⁵⁷⁰ vom Mai 1964, die zahlreichen „Pfungsttreffen der Jugend“ oder die „Kinder- und Jugendspartakiade“ von 1966, die der SED „die Wirksamkeit des sozialistischen Jugendverbandes im Leben unserer Gesellschaft“¹⁵⁷¹ bewiesen. Trotz aller Bemühungen und Einflussnahmen

1566 Probleme der Jugendarbeit nach der 11. Tagung des Zentralkomitees der SED. Aus dem Beschluß des Politbüros vom 3. Mai 1966, S. 643.

1567 Ebd., S. 644.

1568 Vgl. Zur politisch-ideologischen und organisatorischen Festigung der FDJ-Grundorganisationen im Apparat des ZK der SED vom 25. Juli 1966, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/123, Bl. 1 f.

1569 Vgl. Probleme, die auf dem Gebiet der Freizeitgestaltung gelöst werden müssen, vom 7. November 1966, in: ebd., Bl. 2 f.

1570 Das Politbüro plante zunächst ein „Nationales Festival der Jugend“, rückte von dem Plan aber ab. Vgl. Vorlage für die Durchführung des Deutschlandtreffens der Jugend in der Hauptstadt der DDR, Berlin, zu Pfingsten 1964. Protokoll Nr. 37 auf der Sitzung des Politbüros vom 22. Oktober 1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/902, Bl. 7.

1571 Bericht des Zentralkomitees an den VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1967, S. 235.

zeigte sie sich nach wie vor unzufrieden mit der Gestaltung „eines vielseitigen, interessanten Jugendlebens“¹⁵⁷² durch die FDJ, einschließlich der parteipolitischen Bildungsarbeit.¹⁵⁷³ Die Massenorganisation war in ihrer Funktion „als Helfer und Reserve der Partei“¹⁵⁷⁴ fest in das politische System eingebunden und mit der Doppelaufgabe überlastet, sowohl dem Staat als auch der Jugend gerecht zu werden, deren Interessen deutlich voneinander abwichen. Bei der Abschlusskundgebung des Pfingsttreffens im Mai 1967 verkündete der über 70-jährige Walter Ulbricht, die Hauptaufgabe der jungen Generation bestünde darin, „verbunden mit der Arbeiterklasse, den Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu vollenden“¹⁵⁷⁵; der einstige Jugendfunktionär Erich Honecker appellierte einem Mantra gleich: „Jugend und Sozialismus sind in der Deutschen Demokratischen Republik eins! Es ist so, wie ihr in diesen Tagen gerufen habt: Die Jugend hilft mit Kopf und Händen, den Sozialismus zu vollenden.“¹⁵⁷⁶

Der für Kaderfragen und Parteiorganisation Verantwortliche hatte einen Monat zuvor auf dem VII. Parteitag im April 1967 erklärt, es genüge nicht mehr, Jugendlichen den Sozialismus nur zu erklären, vielmehr sei eine verstärkte Erziehungsarbeit notwendig, damit aus jungen Menschen gute Sozialisten würden. Zwar habe sich die FDJ „als eine wirksame Schule junger Sozialisten für Millionen junger Bürger“ bewährt¹⁵⁷⁷, nun aber oblag es der Jugend selbst – mit und in ihrem Verband –, für die Verwirklichung jugendpolitischer Ziele einzutreten. Auf dem VII. Parteitag erhob die SED eine Vielzahl an Forderungen an die FDJ. Sie sollte unter Anerkennung der „führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse“ die Jugend für den Aufbau des Sozialismus mobilisieren und hatte gleichzeitig für deren Rechte, Forderungen und (volkswirtschaftlichen) Bemühungen einzustehen. Der Verband wurde angehalten, sich an „der Gestaltung eines inhaltsreichen und interessanten Jugendlebens, das [...] [dem] sozialistischen Lebensstil entspricht“, zu beteiligen. Oberste Priorität hatte die „Heranbildung einer allseitig entwickelten Generation junger Menschen,

1572 Ebd., S. 236.

1573 Vgl. ebd., S. 234-236.

1574 Ebd., S. 234.

1575 ND vom 20. April 1967, S. 2.

1576 ND vom 16. Mai 1967, S. 1.

1577 Honecker, Erich 1967, S. 30.

die sozialistisch arbeiten, lernen und leben¹⁵⁷⁸. Er akzeptierte die Aufgaben und Forderungen der SED bedingungslos.

Horst Schumann, Mitglied des ZR, erläuterte im VIII. Parlament im Mai 1967 in Karl-Marx-Stadt, die DDR – „das ist unser sozialistisches Vaterland. Ihm gehört unsere Tatkraft, unser Elan, unser Gedankengut und unsere ganze Liebe.“¹⁵⁷⁹ Im Namen aller FDJler begrüßte er die „gesellschaftliche Entwicklung [...] bis zur Vollendung des Sozialismus“¹⁵⁸⁰ und behauptete, die Jugend müsse angesichts des „erbitterten Klassenkampfes“ politisch sicher auftreten, weshalb die FDJ alle Jungen und Mädchen zu „überzeugten, klassenbewußten jungen Sozialisten“¹⁵⁸¹ erziehen wolle. Als „großes Glück“ bezeichnete der Jugendfunktionär „das Bollwerk gegen den aggressiven imperialistischen westdeutschen Staat“¹⁵⁸². Zwar würden die politischen Kräfte in der DDR eine „Vereinigung der beiden deutschen Staaten“ anstreben, allerdings nur in einem sozialistischen System.¹⁵⁸³

Nach Horst Schumann galt es, junge Menschen, die bisher nicht im Verband Mitglied seien, „kameradschaftlich [zu] überzeugen und Schritt um Schritt zur aktiven Mitarbeit [zu] gewinnen“¹⁵⁸⁴. Dazu bedurfte es einer „erfolgreiche[n] Propagandaarbeit“¹⁵⁸⁵, um aus allen Jugendlichen „standhafte, ideologisch gefestigte und der großen Sache unserer revolutionären Epoche des Übergangs zum Weltsozialismus völlig ergebene Kämpfer“¹⁵⁸⁶ zu formen. Er erklärte weiter, alle FDJler müssten vom „Standpunkt der Vollendung unserer sozialistischen Gesellschaft“¹⁵⁸⁷ ausgehen. Der militärische Nachwuchs für die NVA sei aus den eigenen Reihen zu sichern. Er versprach, die FDJ werde alle auf dem VII. Parteitag

1578 Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschluß des VI. Parteitages (15. bis 21. Januar 1963) mit den vom VII. Parteitag (17. bis 22. April 1967) beschlossenen Veränderungen und Zusätzen, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1969, S. 253.

1579 Schumann, Horst 1967, S. 24.

1580 Ebd., S. 25.

1581 Ebd., S. 27.

1582 Ebd., S. 29.

1583 Vgl. ebd., S. 29 f.

1584 Ebd., S. 32.

1585 Ebd., S. 33.

1586 Ebd., S. 34.

1587 Ebd., S. 37.

von 1967 beschlossenen Maßnahmen umsetzen.¹⁵⁸⁸ Aus den „Mitmachern“ sollten „Schrittmacher“ werden.

Wie stand die FDJ nun zur größten innenpolitischen bzw. parteipolitischen Zäsur, dem 1971 erfolgten Machtwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker, zumal dieser den Verband 1965 heftig attackiert hatte?¹⁵⁸⁹ Wenig überraschend befürwortete der neue Vorsitzende des Verbandes, Günther Jahn, diese Entscheidung, da es richtig gewesen sei, „die Funktion des Ersten Sekretärs [...] in jüngere[...] Hände“¹⁵⁹⁰ abzugeben. Die FDJ blieb unter Honecker offiziell ein „politischer Vertrauensmann und kameradschaftlicher Ratgeber eines jeden jungen Menschen“. Im Gegensatz zu Horst Schumann scheute sich Günther Jahn nicht, auf Differenzen und Widersprüche innerhalb der klassenmäßigen Erziehung einzugehen, und bestand darauf: „Jeden zu gewinnen und keinen zurückzulassen.“¹⁵⁹¹ Doch ebenso wie sein Vorgänger wich er nicht von der Parteilinie ab und betonte im üblichen Pathos: „Der Sozialismus ist Sinn und Inhalt unseres Lebens. Er gibt unserer Epoche das Gepräge. Ihn mitzugestalten ist unser gesellschaftlicher Auftrag.“¹⁵⁹² Das sollte insbesondere die Arbeiterjugend beherzigen,¹⁵⁹³ war sie doch die „entscheidende Kraft der jungen Generation“¹⁵⁹⁴.

Auf dem VIII. Parteitag selbst, auf dem Erich Honecker Walter Ulbricht offiziell ablöste, geriet die Rolle des Jugendverbandes ähnlich wie die Bildungspolitik wegen der geplanten Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in den Hintergrund. Über seine Bedeutung tauchte in den Beschlüssen kaum ein Wort auf,¹⁵⁹⁵ obwohl er im August 1970 größere Befugnisse als andere Massenorganisationen zugesprochen bekam. Mit der Durchführungsbestimmung zum Jugendgesetz erhielten dessen Leitungen „das Recht, Vorschläge für die zu planenden Aufgaben- und Zielstellungen zur

1588 Vgl. ebd., S. 24 u. 49.

1589 Siehe dazu Kap. 4.2.4.2.

1590 Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1972 (b), S. 40.

1591 Ebd., S. 43.

1592 Ebd., S. 46.

1593 Vgl. ebd., S. 56.

1594 Ebd., S. 50.

1595 Vgl. Direktive des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 bis 1975, S. 42-153.

Verwirklichung der sozialistischen Jugendpolitik zu unterbreiten“¹⁵⁹⁶. In Absprache mit den obersten Gremien des FDGB, des DTSB, der GST und der Kammer der Technik und Jugend mussten alle seine Vorschläge geprüft, diskutiert und im Falle einer Ablehnung begründet werden.

Sechs Monate später beschloss das Politbüro im Februar 1971 die Durchführung der „X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten“ in Berlin 1973 unter der Losung „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“.¹⁵⁹⁷ Der Aufruf des Nationalen Festivalkomitees an die Bevölkerung demonstrierte den politischen Zweck der Großveranstaltung: „Die junge Generation aller Kontinente wird sich in unseren Betrieben und Genossenschaften, in den Schulen und Universitäten, auf den Straßen und Plätzen davon überzeugen, wie die Bürger unseres Landes erfolgreich auf dem Weg des Sozialismus voranschreiten.“¹⁵⁹⁸ In der Folge erhielten FDJ-Leitungen die Order, regelmäßig Bericht zu erstatten über die politisch-ideologische Arbeit aus den Gruppen und von den Versammlungen.¹⁵⁹⁹ Die Staatsmacht wollte nichts dem Zufall überlassen, boten die Weltjugendfestspiele im Sommer 1973 doch eine optimale Kulisse, der internationalen Presse den sozialistischen Standpunkt der eigenen Jugend zu präsentieren, die den westlichen „Imperialismus“ – angeblich – zutiefst verurteilte.¹⁶⁰⁰

So gab es während der Spiele einen „Tag der Solidarität“, einen „Tag der jungen Frauen und Mädchen und des Kampfes für das Glück und die Zukunft der Kinder“, einen „Tag des Kampfes für die Grundrechte der

1596 Sechste Durchführungsbestimmung zum Jugendgesetz der DDR vom 19. August 1970. Die Planung der Aufgaben zur Verwirklichung der sozialistischen Jugendpolitik, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971, § 4, Abs. 2.

1597 Vgl. Durchführung der 10. Weltfestspiele der Jugend und Studenten. Protokoll Nr. 6 auf der Sitzung des Politbüros vom 9. Februar 1971, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/1324, Bl. 4; vgl. Durchführung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten. Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 3 der Sitzung des Politbüros vom 6. Juli 1971, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/1344, Bl. 8.

1598 Aufruf des Nationalen Festivalkomitees der DDR für die X. Weltfestspiele an die Jugend und die Bürger der DDR. Anlage Nr. 5 zum Protokoll Nr. 4 der Sitzung des Politbüros vom 1. Februar 1972, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/1377, Bl. 33.

1599 Vgl. Die Weiterentwicklung des sozialistischen Bewußtseins. Beschluß des Politbüros vom 20. April 1972. Anlage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 15 der Sitzung des Politbüros vom 20. April 1972, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/1388, Bl. 67.

1600 Vgl. Lippmann, Heinz 1973, S. 790.

jungen Generation“ und einen „Tag des Kampfes für Frieden, Sicherheit, Abrüstung und internationale Zusammenarbeit“. ¹⁶⁰¹ Drei Tage des Festivals widmete die SED den unterdrückten Völkern in Vietnam, Kambodscha, Laos, dem Nahen Osten, Asien, Afrika und Lateinamerika. ¹⁶⁰² Die Presselandschaft griff die politische Intention in gewohnter Manier auf. Das ND erkör die Festivität „zu einer der größten Massenbewegungen des Jahrhunderts“ und zum wichtigen „Mittel des Kampfes für Frieden, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt“. ¹⁶⁰³ Erich Honecker eröffnete die Feierlichkeiten am 28. Juli 1973 im Stadion der Weltjugend, das zuvor den Namen Walter Ulbrichts getragen hatte: „Die Jugend unserer Zeit bekennt sich leidenschaftlich zu antiimperialistischer Solidarität, weil durch die Solidarität der Kampf der Völker gegen imperialistische Aggression und Unterdrückung, für nationale Unabhängigkeit und Freiheit überall siegreich sein wird.“ ¹⁶⁰⁴

4.2 Konsequenzen

4.2.1 Einstellung zur FDJ

Im Jahr 1965 zählte der Verband zwischen 1,3 und 1,4 Millionen Mitglieder. Von den rund 17 Millionen Menschen in der DDR befanden sich etwa 2,6 Millionen im Jugendalter (14 bis 26 Jahre) und davon war fast jeder Zweite Mitglied der FDJ. ¹⁶⁰⁵ Das Durchschnittsalter in der Massenorganisation lag zwischen 19 und 20 Jahren. ¹⁶⁰⁶ Die größte Altersgruppe stellten 1965 die 19- bis 21-Jährigen, gefolgt von den 17- bis 18-Jährigen und den 14- bis 16-Jährigen. Ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wandelte sich die Altersstruktur zugunsten jüngerer Mitglieder. Bis zum Jahr 1970 bildeten Schüler bzw. 14- bis 16-Jährige die größte Gruppe. Ab den frühen 1970er Jahren setzte sich die FDJ wieder mehrheitlich aus älteren Jugend-

1601 Vgl. Rahmenprogramm für die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 6 auf der Sitzung des Politbüros vom 15. Februar 1972, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/1379, Bl. 14.

1602 Vgl. Lippmann, Heinz 1973, S. 790; vgl. Rexin, Manfred 1973, S. 573.

1603 ND vom 11. Juli 1973, S. 8.

1604 ND vom 29. Juli 1973, S. 1.

1605 Vgl. Freiburg, Arnold/Christa Mahrad 1982, S. 92; vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 26, 184 u. 186.

1606 Vgl. Zilch, Dorle 2009, S. 172.

lichen zusammen. Im Verlauf des Jahrzehnts verringerten sich die Abstände zwischen den Altersgruppen, da 14- bis 16-Jährige, 17- bis 18-Jährige und 19- bis 21-Jährige nahezu paritätisch vertreten waren. Mehr als die Hälfte der Mitglieder ging zur Schule oder studierte, nicht einmal ein Viertel kam aus dem Arbeitermilieu. Rund 20 Prozent absolvierten eine Lehr- ausbildung oder arbeiteten in der Industrie.¹⁶⁰⁷

Parallel zum altersstrukturellen Wandel ab Mitte der 1960er Jahre begann die SED auf Grundlage des XI. Plenums des ZK vom Dezember 1965 mit der Kampagne zur „Aneignung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung“. Die in der FDJ organisierten Jugendlichen wurden unter der Losung „Sich den revolutionären Kämpfern würdig erweisen – alles für unsere sozialistische Republik“ aufgefordert, die wissenschaftlichen Grundlagen des Sozialismus zu studieren und ihren „Klassenstandpunkt“ zu festigen.¹⁶⁰⁸ In der Folge stieg die Zahl der „Zirkel junger Sozialisten“, in denen Heranwachsende theoretische Kenntnisse über den Sozialismus vermittelt bekamen, von 3.600 (1963) auf mehr als 38.000 (1966). Während 1965 acht Prozent der insgesamt 108.000 Teilnehmer in den 7.300 „Zirkeln“ zur FDJ gehörten, erhöhte sich deren Anteil im Folgejahr auf 50 Prozent bei einer Gesamtteilnehmerzahl von mehr als 700.000. Bis in die erste Hälfte der 1970er Jahre wuchs der Anteil der FDJler auf über 70 Prozent, die Zahl der „Zirkel“ auf mehr als 63.000 und die der Teilnehmer auf über 1,4 Millionen.¹⁶⁰⁹

Die „Schulungsjahre“ bzw. „Studienjahre“ dienten einzig dem Zweck der politischen Indoktrination.¹⁶¹⁰ Ausgearbeitet vom Sekretariat des ZR, bauten diese jährlich aufeinander auf, in ihnen wurden die Geschichte der Arbeiterbewegung, das Kommunistische Manifest sowie das Parteiprogramm der SED behandelt.¹⁶¹¹ Die „Schulungsjahre“ bestanden aus den „Zirkeln junger Sozialisten“, den „Zirkeln der Pioniere“ und aus politisch-ideologischen Gesprächsrunden mit dem Ziel, das „Abzeichen für gutes

1607 Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 187, 199 u. 201 f.

1608 Vgl. Jahnke, Karl Heinz u. a. 1982, S. 403 f.; vgl. Mähler, Ulrich/Gerd-Rüdiger Stephan 1996, S. 173; vgl. Mähler, Ulrich 2001, S. 62.

1609 Vgl. Jahnke, Karl Heinz u. a. 1978, S. 233 u. 226; vgl. Freiburg, Arnold/Christa Mahrad 1982, S. 132.

1610 Zur Massenarbeit der FDJ gehörten neben den Schulungszirkeln Aufmärsche, Jugendfestzüge, Kundgebungen und Demonstration wie zum 1. Mai, die Heranwachsende emotional erreichen sollten. Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1988, S. 33.

1611 Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1971, S. 218.

Wissen“ zu erhalten. Für dessen Erwerb mussten die Teilnehmer Prüfungen bestehen, indem sie Fragen zur Allgemeinbildung und zur marxistisch-leninistischen Weltanschauung beantworteten. Das Abzeichen wurde von 1950 an je nach Wissensstand in Bronze, Silber oder Gold vergeben.¹⁶¹² Das Abzeichen in Bronze bekamen Jugendliche, wenn sie erfolgreich das FDJ-„Schulungsjahr“ absolviert hatten, Gold und Silber gab es für das Selbststudium über den Marxismus-Leninismus, die Parteigeschichte der SED und die Traditionen der Arbeiterbewegung.¹⁶¹³

Während 1966 nur vier Prozent der FDJler in den „Zirkeln“ das „Abzeichen für gutes Wissen“ erhielten, erhöhte sich ihr Anteil im Folgejahr auf fast 30 Prozent (siehe Abbildung 3). Im Jahr 1970 bekamen die Auszeichnung etwa 90 Prozent aller 1,1 Millionen Teilnehmer, darunter 60 Prozent FDJ-Mitglieder. Zwei Jahre später erhielt jeder Heranwachsende aus den Reihen des Verbandes das Abzeichen. Im Jahr 1973 wieder nur fast die Hälfte.¹⁶¹⁴ Die Organisation vergab, westdeutschen Schätzungen zufolge, Mitte der 1970er Jahre eine halbe Million dieser Ehrungen.¹⁶¹⁵ Zeitgleich zur nahezu inflationären Ausgabe des „Abzeichens für gutes Wissen“ kletterte der Mitgliederbestand von 1,5 Millionen (Ende der 1960er Jahre) auf bis zu zwei Millionen (erste Hälfte der 1970er Jahre).¹⁶¹⁶ Begünstigt wurde diese Entwicklung durch demografische Faktoren, wenn auch in geringem Maße: Gemessen an der Gesamtbevölkerung, stieg der Anteil der 14- bis unter 26-Jährigen von etwa 15 Prozent in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre auf fast 20 Prozent im Jahr 1975, genau zu dem Zeitpunkt, als die FDJ ihre Zwei-Millionen-Grenze überschritt. Der Organisationsgrad, gemessen an der jugendlichen Bevölkerung, hatte sich von rund 46 Prozent (1965) auf über 60 Prozent (1975) erhöht.¹⁶¹⁷

Gemäß den Einschätzungen von Arnold Freiburg und Christa Mahrad aus dem Jahr 1982 war es dem Verband in den 1970er Jahren gelungen, fast drei Viertel aller Jugendlichen zu organisieren: „Das ist umso bemerkenswerter, als die FDJ – wie alle gesellschaftlichen Organisationen der

1612 Vgl. Weyer, Jochen 1974, S. 36 f.; vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1987, S. 33; vgl. Knopke, Lars 2007, S. 118 f.

1613 Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.) o. J., S. 12.

1614 Vgl. Freiburg, Arnold/Christa Mahrad 1982, S. 132 f.

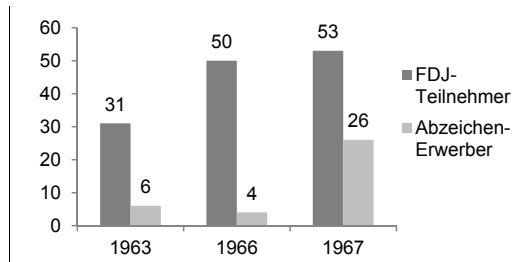
1615 Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.) o. J., S. 12.

1616 Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 184.

1617 Vgl. ebd., S. 27, 184 u. 186; vgl. Freiburg, Arnold/Christa Mahrad 1982, S. 96 f.

DDR – offiziell am Prinzip der Freiwilligkeit festhält.¹⁶¹⁸ Doch in der Praxis wurde das Prinzip der Freiwilligkeit durch sozialen Druck unterminiert. Die 13-jährigen „Kandidaten“ mussten für die Aufnahme „unter der blauen Fahne“ eine Prüfung bestehen, nachdem sie in „Pionierzirkeln“ politische Schulungen absolviert hatten. Die Kinder erklärten, warum sie gern Mitglied sein wollten, und zitierten das Statut. Entschieden sie sich gegen eine Mitgliedschaft, reichte es nicht aus, die verlangte schriftliche Erklärung mitsamt ihren Beweggründen abzugeben. Die Kinder wurden zusätzlich in öffentlichen Versammlungen in der Schule bloßgestellt.¹⁶¹⁹

Abbildung 3: Anteil der FDJler an den Gesamtteilnehmern der „Zirkel junger Sozialisten“ und Anteil der Erwerber des Abzeichens „Für gutes Wissen“ von 1963, 1966 und 1967 (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Statistiken von Freiburg, Arnold/Christa Mahrad 1982, S. 132. Für die Jahre 1964/65 liegen keine vollständigen Zahlen vor.

Nur wenige von ihnen trauten sich, eine Mitgliedschaft auszuschlagen, weshalb die FDJ – durch die enge Verzahnung mit dem Bildungs- und Ausbildungswesen, den Betrieben, den Fach- und Hochschulen, der Armee und mit anderen Massenorganisationen – stets neue Mitglieder akquirieren konnte. Der Austritt aus dem Verband erfolgte in der Regel mit dem Ende der Schulzeit, des Studiums oder des Wehrdienstes. Die Integration der FDJ in das Schulwesen und der ideologisch eingefärbte Unterricht – die „Zirkel junger Sozialisten“ besuchten alle Mitglieder der neunten bis zwölften Klassenstufen – hatten ab den 1960er Jahren zu einer intensiveren politischen Bildungsarbeit unter der Schülerschaft geführt.¹⁶²⁰ Laut

1618 Freiburg, Arnold/Christa Mahrad 1982, S. 97.

1619 Vgl. dies. 1981 (a), S. 350; vgl. Freiburg, Arnold/dies. 1984, S. 149 f.

1620 Vgl. Freiburg, Arnold/dies. 1982, S. 97 u. 133.

Margot Honecker käme es seitens der Lehrerschaft darauf an, „den Schülern stets beharrlich und geduldig alle Fragen vom Klassenstandpunkt aus zu erklären“. Besonders Schüler seien aufgrund ihrer geringen Erfahrung anfällig für die „gefährlichen Pläne“ des „Hauptstörenfried[s] in Europa“¹⁶²¹, Westdeutschland.

In der Folge wurden, wie Martin Michalzik ausführt, in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts die „Zensuren für die richtige Gesinnung“¹⁶²² aufgewertet. Ein guter Notenschnitt allein reichte ohnehin nicht aus, um das Abitur ablegen zu können. Schüler wie Eltern mussten eindeutige Beweise für ihr Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus erbringen. Obwohl die Diskriminierung von jungen Christen, die der FDJ oftmals fernblieben, einem offenen Geheimnis glich und Kirchenkreise die ungerechte Behandlung, bspw. bei der Zulassung zur EOS, kritisierten,¹⁶²³ rechtfertigte die Bildungsministerin die Restriktionen mit dem „Klassenkampf“. Junge Gläubige galten generell als politisch „unzuverlässig“. Margot Honecker allerdings verlangte absoluten Gehorsam: „Das Geschrei des Gegners nach dem XI. Plenum über den angeblich ‚harten‘ Kurs der SED in Kultur- und Jugendfragen zeigt nur, daß wir ihm gründlich sein Konzept, seine Spekulation verdorben haben, die Jugend [...] für seine schmutzigen Pläne zu mißbrauchen.“¹⁶²⁴

Doch die ideologische Erziehungsarbeit in Schule und Jugendverband erfüllte keinesfalls die Erwartungen der SED. Zu viele Jugendliche bevorzugten es, bei abweichenden Meinungen lieber zu schweigen,¹⁶²⁵ als sich intensiv mit ihrem „Klassenstandpunkt“ zu befassen. Nicht wenige junge

1621 Honecker, Margot 1966: Nächste Schritte bei der Verwirklichung des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem. Referat auf der zentralen Arbeitsberatung der Bezirks- und Kreisschulräte zur Vorbereitung des Schul- und Lehrjahres 1966/67 in Berlin am 12. und 13. Mai, in: Lorenz, Werner u. a. (Hrsg.) 1986, S. 118.

1622 Michalzik, Martin 1994, S. 133.

1623 Die Quelle könnte aus dem Jahr 1974 stammen. Vgl. Information über Erfahrungen, Erkenntnisse und Aufgaben bei der politisch-operativen Sicherung jugendlicher Personenkreise, in: BStU, MfS, HA XX, AKG-6815, pag. Bl. 2 u. 17.

1624 Honecker, Margot 1966: Nächste Schritte bei der Verwirklichung des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem. Referat auf der zentralen Arbeitsberatung der Bezirks- und Kreisschulräte zur Vorbereitung des Schul- und Lehrjahres 1966/67 in Berlin am 12. und 13. Mai, in: Lorenz, Werner u. a. (Hrsg.) 1986, S. 118.

1625 Vgl. Ohse, Marc-Dietrich 2003, S. 96.

Menschen reagierten auf die parteipolitischen Anforderungen an sie, gemäß Brigitte Deja-Löhlhöff, mit Duckmäusertum und „plapper[te]n die Meinung von Lehrern oder aus Lehrbüchern nach oder sag[t]en vieles nicht, was durch ihre Köpfe“¹⁶²⁶ ging. Eine Mitgliedschaft in der FDJ beruhte häufig auf Opportunismus, weil die Jugendlichen nicht „negativ“ auffallen wollten.¹⁶²⁷ Zwar wünschte sich der Großteil keineswegs, wie Rudolf Maerker betonte, einen abrupten Zusammenbruch des DDR-Systems,¹⁶²⁸ allerdings verzichteten zu viele junge Männer etwa auf eine Karriere in der Volksarmee, weshalb FDJ, GST und DTSB im Oktober 1966 einen wehrpolitischen Tag initiierten, nachdem der Verbandsauftrag des ZR aus dem Vorjahr weitgehend erfolglos blieb.¹⁶²⁹

Im Aufruf vom November 1965 hatte der Verband versucht, „die besten FDJ-Mitglieder für den Dienst als Soldaten auf Zeit zu gewinnen“ und „die besten Funktionäre als Ausbilder und Spezialisten für eine längere Dienstzeit“¹⁶³⁰ in der NVA anzuwerben. Der Tenor des Aufrufs ähnelte dem des XI. Plenums vom Dezember 1965, auf dem die Einheitspartei von „Kampfaktionen gegen die Kriegspartei“¹⁶³¹, die Christlich-Demokratische Union/Christlich-Soziale Union, sprach. Im Vorfeld des „Kahlschlag-Plenums“ wandte sich die FDJ mit ihrem Auftrag an alle Mitglieder, die „angesichts der zunehmenden Aggressivität des westdeutschen Imperialismus“ die „Verteidigungskraft“¹⁶³² der DDR erhöhen sollten, sei es doch eine ehrenvolle Pflicht, „zu helfen, die Macht der Arbeiter und Bauern in der DDR in jeder Beziehung zu sichern und zu stärken“¹⁶³³.

Der erwartete Ansturm auf die NVA ließ weiter auf sich warten, trotz Werbung durch die FDJ und der positiven Ergebnisse aus der Jugendfor-

1626 Deja-Löhlhöff, Brigitte 1986, S. 14.

1627 Vgl. ebd., S. 15.

1628 Vgl. Maerker, Rudolf 1969, S. 91.

1629 Vgl. Mähler, Ulrich/Gerd-Rüdiger Stephan 1996, S. 173.

1630 Unser Beitrag zur Stärkung der Landesverteidigung: Die besten Funktionäre des Jugendverbandes werden Ausbilder der Nationalen Volksarmee. Verbandsauftrag des Büros des Zentralrats der FDJ vom 9. November 1965, in: SAPMO-BArch, DY 24/6030, zitiert in: ebd., S. 173.

1631 Honecker, Erich 1966, S. 43.

1632 Unser Beitrag zur Stärkung der Landesverteidigung: Die besten Funktionäre des Jugendverbandes werden Ausbilder der Nationalen Volksarmee. Verbandsauftrag des Büros des Zentralrats der FDJ vom 9. November 1965, in: SAPMO-BArch, DY 24/6030, zitiert in: Mähler, Ulrich/Gerd-Rüdiger Stephan 1996, S. 173.

1633 Ebd., S. 174.

schung. Laut einer Studie von 1962 ging der Großteil von über 2.150 befragten Jugendlichen (14 bis 22 Jahre) in den Bezirken Karl-Marx-Stadt und Leipzig mit den Zielen ihrer Regierung konform. Mehr als vier Fünftel der Probanden beantworteten die Fragen positiv, ob sie erstens überzeugt seien, dass sich die sozialistische Gesellschaftsordnung im Weltmaßstab durchsetze, und ob sie zweitens glaubten, es gelinge der Menschheit, eine Gesellschaft ohne Krieg und Unrecht zu erschaffen.¹⁶³⁴ Walter Friedrich wertete dies als „große[n] Erfolg unserer gesellschaftlichen Erziehung“. Die Ergebnisse führten die „Aussagen westdeutscher Journalisten, Politiker und anderer Kreise über die angeblich negative Einstellung unserer Jugend zum Sozialismus und zum Staat ad absurdum“¹⁶³⁵, so Friedrich weiter.

Die relativ positive Attitüde vieler Heranwachsender zu Anfang der 1960er Jahre beruhte auf der sukzessiven „Veralltäglicdung der Diktatur“¹⁶³⁶, wie Jeanette Madarász diesen Prozess etikettiert. Diese Entwicklung wurde laut Antonia Grunenberg durch die Wirtschaftsreformen und eine pragmatischere Jugendpolitik begünstigt.¹⁶³⁷ Gleichwohl stimmte die absolute Mehrheit der Jugend der SED-Politik nicht ohne Vorbehalte zu. Eine Untersuchung aus der zweiten Hälfte der 1960er Jahre nivellierte die Ergebnisse von 1962. Die als „Typenstudie“ bekannte Vergleichsuntersuchung zweier extrem eingestellter Jugendgruppen bezeugt die Ambivalenz junger Menschen zum politischen System. Die Forscher des ZIJ konstatierten, unter mehr als 3.700 befragten Jugendlichen aus allgemeinbildenden Schulen, EOS und Berufsschulen gehöre lediglich jeder dreizehnte zur Gruppe der ideologisch Gefestigten. Sie kategorisierten etwa 280 Heran-

1634 Die erste Frage implizierte nicht, dass es sich um eine Gesellschaftsordnung nach sowjetischem Vorbild bzw. ostdeutschem Muster handelte. Jugendliche, die von der Idee des Sozialismus überzeugt waren und die praktische Ausführung in der DDR kritisierten, konnten ebenso ihre Zustimmung geben wie jene, die das politische System der DDR als positiv empfanden. In der zweiten Frage wurde offengelassen, ob es sich bei einer Gesellschaft ohne Krieg und Unrecht um eine sozialistische handeln musste. Walter Friedrich betonte, die Stichprobe sei nicht repräsentativ für die gesamte Schuljugend. Vgl. ders. 1966, S. 117 u. 129 f.

1635 Ebd., S. 130.

1636 Madarász, Jeanette 2003, S. 966.

1637 Vgl. Grunenberg, Antonia 1990, S. 56.

wachsende (rund acht Prozent) als extrem politisch stabil und etwa 210 Personen (rund sechs Prozent) als extrem instabil.¹⁶³⁸

Der Bericht der „Typenstudie“ vermerkte, der geringe Anteil durchaus positiv Eingestellter „sollte zum Nachdenken anregen“¹⁶³⁹. Auch in dieser Studie äußerten sich Jugendliche zur Frage, ob sich der Sozialismus im Weltmaßstab durchsetzen werde. Gefragt wurde außerdem, ob sie Stolz empfänden, ein Staatsbürger der DDR zu sein, und ob sie an Religion bzw. die Existenz eines Gottes glaubten. Fast die Hälfte der Befragten gab an, atheistisch geprägt zu sein. Das bedeutete nach Meinung der Forscher nicht, dass sie gleichzeitig „glühende[...] Verfechter der Sache des Sozialismus“¹⁶⁴⁰ seien. Zudem besaß nur jeder vierte befragte Jugendliche, der vom globalen Sieg des Sozialismus überzeugt war, eine im parteipolitischen Sinne zweifelsfreie staatsbürgerliche und weltanschauliche Position. Insgesamt kamen Jugendliche aus der „politisch-ideologisch stark profilierte[n] Gruppe“ am häufigsten aus Familien, in denen die Eltern im Parteiapparat (30 Prozent), bei der Armee/Volkspolizei (fast 23 Prozent) und als Hoch-/Fachschullehrer (16 Prozent) arbeiteten. Die „politisch-ideologisch schwach profilierte“¹⁶⁴¹ Gruppe entstammte überwiegend geistlichen Haushalten (mehr als 80 Prozent).¹⁶⁴²

Von der ersten Gruppe aus dieser Studie gehörten über 95 Prozent der FDJ an, die wenigen Nichtmitglieder waren Achtklässler, an deren Schule noch keine FDJ-Gruppe bestand. Der Anteil von FDJlern unter den politisch Instabilen betrug ungefähr 60 Prozent, jeder vierte von ihnen war als Funktionär tätig.¹⁶⁴³ Doch auch unter den „negativistischen Jugendlichen“ lag der Organisationsgrad in der FDJ bei 60 Prozent, obwohl diese „sich aber in keiner Weise mit ihren Zielen identifizier[t]en“. Das spreche, so die Forscher, „für einen noch recht formalen Charakter der Erziehung innerhalb des Jugendverbandes“¹⁶⁴⁴. Ein anderes Defizit erkannten sie in der Rezeption „imperialistischer“ Massenmedien: „In bedenkenloser Weise huldigt selbst der fortgeschrittenste Kern unserer Jugend teilweise einer

1638 Vgl. Typenstudie, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/159, Bl. 1 u. Bl. 4-6.

1639 Ebd., Bl. 5.

1640 Ebd., Bl. 9.

1641 Ebd., Bl. 1.

1642 Vgl. ebd., Bl. 8 f., 30 u. 32.

1643 Vgl. ebd., Bl. 22 f.

1644 Ebd., Bl. 41.

ideologischen Doppelmoral.“¹⁶⁴⁵ Zwar lehnten von den politisch sehr Zuverlässigen 40 Prozent das Hören und Sehen westlicher Sendungen ab, allerdings machte fast die Hälfte bei Musiksendungen eine Ausnahme. Bei den ideologisch Ungefestigten sagten über 70 Prozent, jeder müsse für sich allein entscheiden, wie er mit westdeutschen Kommunikationsmitteln umgehe.¹⁶⁴⁶

Wissenschaftler des Instituts für Meinungsforschung beim ZK der SED brachten 1966 über 4.150 Fragebögen unter Jugendlichen in Umlauf, von denen sie rund 3.200 auswerten konnten. Der repräsentative „Bericht über eine Umfrage zu einigen Problemen von Jugend und Politik“ erreichte im Januar 1967 das Büro von Albert Norden.¹⁶⁴⁷ Der Leiter der Agitationskommission beim Politbüro konnte sich mit den Ergebnissen aus der Studie zufrieden zeigen: Mehr als 80 Prozent meinten, in der DDR gebe es bessere Möglichkeiten für die persönliche Entwicklung als anderswo, und 90 Prozent hielten es für richtig, „wenn die Jugend zum politischen Denken erzogen wird“¹⁶⁴⁸. Der überaus hohe Anteil positiver Einstellungen lässt einerseits auf die erlernte Doppelmoral und andererseits auf eine nicht unabhängige Befragung schließen, da die politisch gewünschten Befunde durch die Auswahl der Befragten zustande kamen. Das Volksbildungsministerium hatte über die zu befragenden EOS und Berufsschulen entschieden.¹⁶⁴⁹

Auf Grundlage solcher Jugendstudien bilanzierte Rudolf Maerker Ende der 1960er Jahre: „Die breite Mitte ist angepaßt.“ Der Großteil der Jugend in der DDR nutze die vorhandenen Bildungs- und Berufsmöglichkeiten, sie sei „weitgehend materiell orientiert“¹⁶⁵⁰, für die Mehrheit sei der west-

1645 Ebd., Bl. 17.

1646 Vgl. ebd., Bl. 16 f.

1647 Fast 900 der Probanden wurden in den Bezirken Leipzig, Karl-Marx-Stadt und Schwerin über Einwohnermeldekarteien ausgewählt, dazu kamen etwa 570 Jugendliche von Hochschulen aus Berlin, Karl-Marx-Stadt und Leipzig, rund 800 Schüler von EOS und etwa 960 Berufsschüler, u. a. aus Berlin, Meiningen und Sömmerda. Knapp 70 Prozent aller Befragten waren 16 bis 20 Jahre alt. Vgl. Bericht über eine Umfrage zu einigen Problemen von Jugend und Politik vom 16. Januar 1967, in: Niemann, Heinz 1993, S. 151 u. Bl. 2-4.

1648 Ebd., Bl. 10.

1649 Vgl. ebd., S. 151 u. Bl. 7; vgl. Bericht über eine Umfrage zu einigen Problemen von Jugend und Politik vom 16. Januar 1967, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/159, Bl. 1.

1650 Maerker, Rudolf 1969, S. 88.

deutsche Lebensstandard – verglichen mit dem eigenen – in weite Ferne gerückt und eine Flucht bilde für die meisten jungen Menschen keine Option mehr, so Maerker. Tatsächlich hatten sich die Jugendlichen mit dem politischen System arrangiert bzw. arrangieren müssen. Da sie zur ersten Generation gehörten, die durchweg in diesem politischen System sozialisiert wurde, kannten sie ohnehin „nur“ diese DDR. Dorothee Wierling erklärt: Es gelang „nur in bezug auf eine kleine Minderheit [...], die Jugend mit den sozialistischen Zielen zu verbinden [...], während ein immer größerer Teil der jüngeren Generation sich passiv und schweigsam und eine starke Minderheit unangepaßt und widerständig“¹⁶⁵¹ verhielt.

Doch lassen sich die hohen Beitrittszahlen der FDJ ausschließlich mit opportunistischen Motiven erklären? Gemäß dem Abschlussbericht des ZIJ von 1966 meinte fast die Hälfte der mehr als 3.700 befragten 14- bis 18-Jährigen – darunter fast nur FDJler –, sie seien dem Jugendverband beigetreten, weil sie ein abwechslungsreiches Verbandsleben erwartet hatten. Rund 30 Prozent begründeten ihren Beitritt mit der automatischen Übernahme in die FDJ durch die Kinderorganisation Junge Pioniere. Rund jeweils ein Viertel erklärte, aus politischen Überzeugungen in den Jugendverband gewechselt zu sein bzw. wegen der Hoffnung auf Vorteile. Von Pionierleitern/Lehrern wurden zehn Prozent, von Eltern/Bekannten sechs Prozent zum Beitritt animiert, weitere sechs Prozent nannten andere Gründe. Die befragten Nichtmitglieder in der Studie führten die Mitgliedschaft der anderen auf deren Absicht zurück, mit der FDJ persönliche Vorteile zu erlangen.¹⁶⁵²

Gänzlich zu negieren ist diese Auffassung nicht. Eine Mitgliedschaft in der FDJ konnte im besten Falle die persönliche Karriere voranbringen, und das schien vielen Jugendlichen wichtiger, als politische Kontroversen ausfechten zu müssen. Im Jahr 1964 sagte in einer anonymen Umfrage etwa die Hälfte der 14- bis 18-jährigen befragten Hallenser (Gesamtzahl unbekannt), sie hätte ihren Traumberuf ergriffen, und fast 30 Prozent, ihnen sei der gewünschte Bildungsweg versperrt geblieben.¹⁶⁵³ Zwar gab es in

1651 Wierling, Dorothee 1994, S. 420.

1652 Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1967: Umfrage 1966. Abschlußbericht, Bl. 191 u. 193 f.

1653 Vgl. Maerker, Rudolf 1969, S. 38 u. 76 f. Der Autor verzichtete auf eine konkrete Aufführung der Studienquelle. Er verwies nur auf Walter Friedrichs „Jugend, Ehe und Beruf“. In dessen 1966 erschienenen Band „Jugend heute“ gibt es zwar ein Kapitel über Ehe und Beruf, die genannte Studie aber fehlt. Vgl. Friedrich, Walter 1966, S. 124-128.

der DDR keine verpflichtende Berufswahl, „politisches Engagement“ im Sinne der SED aber verkam nicht selten zur Pflichtübung. Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen konstatierte Anfang der 1970er Jahre, „daß Jugendliche mit geringerem Aufstiegs Ehrgeiz weniger stark in der FDJ vertreten sind als aufstiegsorientierte; denn die Mitgliedschaft in der FDJ, die grundsätzlich freiwillig ist, gilt als Voraussetzung für sozialen und beruflichen Aufstieg“¹⁶⁵⁴.

In einer Umfrage von 1969 gaben von mehr als 11.500 befragten Schülern und Berufsschülern fast 30 Prozent an, über die Kinderorganisation in die FDJ gekommen zu sein. Auf Rang zwei bei der Frage nach den Beitrittsmotiven landete die Erwartung auf ein vielseitiges Verbandsleben, gefolgt von politischen Überzeugungen. Die Aussicht auf Vorteile lockte mehr als zehn Prozent, ebenso der Rat von Pionierleitern/Lehrern. Die Eltern spielten im Prinzip keine Rolle bei der Entscheidung zum Eintritt (siehe Abbildung 4).¹⁶⁵⁵ Der hohe Anteil derer, die weniger aus politischer Überzeugung, sondern vielmehr über die Jungen Pioniere zur FDJ kamen, führte die Forscher zu der These, „die Aufnahme in die FDJ [werde] mitunter nur als ein rein formaler Übergang von einer Organisation zur anderen angesehen und [wird] in diesem Sinne auch realisiert und erlebt“¹⁶⁵⁶.

Nach Recherchen von Ulrich Mählert begründete Ende der 1960er Jahre nur jeder fünfte Heranwachsende seine Mitgliedschaft in der FDJ mit politischen Motiven und lediglich die Hälfte der FDJler sprach das Leben im Verband an.¹⁶⁵⁷ Zur selben Zeit attestierte das ZIJ der Jugend „eine gewisse Distanzierung zur sozialistischen Gesellschaft“¹⁶⁵⁸. Die Wissenschaftler schienen 1966 noch davon überzeugt, dass unter der jungen Generation das Staatsbewusstsein konstant gefestigt, der Stolz auf die DDR gestiegen und die Bereitschaft für den Wehrdienst positiv entwickelt sei; gleichwohl schon damals der Anteil derjenigen abnahm, die den sozialistischen „Klassenstandpunkt“ vehement vertraten.¹⁶⁵⁹ Hinter diesem Trend vermuteten sie einen Zusammenhang mit dem XI. Plenum des ZK vom

1654 Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1971, S. 213.

1655 Vgl. Friedrich, Walter u. a. 1969: Umfrage 69. Abschlußbericht, Bl. 185.

1656 Ebd., Bl. 186.

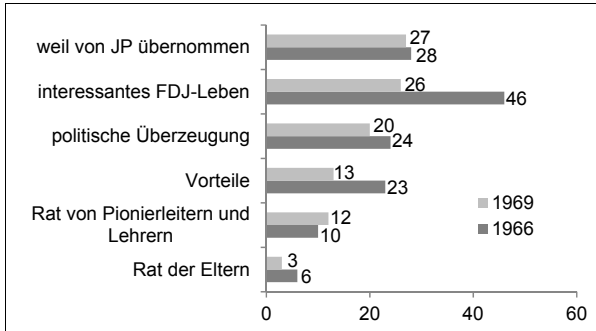
1657 Vgl. Mählert, Ulrich 2001, S. 65.

1658 Friedrich, Walter 1999, S. 187.

1659 Grundlage für die Studie von 1966 bildeten Vergleichsuntersuchungen von Walter Friedrich aus den Jahren 1962, 1964 und 1966 sowie vergleichende Studien aus der Sowjetunion, Polen, Ungarn und Jugoslawien. Im Jahr 1966 wurden 4.000 Schüler und Lehrlinge befragt, mehrheitlich aus Leipzig. Vgl. Information

Dezember 1965, den Ereignissen rund um den Prager Frühling in der Tschechoslowakei 1968 sowie der ausklingenden Ära Ulbricht.¹⁶⁶⁰

Abbildung 4: Antworten auf die Frage: „Aus welchem Grund wurden Sie Mitglied der FDJ?“ von 1966 und 1969 (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Studien des ZIJ. Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1967: Umfrage 1966. Abschlußbericht, Bl. 191; vgl. Friedrich, Walter u. a. 1969: Umfrage 69. Abschlußbericht, Bl. 185. JP = Jungpioniere; Gesamtzahlen in etwa: 1966 N = 3.700 Befragte und zwei erlaubte Antwortmöglichkeiten; 1969 N = 11.500 Befragte und eine erlaubte Antwortmöglichkeit.

Ulrich Mähler zufolge wurden die Hoffnungen vieler junger Menschen, auch in der DDR könne es einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz geben, durch den Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in das reformwillige Nachbarland enttäuscht.¹⁶⁶¹ Nach dem Ende des Prager Frühlings wurde die Jugend in der DDR unruhiger,¹⁶⁶² die Identifikation mit dem politischen System stagnierte. Infratest kam aufgrund von Stellvertreterumfragen ein Jahr nach dem Ausgang des Prager Frühlings zu dem Schluss, jeder vierte unter 40-Jährige dachte, die DDR tue mehr für die Jugend als die Bundesrepublik. Viele Bürger, darunter ein großer Teil Systemanhänger, glaubten, jeder vierte Jugendliche in der DDR dachte kommunistisch.¹⁶⁶³ Tatsächlich gaben 1969 von mehr als 11.500 befragten

über einige Probleme der sozialistischen Bewußtseinsentwicklung der Jugend vom 20. März 1967, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/159, Bl. 1-4.

1660 Vgl. Friedrich, Walter 1998, S. 222; vgl. ders. 1999, S. 184-187.

1661 Vgl. Mähler, Ulrich 2001, S. 62-64.

1662 Vgl. Maerker, Rudolf 1969, S. 88 f.

1663 Vgl. Holtmann, Everhard/Anne Köhler 2015, S. 51-54.

Schülern und Lehrlingen aus neun Bezirken der DDR und Ostberlin jeweils etwa 20 Prozent an, sie seien sehr stolz oder etwas stolz auf ihr Land, während fast die Hälfte die Antwort stolz auswählte.¹⁶⁶⁴

Ein Jahr später modifizierte das Jugendinstitut die 1969 gestellte Frage „Sind Sie stolz, ein junger Bürger unseres sozialistischen Landes zu sein?“ speziell für Jugendliche in der Ausbildung, dem Berufsleben und dem Studium. Auf die Frage, ob sie stolz seien, „ein Bürger unseres sozialistischen Staates“ zu sein, antwortete die Hälfte der über 3.000 befragten Lehrlinge: mit Einschränkung; rund 40 Prozent meinten, eine sehr starke/starke Identifikation zu besitzen, fast zehn Prozent verneinten dies. Ein ähnliches Bild ergab sich bei den jungen Arbeitern (etwa 1.700 befragte Personen) und bei den Studenten (etwa 2.400 befragte Personen), wobei sich die jungen Arbeiter am skeptischsten darüber äußerten, ob es der „Arbeiterklasse“ in Westdeutschland gelinge, den Kapitalismus abzuschaffen. Die meisten der Befragten erklärten 1970, sich mit Einschränkung mit der DDR zu identifizieren.¹⁶⁶⁵

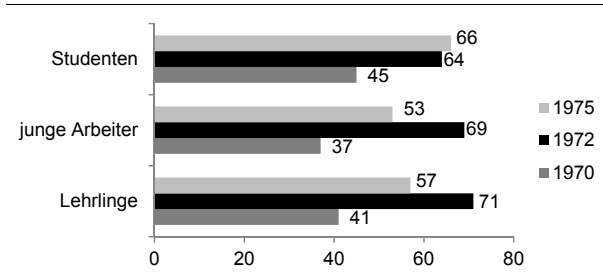
Die Identifikation der Jugend mit dem politischen System stieg erst Anfang der 1970er Jahre merklich an (siehe Abbildung 5). Mit dem VIII. Parteitag bzw. dem Machtwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker 1971 wuchs der Optimismus auf eine liberalere und sachlichere (Jugend-)Politik. Zudem trugen das erste Treffen der beiden deutschen Regierungschefs in Erfurt 1970, der Transitvertrag 1971, der Grundlagenvertrag 1972 und die Aufnahme der DDR in die UNO 1973 zu einer Anerkennungswelle des sozialistischen Teilstaates bei. Im selben Jahr nahmen Großbritannien und Frankreich diplomatische Beziehungen zur DDR auf und bald darauf errichtete die Bundesregierung eine Ständige Vertretung in Ostberlin. Das hatte positive Auswirkungen auf die Verbundenheit der Bürger mit der DDR. Die politische Entspannungsatmosphäre führte bei vielen Deutschen in West wie Ost zu der Erkenntnis, die Teilung Deutschlands sei nichts Außergewöhnliches und es bestehe die Möglichkeit, friedlich nebeneinander zu existieren. Die rigorose Isolationspolitik der Ära Ulbricht schien überwunden.¹⁶⁶⁶

1664 Vgl. Förster, Peter 1999, S. 82.

1665 Vgl. Friedrich, Walter 1990, S. 25 u. 30; vgl. Förster, Peter 1995, S. 1263.

1666 Vgl. Friedrich, Walter 1996, S. 95; vgl. ders. 1998, S. 223; vgl. Lehmann, Hans Georg 2000, S. 254 u. S. 257-259; vgl. Mittenzwei, Werner 2003, S. 265 f.; vgl. Lorenz, Sophie 2013, S. 40.

Abbildung 5: Auswahl der Antwortmöglichkeit „sehr stark“ auf die Frage nach der Identifikation mit der DDR 1970, 1972 und 1975 (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Studien des ZIJ. Vgl. Förster, Peter 1999, S. 85. Gesamtzahlen: Lehrlinge 1970 N = 3.113, 1972 N = 1.526, 1975 N = 4.039; junge Arbeiter 1970 N = 1.743, 1972 N = 1.740, 1975 N = 2.217; Studenten 1970 N = 2.501, 1972 N = 2.102, 1975 N = 2.240.

Mit dem einstigen Jugendfunktionär und neuen Ersten Sekretär des ZK der SED verbanden, wie Werner Mittenzwei ausführt, wohl nicht nur die meisten Intellektuellen „seit jeher das Markenzeichen der FDJ“. Die geistige Elite des Landes assoziierte ihn mit einstudierten Jubelkundgebungen, statt mit politischer Weitsicht. Erich Honecker bediente sich wie Walter Ulbricht der „Massenstimmung, um seine Politik zu legitimieren“¹⁶⁶⁷, so Mittenzwei weiter. Das trug erheblich zur besseren Stimmungslage unter der Jugend bei; denn den symbolischen Auftakt seiner jugendpolitischen Ära bildeten die (internationalen) X. Weltjugendfestspiele von 1973. Die Zahl der (formal organisierten) Mitglieder in der FDJ erhöhte sich von 1,8 Millionen (1972) auf über zwei Millionen (1973); der Anteil der Lehrlinge im Verband blieb beständig bei 18 Prozent, während der der jungen Industriearbeiter von 21 Prozent (1971) auf über 23 Prozent (1973) anstieg.¹⁶⁶⁸

Besonders unter Lehrlingen etablierte sich im Rahmen der Weltfestspiele von 1973 ein sozialistischer Patriotismus. In den Festivalstudien des ZIJ stimmten fast drei Viertel von ihnen (Gesamtzahl unbekannt) vorbehaltlos zu, dass die Bundesrepublik Ausland sei; nur eine Minderheit der Befrag-

¹⁶⁶⁷ Mittenzwei, Werner 2003, S. 263.

¹⁶⁶⁸ Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 184, 199 u. 202; vgl. Wesenberg, Denise 2007, S. 47.

ten betrachtete ganz Deutschland als Vaterland, wenngleich, so Peter Förster, „damals ein beträchtlicher Anteil der Jugendlichen auf eine (Wieder-)Vereinigung [hoffte], allerdings häufig unter sozialistischen Vorzeichen“¹⁶⁶⁹. Im selben Jahr der Weltfestspiele analysierte das ZIJ die Identifikation der Jugend mit der DDR: Von über 1.700 jungen Arbeitern und von mehr als 1.500 Lehrlingen meinten jeweils etwa 70 Prozent, sie fühlten sich vollkommen mit der DDR verbunden. Bei den rund 2.000 Studenten trafen fast 65 Prozent diese Aussage. Die Identifikation mit dem politischen System nahm generell besonders in Jahren wirtschaftlicher und (außen-)politischer Erfolge zu.¹⁶⁷⁰ Eine hohe Identifikation mit dem politischen System beeinflusste das propagierte Freund-Feind-Schema oftmals insofern, als dass sich unter Heranwachsenden negative Stereotype vom „Bundesbürger“ festigten.¹⁶⁷¹ Diese verloren erst mit zunehmendem Alter wieder an Kraft.¹⁶⁷² Förster meint rückblickend: „Je stärker der lange Zeit bestehende Glaube an die Zukunftsfähigkeit des Sozialismus war, desto ausgeprägter war die DDR-Identifikation.“¹⁶⁷³

Auch in Schülerkreisen erkannte das Institut für Meinungsforschung im Taumel der Weltfestspiele eine starke Identifikation mit dem politischen System. Befragungen von rund 250 Elft- und Zwöfklässlern in Berlin, Burgstädt, Jena, Karl-Marx-Stadt und Perleberg erbrachten für die Wissenschaftler den Beweis „eine[r] positive[n] Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins dieser Schülergruppen“¹⁶⁷⁴. Deren gestiegenes Selbstbewusstsein als „sozialistische Staatsbürger“ spiegelte sich in den Antworten über die diplomatische Anerkennung der DDR oder zur eigenen Nationalität wider. Die Mehrheit der Schüler verband mit ihrer Heimat soziale Sicherheit, gute Ausbildungsmöglichkeiten und Humanität. Andere Merkmale wie Freiheit, Demokratie oder Altersfürsorge sahen sie eher in der Bundesrepublik verwirklicht.¹⁶⁷⁵ Nicht nur aus diesem Grund kritisierte

1669 Förster, Peter 1999, S. 110.

1670 Vgl. ebd., S. 85-87.

1671 Vgl. ders. 1995, S. 1368 f.

1672 Zu diesem Ergebnis kam eine Studie aus dem Jahr 1972 mit etwa 5.000 Schülern. Vgl. König, Helmut: Skizze zum „Grundmaterial, betr. vormilitärische Ausbildung vom 28.12.1972, Sign. 9521, in: DIPF/BBF-A, zitiert in: Geißler, Gert/Ulrich Wiegmann 1996, S. 286.

1673 Förster, Peter 1999, S. 87.

1674 Information über die „Umfrage zu einigen aktuellen Fragen der gegenwärtigen Politik“ vom 19. März bis 30. März 1973, in: Niemann, Heinz 1995, S. 205.

1675 Vgl. ebd., S. 206 u. 211.

das Institut, „daß Fragen der Demokratie und der Freiheit ungenügend wissenschaftlich und klassenmäßig bei diesen Jugendlichen geklärt sind“¹⁶⁷⁶.

Es gab folglich weiterhin Nachholbedarf bei der politisch „korrekten“ Erziehung, für die maßgeblich die FDJ mit ihren „Studienjahren“ verantwortlich war. Die Schulungen fanden mit unterrichtsaffinen Methoden wie die Mitgliederversammlungen ab der neunten Klasse einmal monatlich statt.¹⁶⁷⁷ In einer Studie von 1972, als die Identifikation mit der DDR insgesamt stark ausgeprägt war, meinten zwar rund 40 Prozent der befragten Lehrlinge (Gesamtzahl unbekannt), sie würden an den politischen Schulungen teilnehmen und dies mit Interesse tun, der gleiche Anteil jedoch gab an, die Lehrveranstaltungen ohne Interesse zu besuchen. Jeweils mehr als zehn Prozent erklärten, sie würden nicht teilnehmen und hätten Interesse bzw. kein Interesse am „Studienjahr“.¹⁶⁷⁸ Die FDJ nahm im Leben vieler Heranwachsender eine Nebenrolle ein. Die Erwartungen auf ein attraktives Verbandsleben verblassten im Verlauf des Jahrzehnts.

Der Großteil trat dem Verband bei, weil es üblich war. Gewalttätige Exzesse durch Schüler und Lehrlinge, die politisch engagierte FDJler und systemkonforme Altersgenossen äußerst brutal zurechtstutzten, blieben bedauerliche Einzelfälle, gleichwohl gab es sie.¹⁶⁷⁹ Der soziale und politische Druck und die ständige Bevormundung durch Lehrer oder FDJ-Leiter führten zum Rückzug in private Räume.¹⁶⁸⁰ Viele, vor allem ältere Jugendliche verbrachten ihre Freizeit lieber mit dem selbst gewählten Freundeskreis als im Massenverband.¹⁶⁸¹ Auch wegen der durch die auf dem XI. Plenum von 1965 herausgegebenen Forderung der SED, den „Erscheinungen der Unmoral und einer dem Sozialismus fremden Lebensweise“¹⁶⁸² mit der Organisation einer „sinnvollen, anregenden Freizeit“¹⁶⁸³

1676 Ebd., S. 210.

1677 Vgl. Hornstein, Walter/Werner Schefold 1998, S. 293.

1678 Vgl. Förster, Peter 1999, S. 149.

1679 Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS-BdL/Dok., Nr. 001079, pag. Bl. 1-3.

1680 Vgl. Wurschi, Peter 2014, S. 43.

1681 Vgl. Schnellinformation Teil III „ISA 68“. Intervallstudie: Das Persönlichkeitsbild junger Facharbeiter und Lehrlinge in volkseigenen Betrieben Leipzig von 1969, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/159, Bl. 130; vgl. Maerker, Rudolf 1969, S. 82. (Der Autor unterließ eine ausführliche Quellenangabe); vgl. Mahrad, Christa 1977, S. 215; vgl. Mähler, Ulrich 2001, S. 65.

1682 Honecker, Erich 1966, S. 57.

1683 Ebd., S. 53.

entgegenzuwirken, versuchte die FDJ Jugendliche verstärkt genau dort zu erreichen: außerhalb ihrer Familien und der staatlichen Institutionen.

4.2.2 Privater Raum und Freizeitgestaltung

Ab Mitte der 1960er Jahre verpflichtete die Jugendorganisation jedes Mitglied dazu, aktiv auf die Entwicklung des staatstreuen Bewusstseins anderer junger Menschen einzuwirken und diese für „die Gestaltung einer sinnvollen Freizeit zu gewinnen“¹⁶⁸⁴. Im Wissenschaftlichen Beirat für Jugendforschung beim Amt für Jugendfragen kam es deshalb zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft Freizeitbetätigung und Freizeitlenkung der Jugend, stand doch die Freizeitpolitik der SED unter der Losung „Vertane Zeit ist vertanes Leben“. Offiziell dienten Untersuchungen über das Freizeitverhalten der schrittweisen Überwindung der Trennung von Arbeits- und Freizeitleben.¹⁶⁸⁵ Das wurde umso wichtiger, weil der Umfang der Freizeit in den 1960er Jahren stieg, da der gesetzliche Urlaubsanspruch auf drei Wochen erhöht wurde und der Samstag nicht mehr als Werktag zählte, wofür sich die tägliche Arbeitszeit von acht Stunden um 45 Minuten verlängerte. Eine 40-Stunden-Woche hatten meist Beschäftigte im Dreischichtsystem und vollberufstätige Mütter mit mindestens zwei Kindern. Zwar arbeiteten nun selbst Beschäftigte in der Landwirtschaft nicht mehr fast das ganze Jahr an sieben Tagen pro Woche, Jugendliche aus Bauernfamilien aber hatten, verglichen mit ihren Altersgenossen aus Haushalten von Akademikern, Arbeitern, Angestellten und Handwerkern, die wenigste freie Zeit zur Verfügung.¹⁶⁸⁶

Laut einer Verordnung von 1961 durften Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr 42 und bis zum 18. Lebensjahr regulär 45 Stunden wöchentlich arbeiten.¹⁶⁸⁷ Bundesdeutschen Schätzungen zufolge verfügten Schüler, Lehrlinge und junge Arbeiter in der DDR täglich über mehr als fünf Stun-

1684 Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Abteilung Verbandsorgane (Hrsg.) 1971, S. 16.

1685 Vgl. Röblitz, Günther 1965, S. 1.

1686 Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1971, S. 221; vgl. Deja-Löhlhöffel, Brigitte 1986, S. 15; vgl. Irmscher, Gerlinde 2000, S. 352; vgl. Fulbrook, Mary 2008, S. 87.

1687 Vgl. Verordnung über Arbeitszeit und Erholungsurlaub vom 29. Juni 1961, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971, § 1, Abs. 2.

den Freizeit; Mädchen und junge Frauen oftmals über weniger wegen ihrer Pflichten im Haushalt.¹⁶⁸⁸ Andere Schätzungen sprechen bei 12- und bei 14- bis 16-Jährigen von knapp vier bzw. von vier bis fünf Stunden freier Zeit am Tag.¹⁶⁸⁹ Obgleich sich Bürger aus Sicht der SED bis in die 1970er Jahre am besten einer organisierten Freizeit widmen sollten, d. h. in Kollektiven Sport zu treiben, sich weiterzubilden oder in der Gemeinschaft gesellschaftliche Arbeit zu verrichten,¹⁶⁹⁰ griff die Mehrheit der Bevölkerung – trotz des erhöhten Umfangs – in ihrer Freizeit weniger auf die Angebote von einer der zahlreichen Massenorganisationen zurück, sondern verbrachte die freie Zeit im privaten Umfeld des Freundes- und Familienkreises.¹⁶⁹¹

Aus Sicht von Staat und Jugendforschung war eine staatlich organisierte Freizeitgestaltung vor allem für Jugendliche enorm wichtig, da die Einflüsse von Kollektiven, „in denen junge Menschen lernen, arbeiten und leben“, und die „FDJ-Gruppen in Betrieben und Wohngebieten“¹⁶⁹² die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten förderten. In der Folge verstand sich die FDJ auch als institutioneller Kulturträger. Sie versuchte, mit beliebten Freizeitangeboten Außenstehende für sich zu gewinnen. Der Verband hoffte, durch ein vielseitiges Freizeitangebot eine identitätsstiftende Wirkung sozialistischer Normen und Werte zu erreichen. Dieses Ziel wurde nicht zuletzt auch deshalb verfolgt, weil die SED glaubte, die Generation der 1960er Jahre hätte weniger emotionale Bindungen an das politische System als noch die Aufbaugeneration der 1950er Jahre.¹⁶⁹³ In den 1960er Jahren präferierten nicht wenige junge Menschen in ihrer Freizeit Erholung, Weiterbildung und Information,¹⁶⁹⁴ am liebsten jedoch betätigten sie sich sportlich.

1688 Das bundesdeutsche Zeitbudget lag im selben Rahmen. Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1971, S. 221; vgl. Heyen, Rolf 1972, S. 99.

1689 Vgl. Maerker, Rudolf 1969, S. 84.

1690 Vgl. Deja-Löhlhoffel, Brigitte 1986, S. 15 f.; vgl. Walter, Michael 1996, S. 201; vgl. Ueberschär, Ellen 1998, S. 168.

1691 Vgl. Fulbrook, Mary 2008, S. 84.

1692 Geier, Wolfgang/Dieter Wiedemann 1975, S. 364.

1693 Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1971, S. 214; vgl. Walter, Michael 1997, S. 109 u. 111 f.

1694 Das ZIJ befragte vom 28. Oktober bis zum 17. November 1969 über 8.300 Jugendliche aus Leipzig, Halle, Potsdam und Unterwellenborn über ihre Freizeit.

Das Institut für Meinungsforschung bestätigte 1967 das anhaltende Interesse an Sport. In einer Erhebung verteilten dessen Wissenschaftler mehr als 3.000 Fragebögen an Jugendliche in zufällig ausgewählten Bezirken, Universitäten, Schulen und Berufsschulen. Bei der Frage, welche von den sieben genannten Veranstaltungen sie besuchen würden, wenn sie zwei Freikarten bekämen, nannte fast die Hälfte die Sportveranstaltung, gefolgt von einem Kriminal- oder Abenteuerfilm und dem Beat-Konzert. Weit abgeschlagen besetzten der vorgeschlagene Lyrikabend, der Kinofilm über die Arbeiterbewegung, der visuelle Vortrag über die Lage in Vietnam und das Sinfoniekonzert die letzten Ränge. Die Forscher vermuteten beim Freizeitverhalten einen Zusammenhang zwischen Alter und Bildungsstand, da Studenten das Sinfoniekonzert und Schüler die Beatmusik präferiert hatten, für Sport allerdings begeisterten sich beide Gruppen.¹⁶⁹⁵

Dieser erfreute sich besonders unter Lehrlingen und jungen Arbeitern großer Beliebtheit,¹⁶⁹⁶ ebenso wie Kinobesuche, Geselligkeit und Fernsehen, während Schüler und Studenten lieber lasen, sich weiterbildeten oder in einem Verein engagierten. Nach Recherchen des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen blieben ostdeutsche Jugendliche vom Land Vereinen öfter fern, griffen seltener zu einem Buch und besuchten weniger Filmtheater als Jugendliche aus der Stadt. Ähnlich wie in der Bundesrepublik würde mit steigendem Alter das Interesse an sportlichen und kirchlichen Aktivitäten nachlassen, Weiterbildung, gesellschaftspolitische Tätigkeiten, Theater, Tanz und Konzerte hingegen an Relevanz gewinnen. Stärker als in der Bundesrepublik schienen sich Jugendliche aus der DDR in ihrer Freizeit für Massenmedien zu interessieren.¹⁶⁹⁷ Dies lag auch an der Zunahme von modernen Konsumgütern, wie Fernsehgeräten oder Radi-

Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1970: Freizeit 69. Kurzfassung des Abschlußberichts, Bl. 4 u. 6.

1695 Vgl. Bericht über eine Umfrage zu einigen Problemen von Jugend und Politik vom 16. Januar 1967, in: Niemann, Heinz 1993, S. 151 u. Bl. 5 f.

1696 Vgl. Voß, Peter 1999, S. 360.

1697 Das Ministerium verwendete teilweise die noch nicht veröffentlichten Statistiken von Jürgen Micksch (ders. 1972). Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1971, S. 222 f.

os.¹⁶⁹⁸ Besonders in Berlin, wo es bessere Möglichkeiten gab, an begehrte Waren zu gelangen, fanden Kassettenrekorder reißenden Absatz.¹⁶⁹⁹

Im Jahr 1967 konstatierte das Institut für Meinungsforschung einen weiteren Zusammenhang zwischen dem Alter, der Einstellung zur SED und dem Rundfunkverhalten. Demnach genossen Rundfunksendungen mit Schlagermusik und Sportübertragungen im Vergleich zu Operetten- oder klassischer Musik unter Jugendlichen eine höhere Popularität, insbesondere die des Jugendsenders DT 64. Hätten die Forscher bei der Frage nach den beliebtesten Sendungen neben klassischer Musik, Operettensendungen, Hörspielen und Kindersendungen zusätzlich Beatmusik zur Auswahl gestellt, wäre das Ergebnis wohl noch deutlicher ausgefallen. Englische Beatmusiker erreichten von Beginn an in der DDR einen ähnlichen Kultstatus wie in Westdeutschland.¹⁷⁰⁰ Ein Drittel der befragten Jugendlichen nannte bei der offenen Frage nach den beliebtesten Rundfunksendern DT 64, da es den meisten gleichgültig war, ob sie Beatmusik über heimische oder westliche Sender empfangen.¹⁷⁰¹ Das Institut für Meinungsforschung bilanzierte in der Studie von 1967: „Von denen, die sich für Politik interessieren, hören unsere Sender 83,6 Prozent. Diejenigen dagegen, die westliche Sender hören, interessieren sich nur zu 70 Prozent für Politik.“¹⁷⁰²

Der Jugendsender DT 64 wurde von Anfang an als sozialistische Alternative zu westlichen Rundfunksendern, wie RIAS, Sender Freies Berlin, AFN oder Radio Luxemburg, konzipiert. Aufgrund des großen Erfolgs beim Deutschlandtreffen von 1964 ging er am 29. Juni 1965 zunächst über die Frequenzen des Berliner Rundfunks und später über die Stimme der DDR in den regulären Betrieb. Obwohl die 60/40-Regelung von 1958 auch für DT 64 galt, spielte der Sender vereinzelt Beat-, Schlager-, Jazz- und lateinamerikanische Musik; bundesdeutsche Produktionen blieben außen vor und wurden durch ostdeutsche Imitationen ersetzt. Mit einem ei-

1698 Von 350 befragten Jugendlichen aus der „Grimma-Studie“ von 1967 hatten 99 Prozent ein Radio zuhause. Jeder Zweite besaß ein eigenes Kofferradio. Vgl. Kalina, Georg/Kurt Starke 1967: Jugend und Freizeit. Forschungsbericht über eine Studie zum Freizeitverhalten, Bl. 84.

1699 Vgl. Hanowski, M. u. a. 1975: Parlamentsstudie 1975. Teilbericht III 1.-3. Lebensbedingungen der DDR-Jugend vom November, Bl. 17.

1700 Vgl. Wierling, Dorothee 1994, S. 409.

1701 Vgl. Bericht über eine Umfrage zu einigen Problemen von Jugend und Politik vom 16. Januar 1967, in: Niemann, Heinz 1993, S. 151 u. Bl. 19-22.

1702 Ebd., Bl. 22.

genen Jugendradio versprach sich die politische Führung, junge Ost- und Westdeutsche gleichermaßen politisch beeinflussen zu können.¹⁷⁰³

Anfang der 1970er Jahre gelangte das ZIJ zu dem Befund, Jugendliche, die für Beatmusik schwärmten, hörten wöchentlich bis beinahe täglich westliche Sender,¹⁷⁰⁴ obgleich der ostdeutsche Jugendfunk expandierte und sich DT 64 allmählich an westlichen Unterhaltungssendungen orientierte.¹⁷⁰⁵ In einer Befragung mit mehr als 1.100 15- bis 16-Jährigen gab ungefähr ein Drittel der Jugendlichen dazu an, neben DT 64 häufig den Freiheitssender 904 und Radio Luxemburg einzuschalten; sie empfangen Musik und politische Informationen sowohl über östliche als auch westliche Sender. Das Rundfunkverhalten Jugendlicher wurde maßgeblich von der Qualität der Tanzmusik beeinflusst bzw. davon, ob der Sender Beatmusik ausstrahlte.¹⁷⁰⁶ Barbara Hille meinte, 15- bis 18-Jährige in der DDR hätten Anfang der 1970er Jahre weniger Interesse an Politik gehabt als ihre westdeutschen Altersgenossen, dafür ein umso stärkeres Verlangen nach Musik, Tanz, Film, Mode und Reisen.¹⁷⁰⁷ Um über den Hörfunk¹⁷⁰⁸ noch intensiver auf das Freizeitverhalten der Jugend einzuwirken und weil in der DDR produzierte Rockmusik ab Ende der 1960er Jahre unter Jugendlichen großen Anklang fand, entwarf das Staatliche Komitee für Rundfunk 1971 eine Vielzahl an neuen Konzepten.¹⁷⁰⁹

Im Jugendfunk bestimmten das Programm mehr Musikwunschsendungen, Hörerpost, Diskussions- und Servicesendungen sowie Fragen des Berufs- und Alltagslebens, hatten die Massenmedien doch auf dem VIII. Parteitag von 1971 den Auftrag erhalten, stärker auf Fragen des Alltags und der sozialistischen Gesellschaft einzugehen. Der Jugendfunk sendete fortan mehr Musik- als Wortbeiträge und bot spezielle Mitschnittsendungen

1703 Vgl. Herdin, Jürgen 1992, S. 101 u. 105; vgl. Wierling, Dorothee 1994, S. 409; vgl. Stahl, Heiner 2003, S. 121; vgl. ders. 2004, S. 233, 237, 241 u. 243.

1704 Vgl. Förster, Peter 1995, S. 1294.

1705 Vgl. Herdin, Jürgen 1992, S. 101 u. 105.

1706 Vgl. Langguth, M./L. Schumann 1972: Funktion und Zusammenwirken der Massenmedien bei der ideologischen Erziehung Jugendlicher. Zusatzbericht Hörer von DT 64. 1. Entwurf, Bl. 53 f.

1707 Vgl. Hille, Barbara 1975, S. 581 u. 585; vgl. dies. 1977, S. 240.

1708 Vgl. für Einzelheiten: Könn, Christian 2010.

1709 Vgl. Schreiben vom Vorsitzenden Grimmer des Staatlichen Komitees für Rundfunk beim Ministerrat der DDR an Siegfried Lorenz vom 21. April 1971, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/124, Bl. 1; vgl. Noll, Günther 1997, S. 11.

für seine Hörer an.¹⁷¹⁰ Sendungen wie „He, he, he – Sport an der Spree“ oder die „Hobbyecken“ des DT-64-Klubs propagierten in täglichen Beitragsreihen (18.00 bis 19.30 Uhr) das kollektive Freizeitvergnügen bei Sport, Fotografie, Münzen- und Briefmarkensammeln oder dem Modellbau. Die Sendung „bit“ richtete sich speziell an Studenten, während „Nicht nur eine Akte“ von Radio DDR und die Gerichtsreportagen des Berliner Rundfunks darüber aufklärten, was passieren konnte, wenn Jugendliche ihre Freizeit vergeudeten und kriminell wurden. Die meisten Jugendmusikprogramme informierten über aktuelle Hits und Veranstaltungen oder luden Amateurmusiker und Musikexperten ins Studio ein.¹⁷¹¹ Ziel dieser Sendungen war es, politisch genehme Musik zu popularisieren und den jungen Hörern Anregungen für eine „sinnvolle“ Freizeitbeschäftigung zu geben.

Die SED hatte auf ihrem VII. Parteitag im April 1967 gewarnt: „Es zeigte sich nicht selten die Tendenz, westliche, besonders amerikanische Pseudokulturmethoden nachzuahmen, die geistlosen Texte westlicher Schlager zu verbreiten, die klassische Musik durch den Jazz zu verfälschen und sich überhaupt westlichen Unsitten anzupassen.“¹⁷¹² Ähnlich wie beim XI. Plenum im Dezember 1965, als die politische Führung von Kulturschaffenden verlangte, ihre Kunst „vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus zu beurteilen“¹⁷¹³, forderte die politische Führung, Kulturschaffende, insbesondere im Literaturbetrieb, sollten sich eindeutig und parteilich „mit der gesellschaftlichen Praxis des sozialistischen Lebens“¹⁷¹⁴ verbinden. Amtlichen Statistiken zufolge suchte jeder vierte Bürger regelmäßig die staatlichen Bibliotheken auf,¹⁷¹⁵ die Hälfte davon

1710 Vgl. Herdin, Jürgen 1992, S. 101 u. 108.

1711 An dieser Stelle seien folgende Sendungen des Rundfunks genannt: „Junge Leute im Studio IV“, „DT-Musik-Studio“, „Fünfzehn mal Trumpf“, „Tips für Tanzkapellen“, „Musik für junge Leute“, „Fürs Kofferradio“, „Musikalische Luftfracht“, „Mixmusik in x Varianten“ oder „Radio DDR-Musikkklub“. Gedanken zur möglichen Beeinflussung der Freizeitgestaltung der Jugend sowie der Erziehung junger Menschen im Freizeitbereich durch Sendungen des Deutschen Demokratischen Rundfunks vom 24. April 1971, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/124, Bl. 1-5.

1712 Bericht des Zentralkomitees an den VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1967, S. 183.

1713 Honecker, Erich 1966, S. 64.

1714 Bericht des Zentralkomitees an den VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1967, S. 184.

1715 Vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) 1968, S. 480.

sollen Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren gewesen sein. Wie Erich Honecker 1971 erklärte, sei das „Lesen seit langem zu einer Lebensgewohnheit geworden“. Dabei fände er die Lesebegeisterung der Jugend „besonders erfreulich“¹⁷¹⁶.

Rolf Heyen äußerte, der hohe Anteil an jugendlichen Lesern, vor allem der 14- bis 22-Jährigen, resultierte aus deren Vorliebe für individuelle Freizeitbeschäftigungen, ein Verhalten, das die Erziehungsfunktionäre als Rückzug ins „Unpolitisch-Private“¹⁷¹⁷ etikettierten.¹⁷¹⁸ Rudolf Maerker mahnte vor einer Überbewertung des freizeitlichen Lesespaßes unter Jugendlichen, da deren (westlicher) Fernseh- und Hörfunkkonsum ihr Lesepensum deutlich überbot.¹⁷¹⁹ Auch Karl Schmitt nahm an, westliche Fernseh- und Rundfunksender übten schon auf Sechstklässler eine enorme Anziehungskraft aus, weil sie den heimischen Medien wegen der einseitigen Berichterstattung wenig vertrauten.¹⁷²⁰ Jürgen Micksch schätzte Anfang der 1970er Jahre ein, jeder zweite Jugendliche in der DDR würde regelmäßig eine der über 17.000 Bibliotheken besuchen.¹⁷²¹

In einigen Bibliotheken befragte das Ministerium für Volksbildung – zum Zwecke der „literaturpropagandistische[n] Arbeit“¹⁷²² – in den 1960er Jahren 14- bis 18-jährige Besucher über deren Zufriedenheit mit den Beständen. Während die erste Studie konstatierte, „ein beachtlicher Kreis junger Menschen“ nutze die „allgemeinen öffentlichen Bibliotheken“¹⁷²³, verriet die zweite Umfrage von 1967, dass sich die befragten Jugendlichen am häufigsten klassischen Werken, Abenteuerliteratur, utopischen Schriften, Märchen und Sagen, Spionageliteratur und Kriminalromanen widmeten. Fast die Hälfte der Befragten las monatlich ein bis drei, etwa ein Drittel vier bis sechs und rund zehn Prozent sieben bis acht Bü-

1716 Honecker, Erich 1971, S. 78.

1717 Heyen, Rolf 1972, S. 111.

1718 Vgl. ebd., S. 109-111.

1719 Vgl. Maerker, Rudolf 1969, S. 85. Er unterlässt Angaben zu der Studie, die ihn zu dieser Erkenntnis brachte.

1720 Die Studie stammte von 1968/69 und wurde unter Sechstklässlern durchgeführt. Vgl. Schmitt, Karl 1980, S. 202 f.

1721 Neben zahlreichen Bibliotheken gab es eine Vielzahl an Buchgemeinschaften. Ab 1965 brachte die größte Buchgemeinschaft, der „Buchclub 65“, jährlich etwa 40 Titel verschiedener Verlage heraus. Vgl. Micksch, Jürgen 1972, S. 110.

1722 Goltz, Marianne u. a. 1966, S. 666.

1723 Das Ministerium wertete 355 von 500 in den Bibliotheken verteilten Fragebögen aus. Ebd., S. 665 f.

cher.¹⁷²⁴ Die Studie kritisierte, es gebe nur „unzureichende Bestände an jugendgeeigneter Literatur“¹⁷²⁵ bzw. fehlte es lange Zeit an Maßstäben, ob ein Werk jugendgeeignet sei oder nicht.¹⁷²⁶ Junge Leser vermissten in den Bibliotheken Spezialbücher, bspw. über Metallverarbeitung, und aktuelle Literatur,¹⁷²⁷ politisch „korrekte“ Werke erzeugten nur wenig Interesse. Viele der begehrten Bücher standen ohnehin auf dem Index, weshalb z. B. bis Anfang der 1980er Jahre keine Neuauflage der Bücher von Karl May erschien.¹⁷²⁸

Anfang der 1960er Jahre kam der Dresdner Psychologe Heinz Kühn in einer repräsentativen Umfrage mit mehr als 360 Personen (14 bis 17 Jahre) zu dem Ergebnis, in jugendlichen Personenkreisen kursiere ein nicht unerheblicher Anteil unerwünschter bzw. westdeutscher Literatur. Dazu zählten Abenteuererzählungen, Kriminalgeschichten und Liebesromane, die häufig aus altem Privatbesitz vor dem Zweiten Weltkrieg stammten, und von den Kulturfunktionären als sogenannte Schmöker, Schund- oder Schmutzhefte stigmatisierte Literatur. Die verbotenen Werke besorgten sich Jugendliche meist über persönliche Kontakte und durch Tauschhandel.¹⁷²⁹ Nach Beobachtungen des MfS im Bezirk Karl-Marx-Stadt gab es in der ersten Hälfte der 1960er Jahre einen regen Austausch und hohen Diskussionsbedarf über „Schund- und Schmutzliteratur“¹⁷³⁰.

Das Leseverhalten in den 1970er Jahren unterlag keinen gravierenden Einschnitten. Das Interesse an Abenteuerromanen, gefolgt von Science

1724 Vgl. Schurzig, Edith 1967, S. 580 u. 586.

1725 Ebd., S. 580.

1726 Vgl. Proll, Rotraud 1968, S. 150.

1727 Bei der Rubrik der gewünschten Gegenwartsliteratur wurden u. a. genannt: Dieter Noll („Die Abenteuer des Werner Holt“), Hermann Kant („Die Aula“), Max Walter Schulz („Wir sind nicht Staub im Wind“), Christa Wolf („Der geteilte Himmel“) und Erik Neutsch („Spur der Steine“). Vgl. dies. 1967, S. 590.

1728 Vgl. Kühn, Heinz 1962, S. 189 f.; vgl. Micksch, Jürgen 1972, S. 115.

1729 Die 366 Probanden wurden im Stadtkreis Dresden und dem Kreis Sebnitz befragt. Die meisten Befragten waren 15-Jährige (rund 34 Prozent), 14-Jährige (etwa 20 Prozent) und 16-Jährige (knapp 15 Prozent). Die „Dunkelziffer“ westdeutscher Literatur lag mit Wahrscheinlichkeit noch höher, aufgrund der Angst vor möglichen Sanktionen. Vgl. ebd., S. 28, 240 u. 151; vgl. Micksch, Jürgen 1972, S. 112 f.

1730 Information Nr. 16/64 an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung zu Jugendproblemen im Bezirk. Ergänzung zur Einschätzung zu Problemen der Jugend vom 20.5.1963 vom 8. Januar 1964, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-6813, pag. Bl. 460.

Fiction, Kriminal-, Spionage- und Gegenwartsliteratur sowie Lyrik hielt an; vor allem junge Arbeiter fanden wenig Gefallen an „schöngeistigen“ Werken.¹⁷³¹ Das Lesen blieb eine sehr attraktive Freizeitbeschäftigung.¹⁷³² In der DDR wurden von 1964 an jährlich 5.300 Neuerscheinungen von Büchern und Broschüren verzeichnet, darunter weniger als zehn Prozent Kinder- und Jugendliteratur.¹⁷³³ Im Gegensatz dazu existierte ein breites Angebot an parteikonformen Zeitungen und Zeitschriften, angefangen bei der Jungen Welt für 14- bis 25-Jährige über das Forum für Leser aus studentischen Kreisen, dem monatlichen Blatt Junge Generation für Funktionäre des Jugendverbandes, bis hin zu weiteren Jugendschriften wie Jugend und Technik, Practic oder Technikus.¹⁷³⁴

Die Literaturfrage in der Freizeit hatte für die SED und ihre Jugendpolitik hohe Priorität. Es galt zum einen wie im Jahr 1969 beschlossen, „Einflüsse der imperialistischen Ideologie, die insbesondere durch Druckzeugnisse, Fernsehen und Rundfunk verbreitet werden“¹⁷³⁵, von Jugendlichen fernzuhalten; zum anderen sollten sie einer „sinnvollen“ Freizeit nachgehen. Laut einer westdeutschen Schätzung aber verbrachte ein Drittel aller Jugendlichen in der DDR seine Freizeit in der elterlichen Wohnung mit bloßem Nichtstun.¹⁷³⁶ Andere junge Menschen entzogen sich in „informellen Freizeitgruppen“ den staatlichen Erziehungsmaßnahmen und tauschten in ihren Freundeskreisen z. B. die verbotene Literatur.¹⁷³⁷

Vom Ende der 1960er bis zum Ende der 1970er Jahre gehörte etwa ein Drittel bis fast die Hälfte aller Jugendlichen solchen lose organisierten Gruppen an.¹⁷³⁸ Besonders oft trafen sich männliche Facharbeiter und Lehrlinge in Cliques, in denen nur selten über Politik gesprochen wurde. Nur jeder zweite von zehn Jugendlichen und meist Ältere führten solche

1731 Vgl. Lindner, Bernd/Dieter Wiedemann 1999, S. 321 f.

1732 Vgl. Wiedemann, Dieter 1981, S. 142.

1733 Vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) 1968, S. 482. Zum Vergleich: Die Bundesrepublik brachte im Jahr 1967 etwas mehr als 25.200 Neuauflagen an Schriftgut heraus, darunter keine fünf Prozent Kinder- und Jugendbücher. Vgl. Micksch, Jürgen 1972, S. 109.

1734 Vgl. ebd., S. 109 f.; vgl. Freiburg, Arnold/Christa Mahrad 1982, S. 136-141.

1735 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1969, § 1, Abs. 2.

1736 Vgl. Maerker, Rudolf 1969, S. 86.

1737 Vgl. Geier, Wolfgang/Dieter Wiedemann 1975, S. 345-348.

1738 Vgl. Voß, Peter 1999, S. 353.

Gespräche.¹⁷³⁹ Lieber tauschten die jungen Männer untereinander Schallplatten und Tonbandaufnahmen mit Beat-, Schlager- und Tanzmusik oder planten gemeinsam Ausflüge in Diskotheken, Kinos und zu Sportveranstaltungen. Außerhalb der Gruppen gingen Jugendliche in ihrer Freizeit oftmals kulturell-künstlerischen Tätigkeiten nach, wie Chorgesang, Laienspiel oder Musikmachen. Hobbys wie Zeichnen, Filmen und Schreiben praktizierten die meisten allein.¹⁷⁴⁰ Jungen Nachwuchsschriftstellern widmete sich die FDJ im Rahmen der „Poetenbewegung“.

Der Verband versuchte ab den Weltfestspielen in den 1950er Jahren, mit Schreibwettbewerben – 1951 und 1973 unter dem Motto „Wir lieben das Leben“ – 14- bis 25-jährige Talente zu entdecken. Von 1970 an besaßen junge delegierte Literaten auf „Poetenseminaren“ in Schwerin die Möglichkeit, Kontakte ins Verlagswesen und zu Berufsautoren herzustellen. Das erste Seminar stand unter der Losung „An der Seite der Genossen wollen wir heut' das Morgen bau'n“. Der künstlerische Anspruch spielte im Vergleich zu den politisch-ideologischen Anforderungen eine rudimentäre Rolle. Zudem warb das MfS vor Ort um neue Mitarbeiter. Das vermutlich letzte Seminar im August 1989 zählte 215 Teilnehmer, darunter 95 junge Poeten.¹⁷⁴¹ Neben den Anwerbeversuchen der Geheimpolizei versuchten SED und FDJ, mit dieser Art der Nachwuchsförderung ein Netzwerk potentieller Kulturfunktionäre aufzubauen. Große Schriftstellerpersönlichkeiten brachte die Massenorganisation damit nicht hervor; Schätzungen gehen davon aus, dass jeder sechste Bürger, der einmal Texte verfasst hatte, mit derartigen staatlichen Förderungsmechanismen in Kontakt gekommen sei.¹⁷⁴² Zudem ist nicht bekannt, dass die „Poetenseminare“ zu einem Anstieg jugendlichen Schreibens geführt hätten. Die Mehrheit der Heranwachsenden, die ihre Freizeit mit künstlerischen Interessen im Ver-

1739 Vgl. Schnellinformation Teil III „ISA 68“. Intervallstudie: Das Persönlichkeitsbild junger Facharbeiter und Lehrlinge in volkseigenen Betrieben Leipzig von 1969, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/159, Bl. 128 f.

1740 Vgl. Geier, Wolfgang/Dieter Wiedemann 1975, S. 344.

1741 Vgl. Information 19. Zentrales Poetenseminar der FDJ vom 17. Juli 1989, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3368, pag. Bl. 241; vgl. Walter, Michael 1997, S. 127; vgl. Reitel, Axel 2006, S. 61-63 u. 65; vgl. ders. 2007, S. 79 f.; vgl. ders. 2008, S. 19.

1742 Vgl. Seiler, Lutz 1995, S. 530 f. u. 540; vgl. Walter, Michael 1997, S. 127 f.

band ausfüllten, nahm dessen politischen Ziele und Intentionen nur gering wahr und auf.¹⁷⁴³

Im Jahr 1967 ging das ZIJ der Frage nach, welche Rolle dieser im Freizeitleben der Jugend spielte. Es wurde ermittelt, ob sich der hohe Organisationsgrad in den Aktivitäten der Jugendlichen und ihren Interessen an politischen Inhalten der FDJ widerspiegeln. Die Wissenschaftler erhoben mit Wochenprotokollen, schriftlichen Fragebögen und Interviews Daten von insgesamt rund 350 Schülern und jungen Arbeitern aus Grimma; die sächsische Kleinstadt wurde deshalb als Erhebungsort gewählt, weil die Forscher schätzten, 25 Prozent der Gesamtbevölkerung in der DDR würden wie die Menschen in Grimma leben. Die Mehrheit der Grimmaer Jugend verbrachte ihre Freizeit im privaten Umfeld und empfand die Pflege freundschaftlicher Beziehungen als weitaus wichtiger denn politische Gemeinschaftsarbeiten. Obwohl über 80 Prozent der Befragten Mitglied waren, gaben ungefähr 70 Prozent an, ihre Freizeit selten oder gar nicht mit der FDJ zu verbringen. Befragt nach ihren Freizeitpartnern, belegte die FDJ-Gruppe den letzten Platz, da der Verband uninteressant erschien und keine abwechslungsreichen Freizeitmöglichkeiten anbieten würde. Der Großteil der Studienteilnehmer erklärte, der FDJ nur aus formalen Gründen anzugehören.¹⁷⁴⁴

Aus der „Grimma-Studie“ zog das Amt für Jugendfragen im Mai 1968 Konsequenzen. Die Erziehungsfunktionäre erkannten einen Zusammenhang zwischen der politisch-staatsbürgerlichen Haltung der Jugend und deren Vorliebe für die Rezeption bundesdeutscher Sender, hatte sich doch in der Untersuchung nur etwa jeder Zehnte gegen das Hören und Sehen westlicher Programme ausgesprochen. Da selbst „ein Teil der staatsbewußten Jugendlichen“ westliche Sender empfing, plädierte das Amt für

1743 Zum allgemeinen Freizeitverhalten ostdeutscher Bürger in den Massenorganisationen existieren verschiedene Darstellungen. Vgl. Fulbrook, Mary 2008, S. 86 u. 104.

1744 Die Wochenprotokolle führten die jungen Arbeiter zwei Wochen, die Schüler acht Tage. Insgesamt wurden 120 Personen interviewt. Vgl. Zentralinstitut für Jugendforschung: Abschlußbericht über eine Studie zum Freizeitverhalten einiger Gruppen der Betriebs- und Schuljugend in der Stadt Grimma, Bezirk Leipzig, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/160; vgl. Kalina, Georg/Kurt Starke 1967: Jugend und Freizeit. Forschungsbericht über eine Studie zum Freizeitverhalten, Bl. 8, 21-24, 42-45 u. Bl. 55-58.

die „Weckung von Aversionen“, für eine „Immunisierung“¹⁷⁴⁵ gegen jene verpönten Westsender.¹⁷⁴⁶ Anfang der 1970er Jahre widmete sich die Abteilung Jugend des ZK der SED den als problematisch empfundenen Zuständen der jugendlichen Freizeitgestaltung. Das Resümee fiel aus Sicht der Erziehungsfunktionäre verheerend aus: „Der Gegner hat im Augenblick im Denken, in der Vorstellung, in Geschmack und Leitbildern im Freizeitbereich vor allem auf dem Gebiet der Musik, der Unterhaltungskunst eines größeren Teils Jugendlicher einen spürbaren Einfluß.“¹⁷⁴⁷

Dennoch verstärkte sich laut dem Diskussionsmaterial vom Februar 1971 das Bedürfnis der Jugend nach einer niveauvollen Freizeit. Die übergroße Mehrheit verlange nach Geselligkeit, Sport, Unterhaltung, künstlerischer Betätigung und politischer oder fachlicher Weiterbildung, lediglich ein gewisser Teil erhebe geringe Ansprüche.¹⁷⁴⁸ Doch besonders dieser Teil der Jugendlichen würde laut den Erziehungsfunktionären oftmals den Ausgangspunkt für „negative Vorkommnisse“ bilden und viele „kriminelle“ Gruppierungen entstünden spontan aus Freizeitgruppen mit der Vorliebe zu „kommerzieller Beatmusik“¹⁷⁴⁹. In solchen lose organisierten Verbindungen übernahmen „kriminell gefährdete“ Heranwachsende eine Führungsposition und scharten andere 16- bis 21-Jährige um sich, die aus Abenteuerlust, Kontaktfreudigkeit, gemeinsamen Interessen oder Langlei- weile den Treffs beiwohnten. Die größte Autorität in der Gruppe besäßen jene mit dem meisten Wissen über Beatmusik,¹⁷⁵⁰ da das Hören und Sehen westlicher Sender inzwischen Normalität sei. Mancherorts gelte es gar „als nichtgesellschaftsfähig, wenn ein Jugendlicher sich in diesem Metier nicht auskennt“¹⁷⁵¹.

Wo lag aus Sicht der Erziehungsfunktionäre der Ursprung dieser Entwicklung? Gemäß der Abteilung Jugend misstrauten viele 14- bis 20-Jährige heimischen Sendern. Die Kultureinrichtungen hatten es nicht geschafft, die Jugend für sich zu gewinnen. Besonders in Dörfern und klei-

1745 Problemüberblick zur Studie „Jugend und Freizeit“ vom 15. Mai 1968, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/123, Bl. 7.

1746 Vgl. ebd., Bl. 1-7.

1747 Zu einigen Problemen der Freizeitgestaltung der Jugend und der Erziehung junger Menschen im Freizeitbereich (Diskussionsmaterial) vom Februar 1971, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/124, Bl. 6.

1748 Vgl. ebd., Bl. 1 f.

1749 Ebd., Bl. 6.

1750 Vgl. ebd., Bl. 5 f.

1751 Ebd., Bl. 7.

nen Städten – dort lebten rund 45 Prozent aller jungen Menschen – hielten sich diese von den kulturellen Angeboten fern. Bei der Nutzung von Freizeiteinrichtungen, etwa Kulturhäusern, Schulen oder Sporthallen, behinderten veraltete Vergabepläne und Zweckentfremdung „sinnvolle“ Freizeitangebote, während die Kirche in Städten und Gemeinden, in denen das geistig-kulturelle Leben erstarrt sei, „kulturpolitische Inseln“ im Sozialismus¹⁷⁵² errichtete. Die FDJ sei ihren Aufgaben in den Wohngebieten nicht gerecht geworden. Sie habe die kulturellen Bedürfnisse der Mitglieder ignoriert, weshalb es viele FDJler in „negative“ Cliques zog,¹⁷⁵³ so die Auffassung der Abteilung Jugend des ZK.

Für die meisten Heranwachsenden spielte Politik keine Rolle im Freizeitleben, gleich ob an den Wochenenden oder in den Ferien, wobei insbesondere die Ferienzeit gemäß den Forschern des ZIJ einen nicht unerheblichen „Beitrag zur Entwicklung junger sozialistischer Staatsbürger“¹⁷⁵⁴ leistete. Im Sommer 1969 befragten sie über 2.500 elf- bis 14-jährige Fünft- bis Achtklässler in 32 sächsischen Pionierlagern. Die Studie sollte Aufschluss darüber geben, mit welchen Erwartungen die Kinder und Jugendlichen in das Pionierlager gekommen waren und wie sie die Angebote rückblickend bewerteten. Die Forscher konstatierten zunächst, „Jugendliche beschäftigen sich insgesamt mehr oder weniger mit Fragen der Feriengestaltung, mit Zielen und damit dem ‚Sinn‘ der Ferienfreizeit“¹⁷⁵⁵. Demnach wüssten die Kinder und Jugendlichen zu wenig über den Pionier-/FDJ-Auftrag „Unsere Liebe, unsere Treue und unsere Kraft dem sozialistischen Vaterland“ von 1969.¹⁷⁵⁶

Zwar hatten sich 90 Prozent der Befragten auf die Geländespiele im Ferienlager gefreut, jedoch nur etwa ein Drittel später daran teilgenommen. Auf die Fahnenappelle freute sich rund ein Viertel der befragten Fünft- bis Achtklässler, die Hälfte bewertete die Appelle nach ihrer Teilnahme als negativ. Mehr Begeisterung weckten Besuche von Gedenkstätten, wenngleich mit steigendem Alter das Interesse daran schwand. Je älter die Pro-

1752 Ebd., Bl. 8.

1753 Vgl. ebd., Bl. 3 f. u. 7 f.

1754 Zentralinstitut für Jugendforschung: „Feriensommer 69“. Abschlußbericht, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/161, Bl. 19.

1755 Ebd., Bl. 18.

1756 Die befragten Schüler stammten aus mindestens 1.000 verschiedenen Schulklassen und setzten sich wie folgt zusammen: 700 Fünftklässler, jeweils mehr als 730 Sechst- und Siebentklässler und fast 390 Achtklässler. Vgl. ebd., Bl. 2-4 u. 22 f.

banden waren, desto häufiger lehnten sie die politischen Diskussionen und die Mitarbeit in Gruppenrat oder FDJ-Leitungen in den Lagern ab. Der Information des ZIJ zufolge habe die Schuljugend wenig Verlangen nach kollektiver Mitarbeit und Verantwortung, vor allem die Älteren. In den Umfragen erfreuten sich Tanzveranstaltungen in den Ferienlagern wesentlich größerer Beliebtheit als wehrsportliche Aktivitäten.¹⁷⁵⁷

Mit Blick auf den Wehrsport verbuchte das Komitee für Körperkultur und Sport Anfang der 1970er Jahre eine positive Entwicklung beim Kinder- und Jugendsport. Das Niveau des Schulsports sei gestiegen und die „Spartakiaden-Bewegung“ von Erfolg gekrönt. Da der VIII. Parteitag der SED „bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ höhere Anforderungen an die junge Generation gestellt habe, müsse laut dem Komitee „auch die physische Seite der allseitigen sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung mehr als bisher Rechnung tragen“¹⁷⁵⁸. In der Folge sollte die GST mehr Jugendliche für die „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ gewinnen und über Emotionen versuchen, junge Menschen für wehrsportliche Leistungsvergleiche zu begeistern.¹⁷⁵⁹

So planten GST und FDJ auf der Grundlage eines Diskussionsmaterials der Abteilung Jugend, das Interesse von zehn- bis zwölfjährigen Kindern und Jugendlichen für freizeitlichen Wehrsport und militärische Berufe mit außerschulischen Arbeitsgemeinschaften zu wecken; Beispiele hierfür sind die „Klubs Junger Schützen, Funker, Flieger, Matrosen, Taucher, Modellbauer und Kfz-Techniker“. Die paramilitärische Organisation setzte mit einem System von Leistungsschauen bei (Massen-)Wettkämpfen, bspw. um die „Goldene Fahrkarte“¹⁷⁶⁰, und mit „Spartakiaden“ für jedes Alter auf eine ideologische Festigung des „Klassenstandpunktes“. Das verlangte von 16- bis 18-Jährigen die Bereitschaft, mehrtägige bis mehrwöchige Lehrgänge in Ausbildungslagern oder während der Ferien bzw. an den Wochenenden eine Ausbildung in Zivilverteidigung zu absolvieren. Nach Auffassung der GST besitze die Jugend einen „Drang nach harter

1757 Vgl. ebd., Bl. 95, 98, 112 f., 120 f., 126 f. u. 152.

1758 Empfehlungen des Komitees für Körperkultur und Sport der DDR für die weitere Leistungssteigerung der jungen Generation auf der Grundlage der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/124, Bl. 4.

1759 Vgl. ebd., Bl. 3 f. u. 18.

1760 Ab 1961 wurden um die „Goldene Fahrkarte“ Wettbewerbe im Luftgewehr-schießen veranstaltet, deren Sieger mit der Fahrkarte zum nächsten zentralen Wettbewerb antreten durfte. Vgl. Sachse, Christian 2000, S. 293.

persönlicher und kollektiver Bewährung, nach hoher physischer und psychischer Belastung¹⁷⁶¹ und hätte Freude an sportlichen Leistungsvergleichen, wie den „Hans-Beimler-Wettkämpfen“.¹⁷⁶²

4.2.3 Konformitätszwang und Anpassung

Für die SED gehörte „regelmäßig betriebener Sport zum Wesen der sozialistischen Gesellschaft“¹⁷⁶³. Gemäß dem Beschluss „Jugend und Sozialismus“ von 1967 sei die junge Generation „so frühzeitig wie nur möglich durch altersgerechtes Training und durch Wettkämpfe an eine regelmäßige sportliche Betätigung zu gewöhnen, damit sich solche wertvollen Charaktereigenschaften formen wie Mut, Kühnheit, Entschlossenheit, Ausdauer, Beharrlichkeit und kollektives Verhalten“¹⁷⁶⁴. Jeder gesunde junge Mensch sollte demnach die Körperbeherrschung erwerben, die für seine Gesundheit, das Berufsleben und für die militärische Ausbildung notwendig erschien. Tatsächlich stieg die Zahl sportlich organisierter Jugendlicher in den 1960er Jahren. Der DTSB zählte Anfang des Jahrzehnts etwa 1,4 Millionen Mitglieder und vereinte mehr als 30 Sportverbände. Rund 220.000 Mitglieder entfielen auf die Altersgruppe der 14- bis 18-Jährigen und mehr als 936.000 auf die der über 18-Jährigen. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der organisierten 14- bis 18-Jährigen in den 1960er Jahren auf ungefähr 310.000. Die meisten Mitglieder hatten die Fußball-, Turn- und Angelverbände.¹⁷⁶⁵

Westdeutschen Schätzungen zufolge waren 1968 fast 30 Prozent aller 15- bis 18-Jährigen sportlich organisiert und 20 Prozent aller Schüler trieben unter professioneller Anleitung außerschulisch Sport,¹⁷⁶⁶ da eine akti-

1761 Schlußfolgerungen für die Arbeit der GST aus dem Diskussionsmaterial und der Beratung der Jugendkommission „Zu einigen Problemen der Freizeitgestaltung der Jugend und der Erziehung junger Menschen im Freizeitbereich“, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/124, Bl. 4.

1762 Vgl. ebd., Bl. 1-4.

1763 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1967, S. 38.

1764 Ebd., S. 39.

1765 Vgl. Litz, Patrick 2007, S. 42 f. Ende der 1970er Jahre zählte der DTSB fast 2,8 Millionen Mitglieder. Vgl. Fulbrook, Mary 2008, S. 98.

1766 Vgl. Micksch, Jürgen 1972, S. 118 u. 125.

ve sportliche Betätigung zu den beliebtesten Freizeitarten gehörte.¹⁷⁶⁷ Zudem kostete eine Mitgliedschaft im Sportverein relativ wenig.¹⁷⁶⁸ Ende der 1960er Jahre nahm, nach Angaben des ZIJ, rund ein Drittel der Lehrlinge, jungen Arbeiter und Studenten am organisierten Sportleben teil;¹⁷⁶⁹ der DTSB schätzte 1971 die Zahl der Lehrlinge in betrieblichen Sportgemeinschaften auf 25 Prozent.¹⁷⁷⁰ Im selben Jahr konstatierte die Abteilung Jugend beim ZK der SED einen Rückgang am außerschulischen Sport unter Lehrlingen. Von über 380.000 Mitgliedern im DTSB befanden sich lediglich 24 Prozent in einer Ausbildung. Besonders der Facharbeiternachwuchs würde das Potenzial von Körperkultur und Sport für die eigene Persönlichkeit unterschätzen. Hinzu käme, dass es vor allem auf dem Land nicht genügend Kapazitäten für eine sportliche Freizeitgestaltung gebe.¹⁷⁷¹

Aus diesem Grund sollten FDJ-Grundorganisationen in Kooperation mit Jugendklubs und Betrieben in den peripheren Gebieten – in denen fast die Hälfte der Jugend lebte – bessere Voraussetzungen für Mannschaftssportarten schaffen. Der DTSB wurde angehalten, für die Sportarten Volleyball, Tischtennis und Luftgewehrschießen jährliche Massenwettbewerbe auszurichten und den Breitensport zu popularisieren, galt es doch, das sportliche Interesse für die Landesverteidigung zu nutzen.¹⁷⁷² Laut einem Beschluss von 1968 helfe Sport der jungen Generation nicht nur bei ihrer Suche nach „Lebensfreude und Erholung“, „Gesundheit und Bildung“, sondern fördere auch „Freundschaft und Charakterstärke“ bzw. „Verteidi-

1767 Vgl. Otto, Wolfgang 1964: Jugend und Film, in: Zeitschrift für Pädagogik, 19. Jg., H. 1, S. 41-48, zitiert in: ebd., S. 61 u. 183; vgl. Röblitz, Günther 1967, S. 41; vgl. Voß, Peter 1999, S. 355 u. S. 359-361.

1768 Über 18-Jährige entrichteten 1,30 Mark, Schüler/Studenten 0,50 Mark und Kinder bis zum zehnten Lebensjahr 0,20 Mark im Monat. Vgl. Maerker, Rudolf 1969, S. 44.

1769 Vgl. Voß, Peter 1999, S. 360.

1770 Vgl. Einschätzung der Jugendarbeit im DTSB vom 14. April 1971, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/124, Bl. 9.

1771 Vgl. Information über Probleme der Entwicklung von Körperkultur und Sport unter den Lehrlingen vom 2. April 1971, in: ebd., Bl. 1-3; vgl. Schreiben von Dr. Walter Richter an Siegfried Lorenz vom 15. August 1971, in: ebd., Bl. 1.

1772 Vgl. Maßnahmen der Produktionsleitung des RLN der DDR zur Unterstützung der Freizeitgestaltung der Jugend auf dem Lande, in: ebd., Bl. 1-3; vgl. Erläuterung zum Beschluss des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB „Massnahmen der Gewerkschaften zur weiteren Verbesserung einer vielseitigen und auf hohem Niveau stehenden Gestaltung der Freizeit der Jugend“ vom 14. April 1971, in: ebd., Bl. 6.

gungsbereitschaft und Wehrbefähigung“¹⁷⁷³. Der Jugendsport wurde mit Belohnungsanreizen¹⁷⁷⁴ ausgestattet und mit der im Juli 1965 eingeführten „Spartakiaden-Bewegung“ begann die flächendeckende (wehr-)sportliche Erfassung von Kindern und Jugendlichen.¹⁷⁷⁵ Die „Spartakiaden“ avancierten zur dominierenden Wettkampfform im Massensport.¹⁷⁷⁶ Horst Schumann behauptete, 1966 hätten sich 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche „an den Wettkämpfen der I. Deutschen Kinder- und Jugendspartakiade, am Cross der Jugend, am Internationalen Leichtathletik-Vierkampf der Freundschaft, an den Wettkämpfen um die Wanderpokale des ZR der FDJ und der Pionierorganisation ‚Ernst Thälmann‘ und an vielen anderen Volkssportveranstaltungen“¹⁷⁷⁷ beteiligt.

Laut westdeutschen Quellen wirkten 1968 2,6 Millionen Kinder und Jugendliche, das waren 64 Prozent aller 14- bis 18-Jährigen, auf freiwilliger Basis an den Vorbereitungen zur „II. Spartakiade“ mit, an der insgesamt 2,5 Millionen junge Menschen teilnahmen.¹⁷⁷⁸ Offiziellen Darstellungen zufolge erzielten von den 2,8 Millionen Teilnehmern an der „III. Spartakiade“ über 11.000 von ihnen Spitzenleistungen.¹⁷⁷⁹ Der DTSB verkündete gegenüber der Abteilung Jugend beim ZK der SED, 1966 hätten 500.000 14- bis 18-Jährige und 1970 mehr als 990.000 Kinder und Jugendliche an den „Spartakiaden“ partizipiert. Mit dem stetigen Ausbau des Wettkampfsystems – jährlich gab es 25 bis 35 Veranstaltungen¹⁷⁸⁰ – stiegen zugleich die Anforderungen an die sportlichen Leistungen,¹⁷⁸¹ nicht zuletzt auch deshalb, weil die SED bestrebt war, mit sportlichen Erfolgen international zu brillieren. Horst Schumann erklärte hierzu vor dem VIII. Parlament im

1773 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1968 (d), S. 279.

1774 Beispiele für Auszeichnungen sehr guter sportlicher Leistungen: der „Vaterländische Verdienstorden“, der „Nationalpreis“, der „GutsMuths-Preis“, der „Meister des Sports“, das Sportleistungsabzeichen „Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung der Heimat“, die Medaille für Verdienste auf dem Gebiet der sozialistischer Körperkultur und die Urkunde des Vorsitzenden des Staatsrates für junge Sportler. Vgl. Micksch, Jürgen 1972, S. 118.

1775 Vgl. Jahnke, Karl Heinz u. a. 1978, S. 232.

1776 Vgl. Art. Kinder- und Jugendspartakiaden, in: Friedrich, Walter u. a. (Hrsg.) 1975, S. 135.

1777 Schumann, Horst 1967, S. 62.

1778 Vgl. Micksch, Jürgen 1972, S. 116.

1779 Vgl. Ullrich, Klaus 1972, S. 35.

1780 Vgl. Einschätzung der Jugendarbeit im DTSB vom 14. April 1971, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/124, Bl. 9.

1781 Vgl. Micksch, Jürgen 1972, S. 117.

Mai 1967, es zeuge „nicht von Schrittmachergeist, wenn junge Menschen in der Produktion Weltniveau und nach Feierabend Güteklasse 2 erreichen“¹⁷⁸².

Im April 1967 hatte der Beschluss „Jugend und Sozialismus“ kodifiziert, Jugendliche nicht nur in die vormilitärischen Ausbildungsstrukturen von GST und FDJ zu integrieren, sondern auch „das Wesen und die konkreten Formen der offensiven Aggressionspolitik des westdeutschen Imperialismus zu entlarven“¹⁷⁸³. Spätestens von August 1961 an hatte die Wehrerziehung gemäß Hartmut Vogt einen besonderen Platz im Erziehungskosmos der DDR,¹⁷⁸⁴ da bspw. die GST versuchte, über vormilitärische Ausbildungen junge Männer für einen Beruf in der NVA anzuwerben.¹⁷⁸⁵ Mit Gründung der DDR 1949 kamen junge Menschen durch rituelle Praktiken, öffentliche Gelöbnisse, Paraden und wehrpolitische Veranstaltungen, teilweise in Anwesenheit hoher Vertreter von Staat und Partei, stets in Kontakt mit militärischen bzw. militärverwandten Abläufen.¹⁷⁸⁶

Impulse für eine verstärkte Wehrerziehung gingen in den 1960er Jahren vom XI. Plenum des ZK Ende 1965 aus, als Kurt Hager, Leiter der Ideologischen Kommission beim Politbüro der SED, im Vorfeld zur Diskussion stellte: „Wo sind Einbrüche gegnerischer Ideologien erfolgt, worin äußert sich das hauptsächlich? Wie sollen wir damit fertigwerden? Wie ist die Erziehung der Jugend im Sinne dieses Kampfes zu verbessern?“¹⁷⁸⁷ Der Chefideologe der Einheitspartei, selbst Besitzer einer „Hans-Beimler-Medaille“, glaubte, die Jugend verkenne die Wesen beider deutscher Systeme und sei sich unklar über die Rolle des Faschismus bzw. über die Absichten der westlichen Machthaber. Im Dezember 1965 fragte er, wie es um die jugendliche Kampfbereitschaft und um die sozialistische Wehrerziehung bestellt sei.¹⁷⁸⁸ Auch Erich Honecker argumentierte, sozialistische Charaktere entstünden erst im „Feuer des Kampfes“¹⁷⁸⁹ und sozialistische Erzie-

1782 Schumann, Horst 1967, S. 62.

1783 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1967, S. 34.

1784 Vgl. Vogt, Hartmut 1973, S. 1279.

1785 Vgl. Geißler, Gert/Ulrich Wiegmann 1996, S. 278.

1786 Vgl. Rogg, Matthias 2008, S. 96.

1787 Hager, Kurt 1965: Beratung der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Beschlusses über die ideologische Arbeit unter der Jugend in der jetzigen Zeit vom 9. November, in: Agde, Günter (Hrsg.) 1991, S. 284.

1788 Vgl. ebd., S. 286.

1789 Honecker, Erich 1966, S. 68.

hung glücke „nicht in erster Linie durch das Wort, sondern durch praktische Taten [...] und persönlichen Einsatz im Kampf“¹⁷⁹⁰.

Diesen Kampfgeist galt es schon bei den jüngsten Mitgliedern der Pionierorganisation zu wecken,¹⁷⁹¹ während die FDJ den Versuch unternahm, vor allem ideologisch bzw. über emotionale Kanäle die Wehrbefähigung ihrer 1,4 Millionen Mitglieder (1966/67) zu stärken.¹⁷⁹² Sie popularisierte das Feindbild des westdeutschen Aggressors und erhob zugleich die Notwendigkeit zum Landesschutz und den Dienst in der Armee zu Ehrenpflichten. Auf den wöchentlichen Mitgliederversammlungen der Grundorganisationen – bestehend aus mindestens drei Personen – fanden oftmals wehrpolitische Konversationen mit Angehörigen von NVA/Grenztruppen in kleinen Rundtischgesprächen statt. Die Jugendlichen sollten unbewusst internalisieren, weshalb es so wichtig sei, einen gesellschaftlichen Beitrag für die Landesverteidigung zu erbringen.¹⁷⁹³ Dabei waren es vor allem Freundschaftstreffen mit sowjetischen und ostdeutschen Soldaten, Buchlesungen und Gesprächskreise über sowjetische Kriegs- und Memoirenliteratur, Filmvorführungen, Sing- und Tanzveranstaltungen, Exkursionen zu Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstandes oder Besuche in Militärmuseen, die sie emotional berühren sollten. Die Erziehungsfunktionäre versprachen sich von wehrsportlichen Leistungsvergleichen im Schulbetrieb, wie Geländeläufen oder Kraftsportwettbewerben („Wer ist der Stärkste?“), von außerschulischen Arbeitsgemeinschaften und von den „Zirkeln der jungen Soldaten, Sanitäter oder Fuchsjäger“, das Interesse der Jugend an Landesverteidigung und an militärischen Berufen steigern zu können. Den wehrerzieherischen Höhepunkt bildeten bis 1978, als es zur Einführung des schulischen Wehrunterrichts kam, die jährlichen „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ unter Leitung des Jugendverbandes.¹⁷⁹⁴

Die Wettkämpfe wurden gemeinsam von GST, FDJ und dem Bildungsministerium Mitte der 1960er Jahre konzipiert; laut Horst Schumann boten diese „ein vielseitiges, wehrpolitisches und wehrsportliches Pro-

1790 Ebd., S. 72.

1791 Einen Überblick über das gesamte institutionelle System der Wehrerziehung, in: Sachse, Christian 2000, S. 158 f.

1792 Vgl. ebd., S. 143; vgl. Freiburg, Arnold/Christa Mahrad 1982, S. 92; vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 183.

1793 Vgl. Hartwig, Jürgen/Albert Wimmel 1979, S. 136-138.

1794 Vgl. ebd., S. 139 f.; vgl. Geißler, Gert/Ulrich Wiegmann 1996, S. 287 f.; vgl. Geißler, Gert/Ulrich Wiegmann 1998, S. 366.

gramm“¹⁷⁹⁵. Die Wettkämpfe trugen den Namen des deutschen Widerstandskämpfers Hans Beimler (geb. 1895), der sich im Auftrag des ZK der KPD als politischer Kommissar an zahlreichen militärischen Aktionen in Spanien beteiligt hatte und 1936 gefallen war. Die SED ehrte ihn als „treuen Sohn der Arbeiterklasse“¹⁷⁹⁶ und wollte mit den Wettkämpfen seine antifaschistischen Verdienste würdigen. Offiziell unterstützten die „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ von 1967 an FDJler und alle anderen Schüler bei der „Entwicklung der geistigen, körperlichen und charakterlichen Eigenschaften [...] zur Erfüllung ihrer Aufgaben bei der allseitigen Stärkung und beim Schutz des sozialistischen Vaterlandes“¹⁷⁹⁷.

Sie dienten nicht nur der emotionalen Beeinflussung, wie bspw. die militärischen Gesprächsrunden der FDJ-Grundorganisationen, oder sollten wie die außerschulischen Arbeitsgemeinschaften die Begeisterung für militärische Berufe wecken, sondern erfassten auch den vormilitärischen Leistungsstand aller 14- bis 16-Jährigen, bevor die jungen Männer ab dem 16. Lebensjahr in der GST weitere vormilitärische Ausbildungen absolvierten. Alle Schüler der achten bis zehnten Klassenstufen in den POS mussten an ihnen teilnehmen; der Schwierigkeitsgrad der wehrsportlichen Übungen variierte daher je nach Altersstufe und Geschlecht. So übten sich 14-Jährige im Luftgewehrschießen, bestimmten doch ZR, GST und das Ministerium für Volksbildung die Wettkampfbedingungen mit dem Ziel, die Hemmschwelle der Minderjährigen im Umgang mit Waffen zu senken.¹⁷⁹⁸

Das Repertoire der Wettkämpfe umfasste wehrpolitische Veranstaltungen (ab 1971/72), militärische Rundtischgespräche, Buchvorstellungen, literarische Diskussionen, Geländeläufe, Kraftsport (Klimmzüge, Schlussdreisprung, Beugestütz am Barren, Kniebeugen mit Sandsack), Mehrkämpfe, imitierten Handgranatenzielwurf, Schießübungen und den „Marsch auf Bewährung“.¹⁷⁹⁹ Dieser sollte das Kollektivbewusstsein im

1795 Schumann, Horst 1967, S. 50.

1796 Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1970, S. 2.

1797 Vereinbarung des Zentralrats der FDJ, des Ministeriums für Volksbildung und des Zentralvorstandes der GST für die Organisation und Durchführung der „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ der FDJ der 8.-10. Klassen an den 10klassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen vom Juni 1967, S. 296.

1798 Vgl. Junge Generation 1976, S. 104 u. 141; vgl. Jahnke, Karl Heinz u. a. 1978, S. 240; vgl. Rogg, Matthias 2008, S. 100 u. 188.

1799 Vgl. Jahnke, Karl Heinz u. a. 1978, S. 240; vgl. Hartwig, Jürgen/Albert Wimmel 1979, S. 143; vgl. Rogg, Matthias 2008, S. 188.

Klassenverband stärken. Von 1970 an mussten die Schüler eine Strecke von zehn Kilometern bewältigen, mit Hindernissen, Eilmärschen, Orientierung und Tarnung im Gelände.¹⁸⁰⁰ Die Wettkämpfe begannen mit einem Appell, auf dem alle Teilnehmer über Ziel und Inhalt der Wehrsportveranstaltung aufgeklärt wurden und einen Eid ablegten: „Wir FDJ-Mitglieder und Schüler geloben, bei den ‚Hans-Beimler-Wettkämpfen‘ ehrenhafte Kämpfer zu sein und die Regeln zu achten – wir nehmen teil, um durch hohe wehrsportliche Leistungen unsere Bereitschaft zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes zu bekunden und uns der revolutionären Kämpfer würdig zu erweisen [...] Das geloben wir!“¹⁸⁰¹

Da die Wettkämpfe erst im Frühjahr des Folgejahres endeten, hatten die Schüler ein Jahr Zeit, um alle Disziplinen zu absolvieren. Im September/Oktober erfolgten wehrsportliche Einzel- und Mannschaftswettkämpfe. Von Oktober bis Februar übten sich die Acht- bzw. Neunt- und Zehntklässler in Einzelwettkämpfen beim Luftgewehr- bzw. im KK-Schießen, von März bis Mai wurden Geländespiele absolviert.¹⁸⁰² Mit dem Abschluss erhielt der Klassenbeste das „Hans-Beimler-Ehrenabzeichen“ bzw. eine Urkunde und die erfolgreichste FDJ-Gruppe der Schule bekam den „Hans-Beimler-Ehrenwimpel“.¹⁸⁰³ Weil die Wettkämpfe, wie die meisten wehrsportlichen „Spartakiaden“, in das Schulwesen integriert waren, lässt sich die Zahl der Teilnehmer rekonstruieren, wenngleich das Niveau bei der Durchführung und bei der ideologischen Erziehungsarbeit an den Schulen schwankte.¹⁸⁰⁴ Nach offiziellen Darstellungen nahmen 1967 rund 90 Prozent aller 14- bis 16-jährigen Mädchen und Jungen an den ersten Wettkämpfen teil.¹⁸⁰⁵ Aktuelle Forschungsergebnisse weisen jedoch

1800 Vgl. Hartwig, Jürgen/Albert Wimmel 1979, S. 146 f.

1801 Vereinbarung des Zentralrats der FDJ, des Ministeriums für Volksbildung und des Zentralvorstandes der GST für die Organisation und Durchführung der „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ der FDJ der 8.-10. Klassen an den 10klassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen vom Juni 1967, S. 299. Vermutlich wurde der Wettkampf nach 1967 geändert. Jürgen Hartig und Albert Wimmel veröffentlichten 1979 auf Grundlage einer Broschüre des ZR der FDJ in ihrem Werk ein ähnliches Gelöbnis. Vgl. Zentralrat der FDJ (Hrsg.) 1972/73: Der Hans-Beimler-Wettkampf der FDJ, Berlin (Ost), S. 3, zitiert in: dies. 1979, S. 142.

1802 Vgl. ebd., S. 296 u. 298.

1803 Vgl. Vogt, Hartmut 1973, S. 1288; vgl. Freiburg, Arnold/Christa Mahrad 1982, S. 222.

1804 Vgl. Sachse, Christian 2000, S. 293; vgl. Rogg, Matthias 2008, S. 189.

1805 Vgl. Jahnke, Karl Heinz u. a. 1978, S. 240.

auf andere Angaben hin, wonach der Anteil der teilnehmenden Schüler bei 70 Prozent (1968)¹⁸⁰⁶ bzw. bei 74 Prozent (1977)¹⁸⁰⁷ gelegen habe. Gemessen am niedrigsten Organisationsgrad von 70 Prozent, hätten von 1967 bis 1973 jährlich durchschnittlich mindestens 380.000 Schüler der achten bis zehnten Klasse an den „Hans-Beimler-Wettkämpfen“ partizipiert.¹⁸⁰⁸ Gemäß Elfie Rembold gingen die Statistiken der FDJ Ende der 1960er Jahre insgesamt von 2,5 Millionen Kindern und Jugendlichen aus, die an wehrsportlichen „Spartakiaden“, Manöverübungen oder Feldlagern mitwirkten.¹⁸⁰⁹

Mit Einführung des Wehrunterrichts in den regulären Schulbetrieb 1978/79 blieben die „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ den Schülern der achten Klassenstufen vorbehalten. Sie sollten weiterhin für die Internalisierung „klassenmäßig geprägte[r] Motive für die Verteidigung des Friedens und des Sozialismus“ sorgen. Die Wettkämpfe bereiteten laut dem Ministerium für Volksbildung nun alle Jungen und Mädchen auf den kommenden Wehrunterricht in der neunten und zehnten Klasse vor. Für dieses blieben die „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ bis Ende der 1970er Jahre die „Hauptform der sozialistischen Wehrerziehung der FDJ“¹⁸¹⁰. Nach eigenen Angaben mobilisierte der Verband 1979 für den 30. Jahrestag der Gründung der DDR mehr als 400.000 Achtklässler für die wehrpolitische Aktion unter der Losung „Wir erfüllen das Vermächtnis Hans Beimlers im Geiste des sozialistischen Patriotismus und des proletarischen Internationalismus“.¹⁸¹¹

Nach Einführung des schulischen Wehrunterrichts erweiterten GST und FDJ das Rahmenprogramm der Wettkämpfe. Dabei setzten beide Massenorganisationen auf „bewährte“ Formen der Wehrerziehung aus den 1960er Jahren: Leistungsvergleiche im Kraftsport, Mehrkämpfe, Geländeläufe, Rundtischgespräche sowie Foren und Veteranentreffen. Der „Marsch auf Bewährung“ endete oftmals mit dem Empfang der Schüler durch Militär-

1806 Vgl. Informationsbericht an das MfS von 1968, S. 70, in: LAB, C REP 120/2214, zitiert in: Droit, Emmanuel 2014, S. 301.

1807 Vgl. Rogg, Matthias 2008, S. 189.

1808 Vgl. Köhler, Helmut 2008, S. 128 f.

1809 Vgl. Rembold, Elfie 2003, S. 211.

1810 Mitteilung über eine neue Richtlinie für die Organisation und Durchführung der Hans-Beimler-Wettkämpfe der FDJ in den 8. Klassen der Oberschule vom 25. Januar 1979, S. 4.

1811 Vgl. „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ der FDJ in den 8. Klassen der Oberschulen, in: SAPMO-BArch, DY 24/22025, Bl. 1.

angehörige in Gedenkstätten, bei Einheiten von NVA und Sowjetarmee oder in Großbetrieben. Bestleistungen wurden zusätzlich mit einem Wandpokal im Luftgewehrschießen durch den ZR der FDJ honoriert. Ab 1979 veröffentlichten deren Leitungen an Wandzeitungen in den Schulen die Namen von den FDJlern, die sich für einen Beruf in der NVA entschieden hatten.¹⁸¹²

Gegen Ende der 1970er Jahre plante Margot Honecker den Ausbau der wehrpolitischen Propaganda unter dem Banner Hans Beimlers. Alle zehnten Klassen sollten „Hans-Beimler-Tage“ abhalten und die besten 16-Jährigen neue Auszeichnungen mit seinem Namen erhalten.¹⁸¹³ Während sich die ersten Wettstreite auf wehrsportliche Übungen konzentriert hatten und erst im Verlauf der 1970er Jahre wehrpolitische Veranstaltungen dazukamen, entwickelten sich die „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ in den 1980er Jahren zu einer Art Rekrutierungsstätte für den militärischen Nachwuchs.¹⁸¹⁴ Obwohl kaum Belege über Verweigerungsverhalten existieren und das Institut für Meinungsforschung behauptete, den Schülern habe das Schießen die meiste Freude bereitet,¹⁸¹⁵ bewiesen Eingaben¹⁸¹⁶ das Gegenteil.

Besonders christliche und pazifistisch motivierte Jugendliche und deren Eltern haderten mit den Schießübungen und dem Übungshandgranatenzielwurf.¹⁸¹⁷ Ältere Schüler und deren Eltern kritisierten häufig den En-

1812 Vgl. Richtlinie für die Organisation und Durchführung der Hans-Beimler-Wettkämpfe der FDJ in den 8. Klassen der Oberschulen, in: SAPMO-BArch, DY 24/22025, Bl. 1-7; vgl. Brux, Arnim/Monika Welter 1988, S. 158.

1813 Vgl. Gespräch mit Margot Honecker vom 5. Januar 1978, in: SAPMO-BArch, DY 24/22025, Bl. 4 f.; vgl. Hausmitteilung von Gunter Rettner an Egon Krenz vom 4. April 1978, in: ebd., Bl. 3.

1814 Vgl. Führungsdokumentation einer Kreisorganisation der FDJ (Halberstadt) zur sozialistischen Wehrerziehung, in: SAPMO-BArch, DY 24/11150, Bl. 17; vgl. Hartwig, Jürgen/Albert Wimmel 1979, S. 143.

1815 Vgl. Rogg, Matthias 2008, S. 189.

1816 Unter Eingaben sind schriftliche oder mündliche Beschwerden, Hinweise oder Aufforderungen an staatliche Organe gemeint. Das Eingabengesetz trat im Juni 1975 in Kraft. Vgl. Geißler, Gert/Ulrich Wiegmann 1998, S. 360; vgl. für Einzelheiten: Suckut, Siegfried (Hrsg.) 2015.

1817 In einigen Fällen übten sich christliche Jugendliche alternativ zum Handgranatenzielwurf im Kugelstoßen. Vgl. Elterneingabe zum Wehrunterricht und Antrag auf Freistellung von den Hans-Beimler-Wettkämpfen an das Ministerium für Volksbildung vom 3. Dezember 1988, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991, S. 311-313; vgl. Droit, Emmanuel 2014, S. 301 f.

thusiasmus des Volksbildungsministeriums, bestehende Lehrpläne mit Wehrerziehung zu überfrachten.¹⁸¹⁸ Hartmut Vogt bestätigte 1973 im Deutschland Archiv, die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen in der DDR empfinde die Wehrerziehung „als zwar lästiges, jedoch notwendiges Übel“. Der Großteil von ihnen absolviere den Wehrsport, weil Verweigerungsverhalten das berufliche Fortkommen gefährden könnten, „zum Teil [seien] sie aber auch mit großem Eifer und echter Begeisterung dabei“¹⁸¹⁹, so Vogt. Durch die Eingliederung der Wehrerziehung in die schulischen Lehrpläne kann davon ausgegangen werden, dass der größte Teil der Jugend damit in Berührung kam, wobei insbesondere der Wehrsport dem Interesse der Kinder und Heranwachsenden an sportlicher Betätigung ein Stück weit entgegenkam. Wegen der Schulpflicht war es fast unmöglich, die Wehrerziehung zu umgehen.

Rückschlüsse über die Einstellungen der Jugendlichen zu Landesverteidigung, Wehrbereitschaft und militärischen Berufen, die insbesondere durch die „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ positiv beeinflusst werden sollten, geben die Untersuchungen des ZIJ. Ein Jahr vor Einführung der Wettkämpfe konstatierten die Forscher, die sozialistische Erziehung müsse sich intensiver auf „die Herausbildung und Festigung sozialistischer Grundüberzeugungen“¹⁸²⁰ konzentrieren. Gemäß der „nahezu repräsentativ[en]“¹⁸²¹ Vergleichsstudie von 1966 sei die Einstellung zum Wehrdienst zwar generell positiv, doch im Gegensatz zu jüngeren Schülern (achte Klasse), die den Wehrdienst in der Regel gern ableisten würden, folgten ältere Schüler (zehnte bis zwölfte Klasse) aus den POS/EOS bei der Ableistung des Wehrdienstes weniger persönlichen Überzeugungen als vielmehr der Forderung des Wehrdienstgesetzes. Obgleich die Arbeiterjugend insgesamt die geringste Bereitschaft für den allgemeinen Wehrdienst aufbrachte, meinten sehr viele von ihnen, ähnlich wie viele Achtklässler, später als (Unter-)Offizier länger dienen zu wollen.¹⁸²²

Im Jahr 1966 gab von etwa 1.650 männlichen Acht- bis Zehntklässlern aus POS, EOS sowie Berufsschulen (Gesamtpopulation rund 3.700 Pro-

1818 Vgl. Vogt, Hartmut 1973, S. 1285 f.

1819 Ebd., S. 1284.

1820 Vgl. Information über einige Probleme der sozialistischen Bewußtseinsentwicklung der Jugend vom 20. März 1967, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/159, Bl. 5.

1821 Ebd., Bl. 1.

1822 Vgl. ebd., Bl. 4 f.

banden) bei der Frage, weshalb sie eines Tages Soldat der NVA werden würden, weit mehr als ein Drittel an, dass sie der allgemeinen Wehrpflicht folgten, weil es das Gesetz verlange. Fast 30 Prozent der befragten 14- bis 18-jährigen Leipziger Schüler äußerten, diesen Dienst gern ableisten zu wollen, und 20 Prozent würden die Wehrpflicht lieber vermeiden. Jeweils 7,5 Prozent gaben an, über eine längere Verpflichtung als (Unter-)Offizier nachzudenken bzw. sich mit dieser Möglichkeit noch nicht näher befasst zu haben.¹⁸²³ Auf Grundlage dieser Studie gelangten die Wissenschaftler zu dem Resultat, etwa 60 Prozent der Probanden, die zur Gruppe politisch Zuverlässiger gehörten (etwa 280 Personen), würden den Wehrdienst gern ableisten und 20 Prozent von ihnen eine (Unter-)Offizierslaufbahn anstreben. Rund 60 Prozent aus der Gruppe der politisch Ungefestigten (rund 210 Personen) wollten dem Wehrdienst am liebsten fernbleiben. Von ihnen hatten sich zudem fast doppelt so viele wie in der ersten Gruppe noch keine Gedanken über den Wehrdienst bzw. über eine berufliche Karriere in der Armee gemacht.¹⁸²⁴

Zwei Jahre nach Einführung der „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ schien die politische Wehrerziehung erste sichtbare Erfolge zu verbuchen. Laut einer Studie des ZIJ von 1969 war die Bereitschaft unter der männlichen Jugend gestiegen, eine militärische Laufbahn in der NVA anzuvisieren (siehe Abbildung 6). Von etwa 5.500 männlichen Schülern und Berufsschülern (Gesamtpopulation 11.500 Probanden) aus neun Bezirken der DDR und Ostberlin antworteten jeweils rund 30 Prozent auf die Frage, weshalb sie eines Tages Soldat der NVA werden würden, sie würden den Wehrdienst gern ableisten bzw. sie folgten der Forderung des Gesetzes. Etwa 20 Prozent würden die allgemeine Wehrpflicht lieber umgehen, für rund 15 Prozent sei eine Karriere als (Unter-)Offizier nicht abwegig und drei Prozent hätten sich damit nicht noch nicht näher beschäftigt.¹⁸²⁵

Obwohl in dieser Untersuchung von 1969 die Anteile derjenigen stiegen, die erstens dazu tendierten, als (Unter-)Offizier länger dienen zu wollen und zweitens ihre Wehrpflicht gern ableisteten, hatte sich – wenn auch in geringerem Maße – ebenso die Zahl derer erhöht, die lieber auf die Wehrpflicht verzichten würden. Zwei Jahre nach Einführung der Wett-

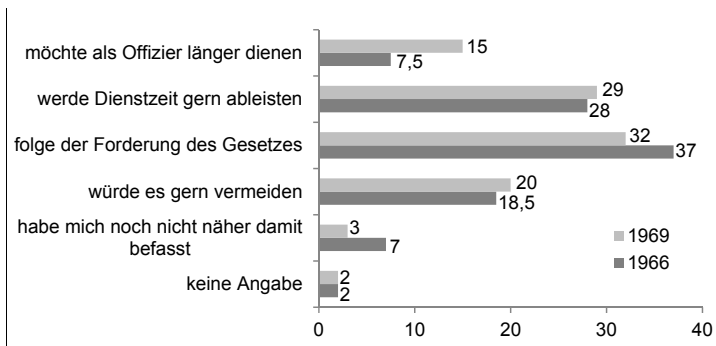
1823 Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1969: Zur politisch-ideologischen Lage der Jugend in der DDR. Eine Zusammenfassung von Ergebnissen aus Untersuchungen des ZIJ von 1966-1968, Bl. 4 u. 20.

1824 Vgl. Typenstudie, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/159, Bl. 6 u. 12 f.

1825 Vgl. Friedrich, Walter u. a. 1969: Umfrage 69. Abschlußbericht, Bl. 159.

kämpfe folgten die meisten jungen Männer – wie 1966 – mit der Ableistung des Wehrdienstes vorrangig dem Ruf des Wehrpflichtgesetzes (vom September 1962). Dennoch attestierten die Leipziger Wissenschaftler 1969, die Einstellung zum Wehrdienst habe sich von 1966 an verbessert und die Anziehungskraft der Armee sei gestiegen. Die Motive für die positive Einstellung zum Wehrdienst aber fielen unterschiedlich aus: „Nicht alle Jungen, die länger bzw. gern den Wehrdienst ableisten, sind stolze Staatsbürger oder vom Sieg des Sozialismus überzeugt.“¹⁸²⁶

Abbildung 6: Auswertung der Umfragen des ZIJ von 1966 und 1969:
„Weshalb werden Sie eines Tages Soldat der NVA?“
(in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Studien des ZIJ. Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1969: Zur politisch-ideologischen Lage der Jugend in der DDR. Eine Zusammenfassung von Ergebnissen aus Untersuchungen des ZIJ von 1966-1968, Bl. 4 u. 20; vgl. Friedrich, Walter u. a. 1969: Umfrage 69. Abschlußbericht, Bl. 159.¹⁸²⁷ Gesamtzahlen in etwa: 1966 N = 3.730 Probanden bzw. 1.650 männliche Probanden; 1969 N = 11.500 Probanden bzw. 5.500 männliche Probanden.

Erst Anfang der 1970er Jahre sanken die Anteile der Jugendlichen, die zum Offiziersberuf überredet worden waren, von etwa zwölf (1973) auf fünf Prozent (1975) und derer, die eine Karriere in der NVA nur anvisierten, weil sie keinen anderen Studienplatz bekommen hatten, von rund sie-

1826 Friedrich, Walter u. a. 1969: Umfrage 69. Abschlußbericht, Bl. XV.

1827 Vgl. für Einzelheiten: Rogg, Matthias 2008, S. 217 f.

ben (1973) auf drei Prozent (1975).¹⁸²⁸ Trotz verstärkter Wehrerziehung in den Schulen blieb der gewünschte Ansturm auf das Militär in der ersten Hälfte der 1970er Jahre nach Auffassung von Hartmut Vogt aus.¹⁸²⁹ In der „Parlamentsstudie“ des ZIJ von 1975 bekundeten selbst 70 Prozent der mehr als 1.140 befragten jugendlichen Mitglieder und Kandidaten der SED ihr Desinteresse am Beruf des Offiziers.¹⁸³⁰ Gert Geißler meint, der Großteil der Rekrutierten in der DDR habe schon den 18-monatigen Grundwehrdienst zu keiner Zeit als Ehrendienst empfunden, unterbrach dieser doch Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse sowie soziale Beziehungen.¹⁸³¹

Bis Mitte der 1960er Jahre gab es keine Alternative zum bewaffneten Wehrdienst und bei Weigerungen drohten Sanktionen bzw. Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren. In den meisten Fällen lag das Strafmaß knapp über der Dauer des Grundwehrdienstes. Selbst nach der Haftzeit konnte der Betroffene erneut einen Einberufungsbefehl erhalten und wieder vor Gericht gebracht werden. Universitäten durften Studenten relegieren, wenn diese ihre Verpflichtung zum propagierten Ehrendienst ignorierten,¹⁸³² und bei Nichtablegen des Fahneneids konnten Inhaftierungen von bis zu fünf Jahren folgen.¹⁸³³ Mit dem Fahneneid schworen die jungen Rekruten von 1962 an, „den Sozialismus gegen alle Feinde zu verteidigen und [das] Leben zur Erringung des Sieges einzusetzen“. Wie zur Mahnung enthielt der Schwur den Passus: „Sollte ich jemals diesen [...] Eid verletzen, so möge mich die harte Strafe der Gesetze [...] und die Verachtung des werktätigen Volkes“¹⁸³⁴ treffen.

1828 Vgl. Bericht über ausgewählte Probleme der Heranbildung sozialistischer Offizierspersönlichkeiten an den Offiziershochschulen der NVA und der Grenztruppen der DDR, in: BA/MA, AZN Strausberg P-01/2981, Bl. 175, zitiert in: Fingerle, Stephan 2001, S. 299.

1829 Vgl. Vogt, Hartmut 1973, S. 1285.

1830 Vgl. Zentralinstitut für Jugendforschung: Parlamentsstudie 1975. Zusatzbericht Zum ideologischen Profil junger Mitglieder und Kandidaten der SED (Kurzfassung) vom Dezember 1976. Büro Paul Verner, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.036/9, Bl. 268 f. u. 275.

1831 Der 18-monatige Grundwehrdienst war der kürzeste im Raum der Warschauer-Pakt-Staaten. Vgl. Geißler, Gert 2013, S. 151.

1832 Vgl. Mitter, Armin/Stefan Wolle 1995, S. 359; vgl. Diedrich, Torsten 2005, S. 151.

1833 Vgl. Eisenfeld, Bernd/Peter Schicketanz 2011, S. 52 f. u. 56.

1834 Der Fahneneid der Nationalen Volksarmee von 1962, zitiert in: Koch, Hans-Gerhard 1975, S. 237.

Die Wehrpflicht galt für alle 18- bis 50-Jährigen, im Verteidigungsfall konnten noch bis zu 60-Jährige eingezogen werden.¹⁸³⁵ Eine – vermeintliche – Option zum bewaffneten Wehrdienst und damit im östlichen Militärbündnis einzigartig entstand 1964 aufgrund kirchlichen Drucks.¹⁸³⁶ Laut Gesetz war der Dienst in den unbewaffneten Baueinheiten der NVA für jene gedacht, „die aus religiösen Anschauungen oder aus ähnlichen Gründen den Wehrdienst mit der Waffe ablehnen“¹⁸³⁷. Der Staat zeigte sich 1964 auch deshalb so kompromissbereit, weil die 1.500 bis 3.000 Verweigerer – häufig junge Theologen und kirchennahe Jugendliche – das System zwischen 1962 und 1964 politisch überforderten.¹⁸³⁸ Die vom Volksmund wegen ihres Symbols auf den Schulterklappen als Spaten- oder Bausoldaten bezeichneten Wehersatzdienstleistenden legten statt des Fahneneids ein Gelöbnis ab, das in seiner Rechtsverbindlichkeit dem Fahneneid glich.¹⁸³⁹

In beinahe jedem Durchgang gab es Bausoldaten, die das Gelöbnis verweigerten,¹⁸⁴⁰ das sie dazu verpflichtete, „die gesetzlichen und militärischen Bestimmungen zu erfüllen und überall die Ehre unserer Republik und meiner Einheit zu wahren“¹⁸⁴¹. Trotz des Rechts auf Wehrdienstverweigerung bzw. der eindeutigen Rechtslage für den Bausoldatendienst erwarteten die Verweigerer im schlimmsten Fall Gefängnisstrafen. Wenn gleich die Reaktionen der Staatsmacht uneinheitlich ausfielen, manche wurden angeklagt und verurteilt, andere in Ruhe gelassen und geduldet, folgten in fast allen Fällen Nachteile bei Ausbildung und Beruf. Die Repressionen zeigten sich in einer juristischen Grauzone.¹⁸⁴² Diese Willkür erzeugte unter Jugendlichen Unsicherheit. Zudem wussten viele nichts von der Möglichkeit des waffenlosen Wehersatzdienstes.¹⁸⁴³ Mitte der 1960er Jahre entfielen fünf Prozent aller Fluchtversuche auf Jugendliche,

1835 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1962 (a), § 3, Abs. 1 u. 2.

1836 Vgl. Geißler, Gert 2013, S. 151.

1837 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1964 (a), § 4 Abs. 1.

1838 Vgl. Fricke, Karl Wilhelm 1984, S. 145; vgl. Eisenfeld, Bernd 1995, S. 256; vgl. Mühlen, Patrik von zur 2000, S. 50.

1839 Vgl. Koch, Uwe 1995, S. 1840; vgl. Eisenfeld, Bernd 1999, S. 242.

1840 Vgl. Eisenfeld, Bernd 1999, S. 247.

1841 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1964 (a), S. 130.

1842 Vgl. Mühlen, Patrik von zur 2000, S. 50; vgl. Widera, Thomas 2007, S. 49.

1843 Vgl. Mahrad, Christa 1981 (a), S. 354; vgl. Helwig, Gisela 1988 (b), S. 103.

die sich durch das Verlassen der DDR dem Wehrdienst entziehen wollten.¹⁸⁴⁴

Prinzipiell implizierte die Verweigerung der Wehrpflicht die Ablehnung des Dienstes mit der Waffe und den Dienst ohne Waffe sowie die Ablehnung des Reservistendienstes (Totalverweigerung). Die Entscheidung, den Dienst in den Baueinheiten der NVA zu entrichten, trafen laut Bernd Eisenfeld bis 1989 etwa 27.000 Wehrpflichtige, davon wurden 15.000 tatsächlich eingezogen. Wollten von 1964 bis 1975 durchschnittlich 0,2 Prozent der Geburtsjahrgänge 1946 bis 1957 den Dienst ohne Waffe ableisten (200 bis 270 Mann pro Jahr), waren es von den Geburtsjahrgängen 1958 bis 1965 etwa 0,3 Prozent (400 bis 450 Mann pro Jahr)¹⁸⁴⁵ und ab 1984 etwa 1,4 Prozent pro Jahr. Die Zahl der Totalverweigerer lag ab Einführung der Wehrpflicht 1962 bei etwa 6.000, darunter jährlich etwa 100 Zeugen Jehovas. Von den 1982 rund 270 verurteilten Totalverweigerern sollen fast 230 der Glaubensgemeinschaft angehört haben.¹⁸⁴⁶

Insgesamt mussten wohl mindestens 3.000 Totalverweigerer Freiheitsstrafen in Kauf nehmen. Bis Mitte der 1980er Jahre drohten in der Regel Haftstrafen zwischen 24 und 30, danach zwischen 18 und 20 Monaten. Ein Teil der Verurteilten wurde nach der Hälfte ihrer Haft von der Bundesrepublik freigekauft. Während die NVA darum bestrebt war, jeden Bausoldaten einzuziehen, weshalb deren Durchschnittsalter zur Dienstzeit oftmals zwischen 23 und 28 lag, bemühte sich die SED darum, die Zahl der Totalverweigerer so gering wie möglich zu halten, und sah in vielen Fällen von einer Einberufung ab.¹⁸⁴⁷ Doch erst Mitte der 1980er Jahre wurde auf die Strafverfolgung von Totalverweigerern bzw. Reservistendienstverweigerern verzichtet, wenn diese 24 Stunden vor dem Einberufungsstichdatum erklärten, der Einberufung nicht Folge zu leisten.¹⁸⁴⁸ Die meisten jungen Männer begründeten ihre ablehnende Haltung zum Wehrdienst mit

1844 Vgl. Bericht Nr. 210/65 über festgestellte Ursachen, Bedingungen und Motive des illegalen Verlassens der DDR vom 2. April 1965, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1018, Bl. 1-41.

1845 Rüdiger Wenzke geht bis zum Jahr 1982 von 0,1 Prozent Verweigerern des jeweiligen Musterungsjahrganges aus. Vgl. Wenzke, Rüdiger 2005, S. 371.

1846 Vgl. Eisenfeld, Bernd 1995, S. 270; vgl. ders. 1999, S. 242 f. u. 246; vgl. Patzer, Werner 1998, S. 376; vgl. Hildebrand, Gerold 1999, S. 344.

1847 Vgl. Koch, Uwe 1995, S. 1859 u. 1878; vgl. Eisenfeld, Bernd 1999, S. 242 f.; vgl. Neubert, Ehrhart 2000, S. 300.

1848 Das Strafmaß bei Verweigerung zum Reservistendienst lag bei vier bis sechs Monaten. Insgesamt verweigerten 500 bis 800 junge Männer den Reservisten-

dem christlichen Tötungsverbot und mit der Ablehnung des Fahnneneids. Überzeugte Christen und Zeugen Jehovas fühlten sich allein der biblischen Neutralität verpflichtet.¹⁸⁴⁹

Beim Bausoldatendienst, für den bis in die 1970er Jahre pro Jahrgang nur unzureichende 220 bis 240 Plätze bereitstanden,¹⁸⁵⁰ durchliefen sie nicht nur denselben militärischen Ablauf und Drill wie die bewaffneten Kräfte, sondern sollten auch noch umerzogen werden. Ihnen wurde die Einsicht in Dienstvorschriften und die Nutzung der Bibliothek und der Telefonzellen am oftmals sehr weit von der Heimat entfernten Standort verwehrt. Die Erlaubnis, einen Gottesdienst zu besuchen, glich einer Belobigung, Briefe wurden geöffnet oder einbehalten und religiöse Literatur gehandelt.¹⁸⁵¹ Entgegen ihren Hoffnungen wirkten die Bausoldaten jedenfalls bis 1975 nicht am Aufbau ziviler Bauvorhaben mit, sondern mussten Panzeranlagen, Schießplätze und Militärflughäfen errichten. Der Großteil der wenigen Bausoldaten von 1954 bis 1973 entstammte dem evangelischen Milieu. Von 220 Bausoldaten bekannten sich 1965 rund drei Viertel zum evangelischen Glauben. Viele von ihnen konnten ihren Lebensunterhalt nach Ableistung des waffenlosen Wehersatzdienstes nur im kirchlichen Umfeld bestreiten.¹⁸⁵²

Anfang der 1960er Jahre richtete sich die Kirche – gegen staatliche Widerstände – mit speziellen seelsorgerischen Angeboten an Wehrpflichtige,¹⁸⁵³ spielten doch, ähnlich wie bei der Verweigerung zu den „Hans-Beimler-Wettkämpfen“, bei der Entscheidung, den waffenlosen Dienst zu absolvieren, religiöse Motive die entscheidende Rolle: Von 1964 bis 1973 nannte der überwiegende Anteil von mehr als 360 Bausoldaten seine Reli-

dienst, wobei die Zahlen schwanken. Gerold Hildebrand berichtet, 1980 wurden 340 Totalverweigerer verurteilt, einschließlich 286 Reservistendienstverweigerer. Vgl. Koch, Uwe/Stephan Eschler 1994, S. 112; vgl. Eisenfeld, Bernd 1999, S. 243; vgl. Hildebrand, Gerold 1999, S. 344.

1849 Vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2014, S. 213.

1850 Vgl. für Einzelheiten: Eisenfeld, Bernd 1995, S. 270.

1851 Vgl. Koch, Uwe 1995, S. 1841, 1846 u. 1859.

1852 Vgl. Aus der Handreichung zur Seelsorge an Wehrpflichtige vom 6. November 1965, in: Büscher, Wolfgang u. a. (Hrsg.) 1982, S. 53; vgl. Mühlen, Patrik von zur 2000, S. 50 f.; vgl. Fulbrook, Mary 2008, S. 144; vgl. Eisenfeld, Bernd/Peter Schicketanz 2011, S. 118 f. u. 356.

1853 Vgl. Einzelinformation Nr. 584/65 über die Stellung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zum Wehr- und Wehersatzdienst und zum Familiengesetz-Entwurf vom 30. Juni 1965, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1074, Bl. 1-40.

giosität als Grund für die Wehrdienstverweigerung, mit Abstand gefolgt von christlich-humanistischen Überzeugungen und humanistischen oder oppositionellen Gründen.¹⁸⁵⁴

Im Zeitraum der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (1962), des Bausoldatendienstes (1964) und der „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ (1967) bemerkte Walter Friedrich eine „merkwürdige Tendenz“¹⁸⁵⁵. Der Leiter des ZIJ konstatierte von 1962 bis 1969 unter Jugendlichen eine Distanzierung zur sozialistischen Gesellschaft: Der Anteil junger Atheisten sei bei Schülern und Lehrlingen in den 1960er Jahren erheblich gesunken, indes die Gruppe der Unentschiedenen gewachsen. Derartige Erscheinungen wurden nach seinen Beobachtungen erst 15 bis 20 Jahre später wieder sichtbar. Auch das Volksbildungsministerium bemerkte Anfang des Jahres 1968, es gebe fast 3.000 Junge Gemeinden mit 68.000 Mitgliedern und 27.000 katholische Mitglieder in etwa 840 Gruppen der katholischen Pfarrjugend. Das bedeutete gegenüber 1967 eine Zunahme von etwa 3.000 Jugendlichen.¹⁸⁵⁶

Dennoch schätzten die Leipziger Forscher mit Beginn der 1970er Jahre „die Zahl der subjektiv überzeugten Religiösen [...] weitaus geringer [ein] als die Zahl der Kirchenmitglieder“¹⁸⁵⁷. Es gehörten 50 bis 60 Prozent aller Jugendlichen in den Großstädten zur Gruppe Konfessionsloser; dies war entschieden mehr als in peripheren Gebieten üblich.¹⁸⁵⁸ Inwieweit die „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ Jugendliche in Fragen ihres religiösen Glaubens und damit dauerhaft in ihrer Einstellung zum Wehrdienst beeinflussten, bleibt offen. Zwar schwand in den 1960er Jahren die Zahl junger Atheisten, während die Gruppe der Unentschlossenen wuchs, aber erst Anfang der 1980er Jahre verweigerten mehr Jugendliche den Wehrdienst. Die Mehrheit der Heranwachsenden zog es in den 1960er Jahren weder verstärkt in die Armee noch in die Gotteshäuser.

1854 Vgl. Eisenfeld, Bernd 1978, S. 80 f.

1855 Friedrich, Walter 1996, S. 95.

1856 Vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2014, S. 172.

1857 ZIJ (Hrsg.) 1971: Expertise. Zu einigen Problemen der weltanschaulich-atheistischen Erziehung, Bl. 7.

1858 Nach deren Recherchen wandten sich in der ersten Hälfte der 1960er Jahre vor allem Heranwachsende aus den Ballungszentren Magdeburg, Karl-Marx-Stadt oder Rostock von der Kirche ab, hingegen lebten in den Bezirken Erfurt, Neubrandenburg, Schwerin oder Suhl viele junge Menschen ihren Glauben. Vgl. ebd., Bl. 6 f.

Doch wie standen Jugendliche zu den wehrsportlichen Maßnahmen ihrer Regierung? Forscher des ZIJ befragten im April 1969 rund 11.500 Schüler und Berufsschüler aus neun Bezirken der DDR und Ostberlin über die Aktion „Signal DDR 20“. Das wehrpolitische Aufgebot, unter Schirmherrschaft des Verteidigungsministers Heinz Hoffmann, aktivierte laut MfS „alle existierenden Formen und Methoden der sozialistischen Wehrerziehung“¹⁸⁵⁹. Die Massenaktion rief Heranwachsende dazu auf, ihre Treue zur Republik und zur SED, ihre Liebe zur Heimat und „ihren tiefen Haß gegen den westdeutschen Imperialismus und Militarismus“¹⁸⁶⁰ zu bekunden. „Signal DDR 20“ startete am 14. Januar 1969, fast genau zum 50. Jahrestag der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, und war Teil der „Stafette der Pioniertaten für unser sozialistisches Vaterland“.¹⁸⁶¹

Im Februar 1969 begannen in allen Kreisen der DDR militärische Rundtischgespräche, bei denen Jugendliche ab 16 Jahren Offiziere der NVA und antifaschistische Widerstandskämpfer treffen konnten. Junge Pioniere absolvierten von Februar bis März beim „Manöver Schneeflocke II“ – Manöverspiele wurden ab Klasse zwei angeboten¹⁸⁶² – Geländespiele, Orientierungs- und Findigkeitsläufe. Acht- bis Zehntklässler mussten sich bei den „Hans-Beimler-Wettkämpfen“ beweisen, Berufsschüler besuchten ab Februar unter der Losung „Verteidigungsbereitschaft“ militärhistorische Museen und Traditionsstätten von NVA und Sowjetarmee. Lehrlinge kamen mit Angehörigen der Streitkräfte zusammen, junge Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft sowie Studenten übten sich bei militärischen Geländeläufen im Keulenzielwurf, Entfernungsschätzen und schossen mit Luftgewehren bzw. Kleinkaliberwaffen. „Signal DDR 20“ vereinnahmte alle Jugendlichen ab 16 Jahren, eine Mitgliedschaft in FDJ oder GST spielte keine Rolle.¹⁸⁶³

An der bis dahin umfangreichsten Massenaktion in der DDR partizipierten nach offiziellen Darstellungen mehr als 2,5 Millionen Kinder und

1859 Information über die Vorbereitung und Durchführung der wehrpolitischen und -sportlichen Massenaktion „Signal DDR 20“ der Jugend der DDR vom 18. Februar 1969, in: BStU, MfS-BdL/Dok., Nr. 001329, pag. Bl. 4.

1860 Pitschel, Rolf 1969, S. 260.

1861 Vgl. Jahnke, Karl Heinz u. a. 1978, S. 258.

1862 Vgl. Wilhelmi, Jutta 1983, S. 59.

1863 Vgl. Information über die Vorbereitung und Durchführung der wehrpolitischen und -sportlichen Massenaktion „Signal DDR 20“ der Jugend der DDR vom 18. Februar 1969, in: BStU, MfS-BdL/Dok., Nr. 001329, pag. Bl. 4-8.

Jugendliche. Ende Mai 1969 maßen sich 2.300 der besten Teilnehmer in weiteren Wettkämpfen in den „Feldlagern junger Sozialisten“ bzw. „Junger Patrioten“. Die von den Bezirks- und Kreisleitungen von FDJ und GST nach einem Verteilungsschlüssel delegierten Jugendlichen durften dort Vertretern von Staat und Partei über ihre Erlebnisse berichten und begneten hochrangigen sowjetischen Militärangehörigen. Die ostdeutsche Geheimpolizei kontrollierte die jungen Kandidaten und schleuste IM in die Feldlager ein.¹⁸⁶⁴

Gemäß dem ZIJ gab es beim „Popularisierung- und Wirkungsgrad der wehrsportlichen Aktion ‚Signal DDR 20‘“¹⁸⁶⁵ eine Reihe von Defiziten. Die Hälfte von über 11.400 Probanden – Schüler aus POS (ab Klasse acht), EOS und Berufsschulen – meinte, sie seien für die Aktion nicht angesprochen worden, obwohl jeder zweite von ihnen gern mitgemacht hätte. Lediglich 46 Prozent wurden aufgefordert, sich zu beteiligen, und „nur ein Drittel aller hat auch wirklich teilgenommen, meistens die ideologisch bewußtesten Jugendlichen“¹⁸⁶⁶. Wenngleich sie von der Aktion wussten, lehnten 14 Prozent eine Teilnahme ab und jeweils etwa ein Viertel aller Befragten, die nichts von der Aktion gehört hatten, würden sich beteiligen bzw. nicht beteiligen (siehe Abbildung 7). Während Jungen „Signal DDR 20“ häufiger ablehnten, schienen Mädchen unsicher bei der Frage, ob ihnen eine solche Aktion gefalle. Insgesamt sagte nur einer von zehn Heranwachsenden, ihm gefalle die Aktion sehr gut und weitere sechs von zehn der Probanden meinten, ihnen gefalle „Signal DDR 20“ gut bis weniger gut. Einer von zehn Jugendlichen lehnte die Wehraktion ab, durchschnittlich zwei äußerten, in dieser Frage unentschieden zu sein. Mehr als 40 Prozent erklärten, ihnen gefalle eine solche Aktion gut.¹⁸⁶⁷

Jugendliche aus der Studie, denen „Signal DDR 20“ gefiel, zeigten sich zum Großteil öfter dazu bereit, Zeitsoldat werden zu wollen (etwa 50 Prozent), bzw. meinten, den Dienst in der NVA gern abzuleisten (über 80 Prozent). Heranwachsende, die der Wehraktion negativ gegenüberstanden, äußerten, den Wehrdienst nur ungern zu absolvieren. Generell zeigten jene Probanden aus der Umfrage eine größere Bereitschaft zur Teilnahme an „Signal DDR 20“, die eine Funktion in der FDJ ausübten, über einen so-

1864 Vgl. ebd., pag. Bl. 7 f.; vgl. Befehl Nr. 8/69 vom 17. März 1969, in: ebd., pag. Bl. 1; vgl. Jahnke, Karl Heinz u. a. 1978, S. 258.

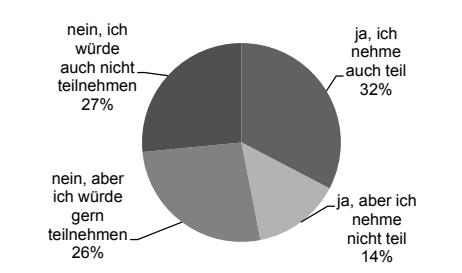
1865 Friedrich, Walter u. a. 1969: Umfrage 69. Abschlußbericht, Bl. XV.

1866 Ebd., Bl. XV f.

1867 Vgl. ebd., Bl. 29, 171 u. 174.

zialistischen „Klassenstandpunkt“ verfügten, die gegenüber der DDR/dem Sozialismus „Liebe“ und Stolz empfänden und deren Eltern Mitglied der SED waren. Allerdings schloss selbst von denen, die an der Massenaktion teilnahmen oder eine Teilnahme planten, etwa ein Viertel aus, die allgemeine Wehrpflicht gern abzuleisten.¹⁸⁶⁸

Abbildung 7: Umfrage des ZIJ von 1969: „Sie haben sicher von der wehrsportlichen Aktion ‚Signal DDR 20‘ gehört. Wurden Sie bisher aufgefordert, an der Aktion teilzunehmen?“ (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Studien des ZIJ. Vgl. Friedrich, Walter u. a. 1969: Umfrage 69. Abschlußbericht, Bl. 29 u. 171. Gesamtzahl: befragte Jugendliche N = 11.500. Ein Prozent machte keine Angabe.

Wie war es um die persönliche Bereitschaft der Schüler vor ihrer Wehrdienstzeit generell bestellt? Etwa drei Jahre nach der Untersuchung des ZIJ zu „Signal DDR 20“ gelangte Helmut König, Leiter der Arbeitsgemeinschaft Wehrerziehung bei der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, zu dem Befund, „unsere Schüler [sind] durchaus in der Lage [...], allgemeine Bekenntnisse zu unserem Staat [...] und zur Notwendigkeit des bewaffneten Schutzes des Sozialismus abzugeben“. In seiner Studie äußerte die Mehrzahl der Probanden (80 bis 90 Prozent), darunter 5.000 Schüler und hunderte Lehrer bzw. Vorschulerzieher, stolz auf die DDR zu sein, während Fragen zum persönlichen Engagement niedrigere Werte erreichten. Von den Zehntklässlern meinten etwa 55 Prozent und von den Elftklässlern etwas mehr als 70 Prozent, sich in der GST oder anderen Organisationen bewusst auf die Landesverteidigung vorbereiten zu

1868 Vgl. ebd., Bl. 163 f. u. 173.

wollen. Nach Gert Geißler und Ulrich Wiegmann „ein Wollen, das im übrigen und im allgemeinen durch den tatsächlichen Zulauf zu diesen Organisationen nicht bestätigt wurde“¹⁸⁶⁹. Obwohl der Großteil der Schüler, wie im Klassenzimmer gelernt, bei der Umfrage politisch „korrekt“ im westdeutschen „Imperialismus“ den „Hauptfeind“ Europas erkannte, schwächelte das Feindbild vom bundesdeutschen Soldaten mit steigendem Alter.¹⁸⁷⁰

Im selben Jahr wurden in den Bezirken Berlin, Cottbus und Karl-Marx-Stadt rund 10.000 Wehrpflichtige in örtliche Wehrkreiskommandos bestellt und befragt. Die meisten erklärten in einer Selbsteinschätzung, noch vor einem hohen Staatsbewusstsein und dem Hass auf die Feinde des Sozialismus, sie hätten ein stark ausgeprägtes Kollektibewusstsein und maßen kameradschaftlichem Verhalten eine sehr hohe Bedeutung bei.¹⁸⁷¹ Christian Sachse resümiert dazu, lediglich ein schwindend geringer Anteil der Befragten dürfte die „maximalistischen Erziehungsziele“ der DDR-Führung erreicht haben, und auch jene, „die sich selbst die Eigenschaften einer sozialistischen Persönlichkeit explizit absprachen oder der Ideologie konträre Meinungen vertraten, waren in der absoluten Minderheit“¹⁸⁷².

Ausgehend von den Studien des ZIJ, der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften und der Wehrkreiskommandos, stand die persönliche Handlungsbereitschaft, jedenfalls was die eigenverantwortliche Vorbereitung auf die Landesverteidigung und die persönliche Selbsteinschätzung (Feindbild usw.) betraf, wenig bis kaum im Einklang mit den Ansprüchen der Wehrerziehung, deren Kern in den 1960er Jahren die „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ bildeten. Es liegt die Vermutung nahe, dass die Wettkämpfe für die jungen Männer keinen entscheidenden Einfluss auf die Entscheidung ausübten, später eine militärische Laufbahn einzuschlagen. Entweder die Jugendlichen interessierten sich ohnehin für Wehrsport bzw. Berufe in der NVA oder eben nicht, gleich ob vor oder nach 1967. Die meisten jungen Menschen akzeptierten die Wettkämpfe und nahmen zusätzlich an an-

1869 König, Helmut: Skizze zum „Grundmaterial, betr. vormilitärische Ausbildung“ vom 28.12.1972, Sign. 9521, in: DIPF/BBF-A, zitiert in: Geißler, Gert/Ulrich Wiegmann 1996, S. 286.

1870 Die Ergebnisse wurden mit einer NVA-Studie verknüpft, wodurch Auswertungen von 12.000 Befragten vorgenommen werden konnten. Vgl. ebd., S. 285-287.

1871 Vgl. Sachse, Christian 2000, S. 68 f. u. S. 261-263.

1872 Ebd., S. 263.

deren wehrsportlichen Initiativen teil. Nur ein geringer Teil lehnte Aktionen wie „Signal DDR 20“ entschieden ab.

4.2.4 Nonkonformismus

4.2.4.1 Entwicklung der Jugendkultur

Anfang der 1960er Jahre gelangte mit dem Twist eine dem Rock 'n' Roll ähnliche Musikkultur in die Bundesrepublik, die von den meisten Bundesbürgern akzeptiert wurde. Nach Peter Zimmermann avancierte der Twist aufgrund der kommerzialisierten Massenunterhaltungsindustrie zur „populärste[n] und profitabelste[n] Tanzmode“¹⁸⁷³. Für junge Bundesbürger schien die Musik als Mittel der Rebellion wenig geeignet, wenn selbst die Eltern Twist in Tanzschulen lernten und auf Karnevalsveranstaltungen dazu feierten. Während der Twist, wie viele andere Modetänze seiner Zeit, rasch in der Bedeutungslosigkeit verschwand, etablierte sich ab 1962 die aus Großbritannien stammende Beatmusik. Zunächst hatten junge Briten in der Skiffle-Bewegung damit begonnen, ihre Lieblingshits auf improvisierten Gegenständen wie Waschbrettern, Kämmen und der Mundharmonika zu imitieren.¹⁸⁷⁴

Aus der Skiffle-Bewegung entwickelte sich sukzessive die Beat-Bewegung, deren Zentrum die englische Arbeiterstadt Liverpool war. In der Stadt im Nordwesten Englands, geprägt von hoher Jugendarbeitslosigkeit, sozialen Brennpunkten und dürftigen Freizeitmöglichkeiten, kamen Anfang der 1960er Jahre dutzende junge Amateurmusiker zusammen, um in Sessions dem tristen Alltag zu entfliehen. Liverpool wurde zum Mekka der Beat-Bewegung. Ab 1963 führten britische Musiker die Hitparaden an und die Schallplattenindustrie vermarktete die Laienmusiker fortan international.¹⁸⁷⁵ Die bekannteste britische Gruppe ging mit einer weltweit geschätzten Fangemeinde von 360 Millionen und 150 Millionen verkauften Platten als „The Beatles“ in die Annalen der Musikgeschichte ein.¹⁸⁷⁶

Mit dem professionalisierten Schallplattenexport aus Großbritannien erreichte die Beat-Bewegung Anfang der 1960er Jahre Westdeutschland, wo

1873 Zimmermann, Peter 1984, S. 90.

1874 Vgl. ebd., S. 89-92; vgl. Wicke, Peter 1999, S. 1877.

1875 Vgl. ebd., S. 92; vgl. Baacke, Dieter 1987, S. 50.

1876 Vgl. Farin, Klaus 2011, S. 33.

Jugendliche die Alternativen zur deutschen Schlagermusik („Schaffe, schaffe, Häusle baue“ usw.) begeistert aufnahmen. Bands wie die „Beatles“, „Small Faces“, „Bee-Gees“ und die „Rolling Stones“ genossen hohe Popularität. Obwohl die meisten jungen Bundesbürger in weitaus besseren ökonomischen Verhältnissen lebten als die britische Arbeiterjugend, wuchs unter ihnen, laut Peter Zimmermann, das Verlangen nach einer eigenen Identität, nach dem Gefühl, „etwas eigenes zu genießen“ und „so manche Unzufriedenheit“¹⁸⁷⁷ leichter auszuhalten. Die Jugend assoziierte mit der Musik die Suche nach neuen Lebensentwürfen; die Beat-Bewegung schuf „ein Wertesystem, mit welchem sich die Jugendlichen deutlich von der Kultur ihrer Eltern absetzten“¹⁸⁷⁸, so Zimmermann weiter.¹⁸⁷⁹

Im Vergleich zu den 1950er Jahren, als junge Menschen mit dem Rock 'n' Roll aufbegehren wollten und Fragen über die eigene Familiengeschichte im Dritten Reich oftmals Konflikte erzeugt hatten, sympathisierten im Folgejahrzehnt mehr Eltern mit den Wünschen ihrer Kinder nach größerer Individualität.¹⁸⁸⁰ Zwar attestierten westdeutsche Studien, die meisten jungen Menschen seien wohlerzogene Bürger und keinesfalls aufmüpfige Querulanten,¹⁸⁸¹ aber in etlichen Familien brachen Diskussionen aus, über Dauer und Lautstärke der Beatmusik und vor allem über die längliche Haarpracht der Söhne. Für Beat-Fans dienten die langen Haare als Erkennungszeichen, für Autoritäten in Schule, Sportverein oder kirchlichen Einrichtungen waren sie häufig Anlass zu Spott und Anfeindung.¹⁸⁸²

Auch in der DDR stieß die Beatmusik in älteren Jahrgängen meist auf Ablehnung. Ältere Menschen reagierten auf das äußere Erscheinungsbild und die seltsamen Tanzstile mit Unverständnis.¹⁸⁸³ Teile der Bevölkerung begrüßten das harsche Vorgehen der Polizei gegen die Fans der Beatmusik, die Beatniks.¹⁸⁸⁴ Das MfS in Karl-Marx-Stadt behauptete, die ab 1965 steigende Anzahl junger „Gammler“ versetze die Bevölkerung in „Angst

1877 Zimmermann, Peter 1984, S. 95.

1878 Ebd., S. 97.

1879 Vgl. ebd., S. 93-95.

1880 Vgl. Fulbrook, Mary 2008, S. 139.

1881 Das bestätigen Umfragen von Emnid aus dem Jahr 1964, die Frankfurter Marktforschungseinrichtung Marplan und das Institut für Demoskopie in Allensbach 1966. Vgl. Zimmermann, Peter 1984, S. 101.

1882 Vgl. Fulbrook, Mary 2008, S. 92-97.

1883 Vgl. Kaiser, Monika 1997, S. 168; vgl. Wierling, Dorothee 2003 (a), S. 636.

1884 Vgl. Wolle, Stefan 2008, S. 61 f.

und Schrecken“¹⁸⁸⁵. Tatsächlich verbanden viele Erwachsene mit der Beat-Bewegung, so Michael Rauhut, „Unsittlichkeit, Morbidität und [die] Aufsässigkeit einer enthemmten Jugend“¹⁸⁸⁶, während diese musikalisch und optisch versuchte, „gegen Uniformität, Leistungsdruck und verklemmte Moralvorstellungen in der Gesellschaft“¹⁸⁸⁷ zu protestieren. Da die SED in der Mode eine Gefahr für die sozialistischen Werte erkannte und in der „Beatlemania“ ein Hemmnis für ihre Jugendpolitik vermutete, wurde die Haarpracht der Beatniks von der Jugendforschung aufgegriffen.

Laut den „Pilzkopfstudien“¹⁸⁸⁸ des ZIJ von 1968 waren männliche Jugendliche mit längerem Haar persönlich und politisch instabiler, der FDJ weniger zugeneigt, unzufriedener mit dem Beruf und sie verbrachten ihre Freizeit mehrheitlich in unorganisierten Gruppen.¹⁸⁸⁹ Mit diesen Ergebnissen bestärkte die Jugendforschung die Annahme der politischen Führung. Erst fünf Jahre später erklärten die Wissenschaftler: „Nicht die Schere ist also die Lösung, sondern die taktvolle Führung des Jugendlichen im Interesse einer allseitigen Entwicklung seiner Persönlichkeit.“¹⁸⁹⁰ Ende der 1960er Jahre führten Schulen und FDJ-Leitungen nicht selten „Aussprachen“ mit langhaarigen Jugendlichen, die daraufhin den Vorsatz äußern mussten, einen Friseur aufzusuchen;¹⁸⁹¹ Klassenkameraden wurden ermutigt, die langen Haare abzuschneiden.¹⁸⁹² In einigen Betrieben rügten ältere Kollegen langhaarige junge Männer für ihr Aussehen, wenngleich diese

1885 Fernschreiben/Fernspruch/Funkspruch von der BV Karl-Marx-Stadt an alle Leiter der Kreisdienststellen vom 1. November 1965, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-2741, pag. Bl. 23.

1886 Rauhut, Michael 1991, S. 52.

1887 Ebd., S. 58.

1888 Eine ausführliche Analyse zu den Hintergründen und Ergebnissen der Studien liefert Bernd Lindner. Vgl. ders. 2004.

1889 Das ZIJ führte mit etwa 380 „pilzköpfigen“ Berufsschülern aus Leipzig Interviews, die knapp zwei Prozent der Gesamtbelegschaft an Lehrlingen bildeten. Vgl. Pinther, Arnold 1968: Studie über 61 14- bis 18-jährige männliche Jugendliche aus Betrieben, Betriebsberufs- und Berufsschulen Leipzigs, die durch extrem lange Haarfrisur auffällig sind. Pilzkopf-Studie I, Bl. 1, 13 f., 25 u. 32; vgl. ders. 1968: Pilzkopf-Studie II (ein Vergleich bei Berufsschülern), Bl. 1, 3, 10 u. 17.

1890 Voß, Peter 1973: Frisuren im Urteil Jugendlicher vom Juli, Bl. 15.

1891 Vgl. Wie die Parteileitung der 4. Oberschule Berlin-Mitte bei der Herausbildung des positiven Kerns der 10. Klasse und der Stärkung der FDJ-Organisation half. Anlage Nr. 4 vom 9. Januar 1967, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/123, Bl. 1 f.

1892 Vgl. Poiger, Uta G. 2003, S. 20 f.

gute Arbeit leisteten, weshalb sich FDJ-Leitungen in einigen Fällen schützend vor junge FDJler mit „vergammelte[m] Aussehen“¹⁸⁹³ stellten.

Die Medien berichteten ausschließlich negativ über Anhänger der Beatmusik und brachten sie in Verbindung zum westdeutschen „Gammlertum“. Im Oktober 1965 erläuterte das ND: „Amateurgammler. Das sind junge Menschen, die Helden zu sein wännen, indem sie die Gammler westdeutscher Prägung nachahmen [...]. Ihr Anblick bringt das Blut vieler Bürger in Wallung, verwahrlost, lange, zottlige, dreckige Mähnen, zerlumppte Twist-Hosen. Sie stinken zehn Meter gegen den Wind. [...] Sie benehmen sich wie die Axt im Walde, als seien sie von der Waldbühne herübergeweht worden.“¹⁸⁹⁴

Die „Gammler“ stießen auch deshalb in Ost und West auf so viel Kritik und Schmähung, da sie, laut Walter Hollstein, „das Image vom männlichen Mann mit Familie, Haus, Besitz und Erfolg“ erschütterten: „Was der Gammler war und besaß, zeigte er ungeniert und trug er bei sich.“¹⁸⁹⁵ Die meisten der 16- bis 21-jährigen „Gammler“ in der Bundesrepublik stammten aus gutbürgerlichem Hause und studierten musische Fächer und Philosophie. Auf ihre demonstrative Gleichgültigkeit und Bummelei reagierte die Bevölkerung mit Häme und Intoleranz. Prominentester Kritiker der dem Müßiggang Verschiebenen war Bundeskanzler Ludwig Erhard. Dieser betonte 1967, als die Bewegung ihren Zenit längst überschritten hatte und Westdeutschland 6.000 „Gammler“ zählte, er würde während seiner Regierungszeit alles tun, um dieses Unwesen zu zerstören.¹⁸⁹⁶ Spätestens ab Mitte der 1960er Jahre gehörten „Gammler“ fest zum Straßenbild in westdeutschen Großstädten, trotz Prügelattacken durch die Polizei.¹⁸⁹⁷

Etwa zur selben Zeit entstanden, ähnlich der britischen Skiffle-Bewegung, in der Bundesrepublik unzählige Amateurbeatgruppen in Schülerkreisen.¹⁸⁹⁸ Tausende dieser Bands spielten vor Publikum die Hits ihrer

1893 Zu einigen Problemen bei der Einbeziehung von Arbeitskollektiven in die Arbeit mit den zurückgebliebenen Jugendlichen. Anlage Nr. 2, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/123, Bl. 1.

1894 ND vom 17. Oktober 1965, S. 12.

1895 Hollstein, Walter 1970, S. 38.

1896 Vgl. ebd.; vgl. Zimmermann, Peter 1984, S. 35-37; vgl. Farin, Klaus 2011, S. 39.

1897 Vgl. ebd.; vgl. Lindner, Bernd 2005 (b), S. 57.

1898 Vgl. Zimmermann, Peter 1984, S. 97-99.

Idole auf Englisch nach.¹⁸⁹⁹ Allein in Göttingen und Umgebung gab es 60, in Essen 100 und in Hannover 200 Beatgruppen und 20 Beat-Keller. Insgesamt konnten 150 Musikgruppen mit Beatmusik ihren Lebensunterhalt finanzieren.¹⁹⁰⁰ Der überwiegende Teil der westdeutschen Beat-Fans war 14 bis 17 Jahre, ältere Beatniks verwendeten einen Großteil ihrer Freizeit für die Musik und wurden zu Vorbildern. In einer repräsentativen Studie mit über 350 Hannoveraner Jugendlichen (zwölf bis 18 Jahre) antworteten die meisten, am Beat gefielen besonders die Musik, der Rhythmus und die „Beatles“. Die Mehrzahl der westdeutschen Schüler hörte täglich Beatmusik. Begünstigt wurde die „Beatlemania“ durch die mediale Verbreitung und Vermarktung der Musiker. Westdeutsche Jugendmagazine wie Bravo, Okay und die Musikparade entdeckten diesen Trend für sich und erhöhten ihre Auflagen.¹⁹⁰¹

Die meisten Rezipienten des Beats gehörten zur Mittelschicht, haderten doch gerade diese Jugendlichen mit der Dynamik des Kapitalismus in den 1960er Jahren. Sie versuchten auf diese Weise, ihre individuellen Interessen ein Stück weit zu bewahren.¹⁹⁰² In der Bundesrepublik folgten auf die Beatniks die Hippies und die rebellierenden Studenten der 1968er-Generation.¹⁹⁰³ Während der „Flower-Power-Trend“ in der DDR nicht lange währte – das MfS bemerkte Ende der 1960er Jahre einen Rückgang der „Hibby-Bewegung [sic!]“¹⁹⁰⁴ –, hielt die Begeisterung für „Pop-Mode“ bzw. Beatmusik an.¹⁹⁰⁵ Kulturfunktionäre und die Abteilung Jugend warnen ab Mitte der 1960er Jahre vor einer Unterminierung heimischer Produktionen durch westliche Titel und forderten Aufklärungsarbeit über

1899 Zu den bekanntesten Beatgruppen gehörten die Berliner „The Lords“ und die Hamburger „The Rattles“, die 1966 als Vorband der „Beatles“ auftraten. Vgl. Grabowsky, Ingo 2005, S. 46.

1900 Vgl. Farin, Klaus 2011, S. 33.

1901 Von 1966 an griffen Jugendzeitschriften die Beat-Bewegung auf. Die Bravo erschien als größtes Jugendmagazin mit einer Auflage von 1,1 Millionen, die Okay mit mehr als 423.700 und die Musikparade mit 377.500 Exemplaren. Vgl. Baacke, Dieter 1970, S. 33, 172 u. 181.

1902 Vgl. Zimmermann, Peter 1984, S. 97-101.

1903 Vgl. Opitz, Peter J. 1968, S. 171.

1904 Berichterstattung zum Befehl 11/66 und zur Dienstanweisung 4/66 des Genossen Minister vom 23. Juni 1969, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-2696, pag. Bl. 55.

1905 Vgl. ebd., pag. Bl. 56.

Beatmusik sowie über die Auswirkungen von Rundfunkprogrammen auf junge Hörer.¹⁹⁰⁶

4.2.4.2 Westliche Einflüsse in der DDR

In der DDR begann mit dem zweiten Jugendkommuniqué vom September 1963 eine Phase relativer Liberalität in der Jugendpolitik. Unter dem Motto „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“ lautete die Parole „*Weder Gängeln noch Selbstlauf*“¹⁹⁰⁷. Die SED würdigte die Errungenschaften der jungen Menschen und warb bei der älteren Generation um Verständnis für jugendliche Belange. Den „Hausherren der nächsten 50 Jahre“¹⁹⁰⁸ übertrug die Einheitspartei offiziell verantwortungsvolle Aufgaben in Schule, Betrieb und FDJ. Bei der Freizeitgestaltung suggerierten die Erziehungsfunktionäre Toleranz, denn niemandem falle ein, „der Jugend vorzuschreiben, sie solle ihre Gefühle und Stimmungen beim Tanz nur im Walzer- oder Tangorhythmus ausdrücken. Welchen Takt die Jugend wählt, ist ihr überlassen: Hauptsache, sie bleibt taktvoll!“¹⁹⁰⁹

Aus diesem Grund bekamen heimische Komponisten und Schlagertexter die Anweisung, mehr Melodien und Texte zu produzieren, „die unsere Jugend begeistern“¹⁹¹⁰. Bis zur Premiere von DT 64 sollte es noch ein Jahr und bis zum Start in den regulären Betrieb zwei Jahre dauern.¹⁹¹¹ Das Ju-

1906 Vgl. Informationsbericht zu Fragen der Musik. Kollege Max Spielhaus vom Sender Dresden informiert uns über einige Erscheinungen bei Großveranstaltungen der heiteren Muse in Dresden vom 30. Juli 1964, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/123, Bl. 1 f.; vgl. Information über ein Gespräch mit dem geschäftsführenden Sekretär des Verbandes Deutscher Komponisten und Musikwissenschaftler, Genosse Lehmann, und einem Mitarbeiter des Verbandes, verantwortlich für Tanz- und Unterhaltungsmusik, Genosse Bab, vom 15. Dezember 1965, in: ebd., Bl. 1-3; vgl. Stellungnahme zu den Maßnahmen des Staatlichen Komitees für Rundfunk vom 23. April 1971, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/124, Bl. 1.

1907 Der Jugend Vertrauen und Verantwortung. Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees. Beschluß des Politbüros des ZK vom 17. September 1963, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1965, S. 700. Hervorhebung im Original.

1908 Ebd., S. 692.

1909 Ebd., S. 703.

1910 Ebd.

1911 Vgl. Wierling, Dorothee 1994, S. 409; vgl. Stahl, Heiner 2003, S. 121.

gendradio wurde eigens für das Deutschlandtreffen 1964 konzipiert, auf dem die politische Führung der Weltöffentlichkeit eine liberale DDR und eine ihr zugeneigte Jugend präsentieren wollte. Verglichen mit 1950 prägte das Deutschlandtreffen 14 Jahre später tatsächlich internationales Flair.¹⁹¹² Offiziell bekundeten zu Pfingsten 1964 rund 535.000 FDJler, 24.000 bundesdeutsche Jugendliche und mindestens 1.000 junge Westberliner „ihren Willen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten“¹⁹¹³.

Das MfS hatte die Teilnehmerzahl der ost- und westdeutschen Besucher im Februar 1964 auf 400.000 geschätzt. Unter dem Decknamen „Freundschaft“ wies Erich Mielke an, Grenzdurchbrüche sowie das „Einschleusen von Hetzmaterialien“¹⁹¹⁴ zu vereiteln und ausreichend IM in den Delegationen unterzubringen. Es galt subversive Pläne zu entlarven und geeignete Zubringer „in die Zentren des Feindes“¹⁹¹⁵ zu schicken.¹⁹¹⁶ Im Mai 1964 erklärte Walter Ulbricht in seiner Eröffnungsrede, um welchen „Feind“ es sich dabei handele: „Es ist nun einmal Tatsache, daß es in Deutschland zwei Staaten mit zwei verschiedenen Gesellschaftsordnungen gibt. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, die den Fortschritt in Deutschland vertritt, wird niemals vor Drohungen des westdeutschen Rüstungskapitals und der Militaristen zurückweichen. (*Stürmischer Beifall.*) Es kann nur eine deutsche Politik geben, das ist die Politik der friedlichen Koexistenz, des friedlichen Nebeneinander- und Miteinanderlebens.“¹⁹¹⁷

Doch westdeutschen Beobachtern zufolge bewerteten Jugendliche aus der DDR – vorausgesetzt sie konnten ungehindert auf der Straße mit westdeutschen Altersgenossen sprechen – die Umsetzung des Sozialismus im eigenen Land kritisch, ohne dabei den Kapitalismus aufzuwerten. In der DDR störten sie sich besonders an den staatlichen Eingriffen im kulturellen Bereich, die während des Deutschlandtreffens auf ein Minimum reduziert wurden: Unter der Losung „Wer mit der Zeit geht, fährt in die DDR“

1912 Vgl. Kaiser, Monika 1997, S. 138 f.

1913 Jahnke, Karl Heinz u. a. 1978, S. 211 f.

1914 Befehl Nr. 175/64 vom 19. Februar 1964, in: BStU, MfS-BdL/Dok., Nr. 000862, pag. Bl. 4.

1915 Ebd., pag. Bl. 7.

1916 Vgl. ebd., pag. Bl. 1-4 u. 7.

1917 Ulbricht, Walter 1964: Wer viel geleistet hat, kann Feste feiern. Rede zur Eröffnung des Deutschlandtreffens vom 16. Mai, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1968, S. 355. Hervorhebung im Original.

feierten tausende junge Menschen auf großzügig abgesperrten Straßenzügen zu Twist, Hully-Gully, Jazz, Rock- und Beatmusik. Rund 4.600 Künstler und 1.000 Kulturgruppen begleiteten die mehr als 1.300 Kultur- und Sportveranstaltungen, sämtliche Theater spielten kostenlos, Kinos blieben durchgehend geöffnet, 30 Spreadampfer formierten sich zu einem Lampion-Korso und DT 64 berichtete ausführlich vor Ort von den zahlreichen Attraktionen. Eine fünfstündige Parade vorbei an den Politfunktionären endete mit dem „Schwur der Jugend“.¹⁹¹⁸

Indem sich die DDR im Mai 1964 modern und weltoffen zeigte, stieg wohl die Identifikation der jungen Menschen mit dem System; die populäre Beatmusik erlebte zu dieser Zeit eine Hochphase. Der westliche Trend wurde vom Staat toleriert, obwohl Jugendliche die Musik über westliche Rundfunksender, etwa den RIAS, empfangen.¹⁹¹⁹ Ähnlich wie in Großbritannien und später in Westdeutschland begannen junge musikbegeisterte Jugendliche ab 1964, als Amateurbeatgruppen mit teilweise geschmuggelten Instrumenten die Hits ihrer Idole nachzuspielen.¹⁹²⁰ Die Zahl der meist instrumental spielenden Beatgruppen wuchs kontinuierlich.¹⁹²¹ Auf erste kleinere Gigs folgten Auftritte in Jugendklubs, Kulturhäusern und Gaststätten, wenngleich die meisten weder die englische Sprache ausreichend beherrschten¹⁹²² noch Notenblätter lesen konnten.¹⁹²³

Um den westlichen Beatmusikern optisch zu ähneln, orientierten sich Jugendliche an Fotos und Fernsehreportagen. Das verlangte ihnen Improvisationstalent ab, da westliche Kleidung, z. B. Jeans und Fanartikel der „Beatles“ nicht ohne Probleme in die DDR eingeführt werden konnten.¹⁹²⁴ Den ostdeutschen Beat-Fan zierten als Alternative zu Jeans Manchester-

1918 Vgl. Förster, Peter 1995, S. 1373; vgl. Kaiser, Monika 1997, S. 159 f. u. 169 f.; vgl. Ohse, Marc-Dietrich 2003, S. 353; vgl. Liebing, Yvonne 2005, S. 63 f.; vgl. Sachse, Christian 2006, S. 29.

1919 Vgl. Walter, Michael 1997, S. 114; vgl. Wollé, Stefan 2008, S. 58.

1920 Zu den bekanntesten Gruppen zählten u. a. die Leipziger „The Butlers“, die „Sputniks“, „Music Stromers“ und das „Franke-Echo-Quintett“. Vgl. Grabowsky, Ingo 2005, S. 48.

1921 Vgl. Wicke, Peter 1995, S. 591.

1922 Achim Mentzel erklärte in einem Interview, er hätte die englischen Lieder mitgeschrieben, die im Radio liefen, und zwar so, wie er die Texte verstand. Aus „I love you“ wurde kurzerhand „Ei law ju“.

1923 Vgl. Wollé, Stefan 2008, S. 59.

1924 Ende der 1960er Jahre hob die Staatsmacht das Jeansverbot zwar auf, aber in westlichen Ländern produzierte Hosen wurden nach wie vor als Politikum behandelt. Vgl. Menzel, Rebecca 2004, S. 90 u. 99.

Glockenhosen (Schlaghosen aus Cord), Nickis, Blümchen- und karierte Hemden, Rollkragenpullover, Leder- oder Lederoljacken, Parkas (Ami-Kutten), Kuba-Kappen und längeres Haar, wie es die „Liverpooler Pilzköpfe“ oder Mick Jagger („Rolling Stones“) trugen. Häufig trafen sich die Beat-Freunde auf öffentlichen Plätzen, in Parks oder vor Kinos.¹⁹²⁵ Mancherorts gründeten sie Klubs mit Namen wie „Vierblättriges Kleeblatt“, „Gammer“ oder „Kartoffelkäfer“.¹⁹²⁶ In den Cliquen lauschten die Freunde über ein tragbares Kofferradio den neuesten westlichen Hits und tauschten ihre aufgenommenen Kassetten untereinander.¹⁹²⁷ Viele ostdeutsche Haushalte verfügten ab Mitte der 1960er Jahre über ein Tonbandgerät.

Im Vergleich zu Kofferradios fiel die Nachfrage bei Plattenspielern gering aus, da es die begehrte Beatmusik auf Vinyl gepresst ohnehin nicht in der DDR zu kaufen gab.¹⁹²⁸ Erst Anfang 1965 veröffentlichte der Schallplattenverlag die erste Sammlung ostdeutscher Beatbands unter dem Titel „Big Beat“ und vermarktete eine komplette Lizenz-LP der „Beatles“. Im August 1965 erschien „Big Beat II“.¹⁹²⁹ Zur selben Zeit griff der ZR der FDJ die Beat-Welle auf. Nachdem der Jugendverband im Frühjahr 1965 den „Standpunkt der Abteilung Kultur und Arbeit mit den Gitarrengruppen“¹⁹³⁰ verabschiedet hatte, rief er im Sommer 1965 zum landesweiten „Gitarrenwettbewerb“ auf. Die FDJ sollte dabei helfen, die inzwischen unkontrollierte Masse an Beat-Formationen zu kontrollieren und deren westliche Einflüsse in geordnete Bahnen zu lenken. Allein im Bezirk Leipzig stieg die Anzahl der Amateurgruppen von sechs (Anfang 1965) auf über 80 (November) und in Berlin von 50 auf über 300. Während „aufmüpfige“ Bands, die sich nicht an die Vorgaben der FDJ hielten, keine Plattform bekamen, stießen die Wettbewerbe rund um die „Bewegung junger Talente“ auf großen Zuspruch bei Jugend und Staat.¹⁹³¹

Im März 1965 lobte das ZK der SED die große Beteiligung der Jugend an der Wettbewerbsreihe und bilanzierte ein wenig realitätsfern „auf dem

1925 Vgl. Liebing, Yvonne 2005, S. 66; vgl. Wurschi, Peter 2007, S. 51.

1926 Vgl. Kalina, Georg/Kurt Starke 1967: Jugend und Freizeit. Forschungsbericht über eine Studie zum Freizeitverhalten, Bl. 53.

1927 Vgl. Liebing, Yvonne 2005, S. 66.

1928 Vgl. Kaminsky, Annette 2001, S. 113 f.

1929 Vgl. Maase, Kaspar 2003, S. 14; vgl. Wolle, Stefan 2008, S. 60.

1930 SAPMO-BArch, DY 24/A1553, zitiert in: Rauhut, Michael 1999, S. 1796.

1931 Vgl. Wicke, Peter 1999, S. 1878; vgl. Maase, Kaspar 2003, S. 14; vgl. Liebing, Yvonne 2005, S. 64.

Gebiet der traditionellen Instrumentalmusik eine starke Wiederbelebung in der Blasmusik“, an der vor allem die Jungen Pioniere mit ihren 120 neuen Kapellen großen Anteil hätten. Für die „Befriedigung des Tanzbedürfnisses der Jugend“¹⁹³² sorgten laut dem ZK wohl weniger die Gitarrengruppen als vielmehr die rund 5.000 Laienanzorchester. Laut dem Beschluss vom März 1965 über das künstlerische Volksschaffen würde sich besonders die Jugend hingezogen fühlen zu „künstlerischen Betätigungen, die ein hohes Maß von eigenschöpferischer Mitarbeit verlang[t]en“¹⁹³³. Das ZK registrierte, dass Tanzgruppen und Chöre an Sympathien einbüßten, wohingegen die Zahl von „Filmzirkeln“, Blas- und Tanzkapellen und von den „Ensembles junger Talente“ weiter steige.

Die „Bewegung junger Talente“ wurde schlagartig auf Befehl des Kulturministeriums im Herbst 1965 blockiert. Dogmatiker im Kreise Erich Honeckers befürchteten durch die Beatmusik einen wachsenden westlichen Einfluss unter Jugendlichen. Die Paranoia eines Kontrollverlustes durch westliche Lebensgewohnheiten schwebte wie ein Damoklesschwert über der Staatsführung und sorgte für das Ende des liberalen Umgangs mit der Beat-Bewegung.¹⁹³⁴ Der einstige Jugendfunktionär begann, mit Hilfe der Sicherheitsorgane, die Beat-Szene zu demontieren. Die Volkspolizei informierte die Bezirksleitungen der SED über jedes triviale Vorkommnis auf Musikveranstaltungen: Im Kreis Lübben hätten sich Beatsänger ihrer Oberbekleidung entledigt, woraufhin es ihnen junge Männer im Publikum mit ihren Turnhosen gleichtaten. Im Kreis Cottbus hätte eine Beatkapelle vor dem Konzert das Publikum mit der Aussage „Wollt ihr den totalen Beat?“ angeheizt und in Lauten sei ein Gitarrenspieler während eines Beatkonzerts auf dem Ofen gestanden.¹⁹³⁵ Peter Wicke beschreibt: „Mit buchhalterischem Eifer wurde jedes auf dem Tanzsaal zu Bruch gegangene Bierglas registriert und einmal monatlich in peniblen Auflistungen dem Politbüro präsentiert.“ Jugendliche, die lange Haare und Schlaghosen tru-

1932 Stand und weitere Entwicklung des künstlerischen Volksschaffens. Beschluß des Sekretariats des ZK vom 17. März 1965, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1967, S. 333.

1933 Ebd., S. 336.

1934 Vgl. Liebing, Yvonne 2005, S. 64; vgl. Wolle, Stefan 2008, S. 61.

1935 Vgl. Auszüge aus den der SED-Bezirksleitung Cottbus vorliegenden Berichten der VP und Justizorgane, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/123, Bl. 1.

gen oder zu ausgelassen feierten, brachten „Gammlertaxen“¹⁹³⁶ zur Überprüfung auf die Polizeidienststellen, so Wicke weiter.

Mit dem Entscheid „Zu einigen Fragen der Jugendarbeit und dem Auftreten der Rowdygruppen“ besiegelte das Sekretariat des ZK am 11. Oktober 1965 die „Eliminierung“ der Szene. Medien und DT 64 erhielten die Weisung, „dem Eindringen westlicher Dekadenz“ zu entgegnen, dazu wurden allen Beatgruppen mit „dekadenter westlicher Musik“¹⁹³⁷ die Auftrittslizenzen entzogen. Während es im Bezirk Karl-Marx-Stadt bei über 80 registrierten Beatbands nur zu einem Verbot kam,¹⁹³⁸ setzten die Leipziger Behörden den Beschluss mit Übereifer um. Von allen westlich orientierten Musikgruppen wurden die Lizenzen einbehalten und nach einer Überprüfung an neun von rund 55 Bands wieder vergeben. Fünf Gruppen wurden verboten.¹⁹³⁹

Der Beschluss vom Oktober 1965 legitimierte das Finanzamt, unter Musikern nach Steuervergehen zu fahnden, und an das Innenministerium erging der Auftrag, „die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, daß [...] die Mitglieder solcher Gruppen (Gammler und ähnliche), die gegen die Gesetze der DDR verstoßen [und] eine ernste Gefährdung der Ordnung hervorrufen, durch Gerichtsbeschluß, entsprechend der Verordnung vom 24. 8. 1961, in Arbeitslager eingewiesen werden“. Die Möglichkeit einer Einweisung in ein Arbeitslager bestand fortan für alle Jugendlichen, die „keiner ordentlichen Arbeit“¹⁹⁴⁰ nachgingen. Fünf Tage nach dem Beschluss forderte Erich Mielke die Bezirksverwaltungen auf, bis zum 22. Oktober 1965 eine Analyse zu „Gammler“- , Beatles- und „Rowdy-Gruppen“ abzuliefern.¹⁹⁴¹ Zur ersten großflächigen Anwendung des Beschlusses vom 11. Oktober 1965 kam es noch im selben Monat.

Die Beat-Demo war die zweitgrößte Demonstration in der DDR nach dem Volksaufstand von 1953.¹⁹⁴² Ihr waren laut Berichten der ZAIG etli-

1936 Wicke, Peter 1995, S. 591.

1937 Zu einigen Fragen der Jugendarbeit und dem Auftreten der Rowdygruppen. Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees vom 11. Oktober 1965, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-2741, pag. Bl. 83.

1938 Vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2014, S. 199.

1939 Vgl. Liebing, Yvonne 2005, S. 67.

1940 Zu einigen Fragen der Jugendarbeit und dem Auftreten der Rowdygruppen. Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees vom 11. Oktober 1965, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-2741, pag. Bl. 84.

1941 Vgl. Auerbach, Thomas 2002, S. 204.

1942 Vgl. Lindner, Bernd 2000, S. 891.

che Vorkommnisse mit jugendlichen Delinquenten vorausgegangen: im Februar 1965 ein „Rowdy-Krawall“ in Pegau bei Borna,¹⁹⁴³ Ausschreitungen in Karl-Marx-Stadt auf einer Jugendtanzveranstaltung,¹⁹⁴⁴ „rowdyhaftes Verhalten“ durch eine Gruppe Heranwachsender auf dem Leipziger Hauptbahnhof,¹⁹⁴⁵ im Juni wiederholte Störungen durch Jugendliche in Dresden¹⁹⁴⁶ und im Juli 1965 eine Massenschlägerei in Magdeburg¹⁹⁴⁷. Jede dieser Handlungen stand nach Aussagen des MfS in enger Verbindung zur Beatmusik und fast jede der Informationen erreichte Erich Honecker. Bereits am 7. Oktober 1965, dem „Tag der Republik“, protestierten spontan hunderte Jugendliche gegen die Restriktionen westlicher Musik und gegen die Monotonie im Land.¹⁹⁴⁸ Der Kampf um die Beatmusik bzw. für mehr (westliche) Freiheit erreichte am 31. Oktober seinen Höhepunkt. Ge-

1943 Auf einer Karnevalsveranstaltung prügeln sich von 300 Gästen 30 bis 40 Jugendliche, animiert durch die von der FDJ organisierte Beatgruppe „The Starlets“. Vgl. Einzelinformation Nr. 154/65 über rowdyhafte Ausschreitungen Jugendlicher in der HO-Gaststätte „Volkshaus“ Pegau, Bezirk Leipzig, vom 22. Februar 1965, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1009, Bl. 1 f.

1944 Über 1.000 Heranwachsende erschienen zum Konzert der Berliner Beatgruppe „Sputniks“. Das Ende der Veranstaltung wurde von der Menge nicht akzeptiert, Unruhe breitete sich aus. Volkspolizei und FDJ-Ordnungsgruppen räumten den Saal, woraufhin 20 Heranwachsende die Bühne besetzen. Vgl. Einzelinformation Nr. 162/65 über Ausschreitungen Jugendlicher bei einer öffentlichen Tanzveranstaltung mit den „Sputniks“ aus Berlin im VEB „8. Mai“ Karl-Marx-Stadt vom 24. Februar 1965, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1012, Bl. 263-265.

1945 Mehr als 20 Jugendliche, die von einer Faschingsveranstaltung kamen, entkleideten sich und tanzten nachts in der Bahnhofshalle. Sie wurden unter Widerstand verhaftet. Vgl. Einzelinformation Nr. 173/65 über rowdyhaftes Verhalten einer Gruppe Jugendlicher auf dem Hauptbahnhof Leipzig in der Nacht vom 27. Februar zum 28. Februar. Information vom 2. März 1965, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1014, Bl. 1 f.

1946 Ein Tanzabend in der Freilichtbühne wurde von hunderten Heranwachsenden durch Zwischenrufe und Blitzknaller gestört. Eine andere Tanzveranstaltung endete im Tumult, als Polizisten eine alkoholisierte Person festnahmen. Vgl. Einzelinformation Nr. 683/65 über Vorkommnisse bei Veranstaltungen auf der Freilichtbühne „Junge Garde“ und anlässlich des Volksfestes „Pieschener Hafenfest“ in Dresden vom 22. Juli 1965, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1086, Bl. 1-6.

1947 Als Volkspolizisten in eine Schlägerei zwischen Jugendlichen einschritten, schlugen sich 250 Anwesende mit diesen. Vgl. Einzelinformation Nr. 684/65 über Ausschreitungen durch jugendliche Rowdys auf dem Pressefest der „Volksstimme“ in Magdeburg am 13. Juni 1965, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1078, Bl. 1-4.

1948 Vgl. Gehrke, Bernd 2002, S. 35; vgl. Kochan, Thomas 2004, S. 74 f.

gen 11 Uhr versammelten sich auf dem Leuschnerplatz in der Leipziger Innenstadt über 2.500 Menschen, darunter geschätzt 500 bis 800 Beat-Fans. Die Kundgebung richtete sich gegen den Lizenzentzug und das Spielverbot der Beatgruppen aus dem Bezirk.¹⁹⁴⁹

Die Leipziger Polizei war auf die Demonstration vorbereitet. Leipziger Schüler hatten ihren Unmut über den staatlichen Umgang mit der Beatmusik kundgetan und Flugblätter über die anstehende Demonstration informiert.¹⁹⁵⁰ Am 25. Oktober 1965 tauchten in Wiederitzsch bei Leipzig vier identische Flyer auf, die Beat-Freunde zum Protestmarsch am kommenden Sonntag aufforderten. Das MfS ermittelte fast 60 weitere Flugblätter in der Messestadt und zwei Volkspolizisten aus Neukieritzsch entdeckten in ihren Briefkästen Zettel mit der Aufschrift: „Weg mit dem Verbot für Beat-Musik“. Vier weitere Flugblätter wurden in Borna gefunden; die Volkspolizei identifizierte drei Neuntklässler.¹⁹⁵¹ Mancherorts sorgte sie selbst für eine Popularisierung, da Beamte vereinzelt in Schulen, Betrieben und auf Baustellen davor warnten, der Versammlung beizuwohnen.¹⁹⁵²

Die Geheimpolizei leitete wegen der gefundenen Handzettel Ermittlungen ein und mobilisierte zum 31. Oktober Kampfgruppen, Kontrollposten, Einsatzkräfte und stellte Funkwagen bereit. Das MfS nahm Ende Oktober 1965 „bekannte“ Beat-Fans verstärkt ins Visier. Die Demonstration begann gegen 7.45 Uhr, als die Sicherheitsorgane kleine, unauffällige Gruppen im Stadtkern Leipzigs beobachteten. Bis 10.40 Uhr fanden sich 1.000 Personen auf dem Leuschnerplatz ein. Auf die Rufe der Sicherheitskräfte, die Straße für den Verkehr zu räumen, hätten die Jugendlichen mit Ignoranz und Beleidigungen reagiert. Mit Räumketten und Schlagstöcken drängten die Ordnungshüter die Jugendlichen in Nebengassen. Der Protest endete nach 20 Minuten unter Einsatz eines Wasserwerfers. Bis zum

1949 Darunter befanden sich neben Beat-Anhängern SED-Mitglieder, FDJler und zivile Sicherheitskräfte. Vgl. Wierling, Dorothee 1994, S. 408.

1950 Vgl. ebd., S. 409 f.; vgl. Maase, Kaspar 2003, S. 9; vgl. Lindner, Bernd 2008 (b), S. 156 f.

1951 Vgl. Einzelinformation Nr. 941/65 über das Verbreiten selbstgefertigter Hetzschriften in Wiederitzsch [Kreis] Leipzig [-Land], und Neukieritzsch, [Kreis] Borna, am 25. Oktober 1965. Information vom 26. Oktober 1965, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1158, Bl. 39 f.

1952 Monika Kaiser nimmt an, die Wahrscheinlichkeit liege sehr hoch, das MfS habe die Beat-Demo in Leipzig initiiert. Vgl. dies. 1997, S. 180 f.; vgl. Geißler, Gert 2005, S. 31.

Amend des 31. Oktobers waren die Beamten damit beschäftigt, kleine Gruppen in der Nähe des Leuschnerplatzes auseinanderzutreiben. Keiner der Anwesenden hatte an diesem Tag Widerstand geleistet. Vom 28. bis 31. Oktober 1965 hatte die Polizei mehr als 350 Jugendliche verhaftet, davon rund 200 über 18-Jährige, etwa 140 unter 18-Jährige und fast zehn 15-Jährige, die nach „Ausprachen“ ihren Eltern übergeben wurden.¹⁹⁵³

Das MfS konzentrierte sich auf „Rädelsführer“ und kam zu dem Resultat, die meisten der jungen Demonstranten hätten keine politisch-provokatorischen Absichten gehabt. Viele Jugendliche seien aus Sensationslust und Neugier zur Demonstration erschienen. Dennoch verblieben 100 von ihnen in Haft. Insgesamt kam es zu 30 Ermittlungsverfahren. Die Mehrheit der Festgenommenen waren 16- bis 21-jährige FDJler, Anklagen ergingen überwiegend wegen der Verbreitung von „Hetzschriften“. Bei den fast 160 aus der Haft entlassenen Heranwachsenden plädierte das MfS für Erziehungsmaßnahmen. Das Ministerium empfahl, künftig besser zwischen kultivierter und „westlich-dekadenter“ Beatmusik zu unterscheiden bzw. sehr „auffällige“ Fans, etwa durch konspirative Überwachung, zu „isolieren“. ¹⁹⁵⁴ Trotz des harschen Vorgehens der Behörden kursierten am 31. Oktober und in den Folgetagen weitere Flugblätter, mit folgenden Inhalten: „Für die Jugend Wasserwerfer?? Ausnahmezustand! FDJ“, „Freiheit für alle Beat-Fans. Es lebe der Beat“ oder „Es war ein Erfolg! Trotz Beregnung und Stasi. Aber viele hundert sind eingekerkert“. ¹⁹⁵⁵ Vorsorglich einberufene Kreisgerichte hatten etwa 100 der jungen Demonstranten

1953 Vgl. Einzelinformation Nr. 966/65 über eine Zusammenrottung von Jugendlichen in Leipzig am 31. Oktober 1965. Information vom 1. November 1965, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1129, Bl. 1-5.

1954 Vgl. ebd.; vgl. Einzelinformation Nr. 968/65 über erste Ergebnisse der Untersuchungen gegen die wegen Beteiligung an der Zusammenrottung in Leipzig festgenommenen Jugendlichen vom 1. November 1965, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1129, Bl. 6-8; vgl. Einzelinformation Nr. 971/65 über weitere Ergebnisse der Untersuchungen gegen die wegen Beteiligung an der Zusammenrottung in Leipzig festgenommenen Jugendlichen vom 2. November 1965, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1129, Bl. 9f.; vgl. Einzelinformation über weitere Ergebnisse zur Aufklärung der Vorkommnisse in Leipzig vom 9. November 1965, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 10.518, pag. Bl. 264 f.

1955 Vgl. Einzelinformation Nr. 966/65 über eine Zusammenrottung von Jugendlichen in Leipzig am 31. Oktober 1965. Information vom 1. November 1965, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1129, Bl. 1-5; vgl. Einzelinformation über weitere Ergebnisse zur Aufklärung der Vorkommnisse in Leipzig vom 9. November 1965, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 10.518, pag. Bl. 267.

zu ein- bis dreiwöchiger Zwangsarbeit in den umliegenden Braunkohle-
gebauden Leipzigs verurteilt.¹⁹⁵⁶

Nach dem mehr oder weniger missglückten Protestmarsch¹⁹⁵⁷ sprachen einige Leipziger Lehrer im Unterricht über die Beat-Demo und die Leipziger Volkszeitung veröffentlichte im November die Namen und Adressen von „Rädelsführern“.¹⁹⁵⁸ Der Widerstand gegen den restriktiven Umgang mit Beatmusik beschränkte sich nicht nur auf die sächsische Messestadt. Jede größere Ansammlung von Beat-Fans bei Großveranstaltungen, auf öffentlichen Plätzen oder in Gaststätten in Dresden, Halle, Magdeburg oder Rostock beendete die Staatsmacht gewaltsam.¹⁹⁵⁹ Während die meisten Bürger kaum etwas von den Vorkommnissen rund um die Beat-Demonstration erfuhren,¹⁹⁶⁰ bereitete sich die politische Führung auf neue Tumulte vor. Die Bezirksleitung Berlin stationierte im November 1965 Volkspolizisten, Kampfgruppen und FDJ-Aktive an einem leeren Veranstaltungsort, die aus Angst vor neuen Ausschreitungen die Hydranten anschließen sollten; Grund hierfür war ein abgesagtes Konzert der Leipziger „The Butlers“.¹⁹⁶¹

Die Beat-Bewegung wandelte sich ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre laut Bernd Gehrke von einer anfänglich „hingenommenen oder akzeptierten jugendlichen Teilkultur [...in...] eine bedrängte Subkultur“¹⁹⁶². Ab November 1965 plante die Abteilung Agitation des MfS, das „Beatle-Unwesen und die sogenannten Gammmler zu bekämpfen“¹⁹⁶³. Die Geheim-

1956 Vgl. Kaiser, Monika 1997, S. 180; Dorothee Wierling berichtet von 267 Verhaftungen und von über 100 Verurteilungen zu Zwangsarbeit. Die Ereignisse aus Sicht eines verhafteten Jugendlichen werden in einem Aufsatz von ihr behandelt. Vgl. dies. 1997, S. 226 u. S. 231-236.

1957 Der Leipziger Autor Erich Loest schilderte in seinem Roman die Szenen auf dem Leuschnerplatz aus Perspektive eines beteiligten Jugendlichen. Diese Passagen wurden erst nachträglich veröffentlicht. Vgl. ders. 1977, S. 18-30.

1958 Vgl. Wierling, Dorothee 1994, S. 410 f.; vgl. Liebing, Yvonne 2005, S. 82.

1959 Vgl. Zimmermann, Verena 2004, S. 112.

1960 Vgl. Weinholz, Erhard 2003, S. 31.

1961 Vgl. Information über ein Gespräch mit dem stellv. Parteisekretär im VEB Elektrokohle, Genosse Krieg, über die beabsichtigte Veranstaltung „Shake Party mit den Butlers“ am 15. Oktober 1965, vom 16. Oktober 1965 in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/123, Bl. 1 u. 7.

1962 Gehrke, Bernd 2012, S. 47.

1963 Plan zur Unterstützung der gesellschaftlichen Kräfte bei der Bekämpfung des Beatle- und Gammmler-Unwesens, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 10.518, pag. Bl. 286.

polizei setzte dabei auf eine weitere Ausdifferenzierung der Szene. Sie erklärte, jeder „Gammler“, gleich ob „Rädelsführer“ oder Mitläufer, könnte mit „positiven“ Erziehungsmaßnahmen zurück in die Gesellschaft gebracht werden, die „Zersetzung“ der Gitarrenmusikszene sei hingegen komplexer.¹⁹⁶⁴ Das MfS unterschied fortan zum einen zwischen Beat-Fans und „Gammlern“, zum anderen zwischen positiver und negativer Gitarrenmusik. Während Fans die „Mode mitmachen, die sie glauben der Beatle-Musik schuldig zu sein“, trugen „Gammler“ prinzipiell lange Haare und verhielten sich „arbeitssscheu“ bis unflätig. Während positive Gitarrenspieler ihre Musik als Ausdruck ihres Lebensgefühls verstanden, äußerte sich bei „Krawallmusikanten“ mit langen Haaren deren „labiles, anarchistische[s] Verhalten“ im „Nachäffen westl. Maschen“ und in „Faxen und Verrenkungen auf der Bühne“¹⁹⁶⁵, so die Geheimpolizei.

Das Ministerium für Staatssicherheit fragte im November 1965, warum solche Gruppen überhaupt auftreten durften, und ging davon aus, die Gesellschaft werde beim Zurückdrängen des westlichen Einflusses unter der Jugend helfen, bspw. mit dem „Schneiden der Haare und Nägel“¹⁹⁶⁶. Wie vor der Beat-Demonstration ließ sich Kurt Turba, Leiter der Abteilung Jugend des ZK der SED, detailliert vom MfS über jedes Vorkommnis mit Jugendlichen unterrichten. Selbst belanglos wirkende Ereignisse, wie Spekulationen im brandenburgischen Rathenow über eine geplante Störung einer Fernsehsendung zum „Tag des Chemiearbeiters“ im November 1965 unter Beteiligung einer lokalen Beatgruppe, erreichten Walter Ulbricht, Erich Honecker oder Kurt Hager.¹⁹⁶⁷ Am 2. November 1965 hatte Ulbricht jede Bezirksleitung in einem offiziellen Schreiben über die Leipziger Geschehnisse vom 31. Oktober informiert und gefordert, der Lizenzentzug solle bei westlich geprägten Gruppen künftig sorgfältiger ablaufen, Zusammenschlüsse Heranwachsender seien effektiver zu verhindern, „Rädelsführer“

1964 Vgl. ebd.; vgl. Plan der Maßnahmen gegen das Beatle- und Gammler-Unwesen vom 2. November 1965, in: ebd., pag. Bl. 302.

1965 Plan der Maßnahmen gegen das Beatle- und Gammler-Unwesen vom 2. November 1965, in: ebd., pag. Bl. 307.

1966 Ebd., pag. Bl. 308.

1967 Vgl. Mitteilung an Kurt Turba vom 18. Oktober 1965, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/123, Bl. 1 f.; vgl. Brief von Kurt Turba. Betreff: Wir bitten um Kenntnisnahme folgender Information über Ereignisse in Rathenow in Zusammenhang mit der Fernsehveranstaltung zum Tag des Chemiearbeiters am 13. November 1965, in: ebd., Bl. 2 f.

vor Gericht zu bringen und „Arbeitsscheue“ einer anständigen Arbeit zu übergeben.¹⁹⁶⁸

Das Räderwerk von SED, MfS, Volkspolizei und Justiz griff im November 1965 nahtlos ineinander. Musiker und Veranstalter gerieten durch die „Anordnung über die Ausübung von Tanz- und Unterhaltungsmusik“ vom 1. November 1965 in die juristischen Mühlen des Systems.¹⁹⁶⁹ Vorwürfe wie „Arbeitsbummelei“, Steuerhinterziehung, Rechtsverstöße sowie die Einberufung zum Wehrdienst führten zur Auflösung zahlreicher Beatbands und zur Abwanderung vieler ihrer Mitglieder in andere Musikgenres.¹⁹⁷⁰ Leiter von Jugendklubs, die zu Beat-Veranstaltungen einluden, Gaststättenbetreiber und säumige Kader des Kreises wurden nach Auftritten von Beatbands zur Rechenschaft gezogen und mitunter ihrer Posten enthoben,¹⁹⁷¹ hatten doch Klubs wie Kulturhäuser die gesetzlich fixierte Aufgabe, „auf die geistige Formung des Menschen in der sozialistischen Gesellschaft hinzuwirken“¹⁹⁷².

Ende des Jahres 1965 wurden die Befürchtungen der jungen Leipziger Demonstranten Realität. Die Beat-Demonstration gab denjenigen, die jeher von einer staatsbedrohenden Gefährdung seitens der Beatszene ausgingen, Anlass zu weiteren Korrekturen in der Jugendpolitik. Auf dem XI. Plenum des ZK im Dezember 1965 diskutierten Parteifunktionäre über die weitere ideologische Jugendarbeit, als Kurt Hager Kritik am Pressewesen, den Lehrkräften, den FDJ-Leitungen und an der Parteileitung übte. Allesamt hätten sie die ideologische Erziehung der Jugend vernachlässigt: „Bei allem dürfen wir keine Enge sichtbar werden lassen. Auch in unserer Stellung zur Beat-Musik müssen wir sehr differenzieren. Es geht um eigene Lieder, die man bei Beat-Musik spielen kann, evtl. Antikriegslieder aus

1968 Vgl. Schreiben vom Ersten Sekretär, Walter Ulbricht, an die Ersten Sekretäre der Bezirksleitungen der SED vom 2. November 1965, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 10.518, pag. Bl. 324 f.

1969 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1965, S. 777 f.

1970 Vgl. Rauhut, Michael 1993, S. 174 f.

1971 Vgl. Abschrift eines Fernschreibens der Bezirksleitung Potsdam an die Abteilung Parteiorgane vom 21. September 1967, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/123, Bl. 3.

1972 Anordnung über die Aufgaben und die Arbeitsweise der Kreiskulturhäuser in den Städten und auf dem Lande vom 31. März 1965, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971, § 2, Abs. 1.

den USA.“¹⁹⁷³ Walter Ulbricht griff die Beat-Bewegung als Politikum auf. Im Gegensatz zu Hager zielte er auf die Ursachen, als er fragte, ob „von seiten zentraler Organe des Fernsehens, der Kultur, der Literatur, so gewirkt worden [ist], daß solche Auswirkungen auf die Jugend unvermeidlich waren?“ Er meinte, es sei notwendig gewesen, „gegen diese jugendlichen Rowdys und gegen diese Anarchistengruppen“¹⁹⁷⁴ vorzugehen.

Erich Honecker mahnte beim XI. Plenum: „Wir wissen, daß die Mehrheit unserer Jugend anständig und ordentlich erzogen ist. [...] Wir müssen allerdings die Ursachen dafür nüchtern untersuchen, die in den letzten Wochen und Monaten zu einer Häufung von unanständigem und unordentlichem Verhalten führten.“¹⁹⁷⁵ Ihm zufolge unterlagen besonders FDJ-ferne Jugendliche ohne fundierte Schulbildung und mit fehlender Perspektive am Arbeitsplatz ebenso wie abtrünnige Studenten den Einflüssen „der imperialistischen Sexual- und Kriminalpropaganda“. Als Hauptschuldige für die „Sex- und Kriminalitätswelle“ nannte er „die Herren in Bonn“ und die westdeutsche „Springer-Presse“, die mit ihrem „Bestreben, die Exzesse der ‚Waldbühne‘ [...], zum Beispiel in Leipzig, zu wiederholen“¹⁹⁷⁶ gescheitert wären.

Er führte die Ausschreitungen beim „Rolling Stones“-Konzert im September 1965 auf das Versagen der westdeutschen Behörden zurück.¹⁹⁷⁷ Obwohl die Zeitungen in der DDR ausführlich von der „Rebellion ohne Ziel“¹⁹⁷⁸ beim Konzert in der Waldbühne¹⁹⁷⁹ berichtet hatten und das ekstatische Verhalten der jungen Beat-Fans verurteilten und, wie Erich

1973 Hager, Kurt 1965: Beratung der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Beschlusses über die ideologische Arbeit unter der Jugend in der jetzigen Zeit vom 9. November, in: Agde, Günter (Hrsg.) 1991, S. 287.

1974 Ulbricht, Walter 1965: Zwischenrede vom 16. Dezember, in: Agde, Günter (Hrsg.) 1991, S. 332.

1975 Honecker, Erich 1966, S. 70 f.

1976 Ebd., S. 70.

1977 Laut Dieter Baacke waren die Krawalle auf westdeutschen Beat-Großveranstaltungen kein Ausdruck des vom Beat heraufbeschworenen aggressiven Habitus, sondern entstanden meist aufgrund langer Wartezeiten und einer nicht genügenden Anzahl an Konzertkarten, wodurch sich die Jugendlichen „enttäuscht und provoziert“ fühlten. Baacke, Dieter 1970, S. 198 f.

1978 JW vom 17. September 1965, S. 4.

1979 In Erinnerung geblieben ist das Konzert in der Berliner Waldbühne mit 10.000 Jugendlichen vor allem wegen der Massenschlägereien, der heftigen Zusammenstöße mit Ordnungskräften und demolierten Straßenbahnen. Vgl. Rauhut, Michael 2002, S. 29.

Honecker, die Ursachen der Gewalttätigkeiten im Wesen des „kapitalistischen“ Systems fanden,¹⁹⁸⁰ forderte dieser auf dem XI. Plenum, die weitere „Darstellung der Unmoral in westlichen Ländern“ zu unterlassen. Die Medien sollten „das Leben und die Fortschritte in der Sowjetunion allseitig [...] popularisieren“ und damit aufhören, die „neuesten Ergüsse der Enthemmung und Brutalität aus dem kapitalistischen Westdeutschland“ zu publizieren. DT 64 kritisierte er, weil das Jugendlradio über einen längeren Zeitraum „in seinem Musikprogramm einseitig die Beat-Musik“¹⁹⁸¹ gespielt hätte.

Erich Honeckers verbale Attacken richteten sich zudem gegen die FDJ, da der ZR „eine fehlerhafte Beurteilung der Beat-Musik“ abgeliefert und übersehen hätte, „daß der Gegner diese Art Musik ausnutzt, um durch die Übersteigerung der Beat-Rhythmen Jugendliche zu Exzessen aufzuputschen“. Er warnte vor dem schädlichen Einfluss „solcher Musik auf das Denken und Handeln von Jugendlichen“¹⁹⁸² und versicherte, keiner „in unserem Staate“ hätte etwas gegen „eine gepflegte Beat-Musik“, sondern etwas gegen „ihre dekadenten Züge“¹⁹⁸³. Mit der Bemerkung, „lange Haare [behindern] den Blick dafür, wie sich die Welt entwickelt“¹⁹⁸⁴, gab er die Beat-Fans der Lächerlichkeit preis. Walter Ulbricht pflichtete ihm bei: „Ich bin der Meinung, Genossen, mit der Monotonie des Yeah, Yeah, Yeah und wie das alles heißt, sollte man doch Schluß machen.“¹⁹⁸⁵ In seinem Resümee bekräftigte der Vorsitzende des Staatsrates, die DDR habe im Gegensatz zur bürgerlichen Gesellschaft in der Bundesrepublik „viel weitergehende Freiheiten; wir haben nur keine Freiheit für Verrückte, sonst haben wir absolute Freiheiten überall“¹⁹⁸⁶.

In der Folge des XI. Plenums wurden Kurt Turba und der Kulturminister Hans Bentzien ihrer Posten enthoben. Der Kulturfunktionär hatte Anfang November 1965 dafür plädiert, Jugendprobleme weniger mit Anord-

1980 Vgl. NZ vom 16. September 1965, S. 2; vgl. BZ vom 17. September 1965, S. 2; vgl. ND vom 17. September 1965, S. 4; vgl. ND vom 17. Oktober 1965, S. 12.

1981 Honecker, Erich 1966, S. 61.

1982 Ebd.

1983 Ebd., S. 61 f.

1984 Ebd., S. 70.

1985 Wortlaut des stenographischen Protokolls der Rede von Walter Ulbricht 1965 auf dem XI. Plenum des ZK der SED, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/1/190, zitiert in: Rauhut, Michael 2002, S. 37.

1986 Ulbricht, Walter 1965: Schlußwort auf der 11. Tagung des ZK der SED, in: Agde, Günter (Hrsg.) 1991, S. 350.

nungen über Tanzmusik, sondern vielmehr mit einem vielseitigen Freizeitangebot zu lösen und mit ostdeutschen Beatgruppen einen eigenen Stil in der Musiklandschaft zu etablieren.¹⁹⁸⁷ Doch die SED verfolgte mit ihrer Kulturpolitik den Ansatz, alle Lebensbereiche der sozialistischen Weltanschauung derart zu durchdringen, „daß die reichen geistigen, sittlichen und emotionalen Werte der sozialistischen Menschengemeinschaft zur Formung sozialistischer Persönlichkeit fruchtbar werden“¹⁹⁸⁸, so ein Beschluss von 1967. Vor diesem Hintergrund war ein Schulterschluss mit der westlich geprägten Beatmusik (noch) nicht möglich.

Auf dem VII. Parteitag von 1967 beschloss die Einheitspartei, den Trend der Jugend zu unterbinden, „westliche, besonders amerikanische Pseudokulturmethoden nachzuahmen, die geistlosen Texte westlicher Schlager zu verbreiten, die klassische Musik durch den Jazz zu verfälschen und sich überhaupt westlichen Unsitten anzupassen“¹⁹⁸⁹. Walter Ulbricht forderte alle Kulturschaffenden dazu auf, „das Bedürfnis, die Bereitschaft, den Elan und die Freude am Singen zielstrebig“¹⁹⁹⁰ zu unterstützen und das kulturelle Lebensniveau zu erhöhen. Spätestens von 1967 an musste jede Musikgruppe ihren englischen Bandnamen gegen einen deutschen eintauschen, den Begriff Band ersetzten Combo oder Kapelle, aus Hits wurden Spitzentitel und englische Musik verschwand fast vollständig aus den Rundfunksendungen.¹⁹⁹¹ Die Restriktionen betrafen nicht nur Beatmusiker, sondern auch die in den 1960er Jahren vom in der DDR lebenden kanadischen Folksänger Perry Friedman begründete Hootenanny-Bewegung.¹⁹⁹²

1987 Vgl. Information: Auf einem Pressegespräch mit dem Genossen Minister Hans Bentzien äußerte er sich zu Fragen der Jugendarbeit stichwortgemäß wie folgt vom 2. November 1965, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/123, Bl. 1 f.

1988 Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Aufgaben der Kultur bei der Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft vom 30. November 1967, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971, S. 243.

1989 Bericht des Zentralkomitees an den VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1967, S. 183.

1990 Ulbricht, Walter 1967, S. 268.

1991 Aus der Ostberliner Beatgruppe „Team 4“ wurde „Thomas Natschinski und seine Gruppe“. „The Butlers“ nannten sich „Renft“. Vgl. Ohse, Marc-Dietrich 2003, S. 141; vgl. Wolle, Stefan 2011, S. 300-302.

1992 Der Berliner Hootenannyklub spielte Lieder der bundesdeutschen Ostermärsche auf der Maidemonstration Mitte der 1960er Jahre. Vgl. Kirchenwitz, Lutz 2003, S. 7.

Bei dieser handelte es sich um eine geprägte Art von Volksmusik mit Gitarrenbegleitung. Obgleich sich die Bewegung auf das Civil-Rights-Movement und Antikriegslieder bezog, Nachwuchskünstler hervorbrachte und die Titel teilweise im Radio liefen,¹⁹⁹³ wurden die englischen Folklore-Texte durch die Forderung nach mehr deutschem Liedgut verunglimpft.¹⁹⁹⁴ In der Folge hatte sich die FDJ die Hootenanny-Bewegung einverleibt, diese in eine „Singebewegung“ umfunktioniert und zu Ehren des 50. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution den „Oktoberklub“¹⁹⁹⁵ ins Leben gerufen. Während der Begriff Hootenanny aus der Musikwelt verschwand und die Beatmusik weiter ins Abseits gedrängt wurde,¹⁹⁹⁶ lobte Walter Ulbricht die „Singebewegung“ der FDJ: „Es freut uns besonders, daß ihr in letzter Zeit das geistig-kulturelle Leben der Jugend mit dem Rhythmus neuer, frischer Lieder erfüllt [...]. Das sind gute Eigenschaften der sozialistischen Persönlichkeit.“¹⁹⁹⁷

Im Rahmen der „Singebewegung“ traten Gruppen von mindestens 15 bis 20 Jugendlichen in Schulen, Universitäten, Betrieben, Kulturhäusern und zu politischen Anlässen auf. Das Repertoire umfasste meist proletarische Arbeiterlieder, mit denen der Jugendverband die Begeisterung für Beat zu drosseln und die Errungenschaften des Sozialismus, der Partei und des Staates zu popularisieren versuchte.¹⁹⁹⁸ Lutz Kirchenwitz erklärt: „Für manche sind sie eine Nische, in die man vor dem Formalismus sonstiger FDJ-Arbeit fliehen kann. Die besten Klubs werden zu Sammelbecken für talentierte und kreative junge Leute.“¹⁹⁹⁹ Nach offiziellen Angaben der FDJ von 1967 spielten, tanzten und sangen über 30.000 Jungen und Mädchen unter Leitung des Verbandes in 1.500 Ensembles, in über 5.000 Jugendtanzkapellen und in 100 Jugendsinfonieorchestern. Laut Horst Schumann stellte dies „eindeutig unter Beweis, daß die Zahl der künstlerisch tätigen Jungen und Mädchen bedeutend gewachsen ist, daß sie neue Qualitätsmaßstäbe repräsentieren“²⁰⁰⁰.

1993 Vgl. ders. 1994 (b), S. 31 f.; vgl. Reitel, Axel 2008, S. 3 f.

1994 Vgl. Noll, Günther 1997, S. 39; vgl., Wolle, Stefan 2011, S. 300-302.

1995 Das bekannteste Lied des Oktoberklubs stammt von Hartmut König mit dem Titel „Sag mir, wo du stehst!“ Vgl. ebd., S. 304.

1996 Vgl. Kirchenwitz, Lutz 2003, S. 8.

1997 ND vom 20. April 1967, S. 2.

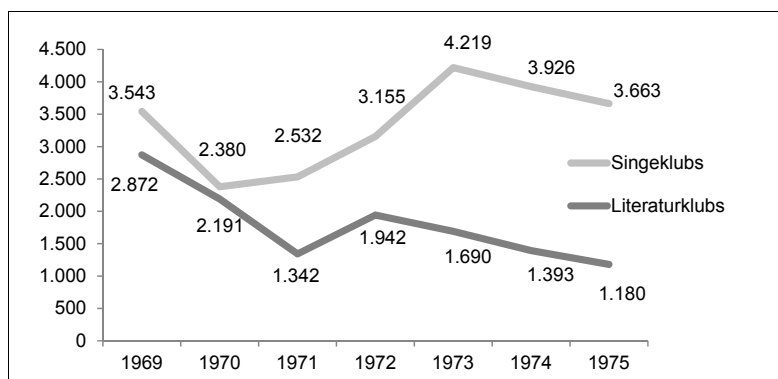
1998 Vgl. Kirchenwitz, Lutz 1994 (b), S. 327 u. 329; vgl. Wierling, Dorothee 1994, S. 419; vgl. Reitel, Axel 2008, S. 4.

1999 Kirchenwitz, Lutz 1994 (b), S. 328 f.

2000 Schumann, Horst 1967, S. 60.

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre gab es einen massiven Anstieg der Zahl an „Singeklubs“. In der ersten Hälfte der 1960er Jahre existierten etwa 770 Jugendchöre und mehr als 1.200 Instrumental- und Volkskunstgruppen. Die Zahl der „Singeklubs“ verdoppelte sich innerhalb eines Jahres von rund 1.200 (1967) auf 2.400 (1968). Im November 1969 zählte die DDR über 3.500 „Singeklubs“, und eine Umstrukturierung der stark vom Skiffle-Sound inspirierten Bewegung begann. Es entstanden „Singezentren“, „Werkstattwochen“ und zahlreiche musikalische Veranstaltungsreihen, wie das „Festival des politischen Liedes“. Die „Singeklubs“ übertrafen die „Literaturklubs“ der FDJ um ein Vielfaches (siehe Abbildung 8). Zu den X. Weltfestspielen stieg deren Zahl auf über 4.000 an. Nach 1973 zogen sich viele bekannte Liedermacher aufgrund fehlender künstlerischer Freiheit zurück. Der „Oktoberklub“ löste sich auf.²⁰⁰¹

Abbildung 8: Anzahl der „Singeklubs“ sowie der „Literaturklubs“ der FDJ von 1969 bis 1975 (in absoluten Zahlen)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von Jahnke, Karl Heinz u. a. 1978, S. 265, 278, 294, 311, 327, 348 u. 367.

2001 Vgl. Jahnke, Karl Heinz u. a. 1978, S. 207, 226, 245, 257, 265, 311 u. 327; vgl. Walter, Michael 1997, S. 117; vgl. Hertle, Hans-Hermann/Stefan Wolle 2006, S. 193.

Aus der „Singebewegung“ entstand eine Art Laienmusik-Bewegung;²⁰⁰² die Kampagne des Jugendverbandes verlief allmählich ins Leere.²⁰⁰³ Allein in Leipzig existierten 1968 fast 400 und damit viermal so viele registrierte, teilweise westlich geprägte Laienmusikgruppen wie 1965.²⁰⁰⁴ Während der gewünschte Effekt – die Internalisierung kommunistischen Kampfgeistes – beim kollektiven Singen ausblieb und es auch die „Feste des Liedes und des Tanzes“ nicht im erwarteten Umfang schafften, „neue, sozialistische Sitten und Bräuche“²⁰⁰⁵ zu etablieren, blühte die Beat-Bewegung in der Illegalität. Die Beat-Generation blieb von den Alternativen geboten der FDJ weitgehend unbeeindruckt. Fast jede verbotene Beatgruppe besetzte sich nach ihrer offiziellen Auflösung in vier- und fünffacher Besetzung wieder neu.²⁰⁰⁶ Viele Bands verfügten über ein Scheinrepertoire oder meldeten verschiedene Wohnsitze an, um an die staatliche Spielerlaubnis zu gelangen.²⁰⁰⁷

Die Szene war gut vernetzt. Einige Landstriche im provinziellen Süden der DDR avancierten zu Hochburgen. Wochenende für Wochenende zog es tausende Musiker und hartgesottene Beatniks in abgelegene Gasthöfe, in denen sich die Wirte wenig für die Vorgaben aus Berlin interessierten und die zuständigen Dienststellen vor Ort oftmals überfordert schienen. Die Volkspolizei hoffte mit regelmäßigen Kontrollbesuchen, durch „Aus-sprachen“ mit Musikern und das vorzeitige Beenden von Konzerten, die Veranstaltungen kontrollieren zu können.²⁰⁰⁸ Nicht selten entzogen Behörden direkt am Tag des Gastspiels den angereisten Beatbands die Auftrittsgenehmigung. Einige Veranstalter versuchten die Musiker zu warnen, wenn am Spielabend eine der lästigen Kontrollen drohte. Vereinzelt infor-

2002 Vgl. Kirchenwitz, Lutz 2003, S. 6; vgl. Poiger, Uta G. 2003, S. 23.

2003 Instrumental begabte Jugendliche wurden in den Blasorchestern, den Fanfarenzügen der FDJ, in speziellen Jugend-Combos, Tanzkapellen und dem Jugendkammerorchester gefördert und blieben der „Singebewegung“ damit ohnehin oftmals fern. Vgl. Heyen, Rolf 1972, S. 105 u. 108; vgl. Schäfer, Olaf 1998, S. 282 f.; vgl. Wierling, Dorothee 2002, S. 216 u. 227; vgl. Ohse, Marc-Dietrich 2005, S. 74.

2004 Vgl. Wierling, Dorothee 2002, S. 228.

2005 Für eine neue Qualität der politisch-ideologischen Arbeit mit den Menschen. Beschluß des Politbüros des ZK vom 23. Februar 1965, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1967, S. 326.

2006 Vgl. Wicke, Peter 1995, S. 592.

2007 Vgl. Rauhut, Michael 1991, S. 62; vgl. Rembold, Elfie 2003, S. 214.

2008 Vgl. ders. 2002, S. 40; vgl. Wicke, Peter 1995, S. 595.

mierten Betreiber die Musiker über Telegramme vor einem möglichen Zugriff der Sicherheitsorgane. In einigen Fällen signalisierten sie mit dem Ein- und Ausschalten der Saalbeleuchtung den Musikern auf der Bühne das Eintreffen von Kontrolleuren, woraufhin die Band zu Schlagertiteln wechselte. Entglitt den Volkspolizisten auf den Konzerten die Kontrolle, sorgten mancherorts die „Genossen“ der Ortsparteiorgane für „Ordnung“ und ein Ende der Veranstaltung.²⁰⁰⁹

Doch weder die polizeilichen Kontrollen noch die Einfuhrverbote für westliche Musik und Fanartikel, Schikanen, wie das verordnete Tragen von Haarnetzen bei jungen langhaarigen Musikern auf öffentlichen Veranstaltungen²⁰¹⁰, oder die „Singebewegung“ konnten die Popularität des Beats drosseln. Musik und lange Haare wurde zum festen Bestandteil im Leben vieler junger Menschen, paradoxerweise begünstigt durch den wirtschaftlichen Aufschwung und die nun erschwinglichen Massenkommunikationsmittel (Rekorder usw.).²⁰¹¹ Junge Männer mit längeren Haaren waren meist 16- bis 21-jährig und entstammten dem Arbeiter- oder Bauernmilieu. Das Jugendinstitut befragte 1973 über 1.400 junge Männer (14 bis 26 Jahre) zu deren Wunschfrisur. Anhand eines Fragebogens mit sechs abgebildeten Frisurenstaplonen konstatierte Peter Voß, Facharbeiter und Studenten präferierten einen gepflegten Kurzhaarschnitt mit Kotletten, Lehrlinge und Schüler gepflegtes, schulterlanges Haar.²⁰¹² Das MfS gelangte Ende der 1960er Jahre zu der Erkenntnis, Langhaarige sollten „keinesfalls durch die Bank als negative Elemente abgetan werden“, denn unter ihnen gebe es, „wenn auch in geringer Anzahl [...] gesellschaftlich sehr aktive Jugendliche“²⁰¹³.

2009 Vgl. ebd., S. 40; vgl. Auszüge aus den der SED-Bezirksleitung Cottbus vorliegenden Berichten der VP und Justizorgane, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/123, Bl. 1; vgl. Abschrift eines Fernscheibens der Bezirksleitung Potsdam an die Abteilung Parteiorgane vom 21. September 1967, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/123, Bl. 1 f.; vgl. Gehrke, Bernd 2002, S. 36.

2010 Vgl. Wicke, Peter 1995, S. 593.

2011 Ende der 1960er Jahre nannten 50 Prozent der Heranwachsenden ein Kofferradio, 30 Prozent einen Motorroller und 27 Prozent einen Plattenspieler oder ein Tonbandgerät ihr Eigen. Vgl. Rauhut, Michael 1999, S. 1800; vgl. Wierling, Dorothee 2002, S. 236.

2012 Vgl. Voß, Peter 1973: Frisuren im Urteil Jugendlicher vom Juli, Bl. 2-4.

2013 Information über Probleme des Verhaltens von Jugendlichen, die lange Haarfrisuren tragen, vom 28. Januar 1969, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-3455, Bd. I, pag. Bl. 210; vgl. Wierling, Dorothee 1994, S. 413 u. 410.

Beatmusik genoss dem ZIJ zufolge bis in die 1970er Jahre beim Musikkonsum in allen Schichten und Altersgruppen eine „relativ autonome Stellung“²⁰¹⁴. Die Beliebtheit von DT 64 hielt lange an. Ende der 1960er Jahre spielte DT 64 wieder mehr Beatmusik.²⁰¹⁵ Wissenschaftler des Instituts für Meinungsforschung kamen 1967 zu dem Ergebnis, ein Großteil der jungen Generation schaltete am liebsten westliche Sender und DT 64 ein, weil diese eben die „heiße[...] Musik“²⁰¹⁶ sendeten. Im selben Jahr befragten die Leipziger Forscher etwa 350 Jugendliche in einer sächsischen Kleinstadt über deren Musikkonsum. Rund 70 Prozent meinten, sie hörten DT 64 häufig bis ständig und das wegen seiner Musik und der lockeren politischen Berichterstattung. Sie empfahlen in der „Grimma-Studie“: „In der Jugendpolitik kann damit gerechnet werden, daß über DT 64 ein großer Teil der jungen Menschen erreicht werden kann. Mit Sendungen nach dem Vorbild von DT 64 kann der Einfluß von Westsendern zurückgedrängt werden.“²⁰¹⁷

Anfang der 1970er Jahre resümierten die Wissenschaftler, Dauernutzer von DT 64 seien trotz des Empfangs westlicher Tanz- und Beatmusiksendungen ideologisch gefestigt.²⁰¹⁸ Fast zur selben Zeit plante das Kulturminderministerium mit der Zentralen Kommission Tanzmusik beim Ministerium für Kultur, die Entwicklung einer eigenen Tanzmusik zu steuern. Im Mittelpunkt des neuen Konzepts stand die Nachwuchsförderung. Fortan sollten

2014 Lindner, Bernd/Dieter Wiedemann 1999, S. 325.

2015 Vgl. ebd. Fast ein Drittel von über 2.000 jungen Probanden hörte 1969 mehrmals die Woche DT 64, weit mehr als zehn Prozent nahe zu täglich. Vgl. Friedrich, Walter u. a. 1969: Umfrage 69. Abschlußbericht, Bl. 45.

2016 Die Forscher befragten im Jahr 1967 mehr als 3.000 Schüler, Studenten und Lehrlinge zu deren Rundfunkverhalten. Über 30 Prozent gaben an, am liebsten DT 64 zu hören, gefolgt von Radio Luxemburg und dem Freiheitssender (jeweils fast 30 Prozent). Sender aus der DDR landeten mit etwa 20 Prozent auf Platz vier. Bericht über eine Umfrage zu einigen Problemen von Jugend und Politik vom 16. Januar 1967, in: Niemann, Heinz 1993, Bl. 21 f.

2017 Kalina, Georg/Kurt Starke 1967: Jugend und Freizeit. Forschungsbericht über eine Studie zum Freizeitverhalten, Bl. 88.

2018 Im Jahr 1972 gaben von etwa 1.190 Neunt- und Zehntklässlern aus Halle 70 Prozent an, die Jugendsendungen von DT 64 bzw. die Sendung „Hallo“ fast immer einzuschalten. Vgl. Langguth, M./L. Schumann 1972: Funktion und Zusammenwirken der Massenmedien bei der ideologischen Erziehung Jugendlicher. Zusatzbericht Hörer von DT 64. 1. Entwurf, Bl. 53 f.; vgl. Gehrisch, Harald/Dieter Wiedemann 1976: Funktion und Zusammenwirken der sozialistischen Massenmedien bei der ideologischen Erziehung der Schuljugend, dargestellt an Schülern der Klassen 9/10 vom Dezember, Bl. 32.

Tanzentwicklungsgruppen in allen Bezirken die jeweiligen Jugendtanzkapellen an Massenorganisationen binden. Ab 1971 entstanden, ähnlich wie bei der „Singebewegung“, spezielle „Werkstattwochen für Jugendtanzkapellen“²⁰¹⁹, auf denen FDJ oder FDGB in Kooperation mit dem Staatlichen Rundfunkkomitee, dem Deutschen Fernsehfunk und der Schallplattenindustrie die besten Musikgruppen auswählten und fördern wollten.²⁰²⁰ Während ab den 1960er Jahren weniger Jugendliche, gleich ob Jungen oder Mädchen, Lehrlinge oder Studenten, das Hören und Sehen westlicher Sender ablehnten²⁰²¹ und die Sanktionen für Beat und Jazz mit Beginn der 1970er Jahre allmählich nachließen – Rock 'n' Roll blieb „gesellschaftsunfähig“²⁰²² –, beharrte die Abteilung Kultur des ZR der FDJ darauf: „Tanzmusik ist Bestandteil der ideologischen Arbeit“ und „Träger von Ideologie“²⁰²³. Jugendliche musikalische Vorlieben wurden zwar weiterhin als Politikum behandelt, doch wenigstens mit deutschsprachiger Beat- und Rockmusik konnten sich die Erziehungsfunktionäre Anfang der 1970er Jahre arrangieren, nachdem Beatniks in den 1960er Jahren wie (potentielle) Kriminelle behandelt wurden.

4.2.4.3 Staatliche Reaktionen

Die Auseinandersetzung des MfS mit Beat-Fans stand in den 1960er Jahren ganz im Zeichen des Befehls Nr. 11/66 und der dazugehörigen Dienst-anweisung.²⁰²⁴ Zwar konstatierte Erich Mielke, die Mehrheit der Jugend leiste auf „allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens eine vorbildliche Arbeit“, allerdings versuche der „Feind“ in der Bundesrepublik alles, um junge Menschen „zu negativen und feindlichen Handlungen im Sinne sei-

2019 Maßnahmen und Schlußfolgerungen des Ministeriums für Kultur zur weiteren Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens der Jugend vom 30. März 1971, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/124, Bl. 11.

2020 Vgl. ebd., Bl. 8-11.

2021 Vgl. Wierling, Dorothee 1994, S. 409.

2022 Vgl. Schroeder, Klaus 2013, S. 234.

2023 Positionspapier der Abteilung Kultur des Zentralrates der FDJ zur Tanzmusik von 1971, in: Wicke, Peter/Lothar Müller (Hrsg.) 1996, S. 195.

2024 Beide Dokumente waren bis 1989 gültig. Die Anweisung wurde bis zum Jahr 1969, zum 20. Jahrestag der DDR, stets ausgebaut und ergänzt. Vgl. Wolle, Stefan 2001, S. 38; vgl. Auerbach, Thomas 2002, S. 205; vgl. Wurschi, Peter 2007, S. 61.

ner verbrecherischen Zielsetzungen zu verleiten“²⁰²⁵. Nach Ansicht des Ministers bediene sich die Bundesregierung zur „modernen Massenpsychologie“²⁰²⁶ westlicher Geheimdienste, Film- und Starklubs, westdeutscher Presseorgane, Fernsehanstalten und kirchlicher Institutionen. In der Folge käme es zur „Übernahme bestimmter Erscheinungsformen der westlichen Dekadenz in Lebensauffassungen, Kleidung und Auftreten verschiedener Jugendlicher“²⁰²⁷. Laut der Anweisung gefährde der „Klassenfeind“ den Prozess der sozialistischen Bewusstseinsbildung erheblich, da dieser – ähnlich wie die Kirchen mit ihrer Jugendarbeit im Freizeitleben – Misstrauen zwischen Jugend und Staat erzeuge und „dekadente und amoralische Auffassungen“²⁰²⁸ unter ihnen verbreiten wolle. Die Auswirkungen zeigten sich in gewaltsamen Grenzdurchbrüchen, organisierter Kriminalität und „staatsfeindlichen Gruppenbildungen“.²⁰²⁹

Auf westliche Einflüsse zurückzuführende Straftaten deckten aus Sicht des MfS ein breites Spektrum ab, angefangen bei „einfachen Erscheinungen der ideologischen Zersetzung bis zu Staatsverbrechen“²⁰³⁰. Für Geheimpolizei und SED ließ sich fast jede Erscheinung von „abweichenden“ Verhaltensweisen, wie „öffentliche Herabwürdigung“ oder „Rowdytum“, mit der westlichen Einflussnahme, etwa durch die Medien erklären. „Gesellschaftswidriges“ Verhalten wurde oftmals Fans und – angeblich – „Asozialen“ unterstellt. Das MfS definierte damit ein Verhalten, „welches vor allem solchen rechtlichen, moralischen und kulturellen Normen des sozialistischen Zusammenlebens widerspricht, die mit der Entwicklung der heranwachsenden Persönlichkeit in besonders engem Zusammenhang stehen“²⁰³¹.

Erich Mielke ordnete daher in seiner Dienstanweisung vom 15. Mai 1966 an, Mitglieder subkultureller Milieus flächendeckend zu überwa-

2025 Dienstanweisung Nr. 4/66 zur politisch-operativen Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR vom 15. Mai 1966, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-433, pag. Bl. 5.

2026 Ebd., pag. Bl. 7.

2027 Ebd., pag. Bl. 8.

2028 Ebd., pag. Bl. 7.

2029 Vgl. ebd., pag. Bl. 8 u. 10.

2030 Ebd., pag. Bl. 8.

2031 BStU, MfS, ZA, JHS-Nr. 20067, S. 19 u. 26, zitiert in: Wurschi, Peter 2007, S. 62 f.

chen.²⁰³² Es galt nun, durch „zielgerichtete Werbung unter Mitgliedern der westlich orientierten Musikgruppen und ihrer Anhängerschaft“²⁰³³, erneute „Provokationen“ wie bei der Beat-Demonstration zu verhindern.²⁰³⁴ Geeignete Kandidaten für den Dienst als IM suchte die Geheimpolizei „vorrangig unter Kreisen Haftentlassener, Rückkehrer und Neuzuziehender, politisch Schwankender, jugendlicher Studenten, Anhänger westlicher Dekadenz, gefährdeter und krimineller Gruppierungen jugendlicher Personen und kirchlich gebundener Jugendlicher“²⁰³⁵. Ein besonders großes Problem bei der Zurückdrängung des westlichen Einflusses bzw. der daraus resultierenden „negativen“ Verhaltensweisen erkannte das MfS im Hören westlicher Rundfunksendungen und in postalischen Kontakten in die Bundesrepublik. Ab der ersten Hälfte der 1960er Jahre hatten sich die Briefsendungen von Jugendlichen, in denen diese bei westlichen Sendern um Autogramme ihrer Stars und um die Erfüllung ihrer Musikwünsche baten, mit regionalen Unterschieden, von insgesamt 35.000 (1964) auf 90.000 (1965) erhöht.²⁰³⁶

Während die BV Dresden 1968, verglichen mit dem Vorjahr, weniger Autogramm Wünsche und „eingeschleuste Schund- und Schmutzliteratur“²⁰³⁷, dafür einen zahlenmäßigen Anstieg der Brieffreundschaften zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen auf über 260 Prozent registrierte,²⁰³⁸ waren im Nachbarbezirk Karl-Marx-Stadt die Kontakte zu

2032 Vgl. Ohse, Marc-Dietrich 2003, S. 128.

2033 Dienstanweisung Nr. 4/66 zur politisch-operativen Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR vom 15. Mai 1966, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-433, pag. Bl. 22.

2034 Vgl. Ergebnis der Überprüfung des Hinweises auf eine vermutliche Provokation jugendlicher Beat-Anhänger anlässlich der Eröffnung des Karnevals am 11.11.1965 im Klubhaus der Jugend in Meerane vom 13. November 1965, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-491, Bd. I, pag. Bl. 116-119.

2035 Dienstanweisung Nr. 4/66 zur politisch-operativen Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR vom 15. Mai 1966, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-433, pag. Bl. 14.

2036 Vgl. Einzelinformation Nr. 363/65 über das verstärkte Abhören westlicher Rundfunk- und Fernsehstationen und die Schaffung technischer Voraussetzungen zum Empfang des Westfernsehens, besonders seines zweiten Programmes, vom 17. April 1965, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1045, Bl. 1-7.

2037 Die Quelle könnte aus dem Jahr 1965 bzw. aus den späten 1960er Jahren stammen. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 8424, pag. Bl. 42.

2038 Vgl. ebd., pag. Bl. 42 f.

westdeutschen Starklubs von etwa 560 (1968) auf 260 (1969) gesunken und die Autogrammwünsche von 6.200 (1968) auf über 11.400 (1969) gestiegen.²⁰³⁹ Allein im Bezirk Halle versuchten Ende der 1960er Jahre rund 1.000 Jugendliche aus Bernburg und Eisleben, Verbindung zu westdeutschen Klubs aufzunehmen. In Magdeburg kontaktierten ganze Schulklassen westdeutsche Rundfunkstationen, in Mühlhausen sammelten Neuntklässler Unterschriften für einen Belobigungsbrief an den Deutschlandfunk und in Gera baten Jugendliche den RIAS um Adressen von Schallplattenklubs.²⁰⁴⁰

Dieses „abtrünnige“ Verhalten torpedierte aus Perspektive von Staat und Sicherheitsorganen die sozialistische Erziehung, begünstigte der ideologische Einfluss von Westsendern und Starklubs doch die Jugendkriminalität. Jeder Jugendliche und Amateurmusiker, der für Beatmusik und populäre (westliche) Sänger schwärmte, galt als potentieller „Straftäter“ bzw. als „gefährdet“. Ab Mitte der 1960er Jahre differenzierten Juristen, Psychologen und Kriminalisten „auffällige“ Jugendliche nicht mehr nur nach Zugehörigkeit in Cliquen oder „Banden“, sondern auch in „gefährdete“ und „kriminelle“ Gruppen. Da die Geheimpolizei vermerkte, langhaarige Jugendliche trafen sich oftmals in losen Gruppen, in denen gemeinsame Interessen wie Sport und besonders die Liebe zur Musik das Freizeitleben dominierten,²⁰⁴¹ fielen Beatniks in das Raster „gefährdeter“ Gruppen. Nach Auffassung der Erziehungsfunktionäre war das „informelle Treffen“ in der Freizeit keine anständige Beschäftigung und spontan entstandene Gruppen außerhalb des staatlichen Zugriffs würden zur Kriminalität neigen. Nach Angaben der Volkspolizei hätten 1965 von rund 41.000 jugend-

2039 Vgl. Berichterstattung über Ergebnisse der offenen Feindtätigkeit und der operativen Bearbeitung von Waffendelikten sowie Einschätzung über die politisch-operative Lage unter der Jugend im Bezirk Karl-Marx-Stadt vom 18. August 1969, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-1208, pag. Bl. 26.

2040 Vgl. Fakten der ideologischen Diversion im Freizeitbereich junger Menschen aus den Jahreskriminalitätsberichten 1970, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/124, Bl. 1.

2041 Vgl. Information über Probleme des Verhaltens von Jugendlichen, die lange Haarfrisuren tragen, vom 28. Januar 1969, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-3455, Bd. I, pag. Bl. 221; vgl. Lindenberger, Thomas 2003, S. 415; vgl. Zimmermann, Verena 2004, S. 88.

lichen „Straftätern“ fast 40 Prozent die Straftaten in Gruppen (ab zwei Personen) begangen.²⁰⁴²

Wegen der Forderung Erich Honeckers, „negative“ Trends unter der Jugend detailliert zu dokumentieren,²⁰⁴³ ließ Innenminister Friedrich Dickel 1965 einen Bericht erstellen, dem zufolge von November 1965 bis zum Februar 1966 etwa 90 Ermittlungsverfahren gegen Beatniks, Mitglieder von „Banden“ und „Gammer“ eingeleitet wurden. Oftmals erhielten die Jugendlichen „Arbeitserziehungsmaßnahmen“,²⁰⁴⁴ ganz nach dem Vorschlag Honeckers, um sicherzustellen, dass sich für westliche Einflüsse empfängliche Heranwachsende, „nicht der Arbeit entziehen, daß sie sich qualifizieren, daß sie anständig arbeiten“²⁰⁴⁵. Spätestens ab dem Frühjahr 1965 versuchte die Justiz bei mehreren Gerichtsprozessen, im Beisein von Pädagogen, örtlichen Parteifunktionären und Vertretern des Ausbildungsbetriebes, die Ursachen jugendlicher „Fehlentwicklungen“ durch Vernehmungen von Nachbarn, Lehrern, Lehrmeistern und Arbeitskollegen zu analysieren. Am Ende des Prozesses sollten die straffällig gewordenen Jugendlichen durch Erziehungsmaßnahmen und „aktive gesellschaftliche Arbeit in der FDJ, der GST oder dem DTSB“²⁰⁴⁶ zurück zu einer „sinnvollen“ Freizeitgestaltung finden;²⁰⁴⁷ andernfalls drohte der Betreffende zum Wiederholungstäter zu werden.

2042 Von einer zuverlässigen Erfassung jugendlicher Delinquenz kann nicht ausgegangen werden, da die von der Volkspolizei erhobenen Statistiken z. B. Doppelzählungen aufweisen. Vgl. Kaiser, Monika 1997, S. 170 f.; vgl. Florath, Bernd 2014, S. 38.

2043 Bereits vor dem XI. Plenum im Dezember 1965 legten Dogmatiker um Erich Honecker dem Sekretariat des ZK eine Einschätzung zum „Auftreten von kriminellen und gefährlichen Gruppierungen Jugendlicher“ vor. Vgl. Lindenberger, Thomas 2003, S. 412 f.

2044 Demnach wurden vor allem 14- bis 18-Jährige straffällig, weil sich Jugendliche mit steigendem Alter mehr von Freizeitgruppen lossagten. Die Hälfte der Straftaten entfiel auf Eigentumsdelikte. Die Gruppen unterteilten sich grob in „gefährdete“ und „kriminelle“ bzw. „kriminelle“ in „organisierte, lose und zufällige“. Vgl. Ministerium des Innern, HA K. Bericht über das Auftreten von kriminellen und gefährdeten Gruppierungen Jugendlicher in der DDR im Jahre 1965 vom 27. Juni 1966, in: BArch, DC 4/869, zitiert in: Liebing, Yvonne 2005, S. 99 u. 101; vgl. Lindenberger, Thomas 2003, S. 416 f.

2045 Honecker, Erich 1966, S. 71.

2046 Vorschläge zur wirksamen Bekämpfung jugendlicher Gruppierungen im Bereich der Jugendkriminalität vom 15. März 1965, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 8424, pag. Bl. 3.

2047 Vgl. ebd., pag. Bl. 1-4.

Auch die hohe Anzahl junger Republikflüchtlinge führten MfS und das Ministerium des Innern vor allem auf westliche Einflüsse zurück.²⁰⁴⁸ Laut Geheimpolizei gingen 1965 rund 80 Prozent aller unternommenen Fluchtversuche auf das Konto von unter 25-Jährigen. Bei „Republikflüchtigen“ hätten Eltern, Schule und FDJ bei der Erziehung versagt und die Jugendlichen selbst einen niedrigen Bildungsstand,²⁰⁴⁹ wenngleich dieselbe Behörde 1964 konstatiert hatte, die meisten von ihnen seien Angestellte, Arbeiter, an Universitäten oder im Handel- und Verkehrswesen beschäftigt gewesen.²⁰⁵⁰ Für die Erziehungsfunktionäre bestand also ein Zusammenhang zwischen Freizeitleben, Persönlichkeitsentwicklung, Kriminalität und Bildungsgrad: Je höher die Bildung, desto höher die Ansprüche an das geistig-kulturelle Leben in der Freizeit und desto niedriger die Kriminalität. Doch nach einem Beschluss des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB vom April 1971 habe die sozialistische Freizeitpolitik nur einen geringen Teil der Jugend erreicht.²⁰⁵¹ Weiterhin trafen sich zu viele „beim Kofferradio an irgend einer Ecke [sic!]“²⁰⁵², obwohl 1965 in der gesamten DDR rund 380 „gefährdete“ Gruppen aufgelöst wurden und 1966 ungefähr 680 Gruppen „unter Beobachtung“ standen.²⁰⁵³

In Karl-Marx-Stadt lösten MfS und Volkspolizei auf Grundlage des Befehls Nr. 11/66 Ende der 1960er Jahre 15 der 40 „Konzentrationspunkte“ auf und „beseitigt[en]“ elf von 25 losen Gruppierungen, nachdem „auffällige“ Jugendliche in behördlichen Registern erfasst wurden. Bis zum Ok-

2048 Vgl. 9. Zusammenstellung von Informationen über besondere Vorkommnisse im Zeitraum vom 19. Juni bis 25. Juli 1966 vom 29. Juli 1966, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 10056, pag. Bl. 82 f.

2049 Vgl. Bericht Nr. 210/65 über festgestellte Ursachen, Bedingungen und Motive des illegalen Verlassens der DDR vom 2. April 1965, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1018, Bl. 1-41.

2050 Die Mehrheit Heranwachsender versuchte die DDR mit gefälschten Pässen oder versteckt in Fahrzeugen zu verlassen. Vgl. In Verbindung mit Schleusungen angefallene Jugendliche im Jahre 1964 vom 23. März 1965, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 8424, pag. Bl. 12 f.

2051 Vgl. Erläuterung zum Beschluss des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB „Massnahmen der Gewerkschaften zur weiteren Verbesserung einer vielseitigen und auf hohem Niveau stehenden Gestaltung der Freizeit der Jugend“ vom 14. April 1971, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/124, Bl. 2 f. u. 7.

2052 Ebd., Bl. 5.

2053 Vgl. Bericht über das Auftreten von kriminellen und gefährdeten Gruppierungen Jugendlicher in der DDR im Jahre 1965, in: BArchB, DO 1/5.0/38844, zitiert in: Lindenberger, Thomas 2003, S. 416.

tober 1969 führten der Rat des Bezirkes und die Räte der Kreise fast 250, MfS und Volkspolizei mehr als 180 „Aussprachen“ mit „negativ-dekadenten Jugendlichen“. Etwa 100 der Betroffenen beteuerten, in Zukunft „ihr dekadentes Äußere[s] zu verändern“, und wurden „einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung zugeführt“²⁰⁵⁴. Dennoch zeigte sich die Abteilung Jugend des ZK der SED keineswegs zufrieden mit den bisherigen Maßnahmen zur Etablierung einer „sinnvollen“ Freizeitgestaltung. Immer noch würden zu viele Jugendkultureinrichtungen zweckentfremdet und auf Veranstaltungen der Jugendschutz verletzt, bspw. beim Alkoholausschank an Minderjährige.

Die Abteilung beklagte zudem, potentielle „kriminelle“ Gruppierungen würden „weder durch Organisationen noch durch staatliche Institutionen gesteuert oder beeinflusst“²⁰⁵⁵, trotz des hohen Andrangs „negativer“ Gruppen in den Jugendklubs und auf Musik- und Faschingsveranstaltungen. Dieser Umstand käme nicht nur dem „Klassenfeind“, sondern auch den Kirchen zugute, die mit eigenen Tanz- und Musikveranstaltungen versuche, die Jugend zu bekehren.²⁰⁵⁶ Nicht einmal die staatlichen Jugendklubs boten demzufolge Gewähr für eine Freizeitgestaltung im parteipolitischen Sinne. Die Bezirksleitung der SED in Berlin behauptete, von den 5.500 jungen Besuchern in den 38 Jugendklubs der Stadt seien 1.500 bis 2.000 Heranwachsende „labil in ihren Lebensauffassungen und in der Einstellung zur sozialistischen Gesellschaft“ bzw. „kriminell gefährdet“²⁰⁵⁷. Die Hauptschuld an dieser Entwicklung hatten nach Auffassung der Berliner Behörden allein Beatmusik sowie westliche Hörfunk- und Fernsehsendungen.²⁰⁵⁸

In den 1960er Jahren führten SED, MfS und Volkspolizei jedoch nicht nur einen Kampf gegen westliche, sondern von 1968 an auch vermehrt ge-

2054 Maßnahmenplan zur weiteren Durchsetzung der 1. Durchführungsbestimmung zum Befehl 11/66 und des Befehls 33/69 des Genossen Minister im Rahmen der Aktion „Nachstoß“ vom 27. Oktober 1969, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Ha-238, pag. Bl. 143.

2055 Zu einigen Problemen der Freizeitgestaltung der Jugend und der Erziehung junger Menschen im Freizeitbereich (Diskussionsmaterial) vom Februar 1971, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/124, Bl. 6.

2056 Vgl. ebd., Bl. 4 f. u. 7.

2057 Einschätzung über Probleme der Entwicklung der Berliner Jugendklubs und die Denk- und Verhaltensweisen der Jugendlichen, die in den Klubs verkehren, vom 13. Mai 1971, in: ebd., Bl. 1.

2058 Vgl. ebd., Bl. 1 u. 6 f.

gen Einflüsse aus der Tschechoslowakei. Zeitgleich erreichte die Studentenbewegung in der Bundesrepublik ihren Höhepunkt. In der Wissenschaft wird die Frage diskutiert, ob es ein solches „68“ in der DDR gab. Während die Studentenbewegung und der Tod Benno Ohnesorgs im Juni 1967 für die ostdeutsche Regierung den Beweis einer faschistisch geprägten Bundesrepublik lieferte und studentische Kreise in der DDR gemäß Stefan Wolle Gesten und Symbole des Protestes aus dem Westen übernahmen,²⁰⁵⁹ stießen die Aktionen der westdeutschen Linken laut Lutz Kirchenwitz insgesamt auf geringes Interesse.²⁰⁶⁰ Die westdeutschen Studenten führten Auseinandersetzungen über Notstandsgesetze, veraltete Hochschulstrukturen und vor allem über die NS-Vergangenheit in der eigenen Familie, wohingegen ihre ostdeutschen Altersgenossen, wie Kirchenwitz schildert, „mehr Offenheit und Farbe ins Kulturleben der DDR“²⁰⁶¹ bringen wollten. Der in der westdeutschen Studentenbewegung dominierende Generationenkonflikt spielte im Osten ohnehin kaum eine Rolle.

Nach Christian Semler nahmen sich die Westlinken als „Motor im Prozess der gesellschaftlichen Zivilisierung“ wahr und zeigten dabei wenig „Interesse am Wohl und Wehe der Menschen im sowjetischen Hegemonialbereich“²⁰⁶². Die Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbemühungen löste unter ihnen, so Bernd Eisenfeld, „nur ein marginales Echo“²⁰⁶³ aus. In der DDR allerdings weckten die Ereignisse in Prag bei vielen jungen Menschen Erwartungen auf einen liberalen Sozialismus, jedenfalls bis zum 21. August 1968, dem Tag, an dem sowjetische Truppen in die reformwillige Tschechoslowakei einmarschierten. Da es schwerfällt, von einer westlich geprägten Protestbewegung in der damaligen DDR zu sprechen,²⁰⁶⁴ unterscheiden sich die Meinungen über die Ost-68er stark voneinander.

Peter Wurschi sagt, trotz der hohen Zahl politisch verurteilter junger Menschen hätte der Prager Frühling nur „einige Jugendliche“ beeinflusst und diese sich später in der Friedensbewegung engagiert. Die Bewegung

2059 Vgl. Wolle, Stefan 2001, S. 39.

2060 Vgl. Kirchenwitz, Lutz 2003, S. 6.

2061 Ebd.

2062 Semler, Christian 2001, S. 4.

2063 Eisenfeld, Bernd 2008, S. 699.

2064 Vgl. Brown, Timothy S. 2008, S. 190; vgl. Lühmann, Michael 2008, S. 102 u. 105; vgl. Jesse, Eckhard 2012, S. 215.

der 1968er sei lediglich „in Einzelfällen auch in der DDR“²⁰⁶⁵ aufgetreten. Michael Lühmann konkretisiert, dass die 68er-Generation in Ostdeutschland die deutsch-deutsche Geschichte maßgeblich beeinflusste, nicht auch zuletzt deshalb, weil sie die bekanntesten Bürgerrechtler der DDR hervorbrachte.²⁰⁶⁶ Erhard Weinholz meint, die Aktionen vom Spätsommer 1968 seien im Vergleich zu den Ereignissen in der Bundesrepublik von 1967/68 „unspektakulär“²⁰⁶⁷ gewesen, während Bernd Eisenfeld erklärt, „dass dem Jahr 1968-Ost geschichts- und gesellschaftspolitisch eine größere Bedeutung zukommt als dem Jahr 1968-West“²⁰⁶⁸. Thomas Kochan begründet mit Blick auf die Subkulturen: „Wenn es ein ‚1968‘ in der DDR gab, dann waren die Blueskunden die Wegbereiter. Sie waren Kulturrebellen mit Pioniergeist, die die steife ostdeutsche Gesellschaft peu à peu umkrempelten.“²⁰⁶⁹

Aus jugendpolitischer Perspektive bietet Detlef Siegfried einen recht diplomatischen Ansatz: „Zwar gab es in der DDR einen generationellen Ablösungsprozess, der so etwas wie eine ‚68er-Generation‘ entstehen ließ. Doch erreichte ‚1968‘ nicht die Wirkung eines generationsverbindenden Fanals.“²⁰⁷⁰ Laut Dorothee Wierling hätten sich beide Generationen nur durch die „Teilhabe an der angloamerikanischen Jugendsubkultur“²⁰⁷¹ nahegestanden. Der Glaube an die 1968er-Generation Ost sei ein „Produkt der neunziger Jahre, in denen die vergleichende, d. h. auch konkurrierende Geschichtsschreibung in Deutschland so richtig in Fahrt kam“²⁰⁷². Das Jahr 1968 wirkte nach Eckhard Jesse prägend auf die westliche Jugend und im Osten „erwiesen sich die Prager Vorgänge mit ihren Konsequenzen für viele [...] als nachhaltiger Hoffnungsschimmer“²⁰⁷³. Zwischen den beiden jungen deutschen Generationen erfolgte 1968 wohl weniger ein politischer als vielmehr ein kultureller Transfer.²⁰⁷⁴

2065 Wurschi, Peter 2014, S. 42.

2066 Vgl. Lühmann, Michael 2008, S. 10.

2067 Erhard Weinholz wurde 1982 aus der Akademie der Wissenschaften ausgeschlossen. Ders. 2003, S. 31.

2068 Eisenfeld, Bernd 2008, S. 699.

2069 Kochan, Thomas 2004, S. 78.

2070 Siegfried, Detlef 2005 (b), S. 59.

2071 Wierling, Dorothee 2000, S. 58.

2072 Ebd., S. 57.

2073 Jesse, Eckhard 1995, S. 1008.

2074 Vgl. Kirchenwitz, Lutz 2003, S. 7; vgl. Grimm, Peter 2007, S. 5.

Prag wurde im Sommer desselben Jahres „zum Mekka der DDR-Bevölkerung“²⁰⁷⁵. Insgesamt reisten 1967/68 etwa 2,6 Millionen Ostdeutsche in die Tschechoslowakei, darunter viele Jugendliche. In Prag konnten sie die begehrte Beat- und Jazzmusik kaufen und in den Kinos der Stadt Originalversionen amerikanischer Filme sehen. Überall waren westliche Zeitschriften und Zeitungen erhältlich. Die Tschechoslowakei, insbesondere ihre Hauptstadt, erschien weltoffen, westlich angehaucht, modern und bereit für politische Veränderungen.²⁰⁷⁶ Viele Reisende wünschten sich auch in der DDR, wie Hans-Hermann Hertle und Stefan Wolle beschreiben, „ein wenig mehr Luft zum Atmen, ein bisschen mehr Farbe im realsozialistischen Alltag“²⁰⁷⁷. Oftmals versiegten die Hoffnungen der Reisenden schon an der Grenze, als Zöllner Schallplatten, Zeitungen und Antiquitäten aus dem Nachbarland konfiszierten.²⁰⁷⁸ Das MfS bemerkte, Jugendliche würden „revisionistische Literatur, Plakate von Beat-Veranstaltungen, westliche Presserzeugnisse wie ‚Twen‘ und ‚Bravo‘ u. ä.“²⁰⁷⁹ importieren. Teilweise hätten sie ihren Aufenthalt zur Verbindungsaufnahme zu Beatklubs genutzt und bundesdeutsche Film- und Starklubs vereinzelt versucht, über den Aufbau von Filialen in der Tschechoslowakei Kontakte zu jungen DDR-Bürgern zu knüpfen.

Die mitgebrachten Waren ließen sich für das MfS wesentlich besser kontrollieren als die erlebten Eindrücke, die nicht einfach an der Grenze beschlagnahmt werden konnten. Laut Geheimpolizei blieb die „zügellose antikommunistische Hetze [...] und die Demagogie revisionistischer Kräfte innerhalb und außerhalb der CSSR [...] bei politisch labilen, ungefestigten oder bereits negativ beeinflussten Jugendlichen der DDR nicht ohne Wirkung“²⁰⁸⁰. Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings beobachtete das MfS überall in der DDR einen zahlenmäßigen Anstieg von Flugblättern, „Hetzlosungen“, „Schmierereien“ und mündlichen „antisozialistischen“ Äußerungen unter Heranwachsenden. Mancherorts drückten junge Menschen auf Tanzveranstaltungen ihren Unmut über die Militäroffensive

2075 Hertle, Hans-Hermann/Stefan Wolle 2006, S. 179.

2076 Vgl. ebd., S. 181; vgl. Wolle, Stefan 2001, S. 43 f.; vgl. Brown, Timothy S. 2008, S. 194; vgl. Frei, Norbert 2008, S. 204.

2077 Ebd., S. 179.

2078 Vgl. ebd., S. 180 f.

2079 Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 8424, pag. Bl. 38.

2080 Information über Erkenntnisse, Erfahrungen, Probleme und Aufgaben bei der Durchsetzung des Befehls 11/66 des Genossen Minister vom 19. Februar 1969, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-106, Bd. II, pag. Bl. 58.

in der Tschechoslowakei aus, indem sie bewusst westliche Musik abspielten.²⁰⁸¹ Wenngleich die Protestwelle von kurzer Dauer war,²⁰⁸² erlebten viele Jugendliche, gemäß Stefan Wolle und Armin Mitter, eine „tiefe moralische Empörung, die zu politisch sinnlosen Akten des Widerstandes oder der Verweigerung führten“²⁰⁸³.

Die Justiz leitete 1968 rund 500 Ermittlungsverfahren wegen „Verbreitung von Hetze“ ein, davon entfielen etwa sieben Prozent auf studentische Kreise und über 70 Prozent auf junge Arbeiter und Lehrlinge. Dennoch stieg die Zahl der wegen „Hetze“ Inhaftierten nicht signifikant an. Die meisten der 14- bis 20-Jährigen wurden durch eine Amnestie wieder entlassen.²⁰⁸⁴ Im zweiten Halbjahr 1968 bezichtigte die Geheimpolizei fast 130 Personen der Verbreitung von „Hetzlosungen“ und (faschistischen) „Schmierereien“. Rund 80 Prozent der Beschuldigten zählten kaum das 24. Lebensjahr. Mehr als 70 Prozent der wegen „Verbreitung von Hetzschriften“ (174 Personen) und über ein Drittel der wegen „mündlicher Hetze“ (320 Personen) Angeklagten, die vor ein Gericht mussten, waren Jugendliche.²⁰⁸⁵ Insgesamt führte die Geheimpolizei mehr als 2.100 Handlungen, wie das Anbringen von Losungen, Schriften, anonyme Anrufe oder Kundgebungen, auf die Prager Ereignisse zurück.²⁰⁸⁶ Mehr als 1.000 Personen wurden verurteilt, darunter viele junge Arbeiter.²⁰⁸⁷ Bis in das Jahr 1969 hallte die Niederschlagung des Prager Frühlings in der DDR nach. Im Bezirk Prenzlauer Berg trugen im Januar 1969 einige Jugendli-

2081 Vgl. Poiger, Uta G. 2003, S. 21.

2082 Vgl. Ohse, Marc-Dietrich 2003, S. 219; vgl. Gehrke, Bernd 2012, S. 52.

2083 Mitter, Armin/Stefan Wolle 1995, S. 481; vgl. für Einzelheiten: Gehrke, Bernd 2008, S. 42-46.

2084 Vgl. Einschätzung zu den in Ermittlungsverfahren des MfS festgestellten Angriffen vom 27. November 1968, in: BStU, ZA, HA IX, Nr. 1599, Bl. 2 ff. u. Hausmitteilung v. Borning vom 18. Dezember 1968, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/12/26, zitiert in: Werkentin, Falco 2008, S. 650 f.; vgl. Wierling, Dorothee 2000, S. 58; vgl. Eisenfeld, Bernd 2003, S. 801; vgl. Lindner, Bernd 2003 (b), S. 37.

2085 Vgl. Jahresanalyse für 1968 vom 20. Januar 1969, in: BStU, ZA, HA XX, AKG-804, Bl. 29, zitiert in: Auerbach, Thomas 2002, S. 206.

2086 Vgl. Eisenfeld, Bernd 2003, S. 794.

2087 Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha 2007, S. 6 f.

che eine Spritzkanüle²⁰⁸⁸ am Rockaufschlag, mit der sie symbolisierten, sich den Sozialismus sprichwörtlich nicht einimpfen lassen zu wollen.²⁰⁸⁹

Im Frühjahr 1969 begann die SED, Sympathisanten der tschechoslowakischen Reformbemühung in den eigenen Reihen zu verfolgen. In Schulen, Betrieben und Universitäten zirkulierten vorgefertigte Zustimmungserklärungen, mit denen Personen entlarvt werden sollten, die nicht einverstanden waren mit dem militärischen Eingreifen.²⁰⁹⁰ Wer seine Unterschrift verweigerte, gefährdete seinen Arbeits- oder Studienplatz. Stefan Wolle spricht an den Universitäten und Instituten von einer „beispiellose[n] Atmosphäre der Hexenjagd“²⁰⁹¹. Obwohl der Großteil der Proteste, wie Kundgebungen oder Graffiti mit politischen Inhalten, auf die junge Arbeiterschaft zurückging,²⁰⁹² gerieten vor allem Jugendliche mit einer höheren Ausbildung unter Generalverdacht. Gert Geißler meint, gerade unter Studenten saßen der Schock und die Empörung über das Ende des Prager Frühlings tief: „Wer Mut hat oder die Gefahr unterschätzt, äußert sich offen.“²⁰⁹³ Auch Rudolf Maerker vermutet eine enorme Solidarität mit den Reformbemühungen unter studentischen Kreisen.²⁰⁹⁴

Doch warum protestierten so wenig Studenten gegen die Unterdrückung des Prager Frühlings? Dorothee Wierling äußert, einerseits wären sie „innerlich durch ihre der Dankbarkeit geschuldeten Loyalität“²⁰⁹⁵ gezwungen gewesen, den Einmarsch sowjetischer Truppen zu akzeptieren, andererseits herrschte an den Universitäten enormer politischer Druck. Protestaktionen konnten nicht weniger als das Ende der beruflichen Karriere bedeuten. Thomas Kochan erklärt, „dem akademischen Nachwuchs konnte man die Karriere verbauen, einem Schlosser, Maurer oder Koch

2088 Gert Geißler schilderte, bereits bei der Beat-Demonstration im Herbst 1965 seien Jugendliche mit angesteckten Injektionskanülen aufgefallen. Vgl. ders. 2005, S. 30.

2089 Vgl. Information über die sogenannte „Kanülenbewegung“ unter Jugendlichen in der Hauptstadt der DDR vom 17. Januar 1967, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 10056, pag. Bl. 192.

2090 Vgl. Mitter, Armin/Stefan Wolle 1995, S. 467 f.; vgl. Malycha, Andreas 2011, S. 46.

2091 Stefan Wolle 1992 (b), S. 44.

2092 Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha 1999 (b), S. 261-263; vgl. ders. 2007, S. 6 f.; vgl. Werkentin, Falco 2008, S. 650; vgl. Gehrke, Bernd 2012, S. 55.

2093 Geißler, Gert 2013, S. 155.

2094 Vgl. Maerker, Rudolf 1969, S. 88 f.

2095 Wierling, Dorothee 2000, S. 58.

dagegen nicht“. Schließlich gab es in der DDR ein Recht auf Arbeit und „wer mit 18 sein Berufsziel erreicht hatte, war schwer erpressbar“²⁰⁹⁶. Die Gründe für die Zurückhaltung der meisten Studenten lassen sich wohl zurückführen auf ein Konglomerat: erstens aus Angst um den Verlust der sozialen Stellung, zweitens aus Dankbarkeit gegenüber dem politischen System für die eingeräumten Bildungschancen,²⁰⁹⁷ das ihnen solange sozialen Aufstieg, Auslandsaufenthalte und großzügige Stipendien gewährte,²⁰⁹⁸ wie es an den Universitäten politisch konform zugeing, und drittens aus der raschen Einsicht der studentischen Mehrheit, wie aussichtslos der Prager Frühling war.

Der vereinzelte Widerstand an den Hochschulen ging häufig von kirchlichen Studentengemeinden aus.²⁰⁹⁹ Karl Wilhelm Fricke meint, „allein eine Minderheit aus der jungen Generation trat aus ihrer Reserve hervor und bekundete offen ihre Solidarität mit dem tschechoslowakischen Reformkommunismus“²¹⁰⁰. Damit tat es der Großteil der Jugendlichen den meisten Erwachsenen gleich. In der DDR blieb es, so Ilko-Sascha Kowalczyk, „trotz der schlechten Stimmung relativ ruhig“²¹⁰¹. Das Trauma vom 17. Juni 1953 saß zu tief. Viele Menschen glaubten, sowjetische Panzer stünden für den Ernstfall bereit. Die Niederschlagung des Prager Frühlings löste unter der Jugend gemäß Ulrich Mähler und Gerd-Rüdiger Stephan Hilflosigkeit und Trauer aus, die Ideale und Hoffnungen auf einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz versiegten.²¹⁰² Die junge Generation war empört und befand sich in einer Art Schockstarre.²¹⁰³

Dieter Geulen verweist darauf, obwohl die in den 1950er Jahren Geborenen Widersprüche des Sozialismus besonders bewusst wahrnahmen, vermochten sie es (noch) nicht, wegen ihrer emotionalen Bindung zur DDR,

2096 Kochan, Thomas/Christian Kunert 2010, S. 408.

2097 Vgl. Poiger, Uta G. 2003, S. 21.

2098 Vgl. Anordnung über die Gewährung von Stipendien an Direktstudenten der Universitäten, Hoch- und Fachschulen der Deutschen Demokratischen Republik – Stipendienordnung – vom 4. Juli 1968, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971, S. 425-434.

2099 Vgl. Wolle, Stefan 2007, S. 29-33; vgl. für Einzelheiten: Ders. 2008, S. 193-196.

2100 Fricke, Karl Wilhelm 1984, S. 148.

2101 Kowalczyk, Ilko-Sascha 1999 (b), S. 266.

2102 Vgl. Mähler, Ulrich/Gerd-Rüdiger Stephan 1996, S. 178, 267 u. 268.

2103 Vgl. Mleczkowski, Wolfgang 1984, S. 61; vgl. Geißler, Gert 2013, S. 155.

gewisse Grenzen zu überschreiten.²¹⁰⁴ Sie verarbeiteten die Ereignisse in der Tschechoslowakei in Gefühlen der „Enttäuschung und Trauer“ und standen den Geschehnissen „völlig hilflos und ohne theoretisches und politisches Verständnis gegenüber“²¹⁰⁵. Wenngleich Bernd Gehrke äußert, die Jahre 1967/68 trieben die „oppositionelle Politisierung von Teilen der jungen Generation“ voran und gipfelten in der Entstehung „einer neuen Opposition aus den kritisch-marxistischen, oppositionell-christlichen und arbeiterlich-subkulturellen Jugendmilieus“²¹⁰⁶, zeigten sich die Auswirkungen des Prager Frühlings erst rund 20 Jahre später in aller Deutlichkeit. Die Herbstrevolution von 1989 ging vor allem auf das Engagement der Generation zurück, die das erzwungene Ende des Prager Frühlings miterlebt hatte. Stefan Wolle führt dazu aus, „ein irrationaler Rest der romantischen Illusion des Prager Frühlings wurde von vielen bis in die turbulenten Herbstmonate des Jahres 1989 hinein bewahrt“²¹⁰⁷.

Das Jahr 1968 avancierte zu einem Schlüsselerlebnis für viele junge Menschen, während die SED damit beschäftigt war, andersartige politische und kulturelle Orientierungen der jungen Generation regelrecht auszumerzen. Im Januar 1969 verlangte das Sekretariat des ZR der FDJ, mit der „Passivität und dem Liberalismus in bezug auf labile und gefährdete Jugendliche Schluß zu machen“²¹⁰⁸. Das betraf vor allem jene, die es wagten, sich in der Öffentlichkeit zu treffen, gemeinsam Westsender hörten, „provozierende“ Kleidung trugen und sich „rüpelhaft“ benahmen. Ein Jahr zuvor war der Paragraph 107 eingeführt worden, mit dem das politische Strafrecht bei der Kriminalisierung von unangepassten Jugendlichen die Bildung von „staatsfeindlichen Gruppen“ ahndete.²¹⁰⁹ Der neue Paragraph ermöglichte eine Verurteilung von Personen, denen nur eine Mitglied-

2104 Der Autor befragte 1991 ehemalige DDR-Bürger in Ostberlin und Leipzig, gestaffelt nach Alter in Gruppendiskussionen über ihre Erfahrungen. Die meisten Teilnehmer waren Vertreter der Intelligenz und Parteimitglieder. Vgl. Geulen, Dieter 1993, S. 37 f. u. 43 f.

2105 Ebd., S. 43.

2106 Gehrke, Bernd 2012, S. 58.

2107 Wolle, Stefan 1992 (b), S. 35.

2108 Konzeption zur politischen Arbeit mit labilen und gefährdeten Jugendlichen. Beschluß des Sekretariats des Zentralrats der FDJ vom 9. Januar 1969, in: BStU, MfS, BV Gera, KD Jena, Nr. 001837, pag. Bl. 7.

2109 Der Paragraph 107 wurde 1968 in das StGB aufgenommen und der Tatbestand „Boykotthetze“ entfernt. Vgl. Grimm, Peter 2007, S. 4.

schaft in einer Gruppe, aber keine Straftat nachgewiesen werden konnte.²¹¹⁰

Beatniks wurden am häufigsten mit Vorwürfen des „Rowdytums“ (Paragraf 215 StGB) und der „Asozialität“ (Paragraf 249 StGB) konfrontiert. Beide Straftatbestände wurden 1968 in das Strafgesetzbuch aufgenommen. Aus Sicht der Erziehungsfunktionäre standen eine „antisozialistische“ Lebensweise und Jugendkriminalität im Zusammenhang mit einer defizitären sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung.²¹¹¹ Der im Volksmund als „Assi-Paragraf“²¹¹² bezeichnete Paragraf 249 StGB ahndete „Arbeitsscheue“ mit Bewährungs-, Haft- oder Freiheitsstrafen von bis zu zwei Jahren,²¹¹³ der „Rowdy-Paragraf“ die Beteiligung „an einer Zusammenrottung von Personen [...], die aus Mißachtung der öffentlichen Ruhe und Ordnung oder der Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens, Gewalttätigkeiten, Drohungen oder grobe Belästigungen gegenüber Personen oder böswillige Beschädigung von Sachen oder Einrichtungen“²¹¹⁴ begehen.

„Rowdytum“ konnte mit Bewährungsstrafen und im schlimmsten Fall mit einem Freiheitsentzug von mehreren Jahren enden, bei einer Gemeinschaftstat stieg das Strafmaß. Ähnlich wie bei Paragraf 107 – im Jahr 1979 in „verfassungsfeindlicher Zusammenschluss“ umbenannt²¹¹⁵ – genügte es, bei einer Straftat nur anwesend zu sein, um verurteilt zu werden. Die Urteile erstreckten sich von „Arbeitserziehung“ über kurze Haftstrafen von ein bis drei Wochen bis hin zu einem Freiheitsentzug bei schweren Delikten. Wiederholungstäter gerieten unter Polizeiaufsicht und ihnen drohte eine Strafverschärfung. „Rowdytum“ zählte im weitesten Sinne zu den politischen Straftaten, da sich diese „gegen die staatliche und öffentliche Ordnung“ richteten; selbst kleinere, spontane Vorkommnisse, wie das Einschlagen von Schaufensterscheiben, die Belästigung von Passanten oder Auseinandersetzungen mit Volkspolizisten, konnten zu langen Frei-

2110 Vgl. Werkentin, Falco 2008, S. 650.

2111 Vgl. Hinderer, H. 1967, S. 170.

2112 Bis in die 1970er Jahre wurde „Asozialität“ mit Arbeitserziehung, später mit Haftstrafen geahndet. Vgl. Zeng, Matthias 2005, S. 4 f.

2113 Vgl. Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung von 1988, § 249, Abs. 1.

2114 Ebd., § 215, Abs. 1.

2115 Vgl. Werkentin, Falco 2008, S. 650.

heitsstrafen führen.²¹¹⁶ Bis in die 1970er Jahre entwickelte sich der Vorwurf des „Rowdytums“ als „Verletzung der sozialistischen Disziplin“, Herbert Aue zufolge, zu einer „typische[n] Form der Kriminalität junger Menschen“²¹¹⁷.

Das MfS bilanzierte 1969 einen Zuwachs an „Straftaten gegen die staatliche und öffentliche Ordnung“²¹¹⁸. Im Vorfeld des 20. Geburtstages der DDR hatten Geheim- und Volkspolizei die Maßnahmen zur Verhinderung von „Fehlentwicklung[en] jugendlicher Personenkreise“²¹¹⁹ intensiviert. Spätestens ab August 1969 sollten „Rädelsführer“ bzw. Initiatoren von „negativen“ Gruppen ermittelt, Cliques charakterisiert, deren „Konzentrationspunkte“ ausfindig gemacht und die Anreise bestimmter Jugendlicher verhindert werden.²¹²⁰ Dennoch boten die Feierlichkeiten viele Gelegenheiten, Fahnen abzureißen und Veranstaltungen zu stören. Die meisten der Delikte betrafen die „Missachtung staatlicher und gesellschaftlicher Symbole“ (Paragraf 222 StGB) und wurden in zwei Dritteln der Fälle von 16- bis 21-Jährigen verübt. Der Großteil der Beschuldigten kam aus dem Arbeitermilieu und fast alle Vergehen geschahen unter Alkoholeinfluss. Die Geheimpolizei bewertete dies als „geistige Primitivität“²¹²¹.

Diese Feststellung glich einem Eigentor, denn die Hälfte der rund 2.600 jugendlichen Beschuldigten war im FDGB und fast ein Drittel in der FDJ organisiert. Es kam zu Ermittlungsverfahren, „Aufenthaltsbeschränkungen“ wurden ausgesprochen und Maßnahmen der Jugendhilfe eingeleitet. Häufig folgten „Aussprachen“ mit Eltern, Schulen und Betrieben. Das MfS mahnte, nicht jeden, der „in Haartracht und Kleidung die westliche

2116 Vgl. Aue, Herbert 1976, S. 43; vgl. Freiburg, Arnold 1981 (b), S. 158 f. u. 161; vgl. Raschka, Johannes 2005, S. 338 f.

2117 Ebd., S. 43.

2118 Darunter fielen: „Widerstand gegen staatliche Maßnahmen“, „ungesetzlicher Grenzübertritt“, „Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit“ und „Rowdytum“. Vgl. Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung von 1988, § 212-125.

2119 1. Durchführungsbestimmung zum Befehl 11/66 zur Verhinderung der Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch Verbreitung dekadenter Einflüsse unter jugendlichen Personenkreisen, insbesondere in Vorbereitung des 20. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik, vom 8. August 1969, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 1.

2120 Vgl. Analyse zur Entwicklung der politisch-operativen Situation unter jugendlichen Personenkreisen sowie zur Wirksamkeit der eingeleiteten Maßnahmen vom 7. November 1969, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6194, pag. Bl. 1 u. 4 f.

2121 Ebd., pag. Bl. 8.

Dekadenz“ nachahme, zum Kriminellen zu stigmatisieren. Denn (zu) viele Jugendliche mit „ordentlichem Aussehen“ sympathisierten mit der Einstellung „langhaariger Gammlertypen“²¹²². Die Geheimpolizei wurde vorsichtiger. Ab Mitte September 1969 kursierte zudem das Gerücht, die äußerst populären „Rolling Stones“ würden am Tag des Republikjubiläums auf dem Springer-Hochhaus in Westberlin ein Konzert geben und die DDR beschallen.

Dem MfS zufolge hatte der RIAS 2 in der Jugendsendung „Treffpunkt für junge Hörer“ die Legende in Umlauf gebracht. Unter ostdeutschen Jugendlichen verbreitete sich die Nachricht rasch. Verschiedene Informationen über Auftrittsort und Zeitpunkt des „Stones“-Konzerts heizten die Stimmung an.²¹²³ Anfang Oktober lagen der Geheimpolizei aus mindestens fünf Bezirken Hinweise zu Fahrten von „negativ-dekadenten Jugendlichen“ vor, woraufhin Sicherheitsorgane in Zusammenarbeit mit dem Minister des Innern vorbeugende Maßnahmen einleiteten, da sie tumultartige Szenen und Grenzdurchbrüche befürchteten. Die Volkspolizei registrierte bis zum Vortag des Konzerts mehr als 3.200 Reiseabsichten und schickte rund 490 angereiste Beat-Fans zurück. Insgesamt erhielten vier Heranwachsende „Aufenthaltsbeschränkungen“, knapp 160 ein Stadtverbot und mit mehr als 1.500 führten Funktionäre „Aussprachen“. Zwölf Haftbefehle wurden erlassen, zwei Ermittlungsverfahren angeordnet und 600 Beatniks mussten Berlin am 7. Oktober 1969 bis 6.00 Uhr verlassen haben.²¹²⁴

Abgesehen von den Geschehnissen rund um das Gerücht²¹²⁵, gab es während des Republikjubiläums keine größeren Zusammenstöße zwischen Beat-Fans und Staatsgewalt. Doch wie vom MfS vermutet, häuften sich im Herbst 1969 nicht nur die Straftaten der „Missachtung staatlicher und gesellschaftlicher Symbole“ (Paragraf 222 StGB), sondern auch die Versuche des „ungesetzlichen Grenzübertritts“ (Paragraf 213 StGB), wohingegen „Rowdy-Delikte“ (Paragraf 215 StGB) nicht sonderlich angestiegen

2122 Ebd., pag. Bl. 12.

2123 Vgl. Gerücht über das Auftreten der „Rolling Stones“ am 7. Oktober 1969 in Westberlin an der Staatsgrenze zur Hauptstadt der DDR vom 15. Oktober 1969, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6193, pag. Bl. 10.

2124 Vgl. ebd., pag. Bl. 1-3.

2125 Vgl. für Einzelheiten: BStU (Hrsg.) 2015 (a).

seien.²¹²⁶ Obwohl der Prozentsatz von Straftaten des „Rowdytums“, gemessen an der Gesamtkriminalität, nur zwischen einem und zwei Prozent lag,²¹²⁷ endeten Anfang der 1970er Jahre rund 80 Prozent der Anklagen wegen „Rowdytums“ mit Freiheitsentzug. Das Strafmaß war gemäß Arnold Freiburg „drakonisch“²¹²⁸. Die Kategorisierung in „kriminelle“ und potenziell „gefährdete“ Jugendgruppen sowie die vom MfS gewählte Präventivstrategie konspirativer Überwachung von „auffälligen“ Treffs, die Anwerbung von IM und die Methode der „Arbeits(um)erziehung“ lassen das Ausmaß der Kriminalisierung der Beat-Bewegung lediglich erahnen: Alltägliche Schikanen durch die Volkspolizei,²¹²⁹ das gewaltsame Abschneiden von Haaren, wie im thüringischen Kreis Pößneck im Oktober 1969 geschehen,²¹³⁰ oder die Verweise junger langhaariger Männer von

2126 Vgl. Einschätzung zur Aktion „Nachstoß“ vom 30. Oktober 1969, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6194, pag. Bl. 45; vgl. Analyse zur Entwicklung der politisch-operativen Situation unter jugendlichen Personenkreisen sowie zur Wirksamkeit der eingeleiteten Maßnahmen vom 7. November 1969, in: ebd., pag. Bl. 1-8, 10, 12 u. 19 f.

2127 Zum Vergleich: „Rowdytum“ pflegte im juristischen Sinn eine enge Beziehung zu anderen Delikten, wie „Widerstand gegen staatliche Maßnahmen“, und tauchte in den Kriminalitätsstatistiken unter der Rubrik „Widerstandsdelikte“ auf. Ähnlich wie bei „Rowdytum“ lag der Prozentsatz des Tatbestands „Widerstand gegen die Staatsgewalt“, verglichen mit allen anderen Straftaten, in der ersten Hälfte der 1960er Jahre bei unter eins und Anfang der 1970er Jahre bei eins. Vgl. Freiburg, Arnold 1981 (b), S. 158 f.; vgl. Zimmermann, Verena 2004, S. 81.

2128 Ebd., S. 159.

2129 Vereinzelt bestellten Polizisten männliche Jugendliche mit langen Haaren für die Ausstellung eines neuen Personalausweises auf die Wache. Sie behielten das notwendige Foto für den neuen Ausweis solange ein, bis sich die Jugendlichen die Haare schneiden ließen. Vgl. Ohse, Marc-Dietrich 2003, S. 122.

2130 Volkspolizei und FDJ-Leitungen setzten Jugendliche teilweise öffentlich unter Druck, sich die Haare zu schneiden. Dieses überzogene Verhalten fand unter vielen FDJlern keine Zustimmung, einige drohten mit Austritt. Die Praxis des Haarschneidens durch Volkspolizisten bestand bis Mitte der 1970er Jahre. Vgl. Information über eine Aktion gegen langhaarige Jugendliche im Kreis Pößneck Bezirk Gera, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6193, pag. Bl. 98 f.; vgl. Enkelmann, Hans Walter 2000; vgl. ders. 2008; vgl. Ohse, Marc-Dietrich 2006 (b), S. 162; vgl. Fulbrook, Mary 2008, S. 89; vgl. Kochan, Thomas/Christian Kunert 2010, S. 407.

EOS und Hochschulen²¹³¹ wurden im Vergleich zu den 1950er Jahren unauffälliger praktiziert.²¹³²

Als Exempel für das politische Kalkül, gegen „Abweichler“ und Andersdenkende subtiler und eher im Verborgenen vorzugehen,²¹³³ stehen die X. Weltfestspiele von 1973. Erich Honecker wollte die DDR Anfang der 1970er Jahre unter allen Umständen international in einem guten Licht erscheinen lassen.²¹³⁴ Weil das Festival klare außen- und innenpolitische Inhalte entsenden sollte, ordnete der Ministerrat im Juni 1973 an, die Zeit bis zu den Spielen vorrangig dafür zu nutzen, „die Errungenschaften sozialistischer Jugendpolitik und den Gesetzestext [des neuen Jugendgesetzes] zu popularisieren“²¹³⁵. Da Regierung und Sicherheitsorgane die Vorbereitungen zu den Festlichkeiten in gewohnter Manier penibel geplant und nichts dem Zufall überlassen hatten,²¹³⁶ nahm die Weltöffentlichkeit die DDR – außenpolitisch betrachtet – tatsächlich als liberalen und offenen Staat wahr. Die FDJ schaffte es, den Großteil ihrer Anhänger für die Spiele zu mobilisieren. Nach bundesdeutschen Recherchen beteiligten sich 17.000 JB, 850.000 Helfer und von insgesamt 1,9 Millionen FDJlern 1,7 Millionen an Festivalaufträgen. Erich Breßlein behauptete 1973, ohne die Unterstützung der jungen Generation, die dem reglementierten All-

2131 Vgl. Gehrke, Bernd 2002, S. 36.

2132 Vgl. Benussan, Agnès 2006, S. 73.

2133 Bulgarische Behörden verfolgten 1969 bei den IX. Weltfestspielen in Sofia – vermeintliche – Renitente mindestens ebenso unnachgiebig. Vgl. Breßlein, Erich 1973, S. 10.

2134 Während der Spiele verstarb Walter Ulbricht am 1. August 1973. Es erfolgte kein Abbruch der Festlichkeiten, sehr zum Unmut führender Parteigenossen, da die Weiterführung der Spiele die Totenehre beschnitt. Vgl. Wesenberg, Denise 2003, S. 653 u. 658.

2135 Beschluß zum Entwurf des Gesetzes über die Teilnahme der Jugend an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der DDR auf der Sitzung des Ministerrats vom 13. Juni 1973, in: BArch, DC 20/I/3/1051, Bl. 55.

2136 Vgl. für Einzelheiten: Beschluß über Maßnahmen zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten im Jahre 1973. Anlage D auf der Sitzung des Ministerrats vom 10. November 1971, in: BArch, DC 20/I/3/895, Bl. 42-51; Beschluß über die Teilnahme von Mitgliedern des Ministerrats, Staatssekretären, Leitern zentraler Staatsorgane, Stellvertretern der Minister und Vorsitzenden der Räte der Bezirke an Veranstaltungen anlässlich der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin. Anlage auf der 40. Sitzung des Ministerrats vom 25. Juli 1973, in: BArch, DC 20/I/3/1061, Bl. 142-154.

tagstrott mit dem Fest zu entfliehen gedachte, wäre das Vorhaben bereits an der Finanzierung gescheitert.²¹³⁷

Neben freiwilligen Arbeitseinsätzen von Studenten, FDJlern und Arbeitern wurden vielerorts politisch-ideologische Schulungen abgehalten, damit Heranwachsende bei spontanen Diskussionen mit ausländischen bzw. westdeutschen Jugendlichen im parteipolitischen Sinne argumentieren konnten.²¹³⁸ Dabei war es besonders diese Art von Gesprächen, die vielen Jugendlichen positiv in Erinnerung blieben.²¹³⁹ Im Taumel der Weltfestspiele verteidigten sie mehr als von den Funktionären erwartet, die in jenen Tagen so weltoffen wirkende DDR.²¹⁴⁰ Wegen des internationalen Flairs konnten die rund 40 aus Westdeutschland angereisten Jugendverbände ungehindert Flugblätter und Broschüren verteilen. Das hätte bei den III. Weltjugendfestspielen in Ostberlin 1951 zu einer mittelschweren Katastrophe in den deutsch-deutschen Beziehungen geführt. Dem bundesdeutschen Beobachter Heinz Lippmann zufolge erlebten mehr als 25.600 ausländische Delegierte und Gäste, 1.700 Organisationen bzw. ihre Vertreter, 520.000 FDJler und fünf Millionen Besucher eine wahrhaft entspannte DDR.²¹⁴¹ Lippmann bezeichnete das Jugendfestival 1973 als „Volksfrontpolitik der offensiven Verständigung, des freieren Meinungsaustausches und der engeren politischen Kontakte“²¹⁴².

Hingegen wirken die Worte Günther Jahns, der vor dem Politbüro verkündete, mit dieser „imposanten Jugendkundgebung [...] beginnt eine Woche, wie sie nicht nur das Jahr, sondern Jahrzehnte nur selten erleben“²¹⁴³, rückblickend wie eine düstere Prophezeiung. Für junge Menschen, die nicht in das Bild der sozialistischen Persönlichkeit passten, war während der Festlichkeiten noch weniger Platz als sonst. Nach Andreas Ruhl verfolgten MfS und Volkspolizei im ersten Halbjahr 1973 tausende Jugendliche als „Asoziale, Vorbestrafte, Geisteskranke und HWG-Personen“²¹⁴⁴. Die Ermittlungsverfahren wegen „asozialen“ Verhaltens stiegen

2137 Vgl. Breßlein, Erich 1973, S. 26-29.

2138 Vgl. Rexin, Manfred 1973, S. 572 u. 575; vgl. Mahrad, Christa 1977, S. 213.

2139 Vgl. Ruhl, Andreas 2009, S. 80 f.

2140 Vgl. Lindner, Bernd 1994, S. 90.

2141 Vermutlich berief er sich bei den Recherchen teilweise auf offizielle Zahlen. Vgl. Lippmann, Heinz 1973, S. 788.

2142 Ebd., S. 789.

2143 ND vom 24. Juli 1973, S. 3.

2144 „HWG“ bedeutet Häufig wechselnde Geschlechtspartner. Ruhl, Andreas 2009, S. 84.

von ungefähr 2.000 (1972) auf über 6.600 (Sommer 1973). Etwa 9.000 Personen wurden verhaftet, weil sie – angeblich – planten, die Spiele zu stören. Die Volkspolizei hielt bis zum Ende der Weltfestspiele mehr als 26.700 Bürger „unter Kontrolle“. Über 3.000 Kinder und Jugendliche kamen zwangsweise in psychiatrische (Besserungs-)Anstalten, Jugendwerkhöfe und Spezialkinderheime.²¹⁴⁵

Zusätzlich bedienten sich die Sicherheitsorgane ordinärer Maßnahmen wie des Entzuges des Personalausweises, um Reisen nach Ostberlin zu sabotieren, und verhinderten anstehende Haftentlassungen. Die Zahl der in Arbeitslager Eingewiesenen stieg von ca. 2.200 (1972) auf 9.000 (1973) und betrug 1974 rund 12.000,²¹⁴⁶ wobei die Angaben der absoluten Zahlen variieren.²¹⁴⁷ Insgesamt hielten die Sicherheitskräfte unter der Aktion „Banner“ mindestens 30.000 Bürger von den Weltfestspielen fern und das MfS aktivierte rund 27.100 bzw. mehr als die Hälfte seiner Mitarbeiter.²¹⁴⁸ Gegenüber Friedrich Dickel bestätigte die Geheimpolizei einen Monat vor den Spielen den Einsatz des gesamten Personals sowie von zusätzlich 4.200 „Spezialisten“, 1.500 delegierten Volkspolizisten, mobilen Einsatzgruppen und 300 als FDJ-Delegierte getarnten Mitarbeitern als Reserve.²¹⁴⁹ Für Ruhe und Disziplin, vor allem beim Umgang mit ausländischen Gästen, sollten ein Zentraler Ordnerverband (1.700 Mitglieder) und O-Gruppen der FDJ sorgen (3.000 Mitglieder). Während der Spiele sahen die Behörden von sichtbarer Gewaltanwendung ab. Lediglich bei „Hetzkampagnen“ oder bei der Diskriminierung von ausländischen Besuchern sah das MfS ein sofortiges Eingreifen vor. Ansonsten hatten Sicherheitskräfte

2145 Vgl. BStU, MfS, HA IX, Nr. 5354 (nicht pag.), zitiert in: Wesenberg, Denise 2003, S. 658. Falco Werkentin geht im Rahmen der Aktion „Banner“ von etwa 29.900 Personen aus, die in das Visier des MfS geraten waren. Er meint, über 600 Menschen wurden in Psychiatrien, knapp 980 Heranwachsende in Jugendwerkhöfe und 1.470 Kinder in Spezialkinderheime eingewiesen. Bernd und Peter Eisenfeld gehen ebenso von 30.000 Personen aus, die das MfS im Vorfeld erfasste, davon kamen rund 1.000 Jugendliche in Werkhöfe und 1.400 Kinder in Spezialheime. Die zeitlichen Angaben sind unspezifisch. Vgl. ders. 2008, S. 651 f.; vgl. Eisenfeld, Bernd/Peter Eisenfeld 1999 (b), S. 94.

2146 Vgl. ders. 1997, S. 378.

2147 Johannes Raschka geht 1972 von rund 4.000, 1973 von etwa 5.300 und für 1974 von über 11.000 Menschen in Arbeitslagern aus. Vgl. ders. 2005, S. 339.

2148 Vgl. Wesenberg, Denise 2003, S. 658; vgl. dies. 2007, S. 19 f.; vgl. Ruhl, Andreas 2009, S. 83 f.

2149 Vgl. Brief an Friedrich Dickel vom 7. Juni 1973, in: BStU, MfS, AGM, Nr. 494, pag. Bl. 18.

die Anweisung, umsichtig bei aus staatlicher Sicht kritischen Diskussionsrunden auf der Straße zu intervenieren.²¹⁵⁰

Als FDJler getarnte Angestellte des MfS beteiligten sich an Gesprächen und notierten die Personalien von Trägern verdächtiger Symbole, damit die Betreffenden im Nachgang der Spiele verfolgt werden konnten. SED und MfS zogen ein aus ihrer Sicht erfolgreiches Fazit der X. Weltfestspiele: Über 40 Grenzübertritte von ostdeutschen Bürgern missglückten,²¹⁵¹ weil die Geheimpolizei, insbesondere wegen befürchteter „feindlicher“ Aktivitäten aus Westberlin, verstärkt die Grenzen kontrollierte.²¹⁵² Die Weltfestspiele von 1973 bildeten folglich nicht nur den Auftakt der Amtszeit Erich Honeckers, sondern stehen retrospektiv auch für das Desinteresse der politischen Führung an einer wirklichen Liberalisierung.²¹⁵³ Zum Leid vieler Bürger holte die DDR der reglementierte Alltag bald wieder ein. Im August 1973 verordnete das Politbüro, nachdem es dem Vorsitzenden des Nationalen Festivalkomitees, Erich Honecker, zum gelungenen Fest gratuliert hatte, „die Diskussion zum Entwurf des Jugendgesetzes“ in Auswertung der X. Spiele „verstärkt durchzuführen“²¹⁵⁴. Der Präsident der Berliner Volkspolizei wies im August 1974 an, die „positiven Erfahrungen, die in Vorbereitung und Durchführung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten [...] gewonnen wurden [...], schöpferisch zu nutzen“²¹⁵⁵.

2150 Vgl. Vorlage an die Leiterberatung vom 28. Juli 1972, in: BStU, MfS, AGM, Nr. 1758, pag. Bl. 1-4.

2151 Vgl. Ruhl, Andreas 2009, S. 83-85.

2152 Vgl. Brief an Friedrich Dickel vom 7. Juni 1973, in: BStU, MfS, AGM Nr. 494, pag. Bl. 14.

2153 Vgl. Ruhl, Andreas 2009, S. 94.

2154 Erste Einschätzung der Durchführung der 10. Weltfestspiele der Jugend und Studenten. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 34 der Sitzung des Politbüros vom 8. August 1973, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/1462, Bl. 12.

2155 Anweisung Nr. 6/74 des Präsidenten der Volkspolizei Berlin zur Vorbeugung und Bekämpfung von Gruppierungen kriminell gefährdeter Jugendlicher und Konzentrationen gefährdeter Jugendlicher vom 2. August 1974, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 2/2, pag. Bl. 147 f.

5 Militarisierung und Distanzierung (1974 bis 1981)

5.1 Jugendpolitik

5.1.1 Ziele

Am 28. Januar 1974 trat das dritte und letzte Jugendgesetz der DDR in Kraft, nachdem der Ministerrat und führende Vertreter von FDJ, GST, FDGB sowie Nationaler Front öffentlich darüber diskutiert hatten.²¹⁵⁶ Der Ministerrat bestätigte den Entwurf am 10. Januar.²¹⁵⁷ Während die junge Generation 1950 und 1964 als „Baumeister“²¹⁵⁸ bzw. als „Bauherren“²¹⁵⁹ des Sozialismus bezeichnet wurden, galt der Aufbau des Arbeiter-und-Bauern-Staates 1974 als abgeschlossen, weshalb der Jugend gemeinsam mit allen Arbeitern nun die Rolle des „Gestalters“ zukam.²¹⁶⁰ Eine zweite Neuerung betraf die deutsch-deutschen Beziehungen, da die SED den Bruderbund mit der Sowjetunion unter Erich Honecker intensiver propagierte als in der Ära Ulbricht.²¹⁶¹ Im Vergleich zum Jugendgesetz von 1964, das deklariert hatte, die Jugend helfe tatkräftig mit, „das einheitliche und sozialistische Deutschland zu schaffen“²¹⁶², fehlte es 1974 an Wortmeldungen über eine deutsche Nation. Im Grunde stärkte das Jugendgesetz damit

2156 Vgl. Beschluß über die Teilnahme von Mitgliedern des Ministerrats, Staatssekretären, Leitern zentraler Staatsorgane, Stellvertretern der Minister und Vorsitzenden der Räte der Bezirke an Veranstaltungen anlässlich der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin vom 4. Juli 1973. Anlage auf der Sitzung des Ministerrats vom 25. Juli 1973, in: BArch, DC 20/I/3/1061, Bl. 79.

2157 Vgl. Entwurf des Gesetzes über die Teilnahme der Jugend an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der Deutschen Demokratischen Republik. Anlage auf der Sitzung des Ministerrates vom 10. Januar 1974, in: BArch, DC 20/I/3/1107, Bl. 178.

2158 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950 (b), S. 96.

2159 Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972, S. 9.

2160 Vgl. Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, S. 9.

2161 Vgl. Steiner, André 2007, S. 165.

2162 Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972, S. 8.

die deutsch-deutsche Spaltung ebenso formell wie die 1968 geänderte Verfassung.²¹⁶³

Im Jahr 1968 verschwand der Artikel acht aus der Verfassung, demnach die DDR eine sukzessive Annäherung bis zur Vereinigung beider deutscher Staaten auf demokratischen und sozialistischen Grundlagen anstrebte.²¹⁶⁴ Im Jugendgesetz wurde der „Freundschaftsbund mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern“ stärker betont: Aufgabe eines jeden jungen Bürgers sei es, sich „für die allseitige Zusammenarbeit der sozialistischen Staatengemeinschaft“²¹⁶⁵ einzusetzen. Der dem Jugendgesetz folgende IX. Parteitag manifestierte die Phrase vom „unverbrüchliche[n] Bruderbund mit der Sowjetunion“²¹⁶⁶, gleichwohl Erich Honecker Anfang der 1970er Jahre bei einem Treffen mit westdeutschen Politikern begonnen hatte, sich von der Sowjetunion zu distanzieren.²¹⁶⁷ Er betonte im Mai 1976, die DDR schaffe bis 1981 die „grundlegenden Voraussetzungen zum allmählichen Übergang zum Kommunismus“²¹⁶⁸ und das „Vertrauensverhältnis zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und dem ganzen Volk [sei] heute fester denn je. Niemand wird in der Lage sein, es jemals zu stören. Partei und Volk sind eine Einheit. Sie gehören für immer zusammen.“²¹⁶⁹ Zwar nahmen die Kontakte und die Besuchsreisen zwischen beiden deutschen Staaten Anfang der 1970er Jahre zu, aber die SED versuchte zugleich, sich ideologisch und politisch von der Bundesrepublik zu entfernen.

Innenpolitisch wurde der Abgrenzung mit der ausgedehnten Sozialpolitik eine materielle Grundlage gegeben,²¹⁷⁰ die ideologische Grenze erhob vor allem den Anspruch, einzig die Kommunisten würden für den Frieden eintreten.²¹⁷¹ Nach Erich Honecker käme die viel beschworene „friedliche Koexistenz“ der Aufrechthaltung des Friedens in der ganzen Welt zugute, allerdings bedeute das „niemals Klassenfrieden zwischen Ausbeutern und

2163 Vgl. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung vom 6. April 1968, Art. 1; vgl. Lindemann, Hans/Kurt Müller 1974, S. 47; vgl. Mahrada, Christa 1977, S. 214.

2164 Vgl. ebd., Art. 8, Abs. 2; vgl. Rexin, Manfred 1988, S. 45.

2165 Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, § 1, Abs. 2.

2166 Honecker, Erich 1976, S. 31.

2167 Vgl. Seebacher-Brandt, Brigitte 1992, S. 30 f.

2168 Honecker, Erich 1976, S. 69.

2169 Ebd., S. 33.

2170 Vgl. Steiner, André 2007, S. 165 f.

2171 Vgl. Honecker, Erich 1976, S. 39 f.

Ausgebeuteten“. Die Kooperation mit westlichen Staaten beruhte einzig auf wirtschaftlichen Vorteilsnahmen. Die friedliche schloss eine „ideologische Koexistenz“²¹⁷² aus. Der Staatsratsvorsitzende erklärte auf dem IX. Parteitag: „Wir übersehen nicht die andauernden und in jüngster Zeit verstärkten Versuche seitens revanchistischer Kräfte der BRD, sich mit Mitteln der ideologischen Diversion in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen. [...] Das stört die Entspannung [...]. Deshalb ist der entschiedene Kampf gegen jedwede Art von Revanchismus nach wie vor ein Gebot der Stunde.“²¹⁷³

Trotz neuer Ostpolitik, der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages 1972, der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu westlichen Staaten, der Mitgliedschaft der DDR in den Vereinten Nationen 1973, der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den USA 1974 und der Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte 1975 folgte die SED gegenüber der Bundesrepublik einer Abgrenzungspolitik, auch weil sie eine Aufweichung ihres Herrschaftsanspruches fürchtete.²¹⁷⁴ Insgesamt führten die internationalen Verträge einerseits zur Aufgabe der Isolationspolitik, andererseits wurde die deutsch-deutsche Spaltung gefestigt. Dennoch begann sich das deutsch-deutsche Verhältnis aufgrund relativ großzügiger Reise- und Besuchsregelungen zu normalisieren.²¹⁷⁵ Jugendpolitisch änderte sich damit nichts. Volksvertretungen, Staats- und Wirtschaftsorgane usw. hatten sich bei der Realisierung der sozialistischen Jugendpolitik weiterhin an den „Erfahrungen der Sowjetunion und anderer Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft“²¹⁷⁶ zu orientieren.

Gemäß dem Parteiprogramm von 1976 sei die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in der DDR beseitigt und die „Beziehungen zwischen den Menschen in der sozialistischen Gesellschaft [...] Beziehungen wahrer Gleichberechtigung, Freiheit und sozialer Sicherheit“. Eine sozialistische Lebensweise impliziere die „aktive[...] Teilnahme an der Leitung und Lösung der gesellschaftlichen Angelegenheiten“. Die Bedingungen für die Entwicklung der „sozialistischen Persönlichkeit“²¹⁷⁷ blieben

2172 Ebd., S. 41.

2173 Ebd., S. 42.

2174 Vgl. Steiner, André 2007, S. 165; vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2008, S. 19; vgl. Schroeder, Klaus 2013, S. 234-238 u. 257 f.

2175 Vgl. Seebacher-Brandt, Brigitte 1992, S. 32 f.

2176 Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, § 53, Abs. 2.

2177 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1976, S. 248.

aus Sicht der SED günstig, vorausgesetzt alle Mitglieder der Gesellschaft gingen dieser gegenüber bewusst Verpflichtungen ein.²¹⁷⁸ Das betraf vor allem die arbeitende Jugend, die im Jugendgesetz von 1974 – als dritte Neuerung – stärker berücksichtigt wurde. Nach Christa Mahrad ein Umstand, der „Hand in Hand [ging] mit einem verstärkten Heranziehen der Jugend für volkswirtschaftliche Aufgaben“²¹⁷⁹.

Wahrscheinlich hatte sich 1973 bereits abgezeichnet, dass die FDJ im Folgejahr an Mitgliedern einbüßen würde – der Organisationsgrad, gemessen an der jugendlichen Gesamtbevölkerung, sank von rund 61 Prozent (1973) auf 54 Prozent (1974)²¹⁸⁰ –, weshalb die SED die Rolle der jungen Arbeiter hervorhob. Laut Paragraph 15 des neuen Jugendgesetzes nehme die arbeitende Jugend „aktiv an der sozialistischen ökonomischen Integration teil“ und helfe z. B. mit, „die Exportverpflichtungen und Aufgaben der ökonomischen Kooperation mit der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft gewissenhaft zu erfüllen“²¹⁸¹. In den 1970er Jahren hoffte die SED mit einer aufwendigen Wirtschafts- und Sozialpolitik die Überlegenheit des Sozialismus zu demonstrieren und eine Zufriedenstellung der Bürger zu erreichen, um diese fester an das politische System zu binden. Die Herrschenden mussten die DDR gezwungenermaßen politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich stabilisieren, wenn sie Unruhen polnischen Vorbilds vermeiden und ihre uneingeschränkte Machtposition bewahren wollten.

Zu dieser Zeit erschien es Erich Honecker wichtiger denn je, eine „bedeutende Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus“²¹⁸² anzusteuern, auch weil die unter Walter Ulbricht einsetzende Wachstums- und Technologieoffensive ein enormes Haushaltsdefizit und eine Versorgungskrise hinterlassen hatte. Bis etwa 1973 war der neue Wirtschaftsplan aufgegangen und die ökonomische Schieflage schien allmählich überwunden. Allerdings musste die DDR mehr Importe zulassen, da das großflächige Konsum- und Wirtschaftsprogramm Unmengen an Geld und Einfuhren benötigte. Doch die auf dem Weltmarkt angebotenen heimischen Produkte konnten die Kosten nicht decken. In der Folge wuchsen die Schulden und die DDR hielt im internationalen Wettbewerb kaum stand. Die in

2178 Vgl. ebd.; vgl. Müller, Maria-Elisabeth 1997, S. 35.

2179 Mahrad, Christa 1977, S. 214.

2180 Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 186.

2181 Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, § 15, Abs. 1.

2182 Honecker, Erich 1976, S. 54.

der zweiten Hälfte der 1970er Jahre subventionierte Mikroelektronikbranche brachte keineswegs die erhofften Gewinne, sondern zusätzliche Kosten.²¹⁸³

Die politische Führung hielt an den unflexiblen und bürokratischen Fünfjahresplänen fest. Sie vermittelte in der Öffentlichkeit das Bild vom wirtschaftlichen Überflieger DDR.²¹⁸⁴ Die SED führte den Erfolg ihres zentralisierten Wirtschaftsmodells auf die Planübererfüllung der letzten Jahre zurück: 1976 seien mehr als 22.000 neue Kinderkrippenplätze entstanden als 1971 veranschlagt und das Planziel beim Wohnungsbau wurde um mehr als 20 Prozent überboten. Bis 1990 sollte die Wohnungsfrage gelöst sein.²¹⁸⁵ Erich Honecker verkündete völlig überzogene Ziele, wie im Mai 1976: „Wir nehmen uns vor, in den kommenden fünf Jahren ein produziertes Nationaleinkommen von insgesamt 830 Milliarden Mark zu erreichen, so daß wir über 200 Milliarden Mark mehr verfügen können als in den Jahren 1971 bis 1975. [...] Wir steuern ein Wachstum der Arbeitsproduktivität in der Industrie auf mindestens 130 Prozent an. [...] Es gilt die Exportkraft der DDR beschleunigt zu stärken. [...] Der Export in das sozialistische Wirtschaftsgebiet wird dabei auf etwa 150 Prozent erhöht werden.“²¹⁸⁶

Daraus erklärt sich das enorme Interesse an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der jungen Generation. Die Jugend, vor allem junge Arbeiter, sollten im sozialistischen Wettbewerb, in den JB und der „Neuererbewegung“ („Messe der Meister von morgen“) Innovationen bringen und in den verschiedensten wirtschaftlichen Bereichen Verbesserungspotentiale aufdecken.²¹⁸⁷ Werner Jarowinsky, Mitglied des ZK der SED und verantwortlich für Handel und Versorgung, erklärte im November 1975, „das Leben beweist, daß die Jugend fest zur Politik unserer Partei steht. Besonders hoch schätzen wir die Initiativen der Jugend im sozialistischen Wettbewerb.“²¹⁸⁸ Dafür dankte die Regierung mit öffentlichen Würdigungen. Zum „Tag der Jugendbrigaden“ im Mai 1977 zeigte sich Generalsekretär Erich Honecker erfreut über den „großen Anteil“ der JB bei der Realisie-

2183 Vgl. Steiner, André 2007, S. 165 f. u. 169.

2184 Vgl. ND vom 8. Januar 1975, S. 2; vgl. NZ vom 17. Januar 1975, S. 3; BZ vom 13. Februar 1975, S. 4.

2185 Vgl. Honecker, Erich 1976, S. 31, 55, 59 u. 65.

2186 Ebd., S. 63 f.

2187 Vgl. Jarowinsky, Werner 1975, S. 25.

2188 Ebd.

rung der „Planerfüllung“. Er pries die betrieblichen Arbeitskollektive „als Stätten der kommunistischen Erziehung“ und als „feste Bastion [...] in der Arbeiterjugend“²¹⁸⁹. Neben solchen immateriellen Wertschätzungen stellte die Regierung verlockende Auszeichnungen in Aussicht, in Form von Prämien oder Reisen. Hervorragende Leistungen von Jugendlichen und Kollektiven wurden im besten Fall mit Aufenthalten in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten belohnt.²¹⁹⁰

Das führt zur vierten Neuerung im Jugendgesetz. Feriengestaltung und Touristik erhielten 1974 erstmals ein gesondertes Kapitel.²¹⁹¹ Im Rahmen der ausgedehnten Sozialpolitik, mit der Schichtarbeiter und Mütter von mehreren Kindern weniger Arbeitsstunden leisten mussten – dürften sich berufstätige Frauen „nicht vor die Alternative gestellt sehen, sich entweder für den Beruf oder für die Familie entscheiden zu müssen“²¹⁹² –, gewann die Freizeitpolitik an Bedeutung. In den 1970er Jahren erhielten untere Lohngruppen wegen der anvisierten Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik bessere Verdienstmöglichkeiten. Zudem gelang unter Verkürzung der täglichen Arbeitszeit bzw. unter Beibehaltung der Fünf-Tage-Woche der Übergang zur 40-Stunden-Woche. Zusätzlich stieg die Zahl der Urlaubstage auf 18. Offiziell profitierten 1,5 Millionen Arbeiter bei gleichbleibenden Löhnen von mehr Urlaub.²¹⁹³ In der Folge gewann die sozialistische Freizeitgestaltung der Jugend an Relevanz, insbesondere der Tourismus. Lehrlinge sollten laut dem Jugendgesetz ab 1974 mehr Entgelt erhalten. Sie bekamen einen Grundurlaub von 24 Tagen zugesprochen.²¹⁹⁴

Das Thema Feriengestaltung landete im Mai 1976 auf der Agenda des IX. Parteitages. Erich Honecker konstatierte, 1975 habe der FDGB 1,5 Millionen Urlaubsreisen zur Verfügung gestellt und 1,5 Millionen Bür-

2189 JW vom 27. Mai 1977, S. 1.

2190 Vgl. Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, § 49, Abs. 3; vgl. Mahrad, Christa 1977, S. 214.

2191 Vgl. ebd., § 45-50.

2192 Entwurf des Beschlusses über Maßnahmen zur weiteren Förderung des Gesundheitsschutzes für Frauen, Kinder und Jugendliche auf der Sitzung des Ministerrats vom 14. Januar 1970, in: BArch, DC 20/I/3/773, Bl. 169.

2193 Vgl. Zweite Verordnung über die Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche und die Erhöhung des Mindesturlaubs für vollbeschäftigte werktätige Mütter mit mehreren Kindern. Anlage auf der Sitzung des Ministerrats vom 13. Februar 1973, in: BArch, DC 20/I/3/1226, Bl. 123 f.; vgl. Honecker, Erich 1976, S. 61 u. 69; vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2008, S. 17.

2194 Vgl. Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, § 21, Abs. 5 f.

ger verbrachten ihren Urlaub auf staatlichen Campingplätzen. Er resümierte, fast eine Million Heranwachsende hätten Jugendherbergen „für eine erlebnisreiche Freizeitgestaltung in den schönsten Gegenden unserer Heimat und in unseren sozialistischen Bruderländern“²¹⁹⁵ besucht und mehr als zwei Millionen Schüler an organisierten Ferienfahrten teilgenommen, davon eine Million für zwei bis drei Wochen in einem Ferienlager. Während das zweite Jugendgesetz 1964 lediglich ausgeführt hatte, „in ihren Ferien sollen sich die Schüler und Lehrlinge in der Gemeinschaft lebensfroher und selbstbewußter junger Menschen kräftigen und erholen“²¹⁹⁶, kodifizierte das letzte Jugendgesetz die planmäßige Entwicklung der Jugendtouristik. Zwar tauchten in den ersten beiden Jugendgesetzen vereinzelte Passagen über die Förderungen des Sports, des Wanderns und der Erholung auf, mit dem dritten Gesetz aber erreichte die staatlich gelenkte Feriengestaltung eine neue Qualität. Paragraf 49 verpflichtete alle staatlichen Organe und Leitungen von FDJ, FDGB, DTSB und GST dazu, „das Bedürfnis der Jugend [zu fördern], ihre sozialistische Heimat, die Sowjetunion und die anderen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft besser kennenzulernen“²¹⁹⁷.

Generell wurden der FDJ im neuen Jugendgesetz größere Kompetenzen im Bereich Bildung und Erziehung bzw. Touristik zugestanden.²¹⁹⁸ Der Verband bemühte sich auch in den 1970er Jahren mit Aufmärschen, Arbeiterjugendkongressen und sozialistischen Solidaritätsbekundungen um das Bild einer politisch konformen Jugend. Das Politbüro konstatierte im Frühjahr 1976, die FDJ habe beim „III. Festival der Freundschaft zwischen der Jugend der UdSSR und der DDR“ hervorragende „politische und organisatorische Arbeit“²¹⁹⁹ geleistet. Die Festlichkeiten vom 14. bis zum 19. Mai 1975 in Halle hätten ein weiteres Mal die Loyalität der Jugend zur Sowjetunion demonstriert.²²⁰⁰ Im Juni 1975 bilanzierte das Politbüro anlässlich des 30. Jahrestages der sowjetischen Befreiungsbewegung,

2195 Honecker, Erich 1976, S. 57.

2196 Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972, § 31, Abs. 1.

2197 Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, § 49, Abs. 1.

2198 Siehe dazu Kap. 5.1.3 u. 5.2.2.

2199 III. Festival der Jugend der UdSSR und der DDR in Halle. Protokoll Nr. 21 auf der Sitzung des Politbüros vom 20. Mai 1975, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/1562, Bl. 2.

2200 Vgl. Teilnahme von Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED am III. Festival der Freundschaft zwischen der Jugend der UdSSR und der

alle Heranwachsenden bestätigten mit ihrer antiimperialistischen Solidarität, der tiefen Freundschaft zur Sowjetunion und durch die herausragenden Leistungen zur Stärkung und zum Schutz des Vaterlandes ihren Patriotismus und Internationalismus.²²⁰¹

Erich Honecker zeigte sich mit seiner Jugendpolitik sichtlich zufrieden. Er behauptete auf dem IX. Parteitag, die Jugend verfüge über eine „sichere Perspektive“, „Optimismus, Sicherheit und Geborgenheit“²²⁰² kennzeichneten die Atmosphäre im Land und „immer deutlicher treten die Züge sozialistischer Persönlichkeiten hervor“²²⁰³. Die Jugendpolitik zielte also weiterhin auf die Herausbildung allseitig gebildeter sozialistischer Persönlichkeiten. Die 1964 im Jugendgesetz deklarierten Charaktereigenschaften Vaterlandsliebe, Internationalismus, Solidarität, Verantwortungsgefühl, humanistisches Denken und eine kulturvolle sowie gesunde Lebensweise²²⁰⁴ wurden 1974 – als fünfte Neuerung – ergänzt um „Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit, Ehrlichkeit und Bescheidenheit, Mut und Standhaftigkeit, Ausdauer und Disziplin, Achtung vor den Älteren, ihren Leistungen und Verdiensten sowie verantwortungsbewußtes Verhalten zum anderen Geschlecht“²²⁰⁵.

Da sich die DDR unter Erich Honecker stärker an sowjetischen Maßstäben orientierte, gewannen kommunistische Ideale an Bedeutung. Bedingt durch den IX. Parteitag, wuchsen die „moralischen“ und militärischen Anforderungen an die Jugend.²²⁰⁶ Trotz der durchweg positiven Bilanzen resümierte Erich Honecker doch, „das Ergebnis dieser Politik besagt, daß die Jugend dieses Vertrauen nicht enttäuscht, daß sie mit Begeisterung ihre Verantwortung wahrnimmt“²²⁰⁷, fürchtete die Staatsmacht durch die veränderten Ost-West-Beziehungen und wegen der Einflüsse westlicher Jugendkulturen²²⁰⁸ eine Aufweichung des Feindbildes. Der frühere Jugend-

DDR in Halle. Anlage Nr. 10 zum Protokoll Nr. 19 auf der Sitzung des Politbüros vom 6. Mai 1975, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/1560, Bl. 56 f.

2201 Vgl. Grüneberg, Gerhard 1975, S. 52.

2202 Honecker, Erich 1976, S. 46.

2203 Ebd., S. 107.

2204 Vgl. Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972, S. 10.

2205 Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, § 1, Abs. 2.

2206 Vgl. Honecker, Erich 1976, S. 132; vgl. Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1976, S. 244 u. 251.

2207 Honecker, Erich 1976, S. 145.

2208 Siehe dazu Kap. 5.2.4.

funktionär warnte 1976: „Jedes Nachlassen in der Wachsamkeit, jede einseitige Verringerung der militärischen Stärke des Sozialismus würde den imperialistischen Gegner in seinen aggressiven Absichten geradezu ermuntern.“²²⁰⁹ Deshalb galt es in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre umso mehr, das sozialistische Bewusstsein der Jugend zu stärken und diese zu reideologisieren und zu militarisieren.²²¹⁰

Zum Schutz der sozialistischen Werte rief die SED unter der jungen Generation 1976 dazu auf, den Bruderbund mit der Sowjetunion zu stärken und bedingungslos für die Verteidigung der DDR einzustehen.²²¹¹ Forschungsergebnisse des ZIJ bestätigten 1977 – die Jugendforschung sollte laut dem neuen Jugendgesetz planmäßig entwickelt werden²²¹² –, dass rund die Hälfte von etwa 9.000 jungen Arbeitern und Studenten (16 bis 25 Jahre) meinte, ihr Leben zur Landesverteidigung einsetzen zu wollen. Zwar glaubten fast alle der befragten Jugendlichen, sie hätten in der DDR eine gesicherte Zukunft, allerdings bestanden gemäß dem ZIJ bei einem beträchtlichen Teil Unklarheiten bzw. Illusionen über die nationale Frage,²²¹³ die aus Sicht der politischen Führung jedoch längst geklärt war. Ungeachtet aller innen- und außenpolitischen Probleme blieb Erich Honecker bis Ende der 1970er Jahre seiner Linie treu. Die Lobeshymnen auf die junge Generation rissen nicht ab.

Im Frühjahr 1979 verkündete er, die Jugend käme ihrer Verantwortung zum Schutz der „sozialistischen Errungenschaften“ ehrenhaft nach und sei „in den ersten Reihen zu treffen, wenn es gilt, die ökonomische Leistungskraft unseres Landes zu stärken“²²¹⁴. Im Gegensatz zum Kapitalismus, in dem die Jugend wie „das Stiefkind der Gesellschaft“ behandelt werde, ihr Berufsausbildung und Arbeitsplätze verwehrt blieben und viele junge

2209 Honecker, Erich 1976, S. 132.

2210 Vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2008, S. 19.

2211 Vgl. Honecker, Erich 1976, S. 145 f.

2212 Vgl. Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, § 52, Abs. 3.

2213 Der Bericht basierte auf einer komplexen Untersuchung in Vorbereitung des IX. Parteitages der SED und des X. Parlaments der FDJ. Die Studie erfasste etwa 9.000 Heranwachsende aus den Bezirken Berlin, Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Rostock sowie Studenten verschiedener Universitäten bzw. Hoch-/Fachschulen. Vgl. Förster, Peter u. a. 1977: Bericht zur Persönlichkeitsentwicklung und zu Entwicklungsbedingungen der Jugend in der DDR vom Mai, Bl. 2 u. 4.

2214 ND vom 1. Juni 1979, S. 3.

Menschen in „Kriminalität und Drogensucht“²²¹⁵ verfielen, könne nichts das Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Jugend im Sozialismus brechen. Im selben Jahr registrierte das Sekretariat des ZK äußerst positive Bilanzen bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und eine Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung. Der Übergang zum Kommunismus rückte offenbar näher. Das sprach für eine intensivere politisch-ideologische Massennarbeit.²²¹⁶ Aus diesem Grund schürte die SED Anfang der 1980er Jahre kontinuierlich Ängste vor der Rüstungs- und Konfrontationspolitik des Westens.

Die politische Führung suggerierte unaufhörlich, der Frieden könne nur aufrechterhalten werden, indem sich das militärische Gleichgewicht die Waage hielt. ZK und Staatsrat erklärten 1981 (paradoxe Weise) in einem Grußschreiben an das „Weltforum der Jugend und Studenten für Frieden, Entspannung und Abrüstung“, es gebe keine Alternative zur „friedlichen Koexistenz“ zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen. Die „politische Entspannung“ müsse eine „militärische“ ergänzen, damit die „internationale Lage gesundet“²²¹⁷. Außenpolitisch beunruhigten vor allem der sowjetische Einmarsch in Afghanistan 1979 und die Streiks bzw. das verhängte Kriegsrecht in Polen 1980/81. Einige Jugendliche und NVA-Angehörige rechneten deswegen mit einer vorzeitigen Einberufung, der Erhöhung des Grundwehrdienstes auf zwei Jahre und mit der Streichung des Festtagsurlaubes im Dezember 1981.²²¹⁸ Tatsächlich wirkte sich der verschärfte Ost-West-Konflikt schlecht auf die deutsch-deutschen Beziehungen aus. Kanzler Helmut Schmidt sagte seine geplante Reise in die

2215 Honecker, Erich 1979: Rede auf der Festveranstaltung zum 30. Jahrestag der DDR vom 6. Oktober, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1980, S. 588.

2216 Vgl. Beschluß des Sekretariats vom 17. Oktober 1979, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1981, S. 318 f.

2217 Grußschreiben des Zentralkomitees der SED und des Staatsrates der DDR an das Weltforum der Jugend und Studenten für Frieden, Entspannung und Abrüstung vom 19. Januar 1981, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1982, S. 279.

2218 Vgl. Hinweise zur Reaktion der Bevölkerung der DDR im Zusammenhang mit der Vorbereitung des X. Parteitages der SED. Bericht O/94 b vom 30. März 1981, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4156, Bl. 4-10; vgl. 2. Bericht zur Reaktion der Bevölkerung der DDR auf die Vorgänge in der Volksrepublik Polen. Bericht O/101 c vom 17. Dezember 1981, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4152, Bl. 42-48.

DDR ab und Ostberlin erhöhte 1980 den Zwangsumtausch für westdeutsche Besucher.²²¹⁹

Innenpolitisch stieg die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung. Trotz der Erfolgsbilanzen und Sozialmaßnahmen war der ostdeutsche vom westdeutschen Lebensstandard zu weit entfernt. Im Jahr 1977 führten verdeckte Preiserhöhungen zu Hamstereinkäufen von Textilien und Nahrungsmitteln, nachdem Betriebe und Behörden die Anweisung bekommen hatten, den Konsumgüter- und Energieverbrauch drastisch zu drosseln. Die öffentliche Straßenbeleuchtung fiel temporär aus, der Papier- und Benzinverbrauch unterlag Kontingenten und der mit staatlichen Mitteln finanzierte Kauf begehrter Waren wie Kaffee, Südfrüchte und Kakao setzte aus. Parallel zur Verschuldung des Staatshaushaltes verbreitete sich Unruhe unter den Menschen, während starre Planwirtschaft und geschönte Bilanzen allmählich in einer finanziellen Katastrophe mündeten.²²²⁰

Die Verschuldung der DDR im westlichen Ausland wuchs von zwei Milliarden Valutamark (Anfang der 1970er Jahre) auf 23,6 Milliarden Valutamark (1980) und erreichte ihren Höchststand bei 25,1 Milliarden Valutamark (1982). Statt flächendeckend einen Sanierungskurs zu starten und die Sozialleistungen herunterzufahren, vertraute die ostdeutsche Regierung auf die Illusion vom modernen industriellen Sozialstaat.²²²¹ Vermutlich fürchtete die SED eine erneute Volkserhebung, wenn es zu Subventionskürzungen und Preiserhöhungen käme.²²²² Erich Honecker enttäuschte alle, die beim nächsten Parteitag im April 1981 auf einen Kurswechsel gehofft hatten. Wie in den 1970er Jahren sollte die „Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ im Mittelpunkt der 1980er Jahre stehen. Die SED hielt fest am „bewährten Kurs“²²²³, wirtschaftlich und jugendpolitisch.

2219 Vgl. Weber, Hermann 2006, S. 94 f.

2220 Aufgrund erhöhter Weltmarktpreise gab es in der DDR Ende der 1970er Jahre zeitweise nur zwei Kaffeesorten und eine Art Mischkaffee. Vgl. Hinweis auf Tendenzen der Unzufriedenheit in der Reaktion der Bevölkerung der DDR. Bericht O/50 vom 19. September 1977, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4119, Bl. 13-21; vgl. Steiner, André 2007, S. 187 u. 189.

2221 Vgl. ebd., S. 169, 195 u. 198.

2222 Vgl. Skyba, Peter 2015, S. 271.

2223 Honecker, Erich 1981, S. 64.

5.1.2 Sozialistische Erziehungsdoktrin

Aus Sicht Margot Honeckers erfolgte zeitgleich mit dem Übergang zu einer „neuen Epoche der Menschheit“²²²⁴ Anfang der 1970er Jahre eine neue Etappe im sozialistischen Schulwesen. Obwohl die politische Führung damit begann, sich stärker an den Bedürfnissen der Bevölkerung auszurichten – im „von Krisen und sozialer Unsicherheit unbelastete[n] real existierende[n] Sozialismus“²²²⁵ –, blieben für die Jugendlichen positive bildungspolitische Veränderungen aus. Lediglich innerhalb der Hochschul- und Berufsausbildung kam es zu einer engeren Verzahnung mit wirtschaftlichen Einrichtungen, um einem möglichen Fachkräftemangel bei der Realisierung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik vorzubeugen. Die Bildungsministerin sah in den 1970er Jahren von schulpolitischen Experimenten ab. Die Einführung des einheitlichen sozialistischen Bildungsgesetzes war erst fünf Jahre her.

Kinder und Jugendliche waren in den Klassenräumen nicht nur schulischem, sondern auch politischem Leistungsdruck ausgesetzt. Das ging mit vergleichsweise häufigen Prüfungssituationen einher. Am Ende der zehnten Klasse fanden schriftliche Abschlussprüfungen in Deutsch, Russisch, Mathematik und einem naturwissenschaftlichen Fach statt, zudem mussten zwei bis fünf weitere mündliche Prüfungen und eine Sportprüfung absolviert werden. Bundesdeutschen Schätzungen von 1975 zufolge begann über ein Viertel der Absolventen nach der Mittleren Reife eine zweijährige Ausbildung und leistete anschließend den Grundwehrdienst. Etwa ein Viertel aller Schüler besuchte die EOS, an deren Ende dieselbe Anzahl an Prüfungen wie in der zehnten Klasse und eine zusätzliche Prüfung in einer zweiten Fremdsprache auf sie wartete, bevor es auch für sie zum – mindestens – 18-monatigen Wehrdienst bei der NVA ging.²²²⁶

Wenngleich Margot Honecker 1976 erklärte, die Schule hätte die Pflicht, die „Jugend darauf vorzubereiten, diese ihre Gesellschaft aktiv mitzugestalten“ und „sie zugleich aber gut für das Leben in den künftigen Jahrzehnten auszurüsten“²²²⁷, kam es häufiger zu Problemen in den oberen

2224 Honecker, Margot 1978 (a), S. 57.

2225 BZ vom 11. März 1972, S. 3.

2226 Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.) o. J., S. 9; vgl. Geißler, Gert 2015, S. 67.

2227 Honecker, Margot 1976: Zu einigen Fragen der kommunistischen Erziehung aus Sicht der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED. Vortrag an der Parteihoch-

Klassenstufen beim Lerneifer und der Disziplin.²²²⁸ Dieser Umstand ist mit zurückzuführen auf die Verlängerung der Schulpflicht. Im Jahr 1978 hatte erstmals ein ganzer Jahrgang die zehnklassige Schulausbildung durchlaufen.²²²⁹ Jährlich fielen hunderte Schüler, teilweise in der siebenten Klasse, mit „unsozialistischen“ Äußerungen, faschistischen Losungen oder pazifistischen Protesthandlungen auf. Während „aufsässige“ EOS-Schüler in der Regel mit Verweisen bestraft wurden, drohte POS-Schülern im Wiederholungs- bzw. im schlimmsten Fall die Einweisung in einen Jugendwerkhof.²²³⁰

Das politisch nicht genehme Verhalten von einigen Schülern lässt sich ein Stück weit mit deren Sozialisation erklären. Im Gegensatz zu ihren Eltern warfen viele junge Menschen in den 1970er Jahren einen kritischen Blick auf die Gegebenheiten in der DDR und traten oftmals selbstbewusster auf. Die „Generation der Nicht-Mehr-Eingestiegenen“²²³¹, so Bernd Lindner, erkannte die Defizite des politischen Systems frühzeitig. Nicht zuletzt deshalb, weil ihre adoleszente Entwicklungsphase mit zunehmenden Legitimationsproblemen der SED zusammenfiel,²²³² die sich nicht an die Helsinki-Vereinbarungen von 1975 hielt und sich unangepasster, aber äußerst beliebter Kulturschaffender 1976 durch Ausbürgerung entledigte. Ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre wurde der Begriff der sozialistischen Erziehung von der kommunistischen Erziehung abgelöst, weil die politische Führung von einer neuen Periode hin zum Kommunismus ausging.²²³³

Margot Honecker jedoch glaubte nicht an eine formale Trennung zwischen sozialistischer und kommunistischer Erziehung bzw. an starre Grenzen zwischen Sozialismus und Kommunismus.²²³⁴ Bei der Sanktion von

schule „Karl Marx“ beim Zentralkomitee der SED in Berlin am 15. November, in: Lorenz, Werner u. a. (Hrsg.) 1986, S. 463.

2228 Vgl. Anweiler, Oskar 1988, S. 110.

2229 Vgl. Honecker, Margot 1978 (a), S. 82.

2230 Vgl. Geißler, Gert 2013, S. 147 f.

2231 Lindner, Bernd 2003 (b), S. 38.

2232 Vgl. Geulen, Dieter 1993, S. 44.

2233 Vgl. Anweiler, Oskar 1988, S. 107, 109-111 u. 113 f.; vgl. Grunenberg, Antonia 1989, S. 229.

2234 Vgl. Honecker, Margot 1976: Zu einigen Fragen der kommunistischen Erziehung aus Sicht der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED. Vortrag an der Parteihochschule „Karl Marx“ beim Zentralkomitee der SED in Berlin am 15. November, in: Lorenz, Werner u. a. (Hrsg.) 1986, S. 464.

„unangepasstem Verhalten“ in der Schule spielte das ohnehin keine Rolle. Das bedeutete gemäß Gert Geißler für Kinder von Ausreiseartragstellern „in der Schule, in der es für sie nun keine Zukunft mehr gibt, kaum noch erträgliche[...] psychische[...] Belastungen“. Sie waren den „diskriminierende[n] Verhaltensweisen von Lehrpersonen“²²³⁵ regelrecht ausgeliefert. Das Schulwesen ließ keinen Raum für „unbequeme“ Fragen oder politisch abweichende Meinungen. Das Hauptanliegen der Pädagogik bestand nach Erich Honecker darin, die Jugend zu „Erbauern der neuen Gesellschaft“²²³⁶ zu erziehen. Für ihn implizierte kommunistische Erziehung, „der Jugend die grundlegenden Veränderungen in der Welt und die tiefgreifenden sozialen Prozesse bewußt zu machen“. In der Folge mussten die Schüler alle Fragen „vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus richtig beurteilen“. Da nach Honecker der „unversöhnliche[...] Haß gegen die Feinde des Volkes“²²³⁷ zur kommunistischen Sittlichkeit gehörte, stand das Bildungswesen der 1970er Jahre ganz im Zeichen einer verstärkten Wehrerziehung.

Zunächst führte die internationale Welle der Anerkennung zu Beginn der 1970er Jahre, entgegen den staatlichen Vermutungen, nicht zu einer langfristigen Bindung der Zivilgesellschaft an Partei und Staat, sondern setzte bei vielen Menschen Erwartungen auf Liberalität und auf die Einhaltung von Menschenrechten frei.²²³⁸ Unter Teilen der Bevölkerung stieß neben der deutsch-deutschen Abgrenzungspolitik besonders die Formel der kommunistischen Wehrerziehung auf Widerstand, vor allem in christlichen Kreisen.²²³⁹ Viele Geistliche prangerten auch in den 1970er Jahren die Diskriminierung von jungen Christen an. Wie Kinder von Ausreiseartragstellern litten junge Gläubige im Schulwesen oftmals unter Schikanen und bildungspolitischer Ausgrenzung. Höhere Bildungseinrichtungen, etwa EOS oder Universitäten, waren üblicherweise nur für jene zugänglich, die ohne Vorbehalte die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus vertraten bzw. sich politisch „korrekt“ verhielten.²²⁴⁰ Der Paragraph 22 im neuen Jugendgesetz kodifizierte: „Das Studium an einer Universität, Hochschule oder Fachschule ist eine hohe gesellschaftliche Anerkennung und für je-

2235 Geißler, Gert 2013, S. 147.

2236 Honecker, Erich 1976, S. 113.

2237 Ebd., S. 114.

2238 Vgl. Gerlach, Stefanie Virginia 1999, S. 93.

2239 Vgl. Anweiler, Oskar 1988, S. 114.

2240 Vgl. Gerlach, Stefanie Virginia 1999, S. 95 f.

den Studenten persönliche Verpflichtung gegenüber der Arbeiterklasse und dem sozialistischen Staat.“²²⁴¹

Mit Einführung des Wehrunterrichts²²⁴² erhärteten die Positionen zwischen Kirche und Staat erneut. Aus Sicht der Kirche widersprach die steigende Militarisierung im Schulwesen den propagierten Friedensbemühungen. Da die SED aufgrund der KSZE-Folgetreffen (vom Herbst 1977 bis zum Frühjahr 1978) mit kirchlichen Protesten rechnete, verzichtete die Einheitspartei bewusst auf eine öffentliche Bekanntgabe der Einführung des Wehrunterrichts für die Klassen neun und zehn mit Beginn des Schuljahres 1978/79.²²⁴³ Die Bevölkerung erfuhr über Mundpropaganda davon. Erst im Sommer 1978, nachdem die Direktiven zum Wehrunterricht ein Vierteljahr in Kraft waren, durften Lehrer – strikt nach den Vorgaben des Ministeriums für Volksbildung – Eltern von Achtklässlern „politisch-ideologisch“²²⁴⁴ auf den kommenden Wehrunterricht vorbereiten.²²⁴⁵

Laut den Weisungen des Ministeriums von 1978 fördere der Unterricht „die Entwicklung der Wehrbereitschaft und Wehrfähigkeit der Schüler“ und habe zum Ziel, die „systematische und planmäßige Vorbereitung der Jugendlichen auf die Anforderungen des Wehrdienstes und der Zivilverteidigung durch Vermittlung entsprechender Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu unterstützen“. Der Wehrunterricht helfe „Mädchen und Jungen“ bei der „Wahrnehmung des in der Verfassung festgelegten Rechts und der Ehrenpflicht zum Schutz des Friedens, des sozialistischen Vaterlandes und der sozialistischen Staatengemeinschaft“²²⁴⁶. Schließlich verpflichtete die 1968 geänderte Verfassung jeden Bürger „zum Dienst und zu Leistungen für die Verteidigung [...] entsprechend den Gesetzen“²²⁴⁷, und das dritte Jugendgesetz deklarierte die Landesverteidigung abermals

2241 Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, § 22, Abs. 1.

2242 Siehe dazu Kapitel 5.2.3.

2243 Vgl. Helmberger, Peter 2008, S. 272.

2244 Direktiven des Ministeriums für Volksbildung (der DDR) zur Einführung und Gestaltung des Wehrunterrichts an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen vom 1. Februar 1978, in: Henrich, Wolfgang (Hrsg.) 1978, S. 32.

2245 Vgl. Anweiler, Oskar 1988, S. 114; vgl. Eisenfeld, Bernd/Peter Eisenfeld 1999 (a), S. 704.

2246 Direktiven des Ministeriums für Volksbildung (der DDR) zur Einführung und Gestaltung des Wehrunterrichts an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen vom 1. Februar 1978, in: Henrich, Wolfgang (Hrsg.) 1978, S. 25.

2247 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung vom 6. April 1968, Art. 23, Abs. 1.

als „Ehrenpflicht aller Jugendlichen“²²⁴⁸. Rückblickend deutete das Jugendgesetz zaghaft die Möglichkeit eines wehrpolitischen Unterrichtsfachs an. Alle Staats- und Wirtschaftsfunktionäre, Lehrer und Erzieher erhielten darin die Anweisung, „wehrpolitische Bildungs- und Erziehungsarbeit [...] sowie den Wehrsport an der Schule“²²⁴⁹ zu fördern.

Zwar begann die Militarisierung der Gesellschaft in den 1950er Jahren und durchzog seitdem alle Bildungsbereiche – angefangen bei Erstklässlern, die auf spielerische Art in Geländespielen beim „Manöver Schneeflocke“ oder „Freundschaft“ das Marschieren mit dem Kompass erlernten oder Verwundetentransporte probten –, mit dem Wehrunterricht jedoch avancierte das Schulsystem 1978 zum Knotenpunkt der vormilitärischen Ausbildung.²²⁵⁰ Kurz nach dessen Einführung wurde im Oktober 1978 das „Gesetz über die Landesverteidigung“ erlassen, in dem die Regierung proklamierte, „das Wettrüsten einzustellen und [eine] vollständige Abrüstung herbeizuführen“²²⁵¹. Allerdings berief sie sich dabei auf Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen bzw. auf die individuelle und kollektive Selbstverteidigung. Auch dieses Gesetz definierte die Landesverteidigung als Recht bzw. Ehrenpflicht und nötigte jeden arbeitsfähigen Bürger zu persönlichen Arbeitsleistungen im Verteidigungszustand.²²⁵² Dennoch hofften die Kirchen, den Wehrunterricht aufhalten zu können. Anlass dazu gaben Versprechungen der SED, sich um eine globale Friedenspolitik zu bemühen, ferner die eben zitierte Passage aus dem Landesverteidigungsgesetz sowie Gespräche zwischen hochrangigen Geistlichen und der politischen Führung.

Im Juni 1978 kamen Ministerratsvorsitzender Willi Stoph und evangelische Kirchenvertreter überein, „daß Gewalt als Mittel der Konfliktlösung in einer Welt voller Waffen selbstzerstörerisch“ sei und „es in diesem Sinne darauf ankommt, ein Abrüstungsbewußtsein zu entwickeln“²²⁵³. Im März desselben Jahres hatte Erich Honecker bei einem Gespräch über die internationale Friedenssicherung mit evangelischen Geistlichen der Kirche

2248 Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, § 24.

2249 Ebd., § 25, Abs. 1.

2250 Die Pionierorganisation bot „Manöver Schneeflocke“ in den Winterferien von 1968 bis 1973 an. Vgl. Deja-Löhlhöfel, Brigitte 1986, S. 113; vgl. Rogg, Matthias 2008, S. 185.

2251 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1978, S. 377.

2252 Vgl. ebd., § 1, 3 u. 11.

2253 BZ vom 20. Juni 1978, S. 2.

für deren humanitäre Hilfe gedankt. Der Staatsratsvorsitzende suggerierte, die DDR orientiere sich an Wachstum, Wohlstand und Stabilität, damit „die Menschen unseres Landes in Frieden leben können und ihnen die Früchte ihres Fleißes sowohl in materieller als auch in kultureller Hinsicht zugute kommen“. Den „Kirchen im Sozialismus“ eröffneten sich „heute und künftig viele Möglichkeiten des Mitwirkens an diesen zutiefst humanistischen Zielen“²²⁵⁴. Nachdem jedoch auch weitere Konversationen mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, keine Änderungen brachten, blieb den Kirchen keine Wahl, als den Wehrunterricht zu akzeptieren und (christlichen) Verweigerern beizustehen.²²⁵⁵

Für die SED war die kommunistische Erziehung und vor allem der Wehrunterricht eine absolute Notwendigkeit, da sich „kapitalistische“ gegenüber sozialistischen Ländern in permanenter Angriffshaltung bewegten und die westliche Aufrüstung mit nuklearen Kernwaffen eine neue Stufe der Bedrohung darstellte. Doch wie sollte das Schülern vermittelt werden? Laut dem „Leitfaden für die sozialistische Wehrerziehung“ von 1987 hätten „imperialistische Kräfte“ in den 1970er Jahren eine Revidierung der Helsinki-Vereinbarungen angestrebt. Wegen der aggressiven Expansionspolitik westlicher Staaten drohte das militärische Gleichgewicht Ende des Jahrzehnts zu kippen. Aufgrund der gewachsenen militärischen Anforderungen der internationalen „Klassenauseinandersetzung“ sei die Einführung des schulischen Wehrunterrichts unerlässlich gewesen, um bei den Jugendlichen frühzeitig die Bereitschaft zu entwickeln, die DDR mit der Waffe zu verteidigen. Die Welt ließ sich in einem Lehrbuch hervorragend in Gut und Böse einteilen.²²⁵⁶ Der „Klassenkampf“ zwischen UdSSR und USA, zwischen Warschauer Pakt und NATO sollte die Herzen der Schüler durch Angst erreichen.

Das Leben in Frieden und Wohlstand verlangte von der jungen Generation einen Tribut, eine Art Gegenleistung für die sozialistischen Errungenschaften, die Erich Honecker im Juni 1979 benannte: „Bei uns ist soziale Sicherheit, im Gegensatz zum Kapitalismus, kein leeres Wort, sondern gesellschaftliche Realität. Niemand braucht um seinen Arbeitsplatz zu bangen und Existenzangst zu empfinden. Für jeden Jugendlichen ist ein Platz in der Berufsausbildung gewährleistet, jedem stehen die Wege zu einem

2254 ND vom 7. März 1978, S. 1.

2255 Vgl. Helmberger, Peter 2008, S. 275 f.

2256 Vgl. Gonnermann, Bernhard u. a. 1987, S. 306 u. 323 f.

zweiten oder dritten Beruf offen.“²²⁵⁷ Westliche Länder würden der DDR ihre innenpolitischen Erfolge nicht gönnen und deren Massenmedien versuchen, sich in die inneren Angelegenheiten einzumischen: „Wie zum Hohn berufen sie sich dabei nicht selten sogar auf die Schlußakte von Helsinki, in der genau das Gegenteil steht und die gerade deswegen unterschrieben wurde, um der Sache des Friedens, der Entspannung, der Zusammenarbeit und des gutnachbarschaftlichen Verhältnisses der Völker zu dienen.“²²⁵⁸

Mit der Unterzeichnung der Schlussakte hatten 1975 neben der DDR 35 andere europäische Staaten, die USA und Kanada die europäischen Nachbarschaftsgrenzen anerkannt. Der dritte Korb der Akte regelte zwar den freien Informationsaustausch und forderte die Einhaltung der Menschenrechte, in der Praxis aber verbesserte sich die Menschenrechtslage in der DDR nicht.²²⁵⁹ Weiterhin mussten junge Andersdenkende mit hohen Strafen rechnen. Wer kritisch dachte und wagte, seine ehrliche Meinung in der Schule zu äußern, der stand eben nicht wie alle anderen Jugendlichen laut Margot Honecker „auf der Seite der Sieger der Geschichte“²²⁶⁰. Auf dem VIII. Pädagogischen Kongress im Oktober 1978 präzierte die Bildungsministerin die geforderten Charaktereigenschaften des „neuen Menschen“. Zur kommunistischen Lebensweise gehörten demnach Ehrlichkeit, Lerneifer, Hilfsbereitschaft, hohes Verantwortungsbewusstsein und eine ordentliche Einstellung zur Arbeit, die das Verhalten zum Kollektiv positiv beeinflusse. Die Erziehung zur Arbeit bildete für sie das „Herzstück der Lebensweise in unserer sozialistischen Gesellschaft, in der es unmoralisch ist, auf Kosten der Arbeit anderer zu leben“²²⁶¹.

Für die Schuljugend bedeutete das, stetig Arbeitswillen zu zeigen und die gelernten politischen Phrasen abzurufen, vor allem in gesellschaftswissenschaftlichen Fächern.²²⁶² Margot Honecker erkannte trotz des ab den 1960er Jahren erhöhten Bildungsniveaus und des aufgegangenen Konzepts von „Stabilität und Kontinuität“²²⁶³ drei wesentliche Defizite in der Schul-

2257 Honecker, Erich 1979: Die Kulturpolitik unserer Partei wird erfolgreich verwirklicht. Rede auf der Beratung mit Kultur- und Kunstschaffenden der DDR vom 22. Juni 1979, in: Zentralrat der FDJ (Hrsg.) 1986, S. 93.

2258 Ebd., S. 101 f.

2259 Vgl. Wilke, Manfred 2002, S. 30.

2260 Honecker, Margot 1978 (a), S. 65.

2261 Ebd., S. 81.

2262 Vgl. ebd., S. 81 u. 87.

2263 Ebd., S. 83.

bildung: Weil viele Schüler am Ende ihrer Schulzeit nicht „frei und zusammenhängend“²²⁶⁴ russisch sprechen konnten, wurden im August 1979 für die Klassen drei bis zehn spezielle Lehrpläne eingeführt.²²⁶⁵ Andere Probleme gab es bei den Hausaufgaben, da Lehrer diese nicht kontrollieren würden sowie im praxisbezogenen Unterricht. Zu oft würde der Wert des praktischen Unterrichts für die kommunistische Erziehung unterschätzt, die Verbindungen zwischen Arbeiterschaft und Schuljugend seien teilweise zu lasch, so Honecker.²²⁶⁶

Aus diesem Grund verabschiedete das Präsidium des Bundesvorstandes des FDGB im Februar 1979 einen Beschluss, mit dem der Einfluss der Arbeiter auf die Schüler erhöht werden sollte. Von einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen Arbeits- und Schulkollektiven versprach sich der FDGB die Übertragung von kommunistischen Verhaltensweisen der Arbeiter auf die Schüler.²²⁶⁷ So sollten diese, die Schüler auch zu einer „sinnvolle[n] Freizeitgestaltung“²²⁶⁸ animieren. Im praktischen Arbeitsalltag schlitterte der UTP oftmals am gewünschten Effekt vorbei. Die teilweise äußerst monotonen Tätigkeiten in den staatlichen Produktions- und Landwirtschaftsbetrieben, wie das Zählen von Schraubmuttern oder das Feilen von Eisenstangen, weckten unter Schülern selten die „Liebe“ zur Arbeit und zur „Arbeiterklasse“. Viele junge Menschen erlebten einen Schock, wegen des Drecks, des Lärms und der ungewohnten, harsch daherkommenden Umgangsformen. Fehlendes Material in den Fabriken und das Improvisationstalent der Arbeiter erlaubten es den Schülern, einen anderen, pragmatischen Blick auf die Planwirtschaft zu werfen, als es ihnen Lehrer im theoretischen Unterricht vermitteln konnten.²²⁶⁹

Anfang der 1980er Jahre führte das Volksbildungsministerium neue Stundentafeln an den EOS ein. Auf die wissenschaftlich-praktische Arbeit (UTP bzw. PA usw.) entfielen im zweiten Schulhalbjahr Klasse elf bzw. im ersten Schulhalbjahr Klasse zwölf insgesamt mehr Stunden als auf

2264 Ebd., S. 91.

2265 Vgl. Anweisung über den erweiterten Russischunterricht an zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen und erweiterten Oberschulen vom 30. April 1979, § 5, Abs. 1.

2266 Vgl. Honecker, Margot 1978 (a), S. 106 u. 109 f.

2267 Vgl. ND vom 10. Februar 1979, S. 2; vgl. BZ vom 10. Februar 1979, S. 2.

2268 Den Einfluß der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften auf die kommunistische Erziehung der Schuljugend erhöhen. Beschluß des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB vom 9. Februar 1979, S. 3.

2269 Vgl. Droit, Emmanuel 2006, S. 46 f.; vgl. ders. 2014, S. 250 f. u. 255.

Physik, Geschichte, Chemie, Geografie oder Biologie. Die meisten Stunden in den Klassen elf und zwölf besetzten Mathematik und Russisch.²²⁷⁰ Im September 1981 erhöhte das Ministerium die Anforderungen beim Produktionseinsatz von älteren POS-Schülern. Nun hatte die Arbeit im Betrieb unter Anleitung von „klassenbewußte[m] und fachlich geeignete[m]“²²⁷¹ Personal und vorwiegend in der Produktion, deren Vorbereitung, der Energie- und Materialwirtschaft sowie der Qualitätskontrolle zu erfolgen. Auf die wissenschaftlich-technische Arbeit entfielen wöchentlich vier bzw. zweiwöchig acht Unterrichtsstunden. Die praktische Arbeit in den Betrieben begann in der elften Klasse (nach den Winterferien) und endete in der zwölften Klasse (vor den Winterferien) mit einem einwöchigen Betriebspraktikum von täglich acht Arbeitsstunden.²²⁷²

Gleichwohl es in den 1970er Jahren verschiedene Probleme im Bildungswesen, besonders mit dem Fach Produktive Arbeit und dem Wehrunterricht gab, zog Erich Honecker auf dem X. Parteitag 1981 durchgehend positive Bilanz. Der größte Sieg der sozialistischen Schulgeschichte sei die hergestellte „Chancengleichheit für alle Kinder des Volkes“. Zur weiteren Entwicklung des Volksbildungswesens kündigte er an, „in den nächsten Jahren [...] alle Vorzüge unserer allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule umfassend für die Bildung und Erziehung der Jugend zu nutzen“²²⁷³ und die Schule stärker in Verbindung mit dem alltäglichen Leben zu bringen. Eine weitere Errungenschaft des Sozialismus bestünde seiner Meinung nach in der „vertrauensvolle[n] Verbundenheit der Jugend mit unserer Partei“, allen voran der FDJ: „Noch nie konnte ein Staat auf deutschem Boden so stolz auf seine Jugend sein.“²²⁷⁴

2270 Vgl. Anweisung zur Studentafel an erweiterten allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen vom 16. Dezember 1980, S. 1.

2271 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1981 (b), § 3, Abs. 1.

2272 Vgl. ebd., § 2, Abs. 2 u. § 4, Abs. 1-3.

2273 Honecker, Erich 1976, S. 105.

2274 Ebd., S. 144.

5.1.3 Funktionen der FDJ

Das neue Jugendgesetz wies der FDJ neue Kompetenzbereiche in Schulen, Betrieben und Universitäten zu.²²⁷⁵ Es nahm alle Staats- und Wirtschaftsfunktionäre, Lehrer und Erzieher in die Pflicht, die Tätigkeit des Verbandes stärker zu berücksichtigen und dessen Beschlüsse umzusetzen.²²⁷⁶ Schuldirektoren und Pädagogen sollten intensiver auf die von der Massenorganisation unterbreiteten Vorschläge eingehen und die „Aktivitäten der FDJ-Grundorganisationen und Pionierfreundschaften“²²⁷⁷ energischer unterstützen. Im praktischen Schulbetrieb hieß das vor allem die Bereitstellung von Räumlichkeiten, Einrichtungen und Material. Denn FDJ und Pionierorganisation realisierten ihre „Mitverantwortung an der Schule, indem sie in ihren Kollektiven für hohe Anforderungen an das sozialistische Lernen, Arbeiten und Verhalten aller Schüler“²²⁷⁸ eintraten.

Das dritte Jugendgesetz übertrug der FDJ mehr Rechte an allgemeinbildenden Schulen und Universitäten, da die Paragraphen 22 und 23 Leiter von Hoch- und Fachschulen dazu verpflichteten, über Probleme der Studenten mit den Leitungen der FDJ zu beraten und auf deren Empfehlungen zu achten. Der Verband erhielt zusätzlich das Privileg, in die Arbeit der „Beratungsgremien auf allen Leitungsebenen des Hoch- und Fachschulwesens“²²⁷⁹ einzugreifen und auf die Absolventenvermittlung bzw. auf die Studienzulassungen einzuwirken.²²⁸⁰ Das tat dieser vereinzelt ab den 1950er Jahren mit teilweise fatalen Folgen für Betroffene.²²⁸¹ Mehr als den Schülern und Studenten widmete sich das Jugendgesetz aus volkswirtschaftlichen Gründen der Arbeiterjugend,²²⁸² trage diese doch in Zusammenarbeit mit „allen Werktätigen“ durch „fleißige Arbeit, hohes berufliches Können und durch ständige Qualifizierung“ zur „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes“²²⁸³ bei.

2275 Vgl. Mahrada, Christa 1977, S. 214.

2276 Vgl. Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, § 2, Abs. 4.

2277 Ebd., § 19, Abs. 4.

2278 Ebd., § 19, Abs. 3.

2279 Ebd., § 23, Abs. 2.

2280 Vgl. ebd., § 22, Abs. 2; vgl. Mahrada, Christa 1977, S. 215; vgl. Hornstein, Walter/Werner Schefold 1998, S. 288.

2281 Vgl. Planer-Friedrich, Jens 2011, S. 18; vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2014, S. 167.

2282 Vgl. Mahrada, Christa 1977, S. 214.

2283 Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, § 8, Abs. 1.

Die Aufgaben der Arbeiterjugend – als „Teil und Nachwuchs der führenden Klasse“ – bestanden darin, „bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft [...] beispielhaft zu wirken“²²⁸⁴. Deshalb hatten örtliche Volksvertretungen, Betriebe, Kombinate und Genossenschaften in Kooperation mit der FDJ bei der Erfüllung der Wirtschaftspläne besonders intensiv die Aktivitäten junger Arbeiter zu fördern.²²⁸⁵ Subventioniert wurde das jugendliche Engagement in der Volkswirtschaft durch die im März 1974 von Ministerrat und ZR der FDJ beschlossenen „Konten junger Sozialisten“, die wirtschaftsleitende Organe und staatliche Instanzen einrichten mussten.²²⁸⁶ Zunächst landeten alle monetären Überschüsse auf dem Konto, die Heranwachsende und FDJ zusätzlich zum Vorgabeplan in den Betrieben erwirtschafteten. Anschließend konzipierten deren Leitungen oder Betriebskollektive Vorschläge zur „Unterstützung politischer, kultureller, sportlicher, touristischer und anderer Initiativen der Jugend“²²⁸⁷. In der Theorie kam das Geld wieder der lernenden, arbeitenden oder studentischen Jugend zugute.

Mit dem „Konto junger Sozialisten“ verschaffte sich die Organisation mehr Mitspracherecht in der Volkswirtschaft. Sie kontrollierte die Bildung und Verwendung der Konten in den Betrieben. Die Mittel aus den betrieblichen Konten flossen anteilig auf das „Konto junger Sozialisten“ beim Amt für Jugendfragen und zum Rat des Kreises.²²⁸⁸ Mit dieser Maßnahme spornte die Regierung die junge Generation nicht nur zu wirtschaftlichen Höchstleistungen an, sondern setzte vor allem die Arbeiterjugend unter Druck, nach höheren Einnahmen durch Planübererfüllung zu streben. Das Sekretariat des ZK forderte im Sommer 1975 in Vorbereitung auf den anstehenden IX. Parteitag der SED alle Leitungen der Partei im Kreis Brandenburg auf, der FDJ zu assistieren, „besonders unter der Arbeiterjugend als dem Kern des sozialistischen Jugendverbandes gezielte Parteitagssinitiativen [...] zu entwickeln“. Kreisleitung und Parteiorganisationen sollten jungen Arbeitern die „Klassenauseinandersetzungen“ bzw. das Konzept der „friedlichen Koexistenz“ eindringlicher erklären und der jungen Arbeiterschaft helfen, „ihre eigene Verantwortung bei der weiteren allseiti-

2284 Ebd., § 8, Abs. 2.

2285 Vgl. ebd., § 8, Abs. 3.

2286 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1974, S. 191.

2287 Ebd., S. 193.

2288 Vgl. ebd., S. 191-193; vgl. Dennhardt, Rudolf 1991, S. 33.

gen Stärkung der DDR und bei der Verwirklichung der sozialistischen ökonomischen Integration immer besser zu erkennen“²²⁸⁹.

Zur Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von jungen Arbeitern empfahl das Sekretariat, die Jugendorganisation bei Projekten entschlossener zu unterstützen, etwa bei der „Neuererbewegung“ bzw. der „Messe der Meister von morgen“,²²⁹⁰ in deren Rahmen auf Grundlage von Fünfjahresplänen technische Innovationen durch Jugendliche und deren Betreuer entstanden.²²⁹¹ Die FDJ-Leitungen müssten verstärkt im zivilgesellschaftlichen Bereich agieren und viel präsenter sein bei der „produktive[n] und gesellschaftlich nützliche[n] Arbeit der Schüler in den Schulen, Betrieben, im Wohngebiet und in den Lagern für Arbeit und Erholung“²²⁹². Mitte der 1970er Jahre glaubte die SED, eine zentrale Voraussetzung zum Übergang zum Kommunismus sei eine „neue[...], kommunistische[...] Einstellung zur Arbeit“²²⁹³. Aus diesem Grund wurde die FDJ angehalten, vor allem unter jungen Arbeitern eine hohe Arbeitsmoral zu etablieren und bei ihnen um geeignete Kandidaten für die SED zu werben.²²⁹⁴ Die volkswirtschaftlichen Initiativen der Massenorganisation erhielten kontinuierlich Förderung,²²⁹⁵ allen voran die JB, in denen laut Erich Honecker, „junge Arbeiter ihre Ehre darinsetzen, täglich den Plan zu erfüllen und Qualität zu produzieren“²²⁹⁶.

2289 Stellungnahme zum Bericht der Kreisleitung der SED Brandenburg über Ergebnisse, Erfahrungen und Probleme bei der klassenmäßigen Erziehung der Arbeiterjugend und der Vorbereitung der Lehrlinge und Schüler auf das Berufsleben. Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 25. Juni 1975, S. 650.

2290 Vgl. ebd., S. 650-652.

2291 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1976 (a), § 2, 3 u. 4.

2292 Stellungnahme zum Bericht der Kreisleitung der SED Brandenburg über Ergebnisse, Erfahrungen und Probleme bei der klassenmäßigen Erziehung der Arbeiterjugend und der Vorbereitung der Lehrlinge und Schüler auf das Berufsleben. Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 25. Juni 1975, S. 652.

2293 ND vom 11. Oktober 1975, S. 1.

2294 Vgl. Stellungnahme zum Bericht der Kreisleitung der SED Brandenburg über Ergebnisse, Erfahrungen und Probleme bei der klassenmäßigen Erziehung der Arbeiterjugend und der Vorbereitung der Lehrlinge und Schüler auf das Berufsleben. Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 25. Juni 1975, S. 651 f.

2295 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1976 (a), § 4.

2296 Honecker, Erich 1976: Die Beschlüsse des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sind ein Kampfprogramm für die Jugend vom 4. Juni. Rede auf dem X. Parlament der Freien Deutschen Jugend vom 1. bis 5. Juni 1976, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1977, S. 631.

Diese „zuverlässige[n] Kaderschmieden“²²⁹⁷ galt es unter Leitung von FDJ und den Gewerkschaften planmäßig auszubauen, zu „Stoßtrupps sozialistischer Intensivierung, zu Zentren sozialistischer Gemeinschaftsarbeit und gesellschaftlicher Aktivität“²²⁹⁸. Mit der Gründung von weiteren Brigaden – im Schulwesen als Schülerkollektive definiert – verfolgten die Erziehungsfunktionäre ökonomische und ideologische Zwecke. Nach Werner Jarowinsky, Mitglied des ZK der SED, bildeten sich in „diesen Kollektiven [...] am ehesten solche kommunistischen Verhaltensweisen wie Verbundenheit mit dem sozialistischen Staat, Verantwortungsbewußstein, [...] Schöpferturn und kollektives Handeln heraus“²²⁹⁹. In der Folge dienten JB zum einen als Schmelztiegel von künftigen parteiloyalen (Fach-)Arbeitern und zum anderen zur Übererfüllung des Fünfjahresplanes.²³⁰⁰ Zu den prestigeträchtigsten Objekten in den 1970er Jahren gehörten der Bau des Kernkraftwerks Nord, das Porzellanwerk Ilmenau und das Kraftwerk Boxberg.²³⁰¹ Neben Jugendobjekten beteiligten sich JB an der „Messe der Meister von morgen“.²³⁰²

Die Ausstellung von 1975 zeigte nach offiziellen Angaben 1.500 Innovationen im wissenschaftlich-technischen Bereich, konzipiert von rund 15.900 Heranwachsenden. Das Politbüro erklärte, jeder dritte im Berufsleben stehende Jugendliche würde aktiv an der „Neuererbewegung“ teilnehmen. Zudem sei die Zahl der Jugendobjekte von rund 25.000 (1970) auf 72.000 (1975) gestiegen und fast 300.000 Heranwachsende wirkten 1975 in über 25.000 JB. Der nächste Fünfjahreszeitplan sah die Schaffung von weiteren 10.000 der Arbeitsbataillone vor.²³⁰³ Anfang der 1980er Jahre korrigierte die SED die Quoten der an den Messen beteilig-

2297 Ebd., S. 632.

2298 Beschluß zur Information über die Verwirklichung des Jugendgesetzes im Jahre 1975 und Maßnahmen des Ministerrats der DDR zur Verwirklichung des Jugendgesetzes im Jahre 1976. Anlage auf der Sitzung des Ministerrates vom 11. März 1976, in: BArch, DC 20/1/3/1313, Bl. 82.

2299 Jarowinsky, Werner 1975, S. 26.

2300 Vgl. BZ vom 8. April 1978, S. 2; vgl. ND vom 8. April 1978, S. 1.

2301 Vgl. Weyer, Jochen 1974, S. 14.

2302 Vgl. Maßnahmen zur Würdigung des wissenschaftlich-technischen Schöpferturns der Jugend anläßlich der XX. Zentralen Messe der Meister von morgen vom 14. bis 25. September 1977 in Leipzig. Anlage Nr. 9 zum Protokoll Nr. 33 der Sitzung des Politbüros vom 16. August 1977, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/1689, Bl. 64.

2303 Vgl. Jarowinsky, Werner 1975, S. 25 f.

ten Jugendlichen nach oben. Nun beteiligten sich jeder dritte junge Berufstätige und die Hälfte aller Lehrlinge. Der Nutzen der volkswirtschaftlichen Jugendinitiativen betrug über eine Milliarde Mark, fast 6.000 Exponate kamen nach der Messeschau in Betrieben zum Einsatz und allein in Berlin erbrachten über 14.500 FDJ-Delegierte Bauleistungen für rund sechs Milliarden Mark. Die Zahl der JB war um 850 gewachsen.²³⁰⁴

Schon im März 1976 hatte die SED – zum 30. Jubiläum der FDJ – die Arbeit der Massenorganisation in den höchsten Tönen gewürdigt. Sie würde „als treuer Helfer und als zuverlässige Reserve“ der Partei Millionen junger Menschen zu „überzeugte[n] junge[n] Sozialisten“²³⁰⁵ erziehen. Zeitgleich erhöhte das Politbüro die Belohnungsanreize für JB durch mehr Auszeichnungen. Fortan erhielten jährlich 200 Arbeitskollektive den Ehrentitel „Hervorragendes Jugendkollektiv der DDR“, 300 Heranwachsende den Ehrentitel „Hervorragender Jungaktivist“ und 800 Lehrlinge die „Karl-Liebknecht-Medaille“.²³⁰⁶ Im Juni desselben Jahres sandte das ZK eine Grußadresse an das X. Parlament, in der die Machthaber verkündeten, der im Mai 1976 auf dem IX. Parteitag der SED beschlossene Volkswirtschaftsplan (von 1976 bis 1980) ließe Heranwachsenden „weiten Raum für Initiative und Schöpferturn“, die FDJ genieße das volle Vertrauen und die allseitige Unterstützung der Partei, da diese die Jugend auf „das kommunistische Morgen“²³⁰⁷ vorbereite. Das ZK äußerte seine Überzeugung, das X. Parlament im Juni 1976 werde „ganz im Zeichen des IX. Parteitages“²³⁰⁸ stehen.

Während die politische Führung auf dem IX. Parteitag im Mai 1976 die ökonomischen Leistungen der FDJ glorifizierte, wurde ihre Rolle im

2304 Vgl. Information über Ergebnisse der Durchführung des Jugendgesetzes im Jahre 1981, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 10193, pag. Bl. 57 f. (Anlage 1).

2305 BZ vom 6. März 1976, S. 2; ND vom 6. März 1976, S. 3.

2306 Vgl. Beschluß über die Information zur Verwirklichung des Jugendgesetzes 1975 und Maßnahmen des Ministerrats der DDR zur Verwirklichung des Jugendgesetzes im Jahr 1976 vom 11. März 1976. Anlage Nr. 7 zum Protokoll Nr. 12 der Sitzung des Politbüros vom 23. März 1976, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/1609, Bl. 58.

2307 Grußadresse des Zentralkomitees der SED an das X. Parlament der Freien Deutschen Jugend, S. 26 f.

2308 Grußadresse des Zentralkomitees an das X. Parlament der Freien Deutschen Jugend vom 1. Juni 1976, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1980, S. 264.

Schulwesen nur angeschnitten.²³⁰⁹ Die SED forderte lediglich dazu auf, den „politisch organisierten Kollektiven“²³¹⁰ der Pionier- und Jugendorganisation in der Schule mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Vermutlich auch deshalb, weil das Jugendgesetz die Kompetenzen der FDJ im Bildungswesen bereits vergrößert hatte bzw. in den 1970er Jahren die Arbeiter- und weniger die Schuljugend im Mittelpunkt der Jugendpolitik stand. Wie in den Vorjahren blieb es bei der Hauptaufgabe, „der Partei zu helfen, standhafte Kämpfer für die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft zu erziehen“²³¹¹. Laut dem Parteiprogramm von 1976 plante die SED den Kommunismus stufenweise: Zuerst mussten die materiellen und technischen Grundlagen geschaffen werden, danach folgte in der Theorie die Umgestaltung der Produktions- und Arbeitsverhältnisse nach kommunistischem Muster und durch die „Erziehung des Menschen“²³¹² der Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft.

In der Folge setzte sich der Verband auch im kulturpolitischen Bereich das Ziel, Wehrfähigkeit, kommunistische Erziehung und eine „sozialistische[...] Lebensweise [unter] der jungen Generation“²³¹³ zu verankern. Auf der Kulturkonferenz im Juli 1975 stellte er die Forderung: „Kultur und Kunst sollen noch besser die Entwicklung junger sozialistischer Persönlichkeiten zu sozialistischen Patrioten und proletarischen Internationalisten beeinflussen.“²³¹⁴ Deshalb rangierten auf dessen Agenda weit oben „Formen und Methoden, die massenwirksam, erzieherisch und bildend und bei den Jugendlichen beliebt sind“²³¹⁵. Die Kulturkonferenz von Weimar bewies, wie wenig Mitspracherecht die Mitglieder an der Basis hatten, denn 970 hauptberufliche und parteiloyale Funktionäre entschieden

2309 Vgl. Honecker, Erich 1976, S. 145 f.

2310 Ebd., S. 115.

2311 Ebd., S. 146

2312 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1976, S. 265.

2313 Beschluß zum Maßnahmeplan für vorrangig und langfristig zu lösende Aufgaben bei der Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens der Jugend in Auswertung der Kulturkonferenz der FDJ. Anlage auf der Sitzung des Ministerrates vom 4. Dezember 1975, in: BArch, DC 20/I/3/1294, Bl. 83 f.

2314 Thesen zum Referat auf der Kulturkonferenz der Freien Deutschen Jugend am 11. und 12. Juli 1975 in Weimar. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 26 der Sitzung des Politbüros vom 24. Juni 1975, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/1568, Bl. 10.

2315 Ebd., Bl. 17.

über die Köpfe von rund zwei Millionen Mitgliedern hinweg.²³¹⁶ Etwa ein Jahr später nahm das X. Parlament im Juni 1976 – wie von der SED gewünscht – alle Forderungen der Einheitspartei vorbehaltlos auf.

Die Massenorganisation beteuerte, den Wechsel zum Kommunismus allseitig zu unterstützen, ganz nach der Losung: „Was die Partei beschließt – das wird sein!“²³¹⁷ Egon Krenz, von 1973 an Erster Sekretär des ZR, resümierte, der bisherige Fortschritt der Erziehungsarbeit sei unübersehbar und die Zahl „sozialistische[r] Patrioten und proletarische[r] Internationalisten“²³¹⁸ gewachsen. Die Massenorganisation erstrebe, im Sinne der Beschlüsse des VIII. Parteitages von 1971, den Marxismus-Leninismus als Kompass ihres Handelns zu betrachten und „ihr Leben den hohen Idealen des Kommunismus [zu] weihen“²³¹⁹. Der ehemalige Vorsitzende der Kinderorganisation versuchte den Verband im Vergleich zu seinem Vorgänger mondäner und aufgeschlossener zu präsentieren: „Wir sind für Individualität und Originalität. Wir treten gegen sektiererisches Verhalten gegenüber natürlichen jugendgemäßen Erscheinungen auf dem Gebiet der Mode und in anderen Lebensbereichen auf.“²³²⁰

Wenngleich es schien, als wollte Egon Krenz sich von den Kampfgriffen der Vorgängergeneration distanzieren und sich der Jugendsprache bedienen sowie den Mitgliedern bei Fragen der Mode mehr als in den 1950er/60er Jahren entgegenkommen, dominierte doch ausschließlich das Parteiprogramm der SED den Inhalt des X. Parlaments. Lediglich das neue FDJ-Statut von 1976 brachte formelle Änderungen. Nach dem Vorbild des Jugendgesetzes wurde darin die Verbundenheit zur Sowjetunion fixiert²³²¹ und die „wehrsportliche Betätigung der Jugend“²³²² gefordert. Auf dem X. Parlament im Juni 1976 begrüßte Erich Honecker die Absichten des Verbandes, über „Karl-Marx-“ und „Wilhelm-Pieck-Stipendien“ bzw. über von der FDJ vergebene Preise Einfluss auf die wissenschaftlichen Leistungen der Jugend in Berufsausbildung und Studium zu neh-

2316 Vgl. Beschluß zur Information über Ergebnisse der Kulturkonferenz der Freien Deutschen Jugend. Anlage Nr. 5 zum Protokoll Nr. 35 der Sitzung des Politbüros vom 29. Juli 1975, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/1574, Bl. 41; vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 184.

2317 Krenz, Egon 1976, S. 22.

2318 Ebd., S. 23.

2319 Ebd., S. 32.

2320 Ebd., S. 58.

2321 Vgl. Mahrad, Christa 1986, S. 28.

2322 Statut der Freien Deutschen Jugend 1976, S. 89.

men.²³²³ Er proklamierte, der politische Kurs in den nächsten Jahren verfolge die „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes“²³²⁴, und auch künftig könne nur verbraucht werden, was produziert worden sei.²³²⁵

Der Übergang zum Kommunismus stelle die FDJ laut Erich Honecker vor „eine große Aufgabe“. Ein jeder Jugendlicher müsse seine Kenntnisse als „aktive[r] Erbauer der neuen Welt“ stets erweitern und habe den „Platz verantwortungsvoll zu erfüllen, auf den man gestellt ist“. Für die Arbeit des Jugendverbands gelte nach wie vor der Ausspruch Wladimir I. Lenins, „Lernen, lernen und nochmals lernen“²³²⁶, so der einstige FDJ-Vorsitzende weiter. Wie zu erwarten war, bekam die Massenorganisation bis Ende der 1970er Jahre den meisten Zuspruch für ihre wirtschaftlichen Jugendinitiativen. Das Politbüro bilanzierte, die FDJ habe von 1976 bis 1979 mit Einsparungen von etwa 150 Millionen Arbeitsstunden, mit der Erwirtschaftung von rund drei Millionen Mark bei der Aktion „Materialökonomie“, mit dem Sammeln von 9.000 Tonnen Schrott und durch die Beteiligung an Um- und Neubaumaßnahmen von über 20.300 Wohnungen einen großen Beitrag geleistet. Allein in Berlin bezifferte das Politbüro die vor Ort eingesetzten Jugendlichen im Rahmen der „FDJ-Initiative Berlin“ 1979 auf über 10.000.²³²⁷

Der Verband stellte für die SED eine enorme Wirtschaftskraft dar. Retrospektiv erweckt es den Anschein, als hätte Erich Honecker selbst nicht mehr gewusst, ob die politische Führung eine kommunistische oder sozialistische Jugendpolitik verfolge, denn im Januar 1980 sprach er wieder von „einer sozialistischen Einstellung zur Arbeit“²³²⁸. Zudem verkannte die Einheitspartei die realistischen Leistungsgrenzen der FDJ. Die Erfolgsbilanzen stiegen. Nach amtlichen Statistiken beteiligten sich 1979 etwa 2,5 Millionen Mädchen und Jungen an der Bewegung „Messe der Meister von morgen“, gleichwohl die DDR nur knapp drei Millionen Jugendliche

2323 Vgl. Honecker, Erich 1976: Die Beschlüsse des IX. Parteitagess der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sind ein Kampfprogramm für die Jugend vom 4. Juni. Rede auf dem X. Parlament der Freien Deutschen Jugend vom 1. bis 5. Juni 1976, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1977, S. 630.

2324 Ebd., S. 626.

2325 Vgl. ebd., S. 627.

2326 Ebd., S. 629.

2327 Vgl. Jarowinsky, Werner 1979, S. 27-29.

2328 Honecker, Erich 1980, S. 76.

zählte und andere Statistiken bei der Messe von 1975 von rund 15.900 „Neuerern“ ausgegangen waren.²³²⁹ Ähnlich verhielt es sich mit den JB, von denen es 1975 offiziell etwa 25.300 gab.²³³⁰ Laut Honecker existierten fünf Jahre später 33.000, „also 7 000 mehr als 1975“²³³¹ und im nächsten Fünfjahresplan sollten weitere 3.000 entstehen. Im Jahr 1982 sprach er von 40.000 JB.²³³² Während sich die SED mit schönen Zahlen schmückte, verwiesen diverse Wissenschaftler auf die Probleme des Verbandes bei der politisch-ideologischen Massenarbeit.

Karl Heinz Jahnke erklärte im Februar 1980 auf einer wissenschaftlichen Konferenz an der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“²³³³, das „marxistisch-leninistische Geschichtsbild“ sei „unter der Jugend unterschiedlich ausgeprägt“²³³⁴. Obwohl der Jugendverband ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre die geschichtspolitische Bildungsarbeit intensiviert hätte und das Verständnis für die Mission der „Arbeiterklasse“ unter Heranwachsenden gestiegen wäre, gäbe es nach Meinung des Professors der Sektion Geschichte an der Universität Rostock besonders unter Mitgliedern von FDJ und GST „unvertretbare Lücken, weiße Flecken im Geschichtsbild vieler“²³³⁵. Doch auch auf dem nächsten Parteitag im April 1981 überschüttete Erich Honecker die FDJ mit Lob: „Jederzeit erwiesen sich die Mitglieder der Freien Deutschen Jugend als treue Erben des Kommunistischen Manifests und zuverlässige Verfechter des Programms unserer Partei.“ Die DDR als „ein Staat der Jugend“²³³⁶ brauche die Jugend und die Jugend brauche den Sozialismus.

Gemäß Erich Honecker genieße die junge Generation das volle Vertrauen der SED und die DDR verkörpere ihre Ideale und Interessen. Für die

2329 Vgl. ebd.; vgl. Jarowinsky, Werner 1975, S. 26; vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 26.

2330 Vgl. Jarowinsky, Werner 1975, S. 26.

2331 Honecker, Erich 1980, S. 77.

2332 Vgl. Honecker, Erich 1982: Die Aufgaben der Partei bei der weiteren erfolgreichen Verwirklichung der Beschlüsse des X. Parteitages der SED. Aus dem Referat auf der Beratung des Sekretariats des Zentralkomitees der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen in Berlin am 12. Februar, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1983, S. 443.

2333 Von 1968 an war die Universität Rostock Knotenpunkt für die Forschung über Arbeiterjugendbewegung und FDJ. Vgl. Beiträge zur Geschichte der FDJ 1978; vgl. Beiträge zur Geschichte der FDJ 1979.

2334 Jahnke, Karl Heinz 1980, S. 9.

2335 Ebd., S. 10.

2336 Honecker, Erich 1981, S. 144.

kommunistische Erziehung „auf höherem Niveau“ müsse die FDJ jeden Jugendlichen, vor allem junge Arbeiter weiter anspornen, „zu hoher Leistungsbereitschaft, unerschütterlichem Klassenbewußtsein und kämpferischem Einsatz für die Sache des Sozialismus“²³³⁷. Da die Jugendpolitik bislang so erfolgreich verlaufen war,²³³⁸ erhielt die FDJ von ihm das Prädikat „revolutionäre Avantgarde der jungen Generation“²³³⁹. Egon Krenz bedankte sich auf dem X. Parteitag 1981 für die „gute[n] Arbeits-, Lernbedingungen und Freizeitmöglichkeiten [...] unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht“²³⁴⁰. Er versprach stellvertretend für alle FDJler: „Wir werden uns auch künftig als zuverlässiger Helfer und treue Kampfrserveder SED bewähren.“²³⁴¹ Der Erste Sekretär des ZR verkündete 1981, allein in den letzten neun Monaten vor dem Parteitag hätten FDJ-Initiativen fast 60 Millionen Arbeitsstunden eingespart, über eine Milliarde Mark Nutzen bei der Aktion „Materialökonomie“ erwirtschaftet, rund 300.000 Tonnen Schrott abgeliefert und knapp 8.000 Wohnungen um- und ausgebaut.²³⁴² Ihre wirtschaftlichen Erfolge erzielte die Massenorganisation in kürzer werdenden Abständen.

Der Umgang zwischen SED und FDJ nahm in den 1970er Jahren absurde Züge an, ein Lob folgte dem nächsten. Die politischen Phrasen wiederholten sich nur. Vor dem XI. Parlament der FDJ im Juni 1981 erklärte Erich Honecker, weiterhin gelte der Kampftruf aus den 1950er Jahren „Vorwärts, vorwärts – zurück nicht einen Schritt“ und das Lied „Bau auf, bau auf, Freie Deutsche Jugend, bau auf“²³⁴³ habe nie an Aktualität verloren. Wenngleich diese Parolen mehr als 20 Jahre später wohl wenig Kampfgeist unter den Jugendlichen weckten,²³⁴⁴ erläuterte der einstige FDJ-Vorsitzende, 2,3 Millionen FDJler würden der Partei als „treue Helfer

2337 Ebd., S. 145.

2338 Vgl. ebd., S. 143-146.

2339 Ebd., S. 146.

2340 Krenz, Egon 1981, S. 313.

2341 Ebd., S. 314.

2342 Vgl. ebd., S. 318.

2343 Honecker, Erich 1981: Der Sozialismus löst die Lebensfragen der Jugend. Rede auf dem XI. Parlament der Freien Deutschen Jugend in Berlin am 5. Juni, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1983, S. 178.

2344 Vgl. Mahrad, Christa 1986, S. 34.

und zuverlässige Kampffreserve“²³⁴⁵ zur Seite stehen und die sozialistische Demokratie sei im Alltag der Menschen etabliert. Die SED habe deshalb für niemanden Verständnis, „der zwischen Sozialismus und Demokratie differenzieren möchte“²³⁴⁶.

Nach seiner Darstellung saßen über 30.000 Heranwachsende, darunter 22.000 Mandatsträger der FDJ, in den Volksvertretungen der DDR: Das wäre in der sozialistischen Demokratie „ganz normal“. Ausgehend von der hohen Jugendarbeitslosigkeit in den „kapitalistischen“ Staaten, würde „bis jetzt nur der Sozialismus den Beweis für die Lösung der Lebensprobleme der jungen Generation“²³⁴⁷ erbringen. Obwohl die Anforderungen an die Jugend in den 1980er Jahren steigen werden, würde er daran glauben, dass sich die FDJ als „Avantgarde der jungen Generation“²³⁴⁸ bewähre. In gewohnter Manier pflichtete Egon Krenz ihm bei. Die Stärke der FDJ resultiere aus der Führung durch die SED, und der Verband sah in der Verwirklichung ihrer Beschlüsse seine Hauptaufgabe: „Auf Parteitagkurs werden wir uns erneut als zuverlässiger Helfer und treue Kampffreserve der SED bewähren.“²³⁴⁹ Weiterhin wolle die Massenorganisation Effektivität und Produktion in der Volkswirtschaft erhöhen – 1981 gab es in der DDR nicht einmal genügend der begehrten Sportschuhe aus Leder für Jugendliche zu kaufen²³⁵⁰ – und den Energieverbrauch senken. Bei der Erfüllung des nächsten Fünfjahresplanes stünde der Ausbau der „FDJ-Initiative Berlin“

2345 Honecker, Erich 1981: Der Sozialismus löst die Lebensfragen der Jugend. Rede auf dem XI. Parlament der Freien Deutschen Jugend in Berlin am 5. Juni, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1983, S. 179.

2346 Ebd., S. 184.

2347 Ebd., S. 186.

2348 Ebd., S. 192.

2349 Krenz, Egon 1981: Rechenschaftsbericht des Zentralrats der FDJ an das XI. Parlament der Freien Deutschen Jugend. Die Verantwortung der Jugend bei der Weiterführung der sozialistischen Revolution in der DDR und die Aufgaben der FDJ nach dem X. Parteitag der SED, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) ca. 1981, S. 77.

2350 Vgl. Hinweise zu einigen Problemen der Versorgung der Bevölkerung im 2. Halbjahr 1981 sowie über Maßnahmen zur Vervollkommnung der Zusammenarbeit zwischen Industrie und Handel und zur Qualifizierung der Leitung und Planung im sozialistischen Handel. Bericht K 1/109, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5075, Bl. 1-16.

im Mittelpunkt.²³⁵¹ Alle Jugendkollektive in Berlin arbeiteten unter der Maxime „Jeder jeden Tag mit guter Bilanz“²³⁵², so Krenz vor dem XI. Parlament.

5.2 Konsequenzen

5.2.1 Einstellung zur FDJ

Im Jahr 1974 zählte der Jugendverband rund 1,8 Millionen Mitglieder. Ein Jahr später überschritt er zum ersten Mal in seiner Geschichte die Zwei-Millionen-Grenze. Gemessen an der jugendlichen Bevölkerung, stieg der Organisationsgrad bis Mitte der 1970er Jahre von knapp 54 Prozent (1974) auf 62 Prozent (1975), bis er 1978 den vorläufigen Höchststand von fast 65 Prozent erreichte. Die meisten FDJler befanden sich im Alter zwischen 14 und 16 bzw. zwischen 19 und 21 Jahren. Von 1967 bis Mitte der 1980er Jahre besetzte sich die FDJ fast zur Hälfte aus Schülern und Studenten, fast ein Viertel entstammte dem Arbeitermilieu, rund 20 Prozent absolvierten eine Lehrausbildung und etwas mehr als zehn Prozent entfielen auf Angestellte, Genossenschaftsbauern und Angehörige der Intelligenz. Während in den 1960er Jahren fast die Hälfte der Mitglieder zur jungen Arbeiterschaft gehörte, schwand der Anteil an (Industrie-)Arbeitern im Verlauf der 1970er Jahre auf gut ein Viertel. Zwei Drittel der FDJler kamen nun aus dem Bildungsbereich und waren Schüler, Studenten oder Lehrlinge.²³⁵³

Das Vorhaben der SED war demzufolge gescheitert, entschieden mehr junge Arbeiter zu akquirieren. Vielmehr sank der Organisationsgrad in der FDJ, gemessen an der jugendlichen Gesamtbevölkerung, von rund 61 Prozent (1973) auf 54 Prozent (1974). Doch 1975 erreichte er wieder über

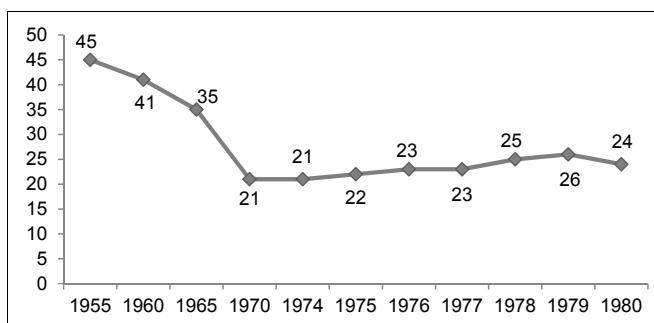
2351 Krenz, Egon 1981: Rechenschaftsbericht des Zentralrats der FDJ an das XI. Parlament der Freien Deutschen Jugend. Die Verantwortung der Jugend bei der Weiterführung der sozialistischen Revolution in der DDR und die Aufgaben der FDJ nach dem X. Parteitag der SED, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) ca. 1981, S. 65 f., 77, 81 u. S. 87-89.

2352 Ebd., S. 87.

2353 Eine detaillierte Aufschlüsselung über das soziale Profil der FDJ ist nicht möglich, weil die Daten unvollständig sind. Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 168, 184, 186 f., 192-196 u. 199.

60 Prozent,²³⁵⁴ wahrscheinlich auch deshalb, weil das Jugendgesetz die arbeitende Jugend stärker in die Pflicht nahm. Der Anteil vom „Nachwuchs der führenden Klasse“²³⁵⁵ in den Reihen der FDJ blieb in den 1970er Jahren weitgehend konstant. Er vergrößerte sich 1979 auf etwas mehr als 25 Prozent (siehe Abbildung 9).²³⁵⁶ Da beim anvisierten Übergang zum Kommunismus die Integration von jungen Arbeitern in die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Prozesse im Mittelpunkt jugendpolitischer Überlegungen stand, erhob das ZIJ von 1976 bis 1980 eine Reihe von Daten unter ihnen. In den Befragungen wurden deren Bewusstseinslage für Internationalismus und Patriotismus sowie der Einfluss von JB auf die kommunistische Arbeitsmoral untersucht.

Abbildung 9: Anteil junger Industriearbeiter in der FDJ von 1955 bis 1980 (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Statistiken von Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 199.

Das Leipziger Zentralinstitut gelangte zu dem Ergebnis, in den 1970er Jahren bestünde eines der zentralen Lebensziele junger Arbeiter darin, hohe Leistungen zu erbringen und die berufliche Karriere voranzutreiben. Die Motivation der meisten an den volkswirtschaftlichen FDJ-Initiativen beteiligten Jugendlichen entsprang – angeblich – ideologischen Motiven und es engagierten sich jene häufiger, die im Jugendverband, der Gewerkschaft oder im Betrieb eine Leitungsfunktion bekleideten. Geringe Leis-

2354 Vgl. ebd., S. 186.

2355 Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, § 8, Abs. 2.

2356 Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 168 u. 199.

tungsbereitschaft und politisches Desinteresse an den Forderungen der SED führten die Forscher auf einen ungenügend gefestigten „Klassenstandpunkt“ zurück, den die FDJ unter der jungen Generation etablieren sollte.²³⁵⁷

In den letzten beiden Monaten des Jahres 1974 führte Heinz Ronneberg unter etwa 940 jungen Facharbeitern und fast 220 Brigadiers/Meistern eine Pilotstudie durch. Die Untersuchung sammelte Hinweise zur Verbesserung der politischen Erziehungsarbeit und gab vereinzelt Antworten über die Stellung der FDJ innerhalb der Kollektive. Auf die Frage, wie gegen unerwünschte Verhaltensweisen, bspw. unzureichende Kollegialität oder mangelnde Hilfsbereitschaft, vorgegangen werde, antworteten fast 40 Prozent der Facharbeiter, die Kollegen des Kollektivs selbst kümmerten sich darum. Jeweils knapp 18 Prozent erklärten, nur der Leiter ginge gegen diese Verhaltensweisen vor bzw. es gebe so etwas bei ihnen nicht. Nur 14 Prozent meinten, der Leiter nehme sich gemeinsam mit dem Gewerkschaftsvertrauensmann bzw. dem FDJ-Vertreter solcher Verhaltensweisen an, und zehn Prozent sagten, niemand würde eingreifen.²³⁵⁸

Heinz Ronneberg äußerte, diese Angaben spiegelten ein „objektives Bild der betrieblichen Wirklichkeit“²³⁵⁹. Es werde das gesellschaftliche Kollektivverhalten gering wertgeschätzt und ein Vorgehen gegen unkollegiales Verhalten mit Hilfe der FDJ käme kaum zustande. Das alles spreche „nicht für die angemessene Autorität und Aktivität des FDJ-Gruppenorganisations“²³⁶⁰, so der Forscher weiter. Die meisten der jungen Arbeiter (fast 80 Prozent) plädierten dafür, „die Kollegen im Arbeitskollektiv selbst“²³⁶¹ müssten für gesellschaftlich adäquates Verhalten im Betrieb einstehen. Obwohl mehr als 80 Prozent dem Jugendverband angehörten, spielte die-

2357 Vgl. Gerth, Werner u. a. 1979, S. 22 f.

2358 Die Probanden aus drei Magdeburger Schwermaschinenbaukombinaten erhielten je zwei Bögen mit 57 Fragen, die sie unter Leitung in Gruppen schriftlich ausfüllten. Die meisten jungen Arbeiter (781 Personen) waren keine SED-Mitglieder und in der FDJ organisiert. Ein Drittel übte im Verband eine Funktion aus. Die 942 jungen Facharbeiter und die 218 Brigadiers/Meister standen in keiner unmittelbaren Beziehung zueinander. Vgl. Ronneberg, Heinz u. a. 1976: Zur Leitung und Erziehung junger Arbeiter (Sanktionsstudie). Forschungsbericht vom Januar, Bl. 2, 6 f., 9 u. 39.

2359 Ebd., Bl. 39.

2360 Ebd., Bl. 40.

2361 Ebd., Bl. 20.

ser keine große Rolle im täglichen Arbeitsleben. Er definierte das als eine Art „Selbst-ist-der-Mann“-Denken“²³⁶².

Diese Einstellung wirkte sich auf die Leistungs- und Verhaltensbewertung der jungen Facharbeiter aus, da 20 Prozent der Befragten berichteten, die materielle Vergütung ihrer Leistungen sei ihnen wichtiger als eine Anerkennung, denn „für ein Lob könne man sich nichts kaufen“. Diese Jugendlichen, meist mit einem Schulabschluss der achten Klasse, erstrebten gemäß Heinz Ronneberg individualistische Lebenskonzepte und wiesen weniger positive ideologische Einstellungen auf. Er mahnte jedoch vor Fehlinterpretationen, „schließlich [wäre] die materielle Interessiertheit Element der Moral der Arbeiterklasse beim gegenwärtigen Stand der Produktivkräfte“²³⁶³. Die Ergebnisse der Studie von 1974 waren für die FDJ wohl ernüchternd. Die Mehrheit der Befragten im Betrieb lehnte die Einbeziehung des Jugendverbandes bei Problemen mit Kollegen entschieden ab und ein Fünftel der jungen Facharbeiter vertrat Positionen, die der sozialistischen Persönlichkeit im weitesten Sinne „widersprachen“.

Wie fiel die Identifikation mit der FDJ insgesamt aus? Im Rahmen der groß angelegten „Parlamentsstudie“ befragten die Leipziger Wissenschaftler von Mai bis Juni 1975 rund 2.500 Studenten und 7.400 junge Arbeitnehmer, darunter 40 Prozent junge Arbeiter. In der schriftlichen Befragung gaben etwas mehr als 40 Prozent der Befragten an, sie identifizierten sich uneingeschränkt mit den politischen Zielen der FDJ. Von den Mitgliedern meinte dies fast die Hälfte, von den ehemaligen Verbandsangehörigen knapp 30 Prozent und fast 20 Prozent derjenigen, die niemals Mitglied waren. Ehemalige und Nichtmitglieder urteilten generell kritisch, was das Vertrauen gegenüber den FDJ-Leitungen oder offene Diskussionen über politische Probleme betraf. Rund die Hälfte der unorganisierten jungen Arbeiter (Gesamtzahl unbekannt) identifizierte sich nur eingeschränkt mit den Zielen. Der Bericht dokumentierte, von 1970 an habe sich die Einstellung der Heranwachsenden zur FDJ insgesamt positiv entwickelt und sich der Anteil derer vergrößert, die stolz empfanden, dem Verband anzugehören. Von 1970 bis 1975 stieg der Anteil unter jungen Arbeitern, die stolz auf die Mitgliedschaft waren, von 29 Prozent auf 44 Prozent, bei den Lehrlingen von 31 Prozent auf 47 Prozent und bei den Hochschulstuden-

2362 Ebd., Bl. 21.

2363 Ebd., Bl. 18.

ten von 27 Prozent auf 36 Prozent.²³⁶⁴ Es schien, als hätte die junge Generation den von Erich Honecker proklamierten Anspruch erfüllt, „standhafte Kämpfer für die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft“²³⁶⁵ zu sein.

Laut der „Parlamentsstudie“ von 1975 bekannte sich die junge Generation zu ihrem Vaterland und wies eine enge Verbundenheit zum Staat auf. Begünstigend ausgewirkt auf diesen Trend hatten sich nach Meinung von Jugendforschern der VIII. Parteitag der SED von 1971 bzw. dessen sozialpolitische Maßnahmen, die Unterzeichnung von Verträgen mit der Bundesrepublik zu Anfang des Jahrzehnts, in denen die völkerrechtliche Position der DDR geklärt wurde, und vor allem die X. Weltfestspiele 1973.²³⁶⁶ Die meisten Heranwachsenden maßen nach Auswertung einer Teilanalyse aus der „Parlamentsstudie“ von 1975 der kommunistischen Lebensweise eine hohe Bedeutung bei, wenngleich den ersten Rang bei ihrer Lebensplanung mit großem Abstand ein glückliches Ehe- und Familienleben einnahm, gefolgt von beruflicher Vervollkommnung. Nur etwa ein Zehntel hatte sich darüber keine Gedanken gemacht. Beim Großteil spielte politische Aktivität eine geringe Rolle, mit Ausnahme von FDJ-Sekretären.²³⁶⁷ Sie bekannten sich fast ausnahmslos zu den politischen Zielen der FDJ. Von den FDJlern ohne Funktion aus der „Parlamentsstudie“ erklärte der überwiegende Teil seine Bereitschaft, künftig eine Funktion zu überneh-

2364 Die jungen Arbeitnehmer unterteilten sich zu 40 Prozent in junge Arbeiter, 30 Prozent Lehrlinge, 25 Prozent Angestellte und fünf Prozent Intelligenz. Die Probanden waren zwischen 17 und 25 Jahre alt. Sie arbeiteten bzw. lebten in den Bezirken Berlin, Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Rostock. Die Studenten kamen von verschiedenen Fach- und Hochschulen. Die Ergebnisse der arbeitenden Jugend waren für die genannten Bezirke repräsentativ und annähernd repräsentativ für die gesamte arbeitende Jugend in der DDR. Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1975: Information über ausgewählte Ergebnisse der Parlamentsstudie 1975 vom September, Bl. 4 u. Bl. 34-36.

2365 Honecker, Erich 1976, S. 146.

2366 Vgl. Förster, Peter 1975: Parlamentsstudie 1975. Teilbericht I 1. Entwicklungsstand und Entwicklungstendenzen ideologischer Grundpositionen der jungen Werktätigen und Studenten vom November, Bl. 5 f. u. 49; vgl. Bisky, Lothar u. a. 1976: Ausgewählte Ergebnisse der Jugendforschung. Zuarbeit für Genossen Werner Lamberz vom 22. September, Bl. 3.

2367 Vgl. Müller, Harry 1975: Parlamentsstudie 1975. Teilbericht I 2. Lebensziele der Jugend vom Dezember, Bl. 2, 6 f. u. 29.

men, darunter weniger junge Arbeiter, dafür mehr Lehrlinge und Angestellte.²³⁶⁸

Die im Rahmen der „Parlamentsstudie“ von 1975 erstellte „Kurzinformation über ausgewählte Ergebnisse des Bezirkes Leipzig“ bezeugte, 80 Prozent der etwa 1.600 jungen Berufstätigen, darunter 900 junge Arbeiter, aus dem Bezirk und dessen Umgebung gaben an, in der DDR eine sichere Zukunft zu haben.²³⁶⁹ Ein Jahr später meinten aus dem Kreis Grimma von knapp 780 Jugendlichen 90 Prozent, sie sähen der zukünftigen Entwicklung in der DDR optimistisch entgegen.²³⁷⁰ Unzufrieden äußerten sich die Forscher 1975 über die Entwicklung des staatsstreuen Bewusstseins bei jungen Arbeitern, denn nur 50 bis 60 Prozent bekannten sich bewusst zur Weltanschauung der „Arbeiterklasse“ und ein Viertel von ihnen hatte Vorbehalte gegenüber der SED-Politik, gleichwohl sie deren gesellschaftliche Führungsrolle bejahten.²³⁷¹ Dennoch erreichte bei allen Jugendgruppen Mitte der 1970er Jahre die Verbundenheit zur Sowjetunion bzw. die Annahme, der Sozialismus werde sich im Weltmaßstab durchsetzen, den Höchststand (siehe Abbildung 10). Selbst die jungen Arbeiter verfügten über einen stark ausgeprägten Patriotismus und (sozialistischen) Internationalismus, der „zu den am weitesten entwickelten ideologischen Grundpositionen“²³⁷² der Jugend gehörte, so das ZIJ.

Frauke Bollow erklärt dazu: „Die Mädchen und Jungen der FDJ-Generation der 70er Jahre waren unter Verhältnissen aufgewachsen, in denen das offizielle Bekenntnis zu internationaler Solidarität zum Alltag gehörte. Jetzt erlebten sie Momente, da Solidarität wieder realitätsnah und persönlich wurde.“²³⁷³ Im Januar 1971 startete die FDJ mit der Aktion „Eine Million Rosen für Angela Davis“ eine der größten Solidaritätskampagnen

2368 Vgl. Netzker, Wolfgang 1975: Parlamentsstudie 1975. Teilbericht II 1.6. Ideologisches Profil des FDJ-Aktivs vom November, Bl. 2, 18 f. u 25 f.

2369 Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1975: Parlamentsstudie 1975. Kurzinformation über ausgewählte Ergebnisse des Bezirkes Leipzig vom Dezember, Bl. 5.

2370 Vgl. Holzweißig, Werner 1978: Ergebnisse einer Untersuchung wesentlicher Seiten des sozialistischen Klassenbewußtseins und der gesellschaftlichen Aktivität der Jugend des Kreises Grimma. Zusatzbericht Das Kommunismusbild der Jugend vom 9. Februar, Bl. 2 u. 5.

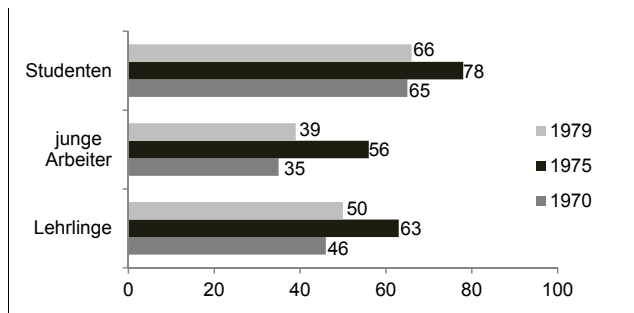
2371 Vgl. Bertram, Barbara u. a. 1975: Jugend und Arbeit. Zur sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung von Lehrlingen und jungen Arbeitern, Bl. 6 u. 67 f.

2372 ZIJ (Hrsg.) 1975: Parlamentsstudie 1975. Kurzinformation über ausgewählte Ergebnisse des Bezirkes Leipzig vom Dezember, Bl. 6.

2373 Bollow, Frauke u. a. 1996 (a), S. 297.

für die von der SED-Regierung zur Freiheitskämpferin stilisierte amerikanische Kommunistin. Über eine Million Jugendliche übersandten ihr zum 27. Geburtstag eine Karte mit einem vorgedruckten Rosenmotiv ins Gefängnis.²³⁷⁴ Ein Jahr später erhielt die unter ost- und westdeutschen Jugendlichen populäre Aktivistin den Freispruch vom Vorwurf der Mitbeteiligung an einer Tötung. Zudem endete bald darauf der für die USA traumatisierende Vietnamkrieg durch den im Januar 1973 geschlossenen Waffenstillstand und im September 1973 putschten chilenische Militärs, die DDR nahm daraufhin tausende Verfolgte auf. Die unter dem Motto der antiimperialistischen Solidarität erfolgten Veranstaltungen der sehr beliebten X. Weltfestspiele leisteten ebenfalls einen Beitrag zur guten Grundstimmung.²³⁷⁵

Abbildung 10: Antwortmöglichkeit „vollkommen“ auf die Frage nach dem Grad der Zustimmung zu der Aussage: „Der Sozialismus wird sich in der ganzen Welt durchsetzen“ von 1970, 1975 und 1979 (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Studien des ZIJ. Vgl. Förster, Peter 1999, S. 85 f. u. 134. Gesamtzahlen in etwa: Lehrlinge 1970 N = 3.113, 1975 N = 4.039, 1979 N = Angaben fehlen; junge Arbeiter 1970 N = 1.743, 1975 N = 2.217, 1979 N = 3.253; Studenten 1970 N = 2.501, 1975 N = 2.240, 1979 N = 5.660.

2374 Vgl. Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung 1992 (b), S. 81; vgl. Lorenz, Sophie 2013, S. 45 u. 48 f.

2375 Vgl. Bollow, Frauke u. a. 1996 (a), S. 297-299.

Viele Jugendliche hatten sich an der Festivalbewegung beteiligt und konkrete Aufgaben²³⁷⁶ bei den Vorbereitungen übernommen.²³⁷⁷ Erst nach den Festivitäten von 1973 konstatierte das Zentralinstitut eine Stagnation bei der Herausbildung positiver Haltungen zur FDJ, konnte doch der „hohe Stand der Aktivitäten danach nicht gehalten werden (z. B. gemessen an der Übernahme und Verwirklichung persönlicher Aufträge)“²³⁷⁸. Mitte der 1970er Jahre jedenfalls bilanzierten die Forscher, die Mehrheit der Jugend in der DDR besitze „feste ideologische Grundpositionen“²³⁷⁹. Die aus der „Parlamentsstudie“ hervorgegangenen Kurzberichte zu den einzelnen Bezirken attestierten selbst bei den häufig kritisch eingestellten jungen Arbeitern eine (noch) positive Einstellung zum Jugendverband.²³⁸⁰ Die Massenorganisation nehme einen „festen Platz im Denken und Verhalten der meisten Jugendlichen ein“²³⁸¹ und könne an Ausstrahlungskraft gewinnen, so die Wissenschaftler.

Diese – verglichen mit der Umfrage von 1974 in den Betrieben – für die Verbandsleitung erfreulichen Ergebnisse basierten hauptsächlich auf den Auswertungen zur Teilnahme an FDJ-Aktivitäten in der Freizeit. Viele junge Berufstätige besuchten gern Tanz- und Sportveranstaltungen oder nahmen an von der FDJ organisierten Fahrten oder Wanderungen teil. Dennoch meinte der Großteil der 1.600 Leipziger Befragten aus der „Par-

2376 Im Gegensatz zu Festivalaufträgen genossen persönliche Aufträge wie bei der FDJ-Freundschaftsstafette wenig Popularität. Vgl. Stiehler, Hans-Jörg 1975: Parlamentsstudie 1975. Teilbericht II 1.5. Übernahme und Verwirklichung persönlicher FDJ-Aufträge vom Oktober, Bl. 4.

2377 In einer ZIJ-Studie vom Juli 1975 werteten die Jugendforscher Festivalstudien von 1973 aus. Demnach war der Wunsch, in die SED einzutreten, unter allen Jugendgruppen zu dieser Zeit sehr ausgeprägt. Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1975: Schnellinformation über die Ausprägung des Wunsches Jugendlicher, Kandidat der SED zu werden, vom 2. Juli, Bl. 1.

2378 ZIJ (Hrsg.) 1975: Information über ausgewählte Ergebnisse der Parlamentsstudie 1975 vom September, Bl. 35 f.

2379 Vgl. Bisky, Lothar u. a. 1976: Ausgewählte Ergebnisse der Jugendforschung. Zuarbeit für Genossen Werner Lamberz vom 22. September, Bl. 2.

2380 Dasselbe Ergebnis tauchte in den Kurzberichten aus Berlin, Karl-Marx-Stadt und Rostock auf. Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1976: Parlamentsstudie 1975. Ergebnisse der Hauptstadt der DDR Berlin vom Januar, Bl. 8; vgl. ZIJ (Hrsg.) 1976: Parlamentsstudie 1975. Ergebnisse des Bezirkes Karl-Marx-Stadt vom Januar, Bl. 8; vgl. ZIJ (Hrsg.) 1976: Parlamentsstudie 1975. Kurzinformation über ausgewählte Ergebnisse des Bezirkes Rostock vom Januar, Bl. 8.

2381 ZIJ (Hrsg.) 1975: Parlamentsstudie 1975. Kurzinformation über ausgewählte Ergebnisse des Bezirkes Leipzig vom Dezember, Bl. 8.

lamentsstudie“ von 1975, jeweils mit Einschränkung erstens stolz auf die FDJ zu sein (46 Prozent), zweitens gern am Leben im Jugendverband zu partizipieren (51 Prozent) und sich drittens in der FDJ-Gruppe wohlfühlen (54 Prozent).²³⁸² Jugendforscher Peter Voß warnte im November 1975 davor, die Beteiligung am FDJ-Leben mit Wohlfühlen in der FDJ-Gruppe gleichzusetzen. Heranwachsende, die sich im Kollektiv wohlfühlten, partizipierten zwar lieber am Verbandsleben, aber nicht alle, die sich am Kollektivleben beteiligten, fühlten sich im selbigen wohl. Die Teilnahme am FDJ-Leben bzw. der Eintritt in die Massenorganisation hatte meist andere Gründe. Viele traten bei, weil die Freunde organisiert waren oder um Problemen im späteren Berufsleben vorzubeugen.²³⁸³ Obwohl die Mehrheit der befragten Leipziger Jugendlichen in der „Parlamentsstudie“ nur mit Einschränkung auf die Frage antwortete, stolz auf die FDJ zu sein, gern am Verbandsleben teilzunehmen und sich in der FDJ-Gruppe wohlfühlen, erntete die FDJ – als Beweis für die erlernte Doppelzüngigkeit – das meiste Lob für die politischen und „offenen“ Diskussionen in den Kollektiven.²³⁸⁴ Der Forschungsbericht von 1975 rekapitulierte: „Sozialistisches Bewußtsein äußert sich nicht nur in gesellschaftlicher Aktivität, sondern entwickelt sich zugleich durch gesellschaftliche Aktivität, durch Taten für den Sozialismus.“²³⁸⁵

Derartige Wohltaten für das politische System erbrachten vor allem die JB des Verbandes. Im Rahmen beruflicher Leistungsvergleiche hatten diese zum Ziel, „hohe Ergebnisse im sozialistischen Lernen, Arbeiten und Leben zu erreichen“²³⁸⁶. Laut einer Broschüre des ZR von 1983 erfüllten sie verschiedene Funktionen als „Zentren der kommunistischen Erziehung, Stoßtrupps im sozialistischen Wettbewerb, Kaderschmieden der Ar-

2382 Zum Vergleich die Antwort uneingeschränkte Zustimmung bzw. Ablehnung: beim Stolz 40 und 14 Prozent, gern am FDJ-Leben zu partizipieren 33 und 16 Prozent sowie im FDJ-Kollektiv wohlfühlen 20 und 26 Prozent. Vgl. ebd., Bl. 9.

2383 Vgl. Voß, Peter 1975: Parlamentsstudie 1975. Teilbericht II 1.7. Bedingungen für die weitere Festigung der FDJ-Kollektive und die Erhöhung ihrer Ausstrahlungskraft vom November, Bl. 5 u. 8.

2384 Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1975: Parlamentsstudie 1975. Kurzinformation über ausgewählte Ergebnisse des Bezirkes Leipzig vom Dezember, Bl. 10.

2385 Ebd., Bl. 13.

2386 Beschluß über den sozialistischen Berufswettbewerb vom 19. August 1970, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971, S. 332.

beiterjugend, Kampfkollektive der FDJ sowie Stätten niveauvollen geistig-kulturellen Lebens“²³⁸⁷. Den JB schenkte die SED ab Anfang der 1970er Jahre mehr Aufmerksamkeit, da diese den Funktionärsnachwuchs und die FDJ-Arbeit in den Betrieben absicherten. Damit mehr junge Arbeiter den Weg in die JB fanden, verabschiedeten Ministerrat, ZR und der Bundesvorstand des FDGB 1977 einen Beschluss, der die weitere Förderung der JB vorsah und Jugendliche selbst nach ihrer Lehrzeit respektive nach Beendigung des Grundwehrdienstes in JB integrieren sollte.²³⁸⁸

Im selben Jahr untersuchte das ZIJ von Juni bis Oktober die Haltung von über 1.330 jungen Arbeitern zum Sozialismus und zur FDJ-Mitgliedschaft. Jugendforscher Burkhard Kaftan vermerkte im Dezember 1977, unter ihnen habe es, verglichen mit der „Parlamentsstudie“ von 1975, bei den positiven Grundpositionen gegenüber dem Sozialismus und der DDR zwar keine Schwankungen gegeben, dafür aber erhebliche Veränderungen bei der Einstellung zur Sowjetunion und der FDJ.²³⁸⁹ So sank der Anteil derer, die in der Sowjetunion den besten Freund der DDR sahen, von fast 95 Prozent (1975) auf 85 Prozent (1977). Die Identifikation mit den politischen Zielen der FDJ bzw. der Stolz auf die Mitgliedschaft schwand gegenüber 1975 teilweise um zehn Prozent. Obgleich bei den Angehörigen von JB derselbe Trend eingesetzt hatte, wiesen diese – vorgeblich – eine festere Bindung an die sozialistische Ideologie auf als junge Arbeiter, die nicht in Arbeitskollektiven mitwirkten: Je höher die Identifikation mit der eigenen Brigade ausfiel, desto ideologisch gefestigter traten die jungen Arbeiter auf. Dabei war es unwichtig, wie lange das Arbeitskollektiv existierte oder wie viele (SED-)Mitglieder es zählte.²³⁹⁰

Fast 80 Prozent der Probanden aus dieser Studie waren in der FDJ organisiert, derselbe Anteil partizipierte an deren Brigadeeinsätzen und jene,

2387 Hummel, Lothar u. a. 1983, S. 11.

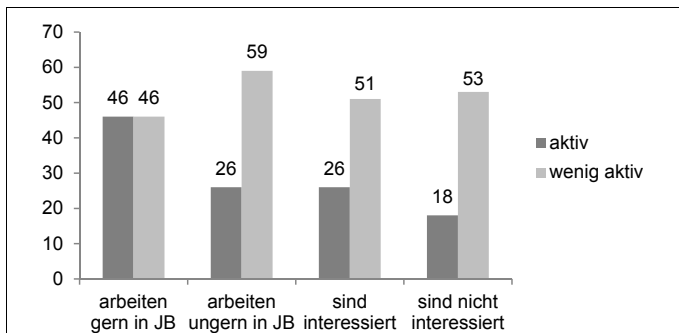
2388 Vgl. Reichel, Thomas 2011, S. 289 f. u. 292 f.

2389 Befragt wurden junge Arbeiter aus den Bereichen des Bauwesens, der Elektronik, des Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbaus sowie des Schwermaschinen- und Anlagenbaus. Es nahmen etwa 970 (70 Prozent) männliche und 360 (30 Prozent) weibliche Probanden teil. Etwa 80 Prozent waren unter 25 Jahre alt und zwei Drittel hatten einen Abschluss der zehnten Klasse. Vgl. Kaftan, Burkhard u. a. 1977: Forschungsbericht Jugend in sozialistischen Arbeitskollektiven (Kurzform: Kollektivstudie). Projekt des Zentralen Forschungsplans der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR 1976-1980 vom Dezember, Bl. 2 u. Bl. 5-10.

2390 Vgl. ebd., Bl. 10, 12 f. u. 15.

die sich stark mit ihrer JB identifizierten, meinten häufiger, ein FDJ-Mitglied zu sein. Die Identifikation mit der JB wurde zwar von der Mitgliedschaft im Verband beeinflusst, eine Mitgliedschaft allein stellte jedoch keinen Garanten für hohes Engagement in den Arbeitskollektiven dar. Obwohl über 90 Prozent meinten, in ihrer JB bestünde eine FDJ-Gruppe, sagte nur rund die Hälfte, diese sei aktiv. Der übrige Teil bekam von der Tätigkeit der FDJ-Gruppe kaum etwas mit. Die Bewertung der FDJ-Gruppe in der JB hing meist vom eigenen persönlichen Engagement ab, ähnlich wie bei der Identifikation mit den JB: Junge Arbeiter, die gern in der JB mitwirkten, beurteilten die Aktivitäten der FDJ-Gruppe positiver als an den Tätigkeiten der JB Interessierte und Desinteressierte bzw. jene, die ungern in diesen arbeiteten (siehe Abbildung 11).²³⁹¹

Abbildung 11: Wahrnehmung der FDJ-Gruppen in den Arbeitskollektiven von jungen Arbeitern aus dem Jahr 1977 (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Studien des ZIJ. Vgl. Kaftan, Burkhard u. a. 1977: Forschungsbericht Jugend in sozialistischen Arbeitskollektiven (Kurzform: Kollektivstudie). Projekt des Zentralen Forschungsplans der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR 1976-1980 vom Dezember, Bl. 74. Gesamtzahl: junge Arbeiter N = 1.330.

Gemäß Burkhard Kaftan sei es in Anlehnung an den IX. Parteitag der SED und an das X. Parlament der FDJ von 1976 bei der „planmäßige[n] Bildung, Entwicklung und Festigung von Jugendbrigaden“ dort zu guten Ergebnissen gekommen, „wo die Bildung der Jugendbrigaden langfristig und in enger Zusammenarbeit der staatlichen und gesellschaftlichen Leitungen

2391 Vgl. ebd., Bl. 16 u. 73 f.

erfolgte“²³⁹². Wenngleich der Ministerrat 1980 honorierte, JB hätten sich im Industriebereich als „Zentren der FDJ-Arbeit der Arbeiterjugend“²³⁹³ im Fünfjahresplan von 1976 an bewährt, sorgten hauptsächlich staatliche Leitungen in den Betrieben für die Gründung neuer Brigaden und nicht die Leitungen von FDJ-Grundorganisationen oder deren Mitglieder.²³⁹⁴ Ein Grund dafür könnte im Erfüllungsdruck der Betriebe gelegen haben. Das Jugendgesetz von 1974 deklarierte: „Die werktätige Jugend nimmt aktiv an der Bewegung ‚Sozialistisch arbeiten, lernen und leben‘ teil. [...] Die Leiter und Vorstände schaffen langfristig und planmäßig alle Voraussetzungen für die Bildung von Jugendbrigaden und die Übergabe von Jugendobjekten.“²³⁹⁵

Warum engagierten sich Jugendliche in JB? Die Studie „Jugend in sozialistischen Arbeitskollektiven“ vom Dezember 1977 vermerkte: „Die wesentlichsten Gründe sind demnach die Möglichkeiten, maßgeblich und aktiv das Geschehen und Leben im Arbeitskollektiv mitbestimmen und mitgestalten zu können, sowie die in Jugendbrigaden häufig gegebenen günstigen beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten!“²³⁹⁶ Insgesamt nannten fast 90 Prozent bei den Gründen für den Wunsch, in einer JB mitzuarbeiten, den Aspekt der Mitbestimmung. Danach folgten berufliche Entwicklungsmöglichkeiten mit knapp 85 Prozent. Für jeweils rund 40 Prozent waren diese beiden Gründe enorm wichtig. Die Option, sehr gute Bedingungen für eine aktive FDJ-Arbeit, besetzte bei den Motiven mit fast 75 Prozent den letzten Rang und spielte bei etwa einem Viertel der Befragten kaum eine bzw. keine Rolle.²³⁹⁷

2392 Ebd., Bl. 82.

2393 Beschluß zum Bericht über Erfahrungen und Ergebnisse bei der Förderung und Bildung von Jugend-Brigaden im Zeitraum des Fünfjahrplanes 1976 bis 1980 auf der Sitzung des Ministerrats vom 2. Oktober 1980, in: BArch, DC 20/I/3/1676, Bl. 6.

2394 Vgl. Kaftan, Burkhard u. a. 1977: Forschungsbericht Jugend in sozialistischen Arbeitskollektiven (Kurzform: Kollektivstudie). Projekt des Zentralen Forschungsplans der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR 1976-1980 vom Dezember, Bl. 82 f.

2395 Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, § 12, Abs. 1 u. 2.

2396 Kaftan, Burkhard u. a. 1977: Forschungsbericht Jugend in sozialistischen Arbeitskollektiven (Kurzform: Kollektivstudie). Projekt des Zentralen Forschungsplans der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR 1976-1980 vom Dezember, Bl. 80.

2397 Folgende Antworten standen zur Auswahl: weil Jugendliche entscheidend Kollektivleben mitbestimmen, weil sich günstige berufliche Entwicklungsmöglich-

Während die Gründe für die Mitarbeit in den JB relativ klar zu benennen sind, gibt es bei der Frage über die Anzahl der JB und über die (FDJ-)Mitglieder keine exakten Zahlen. Anfang der 1970er Jahre vermutete das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, die hohe Anzahl von JB in der DDR resultierte aus einer Doppelzählung von JB und Jugendobjekten. Die Behörde schätzte die Zahl der JB für 1969 auf 10.000, die der Jugendobjekte auf 15.000 bis 20.000. Das Ministerium ging davon aus, die Mehrheit der Angehörigen in den JB sei älter als 25 Jahre und zehn Prozent aller 1,1 Millionen junger Arbeiter, Bauern, Lehrlinge oder Techniker würden sich in Jugendkollektiven engagieren.²³⁹⁸ Arnold Freiburg konstatierte 1981, in den 1970er Jahren sei ein sprunghafter Anstieg der JB von 14.000 (1970) auf 32.000 (1978) und bei den Mitgliedern von 178.000 (1970) auf 386.000 (1978) erfolgt.²³⁹⁹ Der ZR der FDJ sprach für 1978 von rund 26.700 JB und 272.400 FDJ-Mitgliedern.²⁴⁰⁰ Dorle Zilch recherchierte für dasselbe Jahr wie Arnold Freiburg rund 30.000 JB und 362.400 Mitglieder, davon mehr als 299.700 FDJler. Ihren Auswertungen zufolge existierten 1980 über 38.000 JB. Der Mitgliederbestand sei kontinuierlich gewachsen. Schwankungen gab es bei den FDJ-Mitgliedern, und das nach dem IX. Parteitag der SED von 1976 (siehe Abbildung 12).²⁴⁰¹

Ähnlich verhielt es sich mit den FDJ-Gruppen in den Brigaden. Pünktlich zum X. Parlament der FDJ 1976 stieg der Prozentsatz in den JB auf fast 94. Im Jahr 1977 zählten nur 90 Prozent der JB eine eigene FDJ-Gruppe. Mit Beginn der 1980er Jahre traf dies auf etwa 88 Prozent der JB zu. Der Jugendverband schaffte es demzufolge nicht, die eigenen Mitglieder umfassend zur Arbeit in den JB zu mobilisieren, jedenfalls nicht in dem von SED und FDJ angedachten Maß. Viele FDJler verzichteten wahrscheinlich auf die Arbeit in den JB, wenn sich keine angemessenen beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten abzeichneten, war das doch einer der Hauptgründe, der JB beizutreten. Die meisten nahmen die FDJ-Gruppe in

keiten bieten, weil besonders verantwortungsvolle Aufgaben zu erfüllen sind, weil sie besonders gesellschaftlich gefördert werden, weil sie günstige Verdienstmöglichkeiten bieten, weil besonders wirksame Anregungen für gemeinsame Freizeitgestaltung, weil besonders gute Bedingungen für aktive FDJ-Arbeit. Vgl. ebd.

2398 Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1971, S. 215.

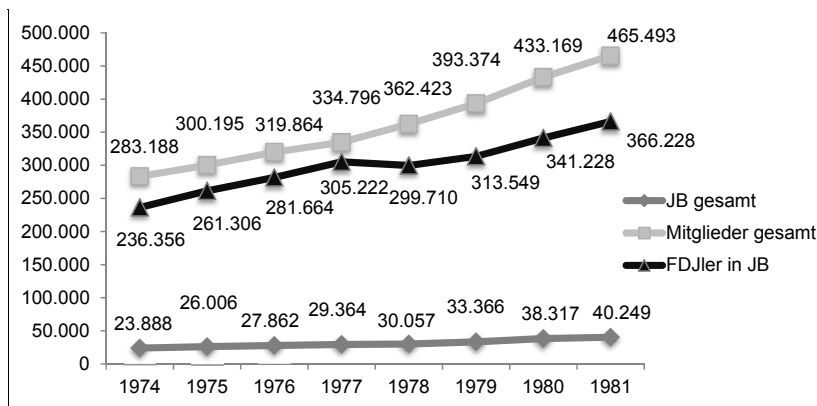
2399 Vgl. Freiburg, Arnold 1981 (a), S. 364

2400 Vgl. Hummel, Lothar u. a. 1983, S. 12.

2401 Vgl. Zilch, Dorle 2009, S. 272.

der JB ohnehin wenig wahr. Da die Arbeit in den JB – abgesehen von den Berufsmöglichkeiten und dem Aspekt der Mitbestimmung – wenig attraktiv schien, sank der Anteil an unter 25-Jährigen in diesen von 74 Prozent (Mitte der 1970er Jahre) auf 67 Prozent (1980er Jahre).²⁴⁰²

Abbildung 12: Anteil der FDJ-Mitglieder in den JB von 1974 bis 1981 (in absoluten Zahlen)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Statistiken von Zilch, Dorle 2009, S. 272. Die Zahlenangaben von Dorle Zilch weichen teilweise erheblich von den offiziellen Zahlen des ZR ab, jedenfalls was die FDJler in den JB zu Ende der 1970er Jahre betrifft. Vgl. Hummel, Lothar u. a. 1983, S. 12.

Ende der 1970er Jahre bemerkte die Jugendforschung aufgrund einer Untersuchung in zehn Bezirken mit mehr als 2.200 Lehrlingen, dass sich eine Mitgliedschaft in der FDJ positiv auf die ideologischen Grundpositionen auswirkte. Lehrlinge mit einem Abschluss der zehnten Klasse und Leistungsstärkere glaubten zudem – angeblich – wesentlich häufiger als Leistungsschwächere an einen weltweiten Sieg des Sozialismus. Neben dem Leistungsniveau spielte bei den politischen Überzeugungen die soziale Herkunft eine große Rolle. Demnach wiesen Jugendliche, deren Eltern der Intelligenz angehörten, gegenüber ihren Altersgenossen aus dem Arbeiter-, Angestellten- oder landwirtschaftlichen Milieu eine bessere Einstellung zur marxistisch-leninistischen Weltanschauung auf. Nichtmitglieder

2402 Vgl. ebd.

der SED hingegen schenkten deren Politik weniger Vertrauen. Die Mehrheit der Befragten war in der FDJ organisiert, kam mit deren politischen Zielen überein und partizipierte stark am Verbandsleben, d. h. sie nahmen an den verpflichtenden Mitgliederversammlungen und „Studienjahren“ teil. Knapp ein Drittel der Lehrlinge meinte dennoch, die FDJ habe kaum Einfluss auf ihre Freizeit.²⁴⁰³ Die Antworten aus der Umfrage von 1979 belegen: Trotz der hohen Beteiligungsquote an den obligatorischen politischen Veranstaltungen (Mitgliederversammlungen oder „Studienjahre“) nahm der Jugendverband im privaten Raum keinen nennenswerten Platz ein.

Walter Friedrich erklärte 1990, vielen jungen Menschen erschien die sozialistische Weltanschauung Ende der 1970er Jahre zu abstrakt, weil diese im alltäglichen Leben zu wenig nützte. Einzig die Studenten identifizierten sich häufiger mit der ideologischen Weltanschauung der SED aufgrund der realitätsfernen Hochschulpraxis und der politischen Auswahlkriterien zum Hochschulstudium.²⁴⁰⁴ Spätestens Ende der 1970er Jahre traten junge Arbeiter und Lehrlinge bei Fragen der Religion verhaltener auf, während die Zahl religiöser Heranwachsender konstant blieb.²⁴⁰⁵ Im Verlauf des Jahrzehnts hatte der Glaube an den weltweiten Sieg des Sozialismus bei allen Jugendgruppen an Kraft verloren. Unter jungen Arbeitern wuchs die Zahl der kaum bzw. weniger Überzeugten von 1975 bis 1979 um das Doppelte. Selbst Studenten äußerten nun – wenn auch im geringeren Maß – Vorbehalte gegenüber der Auffassung, der Sozialismus könne die ganze Welt erobern. Parallel zur sinkenden Identifikation mit der DDR stieg diese Skepsis bei Lehrlingen, jungen Arbeitern und Studenten.²⁴⁰⁶

2403 Es handelte sich um eine repräsentative Anzahl von 2.255 Lehrlingen aus den 46 häufigsten Berufen in allen Lehrjahren aus 13 volkswirtschaftlichen Bereichen und zehn Bezirken der DDR. Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1980: Lehrlinge in der Berufsausbildung. Zu einigen Aspekten der Persönlichkeitsentwicklung von Lehrlingen im Prozeß der beruflichen Bildung und Erziehung vom Juli, Bl. 2, 16-18, 108 u. 115.

2404 Vgl. Friedrich, Walter 1990, S. 29-31; vgl. ders. 1996, S. 96.

2405 Nach einem 1976 publizierten Teilbericht aus der „Parlamentsstudie“ befanden sich besonders unter Lehrlingen und jungen Angestellten viele religiös Überzeugte. Vgl. Förster, Peter 1976: Parlamentsstudie 1975. Kurzfassung des Zusatzberichts Zum ideologischen Profil religiöser junger Arbeiter und Angestellter (Diskussionsgrundlage) vom Februar, Bl. 4.

2406 Vgl. Friedrich, Walter 1990, S. 29-31; vgl. ders. 1996, S. 96.

Zwar nahmen Heranwachsende die ideologischen Lehrsätze in Schule, Ausbildung oder bei den „Studienjahren“ auf und konnten diese z. B. in Prüfungssituationen abrufen, nach Meinung Walter Friedrichs „setzten sie sich jedoch gedanklich-kritisch wenig mit ihnen auseinander“²⁴⁰⁷. Insgesamt waren junge Arbeiter öfter bei Mitgliederversammlungen und freiwilligen Arbeitseinsätzen anzutreffen als bei den „Zirkeln junger Sozialisten“ oder der vormilitärischen Ausbildung, ebenso wie Studenten, die mehr politischen Veranstaltungen beiwohnten.²⁴⁰⁸ Denn eine FDJ-Mitgliedschaft blieb eine der zentralen Voraussetzungen für den schulischen und beruflichen Aufstieg.²⁴⁰⁹ Nicht ohne Grund verkündeten westdeutsche Sendeanstalten nach Recherchen des MfS 1975, die FDJ werde in der DDR als Karrieresprungbrett benutzt, jeder dritte Heranwachsende lehne eine Mitgliedschaft ab und die Arbeiterjugend distanzieren sich vom Verbandsleben und bevorzuge den „unorganisierten und unpolitischen Feierabend“²⁴¹⁰.

In der Tat gingen vor allem jene auf Distanz, die offiziell den „aktive[n] politische[n] Kern der Freien Deutschen Jugend“²⁴¹¹ bildeten. Unter Lehrlingen sank bei der Frage, ob die politischen Ziele der FDJ die eigenen wären, der Grad der vollkommenen Zustimmung von 43 Prozent (1975) auf 37 Prozent (1979). Während sich die Abweichung bei der Antwortoption mit Einschränkung zwischen 45 Prozent (1975) und 47 Prozent (1979) in Grenzen hielt, vergrößerte sich der Anteil derer, die sich kaum bzw. gar nicht mehr mit den politischen Zielen der FDJ identifizierten, von 12 Prozent (1975) auf 16 Prozent (1979).²⁴¹² Diese Tendenzen setzten unter der Landjugend etwas später ein. Jugendliche aus peripheren Gebieten bekannten sich im Gegensatz zu jungen Arbeitern und Lehrlingen länger zum politischen Auftrag der Organisation und fühlten sich länger mit die-

2407 Friedrich, Walter 1990, S. 27.

2408 Diese Ergebnisse resultierten aus der „Parlamentsstudie“ von 1975, bei der 7.400 junge Arbeiter und 2.500 Studenten befragt wurden. Vgl. Voß, Peter 1975: Parlamentsstudie 1975. Teilbericht II 1.3. Die Teilnahme der Jugend an den verschiedenen Formen des FDJ-Lebens vom November, Bl. 2 u. 5 f.

2409 Vgl. Mahrad, Christa 1981 (a), S. 349.

2410 Hinweise auf die politisch-ideologische Diversionstätigkeit des Gegners gegen die Jugendpolitik in der DDR vom 20. Oktober 1976, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 30490, pag. Bl. 3.

2411 Quitt, Wolfgang 1975, S. 78.

2412 Vgl. Förster, Peter/Günter Roski 1990, S. 43.

ser verbunden.²⁴¹³ Junge Arbeiter und Lehrlinge aus der landwirtschaftlichen Produktion wiesen 1978 eine deutlich bessere Einstellung zum Sozialismus, der Sowjetunion und dem Marxismus-Leninismus auf als bspw. ihre Kollegen aus der städtischen Industriebranche.²⁴¹⁴

Im April 1978 informierte eine nicht repräsentative Schnellinformation des ZIJ, lediglich ein Drittel von 2.300 befragten Jugendlichen identifiziere sich uneingeschränkt mit dem Marxismus-Leninismus. Nur sehr wenige bekundeten ihren Stolz, ein FDJler zu sein.²⁴¹⁵ Bei Studenten schwand laut einer anderen Studie von 1979 ebenso die Verbundenheit mit der FDJ, basierend auf dem allgemeinen Abwärtstrend.²⁴¹⁶ Wegen dieser Entwicklung plädierte das Leipziger Zentralinstitut im November 1979 dafür, eine breitere Funktionsausübung in der FDJ anzubieten bzw. nicht mehr viele Funktionen in die Hände einzelner zu geben, sondern sie auf mehrere Jugendliche aufzuteilen. Zudem bescheinigten die Forscher den in der FDJ organisierten jungen Arbeitern von 1976 bis 1978 zwar eine aus ihrer Sicht positive Entwicklung gegenüber der Einstellung zum Marxismus-Leninismus, aber spätestens mit dem Verlassen des Verbandes – meist mit 25 Jahren – überwog auch hier eine negative Haltung.²⁴¹⁷

Obwohl die „Parlamentsstudie“ von 1980 dem Großteil der Jugend, vornehmlich den FDJlern attestierte, sie seien fest mit der DDR verbunden und wollten den Sozialismus stärken bzw. verteidigen,²⁴¹⁸ kam es unter der jungen Generation Ende der 1970er Jahre zu einem kontinuierlichen

2413 Die Jugendforscher befragten im März 1977 über 1.200 junge Landwirte, Arbeiter und Lehrlinge von 16 bis 27 Jahren aus landwirtschaftlichen Betrieben der Bezirke Magdeburg und Neubrandenburg. Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1978: Forschungsbericht Landjugend 1977 (SAL 137). Teil I Politisch-ideologische Einstellungen vom Januar, Bl. 2 u. 41.

2414 Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1979: Halbjahresbericht II/1978 vom Januar, Bl. 16.

2415 Vgl. Bisky, Lothar u. a. 1978: Jugend im FDJ-Aufgebot DDR 30. Schnellinformation über Ergebnisse einer operativen Studie vom April, Bl. 2, 5, 8 u. 26.

2416 Vgl. Starke, Kurt u. a. 1979: Student 79. Information Ideologie vom Juni, Bl. 1, 4 f. u. 62.

2417 Mindestens 54 Prozent der Lehrlinge und 43 Prozent junger Berufstätiger hatten 1979 eine Funktion in der FDJ; 15 Prozent der Lehrlinge und sieben Prozent junger Arbeiter, Angestellter oder Angehöriger der Intelligenz mehrere. Dagegen hätten ein Viertel aller Jugendlichen niemals eine Funktion ausgeübt. Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1979: Neue Ergebnisse der Jugendforschung vom November, Bl. 3-5.

2418 Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1980: Parlamentsstudie 1980. Teilbericht 1. Zur ideologischen Arbeit mit der Jugend, Bl. 2.

Rückgang atheistischer Positionen beim gleichzeitigen Anstieg der Zahl an weltanschaulich Unentschlossenen. Wieder unterbreiteten die Forscher des ZIJ einen Vorschlag, indem sie empfahlen, in den 1980er Jahren verstärkt auf die Interessen der Jugend einzugehen und ihnen überzeugende Antworten auf wichtige Fragen des Lebens mit Hilfe des Sozialismus zu geben. In der Prämisse, „den Teil der aktiven und bewußten Jugendlichen immer mehr zu vergrößern, alle zu erreichen, jeden zu gewinnen und keinen zurückzulassen“²⁴¹⁹, sah das Institut den Lösungsweg zur weiteren Realisierung der Jugendpolitik.²⁴²⁰ Doch der Abwärtstrend hielt an. Die abnehmende politische Identifikation verstärkte sich im Laufe der 1980er Jahre.

Welche Ursachen können für die „negativen“ Tendenzen im staatsreuen Bewusstsein der jungen Generation für die 1970er Jahre genannt werden? Dynamisiert wurde dieser von Distanzierung und Skepsis geprägte Trend durch außen- und innenpolitische Entwicklungen sowie persönliche Erfahrungen. Bestimmte Ereignisse ab Mitte der 1970er Jahre sensibilisierten die Jugend. Das politische System wurde zunehmend kritisch betrachtet, vor allem wegen der ab 1976 repressiven Kulturpolitik, der undemokratischen Behandlung Andersdenkender (Robert Havemann, Rudolf Bahro) sowie unangepasster Kulturschaffender (Wolf Biermann, Manfred Krug, Sarah Kirsch), der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche in Verbindung mit der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz, der weltweiten Aufrüstungspolitik, des Einmarsches der Sowjetunion in Afghanistan und durch die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft.²⁴²¹ Außerdem führte die globale Wirtschafts- und Rohstoffkrise aufgrund der unflexiblen Planwirtschaft Ende der 1970er Jahre zu massiven Problemen. Der im Vergleich zu Westdeutschland niedrige Lebensstandard in der DDR erzeugte insbesondere bei Jugendlichen Unmut, vertrat diese Generation doch inzwischen andere Lebenseinstellungen als ihre Eltern.

Die Mehrheit der Jugendlichen setzte sozialistische Grundwerte Ende der 1970er Jahre mit einem Handeln im Sinne gesellschaftlicher Dienste gleich und orientierte sich mehr an individuellen-materiellen Werten. Der

2419 ZIJ (Hrsg.) 1980: Hauptergebnisse der Parlamentsstudie vom Mai, Bl. 3.

2420 Vgl. ebd., Bl. 3 u. 5.

2421 Vgl. Grunenberg, Antonia 1989, S. 229 f.; vgl. Weber, Hermann 1991, S. 164-167 u. 170 f.; vgl. Florath, Bernd 2006, S. 46; vgl. Heise, Joachim 2007, S. 29.

Großteil erstrebte ein genussvolles Leben, komfortablen Wohnraum, Lebensfreude und hochwertige Konsumgüter. Das hatte für sie generellen Charakter, danach richteten viele ihr Leben aus.²⁴²² Nach Meinung von Antonia Grunenberg ersehnten bereits 13- bis 16-Jährige ein hohes Lebensniveau, gefolgt von Wünschen nach bestimmten Konsumgütern und speziellen Waren.²⁴²³ Während die sozialen Gegensätze in der DDR, d. h. die Kluft zwischen der „Arbeiterklasse“ als – vermeintlich – führender Macht und der Elite aus Wirtschaft, Politik und Kultur zunahm, kollidierten für viele Heranwachsende die Lehrsätze des Marxismus-Leninismus mit den eigenen Lebenserfahrungen.²⁴²⁴

So bemerkte die ostdeutsche Geheimpolizei im Februar 1981, es gebe unter den Jugendlichen einen „Widerspruch zwischen dem Verhalten [...] im Arbeits- bzw. Ausbildungs- und im Freizeitbereich“²⁴²⁵. Demnach ordneten sich junge Arbeiter wegen der Aussicht auf einen guten Abschluss diszipliniert im Betrieb unter, während sie in ihrer Freizeit „Arbeitsbummerei“ und Alkoholmissbrauch in ihren Cliquen glorifizierten. Auch Schüler verhielten sich aus Angst vor einem schlechten Abschluss in der Schule anders als in der Freizeit, wofür das MfS die geringe Einflussnahme der FDJ verantwortlich machte.²⁴²⁶ Der Verband büßte an Bedeutung ein, kulturelle Bemühungen wie Rockkonzerte wurden insgeheim kaum gedankt. Lediglich als Dienstleister im Freizeitbereich erhielt die Massenorganisation vom Großteil ihrer Mitglieder eine Existenzberechtigung zugesprochen.

Gert Geißler schildert, für die Jugend gab es ab Mitte der 1970er Jahre „kaum Ereignisse, die noch wie früher zugunsten des Bestehenden mobilisierend wirken“²⁴²⁷ konnten. Für die meisten Heranwachsenden, mit Ausnahme der hauptamtlichen Funktionäre, hatte ihre Mitgliedschaft formalen Charakter, die politischen Inhalte der Jugendorganisation internalisierten sie nicht.²⁴²⁸ Nur wenige Mitglieder traten der FDJ in den 1970er Jahren

2422 Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1980: Parlamentsstudie 1980. Teilbericht 1. Zur ideologischen Arbeit mit der Jugend, Bl. 7.

2423 Vgl. Grunenberg, Antonia 1989, S. 229 f.

2424 Das belegen die Auswertungen einer Längsschnittstudie mit 1.018 Probanden. Vgl. Förster, Peter 2002, S. 34.

2425 Analyse vom 10. Februar 1981, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 22.

2426 Vgl. ebd., pag. Bl. 22 u. 24.

2427 Geißler, Gert 2011, S. 926.

2428 Vgl. ebd.; vgl. Wiedemann, Dieter 1998, S. 124.

aus politischen Gründen bzw. aus sozialistischer Überzeugung bei. Gisela Ulrich konstatierte bei der Auswertung zur „Parlamentsstudie“ von 1975, etwa jedes zweite befragte Mitglied der insgesamt mehr als 9.900 jugendlichen Probanden, darunter Studenten, Arbeiter und Angestellte, gehörte dem Verband an, weil sie aus der Pionierorganisation in die FDJ übernommen wurden.²⁴²⁹ Dem sich abzeichnenden Antagonismus im Arbeits-, Schul- und Privatleben, den Jugendforschung und Geheimpolizei in der DDR registrierten, versuchte die FDJ in den 1970er Jahren vor allem mit einer modernen Freizeitpolitik zu begegnen.

5.2.2 Privater Raum und Freizeitgestaltung

In den 1970er Jahren gewann der Stellenwert der Freizeit an Bedeutung. Rebecca Menzel beschreibt, „der private Bereich, die Familie, stand zunehmend gleichberechtigt neben der Beschäftigung im Betrieb und neben gesellschaftlichen Verpflichtungen“²⁴³⁰. Das jugendliche Freizeitinteresse an Fernsehen, Sport, Wandern, Geselligkeit und Tanz unterschied sich dabei kaum von der erwachsenen Bevölkerung.²⁴³¹ Dennoch schien es, als zöge sich die junge Generation weiter in das unorganisierte Freizeitleben zurück, vermutlich auch deshalb, weil mit der gestiegenen Relevanz der Freizeit die sozialistische Erziehung in der Freizeitpolitik mehr Raum einnahm. Während das erste Jugendgesetz in den 1950er Jahren „große Möglichkeiten zur Freude und Erholung“ bzw. die Förderung „einer körperlich und geistig gesunden jungen Generation“²⁴³² garantierte, definierte der Gesetzgeber 1960 die Feriengestaltung von Schülern als „Fortsetzung der sozialistischen Erziehung“²⁴³³. Spätestens von 1962 an galten staatliche Ferienstätten als „Einrichtungen zu sinnvoller, gemeinschaftlicher Freizeitgestaltung und Erholung“²⁴³⁴. Zwei Jahre später kodifizierte das zweite Jugendgesetz, Schüler und Lehrlinge sollten „ihre Freizeit sinnvoll gestalten, sich erholen und entsprechend ihren Neigungen, Fähigkeiten, Be-

2429 Vgl. Ulrich, Gisela 1975: Parlamentsstudie 1975. Teilbericht II 1.1./1.2. Organisationsgrad der werktätigen Jugend in der FDJ vom November, Bl. 2 u. 14 f.

2430 Menzel, Rebecca 2004, S. 99.

2431 Das belegt eine Untersuchung aus dem Jahr 1974. Vgl. Hanke, Helmut 1979, S. 84-86.

2432 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950 (b), S. 99.

2433 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1960, S. 151.

2434 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1962 (b), S. 389.

gaben und Talenten auf allen Gebieten der Wissenschaft, der Technik, des Sports und der Kultur vielseitig betätigen können“²⁴³⁵.

Im Jahr 1974 erweiterte das dritte Jugendgesetz die „Möglichkeiten für die kulturelle Betätigung aller Jugendlichen, besonders der jungen Schichtarbeiter und der auf dem Lande arbeitenden und lebenden Jugendlichen“²⁴³⁶. Die Freizeitpolitik der 1970er Jahre konzentrierte sich im Gegensatz zu den Vorjahren stärker auf die arbeitende Jugend und basierte auf der Annahme, die Jugend selbst erstrebe in ihrer Rolle als „Gestalter“ der sozialistischen Gesellschaftsordnung eine „sinnvolle“ Freizeitgestaltung. Die FDJ hatte in Kooperation mit anderen Verbänden bzw. Institutionen für eine Freizeitgestaltung im parteipolitischen Sinne zu sorgen. Mit dem Jugendgesetz erhielt sie den Auftrag, gemeinsam mit Schulen, dem DTSB und der Pionierorganisation den Breitensport für Schüler auszubauen und zusammen mit dem FDGB das Angebot an sportlichen Freizeitmöglichkeiten für Lehrlinge auszudehnen.²⁴³⁷ Zusätzlich sah das Gesetz vor, die Anzahl und das Niveau von Musik- und Unterhaltungsveranstaltungen zu erhöhen, weshalb die Räte der Kreise 1974 angewiesen worden waren, Einfluss auf die „künstlerische Entwicklung der Tanzkapellen“²⁴³⁸ zu nehmen. Sie sollten in Zusammenarbeit mit der FDJ die Qualifikation von Musikgruppen, Diskothekenleitern und Moderatoren von Tanzveranstaltungen unterstützen.

Für eine politisch genehme Freizeitgestaltung hatten insbesondere Jugendklubs zu sorgen, die bei den Räten der Kreise registriert werden mussten.²⁴³⁹ Kontinuierlich wurden neue Klubs in Fünfjahresplänen geschaffen,²⁴⁴⁰ waren doch die Kapazitäten staatlicher und betrieblicher Einrichtungen, vor allem für den Jugendtanz, stetig auszubauen. Von 1980 an unterstanden alle 6.100 Jugendklubs der FDJ.²⁴⁴¹ Anfang der 1980er Jahre verpflichtete das Amt für Jugendfragen alle Gaststätten dazu, die Anzahl

2435 Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972, § 11, Abs. 1.

2436 Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, § 28, Abs. 1.

2437 Vgl. ebd., § 27 u. § 37, Abs. 2 a u. b.

2438 Ebd., § 30.

2439 Vgl. ebd., § 29, Abs. 1; vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1981 (a), § 2, Abs. 1.

2440 Vgl. Information über den Stand der Schaffung der 150 Jugendklubs im komplexen Wohnungsbau vom 24. Februar 1982, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 10193, pag. Bl. 4.

2441 Vgl. Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung 1992 (a), S. 29.

wöchentlicher Tanzveranstaltungen für Jugendliche zu erhöhen.²⁴⁴² Damit versuchte die SED, den starken Freizeitbedürfnissen nach Geselligkeit, Tanz und Unterhaltung entgegenzukommen bzw. junge Menschen von Privatpartys und westlichen Massenmedien fernzuhalten. In den 1970er Jahren nutzten diese ost- und westdeutsche Fernsehprogramme relativ ausgewogen. Erst in den 1980er Jahren kam es zur überwiegenden Rezeption westdeutscher Sender.²⁴⁴³

Ende der 1970er Jahre gab von rund 600 befragten jungen Arbeitern etwa ein Drittel an, sie würden täglich das Programm der DDR und über 40 Prozent westdeutsche Sendungen schauen. Der Forschungsbericht des ZIJ von 1981 warnte vor den „Bemühungen westlicher Massenmedien [...], die] nach der KSZE-Konferenz von Helsinki unter der zynischen Losung vom ‚free flow of information‘“²⁴⁴⁴ versuchten, auf die ostdeutsche Jugend einzuwirken. Die Forscher registrierten ab Mitte der 1970er Jahre eine rasante Entwicklung bei den Einschaltquoten des Fernsehens,²⁴⁴⁵ welches das Radio ab den 1960er Jahren als Leitmedium ablöste.²⁴⁴⁶ Heinz Niemann konstatiert dazu, in der DDR hätte es eine „doppelt bestimmte Mediengesellschaft“²⁴⁴⁷ gegeben. Dem Wahrheitsgehalt ostdeutscher Medien misstrauten die Bürger. Sie verfolgten die politische Berichterstattung des Westfernsehens und empfanden die ausgestrahlten Bilder als Ideal einer Wohlstandsgesellschaft,²⁴⁴⁸ so Niemann weiter.

Unter Jugendlichen genoss das Fernsehen wegen der Unterhaltungssendungen und der Spielfilme große Popularität.²⁴⁴⁹ Das (westdeutsche) Fernsehen führte bei ihnen Mitte der 1970er Jahre die Rangliste der beliebtes-

2442 Vgl. Information über Ergebnisse der Durchführung des Jugendgesetzes im Jahre 1981, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 10193, pag. Bl. 66 (Anlage 1); vgl. Plan der Jugendeinrichtungen und der Jugendversorgung für den Zeitraum 1981 bis 1985 von 1981/1982, in: ebd., pag. Bl. 24, 28 f., 37 u. 39.

2443 Vgl. Stiehler, Hans-Jörg 1991, S. 72; vgl. Förster, Peter 1995, S. 1380.

2444 Stiehler, Hans-Jörg 1981: Zur Entwicklung des Medienverhaltens junger Werktätiger. Zentrale Intervallstudie Junge Arbeiter (ZIS) 1976, 1978, 1980 vom Januar, Bl. 5.

2445 Vgl. ebd., Bl. 3, 5 f. u. 9.

2446 Vgl. Geserick, Rolf 2004, S. 152.

2447 Niemann, Heinz 1995, S. 100.

2448 Vgl. ebd., S. 101 u. 109.

2449 Jugendforscher befragten im Frühjahr 1976 über 2.500 Jugendliche anonym über deren Mediennutzung. Vgl. Weiß, Anita u. a. 1976: Zur Nutzung der durch die Massenmedien verbreiteten politischen Informationen und Argumentationen durch Jugendliche. Abschlußbericht vom Dezember, Bl. 11, 13 u. 18.

ten Freizeitbeschäftigungen unter der Woche an, gefolgt vom Lesen.²⁴⁵⁰ Erich Honecker nahm die jugendliche Lesebegeisterung im April 1981 zum Anlass, die DDR auf dem X. Parteitag zum „Leseland“²⁴⁵¹ zu erklären. Tatsächlich förderten die mit dem Machtwechsel entstandenen literarischen Freiräume zum einen das Leseinteresse der jungen Generation, da in den 1970er Jahren zahlreiche Bücher erschienen, die aus Perspektive von Jugendlichen geschrieben worden waren. Zum anderen nutzten viele junge Menschen Literatur als Ersatzinformation für andere stärker zensierte Medien, wie Rundfunk.²⁴⁵² Obwohl viele Bürger am Feierabend und unter der Woche zum Buch griffen, verdrängten Geselligkeit und Tanz an den Wochenenden die Lesebegeisterung. Im Urlaub nahmen Tanz, Geselligkeit und Freunde treffen nach sportlichen Aktivitäten den größten Raum ein.²⁴⁵³

In den 1970er Jahren wollten zunehmend mehr Heranwachsende ihren Urlaub außerhalb der DDR verbringen. Die Zahlen der Reisenden beim Jugendauslandstourismus – meist elftägige Auslandsreisen –, die über das Reisebüro der DDR liefen, stiegen von 68.480 (1970) auf 105.500 (1974).²⁴⁵⁴ Im Mai 1975 erging der Beschluss zur Gründung eines FDJ-eigenen Reisebüros.²⁴⁵⁵ Das 1956 gegründete Komitee für Touristik und Wandern wurde den touristischen Anforderungen aufgrund der hohen Nachfrage längst nicht mehr gerecht. Der ZR räumte dem Tourismus „als wichtige[m] Mittel der klassenmäßigen Erziehung“ einen zu großen Stellenwert ein, als dass „eine wesentliche Form der Freizeitgestaltung“²⁴⁵⁶ als ideologisches Instrumentarium ungenutzt bliebe.²⁴⁵⁷

Mit der Einrichtung von „Jugendtourist“, dessen Programm sich anschließend an unter 30-Jährige richtete, wurde dem Reisebüro der DDR

2450 Vgl. Hanke, Helmut 1979, S. 84-86.

2451 Honecker, Erich 1981, S. 111.

2452 Vgl. Grunenberg, Antonia 1989, S. 232-234.

2453 Vgl. Hanke, Helmut 1979, S. 84-88; vgl. Irmischer, Gerlinde 2000, S. 363; vgl. Fulbrook, Mary 2008, S. 92.

2454 Vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) 1975, S. 371.

2455 Vgl. Statut des Jugendreisebüros der DDR Jugendtourist. Beschluß des Sekretariats des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend vom 13. März 1975, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1977, § 2, Abs. 1 u. 2.

2456 Standpunkt des Sekretariats des Zentralrats zur weiteren Entwicklung des KTW der DDR, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/124, Bl. 4.

2457 Vgl. ebd., Bl. 1 u. 3 f.

der Jugendreiseverkehr entzogen und dem ZR der FDJ bzw. dem Amt für Jugendfragen unterstellt.²⁴⁵⁸ Fortan übernahm das Reisebüro der Massenorganisation die Vermittlung von (preisgünstigen) Jugendreisen in das In- und Ausland. Es verfügte über eigene Hotels²⁴⁵⁹ und Jugendherbergen.²⁴⁶⁰ Doch nicht jeder, der mit „Jugendtourist“ reisen wollte, konnte dies ohne weiteres tun. Bestimmte Reisen durften nur auserwählte, meist vorbildliche FDJler antreten. Das Statut regelte 1975: „Jugendtourist berücksichtigt vorrangig die durch die Leitungen der FDJ als Auszeichnung delegierten Jugendkollektive und Jugendlichen.“²⁴⁶¹ Die Auswahl der Kandidaten beruhte auf einem speziellen Vergabesystem. Es gab lediglich Reisen in sozialistische Länder.²⁴⁶²

Die Möglichkeiten, westliche Länder zu besuchen, waren in den 1970er Jahren äußerst gering.²⁴⁶³ Folglich konnte der Großteil der Teilnehmer nur den Lebensstandard sozialistischer Staaten miteinander vergleichen, bei dem die DDR in den meisten Fällen gut abschnitt. Deshalb erklärte Jugendforscher Wolfgang Stompler, bei den meisten Jugendlichen

2458 Vgl. Statut des Jugendreisebüros der DDR Jugendtourist. Beschluß des Sekretariats des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend vom 13. März 1975, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1977, § 2, Abs. 1 u. 2.

2459 Selbst die Unterkünfte hatten den politischen Auftrag, „durch vielseitige, politische, kulturelle und sportlich-touristische Veranstaltungen die Freundschaft zwischen der Jugend der DDR und der UdSSR sowie der Jugend der anderen sozialistischen Bruderländer zu festigen“. Ordnung über die Stellung, Aufgaben und Funktion der Jugendtouristenhotels vom 30. Oktober 1975, in: ebd., S. 50.

2460 Vgl. Beschluß über die Information zur Verwirklichung des Jugendgesetzes 1975 und Maßnahmen des Ministerrats der DDR zur Verwirklichung des Jugendgesetzes im Jahr 1976 vom 11. März 1976. Anlage Nr. 7 zum Protokoll Nr. 12 der Sitzung des Politbüros vom 23. März 1976, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/1609, Bl. 61; vgl. Wolter, Heike 2009, S. 226 u. S. 231-233.

2461 Statut des Jugendreisebüros der DDR Jugendtourist. Beschluß des Sekretariats des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend vom 13. März 1975, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1977, § 4, Abs. 2.

2462 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1988, S. 49; vgl. Görlich, Christian 2012, S. 181.

2463 Das Kontingent für junge Menschen, die 1975 nach Frankreich reisen durften, lag bei 100, für Italien bei 50, für Finnland bei 100, für Österreich bei 30, für die Bundesrepublik bei 100 und für Algerien bei 70. Vgl. Grundsätze für die Entsendung von Jugendtouristikgruppen in nichtsozialistische Länder, in: SAPMO-BArch, FDJ A/9911, zitiert in: Bollow, Frauke u. a. 1996 (a), S. 302.

wirkten sich Aufenthalte in sozialistischen Ländern „positiv auf die Festigung ihrer patriotischen und internationalistischen Einstellung“²⁴⁶⁴ aus. Das Reisebüro entwarf und organisierte nicht nur touristische Programme, vielmehr sollte der Einfluss der FDJ auf die künftige Entwicklung des Jugendtourismus gesichert werden.²⁴⁶⁵ Mit „Jugendtourist“ vergrößerte der Verband seinen Zugriff auf die Freizeitgestaltung Jugendlicher, bei der er sonst kaum eine Rolle spielte.

Im April 1977 meinte die überwiegende Mehrheit von rund 900 Neunt- und Zehntklässlern, in der Freizeit sehr starkes Interesse am Treffen mit Freunden, Ausruhen/Erholen und Sport zu haben. Die Mitarbeit in der FDJ, gesellschaftliche Tätigkeiten und die Aneignung politisch-weltanschaulicher Kenntnisse stießen auf mittleres, Musizieren, Singen, Modellieren, Basteln, Handarbeiten, Fotografieren und Malen auf schwaches bis kein Interesse. Obwohl die Forscher registrierten, die Schüler stünden der Aneignung politischer Kenntnisse aufgeschlossen gegenüber, verbrachten die meisten ihre Freizeit mit dem Freund/der Freundin, im eigenen Familien-, Bekannten- und Freundeskreis oder mit Klassenkameraden. Die FDJ-Gruppe der Klasse fiel bei den Schülern als Freizeitpartner kaum ins Gewicht. Die meisten 15- bis 16-Jährigen, die sich in lose organisierten Freundeskreisen trafen, hörten gemeinsam Musik, sammelten und tauschten Schallplatten bzw. Tonbandaufnahmen, betrieben Sport (mehr Jungen) oder gingen gemeinsam zur Disko (mehr Mädchen). Nur etwa die Hälfte der Befragten äußerte, in ihren Freizeitgruppen gelegentlich über Politik zu reden.²⁴⁶⁶

2464 Stompler, Wolfgang 1980: Jugend und Touristik (Kurzfassung). Forschungsberichte über touristische Interessen und Verhaltensweisen Jugendlicher sowie einige Bedingungen ihrer Realisierung unter besonderer Berücksichtigung von Jugendtourist vom Juni, Bl. 13.

2465 Vgl. Statut des Jugendreisebüros der DDR Jugendtourist. Beschluß des Sekretariats des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend vom 13. März 1975, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1977, § 3, Abs. 1.

2466 Das ZIJ befragte rund 900 Schüler in Eisenach, Karl-Marx-Stadt und Ludwigsfelde mittels Fragebögen und Wochenprotokollen. Darin hielten die Schüler sieben Tage lang ihren Tagesablauf fest. Es gab bei der Frage nach den Interessen folgende Abstufungen: sehr stark, stark, mittel und schwach/kein Interesse. Vgl. Voß, Peter u. a. 1977: Die Herausbildung der sozialistischen Lebensweise bei Schülern in der Freizeit und ihr Einfluß auf die Persönlichkeitsentwicklung vom Dezember, Bl. 2, 10, 13 f., 65 f. u. 73.

Generell führten häufig ältere Jugendliche politische Diskussionen in Freundeskreisen, besonders oft FDJ-Funktionäre.²⁴⁶⁷ Im Durchschnitt verfügten die 900 befragten Schüler unter der Woche täglich über drei bis vier Stunden Freizeit, am Wochenende über etwas mehr. Die meiste Zeit widmeten sie Musik, Kino und Diskotheken.²⁴⁶⁸ Ältere Jugendliche bzw. junge Arbeiter hatten unter der Woche mit zwei bis drei Stunden weniger Freizeit.²⁴⁶⁹ Verglichen mit Arbeitszeit, Schlaf usw. entfielen 14 Prozent ihres Zeitbudgets in der Woche auf Freizeit, am Wochenende waren es knapp 34 Prozent.²⁴⁷⁰ Wie bei älteren Schülern diagnostizierte das ZIJ im April 1977 unter jungen Arbeitern einen sehr geringen Einfluss des Verbandes im Freizeitleben. Von 1.800 jungen Arbeitern, davon 80 Prozent FDJler, meinten sechs Prozent, sie verbrachten ihre Freizeit häufig mit der FDJ-Gruppe, 40 bis 45 Prozent gelegentlich bis nie. An den monatlichen Mitgliederversammlungen, dem „Studienjahr“ oder an Leitungssitzungen nahm der Großteil zwar teil, viele junge Arbeiter betrachteten die FDJ-Aktivitäten jedoch als Pflichtübung und demzufolge nicht als individuelle Freizeitgestaltung.²⁴⁷¹ Der staatlichen Forderung, die Freizeit für politische Bildungsangebote der FDJ zu nutzen, kamen die wenigsten Jugendlichen nach.²⁴⁷²

Einer Befragung von 18- bis 27-jährigen jungen Arbeitern aus der Elektronik- und Automobilbranche in Eisenach zufolge unterschieden sich de-

2467 Vgl. Stiehler, Hans-Jörg 1977: Politische Diskussion und politische Information. Kurzfassung vom Juli, Bl. 4 f.

2468 Vgl. Voß, Peter u. a. 1977: Die Herausbildung der sozialistischen Lebensweise bei Schülern in der Freizeit und ihr Einfluß auf die Persönlichkeitsentwicklung vom Dezember, Bl. 75.

2469 Vgl. ders. u. a. 1977: Freizeit und Freizeitnutzung junger Arbeiter und Schüler in der Wartburgstadt Eisenach. Expertise zum Forschungsbericht Die Herausbildung der sozialistischen Lebensweise Jugendlicher in der Freizeit und ihr Einfluß auf die Persönlichkeitsentwicklung vom September, Bl. 13.

2470 Die Berechnung beruhte auf Angaben von 300 jungen Arbeitern aus Eisenach im April 1977. Das Freizeitbudget insgesamt: werktags: Arbeitszeit 36 Prozent, Schlaf 32 Prozent, notwendige Verrichtungen 17 Prozent, Freizeit 14 Prozent; Wochenende: Arbeitszeit drei Prozent, Schlaf 40 Prozent, notwendige Verrichtungen 22 Prozent, Freizeit 34 Prozent. Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1978: Die Herausbildung der sozialistischen Lebensweise junger Arbeiter in der Freizeit und ihr Einfluß auf die Persönlichkeitsentwicklung. Forschungsbericht (Kurzfassung) vom Februar, Bl. 3 f.

2471 Vgl. ebd., Bl. 18 f.

2472 Vgl. Grunenberg, Antonia 1990, S. 100; vgl. Menzel, Rebecca 2004, S. 133.

ren Freizeitaktivitäten kaum von denen der Schüler: Während das Treffen mit Freunden, Bekannten oder dem Partner, Erholung, Sport und berufliche Weiterbildung auf starkes Interesse stießen, weckten die Aneignung politisch-weltanschaulicher Kenntnisse bzw. die Mitarbeit in der FDJ oder gesellschaftliche Tätigkeiten bei den Eisenacher Probanden mittleres bis kein Interesse. Sie definierten Freizeit als Zeit, die durch persönliches Engagement, individuelle Interessen und Bedürfnisse, wie die Pflege sozialer Kontakte, und keineswegs durch bloßes Nichtstun ausgefüllt werden sollte. Peter Voß bilanzierte im September 1977, es sei „noch nicht gelungen [...], die Mehrheit der jungen Arbeiter für gesellschaftliche Arbeit in der arbeitsfreien Zeit zu gewinnen“²⁴⁷³. Bedeutend mehr Zeit als für diese (wöchentlich 45 Minuten) räumten sie Musik und Radiohören (wöchentlich 100 Minuten), Sport (wöchentlich über drei Stunden) sowie Disko- und Tanzveranstaltungen (wöchentlich sechs Stunden) ein.²⁴⁷⁴

Es waren vor allem Diskotheken und Tanzveranstaltungen mit Live-Musik, die Jugendliche in den 1970er Jahren begeisterten. Im Jahr 1977 gaben bei einer Befragung in zufällig ausgewählten Diskotheken rund 75 Prozent an, zwölfmal im Jahr Beat- und Jazzkonzerte, 17-mal Tanzveranstaltungen mit Live-Musik und 25-mal jährlich Diskotheken zu besuchen.²⁴⁷⁵ Auf Grundlage der Studie „Disko 77“ registrierte das Ministerium für Kultur in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre einen jährlichen Besucherstrom von 50 Millionen Menschen bei Diskoveranstaltungen. Die Zahlen der Etablissements stiegen von 1.000 (1973) auf 10.000 (1977/78). Die meisten Diskobesucher in mittleren und Großstädten waren männlich, 16 bis 19 Jahre alt, Schüler von POS/EOS, Berufsschüler und junge Arbeiter. Fast die Hälfte der etwa 700 Befragten gab in der Studie an, sie besuchten zwei- bis dreimal wöchentlich solche Tanzveranstaltungen, um unter Gleichaltrigen zu sein, zu tanzen und sich vom Lernen oder der Arbeit zu erholen. Wenngleich die Meinungen über eine gelungene Disko – das betraf z. B. die Größe des Saales oder die Lichteffekte – weit auseinandergingen, schwärmten fast alle für die Songs der ostdeutschen Band „City“ und von der britischen Gruppe „Smokie“. Knapp 80 Prozent der

2473 Voß, Peter u. a. 1977: Freizeit und Freizeitnutzung junger Arbeiter und Schüler in der Wartburgstadt Eisenach. Expertise zum Forschungsbericht Die Herausbildung der sozialistischen Lebensweise Jugendlicher in der Freizeit und ihr Einfluß auf die Persönlichkeitsentwicklung vom September, Bl. 65.

2474 Vgl. ebd., Bl. 2, 8, 12, 15 u. 65 f.

2475 Vgl. Wiedemann, Dieter 1981, S. 152 f.

Probanden aus der Disko-Studie fanden Gefallen an Beatmusik. Den Auftritt von „Singegruppen“ der FDJ in Diskotheken lehnten 70 Prozent vehement ab. Eine private Alternative zu Diskotheken schufen sich Jugendliche mit eigenen Partys zuhause oder im Schrebergarten²⁴⁷⁶, und dies im Durchschnitt mindestens einmal wöchentlich.²⁴⁷⁷

Es stellt sich die Frage, warum die Freizeitaktivitäten des Jugendverbandes auf derart wenig Begeisterung stießen. Antworten lieferte ein Forschungsbericht des ZIJ von 1978. Anhand von zwei Studien über die Freizeitinteressen von jungen Karl-Marx-Städtern vom April 1977 und vom März 1978 kamen die Wissenschaftler zu dem Ergebnis, der Verband erzielte zwar große, allerdings nur ökonomische Erfolge. In der Stadt existierten 1978 etwa 450 JB und 17.000 Jugendliche wirkten in Brigaden, „Neuererkollektiven“ oder an Jugendobjekten mit. Mehr als doppelt so viele, d. h. 35.000 junge Menschen beteiligten sich an der Bewegung „Messe der Meister von morgen“.²⁴⁷⁸ Im Freizeitbereich hingegen wurde die FDJ-Gruppe von den jungen Karl-Marx-Städtern nicht akzeptiert. Die Mehrheit nahm ihre Mitarbeit im Verband „noch als ausschließlich politisch-gesellschaftliche Tätigkeit“²⁴⁷⁹ wahr. Aus diesem Grund besetzten dessen Aktivitäten bei den Freizeitinteressen den letzten Platz. Die Wissenschaftler empfahlen deshalb, die Attraktivität von FDJ-Jugendklubs, „Zirkeln“ und Freizeitgruppen zu erhöhen sowie individuelle Freizeitbeschäftigungen in „kollektive Formen“²⁴⁸⁰ zu bringen.

Befördert wurde der Rückzug in private Räume durch den abnehmenden Glauben an den globalen Sieg des Sozialismus bzw. an den Marxis-

2476 Die DDR-Bevölkerung wurde zunehmend mobiler, die Pflege der eigenen Datsche zu einem beliebten Freizeitvertreib. Vgl. Irmscher, Gerlinde 2000, S. 363.

2477 Im Auftrag des Amts für Jugendfragen befragte das ZIJ von Oktober bis Dezember 1977 mit Fragebögen etwa 700 Jugendliche in Gaststätten, Jugendklubhäusern und Kulturhäusern der Bezirke Dresden, Halle und Leipzig. Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1978: Einstellung von Diskobesuchern zur Diskothek und zur Musik. Bericht zu ausgewählten Ergebnissen der ZIJ-Untersuchung Disko 77 vom Dezember, Bl. 2, 4-7, 10, 12-14, 16, 21 u. 23 f.

2478 Befragt wurden rund 400 Neunt- und Zehntklässler sowie rund 800 junge, meist männliche Arbeiter, deren Durchschnittsalter etwa 22 Jahre betrug. Bei der Studie vom März 1978 wurden etwa 300 junge Arbeiter und 350 Lehrlinge aus Betrieben in Karl-Marx-Stadt erfasst. Vgl. Voß, Peter/Hans Heinicke 1978: Probleme der Freizeitgestaltung Jugendlicher in Karl-Marx-Stadt unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterjugend. Expertise vom April, Bl. 2 u. 5 f.

2479 Ebd., Bl. 35.

2480 Ebd., Bl. 38.

mus-Leninismus, durch die Repressalien gegen prominente Andersdenkende – besonders im Kulturbereich²⁴⁸¹ – und die erlernte Doppelzüngigkeit oder „double speak“²⁴⁸², wie Marc-Dietrich Ohse dieses Verhalten nennt. Wenn sie schon in der Schule oder dem Betrieb ihre Meinung nicht frei äußern konnten und sich angepasst verhalten mussten, um Ärger aus dem Weg zu gehen, sollte aus Sicht der Jugendlichen wenigstens ihre Freizeit von offenem Meinungsaustausch, Selbstbestimmung und Individualität geprägt sein. Das galt für Schüler, Lehrlinge und junge Arbeiter gleichermaßen, unterschieden sie sich doch in ihren Freizeitinteressen kaum voneinander.

Wolfgang Geier von der Abteilung Freizeit beim ZIJ verglich 1978 die Freizeitinteressen von etwa 900 Schülern (neunte und zehnte Klasse POS), 250 Lehrlingen und 1.800 jungen Arbeitern. Demnach präferierten alle drei Gruppen in ihrer Freizeit Geselligkeit, Erholung und Sport (siehe Abbildung 13). Schüler begeisterten sich mehr für sportliche Aktivitäten, Lehrlinge verbrachten mehr Zeit mit dem Partner und junge Arbeiter hatten größeres Interesse an Weiterbildung. Unterschiede konstatierte der Forscher bezüglich des Geschlechts. Zwar meinten wesentlich mehr weibliche Probanden, persönliche Kontakte, Erholung und die Mitarbeit in der FDJ seien ihnen wichtig, aber selbst bei ihnen nahm der Verband eine nicht sonderlich große Rolle ein.²⁴⁸³

Da das Bedürfnis, die Freizeit in selbstausgewählten Freundeskreisen zu verbringen, sehr ausgeprägt war, gehörte der Großteil der Befragten (mindestens) einer Freizeitgruppe an. Das Interesse daran nahm mit steigendem Alter ab, weshalb sich Schüler und Lehrlinge häufiger als junge Arbeiter in Cliquen trafen. Wie die Auswertung von 1977 unter Schülern bewies, hörten und tauschten Schüler und Lehrlinge in den Freundeskreisen sehr oft Musik und organisierten private Feiern. Junge Arbeiter besuchten mit dem Freundeskreis öfter Kinos und Tanzveranstaltungen. In der Freizeit einfach nur „rumzukulönen, rumzuflachsen“²⁴⁸⁴, kam für fast

2481 Vgl. Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR/Abteilung Soziologie des Bildungswesens (Hrsg.) 1983, S. 57; vgl. Grunenberg, Antonia 1989, S. 229 f.

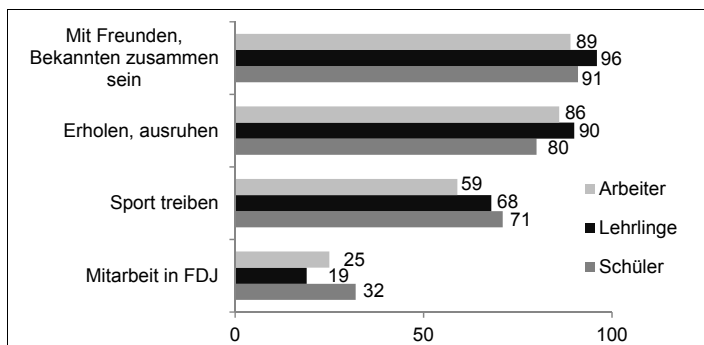
2482 Ohse, Marc-Dietrich 2006 (a), S. 221.

2483 Die Befragten kamen aus Eisenach, Halle, Karl-Marx-Stadt und Ludwigsfelde. Vgl. Geier, Wolfgang 1978: Vergleich ausgewählter Ergebnisse der Untersuchungen Sozialistische Lebensweise und Freizeitgestaltung Jugendlicher. POS-Schüler, Lehrlinge, junge Arbeiter vom Juli/August, Bl. 4 u. 11 f.

2484 Ebd., Bl. 19.

niemanden der Probanden in Frage.²⁴⁸⁵ Damit stimmten sie ironischerweise, d. h. nach ihrer Interpretation, der Auffassung Margot Honeckers von 1978 zu, „die überwiegende Mehrzahl unserer Mädchen und Jungen wünscht, ihre Freizeit sinnvoll zu verbringen“²⁴⁸⁶.

Abbildung 13: Die drei am häufigsten genannten Antwortmöglichkeiten „sehr stark/stark“ auf die Frage nach den Interessen in der Freizeit im Vergleich zur FDJ-Arbeit 1978 (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Studien des ZIJ. Vgl. Geier, Wolfgang 1978: Vergleich ausgewählter Ergebnisse der Untersuchungen Sozialistische Lebensweise und Freizeitgestaltung Jugendlicher. POS-Schüler, Lehrlinge, junge Arbeiter vom Juli/August, Bl. 11. Gesamtzahlen: Schüler N = 900; Lehrlinge N = 250; junge Arbeiter N = 1.800.

Mitte der 1970er Jahre bemerkte Wolfgang Geier in einer Vergleichsuntersuchung, Musik hören, geselliges Beisammensein mit Freunden und Touristik dominierten maßgeblich das Freizeitleben Jugendlicher. Während der „sozialistischen Lebensweise entsprechende[...] Freizeitinteressen wie kulturelle Selbstbetätigung, fachliche und politische Weiterbildung, Besuch von Theatern und Konzerten und gesellschaftliche Arbeit“²⁴⁸⁷ bei den meisten Heranwachsenden kaum Interesse weckten, erfreuten sich

2485 Die Frage, wie die Jugendlichen ihre Freizeit in den Gruppen verbrachten, beantworteten 65 Prozent der Schüler, 67 Prozent der Lehrlinge und 35 Prozent der Arbeiter. Vgl. ebd., Bl. 18 f.

2486 Honecker, Margot 1978 (b), S. 900.

2487 Geier, Wolfgang 1975: Zusatzinformation zum Forschungsbericht der Untersuchung Primorsko 75. Kulturelle Freizeitinteressen vom November, Bl. 5.

Beat-, Schlager- und Tanzmusik äußerst großer Beliebtheit.²⁴⁸⁸ Die Begeisterung für Beat- und Rockmusik hielt bis Ende der 1970er Jahre an.²⁴⁸⁹ Helmut Hanke registrierte 1977, vor allem Schüler und Studenten blieben dem Beat treu, während junge Arbeiter Schlager- und Stimmungsmusik bevorzugten. Politische Lieder und die der „Singebewegung“ schnitten wesentlich schlechter ab.²⁴⁹⁰ Das bestätigte eine Intervallstudie des ZIJ von 1976, wonach Beatmusik in den Klassen sechs bis zehn der entscheidende Grund für das Hören von Rundfunksendungen war.²⁴⁹¹

Laut den Forschern des Zentralinstituts blieb es beim Beat als der populärsten Musikform „heute noch eindeutiger [...] als zu Beginn des Jahrzehnts“. Sie erkannten einen der Gründe für die Popularität von Beat- und Rockmusik in der allmählichen Etablierung einer „relativ eigenständige[n] DDR-Rock-Musik, die bei den Jugendlichen immer stärkeren Anklang findet und ihre musikalische Interessenstruktur mitbestimmt“²⁴⁹². Die 1981 publizierte Studie verriet, bereits 1973 erreichte das Musikhören unter fast 3.890 befragten Schülern, Lehrlingen, Facharbeitern und Studenten mit knapp 80 Prozent den Spitzenplatz bei der Frage nach den beliebtesten Freizeitinteressen, gefolgt vom Zusammensein mit Freunden (62 Prozent), dem Zusammensein mit dem Partner (54 Prozent) und Reisen bzw. Tourismus (53 Prozent).²⁴⁹³ Welchen (politischen) Stellenwert das Reisen für Jugendliche in der DDR besaß, erörtert der ehemalige Jugendforscher Harald Schmidt, indem er sagt, „intensive territoriale Mobilität [sei] eine wichtige jugendspezifische Besonderheit“²⁴⁹⁴ und die fehlende Reisefreiheit hätte besonders unter der jungen Generation sehr viel Unmut erzeugt, weshalb die Beschneidung dieses „individuellen Lebensgrundbedürfnisses

2488 Wie das Interesse an Freizeitgruppen, so sank auch das Interesse an Musik mit steigendem Alter. Vgl. ebd., Bl. 1-3 u. 5 f.

2489 Vgl. Wiedemann, Dieter 1981, S. 150.

2490 Vgl. Hanke, Helmut 1979, S. 90.

2491 Vgl. Gehrish, Harald 1976: Informationen über Untersuchungsergebnisse zur Nutzung von Massenmedien durch Schüler Leipziger Oberschulen. Ergebnisse einer Wiederholungsuntersuchung 1976 zur Intervallstudie Schüler 1968-1972 vom Juli, Bl. 2 u. 7.

2492 Hahn, Jochen u. a. 1981: Haupttendenzen der Entwicklung kultureller Bedürfnisse und Verhaltensweisen Jugendlicher in den 1970er Jahren vom Mai, Bl. 6.

2493 Vgl. ebd., Bl. 11.

2494 Schmidt, Harald 1991, S. 121.

u. a. zu einem Mitauslöser für die revolutionären Ereignisse in der DDR²⁴⁹⁵ wurde.

Tatsächlich stieg die Reisefreudigkeit der Heranwachsenden in den 1970er Jahren. Gleichwohl das Amt für Jugendfragen 1967 deklariert hatte, „die Feriengestaltung der Schüler und Lehrlinge ist fester Bestandteil der sozialistischen Jugendpolitik“²⁴⁹⁶, erfolgten erst Ende der 1970er Jahre durch das ZIJ erste wissenschaftliche Untersuchungen über die touristischen Freizeitinteressen. Wolfgang Geier resümierte im Juli 1979, mit wachsendem Alter und steigendem Bildungsniveau würde das Interesse am Reisen stärker. In einer Befragung vom März 1979 unter etwa 810 Lehrlingen lag das freizeitliche Interesse am Wandern und am Reisen gleichauf mit den äußerst beliebten Tanzveranstaltungen.²⁴⁹⁷ In einer anderen Untersuchung aus demselben Jahr bemerkte Wolfgang Stompler, das Interesse am Reisen von Jugendlichen wuchs mit steigendem Alter und höherem Einkommen. Von fast 1.770 Jugendlichen, darunter rund 1.070 junge Arbeiter und 700 Lehrlinge, meinten 70 Prozent, starkes bis sehr starkes Interesse an Touristik zu haben. Im Jahr 1979 hatten 90 Prozent der Probanden mindestens eine Urlaubsreise unternommen und 80 Prozent schmiedeten Pläne für das Folgejahr. Mit dem Reisen verbanden die meisten Befragten Abwechslung vom Alltagstrott und das Entdecken neuer Landschaften oder Städte.²⁴⁹⁸ Doch den Reisemöglichkeiten waren inner- und außerhalb der DDR (zu) enge Grenzen gesteckt, die Nachfrage überstieg das Angebot um ein Vielfaches.²⁴⁹⁹

2495 Ebd., S. 122.

2496 Vierte Durchführungsbestimmung zum Jugendgesetz der DDR – Feriengestaltung der Schüler und Lehrlinge – vom 15. Juni 1967, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971, § 1, Abs. 1.

2497 Im März 1979 wurden 815 Lehrlinge aus Greifswald (VEB Nachrichtenelektronik) und Lubmin (VEB Kernkraftwerk Nord) befragt. Etwa 60 Prozent der meist 16- bis 19-Jährigen meinte, Interesse an Wandern/Reisen bzw. Tanzveranstaltungen zu haben, gefolgt von Kino und Lesen mit jeweils 50 Prozent. Vgl. Geier, Wolfgang 1979: Freizeitinteressen und Freizeitverhalten von Lehrlingen vom Juli, Bl. 6 f. u. 9.

2498 Vgl. Stompler, Wolfgang 1980: Jugend und Touristik (Kurzfassung). Forschungsberichte über touristische Interessen und Verhaltensweisen Jugendlicher sowie einige Bedingungen ihrer Realisierung unter besonderer Berücksichtigung von Jugendtourist vom Juni, Bl. 3; vgl. ders. 1981, S. 219.

2499 In der DDR zählte Urlaub als Teil der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der Sozialtourismus konzentrierte sich auf Kollektivreisen zu sehr günstigen Preisen und

Die 1.770 Befragten kritisierten bspw. die ungenügenden Kapazitäten der vom Betrieb oder dem FDGB bereitgestellten und per Zuteilung vergebenen Ferienplätze. In der genannten Studie entfielen von den organisierten Urlaubsreisen der Befragten 15 Prozent auf betriebliche Ferienobjekte, 13 Prozent auf „Jugendtourist“, knapp zehn Prozent auf FDGB-Ferienplätze und vier Prozent auf das Reisebüro der DDR. Im Durchschnitt blieben sechs von 20 Bewerbungen bei „Jugendtourist“ erfolglos. Das entsprach den Werten der anderen Reiseveranstalter. Fast 60 Prozent der übrigen Reisen entstanden auf persönliche Initiativen hin. Besonders Lehrlinge mieden die Angebote des FDJ-Reisebüros. Im Jahr 1979 konnte ohnehin nur jedem 14. Jugendlichen eine Reise vermittelt werden. Zudem wussten viele FDJler nicht genug über das Reiseangebot und verstanden das Vergabesystem nicht. Innerhalb der DDR reisten die 1.770 Befragten während ihrer durchschnittlich 22 Urlaubstage am liebsten zum Meer, in winterliche Gebirge und an Binnengewässer. Zu den beliebtesten Auslandszielen im Ostblock gehörten Ungarn, Bulgarien, die UdSSR, die Tschechoslowakei, Rumänien und Polen. Die Sowjetunion als drittbeliebtes Reiseziel führten häufig FDJ-Funktionäre²⁵⁰⁰ an. Fast ein Drittel der befragten Jugendlichen träumte davon, einmal das nichtsozialistische Ausland zu besuchen.²⁵⁰¹

Generell fanden mehr Jugendliche von Eltern, die der Intelligenz angehörten, Gefallen an Reisen in sozialistische Länder als z. B. junge Arbeiter.²⁵⁰² Fast alle Jugendlichen wollten in ihrem Urlaub, gleich wo sie diesen verbrachten, ihre liebsten Freizeitinteressen wie Tanzen, Kino, Sport

es herrschte wenig Angebot. Informationen zum Tourismus waren rar. Vgl. Schmidt, Harald 1990, S. 17 u. 19. Vgl. für Einzelheiten: Schaufuß, Thomas 2011.

2500 Nach Angaben der FDJ reisten von 1976 bis 1980 etwa 275.000 FDJler in die Sowjetunion. Vgl. Krenz, Egon 1981: Rechenschaftsbericht des Zentralrats der FDJ an das XI. Parlament der Freien Deutschen Jugend. Die Verantwortung der Jugend bei der Weiterführung der sozialistischen Revolution in der DDR und die Aufgaben der FDJ nach dem X. Parteitag der SED, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) ca. 1981, S. 60.

2501 Vgl. Stompler, Wolfgang 1980: Jugend und Touristik (Kurzfassung). Forschungsberichte über touristische Interessen und Verhaltensweisen Jugendlicher sowie einige Bedingungen ihrer Realisierung unter besonderer Berücksichtigung von Jugendtourist vom Juni, Bl. 4-11.

2502 Vgl. Ronneberg, Heinz 1977: Parlamentsstudie 1975. Zusatzbericht Zum Einfluß der sozialen Herkunft vom Juni, Bl. 17 f.

und Erholung intensiver ausleben.²⁵⁰³ Laut der Studie „Jugend und Touristik“ von 1980 hatte jeder dritte junge Arbeiter und jeder vierte Lehrling 1979 eine Reise ins sozialistische Ausland unternommen, hauptsächlich in die Nachbarländer der DDR.²⁵⁰⁴ In den 1970er Jahren trat jeder zehnte junge Urlauber seine Reisen ohne festes Ziel und sichere Unterkunft an. Oftmals kamen sie auf ihren Reisen bei Bekannten, (Brief-)Freunden, Verwandten oder privaten Vermietern unter.²⁵⁰⁵ Die Reisequote Jugendlicher fiel höher aus als die der erwachsenen Bevölkerung.²⁵⁰⁶ Margot Honecker hatte deshalb 1978 auf dem VIII. Pädagogischen Kongress dafür plädiert, Jugendreisen und Wandern mehr Aufmerksamkeit zu schenken, weil das die „Erziehung zur Heimatliebe und Kollektivität“ fördere und „das Bedürfnis der Jugend danach“²⁵⁰⁷ steige.

Frühzeitig hatten die Erziehungsfunktionäre den Wert der Feriengestaltung für die sozialistische Erziehung erkannt, weshalb Kinder und Jugendliche in den staatlichen Feriendomizilen zum „sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus“²⁵⁰⁸ erzogen werden sollten. Nach amtlichen Informationen nahmen von 1976 bis 1982 zwischen 2,2 und 2,6 Millionen Kinder und Jugendliche an staatlich organisierten Ferienzeiten teil, darunter tausende Lehrlinge und zwischen 1,3 bis 2,2 Millionen Schüler.²⁵⁰⁹ Sie konnten ihre Ferien in Betriebs- und Pionierlagern, bei mehrtägigen Fahrten und Wanderungen, in „Spezialistenlagern“ (für mathema-

2503 Vgl. Stompler, Wolfgang 1981, S. 220.

2504 Vgl. ders. 1980: Jugend und Touristik (Kurzfassung). Forschungsberichte über touristische Interessen und Verhaltensweisen Jugendlicher sowie einige Bedingungen ihrer Realisierung unter besonderer Berücksichtigung von Jugendtourist vom Juni, Bl. 13.

2505 Vgl. ders. 1981, S. 223.

2506 Vgl. ders. 1980: Jugend und Touristik (Kurzfassung). Forschungsberichte über touristische Interessen und Verhaltensweisen Jugendlicher sowie einige Bedingungen ihrer Realisierung unter besonderer Berücksichtigung von Jugendtourist vom Juni, Bl. 13.

2507 Honecker, Margot 1978 (b), S. 901.

2508 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1972, § 1, Abs. 2.

2509 Vgl. Information über den Verlauf der Sommerferiengestaltung, insbesondere über die internationalen Lager und die Lager der Erholung und Arbeit vom 3. November 1976. Büro Paul Verner, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.036/8, Bl. 2; vgl. Beschluß zur Sommerferien- und Urlaubsgestaltung der Schüler und Lehrlinge 1981 vom 5. Januar 1981. Büro Paul Verner, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.036/7, Bl. 117 f.; vgl. Information über Ergebnisse der Durchführung des Jugendgesetzes im Jahre 1981, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 10193, pag. Bl. 66 (Anlage 1); vgl. Information zur Sommerferien- und Urlaubsgestaltung

tisch oder sprachlich Hochbegabte) oder in „Lagern für Erholung und Arbeit“ verbringen.²⁵¹⁰ Die Regierung setzte sich das Ziel, jedem Kind während seiner Schulzeit mindestens einen Aufenthalt in den staatlichen Ferienorten zu ermöglichen.²⁵¹¹ Trotz der ideologischen Erziehung in den Ferienlagern, deckte das Angebot die Nachfrage kaum.²⁵¹²

Selbst die erhöhten Kontingente bei „Jugendtourist“ schufen keine Abhilfe. Von 1975 bis Anfang der 1980er Jahre stiegen die angebotenen Inlandsreisen, laut der FDJ um das Doppelte, nach Angaben des ZIJ um das Dreifache.²⁵¹³ Der Jugendverband registrierte ab 1976 fast sechs Millionen Besucher in den eigenen Hotels, Herbergen und Erholungszentren.²⁵¹⁴ Im Jahr 1981 besaß das Reisebüro zwei Jugenderholungszentren, 250 Herbergen und 16 Hotels mit 24.100 Plätzen.²⁵¹⁵ Anfang der 1980er Jahre bereisten mehr als 80.000 Jugendliche über „Jugendtourist“ das Inland, 55.000 besuchten das sozialistische Ausland, die Hälfte davon die Sowjetunion. Umgekehrt kamen 29.000 Jugendliche aus anderen Ländern in die DDR.²⁵¹⁶ Im Jahr 1976 besuchten erstmals größere Reisegruppen das nichtsozialistische Ausland. Auch deshalb, weil die FDJ die Beziehungen

der Schüler und Lehrlinge 1982. Büro Paul Verner, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.036/8, Bl. 149.

- 2510 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1972, § 8.
- 2511 Vgl. Plan der Jugendeinrichtungen und der Jugendversorgung für den Zeitraum 1981 bis 1985 von 1981/1982, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 10193, pag. Bl. 48.
- 2512 Vgl. Beschluß über die zentralen Pionierlager vom 23. Juli 1963, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971, S. 340; vgl. Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Abteilung Junge Pioniere (Hrsg.) 1968, S. 4-6; vgl. Heyen, Rolf 1972, S. 113; vgl. Fulbrook, Mary 2008, S. 94 f.; vgl. Görlich, Christian 2012, S. 186 f.
- 2513 Vgl. Krenz, Egon 1981: Rechenschaftsbericht des Zentralrats der FDJ an das XI. Parlament der Freien Deutschen Jugend. Die Verantwortung der Jugend bei der Weiterführung der sozialistischen Revolution in der DDR und die Aufgaben der FDJ nach dem X. Parteitag der SED, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) ca. 1981, S. 60; vgl. Stompler, Wolfgang 1981, S. 225; vgl. Deja-Löhlhöffel, Brigitte 1986, S. 54.
- 2514 Vgl. Krenz, Egon 1981: Rechenschaftsbericht des Zentralrats der FDJ an das XI. Parlament der Freien Deutschen Jugend. Die Verantwortung der Jugend bei der Weiterführung der sozialistischen Revolution in der DDR und die Aufgaben der FDJ nach dem X. Parteitag der SED, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) ca. 1981, S. 60.
- 2515 Vgl. Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung 1992 (a), S. 31.
- 2516 Vgl. Information über die Durchführung des Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED vom 17. Dezember 1979 über „Schlußfolgerungen zur weiteren

zu gleichgesinnten Jugendverbänden vertiefen wollte. So gab 1975 bei einer Befragung unter 9.900 Jugendlichen mindestens jeder fünfte Student an, seine FDJ-Gruppe habe Kontakte zu sozialistischen Bruderorganisationen, und jeder zehnte junge Arbeiter sagte, seine FDJ-Gruppe halte Verbindung zum sowjetischen Komsomol.²⁵¹⁷

In den 1970er Jahren stiegen die Zahlen der von „Jugendtourist“ vermittelten Reisen in sozialistische Länder von 100.000 auf 1,5 Millionen.²⁵¹⁸ Bewerber und Reiseleiter wurden jedoch nicht nur von den FDJ-Leitungen geprüft und ausgewählt,²⁵¹⁹ das MfS kontrollierte jederzeit und flächendeckend die Reisenden auf ihre politisch-ideologische Standhaftigkeit hin. Die staatlich organisierten und subventionierten Reiseveranstaltungen galten mehr als politische, denn als individuelle Freizeitgestaltung.²⁵²⁰ Kamen in den Anfangsjahren Sportler, junge Arbeiter, Studenten oder Funktionäre in die engere Auswahl für die raren westlichen Auslandsreisen, konnten ab 1981 alle Jugendlichen, die bei ihrer FDJ-Grundorganisation oder der Kreiskommission einen Vermerkschein beantragt hatten, mit der Einreichung ihrer Bewerbung bei „Jugendtourist“ darauf

Vervollkommnung der einheitlichen Leitung und Organisation der Jugendtouristik in der DDR“ vom 7. Juli 1980. Büro Paul Verner, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.036/8, Bl. 1 u. 4.

2517 Das ZIJ befragte von Mai bis Juni 1975 in einer repräsentativen Umfrage rund 7.400 junge Arbeiter aus den Bezirken Berlin, Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Rostock sowie 2.500 Studenten aus der gesamten DDR. Vgl. Wiedemann, Dieter/Wolfgang Geier 1975: Parlamentsstudie 1975. Teilbericht II 4.2. Kontakte der FDJ-Gruppen zu sozialistischen Bruderorganisationen u. Teilbericht II 4.3. Besuche und Urlaub im sozialistischen Ausland; persönliche Beziehungen zu Jugendlichen anderer sozialistischer Länder vom Dezember, Bl. 2, 4 u. 6.

2518 Vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) 1980, S. 326.

2519 Eine Studie des ZIJ von 1985 mit fast 360 ausgefüllten Fragebögen von Reiseleitern ergab, jeweils etwa ein Drittel von ihnen waren hauptamtliche Funktionäre/Angehörige bewaffneter Organe oder Angehörige der Intelligenz. Vgl. Netzer, Wolfgang 1985: Persönlichkeit und Qualifikation des Reiseleiters beim Reisebüro der FDJ Jugendtourist. Forschungsbericht vom September, Bl. 5-7.

2520 Laut dem X. Parlament der FDJ lagen die Staatsausgaben für die Jugendtouristik von 1976 bis 1980 bei 100 Millionen Mark. Zum Vergleich: Die Ausgaben des Staatshaushaltes lagen im selben Zeitraum für Kultur (einschließlich Rundfunk und Fernsehen) bei knapp elf Millionen, die für das Bildungswesen bei etwa 47 Milliarden. Vgl. Krenz, Egon 1976, S. 23; vgl. Rytlewski, Ralf/Manfred Opp de Hipt 1987, S. 145.

hoffen.²⁵²¹ Von 1982 an bot „Jugendtourist“ Fahrten in die Bundesrepublik an.²⁵²²

Die Anforderungen für Auslandsreisen erhöhten sich wegen der international angespannten Lage allerdings.²⁵²³ Zeitgleich sank das Angebot.²⁵²⁴ Die SED fürchtete, Jugendliche könnten wie 1968 den Einflüssen der sich allmählich organisierenden Reform- und Friedensbewegungen im Ostblock „erliegen“ und deren Ideen importieren. Viele junge Menschen sympathisierten mit „Solidarność“.²⁵²⁵ Wie abhängig der ostdeutsche Jugendtourismus von der Politik und wie durchsetzt er vom MfS war, beweist das Beispiel des Jugendaustausches mit Polen. Von Dezember 1980 bis März 1981 entsandte die DDR über „Jugendtourist“ fast 60 Gruppen mit etwa 1.500 Jugendlichen nach Polen. Dafür besuchten 127 polnische Gruppen mit über 4.600 Heranwachsenden die DDR. Eine undatierte Information zu Problemen mit dem polnischen Jugendaustausch konstatierte, das Auftreten der polnischen Reisenden hätte sich gewandelt, „verstärkt provokatorische und antisowjetische Ausfälle“²⁵²⁶ seien zögerlichen Aussagen über die Lage in Polen gewichen. Erst 1983 wurden die Jugendaustauschprogramme zwischen Polen und der DDR wieder intensiviert.²⁵²⁷ Zu diesem Zeitpunkt gehörte die sozialistische Wehrerziehung längst zum Schulalltag in der DDR.

2521 Vgl. Bedingungen für die Teilnahme an Leistungen des Reisebüros der FDJ vom 1. Juli 1984, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1985, S. 57.

2522 Vgl. Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung 1992 (a), S. 32.

2523 Vgl. Sicherung von Touristenreisen der FDJ in das nichtsozialistische Ausland über das Jugendreisebüro der DDR Jugendtourist vom 5. Juni 1978, in: BStU, MfS-BdL/Dok., Nr. 006500, pag. Bl. 1-3; vgl. Stompler, Wolfgang 1981, S. 223; vgl. Deja-Löhlhöffle, Brigitte 1986, S. 53 f.; vgl. Walter, Michael 1997, S. 144 u. S. 146-148.

2524 Vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) 1985, S. 326.

2525 Vgl. Moldt, Dirk 2008 (a), S. 45.

2526 Information zu einigen aktuellen Problemen des Jugendtourismus zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR. Büro Paul Verner, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.036/8, Bl. 1.

2527 Vgl. Aurich, Eberhard 1985, S. 21; vgl. Bollow, Frauke u. a. 1996 (a), S. 303 f.

5.2.3 Konformitätszwang und Anpassung²⁵²⁸

Nachdem das Sekretariat des ZK im August 1976 den Beschluss zur Einführung des obligatorischen Wehrunterrichts im Schulwesen gefasst hatte, erließ das Bildungsministerium am 1. Februar 1978 die Direktiven für den Unterricht in den Klassen neun und zehn an den POS.²⁵²⁹ Laut der Anweisung verfolge das neue Schulfach das Ziel, „die klassenmäßige, patriotische und nationalistische Haltung der Schüler weiter auszubilden und die Wehrmotivation zu festigen“²⁵³⁰. Neben der Wehrmotivation, die Schüler von der Notwendigkeit der Landesverteidigung überzeugen sollte, bildeten das Wehrbewusstsein, d. h. die Klärung politisch-militärischer Grundfragen, und die Wehrmoral, die Etablierung militärischer Normen und Einstellungen, die theoretischen Eckpfeiler der sozialistischen Wehrerziehung im Schulwesen.²⁵³¹

In der Praxis bereiteten Wehrbefähigung und Wehrbereitschaft in Form von wehrsportlichen Wettbewerben auf den militärischen Ernstfall vor, wurden doch die um Frieden bemühten Ostblockstaaten unter Führung der „ruhmreichen“ Sowjetunion seit jeher – angeblich – vom aggressiven Wesen imperialistischer westlicher Staaten bedroht.²⁵³² Bereits vor Einführung des schulischen Wehrunterrichts galt es dieses Freund-Feind-Schema unter allen Bevölkerungs- und Altersgruppen durchzusetzen. Schon die Kleinsten lernten im Kindergarten mit Liedern und Büchern den Unterschied zwischen „guten und bösen Soldaten“ und die „Liebe“ zur NVA.²⁵³³ Peter Eisenmann erklärte, während es der Bundeswehr darum ging, Soldaten erst im Rahmen ihres Wehrdienstes mit Wehrbereitschaft auszustatten, zielte die sozialistische Wehrerziehung in der DDR darauf, Schüler noch vor dem Wehrdienst zu Parteiloyalität, uneingeschränkter

2528 Das Kapitel ist in abgeänderter Form in einem Sammelband veröffentlicht. Vgl. Lehmann, Steffi 2015.

2529 Vgl. Direktiven des Ministeriums für Volksbildung (der DDR) zur Einführung und Gestaltung des Wehrunterrichts an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen vom 1. Februar 1978, in: Henrich, Wolfgang (Hrsg.) 1978, S. 25; vgl. Geißler, Gert/Ulrich Wiegmann 1998, S. 360.

2530 Ebd., S. 25.

2531 Vgl. Dähn, Horst 1982, S. 113 f.

2532 Vgl. Eisenfeld, Bernd/Peter Eisenfeld 1999 (a), S. 666.

2533 Beispiele für Wehrpropaganda in Kinder- und Jugendliteratur zu finden bei: Mahrad, Christa 1984, S. 181; Schirrmeister, Karl-Günter 1987, S. 35-37.

„Liebe“ zum Sozialismus und zum Hass auf den „Klassenfeind“ zu erziehen.²⁵³⁴

Nach Sabine Dengel unterschied „die DDR nicht zwischen der militärischen Erziehung der Armeeangehörigen und der der zivilen Bevölkerung“²⁵³⁵. Ab den 1950er Jahren sorgte die GST für die wehrsportliche und wehrpolitische Ausbildung 14- bis 25-Jähriger.²⁵³⁶ Der ZR der FDJ hatte im Mai 1953 sogar beschlossen, gemeinsam mit der GST den Schießsport zu einer „Massenausbildung von Scharfschützen“²⁵³⁷ auszubauen. Drei Jahre später wurde das Sportabzeichen „Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens“ in „Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung der Heimat“ umbenannt. Die Volkspolizei bildete Jugendliche fortan in Wehrsportgemeinschaften aus. Die gesetzlichen Grundlagen zur sozialistischen Wehrerziehung schuf die SED mit dem Wehrpflicht- (1961) und dem Verteidigungsgesetz (1962) nach dem Mauerbau.²⁵³⁸

Das Interesse am Wehrsport blieb allerdings gering. Die GST schaffte es auch in den 1960er Jahren keineswegs, den Großteil der Jugend für sich zu gewinnen. Lediglich neun Prozent aller männlichen Jugendlichen waren organisiert und nur an 15 Prozent der allgemeinbildenden Schulen existierten Grundorganisationen. Als der Mitgliederbestand 1961 auf 500.000 anwachsen sollte, vereinte die FDJ bereits 1,5 Millionen Jugendliche. Es fehlte der GST an Akzeptanz unter der Bevölkerung.²⁵³⁹ Im Gegensatz zur FDJ verfügte sie z. B. im Bildungswesen kaum über Druckmittel, etwa was die Nichtzulassung zum Abitur betraf. Die Jugendlichen konnten sich der GST in den meisten Fällen besser entziehen als der

2534 Vgl. Eisenmann, Peter 1984, S. 77 u. 82.

2535 Dengel, Sabine 2005, S. 200.

2536 Vgl. Verordnung über die Gesellschaft für Sport und Technik vom 10. September 1968, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971, S. 371; vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.) o. J., S. 14; vgl. Wagner, Ringo 2007, S. 4.

2537 JW vom 26. Mai 1953, S. 2.

2538 Vgl. Geißler, Gert/Ulrich Wiegmann 1998, S. 363; vgl. Eisenfeld, Bernd/Peter Eisenfeld 1999 (a), S. 669; vgl. Wagner, Ringo 2007, S. 5.

2539 Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 184; vgl. Wagner, Ringo 2007, S. 8 u. 11; vgl. Köhler, Helmut 2008, S. 115 f.; vgl. Droit, Emmanuel 2014, S. 291 f.

FDJ.²⁵⁴⁰ Offizielle Statistiken sprachen 1976 von 500.000 Mitgliedern und 175.000 ehrenamtlichen Funktionären.²⁵⁴¹

Erst in den 1970er Jahren vereinnahmte die GST trotz der unbeliebten Exerzierausbildung und des politischen Unterrichts mehr 16- bis 18-Jährige und Erwachsene, jedoch nie mehr als 4,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Bis 1979 stieg der Mitgliederbestand auf etwa 530.000, vermutlich auch wegen der attraktiven Angebote, wie Sportschießen, Fahr- und Funkausbildungen oder des Segel-, See- und Flugsports. Dabei setzte die Ausübung des Flugsports oftmals eine Verpflichtung als Zeitsoldat voraus. Von 1968 bis 1980 absolvierten rund 3,2 Millionen Jugendliche über die GST eine vormilitärische Ausbildung. Die Zahl der Ausgebildeten übertraf die der Mitglieder um ein Vielfaches.²⁵⁴² Aus diesem Grund beschloss der VI. Kongress der GST 1977, den Anteil von jungen Arbeitern, Landwirten, Frauen und Kindern zu erhöhen, die Arbeit in den Wohngebieten und Erholungszentren fortzusetzen bzw. auszuweiten und die Landjugend über Schützenfeste oder „Wehrspartakiaden“ zum Eintritt zu bewegen. Mit der Einführung des Wehrunterrichts versuchte die Organisation verstärkt über Pioniermanöver, „Hans-Beimler-Wettkämpfe“²⁵⁴³ und vor allem über schulische Arbeitsgemeinschaften die wehrsportliche Ausbildung von unter 16-Jährigen zu sichern.²⁵⁴⁴ Arbeitsgemeinschaften für Wehrerziehung und -sport wurden für die Klassen neun und zehn ab dem Schuljahr 1973/74 angeboten.²⁵⁴⁵

2540 Vgl. Bemerkungen zum Material der Gesellschaft für Sport und Technik vom 3. Mai 1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/IVA2/16/123, Bl. 1.

2541 Vgl. VI. Kongreß der GST in Karl-Marx-Stadt vom 17. bis 19. Juni 1977. Stenografisches Protokoll, in: BArch, DY 59/46, Bd. I, Bl. 54.

2542 Vgl. Protokoll der 42. Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Dezember 1972, in: BArch, DVW 1/39499, Bl. 13; vgl. Sachse, Christian 1996 (b), S. 256; vgl. Heider, Paul 1998, S. 169, 177, 179, 184-186 u. 188 f.; vgl. Eisenfeld, Bernd/Peter Eisenfeld 1999 (a), S. 669-671; vgl. Wagner, Ringo 2007, S. 12-14 u. 17; vgl. Nooke, Maria/Henning Schluß 2011, S. 5.

2543 Siehe dazu Kap. 4.2.3.

2544 Vgl. VI. Kongreß der GST in Karl-Marx-Stadt vom 17. bis 19. Juni 1977. Stenografisches Protokoll, in: BArch, DY 59/46, Bd. I, Bl. 54.

2545 Vgl. Vereinbarung des Ministeriums für Volksbildung, des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Sport und Technik und des Präsidiums des Deutschen Roten Kreuzes der DDR zur Einführung der Arbeitsgemeinschaften „Wehrausbildung“ der Klassen 9 und 10 vom 3. September 1973, in: Henrich, Wolfgang (Hrsg.) 1978, S. 109.

Amtlichen Statistiken zufolge gab es 1976 etwa 8.000 dieser Arbeitsgemeinschaften mit 10.000 Teilnehmern. Rund 80.000 Heranwachsende durchliefen zu dieser Zeit die Ausbildungslager der GST. Jährlich kämpften offiziell über 90 Prozent der Jugendlichen um den „Bestentitel“. Von 1977/78 an konnten Jugendliche, die bei Schieß- und Sportübungen Höchstleistungen erzielten und das FDJ-Abzeichen „Für gutes Wissen“ und das Sportabzeichen „Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung der Heimat“ besaßen, das „Bestenabzeichen“ erwerben. Sie durften es während ihrer Dienstzeit in der NVA an der Uniform tragen.²⁵⁴⁶ Mit solchen Ehrungen setzte die Staatsmacht auf motivierende Leistungsanreize. Die Auszeichnung „Junger Tourist“ bspw. gab es für erfolgreiche Manöver- und Geländespiele, ein „touristisches Fünfkampfabzeichen“ für 12- und 13-Jährige, wenn sie Übungen im Luftgewehrschießen und Keulenwurf mit Bravour meisterten.²⁵⁴⁷

Ab 1967 maßen sich Acht- bis Zehntklässler in wehrsportlichen Disziplinen bei den „Hans-Beimler-Wettkämpfen“. Ab Anfang der 1970er Jahre nahmen Schüler von EOS und Spezialschulen in den Sommerferien an zwöftägigen Wehrlagern (Jungen) oder an Sanitätsausbildungen (Mädchen) teil. Ab September 1981 wurde die vormilitärische Ausbildung zum Pflichtfach an EOS und für die elften Klassenstufen der Spezialschulen, die zusätzlich am außerschulischen „Tag der Bereitschaft“ partizipierten.²⁵⁴⁸ Ähnlich verhielt es sich mit der Lehrausbildung. Noch vor Einführung des 1977 geänderten Arbeitsgesetzbuches, das die Grundlagen für die sozialistische Wehrerziehung in der Ausbildung fixierte, hatten Ausbildungsverträge Lehrlinge zur Teilnahme an der vormilitärischen Ausbil-

2546 Vgl. VI. Kongreß der GST in Karl-Marx-Stadt vom 17. bis 19. Juni 1977. Ste-nografisches Protokoll, in: BArch, DY 59/46, Bd. I, Bl. 44-47, 51, 53 f. u. Bd. III, Bl. 58 u. 168.

2547 Vgl. Mahrad, Christa 1984, S. 181 f.; vgl. dies. 1986, S. 32.

2548 Vgl. Vereinbarung zur Durchführung der vormilitärischen Ausbildung und der Sanitätsausbildung an den Erweiterten Oberschulen und Spezialschulen der DDR vom 12. Februar 1973, in: Henrich, Wolfgang/Gottfried Linn (Hrsg.) 1984, S. 60-62; vgl. Vogt, Hartmut 1973, S. 1280 u. 1291; vgl. Margedant, Udo 1995, S. 1515; vgl. Lehmann, Hans Georg 2000, S. 300 f.; vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2014, S. 218.

dung verpflichtet.²⁵⁴⁹ Ab 1969 gehörte der Wehrsport zur Berufs- und Abiturausbildung.²⁵⁵⁰

Nachdem das Zivilverteidigungsgesetz vom September 1970 deklariert hatte, dass zum Dienst im Rahmen der Zivilverteidigung alle Bürger von 16 bis 65 Jahren, bei Frauen bis zum vollendeten 60. Lebensjahr, herangezogen werden konnten,²⁵⁵¹ begann von 1970/71 an in den Betrieben die vormilitärische Ausbildung für junge Männer und die Sanitätsausbildung für junge Frauen.²⁵⁵² Je nach Abschluss und Dauer entfielen zwischen 80 und 120 Stunden der Berufsausbildung auf Wehrerziehung. Diese sollte Lehrlinge auf die Dienstzeit in der NVA vorbereiten und den Nachwuchs in den Streitkräften gewährleisten. In den Uniformen der GST absolvierten die jungen Männer für etwa drei Arbeitstage ein Wehrlager, Wehruntaugliche und Frauen eine Sanitätsausbildung beim Deutschen Roten Kreuz. Anfang der 1980er Jahre erhielten über 500.000 Jugendliche das Sportabzeichen „Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung der Heimat“. Mehr als 420.000 Lehrlinge nahmen am Wettbewerb „Stärkster Lehrling und sportlichstes Mädchen gesucht“ teil.²⁵⁵³ Dieser bildete ab 1971 das zivile Pendant zum Wettstreit „Stärkster Mann der Volksarmee“.²⁵⁵⁴

Für Studenten war der Besuch eines Wehrlagers ab 1965 obligatorisch. Von 1970 an mussten sie vor Studienbeginn den Wehrdienst geleistet haben, ansonsten drohten Reglementierungen oder im schlimmsten Fall die Exmatrikulation.²⁵⁵⁵ Selbst ausgezeichnete Studienbewerber und Studen-

2549 Vgl. Arbeitsgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Einführungsgesetz vom 16. Juni 1977 in der Fassung von 1988, § 145; vgl. Müller, Dieter 1995, S. 325; vgl. Sachse, Christian 1996 (b), S. 257; vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2008, S. 19 f.

2550 Vgl. Koch, Michael 2011, S. 10 f.

2551 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1970 (b), § 5, Abs. 2.

2552 Vgl. Anweiler, Oskar 1988, S. 114 f.

2553 Vgl. Vereinbarung zur Weiterentwicklung der sozialistischen Wehrerziehung der Lehrlinge in den Betrieben, Kombinat, Genossenschaften und Einrichtungen der Berufsausbildung der DDR vom 1. März 1978, in: SAPMO-BArch, DY 24/22025, Bl. 3 f., 7 f., 13 u. 17; vgl. Information über Ergebnisse der Durchführung des Jugendgesetzes im Jahre 1981, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 10193, pag. Bl. 69 f. (Anlage 1); vgl. Anweisung zur vormilitärischen Ausbildung sowie zur Sanitätsausbildung in der Zivilverteidigung der Lehrlinge vom 12. Mai 1982, in: Henrich, Wolfgang/Gottfried Linn (Hrsg.) 1984, § 1 u. 2, Abs. 1-5; vgl. Diedrich, Torsten 2013, S. 194 f.

2554 Vgl. Klaedtke, Uta 2007, S. 103.

2555 Vgl. Widera, Thomas 2007, S. 48 u. 51.

ten gingen für den gewünschten Bildungsweg militärische Verpflichtungen ein. Ab Mitte der 1970er Jahre wurden Studienbewerber gezwungen, sich für drei Jahre bei der NVA als Reserveoffiziersanwärter zu verpflichten, wenn sie eine Garantie für ihren Studienplatz haben wollten.²⁵⁵⁶ Die vormilitärische Ausbildung hatte demzufolge lange vor dem Verteidigungsgesetz von 1978 einen festen Platz im Bildungswesen, das alle staatlichen und wirtschaftlichen Organe in die Pflicht nahm, „die Bereitschaft und Fähigkeit aller Bürger zum militärischen Schutz des Sozialismus zu fördern“²⁵⁵⁷. In allen gesellschaftlichen Bereichen herrschte militärischer Einfluss. Ausgediente Militärs besetzten gesellschaftlich wichtige Posten. Militärische Rituale, Fahnenappelle oder Aufmärsche stellten für die Bevölkerung keine Besonderheit mehr dar. Zwar ist die Wehrerziehung keine Erfindung aus den 1970er Jahren, aber mit dem Machtwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker wurde diese zunehmend aus globaler Perspektive betrachtet. Fortan stand weniger der Schutz der DDR als vielmehr die weltweite Sicherung des Sozialismus im Mittelpunkt.²⁵⁵⁸

Das Schulwesen avancierte 1978 zum Zentrum der sozialistischen Wehrerziehung. Der Wehrunterricht intensivierte die vormilitärische Ausbildung Jugendlicher in EOS, Berufsschulen und Spezialschulen.²⁵⁵⁹ Es schien, als sei dessen Einführung nur eine Frage der Zeit gewesen, laut Christian Sachse eine Art „Schlußstein“ einer Entwicklung, die mit der Gründung der DDR begann²⁵⁶⁰. Denn die SED bezog aus dem Schutz ihrer sozialistischen Errungenschaften einen Teil ihrer Legitimation. Über die Propagierung der ständigen Gefahr kriegsrischer Auseinandersetzungen konnte die Einheitspartei die Bevölkerung in einen dauerhaften Zustand militärischer Bereitschaft versetzen. Nach Tina Kwiatkowski-Celofiga fürchtete sie Ende der 1970er Jahre durch den Grundlagenvertrag und die KSZE-Verhandlungen ein Aufweichen des westlichen Feindbildes sowie einen wachsenden Einfluss westlicher Jugendkulturen und Denkweisen.²⁵⁶¹ Tatsächlich kam es von 1968 bis 1989 bei der Beurteilung über Ost- und Westdeutsche bei jungen DDR-Bürgern zu einem Wandel. Der

2556 Vgl. Hildebrand, Gerold 1999, S. 341; vgl. Planer-Friedrich, Jens 2011, S. 20.

2557 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1978, § 3, Abs. 3.

2558 Vgl. Freiburg, Arnold 1988, S. 65; vgl. Eisenfeld, Bernd/Peter Eisenfeld 1999 (a), S. 668 u. 710 f.

2559 Vgl. Koch, Michael 2000, S. 13; vgl. Rogg, Matthias 2008, S. 184 f.

2560 Sachse, Christian 1996 (a), S. 5.

2561 Vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2008, S. 19.

westdeutschen Bevölkerung wurden auffallend mehr positive Charaktereigenschaften zugeschrieben als der ostdeutschen.²⁵⁶²

Bernd und Peter Eisenfeld deuten die Einführung des Wehrunterrichts nicht nur als „Ausdruck staatlicher Repression, sondern gleichermaßen der fehlenden Bereitschaft der Bevölkerung, freiwillig den wehrpolitischen Intentionen der SED zu folgen“²⁵⁶³. Viele Menschen zweifelten am Feindbild und dem kriegslüsternden Wesen „kapitalistischer“ Systeme. Das schloss nicht aus, „dass sich große Teile der Bevölkerung aus Angst vor Konflikten und Nachteilen gegen ihren freien Willen in die Friedenspropaganda durch öffentliche Bekundungen widerspruchslos einbinden ließen“²⁵⁶⁴, so Bernd und Peter Eisenfeld weiter. Unter den Bürgern mehrten sich ab Anfang der 1970er Jahre – wahrscheinlich auch wegen der Einführung der wehrpolitischen Arbeitsgemeinschaften in den Schulen – die Gerüchte über ein ähnlich geartetes Unterrichtsfach bzw. über eine mögliche Waffenausbildung für Schüler.²⁵⁶⁵

Verglichen mit anderen Militarisierungsmaßnahmen im Bildungswesen, wie den „Hans-Beimler-Wettkämpfen“, stieß bei den Kirchen bereits die Überlegung auf Widerstand, Wehrkunde könnte als obligatorisches Schulfach eingeführt werden.²⁵⁶⁶ Sie erkannten darin ein neues Instrument, junge Christen zu diskriminieren und unter Druck zu setzen.²⁵⁶⁷ Die Kirchen stellten mit ihrer Kritik nicht nur das staatliche Bildungsmonopol, sondern auch die gesamte Friedenspolitik der SED in Frage.²⁵⁶⁸ Das auf dem IX. Parteitag im Mai 1976 verkündete außenpolitische Konzept der „fried-

2562 Vgl. Müller, Harry 1991, S. 134.

2563 Eisenfeld, Bernd/Peter Eisenfeld 1999 (a), S. 704.

2564 Ebd., S. 712.

2565 Überlegungen zur Einführung des Faches tauchten im Umfeld der SED 1973 auf. Vgl. Koch, Michael 2000, S. 21.

2566 Vgl. Eisenfeld, Bernd/Peter Eisenfeld 1999 (b), S. 85; vgl. Helmberger, Peter 2008, S. 274.

2567 Vgl. Stellungnahme der West-Berliner Bischofskonferenz in einem Schreiben von Kardinal Bengsch an die Regierung der DDR vom 12. Juni 1978, in: Heinrich, Wolfgang (Hrsg.) 1978, S. 40; vgl. Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 14. Juni 1978, in: ebd., S. 35; vgl. Information Nr. 30/81 über die 71. Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 9./10. Januar 1981 vom 23. Januar 1981, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 3103, Bl. 1-8; vgl. Neubert, Ehrhart 2000, S. 304 u. 308.

2568 Vgl. Heise, Joachim 2007, S. 31.

lichen Koexistenz“²⁵⁶⁹, wonach die Beziehungen zur Bundesrepublik unter Normen des Völkerrechts weiterentwickelt werden sollten und sich die DDR für eine militärische Abrüstung aussprach, erlebten viele Bürger als Farce.²⁵⁷⁰ Denn die SED warnte im selben Atemzug vor den „aggressiven Kräfte[n] des Imperialismus“ und plante den Frieden mit einer „weitere[n] Stärkung der Verteidigungsbereitschaft“²⁵⁷¹ aufrechtzuerhalten. Abrüstung durch Aufrüstung? Für einige Jugendliche und Eltern ergab das keinen Sinn.²⁵⁷²

Den Direktiven des Ministeriums für Volksbildung vom Februar 1978 folgte eine Protestwelle, angetrieben durch ergebnislose Gespräche zwischen Politikern und führenden Geistlichen, etwa dem Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz, Kardinal Alfred Bengsch, und dem Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Bischof Albrecht Schönherr. Entgegen den kirchlichen Erwartungen auf eine realistische Chance zur Abrüstungspolitik und einem Rückzug des militärischen Einflusses aus dem Zivilleben verharnte die Parteiführung auf ihrem als Friedenssicherung etikettierten Konzept des militärischen Gleichgewichts.²⁵⁷³ Besonders junge Gläubige – oftmals in Studentengemeinden organisiert – prangerten das Vorgehen der SED an, keinen öffentlichen Meinungsaustausch über den Wehrunterricht zu dulden. Bei von Jugendlichen organisierten Gottesdiensten wurden Kriegsspielzeug und Militärliteratur symbolisch geächtet, in manchen Kirchgemeinden zirkulierten Unterschriftensammlungen und Flugblätter. Von der Schulleitung einberufene Versammlungen wurden aufgelöst, sobald Erziehungsberechtigte ihren Unmut äußerten.²⁵⁷⁴

Die betreffenden Eltern erfuhren erstmals im Juni 1978 vom für September geplanten Wehrunterricht.²⁵⁷⁵ Nach Angaben des Volksbildungs-

2569 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1976, S. 254.

2570 Vgl. Information über erste Reaktionen unter der Bevölkerung der DDR auf die in Vorbereitung des IX. Parteitages veröffentlichten Materialien. Bericht O/21 vom 3. Februar 1976, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4100, Bl. 1-9; vgl. Geißler, Gert/Ulrich Wiegmann 1998, S. 362.

2571 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1976, S. 256.

2572 Vgl. Eisenfeld, Bernd/Peter Eisenfeld 1999 (a), S. 705.

2573 Vgl. ND vom 7. März 1978, S. 1; vgl. NZ vom 13. Juni 1978, S. 1; vgl. BZ vom 20. Juni 1978, S. 2.

2574 Vgl. Ehring, Klaus/Martin Dallwitz 1982, S. 166; vgl. Neubert, Ehrhart 2000, S. 304 f.; vgl. Widera, Thomas 2004, S. 180 f.

2575 Vgl. Anweiler, Oskar 1988, S. 114; vgl. Remy, Dietmar Johannes 1999, S. 92.

ministeriums hätte der Großteil der Elternschaft dem Wehrunterricht zugestimmt, ein kleiner Teil sich abwartend und nachdenklich verhalten. Nur eine sehr geringe Minderheit hätte diesen aus pazifistischen bzw. religiösen Gründen strikt abgelehnt und die Schüler dem neuen Unterrichtsfach erwartungsvoll und motiviert entgegengeblickt.²⁵⁷⁶ Allerdings landeten rund 300 Eingaben bei zentralen Organen und 2.500 Schreiben ergingen an Kirchenleitungen.²⁵⁷⁷ Über ein Drittel der Verfasser von knapp 150 registrierten Beschwerdebriefen (April bis Juni 1978) argumentierte mit christlichen Grundsätzen gegen den Wehrkundeunterricht.²⁵⁷⁸

Selbst Lehrer zeigten sich skeptisch. Viele von ihnen wussten nicht, wie sie mit religiös geprägten Jugendlichen und deren Eltern im Rahmen des Wehrunterrichts verfahren sollten. Allein der Name Wehrkunde weckte Ressentiments.²⁵⁷⁹ Jede kritische Auseinandersetzung mit der Wehrerziehung verlangte ein hohes Maß an Courage. Im Sommer 1978, als die Protestwelle ihren Höhepunkt erreichte, begann das MfS mit großflächigen konspirativen Maßnahmen.²⁵⁸⁰ Im schlimmsten Fall konnten Kritiker unter den Verdacht der „Hetze“ geraten, da die Verfassung von 1968 kodifizierte, der Schutz des Friedens, des sozialistischen Vaterlandes und seiner Errungenschaften seien Recht und Ehrenpflicht aller Bürger.²⁵⁸¹ Juristische Einwände gegen den Wehrunterricht waren angesichts der Bedrohung durch den „Imperialismus“ nicht möglich. Dennoch brachten am 1. Juni 1978 hochrangige Kirchenvertreter gegenüber dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, ihre Bedenken zum Ausdruck.²⁵⁸²

In einer Stellungnahme vom 12. Juni 1978 sprach sich die Berliner Bischofskonferenz in einem Schreiben von Kardinal Alfred Bengsch an die Regierung der DDR gegen die militärische Ausbildung von Schülern aus.

2576 Vgl. Einschätzung der Einführung des Wehrunterrichts mit Beschlußvorschlägen an das Sekretariat des ZK der SED, in: BArch, DR 2/50471, Bl. 1 u. 4; vgl. Einschätzung des Standes der Vorbereitung und Einführung des Wehrunterrichts und Vorschläge für die weitere Arbeit von 1978, in: ebd., Bl. 1.

2577 Vgl. Information zur Einführung des Wehrunterrichts mit Beschlußvorschlägen an das Sekretariat des ZK der SED von 1980, in: ebd., Bl. 3; vgl. Eisenfeld, Bernd 1999, S. 244.

2578 Vgl. Droit, Emmanuel 2014, S. 310.

2579 Vgl. Rogg, Matthias 2008, S. 196 f.

2580 Vgl. Gerlach, Stefanie Virginia 1999, S. 96 f.

2581 Vgl. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung vom 6. April 1968, Art. 23, Abs. 1 u. 2.

2582 Vgl. Neubert, Ehrhart 2000, S. 306.

Demnach stünde die Erziehung zum Freund-Feind-Denken im Gegensatz zur Friedenserziehung katholischer Christen. Der Wehrunterricht sei „eine Quelle der Diffamierung für jene [...], die sich aus Gewissensgründen nicht imstande sehen, eine solche Ausbildung mitzumachen“²⁵⁸³. Zwei Tage später veröffentlichte der 1969 gegründete Bund der Evangelischen Kirchen am 14. Juni 1978 eine Orientierungshilfe, die ausführlich vom Gespräch mit Hans Seigewasser berichtete. Gemäß seiner Darstellung müsse der Unterricht im Kontext der gesamten Friedenspolitik gesehen werden und die Verteidigungsbereitschaft der DDR habe entscheidend zur Wahrung des Friedens in Mitteleuropa beigetragen. Der Wehrunterricht schaffe angesichts der „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ oder der vormilitärischen Ausbildung in der GST keine neuen Tatsachen. Die Regierung erstrebe eine freiwillige Beteiligung von 100 Prozent bei der Waffenausbildung, so Seigewasser.²⁵⁸⁴

Zynisch mutete die in der Orientierungshilfe aufgegriffene Formulierung des Staatssekretärs für Kirchenfragen an, die schulische Wehrkunde befähige junge Christen „zur praktischen Ausübung von Nächstenliebe im Katastrophenfall, zur wirksamen Hilfe für andere in Zivilverteidigung – Selbstschutz – Erster Hilfe“²⁵⁸⁵. Die evangelischen Kirchen erwiderten daraufhin, „daß sie für diejenigen Eltern und Erziehungsberechtigten eintreten werden, die sich aus Gewissensgründen nicht in der Lage sehen, ihre Kinder an diesem Unterricht teilnehmen zu lassen“²⁵⁸⁶. Beide Konfessionen reagierten 1978 rascher und pragmatischer auf die Einführung des Wehrunterrichts als bei der Jugendweihe 1955.²⁵⁸⁷ Die evangelische Kirche schuf Anfang der 1980er Jahre mit dem Friedensunterricht für junge Mitglieder in den Gemeinden eine praktische Alternative zum schulischen

2583 Stellungnahme der West-Berliner Bischofskonferenz in einem Schreiben von Kardinal Bengsch an die Regierung der DDR vom 12. Juni 1978, in: Henrich, Wolfgang (Hrsg.) 1978, S. 40.

2584 Vgl. Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 14. Juni 1978, in: ebd., S. 33 f.

2585 Ebd., S. 34.

2586 Ebd., S. 35.

2587 Im ersten Jahr der Jugendweihe versperrten die evangelische und die katholische Kirche jungen Gläubigen, die an der Jugendweihe teilgenommen hatten, kirchliche Rechte und schlossen sie von der Konfirmation/Kommunion aus. Vgl. Dähn, Horst 1998, S. 36.

Wehrunterricht.²⁵⁸⁸ Auf die Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 14. Juni 1978 folgte am selben Tag eine Mitteilung an die Gemeinden in den Gliedkirchen, in der dazu aufgerufen wurde, der Erziehung zum Frieden mehr Raum zu geben als bisher, „daß von uns Vertrauen und Offenheit spürbar praktiziert werden, daß bei Lösung von Konflikten nicht die Macht das letzte Wort behält“²⁵⁸⁹.

Während die evangelische Kirche ihren Mitgliedern mehr Gründe gegen den Wehrunterricht präsentierte und davor warnte, dessen Einführung könne „außenpolitisch als demonstrativer Akt verstanden werden“ und schade der „Glaubwürdigkeit der Friedenspolitik der DDR“²⁵⁹⁰, äußerte sich die Berliner Bischofskonferenz besorgt über den „staatlichen Totalanspruch auf den Menschen“. Die Betroffenen würden darauf „immer wieder mit Unehrllichkeit, mit innerer und äußerer Flucht, bisweilen auch mit Protest“²⁵⁹¹ reagieren. Beide Konfessionen lehnten den Wehrunterricht grundlegend ab. Doch aller Widerstand nützte nichts. Ab dem 1. September 1978 galt der Unterricht für alle neunten und zehnten Klassenstufen. Die schulische Wehrkunde bestand aus theoretischem Unterricht und praktischer Ausbildung: Ab dem Schuljahr 1978/79 erhielten Neunt- und Zehntklässler der POS Unterrichtseinheiten in den Stunden zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung. Ab Juni 1979 mussten Mädchen am Ende der neunten Klasse einen zwölfzügigen Lehrgang in Zivilverteidigung (täglich sechs Stunden) besuchen. Jungen absolvierten zeitgleich einen ebenso langen Aufenthalt in einem Wehrerziehungslager (täglich acht Stunden). Ab Februar 1980 gab es für die Klassen zehn die dreitägigen „Tage der Wehrbereitschaft“²⁵⁹² (täglich sechs Stunden).²⁵⁹³

2588 Vgl. Die Welt vom 19. Mai 1982, o. S.; vgl. Antrag auf Einführung eines Faches „Friedenserziehung“ in den Schulunterricht. Eingabe des Ökumenischen Friedenskreises Dresden-Plauen an das Ministerium für Volksbildung vom 1. Mai 1987, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991, S. 301 f.

2589 An die Gemeinden in den Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 14. Juni 1978, in: Henrich, Wolfgang (Hrsg.) 1978, S. 39.

2590 Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 14. Juni 1978, in: ebd., S. 35.

2591 Stellungnahme der West-Berliner Bischofskonferenz in einem Schreiben von Kardinal Bengsch an die Regierung der DDR vom 12. Juni 1978, in: ebd., S. 41.

2592 Die „Tage der Wehrbereitschaft“ praktizierte die GST von 1970 an in Form von Manövern mit verbündeten Staaten. Vgl. Wagner, Ringo 2007, S. 15.

2593 Vgl. Hinweise zur Einführung des Wehrunterrichts für die Schüler der 9. und 10. Klassen der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule der DDR,

Laut dem Volksbildungsministerium mache der theoretische Unterricht die Schüler mit „ausgewählten Grundkenntnissen der Landesverteidigung vertraut“²⁵⁹⁴, und wie bei einer Armee üblich, hatten alle organisierten Schüler „freiwillig“ in der blauen Bluse der FDJ zu erscheinen. Im Jahr 1978 trugen rund 80 Prozent der Schüler aus über 500 Klassen auf Weisung der Schule hin im Unterricht das Blauhemd des Jugendverbandes.²⁵⁹⁵ Die Leitung der Stunden übernahmen ausgeschiedene Kader von NVA und Landesverteidigung oder Reserveoffiziere, die allesamt ihre Erfahrungen aus der aktiven Dienstzeit in den Unterricht integrieren sollten.²⁵⁹⁶ Das Volksbildungsministerium qualifizierte fast 1.000 Militärangehörige über Schulungen zu Lehrern für Wehrerziehung und forderte von den künftigen Pädagogen ein klares politisches Bekenntnis.²⁵⁹⁷ Pädagogische Kompetenzen gerieten bei den politischen Schulungen in den Hintergrund. Ein Drittel des vermittelten Stoffes bei den Lehrgängen entfiel auf die Lehren des Marxismus-Leninismus und auf sozialistische Militärpolitik.²⁵⁹⁸

Die Unterrichtseinheiten von jeweils acht Stunden für die Klassen neun und zehn bzw. jeweils vier Doppelstunden begleiteten in der Regel Mitarbeiter von GST und FDJ, Lehrer für Staatsbürgerkunde sowie militärkun-

in: SAPMO-BArch, DY 24/22025, Bl. 3 f.; vgl. Geißler, Gert/Ulrich Wiegmann 1998, S. 360.

2594 Direktiven des Ministeriums für Volksbildung (der DDR) zur Einführung und Gestaltung des Wehrunterrichts an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen vom 1. Februar 1978, in: Henrich, Wolfgang (Hrsg.) 1978, S. 27.

2595 Vgl. Hinweise zur Einführung des Wehrunterrichts für die Schüler der 9. und 10. Klassen der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule der DDR, in: SAPMO-BArch, DY 24/22025, Bl. 1; vgl. Information zum Stand der Einführung des Wehrunterrichts an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen vom 1. November 1978, in: ebd., Bl. 3.

2596 Vgl. Lehrplan Stunden zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung Klasse 9 und 10 1988, S. 5.

2597 Vgl. Einschätzung des Wehrunterrichts im Schuljahr 1979/80 und Probleme für die weitere Gestaltung des Wehrunterrichts, in: BArch, DR 2/50471, Bl. 3.

2598 Ab dem zweiten Halbjahr 1983 mussten Lehrer für Wehrerziehung an zweiwöchigen Lehrgängen zur Wehrerziehung teilnehmen. Innerhalb von zwei Jahren hatten die Lehrkräfte 15 Lehrgänge zu absolvieren. Vgl. Information über die Arbeitsaufnahme und erste Ergebnisse der Tätigkeit des Weiterbildungszentrums der Lehrer für Wehrunterricht. Vorlage vom Januar 1984, in: ebd., Bl. 2.

dige Pädagogen von POS.²⁵⁹⁹ Jede Lehrkraft hatte vor der Klasse die Uniform der NVA zu tragen.²⁶⁰⁰ Zwar gab es keine Benotung im Unterricht, allerdings wurde die Anwesenheit der Schüler für das Zeugnis vermerkt.²⁶⁰¹ Oftmals ließ die Disziplin unter den Schülern zu wünschen übrig, da der Unterricht vereinzelt am Nachmittag stattfand und das Propagandamaterial auf wenig Interesse stieß. Mit Filmen wie „In vorderster Linie“, „Waffenbrüderschaft“, „Bewährung am Himmel“ oder „Soldatenpflicht“ setzten die Aushilfspädagogen auf eine emotionale Ansprache und bereiteten Schüler mental auf einen möglichen Einsatz von Massenvernichtungsmitteln durch den „Klassenfeind“ vor.²⁶⁰²

Im regulären Schulalltag schienen die ehemaligen Militärs mit ihrer Aufgabe nicht selten überfordert gewesen zu sein. Gerade am Nachmittag waren kaum andere Lehrer in den Schulgebäuden anzutreffen und häufig unterrichteten sie parallel an sieben bis acht Schulen. Um die Disziplin zu gewähren und den Militärs zur Seite zu stehen, saßen in einigen Fällen Klassenlehrer oder Direktoren dem Unterricht bei.²⁶⁰³ Die meisten Probleme bereitete wohl die Aufbereitung der Themen, grob unterteilt in nationale (Klasse neun) und internationale Militärpolitik (Klasse zehn).²⁶⁰⁴ Wegen des eng strukturierten Lehrplanes besaßen die Lehrkräfte kaum die Möglichkeit, die von ihnen geforderten Gesprächsrunden mit Schülern über das „Aggressionspotential“ des Westens zu führen. Die Stunden zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung glichen einer Werbeaktion für militärische Berufe.²⁶⁰⁵ Die Hilfslehrer sprachen über die Anforderun-

2599 Vgl. Einschätzung der Einführung des Wehrunterrichts mit Beschlußvorschlägen an das Sekretariat des ZK der SED, in: ebd., Bl. 4; vgl. Information zur Einführung des Wehrunterrichts mit Beschlußvorschlägen an das Sekretariat des ZK der SED von 1980, in: ebd., Bl. 3; vgl. Geißler, Gert/Ulrich Wiegmann 1998, S. 360.

2600 Vgl. Schneider, Ilona Katharina 1995, S. 79.

2601 Vgl. ebd., S. 78 f.; vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1982, S. 20; vgl. Gonnemann, Bernhard u. a. 1987, S. 323; vgl. Koch, Michael 2011, S. 11.

2602 Vgl. Filme, die sich für die sozialistische Wehrerziehung eignen, vom 15. Januar 1973, in: Henrich, Wolfgang/Gottfried Linn (Hrsg.) 1984, S. 115 f.; vgl. Unterrichtshilfen Zivilverteidigung Klasse 9 1978, S. 7.

2603 Vgl. Einschätzung des Standes des Wehrunterrichts und der Qualität der auf diesem Gebiet tätigen Kader vom I. Halbjahr 1981, in: BAArch, DR 2/50471, Bl. 6; vgl. Blachnik, Uwe 1995, S. 279 f.

2604 Vgl. Lehrplan Stunden zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung Klasse 9 und 10 1988, S. 5.

2605 Vgl. Koch, Michael 2011, S. 11 f.

gen an Soldaten und Zivilstreitkräfte, über militärische Berufe in der NVA sowie über mögliche Kriege. Sie glorifizierten das Bewaffnungs- bzw. Aufrüstungspotential der sozialistischen Armeen.²⁶⁰⁶

Im Gegensatz zum theoretischen Wehrkundeunterricht, dem Jungen und Mädchen gemeinsam beiwohnten, war der Lehrgang Zivilverteidigung anfänglich ausschließlich für weibliche Neuntklässler vorgesehen. Geleitet wurde dieser meist von den Direktoren und ihren Stellvertretern, die teilweise von Angehörigen aus dem Bereich Zivilverteidigung, von Angestellten aus den Patenbetrieben der Schule und von medizinischem Personal Unterstützung erhielten. Insgesamt wirkten in den ersten Jahren rund 40.000 Pädagogen und 10.000 „gesellschaftliche Kräfte“ aus dem Bereich des Gesundheitswesens oder der Feuerwehr am Lehrgang mit.²⁶⁰⁷ Der theoretische Unterricht beim Lehrgang hatte die Aufgabe, Ängste zu erzeugen und die jungen Schüler auf die bestehende Gefahr eines Krieges einzuschwören. Das Lehrbuch für Zivilverteidigung von 1978 behauptete, „der Imperialismus [sei] seinem Wesen nach aggressiv“²⁶⁰⁸ und keinesfalls bereit, „sich mit Niederlagen und Rückschlägen abzufinden“²⁶⁰⁹. Im praktischen Teil der Ausbildung absolvierten die Schüler eine Gelände- und Sportausbildung im Freien, lernten Sirensignale zur Warnung und Alarmierung zu erkennen, Schutzmaßnahmen einzuleiten, Erste Hilfe zu leisten, das richtige Verhalten im Brand- und Katastrophenfall, Verletzte zu betreuen sowie Gasmasken richtig aufzuziehen.²⁶¹⁰ Den Lehrgang beendete eine sechsstündige Abschlussprüfung.²⁶¹¹

Wie bei den Stunden zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung gab es beim Lehrgang Zivilverteidigung häufig Probleme mit der Disziplin, die bei der sozialistischen Wehrerziehung eine sehr große Rolle spiel-

2606 Vgl. Hartwig, Jürgen/Albert Wimmel 1979, S. 58 f.

2607 Vgl. Einschätzung der Einführung des Wehrunterrichts mit Beschlußvorschlägen an das Sekretariat des ZK der SED, in: BArch, DR 2/50471, Bl. 4; vgl. Information zur Einführung des Wehrunterrichts mit Beschlußvorschlägen an das Sekretariat des ZK der SED von 1980, in: ebd., Bl. 6; vgl. Information über die Durchführung der Wehrausbildung im Lager und des Lehrgangs Zivilverteidigung für die Schüler der Klasse 9 im Schuljahr 1985/1986. Entwurf, in: ebd., Bl. 1.

2608 Lehrbuch für Zivilverteidigung Klasse 9 1978, S. 9.

2609 Ebd., S. 8.

2610 Vgl. ebd., S. 6.

2611 Vgl. Blachnik, Uwe 1995, S. 280.

te.²⁶¹² Das Lehrbuch für Zivilverteidigung von 1978 erklärte dazu, ein Soldat handle erst diszipliniert, wenn er die Forderungen des Fahneideals erfülle, seinen Pflichten gewissenhaft nachginge, das Kollektiv achte und Befehle präzise und ohne zu zögern ausführe.²⁶¹³ Die Erziehung zur Disziplin gehörte aus Sicht vieler Lehrkräfte zu den schwierigsten Aufgaben der Pädagogik. Gleich welche Art der Disziplinlosigkeit in den Klassenzimmern auftrat, die meisten Lehrkräfte wussten den Klassenverband dagegen einzusetzen. Erziehungswissenschaftler Wolfgang Kessel stellte 1978 fest, Selbsterziehung im sozialistischen Sinne glücke da, wo sich das Schülerkollektiv planmäßig und unter Leitung des Lehrers entwickle.²⁶¹⁴

Für solche pädagogischen Ratschläge war in den Wehrerziehungslagern kein Platz. Die vormilitärische Ausbildung in den Camps verlangte gemäß einer Ausbildungsanleitung von den 15-jährigen Jungen die „bewußte und bedingungslose Unterordnung unter den Willen des Vorgesetzten“²⁶¹⁵. Betreut wurden die Neuntklässler in den sonst als Betriebsferien- oder Pionierlager²⁶¹⁶ genutzten Ausbildungsstätten von Lehrern für Wehrunterricht, Reservisten der NVA und (jährlich über 1.600) Offiziersschülern der Landstreitkräfte oder Grenztruppen.²⁶¹⁷ Bis in die 1980er Jahre hinein gab es keine großen Änderungen bei der vormilitärischen Ausbildung. Das Ziel bestand stets in der „Entwicklung der Jungen zu sozialistischen Patrioten und proletarischen Internationalisten“ und darin, „den Teilnehmern Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten [...] der vormilitärischen Ausbildung [zu] vermitteln, ihnen Grundelemente der militärischen Disziplin und Ordnung an[zu]erziehen und ihr physisches Leistungsvermögen [zu] festigen“²⁶¹⁸.

2612 Vgl. Schneider, Ilona Katharina 1995, S. 79.

2613 Vgl. Lehrbuch für Zivilverteidigung Klasse 9 1978, S. 27.

2614 Vgl. Kessel, Wolfgang 1978, S. 222 f. u. 228.

2615 Ausbildungsanleitung von 1984, in: BArch, DR 2/50477, Bl. 15.

2616 Das Amt für Jugendfragen konzipierte den Ausbau der Stätten zur vormilitärischen Ausbildung gleich wie die Schaffung von Jugendklubs oder touristischen Einrichtungen im Fünfjahresplan. Vgl. Plan der Jugendeinrichtungen und der Jugendversorgung für den Zeitraum 1981 bis 1985 von 1981/1982, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 10193, pag. Bl. 44.

2617 Vgl. Information über die Durchführung der Wehrausbildung im Lager und des Lehrgangs Zivilverteidigung für die Schüler der Klasse 9 im Schuljahr 1987/88, in: BArch, DR 2/50471, Bl. 1.

2618 Direktive Nr. 4 des Ministers für Volksbildung zur Organisation, Vorbereitung und Durchführung der freiwilligen Wehrausbildung der Jungen der Klassen 9 im

Die praktische Ausbildung der 15-Jährigen in den Lagern verlief keineswegs reibungslos, besonders nicht in den Anfangsjahren. Zum einen hatten die Lehrkräfte Schwierigkeiten, den Anforderungen des Ministeriums für Volksbildung gerecht zu werden. Oftmals konnten sie den Jugendlichen die „Gefahren des Imperialismus“ und die Notwendigkeit eines klaren politischen „Klassenstandpunktes“ nicht begreiflich machen.²⁶¹⁹ Zum anderen blieben die Teilnehmerzahlen hinter den Erwartungen zurück. Das Volksbildungsministerium visierte mit Einführung des Wehrunterrichts eine freiwillige Quote von möglichst 100 Prozent an. Es rechnete beim ersten Durchgang zunächst mit 20 Prozent.²⁶²⁰ Tatsächlich besuchte nur ein Drittel der Jungen im Schuljahr 1979/80 das Wehrlager freiwillig.²⁶²¹ Der übrige Teil wurde gewissermaßen über die Schule abkommandiert.

Direktoren und Lehrer standen unter Zugzwang, die gesetzten Quoten für den militärischen Nachwuchs zu erbringen. Sie übten mit Verweisen auf andere Schulfächer und kommende Abschlussbeurteilungen Druck auf die Schüler aus. Wer sich dem Wehrunterricht bzw. dem Wehrlager widersetzte, dem drohte im schlimmsten Falle die Nichtzulassung zur EOS und zu bestimmten Ausbildungsberufen.²⁶²² In der achten Klasse warben Pädagogen bei der Elternschaft um die Teilnahme ihres Kindes am Wehrlager und argumentierten mit der wehrpolitischen Notwendigkeit für die kommunistische Erziehung.²⁶²³ Die Jugendlichen selbst mussten unter Einfluss der FDJ-Mitgliederversammlung mit 14 Jahren angeben, ob sie im kom-

Lager – Lagerdirektive – vom 1. Februar 1979, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991, S. 121.

2619 Vgl. Gramenz, Werner/Manfred Zmarzly 1979, S. 3-7; vgl. Einschätzung des Wehrunterrichts im Schuljahr 1979/80 und Probleme für die weitere Gestaltung des Wehrunterrichts, in: BArch, DR 2/50471, Bl. 7; vgl. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 56 vom 7. Mai 1980, in: SAPMO-BArch, DY 24/11226, Bl. 5; vgl. Information über eine Beratung der Kommission des Ministeriums für Volksbildung zu Fragen des Wehrunterrichts am 24. November 1980, in: SAPMO-BArch, DY 24/22025, Bl. 2.

2620 Vgl. Information über den Stand der Vorbereitung des Wehrunterrichts und Vorschläge für die weitere Arbeit, in: BArch, DR 2/50471, Bl. 3.

2621 Vgl. Einschätzung des Wehrunterrichts im Schuljahr 1979/80 und Probleme für die weitere Gestaltung des Wehrunterrichts, in: ebd., Bl. 7.

2622 Vgl. Blachnik, Uwe 1995, S. 284; vgl. Geißler, Gert/Ulrich Wiegmann 1998, S. 370.

2623 Vgl. Information über die erstmalige Durchführung der Wehrausbildung im Lager und des Lehrgangs Zivilverteidigung in zwei Durchgängen im Schuljahr 1981/82 von 1982, in: BArch, DR 2/50471, Bl. 2.

menden Schuljahr das Wehrlager besuchten. Einige taten dies aus persönlicher Überzeugung heraus, andere sahen darin eine abwechslungsreiche Möglichkeit zum Schulalltag und wiederum andere wollten nicht mit den Mädchen am Lehrgang Zivilverteidigung teilnehmen. Im Durchschnitt meldeten sich Anfang der 1980er Jahre rund 80 Prozent der Jungen in den 15 Kreisen der DDR für die Ausbildung im Lager an.²⁶²⁴

Dazu brauchte es das schriftliche Einverständnis der Eltern. Lehnten diese ab oder legten die Jungen ein ärztliches Attest vor, folgten „Aussprachen“ mit der Schule. Direktoren und Pädagogen bemerkten in den Gesprächen, wie sehr sich die Teilnahme an der vormilitärischen Ausbildung auf die weitere schulische Karriere auswirke. Unter Andeutung auf die Schulpflicht und die Verfassung rangen sie Eltern die Zustimmung zur „sozialistischen Friedenspolitik“ und damit ihr Einverständnis zur Wehrerziehung oftmals ab. Standhaft blieben häufig Pfarrer, Mitglieder von Kirchenvorständen und Zeugen Jehovas. Sie begründeten ihre Position mit Glaubens- und Gewissensgründen sowie der von Hans Seigewasser versicherten Freiwilligkeit einer Teilnahme.²⁶²⁵

Belieben es die Eltern bei ihrer Haltung, absolvierten die betroffenen Jungen den Lehrgang Zivilverteidigung oder wurden, falls sie den Besuch des Lehrgangs ablehnten, an der Schule beschäftigt und halfen z. B. dem Hausmeister.²⁶²⁶ Den Lehrgang mussten Jungen prinzipiell dann besuchen, wenn sie die Tauglichkeitsuntersuchung nicht bestanden oder es in den Camps nicht genügend Plätze gab.²⁶²⁷ Im Jahr 1983 konnten über

2624 Vgl. Hausmitteilung von Gunter Rettner an Egon Krenz vom 4. April 1978, in: SAPMO-BArch, DY 24/22025, Bl. 2; vgl. Information über die freiwillige Teilnahme der Jungen an der Wehrausbildung im Lager in zwei Durchgängen für das Jahr 1982, in: BArch, DR 2/50471, Bl. 2 u. Anlage 1.

2625 Vgl. Eltern, deren Kinder nicht am Wehrunterricht teilnehmen. Schreiben des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt vom 22. Mai 1985, in: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (Hrsg.) 1996, S. 496; vgl. Rogg, Matthias 2008, S. 197; vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2014, S. 218 f.

2626 Vgl. Schneider, Ilona Katharina 1995, S. 79.

2627 Vgl. Anweisung über die Tauglichkeitsuntersuchung der Schüler (Jungen) der 9. Klassen der allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschulen der DDR, die an der Wehrausbildung in Lagern auf Grund des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrats vom 22. Oktober 1976 über die Einführung des Wehrunterrichts teilnehmen, vom 16. Juni 1978, in: SAPMO-BArch, DY 24/22025, Bl. 1; vgl. Information über die Durchführung der Wehrausbildung im Lager und des Lehrgangs Zivilverteidigung im Schuljahr 1983/84. Vorlage vom Dezember 1984, in: BArch, DR 2/50471, Bl. 1.

13.000 angemeldete Jungen wegen ungenügender Kapazitäten nicht am Wehrlager teilnehmen.²⁶²⁸ Das ist einer der Gründe, warum die Schulen ab Mitte der 1980er Jahre davon absahen, selbst jene unter allen Umständen in ein Wehrlager zu schicken, die das Schießen in den Ausbildungsstätten verweigert hätten. Zudem wurden nun häufiger Schüler in Ruhe gelassen, deren Elternhäuser der Bürgerbewegung nahestanden.²⁶²⁹

Noch 1979 hatte das Volksbildungsministerium angeordnet, es dürfe für „freigestellte“ Kinder aus Pfarrersfamilien und junge Zeugen Jehovas für die Zeit während der Ausbildung ihrer Klassenkameraden keine anderweitige Beschäftigung organisiert werden. Sie wurden oftmals mit Nichtstun bestraft.²⁶³⁰ Der Umgang mit den jungen Verweigerern in der Praxis, die sich nicht selten vor Lehrern und der FDJ-Gruppe rechtfertigen mussten,²⁶³¹ stand der offiziellen Darstellung Hans Seigewassers entgegen, wonach es zu keiner Diskriminierung von denen käme, die dem Wehrunterricht entsagten, und die Betroffenen lediglich einen Vermerk erhielten.²⁶³²

Welchen enormen Stellenwert die vormilitärische Ausbildung im Bildungswesen einnahm und wie sehr sich die Erziehungsfunktionäre um Authentizität in den Lagern bemühten, verdeutlicht die Lagerdirektive vom 1. Februar 1979: „Das gesamte Lagerleben ist praktisch, emotional, wirksam, jugendgemäß und mit hohem Niveau zu gestalten. Während der Ausbildung und bei allen anderen Maßnahmen ist eine straffe Disziplin und Ordnung zu fordern und durchzusetzen. Es ist zu gewährleisten, daß die Wehrausbildung [...] zum Erlebnis wird und bei jedem Jungen einen nachhaltigen Eindruck hinterläßt.“²⁶³³ Bleibenden Eindruck hinterließen

2628 Vgl. Information über die freiwillige Teilnahme der Jungen an der Wehrausbildung im Lager in zwei Durchgängen für das Jahr 1982, in: BArch, DR 2/50471, Bl. 2 u. Anlage 2.

2629 Vgl. Blachnik, Uwe 1995, S. 286.

2630 Vgl. Bericht über die Vorbereitung des ZV-Lehrganges 9. Klasse und der Lagerausbildung für Jungen, in: BArch, DR 2/50471, Bl. 6.

2631 Vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2014, S. 219.

2632 Vgl. Information zur Einführung des Wehrunterrichts mit Beschlußvorschlägen an das Sekretariat des ZK der SED von 1980, in: BArch, DR 2/50471, Bl. 3; vgl. Neubert, Ehrhart 2000, S. 307 f.

2633 Direktive Nr. 4 des Ministers für Volksbildung zur Organisation, Vorbereitung und Durchführung der freiwilligen Wehrausbildung der Jungen der Klassen 9 im Lager – Lagerdirektive – vom 1. Februar 1979, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann 1991, S. 120.

in den ersten Durchgängen wohl vor allem die organisatorischen Probleme vor Ort. Manchen Ausbildungsstätten mangelte es an genügend Trockenmöglichkeiten für die Kleidung der Jungen, es gab nicht genügend Sanitäranlagen, es fehlte an Warmwasser und an Möglichkeiten zur Ausbildung bei schlechtem Wetter. Deshalb erfolgten ab 1981/82 zwei Lagerdurchgänge in geeigneteren Objekten.²⁶³⁴

Jedes Jahr kalkultierten die Erziehungsfunktionäre mit höheren Schülerzahlen und erweiterten die Kapazitäten der Lager.²⁶³⁵ Während das Ministerium für Volksbildung den Einsatz von Reizstoffen beim Unterricht mit der Gasmaske rasch untersagte, blieb das Verbot für die Ausbilder bestehen, private Autos auf dem Gelände zu nutzen. Das Wehrlager sollte einem militärischen Stützpunkt gleichen.²⁶³⁶ Die praktische Ausbildung der Schüler fand meist im freien Gelände statt. Die Jugendlichen trieben viel Sport, absolvierten Ausdauer- und Hindernisläufe, übten sich im imitierten Handgranatenzielwurf, erlernten den Umgang mit Luftdruckgewehren und kleinkalibrigen Übungskalaschnikows (KK-MPi 69) sowie das Marschieren und militärische Abläufe wie Meldungmachen oder Durchzählen. Ähnlich wie beim Lehrgang Zivilverteidigung beendete eine Art Prüfung das Wehrlager.²⁶³⁷ Die FDJ organisierte für die Freizeit der Jungen sportliche Wettkämpfe, Foren, Rundtischgespräche, Filmabende und tägliche politische Informationsveranstaltungen.²⁶³⁸ Zusätzlich bot sie Ex-

2634 Die offizielle Version begründete die zwei Lagerdurchgänge damit, allen Jungen einen Aufenthalt im Wehrlager zu ermöglichen. Vgl. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 56 vom 7. Mai 1980, in: SAPMO-BArch, DY 24/11226, Bl. 4 u. 8.

2635 Vgl. ebd., Bl. 1 u. 8; vgl. Evtl. Konsequenzen, die sich aus der Beratung der Koordinierungskommission des Ministeriums für Volksbildung zur Abstimmung von Fragen des Wehrunterrichts für den Zentralrat der FDJ ergeben, in: SAPMO-BArch, DY 24/22025, Bl. 2.

2636 Vgl. Einschätzung der Einführung des Wehrunterrichts mit Beschlußvorschlägen an das Sekretariat des ZK der SED, in: BArch, DR 2/50471, Bl. 7; vgl. Einschätzung des Wehrunterrichts im Schuljahr 1979/80 und Probleme für die weitere Gestaltung des Wehrunterrichts, in: ebd., Bl. 10 f.; vgl. Information zur Einführung des Wehrunterrichts mit Beschlußvorschlägen an das Sekretariat des ZK der SED von 1980, in: ebd., Bl. 10; vgl. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 56 vom 7. Mai 1980, in: SAPMO-BArch, DY 24/11226, Bl. 8.

2637 Vgl. Ausbildungsanleitung von 1984, in: BArch, DR 2/50477, Bl. 3; vgl. Koch, Michael 2011, S. 13.

2638 Vgl. Vorlage an das Sekretariat vom 30. November 1978, in: SAPMO-BArch, DY 24/22025, Bl. 4.

kursionen zu Gedenkstätten oder Museen an.²⁶³⁹ Ab Mitte der 1980er Jahren ließen sich zunehmend Funktionäre und Offiziere von Wehrkreiskommandos in den Wehrlagern blicken.²⁶⁴⁰

Was empfanden die Mädchen und Jungen in der neunten Klasse bei der vormilitärischen Ausbildung beim Lehrgang und im Lager? Im Sommer 1983 befragten Soziologen der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften insgesamt 125 Neuntklässler aus einer typischen mittleren Industriestadt der DDR nach ihren Erfahrungen. Die Frage, ob sie von der Notwendigkeit des Wehrlagers und des Lehrgangs überzeugt waren, spaltete die Probanden in etwa zwei gleichgroße Gruppen. Rund 50 Prozent der 90 Jungen und der 35 Mädchen sagten, sie seien stark bis sehr stark davon überzeugt, die andere Hälfte schwach bis gar nicht. Am kritischsten äußerten sich Nichtmitglieder der FDJ. Die Jungen schilderten, sie hätten im Wehrlager hauptsächlich mit der Lagerordnung Probleme gehabt, die Befehle der Vorgesetzten oftmals als Belastung wahrgenommen und nicht verstanden, warum sie keinen Besuch empfangen durften oder warum sie zu den Mahlzeiten marschieren mussten. Der militärische Drill erschien ihnen häufig übertrieben. Die Mädchen – während der Zeit des Lehrgangs mit Schülerinnen aus einer anderen Schule in Ferienobjekten untergebracht – sagten, sie hätten keine Uniformen, dafür die FDJ-Bluse getragen und ebenfalls Schwierigkeiten mit dem Entgegennehmen von Befehlen und dem paramilitärischen Ordnungssystem gehabt. Die meisten der jungen Schüler assoziierten mit dem praktischen Wehrunterricht gemischte Gefühle.²⁶⁴¹

Von ihren Erfahrungen im Rahmen des Wehrunterrichts sollten die Jugendlichen noch einmal in der zehnten Klassenstufe profitieren. Ab den Winterferien 1980 bildeten die „Tage der Wehrbereitschaft“ laut dem Ministerium für Volksbildung „einen Höhepunkt in der „Woche der Waffen-

2639 Vgl. Einschätzung der Einführung des Wehrunterrichts mit Beschlussvorschlägen an das Sekretariat des ZK der SED, in: BArch, DR 2/50471, Bl. 6; vgl. Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik. Ministerium für Nationale Verteidigung. Ministerium für Volksbildung (Hrsg.) 1977, S. 5.

2640 Vgl. Information über die Durchführung der Wehrausbildung im Lager und des Lehrgangs Zivilverteidigung für die Schüler der Klasse 9 im Schuljahr 1985/1986. Entwurf, in: BArch, DR 2/50471, Bl. 2.

2641 Vgl. Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR/Abteilung Soziologie des Bildungswesens (Hrsg.) 1983, S. 25 u. S. 110-113.

brüderschaft“²⁶⁴², die mit dem „Marsch der Waffenbrüderschaft“ endete.²⁶⁴³ In Wettstreiten maßen sich alle zehnten Klassen einer Schule, einer Stadt oder eines Kreises im Marschieren, in Erster Hilfe und militärischen Übungen. Aus Sicht der Staatsführung erbrachten die Schüler dadurch den Beweis, wie ernst es ihnen mit der persönlichen Bereitschaft bei einem möglichen Krieg war.²⁶⁴⁴ Anders als beim Lehrgang und im Wehrlager trugen diese bei den „Tagen der Wehrbereitschaft“ keine Uniformen.²⁶⁴⁵ Während der Wehrunterricht in all seinen Facetten die Anforderungen an die Schüler verstärkte, sich zu jeder Zeit und an jedem Ort regelkonform und anständig zu verhalten, d. h. wehrbereit und diszipliniert aufzutreten, bemühten sich die Kirchenleitungen um Schadensbegrenzung. Denn meist verweigerten religiöse Jugendliche den Wehrunterricht. Damit waren sie in der absoluten Minderheit.

Durch die Integration der sozialistischen Wehrerziehung in den regulären Unterricht, wegen der im Vergleich zu den 1960er Jahren früher einsetzenden Bewertung für die weitere schulische Laufbahn bzw. aufgrund der bevorstehenden Zeugnisse und des politischen Drucks in der Schule war es kaum möglich, den Wehrunterricht ohne Sanktionen zu umgehen.²⁶⁴⁶ Nur wenige hunderte Jugendliche sahen von einer Teilnahme ab. Im Jahr 1979 verweigerten in Ostberlin elf Schüler, 1980/81 von über 30.000 etwa 20. Insgesamt entsagten in den ersten drei Jahren rund 400 Neunt- und Zehntklässler (weniger als 0,2 Prozent) dem Wehrunterricht, meist Kinder von Ausreiseantragstellern oder Pastoren.²⁶⁴⁷ Nach Informationen des Volksbildungsministeriums blieben dem Wehrunterricht im Schuljahr 1979/80 knapp 200 Neuntklässler (0,08 Prozent) und den „Tagen der Wehrbereitschaft“ 185 Zehntklässler (0,07 Prozent) fern. Ähnlich

2642 Diese wurde 1962 eingeführt. Vgl. Sachse, Christian 2004 (b), S. 53.

2643 Vgl. Direktiven des Ministeriums für Volksbildung (der DDR) zur Einführung und Gestaltung des Wehrunterrichts an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen vom 1. Februar 1978, in: Henrich, Wolfgang (Hrsg.) 1978, S. 29.

2644 Vgl. Einschätzung des Wehrunterrichts im Schuljahr 1979/80 und Probleme für die weitere Gestaltung des Wehrunterrichts, in: BArch, DR 2/50471, Bl. 11 f.; vgl. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 56 vom 7. Mai 1980, in: SAPMO-BArch, DY 24/11226, Bl. 2; vgl. Blachnik, Uwe 1995, S. 281.

2645 Vgl. Koch, Michael 2011, S. 14.

2646 Vgl. Eisenfeld, Bernd 1999, S. 244; vgl. Hildebrand, Gerold 1999, S. 341; vgl. Widera, Thomas 2007, S. 48.

2647 Vgl. Bericht nach drei Jahren Wehrerziehung, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 4508 u. LAB, C REP 902/4629, pag. Bl. 13, zitiert in: Droit, Emmanuel 2014, S. 313.

gering fiel die Quote beim Lehrgang für Zivilverteidigung aus. Aus religiösen und politischen Gründen verweigerten diesen im Schuljahr 1979/80 etwa 280 Schüler (0,13 Prozent),²⁶⁴⁸ 1981/82 rund 250 und 1983 ungefähr 320 Jugendliche.²⁶⁴⁹

Anfang der 1980er Jahre registrierte das Ministerium für Volksbildung einen Prozentsatz der sich verweigernden Zehntklässler zwischen 0,08 und 0,14 Prozent.²⁶⁵⁰ Im bevölkerungsreichsten Bezirk der DDR, Karl-Marx-Stadt, wollten 1981 knapp 60 Schüler den Unterricht umgehen.²⁶⁵¹ Im Bezirk Erfurt soll es zwischen 1978 und 1989 neun Fälle von Verweigerungen gegeben haben.²⁶⁵² Im Vergleich zur Schülerschaft trauten sich ältere Jugendliche häufiger, die vormilitärische Ausbildung zu verweigern. Übersiedelte Bürger berichteten 1984 bei einer Befragung im Durchgangslager Unna-Massen, dass besonders ältere Heranwachsende die sozialistische Wehrerziehung in der DDR ablehnten.²⁶⁵³ Tatsächlich konstatierte das MfS von 1985 bis 1987 unter Lehrlingen eine Weigerungsquote von bis zu 2,4 Prozent.²⁶⁵⁴ Vor allem die Schießübungen stießen auf Vorbehalte.²⁶⁵⁵ Diese erfolgten unter strengen Sicherheitsmaßnahmen auf Schießplätzen der NVA.²⁶⁵⁶

2648 Vgl. Einschätzung des Wehrunterrichts im Schuljahr 1979/80 und Probleme für die weitere Gestaltung des Wehrunterrichts, in: BArch, DR 2/50471, Bl. 2 u. 3; vgl. Information über eine Beratung der Kommission des Ministeriums für Volksbildung zu Fragen des Wehrunterrichts am 24. November 1980, in: SAPMO-BArch, DY 24/22025, Bl. 1.

2649 Vgl. Information über die erstmalige Durchführung der Wehrausbildung im Lager und des Lehrgangs Zivilverteidigung in zwei Durchgängen im Schuljahr 1981/82, in: BArch, DR 2/50471, Bl. 1; vgl. Information über die Durchführung der Wehrausbildung im Lager und des Lehrgangs Zivilverteidigung im Schuljahr 1983/84. Vorlage vom Dezember 1984, in: ebd., Bl. 1.

2650 Vgl. Wenzel, Otto 1995, S. 98; vgl. Eisenfeld, Bernd/Peter Eisenfeld 1999 (a), S. 706.

2651 Vgl. Eltern, deren Kinder nicht am Wehrunterricht teilnehmen. Schreiben des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt vom 22. Mai 1985, in: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (Hrsg.) 1996, S. 496.

2652 Vgl. Remy, Dietmar Johannes 1999, S. 97.

2653 Im Jahr 1984 befragten die westdeutschen Forscher Wolfgang Henrich und Gottfried Linn 18 ehemalige Bürger der DDR. Ihrer Meinung nach waren die Schilderungen für die DDR-Bevölkerung repräsentativ. Vgl. Henrich, Wolfgang/Gottfried Linn 1984 (b), S. 222-238.

2654 Vgl. Eisenfeld, Bernd 1999, S. 244.

2655 Vgl. Müller, Dieter 1995, S. 346.

2656 Vgl. Geißler, Gert/Ulrich Wiegmann 1998, S. 360.

Es stellt sich noch die Frage, inwiefern die Schüler in den Wehrlagern Probleme mit dem Waffengebrauch hatten. Uwe Blachnik geht bspw. davon aus, die Auseinandersetzungen mit der Schießausbildung seien besonders hart gewesen.²⁶⁵⁷ Den Berichten des Ministeriums für Volksbildung zufolge hat es jedenfalls von 1983 bis 1989 keine „negativen Vorkommnisse“ bei der Schießausbildung gegeben. Nur in sehr wenigen Fällen scheuten die Jungen vorm Waffengebrauch zurück.²⁶⁵⁸ Im Schuljahr 1981/82 verweigerten zwar etwa 80 Jungen das Schießen, davon konnten aber rund 50 durch Gespräche noch überzeugt werden.²⁶⁵⁹ Im Schuljahr 1982/83 lehnten von 78.000 Jungen 14 ab,²⁶⁶⁰ 1983/84 von 79.000 nicht einmal 20.²⁶⁶¹ Retrospektiv erweckt es den Anschein, als hätte die Aufbewahrung von Waffen und Munition im Lager mehr Probleme bereitet als die eigentliche Arbeit mit den Jugendlichen.²⁶⁶²

In den 1980er Jahren absolvierten von über 200.000 Neuntklässlern pro Jahr durchschnittlich rund 73.400 Jungen das Wehrlager und 111.400

2657 Vgl. Blachnik, Uwe 1995, S. 284.

2658 Vgl. Information über die Durchführung der Wehrausbildung im Lager und des Lehrgangs Zivilverteidigung für die Schüler der Klasse 9 im Schuljahr 1983/84, in: BArch, DR 2/50471, Bl. 1; vgl. Information über die Durchführung der Wehrausbildung im Lager und des Lehrgangs Zivilverteidigung für die Schüler der Klasse 9 im Schuljahr 1984/85 vom 15. Juli 1985, in: ebd., Bl. 1; vgl. Information über die Durchführung der Wehrausbildung im Lager und des Lehrgangs Zivilverteidigung für die Schüler der Klasse 9 im Schuljahr 1985/1986. Entwurf, in: ebd., Bl. 2; vgl. Information über die Durchführung der Wehrausbildung im Lager und des Lehrgangs Zivilverteidigung für die Schüler der Klasse 9 im Schuljahr 1986/87, in: ebd., Bl. 1; Information über die Durchführung der Wehrausbildung im Lager und des Lehrgangs Zivilverteidigung für die Schüler der Klasse 9 im Schuljahr 1987/88, in: ebd., Bl. 1; vgl. Information über die Durchführung der Wehrausbildung im Lager und des Lehrgangs Zivilverteidigung für die Schüler der Klasse 9 im Schuljahr 1988/89, in: ebd., Bl. 2.

2659 Vgl. Information über die erstmalige Durchführung der Wehrausbildung im Lager und des Lehrgangs Zivilverteidigung in zwei Durchgängen im Schuljahr 1981/82 von 1982, in: ebd., Bl. 2.

2660 Vgl. Information über die Wehrausbildung im Lager und den Lehrgang Zivilverteidigung im Juni 1983 und Schlußfolgerungen, in: ebd., Bl. 2.

2661 Vgl. Information über die Durchführung der Wehrausbildung im Lager und des Lehrgangs Zivilverteidigung im Schuljahr 1983/84. Vorlage vom Dezember 1984, in: ebd., Bl. 1.

2662 Vgl. Einschätzung des Wehrunterrichts im Schuljahr 1979/80 und Probleme für die weitere Gestaltung des Wehrunterrichts, in: ebd., Bl. 11.

Mädchen und Jungen den Lehrgang Zivilverteidigung.²⁶⁶³ Verweigerungen blieben eine Ausnahmerecheinung. Das Volksbildungsministerium verbuchte bis 1988/89 jedes Jahr große Erfolge bei der Wehrausbildung.²⁶⁶⁴ Unter den Schülern seien Wehrfähigkeit, Wehrmotivation und die persönliche Bereitschaft zum militärischen Schutz der DDR gestiegen. Ob das Ministerium mit dieser Annahme richtiglag, ist nicht abschließend zu beantworten. Matthias Rogg erklärt: „Es scheint, als hätte der Wehrunterricht die Jugendlichen vor allem äußerlich erfasst, ohne sie innerlich zu erreichen.“²⁶⁶⁵ Außerdem schafften es die Schulen nicht, die Quoten für den militärischen Nachwuchs zu erbringen bzw. blieb der erwartete Ansturm auf das Militär aus.²⁶⁶⁶

Für die Hypothese der Erziehungsfunktionäre spricht das stabile Feindbild in den 1970er Jahren, begünstigt durch die Auffassung vieler Jugendlicher, eine deutsche Wiedervereinigung sei illusorisch und die Kriegsgefahr in den 1970er Jahren besonders durch die Bundeswehr gewachsen.²⁶⁶⁷ Das westdeutsche Feindbild verblasste erst ab Mitte der 1980er Jahre erheblich,²⁶⁶⁸ besonders unter Lehrlingen. Ältere Schüler (EOS) misstrauten den Absichten der Bundesregierung hingegen länger und stärker.²⁶⁶⁹ Wahrscheinlich auch deshalb, weil sie sich aus Dankbarkeit für die ihnen vorbehaltenen weiterführenden Bildungsmöglichkeiten der Regierung gegenüber oftmals loyal verhielten. Die EOS besuchen konnte ohnehin nur, wer die „politische“ Reife mitbrachte. Lehrlinge ließen sich aufgrund ihrer Ausbildung kaum mit Studienplätzen usw. erpressen. Ihnen war eine spätere Festanstellung in den meisten Fällen sicher, gab es doch das Recht auf Arbeit und offiziell keine jungen Arbeitslosen.

2663 Vgl. Information über die Durchführung der Wehrausbildung im Lager und des Lehrgangs Zivilverteidigung für die Schüler der Klasse 9 im Schuljahr 1985/1986. Entwurf, in: ebd., Bl. 2; vgl. Köhler, Helmut 2008, S. 128 f.

2664 Vgl. Information über die Durchführung der Wehrausbildung im Lager und des Lehrgangs Zivilverteidigung für die Schüler der Klasse 9 im Schuljahr 1988/89, in: ebd., Bl. 2.

2665 Rogg, Matthias 2008, S. 197.

2666 Vgl. Fingerle, Stephan 2001, S. 297; vgl. Geißler, Gert 2013, S. 150.

2667 Jedenfalls vermittelte der zweite Halbjahresbericht des ZIJ mit den Angaben von 520 männlichen Lehrlingen aus Rostock diesen Eindruck. Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1980: Halbjahresbericht II/1980 vom Dezember, Bl. 5.

2668 Vgl. Friedrich, Walter 1990, S. 32; vgl. Sachse, Christian 2004 (a), S. 44.

2669 Vgl. Förster, Peter 1995, S. 1267 f.

Zu welchen Ergebnissen kam die Jugendforschung? Im Oktober 1980 untersuchte das ZIJ im Bezirk Rostock die Einstellung zur Landesverteidigung von 520 männlichen Lehrlingen. Die meist 17-Jährigen hatten den ersten Durchlauf des Wehrunterrichts hinter sich und die POS erst wenige Wochen verlassen. In einem Fragebogen sollten sie angeben, welche acht Persönlichkeitsmerkmale auf sie zutreffen würden. Insgesamt meinten 80 Prozent, ihre Verteidigungsbereitschaft sei stark (rund 30 Prozent) bis sehr stark (etwa 50 Prozent) ausgeprägt. In der weiteren Bewertung bei der Option sehr stark folgten jedoch nicht der sozialistische „Klassenstandpunkt“ oder bewusste Disziplin, sondern eine sozialistische Arbeitseinstellung, kollektives Verhalten und körperliche Leistungsfähigkeit (jeweils rund 20 Prozent). Bei der Antwortmöglichkeit stark dominierten Allgemeinbildung und kollektives Verhalten (jeweils rund 70 Prozent), bei der Option schwach die vormilitärischen Kenntnisse (33 Prozent) und der sozialistische „Klassenstandpunkt“ (26 Prozent), der bei fünf Prozent sehr schwach ausgeprägt war. Das wesentliche Ergebnis dieser Studie brachte die Frage, ob die Jugendlichen die DDR im Falle eines militärischen Angriffs mit dem eigenem Leben schützen würden. Fast 80 Prozent äußerten ihre Bereitschaft, 20 Prozent schienen unschlüssig und drei Prozent verneinten.²⁶⁷⁰

Ein Vergleich zur weitgehend repräsentativen „Komplexstudie 78“ aber zeigte, schon vor Einführung des Wehrunterrichts meinten jeweils über 80 Prozent von 1.500 männlichen Lehrlingen und von 2.500 jungen Berufstätigen, sie würden ihr Leben für die Verteidigung der DDR einsetzen. Die Mehrheit äußerte diese Bereitschaft, um ihre nächsten Angehörigen zu schützen und nicht weil die DDR ein sozialistischer Staat war oder es das Gesetz verlangte.²⁶⁷¹ Was diese persönliche Bereitschaft betraf, führte der schulische Wehrunterricht weder zu einem eklatanten Anstieg noch zu einem gravierenden Rückgang. Erst ab Mitte der 1980er Jahre sank die Überzeugung merklich, die DDR mit dem eigenen Leben zu schützen. Zu dieser Zeit wurde der Wehrunterricht schon über fünf Jahre praktiziert. Von über 1.730 befragten Jugendlichen war 1986 nicht einmal mehr die Hälfte bereit, das eigene Leben im Ernstfall zu opfern. Ein Drittel von mehr als 1.000 Jungen sagte 1985, unbedingter Gehorsam und militäri-

2670 Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1981: Zur Verteidigungsbereitschaft der Jugendlichen in der DDR. Ergebnisse einer Voruntersuchung bei Lehrlingen. Diskussionsgrundlage vom Januar, Bl. 3 f. u. 7.

2671 Vgl. ebd., Bl. 7 f.

scher Drill seien für das reibungslose Funktionieren einer Armee nicht zwingend erforderlich.²⁶⁷² Michael Koch resümiert: „Erstaunlich sind die Zahlen schon allein deshalb, weil bei solchen Befragungen aus Furcht vor Konsequenzen längst nicht jeder Jugendliche seine kritische Meinung zu offenbaren wagte.“²⁶⁷³

Wenngleich das Verweigerungsverhalten beim Wehrunterricht gering ausfiel und sich nicht wenige Jungen mit echter Vorfreude freiwillig für das Wehrlager angemeldet hatten, stießen der Befehlston und der militärische Ablauf bei der praktischen Ausbildung eher auf Ablehnung. Die meisten Jugendlichen legten, wie bei der Jugendweihe, mit der Teilnahme am Wehrunterricht gewissermaßen ein wehrpolitisches Lippenbekenntnis ab.²⁶⁷⁴ Quantitativ betrachtet konnte das Ministerium für Volksbildung von der erfolgreichsten Militarisierungsmaßnahme im Schulwesen ausgehen, qualitativ gesehen schaffte es der Wehrunterricht nicht, den Negativtrend im staatsstreuen Bewusstsein unter der Jugend aufzuhalten. Spätestens in den 1980er Jahren verloren das propagierte Feindbild und der Marxismus-Leninismus an Kraft und Glaubwürdigkeit.²⁶⁷⁵

Zudem begann Ende der 1970er Jahre – Ausgangspunkt war der Protest gegen den Wehrunterricht – die erste Gründungswelle von Friedenskreisen in der DDR.²⁶⁷⁶ Mit der unter Jugendlichen beliebten Aktion Schwerter zu Pflugscharen²⁶⁷⁷ wurden die Forderungen nach einem militärischen Rückzug aus dem Zivilleben lauter. Viele junge Menschen zog es hin zur evangelischen Kirche, die in den 1970er Jahren den Anhängern der Blues-Bewegung einen Rückzugsort bot. Denn entgegen der Behauptung Erich Honeckers zum 20. Jahrestag des Mauerbaus 1981, wonach der „antifaschistische Schutzwall“ den Frieden sichere und sich „im Leben der Menschen tiefgreifende Veränderungen zum Guten vollzogen hätten“²⁶⁷⁸, fühlten sich nicht wenige Heranwachsende in ihrem Wunsch nach Freiheit und

2672 Im Jahr 1985 wurden 1.040 Jungen aus sieben Städten im Wehrlager befragt. Ein Jahr später konstatierte das ZIJ bei einer Befragung unter 1.736 Jugendlichen eine sinkende Bereitschaft unter Lehrlingen und Schülern der EOS aus Berlin, Cottbus, Erfurt, Gera, Leipzig, Magdeburg, Neubrandenburg und Potsdam. Vgl. Koch, Michael 2011, S. 15.

2673 Ebd.

2674 Vgl. Widera, Thomas 2004, S. 180.

2675 Vgl. Förster, Peter 1995, S. 1337 f.

2676 Vgl. Wunnicke, Manfred 2008, S. 116 f.

2677 Siehe dazu Kap. 6.2.3.

2678 ND vom 14. August 1981, S. 1.

selbstbestimmtem Reisen erheblich eingeschränkt. Exemplarisch dafür stand die Trammer-Kultur.

5.2.4 Nonkonformismus

5.2.4.1 Entwicklung der Jugendkultur

Die Ereignisse in Prag 1968 und das Woodstock-Festival 1969 sorgten bei ostdeutschen Jugendlichen für Sympathie, Verwirrung und Bewunderung. Während die Niederschlagung des Prager Frühlings zu einem Schlüsselergebnis vieler junger Menschen wurde, avancierte Woodstock laut Detlef Siegfried zu einem „dauerhaften Synonym für ein freies Miteinander Gleichgesinnter [...], ein Symbol für die Existenz und Utopie einer Gegenkultur, die über ihre temporäre Vergegenständlichung bei Rockfestivals hinaus als Vision eines alternativen Alltags fortwirkte“²⁶⁷⁹. Besonders viele Gedanken über Prag und Woodstock machten sich wohl jene, denen das Leben in der DDR als zunehmende Belastung vorkam. Sie suchten neue Freiräume und Rückzugsmöglichkeiten. Dabei wurden sie vom Soundtrack der X. Weltfestspiele „Ketten werden knapper“ der „Klaus Renft Combo“ begleitet.²⁶⁸⁰ So hieß es in dem Lied: „Singt für alle, die alles wagen, für die Leute in jedem Slum, wo der Gürtel um den Magen wird zum Knüttel dem reichen Mann, Ketten werden knapper und brechen sowieso [...]. Singt für alle, die alles wagen, für die Leute in Vietnam, die riskieren nicht nur ihren Kragen, die planen den braunen Schlamm.“²⁶⁸¹

Gemäß den Erwartungen der SED protestierten viele junge Menschen gegen die Unterdrückungspolitik westlicher Staaten und standen für die verordnete internationale Solidarität ein. Nach Hans-Hermann Hertle und Stefan Wolle entwickelte sich in den 1970er Jahren „eine seltsame Mischkultur aus westlicher Protesthaltung, reformsozialistischem Dissidententum und Unterwerfung unter den SED-Staat“²⁶⁸². Manch Heranwachsender, oftmals Oberschüler und Studenten, brachte mit Aufhängen vom stilisierten Freiheitskämpfer Che Guevara, dem Peace-Emblem und Applika-

2679 Siegfried, Detlef 2005 (b), S. 52.

2680 Vgl. Wurschi, Peter 2007, S. 143.

2681 Songtext „Ketten werden knapper“ der Klaus Renft Combo, zitiert in: Rauhut, Michael 2002, S. 55.

2682 Hertle, Hans-Hermann/Stefan Wolle 2006, S. 194.

tionen aus der Antiatomkraftbewegung seine politische Haltung bewusst zum Ausdruck. Andere, meist Schüler der POS, Lehrlinge und junge Arbeiter, trugen amerikanische und westliche Symbole häufig aus modischen Gründen.²⁶⁸³ Einige von ihnen fühlten sich in der DDR ebenso unfrei, wie sie es von den Menschen in Vietnam glaubten.

Christian Kunert äußert, „ein gar nicht kleiner Teil dieser Jugend“ hätte versucht, „samt Muse, Mode und Musik ganz andere Höhen zu erklimmen [...], jenseits aller staatlichen Jugendförderung, pfeifend auf die viel gerühmten sozialistischen Errungenschaften“²⁶⁸⁴. Sie hörten Bluesmusik, kleideten sich unkonventionell und orientierten sich an der amerikanisch-britischen Hippie-Bewegung mit der Intention, der kommerzialisierten Massenkultur abzuschwören. Die Szene prägte die westliche Rockkultur der späten 1960er Jahre, unter Ägide von Joan Baez, Bob Dylan oder „Lynyrd Skynyrd“.²⁶⁸⁵ In der DDR konnten sich dafür vor allem Lehrlinge und junge Arbeiter begeistern.²⁶⁸⁶ Ihnen war es im Prinzip gleichgültig, ob sie von Außenstehenden „Penner“, Trampler, Blueser, „Gammler“, Kunden²⁶⁸⁷ oder Hippies genannt wurden.²⁶⁸⁸ Sie selbst begriffen sich als Kunden, Trampler oder Blueser.²⁶⁸⁹ Sie waren keine Hippies im klassischen Sinne, die den gesellschaftlichen Ausstieg radikal vollzogen.²⁶⁹⁰

Ab den 1960er Jahren konstatierte das MfS in Berlin, Dresden, Frankfurt/Oder, Karl-Marx-Stadt, Magdeburg und Potsdam „neben den bereits bekannten Auswirkungen der westlichen Dekadenz bestimmte Formen des Einflusses der ‚Hippie‘-Bewegung“. Laut Geheimpolizei dominiere in der in Amerika und Westeuropa entstandenen Jugendkultur der Wahlspruch

2683 Das ZIJ konstatierte 1978, die Mehrzahl von 2.300 jungen Karl-Marx-Städtern hätte den Zusammenhang zwischen Mode und Politik nicht erkannt. Jeder vierte Befragte trug oftmals aus Modebewusstsein amerikanische Symbole auf seiner Kleidung. Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1978: Arbeitspapier. Empirische Untersuchungsergebnisse des ZIJ zum Problemkreis Jugend und Mode, Bl. 6 f.

2684 Kochan, Thomas/Christian Kunert 2010, S. 411.

2685 Vgl. Rauhut, Michael 2004, S. 60 u. 52; vgl. Suckow, Michael 2004, S. 39; vgl. Wurschi, Peter 2007, S. 143.

2686 Vgl. Kochan, Thomas/Christian Kunert 2010, S. 408.

2687 Mit Kunden sind in der Arbeit der Kirche nahestehende Jugendliche aus subkulturellen Milieus gemeint bzw. Trampler oder „Gammler“, welche die Veranstaltungen der Offenen Jugendarbeit besuchten.

2688 Vgl. Kochan, Thomas 2004, S. 72.

2689 Vgl. Auerbach, Thomas 2002, S. 208; vgl. Rauhut, Michael 2002, S. 74.

2690 Vgl. Hollstein, Walter 1970, S. 63; vgl. Farin, Klaus 2011, S. 42; vgl. für Einzelheiten: Siegfried, Detlef 2005 (a).

„make love – no war [sic!]“²⁶⁹¹. Ihre Anhänger würden sich an linken und pazifistischen Jugendlichen aus Westdeutschland orientieren, die desorientiert seien und der Wirklichkeit mit utopischen Vorstellungen, sexuellen Exzessen, dem Drang nach Individualismus sowie mit dem Konsum von Rauschgiften (LSD) entfliehen wollten. Ostdeutsche Hippies, mit einer Vorliebe für farbenfrohe bis grelle Kleidung und selbstgefertigten Schmuck, kombinierten für ihre Rauschzustände meist Schlafmittel mit Alkohol. Schüler experimentierten hauptsächlich mit „Schnüffeln“, dem Inhalieren von Dämpfen. Nach Beobachtungen der Geheimpolizei stand der insgesamt ungepflegt wirkende Hippie-Kult in enger Verbindung zum „Rowdytum“, der Beatmusik und anderen westlichen Lebensweisen.²⁶⁹²

Schließlich führte das MfS alle „Erscheinungsformen der Asozialität, Brutalisierung, des Gammlerunwesens und Drogenmißbrauchs“²⁶⁹³ auf den Einfluss des „Klassenfeindes“ zurück. Spätestens ab 1964 waren „Gammler“ keine Seltenheit in europäischen Metropolen. Während die Beat-Bewegung inzwischen weitreichend akzeptiert wurde, kristallisierten sich andere, kleinere Subkulturen heraus.²⁶⁹⁴ Klaus Farin schildert: „Dazu gehörten die ‚Härteren‘ unter den Jugendlichen, die sich nicht mehr für die Beatles begeisterten, sondern The Doors oder Jimi Hendrix hörten, ebenso wie diejenigen, die ihre Musik- und Modeleidenschaft (wieder) zu einem ganzheitlichen Lebensstil verdichteten.“²⁶⁹⁵ Obwohl Bluesmusik zeit-

2691 Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 8424, pag. Bl. 39.

2692 Vgl. ebd., pag. Bl. 38 f.; Jedenfalls warnte 1975 ein Berliner Arzt von der Beratungsstelle für Alkohol und Drogenkranke vor der unter Schülern beliebten Droge des „Schnüffels“ zur Erzeugung von Rauschzuständen. Vgl. Schreiben des ärztlichen Direktors der Beratungsstelle für Alkohol und Drogenkranke des Wilhelm-Griesinger-Krankenhauses an den Staatsanwalt des Stadtbezirkes Berlin-Treptow vom 30. Dezember 1975, in: Leonhardt, Gunther 1979: Fachschulabschlußarbeit. Thema: Untersuchen Sie typische Erscheinungsformen des Auftretens negativ-dekadenter Jugendlicher/Jungerwachsener in Ihrem Kreis/Bezirk und begründen Sie, wodurch diese Personen charakterisiert werden! Erarbeiten Sie [...] Konsequenzen für die differenzierte Beurteilung solcher Erscheinungen, in: BStU, MfS, Mikrofilm JHS-Nr. 799/79, Bl. 34 f. (nicht pag.) [...] = nicht eindeutig lesbar.

2693 Feststellungen zu einigen Erscheinungsformen der staatsfeindlichen Hetze, terroristischer und anderer Angriffe gegen Bürger sowie von Straftaten gegen die staatliche und öffentliche Ordnung durch jugendliche Täter bis zu 25 Jahren, vom 25. September 1974, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 1955, pag. Bl. 1.

2694 Vgl. Farin, Klaus 2011, S. 36-38.

2695 Ebd., S. 36.

gleich mit der „Beatlemania“ den Osten Deutschlands Anfang der 1960er Jahre erreicht hatte, blühte die Szene erst Mitte der 1970er Jahre sichtbar auf. Sie entwickelte sich beinahe zu einem Massenphänomen. Ende der 1960er Jahre soll es in Europa 100.000 „Gammer“ gegeben haben, davon 2.000 in der DDR.²⁶⁹⁶

Mitte der 1970er Jahre bemerkten Kulturfunktionäre und MfS eine Zunahme von Musikgruppen, die sich der offiziellen Kulturpolitik insofern widersetzen, als sie „stereotype[s] Musizieren im sogenannten ‚harten Beat‘, in unerträglicher Lautstärke [und] Textunverständlichkeit“²⁶⁹⁷ praktizierten. Auffallend mehr Beatgruppen würden sich „Gepflogenheiten des westlichen Show-Geschäftes“²⁶⁹⁸ anpassen und überwiegend Tramper die Konzerte besuchen. Das MfS beobachtete auf den Beat-Konzerten einen Zulauf von Jugendlichen, die westlichen Idolen nacheiferten, „mit asozialen Zügen [...] ihrem Äußeren nach dekadent, ihrem Wesen nach politisch negativ und kriminell gefährdet“²⁶⁹⁹. Das Ministerium für Kultur ordnete deshalb 1975 an, „wir brauchen nicht *mehr* Beat-Konzerte, sondern eine Verbesserung des Inhalts, der Qualität und der Organisation jeder Veranstaltung“²⁷⁰⁰. Der ZR der FDJ sah fortan von der Ausrichtung größerer Beat-Veranstaltungen ab.²⁷⁰¹

Dennoch entfaltete sich die Szene nach Thomas Kochan „zur vitalsten und langlebigsten Jugendkultur“²⁷⁰². Sie war laut Ilko-Sascha Kowalczuk „die wahrscheinlich komischste Erscheinung in der kleinen DDR“²⁷⁰³. Michael Rauhut beschreibt, Tramper, Blueser oder Kunden, das seien

2696 Vgl. Pelke, Else 1969: Protestformen der Jugend. Über Beatniks, Gammler, Provos, Hippies, Donauwörth, zitiert in: Suckow, Michael 2004, S. 30.

2697 Schreiben des Ministers für Kultur an die Bezirksräte für Kultur vom 18. September 1975, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 13565, pag. Bl. 3.

2698 Information über negative Auswirkungen bei Auftritten von Beatformationen und einzuleitende bzw. eingeleitete vorbeugende Maßnahmen einschließlich des Verantwortungsbereiches des Ministeriums für Kultur vom 18. September 1975, in: ebd., pag. Bl. 8.

2699 Ebd., pag. Bl. 7.

2700 Schreiben des Ministers für Kultur an die Bezirksräte für Kultur vom 18. September 1975, in: ebd., pag. Bl. 3. Hervorhebung im Original.

2701 Vgl. Information über negative Auswirkungen bei Auftritten von Beatformationen und einzuleitende bzw. eingeleitete vorbeugende Maßnahmen einschließlich des Verantwortungsbereiches des Ministeriums für Kultur vom 18. September 1975, in: ebd., pag. Bl. 9.

2702 Kochan, Thomas/Christian Kunert 2010, S. 407.

2703 Kowalczuk, Ilko-Sascha 2009 (b), S. 155.

„Teenager [gewesen], die mit Outfit und Attitüde einen besonders dicken Strich zwischen die Generationen zogen. Sie trugen die Haare länger als die Trittbrettfahrer der Beatles-Mode, Jeansanzüge und den für die Blueser später obligatorischen Parka der US-Army.“²⁷⁰⁴ Zwar fabrizierten von 1970/71 an heimische Produktionsstätten (viel zu wenige) Jeans, diese mühsam aufzutreibenden Hosen aber trug ein echter Blueser nicht.²⁷⁰⁵ Wie die meisten Jugendlichen favorisierten sie „echte“ Westjeans („Levi's 501“). Zudem ähnelten die ab 1968 in den Jugendmodeläden angebotenen Cottinohosen aus Ungarn kaum dem Original und vielen erschien das Selbbernähen nach Schnittmustern aus Zeitungen als zu aufwendig.²⁷⁰⁶

Nicht wenige junge Männer bedienten sich daher des väterlichen Kleiderschranks. Sie trugen alte Herrenhemden oder zerschlissene Nietenhosen, vorausgesetzt diese kamen dem westlichen Original nahe. Das ZIJ resümierte 1973, dass über ein Fünftel der Kleidung von Jugendlichen aus „Westpaketen“ bezogen wurde, nur fünf Prozent aus dem „Intershop“. Die Herstellung der Jeans blieb bis Ende der 1970er Jahre mangelhaft,²⁷⁰⁷ das Interesse an Mode hingegen groß.²⁷⁰⁸ Blueser kleideten sich nicht nur mit langem Haar, Bärten und Jeans. Besonders fielen sie durch den olivgrünen Parka auf, der umgangssprachlichen Studentenkutte oder Schlummerrolle.²⁷⁰⁹ Ein gewöhnlicher Anorak aus dem Fachgeschäft bildete keine Option. Als würdiger Ersatz des schwer zu bekommenden Parkas diente ein abgetragener Filzmantel. Darunter trugen sie eine Jeansjacke, ein sportliches Nicki oder ein Karohemd. Sandalen oder Jesuslatschen schmückten ihre Füße und ein selbstgenähter (Hirsch-)Beutel häufig die Schulter. Sie übernahmen Symbole westlicher Subkulturen und ergänzten ihr Outfit mit Lederbändchen, Nickelbrillen oder Schmuckstücken aus Makramee.²⁷¹⁰ Wie ihre meist 20- bis 30-jährigen Vorbilder begannen junge FDJler damit, ihr Blauhemd unter einem grünen Parka zu verstecken. Sie verwahr-

2704 Rauhut, Michael 2004, S. 52 f.

2705 Vgl. ebd., S. 56; vgl. Wolle, Stefan 1999, S. 43 f.; vgl. Fulbrook, Mary 2008, S. 89; vgl. Ohse, Marc-Dietrich 2009, S. 85.

2706 Vgl. Menzel, Rebecca 2004, S. 105; vgl. dies. 2006; vgl. dies. 2008, S. 14 f.

2707 Vgl. ebd., S. 106, 108, 113 u. 137 f.; vgl. dies. 2008, S. 15.

2708 Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1978: Arbeitspapier. Empirische Untersuchungsergebnisse des ZIJ zum Problembereich Jugend und Mode, Bl. 2-4.

2709 Zur Geschichte des Parkas: Suckow, Michael 2004, S. 25-31.

2710 Vgl. ebd., S. 24 u. 37; vgl. Kochan, Thomas 2004, S. 72 f.

ten ihre Schulbücher im Pennerbeutel und trugen Klettis oder Jesuslat-schen.²⁷¹¹

Für manchen symbolisierte das Outfit – ein Mix aus westlicher Kleidung und abgetragenen Sachen – eine Art Aufbegehren gegen die sozialistische Konsumgesellschaft, Spießertum und die Suche nach alternativen Lebensformen.²⁷¹² Wenngleich sich die Regierung in den 1970er Jahren toleranter gegenüber Langhaarigen zeigte als in den 1960er Jahren, richtig anfreunden mit der langen Haarpracht konnte sich die Einheitspartei nie.²⁷¹³ Weiterhin galt es, wie Paul Kaiser erklärt, „die angepassten von den renitenten Langhaarigen auszusondern“²⁷¹⁴. Die SED behauptete auf dem IX. Parteitag im Mai 1976, sie wende sich „entschieden gegen Herzlosigkeit und Rücksichtslosigkeit [...], gegen Heuchelei und Zynismus, gegen unwürdiges Verhalten gegenüber dem anderen Geschlecht“, und forderte auf zum „entschiedenen Kampf gegen Rechtsverletzungen, gegen asoziales Verhalten und Rowdytum sowie gegen Alkoholmißbrauch“²⁷¹⁵. Einen Monat später erklärte Egon Krenz vor dem X. Parlament der FDJ: „Wir messen einen jungen Menschen nicht in erster Linie an Äußerlichkeiten, sondern daran, wie er zur Stärkung unserer sozialistischen Heimat beiträgt und sein Leben kulturvoll gestaltet. Andererseits treten wir entschieden gegen jene wenigen auf, die versuchen, durch rowdyhaftes Verhalten, Rechtsverletzungen und Alkoholmißbrauch [...] zu stören.“²⁷¹⁶

Genau diese Verhaltensweisen unterstellten die Erziehungsfunktionäre den bluesliebenden Trampnern, die sich zu diesem Zeitpunkt längst ein überregionales Netzwerk mit Übernachtungsmöglichkeiten aufgebaut hatten. Die Tramper waren die mobilste Subkultur in der DDR. Sie fuhren per Anhalter oder mit der Eisenbahn quer durch die Republik, folgten ihren Bands, feierten Partys, propagierten die sexuelle Befreiung und gaben sich Alkohol und Drogen hin, bevor es Montag früh wieder zur Schule oder an die Werkbank ging.²⁷¹⁷ SED und Geheimpolizei störten sich vor allem an ihrer westlichen Erscheinung und ihrer Abenteuerlust, da sich Reisende

2711 Vgl. Trittel, Christina 2008, S. 5.

2712 Vgl. Menzel, Rebecca 2004, S. 129.

2713 Vgl. Rauhut, Michael 2004, S. 56.

2714 Kaiser, Paul 2004, S. 269.

2715 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1976, S. 250.

2716 Krenz, Egon 1976, S. 58.

2717 Walter Hollstein unterteilte „Gammeler“ 1970 in Freizeit-, Wochenend- und dezi-dierte „Gammeler“. Viele Beatniks legten nach Feierabend ihre Berufsbekleidung ab und „gammelten“, während andere, wohl aufgrund noch nicht beendeter

schlechter kontrollieren ließen.²⁷¹⁸ In den späten 1960er Jahren entstanden im Süden der DDR wahre Hochburgen für Trammer. Dort spielten die populären Musikgruppen in abgelegenen Kneipen und Tanzsälen.²⁷¹⁹ Thomas Kochan berichtet: „Auf den durchgelatschten Parkettböden wurde exzessiv gesoffen, wurden Parkas verscherbelt und Lizenzplatten getauscht, wurde der Blues aufgesogen und in ekstatische Choreographien umgesetzt – hier wurde die subkulturelle Gemeinschaft körperlich gefühlt und zelebriert.“²⁷²⁰

5.2.4.2 Westliche Einflüsse in der DDR

Das MfS störte sich keinesfalls nur an den Musikveranstaltungen der Blueser in ländlichen Gebieten, sondern auch an Feiern von Jugendlichen in Privatwohnungen. Es erkannte in den „Partys nach westlichem Muster“, im „Nachahmen extrem westlicher Modeerscheinungen“, in Alkoholmissbrauch und Geschlechtskrankheiten die Folgen „der westlichen Dekadenz und Unmoral“²⁷²¹. Wahrscheinlich lebten deshalb so viele Jugendliche ihre Freizeitinteressen in privaten Räumen aus, weil die kulturpolitischen Vorgaben einen ungezwungenen bzw. unpolitischen Freizeitspaß oftmals behinderten. Zwar kamen die Erziehungsfunktionäre den Bedürfnissen der Jugend insofern entgegen, als das Anfang der 1970er Jahre wie in Westdeutschland die ersten Diskotheken in der DDR eröffneten, bei den Veranstaltungen durften die staatlich geprüften und behördlich registrierten Schallplattenunterhalter jedoch nur genehmigte Titel aus sozialistischen

Schul- oder Berufsausbildungen, nur am Wochenende „gammelten“. Vgl. ders. 1970, S. 43.

2718 Vgl. Wurschi, Peter 2007, S. 155 f.

2719 Vgl. Information über negative Auswirkungen bei Auftreten von Beatformationen und einzuleitende bzw. eingeleitete vorbeugende Maßnahmen einschließlich des Verantwortungsbereiches des Ministeriums für Kultur vom 18. September 1975, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 13565, pag. Bl. 9; vgl. Kochan, Thomas 2002, S. 76; vgl. ders. 2004, S. 68 f.

2720 Vgl. ebd., S. 69.

2721 Information über Erfahrungen, Erkenntnisse und Aufgaben bei der politisch-operativen Sicherung jugendlicher Personenkreise, in: BStU, MfS, HA XX, AKG-6815, pag. Bl. 17.

Produktionen spielen, und das in moderater Lautstärke.²⁷²² Die kulturpolitische Öffnung, eingeleitet durch den Machtwechsel 1971, mündete nicht nur in einer sich allmählich etablierenden Diskokultur, sondern brachte unter Leitung des Kulturministeriums ebenso eine relativ eigenständige Rockmusik hervor.

Kurt Hager stellte im Juli 1972 klar: „Unsere Tanzmusik kann sich niemals in den Fesseln westlicher Moden, aber andererseits auch nicht in einem abgeschlossenen Treibhaus entwickeln.“²⁷²³ Bands wie „Stern-Combo Meißen“, „Puhdys“, „electra“ oder „Klosterbrüder“, die sich Ende der 1960er Jahre formiert hatten, wurden populärer und teilweise staatlich gefördert. Die Rockmusik blühte mit den X. Weltfestspielen von 1973 auf.²⁷²⁴ Vereinzelt fanden sich nun Lizenzplatten westlicher Interpreten in den Plattenläden.²⁷²⁵ Michael Rauhut erklärt: „Im Aufwind des Festivalfiebers gelangten die späteren Szene-Stars ans Licht und reiften unter der Hand des Staates zu Markenzeichen.“²⁷²⁶ Erich Honecker, den wohl keineswegs nur die meisten Intellektuellen in den 1970er Jahren mehr als Jugendfunktionär denn als Staatsmann wahrnahmen,²⁷²⁷ kultivierte, wie Martin Sabrow schildert, „ein altersunabhängiges Jugendflair, das sich habituell mit der FDJ verband“²⁷²⁸. Er präsentierte sich im Gegensatz zu seinem Vorgänger Walter Ulbricht auf Großveranstaltungen bewusst in legerer Kleidung und ließ sich mit Panama-Hut für das Titelbild der Berliner Zeitung fotografieren.²⁷²⁹

Da nimmt es wenig wunder, dass die traditionellen Aufmärsche und Jubelkundgebungen in den 1970er Jahren fortgeführt und um neue Veranstaltungsreihen für die Jugend ergänzt wurden: ab 1970 das „Festival des politischen Liedes“ mit 50.000 Besuchern (1981),²⁷³⁰ im Oktober 1970

2722 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1973 (b), § 2, Abs. 3, § 3 u. 5; vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1976 (b), § 2 u. 3.

2723 Hager, Kurt 1972, S. 46.

2724 Vgl. Wicke, Peter 1999, S. 1880.

2725 Vgl. Ohse, Marc-Dietrich 2009, S. 85.

2726 Rauhut, Michael 2002, S. 56.

2727 Vgl. Mittenzwei, Werner 2003, S. 263.

2728 Sabrow, Martin 2013, S. 84.

2729 Vgl. BZ vom 5. Juni 1979, S. 1.

2730 Vgl. Bericht über den Verlauf des 11. Festivals des politischen Liedes vom 7. bis 15. Februar 1981. Büro Paul Verner, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.036/8, Bl. 85.

das „I. Festival der Jugend der UdSSR und der DDR“ in Dresden unter dem Motto „Lernt, arbeitet und lebt im Geiste Lenins – ewige, unverbrüchliche Freundschaft zwischen der UdSSR und der DDR“ mit 70.000 FDJlern und Komsomolzen, im Oktober 1974 der Fackelzug mit 200.000 Jugendlichen in Gedenken an den Marsch von 1949²⁷³¹, im Februar 1975 das „III. Zentrale Fest der jungen Talente“ mit 500 Kindern und Jugendlichen, im Juni 1975 die „Woche der Jugend und Sportler“ mit 2.000 jungen Sportlern, im April 1976 der erste „Ball der Jugend“ im Palast der Republik mit tausend (vorbildlichen) FDJlern und im Juni 1979 das „Nationale Jugendfestival“ mit 700.000 Pionieren und Mitgliedern der Jugendorganisation, die der Parteiführung auf der Tribüne zuriefen: „SED – FDJ“ und „DDR – unser Vaterland“.²⁷³²

Anfang der 1970er Jahre versuchte die FDJ mehr Einfluss auf andere Bereiche des kulturell-künstlerischen Jugendlebens zu nehmen, nachdem der Verband 1967 damit begonnen hatte, „Werkstattwochen der Singebewegung“ zu organisieren, um die Beliebtheit sozialistischen Liedguts zu erhöhen. Von 1970 an erfolgten die ersten „Poetenseminare der FDJ“²⁷³³ in Schwerin mit etwa 100 Teilnehmern (1974). Vom 21. bis zum 28. Oktober 1972 fand die erste „FDJ-Werkstattwoche“ speziell zur Jugendtanzmusik in Frankfurt/Oder statt.²⁷³⁴ Laut einem Beschluss des Sekretariats des ZR vom Juli 1972 sei es Grundanliegen dieser „Werkstattwoche“, „den Einfluß der FDJ auf diesen wichtigen jugendpolitischen Bereich herzustellen und zu verstärken“ sowie „dazu beizutragen, die besten Leistungen von Amateur- und Berufsgruppen der DDR und der sozialistischen Länder breit zu popularisieren“²⁷³⁵.

Bei den „Werkstattwochen“ erhielten nur Musikgruppen eine öffentliche Plattform, die bereits mit dem Verband zusammengearbeitet hatten und von diesem eine Einladung erhielten, bspw. die „Klaus Renft

2731 Laut Erich Honecker begrüßten 200.000 FDJler beim Fackelzug am 11. Oktober 1949 „den soeben gegründeten ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden und seinen Präsidenten Wilhelm Pieck stürmisch.“ Ders. o. J.: Mit der Jugend für die kommunistische Zukunft, in: ders. 1980, S. 331.

2732 Vgl. ebd., S. 337; vgl. Jahnke, Karl Heinz u. a. 1978, S. 273 f., 342, 350, 357 f. u. 371; vgl. ders. u. a. 1982, S. 644.

2733 Vgl. für Einzelheiten: Reitel, Axel 2006, S. 63; ders. 2007, S. 80.

2734 Vgl. Art. Werkstattwochen, in: Ebert, Horst u. a. (Hrsg.) 1975, S. 306.

2735 Beschluß des Sekretariats des Zentralrates der FDJ zur Werkstattwoche „Jugendtanzmusik“ vom 20. Juli 1972, in: Wicke, Peter/Lothar Müller (Hrsg.) 1996, S. 202.

Combo“, „Thomas Natschinski und seine Gruppe“ oder die „Uwe-Schikorra-Combo [sic!]“²⁷³⁶. Im nicht öffentlichen Teil der „Werkstattwochen“ diskutierten die delegierten Musiker unter Leitung einer Beratergruppe über die künftige Ausgestaltung der Jugendtanzmusik. Sie sollte im sozialistischen Sinne an die Interessen der Jugend anknüpfen. Die „Werkstattwochen“ endeten mit Tanzveranstaltungen, Diskussionsrunden in FDJ-Grundorganisationen und mit der Auszeichnung der besten Gruppen bzw. Musiktitel.²⁷³⁷ Es versammelten sich bei den Workshops aber nicht nur Amateur- und Berufsmusiker, vielmehr plante die FDJ, ihre eigene „Singebewegung“ verstärkt zu fördern. Laut Egon Krenz sei diese „unvorstellbar ohne ihre Singebewegung“ und deren „kraftvolle[...] Jugend- und Arbeiterlieder“²⁷³⁸.

Tatsächlich brachte die „Singebewegung“, wie Olaf Leitner konstatiert, neben jungen Talenten besonders für die Rockmusik tragende Organisationsstrukturen hervor.²⁷³⁹ Während an der „VIII. Zentralen Werkstattwoche der FDJ-Singeklubs“ in Magdeburg im Oktober 1975 noch 550 Liedermacher und Angehörige der Klubs teilnahmen,²⁷⁴⁰ zählte die „Werkstattwoche“ in Cottbus im Juli 1976 etwa 20 „FDJ-Singeklubs“ und über 620 Sänger. Zum Programm gehörten fast 100 Veranstaltungen, darunter 20 öffentliche Auftritte von Musikgruppen. Sie trugen vor 10.000 meist jungen Menschen insgesamt mehr als 290 Lieder vor, darunter mehr als 120 neue Titel. Von diesen Neuerscheinungen erwählte der ZR bzw. eine Beratergruppe 75 Titel zur kommerziellen Weitervermarktung.²⁷⁴¹

Die SED nahm das Engagement der FDJ wohlwollend zur Kenntnis. Sie würdigte die „beachtliche Entwicklung des Jugendtanzes“. Aus ihrer Sicht war es in der Vergangenheit bei weniger niveauvollen Jugendtanzveranstaltungen häufig zu Auseinandersetzungen mit staatlichen Organen gekommen. Dennoch gebe es nach wie vor „bei einer Reihe von Beatformationen negative Erscheinungen“. Der Anhang dieser Gruppen trete „mit auffälligem, extremem Äußeren, oft lautstark und flegelhaft, teilweise pro-

2736 Ebd., S. 204.

2737 Vgl. ebd., S. 204 f.

2738 Krenz, Egon 1976, S. 57.

2739 Vgl. Leitner, Olaf 1983, S. 156.

2740 Vgl. Jahnke, Karl Heinz u. a. 1978, S. 364.

2741 Vgl. Information über Ereignisse der 9. Werkstattwoche der FDJ-Singeklubs im Bezirk Cottbus vom 22. Juli 1976. Büro Paul Verner, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.036/7, Bl. 1 f.

vokatorisch in Erscheinung“ und falle durch „asoziales, rowdyhaftes und dekadenes Verhalten“²⁷⁴² auf. Folglich müssten „unter den Beatgruppen weitere Verbündete“²⁷⁴³ gesucht werden. Trotz der Ambitionen der FDJ-Kulturfunktionäre, die Tanzmusik für Jugendliche authentischer wirken zu lassen, indem Musiker die „für unsere sozialistische Gesellschaft typischen Lebenshaltungen, den Gefühls- und Gedankenreichtum der im Sozialismus aufgewachsenen Jugendlichen künstlerisch gestalten“²⁷⁴⁴ sollten, erfreuten sich besonders jene Musikgruppen großer Beliebtheit, die den kulturpolitischen Vorgaben widersprachen.²⁷⁴⁵

Obwohl Egon Krenz 1981 propagierte, bei vielen Jugendlichen seien „solche Titel beliebt, in denen eine schöne und kluge Haltung zu unserem Leben eingenommen wird“ und „daß das Notenbild und unser Weltbild übereinstimmen“²⁷⁴⁶, schnitten Lieder der „Singebewegung“ im Vergleich zu Schlager-, Stimmungs- und Beatmusik unter jungen Arbeitern schlechter ab. Selbst Blas- und Marschmusik oder Operetten schienen beliebter zu sein als die politischen Kampflieder, die auch bei Schülern und Studenten auf mittelmäßiges Interesse stießen.²⁷⁴⁷ Noch weniger beeindruckt von der Idee, über staatliche Förderung von bekannten Bands und über Nachwuchsprogramme der FDJ eine eigene sozialistische Rockkultur in der DDR zu etablieren, zeigten sich die Blueser.

Ihnen erschien die staatliche Fürsorge suspekt. Nach Meinung Peter Wurschis waren die Konzerte für sie „nichts weiter als der Versuch, ihre Subkultur zu verstaatlichen“²⁷⁴⁸. Die neue Rockszenen musste ihnen geradezu absurd vorkommen, wenn ausgerechnet das Sekretariat des ZK den

2742 Standpunkt und Maßnahmen zur Verstärkung der politisch-ideologischen und künstlerischen Einflußnahme auf die Entwicklung der Beat-, Schlager- und Tanzmusik, des Jugendtanzes vom 1. Oktober 1975. Büro Paul Verner, in: ebd., Bl. 2.

2743 Ebd., Bl. 5.

2744 Beschluß des Sekretariats des Zentralrates der FDJ zur Werkstattwoche „Jugendtanzmusik“ vom 20. Juli 1972, in: Wicke, Peter/Lothar Müller (Hrsg.) 1996, S. 203.

2745 Vgl. Wurschi, Peter 2007, S. 146-148.

2746 Krenz, Egon 1981: Rechenschaftsbericht des Zentralrats der FDJ an das XI. Parlament der Freien Deutschen Jugend. Die Verantwortung der Jugend bei der Weiterführung der sozialistischen Revolution in der DDR und die Aufgaben der FDJ nach dem X. Parteitag der SED, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) ca. 1981, S. 59.

2747 Vgl. Hanke, Helmut 1979, S. 90.

2748 Wurschi, Peter 2007, S. 151.

„Tanz- und Beatformationen“ 1976 insgesamt Bemühungen „im Sinne einer sozialistische[n] Kulturpolitik“ zusprach und sie für die „Ausprägung eines eigenen Profils unserer Tanzmusik“ und wegen ihrer „politisch engagierte[n] Titel“²⁷⁴⁹ lobte. Blueser konnten mit dem staatlich verordneten Musikangebot und dem politisch genehmen Freizeitspaß wenig anfangen. Sie mieden Diskotheken und orientierten sich lieber an originalen westlichen Blues- und Rockbands.²⁷⁵⁰ Sie profitierten im Taumel der Weltfestspiele mehr von der Freiheit für Kulturschaffende aus Film und Literatur.

Wie viele junge Menschen begeisterten sie sich für Filme wie „Blutige Erdbeeren“²⁷⁵¹ (1970), der die amerikanische Studentenrevolte 1968 behandelte, und vor allem für Bücher, die sich mit dem Leben im Sozialismus kritisch auseinandersetzten.²⁷⁵² Gemäß Antonia Grunenberg behandelten etliche Werke ab den 1970er Jahren, z. B. „Karen W.“ (1974) von Gerti Tetzner oder „Unvollendete Geschichte“ (1975) von Volker Braun, dasselbe Thema: „Ein junger Autor soll von den Institutionen so zugerichtet werden, daß er freiwillig zum Opportunisten wird.“²⁷⁵³ Tramper reichten Reiner Kunzes „Die wunderbaren Jahre“ – 1976 nur in der Bundesrepublik erschienen – heimlich untereinander weiter und nahmen „Die neuen Leiden des jungen W.“ (1973) von Ulrich Plenzdorf oft im Hirschbeutel mit auf ihre Reisen. Denn wenn sich die Blueser, meist junge Industriearbeiter aus den südlichen Bezirken der DDR, nicht in den Zentren der Szene um das sächsische Karl-Marx-Stadt und die thüringische Peripherie herum bewegten,²⁷⁵⁴ zog es sie häufig zu Jazz- und Bluesfestivals in sozialistische Nachbarländer.²⁷⁵⁵

2749 Beschluß des Sekretariats des ZK der SED zu den Vorkommnissen während der 1000-Jahrfeier der Stadt Altenburg vom 8. September 1976, in: Wicke, Peter/Lothar Müller (Hrsg.) 1996, S. 211.

2750 Vgl. Wurschi, Peter 2007, S. 150.

2751 In Plauen stimmten Jugendliche bei einer Auseinandersetzung mit der Polizei Lieder aus dem Film an, z. B. „We shall overcome“. Vgl. Ehring, Klaus/Martin Dallwitz 1982, S. 93.

2752 Vgl. Wiedemann, Dieter/Hans Stiehler 1988, S. 119; vgl. Wolle, Stefan 2001, S. 46.

2753 Grunenberg, Antonia 1989, S. 233.

2754 Vgl. Kochan, Thomas 2004, S. 70-73.

2755 Vgl. Politisch-operativ bedeutsame Fakten im Zusammenhang mit dem Auftreten von Trampnern anlässlich der 1000-Jahr-Feier der Stadt Altenburg in der Zeit vom 9. bis 11. Juli 1976. Bericht O/27 a vom 20. August 1976, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5521, Bl. 1-12.

Während sich sonst viele von ihnen laut Thomas Kochan „frustriert, genervt und unzufrieden [zeigten]; Maulerei und Nörgelei gaben in der Szene der Ton an“²⁷⁵⁶, war der Spaß am Reisen das, was für alle zählte. Trampler brachen zu ihren Reisen häufig in losen Gruppen auf und nutzten neben öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln die Möglichkeit, als Anhalter mitgenommen zu werden (daher der Begriff Trampler²⁷⁵⁷). Nach Darstellung des MfS folgten sie, am Reiseziel angekommen, einem „Rädelführer“, fielen durch unangepasstes Verhalten in Form von Provokationen und „Rowdytum“ auf und gefährdeten die öffentliche Ordnung.²⁷⁵⁸ So berichtete die ostdeutsche Geheimpolizei 1981, in der Tschechoslowakei und in Polen hätten sich Trampler rücksichtslos und rüpelhaft benommen und versucht, Kontakte in westliche Staaten zu knüpfen.²⁷⁵⁹

Nach deren Analyse zeigten die Jugendlichen bei sportlichen oder kulturellen Veranstaltungen im Ausland gemeinsam mit westdeutschen Touristen demonstrative Geschlossenheit. Sie würden sich bei Motorradrennen (1980/81) im tschechischen Brünn (Brno) oder beim Schwarzbierfest in Prag (1981) gern als Außenseiter der Gesellschaft darstellen.²⁷⁶⁰ Es erhebt sich die Frage, woran die Mitarbeiter ostdeutsche Trampler im Ausland vor der Observation erkannten, entsprachen doch Jeans und lange Bärte vielerorts dem modischen Zeitgeist. Zunächst charakterisierte das MfS die „negativ-dekadenten“ Blues-Fans als Trampler oder „Penner“ wegen ihres – vermeintlich – ungepflegten Äußeren. IM erkannten Blueser nicht nur an langen Haaren, Bärten, der Westjeans oder dem Parka, son-

2756 Kochan, Thomas 2002, S. 83.

2757 Der Begriff Trampler stammte laut dem Duden der DDR aus den USA. Er bezeichnete umherziehende Gelegenheitsarbeiter. Mit Trampen waren Wanderungen übers Land bzw. das Anhalten von Fahrzeugen gemeint. Vgl. Art. Tramp u. trampen, in: Klien, Horst (Hrsg.) 1972, S. 480.

2758 Vgl. Trampler, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 14171, pag. Bl. 16.

2759 Vgl. Analyse der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen vom 10. Februar 1981, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 11 u. 21 f.

2760 Vgl. Zusammengefaßter Bericht über Erfahrungen und Erkenntnisse bei der operativen Bearbeitung von negativ-dekadenten sowie kriminell gefährdeten Personen im Zusammenhang mit dem Besuch von Sportveranstaltungen im sozialistischen Ausland vom 21. August 1981, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3208, pag. Bl. 190 u. 192 f.

dern auch an deren Gepäck. Decken, Tornister und Schlafsäcke konnten Anzeichen für spontanes Reisen und längere Aufenthalte sein.²⁷⁶¹

Laut MfS unterschieden sich Trampler, die allesamt das Ausland mit geringem finanziellen Aufwand besuchen wollten, in zwei Kategorien: Die einen gingen einer geregelten Arbeit nach, die anderen nicht und widersprachen damit der Vorstellung einer fleißigen und parteiloyalen, sozialistischen Persönlichkeit.²⁷⁶² Zwar bestritt keinesfalls jeder Blues-Fan sein Leben als Trampler oder „Gammler“, aber jeder Blueser, Trampler, „Gammler“, Kunde oder Hippie galt als Sympathisant des „Klassenfeindes“ und somit als potentieller Ruhestörer. Jene, die zudem durch Müßiggang und „Arbeitsscheue“ auffielen bzw. ihr Leben selbstbestimmt gestalten wollten, mussten mit Sanktionen rechnen. Die Zugehörigkeit zur Blues-Bewegung trug bekennenden Charakter. Gemäß Peter Wurschi wurden „die Trennlinien zwischen den subkulturell orientierten Jugendlichen und den Vertretern des Mainstream[s] deutlicher“²⁷⁶³. Während Kulturbehörden und FDJ versuchten, mit ihrer Jugendtanzmusik „die Herzen und Hirne der Jugendlichen“²⁷⁶⁴ zu erreichen, ließen sich doch dadurch mehr Mitglieder gewinnen, stiegen Bands wie die „Klaus Renft Combo“ und Musiker ohne staatliche Unterstützung, etwa „Engerling“, „Monokel“, „Freygang“ oder „Travelling Blues“, zu Szenegrößen auf.²⁷⁶⁵

Da sich die Blues-Bewegung von den Angeboten des Jugendverbandes fernhielt und die kommerzielle musikalische Massenkultur verschmähte, kam es zu einer starken Vernetzung der Trampler. Sie waren aufeinander angewiesen. Wie andere Jugendliche trafen sie sich oftmals in Wohnungen, in denen sie Partys feierten und den nächsten Trip planten. Fast jede Woche brachen sie auf, manchmal ohne ein genaues Ziel. Meist zog es sie

2761 Vgl. Trampler, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 14171, pag. Bl. 16; vgl. Übersicht über Erscheinungsformen neg.-dek. Jugendlicher in der DDR. Kategorisierung von Jugendlichen, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6098, Bl. 245 (nicht pag.).

2762 Vgl. Forschungsergebnisse zum Thema „Die politisch-operative Bekämpfung des feindlichen Mißbrauchs gesellschaftswidriger Verhaltensweisen Jugendlicher“ vom Februar 1981, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, BdL, Nr. 251, Bl. 28 f. (nicht pag.).

2763 Wurschi, Peter 2007, S. 146.

2764 Beschluß des Sekretariats des ZK der SED zu den Vorkommissionen während der 1000-Jahrfeier der Stadt Altenburg vom 8. September 1976, in: Wicke, Peter/Lothar Müller (Hrsg.) 1996, S. 204.

2765 Vgl. Rauhut, Michael 2002, S. 64 f.; vgl. Kochan, Thomas/Christian Kunert 2010, S. 407 f.

in die thüringische Einöde. Dort spielten die beliebten Kapellen in abgelegenen Kneipen und Gaststätten, in denen sich die Wirte wenig um die Vorgaben aus dem entfernten Berlin scherten, wie „niveauvoll“ eine Tanzveranstaltung zu sein hatte. Oftmals war das über Mundpropaganda bekannt gewordene Konzert zu Ende, bevor die Kulturämter etwas davon wussten. Vorübergehende Schließungen von einschlägig bekannten Etablissements hielten die Jugendlichen nicht davon ab, sich andere Lokalitäten zu suchen.²⁷⁶⁶ Neben Konzerten und Musikfestivals inner- und außerhalb der DDR besuchten sie mit Vorliebe regelmäßig regionale Veranstaltungen und Stadtfeste, auf denen Musikgruppen wie die „Hansi Biebl Band“ (Berlin), „Generator“ (Dresden) oder „Karussell“ (Leipzig) spielten und bei denen es nicht immer friedlich blieb.²⁷⁶⁷ Die bekanntesten Zwischenfälle ereigneten sich auf dem Altenburger Stadtfest im Spätsommer 1976, auf dem Erfurter Pressefest 1978 und beim alljährlichen Faschingstreiben in Wasungen.²⁷⁶⁸

So wie sich die Szene ab Mitte der 1970er Jahre begann auszuweiten, das MfS mehr Auseinandersetzungen mit „Gammlern“ registrierte und daraufhin die „Zersetzungsarbeit“ intensivierte, so sehr straffte die SED wieder die Zügel im Kulturbetrieb.²⁷⁶⁹ Im Oktober 1976 wurde der nicht nur unter Trampeln beliebte Literat Reiner Kunze aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen. Laut der ZAIG herrschte „in Kreisen *Kunze*-freundlicher Schriftsteller reges Interesse am Sachverhalt und an der Objektivität des Ausschlusses“²⁷⁷⁰. Der Großteil der Schriftsteller hätte die

2766 Vgl. Berichterstattung gemäß Befehl 11/66 des Genossen Minister – Analyse Jugend 1977 vom 14. Februar 1978, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 5, pag. Bl. 283; vgl. Analyse der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen vom 1. Januar 1982, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 41; vgl. Rauhut, Michael 1999, S. 1802; vgl. ders. 2004, S. 59 f.; vgl. Wurschi, Peter 2007, S. 157.

2767 Vgl. Verhinderung von Störungen zur 750-Jahrfeier der Stadt Wernigerode durch negativ-dekadente Jugendliche vom 15. Juni 1979, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6104, pag. Bl. 60.

2768 Vgl. für Einzelheiten: Schönfelder, Jan 2004; Weißbrodt, Daniel 2004.

2769 Vgl. Mittenzwei, Werner 2003, S. 263, 273 u. 292.

2770 Information Nr. 765/76 über Reaktionen verschiedener Schriftsteller der DDR zum Ausschluss Reiner Kunzes aus dem Schriftstellerverband der DDR vom 9. November 1976, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2593, Bl. 1-4. Hervorhebung im Original.

Entscheidung der Parteiführung akzeptiert.²⁷⁷¹ Für ein größeres Echo sorgte der Eklat um Wolf Biermann,²⁷⁷² der unter Jugendlichen laut dem MfS wegen seiner „antisozialistischen Texte“²⁷⁷³ äußerst beliebt schien. Im September 1976 trat er trotz Berufsverbot in der Prenzlauer Nikolaikirche vor 300 meist Jugendlichen auf, die ihn bei seinem Lied über Che Guevara lautstark aufleben ließen.²⁷⁷⁴

Es liegt die Vermutung nahe, mehr als die politische Person Wolf Biermann brannte sich dessen Ausbürgerung ins Bewusstsein der jungen Generation. Die Wut über den Umgang der Staatsmacht mit dem Protestkünstler entlud sich am 7. Oktober 1977 bei Zusammenstößen mit der Volkspolizei auf einem Rockkonzert, als junge Menschen skandierten: „Honecker raus – Biermann rein“.²⁷⁷⁵ Am 16. November 1976 entließ das Politbüro den Lyriker und Songtexter nach einem Konzert in Köln aus der Staatsbürgerschaft, auf dem er sich fast „melancholisch zum Sozialismus bekannte“²⁷⁷⁶. Viele Bürger verfolgten das Konzert im Fernsehen.²⁷⁷⁷ Seiner Ausbürgerung waren, wie Johannes Hürter beschreibt, mehrere ideologische Grenzüberschreitungen, wie das Konzert im September 1976, vorausgegangen,²⁷⁷⁸ obgleich er Privilegien wie Reisen nach Westdeutschland genoss. Für die SED folgten unerwartete Proteste von Kulturschaf-

2771 Vgl. Information Nr. 789/76 über weitere Reaktionen zum Ausschluss Reiner Kunzes aus dem Schriftstellerverband der DDR vom 15. November 1976, in: ebd., Bl. 5-12.

2772 Vgl. für Einzelheiten: Berbig, Roland (Hrsg.) 1994; Liebermann, Doris 2006.

2773 Information über Erfahrungen, Erkenntnisse und Aufgaben bei der politisch-operativen Sicherung jugendlicher Personenkreise vom 8. Juli 1976, in: BStU, MfS, HA XX, AKG-6815, pag. Bl. 70.

2774 Vgl. Informationen über das Auftreten von Wolf Biermann am 11. September 1976 in der Nikolaikirche in Prenzlau. Bericht O/28, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5522, Bl. 5-9.

2775 Vgl. Bericht über die Ergebnisse der zur Aufklärung der Vorkommnisse während des Volksfestes am 7.10.1977 in der Hauptstadt der DDR geführten Untersuchungen vom 10. Oktober 1977, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 9105, pag. Bl. 24.

2776 Benner, Dietrich/Herwart Kemper 2005, S. 203.

2777 Eine ausführliche Begründung aus systemimmanenter Sicht liefert folgender Bericht: Information zur Charakterisierung Wolf Biermanns und seines feindlichen Wirkens vom 28. November 1976. Bericht O/53, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5524, Bl. 1-16.

2778 Vgl. Hürter, Johannes 2008, S. 294 u. 301.

fenden aus Ost und West.²⁷⁷⁹ Wolf Biermann hatte „eine wichtige Funktion als Indikator freien Geistes in der DDR. Seine ungebrochene Stimme aus der Chausseestraße 131 gab in Ost und West einen Anhaltspunkt auf einen besseren Sozialismus“²⁷⁸⁰, so Hürter weiter.

Doch wie bei Reiner Kunze zeigten nicht wenige parteiloyale Künstler Verständnis für die staatliche Vorgehensweise.²⁷⁸¹ Die Masse der Bevölkerung ließ die Abschiebung gemäß Eckhard Jesse ohnehin „kalt“²⁷⁸². Hubertus Knabe hingegen schreibt von zahllosen Protestbriefen und Eingaben gegen die Ausbürgerung.²⁷⁸³ Auch das MfS konstatierte, die Mehrheit der Bevölkerung nehme von der Ausbürgerung kaum Notiz. Nur aus dem studentischen Lager, von der medizinischen und technischen Intelligenz oder von Mitarbeitern aus Kultureinrichtungen erklangen Stimmen, die DDR entledige sich nun auf diese Weise kritischer Personen und mache sich damit lächerlich.²⁷⁸⁴ Obwohl die Geheimpolizei vermutete, es seien vor allem christliche, leistungsstarke Jugendliche sowie linksradikale Studenten gewesen, die sich mit der staatlichen Entscheidung nicht einverstanden erklärten,²⁷⁸⁵ wurden kurz nach der Abschiebung Biermanns 55 Ermittlungsverfahren meist gegen Lehrlinge und junge Arbeiter eingeleitet.²⁷⁸⁶

Drei Tage nach dessen Ausbürgerung verkündete die FDJ in einer Information, seine Entlassung aus der Staatsbürgerschaft sei richtig gewesen.

2779 Vgl. Information Nr. 796/76 über erste Reaktionen von Biermann und dessen Verbindungen in der DDR nach Veröffentlichen der ADN-Meldung über die Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR für Biermann vom 17. November 1976, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2623, Bl. 1-9; vgl. Wilke, Manfred 2002, S. 29 u. S. 32-34; vgl. Florath, Bernd 2006, S. 43.

2780 Hürter, Johannes 2008, S. 303.

2781 Vgl. Information Nr. 798/76 über weitere Reaktionen von Biermann, dessen Verbindungen und anderen Kulturschaffenden in der DDR zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR für Biermann, vom 18. November 1976, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2623, Bl. 10-18.

2782 Jesse, Eckhard 2015 (b), S. 21.

2783 Vgl. Knabe, Hubertus 1995, S. 82.

2784 Vgl. Information über erste Reaktionen der Bevölkerung der DDR zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR des Wolf Biermann vom 18. November 1976. Bericht O/32, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5523, Bl. 1-4.

2785 Vgl. Analyse der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen vom 10. Februar 1981, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 22 f.

2786 Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-9378, Bd. II, pag. Bl. 24.

Der ZR behauptete, viele junge Arbeiter empfanden die Sanktionen des Staates als „noch zu human“²⁷⁸⁷. Im Gegensatz zu Studenten hätten viele junge Arbeiter, Bauern, Lehrlinge und Schüler bis zur besagten Ausweisung wenig über ihn gewusst.²⁷⁸⁸ Am selben Tag kam die ZAIG zu einer ähnlichen Einschätzung: Die Mehrheit der Bevölkerung würde die Entscheidung begrüßen, hingegen sich Ausreiseantragsteller bestärkt fühlen, mit der nötigen Geduld und Beharrlichkeit das Land ebenfalls bald verlassen zu können.²⁷⁸⁹ Bis zum 22. November 1976 ermittelten MfS und Volkspolizei im Zuge der Biermann-Proteste wegen „staatsfeindlicher Hetze“ und „Staatsverleumdung“ gegen mindestens 18 Personen.²⁷⁹⁰

Infolge der Biermann-Ausbürgerung kehrten nicht wenige Kulturschaffende der DDR ab 1976 physisch und psychisch den Rücken. Einige wurden noch Jahre später aus dem Schriftstellerverband der DDR ausgeschlossen und nach ihrer Übersiedlung in die Bundesrepublik weiter vom MfS observiert. Die Wünsche der daheimgebliebenen Künstler nach reformfähigen und freiheitlichen Kunstdebatten versiegten. Auch unter großen Teilen der Bevölkerung setzte diese Erkenntnis bald ein.²⁷⁹¹ Das Interesse der Jugend an Wolf Biermanns Texten und Schallplatten verstärkte sich nach seiner Ausbürgerung. Wie viele junge Menschen sich an den Protestaktionen vom November 1976 beteiligt hatten, ist kaum zu rekonstruieren. Robert Grünbaum schreibt von mutigen Einzelaktionen alleror-

2787 Information vom 19. November 1976. Büro Paul Verner, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.036/8, Bl. 27.

2788 Vgl. ebd.; vgl. Suckut, Siegfried 2007, S. 110; vgl. Wurschi, Peter 2014, S. 27.

2789 Vgl. Information über weitere Reaktionen der Bevölkerung der DDR zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR des Wolf Biermann vom 19. November 1976, Bericht O/33, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5523, Bl. 5-8.

2790 Vgl. Information über Straftaten von Bürgern der DDR im Zusammenhang mit der Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR von Biermann, der „Gemeinsamen Erklärung“ und weiteren feindlich-negativen Aktivitäten, vom 22. November 1976. Bericht O/34, in: ebd., Bl. 9-12.

2791 Vgl. Information Nr. 636/77 über die Situation und soziale Lage ehemaliger Kulturschaffender der DDR, die in die BRD, nach Westberlin und andere kapitalistische Staaten übergesiedelt sind bzw. von Auslandsaufenthalten nicht wieder in die DDR zurückkehrten, vom 19. Oktober 1977, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2746, Bl. 1-29; vgl. Emmerich, Wolfgang 2000, S. 252 f. u. 257; vgl. Mittenzwei, Werner 2003, S. 291; vgl. Hürter, Johannes 2008, S. 294 u. S. 301-305.

ten und spontanen Zusammenschlüssen meist junger Menschen. Oftmals mussten sie ihr Engagement mit Haftstrafen bezahlen.²⁷⁹²

Das MfS riet bei jugendlichen „Tätern“ zu erzieherischen Maßnahmen bzw. Ordnungsstrafen, kontaktierte Arbeitskollegen wie Eltern und intensivierte die Überwachung von Sympathisanten des Liedermachers.²⁷⁹³ Christian Sachse erklärt dazu, „die repressiven Reaktionen auf den jugendlichen Protest“²⁷⁹⁴ seien drastischer ausgefallen als bei den publik gewordenen Protesten von Künstlern. Ähnlich verhielt es sich mit dem kirchlichen Widerstand. Jugenddiakone wie Thomas Auerbach, der sich gemeinsam mit fast 60 Mitgliedern der Jungen Gemeinde in Jena mit einer Unterschriftensammlung gegen die Ausbürgerung aussprach und den Pfarrer der evangelischen Kirche in Meerane, Michael Wagner, für die Resolution gewann, mussten sich ebenso vor leitenden Kirchengremien verantworten wie sechs Pfarrer aus Halle, die sich in einem Brief an den Staatsratsvorsitzenden bestürzt über die Ausbürgerung geäußert hatten. Evangelische und katholische Würdenträger lehnten im November 1976 eine Stellungnahme zur Ausbürgerung Wolf Biermanns nach Information der ZAIG ab. Sie hatten Sorge um eine weitere Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche.²⁷⁹⁵

Der Tod des Pfarrers Oskar Brüsewitz im August 1976 war noch nicht lang her. Der evangelische Geistliche hatte sich am 18. August 1976 vor

2792 Vgl. Information über Erfahrungen, Erkenntnisse und Aufgaben bei der politisch-operativen Sicherung jugendlicher Personenkreise vom 1. August 1977, in: BStU, MfS, HA XX, AKG-6815, pag. Bl. 85; vgl. Grünbaum, Robert 2006, S. 42-47.

2793 Vgl. Information über Straftaten von Bürgern der DDR im Zusammenhang mit der Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR von Biermann, der „Gemeinsamen Erklärung“ und weiteren feindlich-negativen Aktivitäten, vom 22. November 1976. Bericht O/34, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5523, Bl. 9-12.

2794 Sachse, Christian 2014, S. 220.

2795 Vgl. Information Nr. 811/76 über Aktivitäten kirchlicher Personenkreise im Zusammenhang mit der Aberkennung der Staatsbürgerschaft des Biermann, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2623, Bl. 28-35; vgl. Information Nr. 829/76 über Aktivitäten kirchlicher Personenkreise im Zusammenhang mit der Aberkennung der Staatsbürgerschaft des Biermann vom 29. November 1976, in: ebd., Bl. 47-53; vgl. Informationen über erste Reaktionen der Bevölkerung der DDR zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR des Wolf Biermann vom 18. November 1976. Bericht O/32, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5523, Bl. 1-4.

der Zeitzer Michaeliskirche in Brand gesetzt. Mit einem Plakat²⁷⁹⁶ prangerte er an jenem Tag den Absolutheitsanspruch der Machthaber an: „Funkspruch an alle: Wir klagen den Kommunismus an wegen Unterdrückung der Kirchen in Schulen, an Kindern und Jugendlichen. Funkspruch an alle: Die Kirche in der DDR klagt den Kommunismus an wegen Unterdrückung der Kirchen in Schulen, an Kindern und Jugendlichen.“²⁷⁹⁷ Vier Tage später erlag er seinen schweren Verletzungen, während die Presse ihn einen „abnormal[en] und krankhaft[en] Menschen“²⁷⁹⁸ (BZ) nannte, „der nicht alle fünf Sinne beisammen hatte“²⁷⁹⁹ (ND) und ihm pädophile Neigungen unterstellte. Die evangelische Kirche empörte sich über die Darstellung von Brüsewitz in den Medien.²⁸⁰⁰ Ihm tat es der vogtländische Pfarrer Rolf Günther am 17. September 1978 in Falkenstein gleich.²⁸⁰¹ Nach dem Tod des Pfarrers begannen Kirchenkreise damit, Gespräche über den staatlichen Absolutheitsanspruch und über Menschenrechte in der DDR zu intensivieren.²⁸⁰² Es setzte ein Umdenken der christlichen Kräfte ein hin zur verstärkten Arbeit an der Basis,²⁸⁰³ vor allem mit Jugendlichen.

2796 Weitere Quellen führen die Losung anders auf. Bei Kornelia Lobmeier heißt es: „Funkspruch an alle...Funkspruch an alle“. Nach Recherchen von Bernd und Peter Eisenfeld stand auf dem Plakat: „Die Kirchen ...“. Vgl. dies. 2008, S. 180; vgl. Eisenfeld, Bernd/Peter Eisenfeld 1999 (b), S. 89.

2797 Information Nr. 579/76 über den Versuch der Selbstverbrennung des Pfarrers Brüsewitz, Zeitz, vom 18. August 1976, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2617, Bl. 1-8.

2798 BZ vom 21. August 1976, S. 2.

2799 ND vom 31. August 1976, S. 2.

2800 Vgl. Information Nr. 610/76 über Reaktionen in evangelischen kirchenleitenden Kreisen im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Artikels zu Pfarrer Brüsewitz in „Neues Deutschland“ vom 1. September 1976, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2671, Bl. 17-30 (Anlage 1).

2801 Vgl. für Einzelheiten: Klier, Freya 2007 (b); Käbisch, Edmund 2008.

2802 Vgl. Information Nr. 836/76 über einen provokatorischen Brief von Bischof Krusche (Magdeburg), den er dem Staatssekretär für Kirchenfragen zu übersenden beabsichtigt, vom 1. Dezember 1976, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2604, Bl. 1-8; vgl. Lobmeier, Kornelia 2008, S. 180; vgl. Wunnicke, Manfred 2008, S. 135.

2803 Vgl. Eisenfeld, Bernd/Peter Eisenfeld 1999 (b), S. 90.

Ab Mitte der 1970er Jahre berichteten westdeutsche Medien über eine Annäherung zwischen Jugend und Kirche in der DDR.²⁸⁰⁴ Die Offene Jugendarbeit bestand (spätestens) von 1969 an. Das hieß mit den Worten von Bernd und Peter Eisenfeld, „offen zu sein für alle, die auf der Suche nach einem Schutzraum, nach tabufreien Zonen, Fragen und Gesprächen waren. Das galt vor allem gegenüber jugendlichen Randgruppen“²⁸⁰⁵, wie gegenüber der Gruppe der Blueser. Ein Jahr nach der Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz und der Ausbürgerung Wolf Biermanns bemerkte die Geheimpolizei, Jugendliche in „Gruppierungen mit staatsfeindlichen Merkmalen“ würden durch die Berichterstattung der westlichen Medien über die Ausbürgerung in ihrer „bereits vorhandene[n] negative[n] Einstellung zur sozialistischen Ordnung“ bestärkt. Zudem hätte der Einfluss „negativer klerikaler Kräfte“ bei der Organisation und Inspiration von „feindlichen Tätigkeit[en] jugendlicher Gruppierungen“²⁸⁰⁶ zugenommen. Den „Schutz- und Sicherheitsorganen“ würden „negativ-dekadente Jugendliche“²⁸⁰⁷ zunehmend konfrontativ gegenübertreten.

Zu den mitteldeutschen Zentren der kirchlichen Jugendarbeit gehörten Halle, Jena und Rudolstadt, wobei gerade die Offene Arbeit in Jena durch ständige Inhaftierungen erheblich behindert und durch den ungeklärten Tod von Matthias Domaschk erschüttert wurde.²⁸⁰⁸ In dutzenden Gesprächsrunden wie dem Suhler Montagskreis und den Meininger Diskussionskreisen bestimmten nun die Heranwachsenden selbst, welche Themen besprochen wurden, angefangen von persönlichen Sorgen bis hin zu Fragen der Wehrdienstverweigerung oder des Umweltschutzes.²⁸⁰⁹ Wenn-

2804 Vgl. Hinweise auf einige insbesondere gegen die Jugendpolitik der Partei gerichtete Aspekte der politisch-ideologischen Diversion vom Juli 1981, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 30923, pag. Bl. 1 u. 3.

2805 Eisenfeld, Bernd/Peter Eisenfeld 1999 (b), S. 94.

2806 Information über Erfahrungen, Erkenntnisse und Aufgaben bei der politisch-operativen Sicherung jugendlicher Personenkreise vom 1. August 1977, in: BStU, MfS, HA XX, AKG-6815, pag. Bl. 85.

2807 Ebd., pag. Bl. 86.

2808 Matthias Domaschk verstarb am 12. April 1981 in der Untersuchungshaftanstalt des MfS in Gera unter ungeklärten Umständen. In Jena machte sich besonders der Diakon Thomas Auerbach in der Jugendarbeit verdient, im Kreis Rudolstadt Pfarrer Walter Schilling und in Halle-Neustadt Diakon Lothar Rochau. Vgl. Bernd Eisenfeld/Peter Eisenfeld 1999 (b), S. 94 f.; vgl. für Einzelheiten: Horch und Guck 2003; Klier, Freya 2007 (a).

2809 Vgl. Hildebrand, Gerold 1999, S. 341; vgl. Florath, Bernd 2006, S. 44; vgl. Wurschi, Peter 2007, S. 168-177.

gleich die Offene Jugendarbeit unter den kirchlichen Organisatoren nicht reibungslos ablief²⁸¹⁰: Für junge Andersdenkende, Aussteiger und Mitglieder subkultureller Milieus bot die kirchliche Jugendarbeit eine Anlaufstelle. In der Folge erhärteten sich die Konflikte um die Kompetenzen innerhalb der Jugendarbeit zwischen Regierung und Kirche.²⁸¹¹ Unter Jugendlichen genossen die kirchlichen Werkstatttage große Popularität. Sie waren gewissermaßen das christliche Pendant zu den „Werkstattwochen“ der FDJ. Das Programm umfasste Musik, Dichtkunst, Literatur, Basare, Gespräche, Ausstellungen und Nachtgottesdienste. Zum Werkstattwochenende des „June 78“ in Rudolstadt unter dem Motto „Apartheid“ kamen etwa 1.000 Heranwachsende. Ein Jahr später besuchten „June 79“ doppelt so viele.²⁸¹²

Die kirchliche Jugendarbeit entwickelte eine Dynamik, der die FDJ außer mit parallel stattfindenden Tanzabenden und Schallplattentauschbörsen kaum etwas entgegenzusetzen vermochte.²⁸¹³ Die Junge Gemeinde bzw. evangelische und katholische Studentenvereinigungen erschufen mit Buchlesungen und Diskussionsrunden „unpolitische“ und ungezwungene Alternativen zu staatlichen Jugendveranstaltungen und sprachen religiöse und atheistische Jugendliche gleichermaßen an. Das nahmen SED und MfS mit Argwohn zur Kenntnis. Im Jahr 1980 erfolgte die erste Friedensdekade, aus der die Bewegung Schwerter zu Pflugscharen hervorging. Im Sommer 1981 berieten etwa 400 junge Menschen aus sämtlichen Bezirken der DDR bei den Werkstatttagen in Halle und Jena über den Sozialen Friedensdienst. Im Jahr 1982 kam es zur Gründung der Friedenswerkstätten.

2810 Michael Rauhut erörtert die Probleme um den Ostberliner Pfarrer Rainer Eppelmann, Ehrhart Neubert und Thomas Auerbach beschreiben die Konflikte des Pfarrers Walter Schilling mit dem Landesbischof bzw. dem MfS und Peter Wurschi greift die Kontroversen beim Suhler Montagskreis auf. Vgl. Rauhut, Michael 1996 (a), S. 39-41; vgl. Neubert, Ehrhart/Thomas Auerbach 2005, S. 112-120; vgl. Wurschi, Peter 2007, S. 168-174.

2811 Vgl. Rink, Detlef 1997, S. 55; vgl. Neubert, Ehrhart/Thomas Auerbach 2005, S. 112 f.

2812 Vgl. Arbeitsmaterial zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personengruppen in der DDR vom 3. August 1983, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 82; vgl. Neubert, Ehrhart/Thomas Auerbach 2005, S. 119.

2813 Vgl. Rauhut, Michael 2011, S. 77 u. 84.

Das MfS zählte Anfang der 1980er Jahre mindestens 3.000 Heranwachsende bei den Werkstätten und Blues-Messen.²⁸¹⁴

Die Ende der 1970er Jahre vom Ostberliner Pfarrer Rainer Eppelmann organisierten Messen zogen kritisch denkende Jugendliche und Individualisten an, während sich der Großteil der jungen Generation mehr für Diskotheken begeisterte. Den Blues-Messen vorausgegangen waren in den 1960er Jahren vereinzelte Versuche, Predigten mit Gospel-, Jazz-, Rock- und Bluesmusik attraktiver zu gestalten und mehr Jugendliche anzusprechen. Ihnen wurden zusätzlich Ferien- und Wochenendreisen, Verkündigungsspiele, Buchlesungen oder Hauskreisarbeiten angeboten.²⁸¹⁵ Ab Mitte der 1960er Jahre fanden in einigen Bezirken der DDR sogenannte Gottesdienste einmal anders statt. In Ostberlin richtete die evangelische Kirche 1968 Familiengottesdienste, biblische Quizabende, Tischtennis, Jazzabende und Jugendelternkreise aus.²⁸¹⁶

Ähnlich wie die evangelische bemühte sich die katholische Kirche von 1967 an um jugendgemäße Veranstaltungen nach dem Vorbild der Gottesdienste einmal anders. In der Karl-Marx-Städter Probsteikirche erfolgten ab April 1967 vierteljährlich sogenannte Wortgottesdienste unter Beteiligung der Jazzband der evangelischen Kirche. Von März bis Juni und von September bis Dezember fanden in der Kreuzkirche Karl-Marx-Stadt und in der Schloßkirche (ab etwa 1970) sowie in der Petri-Lukas-Kirche (ab 1977) an jedem zweiten Sonntag im Monat jugendgemäße Gottesdienste statt. Im Jahr 1968 erfolgten in der Karl-Marx-Städter Pauli-Kreuz-Kirche zwei Jugendgottesdienste im Monat. Die Geheimpolizei zählte an beiden Veranstaltungen 1.200 bis 1.800 Heranwachsende. Zu den von Pfarrer Lehmann (acht) organisierten Jugendgottesdiensten in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre sollen 8.000 14- bis 20-Jährige erschienen sein. Beim Gottesdienst einmal anders machten sich engagierte Pfarrer öffentlich Ge-

2814 Vgl. Arbeitsmaterial zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR vom 3. August 1983, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 75 u. 81; vgl. Eisenfeld, Bernd/Peter Eisenfeld 1999 (b), S. 95.

2815 Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 8424, pag. Bl. 40 f.; vgl. Neubert, Ehrhart 2000, S. 441 f.; vgl. Rauhut, Michael 2011, S. 71 u. ausführlich zu den Gottesdiensten einmal anders S. 78-87.

2816 Verstärkte Versuche der Kirche, durch „moderne Formen“ kirchlicher Jugendarbeit größeren Einfluß auf Jugendliche zu gewinnen, vom 23. Juli 1968, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1526, pag. Bl. 1; vgl. Mitter, Armin/Stefan Wolle 1995, S. 410.

danken zu den Grenzsicherungsmaßnahmen, Wehrdienstverweigerung oder zur Sozialpolitik. Für die Anfahrt der Teilnehmer aus dem Bezirk charterten sie Sonderbusse und sorgten mit Tanz- und Skatabenden, Fotozirkeln, Schachwettbewerben oder Campingausflügen für ein altersgerechtes Rahmenprogramm. In Plauen und Aue wurde das Konzept der Karl-Marx-Städter Pfarrer aufgegriffen. Es stieß laut Geheimpolizei auf ebenso großen Zuspruch, mit Ausnahme konservativer Kirchenkreise.²⁸¹⁷

Doch die Offene Jugendarbeit verlief keineswegs in allen Bezirken derart erfolgreich wie in Karl-Marx-Stadt. Gemeinden in Potsdam, die kirchliche Musikgruppen aus Schneeberg (Kreis Aue) eingeladen hatten und ebenfalls moderne Formen der Gottesdienste anvisierten, erreichten weniger junge Menschen.²⁸¹⁸ In Karl-Marx-Stadt gab es neben Teestuben, die vor allem Trammer ansprachen, ab 1977 noch den Offenen Kreis und den monatlichen Kundentreff. Teilweise kamen 1.200 Jugendliche aus allen Bezirken der DDR.²⁸¹⁹ Die populärsten Impulse der neuen Jugendarbeit jedoch kamen aus Ostberlin. Die Blues-Messen waren nach Dirk Moldt „zweifelloso die schillerndste Blüte einer jahrelangen tiefen kirchlichen Jugendarbeit“²⁸²⁰, jedenfalls in Berlin-Friedrichshain. Die erste Messe am 1. Juni 1979 stand unter dem Motto „Von der Liebe“ und startete mit 230 bis 250 Personen. Rasch wurde daraus eine Großveranstaltung mit mehreren tausend jungen Menschen, die überwiegend keiner Religion angehörten.²⁸²¹

Die nicht bei den staatlichen Organen angemeldete Veranstaltungsreihe erfolgte in unregelmäßigen Abständen. Für jede Messe wurde ein spezielles Thema gewählt: eines, das die Erziehungsfunktionäre im öffentlichen

2817 Vgl. ebd., pag. Bl. 1-4; vgl. Berichterstattung gemäß Befehl 11/66 des Genossen Minister – Analyse Jugend 1977 vom 14. Februar 1978, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 5, pag. Bl. 277.

2818 Vgl. Leiterinformation Nr. 7/78 über die politisch-operative Lage unter jugendlichen Personenkreisen vom 1. Oktober 1980, in: BStU, MfS, BV Potsdam, BVfS Pdm, BdL Dok., Nr. 400119, pag. Bl. 4 u. 6.

2819 Vgl. Berichterstattung gemäß Befehl 11/66 des Genossen Minister – Analyse Jugend 1977 vom 14. Februar 1978, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 5, pag. Bl. 251; vgl. Rauhut, Michael 2011, S. 92 f.

2820 Moldt, Dirk 2008 (a), S. 48.

2821 Vgl. ders. 2008 (b), S. 55; vgl. Bollow, Frauke u. a. 1996 (b), S. 312; Michael Rauhut recherchierte, nur zehn bis 15 Prozent der Teilnehmer seien kirchlich aktiv gewesen. Vgl. Rauhut, Michael 1996 (a), S. 35; vgl. Lindner, Bernd 2008 (a), S. 172.

Diskurs vermieden hätten: „Aus Hoffnung leben“ (am 14. September 1979 mit 1.000 Jugendlichen), „Konfliktlösung ohne Gewalt“ (am 29. Februar 1980), „Freiheit, die wir meinen“ (am 25. April 1980 mit 2.000 Jugendlichen) oder „Umweltschutz – Wie gehe ich mit mir, mit Dir, mit der Erde um?“ (am 14. November 1980 mit 4.200 Jugendlichen). Insgesamt besuchten die Blues-Messen von 1979 bis 1986 (in 48 Durchläufen) etwa 50.000 Heranwachsende,²⁸²² darunter eine nicht unerhebliche Anzahl Tramper/Kunden. Die Geheimpolizei beschrieb das Publikum der ersten Blues-Messen, rund 500 bis 900 Personen, als unordentlich gekleidet und teilweise angetrunken.²⁸²³ Trotz der Versuche durch das MfS, die Anreise von „negativ-dekadenten Jugendlichen“ mit „Vorbeugungsgesprächen“²⁸²⁴ sowie „Kontroll- und Filtrierungsmaßnahmen“²⁸²⁵ in Berlin und auf Bahnhöfen zu verhindern, war der Besucherandrang enorm.

Teilweise wurden mehrere Messen nacheinander in der Ostberliner Samariter-, der Erlöser- und der Auferstehungskirche abgehalten. Das etwa zweistündige Programm bestand aus Gebeten, offenen Diskussionen und Musikbeiträgen von Liedermachern sowie Auftritten von Rock-, Jazz- oder Bluesbands. Einzelne satirische Sketche mussten die Mitarbeiter des MfS zwar besonders gereizt haben, aber sie hatten innerhalb der Kirchenräume keine rechtliche Grundlage zum Eingriff.²⁸²⁶ Es arbeitete deshalb konspirativ und verließ sich auf IM, die aus den Vorbereitungskreisen der

2822 Vgl. Moldt, Dirk 2008 (a), S. 40-44.

2823 Die Quelle könnte aus dem Jahr 1980 stammen. Vgl. Information über kirchliche Jugendveranstaltungen, insbesondere sogenannte Blues-Messen, in der Hauptstadt der DDR, Berlin, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 3050, pag. Bl. 1-3.

2824 Ziel dieser Gespräche war es, „die operativ-interessierenden Personen nachdrücklich zu disziplinieren, sie von Handlungen, die die Ordnung und Sicherheit stören, abzubringen und bei ihnen den Eindruck zu vertiefen, daß solche (auch konspirativ) unternommenen Handlungen den Sicherheitsorganen nicht verborgen bleiben“. Politisch-operative Sicherung von Veranstaltungen von 1979, in: BStU, MfS, HA XVIII, Nr. 21659, pag. Bl. 101.

2825 Einleitung politisch-operativer Maßnahmen zur Verhinderung der Anreise negativ-dekadenter Jugendlicher zu „Bluesmessen“ in der Erlöserkirche in Berlin, Hauptstadt der DDR, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6104, pag. Bl. 44.

2826 Vgl. Information über kirchliche Jugendveranstaltungen, insbesondere sogenannte Blues-Messen, in der Hauptstadt der DDR, Berlin, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 3050, pag. Bl. 1-3; vgl. Rauhut, Michael 1996 (a), S. 35-37; vgl. ders. 2011, S. 73.

Messen berichteten.²⁸²⁷ Vor den Gottesdiensten wurde das junge Publikum fotografiert, Ausweise kontrolliert und Personendaten gesammelt, in der Kirche die Veranstaltungen mitgefilmt und Gespräche per Tonbandgerät aufgenommen. Hinter den Kulissen warb das Ministerium bei den Musikern um Zusammenarbeit, IM streuten Gerüchte und beschädigten den Ruf einzelner Verantwortlicher.²⁸²⁸ Zweimal wurden die Blues-Messen 1981 aufgrund des X. Parteitages der SED im April bzw. wegen der Volkskammer- und Bezirkstagswahlen im Juni verschoben. Eine geplante Messe zum Thema „Polen“ fiel aus.²⁸²⁹ Aus Sicht des MfS stieg mit jeder einzelnen Blues-Messe der Einfluss „reaktionärer klerikaler Kräfte“²⁸³⁰ auf die Jugend.

Die Initiatoren der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg informierten die jungen Teilnehmer über Formen des gewaltfreien Widerstands wie Boykotte, Sitzstreiks oder Demonstrationen und unterstützten sie bei Problemen mit der sozialistischen Wehrerziehung. Pfarrer motivierten christliche Eltern, sich für die Wahl in Elternvertretungen aufstellen zu lassen, ermutigten diese zum Verbrennen von Wahlbenachrichtigungskarten, starteten Baumpflanzaktionen im Volkspark Prenzlauer Berg und begleiteten die Friedenskundgebungen der FDJ mit eigenen pazifistischen Parolen („Frieden schaffen ohne Waffen“). Im Mittelpunkt der kirchlichen Jugendarbeit standen nach Auffassung der Geheimpolizei Fragen rund um Pazifismus und Wehrdienst. Es sei oberstes Ziel der Blues-Messen, Werkstatttage oder ökumenischer Veranstaltungen, die Wehrbereitschaft der jungen Generation zu untergraben. Aus diesem Grund führte das MfS die ab 1978 steigende Rate von Wehrdienstverweigerern, die 1981 mit

2827 Vgl. Information Nr. 80/81 über die geplante Weiterführung der Veranstaltungsreihe der sogenannten Blues-Messen im Jahre 1981 vom 12. Februar 1981, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 3175, Bl. 1-6.

2828 Vgl. Arbeitsmaterial zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR vom 3. August 1983, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 85; vgl. Rauhut, Michael 1996 (a), S. 37-39; vgl. Moldt, Dirk 2008 (a), S. 44.

2829 Vgl. ebd., S. 45; vgl. Eisenfeld, Bernd/Peter Eisenfeld 1999 (b), S. 95; vgl. Gerlach, Stefanie Virginia 1999, S. 137.

2830 Analyse der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen vom 1. Januar 1982, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 33.

1,7 Prozent des Musterjahrgangs von 1963 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte, mit auf die Kirchenveranstaltungen zurück.²⁸³¹

Anstoß an den Blues-Messen nahmen nicht nur SED und Sicherheitsorgane. Einige Repräsentanten der Berlin-Brandenburgischen Kirchenzentrale haderten mit dem Verhalten der jungen Besucher in den Gotteshäusern. Manche Jugendliche betraten die Kirche angetrunken, führten Alkohol mit bzw. kamen nur wegen der Musik.²⁸³² Tatsächlich konnten sich viele von ihnen mehr für die musikalischen Darbietungen²⁸³³ als für die Botschaften der Blues-Messen begeistern, wenngleich sich die Organisatoren darum bemühten, für die Subkultur ansprechende Themen aufzubereiten. Zu den vier aufeinanderfolgenden Blues-Messen am 26. Juni 1981 erschienen von 8.000 erwarteten zwar nur rund 2.300 Personen, darunter jedoch viele Trammer/Kunden. Nicht wenige der Besucher seien nach Beobachtungen des MfS intellektuell überfordert gewesen. Sie hätten die vorgetragenen biblischen Passagen nur oberflächlich aufgenommen. Verhaltenen Beifall hätte es lediglich bei den bekannten Musikstücken und bei den Textstellen gegeben, in denen der Wehrunterricht oder die Wohnungsnot im Prenzlauer Berg kritisiert wurden.²⁸³⁴

Unter dem Motto „Möglichkeiten zum Leben“²⁸³⁵ wurde bei der Messe am 27. November 1981 in der Erlöserkirche versucht, explizit die Lebenssituation der Kunden künstlerisch darzustellen und diese mit einer christlichen Botschaft zu verknüpfen: Zunächst ging es um Elias, der in die Wüste zog, um zu sterben. Anschließend verließen vier Komparsen ein Karussell, das den monotonen Alltagstrott darstellte. Der erste flüchtete in Alkohol, der zweite stellte einen Ausreiseantrag, eine dritte wollte irgendwohin trampen und den vierten verfolgten Suizidgedanken. Der Klagepsalm lautete: „Jeden Tag dieselben Fratzen im Betrieb, und ich selbst bin auch nur 'ne Fratze, weil mir das Lachen vergangen ist. Ich hab' keine Lust mehr,

2831 Vgl. ebd., pag. Bl. 30 u. Bl. 33-35.

2832 Vgl. Rauhut, Michael 1996 (a), S. 40; vgl. Moldt, Dirk 2008 (a), S. 42.

2833 Die Musiker traten ohne Gage auf. Oftmals waren es von der Szene gefeierte Blues-Größen: Bettina Wegner, Regine Dobberschütz, Stefan Diestelmann, „Jonathan Blues Band“, „Monokel“ oder die „Hollys Blues Band“. Vgl. Rauhut, Michael 1996 (a), 36.

2834 Vgl. Information Nr. 324/81 über die am 26. Juni 1981 in der Erlöserkirche in Berlin-Lichtenberg durchgeführten „Bluesmessen“ vom 29. Juni 1981, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 3175, Bl. 19-28.

2835 Thomas Kochan nennt als Motto der Blues-Messe vom November 1981 „Aussteigen, um einzusteigen“. Vgl. ders. 2004, S. 79.

diese Kreisläufe mitzumachen. [...] Wie lang soll ich das noch ertragen?“²⁸³⁶ Nach einigen Blues-Liedern rief ein Engel Elias zurück ins Leben und die Aussteiger traten voller Tatendrang wieder ein in das Karussell, rückblickend, wie Dirk Moldt beschreibt, „keine glücklich gewählte Symbolik“²⁸³⁷. Die Tramper zeigten sich bei dem Bühnenstück reserviert, große Zustimmung und lebhaftes Diskussionen blieben aus. Sie vertrieben sich die Zeit bis zu den Auftritten der Musiker mit Rauchen und dem Herumreichen von Weinflaschen.²⁸³⁸ Am Ende der Veranstaltung erhielt jeder Besucher am Ausgang einen Schlüsselring. Das Symbol setzte sich in der Szene nicht durch. Um das Alkoholproblem in den Kirchen in den Griff zu bekommen, wurde später eine Art Garderobe für alkoholische Getränke eingerichtet.²⁸³⁹

Gisela Helwig schätzte Anfang der 1980er Jahre, zehn bis 15 Prozent aller Jugendlichen in der DDR wiesen „erhebliche Verhaltensstörungen auf“²⁸⁴⁰. Sie würden sich teilweise großzügig an Alkohol und Medikamenten bedienen. Doch die meisten Jugendlichen zog es mehr ins Privatleben als in die vernebelte Apathie. Sie blieben laut Emmanuel Droit „ideologische Grenzverletzer“, die in unerhörter Weise deutlich machen, dass es dem DDR-Regime nicht gelingt, seine Jugend so zu konfektionieren, wie es das möchte“²⁸⁴¹. Auf eine andere Art widerspenstig, denn mehr in der Öffentlichkeit, zelebrierten die Tramper ihr westliches Lebensgefühl. Thomas Kochan erklärt: „Lockere Benimmregeln, legere Kleidungsvorschriften, gesunde Skepsis gegenüber Autoritäten und eine unverkrampfte Sexualität, ökologisches Denken und ein entspanntes Verhältnis zur Lohnarbeit kamen durch die langhaarigen Jugendlichen in den Osten.“²⁸⁴²

2836 Moldt, Dirk 2008 (b), S. 250 f.

2837 Ebd., S. 251.

2838 Vgl. Information Nr. 619/81 über den Verlauf der sogenannten Blues-Messen am 27. November 1981 in der Erlöserkirche Berlin-Lichtenberg, Nöldnerstr. 43, vom 1. Dezember 1981, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 3175, Bl. 33-44; vgl. Kochan, Thomas 2004, S. 79.

2839 Vgl. Moldt, Dirk 2008 (b), S. 251.

2840 Helwig, Gisela 1984, S. 31.

2841 Droit, Emmanuel 2014, S. 280.

2842 Kochan, Thomas 2004, S. 78.

5.2.4.3 Staatliche Reaktionen

Die X. Weltfestspiele der Jugend von Juli bis August 1973 suggerierten innen- und außenpolitisch eine liberale DDR. Nach den Feiertagen kehrte jedoch, zur Enttäuschung vieler Jugendlicher, rasch der reglementierte Alltag zurück. Bereits im Vorfeld der Feierlichkeiten kam es zur großflächigen Anwendung von Strafrechtsbestimmungen gegen nonkonformistisches Verhalten, insbesondere bei den Paragrafen 215 („Rowdytum“) und 249 („Asozialität“) des StGB.²⁸⁴³ Mit dem Straftatbestand „Asozialität“ wurden „Arbeitsscheue“ diszipliniert, weil sie – vorgeblich – die „öffentliche Ordnung und Sicherheit“ störten bzw. durch „eine asoziale Lebensweise“²⁸⁴⁴ auffielen. Von 1976 bis 1982 internierte die Justiz etwa 38.000 Menschen wegen „Arbeitsverweigerung“ in Arbeitserziehungslagern.²⁸⁴⁵ Vorbestraften „asozialen“ Personen drohte Freiheitsentzug,²⁸⁴⁶ ebenso wie bei schweren Fällen des „Rowdytums“, dessen Versuch schon strafbar war.²⁸⁴⁷ Die Justiz ahndete mit Paragraf 215 StGB „Gewalttätigkeiten, Drohungen oder grobe Belästigungen gegenüber Personen oder böswillige Beschädigungen“. Der Vermerk im „Rowdy-Paragrafen“: „Anderere, die öffentliche Ordnung störende Handlungen können als Ordnungswidrigkeiten verfolgt werden“²⁸⁴⁸ ließ der politischen Justiz Raum für Interpretation, ähnlich wie beim Vorwurf der „Asozialität“²⁸⁴⁹.

Ein probates Mittel, „Arbeitsscheue“, „Rowdys“ und junge Kriminelle zu verurteilen, bildete die Kombination von „Asozialität“ mit anderen Straftatbeständen wie „staatsfeindlicher Hetze“ (Paragraf 106 StGB), „Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit“ (Paragraf 214 StGB) oder „öffentliche Herabwürdigung“ (Paragraf 220 StGB). Zu Beginn und zu Ende der 1970er Jahre erfolgte eine verstärkte Nutzung dieser Paragrafen, und ab 1961 stiegen die Zahlen der wegen versuchter „Repu-

2843 Vgl. Wurschi, Peter 2007, S. 145.

2844 Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung von 1988, § 249, Abs. 1 u. 2.

2845 Vgl. Eisenfeld, Bernd/Peter Eisenfeld 1999 (b), S. 94.

2846 Vgl. Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung von 1988, § 249, Abs. 4.

2847 Vgl. ebd., § 215, Abs. 2 u. 3.

2848 Ebd., Abs. 1.

2849 In „leichten“ Fällen, die das Strafgesetzbuch nicht näher definierte, griff z. B. die „staatliche Kontroll- und Erziehungsaufsicht“. Vgl. ebd., § 249, Abs. 3.

blikflucht“ und „Asozialität“ verurteilten Personen.²⁸⁵⁰ Ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre bis Mitte 1983 verbüßten rund 60.000 Menschen Haftstrafen aufgrund von Fluchtversuchen.²⁸⁵¹ Vorwürfe der „Asozialität“ und des „Rowdytums“ führten 1976 zur ersten größeren Verhaftungswelle unter jugendlichen Trampnern, verursacht durch die Konflikte mit der Volkspolizei auf der 1.000-Jahr-Feier in Altenburg. Das Programm des Heimatfestes mit Auftritten prominenter Künstler lockte vom 9. bis 11. Juli 1976 insgesamt 250.000 Menschen in die thüringische Provinz. Sicherheitsorgane und Veranstalter erwarteten aufgrund ihrer Erfahrungen mit vorangegangenen Stadtjubiläen die Anreise von 300 Trampnern, tatsächlich befanden sich 2.500 von ihnen in der Stadt.²⁸⁵²

Die Gewalttätigkeiten auf dem Stadtjubiläum unter dem Motto „Wir gehören zu den Siegern der Geschichte – Herz und Initiative für unser sozialistisches Altenburg“ beeinflussten das Verhältnis zwischen Staat und Subkultur nachhaltig. In der Folge ergaben sich für das MfS neue sicherheitspolitische Erkenntnisse.²⁸⁵³ Die Trampler waren aus allen Bezirken der DDR nach Altenburg angereist. Vorwiegend kamen sie aus Berlin, Cottbus, Dresden, Gera, Halle, Karl-Marx-Stadt und Leipzig. Ihren Weg bestritten die meisten mit der Eisenbahn, zu Fuß oder per Anhalter. Laut Aussagen des MfS hätten sie sich nach ihrer Ankunft am Bahnhof in Gruppen von fünf bis 20 Personen zusammengefunden, oftmals mit bekannten Trampnern aus der Heimat. Das MfS nahm an, trampende Jugendliche würden sich mündlich untereinander oder auf medialem Wege über anstehende Veranstaltungen wie das Stadtjubiläum informieren und hielten

2850 Vgl. Rytlewski, Ralf/Manfred Opp de Hipt 1987, S. 127 f.; vgl. Kaiser, Paul 2004, S. 271; vgl. ders. 2016, S. 323; vgl. Werkentin, Falco 2008, S. 651 f.

2851 Vgl. Freiburg, Arnold 1984 (b), S. 85.

2852 Eine Information des MfS berichtete von 100.000 Gästen. Vgl. Information über Vorkommnisse während der 1000-Jahrfeier der Stadt Altenburg, in: BStU, MfS, SED-KL, Nr. 1630, pag. Bl. 161 f. (Anlage 1).

2853 Vgl. Beschluß des Sekretariats des ZK der SED zu den Vorkommnissen während der 1000-Jahrfeier der Stadt Altenburg vom 8. September 1976, in: Wicke, Peter/Lothar Müller (Hrsg.) 1996, S. 207; vgl. Forschungsergebnisse zum Thema „Die politisch-operative Bekämpfung des feindlichen Mißbrauchs gesellschaftswidriger Verhaltensweisen Jugendlicher“ vom Februar 1981, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, BdL, Nr. 251, Bl. 48 (nicht pag.).

ihre Reisen schriftlich fest. Besondere Anziehungskraft übten Veranstaltungen mit Beatmusik, Auto- und Motorradrennen oder Volksfeste aus.²⁸⁵⁴

Nach Berichten der ZAIG waren für die angereisten Tramper charakteristisch, „deren sich ähnelndes äußeres Erscheinungsbild bzw. deren Verhaltensweisen. Sie trugen überwiegend verdreckte Jeans-Anzüge, lange, ungepflegte Haare und waren durchweg mit einer Umhängetasche sowie mit einer Decke bzw. Parker-Kutte [sic!] ausgerüstet.“ Einige von ihnen fielen durch weitere Eigentümlichkeiten auf. Sie führten eine Dohle aus, schmückten sich mit „großen Knochen[...] mit essbaren Fleischresten“, trugen Stirnbänder, Schmuck an Hals und Ohren oder Abzeichen „aus kapitalistischen Staaten“²⁸⁵⁵. Die Jugendlichen hielten sich häufig um den Altenburger Marktplatz herum auf oder nutzten die Wiesen in Nähe des Volksparkgeländes für Zusammenkünfte, bei denen sie ihre Decken ausbreiteten, Alkohol tranken und schliefen.

Allein die „Errichtung von Lagerstätten“ gefährdete aus Perspektive des MfS die Ordnung und Sicherheit des Volksfestes. Mit ihrem Benehmen ignorierten die Tramper in Altenburg „Normen des gesellschaftlichen Zusammenseins“. Ihr rücksichtsloses Verhalten drückte sich im Herumliegen auf den Gehwegen, in Blumenrabatten oder auf öffentlichen Treppen aus. Die Tramper selbst lieferten den „Ausgangspunkt zur Konfrontation mit den Sicherheitskräften“, hatten sie doch bei Aufforderung durch die Bevölkerung, den Weg zu räumen, beleidigend oder überhaupt nicht reagiert. Gemäß dem Bericht vom August 1976 empfanden andere Passanten das Zerschlagen von Bierflaschen und die Verschmutzung/Zerstörung der Grünanlagen als besonders störend. Die IM berichteten weiter, die Tramper hätten Sicherheitskräfte „grundsätzlich im Ganovenjargon als ‚Bullen‘ und ‚Bullenschweine‘“ beschimpft, Bierflaschen vor deren Augen zerschlagen und tätlich eingegriffen beim Versuch, „einzelne, besonders negativ in Erscheinung getretene Tramper“²⁸⁵⁶ abzuführen.

In dieser Situation bildeten 40 bis 60 Jugendliche einen Ring um den Beschuldigten – mindestens zweimal hatte diese Methode Erfolg – begleitet von Parolen wie „Wir machen, was wir wollen!“, „Wir wollen frei

2854 Vgl. Politisch-operativ bedeutsame Fakten im Zusammenhang mit dem Auftreten von Trampfern anlässlich der 1000-Jahr-Feier der Stadt Altenburg in der Zeit vom 9. bis 11. Juli 1976. Bericht O/27 a vom 20. August 1976, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5521, Bl. 1-12.

2855 Ebd.

2856 Ebd.

sein!“ oder „Wir werden beweisen, daß die Staatsmacht machtlos ist!“²⁸⁵⁷ Am 10. Juli 1976 wurden deswegen etwa 20 Jugendliche verhaftet. Ein junger Mann aus Halle erklärte den Sicherheitskräften, als diese einen anderen in Gewahrsam nehmen wollten: „Wir wollen fies und Rocker sein und kein dreckiges Bullenschwein!“ bzw. „Heil Hitler – ihr Bullenschweine!“ Auf der Polizeiwache hätten sich die Beschuldigten dann kleinlaut bis kooperativ verhalten. Neben mündlicher Provokation setzten rund 40 Tramper auf den Einsatz von Trillerpfeifen, mit denen sie die Diensthunde der Polizisten reizten. Unter Einzelvorkommnissen verbuchte das MfS zwei anonyme Anrufe mit der Forderung nach Freilassung eines jungen Verhafteten, ansonsten würden sechs hohe Parteifunktionäre zu Geiseln genommen. Insgesamt verhaftete die Polizei während des Stadtjubiläums 103 Personen, darunter 55 Tramper wegen „Widerstandshandlungen“, „Rowdytums“ und „Staatsverleumdung“. Sechs von ihnen erhielten Haftstrafen,²⁸⁵⁸ die Höchststrafe von neun Monaten entfiel auf den genannten Hallenser.²⁸⁵⁹ In der Folgewoche diskutierten junge Arbeiter und ältere Kollegen in einigen Altenburger Betrieben und Brigaden über die Verfehlungen beim Stadtfest.²⁸⁶⁰

Dass die Sicherheitsbehörden in Altenburg auf das Eintreffen von Trampnern vorbereitet waren, beweisen zum einen Zeugenaussagen, wonach sich IM im Zug aufgehalten haben sollen,²⁸⁶¹ zum anderen der genannte Bericht vom August 1976. Demnach hatten Kreisdienststellen in Döbeln, Schmölln und Weimar ihre Altenburger Kollegen im Vorfeld über die (viel zu niedrig) geschätzte Anzahl der Tramper informiert, weshalb die Stadt die örtliche Schule bzw. Sporthalle als Nachtquartier zur Verfügung stellte. Für die Übernachtung mussten die Tramper zunächst einen

2857 Vgl. Information über Vorkommnisse während der 1000-Jahrfeier der Stadt Altenburg, in: BStU, MfS, SED-KL, Nr. 1630, pag. Bl. 162 (Anlage 1).

2858 Vgl. Politisch-operativ bedeutsame Fakten im Zusammenhang mit dem Auftreten von Trampnern anlässlich der 1000-Jahr-Feier der Stadt Altenburg in der Zeit vom 9. bis 11. Juli 1976. Bericht O/27 a vom 20. August 1976, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5521, Bl. 1-12.

2859 Vgl. Rauhut, Michael 2004, S. 59.

2860 Vgl. Beschluß des Sekretariats des ZK der SED zu den Vorkommnissen während der 1000-Jahrfeier der Stadt Altenburg vom 8. September 1976, in: Wicke, Peter/Lothar Müller (Hrsg.) 1996, S. 210.

2861 Ein Zeuge berichtete von einer Gruppe Männer im Zugabteil mit Parteiabzeichen und Präsent-Zwanzig-Anzügen, die sich auf der Zugtoilette in Tramper verwandelt hätten. Vgl. Nitzsche Kornel, Lutz 2012, S. 87.

Meldezettel ausfüllen, anschließend entsandten Volkspolizei und MfS die Personendaten an die zuständigen Heimatbehörden. Die Altenburger Kreisdienststelle übermittelte die Daten von mindestens 370 Personen und bis Mitte August 1976 Berichte von IM und Fotoaufnahmen von 240 Trampnern an andere Dienststellen. Die Behörden in Altenburg und Leipzig bemühten sich darum, die Geschehnisse in der thüringischen Stadt detailliert zu rekonstruieren, und dokumentierten deren Ablauf für andere Dienstseinheiten. Es entspross ein Netzwerk, in dem Behörden untereinander Personalien, Protokolle und Lichtbilder tauschten, damit sie bei der „VI. Kinder- und Jugendspartakiade“ im Juli 1977 in Leipzig bei „negativen“ Vorfällen effektiver agieren konnten.²⁸⁶²

Neben Personenerfassungen führte die Geheimpolizei trampende Jugendliche in einer eigenen Kartei. In der „Zentralen Arbeitskartei“ wurden gesammelt: Spitzname, Beruf, Führerschein, Reiseziele, Freunde/Bekannte, Verhaltensweisen, Charaktereigenschaften, Verbindungen ins Ausland, Nachtquartiere und deren Gastgeber, Geruch, Handschrift, Fingerabdrücke sowie das Datum, seit dem der Jugendliche „asozial“ gewesen sei.²⁸⁶³ Das MfS erkannte als Folge der Eskalation in der thüringischen Stadt die Hauptgefahrenquelle umso deutlicher im westlichen Lebensstil, dessen Sympathisanten – angeblich – organisiert und bewusst die Ordnung in der DDR missachteten. Nach den Ausschreitungen wurden Großveranstaltungen bei kleinsten Verstößen unterbrochen, Musiker erhielten bei Auftritten, gleich welcher Größenordnung, eindeutige Instruktionen, um derartige Vorkommnisse durch eine aufgeladene Stimmung zu vermeiden.²⁸⁶⁴ Etwa zwei Monate nach der Verhaftungswelle in Altenburg verabschiedete das Sekretariat des ZK der SED einen Beschluss mit Handlungsanweisungen für künftige Veranstaltungen mit Trampnern.

Fortan existierte ein Maßnahmenkatalog „zur verstärkten politisch-ideologischen, künstlerischen und organisatorischen Einflußnahme auf Ju-

2862 Vgl. Politisch-operativ bedeutsame Fakten im Zusammenhang mit dem Auftreten von Trampnern anlässlich der 1000-Jahr-Feier der Stadt Altenburg in der Zeit vom 9. bis 11. Juli 1976. Bericht O/27 a vom 20. August 1976, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5521, Bl. 1-12.

2863 Vgl. Zentrale Arbeitskartei zur Erfassung negativ dekadenter und kriminell gefährdeter Jugendlicher, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3699, pag. Bl. 220 f. (Anlage).

2864 Vgl. Lindner, Bernd 2008 (a), S. 115.

gend- und andere Veranstaltungen“²⁸⁶⁵. Nach dem Beschluss vom 8. September 1976 lag die Hauptschuld bei den „2.500 Gammlern und Jugendlichen mit dekadentem Aussehen“. Eine Mitschuld gab das ZK den Organisatoren. Sie hatten das Ausmaß der erwarteten Jugendlichen unterschätzt, die „durch die verwahrloste Kleidung, die teils mit westlichen Symbolen, wie zum Beispiel USA-Flaggen, versehen waren, und durch das abstoßende Aussehen und Verhalten die festliche Atmosphäre“ störten. Die Volkspolizei habe bei den „rowdyhaften Handlungen, [die] zum Teil unter starkem Alkoholeinfluß [erfolgten], wie zum Beispiel provozierendes Verhalten gegenüber Volkspolizisten, Anpöbeleien gegenüber Bürgern“²⁸⁶⁶ usw., „standhaft, umsichtig und besonnen“²⁸⁶⁷ reagiert. Mehrfach seien Bürger mit Forderungen nach einem härteren Durchgreifen auf der Polizeiwache erschienen. Dem örtlichen Pfarrer, der 300 jungen Trampnern einen Schlafplatz in der Kirche angeboten hatte,²⁸⁶⁸ unterstellte das ZK „Mißbrauch kirchlicher Einrichtungen“²⁸⁶⁹.

Laut der ersten Anlage des Beschlusses trugen die hohe Anzahl an Beat-Formationen und deren Popularisierung in den Medien mit zur Eskalation bei. Die Ereignisse vom Juli 1976 „zeig[t]en offensichtlich das Wirken westlicher Einflüsse unter einem kleinen Teil Jugendlicher, unter denen sich in Altenburg vorwiegend Oberschüler, Studenten und Hochschulabsolventen, aber auch Lehrlinge und Facharbeiter befanden. [...] Als Akteure und Wortführer handelten besonders ‚Gammler‘, [...], die Anziehungspunkte für asoziale, dekadente bzw. kriminelle Elemente waren“²⁸⁷⁰. Anschließend stellte das ZK Beatmusiker pauschal an den Pranger: „Verschiedene von ihnen treten hektisch auf, zeigen ein schlechtes äußeres Erscheinungsbild, benutzen eine undifferenzierte Lautstärke, kopieren west-

2865 Beschluß des Sekretariats des ZK der SED zu den Vorkommissionen während der 1000-Jahrfeier der Stadt Altenburg vom 8. September 1976, in: Wicke, Peter/Lothar Müller (Hrsg.) 1996, S. 207.

2866 Ebd., S. 208.

2867 Ebd., S. 209.

2868 Vgl. Politisch-operativ bedeutsame Fakten im Zusammenhang mit dem Auftreten von Trampnern anlässlich der 1000-Jahr-Feier der Stadt Altenburg in der Zeit vom 9. bis 11. Juli 1976. Bericht O/27 a vom 20. August 1976, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5521, Bl. 1-12.

2869 Beschluß des Sekretariats des ZK der SED zu den Vorkommissionen während der 1000-Jahrfeier der Stadt Altenburg vom 8. September 1976, in: Wicke, Peter/Lothar Müller (Hrsg.) 1996, S. 209.

2870 Ebd., S. 209 f.

liche Vorbilder. Manche Erscheinungen sind der sozialistischen Musikkultur fremd.“ Das konzentrierte Auftreten dieser Gruppen – in Altenburg spielten fünf bekannte Bands an vier Tagen in neun Veranstaltungen – sei künftig ebenso zu verhindern wie die „unvertretbare Werbung“²⁸⁷¹.

Deren Fans, „häufig in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zurückgebliebene“²⁸⁷², wiederholt „auffällig“ gewordene Jugendliche, sollten durch Arbeitskollektive und Grundorganisationen der FDJ künftig individuell positiv beeinflusst und deren „Konzentrationspunkte“ beseitigt werden. Räte und Kreise der Bezirke, FDJ und FDGB erhielten die Auflage, mehr „sinnvolle“ Tanzveranstaltungen und Freizeitmöglichkeiten anzubieten, primär im Bereich Touristik und Wandern. Das Ministerium des Innern bekam die Anweisung, bei zukünftigen Festivitäten polizeiliche Dienstleistungen besser zu koordinieren und die Zahl der Ordnungsgruppen aufzustocken. Konsumgenossenschaften nahm das ZK in die Pflicht, mehr alkoholische Getränke bereitzustellen, Jugendverband und Kulturbedörden mussten verstärkt auf Musikformationen und Diskosprecher einwirken und regelmäßige Kontrollen veranlassen.²⁸⁷³ Medien durften nur Veranstaltungen und Musiker „popularisieren, die in ihrer Gesamtwirkung beispielhaft sind“²⁸⁷⁴.

Die Regierung rechtfertigte mit den Altenburger Geschehnissen verschärfte Maßnahmen im Kampf gegen „antisozialistische“ Tendenzen unter der Jugend. Am 15. November 1976 erließ die ostdeutsche Geheimpolizei einen Befehl, welcher in Verbindung mit der nach Altenburg ausgereifen Tramper-Kartei die „Zersetzungsarbeit“ in der Szene regelte,²⁸⁷⁵ hätten sich doch laut Erich Mielke Vorkommnisse mit Jugendlichen gehäuft, die eine „Diskreditierung der Staatsmacht der DDR nach innen und außen“²⁸⁷⁶ hervorriefen. Gruppierungen „negativ-dekadente[r] Jugendliche[r]“²⁸⁷⁷ und deren Treffpunkte seien zu isolieren bzw. aufzulösen und „Rädelsführer“ im Schnellverfahren der Justiz zu übergeben. Ein neu zu schaffender Personenkreis von IM sollte nun verstärkt überregional agie-

2871 Ebd., S. 211.

2872 Ebd., S. 212.

2873 Vgl. ebd., S. 210-215.

2874 Ebd., S. 215.

2875 Vgl. Rauhut, Michael 2002, S. 72 f.

2876 Zur vorbeugenden politisch-operativen Abwehrarbeit unter negativ-dekadenten Jugendlichen und Jungerwachsenen vom 15. November 1976, in: BStU, MfS-BdL/Dok., Nr. 006109, pag. Bl. 1.

2877 Ebd., pag. Bl. 7.

ren.²⁸⁷⁸ Da es für das MfS gängige Praxis war, Minderjährige als IM zu benutzen, veranlasste Erich Mielke in der ersten Hälfte der 1970er Jahre mit dem Befehl Nr. 22/74, die Anzahl von IM in Gruppen mit „staatsfeindlich und kriminell gefährdete[n] Jugendliche[n]“²⁸⁷⁹ zu erhöhen.

Der Befehl kann als Grundlage für das „Tramper-Register“ gelten, denn dieser legitimierte bei überörtlichen Festivitäten eine zügige Erfassung der angereisten Tramper, ohne Begründungscharakter.²⁸⁸⁰ Das Register ermöglichte eine Vorbereitung der Sicherheitsorgane, indem sich Volkspolizeikreisämter untereinander über zu erwartende Tramper informierten, mit Jugendlichen präventiv Gespräche führten und Fahrverbote verhängten.²⁸⁸¹ Unterstützung erhielten die Sicherheitsorgane teilweise durch SED-Mitglieder.²⁸⁸² Trotz Denunziation, Karteierfassung, konspirativer Überwachung durch IM, lästiger „Vorbeugungsgespräche“ mit zum Teil inkompetenten Polizisten und Abschnittsbevollmächtigten, Verbote, „Aufenthaltsbeschränkungen“, willkürlicher Inhaftierungen und des Entzuges des Personalausweises blieben überregionale Festivitäten für die reisefreudige Subkultur ein fester Bestandteil.²⁸⁸³ Selbst Schikanen wie die Übergabe eines Vorläufigen Personalausweises, des „PM 12“, der bei wegen

2878 Vgl. ebd., pag. Bl. 1 f. u. Bl. 4-7; vgl. Anlage vom 23. September 1976, in: ebd., pag. Bl. 14.

2879 Information über politisch-operative Erfahrungen bei der inoffiziellen Kontrolle und Beeinflussung negativer und dekadenter Jugendlicher im Zusammenhang mit der Konzentration auf dem „Zwiebelmarkt“ in Weimar am 5./6.10.1974 vom 16. Oktober 1974. Arbeitsbereich Mittig, in: BStU, MfS, Nr. 169, pag. Bl. 2.

2880 Vgl. Geißler, Gert 2013, S. 153.

2881 Vgl. Geplante überörtliche Treffen negativ-dekadenter Jugendlicher im Jahre 1977 vom 2. Juni 1977, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, BdL, Nr. 501507, pag. Bl. 1-4; vgl. Wurschi, Peter 2007, S. 159 f.

2882 So empörte sich 1977 ein Parteileitungsmitglied im Namen einer Oberschule im sächsischen Penig beim ZK über das „asoziale“ Verhalten von 100 Trampnern beim 750. Stadtjubiläum. Vgl. Schreiben im Namen der Leitung der SPO der Hans-Beimler-Oberschule Penig. Betreff: Information über das Auftreten einer Gruppe Jugendlicher zur 750-Jahr-Feier in Penig vom 30.6. bis 4.7.1977 vom 19. Juli 1977. Arbeitsbereich Mittig, in: BStU, MfS, Nr. 169, pag. Bl. 8 f.

2883 Vgl. Gutachterliche Stellungnahme der Juristischen Hochschule Potsdam. Die vorliegenden Forschungsergebnisse zum Thema „Die politisch-operative Bekämpfung des feindlichen Mißbrauchs gesellschaftswidriger Verhaltensweisen Jugendlicher“ vom 9. März 1981, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 191, pag. Bl. 37 f.; vgl. Bericht über neue Erfahrungen und Erkenntnisse bei der operativen Bearbeitung von negativ-dekadenten sowie kriminell gefährdeten Personen, insbesondere Jugendlichen und Jungerwachsenen, im Zusammenhang mit dem Be-

„Asozialität“ verurteilten Jugendlichen im schlimmsten Fall zu Platzverweisen, erzieherischen Maßnahmen und Arbeitspflicht führte,²⁸⁸⁴ hielten hartgesottene Tramper nicht auf.

Zum 750. Stadtjubiläum im sächsischen Penig reisten 1977 etwa 300 „negativ-dekadente Jugendliche“ an, oft gekleidet im grünen oder grauen Parka. Einige von ihnen hatten sich eine schwarz-rot-goldene Kordel um den Hals gehängt, andere fielen durch Geschlechtsverkehr und das Urinieren in der Öffentlichkeit oder das Baden in Unterwäsche auf. Drei Jugendliche fingen sich im Stadtbad ein paar Karpfen, die für das Ruderfest des Stadtjubiläums ausgesetzt worden waren. Insgesamt kam es zu 20 Ordnungsstrafverfahren, elf Stadtverboten und fast 30 Jugendliche wurden eines Veranstaltungsraumes verwiesen.²⁸⁸⁵ Der Leiter der BV Karl-Marx-Stadt warnte im März 1978 alle Kreisdienststellen des MfS vor weiteren Plänen Jugendlicher, ein „Pennertreffen“ in Prag und Zusammenkünfte beim Heiratsmarkt in Bad Salzungen bzw. zum Stadtjubiläum in Naumburg/Halle zu organisieren.²⁸⁸⁶

Im Jahr 1977 hatten Geheim- und Volkspolizei zu Pfingsten ein Treffen von Trampern in Frankfurt/Oder verhindert, weil sie am 28. Mai mehr als 700 angereiste Trampler registrierten und bis zum 30. Mai insgesamt 460 Jugendliche zurückschickten, davon 260 in Zügen. Einige der Jugendlichen fassten den Mut, mit Streikaufrufen und Freiheitsparolen auf dem Bahnsteig ihren Protest zu bekunden. Von den aufgegriffenen Trampnern waren mehr als 60 namentlich registriert. Per Lastwagen wurden 200 junge Menschen zu den umliegenden Polizeiwachen gebracht und weitere 100 Trampler in den Waldgebieten im Kreis Fürstenwalde abgesetzt. Bis zum 29. Mai 1977 erduldeten über 1.200 Trampler wahllose Personen- und Taschenkontrollen, bevor sie mit Zügen oder Bussen den Heimweg antre-

such von Sportveranstaltungen im sozialistischen Ausland vom 13. August 1981, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3208, pag. Bl. 157.

2884 Vgl. Beleites, Johannes 2008, S. 5.

2885 Vgl. Berichterstattung gemäß Befehl 11/66 des Genossen Minister – Analyse Jugend 1977 vom 14. Februar 1978, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 5, pag. Bl. 270 f.

2886 Vgl. Beabsichtigte überörtliche Treffen negativ-dekadenter und kriminell-gefährdeter Jugendlicher. Telegramm vom 22. März 1978, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, BdL, Nr. 501636, pag. Bl. 3; vgl. Beabsichtigte überörtliche Treffen negativ-dekadenter und kriminell-gefährdeter Jugendlicher. Telegramm vom 23. März 1978, in: BStU, MfS, BV Potsdam, BVfS Pdm, BdL Dok., Nr. 401075, pag. Bl. 1.

ten mussten.²⁸⁸⁷ Passkontrollen auf den Wegstrecken entwickelten sich für das MfS zu einer effizienten Maßnahme. Dadurch ließen sich Zusammenkünfte trampender Jugendlicher auch im Ausland sabotieren.

In Kooperation mit tschechoslowakischen Sicherheitsbehörden wurden 1978 mindestens 130 junge Ostdeutsche zurückgewiesen, die über die Osterfeiertage zum „Pennertreffen“ nach Prag wollten.²⁸⁸⁸ Passkontrolleinheiten, Transportpolizisten sowie Mitarbeiter des MfS und andere Dienstseinheiten der Volkspolizei durften Heranwachsende in Reisezügen allein „wegen ihres dekadenten Äußeren“²⁸⁸⁹ kontrollieren. Von den etwa 400 Jugendlichen, denen die Einreise nach Prag gelungen war, wurden einige festgenommen und an der Staatsgrenze den Sicherheitsbehörden der DDR übergeben.²⁸⁹⁰ Das Zusammenspiel zwischen ostdeutschen und tschechoslowakischen Behörden funktionierte auch deshalb, weil das MfS auf die „Wer-ist-wer-Strategie“ setzte. So übersandte die Volkspolizei im Mai 1978 beim Feldsteintreffen in Südthüringen die Daten von mehr als 100 Trampnern aus Berlin, Erfurt und Leipzig an die für sie zuständigen Heimatbehörden. Die Kriminalisierung und Registrierungswut konnten erneute Konflikte zwischen Polizei und Trampnern nicht verhindern.

Im Frühjahr 1978 kam es in Erfurt auf dem Pressefest mit 200.000 Besuchern zu einer Massenschlägerei, der ein nichtiger Anlass vorausging. Die Räumung einer Wiese, auf der sich junge Trammer aufhielten, endete in gewalttätigen Auseinandersetzungen, als diese sich weigerten zu gehen. Rund 700 Personen prügeln sich mit der Polizei, die mit Hunden und Schlagstöcken aufwartete. Mehr als 20 Menschen mussten in ein Krankenhaus. Über 40 Personen kamen in Haft.²⁸⁹¹ Meist eskalierte die Situation auf den unter Trampnern beliebten Heimat- und Pressefesten, wenn Polizisten versuchten, „Rädelsführer“ zu verhaften, oder sie deren Aufforderun-

2887 Vgl. Zuführungen und in diesem Zusammenhang getroffenen Feststellungen, in: BStU, MfS, AS 20/82, pag. Bl. 128; vgl. Lageübersicht vom 28. Mai 1977, in: ebd., pag. Bl. 47 u. 49; vgl. Lagebericht vom 29. Mai 1977, in: ebd., pag. Bl. 100.

2888 Vgl. Treffen negativ-dekadenter und kriminell gefährdeter Personenkreise zu Ostern 1978 in der Hauptstadt der CSSR, Prag – sogenanntes „Pennertreffen“, vom 27. März 1978, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3501, pag. Bl. 12.

2889 Ebd., pag. Bl. 13.

2890 Vgl. Maßnahmen gegen das provokatorische Auftreten negativ-dekadenter Jugendlicher in der CSSR im Zeitraum vom 25.3.1978-25.3.1978, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6104, pag. Bl. 63.

2891 Vgl. Wurschi, Peter 2007, S. 159 f. u. S. 162-163.

gen ignorierten und/oder mit Beleidigungen reagierten. Zur Konfliktsituation trugen oftmals Alkohol und eine angespannte Stimmung bei. Wenn gleich gewalttätige Exzesse mit Trampeln die Ausnahme blieben,²⁸⁹² observierte die ZAIG Großveranstaltungen und Feierlichkeiten in kleinen Jugendklubs mit Akribie.

Mitarbeiter der Geheimpolizei resümierten im Februar 1977, die Umsetzung des Beschlusses vom 8. September 1976 erfolge nicht allerorts gleichermaßen. Außer Kontrolle geratene Veranstaltungen führten sie auf unangebrachte Werbung, viel Alkohol oder die Organisatoren zurück, die zu vielen Menschen Eintritt gewährten, westliche Musik spielten und sich nicht genügend um die Vorlagen der Behörden kümmerten, bspw. bei der Auswahl der Band.²⁸⁹³ Bis in die 1980er Jahre bemängelte die ostdeutsche Geheimpolizei die Arbeit von Leitern bestimmter Freizeiteinrichtungen, da diese Tanzveranstaltungen ohne jeglichen politischen Inhalt durchführten, den Schallplattenunterhalter nicht genehmigte Titel spielen ließen und zu deren Stammkunden Gäste aus dem westlichen Ausland gehörten.²⁸⁹⁴ In der Praxis verhallte der Beschluss des ZK vom September 1976 besonders oft dort, wo sich Jugendliche eigenverantwortlich um Festivitäten kümmerten. Aus diesem Grund mussten FDJ-Kreisleitungen Veranstaltungen teilweise absagen. Insgesamt notierte das MfS innerhalb von zwölf Monaten 25 „negative Vorkommnisse“ auf derlei Veranstaltungen.²⁸⁹⁵ Neben Organisatoren und Publikum gerieten „unbequeme“ Musikgruppen ins Visier. Wie Reiner Kunze im Schriftstellerkreis, so steht die „Klaus Renft Combo“²⁸⁹⁶ exemplarisch für die Fluchtwelle der musikalischen Avantgarde ab 1976.

Die Band, unter Leitung von Klaus Jentzsch, zählte sechs Mitglieder und zwei unterstützende Liedermacher. Nachdem die Musiker Anfang der

2892 Vgl. Kochan, Thomas 2004, S. 74 f.

2893 Vgl. Hinweise zur bisherigen Durchsetzung des Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED vom 8. September 1976. Bericht K 3/12 vom 8. Februar 1977, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5529, Bl. 1-4.

2894 Vgl. Analyse der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen vom 10. Februar 1981, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 24.

2895 Vgl. Abgesetztes Beat-Konzert in Lauchhammer, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6104, pag. Bl. 76.

2896 Ende der 1950er Jahre erhielten die damals Rock 'n' Roll spielenden Musiker ein erstes Spielverbot. Danach erfolgten Neubesetzungen und die Orientierung auf Rock.

1970er Jahre durch staatliche Förderung, Preise und einen Exklusivvertrag beim Komitee für Unterhaltungskunst (1973) zum FDJ-Markenzeichen avanciert waren und allmählich an Authentizität einbüßten, zerrieb sich die Gruppe.²⁸⁹⁷ Obwohl das MfS Gerulf Pannach (Liedermacher) „staatsfeindliche Hetze“ unterstellte, ließ die Band ihn weiter bei ihren Gigs auftreten, bis zum 1975 verhängten Berufsverbot.²⁸⁹⁸ Die Geheimpolizei observierte die Mitglieder weiter, insbesondere auf ihre westdeutschen Verbindungen hin.²⁸⁹⁹ In der Folge landeten ihre Lieder auf dem Index und die Platten der „Klaus Renft Combo“ verschwanden aus den Läden. Ein Mitglied sagte sich gänzlich von der Musik los, zwei andere fanden eine neue Musikgruppe, drei der Musiker kamen wegen „Hetze“ in Haft und wurden später, fast zeitgleich mit Jürgen Fuchs, in die Bundesrepublik ausgewiesen, in der Klaus Jentzsch mittlerweile lebte.²⁹⁰⁰ Bis 1989 blieb die „Klaus Renft Combo“ ein kulturpolitisches Tabu.²⁹⁰¹

Die restriktive Kulturpolitik der SED gipfelte im Exodus von über 200 Kulturschaffenden,²⁹⁰² darunter Eva-Maria Hagen, Nina Hagen, Manfred Krug, Katharina Thalbach, Veronika Fischer, Holger Biege, Angelika Mann und Ute Freudenberg. Ähnlich rigoros wie zu „abtrünnigen“ Kulturschaffenden verhielten sich Staatsmacht und MfS gegenüber trampenden Blues-Fans, obwohl diese einerseits kaum politisches Engagement aufwiesen,²⁹⁰³ aber laut Christian Kunert von der „Klaus Renft Combo“ andererseits „schon dadurch, dass die Musik zum Politikum, zur Chefsache erklärt worden war“²⁹⁰⁴. Das führte innerhalb der Szene zu unterschiedlichen Reaktionen, von Solidarisierungstendenzen bis hin zur demonstrativen Gleichgültigkeit. Peter Wurschi erklärt: „Denn wenn man schon kri-

2897 Vgl. für Einzelheiten: Rauhut, Michael 1996 (b), S. 189-191; vgl. ders. 1998; vgl. Renft, Klaus 1997.

2898 Die Verbotspraxis konnten Bands der 1970er Jahre in der Regel mit Neugründungen oder durch Ummeldungen der Wohnsitze umgehen. Vgl. Wicke, Peter 1999, S. 1880.

2899 Vgl. Information Nr. 146/76 über weitere negativ-feindliche Aktivitäten von Mitgliedern der ehemaligen Tanzmusikformation „Klaus-Renft-Combo“, Leipzig. Information vom 23. Februar 1976, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2485, Bl. 1-7.

2900 Vgl. Rauhut, Michael 2002, S. 85-87; vgl. ders. 2005, S. 71; vgl. Vollnhals, Clemens 2002, S. 140 f.; vgl. Lindner, Bernd 2008 (b), S. 160.

2901 Vgl. Rauhut, Michael 2001, S. 463.

2902 Vgl. Walter, Michael 1997, S. 118.

2903 Vgl. Kochan, Thomas/Christian Kunert 2010, S. 409.

2904 Ebd., S. 412.

minimalisiert wurde und Benachteiligungen in Kauf nehmen musste – so dachten viele –, konnte man auch offensiv und offensichtlich als ‚Gammer‘ auftreten.“²⁹⁰⁵ Die Strategie der Sicherheitsorgane lief auf willkürliches Verhalten hinaus. Das erzeugte nicht selten Unsicherheit, denn wann und warum ein Tramper kontrolliert und verhaftet wurde, blieb meist den Ordnungskräften überlassen, abhängig vom Ehrgeiz der Kreisdienststellen.²⁹⁰⁶

Dennoch lebte die Blues-Bewegung im Untergrund weiter und besetzte neue Räume. Diese Form widerständigen Verhaltens deckt sich mit der These Ilko-Sascha Kowalczyks, der davon ausgeht, die „radikalste Form“ der „gesellschaftliche[n] Verweigerung“ praktizierten jene, „die in der DDR lebten und gleichzeitig aus der Gesellschaft ‚ausstiegen‘“. Bei Mitgliedern subkultureller Milieus sei „der Übergang zur politischen Dissidenz fließend“²⁹⁰⁷. So bewertete die CDU-Geschäftsstelle in Bonn Mitte der 1970er Jahre von der sozialistischen Norm „abweichende“ Verhaltensweisen, wie das Tragen von Jeansbekleidung oder langen Haaren sowie das Hören westlicher Musik bei ostdeutschen Jugendlichen, als Ausdruck jenes widerständigen Verhaltens.²⁹⁰⁸ Die brutalste Form von Aufmüpfigkeit schlug sich im aggressiven Verhalten gegenüber Volkspolizisten nieder, wovon der Herbst 1977 Zeugnis ablegt.

Nahe dem Berliner Fernsehturm kam es bei einem Rockkonzert am 7. Oktober 1977 zu einer Tragödie. Nachdem neun Jugendliche gegen 19 Uhr einen Lüftungsschacht bestiegen hatten, um die Musiker auf der Bühne besser sehen zu können, und abgestürzt waren, brach Hysterie unter den Anwesenden aus, als Polizisten den Weg zum Unfallort mit Schlagstöcken beräumten. Gemäß den Berichten des MfS schlossen sich am Tag des Republikjubiläums etwa 100 der insgesamt 20.000 Zuschauer zusammen und attackierten Beamte mit herausgerissenen Pflastersteinen, Abfall, Knallkörpern, Papierkörben, zersplitterten Gehwegplatten, Faustschlägen und Fußtritten. Die aufgebrachte Menge entriss manchem Polizisten die Mütze und verbrannte diese. Jugendliche und Jungerwachsene hätten mit Fußballhymnen und Parolen wie „Nieder mit der DDR“,

2905 Wurschi, Peter 2007, S. 146.

2906 Vgl. Kochan, Thomas 2004, S. 79 f.

2907 Kowalczyk, Ilko-Sascha 1999 (a), S. 55.

2908 Vgl. Information über eine von der CDU-Geschäftsstelle in Bonn 1975 herausgegebene Broschüre „Erziehung zum Haß – Jugend in der DDR“ (Nr. 8/1975). Büro Paul Verner, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.036/9, Bl. 139 f.

„Deutschland erwache [sic!]“ oder „Nieder mit dem Polizeistaat“ provoziert und aufgefordert „Schlagt die Bullen tot“, „Hängt ihn auf, das grüne Schwein“. ²⁹⁰⁹ Andere formten ihre Finger zum Siegeszeichen und sangen den Protestsong „All we are saying, is give peace a chance“. Erst kurz vor Mitternacht beruhigte sich die Lage. ²⁹¹⁰

In den folgenden Tagen informierten das ND und die NZ über die Störungsaktion beim Abtransport der Verletzten durch jugendliche „Rowdys“. ²⁹¹¹ Die BZ nahm das Ereignis zum Anlass, westliche Presseorgane zu rügen, weil diese den Zwischenfall in der DDR künstlich aufblähen würden, dabei passierten solche Dinge in der „westlichen Welt tagtäglich“. ²⁹¹² Laut Informationen des MfS vom 10. Oktober 1977 wurden bei den Gewalttätigkeiten am 7. Oktober 66 Polizisten zum Teil schwer verletzt, 313 Jugendliche verhaftet (darunter 218 FDJler), 87 Ermittlungsverfahren mit und zwölf ohne Haftstrafen eingeleitet sowie 48 Ordnungsstrafen zwischen 100 und 500 Mark verhängt. Der Sachschaden belief sich auf 50.000 Mark. Die Geheimpolizei schätzte das Alter der „Gewalttäter“ auf 15 bis 17 Jahre, bei den Verhafteten auf 16 bis 21 Jahre. Die Sicherheitskräfte übergaben an den Ausschreitungen beteiligte Jugendliche deren Eltern. Schulen und Betriebe erhielten die Order, „Aussprachen“ zu führen und vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, die das MfS nicht näher definierte. ²⁹¹³

Eine andere Quelle berichtet von insgesamt 470 Verhafteten, darunter etwa 300 Mitglieder der FDJ. Mehrheitlich sollen Lehrlinge und junge Ar-

2909 Vgl. Gesamtbericht zum schweren Vorkommnis – Ausschreitungen/Rowdytum – anlässlich des Volksfestes am 7.10.1977 in der Hauptstadt der DDR – Berlin vom 9. Oktober 1977, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 9105, pag. Bl. 2-5; vgl. Bericht über die Ergebnisse der zur Aufklärung der Vorkommnisse während des Volksfestes am 7.10.1977 in der Hauptstadt der DDR geführten Untersuchungen vom 10. Oktober 1977, in: ebd., pag. Bl. 24 f.; vgl. Rauhut, Michael 2001, S. 462.

2910 Vgl. ders. 2002, S. 73 f.; vgl. Wolle, Stefan 2001, S. 46.

2911 Vgl. ND vom 10. Oktober 1977, S. 8; vgl. NZ vom 10. Oktober 1977, S. 6.

2912 BZ vom 14. Oktober 1977, S. 2.

2913 Vgl. Bericht über die Ergebnisse der zur Aufklärung der Vorkommnisse während des Volksfestes am 7.10.1977 in der Hauptstadt der DDR geführten Untersuchungen vom 10. Oktober 1977, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 9105, pag. Bl. 22-26; vgl. Information Nr. 623/77 über rowdyhafte Ausschreitungen von Jugendlichen und Jungerwachsenen in den Abendstunden des 7. Oktober 1977 in der Hauptstadt der DDR vom 10. Oktober 1977, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2743, Bl. 1-5.

beiter im Alter von 16 bis 21 Jahren an dem Gewaltexzess mitgewirkt haben.²⁹¹⁴ Die Geheimpolizei diagnostizierte, rund 100 von ihnen hätten „ideologisch labile, unausgereifte Persönlichkeiten ohne sinnvolle Lebensweise“²⁹¹⁵. „Solche“ Jugendliche galt es vom nächststehenden „Fest Roter Oktober“ fernzuhalten, anlässlich des 60. Jahrestages der sowjetischen Revolution. Gemäß dem MfS mussten im Oktober 1977 „Zusammenrottungen [...] kleinste[r] Zellen erkannt und zerschlagen werden“²⁹¹⁶. Wie bei den X. Weltfestspielen setzten Staatsmacht und MfS auf Prävention. Die am 19. Oktober 1977 angereisten Gäste – 65.000 Bürger aus der DDR, über 1.300 sowjetische Jugendliche, 600 Ehrengäste sowie mehr als 10.000 Mitwirkende – bekamen von den Praktiken des MfS wohl ebenso wenig mit wie die Besucher 1973.²⁹¹⁷

Vom 22. bis zum 23. Oktober 1977 fanden sich 300 Jugendliche auf Polizeiwachen wieder, fast 70 Heranwachsende verhaftete die Volkspolizei wegen „staatsfeindlicher Handlungen“, „Rowdytums“ usw. Allein die Zuführungsstelle in Berlin-Weißensee nahm am 23. Oktober knapp 180 Jugendliche ohne einen Tatverdacht in Gewahrsam, die Berlin erst gar nicht hätten erreichen dürfen. Sicherheitskräfte zwangen mehr als 8.000 „negativ-dekadente“ bzw. „kriminell gefährdete“ junge Menschen bei „Vorbeugungsgesprächen“ zur schriftlichen Verpflichtung, Berlin während der Feierlichkeiten nicht zu betreten. Unter der Aktion „Aurora“ erfolgten mindestens 230 präventive „Zuführungen bei Personen mit dekadente[m]

2914 Hermann Weber schreibt von drei Toten und auch Michael Rauhut recherchierte, nach westlichen Pressemeldungen gab es drei Todesfälle. Insgesamt soll es zu etwa 460 Zuführungen gekommen sein, wovon rund 200 mit Verwarnungen endeten. Mehr als 20 prügelnde Passanten erhielten Freiheitsstrafen von sechs Monaten, zwischen 64 und 95 Personen Haftstrafen zwischen vier Monaten und drei Jahren. Etwa 16 bis 20 Personen kamen auf Bewährung frei. Vgl. Weber, Hermann 2006, S. 95; vgl. Rauhut, Michael 1999, S. 1804; vgl. ders. 2002, S. 73 f.

2915 Rowdyhafte Ausschreitungen, Zusammenrottungen und Widerstand gegen staatliche Maßnahmen beim Volksfest zum Nationalfeiertag der DDR in Berlin auf dem Alexanderplatz (Fernsehturmumbauung) am 7. Oktober 1977, in der Zeit von 18.00 Uhr bis 23.00 Uhr, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3700, pag. Bl. 136.

2916 Aktennotiz über die 2. Lagebesprechung beim Leiter der Aktion „Aurora“ vom 20. Oktober 1977, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AGM-1923, pag. Bl. 78.

2917 Vgl. Eröffnungsveranstaltung „Salut, Roter Oktober“ am 19. Oktober 1977 von 14.30-16.00 Uhr in: ebd., pag. Bl. 115.

Aussehen“²⁹¹⁸. MfS und Volkspolizei verhinderten die Anreise von mindestens 190, wenn nicht hunderten Jugendlichen auf Straßen- und Schienenwegen.²⁹¹⁹

Doch die Maßnahmen zur „Zersetzung“ der Tramper-Bewegung, angefangen vom verstärkten Einsatz von IM²⁹²⁰ bis hin zum vorzeitigen Abbruch von Musikveranstaltungen oder der Schließung von Gaststätten,²⁹²¹ erzielten keineswegs die gewünschte Wirkung. Die Geheimpolizei bemerkte Ende der 1970er Jahre, zunehmend mehr Jugendliche schlossen sich in kleinen Gruppen zusammen, in denen häufig junge Vorbestrafte eine Führungsrolle einnahmen. Erich Mielke konstatierte spätestens im Januar 1978 vermehrte, „teilweise schwerwiegenden Störungen und Provokationen“²⁹²² bei Veranstaltungen und erließ im August 1978 die Dienstweisung Nr. 10/78. Es galt, intensiver gegen „geplante[...] Provokationen und Zusammenrottungen“²⁹²³ und Personen, die „kriminell gefährdeten“ Jugendlichen Übernachtungsmöglichkeiten anboten, vorzugehen sowie „Inhaber von Partywohnungen“²⁹²⁴ zu erfassen. Bei vorbestraften Heranwachsenden sei „das sozialistische Strafrecht konsequent anzuwenden“²⁹²⁵, während zu Straftaten neigende Jugendliche durch „Arbeitserziehung“ bzw. gemeinnützige Arbeit diszipliniert und einer anständigen Freizeitgestaltung „zugeführt“ werden sollten.

2918 Bericht über den Stand und die Wirksamkeit der eingeleiteten Maßnahmen zur Verhinderung von Störungen seitens negativ dekadenter und kriminell gefährdeter jugendlicher Personen bzw. Gruppen vom 23. Oktober 1977, in: ebd., pag. Bl. 149.

2919 Vgl. ebd., pag. Bl. 148 f.

2920 Im Februar 1981 schrieb das MfS von rund 160 eingeschleusten IM in jugendliche Personenkreise. Vgl. Analyse der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen vom 10. Februar 1981, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 26.

2921 Vgl. Information über politisch-operative Erfahrungen bei der inoffiziellen Kontrolle und Beeinflussung negativer und dekadenter Jugendlicher im Zusammenhang mit der Konzentration auf dem „Zwiebelmarkt“ in Weimar am 5./6.10.1974 vom 16. Oktober 1974. Arbeitsbereich Mittig, in: BStU, MfS, Nr. 169, pag. Bl. 5 f.

2922 Vertrauliche Verschlusssache Nr. 8/178 vom 14. Januar 1978, in: BStU, MfS, HA VI, Nr. 11302, pag. Bl. 1.

2923 Ebd., pag. Bl. 3.

2924 Ebd., pag. Bl. 12.

2925 Ebd., pag. Bl. 9.

Fortan erhielten Bildungseinrichtungen, Arbeitsstätten und gesellschaftliche Organisationen detaillierte Informationen über Ereignisse, bei denen Heranwachsende aus ihrem Umfeld „negativ“ aufgefallen waren, selbst wenn keine Ordnungswidrigkeit vorlag.²⁹²⁶ Für Tramper bedeutete der Befehl vom August 1978 mehr Überwachung und Kontrolle am Arbeitsplatz. Jugendliche, welche die Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens verletzten, das öffentliche Wohl gefährdeten und zu „Asozialität“, Alkoholmissbrauch, Gewalt und „Arbeitsscheue“ tendierten, wurden verstärkt beobachtet und schikaniert. Im Prinzip konnte jeder, vor allem Mitglieder aus subkulturellen Milieus, durch den umgangssprachlichen Gummiparagrafen 249 StGB der „Asozialität“ oder „Arbeitsscheue“ bezichtigt werden. Manchen Leiter von Ausbildungsbetrieben und Arbeitsstätten erreichten Vordrucke vom Rat des Stadtbezirkes Berlin, in denen die Verfehlungen bestimmter Lehrlinge oder junger Arbeiter standen. Über die Erfolge der Resozialisierung mit Hilfe des Arbeitskollektivs oder einer „sinnvollen“ Freizeitgestaltung mussten die Adressaten der Abteilung Innere Angelegenheiten des Rates des Stadtbezirkes Berlin Auskunft geben.²⁹²⁷

Im April 1979 begann das Ministerium des Innern in Vorbereitung auf das „Nationale Jugendfestival der DDR“ mit der flächendeckenden Zentralerfassung²⁹²⁸ von Jugendlichen, die „wiederholt überörtlich rowdyhaft durch Straftaten, Verfehlungen und Ordnungswidrigkeiten oder andere ne-

2926 Vgl. ebd., pag. Bl. 9 f. u. 12.

2927 Die Abteilung wertete die Meldungen in einer vierteljährlich tagenden Arbeitsgruppe aus und übergab die Ergebnisse dem Stellvertreter des Oberbürgermeisters für Inneres, der wiederum den Oberbürgermeister einmal jährlich über die Entwicklung unter der Jugend in Berlin unterrichtete. Vgl. Dienstanweisung Nr. 10/78 zur wirksamen Erziehung Jugendlicher und junger Erwachsener, die durch ihr Verhalten das Zusammenleben der Bürger stören, und die öffentliche Ordnung gefährden, vom 1.8.1978, in der Fassung vom 1. September 1981, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 18574, pag. Bl. 26; vgl. Dienstanweisung Nr. 10/78 zur wirksamen Erziehung Jugendlicher und junger Erwachsener, die durch ihr Verhalten das Zusammenleben der Bürger stören, und die öffentliche Ordnung gefährden, vom 1.8.1978, in der Fassung vom 1. September 1981, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 2393, pag. Bl. 1 f. u. 7.

2928 Ob es sich bei dieser Kartei um die genannte „Zentrale Arbeitskartei zur Erfassung negativ dekadenter und kriminell gefährdeter Jugendlicher“ bzw. um das „Tramper-Register“ handelte, kann nicht ausgeschlossen werden.

gative bzw. dekadente Verhaltensweisen²⁹²⁹ aufgefallen waren respektive dazu neigen könnten. Volkspolizisten listeten von den Betroffenen neben Namen und Geburtstag zusätzlich den Grund der Erfassung mit Codes. Alle Kreisdienststellen von MfS und Volkspolizei konnten auf die Karteien zurückgreifen und die Anreise unerwünschter Tramper zu politischen, sportlichen und kulturellen Höhepunkten im gesamten Gebiet der DDR verhindern.²⁹³⁰ Im selben Jahr erfolgte eine Änderung im Strafgesetzbuch. Das Wort Gruppe wurde im „Rowdy-Paragrafen“ (215 StGB) durch den Begriff Zusammenrottung ersetzt und die Obergrenze der Freiheitsstrafen lag bei schweren Fällen künftig bei bis zu zehn Jahren (vorher acht Jahre), bei leichten Fällen bei bis zu zwei Jahren. Das Strafmaß für „staatsfeindliche Hetze“ stieg von sechs auf acht Jahre.²⁹³¹

Nach der Strafrechtsreform wiesen offizielle Statistiken zwar einen Rückgang der Taten wegen „Rowdytums“ aus – von durchschnittlich 14 Straftaten je 100.000 Einwohner (1979) auf zwölf Straftaten je 100.000 Einwohner (1981/82) –, doch bis Anfang der 1980er Jahre stiegen die Straftaten bei „Rowdytum“ von rund 1.880 (1970 bis 1974) auf über 2.000 (1981). Arnold Freiburg äußerte, die Dunkelziffer betrug jährlich einige hundert Fälle. Insgesamt registrierte die DDR in den 1970er Jahren zwar mehr Delikte in Verbindung mit „Rowdytum“ als bei „Widerstand gegen die Staatsgewalt“, aber im Verhältnis zu Eigentums- oder Verkehrsdelikten fiel „Rowdytum“ bei der Gesamtkriminalität kaum ins Gewicht.²⁹³² Dennoch wurden die meist jugendlichen „Täter“ laut Arnold Freiburg „un-nachsichtig verfolgt“²⁹³³. Er schätzte in der ersten Hälfte der 1980er Jahre den Anteil der klassischen Jugenddelikte, gemessen an den Gesamtstraftaten, auf etwa 30 Prozent.²⁹³⁴

2929 Maßnahmen zur Verhinderung von Störungen durch negativ-dekadente und kriminell gefährdete Jugendliche und Jungerwachsener während des „Nationalen Jugendfestivals“ der DDR in der Hauptstadt der DDR, Berlin, vom 27. April 1979, in: BStU, MfS-BdL/Dok., Nr. 006678, pag. Bl. 1.

2930 Vgl. ebd., pag. Bl. 1-3.

2931 Vgl. Freiburg, Arnold 1981 (b), S. 157 f.; vgl. ders. 1984 (b), S. 65 u. 84 f.; vgl. Weber, Hermann 2006, S. 95; vgl. Reitel, Axel 2007, S. 80 f.; vgl. Wurschi, Peter 2007, S. 145.

2932 Vgl. Freiburg, Arnold 1981 (b), S. 158; vgl. ders. 1984 (b), S. 72 f.; vgl. Rytlewski, Ralf/Manfred Opp de Hipt 1987, S. 127 f.

2933 Freiburg, Arnold 1981 (b), S. 158.

2934 Er führte nicht weiter aus, was klassische Jugenddelikte waren. Wahrscheinlich zählten dazu auch die genannten Straftatbestände der „Arbeitsbummelei“, „Stö-

Gemäß den Statistiken des MfS gerieten 14- bis 25-jährige straffällig Gewordene, aufgeschlüsselt nach Deliktarten, am häufigsten wegen „Rowdytums“ mit dem Gesetz in Konflikt, und das oftmals unter Alkoholeinfluss. Während Straftaten der „öffentlichen Herabwürdigung“ von 61 Prozent (1979) auf 58 Prozent (1980) gesunken und Straftaten des „ungesetzlichen Grenzübertretts“ von 60 Prozent (1979) auf 62 Prozent (1980) gestiegen waren, blieben Delikte des „Rowdytums“ (90 Prozent), des „Widerstands gegen staatliche Maßnahmen“ (64 Prozent) und des „asozialen Verhaltens“ (46 Prozent) 1980 gegenüber dem Vorjahr konstant.²⁹³⁵ So ordnete wohl nicht nur die BV Potsdam von 1978 bis 1980 mehr als 90 Prozent aller jugendlichen Straftaten „Rowdytum“ zu, gefolgt von „Missachtung gesellschaftlicher und staatlicher Symbole“. Die Potsdamer Geheimpolizei bemerkte Ende der 1970er Jahre, viele Straftaten geschahen unter Einwirkung von Alkohol. Sie registrierte zudem eine Zunahme von faschistischem Gedankengut unter Schülern und Lehrlingen sowie ein Nachlassen der Wehrbereitschaft. Häufiger wurden Verpflichtungen für die NVA zurückgenommen und bei offiziellen wehrpolitischen Veranstaltungen kam es nicht selten zu Weigerungen.²⁹³⁶

Ähnlich wie in Potsdam ermittelte das MfS im Bezirk Karl-Marx-Stadt Anfang der 1980er Jahre trotz des Rückgangs der Jugendkriminalität einen zahlenmäßigen Anstieg von Delikten, die sich gegen die „staatliche Ordnung und Sicherheit“ richteten, bspw. „öffentliche Herabwürdigung“ oder „Widerstand gegen staatliche Maßnahmen“. Zwar betrug der Anteil derartiger Delikte (Beleidigung, Verleumdung usw.) dort etwa 60 Prozent, doch auch in Karl-Marx-Stadt standen die jugendlichen „Täter“ (fast 80 Prozent) in der Regel unter Alkoholeinfluss. Laut einem Bericht vom Mai

rung der öffentlichen Ordnung“, „Mißachtung staatlicher Symbole“ oder Eigentumsdelikte. Vgl. ebd., S. 158 u. 101.

2935 Vgl. Forschungsergebnisse zum Thema „Die politisch-operative Bekämpfung des feindlichen Mißbrauchs gesellschaftswidriger Verhaltensweisen Jugendlichen“ vom Februar 1981, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, BdL, Nr. 251, Bl. 25 (nicht pag.).

2936 Vgl. Leiterinformation Nr. 4/78 über aktuelle Erkenntnisse der politisch-operativen Lage und der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit unter jugendlichen Personenkreisen vom 23. März 1978, in: BStU, MfS, BV Potsdam, BVfS Pdm, BdL Dok., Nr. 400134, pag. Bl. 3 u. 5; vgl. Leiterinformation Nr. 7/78 über die politisch-operative Lage unter jugendlichen Personenkreisen vom 1. Oktober 1980, in: BStU, MfS, BV Potsdam, BVfS Pdm, BdL Dok., Nr. 400119, pag. Bl. 7 f.

1980 – gefertigt im Rahmen des „V. Festivals der Freundschaft zwischen der Jugend der UdSSR und der DDR“ mit offiziell 150.000 Mitgliedern der FDJ und des Komsomol – seien erstens die Zahlen der Grenzübertritte gestiegen, etwa ein Viertel aller Antragsteller im Bezirk waren Jugendliche, und zweitens hätten sich die „Straftaten der kriminellen Asozialität“²⁹³⁷ 1979, verglichen mit 1977, verdoppelt.

Obwohl ab Mitte der 1970er Jahre nicht ein Prozent aller Jugendlichen straffällig wurde, ging die Jugendkriminalität in der DDR laut dem MfS erst Anfang der 1980er Jahre merklich zurück.²⁹³⁸ Die Straftaten 14- bis 17-Jähriger sanken von 19.000 (1980) auf rund 13.700 (1982) und bei 18- bis 24-Jährigen von 37.200 (1980) auf etwa 34.500 (1982).²⁹³⁹ Allerdings lag die Kriminalitätshäufigkeit 14- bis 17-Jähriger 2,5-mal höher als bei Erwachsenen. Dem MfS zufolge kam nur jeder zweite jugendliche „Täter“ vor ein Gericht. Jüngere „Täter“, meist 14- bis 17-Jährige, wurden am häufigsten mit Eigentumsdelikten oder „Rowdytum“ straffällig; ältere Jugendliche bis 24 Jahre öfter wegen „Widerstandes gegen staatliche Maßnahmen“, Raubes oder Erpressung.²⁹⁴⁰ Wie häufig junge Tramper in den 1970er Jahren mit dem Gesetz kollidierten, wegen „Rowdytums“ oder „Asozialität“ vor Gericht standen, wie viele planten, die DDR zu verlassen oder den Wehrdienst zu verweigern, bleibt letztlich unbeantwortet, da sie in den Kriminalitätsstatistiken nicht gesondert auftauchen.

Die Geheimpolizei in Karl-Marx-Stadt jedenfalls monierte 1981, mit Kategorien „wie Tramper[n], Rocker[n], Hippies, Fans [und] asoziale[n] Elemente[n]“ ließen sich nur äußere Merkmale erfassen, die Kategorien

2937 Analyse über potentielle Kräfte, von denen feindliche Handlungen bzw. Störungen des V. Festivals der Freundschaft zwischen der Jugend der UdSSR und der DDR in Karl-Marx-Stadt ausgehen könnten, vom 16. Mai 1980, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-1907, pag. Bl. 35.

2938 Vgl. Zur Lage unter der Jugend der DDR vom 20. Januar 1981, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 11191, pag. Bl. 78.

2939 Die Quelle könnte von 1987/88 sein. Vgl. Information über die Entwicklung der Jugendkriminalität und Schlußfolgerungen für die weitere Qualifizierung der Tätigkeit der Leitungen der FDJ auf dem Gebiet der sozialistischen Rechtserziehung, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 79 (Anlage 1).

2940 Vgl. Information über die Entwicklung der Jugendkriminalität und Kriminalität junger Erwachsener im Jahre 1981, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 10193, pag. Bl. 12 u. 23.

seien „wissenschaftlich nicht bestimmt und juristisch unhaltbar“²⁹⁴¹. Es gebe Trampler mit einem festen Arbeitsverhältnis, die versuchten, die Welt mit wenig Geld zu sehen, und Trampler, die auf Kosten anderer lebten, von Veranstaltung zu Veranstaltung reisten und „mehr oder weniger negativ in Erscheinung“ traten. Lediglich von diesen häufig Vorbestraften ginge eine „latente Gefahr aus, sie werden bei Konfliktsituationen unterschiedlicher Art oft sehr schnell und politisch negativ wirksam“²⁹⁴². Ein Jahr später konstatierte der Autor einer Fachschulabschlussarbeit des MfS, es sei schwierig, geeignete Kandidaten für den Dienst als IM unter Trampnern zu finden, bedingt durch den Generationenwechsel. Zusätzlich hätten mehr Jugendliche die Absicht, außerhalb staatlicher Tourismusangebote zu reisen, weil sie sich damit dem Zugriff der Sicherheitsorgane (z. B. bei Jazz- oder Bluesveranstaltungen) im Ausland entziehen wollten. Im Bezirk Cottbus/Kreis Calau verzeichnete Wolfgang Jakob einen Anstieg der Zahlen an Trampnern von 70 (1977) auf 300 (1981). Folglich wachse die Zahl derer, die durch „asoziales, dekadentes und rowdyhaftes Verhalten“²⁹⁴³, „Arbeitsbummelei“, verwahrlostes Äußeres und politisches Desinteresse auffielen, so Jakob abschließend.²⁹⁴⁴

2941 Forschungsergebnisse zum Thema „Die politisch-operative Bekämpfung des feindlichen Mißbrauchs gesellschaftswidriger Verhaltensweisen Jugendlicher“ vom Februar 1981, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, BdL, Nr. 251, Bl. 28 (nicht pag.).

2942 Ebd., Bl. 29 (nicht pag.).

2943 Jakob, Wolfgang 1982: Fachschulabschlußarbeit. Thema: Die Notwendigkeit des Einsatzes von jugendlichen IM unter negativ-dekadenten jugendlichen Personenkreisen (Trampler) und die damit verbundenen grundsätzlichen Anforderungen an den Gewinnungsprozeß von IM-Kandidaten vom Januar, in: BStU, MfS, Mikrofilm JHS-Nr. 688/81, Bl. 13 (nicht pag.).

2944 Vgl. ebd., Bl. 11-13 (nicht pag.).

6 Wachsende Diskrepanz und das Ende der Jugendpolitik (1982 bis 1990)

6.1 Jugendpolitik

6.1.1 Ziele

Anfang der 1980er Jahre wurde der von der SED bis in die 1970er Jahre propagierte ideologische „Klassenkampf“ von einer Außenpolitik abgelöst, die mehr Vernunft und Realismus prägte. Angesichts der drohenden Gefahren durch eine Eskalation des Kalten Krieges wollte die DDR wie die Bundesrepublik kriegsrisikoreiche Auseinandersetzungen, d. h. ein „Euroshima“²⁹⁴⁵ vermeiden.²⁹⁴⁶ Damit folgte die ostdeutsche Regierung außenpolitisch dem „neuen politischen Denken“²⁹⁴⁷ der Sowjetunion. Vor dem Hintergrund der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa warnte sie 1983: „Die Verwandlung der Bundesrepublik in eine Startrampe für atomare USA-Erstschlagwaffen beschwört nicht nur das Risiko der Selbstvernichtung der BRD herauf. Sie bedroht die Sicherheit und das Leben aller Völker Europas.“²⁹⁴⁸

Innenpolitisch blieb die Einheitspartei ihrem restriktiven Kurs gegenüber Andersdenkenden treu. Zwar begrüßte das Regime offiziell den Zusammenschluss „hunderte[r] Millionen Menschen in Ost und West [...] in einer weltumspannenden Friedensbewegung“²⁹⁴⁹ und Erich Honecker versicherte gegenüber der Bundesrepublik, „wegen seines Eintretens für Frie-

2945 Honecker, Erich 1982: Den vom X. Parteitag gewiesenen Kurs mit dem ganzen Volk weiter zuverlässig in die Tat umsetzen. Aus dem Schlußwort auf der 4. Tagung des Zentralkomitees der SED am 24. Juni, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1985, S. 7.

2946 Vgl. Rexin, Manfred 1988, S. 49; vgl. Seebacher-Brandt, Brigitte 1992, S. 35; vgl. Jesse, Eckhard 1996, S. 437 f.

2947 Ebd., S. 437.

2948 Appell der SED, der DKP und der SEW an die Parteien der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften und die Jugendverbände, an alle Menschen in Europa, die in Frieden leben wollen. Beschluß vom 27. September 1983, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1984, S. 379.

2949 Ebd.

den, Abrüstung in Ost und West wird bei uns niemand verfolgt“²⁹⁵⁰, doch in der Realität waren Bürgerrechtler und Friedensaktivisten Repressionen ausgesetzt. Im Jahr 1982 wurden Frauen aus der Gemeinschaft Frauen für den Frieden verhaftet. Sie setzten sich gegen die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft ein und hatten sich anlässlich des neuen Wehrdienstgesetzes organisiert.²⁹⁵¹ Im Frühjahr desselben Jahres wurden zwei Gesetze zum Landesschutz erlassen. Im März komprimierte die Regierung erstmals die grundlegenden Bestimmungen über das Hoheitsgebiet und die Staatsgrenze. Das Gesetz über die Staatsgrenze schloss die Respektierung des Grenzverlaufes am östlichen Elbufer fortan nicht mehr aus und legalisierte den Schusswaffengebrauch bei Fluchtversuchen, ohne die Abgabe vorheriger Warnschüsse.²⁹⁵²

Ab dem 25. März 1982 löste ein neues Wehrpflichtgesetz jenes aus den 1960er Jahren ab. Im Vergleich zu 1962 bzw. der novellierten Fassung von 1968 sowie dem Landesverteidigungsgesetz von 1961 bzw. 1978 kodifizierte das neue Wehrdienstgesetz die wehrerzieherische Verantwortung aller Institutionen: „Die staatlichen Organe sowie Kombinate, wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe, Einrichtungen, Genossenschaften, gesellschaftlichen Organisationen und Vereinigungen [...] sind verpflichtet, die Bürger auf den Wehrdienst vorzubereiten.“²⁹⁵³ Alle staatlichen Organe und Betriebe mussten für eine gebührende Verabschiedung ihrer einberufenen Angestellten sorgen und während der Zeit ihres Wehrdienstes zu den Familien Kontakt halten.²⁹⁵⁴ Verteidigungsminister Heinz Hoffmann erklärte den Grund der betrieblichen Fürsorge: „Wenn der Soldat weiß, daß zu Hause alles in Ordnung ist und die Familie in jeder Hinsicht unterstützt wird, dann kann er seine militärischen Aufgaben und Pflichten ruhiger und mit ganzer Hingabe erfüllen.“²⁹⁵⁵ Bislang existierte keine vergleichbare Verordnung. Das neue Gesetz spannte mit den Betrieben offenbar jene In-

2950 Antwortschreiben des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR an den Koordinierungsausschuß vom 7. April 1984, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1986, S. 33.

2951 Vgl. Neubert, Ehrhart 2000, S. 459; vgl. Jesse, Eckhard 2008, S. 483; vgl. ders. 2011 (b), S. 112.

2952 Vgl. Henrich, Wolfgang 1983, S. 10 f.

2953 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1982, § 5, Abs. 1.

2954 Vgl. ebd., § 5, Abs. 5.

2955 BZ vom 26. März 1982, S. 3.

stitutionen stärker in die Wehrerziehung ein, die ihre militärraffinen Aufgaben wohl bisher vernachlässigt hatten.²⁹⁵⁶

Die Bevölkerung verpflichtete es erneut zur „Vorbereitung auf den Wehrdienst“²⁹⁵⁷, hatte doch schon das Landesverteidigungsgesetz von 1961 festgelegt, Bürger „im Falle des Verteidigungszustandes“ neben dem „Dienst in der Nationalen Volksarmee und anderen bewaffneten Organen sowie de[m] Luftschutzdienst“ zu „anderen persönlichen Dienstleistungen“²⁹⁵⁸ abzukommandieren. Das Gesetz vom März 1982 formulierte nun auch direkt, dass der Wehrdienst in den Grenztruppen der DDR abgeleistet werden könne.²⁹⁵⁹ Während das Landesverteidigungsgesetz von 1961 vorsätzliche oder fahrlässige Pflichtverletzungen beim Wehrdienst mit öffentlichem Tadel, Inhaftierungen von bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafen andete,²⁹⁶⁰ regelte Paragraph 43, wer „sich dem Dienstantritt zur Ableistung des Wehrdienstes entzieht oder andere Handlungen begeht, um seine Einberufung zu verhindern [...] wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung oder mit Geldstrafe bestraft“²⁹⁶¹.

Eine andere Neuerung betraf die Rekrutierung weiblicher Bürger. Fortan konnten Frauen von 18 bis 50 Jahren nicht mehr nur zu Zwecken des Zivilschutzes, sondern auch „während der Mobilmachung und im Verteidigungszustand“²⁹⁶² eingezogen werden. Zudem bestimmte das neue Gesetz „die Vorbereitung auf den Wehrdienst“ zum „Bestandteil der Bildung und Erziehung an den allgemeinbildenden Schulen, Einrichtungen der Berufsbildung, Fachschulen, Hochschulen und Universitäten“²⁹⁶³ und hob die Stellung der GST bei der vormilitärischen Ausbildung der Jugend hervor.²⁹⁶⁴ Das im Mai 1982 eingeführte Gesetz dehnte die gesellschaftliche Militarisierung auf alle Bevölkerungsgruppen weiter aus. Zwar blieb es beim Grundwehrdienst von 18 Monaten, dafür sah das Gesetz aber vor, mehr Reservisten einzuziehen und den Reservistendienst zu erweitern. Die Möglichkeit zur Freistellung vom Reservistendienst wegen der Unentbehr-

2956 Vgl. Henrich, Wolfgang/Gottfried Linn 1984 (a), S. 22.

2957 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1982, § 5, Abs. 1.

2958 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1961 (b), § 3, Abs. 2 u. 3.

2959 Vgl. Patzer, Werner 1998, S. 369.

2960 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1961 (b), § 20.

2961 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1982, § 43, Abs. 1.

2962 Ebd., § 3, Abs. 5.

2963 Ebd., § 5, Abs. 2.

2964 Vgl. ebd., § 5, Abs. 3.

lichkeit bestimmter Fachkräfte in der Volkswirtschaft existierte ab 1982 nicht mehr.²⁹⁶⁵

Das neue Gesetz stieß vor allem bei den Kirchen auf Widerstand,²⁹⁶⁶ da es einerseits den waffenlosen Dienst in den Baueinheiten nicht mehr als Wehersatzdienst definierte,²⁹⁶⁷ sondern als „Dienst, der der Ableistung des Wehrdienstes entspricht“²⁹⁶⁸. Andererseits fehlte es ihm an konkreten Hinweisen auf den waffenlosen Wehersatzdienst.²⁹⁶⁹ Aus Sicht der SED sei es ohnehin für jeden Jugendlichen eine „Ehrenpflicht, den Frieden und das sozialistische Vaterland und seine Errungenschaften zu schützen“²⁹⁷⁰. Das ist nur ein Indiz dafür, wie sehr die Staatsmacht annahm, ihre eigenen Ansichten und Interessen würden sich mit denen der Jugend decken. Im Mai 1982 erklärte das ZK: „Unsere Partei und unsere Regierung wissen sich eins mit der Jugend, die NATO-Hochrüstung und imperialistische Konfrontationspolitik einmütig verurteilt.“²⁹⁷¹

Erich Honecker schürte die Ängste der jungen Generation, indem er von einem „atomaren Inferno[...]“²⁹⁷² sprach und die Jugend vor den USA und der NATO warnte.²⁹⁷³ Weil für ihn „Frieden und Sozialismus, Sozialismus und Jugend für immer zusammengehören“²⁹⁷⁴, unterstützte im Umkehrschluss jede Tat für den Sozialismus die globale Friedenssicherung. Aus diesem Grund konzentrierte sich die ideologische Massenarbeit auf die Parole: „Je stärker der Sozialismus, umso sicherer der Frieden.“²⁹⁷⁵ Für die politische Führung war die Wehrbefähigung der Bevölkerung, vor allem die der Jugend, eine der „unerläßliche[n] Voraussetzungen, um unter den komplizierten Bedingungen der 80er Jahre die entwickelte sozialisti-

2965 Vgl. Henrich, Wolfgang 1983, S. 9 f.

2966 Vgl. ders./Gottfried Linn 1984 (b), S. 22.

2967 Vgl. Koch, Uwe 1995, S. 1860 f.

2968 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1982, § 3, Abs. 2 c.

2969 Vgl. Henrich, Wolfgang 1983, S. 10.

2970 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1982, § 1, Abs. 1.

2971 Grußschreiben an die Teilnehmer der Tage der Freundschaft zwischen der Jugend der DDR und der ČSSR vom 29. Mai 1982, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1984, S. 74.

2972 Honecker, Erich 1984, S. 68.

2973 Vgl. Grußadresse an den VII. Kongreß der Gesellschaft für Sport und Technik vom 25. Juni 1982, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1984, S. 103.

2974 ND vom 24. Mai 1983, S. 3.

2975 Honecker, Erich 1984, S. 68.

sche Gesellschaft erfolgreich weiter zu gestalten und zu schützen“²⁹⁷⁶. Das Ziel der Jugendpolitik bestand weiterhin darin, die Jugend zu einem Heer sozialistischer Persönlichkeiten zu erziehen, welche die sozialistische Gesellschaft im Sinne der SED „gestalten“ und verteidigen sollten.

Laut dem Wehrdienstgesetz bewahre die DDR „als Teilnehmerstaat des Warschauer Vertrages die Einheit und Verteidigungsfähigkeit der sozialistischen Militärkoalition“ und käme „ihre[n] internationalen Bündnisverpflichtungen“²⁹⁷⁷ jederzeit nach. Von Februar bis März 1982 wurden auf FDJ-Mitgliederversammlungen Veranstaltungen zum Thema „Der Frieden muß verteidigt werden – der Frieden muß bewaffnet sein“²⁹⁷⁸ durchgeführt. Das war gewissermaßen als eine Gegenoffensive zu den verstärkten Forderungen nach dem SoFd gedacht und eine Reaktion auf die Bewegung Schwerter zu Pflugscharen.²⁹⁷⁹ Von der im Wehrdienstgesetz deklarierten wehrpolitischen Erziehung in allen Bildungseinrichtungen erhoffte sich die Regierung mit Blick auf die Jugend eine identitätsstiftende Wirkung; diese sollte die sozialistischen Errungenschaften auch aus Dankbarkeit schützen, da in der DDR offiziell weder Arbeitslosigkeit noch Lehrstellenmangel oder Sozialabbau existierten.²⁹⁸⁰

Der Beitrag der Jugend zur Landesverteidigung beschränkte sich nicht auf den militärischen Bereich. Die jungen Bürger steuerten aus Perspektive der Parteifunktionäre ebenso mit ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft zur militärischen Stärke bei, damit „das politische Gleichgewicht der DDR im weltweiten Friedenskampf“²⁹⁸¹ nicht ins Wanken gerate. Während Erich Honecker die Bewegung der „Messe der Meister von morgen“ lobte – mehr als 836.300 Jugendliche nahmen daran teil²⁹⁸² –, weil deren

2976 Grußadresse an den VII. Kongreß der Gesellschaft für Sport und Technik vom 25. Juni 1982, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1984, S. 102.

2977 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1982, § 1, Abs. 2.

2978 Information über Ergebnisse der Durchführung des Jugendgesetzes im Jahre 1981, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 10193, pag. Bl. 73 (Anlage 1).

2979 Vgl. Fricke, Karl Wilhelm 1984, S. 194 f.; vgl. Gerlach, Stefanie Virginia 1999, S. 129. Siehe dazu Kap. 6.2.3.

2980 Vgl. Honecker, Erich 1984, S. 19 f.

2981 Grußadresse an die XXV. Zentrale Messe der Meister von morgen und die VIII. Zentrale Leistungsschau der Studenten und jungen Wissenschaftler vom 8. November 1982, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1984, S. 152.

2982 Vgl. Eckert, Rainer 1995, S. 1272.

volkswirtschaftlicher Nutzen von 1981 bis 1983 bei rund 2,7 Millionen Mark gelegen habe, und JB als die „Schrittmacher im sozialistischen Wettbewerb“²⁹⁸³ würdigte, konnten die Jugendinitiativen die katastrophale Wirtschaftslage Anfang der 1980er Jahre nicht ansatzweise lindern. Zeitweise herrschten Versorgungsengpässe bei Grundnahrungsmitteln. Die SED hielt dennoch an ihrer Planwirtschaft fest. Der wirtschaftliche Zusammenbruch konnte nur durch zwei Milliardenkredite unter Vermittlung von Franz Josef Strauß verhindert werden. In der Folge entspannte sich das deutsch-deutsche Verhältnis.²⁹⁸⁴

Für die meisten Heranwachsenden brachte die deutsch-deutsche Annäherung kaum Erleichterungen. Lediglich für Dresdner Jugendliche gab es eine erfreuliche Veränderung: Auch sie konnten bald über Gemeinschaftsantennen westdeutsche Sender empfangen. Zusätzlich wurde der deutsch-deutsche Jugendaustausch erweitert,²⁹⁸⁵ wenngleich das MfS davor warnte, westdeutsche Reisegruppen würden „geschult“²⁹⁸⁶ für das Aufeinandertreffen mit jungen Menschen und versuchen, diese politisch zu beeinflussen. Die Zahl der eingereisten Jugendlichen aus Westdeutschland stieg von etwa 20.000 (1983) auf über 35.000 (1984).²⁹⁸⁷ Die SED hielt trotz der deutsch-deutschen Annäherung an der These einer „friedlichen Koexistenz“ zweier unabhängiger deutscher Staaten mit zwei verschiedenen Gesellschaftssystemen und gegensätzlichen bündnispolitischen Zugehörigkeiten fest.²⁹⁸⁸

Für die Jugendlichen blieben die kommunistischen Erziehungsgrundsätze bestehen. Sie gewannen sogar an Bedeutung.²⁹⁸⁹ Am 25. April 1984 verabschiedete das Sekretariat des ZK einen Beschluss, der „die gesamte

2983 ND vom 18. Juni 1983, S. 3.

2984 Vgl. Weber, Hermann 1991, S. 178 f., 207 u. 209; vgl. Mähler, Ulrich 2001, S. 78; vgl. Völtz, Nicole 2010, S. 224.

2985 Vgl. Menzel, Rebecca 2004, S. 149 u. 151 f.

2986 Arbeitsmaterial zu einigen ausgewählten Problemen der politisch-operativen Lageentwicklung unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR vom 10. Juli 1985, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 2/2, pag. Bl. 91.

2987 Vgl. ebd., pag. Bl. 91 f.

2988 Vgl. Honecker, Erich 1984: Stärke des Sozialismus – entscheidendes Unterpfand im Kampf um den Frieden. Aus dem Schlußwort auf der XV. Bezirksdelegiertenkonferenz der SED in Berlin am 12. Februar, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1986, S. 91.

2989 Vgl. ders. 1984: Die XII. Weltfestspiele werden dem Kampf um Frieden kräftige Impulse verleihen. Antworten auf Fragen des Korrespondenten der „Komsomolskaja Prawda“ am 21. Juli, in: ebd., S. 215 f.

Bildung und Erziehung der jungen Generation auf die Herausbildung der kommunistischen Weltanschauung und Moral“²⁹⁹⁰ richtete. Zwar prägte die Politik der SED in den 1980er Jahren insgesamt mehr Vernunft und Realität, doch jugendpolitisch bewirkte der sowjetische Reformkurs Mitte der 1980er Jahre keinen Wandel. Dem neuen politischen Denken stand die Regierung außenpolitisch aufgeschlossen, in ökonomischen und innenpolitischen Fragen reserviert und ablehnend bis konfrontativ gegenüber.²⁹⁹¹ Thomas Ammer erklärte, die Herrschenden hatten zu viel Angst, „daß dieses Machtmonopol schon von bescheidenen ‚Reförmchen‘ tangiert werden könnte“²⁹⁹². Nicht wenige SED-Mitglieder, davon viele jüngere, sympathisierten mit dem sowjetischen Reformprogramm.²⁹⁹³ Die Hoffnungen der Bürger auf Demokratisierungsprozesse und auf ein Ende der Mangelwirtschaft versiegten mit dem XI. Parteitag der SED 1986, auf dem Michail Gorbatschow mahnte: „Negative Tendenzen wirkten sich aus. [...] Es geht darum, daß wir, auf das Erreichte gestützt, weit schneller vorankommen, unsere Schwächen und Engpässe überwinden und Stagnationserscheinungen beseitigen können und müssen. [...] Marx und Lenin lehrten, daß die kritische Einstellung zur eigenen Tätigkeit eine unerläßliche Bedingung für den Erfolg einer revolutionären Partei ist.“²⁹⁹⁴

Während die SED weit entfernt von einer kritischen Selbsteinschätzung war, stieg die Missstimmung, vor allem die der jungen Bürger über die eingeschränkten Reisemöglichkeiten und die schlechte Versorgungslage.²⁹⁹⁵ Der XI. Parteitag stärkte den Unmut der Bevölkerung über die poli-

2990 Stellungnahme des Sekretariats des ZK der SED zum Bericht der Kreisleitung der SED Berlin-Köpenick über Erfahrungen und Ergebnisse der politisch-ideologischen Arbeit bei der Durchführung der Schulpolitik des X. Parteitages der SED. Beschluß des Sekretariats des ZK vom 25. April 1984, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1986, S. 38.

2991 Vgl. Reißig, Rolf 1993, S. 57; vgl. Jesse, Eckhard 1996, S. 437 f.; vgl. Rödder, Andreas 2009, S. 20.

2992 Ammer, Thomas 1988 (b), S. 918.

2993 Vgl. Friedrich, Walter 1988: „Einige Reflexionen über geistig-kulturelle Prozesse in der DDR“. Expertise des Direktors des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig, Walter Friedrich, für Egon Krenz vom 21. November, in: Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.) 1994, S. 43; vgl. Fricke, Karl Wilhelm 1992, S. 66; vgl. Wolle, Stefan 1992 (a), S. 84.

2994 Gorbatschow, Michail 1986, S. 154 f.

2995 Vgl. Reißig, Rolf 1993, S. 53.

tische Lethargie und den wirtschaftlichen Rück- und Stillstand,²⁹⁹⁶ da dieser die Diskrepanz zwischen der realen wirtschaftlichen Situation – Investitionsrückgänge, marode Verkehrs- und Nachrichtenstrukturen, veraltete Produktionsstätten, Umweltverschmutzung und ein mangelhaftes Warenangebot²⁹⁹⁷ – und den irrealen Zielen der Machthaber bis zum Jahr 2000 offenbarte.²⁹⁹⁸ Demnach habe die DDR „ihre Entwicklung als politisch stabiler und ökonomisch leistungsfähiger Staat erfolgreich fortgesetzt“²⁹⁹⁹, die Planwirtschaft reagiere „effektiv und flexibel auf die Erfordernisse des internationalen Marktes“³⁰⁰⁰ und die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“³⁰⁰¹ stehe im Mittelpunkt künftiger Aufgaben. Bis spätestens 1990 sei „die Wohnungsfrage als soziales Problem gelöst“³⁰⁰² und das Realeinkommen werde pro Kopf wie die Konsumgüterproduktion bei „stabilen, niedrigen Mieten“³⁰⁰³ bis 1990 weiter wachsen.³⁰⁰⁴

Das war genau jene utopische und phlegmatische Einstellung, die aus Sicht der Bevölkerung den gewünschten Moskauer Reformkurs im eigenen Land behinderte,³⁰⁰⁵ von dem die „Gorbi, Gorbi“-Sprechchöre am 7. Oktober 1989 zeugten.³⁰⁰⁶ Vermutlich hätte ein innenpolitischer Wandel das System gar nicht stabilisieren können. Der ostdeutsche Teilstaat wies schon mit seiner Gründung zu viele Defizite in der Legitimation auf und laut Eckhard Jesse war die kommunistische DDR nicht reformierbar.³⁰⁰⁷ Obwohl die Machthaber ihre „brüderliche Verbundenheit mit der KPdSU und der UdSSR“³⁰⁰⁸ propagierten, grenzte sich die politische Führung weiterhin gegenüber dem neuen Denken in der Sowjetunion ab. Kurt Hager antwortete 1987 auf die Frage des westdeutschen Magazins Stern, ob eine Umgestaltung sowjetischen Vorbilds in der DDR möglich wäre:

2996 Vgl. Steiner, André 2007, S. 200, 206 f., 213, 215 u. 217; vgl. Völtz, Nicole 2010, S. 224.

2997 Vgl. Reißig, Rolf 1993, S. 52; vgl. Kaminsky, Annette 2001, S. 123 f.

2998 Vgl. ND vom 18. April 1986, S. 1.

2999 Honecker, Erich 1986, S. 21.

3000 Ebd., S. 24.

3001 Ebd., S. 26.

3002 Ebd., S. 35.

3003 Ebd., S. 36.

3004 Vgl. ebd., S. 33 u. 48.

3005 Vgl. Geißler, Gert 2011, S. 927.

3006 Vgl. Wirsching, Andreas 2008, S. 368.

3007 Vgl. Rödder, Andreas 2009, S. 29 f.; vgl. Jesse, Eckhard 2015 (b), S. 20.

3008 Honecker, Erich 1986, S. 14.

„Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“³⁰⁰⁹

An die Jugend stellte die Regierung von 1986 an „qualitativ neue, höhere Anforderungen“³⁰¹⁰. Dabei sei es nach dem Bericht des ZK an den XI. Parteitag stets richtig gewesen, dieses Vertrauen zu schenken und sie zu ermutigen, „neue Gebiete des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“³⁰¹¹ zu entdecken. Um Lehrstellenmangel oder Arbeitslosigkeit bräuchte sie sich nicht zu sorgen, weil das Bildungssystem jedem eine qualifizierte Berufsausbildung sichere.³⁰¹² Offiziell wurde der „Lebenssinn der Kommunisten [...] immer mehr zur Lebenshaltung der Jugend“³⁰¹³. Für das ZK dienten die über 45.000 JB, mehr als 4.000 Jugendforscherkollektive und die Arbeit von 20.000 delegierten Heranwachsenden in Ostberlin anlässlich der 750-Jahr-Feier als Beweis für den ökonomischen Leistungswillen der jungen Generation. Die Aufnahme von mehr als 100.000 FDJlern als Kandidaten der SED und der hohe Anteil junger Menschen – nach eigenen Angaben war 1986 ein Viertel aller Mitglieder und Kandidaten der Einheitspartei unter 30 – veranlasste die SED in den 1980er Jahren zur Selbstwahrnehmung als „Partei der Jugend“³⁰¹⁴.

In den 1980er Jahren war die SED vor allem eine Massenpartei. Rund jeder fünfte bis sechste Erwachsene bzw. jedes sechste FDJ-Mitglied besaß das Parteibuch und das Alter der männlichen Mitglieder im Politbüro lag mit 49 bis 80 Jahren fernab des Jugendalters.³⁰¹⁵ Zwei Monate nach dem XI. Parteitag gewann die Einheitsliste am 8. Juni 1986 bei einer Wahlbeteiligung von 99,73 Prozent wieder mit 99,94 Prozent.³⁰¹⁶ Die SED wahrte die Illusion einer „sozialistische[n] Demokratie als Herrschaft des Volkes“³⁰¹⁷. Sie rechtfertigte ihre Jugendpolitik fast ausschließlich mit Vergleichen zur westlichen Welt, in der die junge Generation kaum Perspektiven habe. Die DDR als „ein Staat der Jugend“ biete jedem Einzel-

3009 ND vom 10. April 1987, S. 3.

3010 Honecker, Erich 1986, S. 59.

3011 Ebd., S. 66.

3012 Vgl. ebd., S. 67.

3013 Ebd., S. 87.

3014 Ebd., S. 88.

3015 Vgl. Weber, Hermann 1991, S. 183 f.; vgl. Zilch, Dorle 1992, S. 78; vgl. Fulbrook, Mary 1994, S. 79.

3016 Vgl. ND vom 9. Juni 1986, S. 1.

3017 Kintzek, Helmut u. a. 1988, S. 6.

nen soziale Sicherheit, Bildung, Arbeit und ein sinnerfülltes Leben.³⁰¹⁸ So gehörten zu den politischen Grundrechten der jungen Generation nicht Meinungs-, Reise-, Presse- und Versammlungsfreiheit oder freie Wahlen, sondern das Recht auf Frieden und soziale Sicherheit.³⁰¹⁹ Doch zu viele Menschen waren der politischen Bevormundung, der Militarisierung und der ständigen staatlichen Kontrolle in den 1980er Jahren überdrüssig.³⁰²⁰

Die Zahlen der Ausreiseanträge stiegen. Von 1985 bis 1988 verließen mehr als 100.000 Menschen „legal und illegal“ das Land.³⁰²¹ Allein 1988 emigrierten über 9.000 Bürger ohne Genehmigung unter Gefahr von Freiheitsstrafen und/oder Tod.³⁰²² Die Flüchtlinge drückten auf die wohl drastischste Weise ihre Ablehnung gegen das System aus.³⁰²³ Viele von ihnen gingen aus persönlichen Gründen und aus Unzufriedenheit, z. B. mit den Reisemöglichkeiten, der Dienstleistungs- bzw. Versorgungslage, der medizinischen Betreuung, den Arbeitsbedingungen oder den Löhnen. Die Motive „erlaubter“ und „unerlaubter“ Ausreisen fielen relativ identisch aus.³⁰²⁴ Nach Angaben des MfS betrug der Anteil Jugendlicher „am vollendeten ungesetzlichen Verlassen der DDR“ 1982 etwa 30 Prozent und „am verhinderten ungesetzlichen Verlassen“³⁰²⁵ fast 70 Prozent. Laut der BV Berlin gelang 1983 rund 30 Heranwachsenden die Flucht. Von 170 Jugendlichen, die eine Flucht geplant hatten, wurden 115 und von 170, die den Versuch gewagt hatten, 160 festgenommen.³⁰²⁶ Bis Ende der 1980er

3018 Vgl. ebd., S. 11 f.; vgl. ND vom 20. Juni 1981, S. 2.

3019 Vgl. Hager, Kurt 1988, S. 83.

3020 Vgl. Fricke, Karl Wilhelm 1992, S. 61 f.

3021 Vgl. Hertle, Hans-Hermann u. a. (Hrsg.) 2002, S. 302 u. 314.

3022 Vgl. Fricke, Karl Wilhelm 1992, S. 63; vgl. Jesse, Eckhard 1992, S. 119.

3023 Vgl. Jesse, Eckhard 2008, S. 489.

3024 Vgl. Hinweise auf wesentliche motivbildende Faktoren im Zusammenhang mit Anträgen auf ständige Ausreise nach dem nichtsozialistischen Ausland und dem ungesetzlichen Verlassen der DDR vom 9. September 1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 0/225, zitiert in: Mitter, Armin/Stefan Wolle (Hrsg.) 1990, S. 141 u. 147.

3025 Vgl. Arbeitsmaterial zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personengruppen in der DDR vom 3. August 1983, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 87.

3026 Vgl. Einschätzung der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personengruppen in der Hauptstadt der DDR, Berlin, im Jahre 1983 vom 6. Februar 1984, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 2/2, pag. Bl. 36.

Jahre flohen jährlich zwischen 440 (1987) und 730 (1988) Jugendliche. Jeder zehnte Republikflüchtling war zwischen 14 und 25 Jahre alt.³⁰²⁷

Aus Sicht der Geheimpolizei flüchteten die meisten der jüngeren Jugendlichen (bis 18 Jahre), weil sie ihre persönlichen Bedürfnisse befriedigen wollten und es in der Familie oder der Schule Konflikte gab. Ältere Jugendliche (bis 25 Jahre) veranlasste öfter eine „negative“ Haltung zum Sozialismus zur Flucht.³⁰²⁸ Doch wie erklärten sich Jugendliche die Massenabwanderung junger Menschen aus der DDR? Im Frühjahr 1988 befragte das ZIJ über 1.700 Jugendliche dazu. Die meisten Schüler, Lehrlinge, Studenten und jungen Berufstätigen gaben in ihren Antworten auf die offene Frage an, viele Altersgenossen flüchteten hauptsächlich wegen der schlechten Versorgungslage. Schüler und Lehrlinge nannten als zweithäufigsten Grund die SED-Politik, Studenten und junge Berufstätige die mangelnden Reisemöglichkeiten. Rund jeder fünfte der Befragten dachte, darunter sehr viele Studenten, die Beeinflussung von Westmedien, westdeutschen Verwandten und eine verzerrte Einschätzung der Lebensbedingungen in Ost und West spielten dabei eine entscheidende Rolle.³⁰²⁹ In der Tat unterhielten insgesamt etwa drei Viertel aller Jugendlichen über viele Jahre hinweg persönlich oder medial Westkontakte.³⁰³⁰

Die Massenabwanderung muss vor allem bei Kindern und jüngeren Jugendlichen bleibenden Eindruck hinterlassen haben. Im Schuljahr 1988/89 fehlten in fast jeder zweiten Klasse ein bis vier Schüler.³⁰³¹ Knapp ein Viertel der über 36.000 Menschen, die im ersten Halbjahr 1989 mit Genehmigung das Land verlassen konnten, zählten kaum das 14. Lebensjahr.³⁰³² An der Jugendpolitik änderte die Fluchtbewegung nichts. Nur

3027 Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA II/13, Nr. 2054, pag. Bl. 18.

3028 Vgl. Einschätzung der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personengruppen der Hauptstadt der DDR, Berlin, im Jahre 1983 vom 6. Februar 1984, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 2/2, pag. Bl. 36 u. 58.

3029 Vgl. Roski, Günter 1988: Beweggründe Jugendlicher zum Verlassen der DDR (Zusatzbericht zur Untersuchung FDJ-Aufgebot DDR 40) vom Mai, Bl. 3-5 u. 7.

3030 Vgl. Förster, Peter 1995, S. 1380.

3031 Vgl. Lindner, Bernd 2006, S. 112.

3032 Vgl. Information über die Lage und Entwicklungstendenzen der ständigen Ausreise von Bürgern der DDR nach der BRD und Westberlin sowie des ungesetzlichen Verlassens der DDR in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1989, vom Juli 1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 3933, zitiert in: Mitter, Armin/Stefan Wolle (Hrsg.) 1990, S. 84.

1988 schien es für einen kurzen Moment, als befürworte das ZK einen liberalen jugendpolitischen Kurs. Die kommunistische Erziehung wurde wieder durch die sozialistische Ausrichtung ersetzt und die Parteifunktionäre suggerierten auf der VI. Tagung des ZK im Juni mehr Verständnis für die junge Generation. Demnach würden Jugendliche, „natürlicherweise viele Fragen ihrer Verantwortung für die weitere Gestaltung unserer Gesellschaft [bewegen]. Überzeugende Antworten darauf, die ihr im offenen Gedankenaustausch gegeben werden, spornen sie an, sich engagiert für die Verwirklichung unserer sozialistischen Ideale einzusetzen“³⁰³³.

Allerdings hatten besonders gut ausgebildete junge Menschen längst das Interesse daran verloren, was die vergreiste Parteiführung über sie dachte. Die meisten derjenigen, die im ersten Halbjahr 1989 „legal“ in die Bundesrepublik übersiedelten, hatten in der Industrie- oder Handelsbranche gearbeitet und die Hälfte aller Ausgereisten besaß eine Facharbeiterausbildung.³⁰³⁴ Die SED schwieg über das Thema und ging ab 1987 mit westdeutschen Besuchsregelungen nachsichtiger um. Etwa jeder fünfte Ostdeutsche besuchte zu dieser Zeit die Bundesrepublik,³⁰³⁵ wenngleich es keinen juristischen Anspruch auf Reisegenehmigungen gab. Entgegen der Annahme der Parteiführung, berichteten die Besucher daheim nicht von Arbeitslosigkeit oder Sozialabbau im Westen, sondern importierten mehrheitlich positive Eindrücke.³⁰³⁶

Zudem veranlasste die wirtschaftlich schlechter werdende Situation zunehmend mehr Bürger dazu, den Ausreiseantrag zu stellen. Der von der Volkskammer beschlossene Investitionsschub ließ 1988 auf sich warten. Es folgten Missernten, erneute Probleme bei der Versorgung und überbeuerte Preise in fast allen Wirtschaftszweigen.³⁰³⁷ Nicht nur die Wirtschaftspolitik stieß bei der Bevölkerung auf Unverständnis. Im Herbst 1988 wurden sowjetische Filme aus den Kinos verbannt und im November die ab 1985 immer beliebter gewordene deutsche Übersetzung des sowjetischen Sputniks aus der Liste des Postzeitungsvertriebs gestrichen. Über 200.000

3033 Hager, Kurt 1988, S. 61 f.

3034 Vgl. Information über die Lage und Entwicklungstendenzen der ständigen Ausreise von Bürgern der DDR nach der BRD und Westberlin sowie des ungesetzlichen Verlassens der DDR in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1989, vom Juli 1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 3933, zitiert in: Mitter, Armin/Stefan Wolle (Hrsg.) 1990, S. 83 u. 85.

3035 Vgl. Seebacher-Brandt, Brigitte 1992, S. 36 f.

3036 Vgl. Grunenberg, Antonia 1989, S. 223; vgl. Jesse, Eckhard 2008, S. 390.

3037 Vgl. Lehmann, Hans Georg 2000, S. 351.

Beschwerde-Eingaben erreichten deshalb staatliche Stellen.³⁰³⁸ Vermutlich appellierte Walter Friedrich auch aus diesem Grund im November 1988 an Egon Krenz, die Menschen würden sich in ein bis drei Jahren weiter abwenden, wenn sich kein neuer Umgang mit Information, Offenheit und demokratischer Mitbestimmung durchsetzen würde.³⁰³⁹

Im Jahr 1988 kam es, verglichen mit 1987, zu einem zahlenmäßigen Anstieg bei „Hetzverbrechen“ um 250 Prozent. Die meisten der vom MfS ermittelten „Täter“ waren zwischen 20 und 40 Jahre alt bzw. Arbeiter und Angestellte. Während der Anteil jugendlicher „Täter“ unter Schülern und Lehrlingen von rund elf Prozent (1987) auf fast fünf Prozent (1988) gesunken war, stieg der Anteil der „schriftlichen staatsfeindlichen Hetze“ bei Studenten von null (1987) auf über drei Prozent (1988). Besonders im ersten Quartal 1988, in dem knapp die Hälfte aller Tatbestände anfielen, traten dem MfS zufolge vermehrt Forderungen auf, die „wegen provokative[n] Auftreten[s]“ am 17. Januar 1988 inhaftierten Personen „Krawczyk, Klier und Wollenberger“³⁰⁴⁰ wieder freizulassen.³⁰⁴¹ Viele Jugendliche konnten das Vorgehen des Staates gegen die drei Mitglieder der Initiative für Frieden und Menschenrechte nicht verstehen. Diese hatten bei der alljährlichen, von der SED veranstalteten Demonstration zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht Transparente mitgeführt, auf denen stand: „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden.“³⁰⁴² Nach Ansicht vieler junger Menschen sei das Mitführen von Transparenten ein Ausdruck von Demokratie und die Losung Luxemburgs aktueller denn

3038 Vgl. Stephan, Gerd-Rüdiger 1994, S. 313; vgl. Grix, Jonathan 2001, S. 159 f.; vgl. Kaminsky, Annette 2001, S. 155; vgl. Gieseke, Jens 2009, S. 138.

3039 Vgl. Friedrich, Walter 1988: „Einige Reflexionen über geistig-kulturelle Prozesse in der DDR“. Expertise des Direktors des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig, Walter Friedrich, für Egon Krenz vom 21. November, in: Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.) 1994, S. 53.

3040 Information über Ereignisse der politisch-operativen Aufklärung und Bearbeitung von Vorkommnissen der staatsfeindlichen Hetze im Jahr 1988 gemäß Dienstanweisung 2/71 des Genossen Minister vom 26. April 1989, in BStU, MfS, HA VII, Nr. 2969, pag. Bl. 23.

3041 Vgl. ebd., pag. Bl. 23-25 u. 33.

3042 Die Volkspolizei unterband diese – angebliche – Provokation gewaltsam und verhaftete vor Ort und in den Folgetagen über 20 Personen. Einige von ihnen wurden in die Bundesrepublik abgeschoben, darunter Stefan Krawczyk und Freya Klier sowie Vera Wollenberger. Vgl. Mühlen, Patrik von zur 2000, S. 232 f. u. 138 f.

je.³⁰⁴³ Das MfS bilanzierte, 20 Prozent der 1988 registrierten Straftaten richteten sich gegen die Inhaftierung der Demonstranten. Ende 1988 erfolgte wegen des Absetzens der sowjetischen Filme und des Sputnik-Verbots wieder ein zahlenmäßiger Anstieg derartiger Tatbestände.³⁰⁴⁴

Vier Wochen nach der Streichung der sowjetischen Zeitschrift aus der ostdeutschen Postzeitungsliste verkündete Erich Honecker, die sozialistische Gesellschaft werde „in den Farben der DDR“³⁰⁴⁵ entwickelt und die nächsten Kommunalwahlen erbrächten den Beweis für den Rückhalt in der Bevölkerung. Doch anders als in den Vorjahren dokumentierten zivile Wahlbeobachter am 7. Mai 1989 deren manipulierten Ablauf.³⁰⁴⁶ Bis zu den Kommunalwahlen waren nach Schätzungen der Geheimpolizei die Zahlen der im Radius der Oppositionsbewegung aktiv Beteiligten von 800 (1988) auf 2.500 (Frühjahr 1989) bzw. die der Sympathisanten von 2.500 auf 5.000 gewachsen.³⁰⁴⁷ Gleichwohl die Angaben über die genaue Anzahl der Gruppen zwischen 300 und 400 sowie die ihrer Mitglieder zwischen 4.000 und 6.000 im wissenschaftlichen Diskurs variieren, organisierten sich insgesamt weniger als 0,1 Prozent aller DDR-Bürger.³⁰⁴⁸ Teilweise begegneten Menschen den politisch alternativen Gruppen feindselig, weil diese das angepasste Leben in der DDR und damit das Verhalten vieler in Frage stellten.³⁰⁴⁹

Bei den Wahlbeobachtern vom Mai 1989 ging das MfS von eben jenen Angehörigen der kirchlichen Basisgruppen sowie von Ausreisewilligen aus.³⁰⁵⁰ Diese hatten in Berlin und Leipzig rund zehn Prozent Gegenstim-

3043 Vgl. Hinweise zu Reaktionen der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Realisierung strafprozessualer Maßnahmen gegen feindlich-negative Kräfte. Bericht O/189 a vom 2. Februar 1988, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4236, Bl. 1-7.

3044 Vgl. Information über Ereignisse der politisch-operativen Aufklärung und Bearbeitung von Vorkommnissen der staatsfeindlichen Hetze im Jahr 1988 gemäß Dienstanweisung 2/71 des Genossen Minister vom 26. April 1989, in BStU, MfS, HA VII, Nr. 2969, pag. Bl. 24 u. 26.

3045 ND vom 30. Dezember 1988, S. 4.

3046 Vgl. Jesse, Eckhard 1992, S. 119.

3047 Das betraf mehrheitlich die Regionen Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwickau. Vgl. Handro, Saskia 2006, S. 270; vgl. Völtz, Nicole 2010, S. 226.

3048 Vgl. Wunnicke, Manfred 2008, S. 115 u. 126.

3049 Vgl. Pollack, Detlef 2000, S. 207; vgl. Hertle, Hans-Hermann/Stefan Wolle 2006, S. 344 f.

3050 Vgl. Information über beachtenswerte Ergebnisse der Sicherung der Durchführung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989, vom 8. Mai 1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 229, zitiert in: Mitter, Armin/Wolle, Stefan (Hrsg.) 1990, S. 34.

men ermittelt.³⁰⁵¹ Das kollidierte freilich mit dem offiziellen Ergebnis von 98,85 Prozent.³⁰⁵² Die Aktivisten riefen zu jedem siebenten des Monats zu Kundgebungen anlässlich der Wahlmanipulation auf.³⁰⁵³ Bis zum Sommer 1989 vereinte die Kirche mehr als 160 Ökogruppen, Menschenrechtsinitiativen, Friedensgemeinschaften, Frauenkreise und Regionalgruppen von Wehrdienstverweigerern. Von den 500 „Führungskräften“ befanden sich ungefähr 100 im Jugendalter.³⁰⁵⁴ Schon vor den Wahldemonstrationen kam es ab März 1989 zu Protesten von Ausreiseantragstellern, die sich nach den Montagsgebeten in der Leipziger Nikolaikirche zusammenfanden.³⁰⁵⁵ Damit nahm Sachsen eine Vorreiterrolle bei der Friedlichen Revolution ein.³⁰⁵⁶ Am 13. März standen 300 Demonstranten rund 850 Sicherheitskräften gegenüber, die der – vermeintlichen – Provokation unter Beobachtung westlicher Journalisten ein brutales Ende setzten.³⁰⁵⁷

Mehr als ein halbes Jahr später tauchten am 4. September 1989 bei einer Demonstration mit rund 800 Teilnehmern in der Nähe des Leipziger Gotteshauses folgende Transparente auf: „Für ein offenes Land mit freien Menschen“ und „Reisefreiheit statt Massenflucht“. Die Menschen forderten „Nehmt uns mit in die Bundesrepublik“ oder „Wir wollen raus“,³⁰⁵⁸ unwissend darüber, ob die Regierung es dem chinesischen Militär gleichtat.³⁰⁵⁹ Ab dem Sommer 1989 kursierte diese Angst unter der Bevölkerung. Erinnerungen an den 17. Juni 1953, an Ungarn 1956 und die Tschechoslo-

3051 Vgl. Wolle, Stefan 1992 (a), S. 84.

3052 Vgl. ND vom 8. Mai 1989, S. 3.

3053 Vgl. Wolle, Stefan 1992 (a), S. 84.

3054 Vgl. Bericht (1. Entwurf) über die Verwirklichung des Beschlusses des Politbüros des ZK der SED vom 2. Februar 1988. Maßnahmen der FDJ zur Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit mit allen Jugendlichen, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 11191, pag. Bl. 65 f.; vgl. Information über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen vom 1. Juni 1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 150, zitiert in: Mitter, Armin/Stefan Wolle (Hrsg.) 1990, S. 47.

3055 Vgl. Rödder, Andreas 2009, S. 84.

3056 Vgl. Jesse, Eckhard 2008, S. 503 u. 508.

3057 Vgl. Information über eine provokatorisch-demonstrative Aktion von Antragstellern auf ständige Ausreise in Leipzig. Bericht vom 14. März 1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 122, zitiert in: Mitter, Armin/Stefan Wolle (Hrsg.) 1990, S. 28.

3058 Vgl. Völtz, Nicole 2010, S. 229.

3059 Am 3. u. 4. Juni 1989 verloren hunderte Menschen in Peking ihr Leben. Chinesische Panzer hatten friedliche Studentenproteste mit dem Bestreben demokratischer Reformen in China überrollt. Die ostdeutsche Staatsführung distanzierte

wakei 1968 wurden wach.³⁰⁶⁰ Selbst beim „19. Zentralen Poetenseminar“ im August 1989 diskutierten die delegierten Teilnehmer – von der FDJ gezwungenermaßen toleriert – relativ offen darüber.³⁰⁶¹ Trotz des repressiven Umgangs der Sicherheitskräfte kamen bis zum 25. September über 5.000 und am 2. Oktober über 20.000 Menschen an der Nikolaikirche zusammen.³⁰⁶² Unter den Protestierenden befanden sich neben Ausreisewilligen viele Jugendliche, so Susanne Leinemann.³⁰⁶³

Fünf Monate nach den Kommunalwahlen strömten am 7. Oktober wieder tausende Bürger in die sächsische Messestadt. Sie verlangten, wie die Demonstranten in Berlin, Karl-Marx-Stadt, Dresden oder Plauen, vor allem Reisefreiheit. Die Staatsmacht begegnete ihnen mit Brutalität. Zeitgleich wurde in Berlin das 40. Republikjubiläum im gewohnten Pomp begangen.³⁰⁶⁴ Dieser Jahrestag steht exemplarisch für den Zwiespalt, indem sich die Jugend befand. Während am Vortag 100.000 FDJler mit Fackeln und einstudierten Choreografien an der Parteispitze und deren internationalen Gästen vorbeimarschierten, prügeln am Nachmittag des 7. Oktober Sicherheitskräfte einen Demonstrationszug nieder, der sich um eine Gruppe von 200 Jugendlichen formiert hatte.³⁰⁶⁵ Bei den Demonstrationen in Berlin am 7. und 8. Oktober schätzen Wissenschaftler des Instituts für zeitgeschichtliche Jugendforschung 40 Prozent der Beteiligten auf unter 18 Jahre.³⁰⁶⁶

Die jugendlichen Protestaktionen rund um den Republikgeburtstag und danach reichten von Schweigemärschen (am 8. Oktober in Meerane) über das Mitführen von Fahnen und dem Anstimmen der "Internationale" (ab 24. Oktober) bis hin zum Abreißen von Fahnen sowie öffentlichen Rufen

sich nicht von der brachialen Gewaltanwendung im kommunistischen Bruderstaat. Vgl. ND vom 5. Juni 1989, S. 3.

3060 Vgl. Wolle, Stefan 1992 (a), S. 85.

3061 Vgl. Abschluß-Information über das 19. Zentrale Poetenseminar der Freien Deutschen Jugend vom 24. August 1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 11326, pag. Bl. 58.

3062 Vgl. Jesse, Eckhard 2008, S. 508; vgl. ders. 2011 (b), S. 121.

3063 Vgl. Leinemann, Susanne 2006, S. 451.

3064 Vgl. Fricke, Karl Wilhelm 1992, S. 67.

3065 Vgl. Wolle, Stefan 1992 (a), S. 106.

3066 Vgl. Kirchhöfer, Dieter 1992 (a), S. 208.

nach "Gorbi" (am 8. Oktober in Treuen/Auerbach).³⁰⁶⁷ Doch erst ab Anfang November 1989 bemerkte die Geheimpolizei einen Anstieg der Zahl an Kindern und Jugendlichen bei diversen Protestmärschen. In einem Bericht vom 7. November 1989 hieß es dazu, „asoziale“ und angetrunkene Jugendliche versuchten die Stimmung anzuheizen, indem sie faschistische bzw. rassistische Sprechchöre anstimmten.³⁰⁶⁸ Nach dem 9. November tauchten bei den Leipziger Demonstrationen vermehrt rechtsradikale und nationalistische Losungen auf. Besonders junge Demonstranten und Lehrlinge schienen bei den Kundgebungen im Januar 1990 empfänglich für Ideen der Republikaner.³⁰⁶⁹

In welchem Ausmaß hatten sich Jugendliche nun an den Demonstrationen beteiligt? Freya Klier meint, (EOS-)Schüler und Studenten blieben den Protestzügen mehrheitlich fern,³⁰⁷⁰ denen die Parteiführung relativ hilflos gegenüberstand.³⁰⁷¹ In drei Leipziger Schulen gaben von knapp 490 Schülern 80 Prozent an, von Oktober bis Dezember 1989 mindestens einmal eine Montagsdemonstration besucht zu haben, meist die Neunt- und Zehntklässler.³⁰⁷² Mitarbeiter des ZIJ konstatierten für Dezember 1989, dass sich unter den Demonstranten in Leipzig drei Prozent Schüler und zwei bis vier Prozent Lehrlinge befunden hätten, während die Zahl der Studenten von zehn Prozent (4. Dezember) auf 16 Prozent (11. Dezember) gestiegen sei. Sie machten rund 30 Prozent aller Teilnehmer als junge Arbeiter und über ein Drittel als Angestellte aus.³⁰⁷³ Soziologiestu-

3067 Vgl. Wochenübersicht Nr. 41 vom 9. Oktober 1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, zitiert in: Munkel, Daniela (Hrsg.) 2014, S. 141; vgl. Information Nr. 485/89 über das Wirken antisozialistischer Sammlungsbewegungen und damit in Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme vom 30. Oktober 1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 3756, zitiert in: ebd., S. 109.

3068 Vgl. Information über das Wirken des „Neuen Forums“, weiterer Sammlungsbewegungen und damit im Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme vom 7. November 1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 496, zitiert in: Mitter, Armin/Stefan Wolle (Hrsg.) 1990, S. 250.

3069 Vgl. Mühler, Kurt/Steffen Wilsdorf 1991, S. 44; vgl. Lindner, Bernd 1992, S. 226.

3070 Vgl. Klier, Freya 2010, S. 130.

3071 Vgl. Rödder, Andreas 2009, S. 118.

3072 Vgl. Kirchhöfer, Dieter 1992 (a), S. 208.

3073 Diese hatten am 4. und 11. Dezember 1989 jeweils 2.000 Fragebögen in frankierten Umschlägen in der Nähe des Karl-Marx-Platzes verteilt. Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1989: Ergebnisübersicht der Meinungsumfragen unter Teilnehmern der Montags-Demonstrationen am 4. und 11. Dezember 1989 vom Dezember, Bl. 1-3.

denten der Universität Leipzig eruierten ab Januar 1990 bei den Demonstrationen einen teilweise erheblichen Rückgang von Angehörigen der Intelligenz und Studenten zugunsten der jungen Arbeiter. Insgesamt schätzten sie die Zahl der unter 18-Jährigen auf acht (13. November) bis zwölf Prozent (12. Februar). Erhebliche Unterschiede gab es bei der Frage nach einer raschen Wiedervereinigung, der besonders die Studenten skeptisch gegenüberstanden. Sie, Angehörige der Intelligenz und Lehrlinge äußerten sich, verglichen mit Selbstständigen und Arbeitern, generell kritisch, was eine Übernahme der bundesdeutschen Marktwirtschaft betraf.³⁰⁷⁴

Es war vor allem die prekäre Wirtschaftslage, die bei vielen jungen Menschen Frustration und den Drang nach Veränderungen hervorrief.³⁰⁷⁵ Andere rückten von der Vorstellung einer Zukunft in der DDR gänzlich ab. Sie demonstrierten nicht nur in Massen, sondern verließen auch weiterhin in Scharen die DDR. Sie flohen über Nachbar- und Drittländer oder besetzten die Botschaften der Bundesrepublik in Budapest, Prag oder Warschau. Das stieß bei manchem West- wie Ostdeutschen auf wenig Verständnis.³⁰⁷⁶ Im November 1989 emigrierten täglich 10.000 Bürger, nachdem die Ausreise nach Polen und in die Tschechoslowakei möglich wurde. Am 9. November wurde die innerdeutsche Grenze geöffnet. Mit der Maueröffnung wechselte das Motto der Demonstranten von „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“.³⁰⁷⁷ Die überwiegende Mehrheit der Menschen nahm Abstand von der Idee einer Reformierung des sozialistischen Systems,³⁰⁷⁸ wie vom Neuen Forum, Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch oder der Sozialdemokratischen Partei in der DDR zunächst beabsichtigt.³⁰⁷⁹

3074 Die Studenten hatten von Oktober 1989 bis Februar 1990 etwa 5.000 Fragebögen unter den Demonstranten in Leipzig verteilt. Vgl. Mühler, Kurt/Steffen Wilsdorf 1991, S. 37, 40 u. 42 f.; vgl. Kirchhöfer, Dieter 1992 (a), S. 207 f.

3075 Vgl. Wolle, Stefan 1992 (a), S. 101 f.

3076 Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1989: Ergebnisse der DDR-repräsentativen Meinungsumfrage M1. Kurzbericht vom Dezember, Bl. 8; vgl. Lehmann, Hans Georg 2000, S. 360 f.; vgl. Jesse, Eckhard 2008, S. 287 u. 461.

3077 Vgl. Jesse, Eckhard 2011 (b), S. 122.

3078 Vgl. ders. 1992, S. 124.

3079 Vgl. Rödder, Andreas 2009, S. 26.

Gleich, ob die relativ kleine Opposition Anfang September³⁰⁸⁰ oder erst nach dem Rücktritt Erich Honeckers³⁰⁸¹ Mitte Oktober 1989 damit begann, ihre Organisation und Ziele deutlicher voneinander abzugrenzen, viele Menschen sammelten zu dieser Zeit erste Erfahrungen im Umgang mit Demokratie.³⁰⁸² Dasselbe galt für einstige Kader, die von der rasanten Entwicklung der Ereignisse überrannt worden waren und sich nun Gedanken um die Zukunft des politischen Systems und damit über einen neuen Umgang mit der jungen Generation machen mussten. Der neue Vorsitzende der SED/Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), Gregor Gysi, unternahm zwei Monate nach dem Rücktritt Honeckers einen letzten Anlauf, um die Jugend für den „neuen“ Sozialismus zu gewinnen: „Die Jugend ist unsere Zukunft. Den Interessen der Jugendlichen müssen wir wesentlich mehr Aufmerksamkeit schenken. Das fängt schon damit an, endlich ihre Probleme wirklich ernst zu nehmen, ihnen zuzuhören und Ursachen für bestimmte Tendenzen zu erforschen, bevor man sie verurteilt.“³⁰⁸³ Damit verkündete er unfreiwillig das letzte Ziel der sozialistischen Jugendpolitik: den Jugendlichen auf Augenhöhe zu begegnen.

6.1.2 Sozialistische Erziehungsdoktrin

Im Dezember 1989 sprach sich Gregor Gysi auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS für eine Bildungsreform aus, ohne „Bevormundung und Bürokratie“ und mit mehr Rechten und Pflichten für Schüler, Lehrlinge und Studenten: „Wir unterstützen die Bildung von Schülerräten und sprechen uns für politische Organisationen für Kinder und Jugendliche, besonders für die Pionierorganisation ‚Ernst Thälmann‘, an der Schule aus und unterstützen ihre Erneuerung.“ Bei der Berufsausbildung plädierte er dafür, Jugendliche „entsprechend ihren Fähigkeiten und Neigungen“ einen Beruf ergreifen zu lassen, damit sich die „erneuerte[...] DDR“³⁰⁸⁴ etablieren könne. Doch gerade die Idee des Fortbestandes von politischen Organisationen an den Schulen stieß bei Bürgerrechtlern auf

3080 Vgl. Wollé, Stefan 1992 (a), S. 97; vgl. Mitter, Armin/Stefan Wollé 1995, S. 522.

3081 Vgl. Jesse, Eckhard 1992, S. 119.

3082 Vgl. Wollé, Stefan 1992 (a), S. 97.

3083 Gysi, Gregor 1989, S. 113.

3084 Ebd., S. 112.

wenig Zustimmung. Spätestens im Februar 1989 diskutierten diese auf Friedensseminaren in speziellen Arbeitsgruppen über eine Umstrukturierung des Bildungswesens.³⁰⁸⁵ Laut dem MfS gehörten zu ihren „antisozialistischen“ Forderungen: die Abschaffung der kommunistischen Erziehung, die Abkehr vom Marxismus-Leninismus, die Freiheit zur Gründung alternativer Bildungseinrichtungen, die Einführung der Glaubensfreiheit an den Schulen und das Ende der vormilitärischen Ausbildung.³⁰⁸⁶

In der Folge erklärten Bürgerrechtler im Positionspapier des Runden Tisches zu Bildung, Erziehung und Jugend im Frühjahr 1990 die „Achtung vor der Würde eines jeden Menschen“ zum Ziel der künftigen Bildungspolitik. Sie forderten ein Ende der „Ausgrenzung aufgrund von Anderssein und Andersdenkenden“³⁰⁸⁷. Der Jugendweihe erteilte der Runde Tisch eine Absage. Die Zeremonie durfte fortan nicht mehr von staatlichen Bildungseinrichtungen organisiert werden. Dadurch erhielten Eltern und Schüler erstmals die Möglichkeit, diese ohne politischen Druck zu begehen.³⁰⁸⁸ Im November 1989 hatte die Berliner Bischofskonferenz die vom Staat ausbleibende Stellungnahme zur künftigen Freiwilligkeit der Jugendweihe als Beispiel für dessen gestörtes Verhältnis zur Bevölkerung angeführt.³⁰⁸⁹

Die wenigsten Menschen haderten mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Bildungssystems, nachdem Wehr- und Staatsbürgerkundeunter-

3085 Vgl. Information über die Durchführung des sogenannten Friedensseminars „Konkret für den Frieden VII“ vom 24. bis 26. Februar 1989 in Greifswald, vom 4. März 1989. Bericht Politisch-operative Maßnahmen zur Auswertung des durch kirchliche „Basisgruppen“ durchgeführten sogenannten Friedensseminars „Konkret für den Frieden VII“ vom 24. bis 26. Februar 1989 in Greifswald, vom 10. März 1989, in: BStU, MfS, Nr. 24, zitiert in: Mitter, Armin/Stefan Wölle (Hrsg.) 1990, S. 24 (Anlage).

3086 Vgl. Information über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen vom 1. Juni 1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 150, zitiert in: ebd., S. 51 f.

3087 Positionspapier des Runden Tisches zu Bildung, Erziehung und Jugend. Aus den Ergebnissen der 15. Sitzung des Rundtischgesprächs am 5. März 1990, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991, S. 343.

3088 Vgl. ebd., S. 343 f.

3089 Vgl. Information über Auffassungen führender Vertreter der katholischen Kirche zu Problemen der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR vom 25. September, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 426, zitiert in: Mitter, Armin/Stefan Wölle (Hrsg.) 1990, S. 172.

richt im November 1989 abgeschafft wurden.³⁰⁹⁰ Bürgerrechtler und evangelische Kirche nahmen die Kritik am Bildungs- und Erziehungswesen teilweise zum Anlass, das gesamte politische System der DDR in Frage zu stellen,³⁰⁹¹ da besonders sie und junge Christen mit den repressiven Seiten des (Schul-)Alltags konfrontiert wurden. Jene „Gleichmacherei und Indoktrination“³⁰⁹², so Gerhart Neuner, bewog auch viele Jugendliche zum Protest. Das Ende des Wehrunterrichts ging zum Großteil auf das Engagement von Schülern und Eltern zurück. Im Dezember 1989 folgten rund 1.000 Demonstranten in Berlin dem Aufruf des Neuen Forums³⁰⁹³ – mit dessen Ideen zunehmend mehr Schüler, Lehrlinge und Studenten sympathisierten³⁰⁹⁴ – nach einer kinderfreundlicheren Schule. Zu weiteren Protesten kam es im Winter 1989/90 in Dresden, Halle und Neubrandenburg. Vereinzelt streikten Schüler außerdem für weniger Wochenstunden und den schulfreien Sonnabend sowie für die Abschaffung von Russischunterricht und PA.³⁰⁹⁵

Mit ihren Forderungen richteten sie sich an die 1,5 Millionen auflagenstarke Zeitung Junge Welt. In 3.500 Leserbriefen prangerten Schüler von Mitte 1989 bis Ende 1990 fast ausschließlich die Mängel im Schulwesen an.³⁰⁹⁶ Ende 1989 hatte der ZR der FDJ über die JW Schüler dazu aufgerufen, von ihrem Schulalltag zu berichten. Insgesamt mehr als 1.630 Briefe, mehrheitlich verfasst von FDJ-Funktionären und engagierten Schülern, erreichten Volksbildungsministerium, ZR und die Zeitung. Viele der Absender wünschten sich mehr Mitbestimmung an den Schulen und hofften, ihre Meinung würde endlich ernst genommen. Lehrer sollten aufhören, den Unterricht streng nach Plan zu gestalten, sich mehr Zeit nehmen und

3090 Vgl. Geißler, Gert 2011, S. 931; vgl. Koch, Michael 2011, S. 15.

3091 Vgl. Menzel, Rebecca 2011, S. 29.

3092 Neuner, Gerhart 1997, S. 262.

3093 Das Neue Forum gründete sich im September 1989 und verstand sich als politische Plattform zur Bürgerbeteiligung an der demokratischen Umgestaltung. Vgl. Völtz, Nicole 2010, S. 228.

3094 Vgl. Beachtenswerte Aspekte der Reaktion der Bevölkerung zu innenpolitischen Problemen. Bericht O/232 vom 6. November 1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4263, zitiert in: Munkel, Daniela (Hrsg.) 2014, S. 128.

3095 Schülerstreiks erfolgten in Berlin-Hellersdorf, Halberstadt, Halle-Süd oder Lichtenberg. Vgl. Kirchhöfer, Dieter 1992 (a), S. 210; vgl. Nooke, Maria/Henning Schluß 2011, S. 8 f.

3096 Vgl. ebd., S. 8; vgl. Jung, Peter/Christian Ritzi 2001, S. 56, 60 f. u. 67.

den Schülern auf Augenhöhe begegnen. Die Mehrheit wollte den Russischunterricht nur als Wahlfach.³⁰⁹⁷

Die Leserbriefe vom Winter 1988/89 stimmten mit Ergebnissen des Zentralinstituts überein. Anfang 1990 veröffentlichte das ZIJ eine Studie über die alltäglichen Erfahrungen der Schuljugend. Die Forscher äußerten, die Bildungspolitik stecke in einer Krise, da die „Jugendträume der Gründergeneration der DDR [...] eben gerade *nicht* die Träume der Jugend“³⁰⁹⁸ seien. Die Leipziger Wissenschaftler prognostizierten, das Bildungssystem werde an der „wachsenden Kluft zwischen den subjektiven Vorstellungen der Verantwortlichen und der krisenhaften Zuspitzung der Systemwidersprüche“³⁰⁹⁹ scheitern. In der Studie warnten sie vor weiteren Schülerstreiks, da die Identifikation mit der DDR bzw. mit deren Volksbildungswesen bei Jugendlichen rasant abnehme. Das Bildungswesen sei geprägt von „Bevormundung und Doppelzüngigkeit“³¹⁰⁰. Besonders der in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern wie Geschichte oder Staatsbürgerkunde vermittelte Lehrstoff kollidiere oftmals mit den Erfahrungen der Schüler, die mit einer emotionalen Barriere darauf reagieren würden,³¹⁰¹ so die Forscher.

Es waren gerade diese Missstände, die das Neue Forum im November 1989 dazu veranlassten, vehemente Forderungen nach einer Abkehr von „Frustration, Doppelzüngigkeit, opportunistische[m] Verhalten und andere[n] entwicklungshemmenden Faktoren aus dem Bildungswesen“³¹⁰² zu erheben. Noch im Juni 1989 erklärte Margot Honecker, in der DDR sei eine gesunde Jugend herangereift, die in einer gesunden Gesellschaft lebe, in der Ausbeutung, Faschismus, Unterdrückung und Völkerhass nicht

3097 In Vorbereitung auf den IX. Pädagogischen Kongress im Juni 1989 hatte der ZR der FDJ Schüler aufgefordert sich schriftlich zum Thema „Ist der IX. Pädagogische Kongress nur eine Sache der Lehrer?“ zu äußern. Vgl. Kirchhöfer, Dieter 1992 (b), S. 124-127.

3098 Problempapier Schuljugend des ZIJ, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991, S. 334. Hervorhebung im Original.

3099 Ebd., S. 335.

3100 Ebd., S. 340.

3101 Vgl. ebd., S. 334 f. u. 340 f.; vgl. für Einzelheiten: Schubarth, Wilfried 1989: Zum Geschichtsbewußtsein von Jugendlichen in der DDR vom März, Bl. 7 f., ders. 1991, S. 32-35.

3102 Erste Positionen zur Erneuerung im Bildungswesen. Bestätigt in der Vollversammlung des Neuen Forum am 28. November 1989, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991, S. 327.

mehr existierten.³¹⁰³ Mitte der 1980er Jahre hatte die Bildungsministerin auf einer Tagung des ZR der FDJ gar behauptet, „das Erleben und Sich-Gewöhnen an ein Verhalten, das von den sozialistischen Normen des Zusammenlebens geprägt ist“, sei „für jeden einzelnen, bis in sein persönlichen Leben hinein [...] von großer Bedeutung“³¹⁰⁴.

Erst gegen Ende des Jahrzehnts gestand das von ihr geführte Bildungsministerium ansatzweise Fehler ein. Walter Friedrich konstatierte bereits im Sommer 1988 eine wachsende Distanz der Schüler zu ihren Lehrern.³¹⁰⁵ Im Standpunktmaterial des Ministeriums für Volksbildung vom Herbst 1988 stand lediglich, der Großteil der Jugendlichen verhielte sich in Schule und Öffentlichkeit „normal und altersgemessen“. Die „Erziehungsorientierung von Partei und Regierung“³¹⁰⁶ zeige Fortschritte, trotz der „antisozialistischen“ Einflüsse von westlichen Medien und Kirche. Allerdings habe die kommunistische Erziehung nicht alle Jugendlichen erreicht, eine Minderheit verwehre sich gänzlich dagegen. Dennoch habe die Schuljugend insgesamt eine positive Grundeinstellung zum politischen System, Randgruppenerscheinungen wie Skinheads³¹⁰⁷ werde das (Klassen-)Kollektiv abfedern können.³¹⁰⁸

Zwei Jahre zuvor hatte die SED auf dem XI. Parteitag 1986 beschlossen, die „weitere[...] Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft“ voranzutreiben, weshalb es ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre galt, die Lehren des Marxismus-Leninismus intensiver im Bildungswesen anzuwenden bzw. zu propagieren. Vom Frühjahr 1987 an sollten alle Bildungsstätten den Schülern dabei „helfen, sich den Marxismus-Leninismus und die Leh-

3103 Vgl. ND vom 14. Juni 1989, S. 3.

3104 Honecker, Margot 1984: Unsere Schule erzieht Streiter für Sozialismus und Frieden. Diskussionsrede auf der 9. Tagung des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend in Berlin am 26. und 27. Januar, in: Lorenz, Werner u. a. (Hrsg.) 1986, S. 663.

3105 Vgl. Friedrich, Walter 1988: Expertise zur Lage der Jugend 1988 vom Juni, Bl. 5.

3106 Zum Bild der heutigen Jugend in der DDR. Aus dem Standpunktmaterial zur pädagogischen Arbeit in der Schule vom 30. September 1988, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991, S. 308.

3107 Siehe dazu Kap. 6.2.4.

3108 Vgl. Zum Bild der heutigen Jugend in der DDR. Aus dem Standpunktmaterial zur pädagogischen Arbeit in der Schule vom 30. September 1988, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991, S. 308-311.

ren der Geschichte anzueignen“³¹⁰⁹. Ostdeutsche Jugendforscher legiti-
mierten gewissermaßen die verstärkte politische Erziehung an den Schu-
len, indem sie behaupteten, Jugendliche, die in der Schule einen gefestig-
ten „Klassenstandpunkt“ vertraten, würden diesen langfristig bewah-
ren.³¹¹⁰ Dabei fand die Erziehung zu „guten Staatsbürgern“ weiterhin
hauptsächlich in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern statt. Auch
aus diesem Grund hatte das Ministerium für Volksbildung die Palette der
fakultativen bzw. parteipolitischen Unterrichtseinheiten in den POS ab
Mitte der 1980er Jahre erweitert.³¹¹¹

Von 1985 an konnten sich Schüler freiwillig in Kursen für Elektronik
und ab 1986 für Informationsverarbeitung oder im Lehrgang Grundlegen-
de Fragen der marxistisch-leninistischen Philosophie³¹¹² einschreiben. Ab
1987 boten POS Informatikkurse an und von 1988 an gab es fakultative
Unterrichtseinheiten über Ausgewählte Probleme der internationalen Poli-
tik der Gegenwart sowie für Astronomie/Raumfahrt, Kfz-Technik, Gastro-
nomie, Literatur, Kunst oder Musik. Ab 1989 existierten spezielle Mathe-
matikkurse und der Philosophie-Lehrgang Geschichte der deutschen und
internationalen Arbeiterbewegung. Im Jahr 1990 kam der Kurs Entstehung
und Entwicklung des sozialistischen Weltsystems dazu.³¹¹³ Den größten
Raum in den fakultativen Kursen nahmen naturwissenschaftliche bzw. be-
rufsvorbereitende Lehrgänge ein. Laut Gisela Helwig besuchten
rund 80 Prozent aller Schüler in den 1980er Jahren solche mathemati-
schen, naturwissenschaftlichen oder politischen Kurse. Etwa 70 Prozent
der Schüler erlernten ab der siebenten Klasse, auf freiwilliger Basis, eine

3109 Die Aufgaben der Bildungsstätten der Bezirks- und Kreisleitungen sowie der
Leitungen von Parteiorganisationen der SED in Betrieben. Beschluß des Sekre-
tariats des ZK vom 27. Mai 1987, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Ein-
heitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1989, S. 377.

3110 Vgl. Friedrich, Walter u. a. 1983, S. 69 f.

3111 Es brauchte mindestens zehn Schüler für einen Kurs, den die Schulen wöchent-
lich in zwei Unterrichtsstunden über das gesamte Schuljahr anbieten mussten.
Vgl. Anweisung Nr. 10/83 über fakultative Kurse nach Rahmenprogramm für
die Schüler der Klassen 9 und 10 an den allgemeinbildenden POS vom 17. Mai
1983, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991, § 4, Abs. 1, 4
u. 5.

3112 Bis 1986 war es nur Abiturklassen möglich, den Lehrgang zu besuchen. Vgl.
Helwig, Gisela 1988 (a), S. 7.

3113 Vgl. Lehrgänge im fakultativen Unterricht der POS, Klassen 9 und 10 – Weiter-
entwicklung und Neueinführung zwischen 1985 und 1990, in: Fuchs, Hans-Jür-
gen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991, S. 365.

zweite Fremdsprache, meist Englisch oder Französisch. Diese wurde in der Oberstufe (Klasse sieben bis zehn) zusätzlich zum obligatorischen Russischunterricht (ab Klasse fünf) gelehrt und war eine Voraussetzung zum Übergang in die EOS.³¹¹⁴

Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften warnte 1984 vor einer übereifrigen Umsetzung der sozialistischen Allgemeinbildung bis zum Jahr 2000, da die Belastungsgrenze der Schüler in vielen Klassen erreicht sei. Der fakultative Unterricht könne nicht autonom vom regulären Unterricht stattfinden und sollte lernschwächere wie talentiertere Schüler gleichermaßen fördern, so die Akademie weiter.³¹¹⁵ Die Parteiführung aber hielt starr an ihrem umfangreichen und ideologisch gefärbten Bildungskonzept fest. Auf dem XI. Parteitag im April 1986 verteidigte Erich Honecker die Fortführung der bisherigen Schulpolitik, welche die Jugend „auf die Arbeit, auf das Leben in der sozialistischen Gesellschaft“ vorbereite. Auftrag des Bildungswesens sei es, Schüler „im Geiste unserer kommunistischen Weltanschauung und Moral“³¹¹⁶ zu erziehen. Weil die Nachwuchssicherung vor allem für die Industriebranchen und im informationsverarbeitenden Gewerbe in den 1980er Jahren stetig an Bedeutung gewann, schwebte Honecker eine weitere Ausdifferenzierung einzelner Disziplinen vor. Ihm zufolge trügen fakultative Fächer den „Neigungen, Interessen, Begabungen und Talente[n] [der Jugend] entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen besser Rechnung“³¹¹⁷.

In der Praxis hatten sich die Lehrkräfte strikt an den Lehrplan zu halten. Die Stoffvermittlung geriet nicht selten zum „Frontalunterricht“³¹¹⁸. Denn wie in der Volkswirtschaft üblich, konzipierte das Ministerium für Volksbildung die Lehrpläne in Jahresperioden. Die Pädagogen mussten bei den Abschlussprüfungen gewisse Leistungsnachweise erbringen, gleich den staatlichen Betrieben mit ihrer Planüberfüllung. In den 1980er Jahren zeigte sich eine regelrechte Inflation guter Noten, besonders in den oberen Klas-

3114 Vgl. Helwig, Gisela 1988 (a), S. 13.

3115 Gerhart Neuner, seinerzeit Präsident der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, ging 1997 von einer Unterforderung der Schüler in den siebenten und achten Klassenstufen aus. Vgl. ders. 1997, S. 273; vgl. Studentafelfragen. Internes Material der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR vom 15. März 1984, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991, S. 226 f.

3116 Honecker, Erich 1986, S. 61.

3117 Ebd., S. 63.

3118 Helwig, Gisela 1988 (a), S. 23; Uhlendorff, Harald/Andreas Seidel 2001, S. 502.

senstufen. Die Zahl der Abiturienten, die ihre Prüfung mit Auszeichnung bzw. „sehr gut“ bestanden, stieg von 22 Prozent (1970) auf fast 50 Prozent (1988). Ähnlich verhielt es sich mit den Reifeprüfungen. Da die Leistungen von Schülern und Lehrern in den POS hauptsächlich anhand des Notenspiegels bemessen wurden,³¹¹⁹ standen die Lehrkräfte unter dem Druck, die Rate der Sitzenbleibenden³¹²⁰ gering zu halten. Im schlimmsten Fall konnten berufliche Sanktionen drohen.³¹²¹

Neben dem Ziel (sehr) guter Abschlussquoten und der Etablierung eines festen „Klassenstandpunkts“ unter der Schuljugend bestand eine weitere Aufgabe der Bildungspolitik in den 1980er Jahren darin, Schüler mit modernen Arbeitstechniken aus der Informationselektronik und Automatisierungstechnik vertraut zu machen. Im Schuljahr 1984/85 wurden neue Lehrpläne in den polytechnischen Fächern ESP und Technisches Zeichnen in den neunten und zehnten Klassenstufen eingeführt.³¹²² Der Unterricht in ESP umfasste folgende Themenkomplexe: „Wirtschaftlichkeit der Fertigungsverfahren“ (Klasse sieben), „Einsatz von Maschinen und Fertigungsorganisation“ (Klasse acht), „Material- und Energiewirtschaft“ (Klasse neun) und „Schwachstromelektronik/Elektroenergie“ (Klasse zehn).³¹²³ Von 1983 an hatten die Betriebe der metallverarbeitenden Industrie und der Elektrotechnik im Rahmen des polytechnischen Unterrichts neue Möglichkeiten zum Schülereinsatz erhalten.³¹²⁴ Sie sollten Jugendliche an

3119 Vgl. Hoffmann, Achim 1991, S. 52 f.

3120 Das MfS unterstellte leistungsschwächeren, d. h. sitzengebliebenen und überalterten Schülern in den siebenten bis zehnten Klassenstufen einen „negativen“ Einfluss auf ihre Mitschüler und brachte sie oftmals in Verbindung mit Sachbeschädigungen im Schulgebäude sowie „antisozialistischen“ Schmierereien oder Äußerungen. Vgl. Analyse der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen vom 10. Februar 1981, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 23.

3121 Vgl. Helwig, Gisela 1988 (a), S. 23.

3122 Der Wehrunterricht wurde 1989 neu konzipiert. Vgl. Koch, Michael 2011, S. 15.

3123 Vgl. Zu einigen hauptsächlichen Ergebnissen, Tendenzen und Problemen des Unterrichts und seiner Führung nach dem VIII. Pädagogischen Kongreß. Arbeitsmaterial für Kreisschulräte, Direktoren und Fachberater vom Februar 1981. Auszug, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991, S. 159.

3124 Vgl. Standpunkte zu Konsequenzen aus der Entwicklung der Informatik und informationsverarbeitenden Technik für das Bildungswesen. Beschluß des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrates der DDR vom 12./14. November 1985, in: ebd., S. 261 f.

das Bedienen moderner Wartungs- bzw. automatisierter Werkzeugmaschinen gewöhnen.

Doch der Einsatz von Schülern an den vollautomatisierten Anlagen und Maschinen verlief nicht ohne Schwierigkeiten. Während ihnen einfache Aufgaben (Feilen, Inventur usw.) in der traditionellen Produktion nicht sonderlich schwerfielen, verstanden viele Schüler die Wirkungsweise hinter den neuen Produktionsanlagen nicht. In der Folge rückten viele Betriebe davon ab, sie mit modernen Maschinen zu betrauen, und überließen ihnen weiterhin monotone und manuelle Tätigkeiten.³¹²⁵ Nicht wenige der Schüler erkannten in den Betrieben zunehmend Widersprüche zwischen dem, was sie in der Schule über die Ökonomie der DDR lernten, und der Praxis. Das betraf z. B. den Umgang mit Rohstoffen oder die Produktivität in den Arbeitsstätten.³¹²⁶ Anfang der 1980er Jahre umfasste die polytechnische Ausbildung ungefähr zehn Prozent des Gesamtunterrichts, weitere zehn Prozent entfielen jeweils auf den Russisch- und Sportunterricht, 30 Prozent auf mathematische und naturwissenschaftliche Fächer und 40 Prozent auf Deutsch, Literatur oder Geschichte.³¹²⁷

Ab 1983/84 unterrichteten Lehrer die Schüler der siebenten bis zehnten Klassenstufen in Staatsbürgerkunde nach einem neuen Lehrplan. Die Überarbeitung der Lehrpläne basierte auf dem altbekannten Anspruch, „die Schüler zu einer wissenschaftlich fundierten, unverrückbaren Klassenposition zu erziehen“³¹²⁸. Vermutlich straffte das Volksbildungsministerium in den frühen 1980er Jahren den Unterrichtsstoff auch deshalb, weil mit steigendem Alter der Schüler das Interesse am Staatsbürgerkun-

3125 Vgl. Frankiewicz, Heinz 1981: Erfahrungen bei der Gestaltung der produktiven Arbeit der Schüler im Betrieb unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Referat auf dem VII. Internationalen Polytechnischen Seminar in der DDR vom 26. bis 30. Oktober 1981. Auszug, in: ebd., S. 161-163; vgl. Arbeitsbereiche der produktiven Arbeit in Betrieben der metallverarbeitenden Industrie und der Elektrotechnik/Elektronik, Klassen 9 und 10, seit 1983, in: ebd., S. 362.

3126 Vgl. Meier, Artur 1983: Schule als eigenständige Erfahrungswelt. Beitrag aus einem Forschungsbericht über soziale Erfahrungen der Schuljugend vom Oktober, in: ebd., S. 218 f.

3127 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1985, S. 27; vgl. Helwig, Gisela 1988 (a), S. 12.

3128 Einschätzung zur Wirksamkeit und Konzeption zur Erhöhung der Qualität des Staatsbürgerkundeunterrichts und der politischen Arbeit mit den Staatsbürgerkundelehrern nach dem X. Parteitag der SED vom Dezember 1981, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991, S. 171.

de- und Geschichtsunterricht schwand.³¹²⁹ Die Stoffeinheiten über „Rechte und Pflichten des sozialistischen Staatsbürgers“ wurden auf die einzelnen Klassenstufen abgestimmt, der Themenkomplex „Sozialistischer Staat und Jugend“ gestrichen. Den Unterricht in den Klassen sieben und acht beschloss nun „Die sozialistische DDR und die imperialistische BRD – zwei Staaten mit gegensätzlicher gesellschaftlicher Ordnung“.³¹³⁰ In diesen Unterrichtseinheiten erläuterten die Lehrer den aggressiven bundesdeutschen „Imperialismus“ und erklärten, wie sehr die Politik der SED den Frieden sichere.³¹³¹

Staatsbürgerkunde nahm für das Volksbildungsministerium „einen hervorragenden Platz bei der kommunistischen Erziehung der Schüler“³¹³² ein. Das Fach sollte das Freund-Feind-Denken, die Verbundenheit zur Sowjetunion, die „Liebe“ zum Sozialismus und die Erkenntnis unter den Schülern stärken, die politischen Ziele der SED seien die eigenen.³¹³³ Gisela Helwig resümiert, Schüler in der DDR konnten dann mit guten Ergebnissen in der Schule aufwarten, wenn sie sich bewusst oder unbewusst den Mechanismen des Systems anpassten, in das sie gemeinsam mit ihren Lehrern eingebunden waren.³¹³⁴ Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften registrierte 1983 ernsthafte Probleme bei der politischen Erziehung in der Schule. Zwar ging über die Hälfte der Schüler aus vier repräsentativen neunten Schulklassen gern dorthin, ein Drittel jedoch relativ ungern. Schüler mit sehr guten Noten, vorwiegend Kinder leitender Angestellter mit Studienhintergrund, besuchten die Schule lieber als Kinder mit schlechteren Zensuren. Schüler, die den Schulbesuch als negativ empfanden, wiesen die meisten Probleme mit den Leistungsanforderungen auf. Vor allem jene, die über einen sehr schwachen Leistungsdurchschnitt ver-

3129 Vgl. Schmitt, Karl 1980, S. 215 f.

3130 Vgl. Lehrplanveränderungen im Fach Staatsbürgerkunde. Aus einem Informationsmaterial für Kreisschulräte und Direktoren der Oberschulen von 1984, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991, S. 237 f.

3131 Vgl. ebd., S. 236-238; vgl. Schirrmeister, Karl-Günter 1987, S. 45.

3132 Einschätzung zur Wirksamkeit und Konzeption zur Erhöhung der Qualität des Staatsbürgerkundeunterrichts und der politischen Arbeit mit den Staatsbürgerkundelehrern nach dem X. Parteitag der SED vom Dezember 1981, in: ebd., S. 166.

3133 Vgl. Schirrmeister, Karl-Günter 1987, S. 47 f.

3134 Vgl. Helwig, Gisela 1988 (a), S. 24.

fügten und eher in praktischen Fächern (PA usw.) glänzten, wollten lieber gleich regulär arbeiten gehen.³¹³⁵

Insgesamt erklärten in der Studie knapp zwei Drittel der befragten 15-jährigen Neuntklässler, darunter viele leistungsschwächere, die Leistungsanforderungen an sie seien zu hoch. Viele Kinder leitender Angestellter oder FDJ-Funktionäre hingegen fanden den hohen Leistungsanspruch in der Schule angemessen. Anhand der Verteilung der Zensuren konstatierten die Soziologen, dass FDJ-Funktionäre, im Gegensatz zu Jugendlichen ohne Funktion oder Nichtmitgliedern, bei der Vergabe der Note „sehr gut“ deutlich besser abschnitten. Bei der Zensur „gut“ waren die FDJler ohne Funktion den Funktionären knapp überlegen und die Nichtmitglieder am häufigsten vertreten. Die Note „befriedigend“ erreichten Nichtfunktionäre und Nichtmitglieder fast im selben Maß. Bei den unorganisierten Schülern erreichte die Note „befriedigend“ bei den am häufigsten auftretenden Zensuren Platz drei, gefolgt von „genügend“ – eine Note, die kein FDJ-Funktionär in der Studie aufwies. Nur jeder zweite der befragten Neuntklässler fühlte sich in der Schule gerecht behandelt. Die meisten FDJ-Funktionäre empfanden ihre Behandlung als gerecht.³¹³⁶ Ein Teil der Schüler fühlte sich gemäß der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften vom Lehrer weder verstanden noch ernst genommen: „Das weist daraufhin, daß es in der Oberstufe nicht allen Lehrern gelingt, die ihnen anvertrauten Schüler auch wirklich zu erreichen.“³¹³⁷

Die meisten Schüler machten die Erfahrung, dass Meinungspluralismus unterbunden werde und die Lehrkräfte keinen Widerspruch duldeten, besonders nicht in den politisch ausgerichteten Fächern. Das lag teilweise an den Anforderungen, die das Ministerium für Volksbildung an die Pädagogen stellte, vor allem an diejenigen, die eben jene Fächer unterrichteten. Während bis Mitte der 1960er Jahre etwa jede zweite Schule keine Schulparteiorganisation besaß, verfügten in den 1980er Jahren alle Schulen über

3135 Die Wissenschaftler untersuchten vier repräsentative neunte Schulklassen in einer mittleren Industriestadt der DDR über vier Etappen. Sie protokollierten vier Wochen lang den Alltag der Schüler. Zusätzlich führten sie Interviews und Massenerhebungen durch. Sie hospitierten in fast 270 Unterrichtsstunden. Vgl. Meier, Artur 1983: Schule als eigenständige Erfahrungswelt. Beitrag aus einem Forschungsbericht über soziale Erfahrungen der Schuljugend vom Oktober, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991, S. 209 f. u. 217; vgl. Hoffmann, Sabine 1984, S. 61 u. 64.

3136 Vgl. ebd., S. 210-213.

3137 Ebd., S. 213.

eine eigene SED-Parteiorganisation. Rund jeder dritte Lehrer an allgemeinbildenden Schulen – meist die für Staatsbürgerkunde – führte 1980 ein Parteibuch. In EOS waren 70 Prozent der Pädagogen in der SED organisiert.³¹³⁸ Neben ihrem Studium absolvierten Lehrer für Staatsbürgerkunde Kurse an einer Parteischule. Sie hatten nicht selten das Amt des Parteisekretärs oder das des Schuldirektors inne.³¹³⁹ Lehrer für Staatsbürgerkunde waren nach dem Ideal des Bildungsministeriums „der Partei treu ergebene, in der Mehrzahl politisch erfahrene und fachlich ausgebildete Kader“, die Schüler „im Geiste der Weltanschauung und Moral der Arbeiterklasse“³¹⁴⁰ erzogen. Wahrscheinlich sank auch deshalb unter Schülern mit steigendem Alter das Interesse an Staatsbürgerkunde, weil die Einstellung zum Lernen stark vom jeweiligen Fach und vom jeweiligen Lehrer beeinflusst wurde.³¹⁴¹

Laut der zitierten Studie der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften mit vier repräsentativen neunten Klassen von 1983 sah sich die Schuljugend in einer vom Lehrer abhängigen Position. Die Schüler stellten sich auf die einzelnen Lehrkräfte ein und wussten mit der Zeit, bei wem sie „offener“ reden konnten. Die überwiegende Mehrheit der befragten 15-Jährigen, die sich ungerecht behandelt fühlten, beklagte, in der Schule könne wegen befürchteter Nachteile nicht frei die Meinung geäußert werden.³¹⁴² Viele Lernschwächere begleitete zudem die Angst, falsche Antworten im Unterricht zu geben, vor allem in Russisch. Eine Ursache dafür bildete die monotone Arbeitsweise vieler Lehrer, die den Schülern kaum Möglichkeiten gab, eigene Erfahrungen in den Unterricht zu in-

3138 Vgl. Geißler, Gert 2011, S. 908 f.; vgl. ders. 2015, S. 22 u. 91.

3139 Vgl. Helwig, Gisela 1988 (b), S. 101.

3140 Einschätzung zur Wirksamkeit und Konzeption zur Erhöhung der Qualität des Staatsbürgerkundeunterrichts und der politischen Arbeit mit den Staatsbürgerkundelehrern nach dem X. Parteitag der SED vom Dezember 1981, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991, S. 167.

3141 Vgl. Friedrich, Walter u. a. 1983, S. 108.

3142 Im Herbst 1988 relegierte die Berliner „Oberschule Carl von Ossietzky“ vier Schüler, weil diese an einer Wandzeitung politische Fragen offen zur Diskussion gestellt hatten. Die Kirche solidarisierte sich mit den Schülern. Ab dem 18. Oktober 1988 erfolgten Andachten für sie. Vgl. für Einzelheiten: Ide, Robert 2000, S. 134.

tegrieren.³¹⁴³ Die Wissenschaftler mahnten, „die Folge davon ist, daß die Schüler mit den Widersprüchen, die sich zwischen dem, was sie in der Schule lernen, und dem, was sie aufgrund der Umwelteinflüsse an Erfahrungen aufbauen, im allgemeinen allein gelassen werden“³¹⁴⁴.

Zum elementaren Bestandteil der kommunistischen Erziehung in den 1980er Jahren gehörte neben dem Bekenntnis zum „Klassenstandpunkt“ die Wehrerziehung. Der Wehrunterricht war in den 1980er Jahren verpflichtend für die Schüler der neunten und zehnten Klasse in den POS und für die elften Klassen der EOS als vormilitärische Ausbildung konzipiert. Jugendliche in der Abiturstufe konnten freiwillig einen Lehrgang zur Wehrerziehung absolvieren und in den Klassen neun und zehn wurde die Arbeitsgemeinschaft Wehrerziehung angeboten.³¹⁴⁵ Ab den 1970er Jahren versuchte das Militär, vorwiegend Schüler mit durchschnittlichen Leistungen zu werben. Das Volksbildungsministerium setzte Schuldirektoren kontinuierlich unter Druck, eine bestimmte Anzahl von Verpflichtungserklärungen für den verlängerten Militärdienst zu erbringen. Einige wenige Schüler erkannten im Militärdienst eine Möglichkeit, trotz mittelmäßiger Schulnoten die EOS besuchen zu können, weshalb sie sich häufig für technische oder medizinische Ausbildungen in der Armee verpflichteten. Dennoch blieben die vorgegebenen Quoten bei den Verpflichtungen unerreich.³¹⁴⁶

Häufig traten junge Christen den militärischen Rekrutierungsversuchen kritisch gegenüber. Sie befanden sich im unmittelbaren Spannungsfeld zwischen dem staatlichem Erziehungsanspruch und ihrer eigenen religiösen bzw. pazifistischen Überzeugung. Gerade sie empfanden die politische Bevormundung im Schulwesen als sehr große Belastung.³¹⁴⁷ Religiös ungebundene Jugendliche nahmen die politisch-militaristische Ausrichtung ihrer Schulbildung größtenteils hin. In jedem Fall zog die politische

3143 Vgl. Einschätzung zur Wirksamkeit und Konzeption zur Erhöhung der Qualität des Staatsbürgerkundeunterrichts und der politischen Arbeit mit den Staatsbürgerkundelehrern nach dem X. Parteitag der SED vom Dezember 1981, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991, S. 167; vgl. Meier, Artur 1983: Schule als eigenständige Erfahrungswelt. Beitrag aus einem Forschungsbericht über soziale Erfahrungen der Schuljugend vom Oktober, in: ebd., S. 213-219.

3144 Ebd., S. 218.

3145 Vgl. Schirrmeister, Karl-Günter 1987, S. 39.

3146 Vgl. Geißler, Gert 2011, S. 919; vgl. Droit, Emmanuel 2014, S. 306 u. 308.

3147 Vgl. Schneider, Ilona Katharina 1995, S. 79, 220 f. u. 224 f.

(Wehr-)Erziehung einen vermehrten Rückzug in private Bereiche nach sich.³¹⁴⁸ Für die SED aber zeigte gerade die Wehrerziehung insofern eine positive Wirkung, als dass ein Großteil der Schüler glaubte, der Frieden könne durch militärischen Schutz gesichert werden. Allerdings ging das Interesse daran, militärische Kenntnisse zu erwerben, mit steigendem Alter zurück und nur ein geringer Teil der Schüler war Ende der 1980er Jahre noch bereit, einen persönlichen Beitrag zum Schutz der DDR zu leisten.³¹⁴⁹

So änderten auch die zu Anfang der 1980er Jahre neu konzipierten Lehrpläne und die Intensivierung der kommunistischen Erziehung nichts an der widersprüchlichen Schulpraxis. Die Schüler erlernten „schon von klein auf“ ein „Zwiedenken“³¹⁵⁰, wie Antonia Grunenberg beschrieb. Walter Friedrich schilderte die Situation der Doppelmoral in den Bildungseinrichtungen am Beispiel der Rezeption westdeutscher Massenmedien: Zwar schauten oder hörten diese Sendungen fast alle Jugendlichen und im Elternhaus, mit Freunden oder Kollegen wurde viel darüber gesprochen, in der Schule jedoch wurde darüber geschwiegen. Bereits in der sechsten Klasse werde „die ‚eigentliche‘ Meinung [...] in der Schule oft zurückgehalten“³¹⁵¹, so Friedrich weiter. Trotz der wissenschaftlichen Studien über die Mängel im Schulwesen ging die SED bis in die 1980er Jahre von einer erfolgreichen Umsetzung ihrer Bildungspolitik aus, da die Zahl der mit hervorragenden Leistungen abgeschlossen habenden Oberschüler ab den 1960er Jahren stieg.

Für die politische Führung war das Konzept von Chancengleichheit und bildungspolitischer Gerechtigkeit in den POS der 1980er Jahre aufgegangen. Dies führte zu einer Änderung bei den Modi zum Übergang in höherführende Bildungseinrichtungen. Nachdem 1968/69 in EOS Vorbereitungsklassen für die Klassenstufen neun und zehn eingerichtet worden waren, setzte das Volksbildungsministerium ab 1982/83 auf einen direkten Übergang. Seitdem konnte das Abitur nur ablegen, wer vorher die zehnklassige POS erfolgreich beendet hatte. Bis auf sehr wenige Ausnahmen gab es an den EOS keine Vorbereitungsklassen mehr, sondern nur die re-

3148 Vgl. Schirrmeister, Karl-Günter 1987, S. 101.

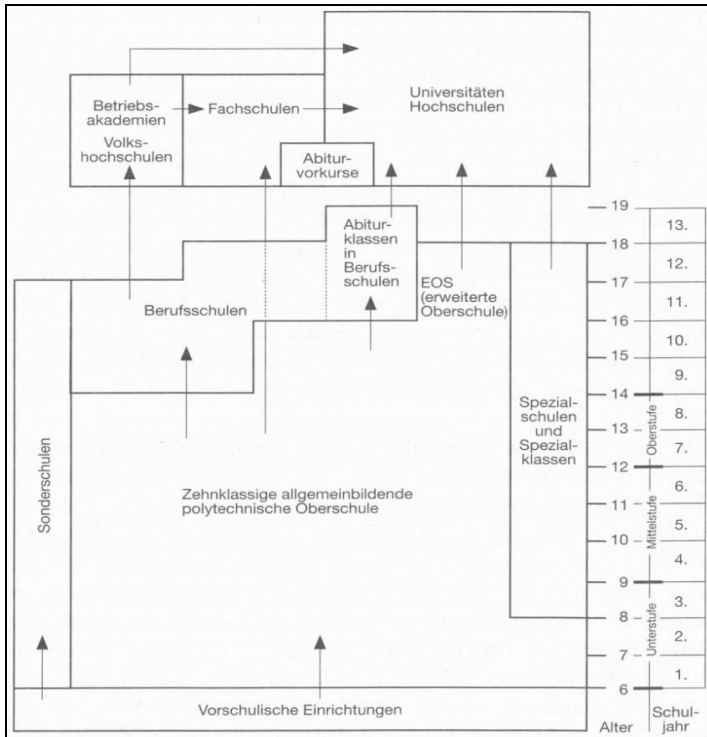
3149 Vgl. Schmitt, Karl 1980, S. 200-202.

3150 Grunenberg, Antonia 1989, S. 228.

3151 Friedrich, Walter 1987: Zum Entwicklungsstand und zu Entwicklungsproblemen unserer Jugend 1987: Forschungsergebnisse, Beobachtungen, Überlegungen in zehn Thesen, Bl. 7.

gulären Klassen elf und zwölf (siehe Abb. 14). Nach der alten Regelung mussten sich Jugendliche in der siebenten oder achten Klasse, d. h. mit 13 oder 14 Jahren entscheiden, sofern das für sie überhaupt möglich war, ob sie etwa einen akademischen Beruf ergreifen wollten, während Überlegungen zum Lehrberuf erst mit 15 oder 16 Jahren aufkamen.³¹⁵²

Abbildung 14: Das Bildungswesen der DDR 1989



Quelle: Schroeder, Klaus 2013, S. 750. Die Oberstufe endete mit der zehnten Klasse.

3152 Vgl. Zur weiteren Durchführung des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem auf dem Gebiet der Hochschulvorbereitung. Argumentationsmaterial zum Direktübergang der Schüler nach Abschluß der POS in die zweijährige EOS von 1980, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991, S. 149-151; vgl. Arnhardt, Gerhard 1988, S. 214; vgl. Geißler, Gert 2011, S. 896 f.

Ab den beginnenden 1980er Jahren erfolgte die Entscheidung, eine Hochschule zu besuchen, somit erst in der zehnten Klasse. Dadurch entstanden im Rahmen der Berufsvorbereitung mehr Sicherheiten, denn 13- bis 14-Jährige waren aus Sicht der Erziehungsfunktionäre in ihren Entscheidungen wohl zu wankelmütig. Die Heraufsetzung des Alters, in der die Entscheidung zwischen Lehrberuf oder Hochschule fiel, erleichterte den Bildungsträgern die Auswahl der künftigen Hochschulkader.³¹⁵³ Das betraf ohnehin nur „solche Schüler, die sich durch gute Leistungen im Unterricht, hohe Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft, politisch-moralische und charakterliche Reife auszeichne[te]n und ihre Verbundenheit mit der DDR durch ihre Haltung und gesellschaftliche Aktivität“³¹⁵⁴ bewiesen. Laut Gisela Helwig absolvierten in den 1980er Jahren zwölf bis 15 Prozent eines Jahrgangs das Abitur, die Hälfte davon über eine EOS (zwei Jahre) und ein Drittel über die Berufsausbildung mit Abitur nach der zehnten Klasse (drei Jahre).³¹⁵⁵

Günter Wilms, von 1958 bis 1966 Volksbildungsminister der DDR, erklärt, von den Abiturienten des Jahrganges 1988/89 studierten etwa 80 Prozent an Universitäten bzw. Hochschulen und fast fünf Prozent besuchten Fachschulen. Der übrige Teil der Abiturienten habe ein Arbeitsverhältnis aufgenommen. Er bilanziert, „die übergroße Mehrheit aller jungen Menschen in der DDR“ konnte „eine über den zehnjährigen Oberschulbesuch *hinausgehende* Allgemeinbildung erwerben“³¹⁵⁶. Ihm zufolge wurde die Chancengleichheit in der Praxis jedoch erheblich unterminiert: Jungen, die sich für den Lehrer- oder einen militärischen Beruf entschieden hatten, wurden bei den Auswahlverfahren zur EOS häufig bevorteilt und mancher Schüler machte mitunter falsche Angaben in den Bewerbungsunterlagen, indem er seine Absicht zum verlängerten Wehrdienst bekundete, um bessere Chancen auf einen Studienplatz zu haben.³¹⁵⁷ Auch Jugendliche aus Arbeiterfamilien sollten bei der Hochschulaufnahme oftmals den Vorzug erhalten. Recherchen von Edeltraud Schulze zufolge ent-

3153 Vgl. ebd., S. 150 f.

3154 Ebd., S. 151.

3155 Vgl. Helwig, Gisela 1988 (a), S. 17.

3156 Wilms, Günter 2001, S. 254. Hervorhebung im Original.

3157 Vgl. ebd., S. 250 u. 254 f.

stammte über die Hälfte der Studierenden in den 1980er Jahren dem Arbeitermilieu, ein Drittel waren Kinder von Akademikern.³¹⁵⁸

Das ZIJ widerlegte die geschönten Bilanzen, wonach an den Universitäten überwiegend Arbeiter- und Bauernkinder studierten. In den offiziellen Statistiken wurden Partei- und Staatsfunktionäre, Angehörige der Armee oder des Staatssicherheitsdienstes als Arbeiter kategorisiert, deren Kinder ebenfalls Vorzüge bei der Studienplatzvergabe erhielten.³¹⁵⁹ Das Zentralinstitut stellte fest, dass sich das Herkunftsprofil der Studierenden von den 1970er zu den 1980er Jahren stark gewandelt habe. Zunehmend mehr Immatrikulierte kamen aus „akademisch gebildeten und beruflich hoch positionierten“³¹⁶⁰ Elternhäusern. Stefan Wolle bezeichnet das sozialistische Bildungssystem retrospektiv als „eine der letzten poststalinistischen Hochburgen“³¹⁶¹, hielt doch der Staatsapparat die Repressionen gegen junge Christen und deren Eltern in den 1980er Jahren aufrecht, wenngleich der Druck auf die Studenten im Vergleich zu den Vorjahren geringer ausfiel.

Der Zugang zu den Universitäten wurde von der SED kontrolliert;³¹⁶² nicht selten verhinderten, so Gert Geißler, „politische Restriktionen“³¹⁶³ eine Immatrikulation. Die von der SED propagierte Chancengleichheit zeigte sich stark ideologisch geprägt. Die Möglichkeit, eine Hochschule zu besuchen, blieb nur einem kleinen, auserwählten Teil der Jugend vorbehalten. Deshalb erwarteten die Erziehungsfunktionäre insbesondere von Studenten Parteiloyalität. Sie gaben mit ausgedehnten finanziellen Förderungsmechanismen Anreize zu hoher Leistungsbereitschaft und politischer Konformität: Von 1976 an wandte sich die Regierung mit einem FDJ-Stipendium an besonders leistungsstarke Studenten,³¹⁶⁴ ab 1984 bekamen alle Studenten ein darlehensloses Grundstipendium.³¹⁶⁵ Von 1985 an erhielten Studenten mit Kindern und Müttern im Lehrverhältnis mehr Geld.³¹⁶⁶

3158 Die Angaben beziehen sich auf das Direktstudium. Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 115.

3159 Vgl. Hertle, Hans-Hermann/Stefan Wolle 2006, S. 170; vgl. Friedrich, Walter 2007, S. 53-55.

3160 Ebd., S. 54.

3161 Wolle, Stefan 1992 (a), S. 93.

3162 Vgl. Wurschi, Peter 2014, S. 18.

3163 Geißler, Gert 2011, S. 896.

3164 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1985 (a), S. 247 f.

3165 Vgl. Geißler, Gert 2011, S. 897.

3166 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1985 (b), S. 249.

6.1.3 Funktionen der FDJ

Von über drei Millionen Jugendlichen waren 1982 mehr als zwei Millionen in der FDJ organisiert. In fast jeder allgemeinbildenden Schule gab es eine FDJ-Grundorganisation der achten bis zwölften Klassenstufen mit einer Leitung und einem Dutzend Funktionären. Häufig waren dies Mädchen mit (sehr) guten Noten und Kinder von Angestellten. Die Grundorganisation einer Schule bestand aus einzelnen FDJ-Gruppen. Jede der Gruppen bzw. Klassen hatte ihre eigene FDJ-Leitung, zusammengesetzt aus einem Gruppensekretär, einem Stellvertreter/Kassierer und einem Funktionär für Agitation und Propaganda. Andere Funktionärstätigkeiten betrafen Sport, Kultur, Touristik, Wehrerziehung, Pionierarbeit und die Führung von Ordnungsgruppen. Jeder Funktionär übernahm einen Aufgabenbereich für die Dauer von einem Jahr. Die Wahl der ehrenamtlichen Funktionäre oblag den Schülern. Anfang der 1980er Jahre existierten mehr als 27.700 Grundorganisationen mit über 90.500 FDJ-Gruppen. In den Jahren 1981/82 wurden 674.000 Funktionäre bzw. ein Drittel aller Mitglieder über Verbandswahlen für ehrenamtliche Tätigkeiten gewählt. Im Jahr 1985 bestanden fast 30.000 Grundorganisationen.³¹⁶⁷

Über die Bildung und Auflösung der Grundorganisationen entschied die jeweilige Kreisleitung. Großbetriebe, Universitäten, die Akademie der Wissenschaften sowie das MfS verfügten über eigene FDJ-Kreisleitungen. Der Massenverband funktionierte, gleich an welchem Ort, wie die SED nach hierarchischen Strukturen. Die Leitung der FDJ übernahmen hauptamtliche Funktionäre, meist 30- bis 40-jährige Kader, die von der SED Aufträge und Weisungen erhielten. Sie hatten kein spezielles Berufsprofil und mussten politische Schulungen absolvieren. Insgesamt waren etwa ein bis drei Prozent aller Mitglieder in der Verbandsspitze tätig. Auf die Zusammensetzung des elitären Kreises hatten die Basisgruppen nach wie vor keinen Einfluss. Sie führten weiterhin die Anordnungen der übergeordneten Gremien aus.³¹⁶⁸ Erich Honecker wies Mitte der 1980er Jahre alle FDJ-Leitungen an, lähmende Erscheinungen wie Bürokratie bei der politischen Arbeit mit den Jugendlichen zu beseitigen. Der ehemalige Vorsit-

3167 Vgl. Freiburg, Arnold/Christa Mahrud 1984, S. 137 u. S. 139-141; vgl. ders. 1988, S. 66 f. u. 70; vgl. Mählert, Ulrich 2001, S. 75.

3168 Vgl. dies. 1986, S. 21 u. 23; vgl. Freiburg, Arnold 1988, S. 70; vgl. Giessmann, Barbara 1990, S. 95; vgl. Hornstein, Walter/Werner Schefold 1998, S. 292; vgl. Mählert, Ulrich 2001, S. 75 u. 77.

zende des Verbandes plädierte für einen stärkeren Gebrauch der im Jugendgesetz verankerten Rechte, war doch die FDJ die offizielle Interessenvertretung der Jugend.³¹⁶⁹

An den Schulen hatten sie und ihre Kinderorganisation für Ordnung, Disziplin, Sauberkeit und eine gute Lernatmosphäre zu sorgen. Für die SED leisteten die beiden Massenorganisationen mit „Pionierzirkeln“ und dem „Studienjahr“ die politisch-ideologische Hauptarbeit an der Bildungseinrichtung.³¹⁷⁰ Das Tätigkeitsfeld des Verbandes im Schulwesen umfasste ein breites Spektrum. Er kümmerte sich um den Förderunterricht, um nachmittägliche Arbeitsgemeinschaften (z. B. Altpapiersammeln), um die vormilitärische Ausbildung, um Werbung für militärische Berufe und stellte die Ordnungsgruppen zusammen. Deren Mitglieder mussten mindestens 16 Jahre alt sein. Über die Aufnahme entschied die Volkspolizei. Da in den POS ansonsten keine O-Gruppen zustande gekommen wären, konnten auch Schüler unter 16 Jahren Mitglied werden. Die auserwählten Jugendlichen erhielten eine Art Polizeiausbildung und beaufsichtigten die Mittagspause mit. Fast 4.000 solcher Gruppen mit 40.000 Mitgliedern existierten 1982. Eine weitere entscheidende Funktion übte die FDJ im Bereich des Kadernachwuchses aus, denn ausschließlich parteikonforme Heranwachsende durften leitende Gremien im Verband besetzen.³¹⁷¹

Die Kader waren, so Erich Honecker, „der größte Schatz der Partei“³¹⁷². Im Gegensatz zur Kaderpolitik der SED, der es oftmals an geeigneten „Genossen“ aus dem landwirtschaftlichen und dem intellektuellen Milieu sowie an Arbeitern mangle, führe die FDJ eine vorbildliche Nachwuchspolitik.³¹⁷³ Das lag größtenteils daran, dass eine FDJ-Mitgliedschaft eine elementare Voraussetzung für einen erfolgversprechenden politischen und beruflichen Werdegang darstellte. Die Mitgliedschaft wurde in der soge-

3169 Vgl. ND vom 1. Oktober 1985, S. 4.

3170 Vgl. Freiburg, Arnold/Christa Mahrad 1984, S. 142 u. 146 f.

3171 Vgl. ebd., S. 141, 143 u. 150; vgl. Information über ausgewählte Probleme der Verwirklichung der sozialistischen Jugendpolitik in den Organen des Ministeriums des Innern, in: SAPMO-BArch, DY 24/11226, Bl. 5 (Anlage); vgl. Mahrad, Christa 1986, S. 21; vgl. Freiburg, Arnold 1988, S. 67.

3172 Honecker, Erich 1981, S. 138.

3173 Vgl. ders. 1982: Die Aufgaben der Partei bei der weiteren erfolgreichen Verwirklichung der Beschlüsse des X. Parteitages der SED. Aus dem Referat auf der Beratung des Sekretariats des Zentralkomitees der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen in Berlin am 12. Februar, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1983, S. 459.

nannten Kaderakte vermerkt und das politische Engagement bei der Aufnahme eines Studiums oder vor der Lehrausbildung geprüft. In der Regel konnten sich Jugendliche erst nach dem Ende von Ausbildung und Wehrdienst der Massenorganisation entziehen, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Über die FDJ konnte die SED auch in den 1980er Jahren den für ihre Zwecke erforderlichen sozialen Druck aufbauen. Hinzu kam ihre wirtschaftliche Funktionalität. Mit freundschaftlichen Wettstreiten versuchte die Organisation den Wettbewerb unter der Jugend anzukurbeln. Besondere Verdienste konnten mit Geldprämien oder (sozialistischen) Auslandsreisen belohnt werden. Schüler überboten sich im Sammeln von Altpapier oder Schrott und halfen unter Leitung der FDJ bei der Sanierung von Schulen oder Wohngebieten.³¹⁷⁴

Das größte Jugendobjekt in den 1970er/80er Jahren bildete die Modernisierung Ostberlins, anlässlich der 750-Jahr-Feier der geteilten Stadt. Bei der 1976 gegründeten „FDJ-Initiative Berlin“ spielte für die meisten der 18- bis 25-jährigen Delegierten der bessere Verdienst auf den Großbaustellen eine weitaus größere Rolle als der Anspruch, der FDJ bei der Realisierung eines volkswirtschaftlichen Projektes zu helfen.³¹⁷⁵ Nach offiziellen Angaben wirkten 1981 über 13.000 FDJler³¹⁷⁶ und 1986 über 20.000 junge Arbeiter, Ingenieure und Architekten an der Vollendung Ostberlins mit. Zur „FDJ-Initiative Berlin“ gehörten 650 Jugendobjekte sowie mehr als 61.000 neu gebaute und über 19.000 modernisierte Wohnungen. Innerhalb von zehn Jahren erbrachten die Jugendlichen Bauleistungen von 20 Milliarden Mark. Das trug laut Erich Honecker dazu bei, das „Volkvermögen unserer Republik um weitere Milliarden Mark zu erhöhen“. Die Modernisierungsarbeiten in Berlin sollten bis 1990 weitere 160.000 Wohnungen schaffen. Die Verbesserung der Lebensqualität in der Hauptstadt stand stellvertretend für die dynamische Entwicklung des Sozialismus in der gesamten DDR. Die Initiative zeuge „von der Leistungsfähigkeit unseres sozialistischen Jugendverbandes und aller Jugendlichen unseres Landes, von

3174 Vgl. Freiburg, Arnold/Christa Mahrad 1984, S. 140; vgl. dies. 1986, S. 22, 28 u. 31; vgl. ders. 1988, S. 70.

3175 Von Juni bis Oktober 1977 befragte das ZIJ rund 520 Jugendliche der Berlin-Initiative aus diversen Wirtschaftsbereichen nach ihren Motiven für die Beteiligung. Fast 80 Prozent der Probanden gaben diese Antwort. Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1977: Studie FDJ-Initiative Berlin (Kurzbezeichnung Initiativ-Studie). Forschungsbericht vom November, Bl. 6, 11, 18 f.

3176 Vgl. Honecker, Erich 1981, S. 144.

ihrer Liebe zur sozialistischen Heimat, zu ihrem sozialistischen Vaterland“³¹⁷⁷, so Honecker weiter.

Im Mai 1984 hatte Kurt Hager die Fertigstellung von 485 Jugendobjekten durch mehr als 1.000 JB in Berlin verkündet und deshalb, wie Erich Honecker, von einem „vertrauensvolle[n] Verhältnis unserer Partei zur Freien Deutschen Jugend und zur gesamten Jugend unseres Landes“³¹⁷⁸ gesprochen. Offiziell beteiligten sich Anfang der 1980er Jahre insgesamt 25.000 junge Arbeiter an den ökonomischen Jugendobjekten der FDJ. Diese delegierte und schulte ihre Mitglieder nicht nur auf Großbaustellen im Inland, bei Elektrifizierungsarbeiten an Eisenbahnstrecken oder dem Ausbau von Erdgasleitungen, sondern erfüllte auch Großaufträge im Ausland.³¹⁷⁹ So arbeiteten ausgewählte FDJler an der russisch-sibirischen Eisenbahnstrecke, der „Baikal-Amur-Magistrale“, mit und halfen beim Ausbau der „Druschba-Trasse“, einem Abschnitt der Erdgastrasse „Sojus“ entlang der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei bis in die DDR.³¹⁸⁰ Derartige Objekte im sowjetischen Wirtschaftsraum fertigzustellen, gehörte ebenso zu den außenpolitischen Aufgaben der FDJ wie die Organisation des Auslandstourismus.

Der Verband pflegte Kontakte zu anderen kommunistischen Jugendorganisationen, indem er multinationale Festivitäten ausrichtete und in Ländern der Dritten Welt im weitesten Sinne Entwicklungspolitik betrieb. Im Rahmen des Jugendtourismus bot die FDJ ihren Mitgliedern Jugendaustausch, Jugendreisen, Festivals und Erholungsaufenthalte in internationalen Ferienlagern. Kontakte zu linken Organisationen in der Bundesrepublik dienten einzig der politischen Propaganda und sollten der DDR zu einem positiven Image verhelfen.³¹⁸¹ Insgesamt nahmen von 1976 bis 1980 über 1,7 Millionen Jugendliche die Angebote des FDJ-Reisebüros „Jugendtourist“ in Anspruch. Zwischen 1976 und 1980 besuchten von 690.000 entsandten Jugendlichen mehr als 270.000 die UdSSR. Zwischen 1981 und 1985 stieg die Zahl der Teilnehmer am Reiseprogramm von „Ju-

3177 ND vom 26. September 1986, S. 3.

3178 Hager, Kurt 1984, S. 45.

3179 Vgl. ebd., S. 46; vgl. Honecker, Erich 1982: Die Aufgaben der Partei bei der weiteren erfolgreichen Verwirklichung der Beschlüsse des X. Parteitages der SED. Aus dem Referat auf der Beratung des Sekretariats des Zentralkomitees der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen in Berlin am 12. Februar, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1983, S. 242.

3180 Vgl. Honecker, Erich 1981, S. 93; vgl. Mahrad, Christa 1982, S. 53.

3181 Vgl. ebd., S. 50-55.

gendtourist“ auf über 8,8 Millionen, davon reisten 400.000 ins sozialistische Ausland.³¹⁸²

Das Hauptreiseland für ostdeutsche Jugendliche war die Sowjetunion. Die Zahl derer, welche die Sowjetunion bereisten, hatte sich 1984 gegenüber 1976 nahezu verdoppelt. Ab der ersten Hälfte der 1980er Jahre organisierte „Jugendtourist“ Abschlussfahrten für zehnte und zwölfte Klassenstufen in die Sowjetunion. Nicht nur die Zahl der in das sozialistische Ausland Reisenden wuchs. Die Zahl der Übernachtungen in den Einrichtungen von „Jugendtourist“ im Inland stieg von 64.000 (1976) auf 215.000 (1984).³¹⁸³ Gleichsam reisten mehr Jugendliche in die DDR, darunter viele junge Menschen aus Polen. Das Politbüro sprach 1983 von mehr als 111.000 polnischen Kindern und Jugendlichen, die in die DDR kamen, sowie von 37.400 FDJlern und Pionieren, die Polen besuchten.³¹⁸⁴ Erich Honecker definierte die Fortführung des deutsch-polnischen Jugendaustausches als „eine weitere große internationalistische Bewährungsprobe“³¹⁸⁵.

Ihm zufolge seien 1985 erstmalig bis zu 300.000 Kinder und Jugendliche aus beiden Ländern am Jugendaustausch beteiligt gewesen. Drei Jahre später segnete der Ministerrat den Beschluss über das „Freundschaftswerk der Jugend der DDR und der Volksrepublik Polen“ ab, womit eine weitere Ausdehnung des Jugendaustausches vorgesehen war.³¹⁸⁶ Der Jugendtourismus folgte klaren politischen Absichten. Internationale Tourismusprogramme trügen dazu bei, „unter der jungen Generation das Engagement für Frieden, Völkerverständigung und antiimperialistische Solidarität zu vertiefen“³¹⁸⁷, erläuterte Erich Honecker. „Jugendtourist“ ermöglichte Heranwachsenden in den 1980er Jahren, nach eigenen Angaben, Reisen in 33 Länder auf vier Kontinenten und organisierte Aufenthalte in der DDR für Jugendliche aus 50 Staaten.³¹⁸⁸ Die Entscheidung, wer mit „Jugend-

3182 Vgl. Reisebüro der FDJ „Jugendtourist“ (Hrsg.) 1988, S. 29.

3183 Vgl. Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1985 (b), S. 113.

3184 Vgl. Felfe, Werner 1983, S. 44.

3185 JW vom 6. Februar 1985, S. 3.

3186 Vgl. Beschluß zum Vertrag zwischen der DDR und der VR Polen über das Freundschaftswerk der Jugend der DDR und der VR Polen auf der 65. Sitzung des Ministerrates vom 5. Juni 1988, in: BArch, DC 20/I/3/2661, Bl. 296.

3187 Honecker, Erich 1984, S. 67.

3188 Vgl. Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1985 (b), S. 112.

tourist“ verreisen durfte, trafen weiterhin die FDJ-Leitungen.³¹⁸⁹ Auch innenpolitisch bemühte sich der Verband um internationales Flair.

Bis Mitte der 1980er Jahre richtete er eine Vielzahl an jugendpolitischen Festivitäten aus: das alljährliche „Pfingsttreffen der Jugend“ 1982 mit offiziell vier Millionen Teilnehmern unter der Losung „Gegen NATO-Waffen Frieden schaffen“, das „Friedenstreffen der Jugend sozialistischer Länder“ im Mai 1983, die „Kulturkonferenz der FDJ“ vom Oktober 1982, der „Kongreß der Arbeiterjugend der DDR“ im Juni 1983 und die „IX. Kinder- und Jugendspartakiade“ im Juli 1983.³¹⁹⁰ Von September 1982 bis Oktober 1984 konzentrierte sich der Verband auf die Propagierung seines Friedensaufgebots und initiierte dazu die jährliche Musikveranstaltung „Rock für den Frieden“³¹⁹¹. Insgesamt sollen 55.000 Heranwachsende das staatlich geförderte Friedensfestival besucht haben.³¹⁹² Zu dieser Zeit brachten ostdeutsche Musiker eine Fülle an Friedensliedern heraus. Besonders die Gruppe „Karat“ und ihr Song „Der blaue Planet“ waren bei Jugendlichen beliebt. Die heimliche Hymne der Friedensbewegung, „Wo- zu sind Kriege da“, stammte aus der Feder des westdeutschen Künstlers Udo Lindenberg.³¹⁹³ Er durfte 1983 ein Friedenskonzert vor ausgewählten FDJlern spielen.³¹⁹⁴

Im Bericht des Politbüros an das ZK der SED hieß es im November 1983 zur Friedenspropaganda: „Die Ergebnisse des klaren Kurses unserer Partei zur Erziehung der Jugend im Geiste des sozialistischen Patriotismus und des proletarischen Internationalismus zeigen sich in allen gesellschaftlichen Bereichen.“ Es würden die 29 Veranstaltungen der FDJ-Liedertournee „zu machtvollen Manifestationen gegen die Stationierung neuer ame-

3189 Vgl. Reisebüro der FDJ „Jugendtourist“ (Hrsg.) 1988, S. 9.

3190 Vgl. Honecker, Erich 1982: Den vom X. Parteitag gewiesenen Kurs mit dem ganzen Volk weiter zuverlässig in die Tat umsetzen. Aus dem Schlußwort auf der 4. Tagung des Zentralkomitees der SED am 24. Juni, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1985, S. 7; vgl. Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1985 (b), S. 16 f.

3191 „Rock für den Frieden“ fand erstmals 1982 im Palast der Republik statt. Es spielten 15 DDR-Rockgruppen auf drei Veranstaltungen. Die Erlöse wurden gespendet. Vgl. Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung 1992 (a), S. 32.

3192 Vgl. Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1985 (b), S. 27 u. 98.

3193 Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1983: Tabellenanhang zur Schnellinformation Studie über das Friedensaufgebot der FDJ vom März, Bl. 3 f.

3194 Vgl. für Einzelheiten: BStU (Hrsg.) 2015 (b).

rikanischer Atomraketen in Westeuropa³¹⁹⁵. Die Friedenspolitik unter dem Motto „Gegen NATO-Waffen Frieden schaffen“ spielte für die FDJ in den 1980er Jahren eine enorm wichtige Rolle. Offiziell stand die DDR zwar dafür ein, „Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen“³¹⁹⁶, dies aber nur im Gleichgewicht mit anderen Staaten. Weil sich die SED für eine nuklearfreie Zone in Mitteleuropa einsetzte, beteiligten sich im September 1987 auch evangelische Jugendliche am von der FDJ organisierten Olof-Palme-Marsch.³¹⁹⁷ Erich Honecker erklärte den FDJlern unaufhörlich: „Sozialismus heißt Frieden, und Sozialismus bringt Frieden.“³¹⁹⁸

Anlässlich des 35. Jahrestags der Republikgründung stand die FDJ-Arbeit 1984 unter dem Motto „Meine Tat für unser sozialistisches Vaterland“. Mit dem Programm wollte die FDJ ihre Mitglieder darauf einschwören, den Marxismus-Leninismus zu studieren, „klassenbewusst“ im Sinne der SED zu handeln, die DDR zu schützen, das Leben in der Jugendorganisation interessant und geistreich zu gestalten und die ideologische Arbeit in den FDJ-Gruppen zu stärken.³¹⁹⁹ Doch die Friedenspropaganda stieß an ihre Grenzen. Viele Jugendliche wussten 1983 nicht, wann die amerikanischen Raketen durch den NATO-Doppelbeschluss in Westeuropa stationiert werden würden.³²⁰⁰ Militärpolitische Rundtischgespräche mit Angehörigen der Armee sollten 1984 auf Mitgliederversammlungen und Foren für sozialistische Klarheit sorgen. Zum „Signal DDR 35“ des FDJ-Friedensaufgebotes gehörten die „Bälle der Waffenbrüderschaft“, Werbekampagnen für militärische Berufe, Friedensmärsche, Feldlager oder wehrsportliche Wettkämpfe.³²⁰¹ Nach Angaben des ZR nahmen bei der „Woche der Waffenbrüderschaft“ 1984 rund 400.000 FDJler an militä-

3195 Felfe, Werner 1983, S. 43 f.

3196 NZ vom 24. Mai 1983, S. 3.

3197 Der 1986 getötete schwedische Ministerpräsident hatte sich für einen atomwaffenfreien Korridor in Europa eingesetzt. Vgl. Frankfurter Rundschau vom 7. September 1987, o. S.; vgl. Der Tagesspiegel vom 19. September 1987, S. 2.

3198 ND vom 9. Juni 1984, S. 1.

3199 Vgl. Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1985 (b), S. 11 f.

3200 Knapp ein Viertel von mehr als 3.000 befragten Jugendlichen wusste das nicht. ZIJ (Hrsg.) 1983: Tabellenanhang zur Schnellinformation Studie über das Friedensaufgebot der FDJ vom März, Bl. 2.

3201 Vgl. Konzeption für die wehrpolitische und wehrsportliche Massenaktion „Signal DDR 35“ im Rahmen des „Friedensaufgebotes der FDJ“. Vorlage für das Sekretariat des Zentralkomitees vom 9. November 1983, in: SAPMO-BArch, DY 24/11226, Bl. 1-7.

rischen Gesprächen, 176.000 an Begegnungen mit NVA- und sowjetischen Soldaten und mehr als 330.000 Reservisten und Jugendliche am „Wintermarsch“ teil.³²⁰²

Am Vorabend des 35. Republikjubiläums, dem 6. Oktober 1984, zogen 300.000 FDJler uniformiert in einem Fackelzug durch Berlin.³²⁰³ Rund 50.000 der Mitglieder bekamen für ihre hervorragenden Leistungen das SED-Programm verliehen und etliche Grundorganisationen erhielten das „Ehrenbanner“ mit den Bildnissen von Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck.³²⁰⁴ Erich Honecker bewertete den Aufmarsch als eindrucksvolles Zeugnis „der Verbundenheit der Jugend mit der Politik“. Ihm zufolge führe die FDJ „das Werk ihrer Mütter und Väter fort“, sie helfe der jungen Generation, „sich den Lebenssinn der Kommunisten zu eigen zu machen, alles für das Wohl des Volkes und die Sicherung des Friedens zu tun“³²⁰⁵. Drei Monate zuvor hielt er auf dem „Nationalen Jugendfestival“ im Juni 1984 vor 750.000 FDJlern eine Rede,³²⁰⁶ in der er seine Zufriedenheit mit dem Friedensaufgebot ausdrückte: „Ihr habt euer Wort, wie wir das vom sozialistischen Jugendverband kennen, in beispielhafter Weise eingelöst und seid mit erfüllten und übererfüllten Plänen nach Berlin gekommen.“³²⁰⁷ Die FDJ bewaise sich im Auftrag des Parteiprogramms, „als aktiver Helfer und treue Kampfesreserve der SED“. Die Jugend trage die Politik der Einheitspartei bedingungslos mit und stehe geschlossen hinter ihr. „Was kann es Schöneres für einen Kommunisten geben, als die nachwachsende Generation für seine Ideale zu begeistern!“³²⁰⁸, so Honecker.

Mitte der 1980er Jahre klärte dieser auf einer Beratung des Sekretariats des ZK über das Erfolgsrezept der Jugendpolitik auf, das darin bestünde, den „ständige[n] politische[n] Dialog zwischen Kommunisten und Jugend“ fortzuführen. Mit Genugtuung blicke der einstige FDJ-Funktionär auf das von der UNO ausgerufenen „Jahr der Jugend“ (1985), da die Grundrechte der jungen Generation zum Alltagsleben der DDR gehörten. Die DDR sei schon von 1949 an „ein Staat der Jugend“³²⁰⁹. Diese wüsste

3202 Vgl. Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1985 (b), S. 86.

3203 Vgl. ND vom 8. Oktober 1984, S. 1.

3204 Vgl. Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1985 (b), S. 15.

3205 Honecker, Erich 1984, S. 66.

3206 Vgl. ND vom 20. Juni 1984, S. 1.

3207 JW vom 8. Juni 1984, S. 3.

3208 Ebd., S. 4.

3209 JW vom 6. Februar 1985, S. 3.

um die Bemühungen der SED, ihr eine glückliche und sichere Zukunft zu gewähren, weshalb sich 35.000 Jugendliche an den volkswirtschaftlichen Initiativen des Jugendverbandes beteiligen würden, der zudem eine kulturvolle Freizeitgestaltung garantiere. Die 9.000 Jugendklubs der FDJ zählten jährlich – angeblich – 30 Millionen Besucher. Erich Honecker lobte vor dem XII. Parlament im Frühjahr 1985 erneut deren Angebote zu einer „sinnvollen“ Freizeitgestaltung. So sollte in Berlin ein neues „Haus der Jugend“ entstehen, das ihm zufolge hoffentlich „von der Jugend der ganzen Republik gebaut und in Besitz genommen“³²¹⁰ werde.

Die Hauptaufgabe der FDJ bestand also nach wie vor darin, „Helfer und Kampfesreserve der Partei zu sein“³²¹¹. Diese sollte nach Erich Honecker weiter das Ziel verfolgen, „die entwickelte sozialistische Gesellschaft weiter zu gestalten und so die Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Aufbau des Kommunismus zu schaffen“. Um die „lichten Höhen des Kommunismus“ zu erklimmen, musste der Verband unter den Bedingungen der SED-Friedenspolitik folgende Aufgaben übernehmen: sich erstens für die „friedliche Koexistenz“ und damit gegen Hochrüstung bzw. die „imperialistische[...] Politik der Konfrontation“³²¹² einsetzen und einen Beitrag zum Schutz des Vaterlandes leisten (in NVA oder den Grenztruppen), zweitens die ökonomische Leistungsfähigkeit der FDJler voll ausschöpfen, etwa beim Wohnungsprogramm „Umgebaut und ausgebaut“, drittens für eine kulturelle Nachwuchsförderung sorgen, z. B. beim „Fest junger Talente“, und viertens hatte sich die FDJ um geeignete politische Kader zu bemühen. In Vorbereitung auf den XI. Parteitag im April 1986 schlug die Massenorganisation 100.000 Mitglieder als Kandidaten der SED vor.³²¹³

Eberhard Aurich, von 1983 an Erster Sekretär des ZR der FDJ, bestätigte vor dem XII. Parlament: „Je stärker der Sozialismus, desto sicherer der

3210 Honecker, Erich 1985, S. 26.

3211 Ebd., S. 5.

3212 Ebd., S. 9.

3213 Vgl. ebd., S. 26; vgl. ders. 1983: In kampferfüllter Zeit setzen wir den bewährten Kurs des X. Parteitages für Frieden und Sozialismus erfolgreich fort. Aus der Diskussionsrede auf der 7. Tagung des Zentralkomitees der SED am 25. November, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1986, S. 5-12, 13, 26 f. u. 31; vgl. ders. 1985: Die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bei der Vorbereitung des XI. Parteitages. Aus dem Referat auf der Beratung des Sekretariats des Zentralkomitees der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen der SED am 1. Februar, in: ebd., S. 485 f.

Frieden.“³²¹⁴ Die FDJ würde die Herausforderungen des neuen Jahrzehnts, „klug geführt von der SED“³²¹⁵, meistern und jedes Mitglied und alle Jugendlichen darin unterstützen, „den Maßstab für das Handeln im Sinn des Lebens von Kommunisten zu finden“³²¹⁶. Die Organisation werde die DDR vor dem „Imperialismus“ schützen, die Jugend einen persönlichen Beitrag zum Schutz des Vaterlandes erbringen und „die offensive Auseinandersetzung mit dem Gegner“³²¹⁷ nicht scheuen. Der Sozialismus sei ein Friedensgarant und „dem Kapitalismus eine ganze Epoche voraus“³²¹⁸, so Aurich weiter. Offiziell hatte sich der Verband 1985 wieder in seinen ökonomischen Jahreszielen überboten und das Parlament aufgrund der sehr erfolgreichen Bilanzen der „FDJ-Initiative Berlin“ beschlossen, das Jugendobjekt fortzusetzen.³²¹⁹

Die FDJ plante für 1985, 110 Millionen Stunden Arbeitszeit einzusparen, 35.000 Jugendliche für die Schichtarbeit zu gewinnen, 500.000 Tonnen Schrott und 105.000 Tonnen Altpapier zu sammeln sowie 22.000 Wohnungen zu sanieren und zu bauen; von 1981 an seien durch die FDJ-Aktion „Umgebaut und ausgebaut“ 58.000 Wohnungen fertiggestellt worden. Bis 1990 wollte der Verband weitere 100.000 Wohnungen modernisieren. Zu den anderen Aufgaben gehörten laut Eberhard Aurich die Entdeckung neuer künstlerischer Talente und die Erhöhung der Kader für das kommende Jahr.³²²⁰ Das XII. Parlament übernahm alle Forderungen der politischen Führung.

Allerdings verlief insbesondere die Propagierung der SED-Friedenspolitik nicht ohne Probleme, obwohl 1982 rund 7.700 Offiziere, Offizierschüler und Reserveoffiziere in mehr als 8.200 Versammlungen vor FDJ-Mitgliedern darüber sprachen. Sie berichteten von ihren Erfahrungen und von der politischen Notwendigkeit des bewaffneten Schutzes. Nicht selten mussten die Diskussionsforen aufgrund zu weniger Teilnehmerzahlen abgesagt oder verlegt werden. In einigen Fällen stellten die Jugendlichen auf den Foren zudem kritische Fragen: Warum beginne die DDR nicht einfach

3214 Aurich, Eberhard 1985, S. 10.

3215 Ebd., S. 13.

3216 Ebd., S. 14.

3217 Ebd., S. 16.

3218 Ebd., S. 17.

3219 Vgl. ebd., S. 6; vgl. Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1985 (a), S. 425.

3220 Vgl. ebd., S. 6, 11, 33, 40, 55 f., 63 u. 70.

mit der Abrüstung? Warum könne es keinen Frieden ohne Waffen geben? Warum werde „Frieden schaffen ohne Waffen“ in der DDR nicht unterstützt? Warum sei das Symbol Schwerter zu Pflugscharen nicht erlaubt?³²²¹

Barbara Hille erkannte in der jugendlichen Sympathie für Schwerter zu Pflugscharen eine neue wie typische Bereitschaft eines kleinen Teils der Jugend, ihre von der Staatsdoktrin abweichenden Meinungen und Ansichten öffentlich zu äußern.³²²² Das lag auch am gestiegenen Selbstbewusstsein dieser Generation. Gleichwohl sich die FDJ um eine eigenständige Friedensbewegung bemühte, engagierten sich vor allem ältere Jugendliche in den unabhängigen Friedens-, Umwelt-, und Menschenrechtsvereinigungen, weil sie in diesen Kreisen das fanden, was FDJ oder Schule nicht duldeten: den offenen Meinungsaustausch. Der Jugendverband verlor im Verlauf der 1980er Jahre endgültig die Bindung zur Basis. Ulrich Mähler erklärt dazu: „Für die FDJ herrschte Business as usual. Papiere über Papiere wurden produziert, die kaum jemand mehr las. Man demonstrierte gegen NATO-Waffen und erwähnte die SS-20-Raketen mit keinem Wort.“³²²³

Diese Doppelmoral und die erzwungenen parteipolitischen Diskussionen auf den monatlichen Mitgliederversammlungen, den Foren oder im „Studienjahr“ führten zu steigendem Desinteresse.³²²⁴ Viele FDJler mieden die Veranstaltungen, wo es nur möglich war. Es schien, als konnte der Verband seine Mitglieder in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre lediglich für seine Freizeitangebote begeistern,³²²⁵ während die politische Führung die Illusion einer parteiloyalen Jugend wahrte. Erich Honecker behauptete im März 1986 anlässlich des 40. Jubiläums der FDJ, deren Mitglieder stünden „in den ersten Reihen der Streiter für Frieden und Sozialismus“³²²⁶. Er prophezeite, „daß die FDJ-Generation der 80er Jahre genauso ihren Mann stehen wird, wie die Generationen vor ihr“³²²⁷.

3221 Vgl. Notiz über die Verwirklichung der Anordnung Nr. 1/82 des Stellvertreters des Ministers und Chef der Politischen Hauptverwaltung der NVA über die Aufgaben zur Unterstützung der Mitgliederversammlungen der FDJ vom 15. April 1984, in: SAPMO-BArch, DY 24/11226, Bl. 1-4.

3222 Vgl. Hille, Barbara 1984, S. 20.

3223 Mähler, Ulrich 2001, S. 79.

3224 Siehe dazu Kap. 6.2.1.

3225 Vgl. Fischer, Bernd-Rainer 1995, S. 865; vgl. Mähler, Ulrich 2001, S. 75 u. 79 f.; vgl. Menzel, Rebecca 2004, S. 154.

3226 ND vom 8. März 1986, S. 3.

3227 Ebd., S. 4.

Nachdem sich die innen- und außenpolitischen Ereignisse drei Jahre später überschlagen hatten, stand der Jugendverband vor immensen Herausforderungen. Ende der 1980er Jahre waren fast acht von zehn Jugendlichen zwischen 14 und Mitte 20 in der Verbandsstatistik registriert. Die FDJ schaffte es aber nicht, sich unter den neuen politischen Bedingungen neu aufzustellen bzw. ihre Mitglieder zu halten.³²²⁸ Der Mitgliederbestand sank bis zum Herbst 1990 auf rund 2.000.³²²⁹ Vorausschauend stellte Gregor Gysi im Dezember 1989 auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS die Frage nach der Zukunft der FDJ. Der neue Parteivorsitzende konstatierte, diese habe „sich von ihrer einseitigen Bindung an uns losgesagt“. Wenn sie in ihrer politischen Ausrichtung eine „linke Jugendorganisation“ bliebe, wäre es für ihn denkbar, Gleichgesinnte und Mitglieder der SED/PDS in der FDJ zu organisieren. Würde sie sich allerdings zu einer Dachorganisation verschiedener Jugendverbände entwickeln, schlug der Rechtsanwalt vor, eine eigene Jugendorganisation zu gründen, die „vielleicht den Namen ‚Rosa Luxemburg‘“³²³⁰ bekommen könnte.

Aber die Mehrheit der (noch) engagierten FDJ-Mitglieder lehnte es ab, sich wieder einer Partei unterzuordnen. Damit folgten sie ein Stück weit den Forderungen des Neuen Forums und des Demokratischen Aufbruchs,³²³¹ deren jugendliche Mitstreiter in einem Flugblatt im Oktober 1989 proklamiert hatten: „Null Bock auf FDJ!? Wir wollen keine Generation von Mitläufern mehr sein!“³²³² Bis Mitte November 1989 empfing die FDJ-Führung über 1.370 Briefe, in denen sich die Mehrheit der Verfasser gegen eine erneute politische Unterwerfung unter eine Partei aussprach. Die meisten plädierten für eine unabhängige Dachorganisation. Der Verband erhielt zu dieser Zeit täglich rund 200 Anrufe und etwa 120 Jugendliche sprachen persönlich bei den Leitungen vor. Der Großteil der Mitglieder verwehrte sich einer Fortführung der bisherigen Praxis, die geprägt war von Gängelei und Bevormundung. Doch auch die Wahl von Frank Türkowsky zum neuen Vorsitzenden führte nicht zu den gewünschten Veränderungen, und an den Runden Tischen wurde die FDJ nur als Beobach-

3228 Vgl. Mählert, Ulrich 2001, S. 78.

3229 Vgl. Eckert, Rainer 1995, S. 1257; vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 26.

3230 Gysi, Gregor 1989, S. 113.

3231 Vgl. Aufruf zur Einmischung in eigener Sache. Gründungsaufwurf von Demokratie Jetzt vom 12. September 1989. Zur Information Nr. 416/89, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 3756, zitiert in: Münkler, Daniela (Hrsg.) 2014, S. 58 (Anlage Nr. 4).

3232 Flugblatt der Jugend des DA vom 30. Oktober 1989, zitiert in: ebd., S. 115.

ter geduldet. Ende 1989 ergriff sie die Initiative und rief zur Gründung eines Runden Tisches der Jugend auf. Tatsächlich folgten dem Ruf mehr Organisationen als erwartet, darunter eine liberale Jugendorganisation und die Christlich-Demokratische Jugend. Die Zusammenkunft verlief ergebnislos.³²³³

Da die FDJ kein wirkliches Interesse daran zeigte, mit anderen Verbänden zu kooperieren, endete auch das zweite Treffen erfolglos, zu dem 160 Vertreter aus über 40 Gruppen erschienen waren. Es erklärten sich an den Runden Tischen wenige Gruppen dazu bereit, deren veralteten Strukturen mitzutragen. Im Dezember 1989 gab die FDJ ihre anvisierte Monopolstellung auf. Sie hatte mittlerweile eine verschwindend geringe Zahl an Mitgliedern. Das Festhalten am Glauben einer Reformierbarkeit des politischen Systems, anhaltende Spekulationen über die Veruntreuung von Geldern und Vorteilsnahmen führender Funktionäre in Immobiliengeschäften machten sie selbst für jene unglaubwürdig, die bis dahin solidarisch mit ihr gewesen waren. Im Januar 1990 verabschiedete der einstige Massenverband eine neue Satzung auf einem Kongress in Brandenburg, der ursprünglich als das XIII. Parlament gedacht war.³²³⁴ Demnach könne nun jeder, der denke, die Jugend solle „nicht von irgend jemand besessen oder vereinnahmt“ werden, dem „sozialistischen Jugendverband“³²³⁵ beitreten. Den Vorsitz der linken Jugendorganisation erhielt die Magdeburger FDJ-Funktionärin Birgit Schröder. Doch der Neubeginn scheiterte. Das politische Profil blieb weitgehend ungeklärt. Nach Wahlniederlagen, personellen Wechselln, Enteignungen durch die Treuhand und der Umbenennung in fdj³²³⁶ fiel der einstige Helfer der Partei in die absolute Bedeutungslosigkeit.³²³⁷ Zwar traten der fdj 20.000 neue Mitglieder bei,³²³⁸ Anfang der 1990er Jahre jedoch zählte sie höchstens noch 300.³²³⁹

3233 Vgl. Mählert, Ulrich/Gerd-Rüdiger Stephan 1996, S. 272; vgl. Walter, Michael 1997, S. 63 f.

3234 Vgl. ebd., S. 272 f.; vgl. Walter, Michael 1997, S. 64 f.

3235 Programm des Jugendverbandes Freie Deutsche Jugend vom Februar/März 1990, BArch, DA 1/19267, Bl. 1.

3236 Michael Walter meint, die FDJ habe sich im September 1990 in fdj umbenannt. Ulrich Mählert und Gerd-Rüdiger Stephan datieren die Umbenennung auf Januar 1990. Vgl. ders. 1997, S. 68; vgl. Mählert, Ulrich/Gerd-Rüdiger Stephan 1996, S. 273.

3237 Vgl. ebd., S. 64-68; vgl. Mählert, Ulrich/Gerd-Rüdiger Stephan 1996, S. 273 f.

3238 Vgl. Eckert, Rainer 1995, S. 1257.

3239 Vgl. Walter, Michael 1997, S. 68.

6.2 Konsequenzen

6.2.1 Einstellung zur FDJ

In den frühen 1980er Jahren gehörten von drei Millionen Jugendlichen zwischen 2,1 (1980) und 2,3 Millionen (1982) dem Jugendverband an. Nach Statistiken von Edeltraud Schulze lag der durchschnittliche Organisationsgrad, gemessen an der jugendlichen Bevölkerung von 1980 bis Mitte des Jahrzehnts, bei mindestens 64 Prozent. Auch das MfS ging von rund 65 Prozent aus. Diese Schätzung erscheint realistisch, denn Anfang des Jahres 1980 hatte der Verband seine Mitgliedskarteien „bereinigt“. Die 19- bis 21-Jährigen bildeten die größte Altersgruppe, gefolgt von den 17- bis 18-Jährigen und den 14- bis 16-Jährigen.³²⁴⁰ Die FDJ setzte sich Anfang der 1980er Jahre in etwa wie folgt zusammen: 800.000 Mitglieder (35 Prozent) waren Schüler, 500.000 (22 Prozent) befanden sich in der Lehrausbildung, 456.000 (19 Prozent) gehörten zur Gruppe der jüngeren Arbeiter, 200.000 (neun Prozent) studierten und weitere 200.000 arbeiteten als Handwerker, Angestellte, Lehrer und Landwirte.³²⁴¹ Dazu kamen 150.000 (sieben Prozent) Armee- und Polizeiangehörige. In der NVA erreichte die FDJ einen Organisationsgrad von 95 Prozent.³²⁴² Arnold Freiburg erklärt dazu: „Beim Eintritt in die Armee wird der FDJler der dortigen FDJ-Grundorganisation von der betrieblichen oder schulischen Organisation ‚übergeben‘.“³²⁴³

Die Mitglieder arbeiteten zusätzlich bei den Grenztruppen, der Volkspolizei, der Geheimpolizei, der Zollverwaltung oder in anderen sozialistischen Staaten und Dritte-Welt-Ländern als Monteure, Studenten oder Berufsausbilder. Insgesamt rekrutierte sich ein Drittel aus Hoch- und Fachschulen, der Armee, dem Bildungswesen und der Verwaltung. Nahezu je-

3240 Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 26, 184 u. 186 f.

3241 Das MfS kam auf eine ähnliche Zusammensetzung der Mitglieder: Schüler (40 Prozent), junge Arbeiter (23 Prozent), Lehrlinge (18 Prozent), Studenten (neun Prozent), Angestellte usw. (sieben Prozent) und Genossenschaftsbauern, Intelligenz, sowie sonstige Werktätige (drei Prozent). Vgl. Zur Lage unter der Jugend der DDR vom 20. Januar 1981, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 11191, pag. Bl. 79.

3242 Da es sich nur um Schätzungen handelt, beträgt das Ergebnis nicht exakt 100 Prozent. Vgl. Freiburg, Arnold 1981 (a), S. 363 f.; vgl. ders./Christa Mahrad 1984, S. 137 f.

3243 Ebd., S. 363.

der 14- bis 18-Jährige besaß das blaue Hemd.³²⁴⁴ Walter Jaide vermutete für das Jahr 1982 einen Organisationsgrad in der FDJ von etwa 80 Prozent,³²⁴⁵ eine Zahl, die Arnold Freiburg für das Jahr 1985 ansetzt.³²⁴⁶ Er meinte, 1982 waren rund 75 Prozent aller Jugendlichen in der FDJ organisiert.³²⁴⁷ Edeltraud Schulze recherchierte für dasselbe Jahr einen Organisationsgrad aller Jugendlichen von 63 Prozent.³²⁴⁸

Mitte der 1980er Jahre zeichnete sich ein Wandel im Mitgliederprofil ab. Die jungen Berufstätigen lösten die Schüler als größte Gruppe ab. Die meisten FDJler standen nun mit 919.000 Mitgliedern (rund 38 Prozent) im Berufsleben, 675.000 (29 Prozent) besuchten die achten bis zwölften Klassen in POS/EOS, 398.000 (17 Prozent) absolvierten eine Ausbildung, 208.000 (neun Prozent) gingen auf eine Hochschule und deutlich mehr als 100.000 (etwa sechs Prozent) leisteten den Grundwehrdienst bzw. verlängerte Dienstzeiten.³²⁴⁹ Der Verband konzentrierte sich in den 1980er Jahren zunehmend auf ältere Jugendliche.³²⁵⁰ Ab den 1970er Jahren hatte er mehr junge Berufstätige und Lehrlinge – in den 1960er Jahren in Kleinbetrieben kaum organisiert – durch die Erhöhung betrieblicher JB und der Einführung von FDJ-Aktiven an kommunalen Berufsschulen erfasst. Der Großteil der Lehrlinge war demzufolge betrieblich organisiert.³²⁵¹ Anfang der 1980er Jahre besannen sich die FDJ-Funktionäre mit den Gewerkschaftsleitungen in den Betrieben darauf, die Brigaden „als Zentren der kommunistischen Erziehung und als Schrittmacher im sozialistischen Wettbewerb zu fördern und zu entwickeln“³²⁵². Dabei ging der Wunsch,

3244 Vgl. ders./Christa Mahrad 1984, S. 138 u. 140.

3245 Vgl. Jaide, Walter 1982, S. 37.

3246 Vgl. Freiburg, Arnold 1988, S. 70.

3247 Vgl. ders./Christa Mahrad 1984, S. 137.

3248 Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 186.

3249 Vgl. Freiburg, Arnold 1988, S. 70.

3250 Peter Förster ermittelte 1987, ältere Schüler der POS wären zu 96 Prozent in der FDJ organisiert und ihre jeweiligen Anteile würden sich fast identisch auf die Klassenstufen acht bis zehn verteilen. Im Vergleich zu 1970 sei der Organisationsgrad um fünf Prozent gestiegen. Fast jeder EOS-Schüler gehörte seiner Meinung nach der FDJ an, ebenso 95 bis 98 Prozent aller Lehrlinge. Vgl. ders. 1987: Zur Rolle des Jugendverbandes bei der Schuljugend und den Lehrlingen. Ausgewählte Aspekte vom Oktober, Bl. 3.

3251 Vgl. Freiburg, Arnold 1981 (a), S. 363; vgl. ders. 1988, S. 71.

3252 Kaftan, Burkhard 1983: Ausgewählte Forschungsergebnisse der Untersuchung Die Rolle der Jugendbrigaden bei der Herausbildung der sozialistischen Persön-

einer JB anzugehören, oft von älteren Lehrlingen aus,³²⁵³ auch weil sie sich dadurch bessere berufliche Aufstiegschancen erhofften. Offizielle Zahlen sprechen 1983 von 41.600 JB.³²⁵⁴ Bis zum XI. Parteitag der SED 1986 sollten sie auf 45.000 anwachsen.³²⁵⁵ Das Ziel wurde zwar um 2.000 JB verfehlt, dafür gab es aber 1986 mindestens 2.300 Jugendforscherkollektive.³²⁵⁶

Insgesamt stieg der Organisationsgrad der jungen (Industrie-)Arbeiter von etwa 25 Prozent (1980) auf 30 Prozent (1984), bis er 1987 mit 46 Prozent kurzfristig an das Niveau aus den 1950er Jahren anknüpfte. Im Jahr 1953 war fast jedes zweite Mitglied ein junger Arbeiter.³²⁵⁷ Anfang der 1980er Jahre sprach das ZIJ von „noch erhebliche[n] Reserven“ bei der kommunistischen Erziehung der 21- bis 25-jährigen jungen Arbeiter. Zu viele gewählte Funktionäre verließen den Verband mit steigendem Alter. Durch das Ausscheiden dieser pflichtbewussten „jungen Genossen“³²⁵⁸ fehle es der FDJ an parteiloyalen Funktionären. Die Entscheidung, die Organisation zu verlassen, wurde neben persönlichen Motiven, wie der Familienplanung, besonders vom Verbandsleben beeinflusst. Mit Vorliebe traten jene FDJler aus, die wenig Engagement in den FDJ-Gruppen, beim „Studienjahr“ oder auf Mitgliederversammlungen zeigten.³²⁵⁹ Die Wissenschaftler rieten 1982 dazu, „sich tatsächlich auf jedes Mitglied zu orientieren, nicht nur jene immer neu zu aktivieren, die bereits aktiv sind“³²⁶⁰.

Im selben Jahr publizierte das Leipziger Institut Ergebnisse von Intervallstudien aus den späten 1970er Jahren. Die Forscher analysierten, die Mehrheit der älteren FDJler (21 bis 25 Jahre), die nur dem Jugendverband und nicht der SED angehörten, hätten laut Selbsteinschätzung keinen fes-

lichkeit junger Werktätiger. Material in Vorbereitung des Arbeiterjugendkongresses 1983 vom März, Bl. 2.

3253 Vgl. ders. u. a. 1984: Die Einflußnahme der staatlichen Leitung und der FDJ auf die Durchführung des Jugendgesetzes (Jugendgesetz-Studie) vom Mai, Bl. 33.

3254 Vgl. ND vom 18. Juni 1983, S. 3.

3255 Vgl. Aurich, Eberhard 1985, S. 44.

3256 Vgl. Honecker, Erich 1984: Die XII. Weltfestspiele werden dem Kampf um Frieden kräftige Impulse verleihen. Antworten auf Fragen des Korrespondenten der „Komsomolskaja Prawda“ am 21. Juli, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1986, S. 218.

3257 Vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 199.

3258 ZIJ (Hrsg.) 1982: Halbjahresbericht I/1982, Bl. 3.

3259 Vgl. ebd., Bl. 3-5.

3260 Ebd., Bl. 5.

teren sozialistischen „Klassenstandpunkt“ durch ihre Mitgliedschaft entwickelt,³²⁶¹ wenngleich die Jugend 1982 „in hohem Maße politisch organisiert [war], vor allem in der FDJ“³²⁶². Nach Einschätzung des ZIJ identifizierte sich die Mehrheit der 1,4 Millionen junger Arbeiter mit der sozialistischen Weltanschauung bzw. dem Marxismus-Leninismus, hielt eine deutsche Wiedervereinigung für illusorisch, betrachtete die Sowjetunion als sozialistisches Bruderland und sei bereit, die DDR (militärisch) zu schützen. Besonders sie allerdings täten sich schwer, den Marxismus-Leninismus „richtig“ zu verstehen.³²⁶³ Trotz dieses Defizits gehöre „die klassenmäßige Haltung gegenüber dem Imperialismus zu den am weitesten entwickelten ideologischen Grundpositionen der jungen Werktätigen“³²⁶⁴, so die Mitarbeiter des ZIJ weiter.

Im Verlauf der 1980er Jahre zeichneten sich bei den jungen Arbeitern mehr „negative“ Tendenzen im staatsreuen Bewusstsein und gegenüber der FDJ ab. Zwar gehörten Mitte des Jahrzehnts in den größeren Betrieben rund 90 Prozent von ihnen dem Verband an, viele jedoch verließen diesen häufig mit 22 Jahren. Obwohl ihm die meisten jungen Arbeiter – angeblich – aus politischer Überzeugung heraus angehörten, traten sie noch zeitiger aus als viele gewählte Funktionäre. Gefragt nach den Eintrittsmotiven, meinte 1985 nur ein geringer Teil, eine Mitgliedschaft sei eben gängige Praxis. Dennoch war rund die Hälfte der jungen Arbeiter automatisch über die Jungen Pioniere in die Jugendorganisation gelangt.³²⁶⁵

Wie nahmen die jungen Arbeiter die FDJ in den Betrieben wahr? Die Mehrheit der Jugendlichen äußerte 1985, die FDJ-Gruppe im Betrieb erwarte von ihnen regelmäßige Anwesenheit bei Mitgliederversammlungen und beim „Studienjahr“ sowie konstant gute Arbeitsleistungen. Persönli-

3261 Vgl. Förster, Peter 1982: Forschungsbericht Zentrale Intervallstudie Junge Arbeiter (ZIS) 1976, 1978, 1980. Die Haltung junger Werktätiger zur Freien Deutschen Jugend, Bl. 19.

3262 ZIJ (Hrsg.) 1982: Aufgaben, Erfahrungen und Ergebnisse bei der kommunistischen Erziehung der Arbeiterjugend auf hohem Niveau. Die Aneignung des Lebenssinns der Kommunisten durch die jungen Arbeiter. Komplexmaterial in Vorbereitung des Arbeiterjugendkongresses I Die Ausprägung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und des marxistischen Klassenstandpunktes junger Werktätiger vom Dezember, Bl. 5.

3263 Vgl. ebd., Bl. 4, 8 f. u. 38.

3264 Ebd., Bl. 9.

3265 Vgl. Förster, Peter u. a. 1985: Halbjahresbericht I/85 vom 15. Oktober, Bl. 4 u. 9 f.

ches Engagement werde vom Einzelnen kaum verlangt. In die Leitung der Kollektive würden es ohnehin meist nur die „bewußtesten und aktivsten Freunde“³²⁶⁶ schaffen. Von diesen ehrenamtlichen Funktionären wiesen fünf Prozent religiöse Überzeugungen auf. Bei den ehrenamtlichen Lehrlingen war es jeder Zehnte. Lehrlinge hielten sich bei der Wahl zu ehrenamtlichen Funktionen häufig zurück. Sie gehörten der FDJ oftmals weniger aus politischen Gründen an.³²⁶⁷ Eine Mitgliedschaft in den Kollektiven stellte demzufolge nicht zwingend einen Garanten für eine atheistische Einstellung dar, ebenso wenig wie eine atheistische Einstellung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung gleichkam.

Zwar akzeptierten etwa 15 Prozent der Studenten in der DDR die sozialistische Weltanschauung, zugleich aber lehnten sie deren atheistischen Kern ab. Jugendforscher Heinz Schauer eruierte 1983, ein Viertel bis ein Drittel der vom Atheismus Überzeugten würde die marxistisch-leninistische Weltanschauung nicht voll vertreten. Etwa jeder vierte Jugendliche und jeder sechste Student war sich unschlüssig über die eigene Weltanschauung. Unentschlossene Heranwachsende, ohne eigene Weltanschauung, neigten mit 60 bis 70 Prozent zur kirchlichen Glaubenslehre und nur 20 bis 30 Prozent zum von der SED geforderten Atheismus.³²⁶⁸ Schauer bemerkte: „Da die weltanschauliche Einflußnahme relativ frühzeitig (Vorschulerziehung, vor allem Elternhaus, Schule) einsetzt, mag es zunächst überraschend erscheinen, daß relativ viele Jugendliche existieren, die tatsächlich als weltanschaulich Unentschieden eingeschätzt werden müssen. Hier herrscht offenbar eine weltanschauliche ‚Grauzone‘.“³²⁶⁹ Der FDJ war es offensichtlich misslungen, die eigenen Mitglieder von der sozialistischen Weltanschauung im Sinne einer Abkehr von religiösen Glaubensbekenntnissen zu überzeugen. Das wiegt umso schwerer, da die Mehrheit der Jugendlichen 1984 offiziell den Marxismus-Leninismus vertrat und sich nur fünf bis zehn Prozent nicht mit der DDR verbunden fühlten.³²⁷⁰ Der Frage, welche Jugendgruppen sich besonders stark mit der SED-Ideo-

3266 Ebd., Bl. 5.

3267 Vgl. ebd., Bl. 5, 7 u. 9 f.

3268 Vgl. Schauer, Heinz 1983: Expertise. Probleme weltanschaulicher Einstellungen von Jugendlichen und Studenten vom November, Bl. 3 f., 5 u. 9 f.

3269 Ebd., Bl. 9.

3270 Vgl. ebd., Bl. 2; vgl. Friedrich, Walter u. a. 1984: Entwicklungsprozesse bei unserer Jugend. Information vom April, Bl. 3.

logie identifizierten, wurde in der Studie zum „Friedensaufgebot der FDJ“³²⁷¹ nachgegangen.

Der Umfrage des ZIJ mit etwa 3.200 Jugendlichen zufolge betrachtete die „überwiegende Mehrheit der Jugendlichen [...] die Weltanschauung der Arbeiterklasse, den Marxismus-Leninismus, als den einzig zuverlässigen Kompaß, um unsere Welt zu begreifen“³²⁷². Auf den ersten Blick schienen die Forschungsergebnisse die Erwartungen der Erziehungsfunktionäre zu erfüllen. Bei allen Jugendgruppen wurden 1983 Fortschritte bei der Ausprägung des sozialistischen Bewusstseins sichtbar, mit Ausnahme der Lehrlinge. Sie traten im Vergleich zu den Studenten und der Landjugend kritisch bei der Frage nach ihren marxistisch-leninistischen Überzeugungen auf. Die Forscher konstruierten einen Zusammenhang zwischen der marxistisch-leninistischen Überzeugung und dem Niveau der politischen Kenntnisse: je mehr Kenntnisse, desto ausgeprägter die Überzeugung. Insgesamt stimmten 1983 fast 40 Prozent der 3.200 Probanden vorbehaltlos zu, einzig die marxistisch-leninistische Weltanschauung biete gegenwärtig eine geistige Orientierung. Knapp die Hälfte antwortete mit Einschränkung, zwölf Prozent mit kaum und vier Prozent verneinten. Zu den Überzeugten gehörten berufstätige Jugendliche mit einer SED-Mitgliedschaft (64 Prozent), die Landjugend (54 Prozent) und Studenten (46 Prozent). Im starken Kontrast dazu äußerten sich die Nichtteilnehmer am „Studienjahr“ und junge Christen. Nur jeder zehnte Christ und nur ein Viertel der Nichtteilnehmer aus der Umfrage gehörte zur Gruppe der Überzeugten (siehe Abbildung 15).³²⁷³

Die „Studienjahre“ brachten insofern wenig Erfolg, als dass Teilnehmer wie Nichtteilnehmer aus der Studie von 1983 mehrheitlich mit 46 bzw. 44 Prozent angaben, die marxistisch-leninistische Weltanschauung unter Einschränkung als persönliche Orientierung zu nutzen. Auch die Berufstätigen

3271 Ironischerweise hatte sich der Jugendverband für sein Friedensaufgebot 1983 den amerikanischen Protestsong „We shall overcome, we shall live in peace“ ausgesucht. Vgl. Poßner, Wilfried 1995, S. 58.

3272 ZIJ (Hrsg.) 1983: Studie über das Friedensaufgebot der FDJ. Forschungsbericht vom Mai, Bl. 9.

3273 Das ZIJ befragte im Januar/Februar 1983 rund 3.200 Jugendliche zu deren Weltanschauung, darunter waren 700 junge Arbeiter, 700 Lehrlinge aus diversen Branchen, 450 Berufsschüler, 350 junge Menschen aus der Landwirtschaft und 1.000 Studenten. Von den Probanden aus über 30 Betrieben, fünf Ingenieur(hoch)schulen sowie der Universität Greifswald übte etwa die Hälfte eine Funktion im Jugendverband aus. Vgl. ebd., Bl. 5, 9, 13, 21, 30, 179 u. 191 f.

gen ohne SED-Mitgliedschaft äußerten zum Großteil nur bedingt ihre Überzeugung und fast ein Viertel der Lehrlinge, die weltanschaulich unentschlossen auftraten, konnten oder wollten darüber keine Entscheidung fällen. Die Wissenschaftler konstatierten „die oft festgestellte Tatsache, daß ein Teil der Jugendlichen keine eindeutig klare weltanschauliche Position besitzt“³²⁷⁴. Im November 1983 stellten sie fest, die Hälfte der arbeitenden Jugendlichen partizipierte am „Studienjahr“ und drei Viertel der Lehrlinge nahm an den „Zirkeln“ (unregelmäßig) teil.³²⁷⁵ Offiziell absolvierten mehr als 1,7 Millionen FDJler von 1981 bis 1983 das „Studienjahr“ in über 85.000 „Zirkeln jungen Sozialisten“.³²⁷⁶ Die meisten Lehrlinge taten das, weil sie ihre Mitgliedschaft dazu verpflichtete. Andere Mitglieder hatten keine Möglichkeit, den Unterricht zu besuchen, da dieser mancherorts nicht angeboten wurde.³²⁷⁷

Im April 1984 enthüllte ein Forschungsbericht, zwar würden rund die Hälfte aller jungen Berufstätigen und ein Drittel der Lehrlinge am „Studienjahr“ der FDJ teilnehmen, aber besonders schwer mobilisieren und politisch schulen ließen sich die Auszubildenden. Gemäß dem Bericht sei innerhalb der jungen Generation eine Lücke entstanden zwischen denen, die sich politisch engagierten, und denen, die sich gänzlich davon abwandten. Aus Sicht der Jugendforschung blieben gerade Heranwachsende, die es am „nötigsten“ gehabt hätten, von der politischen Arbeit der FDJ unberührt. Gewissermaßen politisch resistent verhielten sich 20 bis 30 Prozent aller jungen Christen. Ein Drittel von ihnen, darunter viele Lehrlinge, widersprach z. B. der Aussage, sie könnten sich in der DDR aktiv für den Frieden einsetzen.³²⁷⁸ Arnold Freiburg erklärte Mitte der 1980er Jahre, die ideologischen Schulungen der FDJ führten „zu Lippenbekenntnissen, zu Heuchelei, ‚Mehrsprachigkeit‘ je nach Gesprächspartner und zu zwischen Öffentlichkeit und Privatem ‚gespaltenem Bewußtsein‘“³²⁷⁹.

3274 Ebd., Bl. 16.

3275 Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1983: Zur Führung der massenpolitischen Arbeit durch die Freie Deutsche Jugend. Forschungsbericht vom November, Bl. III.

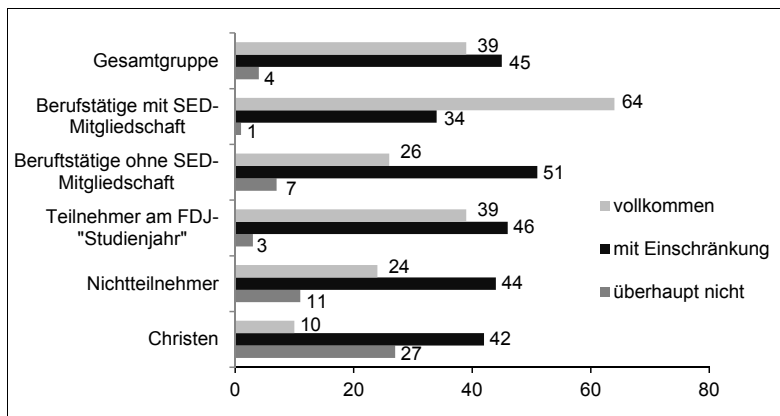
3276 Vgl. Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1985 (b), S. 125.

3277 ZIJ (Hrsg.) 1983: Zur Führung der massenpolitischen Arbeit durch die Freie Deutsche Jugend. Forschungsbericht vom November, Bl. 38, 40 u. 76.

3278 Vgl. Friedrich, Walter u. a. 1984: Entwicklungsprozesse bei unserer Jugend. Information vom April, Bl. 6-8.

3279 Freiburg, Arnold/Christa Mahrad 1984, S. 144.

Abbildung 15: Ausgewählte Reaktionen auf die Aussage: „Nur die marxistisch-leninistische Weltanschauung hilft mir, unsere Zeit richtig zu verstehen“ von 1983 (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Studie des ZIJ. Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1983: Studie über das Friedensaufgebot der FDJ. Forschungsbericht vom Mai, Bl. 13. Gesamtzahl: befragte Jugendliche N = 3.200. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurde in der Abbildung auf die Darstellung der Antwortmöglichkeit kaum sowie auf die Darstellung der einzelnen Reaktionen von Lehrlingen, Studenten und der Landjugend verzichtet.

Aus diesem Grund ordnete Christa Mahrad den größten Teil der Schüler (ab zwölf Jahren) ihrem politischen Verhalten nach in die Kategorie der „Mitmacher“³²⁸⁰ ein. Die meisten Jugendlichen benahmen sich politisch konform, selbst wenn sie innerlich distanziert bis kritisch zum System standen. Das betraf auch viele aktive FDJ-Funktionäre. Als Reaktion auf die erlernte Doppelmoral verschlimmerte sich das Desinteresse am „Studienjahr“ bzw. am politischen Bildungsauftrag der FDJ zusehends. Im Mai 1984 meinten von 3.600 jungen Berufstätigen 60 Prozent, sie würden dem „Studienjahr“ zwar beiwohnen, davon allerdings 40 Prozent ohne jegliche Begeisterung. Fast ein Drittel der Probanden mied das „Studienjahr“ und hatte nicht vor, das zu ändern. Zwar besuchten 1983/84 insgesamt zehn Prozent mehr junge Arbeiter als 1982/83 die „Zirkel“, dies jedoch

3280 Ebd., S. 158.

unregelmäßig.³²⁸¹ Drastischer demonstriert es die Schnellinformation des ZIJ vom März 1985. In einer Umfrage mit etwa 1.640 jungen Berufstätigen sagten von allen FDJ-Mitgliedern rund 60 Prozent der (jungen) Arbeiter aus der Landwirtschaft sowie 40 Prozent der Lehrlinge, sie würden dem „Studienjahr“ seit geraumer Zeit fernbleiben. Bei den Studenten traf das auf etwa 20 Prozent zu.³²⁸²

Es stellt sich die Frage, welche Faktoren die Teilnahme am „Studienjahr“ beeinflussten. Zum einen wirkte sich die Mitarbeit bei praktisch angelegten Organisationsformen im Betrieb begünstigend auf die Teilnahme aus. Jugendliche, die an der „Neuererbewegung“ mitwirkten, bei der sie Möglichkeiten bekamen, eigene Ideen praktisch umzusetzen und ihre Innovationen in den betrieblichen Alltag zu integrieren, besuchten häufiger das „Studienjahr“, wenn auch ohne große Freude.³²⁸³ Zum anderen hing die Anwesenheit maßgeblich von der jeweiligen FDJ-Gruppe ab. Wer sich in dieser wohlfühlte, hatte weniger Probleme mit den politischen Schulungen. Doch im Herbst 1984 sagten von 3.150 jungen Arbeitern knapp 60 Prozent, sie fühlten sich nur eingeschränkt in ihrer Gruppe wohl.³²⁸⁴

Während die politischen Pflichtveranstaltungen des Jugendverbandes auf Ablehnung stießen, konnten sich viele Jugendliche mit dessen ökonomischen Initiativen in ihrem Betrieb anfreunden. Der Großteil von etwa 620 befragten Mitgliedern aus 59 JB äußerte sich 1982 sehr positiv über die Aktion „Jeder jeden Tag mit guter Bilanz“ oder die „Neuererbewegung“. Weit mehr als die Hälfte der Befragten meinte, ihre Erwartungen an die JB, wie berufliche Entwicklungsmöglichkeiten, würden erfüllt. Drei

3281 Befragt wurden insgesamt 3.600 junge Werkkräfte, darunter 1.300 junge Arbeiter in Betrieben der Chemie, der Elektronik sowie des Bauwesens. Vgl. Förster, Peter 1984: Information über ausgewählte Ergebnisse der Studie Politische Organisiertheit der Jugend der DDR (1984) zu aktuellen Fragen der Tätigkeit des Jugendverbandes vom September, Bl. 3-5.

3282 Im Auftrag des ZR der FDJ wurden aus 17 Leipziger Betrieben 500 junge Berufstätige, 500 Lehrlinge und 500 Hochschul- sowie Fachschulstudenten befragt. Dazu kamen rund 190 junge Arbeiter aus der Landwirtschaft. Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1985: Operativstudie XII. Parlament der Freien Deutschen Jugend. Schnellinformation vom März, Bl. 2, 5 u. 70.

3283 Vgl. Pollmer, Käte 1985: Zu Fragen der Einbeziehung der Lehrlinge in die MMM-/Neuererbewegung. Forschungsbericht zur Komplexstudie vom April, Bl. 4 f. u. 27.

3284 Die Befragung erfolgte in 52 Betrieben. Selbst viele politisch loyale Jugendliche fühlten sich im FDJ-Kollektiv nur mit Einschränkung wohl. Vgl. Förster, Peter 1985: Die politische Organisiertheit der jungen Werkkräften vom Juli, Bl. 63 f.

Viertel der zu 90 Prozent in der FDJ organisierten Probanden vertraten die Meinung, FDJ-Arbeit gehöre zu den Anforderungen an eine JB. Die FDJ aber käme ihren Pflichten nicht genügend nach,³²⁸⁵ weshalb die Organisation ideologisch die wenigsten erreichte.³²⁸⁶ Diesen Umstand führte die Verbandsspitze häufig auf die Inkompetenz untergeordneter Leitungen zurück. Diese hätten sich in den Betrieben mehr um das Gruppenleben an der Basis zu kümmern und einen stärkeren Einfluss auf die Mitglieder zu nehmen.³²⁸⁷

In der Praxis kollidierte dieser Anspruch nicht selten mit den Gegebenheiten vor Ort. Gisela Thiele kam 1987 nach der Auswertung von Interviews mit 36 Jugendbrigadiers zu einem vernichtenden Resultat: In vielen Betrieben herrsche „beträchtliche Unzufriedenheit mit der FDJ-Arbeit“. In einem Drittel der Fälle verfügte die Brigade nicht über einen eigenen FDJ-Sekretär. Brigadiers erledigten die Aufträge der FDJ neben dem Tagesgeschäft. Die Organisation wurde weniger als Interessenvertretung oder gleichwertiger Partner, sondern als Störfaktor empfunden. Aus Sicht der jungen Arbeiter ignorierte sie deren alltägliche Probleme und hielt sie mit lästigen Versammlungen von der regulären Arbeit ab.³²⁸⁸ „Offensichtlich wird die FDJ heute noch mehr als gesellschaftliche Kraft bewertet, die zusätzliche Forderungen stellt[e] [,] ohne junge Leute in geeigneter Form zu motivieren für die berufliche und gesellschaftliche Arbeit“³²⁸⁹, so Thiele weiter.

Es bleibt die Frage nach den positiven Seiten des FDJ-Lebens. In der ersten Hälfte der 1980er Jahre befragte Günter Roski mehr als 1.100 ehemalige FDJler zu ihren Eindrücken, Erlebnissen und Erinnerungen während ihrer Zeit als Mitglied. Fast jeder Zweite äußerte sich nicht. Abge-

3285 Die 59 JB entstammten den Wirtschaftszeigen der Chemie, des Schwermaschinen- und Anlagenbaus sowie der Elektrotechnik/Elektronik. Vgl. Kaftan, Burkhard 1983: Ausgewählte Forschungsergebnisse der Untersuchung Die Rolle der Jugendbrigaden bei der Herausbildung der sozialistischen Persönlichkeit junger Werktätiger. Material in Vorbereitung des Arbeiterjugendkongresses 1983 vom März, Bl. 4 u. Bl. 7-9.

3286 Vgl. Jaide, Walter 1982, S. 33.

3287 Vgl. Mahrad, Christa 1986, S. 33.

3288 Die Jugendbrigadiers arbeiteten in verschiedenen Betrieben in Berlin, Leipzig bzw. Grimma und Weißenfels. Vgl. Thiele, Gisela 1987: Jugendbrigaden in der Praxis. Ergebnisse von Interviews mit Jugendbrigadieren vom November, Bl. 3 u. 11.

3289 Ebd., Bl. 12.

stuft nach der Nennungshäufigkeit, verknüpfte der übrige Teil schöne Erlebnisse mit Jugendfestivals, Freizeitveranstaltungen (Ausflüge/Fiern), der Jugendweihe und mit der feierlichen Aufnahmezeremonie in die FDJ. Die mit Abstand letzten Ränge bei den positiven Erinnerungen belegten Konferenzen, Schulungen und Arbeitseinsätze sowie das „Studienjahr“. Die politischen Veranstaltungen beurteilte die Mehrheit der Befragten als langweilige Pflichtübungen. Einige seien zwar in der Schulzeit gern ein aktives Mitglied gewesen, spätestens in der Ausbildung aber hätten sie das Interesse am Verbandsleben verloren. Es gab zu viel Bürokratie und Schönfärberei, dafür wenig Mitspracherecht.³²⁹⁰ Roski resümierte: „Bemerkenswerterweise führt jeder zweite Jugendliche, der sich auf unsere Frage äußerte, als besonderes Ereignis innerhalb seiner Mitgliedschaft der FDJ ein großes Verbandstreffen an.“³²⁹¹

Tatsächlich lobten Jugendliche in einer anderen Befragung 1984, das „Pfungstreffen der FDJ“ von 1982 wegen seiner weltoffenen Atmosphäre, der Rockmusik, der optimistischen Stimmung und der Friedensbekundungen.³²⁹² Selbst die distanzierten Lehrlinge und jungen Christen standen den Jugendfestivals der FDJ – vorgeblich – positiv gegenüber.³²⁹³ Zur ambivalenten politischen Bewusstseinslage unter Lehrlingen führte Walter Friedrich im Juli 1986 aus, über zwei Drittel der 400.000 Lehrlinge in der DDR würden sich mit der sozialistischen Gesellschaft identifizieren. Rund die Hälfte halte die marxistisch-leninistische Weltanschauung persönlich für bedeutsam und Friedenssicherung sei für 80 Prozent enorm wichtig.

3290 Der Leipziger Forscher wollte wissen, an welche Ereignisse und Erlebnisse die Probanden besonders gern dachten. Diese schrieben ihre Gedanken in Stichpunkten nieder. Vgl. Roski, Günter 1984: Jugendliche über ihre Mitgliedschaft in der Freien Deutschen Jugend. Besondere Ereignisse, Erlebnisse, Einflußfaktoren. Zusatzbericht zur Studie Politische Organisiertheit der Jugend in der DDR vom Oktober, Bl. 3 u. Bl. 5-13.

3291 Ebd., Bl. 6.

3292 Die wohl eher parteiloyalen Probanden fanden es z. B. gut, dass die Teilnehmer des Pfungstreffens Symbole der staatlichen Friedensbewegung und nicht die von Schwertern zu Pflugscharen getragen hatten. Kritik gab es für die monotonen Reden der Politiker und die straffe militärische Organisation. Vgl. Schreiber, Jochen 1983: Urteile Jugendlicher über die FDJ-Pfungstreffen 1982. Auswertung zweier offener Fragen aus der Studie zum Friedensaufgebot der FDJ vom April, Bl. 2 f. u. 5.

3293 Vgl. Förster, Peter 1984: Information über ausgewählte Ergebnisse der Studie Politische Organisiertheit der Jugend der DDR (1984) zu aktuellen Fragen der Tätigkeit des Jugendverbandes vom September, Bl. 3-5.

Laut Friedrich traten Widersprüche „insofern auf, als ein Teil der Lehrlinge auch sozialistischen Moralnormen wenig entsprechende Wertorientierungen“³²⁹⁴ vertrat. Von ihnen erstrebten 40 Prozent ein angenehmes Leben ohne große Anstrengungen, ein Drittel achtete auf persönliche Vorteilsnahme und ein Fünftel wies wenig Übereinstimmung mit den sozialistischen Wertvorstellungen auf. Zudem stieg der Anteil der religiös Überzeugten. Zwei Drittel der Lehrlinge schlossen eine Mitgliedschaft in der SED kategorisch aus, wenngleich sie deren Friedenspolitik zustimmten.³²⁹⁵ „Eine Folge dessen ist, daß zwar der überwiegende Teil den Marxismus-Leninismus als Kompaß für das eigene Leben betrachtet, ein nicht unerheblicher Teil andererseits nicht dieser Auffassung ist“³²⁹⁶, so Friedrich.

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre gewannen materielle Interessen und individuelle Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung für die junge Generation an Bedeutung. Die Jugendlichen beschäftigten andere Themen als zu Beginn des Jahrzehnts. Den ab Mitte der 1980er Jahre einsetzenden Reformprozess in der Sowjetunion verfolgten sie mit großem Interesse und viel Sympathie. Michail Gorbatschow genoss hohes Ansehen.³²⁹⁷ Seine Reden wurden laut Heinz Süße von der „politischen Öffentlichkeit bis ins letzte Dorf“³²⁹⁸ aufmerksam verfolgt. Viele junge Menschen befassten sich mit seinem Referat vom XI. Parteitag der SED im April 1986 und begrüßten seine Haltung über die weltweite Befreiung von Atomwaffen bis zum Jahr 2000. Kriegerische Auseinandersetzungen lehnte die überwältigende Mehrheit der Jugend ohnehin ab, während das von der politischen

3294 Friedrich, Walter 1986: Zur Tätigkeit der FDJ unter den Lehrlingen. Komplexmaterial in Vorbereitung der 5. Tagung des Zentralrates der FDJ, Bd. I, Die Ausprägung der Wertorientierungen und ideologischen Grundpositionen bei Lehrlingen vom Juli, Bl. 11.

3295 Vgl. ebd., Bl. 4, 6, 9-12, 21 u. 23.

3296 Ebd., Bl. 21.

3297 Vgl. Förster, Peter 1988: Entwicklungstendenzen der Verteidigungsbereitschaft und des Engagements in der vormilitärischen Ausbildung. Erste Ergebnisse einer Intervallstudie zu Problemen der vormilitärischen Ausbildung bei Lehrlingen. Schnellinformation vom September, Bl. 14.

3298 Süße, Heinz u. a. 1987: Jugend in kleinen und mittleren Dörfern. Forschungsbericht vom Dezember, Bl. 4.

Führung propagierte Freund-Feind-Denken stark an Zugkraft verlor.³²⁹⁹ Viele honorierten zwar Erich Honeckers Bemühungen um die Friedenssicherung, die politische und wirtschaftliche Situation in der DDR allerdings bewerteten sie kritisch. In der Folge erwarteten nicht wenige von ihrer FDJ-Gruppe neben attraktiven Freizeitmöglichkeiten eine Verbesserung der Wohnverhältnisse.³³⁰⁰

Aus Sicht der Jugendforschung erfüllte die FDJ 1986 ihre Rolle „als Interessenvertreter der gesamten Jugend in der politischen Organisation“, indem sie der Partei als „Helfer und Reserve“³³⁰¹ aktiv zur Seite stand. Aus Perspektive seiner Mitglieder jedoch sollte sich der Verband für Erleichterungen im alltäglichen Leben einsetzen, und das tat er nicht. Den Leipziger Forschern zufolge sahen 1987 schon 14- bis 16-Jährige „viele Merkmale der gesellschaftlichen Entwicklung sehr kritisch“³³⁰². Die Einstellung der Schüler wurde oftmals durch die Eltern beeinflusst. In vielen Familien fanden Gespräche über die Probleme des Alltags häufig und emotional statt. In der Folge führten viele Neunt- und Zehntklässler ärgerliche Erlebnisse im Alltag auf gesamtgesellschaftliche Mängel zurück. Nicht nur Leipziger Schüler verglichen ihre eigene Situation, über persönliche Kontakte von Besuchsreisenden oder über westdeutsches Fernsehen, mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik. Viele junge DDR-Bürger erkannten die größten Mängel des Sozialismus bei Versorgung, Politik, fehlender Reise- bzw. persönlicher Freiheit sowie im wirtschaftlichen Bereich.³³⁰³

3299 Fast die Hälfte von 3.300 Lehrlingen, Arbeitern und Studenten zwischen 16 und 30 Jahren gab an, sich näher mit der Rede befasst zu haben. Der Forderung, von deutschem Boden dürfe nie wieder Krieg ausgehen, stimmten 95 Prozent zu. Lediglich rund die Hälfte der Probanden, darunter fast 90 Prozent FDJler, schätzte Mitte der 1980er Jahre die Gefährlichkeit der Bundeswehr politisch „korrekt“ ein. Vgl. Förster, Peter u. a. 1986: Operativstudie Die Jugend und der XI. Parteitag der SED. Schnellinformation vom Juni, Bl. I-V u. 9.

3300 Vgl. ders. u. a. 1986: Information zum Entwicklungsstand des Denkens und Verhaltens unserer Jugend vor dem XI. Parteitag der SED vom März, Bl. 1, 4 u. 9.

3301 Krüger, Erhard/Manfred Zinssler 1988, S. 81 f.

3302 Befragt wurden fast 490 Schüler. ZIJ (Hrsg.) 1987: Vorzüge und Probleme der DDR unter der politischen Sicht von älteren Schülern, Bl. 6.

3303 Vgl. ebd., Bl. 1 u. 6 f.

Spätestens 1987 konstatierten die Jugendforscher allgemeine „regressive Tendenzen“³³⁰⁴ bei der politisch-ideologischen Bewusstseinsbildung der Jugendlichen, insbesondere bei 14- bis 18-Jährigen und Lehrlingen. Im Vergleich zu den 1970er Jahren bekannten sich weniger Heranwachsende zu den Zielen des Sozialismus. Ihre Identifikation mit der DDR sank und der Glaube an den globalen Sieg des Sozialismus ließ stark nach. Die zu Beginn des Jahrzehnts positive politische Grundeinstellung erklärten die Leipziger Forscher mit der existenziellen Bedrohung durch die Stationierung von Mittelstreckenraketen und den Friedensbemühungen der Regierung. Beflügelt vom Optimismus und den pazifistischen Massenbewegungen in Westeuropa und anderen sozialistischen Ländern, engagierten sich viele Jugendliche zunächst aktiv für die Friedenspolitik. Dieser Trend lief um das Jahr 1983 herum sukzessive aus.³³⁰⁵

Es waren vor allem Schüler und Lehrlinge, die zunehmend Diskrepanzen feststellten, zwischen dem, was Schule und Medien suggerierten, und dem wahren Leben im Sozialismus, geprägt von Mangelerscheinungen und politischer Doppelmoral. Jugendliche der 1980er Jahre empfanden die soziale Sicherheit und das – verglichen mit anderen Ostblockstaaten – relativ hohe Lebensniveau als selbstverständlich. In der Folge mehrte sich die Kritik an der Politik von SED und FDJ, davon ausgenommen deren Friedensbemühungen.³³⁰⁶ Diese Entwicklung beschränkte sich keineswegs auf die junge Generation. Gemäß Walter Friedrich erfolgte im Verlauf der 1980er Jahre in allen Schichten der Bevölkerung eine „zeitgeschichtliche[...] Umwertungsströmung“³³⁰⁷. Bestärkt durch die innenpolitischen Prozesse in anderen sozialistischen Staaten, verlor die Sowjetunion ihre Bedeutung als historisches Vorbild. Gleichzeitig wog die ostdeutsche Gesellschaft über westliche Medien und Reisen in die Bundesrepublik die eigenen Lebensbedingungen weiterhin mit denen des Westens ab. Dabei beeindruckte laut Friedrich das „Neue, Attraktive, Exotische“³³⁰⁸ gerade junge Menschen. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit „kapitalistischer“

3304 Friedrich, Walter u. a. 1987: Persönlichkeitsentwicklung im frühen Jugendalter. Eine Problemskizze zum Entwicklungsstand von 14- bis 18-jährigen Schülern und Lehrlingen Mitte der 1980er Jahre vom 30. Oktober, Bl. 7.

3305 Vgl. ebd., Bl. 7 f.; vgl. Förster, Peter 1991 (a), S. 138.

3306 Vgl. ebd., Bl. 8 f.

3307 Ders. 1988: Expertise zur Lage der Jugend 1988 vom Juni, Bl. 12.

3308 Ebd., Bl. 13.

Länder schätzten sie viel höher ein.³³⁰⁹ Die DDR konnte lediglich mit ihrer Sozial- und Friedenspolitik ernsthaft mit Westdeutschland konkurrieren.³³¹⁰

Ab dem Sommer 1988 wiesen alle Schichten der Jugend Distanz und geringes Engagement gegenüber der FDJ auf, selbst Studenten, die nach Walter Friedrich „lange Zeit davon weniger berührt zu sein“³³¹¹ schienen. Das Verhältnis zum Jugendverband prägte Passivität. Aus Sicht seiner Mitglieder diktierte dieser zu viel, kümmerte sich nicht ausreichend um die wirklichen Interessen und arbeitete mit veralteten Methoden. Die Ansprüche an ihn blieben unerfüllt. Viele Mitglieder blieben aus Angst vor negativen Konsequenzen und/oder aus Gewohnheit organisiert, während zunehmend mehr junge Arbeiter in weniger qualifizierten Berufen von ihrem Austrittsrecht Gebrauch machten. Die Mitgliedszahlen sanken von mehr als 2,3 Millionen (Dezember 1985) auf 2,1 Millionen (1987/88). Obwohl der Mitgliederbestand an Studenten und Industriearbeitern weitgehend konstant blieb und sich 1987 kurzfristig erhöhte, ging auch dieser Umstand mehr mit dem politischen Druck als mit persönlichen Überzeugungen einher.³³¹²

Im Oktober 1987 benannten die Leipziger Wissenschaftler die größten Probleme der Jugendpolitik: Den Heranwachsenden würden einerseits viel zu viele Vorschriften gemacht, andererseits fühlten sie sich nicht selten unterfordert. Entscheidende Prozesse erfolgten ohne ihre Einbeziehung, ihre Meinung werde ignoriert, sie bekämen weder Verantwortung übertragen noch auf konkrete Fragen eine Antwort. Die Anfang der 1980er Jahre unter Jugendlichen oftmals diskutierten Fragen über Krieg und Frieden wurden in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre von Debatten über innenpolitische Probleme abgelöst. Das betraf hauptsächlich die Mängel bei der Versorgungslage und dem Wohnraum, Reiseerleichterungen und die anhalten-

3309 Vgl. ebd., Bl. 5 f. u. Bl. 9-14; vgl. ZIJ (Hrsg.) 1988: Politisch-historische Einstellungen der Jugendlichen 1988 (Erstinformation) vom Dezember, Bl. 34.

3310 In einer Untersuchung vom Mai 1987 nannten 86 Prozent von fast 400 befragten Lehrlingen die soziale Sicherheit in der DDR als Vorzug gegenüber der Bundesrepublik. Vgl. Dennhardt, Rudolf/Günter Lange 1988: Information über ausgewählte Ergebnisse der Pilotstudie zur Untersuchung Das Geschichtsbewußtsein der Jugendlichen der DDR in der 2. Hälfte der 1980er Jahre vom März, Bl. 3 u. 54.

3311 Friedrich, Walter 1988: Expertise zur Lage der Jugend 1988 vom Juni, Bl. 3.

3312 Vgl. ebd., Bl. 2-4; vgl. Mahrad, Christa 1986, S. 22; vgl. Zilch, Dorle 1992, S. 62; vgl. Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995, S. 184, 199 u. 201.

de Umweltzerstörung.³³¹³ Selbst Jugendliche mit einer hohen Verbundenheit zur DDR urteilten 1988 kritisch über Umweltschutz und Lebensstandard. Die meisten Abstriche bei der Frage, ob sie gern in der DDR lebten, machten insgesamt junge Männer, weltanschauliche Unentschlossene, Religiöse und Schüler.³³¹⁴

Unter einigen Schülern war der Gedanke einer deutschen Wiedervereinigung nicht mehr abwegig.³³¹⁵ Manche von ihnen erklärten inzwischen Ost- und Westdeutschland zu ihrem Vaterland.³³¹⁶ Der Großteil der Schülerschaft interessierte sich mehr für die politische Entwicklung in der Bundesrepublik als für die innenpolitische Situation in der DDR oder anderer sozialistischer Staaten, mit Ausnahme der Sowjetunion.³³¹⁷ Bereits Siebentklässler äußerten wenig Bereitschaft, später für die FDJ aktiv zu werden, wenngleich sich viele mit ihrer Aufnahme sehr gern vom Dasein als Pionier verabschiedeten.³³¹⁸ Zwar zeigten junge Schüler mit FDJ-Funktion im Vergleich zu Mitgliedern ohne Funktion 1988 immer noch mehr Inter-

3313 Vgl. Friedrich, Walter u. a. 1987: Persönlichkeitsentwicklung im frühen Jugendalter. Eine Problemskizze zum Entwicklungsstand von 14- bis 18-jährigen Schülern und Lehrlingen Mitte der 1980er Jahre vom 30. Oktober, Bl. 8-10; vgl. Thiele, Gisela 1987: Jugendbrigaden in der Praxis. Ergebnisse von Interviews mit Jugendbrigadiern vom November, Bl. 13; vgl. Kasek, Leonhard u. a. 1989: Zur Arbeit der FDJ unter Lehrlingen. Forschungsergebnisse und Erfahrungen vom September, Bl. 35 f.; vgl. Geißler, Gert 2011, S. 927.

3314 Das ZIJ untersuchte vom Mai bis Juni 1988 die Einstellung von 1.900 Jugendlichen zu ihrer Identität. Vgl. Lange, Günther 1989: Das staatsbürgerliche Bewußtsein der Jugendlichen vom März, Bl. 2, 9 u. 62.

3315 Anfang Dezember 1987 glaubten 33 von 488 Leipziger Schülern (15 bis 16 Jahre), es käme zu einer deutschen Wiedervereinigung. Vgl. Müller, Harry 1988: Zum individuellen und globalen Problemerkleben von Schülern aus 9. und 10. Klassen unter aktueller Sicht vom Februar, Bl. 2 u. 12.

3316 Von 486 befragten Leipziger Neunt- und Zehntklässlern nannten Anfang 1989 auf die Frage nach ihrem Vaterland 50 Prozent die DDR, 36 Prozent DDR und Bundesrepublik, zwölf Prozent waren sich nicht sicher und jeweils ein Prozent nannte kein Land bzw. nur die Bundesrepublik. Vgl. ders. 1989: Zur staatsbürgerlichen Identität und ihren Merkmalen im Bewußtsein Jugendlicher vom April, Bl. 4. Das ZIJ befragte die Schüler ohne großes Aufsehen, da Untersuchungen im Bildungsbetrieb ab den 1970er Jahren der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften oblagen. Vgl. Stephan, Gerd-Rüdiger 1995, S. 723 u. 731.

3317 In der Studie wurden im Januar 1989 etwa 760 Leipziger Schüler von der achten bis zur zehnten Klasse befragt. Vgl. Schubarth, Wilfried 1989: Aspekte des staatsbürgerlichen Bewußtseins älterer Schüler vom Mai, Bl. 2-4 u. 8.

3318 Vgl. Giessmann, Barbara 1990, S. 97.

esse an Mitgliederversammlungen, dennoch schwand auch dieses mit dem Übergang zur neunten Klasse.³³¹⁹

Die meisten FDJler besuchten die politischen Veranstaltungen ohne großen Eifer, da Bevormundung und Lethargie das Verbandsleben bestimmten. In Betrieben blieben die Wünsche von Lehrlingen nach wie vor unerhört, in den FDJ-Gruppen Gespräche über wichtige innenpolitische Probleme zu führen. Sie erwarteten von der Massenorganisation weiterhin neben einer vielseitigen Freizeitgestaltung, Verbesserungen im Arbeitsleben und die Beantwortung aktueller politischer Fragen. Lediglich ein geringer Teil von ihnen sah seine Interessen vertreten.³³²⁰ Die FDJ büßte unaufhörlich an Glaubwürdigkeit ein. Obwohl die Mehrheit der Schüler und Lehrlinge 1987 dem ZIJ zufolge politisch-ideologische Grundpositionen des Sozialismus aufwies,³³²¹ nahm die Identifikation mit dem politischen System drastisch ab.³³²² Arnold Freiburg definierte das Verhältnis von etwa drei Viertel der Mitglieder zur FDJ 1988 als Gleichgültigkeit. Das bedeutete „Anpassung statt Überzeugung, Übersättigung statt Bedürfnis, Überdruß statt Begeisterung“³³²³. Jugendforscher Rudolf Dennhardt warnte im Frühjahr 1989: „Es ist ein dringendes Erfordernis, grundsätzlich über Ziel, Inhalt und Formen der Verbandsarbeit nachzudenken, nachzudenken gemeinsam mit den Jugendlichen.“³³²⁴

3319 Befragt wurden im Frühjahr 1987 etwa 1.400 Schüler in rund 70 achten Klassen, wohnhaft in Karl-Marx-Stadt und Leipzig. Vgl. Eißner, Gerhard u. a. 1988: Entwicklungstendenzen ideologischer Haltungen und der Aktivität in der FDJ. Erste Ergebnisse einer Intervallstudie bei Schülern 8. und 9. Klassen. Schnellinformation vom November, Bl. 3 u. 27.

3320 Vgl. Friedrich, Walter u. a. 1987: Persönlichkeitsentwicklung im frühen Jugendalter. Eine Problemskizze zum Entwicklungsstand von 14- bis 18-jährigen Schülern und Lehrlingen Mitte der 1980er Jahre vom 30. Oktober, Bl. 14-17; vgl. Giessmann, Barbara 1992, S. 93 f.

3321 Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1987: Zur politisch-ideologischen Bewußtseinsentwicklung bei älteren Schülern und Lehrlingen. Expertise vom November, Bl. 3.

3322 Vgl. Friedrich, Walter 1987: Zum Entwicklungsstand und zu Entwicklungsproblemen unserer Jugend 1987: Forschungsergebnisse, Beobachtungen, Überlegungen in zehn Thesen, Bl. 5 u. Tabelle 6 (o. Bl.); vgl. Dennhardt, Rudolf 1988: Einige Gedanken zur Arbeit des Jugendverbandes vom Juli, Bl. 1-5; vgl. Förster, Peter 1988: Zu einigen aktuellen Fragen der Tätigkeit der FDJ vom Juli, Bl. 1 f.

3323 Freiburg, Arnold 1988, S. 80.

3324 Dennhardt, Rudolf 1989: Soziale Erfahrungen Jugendlicher vom März, Bl. 40.

Das ZIJ und die Akademie der Gesellschaftswissenschaften hatten im September 1988 vor dem Trend unter jungen Berufstätigen gewarnt, sich weiter vom Verband ideologisch zu lösen respektive vor einer anhaltenden Dauer der Mitgliedschaft ohne Engagement. Wenn die FDJ die Erwartungen der Heranwachsenden weiter ignoriere, würden sich mehr Jugendliche „informellen Gruppen“ oder kirchlichen Kreisen zuwenden, ihre Erfolge im Negativen suchen, wie teilweise bei Skinheads der Fall, oder die Bereitschaft zur Ausbürgerung steige.³³²⁵ Die Wissenschaftler mahnten, eine „konsequente Hinwendung in der FDJ zur FDJ-Gruppe, zum einzelnen Mitglied, seinen Bedürfnissen und Interessen, seinen Erwartungen, Neigungen und konkreten Fragen [sei] dringend notwendig“³³²⁶. Doch längst traten die wenigsten Jugendlichen der FDJ aus politischen Gründen bei. Anfang der 1990er Jahre meinten bei einer Umfrage fast 80 Prozent, sie seien nur Mitglied geworden, weil es für die schulische und berufliche Entwicklung notwendig erschien, und jeweils 60 Prozent, weil fast alle in der FDJ waren bzw. sie keinen Ärger wollten.³³²⁷

Barbara Giessmann erklärt: „Die Aufnahme in die FDJ erfolgte zu Beginn des achten Schuljahres. Sie wurde zwar in festlicher Form durchgeführt, war über die Jahre hin stark formalisiert und ritualisiert worden und stellte für sehr viele Schüler einen Automatismus dar. In der achten Klasse wurde man eben auch FDJler.“³³²⁸ Nicht nur aus diesem Grund plädierten die Forscher des Zentralinstituts Ende 1989 dafür, der Jugend eine annehmbare politische Alternative anzubieten. Das künftige politische System müsse den Heranwachsenden die Chance geben, in einer Jugendorganisation oder einer Partei eine (neue) politische Heimat zu finden.³³²⁹ Harry Müller kündigte an, der Negativtrend gegenüber der FDJ setze sich

3325 Die Untersuchung erfolgte Ende 1987 mit mehr als 1.900 jungen Berufstätigen aus 53 Betrieben. Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1988: Forschungsbericht zur gemeinsamen Untersuchung zum Thema Die FDJ – Interessenvertreter der gesamten Jugend vom September, Bl. I-V, VII u. 2.

3326 Ebd., Bl. V.

3327 Die Gesamtzahl der Probanden, von denen 85 Prozent in der FDJ waren, bleibt unerwähnt. Vgl. Zilch, Dorle 1992, S. 62 f.

3328 Giessmann, Barbara 1990, S. 94.

3329 Vgl. Bertram, Barbara u. a. 1989: Problempapier Die Jugend braucht eine neue Perspektive vom November, Bl. 1 u. 4.

fort, wenn es in Schulen ähnlich wie an Hochschulen³³³⁰ und in Betrieben zu Auflösungserscheinungen käme.³³³¹ Walter Friedrich fand deutliche Worte, die Egon Krenz im November 1989 erreichten: „Wäre der Austritt aus der FDJ folgenlos, würden die Jugendlichen heute gewiß massenhaft den Jugendverband verlassen.“³³³²

Einen Monat später fragte das ZIJ in Zusammenarbeit mit dem Institut für Marktforschung Leipzig im Dezember 1989 rund 1.600 ostdeutsche Bürger im Alter von 18 bis über 65 Jahre nach ihrer Meinung zu den politischen Ereignissen. Während der Großteil der Befragten einer Reformierung des Sozialismus in der DDR zustimmte – das schloss keinesfalls eine deutsche Einheit aus –, erzeugte besonders die Frage Unsicherheit, ob sie sich vorstellten könnten, künftig (wieder) einer Jugendorganisation anzugehören. Ein Drittel der Befragten lehnte das entschieden ab. Ein Viertel stand dieser Vorstellung aufgeschlossen gegenüber, darunter ehemalige FDJler und Nichtmitglieder gleichermaßen sowie mehr Studenten als Schüler und Lehrlinge. Der übrige Teil verhielt sich unentschlossen.³³³³

Vermutlich überwog am Ende – trotz schöner Erinnerungen an Festivals, Ausflüge und Fahrten – die Skepsis beim Gedanken an eine Massenorganisation, die ganze Generationen politisch vereinnahmen wollte. In den 1980er Jahren sollte das vor allem mit einer unübertroffenen Anzahl an nationalen Jugendbegegnungen, Aufmärschen, Freundschaftstreffen, Fackelzügen und Kampf demonstrationen geschehen.³³³⁴ Denn Jugendverband und Einheitspartei versprachen sich insbesondere im Freizeitbereich

3330 So sprachen sich Studenten der Berliner Humboldt-Universität (Sektion Romanistik) im Oktober 1989 gegen eine FDJ-Gruppenleitung aus. Sie wollten sich von einem Seminarsprecher ehrlich vertreten wissen. Vgl. IM-Bericht zu Auffassungen und Diskussionen unter Studenten der Humboldt-Universität zum Vorhaben der Auflösung der FDJ-Grundorganisationen in den verschiedenen Sektionen vom 27. Oktober 1989, in: BStU, MfS, HA II, Nr. 28422, pag. Bl. 18.

3331 Vgl. Müller, Harry 1989: Zu Veränderungen im Identitätserleben von Schülern aus 9. und 10. Klassen nach Einleitung politischer Reformierungsprozesse im Oktober 1989 unter besonderer Berücksichtigung der DDR-Identität vom November, Bl. 6.

3332 Friedrich, Walter 1988: „Einige Reflexionen über geistig-kulturelle Prozesse in der DDR“. Expertise des Direktors des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig, Walter Friedrich, für Egon Krenz vom 21. November, in: Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.) 1994, S. 45.

3333 Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1989: Ergebnisse der DDR-repräsentativen Meinungsumfrage M1. Kurzbericht vom Dezember, Bl. 3, 6 f., 9, 13 f., 42 f. u. 67.

3334 Vgl. Dennhardt, Rudolf 1991, S. 32.

mit der Übernahme von westlichen Kulturmustern (Rockfestivals, Diskotheken, TV-Jugendsendungen usw.) einen Mobilisierungseffekt.³³³⁵ Mitte der 1980er Jahre starteten jugendspezifische Fernsehsendungen in größeren Abständen, zusätzlich zur Rockmusiksendung „Stop! Rock“ strahlte „Elf 99“ ab September 1989 westliche Videoclips aus.³³³⁶ In den 1980er Jahren wurden amerikanische (Musik-)Filme in den Kinos gezeigt und einige internationale Künstler durften in der DDR spielen. Während viele FDJler ihren Verband nur als kulturellen Dienstleister wahrnahmen,³³³⁷ bemerkte das MfS, zunehmend mehr Musiker kopierten westliche Vorbilder der Neuen Deutschen Welle.³³³⁸

6.2.2 Privater Raum und Freizeitgestaltung

Im Verlauf der 1980er Jahre stieg für die Bevölkerung die Bedeutung der Freizeit. Infratest stellte Mitte des Jahrzehnts anhand von Stellvertreterumfragen fest: Für viele Menschen war Freizeit inzwischen wichtiger geworden als berufliche Aufstiegschancen. Bei den 14- bis 29-Jährigen besaßen eine gute Partnerschaft/Ehe, der Zusammenhalt in der Familie, ein schönes Zuhause und viel Freizeit eine höhere Relevanz als politischer oder religiöser Aktivismus bzw. der Einsatz für die Gemeinschaft.³³³⁹ Die Jugendforschung sprach Ende der 1980er Jahre von einem „beachtliche[n] Niveau in den kulturellen Aktivitäten junger DDR-Bürger“³³⁴⁰. Jugendliche gingen jährlich rund 40-mal zu Tanzveranstaltungen, 20-mal ins Kino, 15-mal in Bibliotheken und jeweils viermal in Theater, Museen oder Kunstgalerien. Sie betrieben pro Jahr 30-mal Sport, hörten täglich drei Stunden

3335 Vgl. Lindner, Bernd 1994, S. 92.

3336 Vgl. ders. 2006, S. 108; vgl. Zentralrat der FDJ: Entwicklungstendenzen der DDR-Rockmusik und Vorschläge für ihre weitere Förderung vom Mai 1987, in: BStU, MfS, HA II/6, Nr. 178, pag. Bl. 18; vgl. Menzel, Rebecca 2004, S. 152.

3337 Vgl. Fischer, Bernd-Rainer 1995, S. 864.

3338 Vgl. Arbeitsmaterial zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personengruppen in der DDR vom 3. August 1983, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 93.

3339 Vgl. Holtmann, Everhard/Anne Köhler 2015, S. 183.

3340 Wiedemann, Dieter 1989, S. 80.

Musik,³³⁴¹ sahen 1,5 Stunden fern und lasen am Tag durchschnittlich eine halbe Stunde.³³⁴²

In ihrem Freizeitleben unterschieden sie sich kaum von ihren westdeutschen Altersgenossen, wenngleich ostdeutsche Jugendliche (gezwungenermaßen) öfter gesellschaftlich tätig waren und mehr Interesse am Lesen, an Vorträgen oder an Fortbildungen zeigten.³³⁴³ Doch in der DDR hatten nicht alle jungen Menschen die gleichen Voraussetzungen für eine kulturelle Freizeitgestaltung. Vor allem in Neubaugebieten und auf dem Land fehlte es nicht selten an genügend Raumkapazitäten für Treffpunkte.³³⁴⁴ Zudem mangelte es vielerorts an originellen Angeboten.³³⁴⁵ Sport-, Kleingärtner- und Kleintierzuchtvereine oder die Freiwillige Feuerwehr brachten nicht die gewünschte Abwechslung in den tristen Dorfalltag.³³⁴⁶ Jeder zweite von rund 960 befragten Jugendlichen auf dem Land beklagte 1987, mit seinen Freizeitbedingungen unzufrieden zu sein, fast jeder vierte sehr.³³⁴⁷ Die Landjugend wollte ihre freie Zeit hauptsächlich mit Gleichaltrigen/Gleichgesinnten verbringen, Musik hören, Sport treiben sowie Diskotheken und Kinos besuchen.³³⁴⁸ Damit deckten sich ihre Freizeitin-

3341 Es handelt sich um Schätzwerte. Der Zeitaufwand für das Musikhören könnte durchaus höhergelegen haben, da diese Freizeitbeschäftigung oftmals zeitgleich mit anderen Tätigkeiten praktiziert wurde. Vgl. Grunenberg, Antonia 1986, S. 10.

3342 Vgl. Wiedemann, Dieter 1989, S. 80.

3343 Vgl. Rausch, Heinz u. a. 1988, S. 112-114.

3344 Vgl. Arbeitsmaterial zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personengruppen in der DDR vom 3. August 1983, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 94.

3345 Die Untersuchung „Jugend im Dorf“ erfolgte im April 1984 mit mehr als 1.000 Jugendlichen aus den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Neubrandenburg. Vgl. Süße, Heinz 1987: Jugend im Dorf. Forschungsbericht vom Juni, Bl. 4, 6 u. 109.

3346 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1988, S. 42 f.

3347 Die Untersuchung erfolgte von Februar bis März 1987 in den Bezirken Gera (Kreise Rudolstadt und Schleiz), Neubrandenburg (Kreise Anklam und Altenreupow) und Potsdam (Kreise Neuruppin, Königswusterhausen und Jüterbog). In jedem Kreis wurden fünf bis 13 Dörfer erfasst. Vgl. Süße, Heinz u. a. 1987: Jugend in kleinen und mittleren Dörfern. Forschungsbericht vom Dezember, Bl. 3, 8, 132, 137 u. 175.

3348 Vgl. ders. u. a. 1987: Expertise zur Landjugendentwicklung in Vorbereitung des XIII. Bauernkongresses der DDR vom Januar, Bl. 53 u. 57.

teressen mit denen ihrer Altersgenossen in den Klein- und Großstädten.³³⁴⁹

Junge Arbeiter erhofften sich von ihrem Freizeitleben vor allem Geselligkeit und Spaß im Freundeskreis und körperliche Erholung. Sie hörten am liebsten Musik, besuchten Diskotheken und reisten, wohingegen die vom Staat geforderten Freizeitbeschäftigungen, wie gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten oder politische Weiterbildungen, weniger Anklang fanden.³³⁵⁰ Laut Peter Voß brachten besonders jene wenig Interesse für gesellschaftliches Engagement bzw. Politik in der Freizeit auf, die meinten, in der Freizeit solle jeder tun können, was er wolle.³³⁵¹ Spätestens 1982 schien sich der Großteil der Jugend darüber einig zu sein.³³⁵² Während junge Arbeiter unter der Woche passive Aktivitäten, wie Lesen, Fernsehen oder Musikhören, präferierten, nutzten sie ihre Zeit an den Wochenenden oder im Urlaub vorwiegend zum Tanzen, Treffen mit Freunden, Wandern, Schwimmen oder Reisen.³³⁵³

In den 1980er Jahren verstärkte sich das Bedürfnis unter allen Jugendgruppen, den Urlaub im Ausland zu verbringen.³³⁵⁴ Vermutlich auch deshalb, weil in den Ferienlagern der DDR die kommunistische Erziehung die oberste Priorität besaß und der Spaß beim Fahnenappell usw. in manchen Fällen auf der Strecke blieb.³³⁵⁵ Rund 1,3 Millionen Heranwachsende reisten Ende der 1980er Jahre im Inland mit „Jugendtourist“.³³⁵⁶ Zwischen 365.000 und 395.000 junge Menschen reisten in das sozialistische Aus-

3349 Vgl. Voß, Peter 1984, S. 175 f.

3350 Die Studie wurde 1984 konzipiert und vier Jahre später realisiert. Der Forschungsbericht erschien Anfang 1989. Vgl. Wiedemann, Dieter 1998, S. 125 f.

3351 Vgl. Voß, Peter 1984, S. 179.

3352 Vgl. Tinschert, Ulrich/Konrad Weller 1982: Expertise. Die kulturellen Aktivitäten der FDJ vom Mai, Bl. 1.

3353 Vgl. Wiedemann, Dieter 1998, S. 126.

3354 Forscher des ZIJ werteten Fragebögen von 3.670 Jugendlichen aus. Die Erhebung erfolgte von November 1983 bis Juli 1984. Vgl. Voß, Peter/Ralf Kuhnke 1985: Der Beitrag der Jugendtouristik zur kommunistischen Erziehung der Jugend. Forschungsbericht vom Februar, Bl. 10 u. 28.

3355 Vgl. Direktive des XI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990. Beschluß des XI. Parteitages vom 20. April 1986, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1989, S. 145.

3356 Vgl. Winkler, Gunnar 1990, S. 249.

land, meist in die UdSSR.³³⁵⁷ Am häufigsten verreisten Studenten ins Ausland, am wenigsten Lehrlinge. Wenngleich alle Jugendlichen spontane bzw. selbst gestaltete Reisen in kleinen Gruppen bevorzugten, mussten sie oftmals auf organisierte Gruppenreisen von „Jugendtourist“ zurückgreifen, wenn sie bestimmte Urlaubsziele erreichen wollten.³³⁵⁸ Die meisten jungen Menschen erwarteten von „Jugendtourist“ Erholung, Unterhaltung und interessante Programme, denen das FDJ-eigene Reisebüro durchaus gerecht wurde.³³⁵⁹ Für viele blieb es jedoch ein Traum, Österreich, Frankreich oder die Bundesrepublik zu besuchen,³³⁶⁰ trotz des 1982 erweiterten deutsch-deutschen Jugendaustausches.³³⁶¹

Ende der 1980er Jahre durften etwa 26.800 Schüler, Jugendliche und Studenten aus Westdeutschland über Klassen-/Studienfahrten den sozialistischen Teilstaat bereisen. Der Großteil von ihnen nahm aus der DDR positive Eindrücke mit, auch wenn die meisten politischen Funktionäre bei offiziellen Zusammenkünften auf Fragen nach „Glasnost“ und „Perestrojka“ verhalten reagierten. Bei Treffen mit ostdeutschen Jugendlichen stellten die jungen Westdeutschen häufig fest, dass diese ähnliche Wünsche und Lebensvorstellungen wie sie selbst hatten.³³⁶² Das betraf insbesondere den Wunsch, mehr Länder zu besuchen. Im Gegensatz zu jungen Bundesbürgern war es Jugendlichen in der DDR jedoch kaum möglich, frei und autonom zu reisen.³³⁶³ Besonders die jungen Berufstätigen störten sich an den geringen Kapazitäten von Jugendreisen ins Ausland und an der Vergabepraxis bei „Jugendtourist“. „Genossen“ und hauptamtliche FDJ-Funktionäre – 1985 fast fünf Prozent aller FDJler³³⁶⁴ – erhielten oftmals den Vorzug. Selbst „junge Hoch- und Fachschulkader“ hegten gemäß dem ZIJ

3357 Vgl. Staatliches Amt der DDR (Hrsg.) 1990, S. 363.

3358 Harald Schmidt bezieht sich auf die ZIJ-Studie „Tourist '89“ mit mehr als 3.000 Befragten zwischen 14 und 30 Jahren. Vgl. ders. 1991, S. 121-126.

3359 Das beweist die Auswertung von 2.200 Nennungen von Jugendlichen bei der Studie „Jugend und Touristik 1983“. Vgl. Kuhnke, Ralf 1984: Schnellinformation zur Studie Jugend und Touristik 1983 vom 1. November, Bl. 17 u. 19.

3360 Vgl. Schmidt, Harald 1990, S. 40.

3361 Vgl. Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung 1992 (a), S. 32.

3362 Vgl. Information über das DDR-Bild von Jugendlichen in der BRD vom 3. August 1989, in: BStU, MfS, HA XX, AKG-80, pag. Bl. 4.

3363 So erklärten 99 Prozent der Befragten (Gesamtzahl unbekannt) aus allen Bezirken der DDR in einer Studie vom Frühsommer 1990, sie wären in den letzten Monaten unterwegs gewesen und hätten sogleich die Bundesrepublik besucht. Vgl. Schmidt, Harald 1991, S. 130.

3364 Vgl. Zilch, Dorle 1992, S. 76.

1988 „keine Erwartungen mehr“³³⁶⁵ an die Grundorganisationen der FDJ im Freizeitbereich.

Heftige Kritik erntete der Jugendverband zudem für seine unfaire Behandlung bei der Vergabe von Konzertkarten. Bevor der Großteil von den Auftritten beliebter westdeutscher Künstler erfuhr, bekamen vorbildliche FDJler die Tickets nicht selten „unter der Hand“.³³⁶⁶ Der Zorn über diese Ungerechtigkeit bzw. über die herrschende Musikkensur und die ständige Bevormundung brach sich 1987/88 Bahn, als vor dem Reichstagsgebäude in Westberlin internationale Stars auftraten, darunter David Bowie, Michael Jackson und „Pink Floyd“. Zu Pfingsten 1987 strömten am Abend der 750-Jahr-Feier Berlins zwischen 3.000 bis 4.000 Jugendliche zur Ostseite des Brandenburger Tores, wo sie gewaltsam gestoppt wurden. Sicherheitskräfte schikanierten und verhafteten mehrere hunderte Jugendliche, darunter etliche Punks. Es erklangen Rufe wie „*Die Mauer muß weg*“ oder „*Gorbatschow*“. Manche stimmten die „Internationale“ oder das „Deutschlandlied“ an.³³⁶⁷ Das Bedürfnis der Jugend nach Live-Auftritten von westlichen Künstlern konnten deren wenige Konzerte nicht befriedigen. So durften im Frühjahr 1987 Peter Maffay und Carlos Santana unter Auflagen in der DDR spielen. Beim Auftritt des weltberühmten Gitarristen gab es Tumulte.³³⁶⁸

Im Sommer 1988 wiederholte sich das Geschehen von Pfingsten 1987. Den 1.000 Zuhörern standen diesmal fast dreimal so viele Beamte gegenüber. Rund 80 Jugendliche wurden wegen „antisozialistischer“ Äußerungen verhaftet.³³⁶⁹ Die SED bemühte sich dennoch darum, den Wünschen der Jugend mit weiteren Auftritten internationaler Musikgrößen nachzukommen, auch um sie gewissermaßen „ruhigzustellen“. Dem sechstägigen Berliner „Rocksommer“ von 1987 mit fast 29 Gruppen aus sieben Län-

3365 ZIJ (Hrsg.) 1988: Forschungsbericht zur gemeinsamen Untersuchung zum Thema Die FDJ – Interessenvertreter der gesamten Jugend vom September, Bl. 30.

3366 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1988, S. 47.

3367 Vgl. Lapp, Peter Joachim 1987, S. 682. Hervorhebung im Original.

3368 Die Quelle stammt von 1988 und ist ein Sonderheft des Ministeriums des Innern. Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 15 (nicht pag.); vgl. Rauhut, Michael 1994, S. 304 f.; vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha 2009 (b), S. 162-164.

3369 Vgl. Information über Vorkommnisse mit Jugendlichen und Jungerwachsenen in Berlin-Mitte im Zusammenhang mit einem Rockkonzert vor dem ehemaligen Reichstagsgebäude in Westberlin von 1988, in: BStU, MfS, HA II, Nr. 20930, pag. Bl. 40.

dern und jeweils etwa 5.000 Besuchern folgte im Sommer 1987 der Auftritt von Bob Dylan vor 80.000 Fans in Ostberlin.³³⁷⁰ Im März 1988 spielte „Depeche Mode“ in der Werner-Seelenbinder-Halle und im Sommer sang Joe Cocker vor insgesamt 170.000 Menschen in Ostberlin und Dresden. Als Pendant zu den westdeutschen Reichstagskonzerten organisierte die FDJ 1988 ein dreitägiges Rockevent mit jeweils 70.000 Besuchern. Bryan Adams sorgte vor 120.000 Jugendlichen für den musikalischen Höhepunkt. Im Juli 1988 beschallte Bruce Springsteen in Weißensee mindestens 160.000 Besucher und im Oktober besuchte Rio Reiser die DDR für ein Konzert.³³⁷¹

Der politischen Führung gelang es nicht, die Konzerte für die eigene Propaganda zu nutzen, geschweige denn die Jugendlichen damit für sich zu gewinnen und eine identitätsstiftende Wirkung zu erzielen.³³⁷² Zwar stießen die Konzerte auf breiten Zuspruch, die politische Intention dahinter wurde jedoch nicht internalisiert. Dieter Wiedemann erklärte 1988 dazu, die Freizeitinteressen der jungen Generation sähen ganz anders aus als die „jugendpolitische[n] Leiterbilder“³³⁷³ der Regierung. Das betraf vor allem den Konsum von westlichen Sendern, der den der ostdeutschen inzwischen um ein Vielfaches übertraf. Von rund 1.200 jungen Arbeitern sahen täglich zwölf Prozent Westfernsehen und fast 30 Prozent hörten täglich Westrundfunk.³³⁷⁴ Auch Schüler der sechsten bis siebenten Klassenstufe, die an einem normalen Schulalltag in der Regel über drei bis vier Stunden Freizeit verfügten, gingen lieber persönlichen Interessen nach.³³⁷⁵ Acht- und Zehntklässler zeigten Anfang der 1980er Jahre bedeutend mehr Interesse an Sport, Kino, Musik (Rock/Beat), Lesen oder Geselligkeit als an religiösen Veranstaltungen und der Mitarbeit in gesellschaftlichen Organisationen. Die meisten Schüler besuchten nur ungern die Mitglieder-

3370 Vgl. Übersicht über bisher bekannte jugendspezifische Musikveranstaltungen in Berlin, Hauptstadt der DDR, und in den Bezirken der DDR vom 10. Juli 1987, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3368, pag. Bl. 7 u. 17.

3371 Vgl. Rauhut, Michael 1994, S. 306 f.; vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha 2009 (b), S. 164-166.

3372 Vgl. ebd., S. 307; vgl. Ohse, Marc-Dietrich 2009, S. 86.

3373 Wiedemann, Dieter 1998, S. 126.

3374 Vgl. ebd., S. 125-127.

3375 Die Gesamtzahl der befragten Schulkinder blieb unbekannt. Vgl. ders./Ute Karig 1987: Zur Entwicklung der kulturellen Freizeitgestaltung älterer Schüler. Teilbericht zur Intervallstudie Fähigkeitsentwicklung im Schuljugendalter vom Juli, Bl. 1 f.

versammlungen der FDJ oder Pioniernachmittage, dafür lieber Diskotheken.³³⁷⁶

Während sich die Zahl der jährlichen Diskobesuche von durchschnittlich 25 (1979) auf 50 (1987) erhöhte, blieb die der jährlich besuchten Live-Konzerte konstant bei 15. Mitte der 1980er Jahre gab es in der DDR 5.300 Amateurdiskotheken. Jeder zweite Heranwachsende ging durchschnittlich einmal wöchentlich tanzen,³³⁷⁷ obwohl sich viele von den am Einlass stehenden Ordnungsgruppen nicht selten ungerecht behandelt fühlten, wenn diese ein „extra“ Trinkgeld verlangten.³³⁷⁸ Wöchentlich widmeten ältere Schüler, Lehrlinge und junge Arbeiter zwei bis drei Stunden dem Diskobesuch. Insgesamt besaßen alle drei Gruppen von Montag bis Sonntag täglich 4,5 bis 5,5 Stunden Freizeit. Laut Gisela Ulrich vom ZIJ verfügten Jugendliche in den 1980er Jahren über einen „beachtlichen Freizeitumfang“³³⁷⁹.

Ihr zufolge wurde das kulturelle Freizeitverhalten neben dem Geschlecht – Jungs bevorzugten Sport und Musik, Mädchen lasen und tanzten lieber³³⁸⁰ –, vom Familienstand bzw. der Kinderanzahl – weibliche Jugendliche und junge Eltern hatten weniger Freizeit³³⁸¹ – und vom Bil-

3376 Die Studie wurde in Etappen vorgenommen. Es gab vier Fragebögen, die jeweils mehr als 1.500 Acht- und Zehntklässler aus der Stadt Leipzig und dem Kreis Leipzig beantworteten. Die Schüler füllten die Fragebögen anonym im Klassenzimmer aus. Vgl. Schreiber, Jochen 1982: Auswertung der Freizeitindikatoren IS II, 2. Etappe vom September, Bl. 3 f., 8 f., 25, 34 u. 54.

3377 Vgl. Zentralrat der FDJ: Entwicklungstendenzen der DDR-Rockmusik und Vorschläge für ihre weitere Förderung vom Mai 1987, in: BStU, MfS, HA II/6, Nr. 178, pag. Bl. 4; vgl. Felber, Holm 1987: Jugendtanz in der DDR – Situation und Perspektiven. Diskussionspapier vom Juni, Bl. 2 u. 18.

3378 Vgl. Ohne Deckblatt vom 24. März 1983, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. IX, Nr. 360, pag. Bl. 16; vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1988, S. 46.

3379 Ulrich, Gisela 1982: Expertise. Das Freizeitbudget der DDR-Jugend vom 4. Februar, Bl. 1.

3380 Vgl. Voß, Peter 1984, S. 162 f.

3381 Dennoch widmeten sich auch junge Arbeiter, gleich ob verheiratet oder nicht, gleich ob Kinder oder nicht, sehr gern Freizeitbeschäftigungen in Geselligkeit, Schlager-/Beatmusik, Touristik und dem Wandern. Lediglich die Kindererziehung nahm bei verheirateten/jungen Eltern eine Spitzenposition ein. Bei der Intervallstudie wurden 1976, 1978 und 1980 etwa 660 junge Arbeiter (rund 60 Prozent Männer und 40 Prozent Frauen) befragt. Vgl. Ulrich, Gisela 1983: Forschungsbericht. Zentrale Intervallstudie Junge Arbeiter (ZIS) 1976, 1978, 1980. Zur Freizeitgestaltung junger Arbeiter unter besonderer Berücksichtigung von Familienstand und familiärer Situation, Bl. 2 u. 14.

ungsgrad beeinflusst. Damit erklärte sie den überdurchschnittlich hohen und teilweise wahllosen Fernsehkonsum unter leistungsschwächeren Jugendlichen, die sich zudem häufiger in Gaststätten trafen. In gastronomischen Einrichtungen waren generell mehr Lehrlinge und junge Arbeiter als Schüler anzutreffen. Trotz der Unterschiede bei Geschlecht, Familienstand oder beim Bildungsniveau: Die Mehrheit der Jugend verbrachte ihre Freizeit in Geselligkeit und schaute gern fern.³³⁸² Mitte der 1980er Jahre entstanden neue Kinder- und Jugendsendungen wie „Klik“, „Hautnah“ oder „Dramms“.³³⁸³

Im Gegensatz zum Fernsehen würde die Musikkultur 1982 nach Bernd Lindner „dem starken Informationsbedürfnis der Jugendlichen zu diesem Themenkreis bereits in großem Umfang gerecht“. Er bilanzierte in Vorbereitung auf die Kulturkonferenz der FDJ, das Hören von (Rock-)Musik stehe an erster Stelle bei jugendlichen Freizeitinteressen. Er erklärte: „Das Bedürfnis, sich über diese Musikrichtung, ihre Entwicklung, ihre Interpreten und Inhalte mit Gleichaltrigen zu unterhalten, [sei] groß.“³³⁸⁴ Da Originalschallplatten aus dem Westen viel zu teuer waren, hörten oder tauschten Jugendliche oftmals untereinander eigens mitgeschnittene Musik.³³⁸⁵ Auch Tanzveranstaltungen wurden häufig gleich in ganzen Gruppen besucht. Die Zahl der Tanzveranstaltungen stieg von 195.000 (1980) auf 350.000 (1985). Sie zählten offiziell 75 Millionen Besucher.³³⁸⁶ Da sich nach den Leipziger Forschern „das Bedürfnis nach einer gemeinsamen Realisierung von Freizeitinteressen“³³⁸⁷ weiter gefestigt habe, rieten sie der FDJ davon ab, Freizeitgruppen von Jugendlichen „vereinnahmen“³³⁸⁸ zu wollen. Wahrscheinlich auch deshalb, weil die Anfang der 1980er Jahre

3382 Vgl. dies. 1982: Expertise. Das Freizeitbudget der DDR-Jugend vom 4. Februar, Bl. 2 u. Bl. 4-8.

3383 Vgl. Menzel, Rebecca 2004, S. 152.

3384 Lindner, Bernhard u. a. 1982: Die kulturellen Freizeitinteressen Jugendlicher. Expertise zur Vorbereitung der Kulturkonferenz, Bl. 7.

3385 Westliche Schallplatten kosteten 100 bis 150 Mark. Schüler der elften/zwölften Klasse und Lehrlinge erhielten im ersten/zweiten Ausbildungsjahr 110 bis 200 Mark Ausbildungsunterstützung. Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1988, S. 45 f.

3386 Vgl. Zentralrat der FDJ: Entwicklungstendenzen der DDR-Rockmusik und Vorschläge für ihre weitere Förderung vom Mai 1987, in: BStU, MfS, HA II/6, Nr. 178, pag. Bl. 4.

3387 Lindner, Bernhard u. a. 1982: Die kulturellen Freizeitinteressen Jugendlicher. Expertise zur Vorbereitung der Kulturkonferenz, Bl. 6.

3388 Ebd., Bl. 7.

von ihr eingerichteten nachmittäglichen Schulklubs nicht die erhoffte Wirkung brachten. Manch einer begann damit, die Jugendklubs zu meiden, sobald das Emblem des Verbandes an der Tür hing.³³⁸⁹

Den Wissenschaftlern zufolge sollte sich dieser auf mehr altersgerechte Angebote konzentrieren und das Konzept fortführen, ältere Jugendliche für die Tanzveranstaltungen „P 18“, „Mitternachtsdiskotheken“ oder die „Klubs der Mittzwanziger“ zu gewinnen, da diese sonst mehr private „Parties“³³⁹⁰ feierten. Tatsächlich besann sich die FDJ auf die Etablierung einer eigenen Diskokultur. Über 60 Millionen Besucher zählte der ZR in den 1980er Jahren in den heimischen Diskos. Von 1980 an vergab die Massenorganisation an Gaststätten, Jugendklubs usw. das „blaue T“ bzw. das „goldene T“, wenn die Lokalitäten mindestens zweimal in der Woche „niveauvolle“ Diskotheken und eine preisgünstige Bewirtung garantierten.³³⁹¹ Diese einseitige Konzentration auf Jugendtanz rief Kritiker auf den Plan. Ute Karig vom ZIJ empörte sich 1985: „Es kann unmöglich sein, daß Diskotheken einzig und allein die kulturellen Bedürfnisse unserer Jugend ausmachen! Und so ist es auch nicht!“³³⁹² Sie und ihre Kollegin Margrit Müller mussten jedoch drei Jahre später feststellen, das Bedürfnis nach Disko- und Tanzveranstaltungen habe sich derart verstärkt, „daß es schon zu [d]enken“³³⁹³ gebe.

Ähnlich wie bei Diskotheken gingen viele Jugendliche in die FDJ-Klubs, um mit ihren Freunden etwas Gemeinsames zu erleben. Die Freundeskreise entstanden meist in der Schule oder den Wohngebieten. In den Cliques sprachen die meist 14- bis 18-Jährigen kaum über Politik oder Alltagsprobleme.³³⁹⁴ Während es Schüler, Lehrlinge und junge Arbeiter

3389 In den Schulklubs standen die Jugendlichen unter Aufsicht eines Lehrers. Vgl. Giessmann, Barbara 1990, S. 99; vgl. dies. 1992, S. 100.

3390 Lindner, Bernhard u. a. 1982: Die kulturellen Freizeitinteressen Jugendlicher. Expertise zur Vorbereitung der Kulturkonferenz, Bl. 7.

3391 Über 850 Veranstalter erhielten 1987 das „blaue T“ und über 70 das „goldene T“. Vgl. Zentralrat der FDJ: Entwicklungstendenzen der DDR-Rockmusik und Vorschläge für ihre weitere Förderung vom Mai 1987, in: BStU, MfS, HA II/6, Nr. 178, pag. Bl. 4 u. 24; vgl. Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung 1992 (b), S. 84.

3392 Karig, Ute 1985: Jugendklubs als spezifische Möglichkeit der Freizeitgestaltung Jugendlicher vom April, Bl. 12.

3393 Müller, Margrit/dies. 1988: Zur Jugendklubsituation Ende der 1980er Jahre. Schnellinformation zur Studie Jugendklubs der FDJ als effektivste Form der Freizeitgestaltung Jugendlicher vom November, Bl. 49.

3394 Vgl. Saupe, Volker 1988, S. 350 f.

vorwiegend wegen der Tanzveranstaltungen und der Aussicht auf neue Bekanntschaften in die FDJ-Klubs zog, schätzten Studenten die dortigen Diskussionsrunden.³³⁹⁵ Zwar meinte über die Hälfte von 1.800 befragten Jugendlichen 1988, ein Besuch im Jugendklub zähle zu ihren beliebtesten Freizeitbeschäftigungen, allerdings engagierten sich die wenigsten aktiv im Klubhaus. Viele wünschten sich in diesen Filmvorführungen und moderne Computertechnik (Videogeräte).³³⁹⁶ Bundesdeutschen Schätzungen zufolge existierten 1986 über 10.000 FDJ-Klubs in der DDR.³³⁹⁷ Das ZIJ ging 1979 davon aus, jährlich würden 20 Millionen Menschen die (noch) rund 5.700 Klubhäuser aufsuchen.³³⁹⁸

Neben dem Bedürfnis der Jugend, ihre Freizeit mit Altersgenossen und bei Tanzveranstaltungen in Klubs oder Diskos zu verbringen, nahmen Massenmedien eine große Stellung im Freizeitleben ein. Junge Menschen verbrachten etwa 14 Stunden wöchentlich und fast 40 Prozent ihrer gesamten Freizeit mit Fernsehen, Kino, Lesen oder Rundfunk.³³⁹⁹ Den größten Raum in der Gesamtmedienzeit besetzte mit 60 Prozent der Musikgebrauch.³⁴⁰⁰ In den 1980er Jahren kamen bereits Schulkinder früh in Kontakt mit moderner Unterhaltungselektronik und pflegten einen relativ eigenständigen Umgang mit Medien. Die meisten Haushalte verfügten über eigene Fernsehgeräte und viele Heranwachsende über eigene Kinderzimmer, in denen weitere Geräte standen. Mehr als 70 Prozent aller Schüler,

3395 „Zirkel“ oder Spielrunden stießen bei Studenten meist auf Ablehnung. Diese Aussage beruht auf einer Extraauswertung über die Einstellung von etwa 410 Studenten bei der Studie über die Rolle der Jugendklubs bei der Freizeitgestaltung Jugendlicher von 1988. Vgl. Müller, Margrit 1989: Studentenklubs. Expertise in Auswertung der Studie Jugendklubs der FDJ als effektivste Form der Freizeitgestaltung Jugendlicher vom April, Bl. 2 u. 10.

3396 Vgl. dies./Ute Karig 1988: Zur Jugendklubsituation Ende der 1980er Jahre. Schnellinformation zur Studie Jugendklubs der FDJ als effektivste Form der Freizeitgestaltung Jugendlicher vom November, Bl. 5-9, 25, 32 f., 45 u. 49 f.

3397 Von diesen 10.000 Klubs sollen 90 Prozent von Jugendlichen selbst verwaltet worden sein. Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1988, S. 45; vgl. Müller, Margrit 1990, S. 73.

3398 Vgl. Tinschert, Ulrich/Konrad Weller 1982: Expertise. Die kulturellen Aktivitäten der FDJ vom Mai, Bl. 9.

3399 Vgl. Roski, Günter/Hans-Jörg Stiehler 1982: Expertise zur Kulturfunktion der Massenmedien vom Mai, Bl. 3.

3400 Vgl. Felber, Holm 1991, S. 105.

Lehrlinge und jungen Arbeiter nannten 1987 einen Kassettenrekorder ihr Eigen.³⁴⁰¹

Ab Anfang der 1980er Jahre beschäftigten sich Schüler und junge Arbeiter in der Freizeit häufiger mit Rundfunk und Fernsehen. Das westdeutsche Fernsehprogramm genoss vor allem wegen seines Unterhaltungswertes große Popularität.³⁴⁰² Die größten Defizite beim ostdeutschen Programm erkannten Jugendliche im unzureichenden Angebot an Kriminal- und Abenteuerfilmen sowie in der hohen Stellung von Politik. Besonders Schüler kritisierten die realitätsferne Darstellung des Jugendlebens,³⁴⁰³ wenngleich ein Drittel aller Heranwachsenden 1982 regelmäßig ostdeutsche Jugendsendungen schaute und diese insgesamt positiv bewertete.³⁴⁰⁴ Im Jahr 1987 konnte in etwa 80 Prozent des Landes Westfernsehen empfangen werden; 1988 besaß die Hälfte aller Haushalte ein Farbfernsehgerät.³⁴⁰⁵ Viele Familien griffen auf Gemeinschaftsantennen zurück.³⁴⁰⁶ Trotz der Bemühungen der Regierung – 1984 erschien die siebenteilige Fernsehdokumentation „Unser Zeichen ist die Sonne“ über die Geschichte der FDJ³⁴⁰⁷ – kam es von 1982 bis 1985 zu einer verstärkten Hinwendung zu westdeutschen bzw. zu einem Rückgang der Nutzung ostdeutscher Me-

3401 Vgl. ders. 1990, S. 78 f.; vgl. Müller, Margrit 1990, S. 71.

3402 Vgl. Stiehler, Hans-Jörg 1982: Forschungsbericht Zentrale Intervallstudie Junge Arbeiter (ZIS) 1976, 1978, 1980. Neue Ergebnisse der Massenkommunikationsforschung zur Entwicklung der Mediennutzung bei jungen Werktätigen (Information über ausgewählte Ergebnisse der Zentralen Intervallstudie des ZIJ 1976-1980) vom Januar, Bl. 2.

3403 Vor allem wünschten sie sich, bei Kurzfilmen zum Thema Jugendliebe mehr über Fragen der Sexualität zu erfahren oder wie sich Mädchen und Jungen zueinander verhielten, wenn sie sich mochten. Für die Untersuchung zu „Erwartungen und Rezeption von populärwissenschaftlichen Filmen“ verteilte das ZIJ unter Schülern der siebenten bis neunten Klasse in Dresden, Leipzig und Wurzen zwei Fragebögen. In der Erstanalyse werteten sie etwa 570 und in der Zweitanalyse rund 400 Fragebögen aus. Vgl. Wiedemann, Dieter 1988: Forschungsbericht zur Studie Erwartungen und Rezeption von populärwissenschaftlichen Filmen – dargestellt am Beispiel von „Ist das denn schon Liebe?“, Bl. 2 u. 13.

3404 Vgl. Roski, Günter/Hans-Jörg Stiehler 1982: Expertise zur Kulturfunktion der Massenmedien vom Mai, Bl. 12 f.

3405 Vgl. Müller, Margrit 1987: Teilbericht zur Studie Jugendmedien 85. Die Nutzung der Medien der DDR und der BRD durch die Jugendlichen vom März, Bl. 7; vgl. Lindner, Bernd 1991, S. 102.

3406 Vgl. Geißler, Gert/Ulrich Wiegmann 1998, S. 367.

3407 Vgl. Hager, Kurt 1984, S. 45; vgl. ND vom 27. April 1984, S. 3.

dien.³⁴⁰⁸ Im Parteijargon der Leipziger Forscher habe sich der „Klassengegner“ bis in die zweite Hälfte der 1980er Jahre hinein mit mehreren Fernseh- und über 30 Rundfunkprogrammen, „ein großes Potential geschaffen“³⁴⁰⁹.

Anfang der 1980er Jahre registrierte die 1967 eingerichtete DDR-Zuschauerforschung erhebliche Einbußen gegenüber Westsendern.³⁴¹⁰ In welchem Umfang Jugendliche ihre politischen Informationen über Westsender bezogen, lässt sich nicht abschließend beantworten. Auf der einen Seite genossen Westfernsehen und Westrundfunk wegen der Serien und Jugendsendungen große Popularität und spielte Politik in der Freizeit ohnehin eine untergeordnete Rolle. Auf der anderen Seite stiegen im Verlauf der 1980er Jahre die Erwartungen an ostdeutsche Medien. Das würde für den verstärkten Gebrauch von Westsendern sprechen, denn drei Viertel aller Jugendlichen verlangten 1987 von heimischen Medien überzeugende Antworten auf politische Fragen.³⁴¹¹ Selbst junge Menschen aus dem Raum Dresden, die lange Zeit nur DDR-Fernsehen empfangen konnten, waren im Frühjahr 1987 wenig davon überzeugt, von den eigenen Medien ausreichend informiert zu werden.³⁴¹²

Infolgedessen entwickelten sehr viele Heranwachsende eine negative Sichtweise auf die ostdeutsche Medienlandschaft. Peter Förster erklärt, junge Menschen, die der DDR ablehnend gegenüberstanden, hätten häufiger und intensiver westliche Sender genutzt, die sie in ihrer kritischen Meinung bestärkten.³⁴¹³ Vor einer Überschätzung des Einflusses westlicher Sender bei der politischen Urteilsbildung sei jedoch gewarnt. Jugendliche interessierten sich relativ wenig für Nachrichtensendungen, sondern

3408 Das bestätigt die Intervallstudie von 1987, die den Mediengebrauch 13- bis 20-Jähriger von 1980 bis 1985 analysierte. Vgl. Stiehler, Hans-Jörg 1987: Teilbericht zur Studie IS II. Entwicklungstendenzen im Mediengebrauch der 1980er Jahre vom August, Bl. 2 u. 24.

3409 Müller, Margrit/ders. 1987: Probleme der ideologischen Klassenauseinandersetzung auf dem Gebiet der elektronischen Massenmedien. Teilbericht zur Untersuchung Jugendmedien. Kurzfassung vom Januar, Bl. 2.

3410 Vgl. Beutelschmidt, Thomas 2002, S. 157.

3411 Vgl. Müller, Margrit/Stiehler, Hans-Jörg 1987: Probleme der ideologischen Klassenauseinandersetzung auf dem Gebiet der elektronischen Massenmedien. Teilbericht zur Untersuchung Jugendmedien. Kurzfassung vom Januar, Bl. 3 u. 5.

3412 Vgl. dies. 1987: Teilbericht zur Studie Jugendmedien 85. Die Nutzung der Medien der DDR und der BRD durch die Jugendlichen vom März, Bl. 66.

3413 Vgl. Förster, Peter 1995, S. 1298.

mehr für Kriminal- und Abenteuererien, gleich aus welcher Produktion. Besonders Spielfilme genossen große Popularität.³⁴¹⁴ Mit der Ausstrahlung dieser wurde das Kino allmählich vom Fernsehen verdrängt, obwohl in den 1980er Jahren nun manch internationaler Film über die Leinwände flimmerte, um die Bürger von den Problemen im eigenen Land abzulenken.³⁴¹⁵

Wenngleich die Zahlen der Besucher, Vorstellungen und Kinos – von 670 Gemeinden besaßen 1988 nur 40 ein Filmtheater³⁴¹⁶ – ab den 1960er Jahren gesunken waren,³⁴¹⁷ gehörten Kinobesuche Mitte der 1980er Jahre zu einer der beliebtesten Freizeitaktivitäten.³⁴¹⁸ Die hohe Beliebtheit von Kinos und Tanzveranstaltungen erklärt sich vor allem durch das Fehlen von (preisgünstigen) Alternativen. Bis zum Oktober 1989 mangelte es an Fitnessstudios, jugendlichen Szenetreffs und Videotheken.³⁴¹⁹ Im Vergleich zu westdeutschen bzw. internationalen Kinoproduktionen schnitten ostdeutsche DEFA-Filme³⁴²⁰ wesentlich schlechter ab. Das wiegt umso schwerer, weil die Jugendforschung 1982 die Rezeption von Filmen „als *eine* der wichtigsten Formen künstlerischer Auseinandersetzung Jugendli-

3414 Diese Ergebnisse stammen aus der Untersuchung des ZIJ zu „Kunstrezeption und Wertorientierung Jugendlicher“. In den Bezirken Cottbus, Leipzig und Magdeburg wurden zwei Fragebögen unter mehr als 1.780 Jugendlichen verteilt, darunter fast 40 Prozent Lehrlinge, ein Drittel Facharbeiter sowie etwa 20 Prozent Studenten. Der übrige Teil waren Angestellte, Angehörige der Intelligenz oder andere Berufsgruppen. Das Durchschnittsalter der Probanden betrug 20 Jahre. Vgl. Hahn, Jochen/Anita Weiß 1982: Fernsehrezeption Jugendlicher. Thematischer Bericht zur Studie Kunstrezeption und Wertorientierung Jugendlicher vom Juli, Bl. 3 u. 14.

3415 Vgl. Wiedemann, Dieter/Hans Stiehler 1988, S. 117; vgl. Wiedemann, Dieter 1998, S. 128.

3416 Vgl. ders. 1988, S. 60.

3417 Vgl. Hentschel, Georg 1988, S. 349.

3418 Von 1.830 befragten Jugendlichen ging 1985 jeder dritte sehr gern ins Kino, zehn Prozent nicht oder nur ungern. Vgl. Wiedemann, Dieter 1985: Teilbericht zur Studie Kulturelle Aktivitäten der FDJ. Zur Bedeutung des Films im geistigen Leben der Jugend vom März, Bl. 3 f.

3419 Vgl. ders. 1998, S. 127 f.

3420 Die Abkürzung DEFA steht für Deutsche Film-AG. Diese wurde 1946 gegründet und drehte hauptsächlich in Potsdam-Babelsberg Spiel- und Kurzfilme. Vgl. Art. DEFA, in: VEB Bibliographisches Institut (Hrsg.) 1976, S. 138.

cher mit der Wirklichkeit“ betrachtete, mit der „alle Jugendlichen erreicht werden können“³⁴²¹.

Die meisten Lieblingsfilme der Bevölkerung kamen aus dem westlichen Ausland. Bei Heranwachsenden landeten „Plattfuß am Nil“ (Italien 1982) oder „Flammendes Inferno“ (USA 1981) weit vor DEFA-Produktionen.³⁴²² Ausnahmen bildeten „Insel der Schwäne“³⁴²³ (1983) bei jüngeren oder „Einer trage des anderen Last“³⁴²⁴ (1988) bei älteren Jugendlichen. Im Gegensatz zur Annahme des ZIJ zu Beginn der 1980er Jahre, über Spielfilme könnten alle Jugendlichen erreicht werden, vermutete Dieter Wiedemann 1986, dies treffe lediglich noch auf zwei Drittel aller Jugendlichen zu.³⁴²⁵ Er mahnte, „1973 bei *jugendlichen* Kinobesuchern noch hoch bewertete Filme bewirken heute selbst bei 9- bis 12jährigen Schülern teilweise nur noch Langeweile“³⁴²⁶. Dennoch zeige ein Vergleich der Freizeitwünsche aus den 1970er Jahren mehr Übereinstimmungen als Differenzen, obwohl in Musik, Fernsehen, Film „und die in den Bibliotheken und Buchläden manchmal nur mit ‚guten Beziehungen‘ erhältlichen Bücher [...] nicht identisch mit den Hits“³⁴²⁷ der Vorjahre ausfielen, so Wiedemann weiter.

3421 Wiedemann, Dieter 1982: Zusatzbericht zur Untersuchung Kulturell-künstlerische Interessen der Jugend (Kultur 73). Jugend und Spielfilm, Bl. 5. Hervorhebung im Original.

3422 Von mehr als 1.140 befragten Kinobesuchern nannten fast 80 Prozent einen aus dem „nichtsozialistischen“ Ausland und knapp zehn Prozent DEFA-Filme. Vgl. ders./Hans-Jörg Stiehler 1984: Expertise Kino 83. DEFA-Spielfilme auf der Suche nach ihrem Publikum, Bl. 2-7.

3423 Von April bis Mai 1983 wurden etwa 250 Kinobesucher befragt, darunter waren knapp 60 Prozent der Befragten jünger als 16 Jahre. Die Umfrage erfolgte durch Mitarbeiter der Kinos in Erfurt, Halle, Rostock und Schwerin. Mehr als die Hälfte aller 13- bis 14- sowie 18- bis 25-Jährigen sagte, „Insel der Schwäne“ haben ihnen sehr gut gefallen. Vgl. ders. 1983: Kino 83. Forschungsbericht. Der Film „Insel der Schwäne“ und sein Publikum vom Juni, Bl. 1 f. u. 5.

3424 Insgesamt lagen den Forschern 320 Rezipienten aus Umfragen vom März/April 1988 in den Bezirken Dresden, Erfurt, Halle, Rostock und Schwerin vor, wovon sie etwa 240 auswerteten. Das Durchschnittsalter der Besucher betrug 30 Jahre. Über 90 Prozent der unter 25-Jährigen sagte, der Film habe ihnen sehr gut (71 Prozent) oder gut (22 Prozent) gefallen. Vgl. ders. 1988: Forschungsbericht zur Studie Kino 88 „Einer trage des anderen Last“ vom Mai, Bl. 1 f. u. 4.

3425 Vgl. ders. 1988, S. 61.

3426 Ebd., S. 62. Hervorhebung im Original.

3427 Ebd., S. 59.

Zu solchen Hits gehörte insbesondere westdeutsches Schriftgut, das zwar in der DDR verboten war, zu dem aber mindestens jeder vierte Jugendliche Zugang hatte, auf welche Weise auch immer. Offen dazu bekannten sich mehr Schüler von POS und Lehrlinge als Abiturienten.³⁴²⁸ Vor allem für Studenten nahm das Lesen in der Freizeit eine hohe Stellung ein. Gemäß einer Umfrage mit etwa 950 jungen Arbeitern und Studenten nutzte nur fast die Hälfte die im „Studienjahr“ behandelten Werke und las die Biografie Ernst Thälmanns nach Bernd Lindner „mehr oder minder gründlich!“ Jeder Dritte meinte, er habe sich mit Büchern politischer Ökonomie oder marxistisch-leninistischer Philosophie beschäftigt und diese teilweise „recht zurückhaltend bewertet“³⁴²⁹. Aufgeschlüsselt nach der Beliebtheit, erreichte Literatur über Natur/Technik (lasen fast 50 Prozent gern) den achten und Literatur zu gesellschaftlichen Fragen (lasen knapp 30 Prozent gern) den 20. Platz, weit hinter Abenteuerliteratur, die mit Abstand die Liste anführte.³⁴³⁰

In diesem Konnex drängt sich die Frage auf, welche Erwartungen Heranwachsende an die Jugendpresse hatten, wies der Großteil der Jugendliteratur doch insgesamt einen erzieherischen Charakter auf.³⁴³¹ Das ZIJ vermerkte aufgrund einer Studie aus der ersten Hälfte der 1980er Jahre mit mehr als 1.780 Befragten, für 60 bis 80 Prozent der Probanden sei für die Bewertung von aktuellen Beiträgen der Umgang mit Alltagserfahrungen, das Aufgreifen von Problemen im Sozialismus und die Möglichkeit der eigenen Stellungnahme ausschlaggebend. Mehr als die Hälfte der Befragten las täglich die Junge Welt, darunter mehr Lehrlinge und Studenten als Arbeiter und Angestellte, die öfter die Bezirkspresse der SED lasen. Etwa 90 Prozent kritisierten, der Jungen Welt fehle es an genügend Berichten zu

3428 In einer Studie des Zentralinstituts (Gesamtzahl unbekannt) gaben diese Antwort ein Viertel der Schüler von POS und Lehrlinge sowie drei Prozent der Schüler von EOS. Vgl. Brück, Wolfgang 1982: Expertise Gewalt in Massenmedien – Zum Problem der Jugendgefährdung durch Schund- und Schmutzerzeugnisse. Kurzfassung vom Februar, Bl. 3.

3429 Lindner, Bernhard u. a. 1982: Zum Verhältnis Jugendlicher zur populärwissenschaftlichen Literatur (Kurzbericht) vom Juni, Bl. 6.

3430 Die Untersuchung erfolgte Ende 1981 in den Bezirken Halle, Leipzig, Neubrandenburg, Potsdam und Schwerin sowie unter Berliner Studenten. Das Durchschnittsalter der Probanden betrug 20 Jahre, mehr als 40 Prozent waren Kinder aus Arbeiterfamilien und fast ein Viertel zählte zur Intelligenz. Vgl. ebd., Bl. 4-8.

3431 Vgl. Grunenberg, Antonia 1986, S. 14.

Außenpolitik und zu Jugendproblemen.³⁴³² Anfang der 1980er Jahre erschien diese mit einer täglichen Auflage von etwa 1,1 Millionen Exemplaren. Sie gehörte damit zu den auflagenstärksten Tageszeitungen. Der Verlag publizierte eine Vielzahl an Zeitschriften und gab spezielle Reihen zur Freizeitgestaltung der Jugend heraus. Dem Zentralinstitut zufolge lasen 1984 rund 70 Prozent aller Jugendlichen mehrmals wöchentlich die JW, am liebsten Auslandsreportagen, Artikel über Freizeitgestaltung oder die Sportseite,³⁴³³ denn das rege Interesse an Sport bzw. sportlichen Veranstaltungen blieb in den 1980er Jahre bestehen.

Statistiken sprachen 1983 von 10.000 Sportlern bei der „IX. Kinder- und Jugendspartakiade“, von einer Erhöhung der sportlichen Spitzenleistungen und 115 DDR-Rekorden.³⁴³⁴ Offiziell trieben Ende der 1980er Jahre von den 3,6 Millionen im DTSB organisierten Bürgern (rund 20 Prozent der Gesamtbevölkerung) 60 Prozent regelmäßig bis gelegentlich Sport.³⁴³⁵ Günter Roski konstatierte 1987, 60 bis 80 Prozent aller Jugendlichen würden sich in irgendeiner Form sportlich betätigen. Das war zum Teil auf „neue“ (westliche) Moden wie Yoga, Breakdance oder Rock-'n'-Roll-Tanz zurückzuführen.³⁴³⁶ Im Jahr 1987 erreichte Sport beim Ranking der beliebtesten Freizeitinteressen unter 2.500 befragten 16- bis 35-Jährigen einen mittleren Platz, nach Musik, Kino oder Freunde treffen und vor gesellschaftlichen Tätigkeiten oder Theaterbesuchen. Viele Jugendliche zogen es vor, Sportveranstaltungen beizuwohnen, als selbst aktiv Sport zu betreiben.³⁴³⁷

3432 Die Untersuchung erfolgte mit Fragebögen in den Bezirken Cottbus, Dresden und Magdeburg in 18 Betrieben von acht Industrieministerien und vier Hochschulen. Vgl. Stiehler, Hans-Jörg u. a. 1983: Forschungsbericht. Die Nutzung der Jugendmedien, speziell der Jungen Welt durch junge Werktätige und Studenten vom August, Bl. 11 f., 36-38, 44, 116 u. 138 f.

3433 Der Bericht basierte auf empirischen Untersuchungen des ZIJ zum Medienverhalten Jugendlicher. Vgl. Wiedemann, Dieter u. a. 1984: Die Funktion der Massenmedien bei der kommunistischen Erziehung der Jugend. Forschungsbericht vom Juni, Bl. 11 u. Bl. 25-27.

3434 Vgl. Felfe, Werner 1983, S. 45.

3435 Vgl. Winkler, Gunnar 1990, S. 257.

3436 Vgl. Roski, Günter 1988: Zur Entwicklung sportbezogener Wertorientierungen und Interessen sowie der sportlichen Tätigkeit in der Freizeit bei Lehrlingen, Arbeitern und Studenten zwischen 1969 und 1987. Trendanalyse vom Dezember, Bl. 3 u. 84.

3437 Er bezog sich dabei auf repräsentative Untersuchungen des ZIJ aus den Vorjahren. Vgl. ders. 1987: Körperkultur und Sport – fester Bestandteil der sozialisti-

Diese Einstellung kollidierte mit der Forderung Erich Honeckers von 1985, wonach Jugendklubs und Jugendtourismus den sportlichen Interessen der jungen Generation stärker gerecht werden müssten, damit (aktiver) Sport zu einer festen Lebensgewohnheit werde.³⁴³⁸ Monika Reißig vom ZIJ resümierte 1986, es bestünde „noch zu oft ein Widerspruch“ zwischen dem Wissen um gesundheitliche Vorteile durch Sport und „dem inaktiven Verhalten“³⁴³⁹. Jugendliche trieben Sport am häufigsten im Freundeskreis,³⁴⁴⁰ d. h. am liebsten unverbindlich und unorganisiert. Das traf insbesondere auf Schwimmen, Wandern, Radfahren, Tischtennis oder Kegeln zu. Parallel zum abflauenden Interesse am aktiven Sport mit steigendem Alter wuchs das Bedürfnis, die Freizeit mit Altersgenossen zu verbringen, mit der Folge einer verstärkten Orientierung an Tanz, Jugendklubs und Fragen der Mode.³⁴⁴¹ Jugendliche maßen dem Wert, sich modisch zu kleiden, zwar nicht so eine hohe Bedeutung bei wie einem glücklichen Familienleben oder ausreichend Freizeit, dennoch spielte Mode für fast die Hälfte der Jungen und für 70 Prozent der Mädchen unter 2.600 Befragten 1985 eine große Rolle.³⁴⁴²

schen Lebensweise der Jugend der DDR (Untersuchung Jugend und Massensport 1987) vom Dezember, Bl. 2, 26 f., 46 u. 141.

3438 Vgl. ND vom 11. Mai 1985, S. 3.

3439 Reißig, Monika 1986: Die Entwicklung sportbezogener Interessen und des Sporttreibens Jugendlicher (Ergebnisse einer Längsschnittuntersuchung über 6 Etappen von der 7. Klasse bis zum 2. Lehrjahr) vom Dezember, Bl. 4.

3440 Vgl. Schreiber, Jochen 1982: Auswertung der Freizeitindikatoren IS II, 2. Etappe vom September, Bl. 39 f.

3441 Die Längsschnittstudie begann 1980 und erfasste Schüler aus Leipziger POS jährlich in sechs Etappen. An der ersten Befragung partizipierten etwa 880 Siebentklässler, an der letzten knapp 500 der Jugendlichen im zweiten Lehrjahr. Vgl. Reißig, Monika 1986: Die Entwicklung sportbezogener Interessen und des Sporttreibens Jugendlicher (Ergebnisse einer Längsschnittuntersuchung über 6 Etappen von der 7. Klasse bis zum 2. Lehrjahr) vom Dezember, Bl. 4 u. 46.

3442 Von September bis Oktober 1985 erfolgte durch das ZIJ eine empirische Untersuchung zum jugendlichen Bekleidungs- und Modeverhalten. Befragt wurden mehr als 2.600 Jugendliche in über 50 Einrichtungen (Betriebe, Hochschulen, Universitäten) in den Bezirken Berlin, Dresden, Erfurt, Halle, Karl-Marx-Stadt, Leipzig, Magdeburg, Rostock und Schwerin. Zusätzlich erhielten über 300 Leipziger Schüler von POS einen gekürzten Fragebogen. Es gab mehr weibliche als männliche Probanden. Die 16- bis 18-Jährigen waren zu fast 40 Prozent, die 19- bis 21-Jährigen sowie die 22- bis 25-Jährigen jeweils zu etwa 30 Prozent vertreten. Vgl. Günther, Cordula 1986: Modespezifische Verhaltensweisen von Jugendlichen in der DDR. Erste Auswertungsergebnisse zur Studie Jugend und

Wie zufrieden waren Jugendliche mit dem Angebot an Mode? Einem Bericht vom Juni 1986 zufolge – dieser stützte sich auf die Ergebnisse von „Jugend und Mode 1985“ – erklärten sich rund 90 Prozent unter Einschränkung mit der eigenen Garderobe zufrieden. Die Jugendforscher interpretierten dieses Ergebnis als „große[n] Erfolg unserer Jugendpolitik“³⁴⁴³. Allerdings stammten 20 Prozent der Lieblingsstücke der Probanden aus dem „kapitalistischen“ Ausland und 60 Prozent von ihnen äußerten, in heimischen Läden selten etwas für die Diskothek zu finden.³⁴⁴⁴ Denn die meisten Heranwachsenden orientierten sich in Fragen Mode an westlichen Rock- und Popstars, wie Nena, Madonna, „Depeche Mode“ oder Udo Lindenberg.³⁴⁴⁵ Obwohl der ZR der FDJ 1987 annahm, westliche Rockmusik wie die Neue Deutsche Welle, Punk, New Wave oder Heavy Metal erreichte nur eine kleine Minderheit,³⁴⁴⁶ polsterten sich nicht wenige junge Frauen nach westlichem Vorbild die Schultern ihrer FDJ-Bluse auf, schmückten ihr Blauhemd mit breiten, farbigen Lackgürteln oder trugen Dauerwelle und pinkfarbenen Lippenstift. Vereinzelt kombinierten sie große FDJ-Hemden mit Leggings, Westjeans, Lederhosen und Stiefeletten. Das war in den 1950er/60er Jahren undenkbar.³⁴⁴⁷

Die Toleranz der Staatsmacht endete bei extrem gekleideten Jugendlichen, wie „asozial“ anmutenden Punks, während die sehr modebewussten und diskobegeisterten Popper³⁴⁴⁸ oder Breakdancer wegen ihres äußeren Erscheinungsbildes weniger Probleme bekamen.³⁴⁴⁹ Im Jahr 1984 zählte

Mode 1985 vom März, Bl. 5-7; vgl. dies. 1987: Einfluß von Wertorientierungen und anderen Faktoren auf das Modeverhalten von Jugendlichen in der DDR. Weitere Ergebnisse zur Studie Jugend und Mode 1985 vom März, Bl. 6-10.

3443 Bertram, Barbara u. a. 1986: Halbjahresbericht I/1986 vom Juni, Bl. 24.

3444 Vgl. ebd., Bl. 26; vgl. Günther, Cordula 1986: Modespezifische Verhaltensweisen von Jugendlichen in der DDR. Erste Auswertungsergebnisse zur Studie Jugend und Mode 1985 vom März, Bl. 11 u. 45.

3445 Vgl. dies. 1987: Expertise. Modische Anregungen durch Stars. Vergleich der Favoriten 1979 und 1985 vom März, Bl. 5; vgl. für Einzelheiten: Burmeister, Dennis/Sascha Lange 2018.

3446 Vgl. Zentralrat der FDJ: Entwicklungstendenzen der DDR-Rockmusik und Vorschläge für ihre weitere Förderung vom Mai 1987, in: BStU, MfS, HA II/6, Nr. 178, pag. Bl. 21.

3447 Vgl. Tittel, Christina 2008, S. 6.

3448 Laut Duden ist mit Popper (besonders in den 1980er Jahren) ein Jugendlicher gemeint, der sich durch gepflegtes Äußeres und modische Kleidung bewusst von einem Punker abheben will.

3449 Vgl. Menzel, Rebecca 2006.

die DDR rund 370 Jugendmodeeinrichtungen.³⁴⁵⁰ Eberhard Aurich meinte 1985, junge Menschen würden durch die bewusste Auswahl von Kleidung ihre Persönlichkeit mit „modischem ‚Pfiff‘“³⁴⁵¹ unterstreichen. Tatsächlich deckte das Angebot die Nachfrage kaum. Bis 1987 besaß jeder Jugendliche etwa zwei Paar der begehrten Jeans.³⁴⁵² Das auf dem XI. Parteitag im April 1986 beschlossene Vorhaben scheiterte, bis 1990 die Erzeugnisse aus der Konsumgüterproduktion jährlich um 30 bis 40 Prozent und bei der Jugendmode um 70 Prozent zu steigern.³⁴⁵³ Im Folgejahr kam es wieder zu Versorgungsengpässen bei Bekleidung.³⁴⁵⁴ Cordula Günther rekapitulierte 1990: „Trotz der Absicht, eine eigenständige Jugendmode-Produktion und ein gesondertes Handelsnetz für Jugendmode [...] durchzuhalten, trotz der Versuche, sich gegen westliche Einflüsse aus der Welt der Anti-mode bzw. Gruppenstile abzuschirmen, war die Grenze zwischen Ost und West bzw. zwischen BRD und DDR in Sachen Kleidung und Mode immer ‚durchlässig‘.“³⁴⁵⁵

Schließlich hing die Orientierung beim modischen Konsumverhalten stark von den musikalischen Vorlieben der Jugend ab. Ende der 1980er Jahre hatten fast 80 Prozent der Heranwachsenden Poster, Autogramme und Bilder von Rock-/Popstars gesammelt und weit mehr als ein Drittel sich mit fremdsprachigen Rocktexten befasst.³⁴⁵⁶ Unter Jüngeren avancierten westliche Künstler aus Musik (Bob Dylan, „Pink Floyd“), Film (Terence Hill) und Fernsehen (Otto) teilweise zu Vorbildern. Die Verehrung von westlichen Musikern führte nicht selten zum Wunsch, selbst Musik zu machen, obwohl es kaum preisgünstige Instrumente gab.³⁴⁵⁷ Ab den 1970er Jahren versuchten sich etliche Jugendliche in eigenen Rockbands. Obwohl die „Singebewegung“ der FDJ im Zusammenspiel mit den Schweriner „Poetenseminaren“ – von 1987 an gab es eine „Werkstattwoche zu Rocktexten“ – und den Suhler „Werkstattwochen zur Jugendtanzmusik“ – von 1970 bis 1987 hatten rund 400 Amateurgruppen daran teil-

3450 Vgl. Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1985 (b), S. 69.

3451 Aurich, Eberhard 1985, S. 59.

3452 Vgl. Menzel, Rebecca 2004, S. 140 u. 174.

3453 Vgl. Honecker, Erich 1986, S. 33.

3454 Vgl. Menzel, Rebecca 2004, S. 174.

3455 Günther, Cordula 1990, S. 86.

3456 Vgl. Felber, Holm 1991, S. 110.

3457 Vgl. Wiedemann, Dieter 1982: Anhang zum Halbjahresbericht I/82. Jugendforschung zur Kulturkonferenz der FDJ. Auszüge aus Expertisen zum Kulturverhalten der DDR-Jugend, Bl. 12 f. u. 31.

genommen – einige ostdeutsche Rockgrößen hervorbrachte („Dialog“, „Jessica“ oder „Babylon“), sank das Interesse an der staatlich geförderten Kampagne.³⁴⁵⁸ Die Zahlen der „Singeclubs“ schwanden von 4.000 (1973) auf 2.900 (Ende der 1970er Jahre).³⁴⁵⁹ Zu wenige junge Menschen konnten sich in den 1980er Jahren mit deren politischen Texten identifizieren.³⁴⁶⁰

Die kulturelle Arbeit der FDJ wurde dennoch insgesamt als gut bewertet, da sich der Verband im musikalischen Bereich um Abwechslung bemühte. Im Herbst 1984 meinten von mehr als 1.800 jungen Arbeitern und Studenten zwischen 80 und 90 Prozent, ihnen gefalle es, wenn die FDJ Großveranstaltungen, Jugendtanz, Konzerte und Tourneen international bekannter Rockgruppen oder „Rock für den Frieden“ organisiere. Auf Ressentiments stießen deren Bemühungen im Jugendfernsehen oder eben die „Singebewegung“.³⁴⁶¹ Zwar sagten viele in der Untersuchung, sie hätten innerhalb der letzten sechs Monate mit ihrer FDJ-Gruppe ein (Rock-)Konzert besucht, aber von ihnen gewünschte Diskussionen und Vorträge über Rockmusik seien in den meisten Gruppen ausgeblieben. Jugendforscher Jochen Hahn kritisierte, es werde „das große Interesse an der Rockmusik in organisierten Veranstaltungen [...] für die politisch-kulturelle Arbeit“³⁴⁶² zu wenig von der FDJ genutzt. Dabei bekam das „Festival

3458 Vgl. Zentralrat der FDJ: Entwicklungstendenzen der DDR-Rockmusik und Vorschläge für ihre weitere Förderung vom Mai 1987, in: BStU, MfS, HA II/6, Nr. 178, pag. Bl. 5, 23 u. 28.

3459 Vgl. Tinschert, Ulrich/Konrad Weller 1982: Expertise. Die kulturellen Aktivitäten der FDJ vom Mai, Bl. 8 f.

3460 Vgl. Wiedemann, Dieter 1982: Anhang zum Halbjahresbericht I/82. Jugendforschung zur Kulturkonferenz der FDJ. Auszüge aus Expertisen zum Kulturverhalten der DDR-Jugend, Bl. 14.

3461 Befragt wurden 1.820 junge Arbeiter und Studenten aus 21 Betrieben und von vier Hochschulen der Bezirke Dresden, Halle, Rostock und Suhle. Das Durchschnittsalter betrug 20 Jahre. Die meisten waren Lehrlinge (46 Prozent) und junge Arbeiter (27 Prozent), gefolgt von Studenten (21 Prozent). Vgl. ders./Hans-Jörg Stiehler 1984: Schnellinformation zur Studie Kulturelle Aktivitäten der FDJ vom Dezember, Bl. 2 u. 14 f.

3462 Hahn, Jochen 1985: Kulturelle Aktivitäten der FDJ. Expertise. Die Entwicklung musikkultureller Interessen und Verhaltensweisen Jugendlicher Anfang der 1980er Jahre. Langfassung vom September, Bl. 8.

des politischen Liedes“ besonders von Studenten und „Rock für den Frieden“ von Lehrlingen großen Zuspruch.³⁴⁶³

Der Verband konnte im Prinzip nur mit großen musikalischen Festivitäten punkten. Ähnlich wie dieser befand sich die ostdeutsche Rockmusik Ende der 1980er Jahre in einer Identitätskrise. Nachdem die populären Friedenslieder³⁴⁶⁴ aus den frühen 1980er Jahren, wie „Der blaue Planet“ („Karat“), „Keiner will sterben“ („Karussell“) oder „Wozu sind Kriege da“ (Udo Lindenberg), allmählich ihre politisierende Wirkung verloren hatten,³⁴⁶⁵ führte 1985 mit „Live is Life“ („Opus“) erstmals ein ausländischer Titel die Liste der beliebtesten Hits an. Ostdeutsche Musik schnitt, verglichen mit westlichen Produktionen, bei Management, Technologie oder Vermarktung (Videoclips, Merchandising usw.) schlechter ab und büßte unter Jugendlichen an Glaubwürdigkeit und Authentizität ein. Die meisten Texte behandelten fast ausschließlich Liebe und Sexualität.³⁴⁶⁶ Selbst der ZR der FDJ bemängelte 1987, Rockmusik werde „schon zu oft als plakatativ und unglaublich empfunden“³⁴⁶⁷.

3463 Bei derselben Untersuchung befragten die Jugendforscher mehr als 900 Heranwachsende, mehrheitlich Lehrlinge sowie junge Arbeiter, welche Rolle Musik in ihrem FDJ-Leben einnahm. Die Untersuchung erfolgte im Herbst 1984 in den Bezirken Dresden, Erfurt, Magdeburg und Rostock. Unter den 910 Befragten befanden sich etwa 40 Prozent Lehrlinge, 30 Prozent Arbeiter, 20 Prozent Studenten und zehn Prozent Angestellte, Angehörige der Intelligenz/Sonstige. Die wenigsten der FDJler (90 Prozent der Probanden) erklärten, bei Veranstaltungen des Verbandes werde gemeinsam gesungen oder eine „Singe Gruppe“ eingeladen. Vgl. ebd., Bl. 4, 6, 13 f. u. 20.

3464 Der Begriff Friedenslied wurde von Jugendlichen kaum genutzt. Im November/Dezember 1982 befragte das ZIJ in 13 teilstandardisierten Interviews etwa 150 Jugendliche verschiedener Tätigkeitsgruppen zu Friedensliedern. Vgl. ders. 1983: Forschungsbericht über Interviewergebnisse zum Thema Lieder für den Frieden. Kurzfassung vom Februar, Bl. 2-4; vgl. ders. 1983: Studie zum Friedensaufgebot der FDJ. Zusatzbericht. Ergebnisse über die Bewertung von Friedensliedern vom April, Bl. 2.

3465 Vgl. Felber, Holm 1988: DDR-Rockmusik und DDR-Jugend. Teil I. Problempapier vom Dezember, Bl. 2 u. 12.

3466 Vgl. ebd., Bl. 2 f., 12 u. 17; vgl. Zentralrat der FDJ: Entwicklungstendenzen der DDR-Rockmusik und Vorschläge für ihre weitere Förderung vom Mai 1987, in: BStU, MfS, HA II/6, Nr. 178, pag. Bl. 14 f., 18 u. 30.

3467 Ebd., pag. Bl. 10.

Wie bei Fernsehen oder Kino wandten sich junge Menschen stärker westlichen Rundfunksendern bzw. Musiktiteln zu.³⁴⁶⁸ Zwar meinten im Dezember 1987 von rund 320 Schülern 40 Prozent, DT 64 gehöre zu ihren Lieblingssendern, allerdings waren 80 Prozent aller genannten Lieblings-sender westdeutsch (NDR 2, RIAS, Bayern 3).³⁴⁶⁹ Insgesamt sanken die Zahlen derer von 50 Prozent (1979) auf zehn Prozent (1987), die bei der Frage nach ihrem Lieblingssong einen DDR-Titel nannten, während die Zahlen derjenigen von 50 Prozent (1979) auf fast 90 Prozent (1987) stiegen, die einen Titel aus dem westlichen Ausland angaben.³⁴⁷⁰ Besonders beliebt waren die Songs „Hinterm Horizont“ (Udo Lindenberg), „La Isla Bonita“ (Madonna) und „Strange love“ („Depeche Mode“).³⁴⁷¹ So registrierte wohl nicht nur die BV des MfS in Magdeburg einen Anstieg der zahlenmäßigen Postsendungen an westdeutsche Fanklubs und Sender von 2.200 (1983) auf 7.000 (1984).³⁴⁷²

Selbst die Erfolgsbilanzen ostdeutscher Stars – alle Berufsmusiker mussten eine musikalische Hochschulausbildung und eine Zulassung vorweisen³⁴⁷³ – wie der „Puhdys“, „Karat“, „Silly“, „City“, Reinhard Lakomy oder Wolfgang Lippert sowie der Plan der SED von 1986, jähr-

3468 Das ergab eine Umfrage mit fast 1.230 Jugendlichen, darunter 80 Prozent Lehrlinge und junge Arbeiter. Vgl. Felber, Holm/Hans-Jörg Stiehler 1987: Erste Ergebnisse der Untersuchung Das Verhältnis Jugendlicher zur populären Musik (PoP 87) vom Dezember, Bl. 4 u. 54.

3469 Im Auftrag des ZR der FDJ untersuchte das ZIJ in zwei Etappen das Nutzungsverhalten beim Jugendfunk. Befragt wurden 324 Leipziger Acht- bis Zehntklässler aus 14 Klassen in fünf Schulen mit einem Fragebogen. Die genannten Ergebnisse beziehen sich auf die erste Etappe. Vgl. dies. 1988: Schnellinformation. Ausgewählte Ergebnisse zum Hören des erweiterten Programms von Jugendradio DT 64 bei Leipziger Schülern vom Januar, Bl. 2 u. 15.

3470 Vgl. Felber, Holm 1991, S. 108.

3471 Vgl. ders. 1988: DDR-Rockmusik und DDR-Jugend. Teil II. Expertise vom Dezember, Bl. 32 f.

3472 Vgl. Einschätzung ausgewählter Probleme der politisch-operativen Lageentwicklung unter jugendlichen Personenkreisen im Jahr 1984 vom 15. Mai 1985, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 2416, pag. Bl. 88.

3473 1987 gab es in der DDR offiziell 110 Berufsmusiker, mehr als 2.000 Amateur-rockgruppen und 10.000 Amateurrockmusiker. Vgl. Zentralrat der FDJ: Entwicklungstendenzen der DDR-Rockmusik und Vorschläge für ihre weitere Förderung vom Mai 1987, in: BStU, MfS, HA II/6, Nr. 178, pag. Bl. 7 u. 13.

lich 20 Millionen Schallplatten und Musikkassetten herzustellen,³⁴⁷⁴ konnten den Siegeszug westlicher Schallplatten nicht aufhalten. Obwohl die DDR 1987 rund 1.200 Rock- und Popmusiktitel produzierte,³⁴⁷⁵ gelangten von 1985 an zunehmend mehr Tonträger über westdeutsche Besuchsreisen in die DDR.³⁴⁷⁶ Jugendforscher Holm Felber bilanzierte 1988: „Die medienpräsenste Rockmusik unseres Landes wird gegenwärtig ihrer Funktion als Sprachrohr junger Leute in der öffentlichen Kommunikation unserer Gesellschaft nur noch ganz gelegentlich gerecht. Zu oft sind gesellschaftlich organisierte Forderung und Domestizierung Hand in Hand gegangen.“³⁴⁷⁷

Denselben Negativtrend bemerkte das Zentralinstitut beim Hörfunkverhalten. In einer Umfrage von 1985 wünschten sich zwischen 75 und 80 Prozent (Gesamtzahl unbekannt) der Probanden von den Jugendprogrammen (endlich) überzeugende Antworten auf politische Fragen der Welt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik.³⁴⁷⁸ Erst 1987 versuchten die Verantwortlichen, den Unterhaltungsfaktor bei DT 64 zu erhöhen. Die 60/40-Regelung wurde aufgegeben und im Gegensatz zu Fernsehen und Printmedien brachen Magazinbeiträge von DT 64 mit Tabus. Während Jugendklubs 1988 angewiesen wurden, Diskussionen über den sowjetischen Reformkurs aus dem Veranstaltungsplan zu streichen,³⁴⁷⁹ erörterten Rundfunkmitarbeiter heikle Fragen wie Wohnraumverteilung, Homosexualität oder Gewalt im Sport. Mitte des Jahres 1989 trauten sich die Redakteure, Sendungen mit der Ansage „Sie hören Radio Glasnost“ einzuläuten.³⁴⁸⁰

3474 Vgl. Direktive des XI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990. Beschluß des XI. Parteitages vom 20. April 1986, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1989, S. 146.

3475 Vgl. Zentralrat der FDJ: Entwicklungstendenzen der DDR-Rockmusik und Vorschläge für ihre weitere Förderung vom Mai 1987, in: BStU, MfS, HA II/6, Nr. 178, pag. Bl. 7.

3476 Vgl. Lindner, Bernd 1991, S. 110.

3477 Felber, Holm 1988: DDR-Rockmusik und DDR-Jugend. Teil I. Problempapier vom Dezember, Bl. 18.

3478 Vgl. ders. u. a. 1987: Diskussionsmaterial. Überlegungen zur weiteren Entwicklung eines Rundfunkprogramms für die junge Generation vom Januar, Bl. 3.

3479 Vgl. Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung 1992 (a), S. 37.

3480 Am 7. März 1986 erhielt DT 64 den Status eines eigenständigen Senders mit einer wöchentlichen Sendezeit von 140 Stunden. Vgl. Herdin, Jürgen 1992, S. 105 f. u. 111 f.

So wie sich DT 64 ab 1987 moderner und jugendspezifischer aufstellte, so sehr begann sich die unter Jugendlichen äußerst beliebte Diskokultur von den staatlichen Vorgaben zu lösen. Lobte Eberhard Aurich 1985 das enge und vertrauensvolle Verhältnis zwischen der FDJ und den mehr als 80 Berufs- und 3.500 Amateurrockmusikern, die für die Diskotheken neue Hits liefern sollten,³⁴⁸¹ setzten sich Diskomoderatoren häufiger über die 60/40-Regelung hinweg.³⁴⁸² Oftmals legten sie gemäß den Wünschen ihrer jungen Zuhörer privat mitgeschnittene Musik auf, vornehmlich von der Neuen Deutschen Welle. Sozialistische Musik diente in vielen Fällen nur zur Pausenüberbrückung.³⁴⁸³ Denn nicht nur Holm Felber fragte sich 1987: „Wo sollen 60 % brauchbarer hauseigener Produktionen für eine Funk-, Blues-, Pop- Jazz-, Electric-Jazz- [sic!] usw. Diskothek herkommen?“³⁴⁸⁴

Der Staat wurde in den 1980er Jahren gegenüber den sehr starken westlichen Trends unter der Jugend nahezu handlungsunfähig und schaffte es keinesfalls mehr, wie Gerline Irmscher formuliert, „überall schulmeisterlich fest[zulegen], was ‚richtiges‘ und was ‚falsches‘ Freizeitverhalten ist“³⁴⁸⁵. Der Regierung war es misslungen, Tanzveranstaltungen als die populärste und am häufigsten genutzte Freizeitbeschäftigung zu kanalisieren bzw. politisch-ideologische Konzepte zu etablieren.³⁴⁸⁶ Zusätzlich zog es ab Anfang der 1980er Jahre mehr atheistisch geprägte junge Menschen in evangelische Gotteshäuser. Dort widmeten sich kirchliche Gruppen und die unabhängige Friedensbewegung brisanten Themen (über Umweltschutz bis Wehrmobilität), die ansonsten weder von FDJ noch Massenmedien aufgegriffen wurden. Die Kirche stärkte mit einer Vielzahl an alternativen Freizeitangeboten, wie Blues-Messen, kirchlichen Jugendtagen, Ferienausfahrten oder abendlichen Dichterlesungen, ihre Stellung als Konkurrent zur staatlichen Freizeitpolitik. Nach Angaben der sächsischen Landes-

3481 Vgl. Aurich, Eberhard 1985, S. 61.

3482 Vgl. Felber, Holm 1987: Jugendtanz in der DDR – Situation und Perspektiven. Diskussionspapier vom Juni, Bl. 14 f.; vgl. ders. 1991, S. 109.

3483 Vgl. Arbeitsmaterial zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR vom 3. August 1983, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 93; vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1988, S. 45.

3484 Felber, Holm 1987: Jugendtanz in der DDR – Situation und Perspektiven. Diskussionspapier vom Juni, Bl. 17.

3485 Irmscher, Gerlinde 2000, S. 364.

3486 Vgl. Felber, Holm 1991, S. 108; vgl. Art. Jugendklubs, in: Eppelmann, Rainer u. a. (Hrsg.) 1997, S. 420.

kirche besuchten in den 1980er Jahren jede Woche 16.500 Heranwachsende Junge Gemeinden und 12.000 Kinder und Jugendliche partizipierten an kirchlichen Rüstzeiten. Die Kirche mobilisierte 1982 rund 10.000 junge Menschen zum Thüringer Landesjugendsonntag. Auf dem Dresdner Kirchentag 1983, der unter dem Leitgedanken stand „Vertrauen wagen – damit wir leben können“³⁴⁸⁷, sollen 90 Prozent aller 30.000 Teilnehmer unter 25 Jahre alt gewesen sein.³⁴⁸⁸

6.2.3 Konformitätszwang und Anpassung

Zu Beginn der 1980er Jahre stand die Mehrheit der Jugendlichen, ebenso wie große Teile der restlichen Bevölkerung, hinter der staatlichen Friedenspolitik. Die ostdeutsche Jugendforschung bemerkte 1982, „die klassenmäßige Einschätzung des Imperialismus gehört zu den am weitesten entwickelten Seiten des sozialistischen Klassenbewußtseins der Jugend“³⁴⁸⁹. Nicht wenige Bürger ließen sich aus Furcht vor Nachteilen oder Konflikten in die Friedenspropaganda der SED einspannen, auch weil etliche kirchliche Vertreter, Künstler und Intellektuelle mit der offiziellen Abrüstungspolitik konform gingen.³⁴⁹⁰ Die meisten jungen Menschen gaben laut den Forschungen des ZIJ 1982 tatsächlich dem „Imperialismus“ die Schuld an der gefährlichen Zuspitzung der internationalen Lage. Der Großteil hielt „Krieg zwischen Imperialismus und Sozialismus in Europa für möglich“³⁴⁹¹. Zwei Drittel aller jungen Männer wollten die DDR unter Einsatz ihres Lebens verteidigen,³⁴⁹² und „nur ein kleiner Teil“ vertraute der „Illusion [...], daß einseitige Abrüstungsschritte auf sozialistischer Seite den Frieden sicherer machen würden“³⁴⁹³, so das ZIJ weiter.

Anfang der 1980er Jahre konstatierten die Leipziger Forscher unter jungen Männern einen Zusammenhang zwischen Verteidigungsbereitschaft

3487 NZ vom 9. Juli 1983, S. 1.

3488 Vgl. Grunenberg, Antonia 1990, S. 135; vgl. Hugler, Klaus/Hans Bernhard Kaufmann 1995, S. 10; vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2014, S. 174.

3489 ZIJ (Hrsg.) 1982: Die Haltung der Jugendlichen der DDR zu Krieg und Frieden. Ausgewählte Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen, Bl. 4.

3490 Vgl. Eisenfeld, Bernd/Peter Eisenfeld 1999 (a), S. 712.

3491 ZIJ (Hrsg.) 1982: Die Haltung der Jugendlichen der DDR zu Krieg und Frieden. Ausgewählte Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen, Bl. 3.

3492 Vgl. ebd., Bl. 2-6.

3493 Ebd., Bl. 6.

und Einstellung zum Wehrdienst. Von rund 520 jungen Lehrlingen, die im ersten Halbjahr 1981 meinten, sie wären dazu bereit, die DDR unter Einsatz ihres Lebens zu verteidigen (etwa 75 Prozent), hielten 90 Prozent den Wehrdienst unter den gegenwärtigen Bedingungen für notwendig.³⁴⁹⁴ Es hat den Anschein, als hätte das neue Wehrdienstgesetz³⁴⁹⁵ im März 1982 zu einem günstigen Zeitpunkt eingesetzt. Angesichts der internationalen Bedrohungsszenarien stieg die Verbundenheit mit dem ostdeutschen Teilstaat. Die Mehrheit von 3.600 männlichen Jugendlichen äußerte sich in einer Befragung vom Mai bis Juli 1981 optimistisch über ihre Zukunft in der DDR, und auch ihre Haltung zur Sowjetunion sei „stabil und eindeutig“³⁴⁹⁶. Die Probanden wären gemäß dem ZIJ davon überzeugt, der Sozialismus setze sich im Weltmaßstab durch, die sozialistische Staatengemeinschaft sei militärisch nicht zu besiegen und die deutsche Einheit ausgeschlossen.³⁴⁹⁷ Nach dem ZIJ bewährten sich nun „die in den vergangenen Jahren getroffenen Maßnahmen zur Intensivierung der vormilitärischen Ausbildung“³⁴⁹⁸. Diese wurde zwar von 30 Prozent der Befragten mit Interesse verfolgt, doch zehn Prozent bekundeten ihr absolutes Desinteresse an irgendeiner Form der vormilitärischen Grundausbildung. Bei den Gegnern des Wehrdienstes fiel das Desinteresse umso höher aus. Von den Probanden rechneten 30 bis 50 Prozent beim Ableisten des Wehrdienstes in der NVA mit Problemen der Disziplin, vor allem bei der Befehlsausführung.³⁴⁹⁹

3494 Insgesamt stimmten dieser Aussage 80 Prozent der Probanden zu. Den freiwilligen Wehrdienst erklärten elf Prozent für ausreichend, fünf Prozent lehnten diesen gänzlich ab, ein Prozent hielt ihn für überflüssig und drei Prozent waren sich nicht sicher. Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1980: Halbjahresbericht II/1980 vom Dezember, Bl. 2 f.

3495 Siehe dazu Kap. 6.1.1.

3496 ZIJ (Hrsg.) 1982: Die Jugend der DDR – klassenbewusst und bereit zur Verteidigung des Sozialismus. Ergebnisse einer Untersuchung in Vorbereitung des VII. Kongresses der GST. Kurzfassung des Forschungsberichtes vom Januar, Bl. 4.

3497 Die schriftliche Befragung der 3.050 Lehrlinge und 550 Schüler aus EOS (elfte Klasse) erfolgte von Mai bis Juli 1981 in Zentralen Ausbildungslagern der GST (Breege, Prerow, Scheibe-Alsbach, Schirgiswalde sowie Tambach-Dietharz). Die Mehrheit der Jugendlichen war zwischen 17 und 18 Jahre alt. Vgl. ebd., Bl. 3-5 u. 7.

3498 Ebd., Bl. 21.

3499 Vgl. ebd., Bl. 22, 26, 28 f., 32 u. 34.

Peter Förster bestätigte dieses Ergebnis 1982. Demnach fürchteten viele junge Männer beim Wehrdienst um Schwierigkeiten, insbesondere bei der Ausführung von Befehlen. Nicht wenige Heranwachsende hätten zudem Probleme mit alltäglichen militärpolitischen Begriffen wie „Warschauer Vertrag“ oder „NATO-Raketenbeschluß“.³⁵⁰⁰ Dennoch konnten Anfang 1983 von 3.200 Jugendlichen 80 bis 90 Prozent im parteipolitischen Sinne argumentieren, warum der Frieden bewaffnet sein müsse. Derselbe Anteil, darunter mehr Frauen als Männer, vertrat die vom Staat gewünschte Meinung, unter den heutigen Bedingungen solle ein jeder junge Mann den Wehrdienst ableisten. Selbst die meisten jungen Christen befürworteten den Wehrdienst (jedenfalls) in dieser Studie. Nur 45 Prozent von ihnen lehnten diesen prinzipiell ab.³⁵⁰¹ Ihre Einstellung wurde, laut den Wissenschaftlern, maßgeblich davon beeinflusst, inwieweit in der DDR „jeder Bürger unabhängig von seiner Weltanschauung aktiv für den Frieden eintreten“ könne. Je ausgeprägter diese Annahme, desto überzeugter wären junge Christen von der Notwendigkeit des Wehrdienstes. Der Umfrage zufolge prägte christliche Jugendliche gerade bei dieser Überzeugung „eine sehr starke innere Differenziertheit“³⁵⁰². Dieser Umstand war größtenteils auf die Kirchenpolitik der SED zurückzuführen.

Infolge der starken Säkularisierung in den 1950er/60er Jahren war der Anteil junger Gläubiger, verglichen mit dem der erwachsenen Bevölkerung, weiter zurückgegangen. Gemessen an der Zahl der Geburten, schwanden die Zahlen der Taufen von insgesamt rund 75 Prozent (1950) auf 15 Prozent (1985) und die Zahl der Konfirmationen von 80 Prozent (1950) auf zehn Prozent (1985). Ab Mitte der 1970er Jahre blieb der Anteil religiöser Heranwachsender konstant bei zehn bis 15 Prozent. Ein leichter Anstieg der religiösen Bindungen erfolgte gegen Ende der 1980er Jahre. Denn zeitgleich zur sinkenden politischen Identifikation mit der DDR, der SED-Politik und dem Marxismus-Leninismus orientierten sich vor allem Schüler und Lehrlinge an religiösen Lehren.³⁵⁰³ Während die Krisenmomente des Sozialismus bis Mitte der 1980er Jahre zunahmen und die sozialistische Gesellschaftsutopie an Glaubwürdigkeit einbüßte, ge-

3500 Vgl. Förster, Peter 1982: Stellungnahme zum Titelprojekt Fragen und Antworten zum Wehrdienst vom Dezember, Bl. 3 f.

3501 Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1983: Studie über das Friedensaufgebot der FDJ. Forschungsbericht vom Mai, Bl. 5, 90 u. 152.

3502 Ebd., Bl. 154.

3503 Vgl. Lange, Günter 1991, S. 154 f.; vgl. Pollack, Detlef 1994, S. 384 u. 415.

wannen Probleme von Krieg und Frieden sowie Umweltfragen unter Jugendlichen an Relevanz.

Viele von ihnen, darunter nicht nur Religiöse, zog es deshalb in den 1980er Jahren vermehrt hin zur evangelischen Kirche. Diese hatte ab den 1970er Jahren ihre Kinder- und Jugendarbeit intensiviert. Nach Dietmar Linke fing die evangelische Kirche die von der Gesellschaft „Ausgestoßenen, die Andersartigen, die Andersdenkenden, die Außenseiter auf“³⁵⁰⁴. In diesem Umfeld vermischten sich unpolitisch-religiöse Motive mit politischen Forderungen, teilweise bis zur Systemkritik.³⁵⁰⁵ Jugendforscher Günter Lange beschreibt: „Wo atheistische Jugendliche eher noch an überkommenen Feindbildern festhielten, weil sie der politischen Schwarz-Weiß-Malerei, der stalinschen These von der ständigen Zuspitzung des Klassenkampfes glaubten, bildeten sich gerade in den Reihen christlicher Jugendlicher schon die ersten unabhängigen Friedens- und Abrüstungsgruppen heraus (,Schwerter zu Pflugscharen‘).“³⁵⁰⁶

Die Etablierung der staatsunabhängigen Friedensbewegung setzte zu Beginn der 1980er Jahre ein. Ihre Akteure waren staatlichen Restriktionen ausgeliefert, angefangen von Belehrungen über Verhaftungen bis hin zu „Aufenthaltsbeschränkungen“ oder Ausweisungen aus der DDR.³⁵⁰⁷ Patrik von zur Mühlen erklärt, „wollte man eine chronologische Zäsur benennen, die die Friedensbewegung von ihren Vorläufern qualitativ trennt, so wäre wahrscheinlich das Doppeljahr 1981/82 [...] die eindeutigste“, da sich die unabhängige Friedensbewegung in diesem Zeitraum „in die DDR-Gesellschaft implantiert“³⁵⁰⁸ hatte. Sie suchte über Gottesdienste und Friedensgebete, mit Parolen aus der westdeutschen Friedensbewegung, z. B. „Frieden schaffen ohne Waffen“, oder mit pazifistischen Symbolen eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Tatsächlich wurde das biblische Abbild der Bewegung Schwerter zu Pflugscharen 1982 in der Bundesrepublik nachgedruckt und bei den Friedensmärschen zu Ostern auf Transparenten gesichtet.³⁵⁰⁹

3504 Linke, Dietmar 1991, S. 187.

3505 Vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2014, S. 177.

3506 Lange, Günter 1991, S. 160.

3507 Vgl. für Einzelheiten: Richter, Manfred/Elsbeth Zylla (Hrsg.) 1991.

3508 Mühlen, Patrik von zur 2000, S. 60.

3509 Vgl. Silomon, Anke 1999, S. 286.

Die Politisierung der Friedensbewegung begann zwischen 1980 und 1982.³⁵¹⁰ Für eine gewisse Mobilisierung und Institutionalisierung sorgten nach der ersten Friedensdekade von 1980 die Initiative Sozialer Friedensdienst³⁵¹¹ von 1980/81, der Berliner Appell³⁵¹² und das Dresdner Friedensforum³⁵¹³ vom Februar 1982, im Sommer die Jenaer Friedensgemeinschaft³⁵¹⁴ sowie der im Herbst gegründete Friedenskreis in Vippesrow³⁵¹⁵ (Bezirk Neubrandenburg). Im Jahr 1983 entstanden Umweltbibliotheken mit jeweils 100 bis 1.000 jugendlichen Besuchern und im März das Friedensseminar Konkret für den Frieden, ein republikweiter Zusammenschluss verschiedenster Gruppen, der nach Recherchen des MfS die Vernetzung der Friedensbewegung im nationalen Maßstab dynamisierte.³⁵¹⁶ Die ostdeutsche Geheimpolizei erkannte in der unabhängigen Friedensbewegung erhebliches Bedrohungspotential für die Jugendpolitik. Deren Anhänger wollten die junge Generation – angeblich – von der sozialistischen Gesellschaft entfremden, sie politisch missbrauchen und ihre Wehrbereitschaft untergraben, um die politische Lage in der DDR zu destabilisieren.

3510 Vgl. Rüdtenklaus, Wolfgang 1992, S. 31.

3511 Pfarrer, allen voran Christoph Wonneberger, plädierten für eine zivile Möglichkeit des Wehrdienstes. Die Kirchenleitungen erreichten 10.000 Zustimmungserklärungen, 1.500 Eingaben und 4.000 bis 5.000 Briefe von Bürgern. Kirchliche Jugendgruppen nahmen sich Fragen der Wehrdienstverweigerung verstärkt an. Vgl. Eisenfeld, Bernd 1999, S. 244; vgl. Mühlen, Patrik von zur 2000, S. 55 f.

3512 Der vom Pfarrer Rainer Eppelmann initiierte Appell wandte sich mit Fragen zur gesellschaftlichen Militarisierung, dem schulischen Wehrunterricht und dem SoFd offiziell an die Regierung. Er wurde von über 2.000 Menschen, darunter Robert Havemann, unterzeichnet und später in anderen Städten wie Halle, Dresden oder Leipzig ähnlich aufgegriffen. Vgl. ebd., S. 56.

3513 Im Februar 1982 lud die Dresdner Kreuzkirche zur Podiumsdiskussion ein, nachdem sich viele junge Menschen zum Gedenken an die Zerstörung der Dresdner Frauenkirche vom 13. Februar an der Ruine getroffen hatten. Zum Friedensforum erschienen etwa 5.000 Jugendliche. Vgl. ebd., S. 57 f.; vgl. Ehring, Klaus/Martin Dallwitz 1982, S. 57.

3514 Unter Federführung von Michael Blumenhagen und Roland Jahn konstituierte sich die Jenaer Friedensgemeinschaft, die öffentlich für Frieden und Grundrechte in der DDR eintrat. Vgl. Mühlen, Patrik von zur 2000, S. 60.

3515 Auf dem vom evangelischen Pfarrer Markus Meckel gegründeten Friedenskreis befassten sich die Teilnehmer konfessionsübergreifend mit Fragen der Nachrüstung und bereiteten mobile Friedensseminare vor. Vgl. ebd., S. 58 f.

3516 Vgl. Einschätzung der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personengruppen der Hauptstadt der DDR, Berlin, im Jahre 1983 vom 6. Februar 1984, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 2/2, pag. Bl. 15; vgl. Sachse, Christian 2014, S. 223 f.

Das MfS nahm an, die Kirche plane mit Vorträgen, Musikveranstaltungen, Filmabenden, Lesungen und eigenen Diskotheken Alternativen zur staatlichen Jugendarbeit. Im Mittelpunkt der Offenen Jugendarbeit stünde die „Erziehung zum Frieden“ und die „Erziehung zu einem neuen Umweltbewußtsein“³⁵¹⁷.

Von 1982 an versuchten laut dem MfS kirchliche Kräfte in Berlin, die Attraktivität ihrer Veranstaltungen zu erhöhen, indem sie unangepassten Kulturschaffenden (z. B. Liedermachern) eine Bühne gaben. Außerdem glaubte die Geheimpolizei, die überwiegend von Jugendlichen/Jung erwachsenen „getragenen kirchlichen Friedenskreise“ sollten sich zu einer „organisatorischen Grundeinheit der „unabhängigen Friedensbewegung“³⁵¹⁸ entwickeln. Allein in Ostberlin zählte sie 1982 zwölf Friedenskreise, deren nicht genehmigte gewaltfreie Aktionen (Fahrradkorsos usw.) bis zu 100 Jugendliche begleiteten. Größere Anziehungskraft übten die Blues-Messen aus. Im April und Juli 1982 besuchten rund 5.000 junge Menschen die Messen, bei denen sie über gesellschaftliche Probleme und das Tragen des Aufwählers von Schwertern zu Pflugscharen debattierten. Im Juni 1982 wurden kirchliche Friedenswerkstätten eingerichtet, in denen sich etwa 2.000 Jugendliche über Alternativen zum bewaffneten Wehrdienst informierten. Diskussionsrunden, Blues- und Folkmusik, Vorlesungen und Gespräche mit kritischen Autoren wie Lutz Rathenow bildeten das Rahmenprogramm der kirchlichen Veranstaltungen.³⁵¹⁹

Eine besondere Form der „speziell auf jugendliche Personenkreise gerichteten negativen ideologischen Beeinflussung“ bargen für das MfS die Predigten der Friedensdekade vom April 1982 unter dem Motto „Angst – Vertrauen – Frieden“³⁵²⁰ mit geschätzten 1.500 bis 2.000 meist jungen Zuhörern. Im Vergleich zu den Vorjahren hatte der Bund der Evangelischen Kirchen das Programm mit mindestens 150 Gottesdiensten stark erweitert. Im Kern richtete sich die Friedensdekade gegen die Militarisierung des ge-

3517 Arbeitsmaterial zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR vom 3. Juli 1984, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 2/2, pag. Bl. 70.

3518 Im November 1982 sprach Stefan Heym in der Samariterkirche Berlin-Friedrichshain vor 800 jungen Menschen. Vgl. Einschätzung der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen der Hauptstadt der DDR, Berlin, im Jahre 1982 vom 15. Februar 1983, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 108.

3519 Vgl. ebd., pag. Bl. 101 u. Bl. 108-111.

3520 Ebd., pag. Bl. 110.

sellschaftlichen Lebens. Sie erhob Forderungen nach der Abschaffung der schulischen Wehrerziehung. Das wurde auch von westdeutschen Medien so transportiert. Zur Friedensdekade von 1983 „Frieden schaffen aus der Kraft der Schwachen“ existieren widersprüchliche Angaben der Berliner BV zu den jugendlichen Besucherzahlen.³⁵²¹ Im Februar 1984 präsentierte die Behörde dennoch die von der SED gewünschten Ergebnisse für Ostberlin, schätzte diese doch die „politisch-operativen Maßnahmen“ zur „Verhinderung des Wirksamwerdens negativ-feindlicher Kräfte unter dem Deckmantel kirchlicher Jugendarbeit“ als „insgesamt geeignet“³⁵²² ein.

Mit Festnahmen sowie dem Einsatz von IM unter kirchlichen Jugendarbeitern unterband das MfS „pazifistische demonstrative Handlungen“ bei der Friedensmanifestation der FDJ zu Pfingsten, eine geplante Schweigedemonstration im Herbst 1982, und es wurde die „vorgesehene massive negative ideologische Beeinflussung der jugendlichen Besucher“ auf den Blues-Messen „nur in erheblich abgeschwächter Form wirksam“³⁵²³. Von Juni 1982 an verbuchte das Ministerium einen derartig großen Erfolg beim Unterbinden des Tragens pazifistischer Abzeichen unter Berliner Jugendlichen, „daß diese Erscheinung [...] danach praktisch keine Rolle mehr spielte“³⁵²⁴. Von Februar bis Mai 1982 identifizierte das MfS in Berlin etwa 500 Personen, die mehrheitlich das Symbol Schwerter zu Pflugscharen getragen hatten. Neben dem kreisförmigen weiß-roten Vliesaufnäher mit der blauen Symbolfigur und der schwarzen Inschrift tauchte die Losung auf Lesezeichen und Batiktüchern auf. Des Weiteren kursierten Aufkleber mit einer aufgedruckten Friedenstaube und der Aufschrift „Spiel Frieden[,] nicht Krieg“ oder „Kopfarbeit statt Kriegsarbeit“.³⁵²⁵

3521 Während der Bericht vom 6. Februar 1984 eine rückläufige Tendenz dokumentierte, sprach ein anderer vom 3. Juli 1984 von einem gleichbleibenden Zulauf Jugendlicher. Vgl. Einschätzung der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen der Hauptstadt der DDR, Berlin, im Jahre 1983 vom 6. Februar 1984, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 2/2, pag. Bl. 17; vgl. Arbeitsmaterial zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR vom 3. Juli 1984, in: ebd., pag. Bl. 71.

3522 Einschätzung der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen der Hauptstadt der DDR, Berlin, im Jahre 1982 vom 15. Februar 1983, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 112.

3523 Ebd., pag. Bl. 112.

3524 Ebd., pag. Bl. 111.

3525 Vgl. Erich Mielkes Rundschreiben vom 17. März 1982, zitiert in: Besier, Gerhard/Stephan Wolf (Hrsg.) 1992, S. 339.

Vereinzelte erschienen Forderungen der autonomen Friedensbewegung an Hauswänden und IM sichtigten Schwerter zu Pflugscharen auf Fahrzeugen.³⁵²⁶ Obwohl kein kodifiziertes Verbot für Symbole pazifistischen Inhalts existierte, ahndete die Justiz das Tragen solcher Abzeichen gemäß Paragraph 214 StGB³⁵²⁷ mit Haftstrafen wegen der Missachtung staatlicher Friedenspolitik.³⁵²⁸ Geheim- und Volkspolizei inhaftierten Heranwachsende deshalb wegen „staatsfeindlicher Tätigkeit“. Sie beschlagnahmten das Symbol oder rissen es ihnen auf offener Straße ab. Die Bahnhofspolizei holte junge Menschen deswegen aus Zügen oder verweigerte ihnen den Zutritt. In Betrieben und Schulen wurden mit Trägern des Aufnähers „Aussprachen“ geführt und das Zeichen durch Lehrer konfisziert.³⁵²⁹ Die Auseinandersetzungen um das Emblem an Mützen, Mänteln, Jacken oder Taschen verwehrten manchem die Aufnahme in die EOS oder verhinderten den Zugang zu gewissen Lehrstellen. In anderen Fällen kam es zu Kündigungen von Lehrverträgen und zu Betriebsverboten, zu Schulverweisen und erzwungenen Exmatrikulationen. Diese Situation erinnerte stark an den Umgang der Staatsmacht mit dem Bekenntniszeichen des Kugelkreuzes in den 1950er Jahren.³⁵³⁰

Die Jugendlichen improvisierten, indem sie an ihren Jacken statt des Abzeichens einen weißen Kreis trugen oder ein Loch in der Größe des Vliesaufnähers in ihre Kleidung schnitten.³⁵³¹ Nachdem die staatlichen Repressionen im März/April 1982 ihren Zenit erreichten und Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, einzelnen Bischöfen verkündet hatte, das Symbol dürfe wegen Missbrauchs bzw. seiner schwächenden Wirkung auf die Wehrbereitschaft fortan weder in der Schule noch in der Öffent-

3526 Vgl. Fricke, Karl Wilhelm 1984, S. 200; vgl. Vollnhals, Clemens 2002, S. 117.

3527 „Wer die Tätigkeit staatlicher Organe durch Gewalt oder Drohungen beeinträchtigt oder in einer die öffentliche Ordnung gefährdenden Weise eine Mißachtung der Gesetze bekundet oder zur Mißachtung der Gesetze auffordert, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Haftstrafe, Geldstrafe oder öffentlichem Tadel bestraft.“ Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung von 1988, § 214, Abs. 1.

3528 Vgl. Erich Mielkes Rundschreiben vom 17. März 1982, zitiert in: Besier, Gerhard/Stephan Wolf (Hrsg.) 1992, S. 335 u. 338.

3529 Vgl. Ehring, Klaus/Martin Dallwitz 1982, S. 55; vgl. Goeckel, Robert F. 1995, S. 401.

3530 Vgl. Fricke, Karl Wilhelm 1984, S. 75 u. 199; vgl. Bretschneider, Harald/Johannes Pohl 2010, S. 339 f.; vgl. Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2014, S. 224 f.

3531 Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha 2009 (b), S. 207.

lichkeit getragen werden, regte sich innerhalb der Kirchen Widerstand. Wilfried Poßner, ehemaliger Vorsitzender der Kinderorganisation der FDJ, erklärt rückblickend, dadurch wurde „die letzte Chance vertan, einen Konsens zwischen kirchlicher Jugendarbeit und staatlicher, SED-orientierter Jugendpolitik zu finden“³⁵³². Die sächsische Landeskirche richtete sich daraufhin in einer Kanzelabkündigung und einem Brief an Jugendliche, in denen sie das staatliche Verhalten gegenüber den Trägern von Schwertern zu Pflugscharen kritisierte, aber die Betroffenen nicht mehr schützen könne.³⁵³³

Im April 1982 traf sich Klaus Gysi mit der Konferenz der Kirchenleitungen zum Gespräch, bei dem sich die Kirche dem staatlichen Druck beugte. Das Tragen sollte „um des Friedens willen“ unterlassen werden. Im Gegenzug für den offiziellen Verzicht auf das Symbol bei der Bundes-synode im September 1982 bekam die Kirchenleitung die Erlaubnis, Schwerter zu Pflugscharen zu drucken und bei Friedensdekaden (weiterhin) zu verwenden.³⁵³⁴ Die Ansichten zu dieser Entscheidung gehen auseinander. Der Dresdner Pfarrer Harald Bretschneider gibt zu bedenken: Die Synoden sahen sich dazu genötigt, weil sie nicht mehr in der Lage waren, sich schützend vor die jugendlichen Träger zu stellen.³⁵³⁵ Dirk Moldt meint, damit ließen sie „die gemäßregelten Jugendlichen im Regen stehen“³⁵³⁶. Zwar musste die Kirche zwischen den Positionen des Staates und denen der Basisgruppen agieren,³⁵³⁷ doch mit dem Verbot gewann die Friedensbewegung mehr Aufmerksamkeit.

Das betraf vor allem Jugendliche, die sich nicht länger mit der einseitigen FDJ-Friedenspropaganda abfinden wollten.³⁵³⁸ Anke Silomon schreibt dazu, die Verfolgung und Kriminalisierung der Träger von Schwerter zu Pflugscharen trieb „diese Christen und Nichtchristen in die Opposition

3532 Poßner, Wilfried 1995, S. 61.

3533 Vgl. Wir können euch nicht mehr schützen. Brief der Synode an die Jugendlichen der sächsischen Landeskirche vom 24. März 1982, in: Büscher, Wolfgang u. a. (Hrsg.) 1982, S. 290-293; vgl. Ein schwerwiegender Fehler. Kanzelabkündigung der sächsischen Landeskirche vom 28. März 1982, in: ebd., S. 293-298; vgl. Neubert, Ehrhart 2000, S. 402 f.

3534 Vgl. Gerlach, Stefanie Virginia 1999, S. 131; vgl. Neubert, Ehrhart 2000, S. 403; vgl. Klein, Thomas 2007, S. 88 f.

3535 Vgl. Bretschneider, Harald/Johannes Pohl 2010, S. 340.

3536 Moldt, Dirk 1999, S. 90.

3537 Vgl. Goeckel, Robert F. 1995, S. 294.

3538 Vgl. Poßner, Wilfried 1995, S. 61; vgl. Widera, Thomas 2007, S. 51.

oder in die Bundesrepublik“³⁵³⁹. Allein Harald Bretschneider soll 110.000 Vliesaufnäher und 52.000 Lesezeichen bestellt und von der Evangelischen Brüder-Unität Herrnhut erhalten haben.³⁵⁴⁰ Damalige Schätzungen sprechen von einer Produktionsauflage von 120.000 Stück und von 100.000 Heranwachsenden, die das Protestsymbol trugen.³⁵⁴¹ Während die meisten jungen Menschen aus dem Umfeld der Kirche den Kompromiss vom April 1982 wohl kaum verstanden, blieb der Geheimpolizei die genaue Stückzahl von Symbolen der Friedensbewegung weitgehend verborgen. Wann genau sich das kirchliche Abbild zum Symbol der Friedensbewegung entwickelte, ist umstritten. Stefan Wolle nimmt an, die Bewegung Schwerter zu Pflugscharen wurde erst 1982 geboren,³⁵⁴² verschiedene Akteure der Friedensbewegung aber hatten das Bibelwort schon früher aufgegriffen. Dirk Moldt verweist auf die Friedensdekade von 1981, bei der das Abbild erstmalig das Deckblatt einer Materialmappe zierte.³⁵⁴³ Harald Bretschneider schildert, auf der Suche nach einem öffentlichkeitswirksamen Symbol für die Friedensdekade 1980 habe er sich an die Skulptur von Jewgeni Wutschetitsch mit dem Titel: „Wir werden die Schwerter zu Pflugscharen umschmieden“ erinnert.³⁵⁴⁴

Schließlich wurde das Bibelwort auf Lesezeichen gedruckt und 100.000 Vliesaufnäher bei der nächsten Friedensdekade mit dem Titel „Gerechtigkeit, Abrüstung, Frieden“ in Umlauf gebracht. Tausende Jugendliche bekundeten mit dem Tragen des Symbols nicht nur ihre Ablehnung gegen Krieg und jegliche Aufrüstung.³⁵⁴⁵ Viele von ihnen wollten damit gleichsam ihren Protest gegen die staatliche Bevormundung ausdrücken.³⁵⁴⁶ Bevor es zur massenhaften Verbreitung der Aufnäher kam, wurde Schwerter

3539 Silomon, Anke 1999, S. 300.

3540 Um einer Notwendigkeit der Druckgenehmigung zu entgehen, wurde das Symbol auf Vliesstoff gedruckt. Da dieses Material als Textiloberflächenveredelung zählte, bedurfte es keiner Genehmigung. Vgl. Bretschneider, Harald/Johannes Pohl 2010, S. 339.

3541 Vgl. Sachse, Christian 2014, S. 221.

3542 Vgl. Wolle, Stefan 1992 (a), S. 93.

3543 Die Idee stammte vom brandenburgischen Landesjugendpfarrer Manfred Domrös und dem Babelsberger Pfarrer Stephan Flade. Sie ließen das Symbol von der Herrnhuter Brüdergemeine auf Vliesstoff drucken. Vgl. Moldt, Dirk 2008 (b), S. 254.

3544 Vgl. Bretschneider, Harald/Johannes Pohl 2010, S. 338 f.

3545 Vgl. Bickhardt, Stephan 1995, S. 470; vgl. Klein, Thomas 2007, S. 87 f.; vgl. Wunnicke, Manfred 2008, S. 117.

3546 Vgl. Silomon, Anke 1999, S. 295.

zu Pflugscharen zum Sinnbild des Königswalder Friedensseminars (Sachsen).³⁵⁴⁷ Während das Seminar, bei dem sich zweimal jährlich Wehrdienstverweigerer trafen, 1972 25 bis 30 Personen gezählt hatte, beteiligten sich Anfang der 1980er fast 400 Menschen, darunter viele Jugendliche. Nach dem Vorbild in Königswalde konstituierten sich andernorts weitere Treffen mit wachsendem Zulauf, bspw. in Karl-Marx-Stadt³⁵⁴⁸, Meißen³⁵⁴⁹, Güstrow³⁵⁵⁰ oder Königswartha³⁵⁵¹.

Anfang der 1980er Jahre stieg die Zahl von Wehrdienstverweigerern in der gesamten DDR: in Berlin von 185 (1983) auf 227 (1984), in Cottbus von 49 (1983) auf 70 (1984) und in Suhl von neun (1983) auf 27 (1984).³⁵⁵² Im ländlich geprägten Kreis Annaberg verweigerten 1982 30 Prozent mehr junge Männer den Wehrdienst als zwei Jahre zuvor.³⁵⁵³ Von 1982/83 an konstatierte das MfS in Karl-Marx-Stadt und Berlin zunehmend mehr Jugendliche, die von ihrer Entscheidung zum verlängerten Wehrdienst zurücktraten. Zusätzlich verweigerten Frauen mit Eingabeschreiben ihre im Wehrdienstgesetz von 1982 vorgesehene Einberufung,

3547 Vgl. Kluge, Matthias 2004, S. 173 f.

3548 Für den Bezirk Karl-Marx-Stadt seien genannt: das Karl-Marx-Städter Friedensseminar, der Friedenskreis für sozialdiakonische Arbeit, der Montagskreis, die Friedensarbeitskreise der evangelischen Studentengemeinde (Karl-Marx-Stadt und Freiberg) sowie der Sozialarbeitskreis (Zwickau). Vgl. Rückinformation zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen vom 23. März 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 57.

3549 Das 1975 gegründete Friedensseminar in Meißen wollte christlichen Jugendlichen eine Plattform geben und kam in den 1980er Jahren auf Teilnehmerzahlen von bis zu 350 jungen Menschen. Vgl. Wunnicke, Manfred 2008, S. 116.

3550 Der im Juli 1980 in Güstrow gegründete Friedenskreis zog aus organisatorischen Gründen nach Kessin bei Rostock, wo 1982 das erste Friedensseminar mit 50 bis 100 Jugendlichen erfolgte, die teilweise Schwerter zu Pflugscharen trugen. Vgl. ebd., S. 119.

3551 Vgl. Mühlen, Patrik von zur 2000, S. 51.

3552 Vgl. Einschätzung ausgewählter Probleme der politisch-operativen Lageentwicklung unter jugendlichen Personenkreisen im Jahr 1984 vom 15. Mai 1985, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 2416, pag. Bl. 89.

3553 Vgl. Levin, Helmut: Fachschulabschlußarbeit. Thema: Die Aufklärung und Bekämpfung feindlich-negativer Erscheinungen unter der Jugend, die durch reaktionäre Kreise der evangelischen Kirche ausgenutzt und verstärkt werden, in: BStU, MfS, Mikrofilm JHS-Nr. 121/83, S. 9. (nicht pag.).

davon fast 70 Frauen der Initiativgruppe Frauen für den Frieden um Bärbel Bohley und Ulrike Poppe sowie Berliner Medizinstudentinnen.³⁵⁵⁴

In Berlin lehnten 1982 rund 85 Prozent der Verweigerer den bewaffneten Dienst aus christlichen Gründen ab. Für die Geheimpolizei war das eine Folge „pazifistischer Einflüsse, klerikaler Angriffe sowie weiterer negativer Erscheinungen unter der Jugend“, da sie annahm, unter den Verweigerern gebe es nur einen „wesentlich geringeren Anteil“³⁵⁵⁵ mit religiösen Bindungen. Die Kirche – mit Einführung der Wehrpflicht 1962 als seelsorgerischer und juristischer Berater für Verweigerer tätig sowie Treffpunkt ehemaliger Bausoldaten³⁵⁵⁶ – hätte oftmals auf die Entscheidung Einfluss genommen und in Einzelfällen bei den Ablehnungserklärungen geholfen.³⁵⁵⁷ Denn besonders haderten christliche junge Männer aufgrund ihrer pazifistischen Überzeugungen mit dem Einberufungsbefehl zur NVA. Mit dem neuen Wehrdienstgesetz vom März 1982 stieg der Druck auf sie. Detaillierte Bestimmungen zu Wehrdienstverweigerung blieb das Gesetz ebenso schuldig wie Hinweise auf den waffenlosen Wehersatzdienst. Lediglich Paragraph 43 klärte bei Verweigerungsverhalten über die Möglichkeit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren auf.³⁵⁵⁸ Im selben Jahr wurden nach diesem Paragraphen 250 von 270 Verweigerern verurteilt,³⁵⁵⁹ während sich die Friedensbewegung darum bemühte, dem Thema Wehrdienstverweigerung mehr Öffentlichkeit zu verschaffen.

3554 Vgl. Einschätzung der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen der Hauptstadt der DDR, Berlin, im Jahre 1983 vom 6. Februar 1984, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 2/2, pag. Bl. 21 u. 24; vgl. Arbeitsmaterial zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR vom 3. Juli 1984, in: ebd., pag. Bl. 72; vgl. Rückinformation zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen vom 23. März 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 56 f.

3555 Einschätzung der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen der Hauptstadt der DDR, Berlin, im Jahre 1982 vom 15. Februar 1983, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 115.

3556 Vgl. Bollow, Frauke u. a. 1996 (b), S. 310 f.

3557 Vgl. Einzelinformation Nr. 584/65 über die Stellung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zum Wehr- und Wehersatzdienst und zum Familiengesetz-Entwurf vom 30. Juni 1965, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1074, Bl. 1-40; vgl. Neubert, Ehrhart 2000, S. 302.

3558 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1982, § 43, Abs. 1; vgl. Henrich, Wolfgang 1983, S. 9 f.

3559 Vgl. Wenzke, Rüdiger 2005, S. 370.

Dennoch blieb Verweigerung eine Ausnahmeerscheinung. Bis zum Ende der DDR konnte die fast 100-prozentige Auffüllung von Führungsorganen und Truppen in der NVA gesichert werden.³⁵⁶⁰ Zum einen wussten viele Jugendliche nicht um diese Möglichkeit, da weder Bildungswesen noch Medien darüber informierten.³⁵⁶¹ Zum anderen konnten Weigerungen den beruflichen Aufstieg verhindern und damit den Verlust der sozialen Stellung bedeuten.³⁵⁶² So schlugen 1982 in Berlin 187 Wehrpflichtige (2,1 Prozent) des Jahrgangs 1964 den Dienst mit der Waffe aus; elf junge Männer (0,04 Prozent) verweigerten total. Damit blieb die Rate der Totalverweigerer, deren Entscheidung oftmals mit enormen psychischen Belastungen einherging, im Vergleich zu den Vorjahren konstant, indes sich die Ablehnungen zum bewaffneten Dienst, wenn auch in geringem Maß, häuften.³⁵⁶³ Vermutlich trauten sich in der ersten Hälfte der 1980er Jahre auch deshalb mehr junge Männer, den Dienst an der Waffe zu verweigern, weil die Staatsmacht 1983, zum 500. Geburtsjahr Martin Luthers, die Einberufungsbefehle an potentielle (Total-)Verweigerer kurzfristig aussetzte,³⁵⁶⁴ um öffentlichen Konfrontationen mit der Kirche vorzubeugen. Im Vergleich zu 1982 stiegen im Folgejahr die Zahlen von jungen Männern, die den Dienst mit der Waffe ablehnten, insgesamt auf fast 180 Prozent, bei Totalverweigerern auf über 500 Prozent,³⁵⁶⁵ obwohl erst Mitte der 1980er Jahre von einer Strafverfolgung bei Totalverweigerung abgesehen wurde.

In Berlin bspw., wo jährlich rund 9.000 Wehrpflichtige die Musterung absolvierten und davon 30 bis 40 Prozent für einen militärischen Beruf

3560 Die NVA blieb mit 103.000 Mann, darunter 32.000 Offizieren und 20.000 Unteroffizieren, bis zum Untergang der DDR intakt. Vgl. Patzer, Werner 1998, S. 390.

3561 Vgl. Mahrad, Christa 1981 (a), S. 354; vgl. Helwig, Gisela 1988 (b), S. 103.

3562 In einer Studie von 2004 gab rund die Hälfte von etwa 70 ehemaligen Bausoldaten an, verschiedene Benachteiligungen im Bildungswesen erlebt zu haben: Nichtzulassung zur EOS, Verlassen der EOS ohne Abitur, keinen Studienplatz sowie Nachteile bei Berufswahl oder Weiterqualifizierung. Vgl. Widera, Thomas 2007, S. 50.

3563 Vgl. Einschätzung der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen der Hauptstadt der DDR, Berlin, im Jahre 1982 vom 15. Februar 1983, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 115.

3564 Vgl. Patzer, Werner 1998, S. 378.

3565 Vgl. Arbeitsmaterial zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR vom 3. August 1983, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 80 u. 90 f.

bzw. als Soldat oder Unteroffizier auf Zeit zu gewinnen waren, erhielten 1982 von 19 Totalverweigerern 13 eine Freiheitsstrafe. Drei Wehrpflichtige versuchten sich das Leben zu nehmen.³⁵⁶⁶ Da die politische Führung unter allen Umständen die Anforderungen des Wehrdienstgesetzes bzw. die Quoten für die NVA erfüllen wollte, wurden Wehrdienstverweigerer trotz ihrer teilweise genehmigten Ablehnungserklärungen bedrängt und erneut für die Einberufung vorgesehen. Doch überall in der DDR beteiligten sich Lehrlinge in der ersten Hälfte der 1980er Jahre in Berufsschulen und Wohnheimen an Unterschriftensammlungen („Frieden schaffen ohne Waffen“), lehnten Schießausbildungen der GST ab, forderten den SoFD und trugen neben Aufnähern von (westlichen) Fußballklubs pazifistische Symbole.³⁵⁶⁷ An POS regte sich im Staatsbürgerkunde- oder Wehrunterricht Widerstand. Manch älterer Schüler trug im Schulhaus Abzeichen, Aufkleber oder Aufnäher der Friedensbewegung. In einigen Fällen schickten Lehrkräfte die Betroffenen heim, damit sie ihre Kleidung wechselten, bei anderen folgten disziplinarische Schritte von Schule und Volkspolizei.³⁵⁶⁸

Es waren besonders Schüler, die steigenden Druck verspürten, die Ausbildungsanforderungen zur Wehrausbildung in den 1980er Jahre zu erfüllen, obwohl sie den Wehrdienst häufiger als einen Beitrag zur Friedenssicherung und zum Landesschutz verstanden. In der Folge machten sich schon Achtklässler viele Gedanken über ihren künftigen Wehrdienst. Laut einer Studie des ZIJ vom Frühjahr 1987 mit 700 Jungen (14 Jahre) interessierten sich aus Sicht der Forscher zu wenige der Befragten für militärische Berufe. Zudem existierten „beträchtliche Reserven“³⁵⁶⁹ bei der Integration in wehrpolitische/-sportliche Tätigkeiten. Von 1983 an nahmen auffallend weniger Jungen mit Enthusiasmus an den „Hans-Beimler-Wett-

3566 Vgl. Einschätzung der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personengruppen der Hauptstadt der DDR, Berlin, im Jahre 1982 vom 15. Februar 1983, in: ebd., pag. Bl. 116.

3567 Vgl. Arbeitsmaterial zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personengruppen in der DDR vom 3. August 1983, in: ebd., pag. Bl. 80 u. 90 f.

3568 Der Anteil an IM unter der Schülerschaft lag zwischen zwei (unter 16 Jahren) und fünf Prozent (unter 18 Jahren). Vgl. Einschätzung der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personengruppen der Hauptstadt der DDR, Berlin, im Jahre 1982 vom 15. Februar 1983, in: ebd., pag. Bl. 117-119; vgl. Remy, Dietmar Johannes 1999, S. 105 f.

3569 Förster, Peter 1987: Kurzinformation über Ergebnisse einer Untersuchung bei männlichen Schülern der 8. Klasse über ihre Haltung zum späteren Wehrdienst in der NVA vom Juli, Bl. 11.

kämpfen“ teil.³⁵⁷⁰ Derart „antisozialistische Haltungen und Einstellungen“ wie das Desinteresse am Wehrsport unter Schülern, das Tragen pazifistischer Symbole oder Forderungen nach dem SoFD bei Lehrlingen und Studenten kamen nach Einschätzung der Geheimpolizei durch den Einfluss westlicher Massenmedien, „feindlich-negativ klerikaler Kräfte sowie pseudopazifistischer Kräfte“³⁵⁷¹ zustande.

Tatsächlich verschlossen sich ab Mitte der 1980er Jahre zunehmend mehr junge Menschen der wehrpolitischen Erziehung bzw. dem schulischen Wehrunterricht. Zudem nahmen viele ihre Verpflichtungserklärungen für den verlängerten Wehrdienst nach Erhalt von Lehrstelle oder Studienplatz zurück, sofern das überhaupt möglich war. Von den 1970er Jahren an galt eine über den Grundwehrdienst von 18 Monaten hinausgehende dreijährige Militärdienstzeit als Studienvoraussetzung.³⁵⁷² Der Großteil von 1.130 Lehrlingen und fast 430 EOS-Schülern erklärte in einer Umfrage vom Mai bis September 1985, die meisten Sorgen bereite ihnen hinsichtlich des Wehrdienstes die Trennung von Familie und der Partnerin. Nicht wenige der 16- bis 19-Jährigen ängstigten sich vor einer möglichen Überforderung und befürchteten Schikanen durch ältere Soldaten.³⁵⁷³ Jugendforscher Günter Roski bilanzierte, die psychischen und physischen

3570 Von den 700 männlichen 14-Jährigen präferierte über die Hälfte den normalen Grundwehrdienst, etwa 35 Prozent den verlängerten Wehrdienst, rund zehn Prozent wüssten es nicht und weitere fünf Prozent wollten einen militärischen Beruf ergreifen. Damit erfüllten die Probanden die geforderte Zielstellung von 40 Prozent beim freiwilligen Wehrdienst auf Zeit bzw. militärischen Berufen. Vgl. ebd., Bl. 2-4, 11 u. 13.

3571 Arbeitsmaterial zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR vom 3. Juli 1984, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 2/2, pag. Bl. 74.

3572 Vgl. ebd., pag. Bl. 74 f.; vgl. Geißler, Gert 2015, S. 79.

3573 Die schriftliche Befragung erfolgte in der Gruppe in mehreren Ausbildungslagern der GST. Die Lehrlinge kamen aus den Bezirken Berlin, Erfurt, Halle, Leipzig, Magdeburg, Neubrandenburg, Potsdam, Rostock und Schwerin, die Schüler aus den Bezirken Cottbus, Erfurt, Gera, Neubrandenburg und Potsdam. Vgl. Roski, Günter 1986: Fähig und bereit zur Verteidigung des Sozialismus. GST-interne Untersuchung des Zentralinstituts für Jugendforschung in Vorbereitung des VIII. Kongresses der GST. Hauptuntersuchung 1985. Jugendliche zum bevorstehenden Dienst in der Nationalen Volksarmee. Auswertung einer offenen Frage. Manuskript vom Juli, Bl. 3, 8 f. u. 17.

Belastungen Heranwachsender in Vorbereitung auf den Wehrdienst seien gewachsen.³⁵⁷⁴

So protokollierte die Geheimpolizei in Berlin 1983 zwar bei den Quoten zum verlängerten Wehrdienst das beste Ergebnis seit 1975, aber diese Entscheidung beruhte weniger auf politisch-ideologischen Motiven, sondern vielmehr auf persönlichem Vorteilsstreben. Der Großteil der jungen Männer wollte den Wehrdienst ohne große Unterbrechung sofort mit Ende der Lehrausbildung beginnen, und vor allem Abiturienten versprachen sich davon den begehrten Studienplatz.³⁵⁷⁵ Nachdem im Dezember 1983 amerikanische Raketen in Westeuropa stationiert wurden, konstatierten die Leipziger Jugendforscher weitere Probleme im (Wehr-)Bewusstsein der jungen Generation. Von knapp 690 jungen Arbeitern, Lehrlingen und Studenten aus Leipzig meinten im Januar 1984 etwa 90 Prozent, durch die Stationierung habe sich die Gefahr eines Dritten Weltkrieges erhöht. Zwar nominierten die meisten politisch „korrekt“ den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan zur „friedensgefährdenden Person“, allerdings bekannten zu viele, selbst junge „Genossen“ gemäß dem ZIJ den Zusammenhang von „Imperialismus“ und latenter Kriegsgefahr.³⁵⁷⁶

Der von kirchlichen Kreisen propagierten Auffassung, „über ihre Abrüstungsvorschläge hinaus und unabhängig von der Reaktion der NATO“³⁵⁷⁷ könne die Sowjetunion einseitig mit der Abrüstung beginnen, pflichteten in der Studie häufig religiöse und weltanschaulich unentschlossene Heranwachsende bei. Religiöse und Nichtmitglieder der FDJ lehnten

3574 Vgl. ebd., Bl. 14 u. 18. Günter Roski ging in einem zweiten Bericht näher auf die Beantwortung der Frage ein. Vgl. ders. 1986: Fähig und bereit zur Verteidigung des Sozialismus. GST-interne Untersuchung des Zentralinstituts für Jugendforschung in Vorbereitung des VIII. Kongresses der GST. Hauptuntersuchung 1985. Hinweise und Vorschläge Jugendlicher zur Veränderung/Verbesserung der vormilitärischen Ausbildung. Auswertung einer offenen Frage vom November.

3575 Vgl. Einschätzung der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen der Hauptstadt der DDR, Berlin, im Jahre 1983 vom 6. Februar 1984, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 2/2, pag. Bl. 21 f.

3576 Die Autoren verwiesen auf die positive Auswahl der Probanden in politisch-ideologischer Hinsicht, demzufolge der Wert für die Gesamtheit der Jugend etwas niedriger liege. Frauen waren zu 40 und Männer zu 60 Prozent vertreten. Insgesamt gehörten 95 Prozent zur FDJ. Vgl. Gerth, Werner u. a. 1984: Operativstudie Die Haltung der Jugend zu aktuellen Fragen der Friedenssicherung vom Januar, Bl. 2, 4, 10, 14 f., 18 f., 21 f., 53 u. 55.

3577 Ebd., Bl. 11.

außerdem im stärkeren Maße die Aufrüstungspläne der Sowjetunion ab, Raketen in der DDR und der Tschechoslowakei zu stationieren.³⁵⁷⁸ Insgesamt äußerte in dieser Studie mehr als ein Viertel aller jungen Arbeiter und Studenten seine Bereitschaft, einen persönlichen Beitrag zu leisten, „selbst religiöse Jugendliche und auch politisch nichtorganisierte junge Werktätige“³⁵⁷⁹. Die Ansichten über die Art dieses Beitrages variierten jedoch. Die Mehrheit der Christen verweigerte in der Umfrage z. B. wehrsportliche Aktivitäten. Sie bevorzugten, wie zehn Prozent der jungen Arbeiter und Studenten, die Anwesenheit bei Friedensgottesdiensten.³⁵⁸⁰

Eine andere Studie von 1984 dokumentierte, im Vergleich zum Beginn des Jahrzehnts besuchten mehr Lehrlinge evangelische Friedensgottesdienste. Der Anteil religiöser Positionen unter ihnen sei „auffällig hoch“³⁵⁸¹. Die (nicht repräsentative) Befragung vom Sommer 1984 mit rund 770 männlichen Jugendlichen bewies aus Sicht Peter Försters dennoch, wie vorangegangene Studien: Die Jugend in der DDR charakterisierte ein „sehr stark ausgeprägte[s] Friedensengagement“³⁵⁸². Denn die Mehrzahl der jungen Männer und etwa 90 Prozent der befragten Christen vertraten die Auffassung, Frieden und Sozialismus gehörten zusammen, wenngleich sich vor allem Lehrlinge „von den Friedensbeteuerungen führender BRD-Politiker täuschen“³⁵⁸³ ließen. Die Mehrheit der Befragten und fast die Hälfte der Christen, äußerten 1984 ihre Bereitschaft, die DDR im Angriffsfall zum Schutz von Kindern und Familien mit dem eigenen Leben zu verteidigen. Dieses Ergebnis verbuchte Förster als „Erfolge kon-

3578 Vgl. ebd., Bl. 11 u. 21 f.

3579 Ebd., Bl. 35.

3580 Interesse an Friedensgottesdiensten bekundeten weitere 30 Prozent junger Arbeiter/Studenten, 35 Prozent weltanschaulich Unentschlossener und 40 Prozent der politisch unorganisierten Probanden. Vgl. ebd., Bl. 35 u. 39 f.

3581 Die Probanden unterteilten sich in etwa 340 Lehrlinge (rund 45 Prozent) und 430 Schüler von EOS (rund 55 Prozent). Fast alle Schüler wohnten im Bezirk Dresden, über die Hälfte der Lehrlinge kam aus dem Bezirk Leipzig, 20 Prozent aus dem Bezirk Suhl. Die schriftliche Befragung der Lehrlinge erfolgte in Scheibe-Alsbach, die der Schüler in Schirgiswalde. Förster, Peter 1984: Bereit und fähig zur Verteidigung des Sozialismus. GST-interne Untersuchung des Zentralinstituts für Jugendforschung in Vorbereitung des VIII. Kongresses der GST. Voruntersuchung 1984. Lehrlinge und EOS-Schüler. Schnellinformation vom September, Bl. 19.

3582 Ebd., Bl. 8.

3583 Ebd., Bl. 14 f.

tinuierlicher und konsequenter sozialistischer Wehrerziehung“³⁵⁸⁴. Jene Lehrlinge und jungen Christen, die nicht bereit waren, ihr Leben zur Landesverteidigung einzusetzen, erklärten, dies sei sinnlos, wenn Massenvernichtungswaffen ohnehin alles Leben zerstören würden, bzw. nannten sie häufiger persönliche oder religiöse Gründe.³⁵⁸⁵

Auch diese Einstellung führte das MfS auf die Absicht „feindlich-negative[r] Kräfte“ zurück, die Jugend unter dem Dach der Kirche in die „staatlich unabhängige[...] Friedensbewegung“ zu integrieren. Mit dem Ziel, eine „innere[...] Opposition“ zu schaffen, sollten pseudopazifistische Auffassungen verbreitet und vor allem (kirchlich ungebundene) Heranwachsende in „sogenannte Friedens-, Ökologie- und andere alternative Gruppen“³⁵⁸⁶ einbezogen werden. Dabei bedienten sich die kirchlichen Initiatoren einer Vielzahl von Formen des gewaltfreien Widerstands, des zivilen Ungehorsams und symbolischer Protestaktionen: Kundgebungen, Sternmärsche, Unterschriftensammlungen, Anketten an Toren, Umtausch von Kriegsspielzeug, Bunkerplatzverlosung, die Erklärung bestimmter Gebiete, Wohnanlagen usw. zu atomwaffenfreien Zonen und Aufrufe zu Vorlesungstreiks in Universitäten oder zum extralangsam Arbeiten in den Betrieben.³⁵⁸⁷ Im März 1984 registrierte die BV Karl-Marx-Stadt, „reaktionäre kirchliche Kräfte und andere feindliche Personen“³⁵⁸⁸ versuchten mit teilweise neuen Methoden, Jugendliche zu gewinnen. Das konnten sein: öffentliche Mahnwachen mit Kerzen und pazifistischen Plakaten, Fastenaktionen („Fasten für das Leben“), Schweigeminuten gegen die Stationierung von SS-20-Raketen, Einschreiben/Protestbriefe an Politiker aus Ost und West, Friedensverträge mit westdeutschen Bürgern („Abrüstung von unten“) und Ausstellungen über Umweltschutz. Damit traf die Kirche bzw. die Friedensbewegung einen Nerv bei der jungen Generation. Das MfS in Karl-Marx-Stadt ging gar so weit zu sagen, mit den „Angelegen-

3584 Ebd., Bl. 26.

3585 Vgl. ebd., Bl. 4, 9 f., 17, 26 u. 30.

3586 Arbeitsmaterial zu einigen ausgewählten Problemen der politisch-operativen Lageentwicklung unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR vom 10. Juli 1985, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 2/2, pag. Bl. 95.

3587 Vgl. Übersicht über aus dem Operationsgebiet bekannt gewordene wesentliche Mittel und Methoden des „gewaltfreien Widerstandes“ vom 23. Januar 1985, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. II, Nr. 977, pag. Bl. 86-88.

3588 Rückinformation zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen vom 23. März 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 56.

heiten des Umweltschutzes“ würde „eine größere Basis unter der Bevölkerung geschaffen werden [...] als mit der kirchlichen ‚Friedensarbeit‘“³⁵⁸⁹.

Der Großteil der Öko-/Umweltgruppen in der DDR konstituierte sich 1983/84 unter Aufschwung der bundesdeutschen Partei Die Grünen. Die Mehrheit der Mitglieder entstammte den (kirchlichen) Friedenskreisen.³⁵⁹⁰ Lange bevor die Regierung von ihrer Behauptung abwich, im Sozialismus könne es keine Umweltzerstörung wie in „kapitalistischen“ Ländern geben, und im Jahr 1980 eine staatliche Umweltorganisation gründete, hatte sich die evangelische Kirche dem Umweltschutz gewidmet. Mit Sternenfahrten und Aufräumaktionen in Wäldern wurde auf die gravierende Umweltverschmutzung, die verödeten Landstriche durch den Braunkohleabbau und Trinkwasserverunreinigung durch Abwässer der Industrie aufmerksam gemacht.³⁵⁹¹ Umweltaktivisten aus dem Umfeld der unabhängigen Friedensbewegung gestalteten Wandzeitungen oder Schaufenster und organisierten für Jugendliche Radtouren sowie Arbeitseinsätze in verschmutzten Waldstücken.³⁵⁹²

Bei Baumpflanzaktionen in Rostock und Schwerin stiegen die Zahlen der beteiligten Jugendlichen von 50 (1979) auf 200 (1980). Im Mai 1981 nahmen mehr als 100 Heranwachsende an der Kampagne „Mobil ohne Auto“ teil, bei der sie den ganzen Tag das Fahrrad nutzten und vielerorts Bäume pflanzten.³⁵⁹³ Im Vergleich zu den 1970er Jahren agierte die kirchliche Öko-Bewegung überregionaler und öffentlichkeitswirksamer. Die

3589 Aktivitäten gegnerischer Kräfte zur Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit im Bezirk Karl-Marx-Stadt vom 4. Januar 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. II, Nr. 977, pag. Bl. 24.

3590 Vgl. Information über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen vom 1. Juni 1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 150, zitiert in: Mitter, Armin/Stefan Wölle (Hrsg.) 1990, S. 59 (Anlage).

3591 Ab Ende der 1970er Jahre stärkte sie das Umweltbewusstsein ihrer Mitglieder, da alle Kirchenzeitungen die rund 500.000 Leser über Umweltprobleme informierten. Vgl. Wensierski, Peter 1981, S. 36; vgl. Goeckel, Robert F. 1995, S. 284.

3592 Vgl. Aktivitäten gegnerischer Kräfte zur Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit im Bezirk Karl-Marx-Stadt vom 4. Januar 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. II, Nr. 977, pag. Bl. 23 f.

3593 Vgl. Wensierski, Peter 1981, S. 24 f.

Kirche vereinte in den 1980er Jahren mindestens 40 dieser Gruppen.³⁵⁹⁴ Das wohl prominenteste Beispiel war die Ende 1986 von zwei kirchlichen Mitarbeitern gegründete Umweltbibliothek des Friedens- und Umweltkreises in der Berliner Zionskirchgemeinde. Welche Brisanz die Zionskirche für die Geheimpolizei hatte, beweist die Diskussion, inwieweit das MfS im Oktober 1987 eine Mitschuld am Überfall von Skinheads auf die Kirche hatte.³⁵⁹⁵ Aus Sicht der Sicherheitsorgane fungierte die Umweltbibliothek als Anlaufpunkt für kritische Kräfte aus Ost und West. Nach dem Berliner Vorbild entstanden in anderen Städten ähnliche Kommunikationszentren.³⁵⁹⁶

Die Offene Jugendarbeit der evangelischen Kirche berührte mit dem Thema Umweltschutz vor allem deshalb den jugendlichen Zeitgeist, weil Umweltprobleme bei der Wertorientierung Jugendlicher annähernd denselben hohen Rang wie Frieden oder privates Glück besetzten.³⁵⁹⁷ In der ersten Hälfte der 1980er Jahre interessierten sich 80 bis 90 Prozent aller Heranwachsenden für ökologische Fragen, darunter viele Schüler (EOS), Studenten und Angehörige der jungen Intelligenz. Mitte des Jahrzehnts waren zwischen 50 und 60 Prozent aller Jugendlichen davon überzeugt, Umweltprobleme ließen sich gegenwärtig lösen. Nur jeder Fünfte glaubte, die SED würde sich ehrlich damit auseinandersetzen.³⁵⁹⁸ So stark, wie die Zweifel unter Jugendlichen beim staatlichen Umweltschutz ausfielen, so sehr wuchs die Skepsis gegenüber der propagierten Landesverteidigung um jeden Preis. Die Jugend schien von den gesellschaftlichen Militarisierungsmaßnahmen ihrer Regierung gewissermaßen erschöpft gewesen zu sein.

3594 Vgl. Information über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen vom 1. Juni 1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 150, zitiert in: Mitter, Armin/Stefan Wolle (Hrsg.) 1990, S. 59 f. (Anlage); vgl. Goeckel, Robert F. 1995, S. 284.

3595 Vgl. Moldt, Dirk 1999, S. 94 f.

3596 Vgl. Information über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen vom 1. Juni 1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 150, zitiert in: Mitter, Armin/Stefan Wolle (Hrsg.) 1990, S. 66 f. (Anlage).

3597 Vgl. Gericke, Thomas 1989, S. 21.

3598 Vgl. Förster, Peter u. a. 1986: Information zum Entwicklungsstand des Denkens und Verhaltens unserer Jugend vor dem XI. Parteitag der SED vom März, Bl. 34.

Die wehrpolitische Indoktrination erfasste in den 1980er Jahren nahezu die gesamte Bevölkerung, jeder 20. Bürger gehörte haupt- oder nebenberuflich einer para-/militärischen Organisation an. Alle staatlichen wie gesellschaftlichen Massenorganisationen erfüllten Aufgaben der Wehrmobilisierung, der Wehrerziehung oder der Landesverteidigung.³⁵⁹⁹ Während Anfang der 1980er Jahre bei vielen jungen Menschen die positiven Erwartungen an „Friedenskampf“ und Abrüstung überwogen, avancierte die latente Kriegsgefahr für die Mehrheit der Jugendlichen spätestens ab 1985 zur bestimmenden Realität.³⁶⁰⁰ Das führte zu einer Erosion im staatstreuen Bewusstsein. Zu dieser Zeit meinten 90 Prozent aller Heranwachsenden, ein Dritter Weltkrieg bringe weder Sieger noch Besiegte hervor. Etwa 95 Prozent waren sich der Gefahr eines möglichen Krieges bewusst und unabhängig von Herkunft oder Weltanschauung bekundete derselbe Anteil, es gebe nichts Wichtigeres als Friedenssicherung.³⁶⁰¹ Die Meinung, Wehrbereitschaft, Wehrdienst und Landesverteidigung nützten alles nichts, wenn ein atomarer Krieg das Leben auf der Erde vernichte, vertraten mittlerweile viele Heranwachsende.

Diese aus Sicht der politischen Führung wenig erfreulichen Entwicklungen beim Wehrbewusstsein spiegelten die Studien des ZIJ in all ihren Facetten wider: Zwei Drittel von 1.270 Lehrlingen und 460 Schülern, die durch den schulischen Wehrunterricht erste Erfahrungen im Waffengebrauch gesammelt hatten, sagten im ersten Halbjahr 1985, sie wollten aus Desinteresse nicht länger dienen. Rund ein Drittel, darunter viele Christen, lehnte den Wehrdienst und ein weiteres Viertel die Ausbildung an der Waffe prinzipiell ab. Verglichen mit einer Untersuchung von 1981 war der Anteil derer stark gestiegen, die ungern Befehle annahmen und den Wehrdienst als zu anstrengend empfanden. Im Jahr 1985 äußerten entschieden weniger junge Männer die Absicht, in der Zeit ihres Wehrdienstes diszipliniert und vorbildlich aufzutreten. Selbst die lang anhaltende Bereitschaft, die DDR unter Einsatz des Lebens zu verteidigen, sank rapide, besonders unter Lehrlingen. Die meisten Jugendlichen präferierten den einfachen

3599 Vgl. Geißler, Gert/Ulrich Wiegmann 1998, S. 364; vgl. Diedrich, Torsten 2013, S. 186.

3600 Vgl. Förster, Peter 1986: Bereit und fähig zur Verteidigung des Sozialismus. Teilstudie. Teilnehmer an der vormilitärischen Ausbildung vom Mai, Bl. 17.

3601 Vgl. ders. u. a. 1986: Information zum Entwicklungsstand des Denkens und Verhaltens unserer Jugend vor dem XI. Parteitag der SED vom März, Bl. 1.

Grundwehrdienst, mit Ausnahme der Schüler,³⁶⁰² betrachteten sie den Wehrdienst doch häufiger und länger als einen Beitrag zur Friedenssicherung.

Rund ein Viertel der befragten Schüler und knapp die Hälfte der Lehrlinge schienen dem Wehrsport gegenüber zwar positiv gesonnen, allerdings nahmen 1985 gemäß dem ZIJ deutlich weniger Lehrlinge daran teil und „die allgemeinen Fortschritte bei der Entwicklung des Wehrsports der GST sind [bei ihnen] noch nicht so deutlich erkennbar“³⁶⁰³. Ähnlich verhielt es sich mit den als langweilig geltenden wehrpolitischen Schulungen. Der Großteil der Probanden hörte bei den Diskussionen zwar zu, die wenigsten jedoch beteiligten sich aktiv daran.³⁶⁰⁴ Wenngleich die Mehrheit der 1.730 befragten jungen Männer, wie im politisch-ideologischen Unterricht erlernt, dem „Imperialismus“ die Hauptschuld an der omnipräsenten Kriegsgefahr zuwies, verlor das Feindbild von der aggressiven Bundesrepublik und deren Armee an Kontur. Peter Förster erklärte 1985: „Wir halten Überlegungen für dringend notwendig, wie auch und gerade unter den heutigen Bedingungen bei allen Jugendlichen ein klares, unverrückbares Feindbild geformt werden kann.“³⁶⁰⁵

Das instabile (bundesdeutsche) Feindbild trug fast so stark zur rückläufigen Wehrbereitschaft bei wie die (nachlassende) Verbundenheit mit der DDR.³⁶⁰⁶ Der Negativtrend beim Wehrdienst setzte sich weiter fort, vor allem unter Auszubildenden. Nach Auswertung der Datensätze von rund 420 Lehrlingen verzeichnete Peter Förster Ende 1988 unter ihnen erhebliche Defizite bei der vormilitärischen Ausbildung. Der Anteil der vom Wehrdienst stark Überzeugten hatte sich von 75 Prozent (1986) auf 50 Prozent (1988) verringert und verneinende Positionen zu dessen Notwendigkeit von zehn Prozent (1986) auf 30 Prozent (1988) erhöht. Zusätz-

3602 Die Untersuchung erfolgte von Juni bis September 1985 in den Ausbildungslagern Ballenstädt, Berlin, Blankenburg, Breege, Greifswald, Halle, Magdeburg, Perow, Scheibe-Alsbach, Schirgiswalde, Schwerin und Storkow. Vgl. ders. 1986: Bereit und fähig zur Verteidigung des Sozialismus. Teilstudie. Teilnehmer an der vormilitärischen Ausbildung vom Mai, Bl. 3, 10 f. 25, 30, 33 u. 134.

3603 Ebd., Bl. 15.

3604 Vgl. ebd., Bl. 15, 143 u. 145 f.

3605 Ebd., Bl. 8.

3606 Vgl. ders. 1988: Entwicklungstendenzen der Verteidigungsbereitschaft und des Engagements in der vormilitärischen Ausbildung. Erste Ergebnisse einer Intervallstudie zu Problemen der vormilitärischen Ausbildung bei Lehrlingen. Schnellinformation vom September, Bl. 26.

lich schwand mit längerer Ausbildungsdauer die Bereitschaft, die DDR unter Einsatz des eigenen Lebens zu verteidigen, von 80 Prozent (erstes Ausbildungsjahr) auf 60 Prozent (Ende der Ausbildung). Viele junge Männer rechneten wie zu Anfang der 1980er Jahre mit Problemen beim Wehrdienst, wenn sie sich unterordnen oder Befehle ausführen mussten. Der Anteil an denjenigen, die den Wehrdienst prinzipiell ablehnten, stieg von neun Prozent (1986) auf 20 Prozent (1988), und derer von 14 Prozent (1986) auf 24 Prozent (1988), die ihn angesichts eines atomaren Infernos für überflüssig hielten.³⁶⁰⁷ Insgesamt gab es laut Förster „bei allen Grundhaltungen [...] erheblich regressive Veränderung[en]“³⁶⁰⁸.

Während die Jugendforschung vor dem sinkenden Wehrbewusstsein der jungen Generation warnte, hielt der Zustrom in evangelische Gotteshäuser an. Am 13. November 1987 kamen zum Friedensabend in der Leipziger Nikolaikirche etwa 400 Personen, darunter 90 Prozent 18- bis 25-Jährige.³⁶⁰⁹ Von 1987 an wurden einige Kirchengemeinden nach Hans-Hermann Hertle und Stefan Wolle zu einem „Kristallisationspunkt einer echten politischen Opposition“³⁶¹⁰ und der aktivste Teil der Minderheit – Jugendliche, die sich für Umweltschutz und Menschenrechte engagierten und kirchliche Veranstaltungen besuchten – veränderte gemäß Antonia Grunenberg allmählich die politische Kultur.³⁶¹¹ Unter den kirchlichen Dächern versammelten sich bei Veranstaltungen bis zu 4.000 Menschen. Jugendliche saßen aus Platznot in den Gängen. Selbst Ausweiskontrollen und willkürliche Abführungen durch das MfS vor den Toren der Gotteshäuser konnten sie nicht abhalten.³⁶¹² Im Jahr 1987 entwickelte sich die

3607 Die Ergebnisse stammten aus einer Intervallstudie zur vormilitärischen Ausbildung. In die Erhebung flossen Querschnittsuntersuchungen (von 1981 bis 1985) zum Thema „Bereit und fähig zur Verteidigung des Sozialismus“ ein. Für die Intervallstudie wurden zufällig sieben GST-Grundorganisationen ausgewählt. Die Untersuchung erfolgte in drei Etappen. An der ersten nahmen etwa 600, an der zweiten 480 und an der dritten 450 Jugendliche teil. Für die Entwicklungsverläufe standen Datensätze von rund 420 Jugendlichen zur Verfügung. Vgl. ebd., Bl. 5, 11, 18, 23, 25 f. u. 31.

3608 Ebd., Bl. 11.

3609 Vgl. Operativinformation Nr. 260/87. Verlauf der Friedensdekade am 13. November 1987 vom 14. November 1987, zitiert in: Besier, Gerhard/Stephan Wolf (Hrsg.) 1992, S. 748.

3610 Hertle, Hans-Hermann/Stefan Wolle 2006, S. 341.

3611 Vgl. Grunenberg, Antonia 1990, S. 137 f.

3612 Vgl. Goeckel, Robert F. 1995, S. 304; vgl. Hertle, Hans-Hermann/Stefan Wolle 2006, S. 341-344.

Initiative Kirche von Unten,³⁶¹³ in Ostberlin vernetzte sich die Offene Arbeit zunehmend mit gemeindenahen Friedenskreisen und im Juni desselben Jahres veranstalteten Friedens-, Öko-, und Frauengruppen den Kirchentag von Unten.³⁶¹⁴

Aus Sicht der Organisatoren hatten die Kirchenleitungen wegen des Kirchentages 1987 und der 750-Jahr-Feier Berlins den Drängen der Staatsmacht (wieder) unverhältnismäßig stark nachgegeben. So wurden die Friedenswerkstätten verboten, die Blues-Messen eingeschränkt und die Offene Arbeit erheblich behindert. Vermutlich konnten viele Jugendliche auch dieses Arrangement mit dem Staat nicht verstehen, ähnlich wie den Kompromiss über das Tragen von Schwertern zu Pflugscharen 1982. Den Kirchentag besuchten 6.000 Menschen und die Basisgruppen gewannen an Selbstbewusstsein.³⁶¹⁵ Im Frühjahr 1988 empfing Erich Honecker Landesbischof Werner Leich zu einem Gespräch, bei dem er versicherte, der Staat mische sich nicht in die Angelegenheiten der Kirche ein und dulde keine Diskriminierung ihrer Anhänger. Die Kirche beanspruchte bei der Zusammenkunft am 3. März kein Mandat für die Lösung staatlicher Aufgaben.³⁶¹⁶

Das MfS konstatierte, die Situation zwischen Kirche und Staat habe sich nach dem Treffen „relativ beruhigt“³⁶¹⁷. Die Kirche aber sah keinesfalls von ihrem Anspruch auf gesellschaftspolitische Partizipation ab. Weiterhin bemühte sie sich um bildungspolitische Chancengleichheit, Religions-, Meinungs- und Reisefreiheit, Medienpluralismus, gesellschaftliche Demokratisierung und den waffenlosen Wehrersatzdienst. Inzwischen gab es in rund zehn Städten ein Netzwerk von Gruppen ehemaliger Bausoldaten. Laut Geheimpolizei versuchten die einstigen Verweigerer, Wehrpflichtige gegen die staatliche Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufzuwiegen.³⁶¹⁸ In nahezu jeder Gruppe der autonomen Friedensbewegung wirkten ehemalige Bausoldaten, Reservistendienst- und Totalverweige-

3613 Vgl. für Einzelheiten: Moldt, Dirk 1999.

3614 Vgl. Klein, Thomas 2007, S. 287.

3615 Vgl. ebd., S. 286 f. u. 291 f.; vgl. Fehr, Hartmut 1986, S. 42.

3616 Vgl. BZ vom 4. März 1988, S. 2.

3617 Zu aktuellen Aspekten der gegenwärtigen Situation des Verhältnisses Staat – Kirche in der DDR vom 30. Mai 1988, in: BStU, MfS, AGM, Nr. 481, pag. Bl. 19 (Anlage).

3618 Vgl. ebd., pag. Bl. 20 u. 22; vgl. Information Nr. 487/88 über Erscheinungen der zunehmenden Behandlung gesellschaftspolitischer Themen und daraus abgeleiteter Forderungen gegenüber dem Staat durch die evangelischen Kirchen in der

rer.³⁶¹⁹ Im Mai 1988 wies Generaloberst Rudi Mittig, Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit, deshalb an: „Die politisch-operative Arbeit ist mit größter Sorgfalt unter Beachtung strengster Konspiration, besonders bei der Gewinnung und der Arbeit mit IM durchzuführen.“³⁶²⁰

Doch die Maßnahmen des MfS blieben insofern wirkungslos, als mehr Jugendliche Ende der 1980er Jahre zu pazifistischen und religiösen Positionen neigten. Im August 1989 resümierte das ZIJ, obwohl es bei älteren Jugendlichen – unter jungen Arbeitern und Studenten lag der Prozentsatz Religiöser 1982 bei zehn bis zwölf Prozent³⁶²¹ – nicht zu einem signifikanten Anstieg der religiösen Einstellungen gekommen sei, würden sich vor allem Schüler und Lehrlinge zur Religiosität hingezogen fühlen. Diese Tendenz erklärten die Jugendforscher mit den gesellschaftspolitischen Veränderungen, dem sowjetischen Reformkurs und der sinkenden Orientierung am Marxismus-Leninismus.³⁶²² Auffallend weniger junge Menschen schenken der staatlichen Friedenspropaganda im Verlauf der 1980er Jahre noch Glauben. Dynamisiert wurde diese Entwicklung zweifelsfrei von der Bewegung Schwerter zu Pflugscharen, wenngleich sich zunächst relativ wenige Jugendliche zu dieser bekannten und Wehrdienstverweigerung auch in den 1980er Jahren eine Ausnahme darstellte.

DDR vom 28. November 1988, zitiert in: Besier, Gerhard/Stephan Wolf (Hrsg.) 1992, S. 608.

3619 Vgl. Koch, Uwe 1995, S. 1864.

3620 Zu aktuellen Aspekten der gegenwärtigen Situation des Verhältnisses Staat – Kirche in der DDR vom 30. Mai 1988, in: BStU, MfS, AGM, Nr. 481, pag. Bl. 27.

3621 Vgl. ZIJ (Hrsg.) 1982: Die Jugend der DDR – klassenbewusst und bereit zur Verteidigung des Sozialismus. Ergebnisse einer Untersuchung in Vorbereitung des VII. Kongresses der GST. Kurzfassung des Forschungsberichtes vom Januar, Bl. 8.

3622 Die Studie basierte auf der Untersuchung zum Geschichtsbewusstsein von DDR-Jugendlichen. Von Mai bis Juni 1989 wurden etwa 1.900 Jugendliche befragt, darunter Neunt-/Zehntklässler, Lehrlinge, Arbeiter, Angestellte, Hoch-/Fachschulkader sowie Studenten der Journalistik, Tierproduktion und Ingenieure. Vgl. Lange, Günter u. a. 1989: Zum politisch-ideologischen Profil junger Christen vom August, Bl. 2, 11, 16, 21 f. u. 47.

6.2.4 Nonkonformismus

6.2.4.1 Entwicklung der Jugendkultur

Ab 1982 beobachtete das MfS bei Jugendlichen, „verstärkte Bestrebungen [...], im Sinne der in westlichen kapitalistischen Staaten existierenden ‚Punk‘-Bewegung in der Öffentlichkeit“³⁶²³. Die Entwicklung dieser Szene sei „das Ergebnis der verstärkten Propagierung derartiger Verhaltensweisen in westlichen Massenmedien mit dem Ziel, in der DDR eine ‚Punk-Bewegung‘ nach westlichem Vorbild zu initiieren, um die Jugendlichen in ‚Opposition‘ zur sozialistischen Gesellschaft zu bringen“³⁶²⁴. Die Punk-Bewegung aus Großbritannien fand über die Bundesrepublik ihren Weg in die DDR.³⁶²⁵ Westdeutschland erreichte der Punk 1976/77.³⁶²⁶ Klaus Farin beschreibt, die ersten westdeutschen Punks glaubten nicht an ein reformoffenes und demokratisches Deutschland, vielmehr ging es „um die Zerstörung scheinheiliger Tabus und Ideologien, nicht um sachliche Kritik“. Seiner Meinung nach war die erste Punk-Generation „eher diffus anarchistisch oder antipolitisch als traditionell links orientiert“³⁶²⁷. Da ihnen die Hippie-Ideale der 1970er Jahre und der links-alternative Zeitgeist suspekt erschienen, versuchten sie mit Provokationen die Gesellschaft zu schocken, z. B. mit der Verwendung von rechten Symbolen. Nihilismus und Selbstinszenierung bis hin zu schwarzem Humor (von „No future“ zu „too much future“) dominierten die Szene.³⁶²⁸

Im ostdeutschen Teilstaat unterschied die Geheimpolizei in der ersten Hälfte der 1980er Jahre zwischen westlich orientierten anarchistischen Gruppen, die nach dem Motto handelten „Macht kaputt, was euch kaputt macht“, und zwischen sogenannten Nazi-Punks (Skinheads) mit faschistischer Gesinnung. So behauptete die BV Potsdam 1985, gegen sechs Punks

3623 Information über beachtenswerte Erscheinungen unter negativ-dekadenten Jugendlichen in der DDR vom 18. Mai 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 91.

3624 Information. Erkenntnisse zu jugendlichen „Punkern“ in der DDR vom 25. November 1983, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6015, pag. Bl. 76.

3625 Christa Mahrad kategorisierte westdeutsche Punks 1981 in drei Gruppen: wenige Berufspunks, viele unpolitische Mode-Punks und aufmüpfige Jugendliche, die sich als Punks ausgaben. Vgl. dies. 1981 (b), S. 360 f.

3626 Vgl. Galenza, Ronald 2005, S. 97.

3627 Farin, Klaus 2011, S. 99.

3628 Vgl. ebd., S. 93-104.

seien Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, weil sie die öffentliche Ordnung und Sicherheit durch ihr faschistisches und antisemitisches Auftreten gefährdet hätten.³⁶²⁹ Die Punk-Bewegung gehörte zwar von 1983/84 an neben Skinheads, Heavy-Metal-Fans, New Romantics und Poppern zu einem der fünf führenden Trends in der Musik- und Modeszene, der „harte Kern“ dieser subkulturellen Milieus blieb jedoch eine Minderheit. Im Verlauf der 1980er Jahre entstanden weitere Strömungen mit teilweise diffusen Übergängen (siehe Abbildung 16). Bei den Punks waren das Anarchie- oder Mode-Punks, bei den Skinheads Red-Skins (Antifaschisten), Nazi-Skins („Faschos“) oder Hooligans³⁶³⁰ (gewaltbereite Fußballanhänger).³⁶³¹

Ende der 1960er Jahre hatten Londoner Jugendliche damit begonnen, sich mit ihrem äußeren Erscheinungsbild – kurzrasierte Haare, hochgekrempelte Hosenbeine und schwere Arbeitsschuhe – stolz zu ihrer sozialen Herkunft, der Working Class, zu bekennen.³⁶³² Der Ärger über mangelnde Perspektiven und hohe Arbeitslosigkeit entlud sich nicht wie bei den Punks in blinder Zerstörungswut, sondern in Aggressionen gegenüber Außenstehenden, vornehmlich asiatischen und farbigen Einwanderern, Studenten oder Hippies. Im Prinzip prügeln sich Skinheads mit jedem. Was zählte, war die „Klassenzugehörigkeit“ bzw. der bevorzugte Fußballverein. Gewalt wurde für die jungen resignierten Arbeiter ein legitimes Mittel

3629 Vgl. Information über einige Erscheinungsformen der politisch-ideologischen Diversion unter jugendlichen Personengruppen vom 23. April 1985, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 8517, pag. Bl. 2.

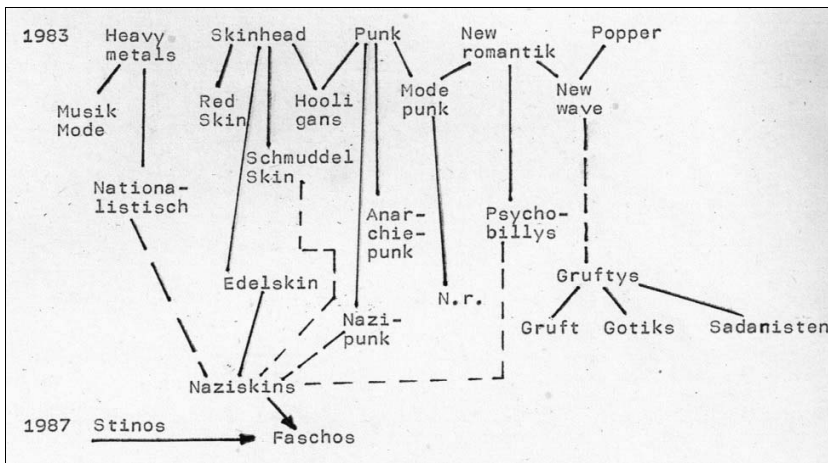
3630 In den 1960er Jahren sah das sowjetische Strafrecht für Hooliganismus, Randalieren bzw. Ärgernis erregendes Verhalten bis zu fünf Jahre Freiheitsentzug vor. Vgl. Raschka, Johannes 2005, S. 328. Gemäß dem MfS handelte es sich bei Hooligans um den aggressiven Fußballanhang von westdeutschen Mannschaften. Vgl. Einschätzung aktueller Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 23. März 1989, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 13508, pag. Bl. 36.

3631 Die Studie wurde von Loni Niederländer gefertigt. In den verwendeten Akten des MfS tauchte ihr Name nicht auf. Vgl. Forschungsprojekt Jugend der Humboldt-Universität Berlin/Sektion Kriminalistik. Planaufgabe Studie zur territorialen Ausbreitung von Skinheads und ähnlichen Gruppierungen in der DDR 1986 bis 1988. Wirksamkeit staatlicher Maßnahmen zur Zurückdrängung der Erscheinung vom November 1988, in: ebd., pag. Bl. 62 f.

3632 Vgl. für Einzelheiten: Farin, Klaus/Eberhard Seidel-Perlen 1993; Farin, Klaus 2010 (b); Menhorn, Christian 2001; Messics, Markus 2006.

zum Frustabbau und trug zur männlichen Identitätsbildung bei, vor allem in den Stadien. Die meisten Jugendlichen aus der ersten Skinhead-Generation in Großbritannien (1976) und der Bundesrepublik (1979) wiesen keine rechtsradikale Gesinnung auf. Erst später nahmen sich Neonazis und Rassisten der Szene an.³⁶³³ Im Jahr 1978 bemerkte das MfS in Karl-Marx-Stadt, die „Hitler-Welle“³⁶³⁴ aus der Bundesrepublik hätte nun die DDR erreicht. Die ersten Jugendlichen, die den britischen Skinheads ähnelten und durch aggressives Verhalten gegenüber anderen Fans auffielen, wurden zwei Jahre später in ostdeutschen Fußballstadien gesichtet. Wie in Großbritannien und der Bundesrepublik gewann der rechtsradikale Flügel im Laufe des Jahrzehnts an Stärke.³⁶³⁵

Abbildung 16: „Die ‚Szene‘ in der Entwicklung von 1983 bis heute“ vom Januar 1989



Quelle: Informationsmaterial zu „jugendlichen Randgruppen“ in der DDR aus soziologischer Sicht vom 30. Januar 1989, in: BStU, MfS, Wachregiment, Nr. 3771, pag. Bl. 17.

3633 Vgl. Farin, Klaus 2011, S. 112.

3634 Berichterstattung gemäß Befehl 11/66 des Genossen Minister – Analyse Jugend
1977 vom 14. Februar 1978, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX,
Nr. 5, pag. Bl. 285.

3635 Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 5-8 (nicht pag.).

Die Subkulturen der 1980er Jahre unterschieden sich anhand zweier wesentlicher Charakteristika voneinander. Die einen kritisierten die gesellschaftliche Realität und versuchten aus der Gesellschaft auszusteigen (Punks und Skins), die anderen wandten sich ab und flüchteten ins Diskovergnügen (Popper) oder in Spiritualität (New Romantics).³⁶³⁶ Die Grufti-Bewegung, mit Einflüssen aus der New-Romantic- und der Popper- bzw. New-Wave-Szene, nahm das MfS ab 1987/88 verstärkt wahr. Manfred Stock und Philip Mühlberg erläutern zu den Gruftis, „die Erfahrungen eines normalen und grauen Alltagslebens, das kaum die Chance bietet, in eine andere Perspektive zu münden, kehrt[e] sich hier um in einen Kult von Schwermut und Tristesse“³⁶³⁷. Die introvertierten Gruftis versuchten sich vom Alltagslärm zurückzuziehen und sich von der Mehrheitskultur mehr ästhetisch denn politisch abzugrenzen.³⁶³⁸ Sie – bis 1989 „nicht operativ in Erscheinung“ getreten – bildeten für die Geheimpolizei eine Bedrohung, weil sie – angeblich – gegen sozialistische Normen verstießen und Straftaten wie Grabschändungen nicht abgeneigt waren. So hätten im Januar 1989 zwölf Gruftis auf vier Dresdner Friedhöfen gewütet. Wieviel Wahrheitsgehalt in den geheimen Berichten steckt, wonach „Skeletteile von halb verwesten [sic!] Leichen abgetrennt“³⁶³⁹ und Urnen zerstört wurden, ist fraglich.

Ab 1984, d. h. etwas später als die Punks und Skins und zeitiger als die Gruftis, bemerkte das MfS eine Zunahme der Zahl an Heavy-Metal-Fans. Viele von ihnen waren aus der Blueser- oder der Punk-Szene.³⁶⁴⁰ Ähnlich wie ein Punk zum Metal-Fan werden konnte, besetzten sich inzwischen ganze Skin-Gruppen aus ehemaligen Punks und Metal-Fans. Obwohl die

3636 Die Quelle stammt von 1989. Vgl. Studie über Erkenntnisse der Kriminalpolizei zu neofaschistischen Aktivitäten in der DDR, in: BStU, MfS, HA XXII, Nr. 407/3, pag. Bl. 94; vgl. Informationsmaterial zu „jugendlichen Randgruppen“ in der DDR aus soziologischer Sicht vom 30. Januar 1989, in: BStU, MfS, Wachregiment, Nr. 3771, pag. Bl. 16.

3637 Stock, Manfred/Philipp Mühlberg 1990, S. 48.

3638 Vgl. für Einzelheiten: Farin, Klaus 2011, S. 161 f.

3639 Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 10. April 1989, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 91.

3640 Vgl. Arbeitsmaterial zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personengruppen in der DDR vom 3. Juli 1984, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 2/2, pag. Bl. 74.

Übergänge zwischen den subkulturellen Milieus teilweise fließend waren, verachteten die meisten Skins Gruftis und („Schmuddel“-)Punks. Die Res-sentiments hielten sich in Grenzen, wenn der Wechsel in die andere Szene erst kürzlich erfolgt war und noch Restkontakte bestanden.³⁶⁴¹ Zudem gehörten Punks, Skins und Metal-Fans oftmals demselben Fußballklub an. Dadurch entstanden weitere Kontakte zum „negativen“ Anhang des 1. FC Union Berlin, des FC Hansa Rostock oder des FC Carl Zeiss Jena.³⁶⁴²

In der Folge fungierte der Fußballsport als eine Art Brücke, einerseits zwischen Angehörigen subkultureller Milieus, andererseits zwischen ihnen und der Kirche.³⁶⁴³ Einige Punks und Skins einte zusätzlich der Hass auf „Faschos“, da nicht jeder Skinhead ein überzeugter Faschist war. Das MfS kam erst in den späten 1980er Jahren dahinter. Bis Mitte des Jahrzehnts glaubte dieses, die meisten der unter 25-jährigen Skins identifizierten sich mit den „faschistischen Ideologien und somit mit den ‚Skinheads‘ der BRD“³⁶⁴⁴. Nazi-Punks bzw. Skinheads würden als brutale Schläger auftreten und ein Teil der Berliner Skinheads sich aus dem „rowdyhaften Fußballanhang“ des 1. FC Union rekrutieren. Aus Sicht des MfS glorifizierte der „negative“ oder „rowdyhafte“ Fußballanhang westdeutsche Fußballmannschaften, da einige Fans die Symbole westlicher Vereine trugen und deren Verhaltensweisen kopierten (Chorgesänge oder Schlachtrufe).³⁶⁴⁵

3641 Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 13 (nicht pag.); vgl. Weitere Zurückdrängung und Verhinderung von Gefährdungen der Sicherheit und Ordnung, die von kriminellen/rowdyhaften Jugendlichen ausgehen, vom 2. Februar 1988, in: BStU, MfS, AGM, Nr. 481, pag. Bl. 93 f. (Anlage).

3642 Vgl. Information über beachtenswerte Erscheinungen unter negativ-dekadenten Jugendlichen in der DDR vom 18. Mai 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 96.

3643 Vgl. Schober, Andreas 1983: Fachschulabschlußarbeit. Thema: Die Organisation einer wirkungsvollen, vorbeugenden politisch-operativen Abwehrarbeit unter dem negativ-jugendlichen Fußballanhang, als Beitrag zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit und Ordnung bei Fußballveranstaltungen in der DDR vom Februar, in: BStU, MfS, Mikrofilm JHS-Nr. 710/83, pag. Bl. 12 f.

3644 Arbeitsmaterial zu einigen ausgewählten Problemen der politisch-operativen Lageentwicklung unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR vom 10. Juli 1985, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 2/2, pag. Bl. 104.

3645 Vgl. Bericht über den Stand der Realisierung der Aufgabenstellung der Information des ZK der SED „Zur Lage auf den Fußballplätzen und Vorschläge zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit im Zusammenhang mit Fußballspielen“ vom 30. Dezember 1985, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3211, pag. Bl. 200.

Ab Ende der 1970er Jahre kam es bei ostdeutschen Fußballspielen häufiger zu schweren Vorkommnissen mit Jugendlichen. Die Delikte reichten bei Spielen der DDR-Oberliga, Europapokalspielen und bei Spielen von westdeutschen Mannschaften im (sozialistischen) Ausland von Sachbeschädigung über „Rowdytum“ bis hin zu „Angriffen gegen die sozialistische Staatsmacht“. Allein in Berlin gab es Anfang der 1980er Jahre mindestens 26 Fanklubs. Neben Skinheads entdeckten viele andere Jugendliche den vergleichsweise günstigen Fußballsport als Ventil für sich und schlossen sich den Fans des „Mielke-Vereins“ BFC Dynamo und des 1. FC Union Berlin an.³⁶⁴⁶ In der Anonymität der Masse konnten sie „Stasi raus!“ und „Mielke in die Produktion!“ rufen, wofür sie sonst inhaftiert worden wären.³⁶⁴⁷

So sehr wie sich Skins für den Fußballsport begeisterten, so sehr begeisterten sich ab etwa 1987 mehr „Faschos“³⁶⁴⁸ (rechtsgesinnte junge Männer) und „Stinos“ (Stinknormale) für die gewaltbereite Szene.³⁶⁴⁹ Während (Fußball-)Skins in der Öffentlichkeit mehrheitlich prollig, aggressiv und nationalistisch daherkamen, hielten sich Nazi-Skins bzw. „Faschos“ bedeckt. Sie frönten ihrer rechtsextremen Gesinnung eher in privaten Räumen. Im Gegensatz zum „ordinären“ Skin, der oftmals Kraftsport betrieb, um bei (gesuchten) Auseinandersetzungen in Lokalen und Stadien körperlich überlegen zu sein, wogen „Faschos“ jede ihrer Handlung und die möglichen strafrechtlichen Konsequenzen ab.³⁶⁵⁰ Das ist einer der Gründe, warum es der Geheimpolizei in den 1980er Jahren schwerfiel, der Dynamik der Subkulturen zu folgen und deren Anhänger/Sympathisanten auszumachen.

3646 Vgl. Schlußfolgerungen zur wirksamen Bekämpfung und Verhinderung rowdyhafter Ausschreitungen bei Sportveranstaltungen, insbesondere bei Fußballspielen, vom 11. August 1982, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3210, pag. Bl. 15-17.

3647 Vgl. Willmann, Frank 2009, S. 160.

3648 Punks wollten mit der Verwendung des Begriffs „Fascho“ auf den Rechtsextremismus unter Skinheads hinweisen; einige Skins sich wiederum damit von rechtsextremen Tendenzen abgrenzen. Vgl. Personen, die als „Skinheads“ bzw. „Faschos“ bezeichnet werden, vom 12. April 1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 11327, pag. Bl. 77.

3649 Vgl. Informationsmaterial zu „jugendlichen Randgruppen“ in der DDR aus soziologischer Sicht vom 30. Januar 1989, in: BStU, MfS, Wachregiment, Nr. 3771, pag. Bl. 17 f.

3650 Vgl. Personen, die als „Skinheads“ bzw. „Faschos“ bezeichnet werden, vom 12. April 1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 11327, pag. Bl. 77-79.

Einmal kategorisierte sie New Romantic als selbstständige Bewegung,³⁶⁵¹ ein andermal hieß es, New Romantics hätten sich wie Hardcore-Punks, „Schmuddel“-Punks und KID-Punks aus der Punk-Bewegung heraus entwickelt.³⁶⁵² In den Berichten ist zudem kaum die Rede von Anhängern der New Romantic – obgleich sie einer der fünf führenden Trends waren –, sondern meist von Gruftis. Insgesamt soll es 1984 rund 1.000 Punks, Skinheads und Metal-Fans in der DDR gegeben haben.³⁶⁵³ Zwar zählte das MfS im Folgejahr wegen seiner „spezielle[n] Mittel und Methoden“ weniger Punks, dafür mehr von ihnen mit einer Affinität für Skinheads sowie einen Anstieg von „Anhänger[n] der ‚heavy metall‘[-]Musikrichtung [sic!]“³⁶⁵⁴. Für das MfS kam erschwerend der in den 1980er Jahren stärker werdende Trend unter allen Jugendlichen hinzu, nichtlizenzierte (westliche) Musik wie Punkrock, New Wave oder Deutschrock auf Tanzveranstaltungen und in Jugendklubs zu spielen.³⁶⁵⁵ Auf der einen Seite entdeckten viele „normale“ junge Menschen die Mode der Punks und Skins für sich. Andererseits hielt sich mancher Skin oder Punk aufgrund schlechter Erfahrungen mit der Volkspolizei optisch zurück, ohne seine „negative“ Haltung zur DDR aufgegeben zu haben.

Ab Mitte der 1980er Jahre schien es kaum mehr möglich, Gruppenmitglieder nur anhand ihres Kleidungsstils zu erkennen. Nach Loni Niederländer vom Institut für Soziologie der Berliner Humboldt-Universität trugen einige der „harten“ Skinheads die Haare nun sehr kurz anstatt kahlgeschoren, Halbstiefel und hohe Laufschuhe anstatt Springerstiefel, Jeans

3651 Vgl. Forschungsprojekt Jugend der Humboldt-Universität Berlin/Sektion Kriminalistik. Planaufgabe Studie zur territorialen Ausbreitung von Skinheads und ähnlichen Gruppierungen in der DDR 1986 bis 1988. Wirksamkeit staatlicher Maßnahmen zur Zurückdrängung der Erscheinung vom November 1988, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 13508, pag. Bl. 63.

3652 Vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher, sogenannter Punks, in der DDR, vom 17. Juli 1986, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. II, Nr. 977, pag. Bl. 159.

3653 Die Quelle stammt von 1986. Vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher, sogenannter Punker in der DDR, in: BStU, MfS, HA VI, Nr. 12142, pag. Bl. 25.

3654 Zwischenbericht zur ZKA „Punk“ vom 1. Juli 1985, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 51.

3655 Vgl. Ohne Deckblatt vom 24. März 1983, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. IX, Nr. 360, pag. Bl. 16.

statt Tarnhosen und Baseball- anstelle von Bomberjacken.³⁶⁵⁶ Ein wohl nicht ganz sachkundiger Mitarbeiter des MfS protokollierte 1988, Baseballmützen seien jetzt das Erkennungsmerkmal der „Skeenheads [sic!]“³⁶⁵⁷. Mit der äußeren Veränderung verwandelten sich viele ehemalige (Fußball-)Skins zu überzeugten Faschisten.³⁶⁵⁸ Die Geheimpolizei warnte auch deshalb 1988, gleichwohl es sich bei den Skinheads um eine zahlenmäßig sehr kleine Gruppe handle, bilde „dieser Personenkreis eine nicht zu unterschätzende Gefahr bei der Störung des sozialistischen Zusammenlebens der Bürger“³⁶⁵⁹.

In den 1980er Jahren waren rechtsextreme Schmierereien und Symbole in Oberschulen, Berufsschulen, Lehrwerkstätten, an Wandzeitungen oder in Schulbüchern keine Seltenheit und rechte Parolen unter Jugendlichen, insbesondere im Fußballstadion, nichts Neues.³⁶⁶⁰ Das Wegducken vor Skins bzw. „Faschos“ und deren Verhaltensweisen – Leugnen des Massenmordes in Auschwitz, Absingen des Deutschlandliedes oder das Entbieten des „Deutschen Grußes“ – gehörte gewissermaßen fast zum Alltag.³⁶⁶¹

3656 Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 31 (nicht pag.).

3657 Information. Veränderungen im Aussehen von „Skeenheads“ vom 24. Februar 1988, in: BStU, MfS, HA II, Nr. 28422, pag. Bl. 149.

3658 Vgl. Bericht (1. Entwurf) über die Verwirklichung des Beschlusses des Politbüros des ZK der SED vom 2. Februar 1988. Maßnahmen der FDJ zur Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit mit allen Jugendlichen, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 11191, pag. Bl. 79.

3659 Weitere Zurückdrängung und Verhinderung von Gefährdungen der Sicherheit und Ordnung, die von kriminellen/rowdyhaften Jugendlichen ausgehen, vom 2. Februar 1988, in: BStU, MfS, AGM, Nr. 481, pag. Bl. 94 (Anlage).

3660 Vgl. Bericht über die bisherigen Ergebnisse der Untersuchungen gegen Untergrundgruppen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. März 1963, in: BStU, MfS, HA IX, Mikrofilm JHS-Nr. 11884, Bl. 2 u. 9 (nicht pag.); vgl. Bericht über negative Erscheinungen und deren Ursachen unter der Jugend – wie wird seitens der FDJ entgegengewirkt vom 11. April 1963, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-6554, pag. Bl. 110; vgl. Einzelinformation Nr. 686/65 über Vorkommnisse beim Fußballintercup-Spiel der BSG Chemie Leipzig gegen Pogoń Szczecin am 17. Juli 1965 in Leipzig. Information vom 23. Juli 1965, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1078, Bl. 1; vgl. Tendenzen der Beschäftigung mit faschistischen bzw. neofaschistischen Ideen und deren öffentlichkeitswirksame Verbreitung durch jugendliche Personenkreise vom 10. Mai 1977, in: BStU, MfS, HA XX, AKG-6815, pag. Bl. 123 f.

3661 Vgl. Information über die Entwicklung der Jugendkriminalität und Schlußfolgerungen für die weitere Qualifizierung der Tätigkeit der Leitungen der FDJ auf dem Gebiet der sozialistischen Rechtserziehung, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 74.

Mitte der 1980er Jahre hatten einige Bürger mündlich und schriftlich bei Volkspolizei und MfS angefragt, warum neofaschistische Denk- und Verhaltensweisen nicht sanktioniert würden,³⁶⁶² und in Eingaben von Skinheads bzw. faschistischen Einstellungen unter der Jugend berichtet.³⁶⁶³

Der Großteil der Bevölkerung scheute direkte Konfrontationen. Während bei den Gruitis eher das markante Äußere auf Unverständnis stieß, erzeugten die politisch motivierten Straftaten der Skins Unsicherheit. Die wenigsten (jungen) Menschen mussten zwar negative Erfahrungen mit ihnen sammeln, die Mehrheit nahm sie jedoch in ihrer Umgebung bewusst wahr.³⁶⁶⁴ Nicht wenige reagierten beunruhigt bis ängstlich, wenn ihnen Skinheads und „Faschos“ in Wohngebieten begegneten. Die meisten DDR-Bürger fühlten sich gegenüber solchen Randgruppen rat- und schutzlos. EOS-Schüler und Lehrlinge mit Abitur mieden die bekannten Lokalitäten.³⁶⁶⁵ Andere zogen sich zurück, wenn Skins in Gaststätten oder Diskotheken auftauchten.³⁶⁶⁶

Nicht nur das MfS, sondern ebenso viele Erwachsene konnten im Verlauf der 1980er Jahre kaum mehr zwischen Punks und Skins, viele Jugendliche die einzelnen Gruppen von Skins nicht mehr unterscheiden.³⁶⁶⁷ Weniger als fünf Prozent der über 35-Jährigen wussten 1988, was es mit Punks und Skins auf sich hatte, während fast alle Jugendlichen in den Großstädten darüber Bescheid wussten. Wenngleich die meisten Bürger keineswegs antisemitisch eingestellt waren und faschistische Herrschafts-

3662 Vgl. Bericht des ZOS über die Ergebnisse der politisch-operativen Sicherung von Fußballspielen und damit verbundene instruktive Tätigkeit des ZOS. Einschätzung der Oberligameisterschaft im Jahre 1985/86 vom 11. Juni 1986, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3212, pag. Bl. 19.

3663 Vgl. Zuarbeit zum Informationsbedarf über jugendliche Gruppierungen – Ihr Schreiben vom 28.6.1985 vom 4. Juli 1985, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 55 (Anlage 1).

3664 In einer Studie des ZIJ gaben 60 bis 70 Prozent von 3.000 befragten Jugendlichen an, keine Erfahrungen mit Skinheads gemacht, sie allerdings wahrgenommen zu haben. Vgl. Brück, Wolfgang 1988: Skinheads im Meinungsbild Jugendlicher vom November, Bl. 5 a u. 10.

3665 Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 40 f. (nicht pag.).

3666 Die Quelle könnte von 1988/89 sein. Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 16395, pag. Bl. 4.

3667 Vgl. Süß, Walter 1993, S. 392.

strukturen bzw. Rechtsextremismus ablehnten,³⁶⁶⁸ sympathisierten zum einen sehr viele Schüler mit den Skins.³⁶⁶⁹ Zum anderen betrachtete ein Teil der Menschen den verordneten Antifaschismus in der DDR mit Skepsis. Der Staat ließ die Skinheads (zu) lang gewähren.³⁶⁷⁰ Filmemacher Konrad Weiß kritisierte im März 1989: „Das Bemühen des Staates, den neuen Faschismus einzudämmen, erscheint hilflos und wenig wirkungsvoll. Gegengewalt wird anscheinend als Heilmittel angesehen. Viele Maßnahmen sind überzogen und treffen die Falschen; Jugendliche mit geschorenem Kopf und gar in Skinhead-Kluft, auch reine Mode-Skins, haben es schwer.“³⁶⁷¹

Ähnlich wie der Staat nahm sich die Jugendforschung der Bewegung erst 1987/88 an.³⁶⁷² Wolfgang Brück vom ZIJ resümierte 1988 zum „Skinhead-Phänomen“: „Soziale Auffälligkeiten Jugendlicher, auch einzelne gravierende Ereignisse unter Jugendlichen können eine Art Indikator für gesellschaftliche Unzulänglichkeiten sein.“³⁶⁷³ Im Rahmen der Ereignisse rund um den Überfall von Skinheads auf die Zionskirche sprach er von einer Presseberichterstattung, die „hypertrophiert und unausgewogen“³⁶⁷⁴ gewesen sei. Denn parallel zur steigenden Berichterstattung über Skinhead-Prozesse hatten sich mehr Bürger mit Hinweisen an die Sicherheitsorgane gewandt. Laut dem Jugendforscher aber kämen auf 100 Mode-

3668 Vgl. Brück, Wolfgang 1988: Skinheads im Meinungsbild Jugendlicher vom November, Bl. 7 u. 9 f.; vgl. Wiegmann, Ulrich 1991, S. 408; vgl. Wittenberg, Reinhard u. a. 1991, S. 102 u. 120.

3669 Vgl. Friedrich, Walter 1988: Expertise zur Lage der Jugend 1988 vom Juni, Bl. 17; vgl. Einschätzung aktueller Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 23. März 1989, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 13508, pag. Bl. 38. Eine Studie von 1990 kommt zu einem völlig anderen Ergebnis. Die meisten der 1.200 befragten Jugendlichen aus der ehemaligen DDR sympathisierten weitaus mehr mit Metal-Fans, Punks und Gruftis als mit Skins. Vgl. Behnen, Imbke u. a. 1990, S. 9 u. 154.

3670 Vgl. Jesse, Eckhard 2011 (a), S. 6.

3671 Weiß, Konrad 1989: Die neue alte Gefahr: Junge Faschisten in der DDR aus Kontext vom März, in: BStU, MfS, HA XXII, Nr. 407/3, pag. Bl. 23.

3672 Vgl. Neubacher, Frank 1994, S. 49 u. 64. Gilbert Furian fertigte in der ersten Hälfte der 1980er Jahre eine Studie über Punks in der DDR an wurde deshalb zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und zwei Monaten verurteilt.

3673 Brück, Wolfgang 1988: Das Skinhead-Phänomen aus jugendkriminologischer Sicht. Expertise vom März, Bl. 3.

3674 Ebd., Bl. 2.

Skins nur 20 „echte“ Skins.³⁶⁷⁵ Mit dem Nachlassen der Presseberichte gingen auch die Hinweise zurück.³⁶⁷⁶

6.2.4.2 Westliche Einflüsse in der DDR

Nach Auffassung des MfS stand jede Subkultur der 1980er Jahre, gleich ob Skinheads, Punks, Metal-Fans, Popper, Gruftis oder New Romantics, unter dem „Einfluß der politisch-ideologischen Diversion des Klassenfeindes“³⁶⁷⁷, da sie bürgerliche Werte verherrlichten und „antisozialistisch“ auftraten. Die Geheimpolizei warnte, „obgleich diese Strömungen keinen Massenanhang und verhältnismäßig geringe personelle Stärken besitzen, werden zum Teil öffentlichkeitswirksame, die Bevölkerung beunruhigende und empörende sowie spektakuläre, strafrechtswidrige Aktivitäten sichtbar“³⁶⁷⁸. Während Gruftis, in der Regel 14- bis 19-jährige weibliche und männliche Schüler bzw. Lehrlinge, lediglich vereinzelt mit „rowdyhaften“ Handlungen auf Friedhöfen wie Sachbeschädigung mit dem Gesetz in Konflikt gerieten, fielen Heavy-Metal-Fans öfter wegen Körperverletzung auf. Einige der meist 16- bis 23-jährigen jungen Lehrlinge und Facharbeiter trugen nicht nur aus modischen Gründen Lederhandschuhe, besetzt mit Nieten und Spikes.³⁶⁷⁹ Im Oktober 1988 demolierten rund 45 von ihnen beim Konzert der Gruppe „Biest“ (Jüterbog) bei der „IX. Werkstattwoche der Jugendtanzmusik“ die Suhler Stadthalle.³⁶⁸⁰

3675 Vgl. ebd., Bl. 3.

3676 Vgl. Schreiben von Armeegeneral und Innenminister Dickel, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 1186, pag. Bl. 5.

3677 Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 9 (nicht pag.).

3678 Ebd., Bl. 10 (nicht pag.).

3679 Vgl. ebd., Bl. 16 f. (nicht pag.); vgl. Information über einige Erscheinungsformen der politisch-ideologischen Diversion unter jugendlichen Personenkreisen vom 23. April 1985, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 8517, pag. Bl. 2; vgl. Forschungsprojekt Jugend der Humboldt-Universität Berlin/Sektion Kriminalistik. Planaufgabe Studie zur territorialen Ausbreitung von Skinheads und ähnlichen Gruppierungen in der DDR 1986 bis 1988. Wirksamkeit staatlicher Maßnahmen zur Zurückdrängung der Erscheinung vom November 1988, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 13508, pag. Bl. 78 f.

3680 Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 10 f. u. 13 (nicht pag.); vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zu-

Das größte Aggressionspotential ging von den Skinheads aus. Ab Mitte der 1980er Jahre nahmen die rechtsextremen Tendenzen innerhalb der Szene zu. In der Folge richteten sich die Angriffe nicht mehr hauptsächlich gegen Anhänger anderer Fußballvereine, sondern zunehmend gegen die Bevölkerung. Der rechte Flügel der Bewegung hatte es insbesondere auf FDJ-Funktionäre (weil Kommunisten), Jugendklubleiter, Migranten (Vietnamesen, Türken, Afrikaner, Araber) sowie auf Homosexuelle, Punks, Gruftis und Polizisten abgesehen. Im März 1987 schlugen sechs Skins einen NVA-Angehörigen in Berlin-Marzahn zusammen. Im selben Monat überfiel eine Gruppe einen Bungalow in Berlin-Hellersdorf und prügelte auf die anwesenden Punks ein. Im September 1987 griffen Skins mosambikanische Staatsbürger in Dresden tödlich an. Einen Monat später randalierten Skinheads nach einer Tanzveranstaltung in Velten (Potsdam). Sie lieferten sich eine Schlägerei mit anderen Jugendlichen und Volkspolizisten.³⁶⁸¹

Skins pflegten im Gegensatz zu Gruftis, Heavy-Metal-Fans und Punks eine straffe Organisationsstruktur. In vielen Gruppen existierten Hierarchien. In einigen von ihnen wurden ranghöhere Mitglieder mit Dienstgraden der nationalsozialistischen Schutzstaffel angesprochen. Der Führungskern blieb weitgehend konstant. Nur selten erfolgten personelle Wechsel. Gewalttätigkeiten gehörten zum Aufnahme ritual in eine Gruppe, da brutales Verhalten zu Anerkennung führte. Skins gelangten über „gute“ Beziehungen an die in der Szene begehrten Waffen (Messer, Schlagringe, Baseballschläger u. ä.) und warnten sich über ein (telefonisches) Netzwerk vor möglichen Zugriffen der Sicherheitsorgane.³⁶⁸² Sie unterschieden sich vor allem in den Anfangsjahren aufgrund ihrer martialischen Kleidung deutlich von den anderen Stilen.

rückdrängung vom 10. April 1989, in: ebd., pag. Bl. 89 f.; vgl. Brück, Wolfgang 1988: Das Skinhead-Phänomen aus jugendkriminologischer Sicht. Expertise vom März, Bl. 16.

3681 Vgl. Weitere Zurückdrängung und Verhinderung von Gefährdungen der Sicherheit und Ordnung, die von kriminellen/rowdyhaften Jugendlichen ausgehen, vom 2. Februar 1988, in: BStU, MfS, AGM, Nr. 481, pag. Bl. 93 f. (Anlage).

3682 Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 12 f. u. 33 (nicht pag.); vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 10. April 1989, in: ebd., pag. Bl. 89.

Popper, die zudem gern als Breakdancer auftraten, kleideten sich extrem modisch.³⁶⁸³ New Romantics bevorzugten schwarze oder graue Kleidung und setzten mit der Farbe Rot Akzente. Sie rasierten sich zwar wie Popper die Haare an den Seiten ab, ließen ihre schwarz gefärbten Haare allerdings ins Gesicht fallen.³⁶⁸⁴ Gruftis hatten ein Faible für schwarze Kleidung. Sie trugen das christliche Kreuz symbolisch verkehrt herum und verwendeten die Abkürzungen „Der Tod ist groß – D.T.i.g.“ oder „666“ als Erkennungsmerkmal.³⁶⁸⁵ Skins trugen sehr kurze Haare, Röhrenjeans, olivgrüne, schwarze oder orangefarbene Bomberjacken (Uniformstück der amerikanischen Marineflieger), eindeutige Symbole und Tätowierungen sowie hohe Arbeitsschuhe („Doc Martens“), teilweise mit Eisen oder Nägeln versehen.³⁶⁸⁶

Ihrem Erscheinungsbild ähnelte manch ein Metal-Fan. Denn ein Teil von ihnen gehörte – ebenso wie ein Teil der Skins – zum „rowdyhaften“ Fußballanhang mit latent rechteextremen Überzeugungen.³⁶⁸⁷ Wenngleich sich Metal-Fans modisch weniger an den westdeutschen Rockern und deren Vorliebe für Leder orientierten und sich stattdessen mit Armbändern und Ketten aus Metall schmückten,³⁶⁸⁸ kursierten auch in der ostdeutschen Szene laut dem MfS Symbole „revanchistischer Organisationen aus der BRD“. Aufgrund ihres gewalttätigen und oftmals faschistischen Äußeren stufte sie die Geheimpolizei als „gesellschaftsgefährdend“³⁶⁸⁹ ein. Ende der 1980er Jahre glaubte das MfS, wegen der hohen Fluktuation, neofaschistische Tendenzen seien in der Metal-Szene nur Randerscheinun-

3683 Vgl. Arbeitsmaterial zu einigen ausgewählten Problemen der politisch-operativen Lageentwicklung unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR vom 10. Juli 1985, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 2/2, pag. Bl. 105; die folgende Quelle könnte aus den späten 1980er Jahren stammen. Vgl. Einige Erscheinungsformen dekadenter Jugendlicher u. Jungerwachsener, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-3528, pag. Bl. 58.

3684 Vgl. Einige Erscheinungsformen dekadenter Jugendlicher u. Jungerwachsener, in: BStU, MfS, HA PS, Nr. 10574, pag. Bl. 60.

3685 Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 16 (nicht pag.).

3686 Vgl. Weitere Zurückdrängung und Verhinderung von Gefährdungen der Sicherheit und Ordnung, die von kriminellen/rowdyhaften Jugendlichen ausgehen, vom 2. Februar 1988, in: BStU, MfS, AGM, Nr. 481, pag. Bl. 91 f. (Anlage).

3687 Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 16 (nicht pag.).

3688 Vgl. ebd., Bl. 8 (nicht pag.).

3689 Arbeitsmaterial zu einigen ausgewählten Problemen der politisch-operativen Lageentwicklung unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR vom 10. Juli 1985, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 2/2, pag. Bl. 104.

gen.³⁶⁹⁰ Metal-Fans konnten sich mehr mit Skins, dafür weniger mit Popporn identifizieren, da sich die modebewussten Jugendlichen im Wesentlichen nur für westliche Rock-, Pop- und Diskomusik interessierten und damit dem belächelten kommerziellen Mainstream folgten.

Doch selbst an den Popporn störten sich die Sicherheitsorgane. Der Grund war ihre gesellschaftliche Passivität. Ihnen wurden Egoismus und Oberflächlichkeit unterstellt. Ähnliches wurde den Gruftis und den New Romantics angelastet.³⁶⁹¹ Erstgenannte, die an die Seelenwanderung von Toten glaubten, verbrachten ihre Freizeit eher zurückgezogen unter Gleichgesinnten als in Diskotheken. Teilweise lebten sie ihren spirituellen Kult der Totenverehrung und Teufelsanbetung auf Friedhöfen aus. Ihre Idole, bspw. Robert Smith von „The Cure“ oder populäre Bands („Depeche Mode“) standen, verglichen mit Punk- und Skinheadbands, nicht unter Generalverdacht der Verbreitung „antisozialistischer“ Texte. New Romantics, wie Punks mit einer ablehnenden Haltung zur Gesellschaft, dafür sehr pazifistisch geprägt, stellten wie andere kurzlebige Strömungen (Funk usw.) keine ernsthafte Bedrohung für die Geheimpolizei dar.³⁶⁹² Dennoch wurden sie verfolgt und kriminalisiert.

Wie sehr das MfS die schwarze Szene unterschätzte – unter den lose organisierten wenigen Anhängern bestünden lediglich „Tendenzen zur Ausprägung der Überörtlichkeit von Kontakten“³⁶⁹³ –, bewies das erste größere Treffen im Frühjahr 1988.³⁶⁹⁴ Aus der ursprünglichen Idee von 20 Gruf-

3690 Vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 10. April 1989, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 91.

3691 Vgl. Einige Erscheinungsformen dekadenter Jugendlicher u. Jungerwachsener, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-3528, pag. Bl. 58; vgl. Arbeitsmaterial zu einigen ausgewählten Problemen der politisch-operativen Lageentwicklung unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR vom 10. Juli 1985, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 2/2, pag. Bl. 105.

3692 Vgl. ebd., pag. Bl. 105; vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 16 f. (nicht pag.).

3693 Ebd., Bl. 16 (nicht pag.).

3694 1987 sollen sich 80 Gruftis und Punks in einem Werdauer Stadtcafé getroffen haben, obwohl es im bevölkerungsreichsten Bezirk der DDR, Karl-Marx-Stadt, nur etwa 20 bis 25 Gruftis gab, die – angeblich – allesamt nicht arbeiten gingen, homosexuell waren und Orgien feierten. Vgl. Information eines IM vom 1. April 1987, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-3142, Bd. II, pag. Bl. 105 f.

tis, darunter dem Begründer des Leipziger Wave-Gotik-Treffens, sich am 30. April an einer Potsdamer Schlossruine zu treffen, entwickelte sich ein Szenetreff mit hunderten Jugendlichen aus der gesamten DDR.³⁶⁹⁵ Die Geheimpolizei traute den Gruftis offenbar organisatorisch weniger zu als den ebenfalls lose organisierten Metal-Fans. Ab Anfang der 1980er Jahre stieg die Zahl der Berufs- und Amateurbands mit der Orientierung auf Hardrock,³⁶⁹⁶ 1988/89 zählte die DDR davon rund 100.³⁶⁹⁷

Deren Fans trafen sich oft in Gaststätten und Diskotheken. Gemeinsam besuchten sie Rockkonzerte von „Formel I“ oder „Metal“. Sie konsumierten bei ihren Treffen häufig Alkohol. Im März 1985 wurde ein Berliner Jugendklub vorübergehend geschlossen, weil 60 Prozent des Publikums aus Metal-Fans bestand. Diese konnten auf ein überregionales Netzwerk zurückgreifen. Bei ihren Treffen zu Motorsportveranstaltungen, auf Volksfesten und Campingplätzen tauschten sie Musik und die westdeutsche Zeitung Metal Hammer. Die Anhänger des Hardrock ließen sich bis in die kleinsten Gemeinden hinein finden. In einigen Bezirken existierten Heavy-Metal-Fanklubs.³⁶⁹⁸ Bis Ende der 1980er Jahre registrierte die Geheimpolizei eine Zunahme der Zahl an Gruftis und Heavy-Metal-Fans und schwindende Zahlen an Punks.³⁶⁹⁹

Während das MfS 1983 knapp 920 Punks gezählt hatte – davon 400 in Berlin, wo der Alexanderplatz und das Gelände rund um den Kulturpark in Berlin-Treptow als überregionale Treffpunkte fungierten³⁷⁰⁰ –, war de-

3695 Vgl. Patscheider, Sarah 2015, S. 7 f.

3696 Vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher, sogenannter Punks, in der DDR, vom 17. Juli 1986, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. II, Nr. 977, pag. Bl. 161.

3697 Metalbands griffen häufig Probleme von Gewalt, Brutalität und Alkoholmissbrauch auf. Vgl. Otto, Manfred/Gerhard Wenzke 1992, S. 187.

3698 Vgl. Information über einige Erscheinungsformen der politisch-ideologischen Diversion unter jugendlichen Personenkreisen vom 23. April 1985, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 8517, pag. Bl. 2; vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 15 f. (nicht pag.).

3699 Vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 10. April 1989, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 89.

3700 Vgl. Information über beachtenswerte Erscheinungen unter negativ-dekadenten Jugendlichen in der DDR vom 18. Mai 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 95.

ren Zahl 1984 allein in Berlin auf 260 gesunken. Eine rückläufige Tendenz zu 1983 verzeichneten die Bezirke Erfurt (von 80 auf 40), Cottbus (von 60 auf 40), Halle (von 80 auf 30) und Leipzig (von 95 auf 50), indes Magdeburg (von 60 auf 75), Potsdam (von 50 auf 100) und Rostock (von sieben auf 25) 1984 mehr Punks zählten. Die meisten der rund 710 Punks hielten sich 1984 in Berlin (260) und Potsdam (100) auf. In den Bezirksverwaltungen Neubrandenburg (neun), Schwerin (vier) und Frankfurt/Oder (zwei) wurden die wenigsten Punks registriert.³⁷⁰¹ Die Zahlen könnten jedoch weit höher gewesen sein, da sich mancher nur in der Freizeit als Punk zu erkennen gab bzw. beim MfS „noch nicht operativ in Erscheinung“³⁷⁰² getreten war.

In Ausbildungsstätten oder Betrieben trugen einzelne Punks zwar das geforderte Blauhemd der FDJ, dafür aber schnallten sie sich ein NVA-Koppel verkehrt herum an (Hammer, Zirkel und Ehrenkranz „standen kopf“)³⁷⁰³. Andere kleideten sich im Schul- und Arbeitsleben unauffällig, um Konfrontationen zu entgehen. Denn nicht nur die Erziehungsfunktionäre unterstellten ihnen „Züge der Entartung und der Asozialität“³⁷⁰⁴. Ein Teil der meist unter 25-Jährigen besuchte die Schule, absolvierte eine Ausbildung oder ging regulär arbeiten. Ein anderer Teil hatte die Lehre vorzeitig abgebrochen oder dem Betrieb gekündigt. Wieder andere versuchten dem staatlichen Zugriff zu entgehen, indem sie aus den Massenorganisationen (FDJ usw.) austraten. Optisch fielen sie durch ihre zerschlissene Kleidung und den grell gefärbten Irokesen- oder Bürstenhaarschnitt auf. Sicherheitsnadeln, Metallringe, Rasierklingen und Hundehalsbänder rundeten das Outfit ab. In einigen Fällen schmückten sie sich als Erkennungsmerkmal mit Abzeichen und Medaillen der Wehrmacht.³⁷⁰⁵

3701 Vgl. Arbeitsmaterial zu einigen ausgewählten Problemen der politisch-operativen Lageentwicklung unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR vom 10. Juli 1985, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 2/2, pag. Bl. 117 (Anlage).

3702 Rückinformation aus einer analytischen Untersuchung zu Erscheinungen der Punk-Bewegung unter Jugendlichen/Jungerwachsenen des Bezirkes Karl-Marx-Stadt vom 25. April 1986, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-1971, pag. Bl. 4.

3703 Vgl. Trittel, Christina 2008, S. 5 f.

3704 Information über beachtenswerte Erscheinungen unter negativ-dekadenten Jugendlichen in der DDR vom 18. Mai 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 93.

3705 Vgl. ebd., pag. Bl. 93 f.

Die meisten Punks kamen aus relativ geordneten und sozioökonomisch gut aufgestellten Elternhäusern, Anarchie-Punks oft aus Künstlerfamilien oder der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz.³⁷⁰⁶ Nur eine Minderheit blickte auf zerrüttete Familienverhältnisse zurück und wurde deshalb vom MfS als „kriminell gefährdet“ und tendenziell „asozial“ kategorisiert.³⁷⁰⁷ Erst im Laufe der 1980er Jahre konstatierte die Geheimpolizei, viel mehr von ihnen als zunächst angenommen seien „kriminell gefährdet“ und „asozial“. ³⁷⁰⁸ Punks lehnten die geordnete Lebensweise ihrer Eltern mehrheitlich ab. Nicht selten kam es in Familien und Arbeitskollektiven zu Konfliktsituationen, da sie im Arbeitsleben wenig Disziplin und Lerneifer aufwiesen,³⁷⁰⁹ ganz anders als die Skinheads.

Sie verurteilten „asozial“ lebende Menschen. Einige von ihnen waren ehemalige Punks und Fußballfans, andere hatten sich erst nach Ableistung der Wehrpflicht oder mit dem Ende der Haftzeit zum radikalen Skinhead entwickelt.³⁷¹⁰ Die meisten Skins wohnten bei ihren Eltern und pflegten einen respektablen Umgang mit diesen. Viele taten es ihnen gleich und arbeiteten als Dachdecker, Maurer oder Köche. Die Mehrheit verhielt sich im Gegensatz zu den Punks diszipliniert und lernwillig, gemäß dem Motto

-
- 3706 Vgl. Forschungsprojekt Jugend der Humboldt-Universität Berlin/Sektion Kriminalistik. Planaufgabe Studie zur territorialen Ausbreitung von Skinheads und ähnlichen Gruppierungen in der DDR 1986 bis 1988. Wirksamkeit staatlicher Maßnahmen zur Zurückdrängung der Erscheinung vom November 1988, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 13508, pag. Bl. 79.
- 3707 Vgl. Information über beachtenswerte Erscheinungen unter negativ-dekadenten Jugendlichen in der DDR vom 18. Mai 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 93 f.; vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 36 (nicht pag.).
- 3708 Vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher, sogenannter Punks, in der DDR, vom 17. Juli 1986, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. II, Nr. 977, pag. Bl. 161.
- 3709 Vgl. Information. Erkenntnisse zu jugendlichen „Punkern“ in der DDR vom 25. November 1983, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6015, pag. Bl. 78; vgl. Information über beachtenswerte Erscheinungen unter negativ-dekadenten Jugendlichen in der DDR vom 18. Mai 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 94; vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 14 f. (nicht pag.).
- 3710 Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, SED-KL, Nr. 3656, pag. Bl. 7; vgl. Brück, Wolfgang 1988: Das Skinhead-Phänomen aus jugendkriminologischer Sicht. Expertise vom März, Bl. 9.

„Ein Deutscher geht arbeiten“.³⁷¹¹ In der Freizeit unterschieden sie sich beim Alkoholkonsum kaum von Punks und Metal-Fans.³⁷¹² Da sich Skinheads stark mit ihrer Gruppe verbunden fühlten – das weckte vor allem bei 15- bis 17-Jährigen Sympathien und Nachahmungseffekte, führte aber selten zur Aufnahme in eine der Gruppen³⁷¹³ –, trainierten sie in eigens dafür hergerichteten Räumen Kraft- und Kampfsport.

In der Freizeit trafen sie sich häufig in Privatwohnungen und besuchten zusammen ausgewählte Gaststätten, Jugendklubs, Tanzveranstaltungen und Diskotheken, in denen sie ihre verbotenen Kassetten und Schallplatten mit Oi-Musik (laut MfS Schlachtruf der Skins) abspielten, z. B. von der Gruppe „Böse Onkels [sic!]“³⁷¹⁴. Nicht selten kam es bei Disko- und Fußballveranstaltungen durch alkoholisierte Skins zu tätlichen Ausschreitungen und Parolen wie „Unsere Ehre heißt Treue“ oder „weit pauer [sic!]“³⁷¹⁵ („White Power“). Um Ärger mit Sicherheitskräften vorzubeugen, kleidete sich mancher Skinhead bzw. „Fascho“ in der Öffentlichkeit ab Mitte der 1980er Jahre unauffälliger, ähnlich wie das einige Punks an der Arbeitsstelle oder in der Schule taten. Sie trugen Jogginganzüge, Turnschuhe und verbargen ihre an die Schutzstaffel bzw. Hitlerjugend erinnernde Kurzhaarfrisur unter einer Baseballmütze. Auf diese Weise passier-

3711 Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 12, 35 f. u. 38 (nicht pag.); vgl. Weitere Zurückdrängung und Verhinderung von Gefährdungen der Sicherheit und Ordnung, die von kriminellen/rowdyhaften Jugendlichen ausgehen, vom 2. Februar 1988, in: BStU, MfS, AGM, Nr. 481, pag. Bl. 93 (Anlage).

3712 Der Einzelhandelsumsatz von Alkohol erreichte 1986 elf Prozent und überstieg damit die Ausgaben der Bevölkerung für Fleisch. In der DDR hatte Alkoholkonsum Massencharakter. Zahlen über Alkoholabhängige wurden bewusst geheim gehalten. Vgl. Reißig, Monika 1988: Zum Gesundheitsverhalten Jugendlicher. Ernährungsverhalten und Genußmittelkonsum vom September, Bl. 12 f.

3713 Vgl. Forschungsprojekt Jugend der Humboldt-Universität Berlin/Sektion Kriminalistik. Planaufgabe Studie zur territorialen Ausbreitung von Skinheads und ähnlichen Gruppierungen in der DDR 1986 bis 1988. Wirksamkeit staatlicher Maßnahmen zur Zurückdrängung der Erscheinung vom November 1988, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 13508, pag. Bl. 66; vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 10. April 1989, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 88.

3714 Weitere Zurückdrängung und Verhinderung von Gefährdungen der Sicherheit und Ordnung, die von kriminellen/rowdyhaften Jugendlichen ausgehen, vom 2. Februar 1988, in: BStU, MfS, AGM, Nr. 481, pag. Bl. 93 (Anlage).

3715 Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA XXII, Nr. 262/7, pag. Bl. 5.

ten sie problemlos Freizeitzentren und Gaststätten. Einige der wenigen Neonazis bevorzugten braune Hemden und Hosen, Ledermäntel und dunkle Krawatten.³⁷¹⁶

Das MfS erkannte in den Skinheads aufgrund deren „gewalttätigen, mit neofaschistischen Äußerungen verbundenen Handlungen“³⁷¹⁷ erhebliches Gefahrenpotential. Aus diesem Grund definierte es 1988 solche Jugendliche als Skinheads, „die sich auf der Grundlage der faschistischen Gesinnung rowdyhaft verhalten“³⁷¹⁸. Die meisten der von Skinheads begangenen Straftaten – „Rowdytum“, Körperverletzung oder mündliche bzw. schriftliche „antisozialistische“ Äußerungen – erfolgten in der Gruppe. Im Verlauf der 1980er Jahre nahmen die „Widerstandshandlungen“ gegen staatliche und gesellschaftliche Organe zu.³⁷¹⁹ Dabei lehnten Skinheads die sozialistische Gesellschaftsordnung nicht per se ab: Einige befürworteten die soziale Sicherheit, andere verhielten sich gleichgültig oder missbilligten die Verhältnisse und wollten in die Bundesrepublik umsiedeln. Erst gegen Ende des Jahrzehnts konnten sich immer weniger von ihnen noch mit den Verhältnissen in der DDR arrangieren. Ein kleiner Teil, allerdings mit geringem Einfluss, lehnte Faschismus strikt ab (Red-Skins) und wiederum andere forderten wie „Faschos“ Konzentrationslager für AIDS-Kranke. Fast alle einte die Sehnsucht nach einem wiedererstarkten geeinten Deutschland in den Grenzen von 1937, da sie in den meisten Fällen ein übersteigter Nationalstolz mit Ausblick auf ein Großdeutsches Reich trieb.³⁷²⁰

3716 Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 13 f. (nicht pag.); vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 10. April 1989, in: ebd., pag. Bl. 88.

3717 Weitere Zurückdrängung und Verhinderung von Gefährdungen der Sicherheit und Ordnung, die von kriminellen/rowdyhaften Jugendlichen ausgehen vom 2. Februar 1988, in: BStU, MfS, AGM, Nr. 481, pag. Bl. 92 (Anlage).

3718 Ebd., pag. Bl. 91.

3719 Vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 10. April 1989, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 88 f.

3720 Vgl. Einschätzung über die im Territorium existierenden Skinheads bzw. Skinheadgruppen sowie über die Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-ideologischen Arbeit zur Verhinderung und Unterbindung der von derartigen Jugendlichen ausgehenden Gefährdung der Sicherheit und Ordnung vom 1. Dezember

Die Träger „nationalsozialistischen, militaristischen, rassistischen und neonazistischen Gedankengutes“³⁷²¹ hatten sich gut vernetzt. Ein Mitglied soll – angeblich – mindestens 20 bis 30 weitere Skins in seiner Umgebung gekannt haben.³⁷²² Sie trafen sich spontan bei Fußballoberligaspielen und nutzten besonders die Anonymität Berlins für Zusammenkünfte. Ende der 1980er Jahre bemerkte das MfS eine steigende Vernetzung zwischen Skins aus Ost und West. Einerseits kam es zu Treffen zwischen ostdeutschen und übergesiedelten Skins in Berlin, der Tschechoslowakei und Ungarn. Andererseits erfolgten zwischen ostdeutschen und westdeutschen (Fußball-)Skins/Hooligans geplante Zusammentreffen bei Fußballspielen westdeutscher Vereine im (sozialistischen) Ausland sowie bei Großveranstaltungen in Prag oder Brünn.³⁷²³

Über solche und andere Kontakte, etwa über Besuchsreisen von Verwandten, bezogen Skins Schallplatten, Videofilme, Musikkassetten, Literatur, Bekleidung und Stiefel. In der DDR herrschte ein reger Handel mit Kleidungsstücken und Schuhen; verbotenes Schriftgut (Landserhefte) und untersagte Musik („Böhse Onkelz“) sowie selbst gefertigte Symbole wurden teuer vertrieben. Die Verbindungen zwischen ost- und westdeutschen Skins reichten weit über sportliche Interessen hinaus. Über den Fußballsport – Westberliner Skinheads nahmen an Fahrten zu Fußballspielen der beiden Berliner Oberligamannschaften teil – entstanden Beziehungen zu weiteren Skins bzw. zu rechtsextremen Organisationen und Parteien in der

1987, in: BStU, MfS, BV Berlin, AKG-4003 pag. Bl. 2; vgl. Weitere Zurückdrängung und Verhinderung von Gefährdungen der Sicherheit und Ordnung, die von kriminellen/rowdyhaften Jugendlichen ausgehen, vom 2. Februar 1988, in: BStU, MfS, AGM, Nr. 481, pag. Bl. 92 (Anlage); vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 10. April 1989, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 89; vgl. Moldt, Dirk 2002 (b), S. 50.

3721 Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 10 (nicht pag.).

3722 Vgl. Studie über Erkenntnisse der Kriminalpolizei zu neofaschistischen Aktivitäten in der DDR, in: BStU, MfS, HA XXII, Nr. 407/3, pag. Bl. 97.

3723 Vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 10. April 1989, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 86.

Bundesrepublik.³⁷²⁴ Rund 130 Westberliner Skinheads reisten 1987 in die DDR. Ostdeutsche Jugendliche bauten Verbindungen zu Gleichgesinnten in der Bundesrepublik auf. Eine Ostberliner Gruppierung stand in Kontakt zur Nationalistischen Front, einer Nachfolgeorganisation der 1983 verbotenen Aktionsfront Nationaler Sozialisten. Die Kontakte von Rostocker Jugendlichen sollen von Hamburg bis nach Schweden gereicht haben. Das MfS zählte 1987 insgesamt 38 Gruppierungen und 800 16- bis 25-jährige Skins,³⁷²⁵ überwiegend in Berlin und Potsdam.³⁷²⁶

In Berlin erfasste die Geheimpolizei erst 50 (1985), später 80 (1986) und 1987 etwa 150 namenhaft bekannte Skins und weitere 200 Sympathisanten.³⁷²⁷ Mehr als die Hälfte der rund 70 Skins, gegen die 1987 Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden, kam aus Berlin (30) und Potsdam (15). Jeweils ein Drittel der 13 „Operativen Vorgänge“ und der 29 „Operativen Personenkontrollen“ entfielen 1987 auf Berlin.³⁷²⁸ Spätestens zu diesem Zeitpunkt, d. h. ab dem Überfall auf die Zionskirche³⁷²⁹ hatten Skinheads Punks als Schwerpunkt unter „negativ-dekadenten Jugendlichen“ abge-

3724 Vgl. Ohne Deckblatt, in: ebd., Bl. 11 f. (nicht pag.); vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 10. April 1989, in: ebd., pag. Bl. 86 u. 89.

3725 Vgl. Weitere Zurückdrängung und Verhinderung von Gefährdungen der Sicherheit und Ordnung, die von kriminellen/rowdyhaften Jugendlichen ausgehen, vom 2. Februar 1988, in: BStU, MfS, AGM, Nr. 481, pag. Bl. 90 f. (Anlage).

3726 Vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 10. April 1989, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 84.

3727 Vgl. Einschätzung über die im Territorium existierenden Skinheads bzw. Skinheadgruppen sowie über die Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-ideologischen Arbeit zur Verhinderung und Unterbindung der von derartigen Jugendlichen ausgehenden Gefährdung der Sicherheit und Ordnung vom 1. Dezember 1987, in: BStU, MfS, BV Berlin, AKG-4003 pag. Bl. 1.

3728 Vgl. Einschätzung über die in der DDR existierenden Skinheads bzw. Skinheadgruppen sowie über die Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zur Verhinderung und Unterbindung der von derartigen Jugendlichen ausgehenden Gefährdungen der Sicherheit und Ordnung vom 21. Dezember 1987. Arbeitsbereich Mittag, in: BStU, MfS, Nr. 53, pag. Bl. 16 u. 19.

3729 Siehe dazu Kap. 6.2.4.3.

löst.³⁷³⁰ Soziologen der Berliner Humboldt-Universität warnten, nachdem sie vom Mai 1986 bis Juni 1987 Daten von 100 Jugendlichen an Berufsschulen erhoben hatten: „Unsere ganze Aufmerksamkeit sollte den Skinheads gelten, die sehr bewußt und organisiert eine politische Position aufbauen, deren Konturen bisher nur andeutungsweise zu erkennen sind.“³⁷³¹

Demnach befänden sich unter den militanten Skins viele ausgezeichnete und disziplinierte junge Facharbeiter, ehemalige FDJ-Agitatoren sowie GST-Mitglieder. Den Soziologen zufolge heroisierten diese den Kampf deutscher Faschisten gegen „unwertes“ Leben und kritisierten insbesondere die Bildungspolitik, da selbst der Faulste noch versetzt werde. Sie zeigten geringes bis kein Interesse für die sozialistische Gemeinschaft, sondern genossen ihre Machtposition und agierten „sozial unberechenbar“³⁷³². Skins seien nach Meinung der Berliner Wissenschaftler nicht mehr zugänglich für Argumente oder echte Kollektivität. Eine Mitverantwortung für diese Einstellung trügen deren Eltern, die das „begierige Einsaugen von ganz genau ausgewählten Fernsehsendungen von ARD und ZDF, von genau ausgewählten Hörfunksendungen aus kapitalistischen Ländern“³⁷³³ erst gestattet hätten.³⁷³⁴

Im Gegensatz zu Skins, deren Gewalttätigkeiten organisiert und geplant abliefen, handelten Punks meist intuitiv aggressiv und weniger mit der Absicht, Macht zu demonstrieren. Die Soziologen der Humboldt-Universität brachten es auf die Formel: „Was ein Skin methodisch als Auftritt inszeniert, [...], gelingt dem betrunkenen Punk gelegentlich zufällig: in einer vollbesetzten Gaststätte Tische umkippen, mit einer Armbewegung alles, was auf dem Tisch steht, zu Boden zu fegen. Wenn in einer Gaststätte ein junger Bürger dem Kellner ein Messer an die Rippen hält und Alkohol verlangt, dann ist das ein Skinhead, niemals ein Punk.“³⁷³⁵ Punks waren weniger hierarchisch organisiert und lebten zu 80 Prozent allein oder in Gruppen außerhalb der elterlichen Wohnung. Gemäß der Geheimpolizei erstrebten sie aufgrund ihrer mehrheitlich anarchistischen Überzeugungen

3730 Vgl. Weitere Zurückdrängung und Verhinderung von Gefährdungen der Sicherheit und Ordnung, die von kriminellen/rowdyhaften Jugendlichen ausgehen, vom 2. Februar 1988, in: BStU, MfS, AGM, Nr. 481, pag. Bl. 94 (Anlage).

3731 Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 38 (nicht pag.).

3732 Ebd., Bl. 39. (nicht pag.).

3733 Ebd., Bl. 37. (nicht pag.).

3734 Vgl. ebd., Bl. 33 f. u. 38 f. (nicht pag.).

3735 Ebd., Bl. 34 (nicht pag.).

alternative Lebensformen. Sie trafen sich zufällig, unterstützten sich finanziell, wohnten miteinander auf unbestimmte Zeit und verließen ihr Quartier ohne große Vorbereitung oder Ankündigung. Als Treffpunkte dienten neben Wohnungen, Gaststätten in Wohngebieten, Parks und Orte rund um Abrissgrundstücke, seltener Jugendklubs.³⁷³⁶

Gemeinsam hörten sie in der Freizeit westdeutsche Bands („Die Toten Hosen“ oder „Die Ärzte“), trafen sich bei Konzerten von „Keks“ oder „Sandow“ und hielten dadurch Verbindungen zu anderen Punk-Cliquen.³⁷³⁷ Kontakte zu politischen Gruppen wie der Jenaer Friedensgemeinschaft existierten nur in einzelnen Fällen,³⁷³⁸ ebenso zum künstlerischen „Untergrund“. Einigen Punks gelang es, Tonaufzeichnungen als „Musik aus dem Untergrund“ in der Bundesrepublik zu veröffentlichen.³⁷³⁹ Zwar gehörten Punks üblicherweise lose organisierten Treffs an, doch laut dem MfS war eine erhebliche Anzahl in feste Gruppierungen integriert, deren Kern aus einer Band mit vier bis fünf Mitgliedern (17 bis 20 Jahre) bestand.³⁷⁴⁰ Aus diesen Gruppen heraus entwickelten sich nach Beobachtungen der Geheimpolizei kleinere Cliquen, deren Straftaten bei Fußballspielen und Volksfesten von „Rowdium“ über Körperverletzung bis hin zu „staatsfeindlichen Handlungen“³⁷⁴¹ reichten.

Die Straftaten von Punks richteten sich primär gegen „das sozialistische und private Eigentum“ bzw. gegen die „allgemeine staatliche und öffentli-

3736 Vgl. ebd., Bl. 32 f. (nicht pag.); vgl. Information. Erkenntnisse zu jugendlichen „Punkern“ in der DDR vom 25. November 1983, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6015, pag. Bl. 79; vgl. Information über beachtenswerte Erscheinungen unter negativ-dekadenten Jugendlichen in der DDR vom 18. Mai 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 92 u. 94.

3737 Die Quelle könnte von 1982/83 sein. Vgl. Zuarbeit zur Einschätzung der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 129 (Anlage).

3738 Vgl. Rückinformation aus einer analytischen Untersuchung zu Erscheinungen der Punk-Bewegung unter Jugendlichen/Jungerwachsenen des Bezirkes Karl-Marx-Stadt vom 25. April 1986, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. II, Nr. 977, pag. Bl. 155.

3739 Vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher, sogenannter Punks, in der DDR, vom 17. Juli 1986, in: ebd., pag. Bl. 162.

3740 Vgl. Information. Erkenntnisse zu jugendlichen „Punkern“ in der DDR vom 25. November 1983, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6015, pag. Bl. 78

3741 Information über beachtenswerte Erscheinungen unter negativ-dekadenten Jugendlichen in der DDR vom 18. Mai 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 95.

che Ordnung“. Die meisten Delikte entfielen auf Diebstahl, „Rowdytum“, „Widerstand gegen staatliche Maßnahmen“ und „öffentliche Herabwürdigung“. Die Geheimpolizei führte einen Großteil der Straftaten auf die Absicht der Punks zurück, damit ihre ablehnende Haltung gegenüber der Gesellschaft auszudrücken bzw. die Öffentlichkeit zu provozieren. Oftmals kam es bei Tanz- und Sportveranstaltungen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Skinheads. Einzelne Punks wurden häufiger wegen Eigentumsdelikten und „asozialen“ Verhaltens belangt.³⁷⁴² Während die Geheimpolizei Mitte der 1980er Jahre davon ausging, eine Vielzahl von ihnen hätte „eine politisch negative Grundeinstellung zur sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung“³⁷⁴³, hieß es 1989, Punks würden prinzipiell, „jegliche[...] Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens“³⁷⁴⁴ verneinen und sich „mit bürgerlichen Freiheitsauffassungen, pseudopazifischem, teilweise linksradikalem Gedankengut“³⁷⁴⁵ identifizieren. Sie selbst begriffen sich ähnlich wie die Skins mehrheitlich als Aussteiger aus der verbohrt und verkommenen Gesellschaft, in der jeder seinen adäquaten Platz fand, sofern er sich nur gut genug anpasste und kritische Fragen unterließ.³⁷⁴⁶

Welche Faktoren begünstigten laut Geheimpolizei die „antisozialistische“ Einstellung der Punks und Skins? Zum einen würde die „negative“ Attitüde durch den Einfluss von westlichen Massenmedien befördert, die

3742 Vgl. ebd., pag. Bl. 92, 94 f. u. 97; vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 15 (nicht pag.); vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlichen sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 10. April 1989, in: ebd., pag. Bl. 90.

3743 Information über beachtenswerte Erscheinungen unter negativ-dekadenten Jugendlichen in der DDR vom 18. Mai 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 94.

3744 Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 10. April 1989, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 89 f.

3745 Information über beachtenswerte Erscheinungen unter negativ-dekadenten Jugendlichen in der DDR vom 18. Mai 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 94.

3746 Ironischerweise hieß es in einem in der DDR verlegten Buch von 1985, westdeutsche Punks würden das ausdrücken, was viele junge Menschen (nur) im Westen bewegte: Umweltzerstörung, soziale Widersprüche, Nichtgebrauchwerden und Perspektivlosigkeit. Vgl. Heubner, Thomas 1985, S. 188.

je nach Auswahl des MfS entweder linke Ideen propagierten oder den Faschismus verherrlichten.³⁷⁴⁷ Zum anderen unterhielten Punks und Skins persönliche Kontakte in die Bundesrepublik bzw. Verbindungen zu inzwischen übergesiedelten Weggefährten.³⁷⁴⁸ Das würde sie in ihrer Haltung bestärken. Die westdeutschen Verbindungen der Punks reichten von privaten Bekanntschaften, von denen sie „Punkerutensilien“³⁷⁴⁹ erhielten, bis hin zu Journalisten westdeutscher Zeitschriften (Der Spiegel, konkret, Tip).³⁷⁵⁰ Wie Skins bezogen sie Fotos, Kassetten und (westdeutsche) Fanzines über persönliche Beziehungen. Auf diese Weise übernahmen die Punks im Osten nicht nur die Stilelemente westlicher Jugendkulturen,³⁷⁵¹ vielmehr konnten Herausgeber von selbstgefertigten Fanzeitschriften in der Bundesrepublik dadurch auf die verfolgte ostdeutsche Szene aufmerksam machen.³⁷⁵² Ronald Galenza erklärt dazu: „Im Westen war Punk nie eine Herausforderung für den Staat, dort verkaufte man damit ganz gut Platten und sorgte für Schlagzeilen. Im Osten kam man dafür in den Knast.“³⁷⁵³

Da in der DDR de facto keine Freiräume für Punks bestanden, zog es viele von ihnen in die Offene Jugendarbeit der evangelischen Kirche, die

3747 Vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 10. April 1989, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 84.

3748 Vgl. Rückinformation aus einer analytischen Untersuchung zu Erscheinungen der Punk-Bewegung unter Jugendlichen/Jungerwachsenen des Bezirkes Karl-Marx-Stadt vom 25. April 1986, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. II, Nr. 977, pag. Bl. 155.

3749 Information über beachtenswerte Erscheinungen unter negativ-dekadenten Jugendlichen in der DDR vom 18. Mai 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 93.

3750 Vereinzelt soll es Kontakte zu Abgesandten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik und der amerikanischen Botschaft gegeben haben. Vgl. ebd., pag. Bl. 92; vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 14 (nicht pag.).

3751 Vgl. Galenza, Ronald 2005, S. 101.

3752 Vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher, sogenannter Punks, in der DDR, vom 17. Juli 1986, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. II, Nr. 977, pag. Bl. 162.

3753 Galenza, Ronald 2005, S. 100.

vom MfS mit großem Argwohn beobachtet wurde.³⁷⁵⁴ Junge Gemeindemitglieder der evangelischen und katholischen Kirche schufen mit ihren Angeboten gefragte Alternativen zur FDJ-Arbeit. Einige Großveranstaltungen (Friedenswerkstätten usw.) erreichten bis zu 3.000 junge Menschen. Lichtbildvorträge, Diskussionsabende, Konzerte und Buchlesungen erfreuten sich Anfang der 1980er Jahre unter Punks großer Beliebtheit. Viele von ihnen bekannten sich zur unabhängigen Friedensbewegung und trugen das Symbol Schwerter zu Pflugscharen.³⁷⁵⁵ Ab 1982 verstärkte die Kirche ihre Anstrengungen, jugendliche Randgruppen für die Offene Jugendarbeit zu begeistern.³⁷⁵⁶ Evangelische Kirchgemeinden in Ostberlin versuchten Punks und Heavy-Metal-Fans mit Chaoten-Wanderungen, Wochenendausflügen und Kranzniederlegungen³⁷⁵⁷ in die kirchliche Jugendarbeit einzubeziehen.³⁷⁵⁸

Während die Integration von Metal-Fans und rechtsextrem eingestellten Jugendlichen, die sich weniger für Frieden, Abrüstung und Umwelt, sondern mehr für „Überfremdung“ und deutsche Geschichte interessierten, schwierig verlief, nutzten Punks das Angebot einiger Gemeinden, in ihren Räumlichkeiten zu proben und aufzutreten.³⁷⁵⁹ Oftmals wurden die von der Kirche organisierten Konzerte um Wortbeiträge und Spielszenen er-

3754 Der kirchlichen Jugendarbeit mit Punks widmeten sich vor allem Pfarrer Schilling (Braunsdorf), Pfarrer Eppelmann, Pfarrer Gartenschläger, Stadtjugendpfarrer Passauer und der Sozialdiakon Postler (Ostberlin) sowie die Diakone Musigmann (Erfurt), Rochau (Halle) und Lietz (Güstrow). Vgl. Information über beachtenswerte Erscheinungen unter negativ-dekadenten Jugendlichen in der DDR vom 18. Mai 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 97.

3755 Vgl. Arbeitsmaterial zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personengruppen in der DDR vom 3. August 1983, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 1/2, pag. Bl. 81.

3756 Vgl. Information über beachtenswerte Erscheinungen unter negativ-dekadenten Jugendlichen in der DDR vom 18. Mai 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 96.

3757 Die bekannteste Kranzniederlegung erfolgte am 25. Mai 1983. Nachdem die geplante Kranzniederlegung (mit dem Band „Nie wieder Faschismus – Punks aus Berlin“) an einer KZ-Gedenkstätte verhindert wurde, schafften es die Punks, den Kranz in der Gedenkstätte Neue Wache im Berliner Stadtzentrum abzulegen. Vgl. Klein, Thomas 2007, S. 148.

3758 Dazu gehörte u. a. die Briefseelsorge für inhaftierte und zum Militärdienst einberufene Punks. Vgl. Gajdukowa, Katharina/Dirk Moldt 2009, S. 178 f.

3759 Vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher, sogenannter Punks, in

gänzt. Im Dezember 1985 wurde beim Konzert von „L' Attentat“ (Leipzig) in der Christus-Gemeinde in Halle ein Dia-Vortrag gezeigt und aus dem Buch „Die Ehre, ein Soldat zu sein“ zitiert.³⁷⁶⁰ Da sich Punkrock-Gruppen wegen des Auftrittsverbots ansonsten meist erfolglos um Auftritte in Jugendklubs und Diskotheken bemühten,³⁷⁶¹ schien die evangelische Kirche neben privaten Kellern, Gärten und Ateliers ein nahezu perfekter Ort für Gigs. Das MfS störte sich vor allem wegen der „antisozialistischen“ und zukunfts pessimistischen („No future“) Texte an den Konzerten.³⁷⁶²

Wenn ohnehin keine Möglichkeit bestand, als Punk eine EOS oder Universität zu besuchen, und die Volkspolizei einen ständig schikanierte, indem sie den Ausweis verlangte oder Aufnäher und Kleidung beschlagnahmte, warum sollten die Punks aus ihrer Sicht keine Texte darüber schreiben dürfen?³⁷⁶³ Im Juni 1983 sang „Namenlos“ (Berlin) bei der Blues-Messe in der Berliner Erlöserkirche – ab diesem Jahr konnten Punks dort öffentlich auftreten³⁷⁶⁴ – folgende Zeilen: „Seht Euch vor MfS – MfS – SS“, „Arbeitest Du für Erich – nein, arbeitest Du für die Partei – nein, arbeitest Du für Rußland – nein“, „Rote Parolen und Sowjetmacht – haben Deutschland kaputt gemacht“.³⁷⁶⁵ Gegen die Musiker wurden Ermittlungsverfahren einschließlich Haftstrafen eingeleitet.³⁷⁶⁶ Die Sicherheitsorgane statuierten an „Namenlos“ ein Exempel. Insgesamt ver-

der DDR, vom 17. Juli 1986, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. II, Nr. 977, pag. Bl. 159-161; vgl. Studie über Erkenntnisse der Kriminalpolizei zu neofaschistischen Aktivitäten in der DDR, in: BStU, MfS, HA XXII, Nr. 407/3, pag. Bl. 97 f.

3760 Vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher, sogenannter Punker in der DDR, in: BStU, MfS, HA VI, Nr. 12142, pag. Bl. 27 f.

3761 Vgl. Arbeitsmaterial zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personengruppen in der DDR vom 3. August 1983, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 108.

3762 Vgl. Information über beachtenswerte Erscheinungen unter negativ-dekadenten Jugendlichen in der DDR vom 18. Mai 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 97; vgl. Galenza, Ronald 2005, S. 101.

3763 Die meisten Texte der Bands waren düster bis ironisch, selten pathetisch. Oftmals ging es um die Monotonie des Alltags, um das Leben im Plattenbau und um Schikane. Vgl. Lipp, Florian 2015, S. 231 u. 233.

3764 Galenza, Ronald 2005, S. 101.

3765 Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 2416, pag. Bl. 61.

3766 Über drei der vier Mitglieder – das jüngste Mitglied war minderjährig – wurden Haftstrafen zwischen zwölf und 18 Monaten verhängt. Sängerin Jana Schlosser

hängten MfS und Volkspolizei 1983 gegen fünf von insgesamt 17 bekannten Punkrock-Gruppen strafrechtliche und erzieherische Maßnahmen, in deren Folge sich die fünf Gruppen auflösten.³⁷⁶⁷

Auch ein vom Kreisjugendpfarrer des Kirchenkreises Halle in Zusammenarbeit mit dem Jugenddiakon aus Berlin-Friedrichshain geplantes Punk-Treffen – das erste Punk-Festival fand im April 1983 in Halle statt³⁷⁶⁸ – konnte die Geheimpolizei im Oktober 1983 teilweise vereiteln: Es kamen 70 von erwarteten 500 Punks nach Halle.³⁷⁶⁹ Die Veranstalter und Punks aber lernten dazu. In Halle organisierten Punks Konzerte beim „Orgel-Knup“ und konnten aufgrund der Buchstabenverdrehung (Knup bedeutet Punk) unbehelligt in der Stadt dafür werben. Die in der Erlöserkirche Berlin ansässigen ALØSA-Punks kehrten zeitweilig alles, was sie sagten, ins Gegenteil um. Das stiftete bei den Ausweiskontrollen Verwirrung und bereitete den Punks Spaß. Diese Ironie und dieser Humor prägten die Szene. Vor allem die Punks der ersten Generation mussten viele Repressionen ausstehen.³⁷⁷⁰ Dennoch erfolgten im selben Jahr des ersten Punk-Festivals weitere Auftritte von Punkrock-Gruppen bei kirchlichen Werkstatttagen und Blues-Messen in Berlin, Halle, Leipzig und Karl-Marx-Stadt. Bei den Veranstaltungen des Jugendpfarrers der Pfingstgemeinde in Berlin-Friedrichshain zählte das MfS bis zu 120 Punks. Angesichts der Schäden an der Inneneinrichtung untersagte die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg weitere Konzerte.³⁷⁷¹

Die Integration der Punks in die Offene Jugendarbeit verlief nicht unproblematisch. Sie fielen nicht selten unangenehm auf, weil sie sich in der Kirche nicht angemessen benahmen und bspw. Schnaps tranken.³⁷⁷² Die

kam in das berüchtigte Frauengefängnis Hoheneck. Vgl. für Einzelheiten: Häder, Sonja 2004.

3767 Vgl. Information über beachtenswerte Erscheinungen unter negativ-dekadenten Jugendlichen in der DDR vom 18. Mai 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 97.

3768 Vgl. Lipp, Florian 2015, S. 232.

3769 Vgl. Information über beachtenswerte Erscheinungen unter negativ-dekadenten Jugendlichen in der DDR vom 18. Mai 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 98.

3770 Vgl. Gajdukowa, Katharina/Dirk Moldt 2009, S. 183 f.

3771 Vgl. Information über beachtenswerte Erscheinungen unter negativ-dekadenten Jugendlichen in der DDR vom 18. Mai 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 97 f.

3772 Vgl. Der Stern 1987, S. 84.

meisten der Kirche nahestehenden jungen Menschen glichen Hippies und Kunden. Rund ein Drittel der 3.000 Besucher der Blues-Messe im Juli 1983 waren Punks.³⁷⁷³ Viele der anderen Jugendlichen trugen im Gegensatz zu diesen lange Haare und Bärte, Parkas, hohe Laufschuhe und hörten Rhythm and Blues, Modern Jazz und Rockmusik.³⁷⁷⁴ Neben Punks und Metal-Fans versuchte die evangelische Kirche mit dem Konzept der Kirche von Unten ab 1983/84 jugendliche Fußballanhänger, darunter Skins aus den Fanblöcken, für ihre Angebote zu begeistern.³⁷⁷⁵ Tatsächlich versammelten sich bei den Blues-Messen Anfang der 1980er Jahre nach Berichten des MfS etliche Fans des 1. FC Union Berlin.³⁷⁷⁶ Einige zur Punk-Bewegung gehörende Fans des Vereins gründeten eine eigene „Punkfußballmannschaft“ und kickten wöchentlich im Pionierpark „Ernst Thälmann“ (in Wuhlheide/Treptow-Köpenick).³⁷⁷⁷

Trotz aller Bemühungen erreichte die Offene Arbeit bzw. die Kirche von Unten bis Ende der 1980er Jahre im Wesentlichen nur die Punks.³⁷⁷⁸ Was aber tat die FDJ, um Skinheads, Punks und Metal-Fans für sich zu gewinnen? Lange Zeit hatte die Massenorganisation jugendliche Randgruppen ignoriert. Deren Verbandsspitze verschloss die Augen vor neonazistischen Einstellungen unter der Jugend.³⁷⁷⁹ Erst 1988 sollten auf Grundlage eines Beschlusses der SED vom 2. Februar namentlich erfasste Punks, Skins und Metal-Fans durch spezielle Veranstaltungen für die FDJ-Arbeit geworben werden. Es galt fortan, alle „negativ-dekadenten Jugendlichen“ einzubeziehen und die Ruhe und Ordnung auf Veranstaltungen wiederherzustellen. In der Folge sorgten mehr O-Gruppen in szenetypischen Klubs

3773 Vgl. Galenza, Ronald 2004, S. 615.

3774 Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 15 (nicht pag.).

3775 Vgl. für Einzelheiten: Kirche von Unten (Hrsg.) 1997; Moldt, Dirk 2005, S. 2.

3776 Vgl. Schlußfolgerungen zur wirksamen Bekämpfung und Verhinderung rowdyhafter Ausschreitungen bei Sportveranstaltungen, insbesondere bei Fußballspielen, vom 11. August 1982, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3210, pag. Bl. 16.

3777 Vgl. Analyse zum Stand der Bearbeitung des negativen Anhangs des 1. FC Union Berlin. Spielserie 1983/84. Tendenzen/Schwerpunkte vom 16. Juli 1984, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3211, pag. Bl. 25-27.

3778 Besonders erfolgreich verlief dies in Berlin, Dresden, Frankfurt/Oder, Halle, Jena, Leipzig, Karl-Marx-Stadt und Potsdam. Vgl. Bericht (1. Entwurf) über die Verwirklichung des Beschlusses des Politbüros des ZK der SED vom 2. Februar 1988. Maßnahmen der FDJ zur Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit mit allen Jugendlichen, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 11191, pag. Bl. 63.

3779 Vgl. Bollow, Frauke u. a. 1996 (a), S. 304; vgl. für Einzelheiten: Waibel, Harry 1994.

für die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen (Alkoholausschank), und für Metal-Fans – DT 64 sendete schon länger die Sendung „Hard bis Heavy“³⁷⁸⁰ – gab es spezielle Konzertreihen.³⁷⁸¹ In Berlin boten einige Jugendklubs Vorträge über Skins und Punks, über Probleme in der Schule oder über Drogen an.³⁷⁸²

Manche Punkbands, für die es vorher unmöglich war, eine staatliche Spielerlaubnis zu bekommen, traten fortan auf Großveranstaltungen des Jugendverbandes auf. Denn mit ihrer staatlich geförderten und zensierten Rockmusik erreichten SED und FDJ inzwischen nur noch eine kleine Minderheit. Im Jahr 1986 spielte DT 64, wie in vielen Diskos später üblich, in der Sendung „Parocktikum“ nichtlizenzierte Musik bzw. Mitschnitte von Punkrock-Konzerten. Zwei Jahre später erschienen die ersten offiziellen Sampler dieser „anderen Bands“, geprägt von Punk und New Wave.³⁷⁸³ Im Gegensatz zu den Punkrockern der ersten Stunde, die nur unter falschen Namen in der Bundesrepublik veröffentlichen konnten und dafür harte Strafen erhielten („Schleimkeim“ alias „Saukerle“),³⁷⁸⁴ genossen ihnen folgende Bands etwas mehr Freiräume. Im Jahr 1988 lief in den Kinos der Film „flüstern & schreien“, der unter Jugendlichen für große Begeisterung sorgte.³⁷⁸⁵ Der Dokumentarfilm zeigte – für den sozialistischen Kulturbetrieb untypisch – Ausschnitte vom Konzert der Gruppe „Sandow“ und Punks, die angetrunken am Ostseestrand Pogo tanzten.

3780 Vgl. für Einzelheiten: Breitenborn, Uwe 2010.

3781 Vgl. Informationen des Zentralrats der FDJ über Versuche des Klassenfeindes, verstärkt politisch-ideologischen Einfluß auf die Jugend zu nehmen. Maßnahmen der FDJ zur Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit mit allen Jugendlichen. Anlage Nr. 8 zum Protokoll Nr. 5 auf der Sitzung des Politbüros vom 2. Februar 1988, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/2258, Bl. 102, 112 u. 114; vgl. Bericht (1. Entwurf) über die Verwirklichung des Beschlusses des Politbüros des ZK der SED vom 2. Februar 1988. Maßnahmen der FDJ zur Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit mit allen Jugendlichen, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 11191, pag. Bl. 57.

3782 Das betraf den Jugendklub „Am Tierpark“ in Berlin-Lichtenberg oder Klubs in Berlin-Hohenschönhausen. Vgl. Information Nr. 145/88 über einige beachtenswerte Erscheinungen in Jugendklubs der Hauptstadt der DDR, Berlin, vom 18. März 1988, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 3661, Bl. 1-6.

3783 Vgl. Binas, Susanne 1996, S. 49 f.; vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha 2009 (b), S. 160.

3784 Der Sänger von „Schleimkeim“, Otze Ehrlich, kam dafür vier Wochen in Untersuchungshaft. Vgl. Seeck, Anne 2012, S. 135.

3785 Vgl. Gajdukowa, Katharina/Dirk Moldt 2009, S. 185; vgl. Lipp, Florian 2015, S. 225 f., 237 u. 239.

Doch „viele Bands verweigerten sich diesen scheinheiligen Offerten eines Staates, von dem sie sich innerlich längst verabschieden hatten“³⁷⁸⁶, so Ronald Galenza. Die Hauptadressaten des neuen Konzepts zeigten sich unbeeindruckt von der Idee der FDJ, alle „Außenstehenden“ wieder einer „sinnvollen“ Freizeitbeschäftigung „zuzuführen“. Obwohl sich die Kulturbehörden ab Mitte der 1980er Jahre toleranter bei der staatlichen Einstufung für Punkbands zeigten und einige von ihnen in FDJ-Klubs und Kulturhäusern spielen durften,³⁷⁸⁷ zählte das MfS zu dieser Zeit bei den Punkkonzerten in der Hoffnungskirche Berlin-Pankow 200 bis 300 Besucher. Punks diskutierten weiterhin im Rahmen der Offenen Arbeit über eine Demokratisierung der Gesellschaft, über alternative Lebensformen, nahmen an Umweltinitiativen teil und solidarisierten sich mit Freya Klier und Stephan Krawczyk.³⁷⁸⁸ Einige beteiligten sich an der Aktion Störenfried, an Mahnwachen und Anti-IWF-Aktionen. In Potsdam, Dresden und anderen Bezirken konstituierten sich Gruppen von Punks zur Anti-Nazi-Liga und der Anti-Nazi-Front, die dem Rechtsextremismus offensiv den Kampf ansgaben.³⁷⁸⁹ Andere Gruppen schrieben Eingaben an die Synode der evangelischen Kirche und lieferten sich gemäß dem MfS „provozierende Auseinandersetzungen mit Skinheads“³⁷⁹⁰.

Parallel zu den verstärkten rechten Strömungen unter den Skins durchlief die Punk-Bewegung eine Art Politisierung, in deren Folge nicht nur der Kampf gegen Rechtsextremismus, sondern auch der Kampf gegen die Untätigkeit des Staates gegenüber den „Faschos“ an Auftrieb gewann. Obwohl die rechtsextreme oppositionelle Szene sehr klein war,³⁷⁹¹ schien die Geheimpolizei kaum in der Lage, diese Tendenzen mit „bewährten“ Mitteln und Methoden aufzuhalten. Nicht zuletzt auch deshalb, weil ausgestiegene, zum Militärdienst einberufene, inhaftierte oder übergesiedelte Skins rasch durch Jüngere ersetzt wurden. Obgleich die Mehrzahl der Schüler kaum bis nie in Kontakt mit Jugendlichen aus anderen Ländern

3786 Galenza, Ronald 2005, S. 103.

3787 Vgl. ebd.

3788 Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 14 (nicht pag.).

3789 Vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 10. April 1989, in: ebd., pag. Bl. 90.

3790 Ebd.

3791 Vgl. Jesse, Eckhard 2008, S. 497.

kam,³⁷⁹² fühlten sich besonders 15- bis 17-Jährige vom rechten Rand der Skinhead-Bewegung angezogen.³⁷⁹³ Ende der 1980er Jahre kam es häufiger zu Gewalttätigkeiten gegen Menschen mit Migrationshintergrund und zu Schändungen von (jüdischen) Friedhöfen durch gewalttätige junge Skins.³⁷⁹⁴ Mit ihrem Anti-Antifaschismus diskreditierten sie den Staat. Nach Recherchen des westdeutschen Fernsehmagazins „Kontraste“ zählte die DDR 1988 über 1.000 Skinheads. Das bestätigen Unterlagen des MfS.³⁷⁹⁵

6.2.4.3 Staatliche Reaktionen

Von Anfang bis Mitte der 1980er Jahre entfielen die meisten Straftaten von Jugendlichen auf Diebstahl, gefolgt von Körperverletzung, dem unbefugten Benutzen von Fahrzeugen und „Rowdytum“.³⁷⁹⁶ Ab Ende der

3792 Im Januar 1989 befragte das ZIJ 235 Acht- bis Zehntklässler (POS) aus Leipzig. Während das Bild von polnischen und sowjetischen Jugendlichen, verglichen mit 1978, negativer ausfiel, bewerteten sie amerikanische und westdeutsche Jugendliche positiver. Bei jungen Menschen aus Vietnam und Afrika hielten sich die Urteile zurück. Vgl. Heublein, Ulrich 1989: Urteile von Schülern über Verhaltensmerkmale Jugendlicher anderer Nationalitäten vom Oktober, Bl. 2 f. u. 23; vgl. Krüger-Potratz, Marianne 2010, S. 142-145.

3793 Vgl. Zur gegenwärtigen Lageeinschätzung unter negativ-dekadenten Jugendlichen vom Februar 1989, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 13508, pag. Bl. 24.

3794 Vgl. ebd., pag. Bl. 25; vgl. Vorschlag zur Durchführung einer gerichtlichen Hauptverhandlung vor geladener Öffentlichkeit vom 2. Mai 1988, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 1587, pag. Bl. 23; vgl. Einschätzung aktueller Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 23. März 1989, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 13508, pag. Bl. 38.

3795 So berichtete das Magazin 1988 über Probleme mit Skinheads in der DDR und interviewte eine junge Gruppe Skins in Ostberlin. Entgegen der medialen Berichterstattung in der DDR gestand der Beitrag des ARD unter Leitung von Peter Wensierski ein, Skins seien in Ost und West ein Problem. Das MfS sah das freilich anders. Vgl. „Kontraste“ vom 19. Juli 1988; vgl. Einschätzung aktueller Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 23. März 1989, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 13508, pag. Bl. 37 f.

3796 Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 2416, pag. Bl. 71; vgl. Zuarbeit zum Informationsbedarf über jugendliche Gruppierungen – Ihr Schreiben

1970er Jahre minimierte sich sukzessive die Zahl von jugendlichen „Tätern“. ³⁷⁹⁷ Von 1981 bis 1985 gab es einen Rückgang bei jugendlichen Beschuldigten um etwa 30 Prozent. Im selben Zeitraum leitete die Volkspolizei laut MfS im Durchschnitt gegen 1,4 Prozent aller jugendlichen „Straftäter“ ein Ermittlungsverfahren ein. ³⁷⁹⁸ Mitte der 1980er Jahre wurden insgesamt rund zwölf Prozent aller Jugendlichen straffällig. Das war gemäß dem MfS die „niedrigste Belastungsziffer“ ³⁷⁹⁹ ab 1960. Fast die Hälfte aller „Täter“ musste sich 1986/87 vor einem Gericht verantworten. In 80 Prozent der Fälle blieben Freiheitsstrafen aus, weil die meisten Straftaten nicht schwerwogen. Dennoch verurteilte die Justiz Anfang der 1980er Jahre mindestens 75 Prozent aller festgestellten „Täter“, in den 1960er Jahren waren es ungefähr 60 Prozent. ³⁸⁰⁰

Folglich sanken zwar die Jugendkriminalität und die Rate der verhängten Freiheitsstrafen, dafür jedoch gingen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre 80 Prozent aller „Rowdy-Delikte“ auf das Konto von Jugendlichen, nach der Geheimpolizei „labile, in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zurückgebliebene junge Menschen“ ³⁸⁰¹. Die meisten Straftaten geschahen spontan, ungeplant und unter Einwirkung von Alkohol. Jede fünfte von Jugendlichen begangene Straftat erfolgte 1986 unter Alkoholeinfluss. Der Anteil von Straftaten unter Alkoholeinwirkung stieg von sieben Prozent (1961) auf 20 Prozent (1987). Auch die Jugendkriminalität erhöhte sich 1987. Zwar sank der Prozentsatz von Straftaten unter Beteiligung Jugendlicher insgesamt von knapp 48 (1986) auf 46 (1987), allerdings gerieten 1987 mehr 14- bis 15-Jährige mit dem Gesetz in Konflikt. Ebenso nahmen die von Punks, Skins und Metal-Fans verübten Rechtsverletzungen zu. Taten, die sich gegen die staatliche Ordnung („Rowdytum“, „Widerstand“, „Verleumdung“ usw.) richteten, erhöhten sich 1987, verglichen mit 1986,

vom 28.6.1985 vom 4. Juli 1985, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 56 f. (Anlage 1).

3797 Vgl. Lekschas, John 1988, S. 235.

3798 Vgl. Entwicklung der Jugendkriminalität vom 2. Dezember 1986. Arbeitsmaterial zu ausgewählten Problemen der politisch-operativen Lageentwicklung unter jugendlichen Personenkreisen vom 2. Dezember 1986, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 3913, pag. Bl. 22 (Anlage 1).

3799 Die Quelle könnte von 1986/87 sein. Haupttendenzen der Entwicklung der Jugendkriminalität im Jahr 1986, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6015, pag. Bl. 1.

3800 Vgl. ebd.; vgl. Freiburg, Arnold 1984 (a), S. 235.

3801 Ebd., pag. Bl. 2.

um ein Fünftel, die des „ungesetzlichen Grenzüberttritts“ um mehr als ein Drittel.³⁸⁰²

Wie 1984/85 traten Jugendliche 1987/88 hauptsächlich wegen Körperverletzung, des unbefugten Benutzens von Fahrzeugen, „Rowdytums“ und besonders häufig wegen Diebstahls in Erscheinung. Etwa die Hälfte aller Straftaten wurde 1988 von 14- bis 25-Jährigen verübt.³⁸⁰³ Oftmals stahlen Kinder und Jugendliche als Mutprobe in den Läden,³⁸⁰⁴ am häufigsten Lebens- und Genussmittel, Tabak,³⁸⁰⁵ Fahrzeugteile, Spielzeug oder Bekleidung. Die Abteilung Staat und Recht beim ZR der FDJ rekapitulierte: „Unverkennbar ist, daß es einer gleichbleibenden Anzahl von Jugendlichen nicht gelingt, gestiegene materielle Bedürfnisse in Einklang mit den eigenen Möglichkeiten ihrer Befriedigung zu bringen.“³⁸⁰⁶ Die Verbandsfunktionäre führten diese Entwicklung nicht auf eigenes Versagen bzw. auf den geringen Einfluss der FDJ zurück, sondern auf das niedrige Bildungsniveau der „Täter“, auf deren Alkoholmissbrauch, auf das Kopieren westlicher Idole/Verhaltensweisen und auf ungenügende gesellschaftliche Aktivitäten. Der FDJ gehörten 1987/88 45 Prozent aller jugendlichen „Täter“ an.³⁸⁰⁷

Diese hätten sich vor ihrer Straffälligkeit – angeblich – gern in Gruppen um vorbestrafte und „asoziale“ Jugendliche herum aufgehalten. Explizit „feindliche“ Haltungen gegenüber dem Staat seien laut dem ZR die Ausnahme. Vielmehr würden unter Ausreisewilligen und „Arbeitsscheuen“

3802 Vgl. Information über die Entwicklung der Jugendkriminalität und Schlußfolgerungen für die weitere Qualifizierung der Tätigkeit der Leitungen der FDJ auf dem Gebiet der sozialistischen Rechtserziehung, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 70-72.

3803 Vgl. ebd., pag. Bl. 71 f.; vgl. Durchsetzung des Beschlusses des Politbüros des ZK der SED vom 2. Februar 1988 zur Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit mit allen Jugendlichen vom 27. März 1989, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 49.

3804 Vgl. Freiburg, Arnold 1984 (a), S. 230.

3805 In den 1980er Jahren rauchten etwa 55 Prozent aller Jugendlichen, 40 Prozent täglich und 15 Prozent gelegentlich. Vgl. Reißig, Monika 1988: Zum Gesundheitsverhalten Jugendlicher. Ernährungsverhalten und Genußmittelkonsum vom September, Bl. 9.

3806 Information über die Entwicklung der Jugendkriminalität und Schlußfolgerungen für die weitere Qualifizierung der Tätigkeit der Leitungen der FDJ auf dem Gebiet der sozialistischen Rechtserziehung, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 71.

3807 Vgl. ebd., pag. Bl. 71 f. u. 75.

eher „unklare, dem Sozialismus atypische Vorstellungen, etwa über Freiheit“³⁸⁰⁸ kursieren. Das traf vermutlich auch auf die meisten Punks und Skins zu. Nach Berichten des MfS versuchten übergesiedelte Punks und Skins ihre einstigen Weggefährten zur ständigen Ausreise oder von einer Flucht zu überzeugen.³⁸⁰⁹ Wie viele Punks sich 1987 wegen „Arbeitsbummelei“ unter den mehr als 1.600 nach Paragraph 249 StGB („Asozialität“) jugendlichen Verurteilten befanden, bleibt unbeantwortet.³⁸¹⁰ Ebenso die Frage, wie viele von den Maßnahmen des Jugendverbandes betroffen waren, der vorzeitig aus der Haft entlassene Jugendliche wieder als „gleichberechtigte und gleichverpflichtete Mitglieder“³⁸¹¹ ins Kollektiv „zurückführte“. Schließlich hatte die BV Berlin im Februar 1983 gefordert, Punks seien „als sozialismusfremde Erscheinung aus dem Bild der Hauptstadt zu eliminieren“³⁸¹², die Betreffenden in „geeignete“ Arbeitsverhältnisse mit stabilen Kollektiven zu integrieren und nicht genehmigte Auftritte von Punkbands zu verhindern.

Mit Blick auf das „Nationale Jugendfestival“ 1984 schlug das MfS vor, den Einfluss von Schule und FDJ auf Nachahmer und Sympathisanten der Punk-Bewegung zu verstärken und vor allem Punks in den Wohngebieten einer anständigen Freizeitgestaltung „zuzuführen“, damit sie „zu einem

3808 Ebd., pag. Bl. 73.

3809 Vgl. Rückinformation aus einer analytischen Untersuchung zu Erscheinungen der Punk-Bewegung unter Jugendlichen/Jungerwachsenen des Bezirkes Karl-Marx-Stadt vom 25. April 1986, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. II, Nr. 977, pag. Bl. 154; vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 10. April 1989, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 86.

3810 Vgl. Information über die Entwicklung der Jugendkriminalität und Schlußfolgerungen für die weitere Qualifizierung der Tätigkeit der Leitungen der FDJ auf dem Gebiet der sozialistischen Rechtserziehung, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 73. Paul Kaiser nimmt an, zu den 11.000 Menschen, die im „Ernstfall“ in ein Internierungslager kommen sollten, gehörten auch „Arbeits-scheue“ bzw. „negativ-dekadente Jugendliche“. Vgl. ders. 2004, S. 273 f.

3811 Ebd., pag. Bl. 75.

3812 Einschätzung der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen der Hauptstadt der DDR, Berlin, im Jahre 1983 vom 6. Februar 1984, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 2/2, pag. Bl. 29.

gesellschaftsmäßigen Verhalten und Auftreten zurückfinden“³⁸¹³. Der Minister des Innern wies im Mai 1984 die Bezirksbehörden der Volkspolizei an, gezielter als bisher Informationen über Punks einzuholen und bei bestimmten Veranstaltungen deren Anreise und Aufenthalt zu unterbinden.³⁸¹⁴ Bei der Überwachung der Szene hatte die Wahrung der Konspiration oberste Priorität. Die Volkspolizei konnte nur mit Genehmigung des MfS „exekutive Maßnahmen“³⁸¹⁵ einleiten. Dieses plante, die Arbeit mit IM zu optimieren, und erstrebte eine ständig aktualisierte Lageeinschätzung über einzelne Punks, Gruppierungen und Bands, die ohne staatliche Auftrittsgenehmigung in Kirchen spielten.

Viele Punkmusiker mussten jederzeit mit hohen Geldstrafen (200 bis 500 Mark), Inhaftierung, der Einweisung in einen Jugendwerkhof, einem Einberufungsbescheid zur NVA oder der Abschiebung nach Westdeutschland rechnen.³⁸¹⁶ Punkrock-Gruppen wurden verfolgt, kriminalisiert und verboten, da diese unter dem Verdacht standen, „eine ‚DDR-aggressive Antimusik‘ mit feindlich-negativem Gehalt“ zu produzieren. Im Bezirk Karl-Marx-Stadt geriet die Freiburger Gruppe „Taktlos“ wegen Texten wie „Die Stasisau hau ich blau“ oder „Schlagt die Bullen platt wie Stullen“ ins Visier des MfS.³⁸¹⁷ Mit Vorladungen und Verweisen auf die Paragraphen 218 und 220 StGB („Zusammenschluss zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele“ und „öffentliche Herabwürdigung“) sollte die Gruppe eingeschüchtert und zur Auflösung gezwungen werden.³⁸¹⁸

3813 Information über beachtenswerte Erscheinungen unter negativ-dekadenten Jugendlichen in der DDR vom 18. Mai 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-60, Bd. II, pag. Bl. 99.

3814 Vgl. Schreiben von Generalleutnant Wagner an den Chef der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Genossen Generalmajor Rudnick, vom 25. Mai 1984, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 5, pag. Bl. 28.

3815 Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher, sogenannter Punks in der DDR, vom 23. Juli 1986, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. II, Nr. 977, pag. Bl. 157 f.

3816 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1988, S. 47; vgl. Lipp, Florian 2015, S. 234.

3817 Vgl. Information über einen Vorschlag zum Vorgehen gegen die unter Umgehung der staatlichen Rechtsnormen gebildete Punk-Musikformation „Taktlos“ in Freiberg vom 6. Juni 1987, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-662, Bd. III, pag. Bl. 22.

3818 Vgl. ebd., pag. Bl. 22 f.

Die Sicherheitsorgane pflegten einen aggressiven Umgang mit Punks, gemäß dem Motto: Wer sich wie ein Punk kleidete – lapidar vom MfS in Dreck und Müll übersetzt –, der wurde auch so behandelt. Viele verloren durch Polizeieinsätze ihren bunten Hahnenkamm.³⁸¹⁹ Verhaftungen, Wohnungsdurchsuchungen und das Abnehmen von Fingerabdrücken gehörten zu ihrem Alltag.³⁸²⁰ Im März 1981 stürmten sieben Überfallkommandos ein leerstehendes Haus in Leipzig. Sie verhafteten 94 Punks und Jugendliche, die eine Party feiern wollten. Es folgten stundenlanges Stehen vor einer Mauer mit den Händen im Genick, Verhöre, Demütigungen und Geldstrafen bis zu 300 Mark. Im Juli 1982 erklärte die Volkspolizei in der sächsischen Messestadt eine Veranstaltung mit geplanten Auftritten von Punkrock-Gruppen für beendet. Dabei unterlagen Feiern auf privatem Gelände keiner Genehmigungspflicht.³⁸²¹ Ein massives Polizeiaufgebot und zivile Mitarbeiter des MfS hinderten 250 Punks und andere Jugendliche unter Drohungen am Einlass.³⁸²²

Doch die Repressionen in Form von Schikanen, Ängstigung, Überwachung, Anwerbungsversuchen als IM – diese gab es im Umfeld fast jeder Musikgruppe³⁸²³ – und Verboten jeglicher Art (für S-Bahn, bestimmte Plätze, Städte, Wohnviertel oder Läden) führten nicht zur einer grundlegenden Erschütterung der Szene. Obwohl Punks zum Freiwild erklärt worden waren, etablierte sich die Bewegung bis Mitte der 1980er Jahre. Bei vielen von ihnen wich mit der wiederkehrenden Polizeibrutalität zudem die Angst vor der Staatsmacht.³⁸²⁴ Die Hemmschwelle sank, Polizisten die Mütze wegzunehmen oder vor Ausweiskontrollen wegzulaufen. Wahrscheinlich entwickelten auch deshalb einige Punks eine rechtsextremistische Einstellung. Diese Tendenz zeichnete sich bei etlichen Jugendlichen und vor allem bei jungen Fußballfans ab. Das MfS in Berlin bemerkte 1984 einen Anstieg der Zahl an Nazi-Punks unter den Fans des 1. FC Union Berlin und verstärkt faschistische Tendenzen bei den Fans des

3819 Vgl. Stock, Manfred/Philipp Mühlberg 1990, S. 168.

3820 Vgl. Galenza, Ronald 2005, S. 100.

3821 Die Auflösung von „unerlaubten“ Veranstaltungen war gängige Praxis. Ähnlich repressiv wie in Leipzig gingen MfS und Volkspolizei gegen Initiativen des Ostberliner Hirschhofs vor, auf dessen Gelände Punkbands spielten. Vgl. Häder, Sonja 2001, S. 39-44.

3822 Vgl. Wensierski, Peter u. a. (Hrsg.) 1983, S. 243 f.

3823 Vgl. Galenza, Ronald 2005, S. 102.

3824 Vgl. Rauhut, Michael 1996 (b), S. 218; vgl. Auerbach, Thomas 2002, S. 210; vgl. Gajdukowa, Katharina/Dirk Moldt 2009, S. 180.

BFC Dynamo, dessen Anhänger häufig Probleme wegen „Gewalt- und Widerstandsdelikten“ bekamen.³⁸²⁵ Die Geheimpolizei in Karl-Marx-Stadt konstatierte für 1983, als sich im gesamten Bezirk eine ausländerfeindliche Stimmung bemerkbar machte³⁸²⁶: Einerseits würden die Einflüsse der Punk-Bewegung unter jugendlichen Fans des FC Karl-Marx-Stadt wachsen, andererseits käme es öfter zu faschistischen Äußerungen bei Zusammenkünften des „negativen“ Fußballanhangs in Privatwohnungen.³⁸²⁷

Mitte der 1980er Jahre zählte die Karl-Marx-Städter Geheimpolizei rund 200 fanatische Fußballanhänger (15 bis 20 Jahre) im „Fahnenblock“ des FCK, darunter 40 „negativ-dekadente“ bzw. „kriminell gefährdete“ Jugendliche.³⁸²⁸ Unter Federführung des „Fahnenblocks“ – 1977 bestehend aus 80 bis 90 Personen – erfolgten bei Heim- und Auswärtsspielen Auseinandersetzungen mit anderen Fans. Unter den jungen Anhängern fanden ab Ende der 1970er Jahre vor allem die Parolen der Älteren großen Anklang, wie „Hängt ihn auf, das schwarze Schwein“ (Schiedsrichter) oder „Bullen raus“. Wenn die Volkspolizei direkt im Stadion versuchte, Jugendliche aus den Zuschauerrängen herauszuholen, trat häufig eine Welle der Solidarisierung ein. Die umstehenden Fans schimpften „Bullenschweine“ und sangen „So was gibt's in Chemnitz nicht“.³⁸²⁹

Andere Vereine versuchten durch die Herstellung von Öffentlichkeit junge Fans in den Stadien zu disziplinieren: 1985 publizierten die Suhler Bezirkspresse und die BSG Motor die Namen von Jugendlichen, die sich im Stadion unsportlich benommen hatten. Der FC Rot-Weiß Erfurt gab zusätzlich die Adressen der Ruhestörer bekannt. Die BSG Sachsenring Zwickau hing eine Liste vor dem Stadion aus und die BSG Stahl Brandenburg

3825 Vgl. Einschätzung der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personengruppen in der Hauptstadt der DDR, Berlin, im Jahre 1983 vom 6. Februar 1984, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 2/2, pag. Bl. 30.

3826 Vgl. Analyse der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personengruppen des Bezirks Karl-Marx-Stadt vom 8. Februar 1983, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 5, pag. Bl. 169.

3827 Vgl. Einschätzung der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personengruppen vom 7. Februar 1984, in: ebd., pag. Bl. 16 f.

3828 Vgl. Hinweise zur Gesprächsführung am 2. Juli 1984, in: ebd., pag. Bl. 47 f.

3829 Vgl. Berichterstattung gemäß Befehl 11/66 des Genossen Minister – Analyse Jugend 1977 vom 14. Februar 1978, in: ebd., pag. Bl. 272.

ließ die Namen im Stadion über Lautsprecher ausrufen.³⁸³⁰ Junge „negative“ Fußballfans fielen meist mit provokativen Äußerungen gegen Volkspolizisten und Ordner auf. Besonders oft fanden Angriffe auf Schiedsrichter bei – vermeintlichen – Fehlentscheidungen statt. Nicht selten kam es schon während der Anreise bei Auswärtsspielen zu Prügeleien und Sachbeschädigungen in öffentlichen Verkehrsmitteln, teilweise durch den Einsatz von Pyrotechnik.³⁸³¹ Zwar war die Zahl der „Zuführungen“ bei Heimspielen 1982 insgesamt um 23 Prozent gesunken, dafür aber bei Auswärtsspielen um 20 Prozent gestiegen. Über 80 Prozent der Verhafteten waren 15- bis 22-Jährige, die durch aggressives Verhalten unter Alkohol aufgefallen waren.³⁸³²

Auch bei den Berliner Fans des 1. FC Union erfolgten die meisten Zwischenfälle bei Auswärtsspielen. In der Saison 1983/84 gab es unter den Anhängern 170 „Zuführungen“. Mehr als die Hälfte davon waren zur Tatzeit alkoholisierte junge Arbeiter (18 Jahre und älter). Unter den 500 bis 1.500 Personen, die regelmäßig zu den Auswärtsspielen der Mannschaft fuhren, rechnete die Geheimpolizei 50 dem aktiven „negativen“ Fußballanhang zu. Bei Heimspielen zählte sie zwischen 5.000 und 22.000 Zuschauer, darunter 3.000 jugendliche Anhänger bzw. 300 bis 400 „negative“ Fans.³⁸³³ Ab Mitte der 1980er Jahre besuchten auffallend mehr Fans die Spiele der beiden Berliner Vereine und skandierten „Eisern Berlin“.³⁸³⁴ Schätzungen des MfS zufolge befanden sich unter dem „negativen“ Fußballanhang beider Mannschaften 30 bis 40 Fans.³⁸³⁵ Die Geheimpolizei nahm an, diese seien kein spezifisches Problem des „negativ-dekadenten“

3830 Vgl. Berichterstattung über die Ergebnisse der Erhöhung von Sicherheit und Ordnung bei Fußballspielen vom 25. November 1985, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3211, pag. Bl. 116; vgl. Bericht über den Stand der Realisierung der Aufgabenstellung der Information des ZK der SED „Zur Lage auf den Fußballplätzen und Vorschläge zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit im Zusammenhang mit Fußballspielen“ vom 30. Dezember 1985, in: ebd., pag. Bl. 203.

3831 Vgl. Schreiben von Friedrich Dickel vom 3. Mai 1984, in: ebd., pag. Bl. 14.

3832 Vgl. Schlussfolgerungen zur wirksamen Bekämpfung und Verhinderung rowdyhafter Ausschreitungen bei Sportveranstaltungen, insbesondere bei Fußballspielen, vom 11. August 1982, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3210, pag. Bl. 17.

3833 Vgl. Analyse zum Stand der Bearbeitung des negativen Anhangs des 1. FC Union Berlin. Spielserie 1983/84. Tendenzen/Schwerpunkte vom 16. Juli 1984, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3211, pag. Bl. 22 f.

3834 Vgl. für Einzelheiten: Hauswald, Harald/Frank Willmann 2008.

3835 Vgl. Bericht über den Stand der Realisierung der Aufgabenstellung der Information des ZK der SED „Zur Lage auf den Fußballplätzen und Vorschläge zur Ge-

Fußballanhangs. Sie würden Fußballspiele und große Menschenansammlungen generell dafür nutzen, um zu provozieren und zu prügeln.³⁸³⁶

Die meisten Probleme bei der Aufdeckung „rowdyhafter“ Handlungen barg die Anonymität im Stadion. Viele Störungen geschahen aus größeren Menschenansammlungen heraus. Das erschwerte den Zugriff und eine Identifikation, da selbst Fotodokumentationen in den Stadien an ihre Grenzen stießen.³⁸³⁷ Andere Schwierigkeiten gab es bei der Registrierung der Fanklubs und mit Sportordnern³⁸³⁸ sowie bei der Durchsetzung von verhängten Sanktionen: Wohnte der Jugendliche, gegen den die betreffende Volkspolizei ein Ordnungsstrafverfahren verhängt hatte, nicht in dem Verantwortungsbereich desselben Volkspolizeikreisamtes, kam es nicht in jedem Fall zur Realisierung der angedrohten Maßnahmen.³⁸³⁹ In manchen Fällen stellten die Mitarbeiter des MfS selbst ein Hemmnis bei der Verfolgung „rowdyhafter“ Fußballanhänger dar. Nicht selten reagierten diese im Stadion zögerlich bzw. mit Ende des Spiels gar nicht mehr. Einige behinderten eine rasche Abführung, weil sie beim Abmarsch der Fußballfans Taschen und aufgespannte Regenschirme trugen oder zu weit hinter diesen liefen.³⁸⁴⁰

Für MfS und Volkspolizei schien es äußerst schwierig gewesen zu sein, die Fans bei der An- und Abreise sowie bei Prügeleien unter Kontrolle zu

währleistung von Ordnung und Sicherheit im Zusammenhang mit Fußballspielen“ vom 30. Dezember 1985, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3211, pag. Bl. 201.

3836 Vgl. Bericht des ZOS über die Ergebnisse der politisch-operativen Sicherung von Fußballspielen und damit verbundene instruktive Tätigkeit des ZOS. Einschätzung der Oberligameisterschaft im Jahre 1985/86 vom 11. Juni 1986, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3212, pag. Bl. 19 u. 21.

3837 Vgl. Bericht über die Ergebnisse der politisch-operativen Sicherung von Punktspielen der Fußball-Oberliga der DDR im Spieljahr 1984/85 vom 25. Juli 1985, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3211, pag. Bl. 75 f.

3838 Sportordner führten beim Einlass zum Stadion Kontrollen durch. Außerdem begleiteten sie die Fans zu Auswärtsspielen. Teilweise fielen sie selbst durch unsportliches Verhalten auf. Vgl. Bericht über den Stand der Realisierung der Aufgabenstellung der Information des ZK der SED „Zur Lage auf den Fußballplätzen und Vorschläge zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit im Zusammenhang mit Fußballspielen“ vom 30. Dezember 1985, in: ebd., pag. Bl. 200 u. 202 f.

3839 Vgl. Bericht des ZOS über die Ergebnisse der politisch-operativen Sicherung von Fußballspielen und damit verbundene instruktive Tätigkeit des ZOS. Einschätzung der Oberligameisterschaft im Jahre 1985/86 vom 11. Juni 1986, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3212, pag. Bl. 20.

3840 Die Quelle könnte von 1986/87 sein. Vgl. Ohne Deckblatt, in: ebd., pag. Bl. 32.

halten. Nicht wenige Polizisten scheuten gewalttätige Konfrontationen. Viele Jugendliche wichen inner- und außerhalb der DDR auf andere Zugverbindungen aus, damit sie sich einem möglichen Zugriff der Sicherheitsorgane auf den bekannten Zugstrecken entziehen konnten.³⁸⁴¹ Bei Fußballspielen und anderen Sportveranstaltungen im (sozialistischen) Ausland setzte das MfS auf die Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden und auf Prävention in Form von „Vorbeugungsgesprächen“, Auflagen (Meldepflicht bei der Polizei u. ä.), der Nichterteilung von Visa,³⁸⁴² dem befristeten Entzug des Personalausweises und Passkontrollen durch die Transportpolizei. Unter Mitwirkung des MfS erfolgten von 1979 bis 1981 acht Einsätze zu Fußballspielen in der Tschechoslowakei. Insgesamt erreichten rund 1.000 Hinweise zu Personen, über 470 Fotografien und mehr als 110 Kfz-Kennzeichen die jeweiligen Bezirksverwaltungen in der DDR.³⁸⁴³ In den Jahren 1981/82 verhinderte die Geheimpolizei die Ausreise von über 1.000 jungen Menschen zu den Motorradweltmeisterschaften in der Tschechoslowakei und knapp 90 Jugendlichen wurde, im MfS-Jargon, der „Aufenthalt durch die Organe der CSSR verkürzt“³⁸⁴⁴.

In der DDR griffen die Sicherheitsorgane vornehmlich auf IM zurück, um renitente junge Sportfans und fußballbegeisterte Skins zu kontrollieren. In Berlin erwartete das MfS von den angeworbenen Spitzeln in zehn „rowdyhaften“ Gruppierungen bzw. im „harten Kern des Fußballanhangs beider Berliner Oberligaklubs“³⁸⁴⁵ eine bessere Überwachung der „Rädelsführer“. Die Behörde konstatierte 1983 die „Isolierung und Zerset-

3841 Vgl. Bericht des ZOS über die Ergebnisse der politisch-operativen Sicherung von Fußballspielen und damit verbundene instruktive Tätigkeit des ZOS. Einschätzung der Oberligameisterschaft im Jahre 1985/86 vom 11. Juni 1986, in: ebd., pag. Bl. 17.

3842 Kriminell „gefährdete“ Jugendliche würden unter dem Vorwand eines längeren Urlaubsaufenthaltes in Ungarn die Rückreise per Visa zur Teilnahme an Radsport- und Motorradrennen in Prag und Brunn nutzen. Vgl. Zusammengefaßter Bericht über Erfahrungen und Erkenntnisse bei der operativen Bearbeitung von negativ-dekadenten sowie kriminell gefährdeten Personen im Zusammenhang mit dem Besuch von Sportveranstaltungen im sozialistischen Ausland vom 21. August 1981, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3208, pag. Bl. 191.

3843 Vgl. ebd., pag. Bl. 189.

3844 Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3209, pag. Bl. 10.

3845 Einschätzung der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen der Hauptstadt der DDR, Berlin, im Jahre 1983 vom 6. Februar 1984, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3130, Teil 2/2, pag. Bl. 30

zung³⁸⁴⁶ einiger Fanklubs durch den Einsatz von IM. Von diesen versprach sie sich eine schnellere Aufdeckung und Verhinderung von Straftaten. Im März 1986 hielt ein kürzlich eingestiegener Skin dem Druck des Verhörs nicht mehr stand. Er berichtete den Mitarbeitern von dem Vorhaben 400 bis 500 Berliner Skins, bewaffnet mit Baseballschlägern, Axt- und Hammerstielen am 22. März nach Leipzig zu fahren. Sie wollten beim Spiel des 1. FC Lokomotive Leipzig gegen den BFC Dynamo eine Schlägerei organisieren, eine Art Rachefeldzug für vorangegangene Ausschreitungen.³⁸⁴⁷

Da das MfS ansonsten enorme Schwierigkeiten damit hatte, Pläne und Störungen von gewaltbereiten Fußballfans bzw. Skins aufzuklären – Ordnungswidrigkeiten und Straftaten beim Fußball verliefen meist spontan und planlos³⁸⁴⁸ –, bediente es sich einer Vielzahl an Methoden. Unter Mitwirkung von IM wurden alle möglichen Informationen (Spitznamen, Bilder usw.) gesammelt und in „Gefährdungs-“, „Tramper-“ und „Spitznamenkarteien“ erfasst.³⁸⁴⁹ In den 1980er Jahren betraf die „Wer-ist-wer-Strategie“ vor allem Jugendliche, die rechtsextreme Neigungen aufwiesen oder ihrer Erscheinung nach zur Skinhead-, Punk- oder Rocker-Szene gehörten.³⁸⁵⁰ Bei Wortführern und „Initiatoren von negativen Handlungen“³⁸⁵¹ galt es, diese aus ihren Gruppen und Klubs herauszulösen und zu verhaften. Die Maßnahmen gegen die übrigen Jugendlichen (Mitläufer) reichten von der Erfassung in der „Dokumentation R“ bei „mehrfach angefallenen Personen“ – 1981/82 umfasste diese 30 Personen³⁸⁵² – über Platzverweise und „Vorbeugungsgespräche“ bis hin zur vom MfS veran-

3846 Ebd., pag. Bl. 31.

3847 Vgl. Information über beabsichtigte Provokation der sogenannten Skin-Heads anlässlich des Fußballspieles zwischen 1. FC Lok Leipzig – BFC Dynamo in Leipzig am 22. März 1986, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3291, pag. Bl. 137.

3848 Vgl. Bericht des ZOS über die Ergebnisse der politisch-operativen Sicherung von Fußballspielen und damit verbundene instruktive Tätigkeit des ZOS. Einschätzung der Oberligameisterschaft im Jahre 1985/86 vom 11. Juni 1986, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3212, pag. Bl. 18.

3849 Vgl. Politisch-operative Sicherung von Veranstaltungen von 1979, in: BStU, MfS, HA XVIII, Nr. 21659, pag. Bl. 101 f. u. 104.

3850 Vgl. Analyse zum Stand der Bearbeitung des negativen Anhangs des 1. FC Union Berlin. Spielserie 1983/84. Tendenzen/Schwerpunkte vom 16. Juli 1984, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3211, pag. Bl. 21 f. u. 31.

3851 Ebd., pag. Bl. 21.

3852 Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3209, pag. Bl. 15.

lassten Einberufung zum Wehrdienst.³⁸⁵³ Solche „Kontroll- und Zersetzungsmaßnahmen“ führten zur Auflösung dreier bekannter Fanklubs des BFC Dynamo: „Die Ratten“³⁸⁵⁴, „The Foxes“ und „Black Eagles“.³⁸⁵⁵

Zur Bekämpfung von Jugendgruppen gab das Ministerium des Innern Mitte der 1980er Jahre einen methodischen Leitfaden heraus. Es entwarf darin drei Typen von Gruppen: „negative Konzentrationen“ (zwangloses und spontanes Treffen mit gleichen Interessen und dem „Klassenfeind“ erlegen), „kriminell gefährdete“ Gruppen (Treffen mit viel Alkohol zu bestimmten Zeiten unter Leitung eines Wortführers und Verletzung gesellschaftlicher Normen) und „kriminelle“ Gruppen (regelmäßige Kontakte der Mitglieder unter Leitung eines „Rädelsführers“ mit kriminellen Absichten). Gemäß der Direktive Nr. 4 von 1983 des Innenministers Friedrich Dickel hatten alle Dienstzweige der Volkspolizei die Aufgabe, bei der Aufklärung über derartige Gruppen mitzuwirken und ihre Vorgesetzten rasch und regelmäßig zu informieren. Differenziert nach den einzelnen Typen, folgten bei „negativen Konzentrationen“ und „gefährdeten“ Gruppen in der Regel „Ausprachen“ und Belehrungen mit Verpflichtungserklärungen, bei „kriminellen“ Gruppen die Übergabe an die Gerichte und Ermittlungsverfahren.³⁸⁵⁶ Im März 1984 verbuchte die Geheimpolizei bei der Aufklärung „krimineller, feindlich/negativer und oppositioneller Jugendlicher“³⁸⁵⁷ aufgrund der verstärkten Konzentration auf jene Gruppen eine höhere Erfolgsrate. Die „zersetzten“ Gruppen umfassten mehr als 1.000 Jugendliche, die Hälfte davon waren 18- bis 25-Jährige.

Ein Jahr später forderte die Geheimpolizei in Vorbereitung auf das „Pfingsttreffen der FDJ“ von der Volkspolizei eine „besondere Berichter-

3853 Vgl. Analyse zum Stand der Bearbeitung des negativen Anhangs des 1. FC Union Berlin. Spielserie 1983/84. Tendenzen/Schwerpunkte vom 16. Juli 1984, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3211, pag. Bl. 21 u. 31.

3854 Ein Skinhead berichtete dem MfS in einer Vernehmung, „Die Ratten“ seien aggressiver als Skins, ihre Mitglieder trugen schulterlanges Haar und ein Stirnband. Vgl. Vernehmung vom 7. März 1986, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3291, pag. Bl. 149.

3855 Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 3212, pag. Bl. 31.

3856 Vgl. Methodischer Leitfaden. Bekämpfung von kriminell gefährdeten und kriminellen Gruppierungen Jugendlicher und Jungerwachsener Nr. 24 vom 17. Juli 1984, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 6386, pag. Bl. 11-14 u. 27.

3857 Einschätzung der Bearbeitung von ausgewählten Gruppierungen, insbesondere Gruppierungen Jugendlicher/Jungerwachsener vom 6. März 1984, BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 47.

stattung“³⁸⁵⁸. Die Bezirksbehörden meldeten bis Mai 1985 40 „kriminelle“ bzw. „gefährdete“ Gruppen, davon die meisten in den Bezirken Karl-Marx-Stadt (13) und Halle (acht). Die Geheimpolizei resümierte, von Januar bis Mai 1985 konnten insgesamt 52 Gruppen „zersetzt“ werden, der Großteil in Berlin (18) und Halle (sieben).³⁸⁵⁹ Dennoch bilanzierte sie in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ein zunehmend aggressives Auftreten in subkulturellen Milieus, hatten sich doch die Aktivitäten der Skinheads nach außerhalb der Stadien verlagert und gewannen die rechtsextremen Tendenzen an Stärke. Auch aus diesem Grund sollten nun hauptsächlich Jugendliche und Gruppen erfasst werden mit einer neofaschistischen Haltung (Skinheads), „anarchistisch-dekadent[en]“ Auffassungen (Punks), pseudoreligiösen Neigungen (Gruftis) und alle, die bürgerliche Ideologien verklärten (Grüne, „Pseudopazifismus“).³⁸⁶⁰

Insgesamt zählte das MfS 1986 rund 400 Zusammenschlüsse Jugendlicher, die aus dessen Sicht unter der „politisch-ideologischen Diversion des Gegners“³⁸⁶¹ standen. Darunter fielen Friedens-, Umwelt und Menschenrechtsgruppen, Gruppen mit faschistischer Gesinnung und Ausreiseabsichten sowie Cliquen von Punks, Skins und Metal-Fans.³⁸⁶² Zum Zwecke der „politisch-operativ[en]“³⁸⁶³ Bewertung und Charakterisierung galt es, deren Rituale, Treffpunkte, politische Positionen, Gewaltbereitschaft und ihre Verbindungen ins Ausland zu untersuchen. Wenn es sich um eine „kriminell gefährdete oder kriminelle Gruppierung in loser oder fester Organisation“ handelte, wurden die Gruppen registriert und „bearbeitet“. Die Geheimpolizei mahnte, nicht jedes Gruppenmitglied aufgrund äußerlicher Merkmale einer „negativen“ Einstellung zu bezichtigen, da „scheinbare Dekadenz und Auffälligkeit im Äußeren“³⁸⁶⁴ Alltagsmoden seien. Vieler-

3858 Zuarbeit zum Informationsbedarf über jugendliche Gruppierungen – Ihr Schreiben vom 28.6.1985 vom 4. Juli 1985, in: ebd., pag. Bl. 55.

3859 Vgl. ebd., pag. Bl. 56-58 (Anlage 1-2).

3860 Vgl. Ohne Deckblatt, in: ebd., Bl. 17 (nicht pag.).

3861 Arbeitsmaterial zu ausgewählten Problemen der politisch-operativen Lageentwicklung unter jugendlichen Personenkreisen vom 2. Dezember 1986, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 3913, pag. Bl. 6.

3862 Vgl. ebd., pag. Bl. 6-8.

3863 Ohne Deckblatt, in: ebd., Bl. 18 (nicht pag.).

3864 Ebd., Bl. 19 (nicht pag.).

orts existierten Gruppen, die sich an der Aussteigerideologie der Punks und modisch an den Heavy-Metal-Fans orientierten.³⁸⁶⁵

So berichtete das ND im März 1988 in gewohnt pädagogischer Manier von Marcel, einem ehemaligen guten Schüler, der früher stellvertretender Sekretär der Grundorganisationsleitung seiner Schule und während der Lehre Vertrauensmann war. „Dieser junge Mann vor Gericht? Man will es kaum glauben.“ Mit 17 Jahren habe Marcel aus modischen Gründen damit begonnen, sich wie ein Skinhead zu kleiden. Im Januar 1988 geriet er aus nichtigen Gründen mit einem Klubleiter aneinander, der ihm körperlich überlegen war. Erst an diesem Abend begriff er, „was er mit seinem Äußeren ausdrückte“, und habe seine Stiefel und die Jacke entsorgt. „Es war ihm wohl eine Lehre, daß Mode nicht gleich Mode ist.“³⁸⁶⁶

In der Regel wurden alle Skinhead-Gruppen von MfS und Volkspolizei als kriminell eingestuft. Sie sollten ab 1988 wie Zusammenschlüsse von Heavy-Metal-Fans schnellstmöglich zerschlagen werden.³⁸⁶⁷ Die größten Probleme bei der „Zersetzung“ der Skinhead-Szene bereitete die Suche nach geeigneten IM, da Skinheads für ihren brutalen Umgang mit „Verrätern“ bekannt waren. In Berlin konnte die Geheimpolizei 1987 zwar in 13 der 21 Gruppen auf IM zurückgreifen,³⁸⁶⁸ aber gemessen an der Gesamtzahl von 800 Skins fielen 17 IM (rund zwei Prozent) kaum ins Gewicht.³⁸⁶⁹ Bei Skinhead-Gruppen wandten die Sicherheitsorgane „De-

3865 Vgl. Weitere Zurückdrängung und Verhinderung von Gefährdungen der Sicherheit und Ordnung, die von kriminellen/rowdyhaften Jugendlichen ausgehen, vom 2. Februar 1988, in: BStU, MfS, AGM, Nr. 481, pag. Bl. 94 (Anlage).

3866 Das Gericht sah wohl von einer Bewährungsstrafe ab und erlegte ihm besondere Pflichten auf. Er sollte die Lehrausbildung mit bestmöglichen Ergebnissen abschließen und gemeinnützige Arbeit verrichten. ND vom 9. März 1988, S. 8.

3867 Vgl. Weitere Zurückdrängung und Verhinderung von Gefährdungen der Sicherheit und Ordnung, die von kriminellen/rowdyhaften Jugendlichen ausgehen, vom 2. Februar 1988, in: BStU, MfS, AGM, Nr. 481, pag. Bl. 96 (Anlage).

3868 Vgl. Aktuelle Einschätzung der operativen Lage bezüglich der Bekämpfung gewaltorientierter Jugendlicher und junger Erwachsener Personen (sogenannter Skinheads) und deren Zusammenschlüsse in der Hauptstadt vom 24. März 1987, in: BStU, MfS, BV Berlin, AKG-4003 pag. Bl. 177 f.

3869 Vgl. Einschätzung über die in der DDR existierenden Skinheads bzw. Skinheadgruppen sowie über die Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zur Verhinderung und Unterbindung der von derartigen Jugendlichen ausgehenden Gefährdungen der Sicherheit und Ordnung vom 21. Dezember 1987. Arbeitsbereich Mittag, in: BStU, MfS, Nr. 53, pag. Bl. 20.

struktionsmaßnahmen³⁸⁷⁰ an. Ziel war es, den „harten Kern“ der Gruppe zu spalten und neue Zusammenschlüsse zu sabotieren. Dazu mussten die Kommunikationssysteme der Jugendlichen zerstört und deren Treffpunkte, etwa für Wehrsport und Zeremonien genutzte Zeltplätze u. ä., durch die Volkspolizei überwacht werden. Rechtlich stützte sich das MfS bei Kontrollmaßnahmen in Privatwohnungen – 30 Prozent der meist ledigen Skins verfügten über eigenen Wohnraum – auf den Paragraphen 48 StGB.³⁸⁷¹ Demnach war die Durchsuchung von Aufenthaltsräumen und Wohnungen bei wegen „Rowdytums“ oder „Zusammenrottung“ verurteilten Personen jederzeit zulässig.³⁸⁷²

Zur Bekämpfung der Szene berief sich die Geheimpolizei auf eine Fülle von Rechtsnormen: Paragraph 62 StGB („außergewöhnliche Strafmilderung“) zur Feststellung von „Einzeltätern“ bei Vergehen gegen die öffentliche Ordnung, wobei es genügte, an einer „Zusammenrottung“ nur teilgenommen zu haben, Paragraph 218 StGB („Zusammenschluss zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele“), wenn die Gruppe rechtsradikale Ideologien vertrat und „feindliche“ politische Ziele verfolgte, Paragraph 219 StGB („ungesetzliche Verbindungsaufnahme“) bei Kontakten zu rechtsextremen Organisationen in der Bundesrepublik und die Paragraphen 216 („schwere Fälle“), 220 StGB („öffentliche Herabwürdigung“) sowie 130 StGB („Bedrohung“), bei Einschüchterungsversuchen gegenüber Zeugen.³⁸⁷³ Die Mitglieder verhielten sich bei Verhaftungen und Vernehmungen aufgrund der festen Gruppenstrukturen in der Regel loyal.³⁸⁷⁴ Selbst während der Haftzeit blieben die Kontakte zwischen inhaftierten Skins und ihren Weggefährten relativ stabil. Es wurden Pläne für die Zeit nach der Haft geschmiedet und „Verräter“ ausfindig gemacht. Bevor die meisten Skinheads zurück in die alten Cliquen fanden, versuchte ein großer Teil von ihnen in den Strafanstalten, Mithäftlinge anzuwerben.³⁸⁷⁵

3870 Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 24 (nicht pag.).

3871 Vgl. ebd., Bl. 10 u. 24 f. (nicht pag.).

3872 Vgl. Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung von 1988, § 48, Abs. 3.

3873 Vgl. ebd., § 62, 130 u. § 218-220; vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 11 u. Bl. 25-27 (nicht pag.).

3874 Vgl. Weitere Zurückdrängung und Verhinderung von Gefährdungen der Sicherheit und Ordnung, die von kriminellen/rowdyhaften Jugendlichen ausgehen, vom 2. Februar 1988, in: BStU, MfS, AGM, Nr. 481, pag. Bl. 94 (Anlage).

3875 Vgl. Information zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und

Der erste Skinhead-Prozess in der DDR erfolgte zwar 1985,³⁸⁷⁶ die Medien aber berichteten bis Mitte der 1980er Jahre nur von Skins in der Bundesrepublik oder Großbritannien.³⁸⁷⁷ Die JW griff das Problem mit den Skinheads in insgesamt 420 Berichten (Januar 1988 bis Mai 1989) zwölfmal auf.³⁸⁷⁸ Schließlich war Antifaschismus in der DDR Staatsdoktrin.³⁸⁷⁹ Im ostdeutschen Teilstaat durfte es aus ideologischen Gründen keine rassistisch motivierten Hassverbrechen gegen Angehörige anderer und schon gar nicht verbündeter Staaten geben.³⁸⁸⁰ Insgesamt kam es von November 1987 bis Anfang Juli 1988 zu mindestens neun Prozessen gegen Skins vor Kreisgerichten.³⁸⁸¹ Erst mit dem Überfall auf die Zionskirche berichtete die Presse ausführlich darüber.

So kritisierte der Sprecher des RIAS 2 am 20. Oktober 1987, dass Auseinandersetzungen mit Skinheads in der DDR bisher kaum bekannt geworden waren. Der Radiomoderator warf in seiner Sendung die Frage auf, inwieweit sich die Volkspolizisten womöglich absichtlich aus den Geschehnissen in der Berliner Zionskirche herausgehalten hatten.³⁸⁸² Am 17. Oktober 1987 stürmten 20 bis 30 Skinheads, darunter einige Westberliner, die Zionskirche, in der kurz zuvor die Punkmusiker „Die Firma“ (Ostberlin) und die westdeutsche Gruppe „Element of Crime“ gespielt hatten. Dem Überfall gingen gewalttätige Ausschreitungen zwischen Punks und Skins in einer Gaststätte voraus. Stark angetrunken machten sich die Skins später auf den Weg und verschafften sich gegen Ende des Konzerts Zutritt in die Kirche. Auf ihre Parolen, wie „Sieg Heil“ und „Juden raus aus deutschen Kirchen“, reagierten die 500 bis 1.000 Konzertbesucher mit dem

Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 10. April 1989, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 88.

3876 Vgl. Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung 1992 (a), S. 34 u. 36.

3877 Vgl. BZ vom 6. August 1981, S. 4; vgl. NZ vom 15. August 1984, S. 6; vgl. BZ vom 3. Januar 1985, S. 1; vgl. BZ vom 12. Februar 1985, S. 4; vgl. BZ vom 7. Februar 1986, S. 4; vgl. Arenz, Waltraud 1989, S. 22.

3878 Vgl. Friebertshäuser, Barbara 1992, S. 253.

3879 Vgl. Jesse, Eckhard 2015 (a), S. 224.

3880 Vgl. Fischer, Bernd-Rainer 1995, S. 861.

3881 Vgl. Ammer, Thomas 1988 (a), S. 804.

3882 Vgl. Staatliches Komitee für Rundfunk, Redaktion Monitor. Sendung des RIAS II, 4.15 Uhr, 20. Oktober 1987: DDR-Skinheads in der Zionsgemeinde in Berlin-Mitte, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6175, pag. Bl. 4.

Ruf: „Nazis raus!“ Es folgten Attacken mit mehreren Verletzten.³⁸⁸³ Die Polizei sah untätig zu.³⁸⁸⁴

Noch bevor im November 1987 der erste Prozess dazu stattfand, wurden vom 21. bis 26. Oktober 26 Personen „zugeführt“, darunter zwei Frauen.³⁸⁸⁵ Nach Protesten des Staatsanwaltes wurde das Strafmaß der vier Hauptangeklagten im Dezember 1989 heraufgesetzt. Es bewegte sich nun zwischen 1,5 und vier Jahren (vorher zwischen einem Jahr und zwei Jahren).³⁸⁸⁶ Acht weitere Angeklagte erhielten im Februar 1988 Freiheitsstrafen zwischen einem und drei Jahren. Zur Begründung des Urteils stellte das Gericht fest: „Die DDR werde in strikter Wahrung des Vermächtnisses der antifaschistischen Widerstandskämpfer gegen neonazistische Äußerungen die ganze Härte des Gesetzes anwenden.“³⁸⁸⁷ Während die Medien danach wieder nur zaghaft über Skinhead-Prozesse berichteten, leitete die zentral geführte Arbeitsgruppe der Berliner Kriminalpolizei vom 17. Oktober 1987 bis zum Februar 1989 fast 95 Ermittlungsverfahren gegen knapp 190 Skinheads ein. Insgesamt wurden mehr als 400 Skinheads und Sympathisanten erfasst und 75 Strafverfahren gegen 165 Personen bzw. zehn Ermittlungsverfahren gegen 16 Beschuldigte eingeleitet.³⁸⁸⁸ Die Abteilung Sicherheitsfragen riet: „Die ganze Skinhead-Szene muß noch mehr kriminalisiert und öffentlich diskreditiert werden, damit sie für den dafür anfälligen Teil der Jugend ihre Attraktivität und ihr Prestige verliert.“³⁸⁸⁹

3883 Vgl. ebd.; vgl. Information vom 28. Oktober 1987, in: ebd., pag. Bl. 14 f. Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 11 (nicht pag.).

3884 Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha 2009 (b), S. 171; vgl. für Einzelheiten: Moldt, Dirk 2002 (a).

3885 Frauen aus der Szene sagten häufig zugunsten ihrer Weggefährten aus. Vgl. Information vom 6. November 1987, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 772, pag. Bl. 27; vgl. Studie über Erkenntnisse der Kriminalpolizei zu neofaschistischen Aktivitäten in der DDR, in: BStU, MfS, HA XXII, Nr. 407/3, pag. Bl. 101.

3886 Vgl. ND vom 23. Dezember 1987, S. 8; vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha 2009 (b), S. 171.

3887 ND vom 4. Februar 1988, S. 8.

3888 Vgl. Vorlage für das Sekretariat der Bezirksleitung vom 23. Februar 1989, in: BStU, MfS, BV Berlin, AKG-4003, pag. Bl. 250.

3889 Ebd., pag. Bl. 253.

Ab Oktober 1987 wurden die Straftaten von Skins und deren Sympathisanten gesondert erfasst.³⁸⁹⁰ Bei den Ermittlungsverfahren drohten ohnehin nicht nur den Betroffenen, sondern allen Gruppenmitgliedern strafrechtlich relevante Maßnahmen, wie Hausdurchsuchungen und Verhöre. Jugendliche mit einer rechtsextremen Einstellung wurden in der „Dokumentation R“ mit dem Buchstaben C versehen und gemäß ihrer Straftaten, Übersiedlungersuche oder Kontakte ins Ausland kriminalistisch registriert. Bei den Vernehmungen kam ein spezieller Fragenkatalog des MfS zum Einsatz. Die Aussagen und das Verhalten beim Verhör hielten die Mitarbeiter in einem Musterblatt mit anzukreuzenden Antwortvarianten fest. Die Geheimpolizei wollte von den Skinheads wissen, was sie von der Zeit des Hitlerfaschismus wüssten, wie sie sich inmitten einer großen Schlägerei fühlten, was sie an Punks oder Graftis aufrege und ob ihnen das (oder die) Opfer vor der Tat bekannt waren.³⁸⁹¹

So befragte das MfS im April 1986 eine junge Frau – unter Nazi-Skins betrug der Frauenanteil zehn bis 15 Prozent³⁸⁹² –, seit wann sie der Skinhead-Bewegung an- und welcher Gruppe sie zugehöre. Die 18-Jährige antwortete, sie sei ein Mode-Skin³⁸⁹³ und hätte ihre Kleidung von einem Bekannten aus Westberlin, wo es einen „Ammichob [sic!]“³⁸⁹⁴ gebe. Sie selbst ordnete sich den Fußball-Skins³⁸⁹⁵ zu. Diese trügen als Erkennungsmerkmal weiße Schnürsenkel und grüne Bomberjacken. Während Neonazi-Skins (rote Schnürsenkel) und National-Skins (gelbe Schnürsenkel)

3890 Vgl. Durchsetzung des Beschlusses des Politbüros des ZK der SED vom 2. Februar 1988 zur Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit mit allen Jugendlichen vom 27. März 1989, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 52.

3891 Vgl. Ohne Deckblatt, in: ebd., Bl. 29 u. Bl. 45-51 (Anlage 3-5) (nicht pag.).

3892 Vgl. Forschungsprojekt Jugend der Humboldt-Universität Berlin/Sektion Kriminalistik. Planaufgabe Studie zur territorialen Ausbreitung von Skinheads und ähnlichen Gruppierungen in der DDR 1986 bis 1988. Wirksamkeit staatlicher Maßnahmen zur Zurückdrängung der Erscheinung vom November 1988, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 13508, pag. Bl. 80.

3893 Vor allem Mode-Skins fühlten sich oft grundlos angefeindet und diskriminiert. Vgl. Brück, Wolfgang 1988: Das Skinhead-Phänomen aus jugendkriminologischer Sicht. Expertise vom März, Bl. 6.

3894 Vernehmung vom 11. April 1986, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 773, pag. Bl. 112.

3895 Exemplarisch dafür stehen folgende vom MfS beobachtete Gruppen: „Borusen“, „Pumuckel-Terror“, „Löwen“ und „Analen“. Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 10 f. (nicht pag.).

Ausländer hassten, würden Fußball-Skins die Auseinandersetzungen im Stadion mit anderen Fans suchen, so die Befragte.³⁸⁹⁶

Unabhängig davon, ob es sich um Neonazis, National- oder Fußball-Skins handelte, jeder, dessen Straftat die Persönlichkeitsrechte und die Menschenwürde verletzte oder sich gegen die staatliche Ordnung richtete, musste mit Wohnungsdurchsuchungen und der Einweisung in eine Untersuchungshaftanstalt rechnen. Im Rahmen der Beweisführung für die Gerichte verließ sich das MfS auf umfassende Fotodokumentationen. Zum einen fotografierten dessen Mitarbeiter die Skins (Ganzfotos oder Dias in Farbe). Zum anderen machten sie Bilder der Beweismittel aus der Wohnung: Waffen, Springerstiefel, Tonträger, Bilder, Filme, Literatur und Uniformen.³⁸⁹⁷ Doch die vergleichsweise hohen Strafen gegen Skinheads bewirkten ebenso wenig gegen rechtsextremes Gedankengut wie Hausdurchsuchungen, Abschiebungen in den Westen durch eine zügige Bearbeitung von Ausreisearträgen, spezielle Verhörtaktiken, IM und „Vorbeugungsgespräche“.³⁸⁹⁸

Bis Ende 1989 nahmen die neofaschistischen, rassistischen und antisemitischen Tendenzen weiter zu. Immer mehr Jugendliche traten militant und gewalttätig auf. Laut dem Amt für Nationale Sicherheit – das MfS hatte sich im November 1989 umbenannt – sei es durch den uneingeschränkten Reiseverkehr in die Bundesrepublik bzw. wegen der Kontakte zu westdeutschen rechtsradikalen Parteien und Organisationen in der DDR zur Gründung von Ortsverbänden der Republikaner gekommen.³⁸⁹⁹ Aufhalten und bekämpfen wollte es diese Entwicklung mit einer beweiskräftigen Dokumentation von rechtsextremen Aktivitäten (bspw. bei Demonstrationen), durch den Einsatz von IM in den neuen Gruppen und vor allem durch Einreisesperren, vorausgesetzt, „daß die zu sperrende Person auch tatsächlich die Kriterien der Fahndung ‚Extrem‘ erfüllt“³⁹⁰⁰. In der Folge verhängte die BV Berlin 1987 über 40 von 130 registrierten Skins Einrei-

3896 Vgl. Vernehmung vom 11. April 1986, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 773, pag. Bl. 111.

3897 Vgl. Ohne Deckblatt, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, Bl. 25 u. 27 (nicht pag.).

3898 Vgl. Süß, Walter 1993, S. 400; vgl. Schroeder, Klaus 2013, S. 733.

3899 Vgl. Orientierung zur Bekämpfung neofaschistischer Erscheinungen in der DDR vom 19. Dezember 1989, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 13508, pag. Bl. 4 f.

3900 Zur gegenwärtigen Lageeinschätzung unter negativ-dekadenten Jugendlichen vom Februar 1989, in: ebd., pag. Bl. 26.

sesperren und erließ fast 80 Sonderfahndungsmaßnahmen.³⁹⁰¹ Allerdings kamen 1988 schon 110 neue Skins hinzu.³⁹⁰²

Zur Eindämmung der Szene wurden hauptsächlich straf- und ordnungsrechtliche Maßnahmen erlassen, Ermittlungsverfahren eingeleitet und „Disziplinierungs- und Vorbeugungsgespräche“ geführt. Nach dem 17. Oktober 1987 erfolgten rund 80 weitere Ermittlungsverfahren gegen Skinheads. Im Jahr 1988 führte allein die BV Berlin ungefähr 120 „Vorbeugungsgespräche“ und im Bezirk Potsdam gab es 65 Ermittlungsverfahren.³⁹⁰³ Insgesamt leitete die Kriminalpolizei von Oktober 1987 bis Juli 1989 fast 140 Ermittlungsverfahren gegen Skinheads und deren Sympathisanten ein. Die Zahl der Beschuldigten belief sich in etwa auf 195.³⁹⁰⁴ Die Geheimpolizei schien mit der Situation Ende der 1980er Jahre komplett überfordert. Ständig wurden neue Lageeinschätzungen und Berichte verlangt. Ab Juni 1988 standen mindestens 89 Gruppierungen unter „operativer Beobachtung“: 37 aus dem „negativen“ Fußballanhang, 22 Skinhead-, 17 Grufti-, acht Heavy-Metal- und fünf Punk-Gruppen.³⁹⁰⁵ Lokale Schwerpunkte blieben die Bezirke Berlin, Potsdam (Skins), Halle (Punks), Erfurt, Dresden und Leipzig (Gruftis).³⁹⁰⁶

Ab Februar/März 1988 mussten auf Weisung von Rudi Mittig alle Bezirksverwaltungen an die Hauptabteilung XX einen monatlichen Bericht schicken, in dem aufgeführt wurde, wie viele Punks, Skins, Metal-Fans

3901 Vgl. Einschätzung über die im Territorium existierenden Skinheads bzw. Skinheadgruppen sowie über die Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-ideologischen Arbeit zur Verhinderung und Unterbindung der von derartigen Jugendlichen ausgehenden Gefährdung der Sicherheit und Ordnung vom 1. Dezember 1987, in: BStU, MfS, BV Berlin, AKG-4003 pag. Bl. 3.

3902 Vgl. Einschätzung aktueller Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 23. März 1989, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 13508, pag. Bl. 37.

3903 Vgl. ebd., pag. Bl. 45.

3904 Vgl. Information über Ergebnisse im politisch-operativen Zusammenwirken mit dem MdI bei der Bekämpfung aktueller negativer Erscheinungen unter der Jugend vom 31. August 1989, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 1186, pag. Bl. 11.

3905 Vgl. Information über aktuelle Maßnahmen des Arbeitsgebietes I der Kriminalpolizei bei der Aufklärung, Zersetzung und Auflösung von negativen und kriminellen Gruppierungen Jugendlicher und Jungerwachsener vom 17. Juni 1988, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2738, pag. Bl. 3.

3906 Vgl. Durchsetzung des Beschlusses des Politbüros des ZK der SED vom 2. Februar 1988 zur Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit mit allen Jugendlichen vom 27. März 1989, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 2737, pag. Bl. 52.

und Gruftis sich im Bezirk aufhielten, um welche Art von Zusammenschlüssen es sich handle, welche IM für einen überregionalen Einsatz in Frage kämen und welche Maßnahmen zur Eindämmung der Szene griffen.³⁹⁰⁷ Zusätzlich gab das MfS 1988/89 bestimmte Stichtage heraus, an denen die Arbeits- und Kontrollgruppe der einzelnen Bezirksverwaltungen genauere Information erhalten sollte.³⁹⁰⁸ Wegen des bevorstehenden „Pfingsttreffens der FDJ“ 1989 wollte die Geheimpolizei Vorkommnisse mit trinkfreudigen Metal-Fans, mit okkulten Gruftis, „asozialen“ Punks und ausländerfeindlichen Skins vermeiden, um sich nicht selbst zu diskreditieren: „Den Ideen sind hier keine Grenzen gesetzt, nur gut umgesetzt und funktionieren müssen sie.“³⁹⁰⁹ Das MfS zählte 1989 mindestens 1.129 Skins, 1.151 Heavy-Metal-Fans, 655 Punks und 603 Gruftis. Insgesamt wurden die rund 3.510 „negativ-dekadenten“ registrierten Jugendlichen von mindestens 500 IM ausgespäht, davon (mindestens) jeweils 100 in der Skin- und Punk-Szene, etwa 90 bei den Heavy-Metal-Fans und fast 40 bei den Gruftis (siehe Abbildung 17).³⁹¹⁰

Im ersten Halbjahr 1989 konstatierte das MfS die höchste Einleitungsquote von Ermittlungsverfahren, weil mehr Vorfälle zur Anzeige gebracht und Verfahren zügiger eingeleitet worden waren, wenngleich die Gruppenstraftaten zurückgingen, die Zahl an „Einzeltätern“ stieg und das Alter der

3907 Vgl. Ohne Deckblatt vom 5. Januar 1989, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Mb-97, pag. Bl. 7; vgl. Einschätzung über die in der DDR existierenden Skinheads bzw. Skinheadgruppen sowie über die Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zur Verhinderung und Unterbindung der von derartigen Jugendlichen ausgehenden Gefährdungen der Sicherheit und Ordnung vom 21. Dezember 1987. Arbeitsbereich Mittig, in: BStU, MfS, Nr. 53, pag. Bl. 23; die folgende Quelle stammt von 1988. Vgl. Einschätzung über in der DDR existierende Jugendliche, die sich mit neofaschistischer Gesinnung öffentlich kriminell und rowdyhaft verhalten sowie Schlußfolgerungen zu ihrer weiteren rigorosen Zurückdrängung und zur Verhinderung von derartigen Jugendlichen ausgehender Gefährdungen der Sicherheit und Ordnung. Arbeitsbereich Mittig, in: ebd., pag. Bl. 10.

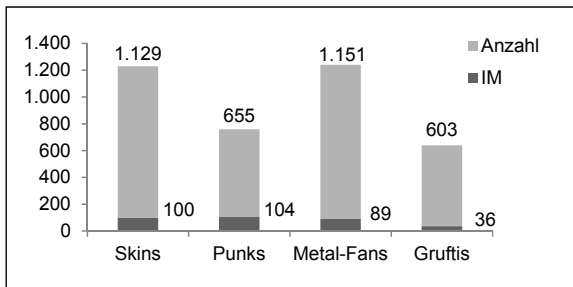
3908 Vgl. Informationsbedarf zum cfs 555 vom 9. Februar 1988, in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, KI-22, pag. Bl. 15; vgl. Schreiben vom 24. August 1989, in: ebd., pag. Bl. 13 f.

3909 Zur gegenwärtigen Lageeinschätzung unter negativ-dekadenten Jugendlichen vom Februar 1989, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 13508, pag. Bl. 28.

3910 Vgl. Einschätzung aktueller Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 23. März 1989, in: ebd., pag. Bl. 38 u. 49.

„Täter“ sank.³⁹¹¹ Im August 1989 liefen Ermittlungen gegen elf Skinhead-Gruppen (rund 130 Mitglieder), jeweils gegen sieben Punker- (130 Mitglieder) und „Hawy-Metal [sic!]“³⁹¹²-Gruppen (80 Mitglieder) sowie gegen fünf Grufti-Gruppen (60 Mitglieder). Innerhalb eines Jahres hatten MfS und Volkspolizei 14 Skinhead-, neun Punk- und 16 Grufti-Gruppierungen zerschlagen.

Abbildung 17: Übersicht zu Skinheads, Punks, Heavy-Metal-Fans und Gruftis in der DDR mit dem jeweiligen Anteil an IM für das Jahr 1989 (in absoluten Zahlen)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage des MfS. Vgl. Einschätzung aktueller Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 23. März 1989, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 13508, pag. Bl. 38 u. 49. Es handelt sich nicht um endgültige Zahlen. Bei der Übersicht fehlen z. B. die Gesamtzahlen aus dem Bezirk Neubrandenburg (vom MfS auf 60 Personen geschätzt). Auch bei den Angaben über IM fehlen teilweise Daten aus einigen Bezirken.

3911 Vgl. Information über Ergebnisse im politisch-operativen Zusammenwirken mit dem MdI bei der Bekämpfung aktueller negativer Erscheinungen unter der Jugend vom 31. August 1989, in: BStU, MfS, HA VII, Nr. 1186, pag. Bl. 12.

3912 Ebd., pag. Bl. 11.

7 Vergleichende Betrachtung³⁹¹³

7.1 Das Märchen von den „Baumeistern, Pionieren und Gestaltern“

Die SED strebte immer danach, die Jugend zu sozialistischen Persönlichkeiten zu erziehen, die sich insbesondere durch Loyalität gegenüber der politischen Führung auszeichnen sollten. In der ersten Phase des Untersuchungszeitraumes galt es, die im Krieg sozialisierte junge Generation für den Sozialismus zu begeistern, um das neue politische System errichten zu können. So verwies die politische Führung die Jugend mit dem ersten Jugendgesetz von 1950 in die Rolle der „Baumeister der DDR“. Da sie die moralische Überlegenheit gegenüber der Bundesrepublik vor allem durch (verordneten) Antifaschismus demonstrieren wollte und sich stark an den ideellen Grundlagen der Sowjetunion sowie deren Menschenbild orientierte, musste die Jugend aus ihrer Sicht von allen „rückständigen“ Lehren befreit werden. Damit gemeint waren faschistisches Gedankengut, bürgerliche Ideale oder religiöse Bekenntnisse. Deshalb wurde 1955, drei Jahre nachdem die Einheitspartei den planmäßigen Aufbau des Sozialismus beschlossen hatte, als Alternative zur Konfirmation/Kommunion die Jugendweihe eingeführt, bei der 14-Jährige öffentlich ein sozialistisches Gelöbnis ablegten. Für die Erziehungsfunktionäre bestand das Ziel der Jugendpolitik in den 1950er Jahren darin, „die heranwachsende Generation zu neuen, sozialistischen Menschen zu erziehen, zu Menschen mit hoher Arbeitsmoral, starkem Staatsbewußtsein, unbeugsamer Vaterlandsliebe und Verteidigungsbereitschaft, zu kulturvollen, gebildeten, bescheidenen Menschen, die Vorbild im gesellschaftlichen und persönlichen Leben sind“³⁹¹⁴.

Die Jugendlichen hatten sich von allen „sozialismusfremden“ Einflüssen fernzuhalten und sich allein auf ihre Rolle als Erbauer des Arbeiter- und Bauern-Staates zu konzentrieren. Die in Phase I entstandene Maxime

3913 Siehe Tabelle 1.

3914 Der Jugend unser Herz und unsere Hilfe. Über die Verantwortung und die Aufgaben der Partei bei der sozialistischen Erziehung und Förderung der gesamten Jugend der Deutschen Demokratischen Republik. Beschluß des Politbüros des ZK vom 24. Januar 1956, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1958, S. 15.

„Sozialistisch arbeiten, lernen, leben“ prägte die Jugendpolitik bis 1989/90, in der Praxis jedoch später in abgeschwächter Form. Die 1950er Jahre waren insofern von einer starken ideologischen Ausrichtung geprägt, als die SED versuchte, in der Bevölkerung einen Wertekanon zu etablieren, der ihren Vorstellungen entsprach. Offiziell war die Jugend zwar der Garant für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland, die Machthaber aber wollten sie insbesondere von westdeutschen Einflüssen isolieren. Exemplarisch für das Vorhaben, die junge Generation nach dem Ideal der SED zu formen, stehen die zehn Moralgesetze Walter Ulbrichts aus dem Jahr 1958. Demnach sollten Kinder und Jugendliche zu „allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen“³⁹¹⁵ erzogen werden. Das schloss die Befähigung der Jugend zur Landesverteidigung ebenso mit ein wie deren Mobilisierung für den wirtschaftlichen Aufbau. Aus diesem Grund führte der Gesetzgeber 1962 die allgemeine Wehrpflicht für den Zeitraum von 18 Monaten ein und die FDJ bemühte sich darum, Heranwachsende flächendeckend in Brigaden zu organisieren. Die Regierung erklärte die Wahrnehmung des Rechts auf Arbeit zur moralischen Pflicht eines jeden Bürgers und erwartete von der Jugend eine besonders hohe Arbeitsmoral.

Während die „Aufbaugeneration“ in den 1950er Jahren umerzogen werden sollte und der Kampf gegen „antisozialistische“ Tendenzen rigoros geführt wurde, kam es Ende der 1950er Jahre beim Herrschaftsanspruch zu einer Veränderung bei der Gewichtung zugunsten ökonomischer Ansprüche. Zwar blieb es bei dem Ziel, unter den Jugendlichen sozialistische Charaktereigenschaften – wie Vaterlandsliebe oder Solidarität – herauszubilden,³⁹¹⁶ doch brauchte es nun nicht nur überzeugte Sozialisten, sondern auch immer mehr gut ausgebildete Facharbeiter. Die volkswirtschaftliche Produktivität der DDR musste erhöht und das System langfristig stabilisiert werden. Die Heranwachsenden sollten ihrer im Jugendgesetz von 1964 bestimmten Rolle als „Bauherren und Pioniere der Nation“ gerecht und in den 1960er Jahren in die sozialistische Menschengemeinschaft integriert werden.

Da die politische Führung zu dieser Zeit annahm, die Interessen der Jugend würden sich mit ihren eigenen decken, d. h. die Jugend trete für dieselbe sozialistische Idee ein, und aufgrund der Konsolidierung des politi-

3915 Ulbricht, Walter 1959 (b), S. 185.

3916 Vgl. Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972, S. 10.

schen Systems, befördert durch den Mauerbau 1961 und die 1963 angestoßenen Wirtschaftsreformen bzw. den steigenden Lebensstandard, entwickelte sich die erste Hälfte der 1960er Jahre zu einer relativ liberalen Phase. Die SED zeigte sich gegenüber der jungen Generation toleranter als in den 1950er Jahren und warb bei der älteren Generation um Vertrauen und Verständnis für die Jugend. Sie wollte deren Probleme und Sorgen ernst nehmen und „unbequemen“ Fragen nicht länger ausweichen. In Phase II verschob sich die Gewichtung des Herrschaftsanspruches wieder in Richtung Ideologie. Die Angst vor einem möglichen Verlust der Kontrolle gipfelte 1965 im XI. Plenum des ZK. Aus Sicht der Staatsfunktionäre, allen voran Walter Ulbricht und Erich Honecker, drohte die Jugend gerade wegen der zunächst tolerierten westlichen Einflüsse (z. B. Beatmusik) zu entgleiten, „mit Jeans und langen Haaren, Rolling Stones und Beatles hatten sie die offizielle Toleranzbereitschaft [...] bald ausgereizt“³⁹¹⁷, so Peter Skyba.

Als Folge des XI. Plenums bzw. um die Jugendlichen ideologisch erneut zu binden, wurde 1966 das Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung gegründet. Zudem erstrebte die Geheimpolizei eine flächendeckende Übersicht über die Jugend, und 1967 führte das Volksbildungsministerium die wehrsportlichen „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ an den Schulen ein. Die Jugendpolitik von 1965 bis 1973 war von einer auffallenden Ambivalenz geprägt: Zum einen bekämpfte die SED alle Tendenzen, die das Ziel auch nur ansatzweise gefährden konnten, „sozialistisch bewußte[...] [sowie] geistig und körperlich leistungsfähige[...]“³⁹¹⁸ Menschen zu schaffen. Zum anderen gestand die politische Führung der jungen Generation zu Anfang und gegen Ende des Jahrzehnts etwas mehr Freiheit zu. Ende der 1960er Jahre nahmen die Erziehungsfunktionäre an, die DDR sei in einer neuen Etappe ihrer Entwicklung, und das XI. Plenum von 1965 geriet langsam in Vergessenheit. Nun wurde nicht mehr jeder junge, langhaarige Mann als Sympathisant des „Klassenfeindes“ stigmatisiert und die Bekleidungsindustrie orientierte sich mehr an den Wünschen der jugendlichen Konsumenten. Die X. Weltfestspiele von 1973 trugen erheblich zur besseren Stimmungslage unter den Jugendlichen bei. Die Staatsführung präsentierte sich weltoffen und entspannt.

3917 Vgl. Skyba, Peter 2015, S. 284.

3918 Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR vom 25. Februar 1965, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik/Ministerium für Volksbildung (Hrsg.) 1971, S. 9.

Von 1974 bis 1981 fiel der Jugend gemäß dem dritten Jugendgesetz von 1974 die Rolle des „Gestalters“ der sozialistischen Gesellschaft zu. Der planmäßige Aufbau des Sozialismus war aus Sicht der SED abgeschlossen. Aufgrund der Annahme, es sei weiterhin ein Anliegen junger Menschen, „auf sozialistische Art zu arbeiten, zu lernen und zu leben“³⁹¹⁹, blieb es in Phase III bei dem Ziel, sozialistische Persönlichkeiten heranzuziehen. Was die ökonomische Ausrichtung betrifft, wurde vor allem die arbeitende Jugend angehalten, für ein erhöhtes Wirtschaftswachstum zu sorgen, erstrebte die politische Führung doch die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik bzw. die Erhöhung von Lebensstandard und Produktivität. Die Jugendpolitik konzentrierte sich in den 1970er Jahren mehr auf die realen Bedürfnisse der jungen Bevölkerung. So richtete die FDJ 1975 ein eigenes Reisebüro ein, um den Jugendtourismus auszubauen. Die Staatsführung kam den gestiegenen Wünschen der Heranwachsenden nach mehr Mobilität damit ein Stück weit entgegen.

Bedingt durch die internationale Welle der Anerkennung der DDR zu Anfang der 1970er Jahre und durch den Verzicht auf die in den 1950er Jahren anvisierte deutsche Einheit, war die Jugendpolitik unter Erich Honecker insgesamt zwar von mehr Pragmatismus geprägt, die ideologische bzw. wehrpolitische Ausrichtung in Phase III jedoch verstärkte sich abermals. Die SED suggerierte, in der Gesellschaft hätte sich inzwischen ein sozialistisches Nationalbewusstsein entwickelt. Sie wollte ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre den sukzessiven Übergang zum Kommunismus schaffen. In der Folge gewannen kommunistische Erziehungsideale zwar offiziell an Relevanz, sie unterschieden sich aber nicht von den bisher geforderten sozialistischen Charaktereigenschaften. Da die 1970er Jahre jugendpolitisch ganz im Zeichen des Bruderbundes mit der Sowjetunion standen und die SED – bedingt durch die deutsch-deutsche Annäherung – das Aufweichen ihres westlichen Feindbildes befürchtete, führte das Ministerium für Volksbildung 1978/79 den schulischen Wehrunterricht ein.

Die wehrpolitische Ausrichtung der Jugendpolitik gipfelte Anfang der 1980er Jahre in der Verabschiedung eines neuen Wehrdienstgesetzes. Die flächendeckende Wehrerziehung der Jugend wurde erneut verstärkt und die Einberufung von Frauen im Ernstfall sowie höhere Strafen bei Verweigerung kodifiziert. Wie in den Vorjahren beließ es die SED in Phase IV bei dem Ziel, junge überzeugte Kommunisten bzw. Sozialisten heranzu-

3919 Ebd., § 1, Abs. 2.

ziehen, die in den 1980er Jahren vor allem eines beweisen mussten: die Bereitschaft zur Landesverteidigung. Die SED befürchtete angesichts der internationalen Entwicklungen eine Eskalation des Kalten Krieges. Sie unterlag dem Glauben, der Frieden könne nur gesichert werden, indem das militärische Gleichgewicht zwischen West und Ost erhalten bliebe. Rückblickend erscheint es freilich paradox, den Frieden durch (ideologische) Aufrüstung zu sichern, doch war diese Denkweise ein Grundbaustein der politischen Indoktrination. Die Jugend sollte sich in den 1980er Jahren mehr über die offizielle Friedenspropaganda mit dem politischen System identifizieren, denn weder sie noch die Regierung hatte Interesse an kriegsgerischen Handlungen. Selbst die wirtschaftliche Leistungskraft der jungen Generation trug – angeblich – zum internationalen Friedenserhalt bei. Damit blieb diese ein maßgeblicher Wirtschaftsfaktor, nicht auch zuletzt deshalb, weil die DDR mit größer werdenden ökonomischen Problemen kämpfte.

Jugendpolitisch gab es in den 1980er Jahren kaum Veränderungen, obwohl die Bewegung Schwerter zu Pflugscharen die Staatsführung Anfang des Jahrzehnts vor große Herausforderungen stellte. Die junge Generation bekam im Gegensatz zu den 1950er, 1960er und 1970er Jahren keine neue Rolle zugewiesen – sie blieb „Gestalter“ –, wahrscheinlich auch deshalb, weil die SED in Phase IV mehr darum ringen musste, das politische System irgendwie aufrechtzuerhalten. Die Regierung versperrte sich innenpolitisch ohnehin einem Reformkurs nach sowjetischen Maßstäben, der vielleicht eine jugendpolitische Kehrtwende hätte herbeiführen können. Außenpolitisch hielt sie fest an der These zweier unabhängiger deutscher Staaten. Lediglich das Kontingent für den deutsch-deutschen Jugendaustausch wurde erhöht. Ansonsten blieb es bei dem Anspruch aus der zweiten Hälfte der 1970er Jahre, kommunistische Werte unter den Jugendlichen zu etablieren, die gegen Ende der 1980er Jahre offiziell wieder von sozialistischen abgelöst wurden. Wie in den beginnenden und ausklingenden 1960er Jahren präsentierten sich die Erziehungsfunktionäre auf der VI. Tagung des ZK 1988 verständnisvoller und toleranter. Erneut sollten die Fragen und Belange der Jugend ernster genommen werden. Doch weder die darauffolgenden Montagsdemonstrationen noch die Fluchtwelle führten zu einem Kurswechsel.

Der Herrschaftsanspruch bzw. die Ziele der SED speisten sich in allen vier Phasen aus den Vorstellungen der Machthaber, sei es, die Jugend um-erziehen zu können (1950er Jahre), die eigenen Interessen seien mit denen der Jugend identisch (ab 1960er Jahre) oder das politische System sei ohne

Korrekturen aufrechtzuerhalten (1980er Jahre). Zu jedem Zeitpunkt durchzog der Anspruch die Ideologie, parteiloyale junge Menschen zu formen, unabhängig davon, ob sie sich offiziell sozialistische (1950er/60er Jahre) oder kommunistische (1970er/80er Jahre) Werte und Ideale aneignen sollten. Dies bestätigt die Eingangsthese, wonach die SED von 1949 bis 1990 nicht von ihrem Ziel abwich. Zudem prägt alle vier Phasen dieselbe Ambivalenz. Gleich ob als „Baumeister“, „Pioniere der Nation“ oder „Gestalter“: Der Jugend wurde mehr Toleranz suggeriert, wenn die politische Führung glauben machen wollte, das politische System sei gefestigt bzw. befinde sich auf einer neuen Entwicklungsstufe. Der Jugend wurde Eigenverantwortung abgesprochen, sobald die SED ihr Erziehungsziel in Gefahr sah.

Unterschiede zwischen den Zielen der einzelnen Phasen treten hinsichtlich ihrer Gewichtung auf. In den 1960er Jahren gewannen ökonomische Faktoren an Relevanz, und die Wehrerziehung wurde ab den 1950er Jahren stets ausgebaut. Die politische Indoktrination erlebte in den 1950er Jahren und Mitte der 1960er Jahre ihre Hochphase, während liberalere Verhältnisse zu Beginn und zu Ende der 1960er Jahre sowie Anfang der 1970er Jahre und Ende der 1980er Jahre eintraten. Dennoch versuchten die Erziehungsfunktionäre zu jeder Zeit in alle Sphären des Jugendlebens einzudringen, später jedoch in abgeschwächter Form. Die angestrebte allumfassende Herrschaftsreichweite aus den 1950er Jahren wich Anfang der 1960er Jahre einer umfangreichen. So wurden junge Christen nicht mehr öffentlich der feindlichen Agententätigkeit angeklagt, der Begriff Selbsterziehung tauchte nun öfter im SED-Jargon auf und nicht jeder junge Mensch, der sich westlich kleidete, galt per se als Störenfried der sozialistischen Ordnung. Das Tragen von Jeans, das in den 1950er Jahren einem politischen Statement glich, war in den Folgejahren nichts Ungewöhnliches mehr. Für die Jugend gab es insbesondere in den 1970er/80er Jahren größere Freiheit; das Erziehungsziel aber blieb bestehen. Da sich im Bildungswesen durch die Schulpflicht so gut wie alle Jugendlichen erfassen ließen, sollte die sozialistische Erziehungsdoktrin vor allem an den Schulen umgesetzt werden, während sich die FDJ um die politisch genehme Erziehung auch außerhalb staatlicher Einrichtungen zu kümmern hatte. Das führt zur Analyse der sozialistischen Erziehungsdoktrin.

Um die ehemalige Hitlerjugend zu überzeugten Sozialisten umzuerziehen, folgte die Umgestaltung des Schulwesens in Phase I dem Anspruch eines „antifaschistisch-demokratischen“ Bildungswesens, frei von nationalsozialistischen Einflüssen, bis sich Anfang der 1960er Jahre die „sozia-

listische Schule“ entwickelte. Durch das „Gesetz der Demokratisierung der deutschen Schule“ entstanden 1946 zunächst achtklassige Einheits-schulen, an die sich entweder eine vierjährige Oberschulbildung oder eine Lehrausbildung anschloss. Die politische Führung verfolgte in der Schul-politik zum einen das Ziel bildungspolitischer Mobilität – Bildungsmög-lichkeiten unabhängig von Herkunft und Geschlecht –, zum anderen soll-ten alle Kinder und Jugendlichen über die Schulbildung parteipolitisch in-doktriniert werden. Die starke ideologische Ausrichtung in der Jugendpol-itik schlug sich einerseits in der Einführung neuer Schulfächer wie dem Russischunterricht und dem Fach Gegenwartskunde bzw. Staatsbürger-kunde, andererseits unter dem Deckmantel des Antifaschismus in einer ideologischen Säuberungswelle unter den Pädagogen nieder. In den 1950er Jahren wurden politisch nicht genehme Lehrkräfte aus dem Schul-betrieb gedrängt, alternative Bildungsangebote untersagt und der Religi-onsunterricht wesentlich eingeschränkt. Für Lehrer avancierte die Loyali-tät gegenüber der SED zum Berufskriterium. Die Schüler standen fortan unter Druck, den parteipolitischen Lehren im Unterricht zu folgen, da von der Parteilinie abweichende Meinungen das Ende der schulischen Lauf-bahn bedeuten konnten.

Den Kindern und Jugendlichen wurde in der Schule vermittelt, dass sie ihre persönlichen Befindlichkeiten dem Wohl der sozialistischen Gesell-schaft unterzuordnen hatten. Der Aufbau des Sozialismus schloss Mei-nungsvielfalt und kritisches Denken aus. Ab Anfang der 1950er Jahre soll-ten alle Fächer auf Grundlage des Marxismus-Leninismus unterrichtet werden, weshalb z. B. der Geschichtsunterricht unter dem Banner des An-tifaschismus bzw. der historisch begründeten Abgrenzung zu Westdeutsch-land stand. Der Übergang zur „sozialistischen Schule“ wurde vor allem von der Umgestaltung der SED – nach dem Vorbild der KPdSU – zur „Partei neuen Typus“ und von volkswirtschaftlichen Überlegungen im Rahmen des ersten Fünfjahresplanes beeinflusst. Da die politische Füh-rung in den 1950er Jahren den Aufbau des Sozialismus erstrebte, brauchte es zunehmend mehr gut ausgebildete Fachkräfte, d. h. eine junge Generati-on, die den künftigen Anforderungen in der sozialistischen Gesellschafts-ordnung gewachsen schien. So hatte sich die schulische Berufsberatung am volkswirtschaftlichen Bedarf zu orientieren und wichtige Wirtschafts-zweige mit kompetentem Nachwuchs zu versorgen.

Im Zuge des zweiten Fünfjahresplanes ab Mitte der 1950er Jahre ge-wann der polytechnische Unterricht – eine Verknüpfung aus Schulunter-richt und praktischer Arbeit – an Relevanz und Raum. Darauf beruht die

These von einer stärkeren ökonomischen Gewichtung innerhalb der Jugendpolitik. In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre entstanden Zehnklassenschulen. Wieder versuchten die Erziehungsfunktionäre mit der Einführung neuer, diesmal polytechnischer Schulfächer, alle Schüler so auszubilden und zu erziehen, „dass sie den vielfältigen Anforderungen des Lebens von morgen in der sozialistischen Gesellschaft gerecht werden“³⁹²⁰. Fächer wie Werkunterricht, Schulgarten, ESP, Technisches Zeichnen sowie UTP bzw. PA sollten den Schülern theoretische und – ergänzt durch den Arbeitseinsatz in Betrieben – vor allem praktische Kenntnisse über Arbeitsprozesse näherbringen. Die sozialistische Erziehungsdoktrin im Bildungswesen der ersten Phase prägte vor allem die (Um-)Gestaltung nach den ideologischen Vorgaben der SED sowie die Orientierung am volkswirtschaftlichen Fachkräftebedarf, um ökonomisch mit der Bundesrepublik zu konkurrieren bzw. jeden Schüler „mit den volkswirtschaftlich wichtigen Berufen bekannt zu machen“³⁹²¹.

Die Polytechnik im Schulwesen wurde in Phase II durch das neue Bildungsgesetz von 1965 erweitert. Sie avancierte zum Kernelement der sozialistischen Allgemeinbildung. Bereits von 1963 an wurden Schüler über einen längeren Zeitraum in den Betrieben eingesetzt und einige polytechnische Fächer bekamen veränderte Lehrpläne. Mit dem neuen Bildungsgesetz sollten Kinder und Jugendliche von 1965 an nicht mehr nur zu sozialistischen Persönlichkeiten erzogen werden, vielmehr vermittelte die Schule nun Kenntnisse moderner Wissenschaften und bot eine umfassende berufliche Grundausbildung. In der Folge erreichte die berufliche Nachwuchslenkung eine neue Qualität. Die politische Führung zielte mit Blick auf die Ökonomie im Bildungswesen der 1960er Jahre darauf, Schüler an moderne Maschinen, Anlagen und Geräte in den Betrieben heranzuführen. Sie sollten durch die praktische Arbeit die erwarteten sozialistischen Charaktereigenschaften, wie Fleiß, Pünktlichkeit und Disziplin, internalisieren.

3920 Über den Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat. Beschluß des V. Parteitages (10. bis 16. Juli 1958), angenommen am 15. Juli 1958, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1961, S. 295.

3921 Der Jugend Vertrauen und Verantwortung. Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees. Beschluß des Politbüros des ZK vom 17. September 1963, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1965, S. 693. Hervorhebung im Original.

Die verstärkt ideologische Ausrichtung des Bildungswesens nach dem XI. Plenum von 1965 schlug sich insbesondere im gesellschaftspolitischen Fach Staatsbürgerkunde nieder. Der politische Druck in der Schule ließ nicht nach. Weiterhin hatten sich Kinder und Jugendliche dem sozialistischen Kollektivgedanken zu fügen und Pädagogen parteipolitischen Anforderungen zu entsprechen. So absolvierten Lehrer für Staatsbürgerkunde politische Weiterbildungen. Sie predigten in den Klassen neun bis zwölf das Parteiprogramm der SED. Im Jahr 1966 wurden die Lehrinhalte für das Fach konkretisiert, Staatsbürgerkunde hatte fortan „alle Mädchen und Jungen [...] zu aktiven Erbauern des Sozialismus [zu] erziehen“³⁹²². Die Schüler mussten „zutiefst vom Sieg des Sozialismus und der gesetzmäßigen Niederlage des Imperialismus überzeugt“³⁹²³ sein. Das Volksbildungsministerium erhöhte 1968/69 die Wochenstundenzahl für Staatsbürgerkunde in den Klassen zehn und zwölf auf zwei und weitete den Unterricht auf die Klassen sieben bis acht aus. Nun sollte die Festigung des „Klassenstandpunktes“ vor allem über eine emotionale Ansprache erreicht werden, d. h. mit der Erzeugung von Angst vor dem „Klassengegner“. Die sozialistische Erziehungsdoktrin in Phase II unterscheidet sich nicht grundlegend von der in Phase I. Lediglich die zunehmende Betonung ökonomischer Zusammenhänge ab Anfang der 1960er Jahre bzw. die verstärkte ideologische und wehrpolitische Ausrichtung ab Mitte der 1960er Jahre sind kennzeichnend.

Ein ähnliches Bild manifestiert sich in Phase III. Weiterhin mussten die Schüler den ideologischen Vorgaben der SED im Unterricht folgen, ansonsten drohten Sanktionen wie die Nichtzulassung zum Abitur. An dem ideologischen Anspruch, die „Jugend darauf vorzubereiten, diese ihre Gesellschaft aktiv mitzugestalten“³⁹²⁴, änderte die Ablösung der sozialistischen durch die kommunistische Erziehung ab Mitte der 1970er Jahre nichts. Wie gegen Ende der 1960er Jahre mit der Einführung der „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ verstärkte sich die wehrpolitische Ausrichtung im Schulwesen mit der Einführung des schulischen Wehrunterrichts erneut.

3922 Aufgabenstellung zur weiteren Entwicklung der staatsbürgerlichen Erziehung der Schuljugend vom 2. Februar 1966, S. 124.

3923 Ebd., S. 122.

3924 Honecker, Margot 1976: Zu einigen Fragen der kommunistischen Erziehung aus Sicht der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED. Vortrag an der Parteihochschule „Karl Marx“ beim Zentralkomitee der SED in Berlin am 15. November, in: Lorenz, Werner u. a. (Hrsg.) 1986, S. 463.

So wie die Polytechnik ab 1965 zum Kernelement der sozialistischen Allgemeinbildung avancierte, so entwickelte sich das Schulsystem 1978/79 zum Zentrum der vormilitärischen Ausbildung. Der Wehrunterricht vereinte Elemente des Staatsbürgerkundeunterrichts und der „Hans-Beimler-Wettkämpfe“: Einerseits sollte er den „Klassenstandpunkt“ und das propagierte Feindbild festigen, andererseits die Schüler (physisch) auf die Landesverteidigung vorbereiten. Deshalb blieben die Wettkämpfe ab 1978/79 den achten Klassen vorbehalten. Die Neunt- und Zehntklässler durchliefen zusätzlich zum theoretischen Unterricht Sanitätsausbildungen (Mädchen) oder Wehrlager (Jungen). Ähnliches galt für die in den 1950er Jahren eingeführte und in den 1960er Jahren erweiterte polytechnische Ausbildung. Da das Ministerium für Volksbildung Ende der 1970er Jahre der Auffassung war, der Arbeitseinsatz von Schülern in den Betrieben werde der kommunistischen Erziehung nicht in vollem Umfang gerecht, durften ab Anfang der 1980er Jahre in den Betrieben nur „klassenbewusste“ Arbeiter die Schüler betreuen. Sie wurden nun hauptsächlich in der Produktion, Qualitätskontrolle usw. eingesetzt.

In Phase IV sollten sie sich im Rahmen des praktischen polytechnischen Unterrichts vor allem an die Arbeit im Bereich Informationselektronik und Automatisierungstechnik gewöhnen. Die SED wollte weiterhin den Fachkräftenachwuchs für volkswirtschaftlich wichtige Bereiche decken. Aus diesem Grund wurde die Palette der fakultativen Unterrichtseinheiten im Schulwesen ab Mitte der 1980er Jahre kontinuierlich um berufsvorbereitende Lehrgänge ergänzt. Die Schüler bekamen weitere Möglichkeiten, sich auf bestimmte Berufsfelder vorzubereiten und erste praktische Berufserfahrung außerhalb des regulären Unterrichts zu sammeln. Neben mathematisch-naturwissenschaftlichen bzw. berufsvorbereitenden wurden zusätzlich politische Lehrgänge angeboten. Denn nach wie vor zielte die SED darauf, Schüler „auf die Arbeit, auf das Leben in der sozialistischen Gesellschaft“ vorzubereiten und sie im Sinne der „kommunistischen Weltanschauung und Moral“³⁹²⁵ zu erziehen. In der Folge wurde der Staatsbürgerkundeunterricht 1984 gestrafft und für die Klassen sieben bis zehn wieder mit einem neuen Lehrplan versehen.

Die politisch „korrekte“ Einstellung der Lehrer blieb in den 1980er Jahren als ein Berufskriterium bestehen. Nach wie vor wurden Meinungspluralismus und politischer Widerspruch seitens der Schüler nicht geduldet.

3925 Honecker, Erich 1986, S. 61.

Viele empfanden die Behandlung durch den Lehrer als ungerecht. Das Bildungskonzept von Chancengleichheit und Aufstiegsmobilität war aus Sicht der SED in den 1980er Jahren aufgegangen, weshalb das Volksbildungsministerium von 1982/83 an auf einen direkten Übergang in die EOS setzte. Nur wer die zehnklassige POS erfolgreich abgeschlossen hatte, konnte – sofern er dafür in Frage kam – das Abitur ablegen. Die sozialistische Erziehungsdoktrin der 1980er Jahre unterscheidet sich nicht merklich von den ersten drei Phasen, im Bildungswesen wurden lediglich die fakultativen Unterrichtseinheiten erweitert und die Modi zum Übergang in die Erweiterte Oberschule geändert.

Dies ist wenig überraschend, da die Fundamente für eine Erziehung nach den Vorgaben der SED in den 1950er Jahren gelegt und fortan umgesetzt werden sollten. Die polytechnische Schulbildung aus Phase I erhielt mit dem Bildungsgesetz in Phase II gewissermaßen eine gesetzliche Grundlage, wobei sich die anvisierte Internalisierung der „Liebe“ zur Arbeit angesichts der Arbeitsbedingungen und monotonen Tätigkeiten bei den Schülern nicht recht entfalten wollte. Da das gesamte Schulwesen, angefangen von den polytechnischen bis zu den gesellschaftspolitischen Fächern, von den ideologischen, ökonomischen und wehrpolitischen Zielen der SED geprägt wurde, änderte sich an den Erziehungsinhalten nichts. Lehrer wie Schüler hatten den ideologischen Vorgaben der politischen Führung in jeder Phase zu folgen. Das führte zu politischem Druck in den Klassenräumen, da abweichende Meinungen bis in die 1980er Jahre sanktioniert wurden. Zwar fiel dieser in der Schule im Vergleich zu den 1950er Jahren milder aus, wurden etwa junge Christen nicht mehr verfolgt und Schüler nicht mehr nach Moskau verschleppt, doch die Sanktionen reichten von schlechten Abschlussbeurteilungen über Tadel und Schulverweise bis hin zur Nichtzulassung zum Abitur oder im schlimmsten Fall zur Einweisung in einen Jugendwerkhof.

Der politisch gefärbte Unterricht führte dazu, dass viele Kinder und Jugendliche die gelernten Phrasen übernahmen und in Prüfungssituationen automatisch wiedergaben, selbst wenn sie anders dachten. So konnten kritisch eingestellte Jugendliche paradoxerweise gerade in Staatsbürgerkunde gute Zensuren erreichen. Dennoch befanden sich die Schüler in einer starken Abhängigkeit vom Lehrer; die Beurteilung ihrer Leistungen fiel teilweise entsprechend dem Grad ihrer „politischen Entwicklung“ aus. Einerseits wollte die politische Führung allen Kindern und Jugendlichen ab den 1950er Jahren gleiche Bildungsmöglichkeiten einräumen, andererseits sollten vor allem Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien von der sozia-

listischen Allgemeinbildung profitieren. Die SED kontrollierte die Zugänge zu höheren Bildungseinrichtungen: Nur wer die nötige politische und charakterliche Reife bzw. angemessenes Engagement in der FDJ zeigte, hatte eine realistische Chance. Dies führt zur Analyse der Funktionen der FDJ.

Abgeleitet von den allgemeinen Zielen der Jugendpolitik, übernahm die 1946 gegründete Massenorganisation in Phase I des Betrachtungszeitraumes, wie auch später, hauptsächlich ideologische, wehrpolitische und ökonomische Funktionen für das politische System. Die FDJ verstand sich von Beginn an zwar selbst als Interessenvertretung der jungen Generation, aus Sicht der Staatsführung aber hatte sie primär ideologische Erziehungsarbeit zu leisten. Der Verband sollte ebenso wie das Bildungswesen in den 1950er Jahren aus der einstigen Hitler-Generation glühende Verfechter des Sozialismus formen. Aus diesem Grund mussten seine Mitglieder von 1948 an wöchentlich an politischen Schulungsprogrammen teilnehmen. Jene FDJler, die sich durch besonderes politisches Engagement auszeichneten, konnten für die Mitarbeit in den Kommissionen der Bezirks- und Kreistage vorgeschlagen werden. Die politische Indoktrination sollte zudem durch ein ansprechendes Verbandsleben realisiert werden, weshalb sich die FDJ von Anfang an um abwechslungsreiche Freizeitangebote bemühte. Sie führte in den 1950er Jahren kleine Olympiaden und Sportabzeichen ein und kam damit dem Anliegen der SED entgegen, eine „körperlich und geistig gesunde[...] Generation“³⁹²⁶ heranzuziehen.

Um die Wehrbefähigung der Jugend zu erhöhen, bot die Organisation selbst nach Gründung der GST Möglichkeiten zum Wehrsport an. Sie versuchte 1952 – die FDJ hatte zu diesem Zeitpunkt die Patenschaft über die Kasernierte Volkspolizei übernommen –, die eigenen Mitglieder für den Polizeidienst und ab 1961 für dreijährige Dienstzeiten in den bewaffneten Kräften anzuwerben. Die allgemeine Wehrpflicht wurde 1962 eingeführt. Bei den Anwerbungsversuchen für den Polizei- bzw. Militärdienst setzte die FDJ ab den 1950er Jahren einerseits auf Druck, andererseits auf verlockende Aussichten wie begehrte Lehrstellen und Studienplätze. Zudem leistete sie in den 1950er Jahren wirtschaftliche Aufbauhilfe. Sie organisierte Jugendliche in Arbeitsbrigaden und erstrebte die Durchsetzung der von der SED geforderten Arbeitsdisziplin in den Betrieben. Die 1952 ge-

3926 Freie Bahn unserer Jugend! Beschluß des Politbüros vom 17. Januar 1950, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1950, S. 438.

bildeten Kontrollposten sollten – vermeintliche und tatsächliche – Sabotageversuche und Misswirtschaft in den Produktionsstätten aufdecken.

In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre gewann die ökonomische Funktion an Bedeutung; die Förderung der wirtschaftlichen Initiativen der FDJ wurde gesetzlich fixiert und um spezielle Maßnahmen im Bereich Gesundheitsschutz oder Berufsberatung ergänzt. Im Gegensatz zu den ökonomischen Leistungen zeigte sich die SED in den 1950er Jahren mit der ideologischen Bildungsarbeit mehrheitlich unzufrieden. Nachdem die politische Führung den Verband regelmäßig kritisieren musste, bspw. für die ungenügende Arbeit an der Basis und für die teilweise rückläufigen Mitgliedszahlen, wurde er Anfang der 1960er Jahre angewiesen, die Probleme der Jugend ernster zu nehmen. Er erhielt größere Entscheidungsbefugnisse im bildungspolitischen Bereich, um mehr Einfluss auf die Schülerschaft zu nehmen.

Die ideologischen, wehrpolitischen und ökonomischen Funktionen der Freien Deutschen Jugend in Phase II unterscheiden sich kaum von denen in Phase I. Nach wie vor sollte sie sich um die politische Indoktrination kümmern und die wirtschaftliche Produktivität erhöhen bzw. die Wehrbefähigung der jungen Generation mit der Organisation der „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ gewährleisten. Wie in der ersten Phase zeigte sich die SED mit den ökonomischen Initiativen von 1965 bis 1973 zufriedener als mit der Umsetzung des Erziehungsauftrages. Exemplarisch für die Verdienste des Verbandes im volkswirtschaftlichen Sektor steht die „Messe der Meister von morgen“, mit der Jugendliche animiert werden sollten, eigene Ideen zu Material- und Kosteneinsparungen zu entwickeln. Wegen der äußerst positiven Bilanzen der „Neuererbewegung“ wurden die FDJ-Messen in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre territorial ausgedehnt und um eine Auszeichnung für die besten Erfinder ergänzt.

Die These von der verstärkten ideologischen Ausrichtung der Jugendpolitik ab Mitte der 1960er Jahre liegt daher auch in der Forderung an die FDJ begründet, sich der politischen Erziehung der Jugend stärker anzunehmen. Die politisch-ideologische Bildungsarbeit sollte ab 1966 in allen Betrieben, Schulen und Wohngebieten erfolgen. Sie hatte durch ihre politischen Schulungen dafür zu sorgen, dass ihre Mitglieder den „Klassenstandpunkt“ besser argumentativ vertreten konnten. Jedes Mitglied sollte lernen, „klassenbewusster“ aufzutreten. Um die politische Indoktrination flächendeckend voranzubringen, musste der Verband an Attraktivität für Außenstehende zulegen. Es galt spätestens ab Beginn der 1970er Jahre,

„jeden zu gewinnen und keinen zurückzulassen“³⁹²⁷. Das schloss die weitere Sicherstellung des militärischen Nachwuchses für die NVA aus den eigenen Reihen mit ein und durchzog auch die beiden nachfolgenden Phasen. Anfang der 1970er Jahre erhielt die FDJ wieder mehr Kompetenzen zugesprochen; die Verbandsleitung konnte nun eigene Vorschläge zur Jugendpolitik vorbringen. Die Leitungen hatten regelmäßig Bericht über die Basisarbeit zu erstatten.

In der Gesamtschau erfuhr die FDJ in der Ära Honecker eine Aufwertung, nachdem die Massenorganisation in Phase I und II oftmals für ihre mangelhafte Durchsetzung des sozialistischen Erziehungsauftrages gerügt worden war. Mit dem dritten Jugendgesetz von 1974 vergrößerten sich die Kompetenzbereiche erneut; Schuldirektoren, Leiter von Hoch- und Fachschulen sowie Betrieben sollten ihre Arbeit energischer unterstützen. Ihr volkswirtschaftliches Engagement wurde durch die 1974 eingeführten „Konten junger Sozialisten“ gefördert. Die FDJ verfügte damit über mehr Mitspracherecht in der Volkswirtschaft. Da die arbeitende Jugend für die SED eine enorme Wirtschaftskraft darstellte, galt die Aufmerksamkeit des Verbandes in den 1970er Jahren besonders ihr. So erklärt es sich von selbst, dass die Einheitspartei in Phase III einen Ausbau der JB erstrebte, nicht zuletzt auch deshalb, um unter den Jugendlichen eine hohe Arbeitsmoral zu etablieren. Nach offiziellen Angaben nahmen im Verlauf der 1970er Jahre zunehmend mehr Jugendliche an den volkswirtschaftlichen Initiativen der Organisation teil.

Der Verband wurde unaufhörlich für seine wirtschaftlichen Leistungen gelobt, die Zahlen der JB weiter nach oben korrigiert und die Belohnungsanreize für Jugendliche durch Auszeichnungen usw. erhöht. Unaufhörlich verkündete die SED, die FDJ bereite die Jugend auf „das kommunistische Morgen“³⁹²⁸ vor. In der Folge organisierte diese den praktischen Teil des Wehrunterrichts mit. Die parteipolitischen Forderungen konterkarierten längst den Anspruch aus Phase I, die (wahren) Interessen der Jugend zu vertreten. SED und FDJ überschlugen sich in Phase III mit Danksagungen und gegenseitiger Wertschätzung. Dabei weisen die Funktionen in der dritten Phase keine Unterschiede zu den ersten beiden Phasen auf. Die FDJ

3927 Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1972 (b), S. 43.

3928 Grußadresse des Zentralkomitees der SED an das X. Parlament der Freien Deutschen Jugend, S. 26 f.

behielt ihren Platz als „Helfer und Reserve der Partei“³⁹²⁹; sie erhielt in Phase III das Prädikat des „zuverlässige[n] Helfer[s] und [der] treue[n] Kampfesreserve der SED“³⁹³⁰. Wie in den Vorjahren sollte sie hauptsächlich Erziehungsarbeit im Sinne der SED leisten. Die Massenorganisation bekam besonders für ihre volkswirtschaftlichen Bemühungen positive Resonanz und kaum mehr Kritik für die Bildungsarbeit. Die SED setzte auf Zuckerbrot, statt auf Peitsche. Diese Strategie bewahrte sich die Staatsführung in Phase IV.

Die FDJ hatte zu diesem Zeitpunkt einen festen Platz im Bildungswesen. Sie sorgte mit dem „Studienjahr“ und den monatlichen Mitgliederversammlungen an den Schulen für die Hauptarbeit der politisch-ideologischen Erziehung. Während die Basisarbeit bzw. die Funktionärstätigkeiten an den Schulen auf möglichst viele vorbildliche und leistungsstarke Schüler aufgeteilt werden sollten, besetzten die Verbandsspitze weiterhin nur sehr wenige, äußerst parteiloyale FDJler. Für die meisten Jugendlichen blieb eine Mitgliedschaft in den 1980er Jahren eine der zentralen Voraussetzungen für den schulischen und beruflichen Aufstieg: Je engagierter das Mitglied war, desto besser standen seine Chancen auf den gewünschten Werdegang.

Exemplarisch für die volkswirtschaftliche Bedeutung in Phase IV steht die 1976 gebildete „FDJ-Initiative Berlin“. Die Erfolge dieser rissen nicht ab, immer mehr Wohnungen sollten anlässlich der 750-Jahr-Feier der Stadt durch die FDJ umgebaut und modernisiert werden. Die „FDJ-Initiative Berlin“ wurde offiziell wegen ihrer Erfolgsgeschichte fortgesetzt. Wie in den 1960er und 1970er Jahren stiegen die amtlichen Zahlen der Jugendlichen, die sich an den ökonomischen Projekten beteiligten. Zeitgleich baute der Verband den Jugendtourismus aus. Die Zahl der in die Sowjetunion reisenden Jugendlichen hatte sich von 1976 bis 1984 nahezu verdoppelt, da Erich Honecker die Verbundenheit mit der Sowjetunion innerhalb der Jugendpolitik stärker propagierte. In der Folge stand das FDJ-Friedensaufgebot unter dem staatlichen Motto „Gegen NATO-Waffen Frieden schaffen“. Es sollte junge Menschen zudem für den Dienst in den bewaffneten Organen gewinnen. Der Verband versuchte in den 1980er Jahren insbesondere mit der Veranstaltungsreihe „Rock für den Frieden“, die Jugendlichen für die staatliche Friedensbewegung zu begeistern, und

3929 Bericht des Zentralkomitees an den VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1967, S. 234.

3930 Krenz, Egon 1981, S. 314.

kam damit – wie in den 1970er Jahren mit der Gründung von „Jugendtourist“ – den Wünschen der jungen Generation (diesmal) nach Live-Auftritten westlicher Musikstars entgegen. Dennoch verharnte die FDJ in ihrer Rolle als „aktiver Helfer und treue Kampfreserve der SED“.

Für die Staatsführung übernahm sie in allen vier Phasen hauptsächlich drei Funktionen: politischer Erziehungsträger, Wirtschaftsfaktor und Rekrutierungsstätte für die Armee. Die Ansprüche an sie änderten sich ebenso wenig wie die Ziele in der Jugendpolitik. Wenngleich die ideologischen Ansprüche milder ausfielen, sollte die Massenorganisation in den 1980er Jahren nicht mehr wie in den 1950er Jahren dabei helfen, „Spione, Schädlinge, Diversanten und sonstige Agenten [...] zu entlarven“³⁹³¹, hatte sie sich weiterhin um die politisch „korrekte“ Erziehung der Jugend zu kümmern. Bei der vergleichenden Betrachtung über die Funktionen der FDJ fällt auf: Die SED änderte ihre Strategie. Ab den 1970er Jahren ging sie dazu über, den Jugendverband entschieden mehr für seine (wirtschaftlichen) Leistungen zu loben als für seine politische Bildungsarbeit zu kritisieren. Die FDJ folgte den ideologischen Vorgaben der Einheitspartei von Phase I an bedingungslos. Sie wurde stets mit weiteren Kompetenzen ausgestattet und bediente sich jeher einer Doppelstrategie: Auf der einen Seite setzte sie die Jugendlichen unter Druck, beizutreten und sich zu engagieren, ansonsten blieben gewisse Aufstiegsmöglichkeiten verwehrt. Auf der anderen Seite organisierte sie turnusgemäß teilweise groß angelegte Festlichkeiten, wie internationale Jugendtreffen und Musikveranstaltungen. Damit bemühte sie sich, wenn auch im Sinne der Partei, um ein abwechslungsreiches Angebot im DDR-Alltag.

3931 Die Aufgaben der Partei zur Förderung der Freien Deutschen Jugend. Entschließung des Zentralkomitees vom 23. Februar 1952 (8. Tagung), in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952, S. 744.

7.2 „Mitmacher und Schrittmacher“³⁹³²

7.2.1 „Ja, das geloben wir“

Was die Einstellung zur FDJ betrifft, werden die Beitrittsmotive und die Haltung der Mitglieder zu den politischen Schulungsprogrammen, den „Studienjahren“ bzw. „Zirkeln junger Sozialisten“, in den Mittelpunkt der vergleichenden Betrachtung gestellt. Die Analyse der Gründe für den Beitritt gibt Aufschluss darüber, ob der FDJ mehrheitlich aus persönlicher, d. h. politischer Überzeugung beigetreten wurde; die der Haltung zu den „Studienjahren“ verrät, wie die FDJ tatsächlich wahrgenommen wurde. In ihren Gründungsjahren konnte sie vor allem die jugendliche Landbevölkerung von sich überzeugen, da sich der Verband in den späten 1940er Jahren für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse, insbesondere der in der Landwirtschaft tätigen jungen Menschen, einsetzte. Die meisten Heranwachsenden in der SBZ begleiteten nach Ende des Zweiten Weltkrieges existenzielle Probleme. Aus diesem Grund wollten einige von Politik nichts mehr wissen, der Schock durch die Zerstörung der von den Nationalsozialisten geweckten Hoffnungen saß zu tief. Andere begrüßten das neue politische System, weil sie darin eine Möglichkeit für einen persönlichen Neuanfang sahen. Die meisten aus der einstigen Hitler-Generation verhielten sich der neuen politischen Ordnung passiv gegenüber. Die FDJ versuchte die junge Generation für den Aufbau des Sozialismus zu mobilisieren bzw. sie für die Politik der SED zu begeistern, indem sie ihre alltäglichen Nöte lindern wollte. Sie vergütete Arbeitseinsätze mit Sachleistungen und Wohnraum, setzte sich für die Rechte der Jugend ein – z. B. „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ – und sorgte mit eigenen FDJ-Klubs für ein sportliches und musikalisches Freizeitleben.

Da sich eine Mitgliedschaft in Phase I des Untersuchungszeitraumes rasch zu einem obligatorischen Weichensteller für die berufliche Karriere entwickelte, bewog den Großteil mehr der wachsende politische Druck als die eigene politische Überzeugung zum Beitritt. Zudem wurden viele Mitglieder aus der Kinderorganisation Junge Pioniere übernommen. Von einem Nichteintritt sahen viele ab. Die Aussichten auf höhere Bildungschancen und einen guten Arbeitsplatz stiegen mit einer Mitgliedschaft

3932 Ende der 1960er Jahre stellte Rudolf Maerker die Frage, ob die meisten Jugendlichen in der DDR zur Gruppe der „Schrittmacher“ oder „Mitmacher“ gehörten. Ders. 1969.

enorm. Deshalb zog es ab Anfang der 1950er Jahre mehr junge Arbeiter und Schüler in die Massenorganisation. Das Engagement in der FDJ wurde für die Mehrheit zu einer lästigen, allerdings notwendigen Pflichtübung. Die Doppelfunktion der FDJ, einerseits den Ansprüchen der SED und andererseits den Bedürfnissen der Jugend entgegenzukommen, führte dazu, dass die meisten den Verband als politisches Werkzeug der Staatsführung betrachteten. Mitte der 1950er Jahre besuchte nur ein geringer Anteil die „Schulungs-“ bzw. „Studienjahre“. Nur wenige zahlten noch ihren Mitgliedsbeitrag. Dennoch arrangierte sich die Masse der Heranwachsenden mit der FDJ. Junge Menschen hatten oftmals keine andere Wahl, wenn sie politisch nicht unangenehm auffallen wollten. Sie traten bei und gleichzeitig mieden sie den Verband, wo es möglich war. Bis Anfang der 1960er Jahre war fast jeder zweite Jugendliche organisiert, aber nur ein kleiner Teil nahm ihn als seine politische Interessenvertretung wahr.

Ab Mitte der 1960er Jahre wandelte sich das Mitgliederprofil erneut. Es kamen nun auffallend weniger FDJler aus dem Arbeitermilieu, dafür umso mehr aus der Schüler- und Studentenschaft. Da die politische Führung nach dem XI. Plenum des ZK 1965 auf eine verstärkt ideologische Ausrichtung bei der politischen Erziehungsarbeit setzte, stieg der quantitative Umfang der „Zirkel junger Sozialisten“ sowie die Zahl der daran teilnehmenden FDJler signifikant an. Zeitgleich wuchs der Mitgliederbestand. Bis in die erste Hälfte der 1970er Jahre vereinte die Organisation knapp zwei Millionen junge Menschen. Das waren westdeutschen Schätzungen zufolge fast drei Viertel aller Jugendlichen in der DDR. Doch auch in Phase II musste eine Mitgliedschaft nicht mit einer Identifikation einhergehen. Weiterhin zwang der soziale und politische Druck viele von ihnen zum Beitritt. Vor allem von Schülern erwarteten die Erziehungsfunktionäre in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre ein eindeutiges Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus bzw. angemessenes Engagement in der FDJ. Die Chance, das Abitur ablegen zu können, blieb wie in den 1950er Jahren „den besten Jugendfreunden“ vorbehalten. In der Folge war eine Mitgliedschaft in den 1960er Jahren für viele Heranwachsende eine reine Formalität. Das ist im Prinzip der einzige Unterschied zu Phase I. Arnold Freiburg erklärte dazu: „Die Jugend in der DDR hat sich diesen Verband weder aus-

gesucht noch geschaffen. Er ist ihr vorgesetzt worden, und sie hat mit ihm auszukommen.“³⁹³³

In der zweiten Phase war es längst üblich, der FDJ mit 14 Jahren beizutreten, es gehörte gewissermaßen zum normalen Werdegang. Die erste Generation, die gänzlich in der DDR aufwuchs, kannte nichts anderes als dieses politische System mit all seinen Massenorganisationen. FDJ und Junge Pioniere hatten zu diesem Zeitpunkt einen festen Platz im Bildungswesen. Zudem normalisierte sich das Leben im ostdeutschen Teilstaat. Die meisten Jugendlichen akzeptierten die Führungsrolle der SED und identifizierten sich mit der DDR, wenn auch unter Vorbehalten. Der Großteil lehnte das sozialistische System keineswegs ab. Die wenigsten jungen Menschen waren weder glühende Anhänger der politischen Führung, noch standen sie dieser kritisch bis oppositionell gegenüber, gleich ob FDJ-Mitglied oder nicht. Eine Mitgliedschaft beruhte daher wie in Phase I mehrheitlich weniger auf persönlicher Überzeugung. Der Großteil trat bei, weil er ein abwechslungsreiches Verbandsleben erwartete bzw. weil er über die Kinderorganisation in die FDJ gelangte. Eine andere Gemeinsamkeit zwischen Phase I und II betrifft das „Studienjahr“. Obwohl die Verbundenheit mit der DDR im Taumel der X. Weltfestspiele bis Mitte der 1970er Jahre stieg und zunehmend mehr Jugendliche selbstsicher als Bürger der DDR auftraten, wurden die Indoktrinationsversuche weiterhin als lästiges Übel empfunden. Die große Masse nahm wahrscheinlich pflichtbewusst daran teil, die eine Hälfte interessiert, die andere jedoch nicht. Nur die wenigsten blieben den „Studienjahren“ aus politischen Gründen fern.

Mitte der 1970er Jahre vereinte der Verband zum ersten Mal über zwei Millionen Jugendliche. Der Organisationsgrad, gemessen an der jugendlichen Gesamtbevölkerung, stieg von 46 Prozent (1965) auf über 60 Prozent (ab 1975). Nur 1974 sank er auf rund 54 Prozent. Das könnte an seiner geringen Bedeutung für die arbeitende Jugend in den Betrieben gelegen haben. Dennoch wirkte sich die gestiegene Identifikation mit dem Sozialismus bzw. mit dem politischen System Anfang der 1970er Jahre insgesamt positiv auf die Einstellung zur FDJ aus. Mit dem Machtwechsel zu Erich Honecker 1971 verbanden viele junge Menschen Hoffnungen auf eine langfristige sachliche und liberale Jugendpolitik. Der Ausbau der Sozialpolitik bewog nicht wenige zu der Annahme, die DDR biete ihnen soziale Sicherheit und in der Folge gute Zukunftsperspektiven, was z. B. die be-

3933 Freiburg, Arnold 1981 (a), S. 372.

ruflische Karriere und Familienplanung betraf. Die internationale Welle der Anerkennung der DDR ab 1972 trug zusätzlich zum gestiegenen Selbstbewusstsein der DDR-Bevölkerung bei. So wie die Verbundenheit mit der DDR stieg und viele Jugendliche in der ersten Hälfte der 1970er Jahre daran glaubten, der Sozialismus werde sich in der ganzen Welt durchsetzen, so sehr empfanden mehr Jugendliche Stolz, ein Mitglied zu sein. Viele identifizierten sich mit den politischen Zielen des Verbandes. Einzig darin unterscheidet sich die dritte von den beiden vorhergehenden Phasen.

Die positive Haltung zur FDJ in Phase III lässt sich teilweise mit dem Bemühen in den 1970er Jahren erklären, eine modernere und dem jugendlichen Zeitgeist entsprechende Freizeitgestaltung anzubieten. Das bedeutete nicht, dass sich die Jugendlichen im parteipolitischen Sinne in ihrer Freizeit im Verbandsleben engagierten und sich alle FDJler in ihrem Kollektiv wohlfühlten. Wie in Phase I und II traten die wenigsten aus politischer Überzeugung bei. Rund die Hälfte der Mitglieder fand den Weg in die FDJ über deren Kinderorganisation. Andere traten bei, weil Freunde organisiert waren oder um Problemen im späteren Berufsleben vorzubeugen. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre schwand die Identifikation mit der FDJ wieder, gerade unter den jungen Arbeitern, die in Phase III maßgeblich für die Erhöhung der wirtschaftlichen Produktivität des Verbandes sorgen sollten. Die meisten von ihnen engagierten sich aus persönlichen bzw. beruflichen Gründen in den betrieblichen JB der FDJ und nicht, um deren Arbeit in den Produktionsstätten aktiv zu unterstützen. Zwar nahm die Mehrheit der Jugend wahrscheinlich weiterhin an den verpflichtenden politischen Veranstaltungen wie dem „Studienjahr“ teil, doch ideologisch erreichte sie nach wie vor die wenigsten.

So wie der Glaube an den Marxismus-Leninismus nachließ – die gelernten politischen Phrasen in Schule, Betrieb, Universität und FDJ hatten kaum mehr etwas mit der Wirklichkeit zu tun –, so sehr schwand gegen Ende des Jahrzehnts der Stolz auf eine Mitgliedschaft. Selbst bei Jugendlichen vom Land und Studenten, die sich länger mit den politischen Zielen des Verbandes identifizierten. Der Optimismus der beginnenden 1970er Jahre wurde zunehmend überschattet von Versorgungsengpässen, Legitimationskrisen – die SED hielt sich nicht an die Vereinbarungen der Helsinki-Schlussakte von 1975 – und dem restriktiven Umgang mit politisch nicht genehmen Kulturschaffenden. Von 1976 an verließen unter Jugendlichen populäre Künstler scharenweise die DDR, während die FDJ nur mit ihrem Freizeitangebot aufwarten konnte. Aus politischer Perspektive betrachtete die junge Generation den Verband weiterhin als Steigbügelhalter

der SED. Daran änderte sich von Phase I bis III im Grunde nichts. Bei der vergleichenden Betrachtung über die Einstellung zur FDJ fällt auf: Die dritte und vierte Phase weisen die meisten Parallelen auf.

Zu Beginn der vierten Phase stimmte der Großteil der jungen Generation der Friedenspolitik ihrer Regierung zu, die bewaffnete Auseinandersetzungen angesichts der existenziellen Bedrohung durch einen Stellvertreterkrieg auf deutschem Gebiet entschieden ablehnte und sich offiziell für eine internationale militärische Abrüstung aussprach. Deswegen konnten sich die meisten jungen Menschen 1982 wieder deutlich mehr mit dem Marxismus-Leninismus bzw. mit der Politik der SED identifizieren. Fragen über Krieg und Frieden beschäftigten sie wegen der bevorstehenden Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa extrem. Der Großteil engagierte sich in der staatlichen Friedensbewegung und die Friedens-Rockfestivals der FDJ genossen hohe Popularität. Zu diesem Zeitpunkt schienen die Interessen von politischer Führung und Jugend nahezu identisch. In den frühen 1980er Jahren waren rund 2,3 Millionen Jugendliche in der FDJ organisiert.

Doch spätestens ab Mitte der 1980er Jahre ließ der Glaube an den weltweiten Sieg des Sozialismus (wieder) erheblich nach; Gedanken über den globalen Friedenserhalt wurden von Problemen des alltäglichen Lebens in der DDR abgelöst. Viele sympathisierten mit dem sowjetischen Reformkurs und wünschten sich nach dem Vorbild von „Glasnost“ und „Perestroika“ einen Kurswechsel in der DDR. Da sich die wirtschaftliche Situation nicht verbesserte und sich die Staatsführung jeglicher Reform verschloss, veränderten sich die Erwartungen an die FDJ. Diese sollte sich nun insbesondere für eine Verbesserung der Versorgungslage und für gute Wohnverhältnisse einsetzen. In der Folge verschlechterte sich das ohnehin von Anspannung bis Gleichgültigkeit geprägte Verhältnis vieler junger Arbeiter zur FDJ. Ihr fehlte es in den Betrieben zunehmend an älteren pflichtbewussten Funktionären und gerade jene, die wenig Engagement für die „Studienjahre“ oder Mitgliederversammlungen aufbrachten, verließen sie oftmals mit 22, statt mit den üblichen 25 Jahren.

Mit ihren „Studienjahren“ erreichte die FDJ wie in den ersten drei Phasen kaum jemanden. Zwar stieg in Phase IV die Zahl der Teilnehmer an den „Studienjahren“ unter jungen Berufstätigen, ein großer Anteil von ihnen besuchte diese aber unregelmäßig und ohne Begeisterung. Die FDJ konnte im Betriebsalltag lediglich mit ihren ökonomischen Wettbewerben und Initiativen bspw. im Rahmen der „Neuererbewegung“ überzeugen. Denn im Gegensatz zu den politischen Schulungen sorgten die von Ju-

gendlichen konzipierten und von der FDJ unterstützten Ideen im Betrieb tatsächlich für einige Erleichterungen im täglichen Arbeitsleben. Ansonsten hatten die FDJ-Leitungen den Kontakt zur Basis längst verloren. In vielen Betrieben wurde die FDJ mehr als Störfaktor denn als Interessenvertretung bzw. Vertrauensinstanz erlebt. Das Verbandsleben war zu lange von Bürokratie und Bevormundung geprägt.

Die Beitrittsmotive in Phase IV beruhten mehrheitlich nicht auf persönlicher, d. h. politischer Überzeugung. Die meisten traten bei, weil es gängige Praxis war und/oder aus Angst vor späteren schulischen und beruflichen Sanktionen. Gegen Ende der 1980er Jahre zeigten viele Schüler kaum mehr Bereitschaft, das Verbandsleben aktiv gestalten zu wollen. Vor allem junge Arbeiter gebrauchten ihr Recht auf Austritt. In den Betrieben wurden die Hoffnungen weiter enttäuscht, die FDJ werde sich für die Belange der jungen Arbeiter einsetzen und sich deren Fragen zu den innenpolitischen Problemen stellen. Sie konnte die Jugendlichen nur mit groß angelegten Jugendfestivals begeistern, auf denen nun, wie in Westdeutschland längst üblich, regelmäßig internationale Künstler auftraten. Nur ein geringer Anteil der FDJler sah in Phase IV seine politischen Interessen durch den Verband vertreten.

Das Resümee über die Einstellung zur FDJ fällt für alle vier Phasen gleich aus. Die Beitrittsmotive von Phase I bis IV weisen kaum Unterschiede auf. Die wenigsten Jugendlichen traten dem Verband aus politischer Überzeugung bei. Eine Mitgliedschaft wurde für sehr viele junge Menschen zum Weichensteller für die weitere schulische und berufliche Laufbahn. Die FDJ gewann sukzessive an bildungspolitischen Einfluss. Eine Mitgliedschaft war spätestens in den 1960er Jahren Normalität. Zwar konnte die SED ab Phase II die meisten Jugendlichen organisieren und erfassen, ideologisch aber erreichte sie nur einen minimalen Bruchteil. Die „Studienjahre“ verkamen rasch zu einer Pflichtübung. Die FDJ wurde ab den 1950er Jahren weniger als offizielle Interessenvertretung, dafür umso mehr als Herrschaftsinstrument der politischen Führung begriffen, die sich des Verbands ohnehin ganz offiziell als „Helfer und Kampfesreserve“ bediente. Obwohl die Identifikation bzw. der Stolz auf eine Mitgliedschaft in der ersten Hälfte der 1970er Jahre kurzfristig angewachsen war, freunden sich die meisten FDJler von Phase I bis IV bedeutend mehr mit den Freizeitangeboten als mit den politischen Veranstaltungen an, wenngleich der Verband selbst in der Freizeit für eine politische Sozialisation nach den Vorgaben der SED sorgen sollte. Aus diesem Grund stehen bei der vergleichenden Darstellung des privaten Raums bzw. der Freizeitgestaltung die

Vorlieben der Jugend im Mittelpunkt bzw. wird ganz allgemein geklärt, inwieweit die Ansprüche der SED nach einer organisierten Freizeit und die Interessen der Jugend voneinander abwichen.

In Phase I bemühte sich die FDJ vor allem darum, den Bedürfnissen der Jugend nach einem abwechslungsreichen Freizeitangebot entgegenzukommen. Sie forderte, Wanderkinos in die Dörfer zu schicken, und verlangte für die Jugend vergünstigte Eintrittspreise in Theatern und Lichtspielhäusern. Auf dem Land organisierte sie Filmnachmittage, da sich modern inszenierte Unterhaltungsmedien, wie Spielfilme und Boulevardkomödien, in den 1950er Jahren großer Beliebtheit erfreuten. Zudem entstanden unter ihrer Aufsicht zahlreiche neue Sportgemeinschaften. Das führte teilweise zu einem Anstieg der Mitgliedszahlen. Dabei wurden die vom Verband organisierten Wettkämpfe sowie Turn- und Sportfeste oftmals mit politischen Bildungsabenden verknüpft, damit der politische Bildungsauftrag, die Umerziehung der Jugend zu überzeugten Sozialisten, auch im Freizeitleben zum Tragen kam. Mit einer Vielzahl von sportlichen Ehrungen und Auszeichnungen wollte die FDJ den Jugendlichen zusätzliche Anreize zur sportlichen Betätigung geben. Tatsächlich bildete Sport für sehr viele von ihnen eine attraktive Freizeitbeschäftigung. Das kam dem Ansinnen der politischen Führung entgegen, die nach einer körperlich starken jungen Generation verlangte.

Die politische Bildungsarbeit im Freizeitbereich wurde insbesondere durch die Errichtung eigener FDJ-Wohngruppen bzw. Jugendklubs vorangetrieben. Speziell in den Ballungsgebieten sollte der Verband für eine flächendeckende Freizeitorganisation im parteipolitischen Sinne sorgen. Allerdings besuchten die meisten jungen Menschen weder die Sportveranstaltungen noch die FDJ-Häuser wegen der angebotenen Bildungsprogramme. Vielmehr lockte das nach den Schulungsprogrammen angebotene Tanzvergnügen in die FDJ-Häuser, weil die meisten Jugendlichen ihre Freizeit in Geselligkeit bzw. mit Spaß und Unterhaltung ausfüllen wollten. Deshalb erhielt der Verband Anfang der 1950er Jahre die Anweisung, regelmäßig für „niveauvolle“ Festivitäten zu sorgen. Andere Freizeittreffs hingegen, wie die Rüstzeiten der Kirchen, unterlagen starken Restriktionen; einige kirchlich betreute Ferienlager wurden gänzlich verboten. Die Kirchen hielten Heranwachsende – angeblich – von den staatlichen Freizeitangeboten fern.

Während Hunderttausende an den Freizeitkampagnen der FDJ, etwa der Bewegung „Junge Talente“ teilnahmen, wandten sich andere lieber von den Erziehungsfunktionären verpönten Freizeitbeschäftigungen zu. Das

konnten Kinobesuche in Westdeutschland oder das (verbotene) Hören westlicher Rundfunksendungen sein. Ein Großteil der jungen Generation ersehnte Tanzveranstaltungen mit westlicher und nicht sozialistischer Schlagermusik und den von der SED geächteten Rock 'n' Roll. Die Jugendlichen hatten sich aber aus Sicht der politischen Führung ausschließlich politisch genehmen Freizeitbeschäftigungen zu widmen. Das betraf ab Phase I hauptsächlich politische Weiterbildung oder gesellschaftlich nützlich Engagement innerhalb der FDJ. Die starke ideologische Ausrichtung in der ersten Phase spiegelte sich im Freizeitleben in einer rigorosen Abgrenzungspolitik zur Bundesrepublik wider; die Jugend sollte von westlicher Literatur, Mode und Musik sowie westlichem Tanz isoliert werden. In der Folge klappten die Wünsche der Jugend und die Ansprüche der Machthaber teilweise weit auseinander, besonders was den Musikgeschmack betraf. Anfang der 1960er Jahre wurde den Wünschen der Jugend etwas nachgegeben. Der ostdeutsche Jugendhörfunk orientierte sich mehr an den Bedürfnissen seiner Konsumenten.

So wurde der Jugendsender DT 64 als sozialistische Alternative zu den bestehenden westlichen Rundfunksendern konzipiert. Er durfte vereinzelt die in den 1960er Jahren äußerst beliebte westliche Beatmusik spielen. Das war in den 1950er Jahren, übertragen auf den populären Rock 'n' Roll, undenkbar und dient als weiterer Beleg für die gestiegene Toleranz der Staatsmacht. Wenngleich sich die Erziehungsfunktionäre um mehr Offenheit bemühten und das Rundfunkangebot vielfältiger und jugendspezifischer ausfiel, blieben bundesdeutsche Produktionen außen vor. Dasselbe galt für literarische Werke aus Westdeutschland. Dennoch gelangten junge Menschen über persönliche Kontakte und Tauschhandel an die von der SED als „Schund- und Schmutzliteratur“ stigmatisierte Literatur aus der Bundesrepublik. Im Vergleich zu dem großen Angebot an parteikonformen Zeitschriften und Zeitungen schien die verbotene Literatur, bspw. Abenteuererzählungen oder Liebesromane, deutlich mehr Interesse zu wecken. Die staatlichen Bibliotheken hatten selten populäre Werke im Angebot und nach dem verheerenden XI. Plenum von 1965 verfügten die Kulturschaffenden über noch weniger kreative Freiräume.

Die erneut verstärkt ideologische Ausrichtung der Jugendpolitik in der zweiten Phase schlug sich im Freizeitbereich in der Forderung nieder, ein jeder FDJler solle seine Altersgenossen zu einer „sinnvollen“ Freizeitgestaltung animieren, nicht zuletzt auch deshalb, weil sich das Freizeitbudget in den 1960er Jahren erhöhte und die SED weiterhin keineswegs wollte, dass die Jugend ihre freie Zeit vergeudet. Nach dem Willen der Staats-

führung sollten Jugendliche und Erwachsene ihre freie Zeit, wie in der ersten Phase, vorrangig in Kollektiven der Massenorganisationen verbringen. Doch weite Kreise der Bevölkerung zogen sich spätestens ab Phase II lieber in private Räume zurück. Mary Fulbrook konstatiert: „Die meisten Menschen verbrachten den größeren Teil ihrer Freizeit nicht bei politischen Veranstaltungen oder organisierten Zusammenkünften, sondern bei Freunden oder mit ihrer Familie.“³⁹³⁴ Da viele junge Menschen, so wie in Phase I, ihre Freizeit gerne mit sportlicher Aktivität ausfüllten, bemühte sich die FDJ wegen der Erfahrungen aus den 1950er Jahren darum, Außenstehende vor allem über ein umfangreiches Sportangebot zu gewinnen. Die sportlichen Angebote mögen zwar auf breites Interesse gestoßen sein, aber ähnlich wie bei der erwachsenen Bevölkerung bevorzugten Jugendliche eine unorganisierte Freizeitgestaltung.

Der Großteil traf sich mit den eigenen Freunden und Bekannten in losen Freizeitgruppen, in denen sie selten bis nie über Politik sprachen. Das kollidierte zweifelsfrei mit den Ansprüchen der SED. Während die FDJ von 1970 an versuchte, etwa über die „Poetenbewegung“ ein Netzwerk aus politisch genehmen Nachwuchstalenten aufzubauen, erschienen die FDJ-Gruppen an der Basis, d. h. im Alltag von Schule oder Betrieb, als Freizeitpartner wenig attraktiv. Obwohl viele junge Menschen in Phase II ihre Freizeit eben nicht organisiert verbringen wollten, gab es teilweise keine andere Wahl, als sich organisieren zu lassen. So überstieg die Nachfrage das Angebot an Plätzen in den Pionier- und Jugendlagern um ein Vielfaches, trotz der militärverwandten Abläufe (Strammstehen, Meldungmachen, Fahnenappelle), an denen sich die Schüler störten, wohingegen die dort angebotenen Tanzveranstaltungen großen Anklang fanden. Der Wunsch nach Geselligkeit und Tanzvergnügen war in allen Jugendgruppen stark ausgeprägt. Wie in Phase I gab es zwischen den Freizeitinteressen der Jugend und den Ansprüchen der Machthaber teilweise erhebliche Abweichungen, in Phase II gerade, was das Ausmaß des (un-)organisierten und (un-)politischen Freizeitlebens betraf.

Der Trend, die Freizeit vorrangig im privaten Raum zu verbringen, verstärkte sich in Phase III, d. h. zu jenem Zeitpunkt, als die touristische Freizeit der Jugend für die politische Führung an Bedeutung gewann und vor allem junge Arbeiter zu einer politisch genehmen Freizeit animiert werden sollten. Die FDJ musste das Angebot an sportlichen Freizeitmöglichkeiten

3934 Fulbrook, Mary 2008, S. 84.

sowie die Anzahl und das Niveau von Tanzveranstaltungen kontinuierlich erhöhen. Denn die Jugend hatte weiterhin ein starkes Bedürfnis, ihre Freizeit mit Gleichaltrigen bzw. bei Musik und Tanz zu verbringen. Damit die gesellige Freizeitgestaltung nach den ideologischen Vorgaben der SED erfolgte, engagierte die FDJ für öffentliche Veranstaltungen ausschließlich politisch genehme Musikgruppen und staatlich geprüfte Diskomoderatoren. Stetig wurden neue Jugendklubs errichtet und Gaststätten bekamen die gesetzliche Anweisung, jede Woche „niveauvolle“ Tanzabende anzubieten. Ansonsten spielten der Verband bzw. dessen Kollektive im Freizeitleben wie in Phase I und II keine sonderlich große Rolle.

Die Jugendlichen „organisierten“ sich lieber in eigenen Cliquen, in denen sie ihre Freizeitaktivitäten fernab der FDJ-Kollektive planten. Sie veranstalteten Privatpartys im Schrebergarten oder in der elterlichen Wohnung. So wie die meisten von ihnen Auftritte von „Singegruppen“ der FDJ in den Diskotheken vehement ablehnten, so sehr assoziierte der Großteil mit den übrigen Freizeitangeboten des Verbandes langweilige Pflichtveranstaltungen statt individuellen Freizeitspaß. Der verstärkte Rückzug in das Privatleben lässt sich teilweise mit dem gestiegenen Lebensstandard erklären. Zunehmend mehr Haushalte verfügten in den 1970er Jahren über ein eigenes Fernsehgerät. Das Fernsehen galt wegen seiner Unterhaltungssendungen und Spielfilme bei Jugendlichen als sehr attraktive heimische Freizeitbeschäftigung. Folglich unterscheiden sich die favorisierten Freizeitinteressen der Jugend – Unterhaltung, Geselligkeit und Erholung – von Phase I bis III nicht merklich voneinander, lediglich Fernsehen und Touristik gewannen in den 1970er Jahren an Bedeutung. Obgleich sich die Freizeitpolitik der SED zunehmend an den realen Bedürfnissen orientierte, schien die FDJ bzw. das erzwungene kollektive Freizeitleben weiterhin wenig anziehend.

Anhand von drei Beispielen lässt sich die dennoch pragmatischer ausfallende Jugendpolitik Erich Honeckers mit Blick auf die Freizeit belegen: Zum einen entstanden nach dem Machtwechsel von 1971 wieder mehr Freiräume für Literaten, in deren Folge zahlreiche Bücher entstanden, welche die Lebenswirklichkeit der Jugend im sozialistischen Alltag aufgriffen. Zum anderen bekam die FDJ ein eigenes Reisebüro, dessen Angebote sich an junge Menschen bis zu 30 Jahren richteten. Zum Dritten entwickelte sich in der DDR eine eigene Disko-Kultur nach dem Vorbild westlicher Industriestaaten. Peter Skyba führt dazu aus: „Ungeachtet der kulturpolitischen Kurswechsel passte sich die FDJ ab den 1970er-Jahren den Vorlieben ihrer Klientel für Pop aus dem Westen an. Bei den Diskoaben-

den des Jugendverbandes konnte zu westlichem Pop getanzt werden, auch wenn über [dessen] Anteil am Liedgut heftig gestritten wurde.“³⁹³⁵ Denn trotz solcher Zugeständnisse bestimmte weiterhin die SED, welche Bücher jugendgemäß seien, nicht jeder, der wollte, durfte mit „Jugendtourist“ reisen und das Programm in den Diskotheken unterlag der staatlichen Zensur, wobei Beat- und Rockmusik staatlicherseits nicht mehr so geächtet wurden wie in Phase I und II. Musikhören bzw. das Tauschen und Mitschneiden von Musik nahm immer noch einen hohen Stellenwert für die Jugendlichen ein.

Deren Freizeitinteressen in Phase IV unterscheiden sich kaum von denen in Phase III. Die meisten jungen Menschen wollten ihre Freizeit im eigenen Freundeskreis, mit Musikhören, Sport(-veranstaltungen), Tanzvergnügen und Reisen verbringen. Nach wie vor definierten sie Freizeit als Zeit, die sie persönlichen Interessen widmen wollten, was die nachmittäglichen Pflichtveranstaltungen der FDJ in den meisten Fällen ausschloss. So erfüllte zwar das FDJ-eigene Reisebüro „Jugendtourist“ oftmals die Erwartungen der Teilnehmer, an den ungenügenden Kapazitäten und der Vergabepraxis aber störten sich nicht wenige. Der Verband wurde in den 1980er Jahren mehr als Dienstleister im Freizeitsektor denn als politische Interessenvertretung betrachtet. Tatsächlich bemühte er sich insbesondere gegen Ende des Jahrzehnts mit einer Vielzahl an Musikfestivals und Auftritten von internationalen Musikgrößen um die kulturellen Bedürfnisse der Jugend, um wieder eine identitätsstiftende Wirkung zu entfalten, ähnlich wie in Phase I mit Kino und Sport. In der Tat erfreuten sich die von der FDJ organisierten Festivals und Diskotheken in den 1980er Jahren großen Zuspruchs.

Der Trend des unorganisierten Freizeitlebens fernab der FDJ-Gruppe hielt weiter an – selbst Sport wurde nun lieber unorganisiert und unverbindlich im eigenen Freundeskreis praktiziert –, während die Rezeption westlicher Massenmedien unaufhörlich stieg, obwohl ab Mitte der 1980er Jahre im Fernsehen neue jugendspezifische Sendungen liefen. Ein Großteil der Freizeit entfiel weiterhin auf den Musikgenuss; Rundfunk und Fernsehen hatten im Freizeitleben ebenso wie der private Freundeskreis in Phase IV einen hohen Stellenwert inne. Dabei schnitten ostdeutsches Fernsehen und Kino im Vergleich zu bundesdeutschen Produktionen häufig schlechter ab. Den heimischen Medien gegenüber nahm der Großteil

3935 Skyba, Peter 2015, S. 287.

der Jugend ohnehin eine kritische Haltung ein, nur ein kleiner Teil war mit der politischen Berichterstattung zufrieden. Dies lässt sich im Gegensatz zu den vorherigen Phasen empirisch belegen.³⁹³⁶ Im Verlauf der 1980er Jahre wollten deutlich mehr Jugendliche hauptsächlich Antworten auf aktuelle politische Fragen bekommen, die aber weder von der FDJ noch von den Medien aufgegriffen wurden. In der Folge sank nicht nur die Identifikation mit dem Verband. Ende der 1980er Jahre überstieg die Nutzung westdeutscher Massenmedien die ostdeutscher um ein Vielfaches. Das lag auch am technischen Fortschritt. In den 1980er Jahren besaßen, verglichen mit den ersten drei Phasen, weitaus mehr junge Menschen eigene elektronische Geräte wie Kassettenrekorder oder Fernseher.

Den Heranwachsenden fiel es dadurch wesentlich leichter, sich an westlichen Pop- und Rockstars zu orientieren, bspw. beim Kleidungsstil. Die politische Führung zeigte sich gegenüber jugendlichen Modetrends deswegen relativ tolerant, „extreme“ Kleidung und Frisuren hingegen wurden nicht geduldet. Jugendliche waren nicht mehr wie in den 1950er/60er Jahren Jahren auf den Tauschhandel mit geheim aufgenommener Westmusik oder auf abgegriffene Abziehbilder ihrer Idole angewiesen. Sie verfolgten die neuesten westlichen Moden (insgeheim) über den Fernseher. Doch wie bei den Plätzen für „Jugendtourist“ oder bei der Vergabe von Konzertkarten: Aus ihrer Perspektive deckte das Angebot die Nachfrage bei modischer Kleidung kaum. Zwar kam die politische Führung der Jugend insgesamt mehr entgegen als in den ersten drei Phasen – Ende der 1980er Jahre wurden internationale Filme in den Kinos und westliche Videoclips im Fernsehen gezeigt – und bemühte sich die FDJ mit einer Neuausrichtung ihrer „Singebewegung“ oder den „Poetenseminaren“ darum, dem jugendlichen Zeitgeist mehr zu entsprechen, junge Menschen aber behielten ihren Blick gen Westen.

Die Freizeitgestaltung der Jugend fällt in allen vier Phasen relativ identisch aus. Die meisten bevorzugten eine unpolitische und unorganisierte Freizeit; sie sollte vor allem Vergnügen und Lebensfreude bereiten, weshalb die FDJ in den 1980er Jahren endgültig zu einem Dienstleister verkam. Besonders in Phase IV erwarteten junge Menschen bei Kultur- und Kunstangeboten gemäß Dieter Wiedemann „eine effektive Vertretung ihrer

3936 Vgl. Müller, Margrit 1987: Teilbericht zur Studie Jugendmedien 85. Die Nutzung der Medien der DDR und der BRD durch die Jugendlichen vom März, Bl. 65; vgl. Stiehler, Hans-Jörg 1987: Teilbericht zur Studie IS II. Entwicklungstendenzen im Mediengebrauch der 1980er Jahre vom August, Bl. 24.

Interessen durch ihren Jugendverband³⁹³⁷. Zudem zogen sich mehr von ihnen in private Räume zurück, in denen sie ihren eigenen Hobbys und nicht den von der SED geforderten gesellschaftlich nützlichen Aktivitäten nachgingen, wenngleich es durchaus Überschneidungen zwischen den gewünschten und den praktizierten Freizeitbeschäftigungen gab. Viele Jugendliche lasen ganz nach dem Willen der SED regelmäßig die Junge Welt, doch fehlte es dem Blatt aus ihrer Sicht an Beiträgen zu Jugendproblemen oder an genügend Auslandsreportagen. Die Freizeitgestaltung wurde spätestens ab Phase II maßgeblich durch das private Umfeld geprägt, insbesondere durch zwanglose Treffen im Freundeskreis.

Unterschiede treten zwischen den Phasen bei der Haltung der politischen Führung auf. Diese zeigte sich vor allem in den Phasen III und IV liberaler, konnte die Jugend allerdings selbst mit Zugeständnissen nicht in dem von ihr angedachten Maße von einer Freizeitgestaltung im politisch genehmen Sinne überzeugen. Die staatlichen Restriktionen in Form der 60/40-Regelung – mindestens 60 Prozent der Lieder bei öffentlichen Veranstaltungen mussten aus sozialistischen Staaten stammen –, das Verbot von westdeutscher Literatur und die Forderung nach ausschließlich kontrolliertem und „niveauvollem“ Tanz hatten teilweise das Gegenteil bewirkt. Dennoch war das Jugendleben durch eine breite Anpassung an die herrschenden Gegebenheiten geprägt. Marc-Dietrich Ohse erläutert dazu: „Arrangiert haben sich mit diesen Bedingungen die meisten Jugendlichen. Einige taten dies nur widerwillig, vielen anderen mag die Begrenztheit der DDR nicht sonderlich aufgefallen sein, die meisten nahmen sie einfach hin.“³⁹³⁸ Es gehörte für die Mehrheit der Heranwachsenden zum normalen Werdegang, der FDJ mit 14 Jahren beizutreten, im Verband gewissermaßen „mitzumachen“ und die politischen Schulungsprogramme quasi abzusetzen. Obwohl die FDJ-Gruppe kein attraktiver Freizeitpartner war und besonders Lehrlinge die Angebote von „Jugendtourist“ mieden, blieben die meisten in der FDJ organisiert. Die Angebote des Verbandes wurden nur insofern angenommen, wenn sich diese an den realen Bedürfnissen nach Erholung, Touristik oder Spaß (westliche Rockmusik in Diskos usw.) orientierten.

Der politische Zugriff stieß vor allem in diesem Bereich an seine Grenzen, da die Mehrheit der Jugend versuchte, sich wenigstens in dieser Zeit

3937 Wiedemann, Dieter 1988, S. 61.

3938 Ohse, Marc-Dietrich 2009, S. 88.

ihre Individualität zu bewahren, wenn sie sich schon in Schule, Betrieb oder Universität anpassen musste. In der Folge „blieb die politische Erziehung inhaltlich weithin in Formeln und Ritualen stecken (z. B. Jugendweihe)“³⁹³⁹, so Barbara Hille. Die vergleichende Betrachtung der Beispiele für Konformitätszwang und Anpassung – Jugendweihe, „Hans-Beimler-Wettkämpfe“, Wehrunterricht und Wehrdienst – verdeutlicht das Ausmaß des „Mitmachens“ bzw. des mit dem Staat eingegangenen Arrangements umso deutlicher, weshalb die Jugend besonders in diesem Kontext als „Mitmacher“ gelten kann. Die Gruppe der sich verweigernden jungen Menschen bildete eine sehr kleine Minderheit. Im Zentrum des Vergleiches zu Konformitätszwang und Anpassung stehen daher die betreffenden Zielgruppen, die Gruppe der Verweigerer und die Frage nach den langfristigen Erziehungserfolgen der Kampagnen.

Mit der Initiierung politisch genehmer Bräuche und Riten, wie der sozialistischen Namensweihe und Eheschließung, versuchte die politische Führung ab den 1950er Jahren eine identitätsstiftende Wirkung in der Bevölkerung zu entfalten. Vor der Folie der starken ideologischen Ausrichtung der Jugendpolitik in Phase I sollte die 1955 eingeführte Jugendweihe die junge Generation im sozialistischen Sinne politisieren und sie gegen religiöse Glaubensbekenntnisse immunisieren, ohne dabei die in der Verfassung kodifizierte Glaubensfreiheit offensichtlich zu verletzen. Der Anteil an konfessionell gebundenen Menschen war in den 1950er Jahren vergleichsweise hoch. Die Jugend aber sollte zu überzeugten Sozialisten bzw. Atheisten umerzogen werden, deren Weltbild nicht auf dem christlichen Schöpfungsglauben, sondern auf dem von der SED verordneten Marxismus-Leninismus beruhte. Nach dem Ende des Kirchenkampfes von 1952/53 wurde die Jugendweihe als „freiwillige“ Alternative zur Konfirmation bzw. Kommunion konzipiert. Sie richtete sich an alle 14-Jährigen, unabhängig von Herkunft, sozialer Stellung oder Glauben. Freilich sträubten sich die Kirchen gegen das atheistisch geprägte Ritual. Sie konstatierten gegenüber ihren jungen Gemeindemitgliedern zunächst die Unvereinbarkeit des Glaubens mit der Teilnahme an der Jugendweihe.

In der Folge versetzte der politische Weiheritus insbesondere junge Christen in ein Dilemma, obwohl beide Konfessionen im Verlauf der 1950er Jahre dazu übergingen, ihnen teilweise in zeitlichen Abständen zur Jugendweihe die Konfirmation bzw. Firmung zu gestatten. Denn eine Teil-

3939 Hille, Barbara 1991, S. 15.

nahme entwickelte sich für die meisten Jugendlichen rasch zu einem wichtigen Faktor für die weitere Karriere, bspw. was begehrte Lehrstellen betraf. Um möglichst viele junge Menschen für das Ritual zu gewinnen, wurde die Jugendweihe in das Bildungswesen integriert. Mit der Einbettung der Vorbereitungsstunden – der Jugendstunden – in den Schulalltag ließen sich fast alle 14-jährigen Schulpflichtigen erfassen; Lehrer und Direktoren standen unter Druck, die vom Volksbildungsministerium festgelegten Teilnehmerquoten zu erreichen. Allerdings stiegen die Teilnehmerzahlen erst gegen Ende der 1950er Jahre, als die Entscheidung zur Jugendweihe bzw. Konfirmation/Kommunion, durch die Verkündung der zehn Gebote Walter Ulbrichts 1958, stärker mit politischen Überlegungen einherging. Fortan begingen zunehmend mehr Heranwachsende die Jugendweihe, parallel dazu nahm die Zahl der Konfirmanden ab.

Die Teilnahme an der Jugendweihe glich aus Sicht der SED einem Bekenntnis zum Sozialismus, das Schüler und Eltern ablegen mussten, wenn sie sich nicht Verdächtigungen aussetzen wollten, sie seien „gegen den Frieden und damit gegen die DDR“. Säumige Eltern bekamen in einigen Fällen an ihren Arbeitsplätzen Besuch. Sie wurden oftmals zur Anmeldung ihrer Kinder überredet. In der Schule konnte Verweigerungsverhalten zu Ausgrenzung und Benachteiligung sowie im schlimmsten Falle zur Nichtzulassung zum Abitur führen. Anfang der 1960er Jahre nahmen knapp 90 Prozent des betreffenden Altersjahrganges an der Zeremonie teil. Die meisten Nichtteilnehmer waren Pfarrerskinder, junge Katholiken oder Kinder von sehr engagierten Kirchenmitgliedern. Bis in die 1980er Jahre stieg der Prozentsatz der Teilnehmer, gemessen am betreffenden Altersjahrgang, auf rund 97 Prozent.

Die meisten jungen Menschen entschieden sich für die Jugendweihe, weil es aus ihrer Sicht zu ihren Pflichten als Pionier gehörte, eine Teilnahme schlichtweg eine schulische und berufliche Notwendigkeit darstellte oder weil sie ein vielfältiges Rahmenprogramm erwartete, angefangen bei Ausflügen, Veteranentreffen und Exkursionen zu Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstandes bis hin zur offiziellen Feierstunde, bei der sie eine Urkunde und einen Geschenkband überreicht bekamen. Während die SED die hohen Teilnehmerzahlen als Indiz für die Zufriedenheit der Bevölkerung mit ihrer Politik bewertete, interpretierten die meisten 14-Jährigen und ihre Familien die Jugendweihe auf ihre eigene Weise. Beim sozialistischen Gelöbnis zur Feierstunde kreuzten einige die Finger oder ballten eine Faust hinter dem Rücken, nach den offiziellen Feierlichkeiten wurde die Jugendweihe als unpolitische Familienfeier behandelt, bei der die

schild gekleideten Schüler Geld- oder andere größere Geschenke erhielten und sich durch die Aufnahme in den „Kreis der Erwachsenen“ einen Mehrgewinn an Freiheit versprachen. Die sozialistische Weltanschauung trat schon ab Phase I mehrheitlich in den Hintergrund.

Nach der relativ liberalen jugendpolitischen Phase Anfang der 1960er Jahre verstärkte sich die ideologische Ausrichtung in Phase II und gipfelte 1967 in der Einführung der wehrsportlichen „Hans-Beimler-Wettkämpfe“. Mit der Integration der aus den 1950er Jahren stammenden Wehrerziehung in das reguläre Schulwesen – in Phase I wies der Sportunterricht bereits wehrsportliche Elemente auf – war es, ähnlich wie bei den Jugendstunden, kaum möglich, die Wehrerziehung zu umgehen. Die „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ erfassten durch ihren obligatorischen Charakter, d. h. durch die Schulpflicht, alle Jugendlichen ab 14 Jahren, nun selbst jene, die Wehrsport durch den Nichteintritt in FDJ oder GST bislang bewusst gemieden hatten. Es gibt weitere Parallelen zwischen der Jugendweihe und den Wettkämpfen. Deren Zielgruppe waren primär 14-Jährige. Auch nach Einführung des schulischen Wehrunterrichts 1978/79 blieben die „Spartakiaden“ Achtklässlern vorbehalten. Beide Kampagnen umfassten ein vielfältiges Rahmenprogramm, das die Jugendlichen emotional erreichen sollte, im Falle der „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ durch militärische Rundtischgespräche oder den „Marsch auf Bewährung“, bei dem die Schüler im Klassenverband wehrsportliche Hindernisse im freien Gelände überwandern. Ebenso wie bei der Jugendweihe legten sie zur Eröffnung der Wettkämpfe ein sozialistisches Gelöbnis ab. Sie schworen, im Namen Hans Beimlers hohe sportliche Leistungen zu erstreben.

Anders jedoch als bei der Jugendweihe, bei der alle Teilnehmer an ihrem „Ehrentag“ während der Feierstunde eine Urkunde bekamen, erhielten nur die besten Sportler das „Hans-Beimler-Ehrenzeichen“. Freilich erfüllten die wehrsportlichen Wettstreite einen anderen politischen Zweck als die Jugendweihe. Da die junge Generation in den 1960er Jahren – im Gegensatz zu den 1950er Jahren – nicht mehr nur umerzogen, sondern vielmehr in die sozialistische Menschengemeinschaft überführt werden sollte, galt es die Jugendlichen vor Erreichen des wehrpflichtigen Alters von 18 Jahren auf ihre künftige Pflicht der Landesverteidigung vorzubereiten. Je nach Altersstufe und Geschlecht absolvierten die 14- bis 16-Jährigen von 1967 an über das Schuljahr verteilt verschiedene wehrsportliche Disziplinen, darunter Einzel- und Mannschaftswettkämpfe sowie Übungen im Luftgewehrschießen, um ihre Hemmschwelle im Umgang mit Waffen zu senken. In den 1960er/70er Jahren nahmen zwischen 70 und 90 Prozent

aller Schüler an den „Hans-Beimler-Wettkämpfen“ teil. Die wenigsten Schüler verweigerten eine Teilnahme, kamen die Wettkämpfe doch zum einen dem großen Interesse der Jugend an sportlicher Betätigung entgegen. Zum anderen konnte Verweigerungsverhalten, wie eine Nichtteilnahme an der Jugendweihe, das weitere schulische und berufliche Fortkommen gefährden.

Wie in den 1950er Jahren haderten besonders christliche und pazifistisch motivierte Jugendliche mit den „Hans-Beimler-Wettkämpfen“, vor allem mit den Schießübungen und dem imitierten Handgranatenzielwurf. Im Gegensatz zur Jugendweihe sind die Reaktionen der Kirchen zu den wehrsportlichen Wettkämpfen nicht bekannt. Es gibt keine Hinweise darauf, wie die Kirchen die „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ bewerteten. Aus Sicht der meisten Jugendlichen gehörten sie wohl oder übel zu ihrer regulären Schulausbildung, einige empfanden sie als unnötige Pflichtveranstaltung, andere konnten sich tatsächlich dafür begeistern. Rückblickend erhärtet sich der Verdacht: Das Interesse an einer militärischen Laufbahn bzw. verlängerten Dienstzeiten in der NVA wurde nicht maßgeblich durch die Wettkämpfe beeinflusst. Die Mehrheit der jungen Männer folgte mit der Ableistung des Wehrdienstes vor und nach 1967 hauptsächlich der Forderung des Gesetzes, persönliche Überzeugungen hingegen spielten kaum eine Rolle. Außerdem blieb der von der SED erwartete Ansturm auf das Militär aus. Die Mehrzahl der Grundwehrdienstleistenden empfand die Wehrpflicht ohnehin mehr als lästige Unterbrechung ihrer Lebensplanung denn als die von der SED propagierte Ehrenpflicht. Vielleicht plante das Volksbildungsministerium Ende der 1970er Jahre gerade wegen der mangelnden Erfolge der „Hans-Beimler-Wettkämpfe“, zusätzliche „Hans-Beimler-Tage“ für die zehnten Klassen zu organisieren, und möglicherweise führte es aus demselben Grund den Wehrunterricht als Schulfach ein.

Von dem neuen Unterrichtsfach versprach sich die SED in Phase III die flächendeckende Festigung von Wehrmotivation, Wehrbewusstsein und Wehrmoral. Die Schüler sollten theoretisch und praktisch auf die Anforderungen bei der Landesverteidigung vorbereitet werden, die jungen Männer insbesondere auf den Dienst in der NVA; fakultative Arbeitsgemeinschaften für Wehrerziehung gab es in Schulen von 1973/74 an. Für Abiturienten, Lehrlinge und Studenten nahm die Wehrerziehung zu dieser Zeit längst einen Teil ihrer Ausbildung ein. Doch verglichen mit anderen Militarisierungsmaßnahmen bzw. den „Hans-Beimler-Wettkämpfen“ löste nur die Überlegung, Wehrunterricht in den Schulen stattfinden zu lassen, einen

Sturm der Entrüstung in kirchlichen Kreisen aus. Beide Kirchen betrachteten den Wehrunterricht als ein weiteres staatliches Instrument zur Diskriminierung junger Christen und pazifistisch denkender Jugendlichen. Im Gegensatz zu ihrem Verhalten bei der Einführung der Jugendweihe 1955 sicherten die evangelische und die katholische Kirche den Verweigerern des Wehrunterrichts von Anfang an Hilfe und Unterstützung zu. Anders als bei der Jugendweihe und den „Hans-Beimler-Wettkämpfen“ stand auch nicht die Gruppe der 14-Jährigen im Mittelpunkt.

Ab dem Schuljahr 1978/79 mussten alle Neunt- und Zehntklässler an den Stunden zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung, am Ende der Klasse neun an einem Lehrgang in Zivilverteidigung (Mädchen) oder einem Wehrlager (Jungen) sowie in Klasse zehn an den „Tagen der Wehrebereitschaft“ teilnehmen. Wieder erlaubte die Schulpflicht den größtmöglichen Zugriff auf die Jugend. Zwar gab es im Wehrunterricht keine Benotung, wie etwa in Staatsbürgerkunde, Lehrer aber vermerkten die Anwesenheit für das Zeugnis. Erneut sollte die Etablierung des Freund-Feind-Denkens über emotionale Kanäle gelingen, weil die SED Ende der 1970er Jahre das Aufweichen ihres westlichen Feindbildes befürchtete und es doch zu den Pflichten der Jugend gehörte – umso mehr in der Rolle als „Gestalter“ der sozialistischen Gesellschaftsordnung –, die DDR unter allen Umständen militärisch zu verteidigen. Der theoretische Wehrunterricht glich oftmals einer Werbeveranstaltung für militärische Berufe, während Lehrgang und Wehrlager die Jugendlichen physisch auf den Ernstfall vorbereiteten. Wie bei der Jugendweihe stieß das Prinzip der Freiwilligkeit bei der Anmeldung zu den Wehrlagern zunächst an seine Grenzen; das Ministerium für Volksbildung erstrebte eine Quote von 100 Prozent. In der Folge wurde ein nicht unerheblicher Teil der Jungen in den ersten Durchläufen für das Wehrlager rekrutiert, da Direktoren und Lehrer die vom Volksbildungsministerium gesetzten Quoten zu erbringen hatten.

Die wenigsten Jugendlichen verweigerten den Wehrunterricht. Wer sich widersetzte, riskierte, ebenfalls wie bei der Jugendweihe, die Nichtzulassung zur EOS und zu bestimmten Ausbildungsberufen. Nur wenige hundert Schüler blieben Unterricht, Lehrgang und Wehrlager fern. Ähnlich wie beim atheistischen Weiheritual aus den 1950er Jahren folgten bei Weigerungen von Eltern und Jugendlichen zähe Gespräche über die Zustimmung zur „sozialistischen Friedenspolitik“ und über die weitere Karriere. Wieder blieben vor allem Pfarrerskinder sowie Kinder von sehr engagierten Kirchenmitgliedern und Zeugen Jehovas standhaft. Auch wenn die Erziehungsfunktionäre im Laufe der Zeit nachsichtiger mit Jungen umgingen-

gen, die aus religiösen Gründen weder am Wehrlager noch am Lehrgang teilnahmen, bedeutete eine bewusste Nichtteilnahme am Wehrunterricht Ausgrenzung und Benachteiligung. Wie bei den „Hans-Beimler-Wettkämpfen“ absolvierten die männlichen Jugendlichen in den Lagern wehrsportliche Disziplinen, darunter Ausdauer- und Hindernisläufe, Übungshandgranatenzielwurf sowie Schießübungen; ähnlich wie bei der Jugendweihe organisierte die FDJ in den Wehrlagern ein vielfältiges Rahmenprogramm, z. B. Ausfahrten zu Gedenkstätten.

Die politische Führung bzw. das Ministerium für Volksbildung nahm die hohen Teilnehmerquoten in den Wehrlagern zum Anlass, jedes Jahr große Erfolge bei der Wehrausbildung zu verbuchen, während die meisten Neuntklässler den geforderten Befehlsgehorsam und den militärischen Drill während der praktischen Ausbildung des Wehrunterrichts als übertrieben empfanden. Wie nach Einführung der „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ ließ der Ansturm auf das Militär auf sich warten. Zwar war die Bereitschaft unter männlichen Jugendlichen Anfang der 1980er Jahre stark ausgeprägt, die DDR unter Einsatz des eigenen Lebens zu verteidigen, das allerdings war schon vor 1978/79 der Fall. Zudem vermochte es der Wehrunterricht keinesfalls, die Wehrmotivation in den 1980er Jahren aufrechtzuerhalten, obschon die Identifikation mit dem politischen System aufgrund der staatlichen Friedenspolitik Anfang der 1980er Jahre stieg. Ab Mitte der 1980er Jahre nahmen weniger Jungen mit Begeisterung an den „Hans-Beimler-Wettkämpfen“ teil und mehr Jugendliche, wenn auch in geringem Maße, äußerten offen ihre Abneigung gegen den Wehrunterricht.

Die Militarisierung in der Jugendpolitik mündete 1982 in die Einführung eines neuen Wehrpflichtgesetzes. Dieses betraf zwar im Unterschied zu Jugendweihe, „Hans-Beimler-Wettkämpfen“ und Wehrunterricht vordergründig nur Jugendliche ab 18 Jahren, aber es verpflichtete im Prinzip alle Bildungseinrichtungen dazu, junge Menschen jeder Altersgruppe auf den Wehrdienst vorzubereiten. Betriebe wurden angehalten, ähnlich wie bei der Feierstunde der Jugendweihe und dem Eröffnungsfahnenappell der „Hans-Beimler-Wettkämpfe“, für eine feierliche Verabschiedung der einberufenen Lehrlinge und jungen Arbeiter zu sorgen. Tatsächlich stand die Mehrheit der jungen Generation zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Gesetzes hinter der Friedenspolitik der SED, darunter auch junge Christen. Angesichts der international angespannten Situation und der Debatten um die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa wollten die meisten einen persönlichen Beitrag zur Friedenssicherung leisten. Die Ansichten über die richtige Art dieses Beitrags variierten jedoch. Während

junge Christen die vormilitärische Ausbildung weiterhin größtenteils ablehnten, zählten sich aus Perspektive der SED die Maßnahmen der vormilitärischen Ausbildung nun aus. Viele junge Männer waren sich Anfang der 1980er Jahre eben sicher, die DDR bzw. die in ihr lebenden Kinder und ihre Familien unter Einsatz ihres Lebens zu verteidigen, und hielten den Wehrdienst für eine Notwendigkeit.

Im Gegensatz zur staatlichen Friedenspropaganda, die sich im Kern einseitig gegen NATO-Waffen aussprach, forderte die unabhängige Friedensbewegung von beiden Weltmächten, die Waffen niederzulegen. Sie sprach sich für die Einführung des SoFd, gegen den Wehrunterricht und damit gegen die Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens aus, welche durch das neue Wehrdienstgesetz verstärkt wurde. Während das Gesetz von den Jugendlichen verlangte, ihrer Ehrenpflicht nachzukommen, d. h. mit der Ableistung des Wehrdienstes – angeblich – den Frieden zu sichern, besuchten tausende Heranwachsende die kirchlichen Veranstaltungen und trugen öffentlich das Symbol der Bewegung Schwerter zu Pflugscharen. In Phase IV zog es mehr von ihnen hin zur evangelischen Kirche und zu den Initiativen der unabhängigen Friedensbewegung. Obwohl sich 1982 nur eine Minderheit der Jugendlichen mit Schwerter zu Pflugscharen identifizierte und der Großteil dem staatlich verordneten Friedenskurs der FDJ folgte, ging die politische Führung hart gegen Träger des biblischen Abbildes vor. Die kirchlichen Forderungen nach Abrüstung und einem Ende der vormilitärischen Ausbildung standen aus staatlicher Sicht dem im neuen Wehrdienstgesetz deklarierten Ziel einer jederzeit zu gewährleistenden Landesverteidigung bzw. einer stets wehrbereiten Jugend konträr gegenüber.

Wie in den ersten drei Phasen konnte die Sympathie mit Schwerter zu Pflugscharen die Aufnahme in die EOS und den Zugang zur begehrten Lehrstelle verhindern sowie den vorzeitigen Abbruch der betrieblichen oder universitären Ausbildung nach sich ziehen. Ähnlich wie bei der Einführung des Wehrunterrichts regte sich gegen die Behandlung der betreffenden Jugendlichen kirchlicher Widerstand. Da die Kirche um deren Sicherheit bangte, riet sie ihnen davon ab, das auf Vlies gedruckte Protestsymbol eines Schwerter zu Pflugscharen umformenden Mannes weiter zu tragen. Zeitgleich stieg Anfang der 1980er Jahre die Zahl der Wehrdienstverweigerer – wenn auch im vergleichsweise geringen Umfang –, obwohl das neue Wehrdienstgesetz die Freiheitsstrafe von drei auf fünf Jahre angehoben hatte und es ihm an Informationen über Möglichkeiten des waffenlosen Wehrrersatzdienstes fehlte. Wie in den Phasen I bis III widersetz-

ten sich nur wenige hundert Jugendliche dem Wehrdienst, bei dessen Antritt sie ab 1962 einen Fahneneid schworen, und wie bei Jugendweihe, „Hans-Beimler-Wettkämpfen“ und Wehrunterricht waren die meisten der Wehrdienstverweigerer religiös gebundene Jugendliche. Doch im Vergleich zu den Beispielen von Konformitätszwang und Anpassung aus den Vorjahren schien sich im Verlauf der vierten Phase eine weitaus größere Gruppe gegen den Konformitätszwang in Form der vormilitärischen Ausbildung aufzulehnen.

Die omnipräsente Militärpropaganda drohte Jugendliche in den 1980er Jahren regelrecht zu erdrücken. Auffallend mehr junge Männer zogen ihre Verpflichtungserklärungen für den verlängerten Wehrdienst – wenn es ihnen möglich war – nach Erhalt von Lehrstelle oder Studienplatz zurück, Lehrlinge lehnten die Schießübungen in ihrer Ausbildung ab, Schüler trugen politisch nicht genehme pazifistische Ausrücker und im Staatsbürgerkunde- sowie Wehrunterricht wurden die kritischen Stimmen lauter. Trotz der anfänglich großen Bereitschaft, im Ernstfall das eigene Leben bei der Landesverteidigung zu opfern, wurde der Wehrdienst weiterhin mehr als Last denn als Ehrendienst empfunden. Auch die Entscheidungen zum verlängerten Wehrdienst beruhten häufig auf persönlichem Vorteilsstreben, bspw. beim anvisierten Studienplatz, als auf politischer Überzeugung. Ab Mitte der 1980er Jahre wurde die latente Kriegsgefahr durch die inzwischen wahr gewordene Stationierung amerikanischer Raketen in Westeuropa zu einer bestimmenden Realität. Parallel dazu blickten viele Jugendliche mittlerweile kritisch auf die innenpolitischen Gegebenheiten, da sich die Staatsführung den in der Sowjetunion angestoßenen Reformen verwehrt und sie sich aus dem Blickwinkel der meisten Heranwachsenden nicht ernsthaft um eine Verbesserung der Lebensverhältnisse sowie um den Umweltschutz bemühte. Auffallend mehr von ihnen dachten nun, Wehrbereitschaft, Wehrdienst und Landesverteidigung nützten alles nichts, wenn ein Dritter Weltkrieg mit atomaren Vernichtungswaffen jegliches Leben auf der Erde auslösche. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre stieg das Desinteresse an der vormilitärischen Ausbildung und an militärischen Berufen. Die persönliche Bereitschaft sank, für die DDR das eigene Leben einzusetzen. Das Feindbild vom Aggressor Bundesrepublik verblasste und immer weniger Jugendliche meinten, der Wehrdienst sei eine Notwendigkeit. Allerdings engagierte sich nur eine kleine Minderheit aktiv im Umfeld der Kirche und der Friedensbewegung.

In jedem der vier Beispiele stellt die Gruppe der Verweigerer eine verschwindend geringe Minderheit dar, selbst als sich in Phase IV mit

Schwerter zu Pflugscharen zum ersten Mal eine im weitesten Sinne organisierte und breit aufgestellte Gegenbewegung zu den Militarisierungsmaßnahmen der SED entwickelte, mit der sich auch nicht religiöse oder weltanschaulich unentschlossene Jugendliche identifizierten. Verweigerung blieb bei Jugendweihe, „Hans-Beimler-Wettkämpfen“, Wehrunterricht und Wehrdienst eine Ausnahmeerscheinung, in den meisten Fällen unter kirchlich gebundenen Heranwachsenden. Die hohe Beteiligung ist vor allem auf den sozialen und politischen Druck zurückzuführen. Jede der Kampagnen war mit dem Bildungssystem verflochten, weshalb sich alle Jugendlichen frühzeitig, in der Regel mit Beginn des Jugendalters von 14 Jahren, erfassen und unter Androhung von Sanktionen, wie dem vorzeitigen Abbruch ihrer Ausbildung, einschüchtern ließen. Die überaus hohen Teilnehmerquoten lassen sich zusätzlich mit Gängelei und Bevormundung der Eltern bis hin zu subtilen Erpressungsversuchen im Namen der „sozialistischen Friedenspolitik“ erklären, gemäß dem Motto: „Sie sind doch für den Frieden, oder?“ Im Grunde verfolgte die politische Führung mit Jugendweihe, „Hans-Beimler-Wettkämpfen“, Wehrunterricht und Wehrdienst ein und dasselbe Ziel: die Erziehung der Jugend zu sozialistischen Persönlichkeiten, die sich klar und eindeutig zur DDR bekennen sollten. Zwar mussten junge Menschen im Rahmen der Jugendweihe keinen Wehrsport absolvieren, allerdings legten sie wie bei den „Hans-Beimler-Wettkämpfen“ oder dem Wehrdienst einen sozialistischen Eid ab.

Die vier Beispiele unterscheiden sich mit Blick auf die Reaktionen der Kirche, auf die betreffenden Altersgruppen und auf die Wahrnehmung der Jugendlichen. Während Jugendweihe, Wehrunterricht und Wehrdienst bei den Kirchen auf strikte Ablehnung stießen und auf ihren Druck hin 1964 der waffenlose Wehersatzdienst eingeführt worden war, ist über die kirchliche Haltung zu den „Hans-Beimler-Wettkämpfen“ nichts bekannt, obgleich sie ebenso wie Jugendweihe und Wehrunterricht die Schuljugend betrafen: In Phase I standen die 14-Jährigen, in Phase II die 14- bis 16-Jährigen, in Phase III die 15- bis 16-Jährigen und in Phase IV Jugendliche ab 18 Jahren im Mittelpunkt der Erziehungskampagnen. Trotz der hohen Teilnehmerzahlen führten weder Jugendweihe noch „Hans-Beimler-Wettkämpfe“, Wehrunterricht oder die neuen Bestimmungen zum Wehrdienst zu den von der SED gewünschten Ergebnissen. Die Jugendweihe wurde von der Mehrheit als unpolitische Familienfeier und nicht als persönliches Bekenntnis zur Politik der SED begangen. Auch nach Einführung der „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ folgten die meisten jungen Männer mit der Ableistung des Wehrdienstes weiterhin der Forderung des Wehrgesetzes

und nicht persönlichen Überzeugungen. Das Desinteresse an den wehrsportlichen Wettkämpfen nahm in den 1980er Jahren zu.

Der Wehrunterricht führte unter Jugendlichen nicht zu einer erhöhten Bereitschaft, das eigene Leben zur Landesverteidigung zu opfern. In den 1980er Jahren sank diese Bereitschaft enorm, ebenso wie das allgemeine Interesse an einer vormilitärischen Ausbildung. Trotz des neuen Wehrdienstgesetzes von 1982 verweigerten mehr junge Männer den Wehrdienst. Dieser wurde zu keiner Zeit als die von der SED propagierte Ehrenpflicht empfunden, auch wenn der Großteil der Jugend ihn zu Anfang der 1980er Jahre für notwendig hielt, allerdings weniger um die angepriesenen sozialistischen Errungenschaften, sondern vielmehr um die in der DDR lebenden Kinder und Familien zu schützen. Der erhoffte Ansturm auf das Militär blieb stets aus. Nur mit Zwang und Quoten wurden der militärische Nachwuchs bzw. die hohen Teilnehmerzahlen bei den Kampagnen erreicht. So hatten Jugendweihe, „Hans-Beimler-Wettkämpfe“, Wehrunterricht und Wehrdienst einen Anteil an der „nahezu perfekten Doppelzüngigkeit“ in der DDR. „Die offiziellen abgeforderten politischen Thesen und Phrasen wurden dort selbstverständlich vorgetragen, wo sie erforderlich waren und erwartet wurden“³⁹⁴⁰, so Barbara Hille. Bei der Jugendweihe bswp. wandelte mancher Jugendliche sein öffentliches Gelöbnis von „Ja, das geloben wir“ nach sächsischer Mundart in „Ja, das globen (glauben) wir“ um, womit der sozialistische Schwur gewissermaßen seine bindende Wirkung verlor.

7.2.2 „I can't get no satisfaction“

Bei der vergleichenden Betrachtung der Entwicklung der Jugendkulturen stehen deren Herkunft und die Reaktionen der Bevölkerung auf die jugendlichen Moden im Mittelpunkt. Da alle der analysierten Stilrichtungen ursprünglich aus westlichen Staaten kamen, erreichten die subkulturellen Trends immer zuerst Westdeutschland, bevor sie zeitlich versetzt von den Jugendlichen in der DDR aufgegriffen wurden. So fand der Rock 'n' Roll in den 1950er Jahren über die Radiostationen der Amerikaner erst großen Anklang bei der bundesdeutschen Jugend, bevor er über westdeutsche Radiosender in den ostdeutschen Teilstaat gelangte. Anfang der 1960er Jahre

3940 Hille, Barbara 1991, S. 15.

reifte in Großbritannien allmählich die Beatmusik heran und Musikproduzenten begannen damit, die jungen Amateurmusiker international zu vermarkten. Über den Schallplattenexport erreichte die Beatmusik kurz darauf die Bundesrepublik. Das MfS bemerkte Mitte der 1960er Jahre eine Zunahme der Anzahl junger langhaariger „Gammler“. Ende der 1960er Jahre kristallisierte sich eine neue subkulturelle Strömung heraus, die sich an der amerikanisch-britischen Hippie-Bewegung orientierte. Die Szene wurde Mitte der 1970er Jahre stark von der Bluesmusik geprägt, ihre Anhänger Tramper, Blueser oder Kunden genannt. Zeitgleich erschienen in Großbritannien die ersten Punks und Skinheads auf der Bildfläche, diese tauchten in der Bundesrepublik Ende der 1970er Jahre auf. Das MfS sichtete die ersten Skins etwa 1980 in ostdeutschen Fußballstadien und konstatierte ab 1982 einen Anstieg der Zahl an Punks.

Eine weitere Gemeinsamkeit der Subkulturen besteht darin, dass ihre hartgesottenen Anhänger stets eine Minderheit darstellten und bei der erwachsenen Bevölkerung in Ost wie West meist auf Ablehnung stießen. Ende der 1960er Jahre sollen von 100.000 „Gammlern“ in Europa zwei Prozent in der DDR gelebt haben und 1984 ermittelte das MfS 1.000 Punks, Skinheads und Metal-Fans. Die Ablehnung durch die Bevölkerung resultierte auch aus der einseitigen Informationspolitik der ostdeutschen Presseorgane, die in allen vier Phasen ausschließlich diffamierend über die Anhänger subkultureller Milieus berichteten. Die Übernahme westlicher Lebensgewohnheiten passte eben nicht zum sozialistischen Erziehungskonzept der politischen Führung. Ebenso konnten sich viele Erwachsene nicht mit den westlichen Trends identifizieren bzw. nicht nachvollziehen, warum „Halbstarke“ in den 1950er Jahren dem „American way of life“ nacheiferten und mit Rock 'n' Roll rebellierten, Beatniks in den 1960er Jahren mit langen Haaren und lauter Beatmusik aufbegehrten oder sich Tramper in den wirtschaftlich guten Jahren schludrig kleiden mussten und sich auf Reisen begaben. Ab Mitte der 1980er Jahre fiel es der Bevölkerung zunehmend schwer, zwischen Skinheads, „Faschos“, Punks oder Metal-Fans zu unterscheiden. Was die Skinheads mit rechter Gesinnung betraf, wandelte sich das Unverständnis der Gesellschaft teilweise in Angst.

Im Gegensatz zur erwachsenen Bevölkerung begeisterte sich neben hartgesottenen Fans eine nicht unerhebliche Anzahl anderer Jugendlicher, die sich ansonsten wohl eher bedeckt hielten, für die westlichen Moden. In der Folge führte Beatmusik ab den 1960er Jahren die Liste der beliebtesten Musikgenres unangefochten an, manch junger FDJler kleidete sich in den 1970er Jahren ähnlich unkonventionell wie die älteren Tramper und in

den 1980er Jahren entdeckte eine Menge junger Leute den Stil der Punks oder Skins für sich. Da Punks, Skins, Popper, New Romantics und Heavy-Metal-Fans Anfang der 1980er Jahre die Mode- und Musikszene dominierten, wollten in Phase IV viele Heranwachsende zu Punkrock, New Wave oder Deutschrock tanzen und nichtlizenzierte (westliche) Musik in den Jugendklubs hören. Aus diesem Grund können Anhänger der westlichen Jugendkulturen, d. h. jene, die sich optisch und mit ihrer Einstellung von der angepassten Mehrheitsgesellschaft abgrenzten und dadurch inspirierend auf andere gewirkt haben, in diesem Kontext als „Schrittmacher“ gelten. So sprachen die „Rolling Stones“ in den 1960er Jahren mit ihrem Hit „I can't get no satisfaction“ vielen Jugendlichen aus der Seele, die glühendsten Verfechter der Beatmusik aber brachten ihre Forderungen nach moderner westlicher Musik am lautesten zum Ausdruck.

Auf der einen Seite versuchte die politische Führung die Auswirkungen der westlichen Einflüsse zu bekämpfen und ließ Mitglieder subkultureller Milieus unnachgiebig verfolgen sowie kriminalisieren. Auf der anderen Seite bemühte sich insbesondere der Jugendverband um sozialistische Alternativen, musste er doch „up to date“ bleiben, wenn er an Ausstrahlungskraft dazugewinnen wollte. SED und FDJ lenkten dann ein und kamen den Bedürfnissen der Jugend ein Stück weit entgegen, wenn sich die westlichen Trends nicht mehr im erhofften Umfang kanalisieren ließen und sie einen Massencharakter annahmen. Das war vor allem bei der anfänglich verpönten (englischsprachigen) Rockmusik der Fall, die ab den 1970er Jahren durch staatliche Förderungen gesellschaftsfähig wurde, weil der Großteil diese Musik bevorzugte. Es stellt sich bei den westlichen Einflüssen die Frage, wie weit diese in die DDR reichten – betrachtet werden die Beispiele Literatur, Film, Musik, Mode und Freizeitgestaltung – und welche Alternativangebote initiiert worden waren, um ihnen ein sozialistisches Pendant entgegenzusetzen.

Das große Interesse Jugendlicher an moderner westlich geprägter Literatur, Musik oder Kleidung führte die SED zu jeder Zeit, vor allem in Phase I, auf die Agitation des „Klassenfeindes“ zurück. Von Mitte der 1950er Jahre an stand die Einfuhr von „Schund- und Schmutzliteratur“ (Comics, Wildwestromane usw.) aus der Bundesrepublik unter Strafe, im schlimmsten Fall drohte eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren. In einigen Schulen wurden deswegen die Taschen der Schüler auf „verderbliche“ Literatur hin überprüft. Um die Popularität der äußerst beliebten Comics, wie Micky Maus oder Fix und Foxi, zu schmälern, erschien unter Schirmherrschaft des Jugendverbandes ab 1955 die als Comic konzipierte Zeit-

schrift Mosaik. Nicht nur die Einfuhr westlichen Schriftguts war verboten. Da Anfang der 1950er Jahre ein Importverbot für amerikanische Filme herrschte, besuchten tausende junge Menschen bis zum August 1961 Westberliner Kinos, um die begehrten Streifen zu sehen. Viele von ihnen identifizierten sich mit den amerikanischen Darstellern, die für sie das Lebensgefühl des Rock 'n' Roll verkörperten. Trotz des Importverbots gelangten einige dieser Filme in die DDR. In der Folge versuchte sich der Staat in Phase I an einer weiteren sozialistischen Alternative und antwortete auf den erfolgreichen westdeutschen Film „Die Halbstarken“ (1956) mit der Produktion von „Berlin – Ecke Schönhauser“ (1957).

Dennoch riss die Begeisterung für die amerikanischen Schauspieler keineswegs ab. Nicht wenige Jugendliche richteten sich in Phase I mit Bitten um Autogramme ihrer Stars an westdeutsche Fanklubs und Rundfunksender. Einige eiferten ihren Kinohelden optisch nach und orientierten sich modisch an westlichen Rock-'n'-Roll-Ikonen. Schwarze Lederjacken, bunte Texas-Hemden, Nietenhosen, geringelte Socken und spitz zulaufende Schuhe symbolisierten für sie ein modernes Lebensgefühl, für die SED hingegen war diese Kleidung Ausdruck von Sittenverfall und Dekadenz. Der Mangel an modischer Kleidung verlangte von den Rock-'n'-Roll-Begeisterten Improvisationstalent, nicht auch zuletzt deshalb, weil der Import von Nietenhosen strafbar war. Sie halfen sich, indem sie statt Lederjacken schwarze oder rote Hemden trugen und sich Jeans auf dem Schwarzmarkt besorgten. Das Verbot galt nicht nur für Literatur, Film und Kleidung. Es waren aus Sicht der politischen Führung gerade die amerikanischen und bundesdeutschen Rundfunkstationen, die junge Menschen manipulierten, und es waren die heißen Rhythmen des Rock 'n' Roll, mit denen der „Klassenfeind“ versuchte, sie gegen das politische System aufzuwiegeln. In der Folge konnte der Kauf und Import von westlichen Schallplatten zu einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren führen. Da die Rundfunksender allerdings überwiegend Opern und heimische Schlagerproduktionen spielten, hörte der Großteil insgeheim westliche Sender.

In Phase I unterlag der Rundfunk einer scharfen politischen Zensur und bei öffentlichen Veranstaltungen durften von 1953 an nur von den Kulturbehörden autorisierte Berufsmusiker auftreten. Für junge Amateurmusiker bestand die Möglichkeit, „legal“ in der Öffentlichkeit zu spielen, erst ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, vorausgesetzt sie erhielten die staatliche Spielerlaubnis. Ab 1960 mussten Musiker, deren Repertoire aus mehr als einem Drittel westlicher Musik bestand, mit Ordnungsstrafen rechnen. Da die SED eine „saubere“ Tanzmusik erstrebte, wurde 1958 die 60/40-

Regelung eingeführt. Dieses Bestreben, das Niveau der Tanzmusik zu heben und damit dem Rock 'n' Roll etwas entgegenzusetzen, mündete 1959 mit dem Lipsi in den Versuch, einen sozialistischen Tanzstil als Alternative zum wilden Rock-'n'-Roll-Tanz zu etablieren. Spätestens in der Praxis scheiterten die Maßnahmen zur Eindämmung der westlichen Musik. Der Lipsi setzte sich niemals gegen den Rock 'n' Roll durch und etliche Veranstalter, etwa Gastwirte, sahen von einer übereifrigen Umsetzung der 60/40-Regelung ab, verprellten sie doch ansonsten das junge Publikum aus ihren Tanzsälen.

Jugendliche trafen sich aufgrund beengter Wohnverhältnisse in den 1950er Jahren häufig auf der Straße, um gemeinsam mit ihren Freunden über ein tragbares Kofferradio, das sich nur wenige leisten konnten, die begehrte Musik zu hören. In den Cliquen tauschten sie heimlich mitgeschnittene Musik, Comics und Abziehbilder ihrer Stars. In einigen Fällen gründeten sie Rock 'n' Roll-Klubs nach westlichem Vorbild, gaben sich untereinander amerikanisch klingende Spitznamen und grenzten sich mit Accessoires optisch von anderen Gruppen ab. Sie trafen sich vor Kinos, in Milchbars, Eisdielen oder Stammlokalen und beim Jahrmarkt vorwiegend an den Fahrgeschäften, die westdeutsche Schlager und Rock 'n' Roll spielten. Doch selbst diese harmlosen Treffen stellten für SED und MfS ein Problem dar, weil die Jugendlichen ihre Freizeit auf diese Weise nicht „sinnvoll“ verbrachten und sich dem erzieherischen Zugriff durch die FDJ bewusst entzogen. Trotz der zahlreichen Verbote von Literatur, Musik, Mode und Film – ein weiterer Beleg für die starke ideologische Ausrichtung der Jugendpolitik – sowie der Vielzahl an sozialistischen Alternativen, wie dem Comic Mosaik oder dem Lipsi-Tanz: Der Begeisterung für Rock 'n' Roll tat dies keinen Abbruch. Besonders im privaten Umfeld lebten hartgesottene Rock 'n' Roller ihren „American way of life made in GDR“ aus und widersetzten sich mit dem „Herumlungern“ und „Eckenstehen“ aus Perspektive der Staatsführung teilweise in der Öffentlichkeit dem sozialistischen Erziehungsziel.

Anfang der 1960er Jahre zeigte sich die politische Führung im Umgang mit westlichen Einflüssen relativ liberal. Zwar bestand weiterhin das Importverbot für Jeans oder westdeutsche Presseerzeugnisse, doch 1963 folgte die SED dem Credo: „Welchen Takt die Jugend wählt, ist ihr überlas-

sen: Hauptsache, sie bleibt taktvoll!“³⁹⁴¹ Heimische Komponisten und Schlagertexter sollten sich fortan mehr an den musikalischen Vorlieben der Jugend orientieren und mit dem Deutschlandtreffen von 1964 erreichte die kulturpolitische Öffnung ihren vorläufigen Höhepunkt. Die aus Großbritannien stammende Beatmusik durfte zu dieser Zeit offiziell gehört werden. Während sich die Staatsführung weiterhin von der Bundesrepublik abgrenzte bzw. eine Politik der „friedlichen Koexistenz“ anvisierte, präsentierte sie sich vor der Weltöffentlichkeit 1964 entspannt und tolerierte die westlichen Trends. Viele junge Menschen kopierten die Mode der „Beatles“ oder „Rolling Stones“ und ähnlich wie bei den Rock 'n' Rollern mussten sich Beat-Fans wegen des Importverbots für westliche Merchandising-Produkte auf ihren Einfallsreichtum verlassen. Sie trugen langes Haar, bunte Hemden, Rollkragenpullover sowie Lederjacken oder Parkas und als Alternative zu Jeans Schlaghosen aus Cord.

Wie einst Rock-'n'-Roll-begeisterte Jugendliche, so trafen sich die Beatniks in ihrer Freizeit auf öffentlichen Plätzen, in Parks oder vor Kinos, gaben sich teilweise eigene Klubnamen, tauschten ihre privat aufgenommenen Kassetten untereinander und hörten gemeinsam über bundesdeutsche Radiosender die geliebte Beatmusik. Anfang 1965 erschienen die erste Sammlung ostdeutscher Beatbands und eine Lizenz-LP der „Beatles“ in ostdeutschen Plattenläden. Ein „legal“ zu erwerbendes Album von Elvis Presley oder Buddy Holly war in den 1950er Jahre ausgeschlossen. Etliche junge Musikbegeisterte fanden sich in Gruppen zusammen und spielten die Hits westlicher Beatmusiker nach. Da diese Musik in der ersten Hälfte der 1960er Jahre zu einem Massenphänomen avancierte, versuchte die FDJ, mit eigenen „Gitarrenwettbewerben“ die unübersichtliche Gründungswelle von privaten Beatbands in geordnete Bahnen zu lenken. Im Herbst 1965 wurde die Kampagne überraschend beendet. Denn in Phase II besann sich die SED wieder auf eine rigorose Abgrenzungspolitik gegenüber westlichen Trends, die sich zur Paranoia steigende Angst vor einem möglichen Verlust der Kontrolle besiegelte das Ende des liberalen Kurses in der Jugendpolitik.

Die erneut starke ideologische Ausrichtung führte dazu, dass das Sekretariat des ZK im Oktober 1965 den Beschluss erließ, allen Musikern, die

3941 Der Jugend Vertrauen und Verantwortung. Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees. Beschluß des Politbüros des ZK vom 17. September 1963, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1965, S. 703.

westliche Musik „verherrlichten“, die Auftrittslizenzen zu entziehen. Zusätzlich sollten das Finanzamt unter ihnen nach Steuervergehen fahnden und das Innenministerium dafür sorgen, „Gammler“ bzw. Mitglieder solcher Gruppen in ein Arbeitslager einzuweisen. Das MfS erstrebte eine flächendeckende Übersicht zu „Gammlern“, „Rowdys“ und Beat-Fans in allen Bezirken, jedes triviale Ereignis mit Beatniks auf Tanzveranstaltungen wurde registriert. Besonders in Leipzig, dort, wo die Kulturbehörden den Beschluss mit Übereifer umgesetzt hatten und neun von 55 Bands ihre Lizenzen behalten durften, regte sich Widerstand. Zu den teilweise handfesten Auseinandersetzungen zwischen Volkspolizisten und „Halbstarken“ (Phase I), Trampnern (Phase III) sowie extremen Fußballfans, Skins oder Punks (Phase IV) unterscheidet sich die Leipziger Beat-Demo vom 31. Oktober 1965 in zwei wesentlichen Punkten: Zum einen war sie im weitesten Sinne eine Form des organisierten Widerstands, weil im Vorfeld dutzende Flugblätter über Ort, Datum und Zeit informierten. Die SED berief deshalb vorsorglich Kreisgerichte ein, um junge Renitente quasi vor Ort im Schnellverfahren verurteilen zu können. Zum anderen richtete sich die Protestaktion der 500 bis 800 Jugendlichen – die größte „illegale“ Demonstration nach dem 17. Juni 1953 – explizit gegen die Verbote der Beatbands und damit gegen den Umgang der politischen Führung mit westlich geprägter Musik.

Ab November 1965 plante das MfS, das „Beatle-Unwesen“ zu bekämpfen, und setzte dabei auf eine weitere Ausdifferenzierung der Szene. Fortan unterschied es zwischen Beat-Fans und „Gammlern“ sowie zwischen positiver und negativer Gitarrenmusik. Vorwürfe wie „Arbeitsbummelei“, Steuerhinterziehung und Rechtsverstöße sorgten für die Auflösung vieler Beatgruppen. Der Kampf gegen die Beat-Bewegung gipfelte auf dem XI. Plenum des ZK im Dezember 1965. Erich Honecker rügte DT 64 für sein einseitiges, von der Beatmusik dominiertes Sendeprogramm, die Medien für ihre Darstellung der Auswüchse der Beat-Bewegung in Westdeutschland und die FDJ, weil sie die Gefährlichkeit der Beatmusik unterschätzt habe. In der Folge des „Kahlschlag-Plenums“ mussten alle bestehenden Beatgruppen ihren englischen Namen gegen einen deutschen ersetzen, Anglizismen (Hits usw.) verschwanden aus der Musiklandschaft, englische Musik aus den Rundfunksendungen und die FDJ propagierte im Rahmen der neu gegründeten „Singebewegung“ sozialistisches Liedgut, um die anhaltende Sympathie für Beatmusik zu drosseln.

Im Vergleich zu den Gegenkampagnen zum Rock 'n' Roll aus Phase I erfreuten sich die „Singeklubs“ in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre

großer Beliebtheit, ähnlich wie die „Gitarrenbewegung“ Anfang des Jahrzehnts. Die Zahl der „Singeclubs“, aus denen die „Singezentren“ und die „Werkstattwochen“ der FDJ hervorgingen, sank erst 1972. Danach lief auch diese Gegenoffensive ins Leere. Der Trend unter den Jugendlichen, sich in Amateurbands außerhalb des staatlichen Zugriffs zu organisieren, hielt hingegen an. Die Bewegung lebte gewissermaßen in der Illegalität weiter. So wie in den 1950er Jahren verlagerte sich die Szene in abgelegene Gaststuben, in denen sich die Wirte wenig um die Vorgaben aus Berlin scherten. Hartgesottene Beat-Fans blieben wie die meisten Rock 'n' Roller unbeeindruckt von den staatlichen Maßnahmen zur Unterwanderung ihrer Szene. Fast jede verbotene Beatgruppe besetzte sich nach ihrer erzwungenen Auflösung bspw. durch die Ummeldung der Wohnsitze wieder neu. Musiker verfügten über ein Scheinrepertoire, um an die staatliche Spiel-erlaubnis zu gelangen.

Gegen Ende der 1960er Jahre verloren lange Haare allmählich ihr rebellisches Image, als MfS und Jugendforschung begriffen, dass von jungen langhaarigen Männern nicht pauschal eine Gefährdung für die öffentliche Ordnung ausging. Der Kampf gegen die Beatmusik verlor an Rigorosität, da sich die Musik trotz aller Restriktionen zu einer Massenerscheinung entwickelt hatte und langhaarige junge Männer nichts Ungewöhnliches mehr waren. DT 64 spielte wieder mehr Beatmusik, während sich Kulturbehörden und FDJ darauf konzentrierten, politisch genehme Nachwuchskünstler zu fördern. Folglich war das Vorhaben auch in der zweiten Phase gescheitert, den westlichen Einflüssen – in den 1960er Jahren betraf das primär Musik und Mode – mit allen Mitteln, jedoch mit weniger Alternativangeboten als in Phase I, den Nährboden zu entziehen. Die Begeisterung für Beatmusik prägte das Jugendleben bis weit in die 1970er Jahre.

Anfang der 1970er Jahre bildete sich durch die staatlichen Förderungsmechanismen im Bereich Tanzmusik eine relativ eigenständige Rockmusik heraus. Im Zuge der X. Weltfestspiele von 1973 fanden sich in ostdeutschen Plattenläden, ähnlich wie zehn Jahre zuvor, einzelne Lizenzplatten westlicher Interpreten. Zeitgleich eröffneten die ersten westlich geprägten Diskotheken. Die Schallplattenunterhalter und Diskomoderatoren brauchten wie Musiker eine staatliche Lizenz. Bei den Diskoabenden durften auf Grundlage der 60/40-Regelung nur genehmigte Titel in „angemessener“ Lautstärke gespielt werden. Die FDJ erweiterte ihre 1967 eingeführten „Werkstattwochen der Singebewegung“ 1970 um die „Poetenseminare“ in Schwerin und 1972 um die erste „Werkstattwoche zur Jugendtanzmusik“. Der Jugendverband lud zunehmend mehr junge Nachwuchskünstler zu

seinen „Werkstattwochen der Singebewegung“ ein, um ein sozialistisches Pendant zu der äußerst beliebten westlichen Rockmusik zu schaffen.

Dennoch gab es eine Vielzahl an Bands, die sich wenig aus der staatlichen Förderung machten und damit besonders bei Trampnern, Bluesern und „Gamlern“ auf Zuspruch stießen. Ihnen kam die staatliche Fürsorge suspekt vor. Gemäß Peter Wurschi zeigten sich die Trampler, Blueser und „Gamlers“ in Phase III mehrheitlich unbeeindruckt von den Versuchen, „ihre Subkultur zu verstaatlichen“³⁹⁴². Sie konnten weder mit kommerziellen Diskotheken noch mit politisch „sauberer“ Tanzmusik etwas anfangen, sondern orientierten sich an originalen westlichen Blues- und Rockstars und an für sie authentischen Bands. Im Gegensatz zu den ersten beiden Phasen schienen westliche Einflüsse in Phase III unter den bluesliebenden Trampnern keine große Rolle gespielt zu haben, mit Ausnahme der Jeansmode und einzelner amerikanischer Filme wie „Blutige Erdbeeren“ (1970). Vielmehr profitierte die Szene von der unter Erich Honecker neu gewonnenen Freiheit für Literaten, die nun Möglichkeiten hatten, den jugendlichen Alltag im gewissen Rahmen kritisch darzustellen. „Die neuen Leiden des jungen W.“ (1973) oder „Die wunderbaren Jahre“ (1976) wurden für viele Trampler zum obligatorischen Reisebegleiter. Sie hatten außerdem eine Vorliebe für lange Haare und Bärte, Parkas, Jesuslatschen, Sandalen und Hirschbeutel.

Im Vergleich zu Rock 'n' Rollern und Beatniks war die Trampler-Szene von einer enormen Mobilität charakterisiert, die weit über das Treffen im öffentlichen Raum hinausging. Sie reisten nicht nur innerhalb der DDR, sondern ebenso in das sozialistische Ausland, zu Rennsportveranstaltungen oder Bluesfestivals. Auch sie zog es in Phase III mehrheitlich in die peripheren Gebiete, wo die angesagten Bands in dörflichen Gaststuben spielten und die Kulturämter in vielen Fällen erst nach Ende des Konzerts etwas von der Veranstaltung erfuhren. Wie bei den Rock 'n' Rollern übten Stadtfeste und regionale Festivitäten eine große Anziehungskraft auf Trampler aus. Ab Mitte der 1970er Jahre häuften sich aus Perspektive des MfS die „negativen Vorkommnisse“ mit ihnen. In der Folge intensivierte die Geheimpolizei die „Zersetzungsarbeit“ in der „Gamlers“-Szene. Zeitgleich beendete die Ausbürgerung Wolf Biermanns die relativ offene Kulturpolitik und das Verhältnis zwischen Kirche und Staat verschlechterte

3942 Wurschi, Peter 2007, S. 151.

sich durch die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz, während die Kirche die Jugendarbeit an der Basis umgestaltete.

In der Folge interessierten sich auffallend mehr Tramper für die Veranstaltungen der Offenen Arbeit in den Gotteshäusern, besonders für die kirchlichen Werkstatttage. Die Kirche schuf für Tramper und „Gammer“ neue Freiräume und bot unter ihnen beliebten Künstlern eine Plattform. Ende der 1970er Jahre wurden die Ostberliner Blues-Messen trotz staatlicher Überwachung zu einem festen Anlaufpunkt für die Subkultur. Im Verlauf der dritten Phase zeichneten sich mehr kirchliche als westliche Einflüsse in der Bewegung ab. Obgleich sich die Organisatoren bei den Blues-Messen um Themen bemühten, mit denen sich die Mitglieder der Subkultur identifizieren konnten, interessierten sich die Kunden bei den Veranstaltungen der Offenen Arbeit mehr für die musikalischen Darbietungen als für die christlichen Botschaften. Viele vertrieben sich die Zeit in den Kirchen zwischen den Live-Auftritten der Musiker mit dem Herumreichen von Alkohol – ein Problem, das keineswegs nur sie betraf –, weshalb eine Art Garderobe für alkoholhaltige Getränke eingeführt wurde.

Zwar zogen sich die betreffenden Jugendlichen vermehrt in kirchliche Räume zurück, eine christliche Missionierung der Szene jedoch fand nicht statt. Wie in Phase I und II wollten sich die Heranwachsenden nicht vereinnahmen lassen. Obwohl es der SED im Gegensatz zu den beiden ersten Phasen mehr darum ging, die westlichen Einflüsse für die Etablierung einer eigenen Disko- und Musikkultur zu nutzen, wichen die Tramper den staatlichen Angeboten aus. Die westlichen Einflüsse zeichneten sich in Phase III weniger deutlich ab als in den beiden vorangegangenen Phasen. Denn die Subkultur der 1970er Jahre war von einer starken Orientierung auf die realen Gegebenheiten im sozialistischen Alltag gekennzeichnet. Da sie wenig Gefallen an der nach ihrer Meinung kommerzialisierten Massenkultur fanden, ahmten sie weniger westliche Trends nach, sondern versuchten vor allem durch ihre Reisen und ihr Erscheinungsbild gewissermaßen aus der Gesellschaft auszusteigen.

In Phase IV schienen die westlichen Einflüsse in den subkulturellen Milieus präsenter denn je. Obwohl sich die dargestellten Subkulturen in den 1980er Jahren – Skinheads, Punks, Metal-Fans, Popper, Gruftis oder New Romantics – hinsichtlich Organisationsstruktur, Mode, Musik und Aggressionspotential voneinander unterschieden, standen nach Auffassung von SED und MfS alle von ihnen unter dem Einfluss des „Klassenfeindes“. So kleideten sich Skins in den Anfangsjahren mit Röhrenjeans und Bomberja-

cken selbst für sozialistische Verhältnisse ziemlich militant, Punks hatten eine Vorliebe für zerschlissene und provozierende Kleidung, Metal-Fans für Leder und Nieten, Popper zogen sich extrem modebewusst und damit westlich an, New Romantics und Gruftis bevorzugten dunkle Kleidung. Ab Mitte der 1980er Jahre ließen sich die subkulturellen Milieus rein äußerlich nicht mehr eindeutig voneinander abgrenzen. Einige Jugendliche wanderten in andere Szenen ab, andere hielten sich aufgrund der Erfahrungen mit der Volkspolizei optisch zurück und neue Stilelemente kamen hinzu, bspw. Jogginganzüge und Baseballmützen bei den Skins. Wie die Rock 'n' Roller in Phase I, die Applikationen auf der Kleidung oder eine bunte Klammer am Hemdkragen trugen, benutzen sie gewisse Symbole oder Abzeichen als Erkennungsmerkmal. Das konnten Tätowierungen (Skins und Metal-Fans), ein auf dem Kopf stehendes Kreuz (Gruftis) oder Medaillen der Wehrmacht (Punks) sein.

Auch die Freizeitgestaltung dieser Jugendlichen stand den Vorstellungen der politischen Führung konträr gegenüber. Popper interessierte im Wesentlichen Mode und westliche Rock- und Popmusik, weshalb sie sehr oft in Diskotheken zugegen waren. Gruftis konnten sich mit der melancholischen Musik der britischen Bands „The Cure“ oder „Depeche Mode“ identifizieren. Sie verbrachten ihre Freizeit eher zurückgezogen unter sich. Heavy-Metal-Fans trafen sich häufig in Gaststätten und Diskotheken, in denen ihre Rockmusik lief, und das, was in den 1950er Jahren für die Rock 'n' Roller die Comics waren, war für die Freunde des Hardrocks die westdeutsche Zeitung Metal Hammer. Ähnlich wie in Phase I und II gründeten sie vielerorts eigene Klubs. Klubbildungen schienen für die Punks als Freizeitbeschäftigung wenig attraktiv. Sie trafen sich meist lose organisiert in Wohnungen oder im öffentlichen Raum. Skins, in deren Gruppen oftmals Hierarchien mit Dienstgraden existierten, bevorzugten für ihre Treffen ebenfalls Privatwohnungen und einschlägige Diskotheken. Sie betrieben häufig Kraft- und Kampfsportarten.

Die vierte Phase unterscheidet sich mit Blick auf die westlichen Einflüsse von den drei vorhergehenden Phasen hauptsächlich in zwei Punkten: Durch die in den 1980er Jahren großzügiger gehandhabten Besuchsregelungen hatten Jugendliche teilweise nun die Chance, selbst und nicht über Dritte an westliche und für die Subkultur elementare Konsumgüter zu gelangen. Die Kontakte zwischen Mitgliedern der subkulturellen Milieus in Ost und West waren im Vergleich zu den ersten drei Phasen deutlich intensiver. Ostdeutsche Skins bezogen über Kontakte zu westdeutschen Gleichgesinnten, vornehmlich bei Fußballspielen inner- und außerhalb der

DDR, Schallplatten, Videofilme, Musikkassetten, Literatur, Kleidung und Schuhwerk. Verbotene Musik und Literatur gelangten zudem über Besuchsreisen von Verwandten in die DDR. Ende der 1980er Jahre statteten westdeutsche Skins ihren Kameraden im Osten öfter einen Besuch ab. Durch die verbesserten Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme war es einzelnen Punks unter hohem Risiko möglich, Tonaufzeichnungen in der Bundesrepublik zu veröffentlichen und westdeutschen Journalisten von ihrer Verfolgung zu berichten.

Ähnlich wie in Phase III bei den Trampnern zog es viele von ihnen in die Räume der Kirche, die sich Anfang der 1980er Jahre verstärkt jugendlicher Randgruppen annahm. Punkmusiker nutzten das Angebot einiger Gemeinden. Sie probten in deren Räumlichkeiten und spielten vor Publikum in den Gotteshäusern. Wie in den 1960er Jahren bei den Beatgruppen versuchte das MfS, Punkrock-Gruppen durch strafrechtliche Maßnahmen zur Auflösung zu zwingen, und wie in Phase III verlief die kirchliche Arbeit mit den Punks nicht ohne Konflikte, bspw. was den Alkoholkonsum bei den Veranstaltungen betraf. Die Kirche versuchte neben Punks Metal-Fans und junge gewaltbereite Fußballfans, darunter Skins, für ihre Arbeit zu begeistern. Darin liegt der zweite Unterschied zu den drei vorhergehenden Phasen: Sport spielte in den 1980er Jahren eine zentrale Rolle für die Subkulturen. Auf der einen Seite gesellten sich Metal-Fans, Punks und Skins zum „rowdyhaften“ Fußballanhang bekannter Vereine. Auf der anderen Seite versuchte die Kirche, über den Fußball auf ihre Angebote aufmerksam zu machen.

Verglichen mit den anderen Phasen reagierte die FDJ in Phase IV wesentlich später auf die westlichen Trends. Obwohl sich der Staat ab Mitte der 1980er Jahre großzügiger zeigte was die Spielerlaubnis von Punkbands und deren Auftritte in FDJ-Klubs oder Kulturhäusern betraf, plante sie erst gegen Ende der 1980er Jahre Anhänger subkultureller Milieus flächendeckend miteinzubeziehen und Tanzveranstaltungen speziell für diese Jugendlichen anzubieten. Diese zeigten sich davon weitgehend unbeeindruckt. Im Gegensatz zu den ersten drei Phasen schuf die FDJ in den 1980er Jahren keine sozialistischen Alternativangebote. Sie ließ Bands, die vorher unter keinen Umständen eine Lizenz bekommen hätten, zum Ende der DDR auf Großveranstaltungen spielen. Diese Kehrtwende lässt sich damit begründen, dass die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der westlichen Strömungen aus den Vorjahren kaum mehr griffen. Die Heranwachsenden mussten sich schlichtweg nicht mehr mit dem Kofferradio vor dem Kino treffen oder insgeheim westdeutsche Starklubs anschrei-

ben. Die westlichen Einflüsse in Mode und Musik erreichten aufgrund der besser verfügbaren Massenkommunikationsmittel (Fernseher usw.) und der geänderten Besuchsregelungen unter allen Jugendlichen einen enormen Wirkungsgrad. Zusätzlich büßte die staatlich geförderte DDR-Rockmusik an Authentizität ein.

Die 60/40-Regelung spielte kaum mehr eine Rolle, statt sozialistischer Produktionen wurde auf Jugendtanzveranstaltungen nichtlizenzierte Musik bzw. selbst aufgenommene Westmusik gespielt. DT 64 sendete längst Hardrock und ab 1986 Punkrock sowie Live-Mitschnitte westdeutscher Künstler. Die erste „legal“ zu erwerbende Punkrock-Platte erschien 1988. Da die Stile der Subkulturen von internationalen Stars aufgegriffen wurden und die Begeisterung für die neue, zum Teil elektronische Musik aus dem Westen – geprägt von Punk und New Wave – fast einen Massencharakter annahm, mussten sich SED und FDJ angesichts der innenpolitischen Situation tolerant zeigen. In der Folge wurde 1988 der Film „flüstern & schreien“ in den Kinos gezeigt, der junge Punkrocker Pogo tanzend am Ostseestrand zeigte. Die Darstellung von Rechtsextremismus blieb ein Tabu, so wie auch der Rock 'n' Roll für die Erziehungsfunktionäre niemals gesellschaftsfähig war.

Die vergleichende Darstellung der westlichen Einflüsse führt zu dem Schluss: Angesichts der rigorosen Abgrenzungspolitik zu Westdeutschland und der zahlreichen Verbote gab es in Phase I die mit Abstand meisten Alternativangebote zu den westlichen Einflüssen. In Phase II bot die politische Führung deutlich weniger Alternativangebote, nachdem die Begeisterung für Beatmusik aus Perspektive des Staates Mitte der 1960er Jahre zu entgleiten drohte und die „Gitarrenbewegung“ der FDJ nicht die gewünschte Wirkung erzielt hatte. Bis Ende der 1960er Jahre wurde die Popularisierung von sozialistischem Liedgut vorangetrieben und die SED besann sich wieder auf die Verbotspraxis aus den 1950er Jahren, bspw. bei englischen Bandnamen. Obschon sie sich in den 1970er Jahren um die Etablierung einer eigenen DDR-Rockmusik bemühte, die ersten Diskotheken eröffneten und die FDJ ihr Repertoire in Phase III um „Poetenseminare“ und „Werkstattwochen zur Jugendtanzmusik“ erweiterte, führten auch diese Maßnahmen nicht zum gewünschten Ergebnis. Die Blueser, Tramper und „Gammler“ wichen den Angeboten aus. In Phase IV blieben sozialistische Alternativangebote – 1987 wurden lediglich „Werkstattwochen zu Rocktexten“ eingeführt – aus. Erst gegen Ende der 1980er Jahre bemühte sich die FDJ darum, junge Mitglieder aus subkulturellen Milieus zu gewinnen. Doch wie in Phase I bis III zeigten sich diese mehrheitlich unbe-

eindrückt von den staatlichen Versuchen, ihre Subkultur in eine politisch genehme Form zu pressen.

Im gesamten Untersuchungszeitraum, unabhängig von Anzahl und Inhalt der staatlichen Alternativangebote, mussten die Jugendlichen Improvisationstalent und Geschick beweisen, sei es mit Blick auf das Hören und Sehen von Westsendern oder in Fragen der Kleidung. Zudem wurden die Szenen stets an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Das führte von Phase I bis III zum Rückzug in periphere Gebiete sowie in Phase III und IV teilweise zum Rückzug in kirchliche Schutzräume. Im gleichen Maße, in dem die Zahl der sozialistischen Alternativangebote im Laufe der Zeit abnahm, gewann die Kirche an Einfluss. Den Machthabern ist es zu keiner Zeit gelungen, die von den Subkulturen aufgegriffenen westlichen Trends in all ihren Facetten effektiv zu bekämpfen. Vielmehr entwickelte sich vor allem westliche Musik zu einem festen Bestandteil im Leben vieler junger Menschen.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der westlichen Einflüsse lassen sich in zwei Kategorien unterteilen. Während die eben dargestellten sozialistischen Alternativangebote, d. h. die Initiativen des Jugendverbandes – „Gitarrenwettbewerbe“, „Werkstattwochen“, „Singebewegung“ u. dgl. – unter die Rubrik der „weichen“ Maßnahmen fallen, zählen die staatlichen Reaktionen, in deren Folge die Subkulturen verfolgt und kriminalisiert wurden, zu den „härteren“. Da westliche Einflüsse aus Sicht der Erziehungsfunktionäre die Jugendkriminalität förderten – das betraf z. B. das lose Treffen in größeren Gruppen oder die Bildung von eigenen Klubs –, wurden nicht nur junge Straffällige als geistig zurückgeblieben oder „arbeitsscheu“, sondern auch Mitglieder subkultureller Milieus zu potentiellen Kriminellen stigmatisiert. Aus diesem Grund werden bei der vergleichenden Betrachtung der staatlichen Reaktionen die Strategien von MfS und Volkspolizei – grob gegliedert nach der Kategorisierung „abweichender“ Jugendlicher und nach präventiven Maßnahmen – beleuchtet, wobei sich beides nicht exakt voneinander trennen lässt; diente eine Kategorisierung doch gleichsam der Prävention.

In den 1950er Jahren konzentrierten sich die staatlichen Organe auf die rigorose Zerschlagung von „informellen Freizeitgruppen“, weil es sich aus Perspektive der Staatsführung dabei oftmals um „Banden“ handelte, die eine enorme „kriminelle Energie“ aufwiesen und dadurch eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit bildeten. Aufgrund der Geschehnisse rund um den 17. Juni 1953 reagierten Volkspolizei und MfS empfindlich auf größere Gruppen von Jugendlichen in der Öffentlichkeit.

Sie bewerteten das Treffen auf der Straße als Provokation. Nicht selten kam es deswegen in Phase I zwischen jungen Menschen und Volkspolizisten zu handfesten Auseinandersetzungen, die von 1956 bis 1960 in über 20 Krawallen mit teilweise mehreren hundert Beteiligten endeten. Die Anlässe der Krawalle waren vielschichtig und entgegen den offiziellen Behauptungen nicht politisch motiviert. Dennoch führte die Staatsmacht jede Form von „abweichendem“ Verhalten auf die Agitation des „Klassenfeindes“ zurück. Viele der am Volksaufstand von 1953 beteiligten oder bei den Krawallen verhafteten Jugendlichen erhielten deswegen hohe Gefängnisstrafen. Die Jugend sollte abgeschreckt werden. Sie hatte sich von allen westlichen Einflüssen zu distanzieren. Die Übernahme solcher „Unsitten“, allein das „Herumlungern“ auf der Straße und das bloße „Eckenstehen“, wurde hart sanktioniert.

Ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre wurde das Auftreten größerer Gruppen Jugendlicher als politisch-soziales Problem begriffen, einigen wurden gar „konterrevolutionäre“ Absichten unterstellt. In der Folge entwickelte sich das „Eckenstehen“ – das zwanglose Treffen Jugendlicher in der Öffentlichkeit – zum „Rowdytum“ und zu den bekannten „Banden“ gesellten sich zunehmend „Rowdy-Gruppen“, die es aus Sicht von MfS und Volkspolizei genauso zu zerschlagen galt. Im Jahr 1958 erfolgte eine Verschärfung des politischen Strafrechts, fortan zählten „gesellschaftsgefährdende“ und „politisch-moralisch verwerfliche Handlungen“ als Straftaten. Dadurch ließen sich viele Rock 'n' Roller verfolgen, da sie sich ähnlich wie „Rowdys“ in ihrer Freizeit dem Lesen von „Schund- und Schmutzliteratur“ und dem Hören westlicher Radiosender hingaben. Ende der 1950er Jahre setzte der Staat auf Prävention in seinem Sinne. So sollten die Mitglieder der 1959 gebildeten Ordnungsgruppen der FDJ durch Diskussionen auf der Straße „gefährdete“ Jugendliche bekehren. Im Sommer desselben Jahres entstand eine polizeiliche Jugendschutzkartei, in der vorbeugend mehr als 7.000 „Rowdys“ und Mitglieder „informeller Freizeitgruppen“ erfasst wurden. Das Ziel bestand darin, die betreffenden Jugendlichen in die Obhut von FDJ oder GST zu drängen, damit sie sich (wieder) einer „sinnvollen“ Freizeitgestaltung widmeten. Obwohl MfS und Volkspolizei 1959 rund 250 „Rowdy-Gruppen“ aufgelöst und 300 ihrer Mitglieder vor ein Gericht gebracht hatten, registrierte die Geheimpolizei 1961 mindestens 460 „informelle Freizeitgruppen“ mit 4.500 Mitgliedern.

Anfang der 1960er Jahre, als sich die relativ liberale Phase entwickelte, begann das MfS damit, Freizeittreffs von Jugendlichen in zwei Kategorien

zu unterscheiden: „Rowdy- und Banden-Gruppen“ lasen „Schundliteratur“, unterhielten postalische Kontakte nach Westdeutschland, hörten westliche Sender und fielen durch renitentes Benehmen auf. Die zweite Kategorie unterteilte sich in Klubs und Gruppen. Während Klubs westliche Filmschauspieler und Schlagersänger verehrten, weshalb sie Kontakte zu westdeutschen Starklubs knüpften, unternahmen Gruppen bspw. harmlose Ausflüge mit Motorrädern. Dies änderte aber nichts an der Abgrenzungspolitik zur westlichen Lebensweise bzw. am harschen Umgang mit „gefährdeten“ Jugendlichen. Im August 1961 wurde die „Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung“ erlassen, mit der die Gerichte die Befugnis erhielten, Personen bei einer Verurteilung oder einer „bedingten“ Verurteilung zu verbieten, gewisse Gebiete – meist Grenzregionen und Berlin – zu betreten. Außerdem konnten verurteilte Personen, ohne dass ein aktueller „Rechtsverstoß“ vorlag, zu einer Arbeitsaufnahme gezwungen werden. Die Strafe „Arbeitserziehung“ wurde bei jugendlichen „Kriminellen“ bis in die 1980er Jahre verhängt.

Die Methoden zur Disziplinierung „abtrünniger“ und „abzuweichen drohender“ junger Menschen umfassten in Phase I ein ebenso breites Spektrum wie die Straftatbestände, die MfS und Volkspolizei auf westliche Einflüsse zurückführten. Zu den Maßnahmen der Erziehungsfunktionäre gehörten hauptsächlich: die „Rückführung“ zu einer der Massenorganisationen für eine „sinnvolle“ Freizeitgestaltung, die Isolation von „Rädelsführern“ von der Gruppe (z. B. durch Heimeinweisungen), die Vermittlung von „auffälligen“ Jugendlichen in feste Arbeitsverhältnisse, die Beschränkung des Zutritts zu bestimmten Lokalen, Razzien bei Gruppenmitgliedern, Ermittlungsverfahren oder die Internierung in einem Haftarbeitslager. Im Jahr 1963 wies Erich Mielke mit dem Befehl Nr. 28 an, Gruppenbildungen zu kontrollieren, Treffpunkte der „negativen“ Jugend intensiver zu überwachen und den Einsatz von IM zu verstärken.

Wie in Phase I erklärten SED und Geheimpolizei Mitte der 1960er Jahre fast jede Erscheinung „abweichender“ Verhaltensweisen mit der Übernahme westlicher Lebensgewohnheiten. Aus diesem Grund wurde den Fans der Beatmusik häufig „gesellschaftswidriges“ Verhalten unterstellt. Das betraf bspw. das Anschreiben von westlichen Star- und Filmklubs, das Tragen von westlicher Kleidung oder die Rezeption westlicher Medien. Im Frühjahr 1966 verfügte Erich Mielke mit dem Befehl Nr. 11 und der dazugehörigen Dienstanweisung – beide Dokumente wurden bis 1989 in modifizierter Form angewandt –, Oberschulen, Betriebsberufsschulen, Klubhäuser und Fachschulen flächendeckend zu überwachen, um „feindliche“

Handlungen von Jugendlichen rechtzeitig zu erkennen und zu verhindern. Im Jahr 1965 wurden in der DDR rund 380 „gefährdete“ Gruppen aufgelöst und 1966 standen fast 700 Gruppen „unter Beobachtung“. Da die Aufmerksamkeit des Ministers vor allem den Freunden der Beatmusik galt, sollten mehr IM unter westlich orientierten Musikgruppen und deren Fans angeworben werden. Abweichend von Phase I, weitete die Geheimpolizei den anzuwerbenden Personenkreis aus. Die Suche nach jugendlichen IM konzentrierte sich nun nicht mehr nur auf kriminelle, vorbestrafte, studierende und christliche Jugendliche, sondern zudem auf politisch „Schwankende“, Anhänger der „westlichen Dekadenz“ oder auf „gefährdete“ junge Menschen.

Im Gegensatz zur ersten Phase differenzierten MfS und Volkspolizei auch nicht mehr zwischen „Rowdy- und Banden-Gruppen“ sowie Klubs oder Gruppen, sondern ab Mitte der 1960er Jahre zusätzlich in Beat-Fans und „Gammler“, in positive und negative Gitarrenmusik sowie in „kriminelle“ und „gefährdete“ Gruppen. Ähnlich wie die Rock 'n' Roller fielen Beatniks in das Raster „gefährdet“. Denn weiterhin war das „informelle Treffen“ von Jugendlichen aus Sicht der politischen Führung keine gehaltvolle Freizeitbeschäftigung und – angeblich – nahmen viele der von Heranwachsenden verübten Straftaten ihren Anfang in diesen losen Gruppen, in denen sich eben sehr oft junge Beat-Freunde trafen. In den Cliques dominierten gemeinsame Interessen und die Liebe zur Musik die Freizeitgestaltung. Dennoch wurden gegen Beatniks, Mitglieder von „Banden“ und „Gammler“ Ermittlungsverfahren eingeleitet, in deren Folge sie häufig „Arbeitserziehungsmaßnahmen“ auferlegt bekamen und durch die Integration in eine der Massenorganisationen wieder zu einer „anständigen“ Freizeitbeschäftigung finden sollten. Zwar wurden „gefährdete“ Gruppen weiterhin aufgelöst und observiert, „Konzentrationspunkte“ der „negativen“ Jugend beseitigt und „auffällige“ Heranwachsende in behördlichen Registern erfasst, aber im Vergleich zu Phase I setzten MfS und Volkspolizei neben einer weiteren Ausdifferenzierung der Kategorisierung politisch nicht genehmer Jugendlicher auf eine etwas andere Präventivstrategie.

Da die Bedeutung der O-Gruppen ab 1961 zunehmend schwand, mussten viele Beat-Fans nun direkte „Aussprachen“ mit Behörden, Volkspolizisten oder MfS-Mitarbeitern über sich ergehen lassen, bspw. über ihr Aussehen und Freizeitleben. Im Jahr 1968 kam es außerdem zur Einführung des Paragraphen 107 StGB, der die Bildung „staatsfeindlicher Gruppen“ ahndete. Der neue Paragraf ermöglichte eine Verurteilung von Personen, denen lediglich eine Mitgliedschaft in einer Gruppe, jedoch keine

Straftat nachgewiesen werden konnte. Damit ließen sich Beatniks, die es wagten, in der Öffentlichkeit Westsender zu hören oder sich „gesellschaftswidrig“ benahmen, umfassend verfolgen und kriminalisieren, hatte doch der Befehl Nr. 11/66 deklariert, die Auswirkungen des „Klassenfeindes“ auf die Jugend zeigten sich insbesondere in solchen Gruppenbildungen. „Rowdytum“ und „Asozialität“ hielten 1968 Einzug in das Strafgesetzbuch. Der Vorwurf des „Rowdytums“ richtete sich häufig gegen Beat-Fans und konnte im schlimmsten Falle „Arbeitserziehung“, ein- bis dreiwöchige Haftstrafen oder einen Freiheitsentzug von bis zu sechs Monaten bedeuten. Die meisten Anklagen endeten mit einem Freiheitsentzug, obwohl „Rowdytum“ nur einen sehr geringen Anteil an der Gesamtkriminalität hatte und das MfS warnte, nicht jeden, der „in Haartracht und Kleidung die westliche Dekadenz“³⁹⁴³ nachahme, zum Kriminellen zu stigmatisieren.

Die Methoden zur Disziplinierung „gefährdeter“ und „krimineller“ Jugendlicher in Phase II unterscheiden sich nicht merklich von Phase I. Nach wie vor ging es hauptsächlich um die Zerschlagung von „informellen Freizeitgruppen“, wenn auch in differenzierter Form, um die „Rückführung“ von „auffälligen“ Jugendlichen in eine der Massenorganisationen zum Zwecke einer „sinnvollen“ Freizeitgestaltung sowie um die Verfolgung von „Rädelsführern“. In der Folge avancierte das „Eckenstehen“ aus den 1950er Jahren ab 1968 zum politischen Straftatbestand „Rowdytum“ und die „Aufenthaltsbeschränkung“ von 1961 zeigte sich in Phase II in Form von Stadtverboten und der Verhinderung der Anreise bestimmter Jugendlicher zu prestigeträchtigen Festlichkeiten wie dem 20. Republikgeburtstag in Ostberlin. Allein im Bezirk Karl-Marx-Stadt erfolgten in Vorbereitung auf das Jubiläum 1969 mehr als 400 „Aussprachen“ mit „negativ-dekadent angefallenen Jugendlichen“. Anfang der 1970er Jahre agierte die Geheimpolizei bei der Verfolgung von „unbequemen“ jungen Menschen subtiler: Im Vorfeld der X. Weltfestspiele von 1973 wurden über 3.000 Kinder und Jugendliche in psychiatrische (Besserungs-)Anstalten und mindestens 2.500 in Jugendwerkhöfe und Spezialkinderheime eingewiesen.

Die in der zweiten Phase in das Strafgesetzbuch aufgenommenen Straftatbestände des „Rowdytums“ und der „Asozialität“ blieben bei der Krimi-

3943 Analyse zur Entwicklung der politisch-operativen Situation unter jugendlichen Personengruppen sowie zur Wirksamkeit der eingeleiteten Maßnahmen vom 7. November 1969, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6194, pag. Bl. 12.

nalisierung von Mitgliedern subkultureller Milieus in den 1970er Jahren ein probates Mittel. Volkspolizei und MfS konnten in Phase III durch die bis dahin erfolgten Strafrechtsreformen auf eine Vielzahl politischer „Verbrechen“ zurückgreifen, derer Tramper, Blueser und „Gammer“ angeklagt werden konnten. Die Überwachung der bluesliebenden Tramper-Szene erreichte, verglichen mit den beiden ersten Phasen, eine neue Qualität. So war das MfS, ähnlich wie bei der Beat-Demo 1965, auf den Ansturm von Trampnern zum Stadtjubiläum in Altenburg 1976 bis zu einem gewissen Grad vorbereitet. Die zuständigen Kreisdienststellen am Wohnort der betreffenden Jugendlichen hatten ihre Altenburger Kollegen vorab über Reiseabsichten informiert und die in Altenburg eingetroffenen Tramper mussten sich registrieren lassen, damit sie die von der Stadt bereitgestellten Nachtquartiere nutzen konnten. Diese Daten gelangten wiederum an die zuständigen Heimatbehörden. Nach der Eskalation auf dem thüringischen Stadtfest entwickelte sich ein Netzwerk, in dem die Behörden untereinander Personalien, Berichte, Fotoaufnahmen und Zeugenaussagen von IM tauschten, um erneute Gewalttätigkeiten mit Trampnern zu vermeiden. Denn ähnlich wie in den 1950er Jahren kam es zu teilweise handfesten Auseinandersetzungen zwischen Trampnern und Volkspolizisten.

Eine andere Neuerung betraf die Erfassung von trampenden Jugendlichen in einer gesonderten Kartei, vergleichbar mit der polizeilichen Jugendschutzkartei von 1959. In den 1970er Jahren jedoch sammelten die Behörden in der „Zentralen Arbeitskartei“ deutlich mehr Daten, darunter Charaktereigenschaften, Geruchs- und Schriftproben sowie Kontaktpersonen und das Datum, seit dem der Jugendliche „asozial“ gewesen sei. Die Präventivstrategie des MfS zielte weiterhin darauf, die Anreise von Trampnern durch „Vorbeugungsgespräche“ und/oder Fahrverbote zu verhindern bzw. Tramper bei überregionalen Festlichkeiten ohne jegliche Verdachtsmomente zügig zu erfassen. Ab September 1976 existierte aufgrund der Geschehnisse in Altenburg ein Maßnahmenkatalog für den Umgang mit Trampnern bei öffentlichen Veranstaltungen. Das ZK forderte, wiederholt „auffällige“ Jugendliche sollten durch die Arbeitskollektive und die FDJ individuell beeinflusst und ihre „Konzentrationspunkte“ beseitigt werden. Im November 1976 erließ Erich Mielke einen Befehl, der die „Zersetzungsarbeit“ in der Szene regelte. Demnach wären Gruppen „negativ-dekadenter Jugendlicher“ aufzulösen und „Rädelsführer“ im Schnellverfahren der Justiz zu übergeben. Zusätzlich sollte ein neu zu schaffender Personenkreis von IM überregional agieren, waren die Tramper doch bekannt für ihre Mobilität. Bereits 1974 hatte er mit dem Befehl Nr. 22 veranlasst,

die Anzahl von IM in „gefährdeten“, d. h. zu Straftaten neigenden Gruppen zu erhöhen.

Das Frühwarnsystem des MfS hinsichtlich der Reiseabsichten der Tramper wurde weiter ausgebaut und manches Treffen verhindert, etwa durch den organisierten Rücktransport der Jugendlichen oder durch wahllose Taschen- und Personenkontrollen auf den Hinwegen. Anlässlich eines geplanten Tramper-Treffens in Frankfurt/Oder zu Pfingsten 1977 wurden mehr als 700 angereiste Jugendliche registriert und über 1.000 in Zügen und Bussen heimgeschickt. Außerdem verstärkte die ostdeutsche Geheimpolizei in Phase III die Kooperation mit den tschechoslowakischen Sicherheitsbehörden, da es die reisefreudigen Tramper oftmals zu Festivitäten in das sozialistische Ausland zog. Allein das „dekadente“ Äußere genügte, um kontrolliert und an die Staatsgrenze zurückgebracht zu werden. Die „Wer-ist-wer-Strategie“ kulminierte in den 1970er Jahren in einer regelrechten Registrierungswut. Ähnlich wie in Phase II wurden „negative Vorkommnisse“ auf Tanzveranstaltungen akribisch notiert und zunehmend garierten politisch nicht genehme Musikgruppen ins Visier, wie das Beispiel der „Klaus Renft Combo“ bezeugt. Die, verglichen mit den ersten beiden Phasen, subtilere Strategie im Umgang mit „unbequemen“ Jugendlichen lässt sich nicht nur mit dem ausgeklügelten Netzwerk der Behörden erklären, vielmehr wollten diese durch Willkür Unsicherheit in der Szene erzeugen.

Im Verlauf der 1970er Jahre setzten Staatsmacht und MfS vermehrt auf Prävention. Auch die Tramper, Blueser und „Gammler“ erhielten das Stigma „kriminell gefährdet“. Wie bei den X. Weltfestspielen von 1973 galt es 1977 anlässlich des „Festes Roter Oktober“, die Anreise von unerwünschten Jugendlichen im Vorfeld durch „Vorbeugungsgespräche“ und präventive „Zuführungen“ zu verhindern. Im Jahr 1978 erließ Erich Mielke erneut eine Dienstanweisung, wonach zu Straftaten neigende Jugendliche durch „Arbeitserziehung“ und gemeinnützige Arbeit einer „sinnvollen“ Freizeitgestaltung „zugeführt“ werden sollten. Der Befehl bedeutete für Tramper noch mehr Überwachung und Kontrolle. Im Jahr 1979 nahm das MfS das Vorhaben einer flächendeckenden Zentralerfassung von „auffälligen“ Jugendlichen von 1966 wieder auf. Erneut wurde die „Wer-ist-wer-Strategie“ präzisiert, fortan konnten alle Kreisdienststellen von MfS und Volkspolizei auf Karteien von „gefährdeten“ Jugendlichen zurückgreifen. Im selben Jahr erfolgte wie 1968 eine Änderung im Strafgesetzbuch. Der „Rowdy-Paragraf“ wurde verschärft und wie in Phase II erhielten die An-

geklagten meist hohe Strafen, obwohl „Rowdytum“ einen sehr geringen Anteil an der Gesamtkriminalität ausmachte.

Ähnlich wie bei der Beat-Bewegung, 1965 unterteilt in Beat-Fans und „Gammer“, differenzierte das MfS spätestens 1981 zwischen reisefreundlichen und arbeitsamen bzw. „arbeitsscheuen“ Trampnern. Obgleich es in Phase III eine Vielzahl an Neuerungen gab, etwa den verstärkten überregionalen Einsatz von IM oder die Kooperation mit tschechoslowakischen Behörden, und die Überwachung der Szene eine neue Qualität aufwies bzw. MfS und Volkspolizei mit Blick auf die Prävention umsichtiger, dafür sehr willkürlich vorgehen, blieb es im Grunde bei denselben Methoden zur Disziplinierung „gefährdeter“ Jugendlicher. Diese sollten (zurück) zu einer „sinnvollen“ Freizeitgestaltung finden, „Rädelsführer“ hart bestraft, Treffpunkte von „informellen Freizeitgruppen“ zerstört und die Anreise zu bestimmten Festivitäten verhindert werden. Damit blieb es bei der Anwendung der „Aufenthaltsbeschränkung“ aus Phase I, und aus den bewährten „Aussprachen“ mit den Beatniks entwickelten sich im weitesten Sinne die „Vorbeugungsgespräche“ mit den Trampnern.

Ab Anfang der 1980er Jahre sank zwar offiziell die Jugendkriminalität, dafür aber gerieten im Laufe der vierten Phase Punks, Skins und Metal-Fans öfter mit dem Gesetz in Konflikt. Ab Mitte des Jahrzehnts nahmen Straftaten, die sich gegen die staatliche Ordnung in der DDR richteten, insgesamt zu. Nach wie vor führten die Erziehungsfunktionäre, allen voran die FDJ, diesen Umstand größtenteils auf westliche Einflüsse zurück. So sollten Punks – häufig dem Vorwurf der „Asozialität“ ausgesetzt – nach den Wünschen des MfS in feste Arbeitsverhältnisse gezwungen werden und durch die „Rückführung“ in eine der Massenorganisationen ihre Freizeit „sinnvoll“ nutzen. Die Präventivstrategie der staatlichen Organe zielte darauf, nicht genehmigte Auftritte von Punkmusikern (in Kirchen) sowie die Anreise und den Aufenthalt von Punks bei staatsträchtigen Festivals zu verhindern. Zu Beginn der 1980er Jahre strebte das MfS die „Eliminierung“ der Szene durch permanente Überwachung und den Einsatz von IM an. Da Punks aus Sicht der politischen Führung gegen die Regeln des sozialistischen Zusammenlebens verstießen, waren sie gewissermaßen Freiwild. Sie wurden verfolgt und kriminalisiert, viele ihrer Bands verboten. Brutalität, Schikanen, Demütigungen, unsinnige Verhöre, die Konfiszierung von Kleidung auf offener Straße, hohe Geldstrafen und Verbote für bestimmte Verkehrsmittel oder Plätze gehörten zum Standardrepertoire.

Die Vorgehensweise der Sicherheitskräfte gegenüber gewaltbereiten jungen Fußballfans bzw. gegenüber den Skinheads in ostdeutschen Fußballstadien gestaltete sich anders. Zwar wurden auch die aggressiven Anhänger einiger Vereine observiert, einschlägig bekannte Fanklubs „isoliert und zersetzt“ und junge Gewalttäter bei Heim- und Auswärtsspielen verhaftet, doch die Anonymität in den Fanblocks und die relativ große Öffentlichkeit auf den Stadiontribünen schränkte die Handlungsmöglichkeiten von Volkspolizei und MfS teilweise erheblich ein. Im Unterschied zu den ersten drei Phasen reagierten die Beamten bei vielen Fußballspielen, angesichts der latenten Gewaltbereitschaft sowie der alkoholisierten und erhitzten Stimmung unter den aggressiven Fans, in einigen Fällen zögerlich bis gar nicht. Eine Gemeinsamkeit zwischen Phase III und IV besteht hinsichtlich der anhaltenden Kooperation des MfS mit den Behörden in der Tschechoslowakei. Dennoch gelangten viele gewaltbereite Fußballfans trotz präventiver Maßnahmen, etwa „Vorbeugungsgesprächen“, Auflagen (Meldepflicht bei der Polizei u. ä.), Nichterteilung von Visa, des befristeten Entzuges des Personalausweises und Passkontrollen durch die Transportpolizei, zu Fußballturnieren in das sozialistische Nachbarland.

In Phase IV erweiterte die Geheimpolizei ihr Registrierungssystem. Ins Visier gerieten im Laufe der 1980er Jahre hauptsächlich Mitglieder aus dem (rechtsgerichteten) Skinhead-, Punker- oder Rockermilieu. Das MfS sammelte wie in Phase III alle möglichen Informationen, von Spitznamen bis Fotos, in eigens angelegten „Gefährdungs-“, „Tramper-“ und „Spitznamenkarteien“; wiederholt „auffällige“ Jugendliche wurden in der „Dokumentation R“ erfasst. Die „Wer-ist-wer-Aufklärungsstrategie“ erreichte ihren Höhepunkt. Spätestens Ende der 1980er Jahre mussten alle Bezirksverwaltungen einen monatlichen Bericht bzw. ab 1988/89 zu bestimmten Stichtagen detaillierte Informationen über die Anzahl von Punks, Skins, Metal-Fans und Gruftis sowie Lageeinschätzungen über die Art der Zusammenschlüsse erbringen. Aus diesem Grund finden sich im Gegensatz zu den drei vorhergehenden Phasen in den Unterlagen des MfS dutzende zahlenmäßige Übersichten zu Punks, Skins, Metal-Fans und Gruftis sowie zu angeworbenen IM, unterteilt nach Bezirken und den dortigen Schwerpunkten. Das MfS ermittelte 1989 rund 3.510 Skins, Heavy-Metal-Fans, Punks und Gruftis, darunter rund 500 IM. Zu dieser Zeit zählte die DDR mehr als 2,6 Millionen Jugendliche.

Im Jahr 1984 hatte das Ministerium des Innern, ähnlich wie das ZK 1976 für den Umgang mit Trampnern, eine Art Leitfaden für die Bekämpfung von solchen Jugendgruppen herausgegeben. Das Ministerium unter-

teilte diese in „negative Konzentrationen“, „kriminell gefährdete“ und „kriminelle“ Gruppen. Die Maßnahmen zur Auflösung der Gruppen reichten von „Ausprachen“ und Belehrungen mit Verpflichtungserklärungen („negative Konzentrationen“ und „gefährdete“ Gruppen) bis hin zur Übergabe an die Gerichte und zur Einleitung von Ermittlungsverfahren („kriminelle“ Gruppen). Da Volks- und Geheimpolizei ab Mitte der 1980er Jahre bekanntlich Schwierigkeiten damit hatten, die Subkulturen auseinanderzuhalten – ganze Skin-Gruppen bestanden mittlerweile aus ehemaligen Punks und Metal-Fans –, gingen die Beamten in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre dazu über, „auffällige“ Gruppierungen weniger anhand ihrer „kriminellen Energie“, sondern nach deren politischen Positionen zu kategorisieren.

Spätestens ab 1988 sollten explizit junge Menschen mit einer neofaschistischen Einstellung (Skinheads), „anarchistisch-dekadenten“ Auffassungen (Punks), pseudoreligiösen Tendenzen (Gruftis) und alle, die bürgerliche Ideologien „verherrlichten“ (Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen) erfasst werden. Die Gruppen wurden anhand ihrer Rituale, Treffpunkte, politischen Positionen, Gewaltbereitschaft und Verbindungen ins Ausland „bearbeitet“. Im Gegensatz zu Phase II und III unterschied das MfS auch nicht mehr innerhalb der einzelnen Szene – etwa in „fleißige“ und „asoziale“ Punks –, sondern vielmehr zwischen den Szenen. Zwar fand in Abweichung zu den drei vorhergehenden Phasen eine Ausdifferenzierung bzw. der Versuch statt, die Entwicklung der Heavy-Metal-, Skinhead-, Punk-, New-Romantic- und Popper-Bewegung nachzuvollziehen, dies geschah aber erst 1988/89. Da sich nicht wenige Jugendliche, von denen wohl keine „Gefahr“ für das Allgemeinwohl ausging, inzwischen an deren Mode- und Musikgeschmack orientierten, sah das MfS Ende der 1980er Jahre (offiziell) davon ab, jeden Jugendlichen, der optisch wie ein Punk, Skin oder Metal-Fan aussah, pauschal zu stigmatisieren.

Zur „Zersetzung“ der Skinhead-Bewegung dienten „Destruktionsmaßnahmen“. Der „harte Kern“ der Gruppe sollte gespalten, neue Zusammenschlüsse verhindert, die Kommunikationssysteme zerstört und deren Treffpunkte überwacht werden. Wie in Phase III griffen MfS und Volkspolizei dabei auf eine Fülle an Rechtsnormen zurück, darunter auf die Paragraphen 130 StGB („Bedrohung“), 218 StGB („Zusammenschluss zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele“) oder 219 StGB („ungesetzliche Verbindungsaufnahme“). Von Oktober 1987 an wurden Straftaten von Skins und deren Sympathisanten gesondert erfasst, Jugendliche mit einer neofaschistischen Einstellung erhielten in der „Dokumentation R“ einen Extraverweis. Haus-

durchsuchungen mit Fotodokumentationen, „Vorbeugungsgespräche“ und spezielle Verhörtaktiken bei Vernehmungen von Skins sowie vergleichsweise hohe Strafen stellten nur einen Teil der Möglichkeiten zur Bekämpfung der Bewegung dar. Punks wie Skins mussten in Phase IV jederzeit mit einem Einberufungsbefehl zur NVA rechnen, für den das MfS sorgte. Teilweise wurden ihre Ausreiseanträge zügiger bearbeitet, um sich ihrer durch eine Ausbürgerung „legal“ zu entledigen. Über eine derartige Vorgehensweise der Ausbürgerung ist im Umgang mit Rock 'n' Rollern und Beatniks oder Trampern/„Gammlern“ bislang nichts bekannt.

Zwar nahmen MfS und Volkspolizei in allen vier Phasen bei der Verfolgung der subkulturellen Milieus Kategorisierungen vor, in den 1980er Jahren jedoch wurden die Gruppen nach ihrer politischen Einstellung „bearbeitet“. Davor ging es mehr um die Bestimmung der „kriminellen Energie“, weshalb die staatlichen Organe erst zwischen „Rowdy- und Banden-Gruppen“, Klubs und Gruppen (Phase I) bzw. zwischen „kriminell gefährdeten“ und „kriminellen“ Gruppen (Phase II) unterschieden. Bis in die 1980er Jahre gab es die Unterscheidung in „kriminell gefährdete“ und „kriminelle“ Gruppen. Mitglieder subkultureller Milieus erhielten stets das Stigma potentieller Krimineller. Sie wurden ab den 1960er Jahren gewissermaßen explizit erfasst und zunächst in Beat-Fans und „Gammler“ unterteilt, bevor in Phase III in arbeitsame und „asoziale“ Trampler („Gammler“) kategorisiert wurde. Weitere Unterschiede zwischen den Phasen ergeben sich bei den präventiven Maßnahmen. Da Trampler, Blueser und „Gammler“ in den 1970er Jahren eine enorme Mobilität aufwiesen, erreichte die Überwachung der Szene mit dem Ausbau von Netzwerken der Sicherheitsbehörden eine neue Qualität, nachdem Erich Mielke mit dem Befehl Nr. 11/66 Maßstäbe bei der flächendeckenden Erfassung von Jugendlichen gesetzt hatte. So gab es in der dritten Phase einen spezifisch auf die trampenden Jugendlichen ausgerichteten Maßnahmenkatalog und ein eigenes „Trampler-Register“.

Die in den 1970er Jahren eingerichteten „Gefährdungs-“, „Trampler-“ und „Spitznamenkarteien“ dienten MfS und Volkspolizei in den 1980er Jahren ebenso zur Verfolgung von Punks, Skins, Metal-Fans und Gruftis. Zusätzlich wurden wiederholt „auffällige“ Jugendliche in der „Dokumentation R“ und die Straftaten von Skins gesondert erfasst. Denn anders als in den drei vorhergehenden Phasen galten Skins in den 1980er Jahren nicht als „gesellschaftsgefährdend“ bzw. „kriminell gefährdet“, sondern per se als „kriminell“. Die „Wer-ist-wer-Strategie“ galt bis zum Ende der DDR. Inwieweit die staatlichen Reaktionen, insbesondere im Hinblick auf

die Kategorisierung und die präventiven Maßnahmen aus Perspektive der Sicherheitsbehörden erfolgreich waren, lässt sich nicht abschließend beantworten, da sich die subkulturellen Stile stets weiterentwickelten. Zum einen entwuchsen selbst die hartgesottenen Anhänger westlicher Trends irgendwann ihrem Jugendalter und Generationen mit anderen (westlichen) Vorlieben nahmen ihren Platz ein. Zum anderen lassen sich Verfolgung und Kriminalisierung nicht mit Statistiken belegen und das Ausmaß der Repressionen ist lediglich zu erraten.

Tabelle 1: Vergleichende Darstellung der Jugendpolitik und ihrer inhaltlichen Schwerpunkte von 1949 bis 1990

	Phase I 1949 bis 1964	Phase II 1965 bis 1973	Phase III 1974 bis 1981	Phase IV 1982 bis 1990
Herrschaftsanspruch (allgemeine Ziele)	Ziel: sozialistische Persönlichkeiten, Umerziehung der „Aufbaugeneration“, Jugend in der Rolle der „Baumeister der DDR“	Ziel: sozialistische Persönlichkeiten, Integration der Jugend in die sozialistische Menschengemeinschaft, Jugend in der Rolle der „Bauherrn und Pioniere der Nation“	Ziel: sozialistische Persönlichkeiten, Jugend in der Rolle des „Ge-stalters“ der sozialistischen Gesellschaft	Ziel: sozialistische Persönlichkeiten, Jugend in der Rolle des „Ge-stalters“ der sozialistischen Gesellschaft
Herrschaftsausübung (sozialistische Erziehungsdok-trin u. Funktionen der FDJ)	Ideologie: sozialistischer Wertekanon in Bevölkerung, Jugendweihe 1955, ideologisch gefärbter Unterricht 1950/51 u. Unter-binden christlicher Lehren Ökonomie: JB u. Kontrollposten FDJ 1952, Polytechnik im Schul-wesen 1958/59 Wehrpolitik: allgemeine Wehrpflicht 1962	Ideologie: Jugendforschung 1966, ständi-ge Übersicht über Jugend durch MIS 1966 Ökonomie: Bildungsgesetz 1965/Ausbau Polytechnik, Ausbau der „Messe der Meister von mor-gen“ Wehrpolitik: „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ 1967	Ideologie: kommunistische Erziehung ab 1976 Ökonomie: Ausbau JB u. der wirtschaftli-chen Initiativen der FDJ, Ein-führung „Konto junger Sozia-listen“ 1974 Wehrpolitik: Wehrunterricht 1978/79	Ideologie: kommunistische bzw. sozialis-tische Erziehung ab 1988, Friedenspropaganda Ökonomie: Bsp. Ausbau „FDJ-Initiative Berlin“ von 1976 Wehrpolitik: neues Wehrdienstgesetz 1982
angestrebte Herrschaftsreichweite	allumfassend	umfangreich	umfangreich	umfangreich

	Phase I 1949 bis 1964	Phase II 1965 bis 1973	Phase III 1974 bis 1981	Phase IV 1982 bis 1990
reale Herrschaftsreichweite (Einstellung zur FDJ, Freizeit, Konfirmationszwang)	FDJ: niedrige Identifikation privater Raum/Freizeit: Streben nach unpolitischem, unorganisiertem Freizeitspaß, Blick nach Westen	FDJ: niedrige Identifikation privater Raum/Freizeit: Streben nach unpolitischem, unorganisiertem Freizeitspaß, Blick nach Westen, Rückzug in private Räume „Hans-Beimler-Wettkämpfe“: kaum Verweigerung, da Teil der Schulausbildung, keine po- sitiven Veränderungen im Wehrbewusstsein bzw. bei Haltung zum Wehrdienst	FDJ: kurzfristig hohe Identifikation privater Raum/Freizeit: Streben nach unpolitischem, unorganisiertem Freizeitspaß, Blick nach Westen, Rückzug in private Räume	FDJ: Zustimmung zur Friedensma- nifestation, niedrige Identifika- tion privater Raum/Freizeit: Streben nach unpolitischem, unorganisiertem Freizeitspaß, Blick nach Westen, Rückzug in private Räume, FDJ als Dienstleister Wehrdienstgesetz: kaum Verweigerung, steigen- des Desinteresse an vormilitä- rischer Ausbildung, Zunahme der Verweigerungen des Wehr- dienstes, wenn auch im gerin- gen Maße

	Phase I 1949 bis 1964	Phase II 1965 bis 1973	Phase III 1974 bis 1981	Phase IV 1982 bis 1990
(subkultureller Nonkonformismus)	Entwicklung Jugendkultur: Rock-'n'-Roll aus USA über Bundesrepublik in DDR Westliche Einflüsse: in Literatur, Musik, Mode und Film, viele Verbote und sozialistische Alternativangebote, Rock-'n'-Roll nicht verdrängt Staatliche Reaktionen: Zerschlagung von „informellen Freizeitgruppen“, Abschreckung und später „Prävention“, aus „Eckenstehen“ entwickelte sich „Rowdytum“, erste Kategorisierungsversuche 1961	Entwicklung Jugendkultur: Beatmusik aus Großbritannien über Bundesrepublik in DDR Westliche Einflüsse: vor allem in Musik und Mode, Vielzahl von restriktiven Maßnahmen, weniger Alternativangebote, Begeisterung für Beatmusik bis in Phase III Staatliche Reaktionen: differenziertere Zerschlagung von „informellen Freizeitgruppen“, da 1965 weitere Kategorisierungen, mehr IM 1966, Prävention in Form von direkten „Aussprachen“, „Rowdytum“, „Asozialität“, 1968 in StGB, 1973 subtiler Umgang	Entwicklung Jugendkultur: Bluesmusik, „Gammeler“- bzw. Trammer-Bewegung angelehnt an amerikanisch-britische Hippie-Bewegung Westliche Einflüsse: eigene DDR-Rockmusik, kaum Alternativangebote, ab Ende der 1970er Jahre durch die Offene Jugendarbeit mehr kirchliche als westliche Einflüsse in Szene Staatliche Reaktionen: ab 1974 mehr (überregional agierende) IM, Frühwarnsystem ab 1976 ausgebaut: Bedeutung der Prävention stieg, 1979 eigene Trammer-Kartei und Zentralerfassung, Kategorisierung spätestens 1981	Entwicklung Jugendkultur: Punk- und Skin-Bewegung aus Großbritannien über Bundesrepublik in DDR Westliche Einflüsse: sehr hoher Wirkungsgrad, nicht nur bei Subkulturen, sondern prinzipiell in Mode und Musik, keine Isolationspolitik mehr, keine Alternativangebote, Punks in Kirche, Tabu: Rechtsextremismus Staatliche Reaktionen: „Eliminierung“ der Punk-, „Zersetzung“ der Skin-Szene, aggressive Fußballanhänger verstärkt im Visier, aber begrenzte Handhabe, „Wer-ist-wer-Strategie“ ausgebaut: monatlich Berichte zu Punks/Skins/Metal-Fans/Cruftis, Kategorisierung der Gruppen nach politischer Haltung, neues Register („Dokumentation R“) und spezielle Verhöraktik bei Skins

Quelle: Eigene Darstellung

8 Schluss

8.1 Zusammenfassung

Der Studie lag die Annahme zugrunde, die meisten Jugendlichen in der DDR hätten ein politisches Doppelleben geführt. Der überwiegende Teil verinnerlichte, die von der SED diktierten Phrasen im öffentlichen Raum, etwa in der Schule oder im Betrieb, wiederzugeben; im Privatleben und in der Freizeit jedoch stieß der erzieherische Einfluss an seine Grenzen. Die Ergebnisse bestätigen die Eingangsvermutung für den gesamten Untersuchungszeitraum. Ziel der Arbeit war es, zu klären, welche Ansprüche die Machthaber an die Heranwachsenden stellten, und wie die daraus resultierende Jugendpolitik insbesondere im Freizeitbereich und auf Mitglieder nonkonformistischer Subkulturen wirkte. Es war ein freilich utopischer Anspruch, Generationen von Jugendlichen nach den Vorstellungen der realitätsfernen Erziehungsfunktionäre zu modellieren. Im ostdeutschen Teilstaat ersetzten Kollektivität, Zwang und Gleichmacherei Werte wie Individualität, Freiheit und Meinungspluralismus. Der Anspruch der SED bestand darin, die Jugend zu sozialistischen Persönlichkeiten zu erziehen, die sich in jeder Situation politisch genehm verhielten und der Parteiführung treu ergeben waren. Da diese Forderung zu jeder Zeit alle Lebensbereiche durchzog, lernten die meisten Heranwachsenden – oftmals von Kindesbeinen an –, sich anzupassen. Sie fügten sich aufgrund des politischen und sozialen Drucks in die Rolle eines „Mitmachers“ und gingen damit gewissermaßen den Weg des geringsten Widerstands in einem System, das unangepasstes Verhalten sanktionierte und Opportunismus belohnte.

In ihrer Freizeit verhielten sich viele von ihnen anders, als in Schule oder Betrieb gefordert. Denn lediglich der private Raum bot eine wirkliche Möglichkeit zum Rückzug ins Unorganisierte und Unpolitische, weshalb Mitglieder subkultureller Milieus mit ihrer verpönten westlichen Lebensweise den jugendlichen Zeitgeist gerade im Freizeitleben prägten. Sie fungierten wegen ihrer westlichen Vorlieben in der Literatur, im Film, in der Musik, der Mode und der Freizeitgestaltung für die „Mitmacher“ als „Schrittmacher“, wobei es freilich Überschneidungen gab. Schließlich war ein Aussteigen aus der Gesellschaft, d. h. eine autonome Lebensweise, im Arbeiter-und-Bauern-Staat nicht vorgesehen. Aufgrund ihres „Anders-

seins“ erfuhren die hartgesottenen Anhänger westlicher Trends Verfolgung und Kriminalisierung.

Zur Beantwortung der Frage nach den Ansprüchen diente eine historische Textanalyse, welche die bekannte These belegte, wonach die SED stets die Jugend zu sozialistischen Persönlichkeiten zu erziehen suchte: Hieß es doch im Jugendgesetz von 1974: „Aufgabe eines jeden jungen Bürgers ist es, auf sozialistische Art zu arbeiten, zu lernen und zu leben.“ Die vergleichende Darstellung bringt darüber hinaus neue Erkenntnisse. Da die Jugendpolitik ab den 1950er Jahren drei Schwerpunkte – Ideologie, Ökonomie, Wehrpolitik – umfasste, ergeben sich je nach deren Ausprägung für jede Phase Unterschiede zur allgemeinen jugendpolitischen Ausrichtung. Die politische Indoktrination (Ideologie) erlebte in den 1950er Jahren und Mitte der 1960er Jahre ihre Hochphase, als das Regime eine rigorose Abgrenzungspolitik gegenüber allen „sozialismusfremden“ Einflüssen betrieb. Die Angst vor einem möglichen Verlust der Kontrolle über die Jugend war in diesen Zeiträumen omnipräsent. Ab den 1950er Jahren wurde die Wehrerziehung (Wehrpolitik) ausgebaut und in den 1960er Jahren gewannen wirtschaftliche Faktoren (Ökonomie) an Relevanz. Liberale Verhältnisse traten zu Beginn und Ende der 1960er Jahre sowie Anfang der 1970er Jahre und Ende der 1980er Jahre ein. Die Jugendpolitik der Ära Honecker zeichnete sich insgesamt durch mehr Pragmatismus und Lebensnähe aus.

In der Gesamtschau löste eine nur mehr umfangreiche Herrschaftsreichweite in den 1960er Jahren die bisher angestrebte allumfassende Herrschaftsreichweite als Politikziel ab, auch deshalb, weil der Mauerbau von 1961 das politische System konsolidierte und sich das Leben durch die ausbleibende Massenflucht normalisierte. So wurden junge Christen nicht mehr der feindlichen Spionagetätigkeit bezichtigt. Von 1963 bis 1965 zeigte sich die SED toleranter im Umgang mit westlichen Trends. In den 1970er Jahren galten lange Haare bei jungen Männern sowie das Tragen von Jeans nicht mehr als Ausdruck westlicher Unmoral. Im letzten Jahrzehnt der DDR orientierten sich Jugendmode und Unterhaltungsindustrie mehr an den realen Bedürfnissen der jungen Konsumenten. Für den Kulturbetrieb untypisch strahlte das Fernsehen Ende der 1980er Jahre westliche Videoclips aus und die Kinos zeigten amerikanische (Tanz-)Filme.

Das sind in Anlehnung an Eckhard Jesse Indizien „größerer (nicht großer) Freiheit“³⁹⁴⁴.

Die meisten Abhandlungen über die Jugendpolitik in der DDR beziehen sich auf die entspannteren Zeitabschnitte Anfang der 1960er/70er Jahre bzw. auf die beiden Jugendkommunikés von 1961 und 1963 sowie auf die Zeit der X. Weltfestspiele 1973. Doch auch Ende der 1980er Jahre sollten die alltäglichen Sorgen der Jugend wieder ernster genommen werden, nachdem die Staatsmacht ihr ab Mitte des Jahrzehnts sukzessive entgegenkam. Jugendspezifische Fernsehsendungen und regelmäßige Live-Auftritte internationaler Künstler auf Großveranstaltungen der FDJ seien hier beispielhaft genannt. In Phase IV erkannte die politische Führung angesichts der angespannten innenpolitischen Lage keine andere Möglichkeit mehr, als sich kompromissbereit zu zeigen, um gleichsam „Druck aus dem Kessel“ zu nehmen. Nachdem in den drei vorhergehenden Phasen die SED die Jugendlichen als „Baumeister der DDR“ (Phase I), „Bauherren und Pioniere der Nation“ (Phase II) und „Gestalter“ der sozialistischen Gesellschaft (Phase III) deklariert hatte, verblieben sie in Phase IV in der Rolle des „Gestalters“, wahrscheinlich auch deshalb, weil in den 1980er Jahren kein neues Jugendgesetz erlassen wurde.

Die Arbeit bestätigte nicht nur, dass die Machthaber der Jugend phasenweise Freiräume zugestanden und diese beschnitten, sobald Heranwachsende sie besetzten. Vielmehr ist nun klar: Der jungen Generation wurde Toleranz suggeriert, wenn die Einheitspartei glauben machen wollte, das politische System sei gefestigt bzw. befinde sich auf einer neuen Entwicklungsstufe. Sobald sie ihr Erziehungsziel in Gefahr sah, wurde der Jugend Eigenverantwortung abgesprochen. Auch blieb es nicht durchgängig bei der anvisierten sozialistischen Persönlichkeit. Da die Jugendpolitik unter Erich Honecker ganz im Zeichen des Bruderbundes mit der Sowjetunion stand, gewannen kommunistische Werte und Ideale in den 1970er Jahren an Bedeutung, unterschieden sich aber nicht von den geforderten sozialistischen und wurden Ende der 1980er Jahre wieder von diesen abgelöst.

Unabhängig von der sozialistischen oder kommunistischen Etikettierung der Jugendpolitik oder von den liberaleren Zeiträumen: Von 1949 bis 1990 verfolgte die SED drei allgemeine Ziele. Es galt immer, die politische Indoktrination voranzutreiben (Ideologie), die wirtschaftliche Leis-

3944 Er bezieht sich dabei auf die Zunahme von IM und hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS in den 1980er Jahren. Jesse, Eckhard 2008, S. 496.

tenungskraft der Jugend zu maximieren (Ökonomie) und sie zur Landesverteidigung zu befähigen (Wehrpolitik). Das Idealbild der sozialistischen Persönlichkeit unterlag einer kontinuierlichen Weiterentwicklung. Stets kamen weitere Charaktereigenschaften hinzu, etwa durch das 1965 eingeführte Bildungsgesetz. Die Wunschvorstellungen umfassten ein ganzes Potpourri an Charaktereigenschaften: Verantwortungsgefühl für sich und andere, Kollektivbewusstsein, Gewissenhaftigkeit, Ordnungssinn, Hilfsbereitschaft, Beharrlichkeit, Zielstrebigkeit, Ehrlichkeit, Bescheidenheit, Ausdauer, Disziplin, Respekt vor den Älteren, eine gesunde Lebensweise, Leistungsfähigkeit, Lerneifer, Fleiß und Pünktlichkeit sowie die Bereitschaft, die DDR militärisch zu verteidigen. Zudem sollten sich die Heranwachsenden durch sozialistischen Internationalismus auszeichnen, durch die positive Einstellung zu anderen sozialistischen Staaten und die offensive Auseinandersetzung mit dem „Imperialismus“ westlicher Länder.

Für die Entwicklung des sozialistischen Persönlichkeitsprofils war primär das Bildungswesen verantwortlich. Die Schulpflicht garantierte den größtmöglichen Erfassungsradius. Die komparative Darstellung der sozialistischen Erziehungsdoktrin führte zu folgendem Schluss: Da die SED nie von ihrem Ziel abrückte, sozialistische Persönlichkeiten heranzuziehen, änderte sich von 1949 bis 1990 an den Erziehungsinhalten im Grunde nichts. Anders als im allgemeinen Verlauf der Jugendpolitik gab es bei der sozialistischen Erziehungsdoktrin im Bildungswesen keine liberaleren Verhältnisse, obwohl oder gerade weil die Erziehungsfunktionäre in jeder der vier Phasen dasselbe Ziel verfolgten. Einerseits sollten bildungspolitische Mobilität bzw. eine hohe Allgemeinbildung erreicht werden; das bedeutete Bildungsmöglichkeiten unabhängig von Status und Geschlecht. Andererseits stellte die Schule das Zentrum der parteipolitischen Indoktrination von Kindern und Jugendlichen dar. Abgeleitet von den jugendpolitischen Schwerpunkten, gewannen ideologische, ökonomische sowie wehrerzieherische Komponenten im Schulwesen in gewissen Zeitabständen an Relevanz.

Die Ideologie erlebte in Phase I und II ihren Höhepunkt. Ab den 1950er Jahren unterrichteten Lehrer alle Fächer auf Grundlage des Marxismus-Leninismus. Gegenwarts- und Staatsbürgerkunde sowie der Geschichtsunterricht sorgten für die politisch „korrekte“ Erziehung, während religiöse Lehren eingeschränkt blieben. Mitte der 1960er Jahre konkretisierte das Ministerium für Volksbildung die Lehrinhalte für Staatsbürgerkunde, erhöhte die Wochenstundenzahlen und weitete den Unterricht auf zusätzliche Klassenstufen aus. Die Ökonomie wurde ab der zweiten Hälfte

der 1950er Jahre wichtiger. Die berufliche Nachwuchslenkung erreichte Mitte des Folgejahrzehnts eine neue Qualität. Bis in die 1980er Jahre kamen Schüler primär mit volkswirtschaftlich wichtigen Berufen in Kontakt. Die Wehrerziehung aus Phase I manifestierte sich in Phase II in den „Hans-Beimler-Wettkämpfen“, in Phase III im schulischen Wehrunterricht, und sie führte in Phase IV zur Verabschiedung eines neuen Wehrdienstgesetzes, das die Vorbereitung auf den Wehrdienst zum Bestandteil der schulischen, beruflichen und universitären Ausbildung deklarierte.

Zu jeder Zeit vermittelte die Schule den Kindern und Jugendlichen, sie hätten ihre persönlichen Befindlichkeiten dem Wohl der Gesellschaft unterzuordnen. Die Schule bereitete sie auf das Leben im Sozialismus vor. So sorgten nicht nur die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer für eine „saubere“ Erziehung. Die Schüler erhielten darüber hinaus eine berufliche Grundausbildung, und sie leisteten beim Wehrunterricht – vorgeblich – ihren ersten Beitrag zur Landesverteidigung. Die von den Erziehungsfunktionären geforderten Charaktereigenschaften schlossen kritisches Denken und Meinungspluralismus in den Klassenräumen aus. Die Repressionen bei abweichendem Verhalten fielen im Vergleich zu den 1950er Jahren später zwar milder aus, dennoch konnten auf politisch nicht genehme Bemerkungen oder unangepasstes Verhalten Sanktionen in Form von schlechten Beurteilungen, Tadeln, Schulverweisen, Nichtzulassung zum Abitur oder im schlimmsten Fall eine Einweisung in einen Jugendwerkhof folgen. Aus diesem Grund führte insbesondere der politisch gefärbte Unterricht, aus Angst oder um Ärger vorzubeugen, vielfach zur stumpfen Wiedergabe der erlernten Worthülsen in bestimmten Situationen wie Prüfungen.

Da sich die Zensuren teilweise am Grad der „politischen Entwicklung“ des Schülers orientierten und sich das angemessene Engagement in der FDJ auf die Bildungsempfehlung niederschlug, klappten Anspruch und Wirklichkeit im Bildungswesen teilweise weit auseinander. Zum einen wurde die Bildungsgleichheit in der Praxis unterminiert, weil nur politisch genehme Schüler für eine akademische Laufbahn in Frage kamen. Arbeiter- oder Bauernkinder erhielten bei der Studienplatzvergabe oftmals den Vorzug. Zum anderen erlernten die Kinder und Jugendlichen in der Schule das Reden mit gespaltener Zunge. Im häuslichen Umfeld oder im privaten Freundeskreis sprachen sie in der Regel anders als im Schulgebäude, in dem die meisten ihre ehrliche Meinung für sich behielten, sofern diese dem Standpunkt des Lehrers widersprach. Die Schule brachte wohl weniger überzeugte Sozialisten als vielmehr junge Menschen hervor, die früh-

zeitig lernten, sich bestimmten Gegebenheiten anzupassen und abzuwägen, wann und gegenüber wem sie ihre persönlichen Gedanken artikulierten.

Wie das Bildungswesen übernahm die FDJ von 1949 an hauptsächlich ideologische, wehrpolitische und ökonomische Funktionen für das politische System. Sie leistete mit ihren „Pionierzirkeln“ und den „Studienjahren“ die politisch-ideologische Hauptarbeit an den Schulen. Von 1948 an mussten ihre Mitglieder an politischen Schulungsprogrammen teilnehmen. Ab den 1950er Jahren bot die FDJ Möglichkeiten zum Wehrsport an. Sie beteiligte sich an der Organisation der „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ und am praktischen Teil des Wehrunterrichts. Zusätzlich warb sie in den eigenen Reihen mit Aussichten auf gewünschte Lehrstellen oder Studienplätze für den Dienst in der Kasernierten Volkspolizei und in der NVA. Ab den 1950er Jahren erfasste der Verband die arbeitende Jugend flächendeckend in Arbeitsbrigaden und wirkte bei der Planübererfüllung in der Volkswirtschaft mit. Die 1976 gegründete „FDJ-Initiative Berlin“ bspw. erbrachte für die Volkswirtschaft bis 1986 offiziell Bauleistungen im Wert von 20 Milliarden Mark.

Bislang war es in der wissenschaftlichen Kontroverse ausgeblieben, die Verflechtungen zwischen SED und FDJ bzw. die Haltung der Einheitspartei zum Jugendverband näher zu definieren. Aufgrund der Primärquellen ließ sich eine Aufwertung des Verbandes in der Ära Honecker nachweisen. Er wurde im Gegensatz zu den 1950er/60er Jahren kaum noch für seine ungenügende ideologische Arbeit an der Basis gerügt, dafür vor allem für seine volkswirtschaftlichen Initiativen geehrt. Da die FDJ über den gesamten Untersuchungszeitraum als politischer Erziehungsträger (Ideologie), als Wirtschaftsfaktor (Ökonomie) und als Rekrutierungsstätte für die Armee (Wehrpolitik) fungierte, überlagerten die parteipolitischen Forderungen der SED rasch den 1946 erhobenen Anspruch, überparteilich die wahren Interessen der jungen Generation durchzusetzen. Dennoch blieb die Mehrheit in der FDJ organisiert. Auch aus diesem Grund lassen sich die meisten Jugendlichen als „Mitmacher“ bezeichnen. Was die Einstellung zur FDJ betrifft, bestätigen die Studien des ZIJ und die Sekundärliteratur die These der erlernten Doppelmoral. Die Beitrittsmotive und die Haltung zu den politischen Schulungsprogrammen, den „Studienjahren“ bzw. „Zirkeln junger Sozialisten“, fallen phasenübergreifend identisch aus.

Es ist zwar bekannt, dass die FDJ ideologisch die wenigsten erreichte – die Anzahl der weltanschaulich unentschlossenen jungen Menschen nahm in den 1960er Jahren sogar zu – und die meisten ihr wegen der Aussicht

auf bessere schulische und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten beitraten, die Studien des Leipziger Zentralinstituts jedoch brachten neue Erkenntnisse. Zum einen gelangten viele 14-Jährige automatisch über die Jungen Pioniere in den Verband. In einer Studie von 1975 gab jeder zweite von 9.000 befragten Jugendlichen an, von der Kinder- in die Jugendorganisation übernommen worden zu sein. Denn für die Mehrheit war es in der achten Klasse selbstverständlich, das Pionierhalstuch gegen das Blauhemd mit der aufgehenden Sonne zu tauschen. Zum anderen sah der Großteil eine Tätigkeit in der FDJ nicht nur deshalb als lästiges Übel an, weil die unbeliebten politischen Indoktrinationsversuche am Image zehrten. Die meisten zeigten bei den Pflichtveranstaltungen kein großes Engagement und bildeten sich insgeheim eine eigene Meinung. Gerade in den 1980er Jahren büßte die Organisation an Glaubwürdigkeit ein, da sie aus Sicht ihrer Mitglieder die Beantwortung aktueller politischer Fragen stärker denn je schuldig blieb.

Im Gegensatz zur politischen Führung veränderten sich die Erwartungen der Jugend an den Verband. Dieser sollte sich im letzten Jahrzehnt der DDR eindeutig zum sowjetischen Reformkurs äußern. Zudem wurden Fragen zu Krieg und Frieden ab Mitte der 1980er Jahre von alltäglichen Problemen im „real existierenden Sozialismus“ abgelöst. Fortan sollte er hauptsächlich Lösungen für die Versorgungsengpässe oder die Wohnraumproblematik liefern. Doch das Verbandsleben war schon ab den 1940er Jahren von Bürokratie und Bevormundung geprägt. Die FDJ konnte, wenn überhaupt, nur mit kulturellen Dienstleistungen überzeugen. Zu einem massenhaften Austritt kam es dennoch erst zum Ende der DDR. Auf der einen Seite maßen die meisten FDJler ihrer Mitgliedschaft ohnehin keinen hohen politischen Wert bei, d. h. die Organisation galt mehrheitlich als eine reine Formalität. Auf der anderen Seite erinnert sich manch ehemaliger FDJler gern an Ausflüge, Partys, die Jugendweihe oder die feierliche Aufnahmezeremonie.

Bis dahin sind die positiven Seiten des Verbandslebens von der Wissenschaft ungenügend aufgearbeitet. Dabei waren es vor allem die Jugendfestivals und musikalischen Großveranstaltungen, die auf echte Begeisterung stießen. Das betraf etwa in den 1980er Jahren die alljährlichen „Pfingsttreffen der FDJ“ oder die Konzertreihe „Rock für den Frieden“. Außerdem konnte die Massenorganisation in Betrieben, in denen sie ansonsten keine Rolle spielte, mit einigen ökonomischen Initiativen wie der „Neuererbewegung“ Sympathien einstreichen, vorausgesetzt, die von den Jugendli-

chen entwickelten und von ihr aufgenommenen Ideen brachten für die jungen Lehrlinge und Arbeiter Erleichterungen im täglichen Arbeitsleben.

Obwohl die meisten lediglich nominelle Mitglieder in der FDJ waren, genoss diese im Gegensatz zu ihren politischen Bildungsprogrammen nicht zu jeder Zeit einen permanent schlechten Ruf. Anfang der 1970er Jahre stieg der Grad der Identifikation mit dem Verband. Der Machtwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker weckte Hoffnungen auf eine langfristige Liberalisierung des politischen Systems. Zu dieser Zeit verspürten Bürger kurzzeitig weniger politischen Druck. Die internationale Welle der Anerkennung der DDR führte zu einem höheren Selbstbewusstsein der Bevölkerung. Zusätzlich nährten die Sozialmaßnahmen die Vision vom modernen Sozialstaat DDR und dadurch den Glauben an eine gesicherte Zukunft im Sozialismus. Parallel zur steigenden Verbundenheit mit dem System meinten viele Jugendliche in der ersten Hälfte der 1970er Jahre, der Sozialismus werde sich in der ganzen Welt durchsetzen. In der Folge empfanden immer mehr Stolz, ein Mitglied der FDJ zu sein. Die X. Weltfestspiele von 1973 trugen erheblich zur besseren Stimmungslage bei. Viele Jugendliche hatten sich an Festivalaufträgen beteiligt. Über fünf Millionen junge Menschen wohnten den Spielen unter der Losung „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“ bei. Die Staatsführung zeigte sich im Tausel der Spiele großzügig. Es verschwanden die Restriktionen bei der äußerst beliebten, westlich geprägten Beat- und Rockmusik. Staatliche Förderungsmechanismen führten zur Etablierung einer eigenen DDR-Rockmusik. Die ersten Diskotheken westlichen Vorbilds eröffneten.

Im Verlauf der 1970er Jahre ließ die Euphorie wieder nach. Ernüchterung setzte ein. Der Glaube an einen weltweiten Sieg des Sozialismus verebbte ebenso wie die Identifikation mit dem politischen System. Die von der politischen Führung gelobten sozialistischen Errungenschaften, wie soziale Sicherheit oder das polytechnische Bildungswesen, waren für die Jugendlichen der 1970er Jahre eine Selbstverständlichkeit. Sie haderten ab Mitte des Jahrzehnts besonders mit der Kulturpolitik – genannt seien Wolf Biermann und die „Klaus Renft Combo“ – und dem im Vergleich zu Westdeutschland niedrigeren Lebensstandard, trotz der umfangreichen Sozialmaßnahmen in Form des Wohnungsbauprogrammes, der Erhöhung des Kindergeldes oder des Ausbaus von Kinderbetreuungsplätzen. Die Bürger orientierten sich weiterhin an den Verhältnissen in der Bundesrepublik. Gerade die Jungen ersehnten in der Ära Honecker ein komfortables Leben und hochwertige Konsumgüter, während die DDR mit massiven wirt-

schaftlichen Problemen zu kämpfen hatte. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit westlicher Länder schätzten sie generell viel höher ein. Nach Meinung vieler junger Menschen konnte die DDR gegenüber der Bundesrepublik nur mit ihrer Friedenspolitik und der sozialen Sicherheit konkurrieren.

Ob die Identifikation mit der FDJ zu Beginn der 1960er Jahre durch das jugendpolitische Tauwetter bzw. Anfang der 1980er Jahre – als sich der Großteil der jungen Generation in der staatlichen Friedenspolitik engagierte und die Zustimmung zur SED-Friedenspolitik sehr hoch ausfiel – an Stärke zunahm, ist nicht abschließend zu klären. Das ZIJ wurde erst Mitte der 1960er Jahre gegründet. Für die frühen 1980er Jahre fehlt es an aussagekräftigen Studien über einen kausalen Zusammenhang zwischen der Einstellung zur SED/Verbundenheit mit der DDR und der Identifikation mit der FDJ. In der Gesamtschau wurde diese von den Jugendlichen nicht als ihre politische Interessenvertretung, sondern im wahrsten Sinne als „Helfer und Kampfreserve“ der Partei wahrgenommen. Ebenso wenig wie der Verband den politischen Interessen der Jugend nachkam, erfüllte diese die Erwartungen an sie nach einer „sinnvollen“, d. h. kollektiven und staatlich erwünschten, Freizeitgestaltung.

Der erzieherische Zugriff stieß im Freizeitbereich deshalb an seine Grenzen, weil die Jugend über den gesamten Betrachtungszeitraum eine unpolitische und unorganisierte Freizeitgestaltung präferierte. Der Wunsch nach Unterhaltung, Geselligkeit und Erholung in der Freizeit war in allen Jahrgängen zu jeder Zeit dominierend, Politik hingegen spielte kaum eine Rolle. Spätestens in den 1960er Jahren zogen sich mehr (junge) Menschen in private Räume zurück, in denen sie ihre Freizeit fernab der Massenorganisation auslebten. Ende der 1960er bis Ende der 1970er Jahre gehörte fast die Hälfte aller Jugendlichen einer lose organisierten Freizeittclique an. Im eigenen Freundeskreis wurde westliche Musik gehört. Der Austausch von Abziehbildern internationaler Künstler, von selbstmitgeschnittenen Tonbandaufnahmen, von begehrten Schallplatten und von westdeutscher Literatur florierte.

Trotz der vielen Vorschriften und Verbote – „Schund- und Schmutzliteratur“ aus Westdeutschland, amerikanische Filme in den Kinos, westliche Fanartikel und Musik, die 60/40-Regelung bei Tanzveranstaltungen, die angemessene Lautstärke in Diskotheken usw. – versuchten die Jugendlichen ihre Freizeit selbst zu bestimmen. Sie richteten sich mit Bittschreiben um Autogramme ihrer Stars an westliche Rundfunksender, veranstalteten Privatpartys in der elterlichen Wohnung oder im heimischen Schrebergarten und ließen sich von Bekannten Tonträger aus der Bundesrepublik mit-

bringen. Es war vor allem die Bevormundung in Fragen Musik, die auf Widerstand stieß, wovon die Beat-Demo im Herbst 1965 und die Ausschreitungen in Ostberlin zu Pfingsten 1987 bzw. im Sommer 1988 zeugten. Zwar versuchten sich SED und FDJ insbesondere in den 1970er/80er Jahren mit dem Ausbau des Jugendtourismus, der Etablierung einer eigenen DDR-Rockmusik und Auftritten internationaler Stars an einer moderneren und jugendgemäßen Freizeitpolitik, die junge Generation aber orientierte sich am Westen – ähnlich wie die erwachsene Bevölkerung beim Lebensstandard. Der Gebrauch westlicher Massenmedien allerdings übertraf den ostdeutscher erst in den 1980er Jahren.

Die Jugendlichen kamen der staatlichen Forderung nach einer kollektiven Freizeitgestaltung in der FDJ nur nach, wenn deren Angebote ihren tatsächlichen Interessen entsprachen. Das war bei der Bewegung „Junge Talente“ (Ende 1950er Jahre), der „Gitarrenbewegung“ (Anfang 1960er Jahre), bei Diskotheken (1970er Jahre) und bei Konzerten internationaler Künstler (1980er Jahre) bzw. häufig bei sportlichen Angeboten der Fall. Sobald der Verband versuchte, die Heranwachsenden in ihrer Freizeit ideologisch zu vereinnahmen, wandten sich diese ab. Deshalb schien die FDJ-Gruppe als Freizeitpartner wenig attraktiv, ließ sich der politische Erziehungsauftrag doch nie gänzlich ausblenden. Zwar begeisterten sich tausende junge Menschen für die groß angelegten (internationalen) FDJ-Festivitäten, wie das Deutschlandtreffen 1964 oder für die Friedensmanifestation in den beginnenden 1980er Jahren, die politische Intention dahinter aber wurde nicht dauerhaft verinnerlicht. Obwohl sich die Erziehungsfunktionäre phasenweise in Bezug auf Rundfunk, Fernsehen, Presse, Mode oder Musik verstärkt an den realen Bedürfnissen orientierten, schienen die Jugendlichen mit den staatlichen Angeboten nie zufrieden gewesen zu sein. Auf der einen Seite störten sich viele an den ungenügenden Kapazitäten bei „Jugendtourist“ und an der Vergabep Praxis bei begehrten Konzerten. Auf der anderen Seite war das Freizeitleben von einer breiten Anpassung geprägt.

Bis auf kirchliche Freizeittreffs gab es keine Alternativen zu den staatlichen Einrichtungen. Der Gang in eine Kirche glich aus Sicht der Staatsmacht einem politischen Statement. Das schreckte viele Jugendliche wohl ab. Es blieb vielen nichts anderes übrig, als die FDJ-Klubs mit den Disko- und Tanzveranstaltungen zu besuchen. Das kam dem Freizeitbedürfnis nach Spaß und Geselligkeit entgegen. Offiziellen Angaben zufolge zog es in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre jährlich 20 Millionen Besucher in FDJ-Klubs, 50 Millionen jährlich in Diskotheken. Mitte der 1980er Jahre

zählte der ZR über 75 Millionen Besucher bei Tanzveranstaltungen. Katrin Hammerstein und Edgar Wolfrum bringen es auf den Punkt: „Dass es zum Beispiel Alltagsleben und Normalität in der Diktatur gab, ist eine pure Selbstverständlichkeit. Menschen leben immer, zu allen Zeiten, in jeder Gesellschaftsform ihren Alltag und sie suchen immer, den widrigsten Umständen zum Trotz, ihr Glück.“³⁹⁴⁵

Das mit dem Staat eingegangene Arrangement und die Rolle der Jugend als „Mitmacher“ verdeutlichen die Beispiele zu Konformitätszwang und Anpassung. Dazu wurde für jede Phase ein zeithistorisches Beispiel gewählt. An der 1955 eingeführten Jugendweihe nahmen bereits zu Beginn der 1960er Jahre 90 Prozent des betreffenden Altersjahrganges teil. Die 1967 initiierten „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ absolvierten in den 1960er/70er Jahren zwischen 70 und 90 Prozent aller Schüler. Nur ein paar hundert Jugendliche verweigerten den Wehrunterricht, 1979/80 waren es 0,08 Prozent aller Neuntklässler. Ähnlich niedrig fielen die Quoten bei Wehrdienstverweigerern aus. Obwohl das Wehrdienstgesetz 1982 die Freiheitsstrafe bei Wehrdienstverweigerung an hob, lehnten im Folgejahr mehr junge Männer den Dienst mit der Waffe ab. Von 1984 an verweigerte über ein Prozent des betreffenden Altersjahrganges den Dienst an der Waffe. Die Antwort auf die Frage, warum sich nur eine verschwindend geringe Minderheit gegen Jugendweihe, „Hans-Beimler-Wettkämpfe“, Wehrunterricht und Wehrdienst entschieden hatte, ist in zwei wesentlichen Aspekten zu suchen: im Druck der Erziehungsfunktionäre und in der Interpretation durch die Jugendlichen.

Da alle der genannten Beispiele eng mit dem (Aus-)Bildungswesen verflochten waren – das Wehrdienstgesetz nahm vor allem die Betriebe stärker in die Pflicht –, konnte Verweigerungsverhalten zu Nachteilen in Schule und Ausbildung führen. Bei Wehrdienstverweigerung drohten sogar Freiheitsstrafen. In jedem Fall zog eine Nichtteilnahme an Jugendweihe, „Hans-Beimler-Wettkämpfen“, Wehrunterricht oder Wehrdienst negative Konsequenzen nach sich. Es waren mehrheitlich religiös gebundene Jugendliche, die sich widersetzten. Zwar fiel der Druck auf sie besonders im letzten Jahrzehnt der DDR milder aus, rückten die Schulen doch ab Mitte der 1980er Jahre davon ab, Jungen, welche die Schießübungen im Wehrlager ablehnen würden, unter allen Umständen dorthin zu schicken, und wurde doch zur selben Zeit von einer Strafverfolgung bei Totalver-

3945 Hammerstein, Katrin/Edgar Wolfrum 2016, S. 119.

weigerung abgesehen, dennoch konnte Verweigerungsverhalten das vorzeitige Ende der schulischen Laufbahn oder den unfreiwilligen Verzicht auf begehrte Lehrstellen bedeuten.

In der Regel mussten sich die betreffenden Jugendlichen in zähen Gesprächen mit Lehrern und oftmals vor der FDJ-Gruppe für ihre Entscheidung rechtfertigen. Blieben sie bei ihrem Standpunkt, erfuhren sie Ausgrenzung und Schikane. Neben der Schulpflicht, die es erlaubte, alle 14- bis 16-Jährigen zu erfassen, und der konstitutionellen Verankerung des Wehrdienstes als Ehrenpflicht – weder Schule noch Medien klärten über die Möglichkeiten des waffenlosen Bausoldatendienstes auf – trugen die vom Ministerium für Volksbildung festgelegten Quoten einen erheblichen Anteil zur hohen Beteiligung bei. Den Druck des Ministeriums gaben Schuldirektoren und Lehrer an die Schüler weiter, indem sie auf kommende Abschlussbeurteilungen oder die Schulpflicht verwiesen. Ungeachtet dessen, dass sich die Kampagnen in ihren Zielgruppen unterschieden und der Jugendweihe andere politische Intentionen zu Grunde lagen als der vormilitärischen Ausbildung: Die Frage, ob die SED mit diesen Kampagnen ihrem Erziehungsideal näher gekommen war, hängt eng mit dem zweiten Aspekt zusammen, der Interpretation durch die Jugendlichen.

Viele ehemalige DDR-Bürger denken gern an ihre Jugendweihe zurück, da die meisten von ihnen diese im Gegensatz zur SED nicht als persönliches politisches Bekenntnis verstanden, sondern den sozialistischen Weheritus als unpolitische Familienfeier begingen. Die „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ wurden vom Großteil der 14- bis 16-Jährigen als Teil ihrer Schulausbildung akzeptiert, blieb ihnen doch durch deren obligatorischen Charakter nichts anderes übrig. Ähnlich verhielt es sich mit dem 1978/79 eingeführten Wehrunterricht. Viele der 14-jährigen Jungen erhofften sich vom Aufenthalt im Wehrlager Abwechslung vom regulären Schulalltag oder sie wollten nicht mit den Mädchen aus der eigenen Klasse den Lehrgang Zivilverteidigung besuchen. Gleichwohl gab es Heranwachsende, die sich für die vormilitärische Ausbildung begeisterten. Auswertungen des ZIJ zufolge sagte 1969 die Hälfte von über 11.400 Probanden, sie seien für die Aktion „Signal DDR 20“ nicht angesprochen worden – offiziell beteiligten sich daran 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche –, obwohl jeder zweite von ihnen gern mitgemacht hätte. Zu Beginn der 1970er Jahre gab es an den Schulen der DDR offiziell 8.000 freiwillige Arbeitsgemeinschaften für Wehrerziehung und -sport mit einer Teilnehmerzahl von 10.000 Jugendlichen. Die Analyse der Akten des Bundesarchivs enthüllte:

Über 13.000 Jungen konnten 1983 wegen ungenügender Kapazitäten nicht am Wehrlager teilnehmen, obwohl sie sich angemeldet hatten.

Dennoch zeigten die Kampagnen keine langfristigen Erziehungserfolge, auch wenn nicht beantwortet werden kann, welchen Anteil die Jugendweihe an der Verminderung des kirchlichen Einflusses auf die junge Generation hatte bzw. wie viele das politische Gelöbnis wirklich verinnerlichten oder inwieweit die „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ Jugendliche in Fragen ihres religiösen Glaubens und damit dauerhaft in ihrer Einstellung zum Wehrdienst beeinflussten. Auf der einen Seite hinterließ die ständige Militärpropaganda ihre Spuren: Anfang der 1980er Jahre gaben die meisten jungen Menschen tatsächlich dem „Imperialismus“ die Schuld an der gefährlichen Zuspitzung der internationalen Lage. Zwei Drittel aller jungen Männer wollten die DDR unter Einsatz ihres Lebens verteidigen. Fast alle Jugendlichen konnten mit den erlernten Phrasen argumentieren, warum der Frieden bewaffnet sein müsse. Das westdeutsche Feindbild verblasste erst ab Mitte des Jahrzehnts erheblich. Auf der anderen Seite führten Jugendweihe, „Hans-Beimler-Wettkämpfe“, Wehrunterricht und das Wehrdienstgesetz von 1982 nicht zu einer andauernden Identifikation mit dem politischen System: Zu Beginn der 1980er Jahre – 97 Prozent nahmen zu dieser Zeit an der atheistisch geprägten Jugendweihe teil – war etwa jeder vierte Jugendliche und jeder sechste Student unschlüssig über die eigene Weltanschauung. An den „Hans-Beimler-Wettkämpfen“ nahmen in den 1980er Jahren weniger junge Menschen mit Enthusiasmus teil. Obwohl die meisten Jugendlichen den Wehrdienst Anfang desselben Jahrzehnts als eine Notwendigkeit betrachteten, folgte die Mehrheit zu jeder Zeit mit der Ableistung des Wehrdienstes der Forderung des Gesetzes und nicht persönlichen Überzeugungen.

Mit ihrer Politik hatte die SED den Großteil der Heranwachsenden zu „Mitmachern“ erzogen, die sich zwar offiziell den Ansprüchen der politischen Führung beugten – der Großteil blieb in der FDJ organisiert, absolvierte Jugendweihe, die vormilitärische Ausbildung und leistete den Wehrdienst –, insgeheim aber bildeten sie sich ein eigenes Urteil. Vor allem in den 1980er Jahren trauten sich mehr junge Menschen, vom Weg der sozialistischen Persönlichkeit abzukommen. Das spiegelt sich in den Akten des MfS und den Studien des ZIJ wider. Aus ihrer Abneigung gegen die vormilitärische Ausbildung und aus ihrer Zustimmung zu den kirchlichen Friedensgottesdiensten machten viele keinen Hehl mehr. Eckhard Jesse erklärt dazu, „da die Bevölkerung wusste, Kritik werde weniger scharf ge-

ahndet als früher, riskierte sie mehr, entwickelte sie mit der Abnahme der Repressionen ein besonderes Gespür für Repression“³⁹⁴⁶.

Ein ähnliches Gespür entwickelten wohl besonders jene jungen Menschen, die der anvisierten sozialistischen Persönlichkeit aus Sicht von SED, MfS und Volkspolizei durch ihre musikalischen Vorlieben, ihr äußeres Erscheinungsbild und ihr „unangepasstes“ Benehmen widersprachen: Rock-'n'-Roll-Fans (1950er Jahre), Beat-Fans (1960er Jahre), Blueser/Tramper/„Gammer“ (1970er Jahre) sowie Skins bzw. fanatische Fußballanhänger, Punks, Heavy-Metal-Fans und Gruftis (1980er Jahre). Alle in der Arbeit behandelten Subkulturen hatten ihren Ursprung in westlichen Staaten bzw. waren sie stark von subkulturellen Stilelementen aus „kapitalistischen“ Ländern geprägt. Diese Moden gelangten über die Bundesrepublik zeitlich versetzt in die DDR, in der die hartgesottenen Anhänger der westlichen Trends eine Minderheit darstellten. Weitere Gemeinsamkeiten der Subkulturen bestehen hinsichtlich der überwiegenden Ablehnung durch die erwachsene Bevölkerung und der ausschließlich diffamierenden Berichterstattung ostdeutscher Presseorgane.

Mitglieder subkultureller Milieus können als „Schrittmacher“ kategorisiert werden, weil sie inspirierend wirkten. Zeitweise entwickelten sich die zunächst von einzelnen Jugendlichen aufgegriffenen westlichen Trends zu einem Massenphänomen. Die (wenigen) hartgesottenen Anhänger stellten für andere Heranwachsende einen Impulsgeber dar, orientierte sich der Großteil im Freizeitleben doch ohnehin am westlichen Zeitgeist. Jede Abweichung vom sozialistischen Mainstream bedeutete etwas mehr Individualität und Spaß im von Doppelmoral geprägten Alltag. In der Folge blieb der FDJ teilweise nichts anderes übrig, als sich der Vorlieben der Jugend bspw. bei Diskoveranstaltungen im Klub anzunehmen. SED und Jugendverband kamen den jugendlichen Interessen (nur) entgegen, wenn sich die westlichen Trends nicht mehr im erhofften Umfang steuern ließen und einen Massencharakter annahmen. Die Strategien zur Eindämmung der westlichen Einflüsse unterteilen sich in „weiche“ und „harte“ Maßnahmen. Die politische Führung versuchte einerseits, die westlichen Einflüsse mit sozialistischen Alternativangeboten zu kanalisieren, andererseits wurden Anhänger subkultureller Milieus verfolgt und kriminalisiert.

Die westlichen Einflüsse schlugen sich in allen vier Phasen in den Bereichen Literatur, Film, Musik, Mode und Freizeitgestaltung nieder. Die

3946 Jesse, Eckhard 2015 (b), S. 20.

Arbeit bringt mit Blick auf westliche Einflüsse in der DDR zwei wesentliche Ergebnisse: In den 1950er Jahren – es wurde eine rigorose Abgrenzungspolitik gegenüber der Bundesrepublik betrieben, denn die Jugendpolitik war stark ideologisiert – gab es die mit Abstand meisten sozialistischen Alternativangebote. Während im Laufe der Zeit weniger davon konzipiert wurden – gemeint sind vor allem Initiativen der FDJ wie die „Gitarrenbewegung“ oder die „Werkstattwochen“ –, gewann die Jugendarbeit der evangelischen Kirche ab den 1970er Jahren an Bedeutung. Die SED schaffte es zu keiner Zeit, die westlichen Trends bzw. subkulturellen Strömungen in politisch genehme Formen zu pressen oder zu verdrängen. In der Folge blieben sozialistische Alternativangebote in den 1980er Jahren aus. Viele Bands, die früher keine Lizenz bekommen hätten, durften Ende des Jahrzehnts auf Großveranstaltungen spielen.

Der Vergleich der staatlichen Reaktionen auf Grundlage der Akten des MfS gestaltete sich schwieriger. Die Frage, wie Geheim- und Volkspolizei mit Mitgliedern subkultureller Milieus umgingen, kann nicht abschließend beantwortet werden und bietet demzufolge Potenzial für tiefergehende Forschungen. Die Untersuchung der Strategien von MfS und Volkspolizei – im Mittelpunkt (des Vergleichs) standen die Kategorisierung „abweichender“ Jugendlicher und die präventiven Maßnahmen – führte zu folgendem Ergebnis: Zu jeder Zeit kategorisierten MfS und Volkspolizei „auffällige“, d. h. westlich geprägte Jugendliche und deren Gruppen anhand ihrer – vermeintlichen – „kriminellen Energie“. Mitglieder subkultureller Milieus erhielten das Stigma potentieller „Straftäter“. Sie galten prinzipiell als „gefährdet“. Lediglich Skinheads wurden a priori als „kriminell“ eingeschätzt. Eine Unterscheidung nach der politischen Haltung der einzelnen Milieus erfolgte im Rahmen der Kategorisierung in den 1980er Jahren, als die Sicherheitsorgane erhebliche Probleme hatten, Mitglieder subkultureller Milieus voneinander zu unterscheiden.

Mit Blick auf die präventiven Maßnahmen erreichte die Überwachung der Szene in den 1970er Jahren eine neue Qualität, nachdem Erich Mielke mit dem Befehl Nr. 11/66 die Grundlage für die flächendeckende Überwachung junger Menschen gelegt hatte. Die „Wer-ist-wer-Strategie“ wurde von Phase zu Phase präzisiert, immer mehr Karteien zu „unbequemen“ Jugendlichen wurden angelegt, der Austausch von Personendaten erweitert und spezielle Verhörtaktiken angewandt. Bis zu welchem Grad die Strategie von Kategorisierung und Prävention aus Sicht von MfS und Volkspolizei aufging, bleibt ebenso offen wie die Frage nach der Anzahl der in den Arbeitslagern internierten jungen Menschen. Das Ausmaß der Repression,

die Brutalität und die Willkür gegen die subkulturellen Szenen lassen sich nur ansatzweise mit den Statistiken zu eingeleiteten Ermittlungsverfahren, angeworbenen IM, „zersetzten“ Freundeskreisen, „Aussprachen“ oder „Vorbeugungsgesprächen“ illustrieren. Ein zahlenmäßiger Vergleich bzw. eine Expertise, welche Subkulturen stärker verfolgt wurden, verbietet sich von selbst.

Zu jeder Zeit mussten Mitglieder subkultureller Milieus mit empfindlichen Strafen rechnen. Das fing mit der verordneten „Rückführung“ in eine der Massenorganisationen zum Zwecke der Wiederaufnahme einer „sinnvollen“ Freizeitgestaltung an und konnte mit der Einweisung in ein Haftarbeitslager/Gefängnis enden. Dabei waren es vor allem Schüler, Lehrlinge und junge Arbeiter, welche die westlichen Moden übernahmen und die Subkulturen im Sozialismus prägten. Immer wieder rebellierten ausge-rechnet sie – das „Rückgrat der FDJ“ – gegen die restriktive Jugendpolitik und die fehlenden Freiheiten im „Vaterland der Jugend“. In jeder Phase gab es mehrere gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen (subkulturell geprägten) Jugendlichen und der Staatsmacht.

8.2 Offene Fragen

Die Jugendpolitik in der DDR weist eine ganze Bandbreite an Forschungslücken auf, stellt das Thema doch gleichsam selbst ein Forschungsdesiderat dar. Mit dem ausklingenden Forschungsboom der 1990er Jahre verebbte das Interesse an sozialwissenschaftlichen Untersuchungen über die Sozialisation der Jugendlichen im ostdeutschen Teilstaat. Seit den 2000er Jahren konzentrieren sich Historiker und Politologen vorrangig auf die Ursachen des Rechtsextremismus und auf den gescheiterten Antifaschismus. Während es dazu eine Vielzahl an Erklärungsansätzen gibt, mangelt es an Untersuchungen zu linksextremistischen Strömungen. Zwar stießen linksradikale Ideen in der DDR auf geringe Resonanz, in den 1960er Jahren aber wurde besonders der „Maoismus“ nicht auf die leichte Schulter³⁹⁴⁷ genommen. Hans-Hermann Hertle und Stefan Wolle führen dazu aus, der Vorwurf des Trotzkismus sei zu dieser Zeit ein „beliebtes Totschlagargu-

3947 Mitter, Armin/Stefan Wolle 1995, S. 396.

ment für linke Kritiker des Systems“³⁹⁴⁸ gewesen. SED und Geheimpolizei hätten äußerst sensibel auf Kritik von links reagiert.

In diesem Kontext – 1976/77 „zersetzte“ das MfS vier studentische Gruppen mit Verbindungen zu trotzkistischen Organisationen der IV. Internationale – stellt sich die Frage, wie bzw. ob die Geheimpolizei bei der „Liquidierung“ derartiger politischer Untergrundgruppen ähnlich wie bei der Auflösung subkulturell geprägter Gruppen vorging. Kann mit Blick auf die „Antifa-Gruppen“ der 1980er Jahre von einem Linksextremismus in der DDR gesprochen werden? Daraus ergibt sich sodann die Frage, ob die Jugend für das MfS eine besondere Bedeutung hatte. Was verbirgt sich hinter dem Begriff „Helmut-Jugend“, zu deren Sympathisanten ostdeutsche Punks zählten? Meinte das MfS damit die gesamte bundesdeutsche Jugend oder war die „Helmut-Jugend“ eine besondere Gruppierung?

Es fehlt an umfassenden wissenschaftlichen Studien zum Umgang der politischen Führung mit jugendlichen Minderheiten, mit Ausnahme der Christen. Mit Blick auf die Subkulturen bleibt zu diskutieren, wie politisch diese tatsächlich waren und warum die Offene Jugendarbeit der evangelischen Kirche in einigen Regionen erfolgreicher verlief als in anderen. Nach wie vor steht die Antwort auf die Frage aus, wie die Jugendpolitik auf junge Menschen wirkte, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung (Homosexuelle), ihres Glaubens (Zeugen Jehovas³⁹⁴⁹ und Juden), ihrer Herkunft (Sorben) oder ihres Gesundheitszustandes (psychische bzw. physische Erkrankungen) möglicherweise nicht vollständig dem Idealbild der sozialistischen Persönlichkeit entsprechen konnten. Nicht vergessen werden dürfen in diesem Zusammenhang Prostituierte, Erwerbsunfähige oder sozial schwache Jugendliche.

Schließlich sind es gerade die Auswirkungen der Jugendpolitik, die stärker von der Politikwissenschaft aufgegriffen werden müssen, nicht zuletzt auch deshalb, weil sich immer wieder junge Menschen an politischen Protestaktionen beteiligt hatten. Genannt seien der 17. Juni 1953, der Mauerbau 1961, der Prager Frühling 1968 und die Flucht- und Demonstrationswelle 1989. Wie sich der niedergeschlagene Volksaufstand in Ungarn 1956 auf die (junge) Bevölkerung in der DDR auswirkte, ist bislang nicht erforscht. Während vor allem die Arbeiterjugend kontinuierlich aufbegehrt, trat die Studentenschaft bis auf wenige Ausnahmen (Biermann-

3948 Hertle, Hans-Hermann/ders. 2006, S. 171.

3949 Bersch, Falk 2017.

Ausbürgerung 1976, Verhaftung von Bürgerrechtlern 1988) bei Widerstandshandlungen kaum in Erscheinung. Äußerten Studenten allein wegen der ihnen eingeräumten Bildungschancen oftmals weniger Kritik? Wollte die Arbeiterjugend von den Herrschenden tatsächlich eher in Ruhe gelassen werden?

Zum einen bedarf es genauerer Untersuchungen zu den einzelnen Generationen: Wie war das Verhältnis der älteren zur jüngeren Generation und verhielt sich die erwachsene Bevölkerung anders? Zum anderen muss sich die Wissenschaft den einzelnen Jugendgruppen der Schüler, Lehrlinge, jungen Arbeiter und Studenten widmen, denn zwischen ihnen gab es teilweise erhebliche Unterschiede: Jugendliche vom Land fühlten sich länger mit der FDJ verbunden. Junge Arbeiter sowie Lehrlinge aus der landwirtschaftlichen Produktion wiesen Ende der 1970er Jahre eine positivere Einstellung zum Sozialismus, zur Sowjetunion oder zum Marxismus-Leninismus auf als ihre Kollegen in der Stadt. Schüler von POS und Lehrlinge bekannten sich häufiger als Abiturienten offen dazu, Zugang zu westdeutschem Schriftgut zu haben. Schüler wiederum glaubten, verglichen mit älteren Jugendlichen, länger daran, dass der Wehrdienst – wie von der SED propagiert – ein Beitrag zur Friedenssicherung sei. Erklärungen dazu konnte die Arbeit aufgrund ihres Umfangs und ihrer Ausrichtung nur ansatzweise liefern. Differenzierte Studien zu den einzelnen Jahrgängen und Generationenmentalitäten können dabei verstehen helfen, inwiefern die Sozialisation in der DDR die heutigen Erwachsenen in ihrer Einstellung zur Demokratie beeinflusst und welche Werte sie wiederum ihren Kindern vermitteln.

Ein weiteres Forschungsdesiderat bei der Aufarbeitung der SED-Jugendpolitik sind Mädchen und junge Frauen. Publikationen über die Frauenpolitik in der DDR sind bisher selten.³⁹⁵⁰ Da die Studien des ZIJ den Anschein erwecken, als hätten sich diese mit den politischen Gegebenheiten stellenweise wesentlich besser arrangiert als ihre männlichen Altersgenossen, würde es sich anbieten, auf Grundlage dieser Studien Vergleichsuntersuchungen zwischen den Geschlechtern hinsichtlich ihrer politischen Haltung und Identifikation durchzuführen. Darüber hinaus sind vergleichende Forschungen zur Frauenpolitik in der DDR und der Bundesrepublik bzw. in anderen Ostblockstaaten denkbar. Dasselbe ließe sich auf die FDJ – die letzten Studien zu deren „Westarbeit“ und über die „West-FDJ“

3950 Vgl. Kaminsky, Anna 2016.

liegen 15 Jahre zurück – und den sowjetischen Komsomol bzw. auf andere sozialistische Jugendorganisationen übertragen. Prinzipiell fehlt es an – nicht nur jugendpolitischen – Vergleichen mit der Sowjetunion bzw. zwischen den Ländern des „real existierenden Sozialismus“. Wie bewerteten z. B. jugendliche Gastarbeiter oder Austauschschüler/-studenten die DDR?

Die Beispiele spiegeln nur einen kurzen Ausschnitt der Forschungsdesiderata in der Jugendpolitik wider und bedürfen weiterer Ergänzungen. So wurde zwar im Bezugsrahmen der Arbeit (Kap. 2.1.1) ein erster Versuch unternommen, das Gewirr jugendpolitisch relevanter Behörden und Abteilungen aufzulösen, an einer überblicksartigen Gesamtdarstellung aber, wie des Aufbaus der FDJ oder des Bildungswesens, fehlt es wegen der unzureichenden Quellenlage immer noch. Im Bereich der DDR-Forschung mangelt es an Studien zu Behörden, die von zentraler Bedeutung waren.³⁹⁵¹ Das schließt das Ministerium für Volksbildung und den ZR der FDJ mit ein. Zudem gibt es kaum Zahlen über den Anteil jugendlicher hauptamtlicher Funktionäre in der FDJ oder zu jungen SED-Mitgliedern.

Die Politikwissenschaft muss sich in Zukunft bei der Aufarbeitung der SED-Jugendpolitik vor allem mit zwei bisher vernachlässigten Aspekten auseinandersetzen. Es sollte zum einen darum gehen, welche Rolle die Erzeugung von Angst bei der Gleichschaltung der Jugend gespielt hat. Zum anderen sollte deren Bedeutung bei Analysen des politischen Systems stärker berücksichtigt werden. Schließlich hatte Erich Honecker ein Stück weit recht damit, als er 1981 verkündete, der Sozialismus brauche die Jugend. Doch brauchte die Jugend auch den Sozialismus? Diese Arbeit verneint die Frage!

3951 Vgl. Hoffmann, Dierk u. a. 2016, S. 28 f.

9 Quellen- und Literaturverzeichnis

9.1 Quellenverzeichnis³⁹⁵²

9.1.1 Unveröffentlichte Quellen

BArch

Bestand	Signatur	Nummer
Ministerrat der DDR	DC 20/I	3/8, 3/15, 3/18, 3/30, 3/49, 3/50, 3/162, 3/177, 3/319, 3/454, 3/601, 3/616, 3/773, 3/775, 3/807, 3/814, 3/845, 3/895, 3/1051, 3/1061, 3/1107, 3/1226, 3/1294, 3/1313, 3/1676, 3/2661
Volkskammer	DA 1	19267
Ministerium für Volksbildung	DR 2	50471, 50477
Nationaler Verteidigungsrat	DVW 1	39499
Gesellschaft für Sport und Technik	DY 59	46, Bd. I u. Bd. III

3952 Das Quellenverzeichnis führt die verwendeten Akten und Jugendstudien auf. Dazu zählt die Verfasserin auch im Untersuchungszeitraum erschienene Zeitungsartikel und in der Bundesrepublik veröffentlichte zeitgenössische Literatur (bis 1990). Außer den Archivbeständen sind sämtliche Quellen in den Fußnoten mit Kurzbelegen vermerkt.

SAPMO-BArch

Bestand	Signatur	Nummer
Zentralsekretariat der SED	DY 30	IV2/2.1/72, IV2/2.1/87, IV2/2.1/174, IV2/2.1/176, IV2/2.1/222, IV2/2.1/223, IV2/2.1/226
Politbüro der SED	DY 30	IV 2/2/22, IV2/2/38, IV2/2/56, IV2/2/87, IV2/2/91, IV2/2/162, IV2/2/194, IV2/2/202, IV2/2/210, IV2/2/212 JIV 2/2/353, JIV2/2/336, JIV2/2/458, JIV2/2/744, JIV2/2/746, JIV2/2/748, JIV2/2/792, JIV2/2/870, JIV2/2/902, JIV2/2/929, JIV2/2/1324, JIV2/2/1344, JIV2/2/1377, JIV2/2/1379, JIV2/2/1388, JIV2/2/1462, JIV2/2/1560, JIV2/2/1562, JIV2/2/1568, JIV2/2/1574, JIV2/2/1609, JIV2/2/1689, JIV2/2/2258
Büro Bernhard Göring	DY 34	4205
Büro Paul Verner	DY 30	IV2/2.036/7, IV2/2.036/8, IV2/2.036/9
Büro Herbert Warnke	DY 34	23963
Abteilung Gewerkschaft Kunst	DY 43	92
Abteilung Jugend	DY 30	IVA2/16/123, IVA2/16/124, IVA2/16/159, IVA2/16/160, IVA2/16/161, IVA2/16/162
Freie Deutsche Jugend	DY 24	11226, 11150, 22025

BSStU, MfS

Bestand	Aktennummer
AGM	481, 494, 1758
Arbeitsbereich Mittag	53, 169
AS	9/57, Bd. III a, 9/57, Bd. III b, 9/57, Bd. IX, 20/82, 39/58, Bd. I, 39/58, Bd. II
BdL/Dok.	000862, 001079, 001329, 006109, 006500, 006678
BV Berlin, Abt. XX	3130, Teil 1/2, 3130, Teil 2/2
BV Berlin, AKG	4003
BV Gera, KD Jena	001837
BV Karl-Marx-Stadt, Abt. II	977
BV Karl-Marx-Stadt, Abt. IX	360
BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX	5, 3913

9.1 Quellenverzeichnis

BV Karl-Marx-Stadt, AGM	1923
BV Karl-Marx-Stadt, AKG	662, Bd. III, 1208, 1907, 1971, 2696, 2741, 3142, Bd. II, 3455, Bd. I, 3528, 5873, 6384, 6554, 6744, 6813, 9378, Bd. II
BV Karl-Marx-Stadt, BdL	251, 501507, 501636
BV Karl-Marx-Stadt, Ha	238
BV Karl-Marx-Stadt, KI	22
BV Karl-Marx-Stadt, Mb	97
BV Karl-Marx-Stadt, StOp	60, Bd. II, 433, 106, Bd. II, 491, Bd. I, 498, Bd. III
BV Potsdam, BVfS Pdm, BdL Dok.	400119, 400134, 401075
HA PS	10574
HA II	20930, 28422
HA II/6	178
HA II/13	2054
HA VI	11302, 12142
HA VII	1186, 2737, 2738, 2969, 6386, 9105
HA IX	772, 773, 1587, 1955, 16395
HA IX, Mikrofilm JHS	11884
HA XVIII	21659
HA XX	2416, 6015, 6098, 6104, 6175, 6193, 6194, 8424, 8517, 10056, 10193, 11191, 13508, 13565, 14171, 18574
HA XX, AKG	80, 6815
HA XXII	262/7, 407/3
Mikrofilm	121/83, 688/81, 710/83, 799/79
SdM	249
SED-KL	1630, 3656
Wachregiment	3771
ZAIG	318, 339, 364, 372, 397, 418, 461, 478, 494, 501, 526, 1009, 1012, 1014, 1018, 1045, 1074, 1078, 1086, 1129, 1157, 1158, 1526, 2485, 2509, 2521, 2593, 2604, 2617, 2623, 2671, 2743, 2746, 3050, 3103, 3112, 3147, 3175, 3661, 4100, 4119, 4152, 4156, 4236, 5075, 5521, 5522, 5523, 5524, 5529, 11326, 11327, 30490, 30923, 31066, 31078, 10.518
ZOS	191, 2393, 3208, 3209, 3210, 3211, 3212, 3291, 3368, 3501, 3699, 3700

9.1.2 Veröffentlichte Quellen³⁹⁵³

- Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR/Abteilung Soziologie des Bildungswesens (Hrsg.) 1983: Forschungsbericht. Soziale Erfahrungen der Schuljugend in ihrer Bedeutung für deren Bewußtseinsentwicklung und Erziehung, Berlin (Ost).
- Ammer, Thomas 1988 (a): Prozesse gegen Skinheads in der DDR, in: Deutschland Archiv, 21. Jg., H. 8, S. 804-807.
- Ders. 1988 (b): Spuren des „neuen Denkens“ in der SED, in: Deutschland Archiv, 21. Jg., H. 9, S. 913-918.
- An die Gemeinden in den Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 14. Juni 1978, in: Henrich, Wolfgang (Hrsg.) 1978: Wehrkunde in der DDR. Die neue Regelung ab 1. September 1978, Bonn, S. 39 f.
- An Euch alle, die Ihr jung seid! Beschluß des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend vom 4. Februar 1956, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.): Material der 12. Tagung des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend vom 3. und 4. Februar 1956, Berlin (Ost), S. 117-130.
- Anordnung über die Aufgaben und die Arbeitsweise der Kreiskulturhäuser in den Städten und auf dem Lande vom 31. März 1965, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971: Staatliche Dokumente zur sozialistischen Jugendpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik (Auswahl), Berlin (Ost), S. 413-416.
- Anordnung über die Finanzierung von Messen der Meister von morgen vom 22. September 1966, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971: Staatliche Dokumente zur sozialistischen Jugendpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik (Auswahl), Berlin (Ost), S. 409-412.
- Anordnung über die Gewährung von Stipendien an Direktstudenten der Universitäten, Hoch- und Fachschulen der Deutschen Demokratischen Republik – Stipendienordnung – vom 4. Juli 1968, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971: Staatliche Dokumente zur sozialistischen Jugendpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik (Auswahl), Berlin (Ost), S. 425-434.
- Antrag auf Einführung eines Faches „Friedenserziehung“ in den Schulunterricht. Eingabe des Ökumenischen Friedenskreises Dresden-Plauen an das Ministerium für Volksbildung vom 1. Mai 1987, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991: Bildungspolitik in der DDR 1966-1990. Dokumente, Berlin, S. 301 f.

3953 Die Jugendstudien, Zeitungsartikel von BZ, JW, ND und NZ sowie Gesetzblätter werden aus Gründen der Übersichtlichkeit nach ihrem Erscheinungsdatum aufgeführt.

- Antwortschreiben des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsapparates der DDR an den Koordinierungsausschuß vom 7. April 1984, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1986: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. XX, Berlin (Ost), S. 33 f.
- Anweiler, Oskar 1985: Das Bildungswesen, in: Jesse, Eckhard (Hrsg.): Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik. Die beiden deutschen Staaten im Vergleich, 4. Aufl., Berlin, S. 231-239.
- Ders. 1988: Schulpolitik und Schulsystem in der DDR, Opladen.
- Anweisung Nr. 10/83 über fakultative Kurse nach Rahmenprogramm für die Schüler der Klassen 9 und 10 an den allgemeinbildenden POS vom 17. Mai 1983, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991: Bildungspolitik in der DDR 1966-1990. Dokumente, Berlin, S. 193-197.
- Anweisung über den erweiterten Russischunterricht an zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen und erweiterten Oberschulen vom 30. April 1979, in: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Volksbildung, 27. Jg., H. 6, S. 37-39.
- Anweisung zur Stundentafel an erweiterten allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen vom 16. Dezember 1980, in: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Volksbildung und des Staatlichen Amtes für Berufsausbildung 1981, 29. Jahrgang, H. 1, S. 1-4.
- Anweisung zur vormilitärischen Ausbildung sowie zur Sanitätsausbildung in der Zivilverteidigung der Lehrlinge vom 12. Mai 1982, in: Henrich, Wolfgang/Gottfried Linn (Hrsg.) 1984: Die sozialistische Wehrerziehung in der DDR. Dokumentation und Analyse, Bonn, S. 95-106.
- Appell der SED, der DKP und der SEW an die Parteien der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften und die Jugendverbände, an alle Menschen in Europa, die in Frieden leben wollen. Beschluß vom 27. September 1983, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1984: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. XIX, Berlin (Ost), S. 378-380.
- Arbeitsbereiche der produktiven Arbeit in Betrieben der metallverarbeitenden Industrie und der Elektrotechnik/Elektronik, Klassen 9 und 10, seit 1983, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991: Bildungspolitik in der DDR 1966-1990. Dokumente, Berlin, S. 362.
- Arbeitsentschließung des VI. Parlaments der FDJ, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1963: Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Bd. IV, Berlin (Ost), S. 370-387.
- Arbeitsgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Einführungs-gesetz vom 16. Juni 1977 in der Fassung von 1988, 16. Aufl., Berlin (Ost).
- Arenz, Waltraud 1989: Skinheads in der DDR. Analysen und Berichte Nr. 8/1989 (Manuskript), Bonn.

- Arlt, Wolfgang 1976: Zur Periodisierung der Jugendpolitik der SED in der Zeit des Kampfes um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Abteilung Propaganda (Hrsg.): Zur Jugendpolitik der SED und zu ihrer Verwirklichung in der FDJ bei der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR. Diskussionsbeiträge der wissenschaftlichen Konferenz des Zentralrates der FDJ und der Sektion Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock am 30. und 31. Januar in Rostock, Berlin (Ost), S. 7-11.
- Arnhardt, Gerhard 1988: Schulpforte – eine Schule im Zeichen der humanistischen Bildungstradition, Berlin (Ost).
- Aue, Herbert 1976: Die Jugendkriminalität in der DDR, Berlin.
- Aufgabenstellung des Ministeriums für Volksbildung und des Zentralrates der FDJ zur weiteren Entwicklung der staatsbürgerlichen Erziehung der Schuljugend in der DDR vom 9. April 1969, in: Anweiler, Oskar/Siegfried Baske (Hrsg.) 1979: Bildungspolitik in der DDR 1963-1976. Dokumente, Berlin, S. 259-274.
- Aufgabenstellung zur weiteren Entwicklung der staatsbürgerlichen Erziehung der Schuljugend vom 2. Februar 1966, in: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Volksbildung und des Staatlichen Amtes für Berufsausbildung, 14. Jg., H. 10, S. 121-129.
- Aurich, Eberhard 1985: Als revolutionäre Garde leisten wir unseren Beitrag zur Verwirklichung des Programms der SED – mit neuen Taten im „Ernst-Thälmann-Aufgebot“ vorwärts zum XI. Parteitag der SED! Rechenschaftsbericht des Zentralrates der FDJ an das XII. Parlament der Freien Deutschen Jugend, Berlin (Ost).
- Aus der Handreichung zur Seelsorge an Wehrpflichtige vom 6. November 1965, in: Büscher, Wolfgang u. a. (Hrsg.) 1982: Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978-1982, Hattingen, S. 48-64.
- Baacke, Dieter 1970: Beat – die sprachlose Opposition, 2. Aufl., München.
- Ders. 1987: Jugend und Jugendkulturen. Darstellung und Deutung, Weinheim/München.
- Bedingungen für die Teilnahme an Leistungen des Reisebüros der FDJ vom 1. Juli 1984, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1985: Ferien – Urlaub – Touristik der Jugend in der DDR. Rechtsvorschriften, Beschlüsse und Kommentare zur Feriengestaltung der Schüler und Studenten, zur Urlaubsgestaltung der werktätigen Jugend und der Lehrlinge sowie zur Jugendtouristik, Bd. VII, Berlin (Ost), S. 57-64.
- Beiträge zur Geschichte der FDJ 1978, 1. Jg., H. 1.
- Beiträge zur Geschichte der FDJ 1979, 2. Jg., H. 2.
- Bericht des Zentralkomitees an den VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1967, in: Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 17. bis 22. April 1967 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. IV, Berlin (Ost), S. 5-262.
- Bericht über eine Umfrage zu einigen Problemen von Jugend und Politik vom 16. Januar 1967, in: Niemann, Heinz 1993: Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln, S. 149-181.

- Bericht von Paul Verner über die Jugendarbeit der Partei auf dem XV. Parteitag der KPD am 19. und 20. April 1946 in Berlin, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.) 1986: Partei und Jugend. Dokumente marxistisch-leninistischer Jugendpolitik, 2. Aufl., Berlin (Ost), S. 253-264.
- Berliner Zeitung vom 4. August 1951: „Arbeitserfolge zu den Weltfestspielen“.
- BZ vom 14. Oktober 1951: „Das sind die Besten des friedlichen Aufbaus“.
- BZ vom 25. Juli 1952: „In der Reihe der Erbauer des Sozialismus. Die Jugend wird bei den neuen Großbauten aktiv mitarbeiten/Beschluß des Ministerrats der DDR“.
- BZ vom 13. Januar 1953: „Diskussion um die Tanzmusik“.
- BZ vom 11. Juni 1953: „Kommuniqué über eine Besprechung von Vertretern des Ministerrates und der Evangelischen Kirche“.
- BZ vom 10. Juli 1955: „Offen gesagt“.
- BZ vom 14. September 1955: „Comics und Schmökern den Garaus machen“.
- BZ vom 15. Januar 1956: „Sie tobten sich aus“.
- BZ vom 3. Februar 1956: „Rostock eröffnete einen Seemanns-Klub“.
- BZ vom 7. Februar 1956: „Die Uhr-Mutter wacht am Alex“.
- BZ vom 4. April 1956: „Petrus' Osterei war ein fauler Aprilscherz“.
- BZ vom 26. April 1956: „Gewissenlose Geschäftemacher“.
- BZ vom 24. Mai 1956: „Halbstarke verprügelten Polizisten“.
- BZ vom 25. Mai 1956: „1000 ‚Halbstarke‘ randalierten“.
- BZ vom 2. Juni 1956: „Wieder Rowdy-Überfall“.
- BZ vom 13. Dezember 1956: „Appell an den Urmenschen. Eine Trümmerschau von der neuen USA-Kulturwooge im Sportpalast“.
- BZ vom 3. September 1957: „Berlin Ecke Schönhauser I“.
- BZ vom 2. August 1958: „Klare Antwort an reaktionäre Kirchenführer“.
- BZ vom 28. Oktober 1958: „Blutige Schlacht im Sportpalast“.
- BZ vom 29. Oktober 1958 (a): „Blutige Schlacht“.
- BZ vom 29. Oktober 1958 (b): „Hintergrund der Sportpalastschlacht“.
- BZ vom 30. Oktober 1958: „Rock'n-Roll-Krawall mit Haley auch in Essen“.
- BZ vom 8. November 1958: „Humanistische Nationalkultur wahren und pflegen. Offener Brief des Nationalrats an die Kulturschaffenden Westdeutschlands“.
- BZ vom 14. März 1959: „Lipsi-Preistanz im Sechsviertelakt“.
- BZ vom 3. Juni 1960: „Politisiert Hilde wirklich zu viel? Was die Sozialistische Brigade ‚V. Parteitag‘ im Berliner Bremsenwerk bewegt“.
- BZ vom 17. September 1965: „Entfesselte Roheit“.
- BZ vom 11. März 1972: „Der VIII. Parteitag und unsere nächsten Aufgaben. Aus der Rede des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker“.
- BZ vom 13. Februar 1975: „Moderne Kohleöfen“.
- BZ vom 6. März 1976: „Herzliche Grüße für die FDJ“.
- BZ vom 21. August 1976: „Von abnormaler Handlung distanziert“.

9 Quellen- und Literaturverzeichnis

- BZ vom 14. Oktober 1977: „Brunnenvergifter am Werk“.
- BZ vom 8. April 1978: „Zeitzer Treffen wird neue Impulse geben“.
- BZ vom 20. Juni 1978: „Willi Stoph empfing Kirchenvertreter“.
- BZ vom 10. Februar 1979: „Unterstützung für Erziehung der Jugend. Beschluß des Präsidiums des FDGB-Bundesvorstandes“.
- BZ vom 5. Juni 1979: „Höhepunkt des Nationalen Jugendfestivals: Kampfdemonstration von 700.000 FDJlern“.
- BZ vom 26. März 1982: „Der Schutz unseres Vaterlandes ist eine Ehrenpflicht jedes Bürgers der DDR. Rede des Ministers für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Heinz Hoffmann, zur Begründung des Wehrdienstgesetzes“.
- BZ vom 6. August 1981: „„Morning Star“, London: Rockmusik soll Nazis rekrutieren“.
- BZ vom 3. Januar 1985: „Aufmarsch von Neonazis der BRD unter Polizeischutz. Demokratische Kräfte verhinderten Hetzkundgebung“.
- BZ vom 12. Februar 1985: „Engel der Hölle stehen vor Gericht. Größter Prozess in der Geschichte Hamburgs“.
- BZ vom 7. Februar 1986: „„Stern“, Hamburg: Nackter Terror der Skinheads. Rechtsradikale Jugendliche prügeln Türken zu Tode“.
- BZ vom 4. März 1988: „Erich Honecker empfing Landesbischof Dr. Leich. Wertschätzung für Friedensengagement der evangelischen Kirchen. Christen gestalten den Sozialismus als ihr eigenes Werk mit“.
- Beschluß der Regierung über die breite Entfaltung von Körperkultur und Sport unter der lernenden Jugend in den Berufsschulen und Lehrwerkstätten vom 19. Dezember 1952, in: Lindemann, Hans 1955: Die Jugend in der Gesetzgebung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost), S. 593-595.
- Beschluß der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik über die Grundsätze für die Aus- und Weiterbildung der Werktätigen bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik vom 16. September 1970, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971: Staatliche Dokumente zur sozialistischen Jugendpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik (Auswahl), Berlin (Ost), S. 202-219.
- Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 3. September 1957 über die Begeisterung und Tatkraft der Jugend für die Verwirklichung der großen Ideen des Sozialismus, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.) 1986: Partei und Jugend. Dokumente marxistisch-leninistischer Jugendpolitik, 2. Aufl., Berlin (Ost), S. 426-437.
- Beschluß des Sekretariats des Zentralrates der FDJ zur Werkstattwoche „Jugendtanzenmusik“ vom 20. Juli 1972, in: Wicke, Peter/Lothar Müller (Hrsg.) 1996: Rockmusik und Politik. Analysen, Interviews und Dokumente, Berlin, S. 202-206.

- Beschluß des Sekretariats des ZK der SED zu den Vorkommnissen während der 1000-Jahrfeier der Stadt Altenburg vom 8. September 1976, in: Wicke, Peter/Lothar Müller (Hrsg.) 1996: Rockmusik und Politik. Analysen, Interviews und Dokumente, Berlin, S. 207-215.
- Beschluß des Sekretariats vom 17. Oktober 1979, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1981: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. XVII, Berlin (Ost), S. 318-321.
- Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Aufgaben der Kultur bei der Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft vom 30. November 1967, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971: Staatliche Dokumente zur sozialistischen Jugendpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik (Auswahl), Berlin (Ost), S. 241-249.
- Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik. Die Einführung der 3. Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975 vom 3. April 1969, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971: Staatliche Dokumente zur sozialistischen Jugendpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik (Auswahl), Berlin (Ost), S. 252-283.
- Beschluß über den sozialistischen Berufswettbewerb vom 19. August 1970, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971: Staatliche Dokumente zur sozialistischen Jugendpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik (Auswahl), Berlin (Ost), S. 331-339.
- Beschluß über die zentralen Pionierlager vom 23. Juli 1963, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971: Staatliche Dokumente zur sozialistischen Jugendpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik (Auswahl), Berlin (Ost), S. 340-344.
- Böhme, Waltraud u. a. (Hrsg.) 1985: Kleines politisches Wörterbuch, Berlin (Ost).
- Bondy, Curt u. a. 1957: Jugendliche stören die Ordnung. Bericht und Stellungnahme zu den Halbstarkenkrawallen, München.
- Brake, Mike 1981: Soziologie der jugendlichen Subkulturen. Eine Einführung, Frankfurt a. M./New York.
- Breßlein, Erich 1973: Die Weltjugend und der Dogmatismus. Geschichte und Problematik der Weltjugendfestspiele, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23. Jg., H. B 22, S. 3-31.
- BruX, Arnim/Monika Welter 1988: Höher, schneller, weiter. Leistungsprinzip und Schulsport, in: Helwig, Gisela (Hrsg.): Schule in der DDR, Köln, S. 138-162.
- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1971: Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1971, Kassel.
- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1985: DDR Handbuch, Bd. I, 3. Aufl., Köln.
- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1987: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, Bonn.

9 Quellen- und Literaturverzeichnis

- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.) 1989: Jahresbericht 1988, Bonn.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.) o. J.: ... Erziehung zum Haß! Jugend in der DDR, Bonn.
- Dähn, Horst 1982: Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945-1980, Opladen.
- Das Politbüro an die Frauen vom 18. April 1950, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. III, Berlin (Ost), S. 12-14.
- Deja-Löhlhoffel, Brigitte 1986: Freizeit in der DDR, Berlin.
- Dies. 1988: Erziehung nach Plan. Schule und Ausbildung in der DDR, Berlin.
- Den Einfluß der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften auf die kommunistische Erziehung der Schuljugend erhöhen. Beschluß des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB vom 9. Februar 1979, in: Deutsche Lehrerzeitung (Beilage), 26. Jg., H. 11, S. 3.
- Der Aufbau des Verbandes Junge Pioniere. Beschluß der 18. Tagung des Zentralrates der FDJ vom 6. Februar 1949, in: Zentralrat der FDJ. Abteilung Junge Pioniere/Organisationsleben (Hrsg.) 1968: Seid bereit – für die Sache Ernst Thälmanns. Dokumente und Bilder zur Geschichte der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ 1945-1952, Bd. II, Berlin (Ost), S. 86-89.
- Der Jugend unser Herz und unsere Hilfe. Über die Verantwortung und die Aufgaben der Partei bei der sozialistischen Erziehung und Förderung der gesamten Jugend der Deutschen Demokratischen Republik. Beschluß des Politbüros des ZK vom 24. Januar 1956, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1958: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. VI, Berlin (Ost), S. 11-33.
- Der Jugend Vertrauen und Verantwortung. Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees. Beschluß des Politbüros des ZK vom 17. September 1963, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1965: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. IX, Berlin (Ost), S. 679-706.
- Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei. Beschließung des Zentralkomitees vom 26. Juli 1953 (15. Tagung), in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1954: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. IV, Berlin (Ost), S. 449-478.
- Der Spiegel 1958: Haley-Krawalle. Saat der Gewalt, 11. Jg., H. 45, S. 78 f.
- Der Stern 1987: Unruhe Geister unter Gottes Dächern, 39. Jg., H. 27, S. 84.
- Der Tagesspiegel vom 19. September 1987: „Unabhängige Friedensgruppen demonstrierten erneut in der DDR. Kundgebung zum Palme-Marsch in Dresden“.

- Die Aufgaben der Bildungsstätten der Bezirks- und Kreisleitungen sowie der Leitungen von Parteiorganisationen der SED in Betrieben. Beschluß des Sekretariats des ZK vom 27. Mai 1987, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1989: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. XXI, Berlin (Ost), S. 377-382.
- Die Aufgaben der Partei zur Förderung der Freien Deutschen Jugend. Entschließung des Zentralkomitees vom 23. Februar 1952 (8. Tagung), in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. III, Berlin (Ost), S. 739-750.
- Die deutsche Jugend hat Pfingsten 1950 eine bedeutende Schlacht um den Frieden gewonnen. Aufruf des Politbüros vom 30. Mai 1950, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. III, Berlin (Ost), S. 44 f.
- Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1950, in: Beschlüsse und Dokumente des III. Parteitages der SED vom 20. bis 24. Juli, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1951, S. 17-67.
- Die Grundrechte der jungen Generation, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960: Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Bd. I, Berlin (Ost), S. 54-58.
- Die ideologische Waffe der Partei für Frieden und Sozialismus – Presse, Rundfunk und Fernsehen beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Entschließung der 4. Journalistenkonferenz des ZK der SED. Bestätigt durch das Politbüro des ZK am 9. Februar 1965, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1967: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. X, Berlin (Ost), S. 275-287.
- Die ideologischen Aufgaben unseres Verbandes. Beschluß des Büros des ZR der FDJ über die Ergebnisse des 1. Schuljahres der Freien Deutschen Jugend und die Aufgaben des Verbandes bei der Vorbereitung und Durchführung des Schuljahres 1952/53 vom 29. Oktober 1951, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960: Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Bd. II, Berlin (Ost), S. 290-302.
- Die Jugend der Deutschen Demokratischen Republik, ihre Zukunft und die sozialistische Gesellschaft. Beschluß des Politbüros des ZK vom 24. Januar 1961, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1962: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. VIII, Berlin (Ost), S. 340-366.

- Die Jugend in der Partei. Entschließung des Parteivorstandes vom 21. Oktober 1948, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralsekretariats und des Politischen Büros, Bd. II, 3. Aufl., Berlin (Ost), S. 146-149.
- Die junge Generation im Kampf für Frieden, Einheit und ein besseres Leben. Aus der Entschließung des IV. Parlaments der Freien Deutschen Jugend, Pfingsten 1952 in Leipzig, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960: Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Bd. II, Berlin (Ost), S. 419-434.
- Die nächsten Aufgaben der allgemeinbildenden Schule. Entschließung des Zentralkomitees vom 19. Januar 1951 (4. Tagung), in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. III, Berlin (Ost), S. 332-344.
- Die neue Lage und die Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Vorbereitung der III. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands). Beschluß des Zentralkomitees vom 27. Oktober 1955 (25. Tagung), in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1956: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. V, Berlin (Ost), S. 445-511.
- Die SED begrüßt das Jugendparlament vom 8. Juni 1946, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes, Bd. I, 3. Aufl., Berlin (Ost), S. 47.
- Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Beschluß des Politbüros vom 5. Juli 1955, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1956: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. V, Berlin (Ost) S. 337-368.
- Die Verfassung der Freien Deutschen Jugend (nach den vom IV. Parlament der FDJ Pfingsten 1952 in Leipzig einstimmig angenommenen Abänderungen und Ergänzungen), in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960: Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Bd. II, Berlin (Ost), S. 404-419.
- Die Welt vom 19. Mai 1982: „Friedensunterricht contra Wehrkunde“.
- Direktive des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 bis 1975, in: VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 15. bis 19. Juni 1971. Dokumente des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 7. Aufl., Berlin (Ost) 1971, S. 42-153.

- Direktive des XI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990. Beschluß des XI. Parteitages vom 20. April 1986, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1989: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. XXI, Berlin (Ost), S. 66-156.
- Direktive Nr. 4 des Ministers für Volksbildung zur Organisation, Vorbereitung und Durchführung der freiwilligen Wehrausbildung der Jungen der Klassen 9 im Lager – Lagerdirektive – vom 1. Februar 1979, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann 1991: Bildungspolitik in der DDR 1966-1990. Dokumente, Berlin, S. 120 f.
- Direktiven des Ministeriums für Volksbildung (der DDR) zur Einführung und Gestaltung des Wehrunterrichts an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen vom 1. Februar 1978, in: Henrich, Wolfgang (Hrsg.) 1978: Wehrkunde in der DDR. Die neue Regelung ab 1. September 1978, Bonn, S. 25-33.
- Dübel, Siegfried 1964: Jugend im Produktions- und Bildungsplan der SED, in: ders. (Hrsg.): Dokumente zur Jugendpolitik der SED, München, S. 7-44.
- Ebert, Horst u. a. (Hrsg.) 1975: Wörterbuch zur sozialistischen Jugendpolitik, Berlin (Ost).
- Ehring, Klaus/Martin Dallwitz 1982: Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Reinbek bei Hamburg.
- Ein schwerwiegender Fehler. Kanzelabkündigung der sächsischen Landeskirche vom 28. März 1982, in: Büscher, Wolfgang u. a. (Hrsg.) 1982: Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978-1982, Hattingen, S. 293-298.
- Einschätzung zur Wirksamkeit und Konzeption zur Erhöhung der Qualität des Staatsbürgerkundeunterrichts und der politischen Arbeit mit den Staatsbürgerkundelehrern nach dem X. Parteitag der SED vom Dezember 1981, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991: Bildungspolitik in der DDR 1966-1990. Dokumente, Berlin, S. 166-173.
- Eisenfeld, Bernd 1978: Kriegsdienstverweigerung in der DDR – ein Friedensdienst? Genesis, Befragung, Analyse, Dokumente, Frankfurt a. M.
- Eisenmann, Peter 1984: Die vermilitarisierte Jugend in der DDR. Grundfragen sozialistischer Bewußtseinsbildung, in: Baske, Siegfried/Horst Rögner-Francke (Hrsg.): Jugendprobleme im geteilten Deutschland, Bd. XI, Berlin, S. 73-89.
- Eltern, deren Kinder nicht am Wehrunterricht teilnehmen. Schreiben des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt vom 22. Mai 1985, in: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (Hrsg.) 1996: Schule: Streng vertraulich. Die Volksbildung der DDR in Dokumenten, Bd. I, Berlin, S. 496.
- Elterneingabe zum Wehrunterricht und Antrag auf Freistellung von den Hans-Beimler-Wettkämpfen an das Ministerium für Volksbildung vom 3. Dezember 1988, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991: Bildungspolitik in der DDR 1966-1990. Dokumente, Berlin, S. 311-313.

- Eltze, Werner 1976: Der Anteil der FDJ bei der Organisation des bewaffneten Schutzes der DDR und der Erziehung der Jugend zur Wehrbereitschaft und Wehrfähigkeit in der Zeit von 1949-1961, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Abteilung Propaganda (Hrsg.) 1976: Zur Jugendpolitik der SED und zu ihrer Verwirklichung in der FDJ bei der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR. Diskussionsbeiträge der wissenschaftlichen Konferenz des Zentralrates der FDJ und der Sektion Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock am 30. und 31. Januar in Rostock, Berlin (Ost), S. 32-35.
- Endruweit, Günter/Gisela Trommsdorf (Hrsg.) 1989: Wörterbuch der Soziologie, Bd. III, Stuttgart.
- Erste Positionen zur Erneuerung im Bildungswesen. Bestätigt in der Vollversammlung des Neuen Forum am 28. November 1989, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991: Bildungspolitik in der DDR 1966-1990. Dokumente, Berlin, S. 326-328.
- Familiengesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung vom 20. Dezember 1965, in: Ministerium für Justiz (Hrsg.) 1982: Familiengesetzbuch sowie angrenzende Bestimmungen, 6. Aufl., Berlin (Ost), S. 10-47.
- Fehr, Hartmut 1986: Politisches System und Interessenpolitik im „real existierenden“ Sozialismus. Zum Verhältnis von Staat und evangelischen Kirchen in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 36. Jg., H. B 27, S. 35-45.
- Felfe, Werner 1983: Aus dem Bericht des Politbüros an die 7. Tagung des ZK der SED am 24. und 25. November 1983, Berlin (Ost).
- Filme, die sich für die sozialistische Wehrerziehung eignen, vom 15. Januar 1973, in: Henrich, Wolfgang/Gottfried Linn (Hrsg.) 1984: Die sozialistische Wehrerziehung in der DDR. Dokumentation und Analyse, Bonn, S. 115-118.
- Förtsch, Eckart 1969: Die SED, Stuttgart u. a.
- Frankfurter Rundschau vom 7. September 1987: „Erstmals kirchlicher Friedenszug in DDR. Behörden duldeten unangemeldeten Marsch“.
- Frankiewicz, Heinz 1981: Erfahrungen bei der Gestaltung der produktiven Arbeit der Schüler im Betrieb unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Referat auf dem VII. Internationalen Polytechnischen Seminar in der DDR vom 26. bis 30. Oktober 1981. Auszug, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991: Bildungspolitik in der DDR 1966-1990. Dokumente, Berlin, S. 161-165.
- Freiburg, Arnold 1977: Zur Jugendkriminalität in der DDR, in: Jaide, Walter/Barbara Hille (Hrsg.): Jugend im doppelten Deutschland, Opladen, S. 129-181.
- Ders. 1981 (a): „Freie Deutsche Jugend“. Aufgaben und Strukturen der FDJ, in: Deutsche Studien, 19. Jg., H. 76, S. 360-373.
- Ders. 1981 (b): Kriminalität in der DDR. Zur Phänomenologie des abweichenden Verhaltens im sozialistischen Staat, Opladen 1981.
- Ders. 1984 (a): Jugendkriminalität in der DDR. Aktuelle Tendenzen, in: Baske, Siegfried/Horst Rögner-Francke (Hrsg.): Jugendprobleme im geteilten Deutschland, Bd. XI, Berlin, S. 223-239.

- Ders. 1984 (b): Kriminalität und Kriminalpolitik in der DDR 1968-1983, in: Voigt, Dieter (Hrsg.): Die Gesellschaft der DDR. Untersuchungen zu ausgewählten Bereichen, Bd. X, Berlin, S. 65-117.
- Ders. 1988: „Immer bereit zum Lernen“. Schule und Jugendverband in der DDR, in: Helwig, Gisela (Hrsg.): Schule in der DDR, Köln, S. 65-89.
- Ders./Christa Mahrad 1982: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen.
- Dies. 1984: Zur Rolle der sozialistischen Jugendorganisation in der Schule der DDR, in: Baske, Siegfried (Hrsg.): Bildungspolitische und pädagogische Probleme der Schulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. VIII, Berlin, S. 135-161.
- Freie Bahn unserer Jugend! Beschluß des Politbüros vom 17. Januar 1950, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1950: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralsekretariats und des Politischen Büros, Bd. II, 3. Aufl., Berlin (Ost), S. 435-439.
- Fricke, Karl Wilhelm 1984: Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln.
- Friedländer, Ernst 1947: Deutsche Jugend. Fünf Reden, Hamburg.
- Friedrich, Gerd 1951: Die Freie Deutsche Jugend. Stoßtrupp des Kommunismus in Deutschland, Köln.
- Friedrich, Walter 1966: Jugend heute. Theoretische Probleme, empirische Daten, pädagogische Konsequenzen, Berlin (Ost).
- Ders. 1975: Jugend und Gesellschaft, in: ders. u. a. (Hrsg.): Jugend, FDJ, Gesellschaft. Beiträge zur sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung junger Arbeiter und Studenten in der DDR, Berlin (Ost), S. 11-36.
- Ders. 1988: „Einige Reflexionen über geistig-kulturelle Prozesse in der DDR“. Expertise des Direktors des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig, Walter Friedrich, für Egon Krenz vom 21. November, in: Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.) 1994: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin, S. 39-53.
- Ders. u. a. (Hrsg.) 1975: Wörterbuch zur sozialistischen Jugendpolitik, Berlin (Ost).
- Ders. u. a. 1983: Soziale Psychologie älterer Schüler, Berlin (Ost).
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1982: Wehrpropaganda und Wehrerziehung in der DDR, Bonn.
- Dies. (Hrsg.) 1985: Das Bildungswesen in der DDR, 2. Aufl., Bonn.
- Dies. (Hrsg.) 1987: Organisationen und Verbände in der DDR. Ihre Rolle und Funktion in der Gesellschaft, Bonn.
- Dies. (Hrsg.) 1988: Jugend in der DDR. Zu Jugendalltag und Jugendproblemen im „Sozialismus“, Bonn.

- Für eine neue Qualität der politisch-ideologischen Arbeit mit den Menschen. Beschluß des Politbüros des ZK vom 23. Februar 1965, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1967: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. X, Berlin (Ost), S. 316-328.
- Geier, Wolfgang/Dieter Wiedemann 1975: Fragen der kulturell-künstlerischen Freizeitgestaltung Jugendlicher, in: Friedrich, Walter u. a. (Hrsg.): Jugend, FDJ, Gesellschaft. Beiträge zur sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung junger Arbeiter und Studenten in der DDR, Berlin (Ost), S. 339-369.
- Gericke, Thomas 1989: Stichwort: Umwelt – Ergebnisse einer Gruppendiskussion mit Landjugendlichen, in: Zentralinstitut für Jugendforschung (Hrsg.): Aus der Arbeit des Zentralinstituts für Jugendforschung zur Würdigung Walter Friedrichs anläßlich seines 60. Geburtstages im Oktober 1989, Leipzig, S. 21-23.
- Gerth, Werner u. a. 1979: Zur Entwicklung der Arbeiterjugendforschung am ZIJ, in: Zentralinstitut für Jugendforschung (Hrsg.): Aus der Arbeit des Zentralinstituts für Jugendforschung, Leipzig, S. 15-27.
- Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR vom 25. Februar 1965, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik/Ministerium für Volksbildung (Hrsg.) 1971, Berlin (Ost).
- Gesetz über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (1951-1955) vom 1. November 1951, in: Lindemann, Hans 1955: Die Jugend in der Gesetzgebung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost), S. 109-121.
- Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik vom 2. Dezember 1959, in: Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.) 1966: Dokumente zur Bildungspolitik in der Sowjetischen Besatzungszone, Bonn/Berlin, S. 175-182.
- Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schulen vom Mai 1946, in: Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.) 1966: Dokumente zur Bildungspolitik in der Sowjetischen Besatzungszone, Bonn/Berlin, S. 7-10.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950 (a): Verordnung zur Verbesserung der Ausbildung qualifizierter Industriearbeiter in den Berufsschulen und Betriebsfachschulen vom 26. Januar 1950, in: Regierungskanzlei der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), II. Halbjahr, Nr. 9, Berlin (Ost), S. 58-60.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950 (b): Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung in der Fassung vom 8. Februar 1950, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 15, Berlin (Ost), S. 95-99.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950 (c): Gesetz über die Herabsetzung des Volljährigkeitsalters vom 17. Mai 1950, in: Regierungskanzlei der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), I. Halbjahr, Nr. 57, Berlin (Ost), S. 437.

- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950 (d): Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau vom 27. September 1950, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 111, Berlin (Ost), S. 1037-1042.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950 (e): Gesetz über die Schulpflicht in der Deutschen Demokratischen Republik (Schulpflichtgesetz) vom 15. Dezember 1950, in: Regierungskanzlei der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), II. Halbjahr, Nr. 142, Berlin (Ost), S. 1203-1204.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1954 (a): Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die körperliche Erziehung der Schüler an den allgemeinbildenden Schulen vom 28. Januar 1954, in: Regierungskanzlei der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), I. Halbjahr, Nr. 19, Berlin (Ost), S. 142 f.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1954 (b): Anordnung über die laufende gesundheitliche Überwachung für Kinder und Jugendliche vom 27. Februar 1954, in: Regierungskanzlei der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), I. Halbjahr, Nr. 19, Berlin (Ost), S. 250 f.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1954 (c): Erste Durchführungsbestimmung zur Anordnung über die laufende gesundheitliche Überwachung für Kinder und Jugendliche vom 27. Februar 1954, in: Regierungskanzlei der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), I. Halbjahr, Nr. 19, Berlin (Ost), S. 251 f.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1954 (d): Verordnung zur Verbesserung der Arbeit der allgemeinbildenden Schulen vom 4. März 1954, in: Regierungskanzlei der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), I. Halbjahr, Nr. 28, Berlin (Ost), S. 269-280.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1955: Verordnung zum Schutze der Jugend vom 15. September 1955, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 80, Berlin (Ost), S. 641-643.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1956 (a): Anordnung über die Erfüllung des Planes der Berufsausbildung und des Arbeitskräfteplanes (Position Neueinstellung von Jugendlichen) sowie über die Berufsberatung der Grund-, Mittel- und Oberschüler vom 24. Januar 1956, in: Büro des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 13, Berlin (Ost), S. 121-128.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1956 (b): Plan des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik zur Förderung der Jugend im Jahre 1956 vom 30. Januar 1956, in: Büro des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 15, Berlin (Ost), S. 137-143.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1957: Beschluß über den Plan zur Förderung der Jugend im Jahre 1957 vom 24. Januar 1957, in: Büro des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 11, Berlin (Ost), S. 97-102.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1958: Anordnung über die Programmgestaltung bei Unterhaltungs- und Tanzmusik vom 2. Januar 1958, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 4, Berlin (Ost), S. 38-39.

- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1959 (a): Beschluß über die „Woche der Jugend und der Sportler“ vom 26. März 1959, in: Büro des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 21, Berlin (Ost), S. 279-280.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1959 (b): Anordnung über die Feriengestaltung für alle Schüler der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen vom 6. April 1959, in: Büro des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 24, Berlin (Ost), S. 324-327.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1960: Anordnung über die Feriengestaltung für Schüler vom 18. Februar 1960, in: Büro des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 16, Berlin (Ost), S. 151-154.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1961 (a): Verordnung über Aufenthaltbeschränkung vom 24. August 1961, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil II, Nr. 55, Berlin (Ost), S. 343-344.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1961 (b): Gesetz zur Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik (Verteidigungsgesetz) vom 20. September 1961, in: Büro des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 18, Berlin (Ost), S. 175-178.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1962 (a): Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht (Wehrpflichtgesetz) vom 24. Januar 1962, in: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 1, Berlin (Ost), S. 2-6.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1962 (b): Beschluß über die Entwicklung des Jugendherbergswesens und zur Förderung der Jugendtouristik vom 1. Juni 1962, in: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil II, Nr. 45, Berlin (Ost), S. 389-390.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1962 (c): Beschluß zur Verbesserung und weiteren Entwicklung des Mathematikunterrichts in den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen der Deutschen Demokratischen Republik vom 17. Dezember 1962, in: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil II, Nr. 100, Berlin (Ost), S. 853-858.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1963: Beschluß über die Grundsätze der weiteren Systematisierung des polytechnischen Unterrichts, der schrittweisen Einführung der beruflichen Grundausbildung und der Entwicklung von Spezialschulen und -klassen vom 3. Juli 1963, in: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil II, Nr. 65, Berlin (Ost), S. 501-507.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1964 (a): Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Aufstellung von Baueinheiten im Bereich des Ministeriums für Nationale Verteidigung vom 7. September 1964, in: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 11, Berlin (Ost), S. 129-130.

- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1964 (b): Anordnung über die Traktoren-Fahrschulausbildung der Schüler der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen im polytechnischen Unterricht, in der beruflichen Grundausbildung und der Schüler der erweiterten polytechnischen Oberschulen in der vollen Berufsausbildung vom 29. September 1964, in: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil II, Nr. 97, Berlin (Ost), S. 811-812.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1965: Anordnung Nr. 2 über die Ausübung von Tanz- und Unterhaltungsmusik vom 1. November 1965, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil II, Nr. 112, Berlin (Ost), S. 777 f.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1966 (a): Anordnung über das Statut des Zentralinstituts für Jugendforschung beim Amt für Jugendfragen vom 22. Juni 1966, in: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil II, Nr. 72, Berlin (Ost), S. 463-465.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1966 (b): Anordnung zur Lenkung der Schulabgänger und Jugendlichen in Lehr- und Arbeitsstellen vom 31. August 1966, in: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil II, Nr. 98, Berlin (Ost), S. 622-624.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1967: Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik „Jugend und Sozialismus“ vom 10. April 1967, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 4, Berlin (Ost), S. 31-44.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1968 (a): Beschluß über die Jugendforschung in der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. März 1968, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil II, Nr. 23, Berlin (Ost), S. 97-104.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1968 (b): Die Volkskammer ruft zum Volksentscheid. Gebt Euer Ja der neuen Verfassung! (Auszubetrag 28. März 1968), in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 7, Berlin (Ost), S. 195.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1968 (c): Fünfte Durchführungsbestimmung zum Jugendgesetz der DDR – Messe der Meister von morgen – vom 25. April 1968, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil II, Nr. 51, Berlin (Ost), S. 272-274.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1968 (d): Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Aufgaben der Körperkultur und des Sports bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. September 1968, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 15, Berlin (Ost), S. 279-286.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1969: Verordnung zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vom 26. März 1969, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil II, Nr. 32, Berlin (Ost), S. 219-222.

- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1970 (a): Beschluß des Staates der Deutschen Demokratischen Republik über die weiteren Aufgaben bei der Verwirklichung der Grundsätze für die Weiterentwicklung der Berufsausbildung als Bestandteil des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus vom 19. Juni 1970, in: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 14, Berlin (Ost), S. 99-102.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1970 (b): Gesetz über die Zivilverteidigung in der Deutschen Demokratischen Republik – Zivilverteidigungsgesetz – vom 16. September 1970, in: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I Nr. 20, Berlin (Ost), S. 289-290.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1970 (c): Siebente Durchführungsbestimmung zum Jugendgesetz der DDR – Weiterentwicklung der Bewegung „Messe der Meister von morgen“ – vom 28. Oktober 1970, in: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil II, Nr. 90, Berlin (Ost), S. 547-637.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1972: Anordnung über die weitere Entwicklung der Feriengestaltung der Schüler und Studenten sowie der Urlaubsgestaltung der Lehrlinge vom 1. September 1972, in: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil II, Nr. 64, Berlin (Ost), S. 693-698.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1973 (a): Anordnung über das Statut des Zentralinstituts für Jugendforschung vom 4. Juli 1973, in: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 35, Berlin (Ost), S. 372 f.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1973 (b): Anordnung über Diskothekenveranstaltungen – Diskothekordnung – vom 15. August 1973, in: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 38, Berlin (Ost), S. 401-404.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1974: Gemeinsamer Beschluß des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik und des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend über die Bildung und Verwendung des „Kontos junger Sozialisten“ in volkseigenen Betrieben, Kombinat, Staatsorganen und staatlichen Einrichtungen vom 21. März 1974, in: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 20, Berlin (Ost), S. 191-193.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1976 (a): Verordnung über die Bewegung Messe der Meister von morgen vom 29. Januar 1976, in: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 8, Berlin (Ost), S. 141-144.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1976 (b): Anordnung Nr. 2 über Diskothekenveranstaltungen – Diskothekordnung – vom 24. Mai 1976, in: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 23, Berlin (Ost), S. 309-310.

- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1978: Gesetz über die Landesverteidigung der Deutschen Demokratischen Republik (Verteidigungsgesetz) vom 13. Oktober 1978, in: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 35, Berlin (Ost), S. 377-380.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1981 (a): Anordnung über die Aufgaben, die Rechtsstellung und die Finanzierung von ehrenamtlich geleiteten Jugendklubs der FDJ sowie die Rechte und Pflichten ihrer Träger vom 18. Juni 1981, in: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 22, Berlin (Ost), S. 279-280.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1981 (b): Anordnung über die Durchführung der wissenschaftlich-praktischen Arbeit und des Produktionseinsatzes der Schüler der erweiterten allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen vom 2. September 1981, in: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 28, Berlin (Ost), S. 341-343.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1982: Gesetz über den Wehrdienst in der Deutschen Demokratischen Republik – Wehrdienstgesetz – vom 25. März 1982, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 12, Berlin (Ost), S. 221-229.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1985 (a): Anordnung Nr. 2 über die Verleihung eines Stipendiums der Freien Deutschen Jugend zur Förderung hervorragender junger Arbeiter und Genossenschaftsbauern während des Direktstudiums – FDJ-Stipendium – vom 18. Juni 1985, in: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 20, Berlin (Ost), S. 247 f.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1985 (b): Verordnung über die Erhöhung der Unterstützung für Studenten und Lehrlinge mit Kindern vom 16. Juli 1985, in: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 21, Berlin (Ost), S. 249.
- Gesetzbuch der Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung vom 21. April 1961, Berlin (Ost).
- Geyer, Horst 1956: Die Politisierung des Sports in der Sowjetzone, in: Zeitschrift für Politik, 3. Jg., H. 1, S. 73-86.
- Girod, Marianne 1961: Makarenko. Pädagoge und Schriftsteller, Halle/Saale.
- Goltz, Marianne u. a. 1966: „Was junge Leute lesen“, in: Der Bibliothekar, 20. Jg., H. 6, S. 665-668.
- Gonnermann, Bernhard u. a. 1987: Sozialistische Militärpolitik und Wehrbereitschaft. Militärpolitisches Grundwissen für die sozialistische Wehrerziehung, Berlin (Ost).
- Gorbatschow, Michail 1986: Grußansprache am 18. April, in: Protokoll der Verhandlungen des XI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 17. bis 21. April 1986 im Palast der Republik in Berlin, Berlin (Ost), S. 152-163.
- Gramenz, Werner/Manfred Zmarzly 1979: Zu Problemen der sozialistischen Wehrerziehung, in: Deutsche Lehrerzeitung (Konsultation), 26. Jg., H. 51, S. 2-98.
- Greift zum Gewehr, Kameraden! Herz, trommle zornig Alarm ..., in: Büro des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1961: Unter der blauen Fahne. Kurze Darstellung der Entwicklung der Freien Deutschen Jugend, Berlin (Ost), S. 69-72.

- Grotewohl, Otto 1949: Die Politik der Partei und die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus, in: Protokoll der Ersten Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 25. bis 28. Januar 1949, Berlin (Ost), S. 327-397.
- Grundsätze für die Weiterentwicklung der Berufsausbildung als Bestandteil des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems vom 11. Juni 1968, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971: Staatliche Dokumente zur sozialistischen Jugendpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik (Auswahl), Berlin (Ost), S. 182-201.
- Grundsätze und Ziele der Freien Deutschen Jugend, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960: Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Bd. I, Berlin (Ost), S. 48.
- Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschluß des Vereinigungsparteitages vom 21. April 1946, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes, Bd. I, 3. Aufl., Berlin (Ost), S. 5-10.
- Gründungsbeschluß der FDJ, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960: Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Bd. I, Berlin (Ost), S. 45.
- Grüneberg, Gerhard 1975: Erich Honecker zur Einberufung des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Aus dem Bericht des Politbüros an die 14. Tagung des ZK der SED. Aus den Diskussionsreden, Berlin (Ost).
- Grunenberg, Antonia 1986: Jugend in der DDR: Zwischen Resignation und Aussteigertum, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 36. Jg. H. B 27, S. 3-19.
- Dies. 1989: Bewußtseinslagen und Leitbilder in der DDR, in: Weidenfeld, Werner/Hartmut Zimmermann (Hrsg.): Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, Bonn, S. 221-241.
- Grußadresse an den VII. Kongreß der Gesellschaft für Sport und Technik vom 25. Juni 1982, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1984: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. XIX, Berlin (Ost), S. 102 f.
- Grußadresse an die XXV. Zentrale Messe der Meister von morgen und die VIII. Zentrale Leistungsschau der Studenten und jungen Wissenschaftler vom 8. November 1982, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1984: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. XIX, Berlin (Ost), S. 152 f.
- Grußadresse des Zentralkomitees an das X. Parlament der Freien Deutschen Jugend vom 1. Juni 1976, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1980: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. XVI, Berlin (Ost), S. 264.

- Grußadresse des Zentralkomitees der SED an das X. Parlament der Freien Deutschen Jugend, in: Der IX. Parteitag der SED und die Aufgaben der Jugend. Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Erich Honecker, auf dem X. Parlament der Freien Deutschen Jugend, Berlin (Ost) 1976, S. 25-27.
- Grußadresse des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik an den IV. Kongreß der Gesellschaft für Sport und Technik vom 12. September 1968, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1971: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. XII, Berlin (Ost), S. 134-136.
- Grußschreiben an die Teilnehmer der Tage der Freundschaft zwischen der Jugend der DDR und der ČSSR vom 29. Mai 1982, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1984: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. XIX, Berlin (Ost), S. 74 f.
- Grußschreiben des Zentralkomitees der SED und des Staatsrates der DDR an das Weltforum der Jugend und Studenten für Frieden, Entspannung und Abrüstung vom 19. Januar 1981, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1982: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. XVIII, Berlin (Ost), S. 279 f.
- Günther-Schellheimer, Edgar u. a. (Hrsg.) 1988: Makarenko, Anton Semjonowitsch: Pädagogische Werke. Pädagogische Schriften 1922-1936, Bd. I, Berlin (Ost).
- Gysi, Gregor 1989: Wir kämpfen für die DDR, für soziale Sicherheit, für Stabilität und Frieden. Referat von Gregor Gysi zu aktuellen Aufgaben der Partei, in: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS Partei des Demokratischen Sozialismus am 8./9. und 16./17. Dezember 1989, Berlin 1990, S. 75-125.
- Hager, Kurt 1965: Beratung der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Beschlusses über die ideologische Arbeit unter der Jugend in der jetzigen Zeit vom 9. November, in: Agde, Günter (Hrsg.) 1991: Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin, S. 284-288.
- Ders. 1972: Zu Fragen der Kulturpolitik. 6. Tagung des ZK der SED am 6. und 7. Juli 1972, Berlin (Ost).
- Ders. 1984: Aus dem Bericht des Politbüros an die 8. Tagung des ZK der SED am 24. Mai 1984, Berlin (Ost).
- Ders. 1988: Aus dem Bericht des Politbüros an die 6. Tagung des ZK der SED am 9. und 10. Juni 1988, Berlin (Ost).
- Hanke, Helmut 1979: Freizeit in der DDR, Berlin (Ost).
- Hanke, Irma 1976: Vom neuen Menschen zur sozialistischen Persönlichkeit. Zum Menschenbild der SED, in: Deutschland Archiv, 9 Jg., H. 5, S. 492-515.
- Hartwig, Jürgen/Albert Wimmel 1979: Wehrerziehung und vormilitärische Ausbildung der Kinder und Jugend in der DDR, Stuttgart-Degerloch.

- Helft der Jugend! Offener Brief der Genossen Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl an die Partei vom 29. Juni 1949, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1958: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralsekretariats und des Politischen Büros, Bd. II, 3. Aufl., Berlin (Ost), S. 253-256.
- Helwig, Gisela 1984: Jugend und Familie in der DDR. Leitbild und Alltag im Widerspruch, Köln.
- Dies. 1988 (a): „Solides Wissen und klassenmäßige Erziehung“. Zur Einführung in das Bildungssystem der DDR, in: dies. (Hrsg.): Schule in der DDR, Köln, S. 5-36.
- Dies. 1988 (b): „Unerbitterlicher Kampf gegen die Feinde des Fortschritts“. Zur weltanschaulichen Erziehung in den Schulen der DDR, in: dies. (Hrsg.): Schule in der DDR, Köln, S. 90-110.
- Henrich, Wolfgang 1983: Zur Einführung. Militarisierung als tragendes politisches Prinzip der DDR, in: ders. (Hrsg.): Wehrdienstgesetz und Grenzgesetze der DDR. Dokumentation und Analyse, Bonn, S. 9-12.
- Ders./Gottfried Linn 1984 (a): Grundlagen der sozialistischen Wehrerziehung, in: dies. (Hrsg.): Die sozialistische Wehrerziehung in der DDR. Dokumentation und Analyse, Bonn, S. 21-24.
- Dies. 1984 (b): Wirkungen – Jugendliche und Erwachsene über ihre Erfahrungen mit der sozialistischen Wehrerziehung, in: dies. (Hrsg.): Die sozialistische Wehrerziehung in der DDR. Dokumentation und Analyse, Bonn, S. 222-238.
- Hentschel, Georg 1988: Kinobesuch und Kinostruktur, in: Starke, Kurt/Uta Schlegel: Jugend und Jugendforschung 1986. Entwicklungsstand und Entwicklungstendenzen. 6. Leipziger Kolloquium der Jugendforscher vom 30. September bis 1. Oktober 1986, Leipzig, S. 348 f.
- Herz, Hanns-Peter 1957: Freie Deutsche Jugend. Berichte und Dokumente zur Entwicklung und Tätigkeit der kommunistischen Jugendorganisation, Dillingen-Donau.
- Ders. 1965: Freie Deutsche Jugend, München.
- Heubner, Thomas 1985: Die Rebellion der Betrogenen. Rocker, Popper, Punks und Hippies – Modewellen und Protest in der westlichen Welt?, Berlin (Ost).
- Heyen, Rolf 1972: Jugend in der DDR. Auf dem Weg zur sozialistischen Leistungsgesellschaft, Darmstadt.
- Hille, Barbara 1975: Interessen von Jugendlichen im interkulturellen Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 27. Jg., H. 3, S. 568-591.
- Dies. 1977: Interessen von Jugendlichen im interkulturellen Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, in: Jaide, Walter/dies. (Hrsg.): Jugend im doppelten Deutschland, Opladen, S. 226-250.
- Dies. 1984: Zur Situation der Jugendforschung in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, in: Baske, Siegfried/Horst Rögner-Francke (Hrsg.): Jugendprobleme im geteilten Deutschland, Bd. XI, Berlin, S. 11-29.

- Hinderer, H. 1967: Über den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der jugendlichen Persönlichkeit und der Begehung von Straftaten, in: Schwarz, Hanns (Hrsg.): Jugendprobleme in pädagogischer, medizinischer und juristischer Sicht, Jena, S. 169-181.
- Hoffmann, Sabine 1984: Soziale Erfahrungen der Schuljugend: Ergebnisse bildungssoziologischer Untersuchungen, in: Informationen zur soziologischen Forschung in der Deutschen Demokratischen Republik, 20. Jg., H. 5, S. 61-67.
- Hollstein, Walter 1970: Der Untergrund. Zur Soziologie jugendlicher Protestbewegungen, 2. Aufl., Neuwied/Berlin.
- Honecker, Erich 1945: Neues Leben – Neue Jugend, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1977: Erich Honecker. Zur Jugendpolitik der SED. Reden und Aufsätze von 1945 bis zur Gegenwart, Berlin (Ost), S. 13-15.
- Ders. 1946: Die Freie Deutsche Jugend und die Grundrechte der jungen Generation. Referat auf dem I. Parlament der Freien Deutschen Jugend, Brandenburg an der Havel, vom 8. bis 10. Juni 1946, vom 8. Juni, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1977: Erich Honecker. Zur Jugendpolitik der SED. Reden und Aufsätze von 1945 bis zur Gegenwart, Berlin (Ost), S. 38-52.
- Ders. 1946: Jugend und Sozialismus, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1977: Erich Honecker. Zur Jugendpolitik der SED. Reden und Aufsätze von 1945 bis zur Gegenwart, Berlin (Ost), S. 32-34.
- Ders. 1948: Auszug aus dem Schlußwort der 17. Tagung des Zentralrates der FDJ, in: Zentralrat der FDJ. Abteilung Junge Pioniere/Organisationsleben (Hrsg.) 1968: Seid bereit – für die Sache Ernst Thälmanns. Dokumente und Bilder zur Geschichte der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ 1945-1952, Bd. II, Berlin (Ost), S. 86.
- Ders. 1966: Bericht des Politbüros an die 11. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 15. bis 18. Dezember 1965, Berlin (Ost).
- Ders. 1967: Die Rolle der Partei in der Periode der Vollendung des Sozialismus, in: Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitags der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 17. bis 22. April 1967 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Berlin (Ost).
- Ders. 1971: Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 15. bis 19. Juni 1971 in Berlin, Berlin (Ost).
- Ders. 1976: Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den IX. Parteitag der SED vom 18. Mai 1976, in: Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 18. bis 22. Mai 1976 im Palast der Republik in Berlin, Bd. I, Berlin (Ost), S. 31-152.

- Ders. 1976: Die Beschlüsse des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sind ein Kampfprogramm für die Jugend vom 4. Juni. Rede auf dem X. Parlament der Freien Deutschen Jugend vom 1. bis 5. Juni 1976, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1977: Erich Honecker. Zur Jugendpolitik der SED. Reden und Aufsätze von 1945 bis zur Gegenwart, Berlin (Ost), S. 622-634.
- Ders. 1979: Die Kulturpolitik unserer Partei wird erfolgreich verwirklicht. Rede auf der Beratung mit Kultur- und Kunschtschaffenden der DDR vom 22. Juni, in: Zentralrat der FDJ (Hrsg.) 1986: Dokumente zur Kultur- und Kunstpolitik der SED 1971-1986, Berlin (Ost), S. 89-107.
- Ders. 1979: Rede auf der Festveranstaltung zum 30. Jahrestag der DDR vom 6. Oktober, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1980: Erich Honecker. Reden und Aufsätze, Bd. VI, Berlin (Ost), S. 578-597.
- Ders. 1980: Die nächsten Aufgaben der Partei bei der weiteren Durchführung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED. Aus dem Referat des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR auf der Beratung des Sekretariats des Zentralkomitees der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen am 25. Januar in Berlin, Berlin (Ost).
- Ders. 1981: Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den X. Parteitag der SED vom 11. April, in: Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 11. bis 16. April 1981 im Palast der Republik in Berlin, Bd. I, Berlin (Ost), S. 28-152.
- Ders. 1981: Der Sozialismus löst die Lebensfragen der Jugend. Rede auf dem XI. Parlament der Freien Deutschen Jugend in Berlin am 5. Juni, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1983: Erich Honecker. Reden und Aufsätze, Bd. VIII, Berlin (Ost), S. 176-192.
- Ders. 1982: Den vom X. Parteitag gewiesenen Kurs mit dem ganzen Volk weiter zuverlässig in die Tat umsetzen. Aus dem Schlußwort auf der 4. Tagung des Zentralkomitees der SED am 24. Juni, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1985: Erich Honecker. Reden und Aufsätze, Bd. IX, Berlin (Ost), S. 7-25.
- Ders. 1982: Die Aufgaben der Partei bei der weiteren erfolgreichen Verwirklichung der Beschlüsse des X. Parteitages der SED. Aus dem Referat auf der Beratung des Sekretariats des Zentralkomitees der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen in Berlin am 12. Februar, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1983: Erich Honecker. Reden und Aufsätze, Bd. VIII, Berlin (Ost), S. 392-464.
- Ders. 1983: In kampferfüllter Zeit setzen wir den bewährten Kurs des X. Parteitages für Frieden und Sozialismus erfolgreich fort. Aus der Diskussionsrede auf der 7. Tagung des Zentralkomitees der SED am 25. November, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1986: Erich Honecker. Reden und Aufsätze, Bd. X, Berlin (Ost), S. 8-38.

- Ders. 1984: Aus dem Bericht des Politbüros an die 9. Tagung des ZK der SED am 22. und 23. November 1984. Einberufung des XI. Parteitages der SED. Beschluß der 9. Tagung des Zentralkomitees der SED, Berlin (Ost).
- Honecker, Erich 1984: Die XII. Weltfestspiele werden dem Kampf um Frieden kräftige Impulse verleihen. Antworten auf Fragen des Korrespondenten der „Komsomolskaja Prawda“ am 21. Juli, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1986: Erich Honecker. Reden und Aufsätze, Bd. X, Berlin (Ost), S. 209-220.
- Ders. 1984: Stärke des Sozialismus – entscheidendes Unterpfand im Kampf um den Frieden. Aus dem Schlußwort auf der XV. Bezirksdelegiertenkonferenz der SED in Berlin am 12. Februar, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1986: Erich Honecker. Reden und Aufsätze, Bd. X, Berlin (Ost), S. 84-101.
- Ders. 1985: Die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bei der Vorbereitung des XI. Parteitages. Aus dem Referat auf der Beratung des Sekretariats des Zentralkomitees der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen der SED am 1. Februar, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) 1986: Erich Honecker. Reden und Aufsätze, Bd. X, Berlin (Ost), S. 441-526.
- Ders. 1985: Mit dem „Ernst-Thälmann-Aufgebot der FDJ“ vorwärts zum XI. Parteitag der SED. Rede auf dem XII. Parlament der Freien Deutschen Jugend am 24. Mai 1985, Berlin (Ost).
- Ders. 1986: Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag der SED vom 17. bis 21. April 1986 in Berlin, Berlin (Ost).
- Ders. o. J.: Mit der Jugend für die kommunistische Zukunft, in: ders. 1980: Aus meinem Leben, Berlin (Ost), S. 331-338.
- Honecker, Margot 1965: Die sozialistische Bildung und Erziehung der jungen Generation – gemeinsame Aufgabe von Elternhaus und Schule. Referat des Ministers für Volksbildung, Genossin Margot Honecker, auf der zentralen Elternkonferenz am 25. Juni in Berlin (Ost), in: Deutsche Lehrerzeitung (Dokumentation), 12. Jg., H. 26, S. 2-16.
- Dies. 1966: Nächste Schritte bei der Verwirklichung des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem. Referat auf der zentralen Arbeitsberatung der Bezirks- und Kreisschulräte zur Vorbereitung des Schul- und Lehrjahres 1966/67 in Berlin am 12. und 13. Mai, in: Lorenz, Werner u. a. (Hrsg.) 1986: Margot Honecker. Zur Bildungspolitik und Pädagogik in der Deutschen Demokratischen Republik. Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin (Ost), S. 113-158.
- Dies. 1970: Referat des Ministers für Volksbildung, in: Ministerium für Volksbildung (Hrsg.): VII. Pädagogischer Kongreß der Deutschen Demokratischen Republik vom 5. bis 7. Mai. Protokoll, Berlin (Ost), S. 35-97.
- Dies. 1976: Zu einigen Fragen der kommunistischen Erziehung aus Sicht der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED. Vortrag an der Parteihochschule „Karl Marx“ beim Zentralkomitee der SED in Berlin am 15. November, in: Lorenz, Werner u. a. (Hrsg.) 1986: Margot Honecker. Zur Bildungspolitik und Pädagogik in der Deutschen Demokratischen Republik. Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin (Ost), S. 462-492.

- Dies. 1978 (a): Der gesellschaftliche Auftrag unserer Schule, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik. Ministerium für Volksbildung (Hrsg.): VIII. Pädagogischer Kongreß der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. bis 20. Oktober 1978. Protokoll, Berlin (Ost), S. 56-119.
- Dies. 1978 (b): Der gesellschaftliche Auftrag unserer Schule. Referat auf dem VIII. Pädagogischen Kongreß, in: Pädagogik, 33. Jg., H. 11, S. 868-903.
- Dies. 1984: Unsere Schule erzieht Streiter für Sozialismus und Frieden. Diskussionsrede auf der 9. Tagung des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend in Berlin am 26. und 27. Januar, in: Lorenz, Werner u. a. (Hrsg.) 1986: Margot Honecker. Zur Bildungspolitik und Pädagogik in der Deutschen Demokratischen Republik. Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin (Ost), S. 650-688.
- Hummel, Lothar u. a. 1983: Jugendbrigaden. Grundlagen und Erfahrungen ihrer Leitung, 2. Aufl., Berlin (Ost).
- Information über die „Umfrage zu einigen aktuellen Fragen der gegenwärtigen Politik“ vom 19. März bis 30. März 1973, in: Niemann, Heinz 1995: Hinterm Zaun. Politische Kultur und Meinungsforschung in der DDR – die geheimen Berichte an das Politbüro der SED, Berlin, S. 205-214.
- Jahnke, Karl Heinz 1980: Zu Problemen und Aufgaben der FDJ bei der Entwicklung des Geschichtsbewußtseins der Jugend, in: Beiträge zur Geschichte der FDJ, 3. Jg., H. 3, S. 7-13.
- Ders. u. a. 1978: Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Chronik, 2. Aufl., Berlin (Ost).
- Ders. u. a. 1982: Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Auf dem Weg zur Freien Deutschen Jugend, Berlin (Ost).
- Jaide, Walter 1982: Einstellungen Jugendlicher und Erwachsener zum doppelten Deutschland und zu Europa, in: Politik und Kultur, 9. Jg., H. 3, S. 32-49.
- Jarowinsky, Werner 1975: Aus dem Bericht des Politbüros an die 16. Tagung des ZK der SED vom 26. und 27. November, Berlin (Ost).
- Ders. 1979: Aus dem Bericht des Politbüros an die 10. Tagung des ZK der SED. Aus dem Referat des Genossen Hermann Axen. Aus den Diskussionsrunden. Aus dem Schlußwort des Genossen Erich Honecker, Berlin (Ost).
- Jeremias, U. 1958: Die Jugendweihe in der Sowjetzone, 2. Aufl., Bonn/Berlin.
- Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1972: Jugendgesetz der DDR. Gesetz über die Teilnahme der Jugend der Deutschen Demokratischen Republik am Kampf um den umfassenden Aufbau des Sozialismus und die allseitige Förderung ihrer Initiative bei der Leitung der Volkswirtschaft und des Staates, in Beruf und Schule, bei Kultur und Sport, Berlin (Ost).
- Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Jugendgesetz der Deutschen Demokratischen Republik. Gesetz über die Teilnahme der Jugend an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost).

- Junge Generation 1976: Die Aufgaben des FDJ-Funktionärs (ABC-Zeitung), 30. Jg., H. 8, S. 97-111.
- Junge Welt vom 12. Oktober 1949: „Gelöbnis der deutschen Jugend“.
- JW vom 26. Mai 1953: „Die Aufgaben der Freien Deutschen Jugend bei der Entfaltung von Körperkultur und Sport. Beschluß der 5. Tagung des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend“.
- JW vom 29. Oktober 1958: „Ami-Veitstänze in Westberlin und Hamburg“.
- JW vom 30. Oktober 1958: „Jetzt auch Essen: Der Veitstanz geht weiter“.
- JW vom 17. September 1965: „Auf der Spur der ‚Rollenden Steine‘“.
- JW vom 27. Mai 1977: „Jugendbrigaden die Stoßtrupps unserer FDJ“.
- JW vom 8. Juni 1984: „Das sozialistische Vaterland ist stolz auf seine Jugend. Rede Erich Honeckers zur Rechenschaftslegung“.
- JW vom 6. Februar 1985: „FDJ steht in den ersten Reihen der Erbauer des Sozialismus. Aus dem Referat des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, während der Beratung des Sekretariats des Zentralkomitees mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen der SED“.
- Kabel, Rudolf 1966: Die „Freie Deutsche Jugend“, in: ders.: Die Militarisierung der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Bericht und Dokumentation, Bonn/Berlin, S. 52-57.
- Kaiser, Günther 1959: Randalierende Jugend. Eine soziologische und kriminologische Studie über die sogenannten „Halbstarken“, Heidelberg.
- Kessel, Wolfgang 1978: Das Führungsverhalten der Lehrer – eine entscheidende Bedingung für die Erziehung zur bewußten Disziplin, in: Zeitschrift für Pädagogik, 33. Jg., H. 3, S. 222-228.
- Kintzek, Helmut u. a. 1988: Demokratie im Alltag. Der XI. Parteitag der SED und die Entfaltung der sozialistischen Persönlichkeit, Berlin (Ost).
- Kleßmann, Christoph 1988: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, Bonn.
- Klien, Horst (Hrsg.) 1972: Der Große Duden. Wörterbuch und Leitfaden der deutschen Rechtschreibung, Leipzig.
- Koch, Hans-Gerhard 1975: Staat und Kirche in der DDR. Zur Entwicklung ihrer Beziehungen 1945-1974. Darstellung, Quellen, Übersichten, Stuttgart, S. 237.
- Komitee für Touristik und Wandern der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1960: Zieh mit mir hinaus. Wanderliederbuch Teil II, Leipzig.
- Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees zu Problemen der Jugend vom 7. Februar 1961, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1962: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. VIII, Berlin (Ost), S. 367-375.
- „Kontraste“ vom 19. Juli 1988: Fernsehbeitrag „Skins in der DDR“.
- Kosing, Alfred u. a. 1962: Weltall, Erde, Mensch, Berlin (Ost).

- Krause, Heinz 1954: Die Grundrechte und die Grundpflichten der Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik. Stoffliche und methodische Hinweise für den Lehrer der 8. (11.) Klasse. Materialien für die Gegenwartskunde, H. 2, Berlin (Ost).
- Krenz, Egon 1976: Bericht des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend an das X. Parlament, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.): Dokumente des X. Parlaments der Freien Deutschen Jugend vom 1. bis 5. Juni in Berlin, Hauptstadt der DDR, Berlin (Ost), S. 19-73.
- Ders. 1981: Manifestation der Freien Deutschen Jugend zum X. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 16. April, in: Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 11. bis 16. April 1981 im Palast der Republik in Berlin, Bd. II, Berlin (Ost), S. 312-328.
- Ders. 1981: Rechenschaftsbericht des Zentralrats der FDJ an das XI. Parlament der Freien Deutschen Jugend. Die Verantwortung der Jugend bei der Weiterführung der sozialistischen Revolution in der DDR und die Aufgaben der FDJ nach dem X. Parteitag der SED, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) ca. 1981: Dokumente des XI. Parlaments der Freien Deutschen Jugend vom 2. bis 5. Juni 1981 in der Hauptstadt der DDR, Berlin, Berlin (Ost), S. 17-79.
- Krüger, Erhard/Manfred Zinssler 1988: Zur Funktion der FDJ als Interessenvertreter der Jugend, in: Starke, Kurt/Uta Schlegel: Jugend und Jugendforschung 1986. Entwicklungsstand und Entwicklungstendenzen. 6. Leipziger Kolloquium der Jugendforscher vom 30. September bis 1. Oktober 1986, Leipzig, S. 80-87.
- Kühn, Heinz 1962: Untersuchungen zur Lektüre der werktätigen Jugendlichen, Dresden.
- Kühn, Peter 1982: Der mißbrauchte Sport. Die politische Instrumentalisierung des Sports in der SBZ und DDR 1945-1957, Köln.
- Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hrsg.) 1986: DDR. Fragen und Antworten, 2. Aufl., Berlin.
- Lapp, Peter Joachim 1987: Rock an der Mauer, in: Deutschland Archiv, 20. Jg., H. 7, S. 682-684.
- Lehrbuch für Zivilverteidigung Klasse 9 1978, Berlin (Ost).
- Lehrbuch Staatsbürgerkunde 2 1966: Der umfassende Aufbau des Sozialismus, Berlin (Ost).
- Lehrgänge im fakultativen Unterricht der POS, Klassen 9 und 10 – Weiterentwicklung und Neueinführung zwischen 1985 und 1990, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991: Bildungspolitik in der DDR 1966-1990. Dokumente, Berlin, S. 251-263.
- Lehrplan für Staatsbürgerkunde Klasse 8 1968, Berlin (Ost).
- Lehrplan Stunden zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung Klasse 9 und 10 1988, Berlin (Ost).
- Lehrplanveränderungen im Fach Staatsbürgerkunde. Aus einem Informationsmaterial für Kreisschulräte und Direktoren der Oberschulen von 1984, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991: Bildungspolitik in der DDR 1966-1990. Dokumente, Berlin, S. 236-238.

- Leitner, Olaf 1983: Rockszenen DDR. Aspekte einer Massenkultur im Sozialismus, Hamburg.
- Lekschas, John 1965: Studien zur Bewegung der Jugendkriminalität in Deutschland und zu ihren Ursachen, in: Wissenschaftlicher Beirat für Jugendforschung des Amtes für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Studien zur Jugendkriminalität, Leipzig, S. 9-82.
- Ders. 1988: Vorbeugung von Jugendkriminalität – eine komplexe, gesamtgesellschaftliche Aufgabe, in: Starke, Kurt/Uta Schlegel: Jugend und Jugendforschung 1986. Entwicklungsstand und Entwicklungstendenzen. 6. Leipziger Kolloquium der Jugendforscher vom 30. September bis 1. Oktober 1986, Leipzig, S. 235-238.
- Lemke, Christiane 1980: Persönlichkeit und Gesellschaft. Zur Theorie der Persönlichkeit in der DDR, Opladen.
- Lenz-Romeiß, Felizitas 1975: Freizeitpolitik in der Bundesrepublik, Göttingen.
- Lindemann, Hans/Kurt Müller 1974: Auswärtige Kulturpolitik der DDR, Bonn.
- Lippmann, Heinz 1973: X. Weltjugendfestspiele im Geiste der Volksfrontpolitik, in: Deutschland Archiv, 6. Jg., H. 8, S. 788-791.
- Loest, Erich 1977: Es geht seinen Gang oder Mühen in unserer Ebene, Halle/Leipzig.
- Luther, Horst: 1958: Die Anwendung von Strafen und Erziehungsmaßnahmen im Kampf gegen das Rowdytum. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit Jugendlicher für rowdyhafte Handlungen, in: Schriftenreihe der Deutschen Volkspolizei, 3. Jg., H. 28, S. 24-41.
- Ders. 1959: Das Rowdytum in der Deutschen Demokratischen Republik und seine Bekämpfung, Berlin (Ost).
- Macht die Klubs und Heime zu Zentren der Jugendarbeit! Aus einem Beschluß des Sekretariats des Zentralrats der FDJ zur Arbeit in den Jugendheimen und Klubhäusern vom 2. Juli 1952, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960: Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Bd. II, Berlin (Ost), S. 447-451.
- Maerker, Rudolf 1969: Jugend im anderen Teil Deutschlands. Schrittmacher oder Mitmacher?, München.
- Mahrad, Christa 1977: Jugendpolitik in der DDR, in: Jaide, Walter/Barbara Hille (Hrsg.): Jugend im doppelten Deutschland, Opladen, S. 195-226.
- Dies. 1981 (a): Jugendpolitik der SED, in: Deutsche Studien, 19. Jg., H. 76, S. 346-360.
- Dies. 1981 (b): Punks. Daten aus einer Großstadt, in: Deutsche Jugend, 29. Jg., H. 8, S. 360-364.
- Dies. 1982: Die internationale Arbeit der FDJ, in: Politik und Kultur, 9. Jg., H. 3, S. 50-61.
- Dies. 1984: „Der Frieden muß bewaffnet sein“. Zur Wehrerziehung in der DDR, in: Blätter der Wohlfahrtspflege/Deutsche Zeitschrift für soziale Arbeit, 131. Jg., H. 7/8, S. 181 f.
- Dies. 1986: Der Jugendverband FDJ und die gesellschaftliche Erziehung in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 36. Jg., H. B 27, S. 21-34.

- Manifest des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik. VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Berlin, 17. bis 22. April 1967, Berlin (Ost).
- Meier, Artur 1983: Schule als eigenständige Erfahrungswelt. Beitrag aus einem Forschungsbericht über soziale Erfahrungen der Schuljugend vom Oktober, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991: Bildungspolitik in der DDR 1966-1990. Dokumente, Berlin, S. 209-220.
- Micksch, Jürgen 1972: Jugend und Freizeit in der DDR, Opladen.
- Mieskes, Hans 1956: Der Jugendliche in der Situation der Straffälligkeit, Jena.
- Millionenfront der Jugend für Einheit, Frieden und nationale Unabhängigkeit, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960: Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Bd. I, Berlin (Ost), S. 228-230.
- Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik. Ministerium für Nationale Verteidigung. Ministerium für Volksbildung (Hrsg.) 1977: Programm für die im Rahmen des Wehrunterrichts durchzuführende Wehrausbildung der Jungen der 9. Klasse im Lager, Berlin.
- Mitteilung über eine neue Richtlinie für die Organisierung und Durchführung der Hans-Beimler-Wettkämpfe der FDJ in den 8. Klassen der Oberschule vom 25. Januar 1979, in: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Volksbildung, 27. Jg., H. 2, S. 4-6.
- Mleczkowski, Wolfgang 1984: „Der Staat sind wir nicht“. Probleme der politischen Gegenkultur Jugendlicher in der DDR, in: Baske, Siegfried/Horst Rögner-Francke (Hrsg.): Jugendprobleme im geteilten Deutschland, Bd. XI, Berlin, S. 51-73.
- Neues Deutschland vom 3. Oktober 1948: „Jugend voran“.
- ND vom 7. Februar 1950: „Jugendbrigaden überboten Norm“.
- ND vom 9. Februar 1950: „Jungaktivisten beim Präsidenten“.
- ND vom 10. Februar 1950: „Jugendbrigaden im Wettbewerb“.
- ND vom 7. März 1953: „Das Herz des größten Menschen in unserer Epoche, des Genossen J. W. Stalin, hat aufgehört zu schlagen. Mitteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, des Ministerrats der UdSSR und des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR“.
- ND vom 3. September 1954: „Unsere Kinder sollen keine Gangster werden“.
- ND vom 12. Februar 1956: „Noch einmal zum Thema Oberhemden“.
- ND vom 2. März 1956: „Westdeutsche Jugend auf das äußerste gefährdet“.
- ND vom 1. Oktober 1957: „Lernen für das Leben – lernen für den Sozialismus. Rede des Genossen Walter Ulbricht zur Eröffnung des Jugendweihejahres in Sonneberg“.
- ND vom 1. August 1958: „Verantwortung der Christen“.
- ND vom 28. Oktober 1958: „Eine Orgie der amerikanischen Unkultur“.
- ND vom 29. Oktober 1958: „Bill Haley und die NATO“.
- ND vom 13. November 1958: „Leipzig ist nicht New York. Eine interessante Diskussion um die ‚amerikanische Lebensweise‘ und unseren Kampf um eine saubere Jugend und ein sauberes Deutschland/Mit Walter Ulbricht auf einem Jugendforum“.
- ND vom 7. Februar 1959 (a): „Alles tanzt Lipsi“.

- ND vom 7. Februar 1959 (b): „Mit Siebenmeilenstiefeln“.
- ND vom 9. Juni 1959: „Musik, Musik, Musik“.
- ND vom 21. Oktober 1961: „Barriere gegen den Krieg. Ansprache von Walter Ulbricht auf dem XXII. Parteitag der KPdSU“.
- ND vom 17. September 1965: „Die Schlacht in der Waldbühne“.
- ND vom 17. Oktober 1965: „Amateur-Gammler“.
- ND vom 7. März 1966: „Gruß des ZK an die FDJ“.
- ND vom 20. April 1967: „Ihr habt alle das Zeug, Schrittmacher zu sein. Ansprache Walter Ulbrichts auf der Parade der FDJ und der Pionierorganisation“.
- ND vom 16. Mai 1967: „Ihr vollendet das Werk der Väter. Rede des Genossen Erich Honecker auf der Abschlußkundgebung des Pfingsttreffens der FDJ“.
- ND vom 29. Mai 1971: „Mutig, kühn und wissend für den Sozialismus – die gerechteste und schönste Sache der Welt! Rede des Genossen Erich Honecker, Erster Sekretär des Zentralkomitees, auf dem IX. Parlament der Freien Deutschen Jugend“.
- ND vom 11. Juli 1973: „Großes Ereignis für die Weltjugend. OB der sowjetischen Hauptstadt zu den ‚Zehnten‘“.
- ND vom 24. Juli 1973: „Mit Elan und neuer Kraft für die Stärkung unserer Republik. Rede von Günther Jahn, 1. Sekretär des Zentralrates der FDJ“.
- ND vom 29. Juli 1973: „Millionen im Kampf für edle Ziele verbunden. Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED und Präsidenten des Nationalen Festivalkomitees der DDR, Erich Honecker“.
- ND vom 8. Januar 1975: „Wie werden wir bis 1990 bauen“.
- ND vom 11. Oktober 1975: „ZK der SED grüßt den Arbeiterjugendkongreß“.
- ND vom 6. März 1976: „ZK der SED grüßt die Freie Deutsche Jugend“.
- ND vom 31. August 1976: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden“.
- ND vom 10. Oktober 1977: „Rowdys festgenommen“.
- ND vom 7. März 1978: „Konstruktives, freimütiges Gespräch beim Vorsitzenden des Staatsrates“.
- ND vom 8. April 1978: „Dank und Anerkennung für die Arbeit der Jugendbrigaden“.
- ND vom 10. Februar 1979: „FDGB: Aktive Mitarbeit bei kommunistischer Erziehung. Beschluß fördert Zusammenwirken zwischen Betrieben und Schulen“.
- ND vom 1. Juni 1979: „Die FDJ – Stoßtrupp des Sozialismus auf deutschem Boden. Rede von Erich Honecker“.
- ND vom 20. Juni 1981: „Honecker, Erich: Die Beschlüsse des X. Parteitages bestimmen die weitere Arbeit. Aus der Rede auf der 2. Tagung des Zentralkomitees der SED am 19. Juni 1981“.
- ND vom 14. August 1981: „13. August 1961. Ein neuer Abschnitt in der Geschichte unserer Republik und Europas. Rede von Erich Honecker auf dem Kampfpappell bewaffneter Kräfte“.
- ND vom 24. Mai 1983: „Gegen NATO-Waffen Frieden schaffen – darin liegt der Kern der Dinge. Rede von Erich Honecker auf der Großkundgebung in Potsdam“.

9 Quellen- und Literaturverzeichnis

- ND vom 18. Juni 1983: „Den Frieden stärken und zuverlässig sichern ist Leitgedanke unserer Politik. Rede von Erich Honecker beim Auszeichnungsakt im Amtssitz des Staatsrates der DDR“.
- ND vom 27. April 1984: „Würdiger Beitrag der Sportler zum 35. Jahrestag unserer Republik. Erich Honecker wünschte den Ausgezeichneten neue Erfolge für die sozialistische Heimat“.
- ND vom 9. Juni 1984: „Flamme des Nationalen Jugendfestivals in Berlin entzündet. Liebe, Treue und Tat der Jugend gehören dem sozialistischen Vaterland. Erich Honecker sprach auf dem Marx-Engels-Platz. Begeisterungstürme der FDJler beim Eröffnungsausschrei“.
- ND vom 20. Juni 1984: „Dank der revolutionären jungen Garde. Politbüro zum Nationalen Jugendfestival der Freien Deutschen Jugend“.
- ND vom 24. Juli 1984: „XII. Weltfestspiele werden dem Kampf um Frieden kräftige Impulse verleihen. Antworten des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, auf Fragen des Korrespondenten der ‚Komsomolskaja Prawda‘“.
- ND vom 8. Oktober 1984: „Begeisternder Fackelumzug von über 300 000 FDJlern Unter den Linden“.
- ND vom 11. Mai 1985: „Unsere Feste des Sports sind Feste des Friedens. Ansprache von Erich Honecker“.
- ND vom 1. Oktober 1985: „Mit revolutionärem Elan gestaltet die Jugend unsere sozialistische Gegenwart und Zukunft. Erich Honecker zu aktuellen Fragen der weiteren Vorbereitung des XI. Parteitages der SED“.
- ND vom 8. März 1986: „Heldentum in der Arbeit und im Friedenskampf – das ist der Weg der FDJ. Ansprache von Erich Honecker“.
- ND vom 18. April 1986: „Partei und Volk sind durch tiefes Vertrauen verbunden, handeln gemeinsam zum Wohle des Volkes. Erich Honecker erstattete den Bericht des Zentralkomitees der SED“.
- ND vom 9. Juni 1986: „Einmütige Entscheidung für Frieden und Sozialismus. 99,94 Prozent stimmten für die Kandidaten der Nationalen Front“.
- ND vom 26. September 1986: „Erfolgreich weiter voran auf dem Wege des XI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin – ein Wahrzeichen für das Voranschreiten des Sozialismus auf deutschem Boden. Rede von Erich Honecker“.
- ND vom 10. April 1987: „Kurt Hager beantwortet Fragen der Illustrierten ‚Stern‘“.
- ND vom 23. Dezember 1987: „Strenge Strafen für Rowdys. Hauptangeklagter erhielt vier Jahre Freiheitsentzug“.
- ND vom 4. Februar 1988: „Kein Raum für Menschenverachtung. Stadtbezirksgericht Berlin-Mitte verurteilte Rowdys zu Freiheitsstrafen“.
- ND vom 9. März 1988: „Mit Faustschlägen für die ‚Gerechtigkeit‘? Hoffentlich einmaliger Ausrutscher eines 17jährigen“.

- ND vom 30. Dezember 1988: „Was die Gründer der KPD vor 70 Jahren begannen, fand seine Krönung im Werden und Wachsen der DDR. Rede Erich Honeckers auf der Festveranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands“.
- NZ vom 8. Mai 1989: „Klares Votum des Volkes für starken Sozialismus und sicheren Frieden“.
- ND vom 5. Juni 1989: „Volksbefreiungsarmee Chinas schlug konterrevolutionären Aufbruch nieder“.
- ND vom 14. Juni 1989: „Unser sozialistisches Bildungssystem – Wandlungen, Erfolge, neue Horizonte. Referat von Margot Honecker, Minister für Volksbildung“.
- Neue Zeit vom 18. März 1956: „Die grollenden Titanen“.
- NZ vom 10. April 1956: „Halbstarke tobten im Sportpalast“.
- NZ vom 12. April 1958: „Straßenschlachten in Stockholm, Frankfurt-Main, New York“.
- NZ vom 30. Juli 1958: „Klarer Sachverhalt“.
- NZ vom 22. März 1959: „Arbeiter hören und geben Konzerte“.
- NZ vom 16. September 1965: „Beat-Quintett ‚Rolling Stones‘ überrollte Westdeutschland“.
- NZ vom 15. Januar 1966: „1965 war ein gutes Jahr. Auszug aus der Mitteilung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR im vergangenen Jahr“.
- NZ vom 17. Januar 1975: „Modernisierung von Wohnraum“.
- NZ vom 10. Oktober 1977: „Rowdys festgenommen“.
- NZ vom 13. Juni 1978: „Vertrauensvoller Meinungsaustausch. Gespräch mit Kardinal Alfred Bengsch“.
- NZ vom 24. Mai 1983: „Jede Tat für das sozialistische Vaterland dient der Erhaltung des Friedens. Rede Erich Honeckers auf der machtvollen Manifestation der Jugend in Potsdam“.
- NZ vom 9. Juli 1983: „Arbeit mit der Bibel heute. Ethische Grundfragen im Mittelpunkt des Dresdner Kirchentagkongresses“.
- NZ vom 15. August 1984: „Makabre Freizeitbeschäftigung: Jagd auf farbige Mitbürger. Rassistische Diskriminierung ist Bestandteil des britischen Alltags“.
- Offener Brief des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die Arbeiter und Angestellten, die Geistesschaffenden, die Bauern und Gewerbetreibenden, an die Frauen und die Jugend in der westdeutschen Bundesrepublik vom 28. Februar 1968, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1971: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. XII, Berlin (Ost), S. 17-26.
- Opitz, Peter J. 1968: Die Hippies. Betrachtungen zu einem durchaus politischen Phänomen, in: Zeitschrift für Politik, 2. Jg., H. 2, S. 170-180.

- Ordnung über die Stellung, Aufgaben und Funktion der Jugendtouristenhotels vom 30. Oktober 1975, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1977: Ferien – Urlaub – Touristik. Rechtsvorschriften, Beschlüsse und Kommentare zur Feriengestaltung der Schüler und Studenten, zur Urlaubsgestaltung der werktätigen Jugend und der Lehrlinge sowie zur Jugendtouristik, Bd. II, Berlin (Ost), S. 49-51.
- Ordnung über die Verleihung des Ehrentitels „Hervorragender Jungaktivist“ vom 28. April 1960 in der Fassung der achten Verordnung über staatliche Auszeichnungen vom 25. Mai 1963, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971: Staatliche Dokumente zur sozialistischen Jugendpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik (Auswahl), Berlin (Ost), S. 360-362.
- Ordnung über die Verleihung des Ehrentitels „Hervorragendes Jugendkollektiv der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 25. Mai 1963, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971: Staatliche Dokumente zur sozialistischen Jugendpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik (Auswahl), Berlin (Ost), S. 356-370.
- Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 14. Juni 1978, in: Henrich, Wolfgang (Hrsg.) 1978: Wehrkunde in der DDR. Die neue Regelung ab 1. September 1978, Bonn, S. 33-39.
- Pieck, Wilhelm 1950: Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei, in: Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 20. bis 24. Juli 1950 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. I, Berlin (Ost) 1951, S. 21-71.
- Pitschel, Rolf 1969: „Signal DDR 20“ – wehrpolitische und wehrsportliche Massenaktion der Jugend der DDR, in: Militärwesen, 13. Jg., H. 2, S. 260.
- Plan des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik zur Förderung der Jugend im Jahre 1955 vom 3. Februar 1955, in: Lindemann, Hans 1955: Die Jugend in der Gesetzgebung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost), S. 71-83.
- Positionspapier der Abteilung Kultur des Zentralrates der FDJ zur Tanzmusik von 1971, in: Wicke, Peter/Lothar Müller (Hrsg.) 1996: Rockmusik und Politik. Analysen, Interviews und Dokumente, Berlin, S. 195-201.
- Positionspapier des Runden Tisches zu Bildung, Erziehung und Jugend. Aus den Ergebnissen der 15. Sitzung des Rundtischgespräches am 5. März 1990, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991: Bildungspolitik in der DDR 1966-1990. Dokumente, Berlin, S. 342-345.
- Probleme der Jugendarbeit nach der 11. Tagung des Zentralkomitees der SED. Aus dem Beschluß des Politbüros vom 3. Mai 1966, in: Neuer Weg (Beilage Dokumente der Partei), 21. Jg., H. 12, S. 637-644.
- Problempapier Schuljugend des ZIJ, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991: Bildungspolitik in der DDR 1966-1990. Dokumente, Berlin, S. 334-342.

- Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1976, in: Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 18. bis 22. Mai 1976 im Palast der Republik in Berlin, Bd. II, Berlin (Ost), S. 209-267.
- Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschluß des VI. Parteitages (15. bis 21. Januar 1963), angenommen am 18. Januar 1963, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1965: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. IX, Berlin (Ost), S. 171-274.
- Proll, Rotraud 1967: Das Auswahlverzeichnis „Was junge Leute lesen“ im Urteil der Jugendlichen, in: Der Bibliothekar, 21. Jg., H. 6, S. 587-591.
- Dies. 1968: Listen jugendgeeigneter Literatur – ein wichtiges Hilfsmittel für die Bibliotheksarbeit mit Jugendlichen, in: Der Bibliothekar, 22. Jg., H. 2, S. 150-152.
- Quitt, Wolfgang 1975: Die Funktion der Freien Deutschen Jugend bei der Verwirklichung der sozialistischen Jugendpolitik, in: Friedrich, Walter u. a. (Hrsg.): Jugend, FDJ, Gesellschaft. Beiträge zur sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung junger Arbeiter und Studenten in der DDR, Berlin (Ost), S. 64-83.
- Rausch, Heinz u. a. 1988: DDR. Das politische, wirtschaftliche und soziale System, 7. Aufl., München.
- Reisebüro der FDJ „Jugendtourist“ (Hrsg.) 1988: Zahlen und Fakten zur Entwicklung des Jugendtourismus der DDR seit 1975, Berlin (Ost).
- Resolution des II. Parteitages zur Jugendfrage vom 24. September 1947, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes, Bd. I, Berlin (Ost), S. 233-236.
- Rexin, Manfred 1973: Vor den X. Weltfestspielen, in: Deutschland Archiv, 6. Jg., H. 6, S. 572-579.
- Ders. 1988: „Koexistenz auf deutsch“. Aspekte der deutsch-deutschen Beziehungen 1970-1987, in: Glaebner, Gert-Joachim (Hrsg.): Die DDR in der Ära Honecker. Politik – Kultur – Gesellschaft, Opladen, S. 43-56.
- Röblitz, Günther 1965: Jugendforschung im Freizeitbereich als Problem und Aufgabe, in: Jugendforschung: Informationsbulletin des Wissenschaftlichen Beirates für Jugendforschung beim Amt für Jugendfragen, o. Jg., H. 4, S. 1-4.
- Ders. 1967: Probleme des Freizeitlebens der Jugend, in: Schwarz, Hanns (Hrsg.): Jugendprobleme in pädagogischer, medizinischer und juristischer Sicht, Jena, S. 27-53.
- Rytlewski, Ralf/Manfred Opp de Hipt 1987: Die Deutsche Demokratische Republik in Zahlen 1945/49-1980. Ein sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, München.
- Saupe, Volker 1988: Informelle Freizeitgruppen Jugendlicher, in: Starke, Kurt/Uta Schlegel: Jugend und Jugendforschung 1986. Entwicklungsstand und Entwicklungstendenzen. 6. Leipziger Kolloquium der Jugendforscher vom 30. September bis 1. Oktober 1986, Leipzig, S. 350 f.

- Schirrmeister, Karl-Günter 1987: Erziehung zum Haß. Geistige Militarisierung in der DDR, Stuttgart.
- Schmitt, Karl 1980: Politische Erziehung in der DDR. Ziele, Methoden und Ergebnisse des politischen Unterrichts an den allgemeinbildenden Schulen der DDR, Paderborn u. a.
- Schmitz-Scherzer, Reinhard 1974: Sozialpsychologie der Freizeit. Bericht über den Stand der Freizeitforschung in Soziologie und Psychologie, Stuttgart u. a.
- Schriftlich vorgelegter Bericht des Parteivorstandes an den II. Parteitag der SED vom 20. bis 24. September 1947 in Berlin, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.) 1986: Partei und Jugend. Dokumente marxistisch-leninistischer Jugendpolitik, 2. Aufl., Berlin (Ost), S. 301-303.
- Schulze, Erhard-Veit 1960: Die Funktion der Freien Deutschen Jugend in der DDR. Eine Studie zur Soziologie der Massenorganisationen in der volksdemokratischen Gesellschaft, Marburg.
- Schumann, Horst 1967: Die Verantwortung der Jugend in der sozialistischen Gesellschaft und die Aufgaben der FDJ, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.): Die Verantwortung der Jugend in der sozialistischen Gesellschaft und die Aufgaben der FDJ, Berlin (Ost), S. 23-73.
- Schurzig, Edith 1967: „Was lesen junge Leute?“ Auswertung einer Befragung jugendlicher Leser über ihre Lektüre, in: Der Bibliothekar, 21. Jg., H. 6, S. 580-587.
- Sechste Durchführungsbestimmung zum Jugendgesetz der DDR vom 19. August 1970. Die Planung der Aufgaben zur Verwirklichung der sozialistischen Jugendpolitik, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971: Staatliche Dokumente zur sozialistischen Jugendpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik (Auswahl), Berlin (Ost), S. 312-320.
- SED und Christentum vom 27. August 1946, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1952: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes, Bd. I, 3. Aufl., Berlin (Ost), S. 86-88.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) 1957: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost).
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) 1959: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost).
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) 1965: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost).
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) 1968: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost).
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) 1975: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost).
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) 1980: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost).
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) 1985: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost).

- Stand und weitere Entwicklung des künstlerischen Volksschaffens. Beschluß des Sekretariats des ZK vom 17. März 1965, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1967: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. X, Berlin (Ost), S. 332-338.
- Standpunkte zu Konsequenzen aus der Entwicklung der Informatik und informationsverarbeitenden Technik für das Bildungswesen. Beschluß des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrates der DDR vom 12./14. November 1985, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991: Bildungspolitik in der DDR 1966-1990. Dokumente, Berlin, S. 251-263.
- Statut der Freien Deutschen Jugend 1976, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.): Dokumente des X. Parlaments der Freien Deutschen Jugend vom 1. bis 5. Juni in Berlin, Hauptstadt der DDR, Berlin (Ost), S. 83-110.
- Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschluß des VI. Parteitages (15. bis 21. Januar 1963) mit den vom VII. Parteitag (17. bis 22. April 1967) beschlossenen Veränderungen und Zusätzen, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1969: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. XI, Berlin (Ost), S. 226-256.
- Statut des Jugendreisebüros der DDR Jugendtourist. Beschluß des Sekretariats des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend vom 13. März 1975, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1977: Ferien – Urlaub – Touristik. Rechtsvorschriften, Beschlüsse und Kommentare zur Feriengestaltung der Schüler und Studenten, zur Urlaubsgestaltung der werktätigen Jugend und der Lehrlinge sowie zur Jugendtouristik, Bd. II, Berlin (Ost), S. 33-37.
- Statuten der Freien Deutschen Jugend, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960: Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Bd. I, Berlin (Ost), S. 49-54.
- Steitz, Lilo 1979: Freizeit – freie Zeit?, Berlin (Ost).
- Stellungnahme der West-Berliner Bischofskonferenz in einem Schreiben von Kardinal Bengsch an die Regierung der DDR vom 12. Juni 1978, in: Henrich, Wolfgang (Hrsg.) 1978: Wehrkunde in der DDR. Die neue Regelung ab 1. September 1978, Bonn, S. 40-42.
- Stellungnahme des Sekretariats des ZK der SED zum Bericht der Kreisleitung der SED Berlin-Köpenick über Erfahrungen und Ergebnisse der politisch-ideologischen Arbeit bei der Durchführung der Schulpolitik des X. Parteitages der SED. Beschluß des Sekretariats des ZK vom 25. April 1984, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1986: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. XX, Berlin (Ost), S. 37-43.
- Stellungnahme zum Bericht der Kreisleitung der SED Brandenburg über Ergebnisse, Erfahrungen und Probleme bei der klassenmäßigen Erziehung der Arbeiterjugend und der Vorbereitung der Lehrlinge und Schüler auf das Berufsleben. Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 25. Juni 1975, in: Neuer Weg (Beilage Dokumente der Partei), 30. Jg., H. 14, S. 650-652.

- Stompler, Wolfgang 1981: Jugend und Touristik, in: Voß, Peter u. a.: Die Freizeit der Jugend, Berlin (Ost), S. 217-233.
- Sträter, Winfried 1985: „Das konnte ein Erwachsener nicht mit ruhigen Augen beobachten.“ Die Halbstarken, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hrsg.): Vom Lagerfeuer zur Musibox. Jugendkulturen 1900-1960, Berlin, S. 137-171.
- Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung von 1988, 10. Aufl., Berlin (Ost).
- Stundentafelfragen. Internes Material der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR vom 15. März 1984, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991: Bildungspolitik in der DDR 1966-1990. Dokumente, Berlin, S. 225-228.
- Thomae, Hans 1956: Gegenwartsjugend und Gegenwartsgesellschaft. Empirische Beiträge zu einer Charakteristik der jungen Generation, in: Zeitschrift für Politik, 3. Jg., H. 2, S. 166-171.
- Über den Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat. Beschluß des V. Parteitag (10. bis 16. Juli 1958), angenommen am 15. Juli 1958, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1961: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. VII, Berlin (Ost), S. 232-316.
- Über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Thesen des Zentralkomitees vom 17. Januar 1959, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1961: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. VII, Berlin (Ost), S. 503-533.
- Über die Verbesserung der Arbeit der FDJ. Beschluß des Politbüros vom 3. März 1953, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1954: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. IV, Berlin (Ost), S. 279-292.
- Ulbricht, Walter 1945: Das Programm der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Aus der Rede auf der 1. Funktionärskonferenz der KPD Groß-Berlins vom 25. Juni, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1968: Walter Ulbricht. An die Jugend, 2. Aufl., Berlin (Ost), S. 17-26.
- Ders. 1951: Der Fünfjahresplan und die Perspektiven der Volkswirtschaft. Referat und Schlußwort auf dem III. Parteitag der SED in Berlin vom 20. bis 24. Juli 1950, Berlin (Ost).
- Ders. 1952: Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der SED, in: Protokoll der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 9. bis 12. Juli 1952 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Berlin (Ost), S. 124-161.

- Ders. 1952: Die nächsten Aufgaben der FDJ bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR vom 19. Dezember. Aus der Rede auf der 3. Tagung des Zentralrates der FDJ vom 19. bis 21. Dezember 1952, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1968: Walter Ulbricht. An die Jugend, 2. Aufl., Berlin (Ost), S. 113-121.
- Ders. 1959 (a): Fragen der Entwicklung der sozialistischen Literatur und Kunst, in: Greif zur Feder, Kumpel. Protokoll der Autorenkonferenz des Mitteldeutschen Verlages Halle (Saale) am 24. April 1959 im Kulturpalast des Elektrochemischen Kombinats Bitterfeld, Halle/Saale, S. 94-117.
- Ders. 1959 (b): Über die Dialektik unseres sozialistischen Aufbaus, Berlin (Ost).
- Ders. 1960: Vom kulturvollen Leben der Menschen, in: Kulturkonferenz 1960. Protokoll der vom Zentralkomitee der SED, dem Ministerium für Kultur und dem Deutschen Kulturbund vom 27. bis 29. April 1960 im VEB Elektrokohle Berlin abgehaltenen Konferenz, Berlin (Ost), S. 257-294.
- Ders. 1961: Die Maßnahmen unserer Regierung haben den Frieden in Europa und in der Welt gerettet. Aus der Ansprache im Deutschen Fernsehfunk vom 18. August, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1968: Walter Ulbricht. An die Jugend, 2. Aufl., Berlin (Ost), S. 252-265.
- Ders. 1963: Das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Praxis. Wirtschaftskonferenz des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik am 24. und 25. Juni 1963, 2. Aufl., Berlin (Ost).
- Ders. 1963: Jeder Jugendliche ein überzeugter Sozialist vom 29. Mai. Aus der Rede auf dem VII. Parlament der Freien Deutschen Jugend vom 28. Mai bis 1. Juni 1963 in Berlin, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1968: Walter Ulbricht. An die Jugend, 2. Aufl., Berlin (Ost), S. 290-314.
- Ders. 1964: Wer viel geleistet hat, kann Feste feiern. Rede zur Eröffnung des Deutschlandtreffens vom 16. Mai, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1968: Walter Ulbricht. An die Jugend, 2. Aufl., Berlin (Ost), S. 350-356.
- Ders. 1965: Schlußwort auf der 11. Tagung des ZK der SED, in: Agde, Günter (Hrsg.) 1991: Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin, S. 344-359.
- Ders. 1965: Zwischenrede vom 16. Dezember, in: Agde, Günter (Hrsg.) 1991: Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin, S. 331-334.
- Ders. 1967: Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus, 3. Aufl., Berlin (Ost).
- Ders. 1967: Grundsätze unserer sozialistischen Jugendpolitik. Schlußwort auf der 32. Sitzung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 31. März, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1968: Walter Ulbricht. An die Jugend, 2. Aufl., Berlin (Ost), S. 394-399.
- Ullrich, Klaus 1972: Die Urenkel des Spartacus. Zur Geschichte und zum Werdegang der Kinder- und Jugendspartakiaden der DDR, Berlin (Ost).
- Unterrichtshilfen Zivilverteidigung Klasse 9 1978, Berlin (Ost).

- VEB Bibliographisches Institut (Hrsg.) 1976: Meyers Jugendlexikon, 6. Aufl., Leipzig.
- Verbesserung und weitere Entwicklung des polytechnischen Unterrichts an den Oberschulen. Beschluß des Politbüros des ZK vom 17. Mai 1960, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1962: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. VIII, Berlin (Ost), S. 142-152.
- Vereinbarung des Ministeriums für Volksbildung, des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Sport und Technik und des Präsidiums des Deutschen Roten Kreuzes der DDR zur Einführung der Arbeitsgemeinschaften „Wehrausbildung“ der Klassen 9 und 10 vom 3. September 1973, in: Henrich, Wolfgang (Hrsg.) 1978: Wehrkunde in der DDR. Die neue Regelung ab 1. September 1978, Bonn, S. 109-111.
- Vereinbarung des Zentralrates der FDJ, des Ministeriums für Volksbildung und des Zentralvorstandes der GST für die Organisation und Durchführung der „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ der FDJ der 8.-10. Klassen an den 10klassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen vom Juni 1967, in: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Volksbildung und des Staatlichen Amtes für Berufsausbildung, 15. Jg., H. 21, S. 296-299.
- Vereinbarung zur Durchführung der vormilitärischen Ausbildung und der Sanitätsausbildung an den Erweiterten Oberschulen und Spezialschulen der DDR vom 12. Februar 1973, in: Henrich, Wolfgang/Gottfried Linn (Hrsg.) 1984: Die sozialistische Wehrerziehung in der DDR. Dokumentation und Analyse, Bonn, S. 59-65.
- Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung vom 7. Oktober 1949, Berlin (Ost).
- Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung vom 6. April 1968, Berlin (Ost).
- Vergeßt das frohe Jugendleben nicht! Stellungnahme des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend vom 14. Februar 1952, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960: Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Bd. II, Berlin (Ost), S. 328-331.
- Verlautbarung über die Bildung von Jugendausschüssen von 1945, in: Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1960: Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Bd. I, Berlin (Ost), S. 23.
- Verner, Paul 1970: Bericht des Politbüros an die 14. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 9. bis 11. Dezember, Berlin (Ost).
- Verordnung über Arbeitszeit und Erholungsurlaub vom 29. Juni 1961, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971: Staatliche Dokumente zur sozialistischen Jugendpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik (Auswahl), Berlin (Ost), S. 353-356.
- Verordnung über die Gesellschaft für Sport und Technik vom 10. September 1968, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971: Staatliche Dokumente zur sozialistischen Jugendpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik (Auswahl), Berlin (Ost), S. 371 f.

- Verordnung über die Stiftung der „Karl-Liebknecht-Medaille“ vom 18. Juni 1970, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971: Staatliche Dokumente zur sozialistischen Jugendpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik (Auswahl), Berlin (Ost), S. 367.
- Verordnung über die Stiftung der „Medaille für hervorragende Leistungen in der Bewegung Messen der Meister von morgen“ vom 14. April 1969, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971: Staatliche Dokumente zur sozialistischen Jugendpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik (Auswahl), Berlin (Ost), S. 363.
- Vester, Heinz-Günter 1988: Zeitalter der Freizeit. Eine soziologische Bestandsaufnahme, Darmstadt.
- Vierte Durchführungsbestimmung zum Jugendgesetz der DDR – Feriengestaltung der Schüler und Lehrlinge – vom 15. Juni 1967, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971: Staatliche Dokumente zur sozialistischen Jugendpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik (Auswahl), Berlin (Ost), S. 300-311.
- Vogt, Hartmut 1969: Bildung und Erziehung in der DDR, Stuttgart.
- Ders. 1973: Wehrerziehung der Kinder und Jugendlichen in der DDR, in: Deutschland Archiv, 6. Jg., H. 12, S. 1278-1296.
- Voß, Peter 1981 (a): Die Jugend und ihre Freizeit, in: ders. u. a.: Die Freizeit der Jugend, Berlin (Ost), S. 9-35.
- Ders. 1981 (b): Jugend und Touristik, in: ders. u. a.: Die Freizeit der Jugend, Berlin (Ost), S. 217-233.
- Ders. 1984: Freizeitgestaltung der Jugend, in: Friedrich, Walter/Werner Gerth (Hrsg.): Jugend konkret, Berlin (Ost), S. 158-183.
- Was lehren die letzten Monate? Wie geht es weiter? Der 13. August und die Lage in Deutschland. Stellungnahme des Zentralkomitees vom 4. Oktober 1961, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1962: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. VIII, Berlin (Ost), S. 455-468.
- Weimarer Beiträge 1979: Zwischen Text und Szene. Peter Reichel im Gespräch mit Jürgen Groß, Gunter Preuß, Uwe Saeger, Frieder Venus, Albert Wendt, 25. Jg., H. 7, S. 23-41.
- Wensierski, Peter 1981: Nach Alternativen wird gesucht. Kirchliche Umweltaktivitäten in der DDR, in: ders./Wolfgang Büscher (Hrsg.): Beton ist Beton. Zivilisationskritik aus der DDR, Hattingen, S. 9-37.
- Ders. u. a. (Hrsg.) 1983: VEB Nachwuchs. Jugend in der DDR, Hamburg.
- Ders./Wolfgang Büscher (Hrsg.) 1984: Null Bock auf DDR. Aussteigerjugend im anderen Deutschland, Hamburg.
- Weyer, Jochen 1974: Aus erster Hand. Jugend in der DDR. Vom Alltag junger Menschen im Sozialismus, Berlin (Ost).
- Wiedemann, Dieter 1981: Kulturell-künstlerische Interessen und Verhaltensweisen, in: Voß, Peter u. a.: Die Freizeit der Jugend, Berlin (Ost), S. 129-157.

- Ders. 1988: Kulturelles Verhalten der Jugend – Entwicklungen, Funktionen und Prognosen, in: Starke, Kurt/Uta Schlegel: Jugend und Jugendforschung 1986. Entwicklungsstand und Entwicklungstendenzen. 6. Leipziger Kolloquium der Jugendforscher vom 30. September bis 1. Oktober 1986, Leipzig, S. 59-63.
- Ders. 1989: Forschungen zur kulturellen Lebensgestaltung Jugendlicher in der DDR – methodische Erfahrungen und empirische Ergebnisse, in: Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (Hrsg.): Kultur und Gesellschaft: gemeinsamer Kongreß der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, Zürich 1988, Beiträge der Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen, Zürich, S. 79-82.
- Ders./Hans Stiehler 1988: Kolloquium Film, Fernsehen, Video – charakteristische Entwicklungen und Probleme, in: Beiträge zur Film- und Fernsehwissenschaft, 29. Jg., H. 31, S. 116-129.
- Wilhelmi, Jutta 1983: Jugend in der DDR. Der Weg zur sozialistischen Persönlichkeit, Berlin.
- Winkler, Karl 1984: Made in GDR. Jugendszenen aus Ost-Berlin, Berlin.
- Winter, Harald 1961: Die Aufgaben der Freien Deutschen Jugend im Kampf gegen die Jugendgefährdung und Jugendkriminalität, in: Beiträge zur Bekämpfung der Jugendkriminalität, Berlin (Ost), S. 56-70.
- Wir können euch nicht mehr schützen. Brief der Synode an die Jugendlichen der sächsischen Landeskirche vom 24. März 1982, in: Büscher, Wolfgang u. a. (Hrsg.) 1982: Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978-1982, Hattingen, S. 290-293.
- Wittig, Horst E. 1962: Pläne und Praktiken der polytechnischen Erziehung in Mitteldeutschland, Bad Harzburg.
- Wolff, Kurt Heinrich (Hrsg.) 1964: Mannheim, Karl: Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, Berlin/Neuwied.
- Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1970: Hans Beimler. Unser Vorbild, unser Freund, Berlin (Ost).
- Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1972 (a): Für den jungen Gruppenpionierleiter. Thälmann-Pioniere, Berlin (Ost).
- Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1972 (b): IX. Parlament der Freien Deutschen Jugend in Berlin vom 25. bis 29. Mai 1971, Berlin (Ost).
- Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1985 (a): XII. Parlament der Freien Deutschen Jugend in Berlin vom 21. bis 24. Mai 1985, Berlin (Ost).
- Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (Hrsg.) 1985 (b): Vom XI. zum XII. Parlament der Freien Deutschen Jugend. Übersichten zur Arbeit der FDJ in den Jahren 1981 bis 1984 sowie zu den Arbeits- und Lebensbedingungen der Jugend der DDR, Berlin (Ost).
- Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Abteilung Junge Pioniere (Hrsg.) 1968: Für den Ferienhelfer. Gesellschaftlich nützliche Arbeit in den Ferien, Berlin (Ost).
- Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Abteilung Propaganda (Hrsg.) 1971: Folgt ihrer Fahne. Dokumente marxistisch-leninistischer Jugendpolitik, 2. Aufl., Berlin (Ost).

- Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Abteilung Verbandsorgane (Hrsg.) 1971: Statut der Freien Deutschen Jugend. Beschlossen vom VII. Parlament der Freien Deutschen Jugend am 1. Juni 1963 in Berlin. Änderungen wurden auf dem VIII. Parlament der Freien Deutschen Jugend am 12. Mai 1967 und auf dem IX. Parlament der Freien Deutschen Jugend am 29. Mai 1971 beschlossen, Berlin (Ost).
- Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Arbeitsgruppe Geschichte der Arbeiterjugend und FDJ (Hrsg.) 1961: Zeittafel zur Geschichte der FDJ 1945-1960, Berlin (Ost).
- Zimmermann, Hartmut 1976: Politische Aspekte des Konzepts WTR in der DDR, in: Deutschland Archiv (Sonderheft): Wissenschaftlich-technische Revolution und industrieller Arbeitsprozeß. Neunte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik vom 8. bis 11. Juni 1976, S. 17-53.
- Zimmermann, Peter 1984: Rock'n Roller, Beats und Punks. Rockgeschichte und Sozialisation, Essen.
- Zinnecker, Jürgen 1987: Jugendkultur 1940-1985, Opladen.
- Zu einigen hauptsächlichen Ergebnissen, Tendenzen und Problemen des Unterrichts und seiner Führung nach dem VIII. Pädagogischen Kongreß. Arbeitsmaterial für Kreisschulräte, Direktoren und Fachberater vom Februar 1981. Auszug, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991: Bildungspolitik in der DDR 1966-1990. Dokumente, Berlin, S. 156-161.
- Zum Bild der heutigen Jugend in der DDR. Aus dem Standpunktmaterial zur pädagogischen Arbeit in der Schule vom 30. September 1988, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991: Bildungspolitik in der DDR 1966-1990. Dokumente, Berlin, S. 308-311.
- Zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus. Beschluß der II. Parteikonferenz vom 9. bis 12. Juli 1952, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1954: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. IV, Berlin (Ost), S. 70-78.
- Zur Jugendarbeit in der Partei. Entschließung des Parteivorstandes vom 15. April 1948, in: Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.) 1958: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralsekretariats und des Politischen Büros, Bd. II, 3. Aufl., Berlin (Ost), S. 10-12.
- Zur weiteren Durchführung des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem auf dem Gebiet der Hochschulvorbereitung. Argumentationsmaterial zum Direktübergang der Schüler nach Abschluß der POS in die zweijährige EOS von 1980, in: Fuchs, Hans-Jürgen/Eberhard Petermann (Hrsg.) 1991: Bildungspolitik in der DDR 1966-1990. Dokumente, Berlin, S. 149-151.
- Zweite Durchführungsbestimmung zum Jugendgesetz der DDR – Woche der Jugend und Sportler – vom 17. Mai 1965, in: Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) 1971: Staatliche Dokumente zur sozialistischen Jugendpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik (Auswahl), Berlin (Ost), S. 295-299.

Studien des ZIJ (online)³⁹⁵⁴

- Bertram, Barbara u. a. 1975: Jugend und Arbeit. Zur sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung von Lehrlingen und jungen Arbeitern, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-373673>, letzter Zugriff am 24. Februar 2015.
- Dies. u. a. 1986: Halbjahresbericht I/1986 vom Juni, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-397092>, letzter Zugriff am 16. Dezember 2015.
- Dies. u. a. 1989: Problempapier Die Jugend braucht eine neue Perspektive vom November, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-403730>, letzter Zugriff am 4. August 2015.
- Bisky, Lothar u. a. 1976: Ausgewählte Ergebnisse der Jugendforschung. Zuarbeit für Genossen Werner Lamberz vom 22. September, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-381439>, letzter Zugriff am 11. August 2015.
- Ders. u. a. 1978: Jugend im FDJ-Aufgebot DDR 30. Schnellinformation über Ergebnisse einer operativen Studie vom April, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-380116>, letzter Zugriff am 13. August 2015.
- Brück, Wolfgang 1982: Expertise Gewalt in Massenmedien – Zum Problem der Jugendgefährdung durch Schund- und Schmutzerzeugnisse. Kurzfassung vom Februar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-382753>, letzter Zugriff am 15. Dezember 2015.
- Ders. 1984: Die sozialistische Demokratie im Erfahrungsbereich junger Werktätiger. Teilbericht zur Jugendgesetzstudie vom April, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-386158>, letzter Zugriff am 30. Juli 2015.
- Ders. 1988: Das Skinhead-Phänomen aus jugendkriminologischer Sicht. Expertise vom März, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-401449>, letzter Zugriff am 9. Juli 2016.
- Ders. 1988: Skinheads im Meinungsbild Jugendlicher vom November, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-402491>, letzter Zugriff am 9. Juli 2016.
- Dennhardt, Rudolf 1988: Einige Gedanken zur Arbeit des Jugendverbandes vom Juli, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-401971>, letzter Zugriff am 3. August 2015.
- Ders. 1989: Soziale Erfahrungen Jugendlicher vom März, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-402953>, letzter Zugriff am 4. August 2015.
- Ders./Günter Lange 1988: Information über ausgewählte Ergebnisse der Pilotstudie zur Untersuchung Das Geschichtsbewußtsein der Jugendlichen der DDR in der 2. Hälfte der 1980er Jahre vom März, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-401334>, letzter Zugriff am 3. August 2015.

3954 Jede der aufgeführten Studie stellt das GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften online bereit.

- Eißner, Gerhard u. a. 1988: Entwicklungstendenzen ideologischer Haltungen und der Aktivität in der FDJ. Erste Ergebnisse einer Intervallstudie bei Schülern 8. und 9. Klassen. Schnellinformation vom November, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-402483>, letzter Zugriff am 4. August 2015.
- Felber, Holm 1987: Jugendtanz in der DDR – Situation und Perspektiven. Diskussionspapier vom Juni, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-400232>, letzter Zugriff am 17. Dezember 2015.
- Ders. 1988: DDR-Rockmusik und DDR-Jugend. Teil I. Problempapier vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-402699>, letzter Zugriff am 16. Dezember 2015.
- Ders. 1988: DDR-Rockmusik und DDR-Jugend. Teil II. Expertise vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-402702>, letzter Zugriff am 17. Dezember 2015.
- Ders./Hans-Jörg Stiehler 1987: Erste Ergebnisse der Untersuchung Das Verhältnis Jugendlicher zur populären Musik (PoP 87) vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-400906>, letzter Zugriff am 17. Dezember 2015.
- Dies. 1988: Schnellinformation. Ausgewählte Ergebnisse zum Hören des erweiterten Programms von Jugendradio DT 64 bei Leipziger Schülern vom Januar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-402830>, letzter Zugriff am 17. Dezember 2015.
- Ders. u. a. 1987: Diskussionsmaterial. Überlegungen zur weiteren Entwicklung eines Rundfunkprogramms für die junge Generation vom Januar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-404977>, letzter Zugriff am 17. Dezember 2015.
- Förster, Peter 1975: Parlamentsstudie 1975. Teilbericht I 1. Entwicklungsstand und Entwicklungstendenzen ideologischer Grundpositionen der jungen Werktätigen und Studenten vom November, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-380963>, letzter Zugriff am 11. August 2015.
- Ders. 1976: Parlamentsstudie 1975. Kurzfassung des Zusatzberichts Zum ideologischen Profil religiöser junger Arbeiter und Angestellter (Diskussionsgrundlage) vom Februar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-409414>, letzter Zugriff am 11. August 2015.
- Ders. 1982: Forschungsbericht Zentrale Intervallstudie Junge Arbeiter (ZIS) 1976, 1978, 1980. Die Haltung junger Werktätiger zur Freien Deutschen Jugend, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-383291>, letzter Zugriff am 10. Juni 2015.
- Ders. 1982: Stellungnahme zum Titelprojekt Fragen und Antworten zum Wehrdienst vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-382834>, letzter Zugriff am 7. Januar 2016.
- Ders. 1984: Bereit und fähig zur Verteidigung des Sozialismus. GST-interne Untersuchung des Zentralinstituts für Jugendforschung in Vorbereitung des VIII. Kongresses der GST. Voruntersuchung 1984. Lehrlinge und EOS-Schüler. Schnellinformation vom September, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-386013>, letzter Zugriff am 11. Januar 2016.

- Ders. 1984: Information über ausgewählte Ergebnisse der Studie Politische Organisiertheit der Jugend der DDR (1984) zu aktuellen Fragen der Tätigkeit des Jugendverbandes vom September, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-388357>, letzter Zugriff am 30. Juli 2015.
- Ders. 1985: Die politische Organisiertheit der jungen Werktätigen vom Juli, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-388760>, letzter Zugriff am 31. Juli 2015.
- Ders. 1986: Bereit und fähig zur Verteidigung des Sozialismus. Teilstudie. Teilnehmer an der vormilitärischen Ausbildung vom Mai, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-399073>, letzter Zugriff am 15. Januar 2016.
- Ders. 1987: Kurzinformation über Ergebnisse einer Untersuchung bei männlichen Schülern der 8. Klasse über ihre Haltung zum späteren Wehrdienst in der NVA vom Juli, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-400312>, letzter Zugriff am 12. Januar 2016.
- Ders. 1987: Zur Rolle des Jugendverbandes bei der Schuljugend und den Lehrlingen. Ausgewählte Aspekte vom Oktober, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-400434>, letzter Zugriff am 2. August 2015.
- Ders. 1988: Entwicklungstendenzen der Verteidigungsbereitschaft und des Engagements in der vormilitärischen Ausbildung. Erste Ergebnisse einer Intervallstudie zu Problemen der vormilitärischen Ausbildung bei Lehrlingen. Schnellinformation vom September, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-410497>, letzter Zugriff am 14. Januar 2016.
- Ders. 1988: Zu einigen aktuellen Fragen der Tätigkeit der FDJ vom Juli, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-401989>, letzter Zugriff am 3. August 2015.
- Ders. u. a. 1977: Bericht zur Persönlichkeitsentwicklung und zu Entwicklungsbedingungen der Jugend in der DDR vom Mai, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-371034>, letzter Zugriff am 12. August 2015.
- Ders. u. a. 1985: Halbjahresbericht I/85 vom 15. Oktober, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-388838>, letzter Zugriff am 31. Juli 2015.
- Ders. u. a. 1986: Information zum Entwicklungsstand des Denkens und Verhaltens unserer Jugend vor dem XI. Parteitag der SED vom März, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-393258>, letzter Zugriff am 15. Januar 2016.
- Ders. u. a. 1986: Operativstudie Die Jugend und der XI. Parteitag der SED. Schnellinformation vom Juni, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-399027>, letzter Zugriff am 2. August 2015.
- Friedrich, Walter 1986: Zur Tätigkeit der FDJ unter den Lehrlingen. Komplexmaterial in Vorbereitung der 5. Tagung des Zentralrates der FDJ, Bd. I, Die Ausprägung der Wertorientierungen und ideologischen Grundpositionen bei Lehrlingen vom Juli, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-399193>, letzter Zugriff am 2. August 2015.
- Ders. 1987: Zum Entwicklungsstand und zu Entwicklungsproblemen unserer Jugend 1987: Forschungsergebnisse, Beobachtungen, Überlegungen in zehn Thesen, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-400102>, letzter Zugriff am 2. August 2015.

- Ders. 1988: Expertise zur Lage der Jugend 1988 vom Juni, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-401416>, letzter Zugriff am 3. August 2015.
- Ders. u. a. 1969: Umfrage 69. Abschlußbericht, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-369934>, letzter Zugriff am 1. August 2015.
- Ders. u. a. 1984: Entwicklungsprozesse bei unserer Jugend. Information vom April, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-388349>, letzter Zugriff am 30. Juli 2015.
- Ders. u. a. 1987: Persönlichkeitsentwicklung im frühen Jugendalter. Eine Problemskizze zum Entwicklungsstand von 14- bis 18-jährigen Schülern und Lehrlingen Mitte der 1980er Jahre vom 30. Oktober, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-400414>, letzter Zugriff am 2. August 2015.
- Gehrisch, Harald 1976: Informationen über Untersuchungsergebnisse zur Nutzung von Massenmedien durch Schüler Leipziger Oberschulen. Ergebnisse einer Wiederholungsuntersuchung 1976 zur Intervallstudie Schüler 1968-1972 vom Juli, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-381338>, letzter Zugriff am 11. August 2015.
- Ders./Dieter Wiedemann 1976: Funktion und Zusammenwirken der sozialistischen Massenmedien bei der ideologischen Erziehung der Schuljugend, dargestellt an Schülern der Klassen 9/10 vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-381276>, letzter Zugriff am 1. August 2015.
- Geier, Wolfgang 1975: Zusatzinformation zum Forschungsbericht der Untersuchung Primorsko 75. Kulturelle Freizeitinteressen vom November, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-381191>, letzter Zugriff am 11. August 2015.
- Ders. 1978: Vergleich ausgewählter Ergebnisse der Untersuchungen Sozialistische Lebensweise und Freizeitgestaltung Jugendlicher. POS-Schüler, Lehrlinge, junge Arbeiter vom Juli/August, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-378155>, letzter Zugriff am 14. August 2015.
- Ders. 1979: Freizeitinteressen und Freizeitverhalten von Lehrlingen vom Juli, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-378242>, letzter Zugriff am 14. August 2015.
- Gerth, Werner u. a. 1984: Operativstudie Die Haltung der Jugend zu aktuellen Fragen der Friedenssicherung vom Januar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-386115>, letzter Zugriff am 12. Januar 2016.
- Günther, Cordula 1986: Modespezifische Verhaltensweisen von Jugendlichen in der DDR. Erste Auswertungsergebnisse zur Studie Jugend und Mode 1985 vom März, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-400072>, letzter Zugriff am 15. Dezember 2015.
- Dies. 1987: Einfluß von Wertorientierungen und anderen Faktoren auf das Modeverhalten von Jugendlichen in der DDR. Weitere Ergebnisse zur Studie Jugend und Mode 1985 vom März, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-401089>, letzter Zugriff am 15. Dezember 2015.
- Dies. 1987: Expertise. Modische Anregungen durch Stars. Vergleich der Favoriten 1979 und 1985 vom März, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-400942>, letzter Zugriff am 16. Dezember 2015.

- Hahn, Jochen 1983: Forschungsbericht über Interviewergebnisse zum Thema Lieder für den Frieden. Kurzfassung vom Februar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-385511>, letzter Zugriff am 17. Dezember 2015.
- Ders. 1983: Studie zum Friedensaufgebot der FDJ. Zusatzbericht. Ergebnisse über die Bewertung von Friedensliedern vom April, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-383622>, letzter Zugriff am 17. Dezember 2015.
- Ders. 1985: Kulturelle Aktivitäten der FDJ. Expertise. Die Entwicklung musikkultureller Interessen und Verhaltensweisen Jugendlicher Anfang der 1980er Jahre. Langfassung vom September, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-389114>, letzter Zugriff am 17. Dezember 2015.
- Ders./Anita Weiß 1982: Fernsehrezeption Jugendlicher. Thematischer Bericht zur Studie Kunstrezeption und Wertorientierung Jugendlicher vom Juli, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-382685>, letzter Zugriff am 11. Dezember 2015.
- Ders. u. a. 1981: Haupttendenzen der Entwicklung kultureller Bedürfnisse und Verhaltensweisen Jugendlicher in den 1970er Jahren vom Mai, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-372481>, letzter Zugriff am 14. August 2015.
- Hanowski, M. u. a. 1975: Parlamentsstudie 1975. Teilbericht III 1.-3. Lebensbedingungen der DDR-Jugend vom November, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-380832>, letzter Zugriff am 11. August 2015.
- Heublein, Ulrich 1989: Urteile von Schülern über Verhaltensmerkmale Jugendlicher anderer Nationalitäten vom Oktober, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-403565>, letzter Zugriff am 9. Juli 2016.
- Holzweißig, Werner 1978: Ergebnisse einer Untersuchung wesentlicher Seiten des sozialistischen Klassenbewußtseins und der gesellschaftlichen Aktivität der Jugend des Kreises Grimma. Zusatzbericht Das Kommunismusbild der Jugend vom 9. Februar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-380155>, letzter Zugriff am 13. August 2015.
- Kaftan, Burkhard 1983: Ausgewählte Forschungsergebnisse der Untersuchung Die Rolle der Jugendbrigaden bei der Herausbildung der sozialistischen Persönlichkeit junger Werktätiger. Material in Vorbereitung des Arbeiterjugendkongresses 1983 vom März, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-385277>, letzter Zugriff am 11. Juni 2015.
- Ders. u. a. 1977: Forschungsbericht Jugend in sozialistischen Arbeitskollektiven (Kurzform: Kollektivstudie). Projekt des Zentralen Forschungsplans der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR 1976-1980 vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-380731>, letzter Zugriff am 28. Juli 2015.
- Ders. u. a. 1984: Die Einflußnahme der staatlichen Leitung und der FDJ auf die Durchführung des Jugendgesetzes (Jugendgesetz-Studie) vom Mai, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-386290>, letzter Zugriff am 30. Juli 2015.
- Kalina, Georg/Kurt Starke 1967: Jugend und Freizeit. Forschungsbericht über eine Studie zum Freizeitverhalten, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-369594>, letzter Zugriff am 20. Juni 2015.

- Karig, Ute 1985: Jugendklubs als spezifische Möglichkeit der Freizeitgestaltung Jugendlicher vom April, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-390271>, letzter Zugriff am 9. Dezember 2015.
- Kasek, Leonhard u. a. 1989: Zur Arbeit der FDJ unter Lehrlingen. Forschungsergebnisse und Erfahrungen vom September, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-403583>, letzter Zugriff am 4. August 2015.
- Kuhnke, Ralf 1984: Schnellinformation zur Studie Jugend und Touristik 1983 vom 1. November, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-386217>, letzter Zugriff am 16. Dezember 2015.
- Lange, Günter 1989: Das staatsbürgerliche Bewußtsein der Jugendlichen vom März, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-402964>, letzter Zugriff am 15. Januar 2016.
- Ders. u. a. 1989: Zum politisch-ideologischen Profil junger Christen vom August, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-403538>, letzter Zugriff am 14. Januar 2016.
- Langguth, M./L. Schumann 1972: Funktion und Zusammenwirken der Massenmedien bei der ideologischen Erziehung Jugendlicher. Zusatzbericht Hörer von DT 64. 1. Entwurf, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-370411>, letzter Zugriff am 1. August 2015.
- Lindner, Bernhard u. a. 1982: Die kulturellen Freizeitinteressen Jugendlicher. Expertise zur Vorbereitung der Kulturkonferenz, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-383276>, letzter Zugriff am 15. Dezember 2015.
- Ders. u. a. 1982: Zum Verhältnis Jugendlicher zur populärwissenschaftlichen Literatur (Kurzbericht) vom Juni, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-382780>, letzter Zugriff am 15. Dezember 2015.
- Müller, Harry 1975: Parlamentsstudie 1975. Teilbericht I 2. Lebensziele der Jugend vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-380958>, letzter Zugriff am 10. August 2015.
- Ders. 1988: Zum individuellen und globalen Problemerkennen von Schülern aus 9. und 10. Klassen unter aktueller Sicht vom Februar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-401321>, letzter Zugriff am 3. August 2015.
- Ders. 1989: Zur staatsbürgerlichen Identität und ihren Merkmalen im Bewußtsein Jugendlicher vom April, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-403437>, letzter Zugriff am 4. August 2015.
- Ders. 1989: Zu Veränderungen im Identitätserleben von Schülern aus 9. und 10. Klassen nach Einleitung politischer Reformierungsprozesse im Oktober 1989 unter besonderer Berücksichtigung der DDR-Identität vom November, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-403623>, letzter Zugriff am 4. August 2015.
- Müller, Margrit 1987: Teilbericht zur Studie Jugendmedien 85. Die Nutzung der Medien der DDR und der BRD durch die Jugendlichen vom März, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-400156>, letzter Zugriff am 10. Dezember 2015.

- Dies. 1989: Studentenklubs. Expertise in Auswertung der Studie Jugendklubs der FDJ als effektivste Form der Freizeitgestaltung Jugendlicher vom April, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-403424>, letzter Zugriff am 9. Dezember 2015.
- Dies./Stiehler, Hans-Jörg 1987: Probleme der ideologischen Klassenauseinandersetzung auf dem Gebiet der elektronischen Massenmedien. Teilbericht zur Untersuchung Jugendmedien. Kurzfassung vom Januar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-400936>, letzter Zugriff am 10. Dezember 2015.
- Dies./Ute Karig 1988: Zur Jugendklubsituation Ende der 1980er Jahre. Schnellinformation zur Studie Jugendklubs der FDJ als effektivste Form der Freizeitgestaltung Jugendlicher vom November, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-402475>, letzter Zugriff am 9. Dezember 2015.
- Netzker, Wolfgang 1975: Parlamentsstudie 1975. Teilbericht II 1.6. Ideologisches Profil des FDJ-Aktivs vom November, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-370894>, letzter Zugriff am 10. August 2015.
- Ders. 1985: Persönlichkeit und Qualifikation des Reiseleiters beim Reisebüro der FDJ Jugendtourist. Forschungsbericht vom September, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-390515>, letzter Zugriff am 16. Dezember 2015.
- Pinther, Arnold 1968: Pilzkopf-Studie II (ein Vergleich bei Berufsschülern), online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-369659>, letzter Zugriff am 2. August 2015.
- Ders. 1968: Studie über 61 14- bis 18-jährige männliche Jugendliche aus Betrieben, Betriebsberufs- und Berufsschulen Leipzigs, die durch extrem lange Haarfrisur auffällig sind. Pilzkopf-Studie I, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-369635>, letzter Zugriff am 1. August 2015.
- Ders. u. a. 1968: Studie zur Effektivität der Jugendweihe, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-369746>, letzter Zugriff am 8. August 2015.
- Ders. u. a. 1975: SDW-Studie 1975. Eine Effektanalyse des Geschenkbuches zur Jugendweihe Der Sozialismus – Deine Welt vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-380805>, letzter Zugriff am 10. August 2015.
- Pollmer, Käte 1985: Zu Fragen der Einbeziehung der Lehrlinge in die MMM-/Neuererbewegung. Forschungsbericht zur Komplexstudie vom April, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-390294>, letzter Zugriff am 31. Juli 2015.
- Reißig, Monika 1986: Die Entwicklung sportbezogener Interessen und des Sporttreibens Jugendlicher (Ergebnisse einer Längsschnittuntersuchung über 6 Etappen von der 7. Klasse bis zum 2. Lehrjahr) vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-399334>, letzter Zugriff am 15. Dezember 2015.
- Dies. 1988: Zum Gesundheitsverhalten Jugendlicher. Ernährungsverhalten und Genußmittelkonsum vom September, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-402053>, letzter Zugriff am 9. Juli 2016.
- Ronneberg, Heinz 1977: Parlamentsstudie 1975. Zusatzbericht Zum Einfluß der sozialen Herkunft vom Juni, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-380366>, letzter Zugriff am 12. August 2015.

- Ders. u. a. 1976: Zur Leitung und Erziehung junger Arbeiter (Sanktionsstudie). Forschungsbericht vom Januar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-381481>, letzter Zugriff am 28. Juli 2015.
- Roski, Günter 1984: Jugendliche über ihre Mitgliedschaft in der Freien Deutschen Jugend. Besondere Ereignisse, Erlebnisse, Einflußfaktoren. Zusatzbericht zur Studie Politische Organisiertheit der Jugend in der DDR vom Oktober, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-386177>, letzter Zugriff am 10. Juni 2015.
- Ders. 1986: Fähig und bereit zur Verteidigung des Sozialismus. GST-interne Untersuchung des Zentralinstituts für Jugendforschung in Vorbereitung des VIII. Kongresses der GST. Hauptuntersuchung 1985. Hinweise und Vorschläge Jugendlicher zur Veränderung/Verbesserung der vormilitärischen Ausbildung. Auswertung einer offenen Frage vom November, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-405310>, letzter Zugriff am 16. Januar 2016.
- Ders. 1986: Fähig und bereit zur Verteidigung des Sozialismus. GST-interne Untersuchung des Zentralinstituts für Jugendforschung in Vorbereitung des VIII. Kongresses der GST. Hauptuntersuchung 1985. Jugendliche zum bevorstehenden Dienst in der Nationalen Volksarmee. Auswertung einer offenen Frage. Manuskript vom Juli, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-399052>, letzter Zugriff am 12. Januar 2016.
- Ders. 1987: Körperkultur und Sport – fester Bestandteil der sozialistischen Lebensweise der Jugend der DDR (Untersuchung Jugend und Massensport 1987) vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-400883>, letzter Zugriff am 9. Dezember 2015.
- Ders. 1988: Beweggründe Jugendlicher zum Verlassen der DDR (Zusatzbericht zur Untersuchung FDJ-Aufgebot DDR 40) vom Mai, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-401374>, letzter Zugriff am 3. August 2015.
- Ders. 1988: Zur Entwicklung sportbezogener Wertorientierungen und Interessen sowie der sportlichen Tätigkeit in der Freizeit bei Lehrlingen, Arbeitern und Studenten zwischen 1969 und 1987. Trendanalyse vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-402683>, letzter Zugriff am 15. Dezember 2015.
- Ders./Hans-Jörg Stiehler 1982: Expertise zur Kulturfunktion der Massenmedien vom Mai, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-383171>, letzter Zugriff am 10. Dezember 2015.
- Schauer, Heinz 1983: Expertise. Probleme weltanschaulicher Einstellungen von Jugendlichen und Studenten vom November, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-383610>, letzter Zugriff am 30. Juli 2015.
- Schreiber, Jochen 1982: Auswertung der Freizeitindikatoren IS II, 2. Etappe vom September, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-383156>, letzter Zugriff am 8. Dezember 2015.
- Ders. 1983: Urteile Jugendlicher über die FDJ-Pfingsttreffen 1982. Auswertung zweier offener Fragen aus der Studie zum Friedensaufgebot der FDJ vom April, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-384358>, letzter Zugriff am 30. Juni 2015.

- Schubarth, Wilfried 1989: Aspekte des staatsbürgerlichen Bewußtseins älterer Schüler vom Mai, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-403469>, letzter Zugriff am 4. August 2015.
- Ders. 1989: Zum Geschichtsbewußtsein von Jugendlichen in der DDR vom März, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-403403>, letzter Zugriff am 4. August 2015.
- Starke, Kurt u. a. 1979: Student 79. Information Ideologie vom Juni, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-378776>, letzter Zugriff am 14. August 2015.
- Stiehler, Hans-Jörg 1975: Parlamentsstudie 1975. Teilbericht II 1.5. Übernahme und Verwirklichung persönlicher FDJ-Aufträge vom Oktober, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-370909>, letzter Zugriff am 11. August 2015.
- Ders. 1977: Politische Diskussion und politische Information. Kurzfassung vom Juli, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-371630>, letzter Zugriff am 12. August 2015.
- Ders. 1981: Zur Entwicklung des Medienverhaltens junger Werktätiger. Zentrale Intervallstudie Junge Arbeiter (ZIS) 1976, 1978, 1980 vom Januar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-383416>, letzter Zugriff am 22. August 2015.
- Ders. 1982: Forschungsbericht Zentrale Intervallstudie Junge Arbeiter (ZIS) 1976, 1978, 1980. Neue Ergebnisse der Massenkommunikationsforschung zur Entwicklung der Mediennutzung bei jungen Werktätigen (Information über ausgewählte Ergebnisse der Zentralen Intervallstudie des ZIJ 1976-1980) vom Januar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-383408>, letzter Zugriff am 10. Dezember 2015.
- Ders. 1987: Teilbericht zur Studie IS II. Entwicklungstendenzen im Mediengebrauch der 1980er Jahre vom August, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-401212>, letzter Zugriff am 10. Dezember 2015.
- Ders. u. a. 1983: Forschungsbericht. Die Nutzung der Jugendmedien, speziell der Jungen Welt durch junge Werktätige und Studenten vom August, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-384322>, letzter Zugriff am 15. Dezember 2015.
- Stompler Wolfgang 1980: Jugend und Touristik (Kurzfassung). Forschungsberichte über touristische Interessen und Verhaltensweisen Jugendlicher sowie einige Bedingungen ihrer Realisierung unter besonderer Berücksichtigung von Jugendtourist vom Juni, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-375295>, letzter Zugriff am 18. August 2015.
- Süße, Heinz 1987: Jugend im Dorf. Forschungsbericht vom Juni, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-400273>, letzter Zugriff am 9. Dezember 2015.
- Ders. u. a. 1987: Expertise zur Landjugendentwicklung in Vorbereitung des XIII. Bauernkongresses der DDR vom Januar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-400991>, letzter Zugriff am 9. Dezember 2015.
- Ders. u. a. 1987: Jugend in kleinen und mittleren Dörfern. Forschungsbericht vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-400750>, letzter Zugriff am 9. Dezember 2015.

- Thiele, Gisela 1987: Jugendbrigaden in der Praxis. Ergebnisse von Interviews mit Jugendbrigadieren vom November, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-400458>, letzter Zugriff am 2. August 2015.
- Tinschert, Ulrich/Konrad Weller 1982: Expertise. Die kulturellen Aktivitäten der FDJ vom Mai, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-383162>, letzter Zugriff am 16. Dezember 2015.
- Ulrich, Gisela 1975: Parlamentsstudie 1975. Teilbericht II 1.1./1.2. Organisationsgrad der werktätigen Jugend in der FDJ vom November, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-380987>, letzter Zugriff am 11. August 2015.
- Dies. 1982: Expertise. Das Freizeitbudget der DDR-Jugend vom 4. Februar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-383248>, letzter Zugriff am 27. August 2015.
- Dies. 1983: Forschungsbericht. Zentrale Intervallstudie Junge Arbeiter (ZIS) 1976, 1978, 1980. Zur Freizeitgestaltung junger Arbeiter unter besonderer Berücksichtigung von Familienstand und familiärer Situation, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-385245>, letzter Zugriff am 9. Dezember 2015.
- Voß, Peter 1973: Frisuren im Urteil Jugendlicher vom Juli, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-370371>, letzter Zugriff am 8. August 2015.
- Ders. 1975: Parlamentsstudie 1975. Teilbericht II 1.3. Die Teilnahme der Jugend an den verschiedenen Formen des FDJ-Lebens vom November, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-380941>, letzter Zugriff am 9. August 2015.
- Ders. 1975: Parlamentsstudie 1975. Teilbericht II 1.7. Bedingungen für die weitere Festigung der FDJ-Kollektive und die Erhöhung ihrer Ausstrahlungskraft vom November, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-380913>, letzter Zugriff am 11. August 2015.
- Ders. u. a. 1977: Die Herausbildung der sozialistischen Lebensweise bei Schülern in der Freizeit und ihr Einfluß auf die Persönlichkeitsentwicklung vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-380616>, letzter Zugriff am 13. August 2015.
- Ders. u. a. 1977: Freizeit und Freizeitnutzung junger Arbeiter und Schüler in der Wartburgstadt Eisenach. Expertise zum Forschungsbericht Die Herausbildung der sozialistischen Lebensweise Jugendlicher in der Freizeit und ihr Einfluß auf die Persönlichkeitsentwicklung vom September, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-380581>, letzter Zugriff am 13. August 2015.
- Ders./Hans Heinicke 1978: Probleme der Freizeitgestaltung Jugendlicher in Karl-Marx-Stadt unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterjugend. Expertise vom April, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-380021>, letzter Zugriff am 13. August 2015.
- Ders./Ralf Kuhnke 1985: Der Beitrag der Jugendtouristik zur kommunistischen Erziehung der Jugend. Forschungsbericht vom Februar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-390349>, letzter Zugriff am 16. Dezember 2015.
- Weiß, Anita u. a. 1976: Zur Nutzung der durch die Massenmedien verbreiteten politischen Informationen und Argumentationen durch Jugendliche. Abschlußbericht vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-381204>, letzter Zugriff am 11. August 2015.

- Wiedemann, Dieter 1982: Anhang zum Halbjahresbericht I/82. Jugendforschung zur Kulturkonferenz der FDJ. Auszüge aus Expertisen zum Kulturverhalten der DDR-Jugend, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-383346>, letzter Zugriff am 16. Dezember 2015.
- Ders. 1982: Zusatzbericht zur Untersuchung Kulturell-künstlerische Interessen der Jugend (Kultur 73). Jugend und Spielfilm, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-383567>, letzter Zugriff am 11. Dezember 2015.
- Ders. 1983: Kino 83. Forschungsbericht. Der Film „Insel der Schwäne“ und sein Publikum vom Juni, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-385508>, letzter Zugriff am 13. Dezember 2015.
- Ders. 1985: Teilbericht zur Studie Kulturelle Aktivitäten der FDJ. Zur Bedeutung des Films im geistigen Leben der Jugend vom März, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-390399>, letzter Zugriff am 13. Dezember 2015.
- Ders. 1988: Forschungsbericht zur Studie Erwartungen und Rezeption von populärwissenschaftlichen Filmen – dargestellt am Beispiel von „Ist das denn schon Liebe?“, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-402851>, letzter Zugriff am 11. Dezember 2015.
- Ders. 1988: Forschungsbericht zur Studie Kino 88 „Einer trage des anderen Last“ vom Mai, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-401383>, letzter Zugriff am 13. Dezember 2015.
- Ders./Hans-Jörg Stiehler 1984: Expertise Kino 83. DEFA-Spielfilme auf der Suche nach ihrem Publikum, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-388055>, letzter Zugriff am 11. Dezember 2015.
- Dies. 1984: Schnellinformation zur Studie Kulturelle Aktivitäten der FDJ vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-388030>, letzter Zugriff am 16. Dezember 2015.
- Ders. u. a. 1984: Die Funktion der Massenmedien bei der kommunistischen Erziehung der Jugend. Forschungsbericht vom Juni, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-388131>, letzter Zugriff am 15. Dezember 2015.
- Ders./Ute Karig 1987: Zur Entwicklung der kulturellen Freizeitgestaltung älterer Schüler. Teilbericht zur Intervallstudie Fähigkeitsentwicklung im Schuljugendalter vom Juli, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-400350>, letzter Zugriff am 27. August 2015.
- Ders./Wolfgang Geier 1975: Parlamentsstudie 1975. Teilbericht II 4.2. Kontakte der FDJ-Gruppen zu sozialistischen Bruderorganisationen u. Teilbericht II 4.3. Besuche und Urlaub im sozialistischen Ausland; persönliche Beziehungen zu Jugendlichen anderer sozialistischer Länder vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-380886>, letzter Zugriff am 9. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1967: Umfrage 1966. Abschlußbericht, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-369622>, letzter Zugriff am 1. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1969: Zur politisch-ideologischen Lage der Jugend in der DDR. Eine Zusammenfassung von Ergebnissen aus Untersuchungen des ZIJ von 1966-1968, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-369899>, letzter Zugriff am 1. August 2015.

- ZIJ (Hrsg.) 1970: Freizeit 69. Kurzfassung des Abschlußberichts, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-410552>, letzter Zugriff am 8. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1971: Expertise. Zu einigen Problemen der weltanschaulich-atheistischen Erziehung, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-370557>, letzter Zugriff am 8. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1975: Bedingungen der Entwicklung schöpferischen Verhaltens junger Werkträger in Forschungs- und Entwicklungskollektiven. Forschungsbericht vom April, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-370861>, letzter Zugriff am 11. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1975: Information über ausgewählte Ergebnisse der Parlamentsstudie 1975 vom September, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-380828>, letzter Zugriff am 10. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1975: Parlamentsstudie 1975. Kurzinformation über ausgewählte Ergebnisse des Bezirkes Leipzig vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-380792>, letzter Zugriff am 6. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1975: Schnellinformation über die Ausprägung des Wunsches Jugendlicher, Kandidat der SED zu werden, vom 2. Juli, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-405853>, letzter Zugriff am 11. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1976: Parlamentsstudie 1975. Ergebnisse der Hauptstadt der DDR Berlin vom Januar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-381362>, letzter Zugriff am 11. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1976: Parlamentsstudie 1975. Ergebnisse des Bezirkes Karl-Marx-Stadt vom Januar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-381357>, letzter Zugriff am 11. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1976: Parlamentsstudie 1975. Kurzinformation über ausgewählte Ergebnisse des Bezirkes Rostock vom Januar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-381371>, letzter Zugriff am 11. August 2011.
- ZIJ (Hrsg.) 1977: Studie FDJ-Initiative Berlin (Kurzbezeichnung Initiativ-Studie). Forschungsbericht vom November, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-380409>, letzter Zugriff am 12. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1978: Arbeitspapier. Empirische Untersuchungsergebnisse des ZIJ zum Problemkreis Jugend und Mode, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-380135>, letzter Zugriff am 13. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1978: Die Herausbildung der sozialistischen Lebensweise junger Arbeiter in der Freizeit und ihr Einfluß auf die Persönlichkeitsentwicklung. Forschungsbericht (Kurzfassung) vom Februar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-409430>, letzter Zugriff am 13. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1978: Einstellung von Diskobesuchern zur Diskothek und zur Musik. Bericht zu ausgewählten Ergebnissen der ZIJ-Untersuchung Disko 77 vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-371341>, letzter Zugriff am 13. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1978: Forschungsbericht Landjugend 1977 (SAL 137). Teil I Politisch-ideologische Einstellungen vom Januar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-380305>, letzter Zugriff am 13. August 2015.

- ZIJ (Hrsg.) 1979: Halbjahresbericht II/1978 vom Januar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-378689>, letzter Zugriff am 14. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1979: Neue Ergebnisse der Jugendforschung vom November, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-381329>, letzter Zugriff am 14. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1980: Halbjahresbericht II/1980 vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-375522>, letzter Zugriff am 27. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1980: Hauptergebnisse der Parlamentsstudie vom Mai, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-375597>, letzter Zugriff am 17. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1980: Lehrlinge in der Berufsausbildung. Zu einigen Aspekten der Persönlichkeitsentwicklung von Lehrlingen im Prozeß der beruflichen Bildung und Erziehung vom Juli, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-375123>, letzter Zugriff am 5. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1980: Parlamentsstudie 1980. Teilbericht 1. Zur ideologischen Arbeit mit der Jugend, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-410562>, letzter Zugriff am 17. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1981: Zur Verteidigungsbereitschaft der Jugendlichen in der DDR. Ergebnisse einer Voruntersuchung bei Lehrlingen. Diskussionsgrundlage vom Januar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-381719>, letzter Zugriff am 27. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1982: Aufgaben, Erfahrungen und Ergebnisse bei der kommunistischen Erziehung der Arbeiterjugend auf hohem Niveau. Die Aneignung des Lebenssinns der Kommunisten durch die jungen Arbeiter. Komplexmaterial in Vorbereitung des Arbeiterjugendkongresses I Die Ausprägung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und des marxistischen Klassenstandpunktes junger Werktätiger vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-382667>, letzter Zugriff am 10. Juni 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1982: Die Haltung der Jugendlichen der DDR zu Krieg und Frieden. Ausgewählte Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-382545>, letzter Zugriff am 13. Januar 2016.
- ZIJ (Hrsg.) 1982: Die Jugend der DDR – klassenbewusst und bereit zur Verteidigung des Sozialismus. Ergebnisse einer Untersuchung in Vorbereitung des VII. Kongresses der GST. Kurzfassung des Forschungsberichtes vom Januar, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-409447>, letzter Zugriff am 16. Januar 2016.
- ZIJ (Hrsg.) 1982: Halbjahresbericht I/1982, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-382603>, letzter Zugriff am 10. Juni 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1983: Studie über das Friedensaufgebot der FDJ. Forschungsbericht vom Mai, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-410552>, letzter Zugriff am 19. Januar 2016.
- ZIJ (Hrsg.) 1983: Tabellenanhang zur Schnellinformation Studie über das Friedensaufgebot der FDJ vom März, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-385297>, letzter Zugriff am 11. Juni 2015.

- ZIJ (Hrsg.) 1983: Zur Führung der massenpolitischen Arbeit durch die Freie Deutsche Jugend. Forschungsbericht vom November, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-385331>, letzter Zugriff am 11. Juni 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1985: Operativstudie XII. Parlament der Freien Deutschen Jugend. Schnellinformation vom März, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-388809>, letzter Zugriff am 31. Juli 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1987: Persönlichkeitsentwicklung im frühen Jugendalter. Eine Problem-skizze zum Entwicklungsstand von 14- bis 18-jährigen Schülern und Lehrlingen Mitte der 1980er Jahre vom 30. Oktober, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-400414>, letzter Zugriff am 2. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1987: Vorzüge und Probleme der DDR unter der politischen Sicht von älteren Schülern, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-401264>, letzter Zugriff am 2. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1987: Zur politisch-ideologischen Bewußtseinsentwicklung bei älteren Schülern und Lehrlingen. Expertise vom November, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-400675>, letzter Zugriff am 2. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1988: Forschungsbericht zur gemeinsamen Untersuchung zum Thema Die FDJ – Interessenvertreter der gesamten Jugend vom September, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-402019>, letzter Zugriff am 3. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1988: Politisch-historische Einstellungen der Jugendlichen 1988 (Erstinformation) vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-402713>, letzter Zugriff am 3. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1989: Ergebnisse der DDR-repräsentativen Meinungsumfrage M1. Kurzbericht vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-403705>, letzter Zugriff am 4. August 2015.
- ZIJ (Hrsg.) 1989: Ergebnisübersicht der Meinungsumfragen unter Teilnehmern der Montags-Demonstrationen am 4. und 11. Dezember 1989 vom Dezember, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-403743>, letzter Zugriff am 3. August 2015.

9.2 Literaturverzeichnis³⁹⁵⁵

9.2.1 Selbstständig erschienene Literatur

- Ahbe, Thomas/Rainer Gries 2007: Geschichte der Generationen in der DDR und in Ostdeutschland. Ein Panorama, Erfurt.
- Ansorg, Leonore 1997: Kinder im Klassenkampf. Die Geschichte der Pionierorganisation von 1948 bis Ende der fünfziger Jahre, Berlin.
- Arenz-Senkbeil, Waltraud 1991: Jugendliche in der DDR und den neuen Bundesländern. Befindlichkeiten, Probleme und Perspektiven, Bonn.
- Behnke, Klaus/Jürgen Wolf (Hrsg.) 2012: Stasi auf dem Schulhof. Der Missbrauch von Kindern und Jugendlichen durch das Ministerium für Staatssicherheit, 2. Aufl., Bonn.
- Behnen, Imbke u. a. 1990: Schülerstudie '90. Jugendliche im Prozeß der Vereinigung, Weinheim/München.
- Bellers, Jürgen/Rüdiger Kipke 2006: Einführung in die Politikwissenschaft, 4. Aufl., München.
- Benner, Dietrich/Herwart Kemper 2005: Theorie und Geschichte der Reformpädagogik. Staatliche Schulreform und Schulversuche in SBZ und DDR, Bd. III, 1, Weinheim/Basel.
- Berbig, Roland (Hrsg.) 1994: In Sachen Biermann. Protokolle, Berichte und Briefe zu den Folgen einer Ausbürgerung, Berlin.
- Berg-Schlosser, Dirk/Theo Stammen 1992: Einführung in die Politikwissenschaft, 5. Aufl., München.
- Bernauer, Thomas u. a. 2009: Einführung in die Politikwissenschaft, Baden-Baden.
- Bersch, Falk 2017: Aberkannt! Die Verfolgung von Jehovas Zeugen im Nationalsozialismus und in der SBZ/DDR, Berlin.
- Besier, Gerhard/Stephan Wolf (Hrsg.) 1992: „Pfarrer, Christen und Katholiken“. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, 2. Aufl., Hamburg.
- Beyer, Achim 2003: Urteil: 130 Jahre Zuchthaus. Jugendwiderstand in der DDR und der Prozess gegen die „Werdauer Oberschüler“ 1951, Leipzig.
- Billeb, Konstanze 1991: Neubeginn und Entwicklung einer proletarischen Tradition – die Jugendweihe im östlichen Teil Deutschlands 1946 bis 1958, Zwickau.
- Böhlke, Michael/Henryk Gericke (Hrsg.) 2007: Too much future. Punk in der DDR, Berlin.

3955 Das Literaturverzeichnis nennt die verwendete Literatur in der Arbeit vollständig. Sämtliche Titel sind in den Fußnoten mit Kurzbelegen vermerkt. Es führt zudem die Literaturangaben auf, die in der Arbeit unter Vgl. für Einzelheiten vermerkt sind.

- BStU (Hrsg.) 1993: Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definition des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“, 2. Aufl., Berlin.
- BStU (Hrsg.) 2015 (a): Gefängnis statt Rolling Stones. Ein Gerücht, die Stasi und die Folgen, 2. Aufl., Berlin.
- BStU (Hrsg.) 2015 (b): Udo rockt für den Weltfrieden. Das Konzert von 1983 in den Stasi-Unterlagen, 2. Aufl., Berlin.
- Buddrus, Michael 1994: Die Organisation „Dienst für Deutschland“. Arbeitsdienst und Militarisierung in der DDR, Weinheim/München.
- Bunke, Florian 2005: „Wir lernen und lehren im Geiste Lenins ...“. Ziele, Methoden und Wirksamkeit der politisch-ideologischen Erziehung in den Schulen der DDR, Oldenburg.
- Burmeister, Dennis/Sascha Lange 2018: Behind the Wall. Depeche Mode – Fankultur in der DDR, Mainz.
- Chowanski, Joachim/Rolf Dreier 2000: Die Jugendweihe. Eine Kulturgeschichte seit 1852, Berlin.
- Dengel, Sabine 2005: Untertan, Volksgenosse, Sozialistische Persönlichkeit. Politische Erziehung im Deutschen Kaiserreich, dem NS-Staat und der DDR, Frankfurt a. M.
- Döhnert, Albrecht 2000: Jugendweihe zwischen Familie, Politik und Religion. Studien zum Fortbestand der Jugendweihe nach 1989 und die Konfirmationspraxis der Kirchen, Leipzig.
- Droit, Emmanuel 2014: Vorwärts zum neuen Menschen? Die sozialistische Erziehung in der DDR (1949-1989), Köln u. a.
- Eigenwill, Reinhard (Hrsg.) 2010: Zäsuren sächsischer Geschichte, Markkleeberg.
- Eisenfeld, Bernd/Peter Schicketanz 2011: Bausoldaten in der DDR. Die „Zusammenführung feindlich-negativer Kräfte“ in der NVA, Berlin.
- Ders./Roger Engelmann 2001: 13.8.1961: Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtsicherung, Bremen.
- Emmerich, Wolfgang 2000: Kleine Literaturgeschichte der DDR, Berlin.
- Eppelmann, Rainer u. a. (Hrsg.) 1997: Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. I, 2. Aufl., Paderborn u. a.
- Farin, Klaus 2010 (b): Skinhead – A Way of Life. Eine Jugendbewegung stellt sich selbst dar, Berlin.
- Ders. 2011: Jugendkulturen in Deutschland, Bonn.
- Ders./Eberhard Seidel-Perlen 1993: Skinheads, München.
- Fingerle, Stephan 2001: Waffen in Arbeiterhand? Die Rekrutierung des Offizierkorps der NVA und ihrer Vorläufer, Berlin.
- Förster, Peter 2002: Junge Ostdeutsche auf der Suche nach Freiheit. Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende, Opladen.
- Ders. u. a. 1993: Jugend Ost. Zwischen Hoffnung und Gewalt, Opladen.
- Ders./Günter Roski 1990: DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch, Berlin.

9 Quellen- und Literaturverzeichnis

- Ders./Uta Schlegel (Hrsg.) 1997: Ostdeutsche Jugendliche. Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger, Opladen.
- Frei, Norbert 2008: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München.
- Fuchs-Heinritz, Werner u. a. (Hrsg.) 2007: Lexikon zur Soziologie, 4. Aufl., Wiesbaden.
- Füssl, Karl-Heinz 1994: Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges 1945-1955, Paderborn.
- Fulbrook, Mary 2008: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt.
- Furian, Gilbert/Nikolaus Becker 2012: „Auch im Osten trägt man Westen“. Punks und was aus ihnen geworden ist, 4. Aufl., Berlin.
- Galanza, Ronald/Heinz Havemeister 2010: Feeling B. Mix mir einen Drink. Punk im Osten, 3. Aufl., Berlin.
- Gallus, Alexander (Hrsg.) 2006: Deutsche Zäsuren. Systemwechsel seit 1806, Köln u. a.
- Geipel, Ines 2014: Generation Mauer. Ein Portrait, 2. Aufl., Stuttgart.
- Geißler, Gert 2000: Geschichte des Schulwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1962, Frankfurt a. M. u. a.
- Ders. 2011: Schulgeschichte in Deutschland. Von den Anfängen bis in die Gegenwart, Frankfurt a. M.
- Ders. 2015: Schule und Erziehung in der DDR, 2. Aufl., Erfurt.
- Ders./Ulrich Wiegmann 1995: Schule und Erziehung in der DDR. Studien und Dokumente, Berlin.
- Dies. 1996: Pädagogik und Herrschaft in der DDR. Die parteilichen, geheimdienstlichen und vormilitärischen Erziehungsverhältnisse, Frankfurt a. M.
- Gerlach, Peter/Moritz Götze (Hrsg.) 2007: Von Müllstation zu Größenwahn, Punk in der Halleschen Provinz, Halle/Saale.
- Gerlach, Stefanie Virginia 1999: Staat und Kirche in der DDR. War die DDR ein totalitäres System?, Frankfurt a. M.
- Gieseke, Jens 2001: Die Stasi 1945-1990, München.
- Gillen, Eckhart 2005: Das Kunstkombinat DDR. Zäsuren einer gescheiterten Kunstpolitik, Köln.
- Glocke, Nicole 2011: Erziehung hinter Gittern. Schicksale in Heimen und Jugendwerkhöfen der DDR, Halle.
- Goeckel, Robert F. 1995: Die evangelische Kirche und die DDR. Konflikte, Gespräche, Vereinbarungen unter Ulbricht und Honecker, Leipzig.
- Görlich, Christian 2012: Urlaub vom Staat. Tourismus in der DDR, Köln u. a.
- Göschel, Albrecht 1999: Kontrast und Parallele – kulturelle und politische Identitätsbildung ostdeutscher Generationen, Stuttgart u. a.
- Gotschlich, Helga/Edeltraud Schulze (Hrsg.) 1996: Deutsche Teilung – Deutsche Wiedervereinigung. Jugend und Jugendpolitik im Umbruch der Systeme, Berlin.

- Grammes, Tilman u. a. 2006: Staatsbürgerkunde in der DDR. Ein Dokumentenband, Wiesbaden.
- Gräßler, Florian 2014: War die DDR totalitär? Eine vergleichende Untersuchung des Herrschaftssystems der DDR anhand der Totalitarismuskonzepte von Friedrich, Linz, Bracher und Kielmansegg, Baden-Baden.
- Grotum, Thomas 1994: Die Halbstarken. Zur Geschichte einer Jugendkultur der 50er Jahre, Frankfurt a. M./New York.
- Grünbaum, Robert 2006: Wolf Biermann 1976: Die Ausbürgerung und ihre Folgen, Erfurt.
- Grunenberg, Antonia 1990: Aufbruch der inneren Mauer. Politik und Kultur in der DDR 1971-1990, Bremen.
- Hahn, Anne u. a. 2008: „Satan, kannst du mir nochmal verzeihen!“ Otze Ehrlich und der Rest von Schleimkeim, Mainz.
- Handro, Saskia 2006: Alltagsgeschichte. Alltag, Arbeit, Politik und Kultur in SBZ und DDR, 2. Aufl., Schwalbach/Ts.
- Hasselbach, Ingo 1993: Die Abrechnung. Ein Neonazi steigt aus, Berlin.
- Hauswald, Harald/Frank Willmann 2008: Ultras Kutten Hooligans. Fußballfans in Ost-Berlin, Berlin.
- Helmberger, Peter 2008: Blauhemd und Kugelkreuz. Konflikte zwischen der SED und den christlichen Kirchen um die Jugendlichen in der SBZ/DDR, München.
- Hertle, Hans-Hermann u. a. (Hrsg.) 2002: Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen, Berlin.
- Ders./Stefan Wolle 2006: Damals in der DDR. Der Alltag im Arbeiter- und Bauernstaat, 2. Aufl., München.
- Hille, Barbara 1991: Nicht nur Blauhemden. Die Situation der Jugendlichen in der ehemaligen DDR, Melle.
- Hoffmann, Dierk 2003: Die DDR unter Ulbricht. Gewaltsame Neuordnung und gescheiterte Modernisierung, Zürich.
- Holtmann, Everhard/Anne Köhler 2015: Wiedervereinigung vor dem Mauerfall. Einstellungen der Bevölkerung der DDR im Spiegel geheimer westlicher Meinungsumfragen, Frankfurt a. M.
- Hurrelmann, Klaus 1999: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, 6. Aufl., Weinheim/München.
- Immerfall, Stefan/Barbara Wasner 2011: Freizeit. Opladen.
- Jäger, Manfred 1995 (a): Kultur und Politik in der DDR 1945-1990, Köln.
- Janssen, Wiebke 2010 (a): Halbstärke in der DDR. Verfolgung und Kriminalisierung einer Jugendkultur, Berlin.
- Dies. 2010 (b): Halbstark in Halle. Cliques, Meuten, Kannen der 50er Jahre, Halle.
- Jesse, Eckhard 2008: Diktaturen in Deutschland. Diagnosen und Analysen, Baden-Baden.
- Ders. 2011 (b): Systemwechsel in Deutschland. 1918/19-1933-1945/49-1989/90, 2. Aufl., Köln u. a.

9 Quellen- und Literaturverzeichnis

- Jureit, Ulrike 2006: Generationenforschung, Göttingen.
- Käbisch, Edmund 2008: Das Fanal von Falkenstein. Eine Studie über die Zersetzung der Kirche durch die Stasi nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Rolf Günther, Bergisch-Gladbach.
- Kaiser, Monika 1997: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin.
- Kaiser, Paul 2016: Boheme in der DDR. Kunst und Gegenkultur im Staatssozialismus, Dresden.
- Kaiser, Tobias/Heinz Mestrup 2012: Politische Verfolgung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 1945-1989. Wissenschaftliche Studien und persönliche Reflexionen zur Vergangenheitsklärung, Berlin.
- Kaminsky, Anna 2016: Frauen in der DDR, Berlin.
- Kaminsky, Annette 2001: Wohlstand, Schönheit, Glück. Kleine Konsumgeschichte der DDR, München.
- Kirche von Unten (Hrsg.) 1997: Wunder gibt es immer wieder. Fragmente zur Geschichte der Offenen Arbeit Berlin und der Kirche von Unten, Berlin.
- Klaedtke, Uta 2007: Betriebssport in der DDR. Phänomene des Alltagssports zwischen physischer Reproduktion und politischer Anpassung am Beispiel des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg 1950-1990, Hamburg.
- Klein, Thomas 2007: „Frieden und Gerechtigkeit!“ Die Politisierung der Unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre, Köln u. a.
- Klier, Freya 1990: Lüg Vaterland. Erziehung in der DDR, München.
- Dies. 2007 (a): Matthias Domaschk und der Jenaer Widerstand, Berlin.
- Dies. 2007 (b): Oskar Brüsewitz. Leben und Tod eines mutigen DDR-Pfarrers, Berlin.
- Kluge, Matthias 2004: Das christliche Friedensseminar Königswalde bei Werdau. Ein Beitrag zu den Ursprüngen der ostdeutschen Friedensbewegung in Sachsen, Leipzig.
- Knopke, Lars 2007: Kinder im Visier der SED. Eine Untersuchung zur marxistisch-leninistischen Ideologisierung von Kindern und Jugendlichen im DDR-Schulwesen und darüber hinaus, Hamburg.
- Koch, Michael 2000: Die Einführung des Wehrunterrichts in der DDR, Erfurt.
- Koch, Uwe/Stephan Eschler 1994: Zähne hoch, Kopf zusammenbeißen, Dokumente zur Wehrdienstverweigerung in der DDR 1962-1990, Kückenshagen.
- Kochan, Thomas 2002: Den Blues haben. Momente einer jugendlichen Subkultur in der DDR, Berlin.
- Köhler, Helmut 2008: Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte. Schulen und Hochschulen in der Deutschen Demokratischen Republik 1949-1989, Bd. IX, Göttingen.
- Ders./Manfred Stock 2004: Bildung nach Plan? Bildungs- und Beschäftigungssystem in der DDR 1949 bis 1989, Opladen.
- Könne, Christian 2010: Der Hörfunk der DDR in den 1960er Jahren. Pläne, Innovationen, Wirklichkeiten, Berlin.

- Korzilius, Sven 2005: „Asoziale“ und „Parasiten“ im Recht der SBZ/DDR. Randgruppen im Sozialismus zwischen Repression und Ausgrenzung. Köln u. a.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha 2003: 17.6.1953: Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, Bremen.
- Ders. 2009 (a): Das bewegte Jahrzehnt. Geschichte der DDR von 1949 bis 1961, Bonn.
- Ders. 2009 (b): Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, 2. Aufl., München.
- Ders. 2013 (a): 17. Juni 1953. Geschichte eines Aufstandes, Bonn.
- Kowalczyk, Angela 1996: Punk in Pankow. Stasi-„Sieg“: 16jährige Pazifistin verhaftet!, Berlin.
- Kraushaar, Wolfgang 2000: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg.
- Krausz, Daniel 2012: Jugendwerkhöfe in der DDR. Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau, Hamburg.
- Kurme, Sebastian 2006: Halbstarke. Jugendprotest in den 1950er Jahren in Deutschland und den USA, Frankfurt a. M./New York.
- Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2014: Verfolgte Schüler. Ursachen und Folgen von Diskriminierung im Schulwesen der DDR, Göttingen.
- Lehmann, Hans Georg 2000: Deutschland-Chronik 1945 bis 2000, Bonn.
- Lengwiler, Martin 2011: Praxisbuch Geschichte. Einführung in die historischen Methoden, Zürich.
- Liebing, Yvonne 2005: All you need is Beat. Jugendsubkultur in Leipzig 1957-1968, Leipzig.
- Lindenberger, Thomas 2003: Volkspolizei. Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat 1952-1968, Köln u. a.
- Lindner, Bernd 2008 (a): DDR – Rock und Pop, Köln.
- Lindner, Werner 1996: Jugendprotest seit den fünfziger Jahren. Dissens und kultureller Eigensinn, Opladen.
- Litz, Patrick 2007: Der Beitrag des Sports zur Entfaltung der sozialistischen Persönlichkeit in der DDR, Berlin.
- Maase, Kaspar 1992: Bravo Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren, Hamburg.
- Mählert, Ulrich 1995 (a): Die Freie Deutsche Jugend 1945-1949. Von den „Antifaschistischen Jugendausschüssen“ zur SED-Massenorganisation: Die Erfassung der Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone, Paderborn 1995.
- Ders. 2001: FDJ. 1946-1989, Erfurt.
- Ders./Gerd-Rüdiger Stephan 1996: Blaue Hemden, Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen.
- Malycha, Andreas/Peter Jochen Winters 2009: Die SED. Geschichte einer deutschen Partei, München.
- Meier, Andreas 2001: Struktur und Geschichte der Jugendweihen/Jugendfeiern, Sankt Augustin.
- Menhorn, Christian 2001: Skinheads. Portrait einer Subkultur, Baden-Baden.

- Menzel, Rebecca 2004: Jeans in der DDR. Vom tieferen Sinn einer Freizeithose, Berlin.
- Merkel, Wolfgang 2010: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2. Aufl., Wiesbaden.
- Messics, Markus 2006: Skinheads. Antirassisten oder „rechte Schläger“?, Münster.
- Michalzik, Martin 1994: „An der Seite der Genossen ...“. Offizielles Jugendbild und politische Sozialisation im SED-Staat. Zum Scheitern der sozialistischen Erziehung in der DDR, Melle.
- Mittenzwei, Werner 2003: Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945-2000, Berlin.
- Mitter, Armin/Stefan Wolle (Hrsg.) 1990: Ich liebe euch doch alle. Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989, 3. Aufl., Berlin.
- Dies. 1995: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München.
- Moldt, Dirk 2008 (b): Zwischen Haß und Hoffnung. Die Blues-Messen 1979-1986. Eine Jugendveranstaltung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg in ihrer Zeit. Eine Dokumentation, Berlin.
- Morche, Torsten 2006: Welt ohne Gott, Erde ohne Kirche, Mensch ohne Glaube. Zur Darstellung von Religion, Kirche und „wissenschaftlicher Weltanschauung“ in Weltall, Erde, Mensch zwischen 1954 und 1974 in Relation zum Staat-Kirche-Verhältnis und der Entwicklung der Jugendweihe in der DDR, Leipzig/Berlin.
- Mühlen, Patrik von zur 1995: Der „Eisenberger Kreis“. Jugendwiderstand und Verfolgung in der DDR 1953-1958, Bonn.
- Ders. 2000: Aufbruch und Umbruch in der DDR. Bürgerbewegungen, kritische Öffentlichkeit und Niedergang der SED-Herrschaft, Bonn.
- Müller, Maria-Elisabeth 1997: Zwischen Ritual und Alltag. Der Traum von einer sozialistischen Persönlichkeit, Frankfurt a. M./New York.
- Münkel, Daniela (Hrsg.) 2014: Herbst '89 im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Berlin.
- Neubacher, Frank 1994: Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland vor und nach der Wende, Bonn.
- Neubauer, Georg u. a. (Hrsg.) 1992: Jugend im deutsch-deutschen Vergleich. Die Lebenslage der jungen Generation im Jahr der Vereinigung, Neuwied u. a.
- Neubert, Ehrhart 2000: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, 2. Aufl., Bonn.
- Ders./Thomas Auerbach 2005: „Es kann anders werden“. Opposition und Widerstand in Thüringen 1945-1989, Köln u. a.
- Neunzig, Anne 2014: Staatsjugendorganisationen – Ein Traum der Herrschenden. Hitlerjugend/Bund Deutscher Mädchen und Freie Deutsche Jugend im Vergleich, Leipzig.
- Niemann, Heinz 1995: Hinterm Zaun. Politische Kultur und Meinungsforschung in der DDR – die geheimen Berichte an das Politbüro der SED, Berlin.
- Nohlen, Dieter/Rainer-Olaf Schulze 2002: Lexikon der Politikwissenschaft, Bd. II, 3. Aufl., München.

- Ohse, Marc-Dietrich 2003: Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961-1974), Berlin.
- Ondřej, Kalina u. a. 2003: Grundkurs Politikwissenschaft. Einführung ins wissenschaftliche Arbeiten, Wiesbaden.
- Opaschowski, Horst W. 1997: Einführung in die Freizeitwissenschaft, 3. Aufl., Opladen.
- Paleczny, Gerhard u. a. 2014: Punk und Rock in der DDR. Musik als Rebellion einer überwachten Generation, München.
- Pickel, Susanne/Gert Pickel 2006: Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Pollack, Detlef 1994: Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirche in der DDR, Stuttgart.
- Ders. 2000: Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR, Opladen.
- Poßner, Wilfried 1995: Immer bereit: kämpfen, spielen, fröhlich sein, Berlin.
- Prieß, Benno 2005: Erschossen im Morgengrauen. Verhaftet. Gefoltert. Verurteilt. Erschossen. „Werwolf“-Schicksale mitteldeutscher Jugendlichen, 3. Aufl., Stuttgart.
- Rauhut, Michael 1993: Beat in der Grauzone. DDR-Rock 1964-1972 – Politik und Alltag, Berlin.
- Ders. 1996 (b): Schalmel und Lederjacke. Udo Lindenberg, BAP, Underground: Rock und Politik in den achtziger Jahren, Berlin.
- Ders. 2002: Rock in der DDR 1964 bis 1989, Bonn.
- Ders. 2011: Das Kunden-Buch. Blues in Thüringen, 3. Aufl., Erfurt.
- Reichel, Thomas 2011: „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“. Die Brigadebewegung in der DDR (1959-1989), Köln u. a.
- Reier, Anke/Karsten Laudien 2013: Einführung. Heimerziehung in der DDR, Schweinin.
- Reinhold, Gerd (Hrsg.) 2000: Soziologie-Lexikon, 4. Aufl., München/Wien.
- Reitel, Axel 2008: Die Zentralen Poetenseminare der FDJ von 1970 bis 1979. Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat (42), Berlin.
- Remath, Conny 1999: Haare auf Krawall. Jugendsubkultur in Leipzig 1980 bis 1991, Leipzig.
- Remy, Dietmar Johannes 1999: Opposition und Verweigerung in der DDR-Provinz. Das Beispiel Nordthüringen (1976-1989), Jena.
- Renft, Klaus 1997: Zwischen Liebe und Zorn. Die Autobiografie, Berlin.
- Richter, Manfred/Elsbeth Zylla (Hrsg.) 1991: Mit Pflugscharen gegen Schwerter. Erfahrungen in der Evangelischen Kirche in der DDR 1949-1990. Protokolle, Bremen.
- Riescher, Gisela u. a. 2011: Theorien der Vergleichenden Regierungslehre. Eine Einführung, München.
- Rödder, Andreas 2009: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München.
- Rogg, Matthias 2008: Armee des Volkes? Militär und Gesellschaft in der DDR, Berlin.

- Rüddenklau, Wolfgang 1992: Störenfried. DDR-Opposition 1986-1989. Mit Texten aus den Umweltblättern, 2. Aufl., Berlin.
- Ruhl, Andreas 2009: Stalin-Kult und Rotes Woodstock. Die Weltjugendfestspiele 1951 und 1973 in Ostberlin, Marburg.
- Sachse, Christian 2000: Aktive Jugend – wohlerzogen und diszipliniert. Wehrerziehung in der DDR als Sozialisations- und Herrschaftsinstrument (1960-1973), Münster u. a.
- Ders. 2013: Ziel Umerziehung. Spezialkinderheime der DDR-Jugendhilfe 1945-1989 in Sachsen, Leipzig.
- Ders./Rainer Buchwald 2014: „Durchschnittlich intelligent und sehr vergammelt“. Das illegale Arbeits- und Erziehungslager 1966/67 in Rüdersdorf, Leipzig.
- Schäfer, Olaf 1998: Pädagogische Untersuchungen zur Musikkultur der FDJ. Ein erziehungswissenschaftlicher Beitrag zur Totalitarismusforschung, Berlin.
- Schäfers, Bernhard/Albert Scherr 2005: Jugendsoziologie. Einführung in Grundlagen und Theorien, 8. Aufl., Wiesbaden.
- Schaufuß, Thomas 2011: Die politische Rolle des FDGB-Ferientienstes in der DDR. Sozialtourismus im SED-Staat, Berlin.
- Scherr, Albert 2009: Jugendsoziologie. Einführung in Grundlagen und Theorien, 9. Aufl., Wiesbaden.
- Schmidt, Harald 1990: Der deutsche Jugendtourist. Jugendsoziologische Studien über Reiseinteressen und -tätigkeiten junger Leute aus Ost- und Westdeutschland 1989/90, Berlin.
- Schmidt, Manfred G. 2004: Sozialpolitik der DDR, Wiesbaden.
- Schmieding, Leonard 2014: „Das ist unsere Party“. HipHop in der DDR, Stuttgart.
- Schneider, Ilona Katharina 1995: Weltanschauliche Erziehung in der DDR. Normen – Praxis – Opposition. Eine kommentierte Dokumentation, Opladen.
- Schroeder, Klaus 2013: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR 1949-1990, 3. Neuausgabe, Köln u. a.
- Schulze, Edeltraud (Hrsg.) 1995: DDR-Jugend. Ein statistisches Handbuch, Berlin.
- Schumann, Frank 1990: Glatzen am Alex. Rechtsextremismus in der DDR, Berlin.
- Schuster, Ulrike 1999: Mut zum eigenen Denken? DDR-Studenten und Freie Deutsche Jugend 1961-1965, Berlin.
- Silomon, Anke 1999: „Schwerter zu Pflugscharen“ und die DDR. Die Friedensarbeit der evangelischen Kirchen in der DDR im Rahmen der Friedensdekaden 1980 bis 1982, Göttingen.
- Skyba, Peter 2000: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949-1961, Köln u. a.
- Staatisches Amt der DDR (Hrsg.) 1990: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost).
- Steger, Florian/Maximilian Schochow 2015: Disziplinierung durch Medizin. Die geschlossene Venerologische Station in der Poliklinik Mitte in Halle (Saale) 1961-1982, 3. Aufl., Halle/Saale.
- Steiner, André 2007: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Bonn.

- Stock, Manfred/Philipp Mühlberg 1990: Die Szene von innen: Skinheads, Guffties, Heavy Metals, Punks, Berlin.
- Strasser, Axel 2015: Zwerge und Punks. Jugendliche Protestkulturen in Polen und in der DDR während der achtziger Jahre, Berlin.
- Straube, Peter-Paul 1996: Katholische Studentengemeinde in der DDR als Ort eines außeruniversitären Studium generale, Leipzig.
- Suckut, Siegfried (Hrsg.) 2015: Volkes Stimmen. „Ehrlich, aber deutlich“ – Privatbriefe an die DDR-Regierung, München.
- Tenorth, Heinz-Elmar u. a. 1996: Politisierung im Schulalltag der DDR. Durchsetzung und Scheitern einer Erziehungsambition, Weinheim.
- Thiele, Gisela/Carl S. Taylor 1998: Jugendkulturen und Gangs. Eine Betrachtung zur Rauman eignung und Raumverdrängung – nachgewiesen an Entwicklungen in den neuen Bundesländern und den USA, Berlin.
- Tietze, Andreas 2012: Die theoretische Aneignung der Produktionsmittel. Gegenstand, Struktur und gesellschaftstheoretische Begründung der polytechnischen Bildung in der DDR, Frankfurt a. M. u. a.
- Tischner, Wolfgang 2001: Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945-1951. Die Formierung einer Subgesellschaft im entstehenden sozialistischen Staat, Paderborn u. a.
- Walter, Michael 1997: Die Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg.
- Weber, Hermann 1991: DDR. Grundriß der Geschichte 1945-1990, Hannover.
- Ders. 2006: Die DDR 1945-1990, 4. Aufl., München.
- Wenzel, Otto 1995: Kriegsbereit. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR 1960 bis 1989, Köln.
- Werkentin, Falco 1997: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression, 2. Aufl., Berlin.
- Wesenberg, Denise 2007: Die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 in Ost-Berlin, Erfurt.
- Wicke, Peter/Lothar Müller (Hrsg.) 1996: Rockmusik und Politik. Analysen, Interviews und Dokumente, Berlin.
- Wiegmann, Ulrich 2007: Pädagogik und Staatssicherheit. Schule und Jugend in der Erziehungsideologie und -praxis des DDR-Geheimdienstes, Berlin.
- Wierling, Dorothee 2002: Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie, Berlin.
- Willmann, Frank (Hrsg.) 2012: Leck mich am Leben. Punk im Osten, Berlin.
- Winkler, Gunnar 1990: Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR, Berlin.
- Wölbern, Jan Philipp 2014: Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63-1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen, Göttingen.
- Wolf, Birgit 2000: Sprache in der DDR. Ein Wörterbuch, Berlin.
- Wolle, Stefan 1999: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, 2. Aufl., Bonn.

- Ders. 2008: Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968, Berlin.
- Ders. 2011: Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961-1971, Berlin.
- Wolter, Heike 2009: „Ich harre aus im Land und geh, ihm fremd“. Die Geschichte des Tourismus in der DDR, Frankfurt a. M.
- Wurschi, Peter 2007: Rennsteigbeat. Jugendliche Subkulturen im Thüringer Raum 1952-1989, Köln u. a.
- Ders. 2014: Jungsein in der DDR, Erfurt.
- Zilch, Dorle 2009: Millionen unter der blauen Fahne. Die FDJ – Zahlen, Fakten, Tendenzen 1946 bis 1989. Unter besonderer Berücksichtigung der Funktionäre und Mädchenpolitik, Berlin.
- Zimmermann, Verena 2004: Den neuen Menschen schaffen. Die Umerziehung von schwererziehbaren und straffälligen Jugendlichen in der DDR (1945-1990), Köln.

9.2.1 Unselbstständig erschienene Literatur

- Auerbach, Thomas 2002: Jugend im Blickfeld der Staatssicherheit, in: Vollnhals, Clemens/Jürgen Weber (Hrsg.): Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, München, S. 201-218.
- Backes, Uwe 2002: Geschichtspolitik als Kernelement der Herrschaftslegitimation autokratischer Systeme, in: Totalitarismus und Demokratie, 6. Jg., H. 2, S. 272-292.
- Badstübner-Peters, Evemarie 1997: „Lassen wir sie tanzen ...“. Nachkriegsjugend und moderne Freizeitkultur in der SBZ und frühen DDR, in: Gotschlich, Helga u. a. (Hrsg.): Aber nicht im Gleichschritt. Zur Entstehung der Freien Deutschen Jugend, Bd. V, Berlin, S. 66-79.
- Beleites, Johannes 2008: „Asoziales Verhalten“. Stigmatisierung, Bevormundung und niedere Instinkte, in: Horch und Guck, 17. Jg., H. 60, S. 4 f.
- Benussan, Agnès 2006: Einige Charakteristika der Repressionspolitik gegenüber politisch abweichendem Verhalten in der DDR in den 70er und 80er Jahren, in: Droit, Emmanuel/Sandrine Kott (Hrsg.): Die ostdeutsche Gesellschaft. Eine transnationale Perspektive, Berlin, S. 71-88.
- Beutelschmidt, Thomas 2002: Fernsehen und Literatur. Ein DFG-Teilprojekt zur Programmgeschichte des DDR-Fernsehens an der Humboldt-Universität Berlin, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, 6. Jg., H. 12, S. 156-164.
- Bickhardt, Stephan 1995: Die Entwicklung der DDR-Opposition in den achtziger Jahren, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur, Bd. VII, 1, Baden-Baden, S. 450-504.

- Binas, Susanne 1996: Die „anderen Bands“ und ihre Kassettenproduktionen – Zwischen organisiertem Kulturbetrieb und selbstorganisierten Kulturformen, in: Wicke, Peter/Lothar Müller (Hrsg.) 1996: Rockmusik und Politik. Analysen, Interviews und Dokumente, Berlin, S. 48-63.
- Blachnik, Uwe 1995: Wehrerziehung in der Schule. Vortrag, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Bd. III, 1, Baden-Baden, S. 277-288.
- Bollow, Frauke u. a. 1996 (a): „Freie Deutsche Jugend“ als interkultureller Erfahrungsraum, in: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (Hrsg.): Freundschaft! Die Volksbildung der DDR in ausgewählten Kapiteln, Bd. III, Berlin, S. 285-305.
- Dies. u. a. 1996 (b): Kirchliche Jugendarbeit als interkultureller Erfahrungsraum, in: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (Hrsg.): Freundschaft! Die Volksbildung der DDR in ausgewählten Kapiteln, Bd. III, Berlin, S. 305-346.
- Breitenborn, Uwe 2010: Bombenhagel und Eiserner Vorhang: Heavy-Metal-Subkultur im Staatsradio, in: Trültzsch Sascha/ Thomas Wilke (Hrsg.): Heißer Sommer – Coole Beats. Zur populären Musik und ihren medialen Repräsentationen in der DDR, Frankfurt a. M., S. 85-119.
- Bretschneider, Harald/Johannes Pohl 2010: Die Friedensbewegung in der DDR, in: Klose, Joachim (Hrsg.): Wie schmeckte die DDR? Wege zu einer Kultur des Erinnerns, Leipzig, S. 335-353.
- Brown, Timothy S. 2008: East-Germany, in: Klimke, Martin/Joachim Scharloth (Hrsg.): 1968 in Europe. A History of Protest and Activism, 1956-1977, Houndmills/Basingtoke u. a., S. 189-199.
- Brück, Wolfgang 1992: Skinheads als Vorboten der Systemkrise. Die Entwicklung des Skinhead-Phänomens bis zum Untergang der DDR, in: Heinemann, Karl-Heinz/ Wilfried Schubarth (Hrsg.): Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland, Köln, S. 37-47.
- Brütting, Rolf 2005: „Wir griffen nach den Sternen ...“. Zwischen Konsens und Konflikt – Jugend als didaktische Kategorie, in: Kleßmann, Christoph/Peter Lautzas (Hrsg.): Teilung und Integration. Die doppelt deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem, Bonn, S. 232-244.
- Buddrus, Michael 1993: Die doppelt betrogene Generation. Aspekte der Jugendgeschichte und der Jugendpolitik in der SBZ/DDR (1945-1952), in: Berg, Christa u. a. (Hrsg.): Jahrbuch für historische Bildungsforschung, Bd. I, München, S. 265-297.
- Bürgel, Tanja 2012: Ostdeutsche Generationen als Einwanderer in der Bundesrepublik und die Perspektiven der Wendekinder als Generation, in: Best, Heinrich/Everhard Holtmann (Hrsg.): Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung, Frankfurt a. M., S. 172-189.

- Chauliac, Marina 2006: Die Jugendweihe zwischen familialem und politischem Erbe der DDR. Zur Erfindung einer neuen Tradition, in: Droit, Emmanuel/Sandrine Kott (Hrsg.): Die ostdeutsche Gesellschaft. Eine transnationale Perspektive, Berlin, S. 198-215.
- Coelen, Thomas u. a. 2014: Jugend und Wertewandel im Lichte der Shell-Studien der 1970er und 1980er Jahre, in: Jähnichen, Traugott u. a. (Hrsg.): Religiöse Jugendkulturen in den 1970er und 1980er Jahren. Entwicklungen – Wirkungen – Deutungen, Essen, S. 173-197.
- Dähn, Horst 1998: Der Konflikt Konfirmation – Jugendweihe 1955-1958. Kirchliche Handlungsspielräume und ihre Grenzen, in: ders./Helga Gotschlich (Hrsg.): „Und führe uns nicht in Versuchung ...“, Jugend im Spannungsfeld von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945 bis 1989, Bd. IV, Berlin, S. 28-46.
- Dennhardt, Rudolf 1991: Sozialisationsinstanzen der Jugend. Lebensbedingungen und Lebensweise der DDR-Jugend. Zur Programmatik der Jugendpolitik der SED, in: Friedrich, Walter/Hartmut Griesse (Hrsg.): Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklungen in den achtziger Jahren, Opladen, S. 27-34.
- Diedrich, Torsten 2005: Gegen Aufrüstung, Volksunterdrückung und politische Gängelei. Widerstandsverhalten und politische Verfolgung in der Aufbau- und Konsolidierungsphase der DDR-Streitkräfte 1948-1968, in: Wenzke, Rüdiger (Hrsg.): Staatsfeinde in Uniform? Widerständiges Verhalten und politische Verfolgung in der NVA, Berlin, S. 31-197.
- Ders. 2013: „Wenn ich groß bin, gehe ich zur Volksarmee“. Die Militarisierung der DDR-Gesellschaft, in: Apelt, Andreas H. u. a. (Hrsg.): Schöner Schein und Wirklichkeit. Die SED-Diktatur zwischen Repression, Anpassung und Widerstand, Berlin, S. 185-201.
- Droit, Emmanuel 2006: Die „Arbeiterklasse“ als Erzieher? Die Beziehung zwischen Schulen und Betrieben in der DDR (1949-1989), in: ders./Sandrine Kott (Hrsg.): Die ostdeutsche Gesellschaft. Eine transnationale Perspektive, Berlin, S. 35-53.
- Eckert, Rainer 1995: Zur Rolle der Massenorganisationen im Alltag der DDR-Bevölkerung, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Bd. II, 2, Baden-Baden, S. 1243-1301.
- Eichler, Wolfgang 2000: Menschenbild und Erziehungspraxis in der DDR, in: Badstübner, Evemarie (Hrsg.): Befremdlich anders. Leben in der DDR, Berlin, S. 552-576.
- Eisenfeld, Bernd 1995: Eine „legale Konzentration feindlich-negativer Kräfte“. Zur politischen Wirkung der Bausoldaten in der DDR, in: Deutschland Archiv, 28. Jg., H. 3, S. 256-271.
- Ders. 1999: Wehrdienstverweigerung als Opposition, in: Henke, Klaus-Dietmar u. a. (Hrsg.): Widerstand und Opposition in der DDR, Köln u. a., S. 241-257.
- Ders. 2003: Hoffnung, Widerstand, Resignation. Die Auswirkungen des „Prager Frühlings“ und seine Zerstörung in der DDR, in: Deutschland Archiv, 36. Jg., H. 4, S. 789-807.

- Ders. 2008: „68er“-Ost und „68er“-West. Zehn Thesen – Anregung zur Diskussion, in: Deutschland Archiv, 41. Jg., H. 4, S. 698-700.
- Ders./Peter Eisenfeld 1999 (a): Die Militarisierung von Erziehung und Gesellschaft in der DDR. Die politische Instrumentalisierung und Ächtung pazifistischer Einstellungen, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“. Bildung, Wissenschaft, Kultur, Bd. IV, 1, Baden-Baden, S. 640-742.
- Dies. 1999 (b): Widerständiges Verhalten in der DDR 1976-1982, in: Kuhrt, Eberhard u. a. (Hrsg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Bd. III, Opladen, S. 83-139.
- Ekman Jørgensen, Thomas 2006: Friedliches Auseinanderwachsen. Überlegungen zu einer Sozialgeschichte der Entspannung 1960-1980, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, 3. Jg., H. 3, S. 363-380.
- Enkelmann, Hans Walter 2000: Die Haarschneideaktion von 1969, in: Thüringer Blätter zur Landeskunde, o. Jg., H. 10.
- Ders. 2008: „Unnatürlich lange Haare“. Die Haarschneideaktion im Kreis Pöbneck 1969, in: Horch und Guck, 17. Jg., H. 61, S. 32-37.
- Eppelmann, Rainer im März 1993, in: Öffentliche Anhörung Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit – 1. Teil. Protokoll der 31. Sitzung. Vorträge und Podium, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.) 1995: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Bd. III, 1, Baden-Baden, S. 202-273.
- Farin, Klaus 2010 (a): Jugendkulturen heute, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 60. Jg., H. 27, S. 3-8.
- Felber, Holm 1990: Alltäglicher Ausstieg. Zum Gebrauch populärer Musik durch DDR-Jugendliche, in: Burkart, Günter (Hrsg.): Sozialisation im Sozialismus. Lebensbedingungen in der DDR im Umbruch, Weinheim, S. 77-84.
- Ders. 1991: Erscheinungsformen des Musikgebrauchs DDR-Jugendlicher Ende der 1980er Jahre, in: Henning, Werner/Walter Friedrich (Hrsg.): Jugend in der DDR. Daten und Ergebnisse der Jugendforschung vor der Wende, Weinheim/München, S. 105-115.
- Fischer, Bernd-Rainer 1995: Das Bildungs- und Erziehungssystem der DDR. Funktion, Inhalte, Instrumentalisierung, Freiräume, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Bd. III, 2, Baden-Baden, S. 852-876.
- Fischer-Kowalski, Marina 1991: Halbstarke 1958, Studenten 1968: Eine Generation und zwei Rebellionen, in: Preuss-Lausitz, Ulf (Hrsg.): Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder. Zur Sozialisationsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg, 3. Aufl., Weinheim/Basel, S. 53-71.
- Florath, Bernd 2006: Opposition und Widerstand. Eine historische Betrachtung politischer Gegnerschaft in Deutschland seit 1945/Hefte zur DDR-Geschichte, o. Jg., H. 100.

- Ders. 2014: Jugendpolitik, in: Münkler, Daniela (Hrsg.): Die DDR im Blick der Stasi 1965. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen, S. 36-46.
- Förster, Peter 1991 (a): Das Denken, Werten und Verhalten der DDR-Jugend. Weltanschaulich-politisches Bewußtsein, in: Friedrich, Walter/Hartmut Gries (Hrsg.): Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklungen in den achtziger Jahren, Opladen, S. 135-150.
- Ders. 1991 (b): Volksmeinung war geheim, in: Spiegel Spezial, 44. Jg., H. 1, S. 91-93.
- Ders. 1995: Die deutsche Frage im Bewußtsein der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen. Einstellungen junger Menschen in der DDR. Eine Dokumentation empirischer Untersuchungsergebnisse der Jugendforschung der DDR aus den Jahren 1966 bis 1989, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Bd. V, 2, Baden-Baden, S. 1212-1381.
- Ders. 1999: Die Entwicklung des politischen Bewußtseins der DDR-Jugend zwischen 1966 und 1989, in: Friedrich, Walter u. a. (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, Berlin, S. 70-166.
- Fricke, Karl Wilhelm 1992: Die Geschichte der DDR: Ein Staat ohne Legitimität, in: Jesse, Eckhard/Armin Mitter (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft, Bonn/Berlin, S. 41-73.
- Friebertshäuser, Barbara 1992: Jugendsubkulturen im Spiegel der Presse – Zur Skandalisierung eines Phänomens vor und nach der Vereinigung, in: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland, Bd. III, Opladen, S. 251-273.
- Friedrich, Walter 1990: Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 40. Jg., H. B 16-17, S. 25-37.
- Ders. 1996: Jugend und Religion in der DDR und nach der Wende in Ostdeutschland, in: Schriftenreihe des Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung, o. Jg., H. 3, S. 92-115.
- Ders. 1998: Jugend und Religion – In der DDR und nach der Wende in Ostdeutschland, in: Dähn, Horst/Helga Gotschlich (Hrsg.): „Und führe uns nicht in Versuchung ...“. Jugend im Spannungsfeld von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945 bis 1989, Bd. IV, Berlin, S. 221-245.
- Ders. 1999: Weltanschauliche Positionen der Jugend, in: ders. u. a. (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, Berlin, S. 184-206.
- Ders. 2001: Ist der Rechtsextremismus im Osten ein Produkt der autoritären DDR?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 51. Jg., H. B 46, S. 16-23.
- Ders. 2007: Jugendforschung in der DDR. Entstehung, interdisziplinäre Arbeitsweise, Forschungsprojekte, in: Genov, Nikolai/Reinhard Kreckel (Hrsg.): Soziologische Zeitgeschichte. Helmut Steiner zum 70. Geburtstag, Berlin, S. 33-61.

- Ders./Wilfried Schubarth 1991: Ausländerfeindliche und rechtsextreme Orientierungen bei ostdeutschen Jugendlichen. Eine empirische Studie, in: Deutschland Archiv, 24. Jg., H. 10, S. 1052-1065.
- Fulbrook, Mary 1994: Herrschaft, Gehorsam und Verweigerung – Die DDR als Diktatur, in: Kocka, Jürgen/Martin Sabrow (Hrsg.): Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven, Berlin, S. 77-85.
- Gajdukowa, Katharina/Dirk Moldt 2009: Party totalitär. Punksein in der DDR, in: Häußler, Ulrike/Marcus Merkel (Hrsg.): Vergnügen in der DDR, Berlin, S. 175-189.
- Galenza, Ronald 2004: „Wir wollen immer artig sein“. Punk und subkulturelle Musik in der DDR, in: Deutschland Archiv, 37. Jg., H. 4, S. 611-622.
- Ders. 2005: Zwischen „Plan“ und „Planlos“: Punk in Deutschland, in: Stiftung Haus der Bundesrepublik Deutschland/Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Rock! Jugend und Musik in Deutschland, Berlin, S. 96-104.
- Gehrke, Bernd 2002: Der Beataufstand am „Tag der Republik“ 1965, in: Horch und Guck, 11. Jg., H. 37, S. 33-36.
- Ders. 2008: Die 68er Proteste in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 58. Jg., H. 14-15, S. 40-46.
- Ders. 2012: Nix los im Staate DDR? Proteste der DDR-Bevölkerung im Jahr 1968, in: Seeck, Anne (Hrsg.): Das Begehren, anders zu sein. Politische und kulturelle Dissidenz von 68 bis zum Scheitern der DDR, Münster, S. 44-59.
- Geißler, Gert 1994: Schulreform zwischen Diktaturen? Pädagogik und Politik in der frühen Sowjetischen Besatzungszone, in: Zeitschrift für Pädagogik (Beiheft), 40. Jg., H. 32, S. 49-63.
- Ders. 2005: Landfriedensbrecher. Eine zeitweilige Festnahme am 31. Oktober 1965 in Leipzig, in: Horch und Guck, 14. Jg., H. 52, S. 30-33.
- Ders. 2013: Die Erziehung zur „sozialistischen Persönlichkeit“. Der Einfluss von Bildung und Erziehung in der DDR, in: Apelt, Andreas H. u. a. (Hrsg.): Schöner Schein und Wirklichkeit. Die SED-Diktatur zwischen Repression, Anpassung und Widerstand, Berlin, S. 147-161.
- Ders./Ulrich Wiegmann 1998: Wehrerziehung und Schule, in: Führ, Christoph/Carl-Ludwig Furck (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. 1945 bis zur Gegenwart. Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer, Bd. VI (zweiter Teilband), München, S. 359-377.
- Geserick, Rolf 2004: Vom Erziehungsinstrument zum Konsumgut? Zur Entwicklung des DDR-Rundfunks in der Honecker-Zeit, in: Arnold, Klaus/Christoph Classen (Hrsg.): Zwischen Pop und Propaganda. Radio in der DDR, Berlin, S. 151-163.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1990: Beschluß über die Musterrung und Einberufung zum Wehrdienst sowie die Entlassung aus dem Wehrdienst im 1. Halbjahr 1990 vom 8. Februar 1990, in: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Teil I, Nr. 8, Berlin (Ost), S. 44 f.
- Geulen, Dieter 1993: Typische Sozialisationsverläufe in der DDR. Einige qualitative Befunde über vier Generationen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 43. Jg., H. B 26-27, S. 37-44.

- Gieseke, Jens 2007: Annäherungen und Fragen an die „Meldungen aus der Republik“, in: ders. (Hrsg.): Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, Göttingen, S. 79-99.
- Ders. 2009: „Seit langem angestaute Unzufriedenheit breitetester Bevölkerungskreise“ – Das Volk in den Stimmungsberichten des Staatssicherheitsdienstes, in: Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München, S. 130-148.
- Giessmann, Barbara 1990: Die FDJ an den Schulen der DDR – Chancen und Grenzen der Funktionswahrnehmung, in: Burkart, Günter (Hrsg.): Sozialisation im Sozialismus. Lebensbedingungen in der DDR im Umbruch, Weinheim, S. 91-105.
- Dies. 1992: Jugendliche an den Schulen – ein Leben als Schüler und Mitglied der FDJ, in: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland, Bd. III, Opladen, S. 89-111.
- Gloger, Martin 2010: Generation X, 89er oder Génération Précaire? – Überlegungen zu einer Generationenrhetorik zwischen historischer Zäsur und der Krise des Wohlfahrtsstaates, in: Busch, Michael u. a. (Hrsg.): Zwischen Prekarisierung und Protest. Die Lebenslagen und Generationenbilder von Jugendlichen in Ost und West, Bielefeld, S. 415-447.
- Göldner, Diana 2002: Punk in Leipzig. Oppositionelle Jugendliche zwischen Repression und Hoffnung, in: Deutschland Archiv, 35. Jg., H. 5, S. 815-823.
- Gotschlich, Helga 1996: Aufbruch in ein anderes Deutschland, in: dies. u. a. (Hrsg.): „Das neue Leben muss anders werden ...“. Studien zur Gründung der FDJ, Bd. III, Berlin, S. 63-132.
- Dies. 1997: Die Gründung der FDJ in der SBZ oder: Plötzlich war alles ganz anders, in: dies. u. a. (Hrsg.): Aber nicht im Gleichschritt. Zur Entstehung der Freien Deutschen Jugend, Bd. V, Berlin, S. 25-39.
- Grabowsky, Ingo 2005: „Wie John, Paul, George und Ringo“: Die „Beat-Ära“, in: Stiftung Haus der Bundesrepublik Deutschland/Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Rock! Jugend und Musik in Deutschland, Berlin, S. 42-52.
- Gräfe, Sylvia/Ute Räuber 2009: Abteilung Kultur im ZK der SED (SAPMO-BArch DY 30, 1946-1990). Einleitung, online unter: Das Bundesarchiv (Hrsg.): <http://www.w.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30aku/index.htm?search=dy%252030%25...%2520%253Ca%2520class=>, letzter Zugriff am 31. März 2015.
- Grimm, Peter 2007: Zwischen Prag und West-Berlin. Das Jahr 1968 in der DDR, in: Horch und Guck, 16. Jg., H. 58, S. 4 f.
- Grix, Jonathan 2001: Erscheinungsformen widerständigen Verhaltens im Alltag der DDR, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Die DDR – Analysen eines aufgegebenen Staates, Berlin, S. 157-165.
- Günther, Cordula 1990: Jugendmode in der DDR zwischen Staatsplan und Freiraum für Selbstverwirklichung, in: Burkart, Günter (Hrsg.): Sozialisation im Sozialismus. Lebensbedingungen in der DDR im Umbruch, Weinheim, S. 84-91.

- Häder, Sonja 2001: Erosionsspuren – Jugendliche und junge Erwachsene kündigen dem SED-Staat (1980-1989), in: dies. u. a. (Hrsg.): Schule und Jugend im Umbruch. Analysen und Reflexionen von Wandlungsprozessen zwischen DDR und Bundesrepublik, Hohengehren, S. 31-55.
- Dies. 2004: Zeugnisse von Eigen-Sinn – Punks in der späten DDR, in: dies./Heinz-Elmar Tenorth (Hrsg.): Der Bildungsauftrag des Subjekts. Bildungstheoretische Analysen, Weinheim/Basel, S. 68-85.
- Haker, Gisela 2007: Amt für Jugendfragen (BArch DC 4, 1949-1989). Einleitung, online unter: Das Bundesarchiv (Hrsg.): <http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/DC4-26404/index.htm>, letzter Zugriff am 31. März 2015.
- Halbrock, Christian 2009: Protestzentrum Karl-Marx-Stadt?, in: Horch und Guck, 18. Jg., H. 65, S. 64-67.
- Hammerstein, Katrin/Edgar Wolfrum 2016: DDR-Geschichte: Chance ja, aber bitte kein „Klein-Klein“, in: Mähler, Ulrich (Hrsg.): Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Berlin, S. 109-121.
- Hansen, Hendrik 2011: Von der Freiheit zu gehorchen. Die pädagogischen Prinzipien des Marxismus-Leninismus und das Erziehungssystem der DDR, in: Horch und Guck, 20. Jg., H. 72, S. 21-15.
- Hartmann, Matthias 1992: Ein pervertiertes Ritual lebt weiter. Jugendweihe in Ostdeutschland, in: Deutschland Archiv, 25. Jg. H. 6, S. 563-565.
- Hartmann, Sieglinde 2006: Abteilung Jugend im ZK der SED (SAPMO-BArch DY 30, 1945-1971). Einleitung, online unter: Das Bundesarchiv (Hrsg.): <http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30aju/index.htm>, letzter Zugriff am 31. März 2015.
- Dies. 2007: Abteilung Volksbildung im ZK der SED (SAPMO-BArch DY 30, 1945-1989). Einleitung, online unter: Das Bundesarchiv (Hrsg.): <http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30avobi/index.htm>, letzter Zugriff am 31. März 2015.
- Heider, Paul 1998: Die Gesellschaft für Sport und Technik (1952-1990), in: Diedrich, Torsten u. a. (Hrsg.): Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Berlin, S. 169-201.
- Heise, Joachim 2007: Konflikte und Krisen in der Kirchenpolitik der SED in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, in: Hefte zur DDR-Geschichte, o. Jg., H. 109, S. 29-37.
- Helwig, Gisela 1995: Frauen im SED-Staat, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Bd. III, 2, Baden-Baden, S. 1223-1275.
- Dies. 2005: Kinder und Jugendliche in der DDR. Ein Literaturbericht, in: Deutschland Archiv, 38. Jg., H. 6, S. 1044-1049.
- Herdin, Jürgen 1992: Zum Wandel in der Medienpolitik: Das Beispiel des Jugendhörfunksenders DT 64, in: Thaa, Winfried u. a.: Gesellschaftliche Differenzierung und Legitimitätsverfall des DDR-Sozialismus. Das Ende des anderen Wegs in der Moderne, Tübingen, S. 101-117.

- Hildebrand, Gerold 1999: Wehrpflichtverweigerer, in: Gehrke, Bernd/Wolfgang Rüdtenklau (Hrsg.): ... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende, Münster, S. 338-362.
- Hille, Barbara 1995: Jugend und Jugendpolitik in der DDR von 1961 bis 1989, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Bd. III, 2, Baden-Baden, S. 1275-1314.
- Hoffmann, Achim 1991: Sozialisationsinstanzen der Jugend. Lebensbedingungen und Lebensweise der DDR-Jugend. Jugend und Schule, in: Friedrich, Walter/Hartmut Griese (Hrsg.): Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklungen in den achtziger Jahren, Opladen, S. 46-58.
- Hoffmann, Dierk u. a. 2016: Die DDR als Chance: Desiderate und Perspektiven künftiger Forschung, in: Mählert, Ulrich (Hrsg.): Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Berlin, S. 23-71.
- Horch und Guck 2003: Matthias Domaschk, 12. Jg., Sonderheft 1.
- Hornstein, Walter/Werner Schefold 1998: Sozialpädagogik, in: Führ, Christoph/Carl-Ludwig Furck (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. 1945 bis zur Gegenwart. Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer, Bd. VI (zweiter Teilband), München, S. 281-317.
- Hübner, Peter 1995: Zur Rolle der „Massenorganisationen“ im Alltag des DDR-Bürgers, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Bd. II, 3, Baden-Baden, S. 1723-1770.
- Hugler, Klaus/Hans Bernhard Kaufmann 1995: Jugendarbeit und Junge Gemeinde zwischen Kirche und SED-Staat in den 70er und 80er Jahren, in: Horch und Guck, 4. Jg., H. 16, S. 1-15.
- Hürter, Johannes 2008: Die Ausbürgerung Wolf Biermanns. Künstler und Intellektuelle zwischen den Stühlen, in: Wengst, Udo/Hermann Wentker (Hrsg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin, S. 283-307.
- Ide, Robert 2000: Wann sind Schüler erpressbar? Ein Streitgespräch über Jugendprotest in der DDR und im vereinten Deutschland, in: Zeitschrift des Forschungsbundes SED-Staat, 4. Jg., H. 8, S. 134-137.
- Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung 1992 (a): Chronologie zur DDR-Jugend in den 80er Jahren, in: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland, Bd. III, Opladen, S. 29-43.
- Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung 1992 (b): Lösungen, Aktionen und Jugendobjekte der FDJ 1971-1989, in: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland, Bd. III, Opladen, S. 81-89.
- Irmscher, Gerlinde 2000: Freizeitleben, Muße, Feierabend, Freizeit, in: Badstübner, Evemarie (Hrsg.): Befremdlich anders. Leben in der DDR, Berlin, S. 350-374.

- Jäger, Manfred 1995 (b): Kulturpolitik in der DDR, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Bd. III, 1, Baden-Baden, S. 419-433.
- Jaide, Walter 1990: Freizeit der Jugend im doppelten Deutschland, in: Hille, Barbara/ ders. (Hrsg.): DDR-Jugend. Politisches Bewußtsein und Lebensalltag, Opladen, S. 75-107.
- Janssen, Wiebke 1999: „Heute, tanzen alle jungen Leute, im Lipsi-Schritt, nur noch im Lipsi-Schritt“ – SED und Jugend in den fünfziger Jahren, in: Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte, 4. Jg., H. 6, S. 58-74.
- Dies. 2012: „Halbstarke“ in der DDR – der ideologische Kampf der SED gegen die „amerikanische Lebensweise“, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall, 2. Aufl., Berlin, S. 169-183.
- Jarausch, Konrad H. 2005: Jugendkulturen und Generationskonflikte 1945-1990. Zugänge zu einer deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte, in: Kleßmann, Christoph/ Peter Lautzas (Hrsg.): Teilung und Integration. Die doppelt deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem, Bonn, S. 216-231.
- Jesse, Eckhard 1992: Der innenpolitische Weg zur deutschen Einheit. Zäsuren einer atemberaubenden Entwicklung, in: ders./Armin Mitter (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft, Bonn/Berlin, S. 111-142.
- Ders. 1995: Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur, Bd. VII, 1, Baden-Baden, S. 987-1031.
- Ders. 1996: Die „Totalitarismus-Doktrin“ aus DDR-Sicht, in: ders. (Hrsg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn, S. 424-453.
- Ders. 2011 (a): Antifaschismus in der Ideokratie der DDR – und die Folgen. Das Scheitern (?) einer Integrationsideologie, in: Horch und Guck, 20. Jg., H. 74, S. 4-9.
- Ders. 2012: 1945, 1949, 1955, 1968, 1989, 1990? Zäsuren deutscher Politik, in: Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte, o. Jg., H. 3, S. 202-228.
- Ders. 2015 (a): Alltag in der DDR, in: Kötzing, Andreas u. a. (Hrsg.): Vergleich als Herausforderung. Festschrift zum 65. Geburtstag von Günther Heydemann, Göttingen, S. 217-229.
- Ders. 2015 (b): Das Ende der DDR. Essay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 65. Jg., H. 33-34, S. 18-25.
- Judt, Matthias 1997: Jugendkultur in der staatssozialistischen Gesellschaft, in: ders. (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin, S. 178-181.

- Jung, Peter/Christian Ritzi 2001: Leserbriefe an die „Junge Welt“. Zur Forschungsrelevanz einer wenig bekannten Quelle jugendlichen Selbstverständnisses in der DDR, in: Häder, Sonja u. a. (Hrsg.): Schule und Jugend im Umbruch. Analysen und Reflexionen von Wandlungsprozessen zwischen DDR und Bundesrepublik, Hohengehren, S. 55-71.
- Kaiser, Paul 2004: Heckenscheren gegen Feindfrisuren. Das Vokabular der Macht: Asozialität, Dekadenz, Untergrund, in: Kochan, Thomas/Michael Rauhut (Hrsg.): Bye bye, Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR, Berlin, S. 267-283.
- Kirchenwitz, Lutz 1994 (a): Die FDJ und „ihre“ Singebewegung, in: Gotschlich, Helga (Hrsg.): „Links und links und Schritt gehalten ...“. Die FDJ: Konzepte – Abläufe – Grenzen, Bd. I, Berlin, S. 326-334.
- Ders. 1994 (b): Zwischen „Tauwetter“ und „Eiszeit“ – DDR-Liedermacher Mitte der sechziger Jahre, in: Noll, Günther (Hrsg.): Musikalische Volkskultur und die politische Macht. Tagungsbericht Weimar 1992 der Kommission für Lied-, Musik- und Tanzforschung in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde e.V., Bd. XI, Essen, S. 29-39.
- Ders. 2003: 1968 im Osten – was ging uns die Bundesrepublik an?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 53. Jg., H. B 45, S. 6-8.
- Kirchhöfer, Dieter 1992 (a): Kinder und Jugendliche in den Demonstrationen des Herbstes 1989, in: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland, Bd. III, Opladen, S. 205-217.
- Ders. 1992 (b): Schülerforderungen in der Wende – ein Vergleich von Schülerbriefen vor und nach dem Herbst 1989, in: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland, Bd. III, Opladen, S. 123-139.
- Kleßmann, Christoph 1997: Aufbau eines sozialistischen Staates, in: Informationen zur politischen Bildung. Deutschland in den fünfziger Jahren, o. Jg., H. 256, S. 24-32.
- Klier, Freya 2010: Erziehung zur Unmündigkeit, in: Klose, Joachim (Hrsg.): Wie schmeckte die DDR? Wege zu einer Kultur des Erinnerns, Leipzig, S. 120-133.
- Knabe, Hubertus 1995: Widerstand und Opposition in den sechziger und siebziger Jahren. Vortrag, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur, Bd. VII, 1, Baden-Baden, S. 76-88.
- Ders. 1996: Was war die „DDR-Opposition“? Zur Typologisierung des politischen Widerspruchs in Ostdeutschland, in: Deutschland Archiv, 29. Jg., H. 2, S. 184-198.
- Knigge, Andreas C. 2014: Klonk, Boing, Wusch!!! Eine kurze Kulturgeschichte des Comics, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 64. Jg., H. 33-34, S. 11-16.
- Koch, Michael 2011: „Gesetzmäßig gerechter Krieg“. Der Wehrunterricht in der DDR, in: Horch und Guck, 20. Jg., H. 72, S. 10-15.

- Koch, Uwe 1995: Die Baueinheiten der Nationalen Volksarmee – Einrichtung, Entwicklung und Bedeutung, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Bd. II, 3, Baden-Baden, S. 1835-1900.
- Kochan, Thomas 2004: Da hilft kein Jammern. Zwischen Resignation und Aufbegehren: Die Szene lebte den Blues, in: ders./Michael Rauhut (Hrsg.): Bye bye, Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR, Berlin, S. 68-83.
- Ders./Christian Kunert 2010: Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR – Zwischen Aufbegehren und Resignation, in: Klose, Joachim (Hrsg.): Wie schmeckte die DDR? Wege zu einer Kultur des Erinnerns, Leipzig, S. 407-414.
- Kocka, Jürgen 1994: Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Kaelble, Hartmut u. a. (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart, S. 547-553.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha 1995 (a): Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur, Bd. VII, 2, Baden-Baden, S. 1203-1285.
- Ders. 1995 (b): Von der Freiheit, Ich zu sagen. Widerständiges Verhalten in der DDR, in: Poppe, Ulrike u. a. (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin, S. 85-116.
- Ders. 1999 (a): Gegenkräfte: Opposition und Widerstand in der DDR – Begriffliche und methodische Probleme, in: Kuhrt, Eberhard u. a. (Hrsg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Bd. III, Opladen, S. 47-83.
- Ders. 1999 (b): „Wer sich nicht in Gefahr begibt ...“. Protestaktionen gegen die Intervention in Prag und die Folgen von 1968 für die DDR-Opposition, in: Henke, Klaus-Dietmar u. a. (Hrsg.): Widerstand und Opposition in der DDR, Köln u. a., S. 257-275.
- Ders. 2007: „Die Zurückhaltung ist ein Megaphon.“ Der Prager Frühling in der DDR 1969-1989. Ein Essay, in: Horch und Guck, 16. Jg., H. 58, S. 6-9.
- Ders. 2013 (b): Der 17. Juni und seine Folgen, in: Apelt, Andreas H. u. a. (Hrsg.): Schöner Schein und Wirklichkeit. Die SED-Diktatur zwischen Repression, Anpassung und Widerstand, Berlin, S. 201-223.
- Kramer, Thomas 1997: Die DDR der fünfziger Jahre im Comic Mosaik: Einschienenbahn, Agenten, Chemieprogramm, in: Lütke, Alf/Peter Becker (Hrsg.): Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin, S. 167-189.
- Krüger, Heinz-Hermann u. a. 1993: Kindheit im Umbruch. Biographien ostdeutscher Kinder, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 43. Jg., H. B 24, S. 32-39.

- Krüger-Potratz, Marianne 2010: „Russen, Fidschis und Messerstecher“ – Von der Faszination des Andersseins und dem fehlenden Umgang mit den „Fremden“, in: Klose, Joachim (Hrsg.): *Wie schmeckte die DDR? Wege zu einer Kultur des Erinnerns*, Leipzig, S. 133-152.
- Kwiatkowski-Celofiga, Tina 2008: Erziehung zur „allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeit“ und deren Folgen für den Schulalltag, in: dies./Gerhard Barkleit (Hrsg.): *Verfolgte Schüler – gebrochene Biographien. Zum Erziehungs- und Bildungssystem der DDR*, Dresden, S. 11-29.
- Lange, Günter 1991: Religiöses Bewußtsein DDR-Jugendlicher, in: Friedrich, Walter/Hartmut Griese (Hrsg.): *Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklungen in den achtziger Jahren*, Opladen, S. 154-163.
- Lange, Katharina 1999: Konzeptionelle und praktische Vorleistungen für eine überparteiliche Einheitsjugend. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der FDJ in der SBZ, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): *Die DDR – Politik und Ideologie als Instrument*, Berlin, S. 457-477.
- Lehmann, Steffi 2015: Warum der Wehrunterricht auf heftigen Protest stieß. Die Militarisierung des Schulwesens der DDR in den 1970er Jahren, in: Jesse, Eckhard/Roland Sturm (Hrsg.): *Demokratie in Europa. Geschichte, Herausforderungen, Perspektiven*, Berlin, S. 393-409.
- Leinemann, Susanne 2006: Die kurze Revolution der Ost-Jugend. Wie die junge Generation erst den Umbruch durchsetzte – und dann wieder abtauchte, in: Schüle, Annegret u. a. (Hrsg.): *Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur*, Leipzig, S. 447-455.
- Lemke, Michael 2005: Die „Gegenspiele“. Weltjugendfestival und FDJ-Deutschlandtreffen in der Systemkonkurrenz, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): *Die DDR in Europa – zwischen Isolation und Öffnung*, Münster, S. 452-505.
- Lieberknecht, Christine im März 1993, in: Öffentliche Anhörung Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit – 1. Teil. Protokoll der 31. Sitzung. Vorträge und Podium, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.) 1995: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*. Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Bd. III, 1, Baden-Baden, S. 202-273.
- Liebermann, Doris 2006: „Im traurigen Monat November war's“. Gespräch mit Wolf Biermann am 16. August 2006 in Hamburg, in: *Deutschland Archiv*, 39. Jg., H. 6, S. 993-1003.
- Lindenberger, Thomas 2000: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Das Alltagsleben der DDR und sein Platz in der Erinnerungskultur des vereinten Deutschlands, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 50. Jg., H. B 40, S. 5-12.
- Lindner, Bernd 1991: Jugend und Freizeit/Medien, in: Friedrich, Walter/Hartmut Griese (Hrsg.): *Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklung in den achtziger Jahren*, Opladen, S. 99-117.

- Ders. 1992: Transparente, Losungen und Prozesse des Leipziger Herbst '89, in: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland, Bd. III, Opladen, S. 221-229.
- Ders. 1994: Verlorene Identität – Gefundene Identität? Kulturelle Quellen jugendlichen Selbstverständnisses, in: Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung e. V. (Hrsg.): Zukunft Jugendkulturarbeit. Gesellschaftliche Herausforderungen und kulturelle Bildung, Remscheid, S. 89-96.
- Ders. 2000: Denkt bloß nicht, wir heulen. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965, die DEFA und die Jugend, in: Deutschland Archiv, 33. Jg., H. 6, S. 891-901.
- Ders. 2003 (a): „Bau auf, Freie Deutsche Jugend“ – und was dann? Kriterien für ein Modell der Jugendgenerationen der DDR, in: Reulecke, Jürgen (Hrsg.): Generationen und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München, S. 187-217.
- Ders. 2003 (b): Zwischen Integration und Distanzierung. Jugendgeneration in der DDR in den sechziger und siebziger Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 53. Jg., H. B 45, S. 33-37.
- Ders. 2004: Lange Haare – kurzer Verstand? Interne soziologische Befunde zu einem umstrittenen Phänomen, in: Kochan, Thomas/Michael Rauhut (Hrsg.): Bye bye, Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR, Berlin, S. 114-126.
- Ders. 2005 (a): Das eigentliche Gestaltungsfeld. Kulturelle Prägungen der Jugendgeneration in der DDR, in: Deutschland Archiv, 38. Jg., H. 1, S. 49-56.
- Ders. 2005 (b): Exkurs „Gammelei im Stadtpark“, in: Siegfried, Detlef: Unsere Woodstocks: Jugendkultur, Rockmusik und gesellschaftlicher Wandel um 1968, in: Stiftung Haus der Bundesrepublik Deutschland/Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Rock! Jugend und Musik in Deutschland, Berlin, S. 52-62.
- Ders. 2006: Die Generation der Unberatenen. Zur Generationenfolge in der DDR und ihrer strukturellen Konsequenzen für die Nachwendezeit, in: Schüle, Annegret u. a. (Hrsg.): Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur, Leipzig, S. 93-113.
- Ders. 2008 (b): Steine des Anstoßes – Kunst und Jugendkultur in der DDR, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland/Zeitgeschichtliches Forum Leipzig (Hrsg.): Demokratie jetzt oder nie! Diktatur – Widerstand – Alltag, 2. Aufl., Leipzig, S. 154-170.
- Ders./Dieter Wiedemann 1999: Kultur- und Medienforschung, in: Friedrich, Walter u. a. (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, Berlin, S. 301-352.
- Linke, Dietmar 1991: Kirchliche Jugendgruppen in der DDR – „Mülleimer der Gesellschaft“? 10 Thesen, in: Isarel, Jürgen (Hrsg.): Zur Freiheit berufen. Die Kirche in der DDR als Schutzraum der Opposition 1981-1989, Berlin, S. 185-188.
- Lipp, Florian 2015: Punk- und New-Wave-Bands im letzten Jahrzehnt der DDR im kultur- und sicherheitspolitischen Kontext, in: Totalitarismus und Demokratie, 12. Jg., H. 2, S. 225-248.

- Lobmeier, Kornelia 2008: Suche nach Alternativen – Die Opposition in der DDR, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland/Zeitgeschichtliches Forum Leipzig (Hrsg.): *Demokratie jetzt oder nie! Diktatur – Widerstand – Alltag*, 2. Aufl., Leipzig, S. 178-196.
- Lorenz, Sophie 2013: „Heldin des anderen Amerika“. Die DDR-Solidaritätsbewegung für Angela Davis, 1970-1973, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, 10. Jg., H. 1, S. 38-60.
- Lühmann, Michael 2008: Geteilt, ungeliebt, deutungsschwach? Die 68er-Generation in der DDR, in: *Deutschland Archiv*, 41. Jg., H. 1, S. 102-107.
- Maase, Kaspar 2003: Körper, Konsum, Genuss – Jugendkultur und mentaler Wandel in beiden deutschen Gesellschaften, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 53. Jg., H. B 45, S. 9-16.
- Madarász, Jeanette 2003: Die Realität der Wirtschaftsreform in der DDR. Betriebsalltag in den sechziger Jahren, in: *Deutschland Archiv*, 36. Jg., H. 6, S. 966-980.
- Mählert, Ulrich 1995 (b): Jugendpolitik und Jugendleben 1945-1961, in: *Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*. Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Bd. III, 2, Baden-Baden, S. 1442-1489.
- Malycha, Andreas 2011: Geschichte der DDR/Informationen zur politischen Bildung, o. Jg., H. 312.
- Margedant, Udo 1995: Das Bildungs- und Erziehungssystem der DDR. Funktion, Inhalte, Instrumentalisierung, Freiräume, in: *Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*. Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Bd. III, 3, Baden-Baden, S. 1489-1530.
- März, Peter 2006: Einschnitte und Eigenheiten: Spezifika deutscher Geschichte, in: Gallus, Alexander (Hrsg.): *Deutsche Zäsuren. Systemwechsel seit 1806*, Köln u. a., S. 21-63.
- Menne-Haritz, Angelika 2016: Fragen zu einer Archivgeschichte der DDR, in: Mählert, Ulrich (Hrsg.): *Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema*, Berlin, S. 139-149.
- Menzel, Rebecca 2006: Jeans und Pop in der DDR, online unter: *Zeitgeschichte online* (Hrsg.): <http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/jeans-und-pop-der-ddr>, letzter Zugriff am 16. Dezember 2015.
- Dies. 2008: Eine Blaupause für Freiheitsträume? Über die symbolische Kraft der Jeans in der DDR, in: *Horch und Guck*, 17. Jg., H. 61, S. 12-15.
- Dies. 2011: Die vergessenen Traditionen der Reformpädagogik in der DDR-Schule, in: *Horch und Guck*, 20. Jg., H. 72, S. 26-29.
- Merkel, Ina 1994: Leitbilder und Lebensweisen von Frauen in der DDR, in: Kaelble, Hartmut u. a. (Hrsg.): *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart, S. 359-384.

- Dies. 1996: Eine andere Welt. Vorstellungen von Nordamerika in der DDR der fünfziger Jahre, in: Lüttke, Alf u. a. (Hrsg.): Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart, S. 245-257.
- Mohrmann, Ute 2000: Jugendweihe und Jugendfeier. Was waren und was sind sie aus ethnologischer Sicht?, in: Humanismus aktuell, 4. Jg., H. 7, S. 28-34.
- Moldt, Dirk 1999: Die Offene Arbeit Berlin und die Kirche von Unten, in: Gehrke, Bernd/Wolfgang Rüddenklau (Hrsg.): ... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende, Münster, S. 88-102.
- Ders. 2002 (a): „Keine Konfrontation!“ Die Rolle des MfS im Zusammenhang mit dem Überfall von Skinheads auf ein Konzert in der Berliner Zionskirche am 10. Oktober 1987, in: Horch und Guck, 11. Jg., H. 40, S. 14-25.
- Ders. 2002 (b): Neofaschismus in den 80er Jahren in der DDR. Sechs Thesen, in: Horch und Guck, 11. Jg., H. 40, S. 50-52.
- Ders. 2005: Parallelgesellschaft in der DDR. Ein gelebtes Ausstiegsmodell in den 1980er Jahren in Ostberlin, in: Horch und Guck, 14. Jg., H. 52, S. 1-3.
- Ders. 2008 (a): Massenansturm auf einen Jugendgottesdienst. Die Blues-Messen (1979-1986), in: Deutschland Archiv, 41. Jg., H. 1, S. 40-48.
- Möller, Kurt 2000: Politische Orientierungen von Jugendlichen – Historische Phasen, Generationen, Bewegungen und Jugendkulturen, in: Sander, Uwe/Ralf Vollbrecht (Hrsg.): Jugend im 20. Jahrhundert. Sichtweisen – Orientierungen – Risiken, Berlin, S. 254-279.
- Mühler, Kurt/Steffen Wilsdorf 1991: Die Leipziger Montagsdemonstrationen. Aufstieg und Wandel einer basisdemokratischen Institution des friedlichen Umbruchs im Spiegel empirischer Meinungsforschung, in: Berliner Journal für Soziologie (Sonderheft), 1. Jg., H. 1, S. 37-45.
- Müller, Dieter 1995: Berufsausbildung in der DDR. Vortrag, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Bd. III, 1, Baden-Baden, S. 324-357.
- Müller, Harry 1991: Lebenswerte und nationale Identität, in: Friedrich, Walter/Hartmut Griese (Hrsg.): Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklungen in den achtziger Jahren, Opladen, S. 124-135.
- Müller, Margrit 1990: Jugendfreizeit in der DDR, in: Burkart, Günter (Hrsg.): Sozialisation im Sozialismus. Lebensbedingungen in der DDR im Umbruch, Weinheim, S. 70-77.
- Neubert, Ehrhart 2013: Zuckerbrot und Peitsche. Methoden zur Stabilisierung der SED-Diktatur, in: Apelt, Andreas H. u. a. (Hrsg.): Schöner Schein und Wirklichkeit. Die SED-Diktatur zwischen Repression, Anpassung und Widerstand, Berlin, S. 65-80.
- Neuner, Gerhart 1997: Das Einheitsprinzip im DDR-Bildungswesen, in: Zeitschrift für Pädagogik, 43. Jg., H. 2, S. 261-278.

- Ders. 2000: Bildung in der Schule – Intention und Inhalte, in: Badstübner, Evemarie (Hrsg.): *Befremdlich anders. Leben in der DDR*, Berlin, S. 576-599.
- Nitzsche Kornel, Lutz 2012: Von der sozialistisch gedachten 1000-Jahrfeier in Altenburg 1976 zum staatsgefährdenden Ereignis, in: *Altenburger Geschichts- und Hauskalender*, Bd. XXI, S. 84-87.
- Noll, Günther 1997: Musik und die staatliche Macht. Ausgewählte Beispiele aus der Geschichte der DDR zur Situation der Musiker, Musikpädagogik und Musikwissenschaft, in: Maas, Gerhard/Hartmut Reszel (Hrsg.): *Populärmusik und Musikpädagogik in der DDR. Forschung – Lehre – Wertung*, Augsburg, S. 9-52.
- Nolteernsting, Elke u. a. 1992: Getrennte Vergangenheit – gemeinsame Kultur? Jugendkulturen im Prozeß der deutschen Vereinigung, in: Neubauer, Georg u. a. (Hrsg.): *Jugend im deutsch-deutschen Vergleich. Die Lebenslage der jungen Generation im Jahr der Vereinigung*, Berlin, S. 94-141.
- Nooke, Maria/Henning Schluß 2011: Schule in der Diktatur. Die DDR und ihr Volksschulbildungssystem, in: *Horch und Guck*, 20. Jg., H. 72, S. 4-9.
- Ohse, Marc-Dietrich 2005: Politische Norm und individuelle Freiheit. Jugend in der DDR der sechziger Jahre, in: *Deutschland Archiv*, 38. Jg., H. 1, S. 70-77.
- Ders. 2006 (a): Jugend nach dem Mauerbau. Politische Normierung und Jugendprotest in der DDR 1961-1974, in: Schüle, Annegret u. a. (Hrsg.): *Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur*, Leipzig, S. 217-229.
- Ders. 2006 (b): Politische Normierung in der geschlossenen Gesellschaft. Jugend im Schatten der Mauer (DDR 1961-1974), in: Klampfl, Angelika/Margareth Lanzinger (Hrsg.): *Normativität und soziale Praxis: Gesellschaftspolitische und historische Beiträge*, Wien, S. 157-166.
- Ders. 2009: „Wir haben uns prächtig amüsiert“. Die DDR – ein „Staat der Jugend“?, in: Großbölting, Thomas (Hrsg.): *Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand*, Berlin, S. 74-92.
- Otto, Manfred/Gerhard Wenzke 1992: Punks, Heavys, Skinheads, Grufties – informelle Gruppen in der DDR, in: *Jugendwerk der Deutschen Shell* (Hrsg.): *Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland*, Bd. III, Opladen, S. 183-196.
- Pahnke, Rudi im März 1993, in: Öffentliche Anhörung Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit – 1. Teil. Protokoll der 31. Sitzung. Vorträge und Podium, in: *Deutscher Bundestag* (Hrsg.) 1995: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*. Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Bd. III, 1, Baden-Baden, S. 202-273.
- Patscheider, Sarah 2015: Wave-Gotik-Treffen – wie alles begann, in: *Zeitpunkt*, 25. Jg., H. 253, S. 6-9.
- Patzer, Werner 1998: Die personelle Auffüllung der NVA, in: Wünsche, Wolfgang (Hrsg.): *Rührt euch! Zur Geschichte der NVA*, Berlin, S. 363-391.
- Pfahl-Traughber, Armin 1991: Rechtsextreme Tendenzen in der ehemaligen DDR, in: *Liberal*, 33. Jg., H. 1, S. 71-79.

- Pickel, Gert 2009: Der Einbezug des Individuums in die Länderanalyse – Umfrageforschung und vergleichende Politikwissenschaft, in: Pickel, Susanne u. a. (Hrsg.): Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen, Wiesbaden, S. 297-317.
- Pickel, Susanne 2009: Die Triangulation als Methode in der Politikwissenschaft, in: dies. u. a. (Hrsg.): Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen, Wiesbaden, S. 517-543.
- Planer-Friedrich, Jens 2011: Allseitig gebildete sozialistische Persönlichkeit. Das DDR-Schulwesen und seine Opfer – Ein Überblick, in: Horch und Guck, 20. Jg., H. 72, S. 16-20.
- Poiger, Uta G. 1997: Rock 'n' Roll, Kalter Krieg und deutsche Identität, in: Jarausch, Konrad/Hannes Siegrist (Hrsg.): Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970, Frankfurt a. M./New York, S. 275-292.
- Dies. 2003: Amerikanisierung oder Internationalisierung? Populärkultur in beiden deutschen Staaten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 53. Jg., H. B 45, S. 17-24.
- Probst, Lothar 2012: Wer ist die dritte Generation Ostdeutschland? Überlegungen zu ihrer Verortung im Kontext von DDR und Deutscher Einheit, in: Hacker Michael u. a. (Hrsg.): Dritte Generation Ost. Wer wir sind, was wir wollen, Bonn, S. 216-230.
- Raabe, Thomas Nikolaus 1998: Die Jugendweihe als Instrument im Kampf zwischen Kirche und Staat in den 1950er Jahren, in: Dähn, Horst/Helga Gotschlich (Hrsg.): „Und führe uns nicht in Versuchung ...“. Jugend im Spannungsfeld von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945 bis 1989, Bd. IV, Berlin, S. 46-60.
- Raschka, Johannes 2005: Mobilisierung zur Arbeit. Die Verfolgung von „Parasiten“ und „Asozialen“ in der Sowjetunion und in der DDR 1954-1977, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 53. Jg., H. 4, S. 323-344.
- Rauhut, Michael 1991: DDR-Beatmusik zwischen Engagement und Repression, in: Agde, Günter (Hrsg.): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin, S. 52-64.
- Ders. 1994: Musik kennt keine Grenzen. Politische Hintergründe internationaler Rockkonzerte in der DDR der Endachtziger, in: Gotschlich, Helga (Hrsg.): „Links und links und Schritt gehalten ...“. Die FDJ: Konzepte – Abläufe – Grenzen, Bd. I, Berlin, S. 304-311.
- Ders. 1996 (a): Ohr an Masse – Rockmusik im Fadenkreuz der Stasi, in: Wicke, Peter/Lothar Müller (Hrsg.) 1996: Rockmusik und Politik. Analysen, Interviews und Dokumente, Berlin, S. 28-48.
- Ders. 1998: Blues in Rot. Der Fall Gerulf Pannach und das Verbot der Klaus Renft Combo, in: Deutschland Archiv, 31. Jg., H. 5, S. 773-782.
- Ders. 1999: Die Entwicklung der Unterhaltungsmusik in der DDR (Rock, Jazz) und im Transformationsprozeß, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“. Bildung, Wissenschaft, Kultur, Bd. IV, 2, Baden-Baden, S. 1784-1814.
- Ders. 2001: Rockmusik in der DDR zwischen 1973 und 1982. Politik und Alltag, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Die DDR – Analysen eines aufgegebenen Staates, Berlin, S. 455-465.

- Ders. 2004: Kleine Fluchten. Vom Blues einer unruhvollen Jugend, in: Kochan, Thomas/ders. (Hrsg.): Bye bye, Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR, Berlin, S. 51-68.
- Ders. 2005: „Am Fenster“: Rockmusik und Jugendkultur in der DDR, in: Stiftung Haus der Bundesrepublik Deutschland/Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Rock! Jugend und Musik in Deutschland, Berlin, S. 70-78.
- Reck, Jana 1992: FDJ und Schule. Die FDJ und ihr Einfluß auf Kinder und Schuljugendliche in den Nachkriegsjahren bis 1953, biographische Notizen zu Fridl Lewin und Margot Feist, in: Institut für zeitgeschichtliche Forschung e. V. (Hrsg.): Jahresbericht 1992, Berlin, S. 65-75.
- Reh, Werner 1995: Quellen- und Dokumentenanalyse in der Politikfeldforschung: Wer steuert die Verkehrspolitik?, in: Alemann, Ulrich von (Hrsg.): Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriß für Studium und Forschung, Bonn, S. 201-261.
- Reischock, Wolfgang 1994: Polytechnische Erziehung in der DDR. Ausgangsidee, Anfänge, Realisierungsprobleme, in: Hoffman, Dietrich/Karl Neumann (Hrsg.): Erziehung und Erziehungswissenschaft in der BRD und DDR. Die Teilung der Pädagogik (1945-1965), Bd. I, Weinheim, S. 275-291.
- Reißig, Rolf 1993: Das Scheitern der DDR und des realsozialistischen Systems – Einige Ursachen und Folgen, in: Joas, Hans/Martin Kohli (Hrsg.): Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt a. M., S. 49-70.
- Reitel, Axel 2006: Pegasus gegängelt, „hoch oben/tief in die Knie“. Die Zentralen Poetenseminare des Zentralrats der FDJ 1970 bis 1989. Annäherung an einen gescheiterten Instrumentalisierungsversuch, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, 10. Jg., H. 19, S. 61-70.
- Ders. 2007: Die Poetenpolizei. Kontrolle muß sein – Die Schweriner FDJ-Seminare für Nachwuchsdichter, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, 11. Jg., H. 22, S. 78-88.
- Rembold, Elfie 2003: „Dem Eindringen westlicher Dekadenz ist entgegenzuwirken.“ Jugend und die Kultur des Feindes in der DDR, in: Behrends, Jan C. u. a. (Hrsg.): Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin, S. 193-215.
- Rink, Detlef 1997: Ausreiser, Kirchengruppen, Kulturopposition und Reformer. Zu Differenzen und Gemeinsamkeiten in Opposition und Widerstand in der DDR in den 70er und 80er Jahren, in: ders./Detlef Pollack (Hrsg.): Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970-1989, Frankfurt a. M., S. 54-78.
- Rößling, Udo 1992: Jugendweihe in der DDR. Traditionen und Funktionen einer sozialistischen Institution, in: Franz, Günther u. a. (Hrsg.): Jahrbuch des Archivs der Deutschen Jugendbewegung, Schwalbach/Ts., S. 261-284.
- Rüther, Günther 1997: Nur ein „Tanz in Ketten“? DDR-Literatur zwischen Vereinnahmung und Selbstbehauptung, in: ders. (Hrsg.): Literatur in der Diktatur. Schreiben im Nationalsozialismus und DDR-Sozialismus, Paderborn, S. 249-283.
- Sabrow, Martin 2012: Zäsuren in der Zeitgeschichte, in: Bösch, Frank/Jürgen Danyel (Hrsg.): Zeitgeschichte. Konzepte und Methoden, Göttingen, S. 109-130.

- Ders. 2013: Der führende Repräsentant Erich Honecker in generationsbiographischer Perspektive, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, 10. Jg., H. 1, S. 61-88.
- Sachse, Christian 1996 (a): Sozialistische Wehrerziehung in der DDR und die kommunistische Tradition, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, 1. Jg., H. 2, S. 3-17.
- Ders. 1996 (b): (Vor)militärische Ausbildung in der DDR, in: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (Hrsg.): In Linie angetreten. Die Volksbildung der DDR in ausgewählten Kapiteln, Bd. II, Berlin, S. 211-315.
- Ders. 2004 (a): „Genosse Direktor, ich melde ...“. Zur Militarisierung der Volksbildung in der DDR, in: Horch und Guck, 13. Jg., H. 47, S. 39-47.
- Ders. 2004 (b): Nach dem Krieg ist vor dem Sieg. Wehrerziehung in der DDR von 1952 bis 1978, in: Widera, Thomas (Hrsg.): Pazifisten in Uniform. Die Bausoldaten im Spannungsfeld der SED-Politik 1964-1989, Göttingen, S. 43-73.
- Ders. 2006: Die Jugendpolitik der SED Anfang der sechziger Jahre. Zur historischen Einordnung der Jugendkommunikés, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, 10. Jg., H. 19, S. 27-40.
- Ders. 2014: Transformationen und Politisierungen der Jungen Gemeinden in der DDR – einige Beobachtungen, in: Jähnichen, Traugott u. a. (Hrsg.): Religiöse Jugendkulturen in den 1970er und 1980er Jahren. Entwicklungen – Wirkungen – Deutungen, Essen, S. 197-229.
- Schildt, Axel 1997: Gesellschaftliche Entwicklung, in: Informationen zur politischen Bildung. Deutschland in den fünfziger Jahren, o. Jg., H. 256, S. 3-10.
- Schmidt, Harald 1991: Jugend und Tourismus, in: Henning, Werner/Walter Friedrich (Hrsg.): Jugend in der DDR. Daten und Ergebnisse der Jugendforschung vor der Wende, Weinheim/München, S. 121-133.
- Schmieding, Leonard 2008: Das selbstgefertigte Ghetto-Outfit. HipHop-Mode in der DDR 1983-1990, in: Horch und Guck, 17. Jg., H. 3, S. 38-41.
- Schöne, Jens im Oktober/November 2012 bei einer Podiumsdiskussion, in: Apelt, Andreas H. u. a. (Hrsg.) 2013: Schöner Schein und Wirklichkeit. Die SED-Diktatur zwischen Repression, Anpassung und Widerstand, Berlin, S. 223-236.
- Schönfelder, Jan 2004: Gitarren und Knarren. Krawall auf dem Erfurter Pressefest, in: Kochan, Thomas/Michael Rauhut (Hrsg.): Bye bye, Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR, Berlin, S. 181-193.
- Schroeder, Klaus 2012: Anmerkungen zum Rechtsextremismus in Deutschland und Antworten auf die Fragen des 2. Untersuchungsausschusses für die Anhörung am 22. März 2012, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, 16. Jg., H. 32, S. 70-84.
- Schubarth, Wilfried 1991: Historisches Bewußtsein und historische Bildung in der DDR zwischen Anspruch und Realität, in: Henning, Werner/Walter Friedrich (Hrsg.): Jugend in der DDR. Daten und Ergebnisse der Jugendforschung vor der Wende, Weinheim/München, S. 27-39.

- Schuster, Ulrike 1995: Die SED-Jugendkommunikés von 1961-1963. Anmerkungen zur ostdeutschen Jugendpolitik vor und nach dem Mauerbau, in: Foitzek, Jan u. a. (Hrsg.): Jahrbuch für zeitgeschichtliche Jugendforschung, Berlin, S. 58-75.
- Schütz, Sigrid 2004: Die sozialistische Alternative. Jugendweihe, Religion und Nation in der DDR, in: Geyer, Michael/Hartmut Lehmann (Hrsg.): Religion und Nation. Nation und Religion. Beiträge zu einer unbewältigten Geschichte, Bd. III, Göttingen, S. 409-434.
- Dies. 2006: Rituale in der politischen Kultur der DDR: das Beispiel der Jugendweihe, in: Horch und Guck, 15. Jg., H. 56, S. 21-24.
- Schwarz, Hans-Peter 2010: Segmentäre Zäsuren. 1949-1989: Eine Außenpolitik der gleitenden Übergänge, in: Broszat, Martin (Hrsg.): Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München, S. 11-19.
- Seebacher-Brandt, Brigitte 1992: Die deutsch-deutschen Beziehungen: Eine Geschichte von Verlegenheiten, in: Jesse, Eckhard/Armin Mitter (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft, Bonn/Berlin, S. 15-41.
- Seeck, Anne 2012: Subkultur und Jugendopposition in der DDR, in: dies. (Hrsg.): Das Begehren, anders zu sein. Politische und kulturelle Dissidenz von 68 bis zum Scheitern der DDR, Münster, S. 116-138.
- Seiler, Lutz 1995: Organisation und Karriere. Die FDJ als Mäzen des literarischen Nachwuchses in den siebziger und achtziger Jahren. Vortrag, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Bd. III, 1, Baden-Baden, S. 529-546.
- Semler, Christian 2001: 1968 im Westen – was ging uns die DDR an?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 53. Jg., H. B 45, S. 3-5.
- Siegfried, Detlef 2005 (a): „Turn On, Turn In, Drop Out“. Gegenkulturen und Massenkultur in der westdeutschen Konsumgesellschaft der 60er Jahre, in: Deutschland Archiv, 38. Jg., H. 1, S. 64-70.
- Ders. 2005 (b): Unsere Woodstocks: Jugendkultur, Rockmusik und gesellschaftlicher Wandel um 1968, in: Stiftung Haus der Bundesrepublik Deutschland/Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Rock! Jugend und Musik in Deutschland, Berlin, S. 52-62.
- Skyba, Peter 2003: Massenorganisation ohne Massen. Jugendpolitik, Militarisierung und das Scheitern der FDJ, in: Hoffmann, Dierk u. a. (Hrsg.): Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre, München, S. 235-265.
- Ders. 2015: Die FDJ im Kreislauf von Krise und Reform – Jugendpolitik als Konfliktfeld von Herrschaft und Gesellschaft in der DDR, in: Totalitarismus und Demokratie, 12. Jg., H. 2, S. 269-287.
- Stahl, Heiner 2003: DT 64 – Vom Festivalradio zur Jugendsendung. Handlungsspielräume zwischen Blauhemd, Beatmusik und XI. Plenum, in: Rundfunk und Geschichte, 29. Jg., H. 3-4, S. 121-132.

- Ders. 2004: Agit-Pop. Das Jugendstudio DT 64 in den swingenden 60er Jahren, in: Arnold, Klaus/Christoph Classen (Hrsg.): Zwischen Pop und Propaganda. Radio in der DDR, Berlin, S. 209-229.
- Steiner, André 2003: Von „Hauptaufgabe“ zu „Hauptaufgabe“. Zur Wirtschaftsentwicklung der langen 60er Jahre in der DDR, in: Schildt, Axel u. a. (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften, 2. Aufl., Hamburg, S. 218-246.
- Stephan, Gerd-Rüdiger 1993: Die Reflexion des Zustands der DDR-Gesellschaft durch Studien des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, in: Institut für Jugendforschung (Hrsg.): Jahresbericht, Berlin, S. 225-249.
- Ders. 1994: Die Führung der FDJ und die Krise in der DDR in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, in: Gotschlich, Helga (Hrsg.): „Links und links und Schritt gehalten ...“. Die FDJ: Konzepte – Abläufe – Grenzen, Bd. I, Berlin, S. 311-326.
- Ders. 1995: „Wir brauchen Perestroika und Glasnost für die DDR“. Zur Reflexion des Zustands der Gesellschaft durch die Leipziger Jugendforschung 1987-1989, in: Deutschland Archiv, 28. Jg., H. 7, S. 721-733.
- Stiehler, Hans-Jörg 1991: Blicke in den Medienalltag Jugendlicher, in: Henning, Werner/Walter Friedrich (Hrsg.): Jugend in der DDR. Daten und Ergebnisse der Jugendforschung vor der Wende, Weinheim/München, S. 67-79.
- Stöver, Bernd 2004: Radio mit kalkuliertem Risiko. Der RIAS als US-Sender für die DDR 1946-1961, in: Arnold, Klaus/Christoph Classen (Hrsg.): Zwischen Pop und Propaganda. Radio in der DDR, Berlin, S. 209-229.
- Suckow, Michael 2004: Grün und blau schmückt die Sau. Der Stil der Szene, in: Kochan, Thomas/Michael Rauhut (Hrsg.): Bye bye, Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR, Berlin, S. 24-40.
- Suckut, Siegfried 2007: Seismographische Aufzeichnungen. Der Blick des MfS auf Staat und Gesellschaft in der DDR am Beispiel der Berichte an die SED-Führung 1976, in: Gieseke, Jens (Hrsg.): Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, Göttingen, S. 99-129.
- Süß, Walter 1993: Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, in: Deutschland Archiv, 26. Jg., H. 4, S. 388-406.
- Tenorth, Heinz-Elmar u. a. 1994: „Politisierung des Schulalltags in der DDR“. Skizze und erste Ergebnisse eines Forschungsvorhabens, in: Krüger, Heinz-Hermann/Winfried Marotzki (Hrsg.): Pädagogik und Erziehungsalltag in der DDR. Zwischen Systemvorgaben und Pluralität, Opladen, S. 209-233.
- Thöns, Kerstin 1996: DDR-Jugend auf „sozialistischem Kurs“. Zwischen Anpassung und Opposition am Ende der 50er Jahre, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert – der Fall DDR, Berlin, S. 171-191.
- Dies. 1999: SED-Kirchenpolitik, FDJ und protestantische Jugend 1957-1961, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Die DDR – Politik und Ideologie als Instrument, Berlin, S. 779-805.

- Trittel, Christina 2008: „Freude an Farbe und Form“. Die „sozialistische Bekleidungskultur“ in der DDR zwischen Anspruch und Realität, in: Horch und Guck, 17. Jg., H. 61, S. 4-7.
- Ueberschär, Ellen 1998: Der lange Atem der kirchlichen Jugendarbeit – Repression von Freizeiten und Rüstzeiten, in: Dähn, Horst/Helga Gotschlich (Hrsg.): „Und führe uns nicht in Versuchung ...“. Jugend im Spannungsfeld von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945 bis 1989, Bd. IV, Berlin, S. 168-184.
- Uhlendorff, Harald/Andreas Seidel 2001: Schule in Ostdeutschland aus elterlicher Sicht, in: Zeitschrift für Pädagogik, 47. Jg., H. 4, S. 501-516.
- Voigt, Heinz 2013: „Weg mit Ulbricht – gebt uns Freiheit und was zum Fressen!“ Vor fünfzig Jahren wurde in Jena eine jugendliche Widerstandsgruppe zerschlagen, in: Gerbergasse 18, 18. Jg., H. 3, S. 28-34.
- Vollmann, Heidi im März 1993, in: Öffentliche Anhörung Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit – 1. Teil. Protokoll der 31. Sitzung. Vorträge und Podium, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.) 1995: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Bd. III, 1, Baden-Baden, S. 202-273.
- Vollnhals, Clemens 2002: Denunziation und Strafverfolgung im Auftrag der „Partei“. Das Ministerium für Staatssicherheit in der DDR, in: ders./Jürgen Weber (Hrsg.): Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, München, S. 113-157.
- Völtz, Nicole 2010: 1989/90 – Friedliche Revolution und Wiederherstellung des Freistaates Sachsen, in: Eigenwill, Reinhard (Hrsg.): Zäsuren sächsischer Geschichte, Markkleeberg, S. 222-246.
- Voß, Peter 1999: Forschungen zur Freizeit der Jugend, in: Friedrich, Walter u. a. (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, Berlin, S. 352-373.
- Wagner, Mike 2005: Rap is in the house. HipHop in der DDR, in: Galenza, Ronald/Heinz Havemeister (Hrsg.): Wir wollen immer artig sein. Punk, New Wave, Hip-Hop und Independent-Szene in der DDR 1980-1990, Berlin, S. 601-623.
- Wagner, Ringo 2007: Wehrsport zwischen Tradition und Neuanfang. Die vormilitärische Erziehung in der DDR und ihre besondere Ausprägung in der Gesellschaft für Sport und Technik (GST), in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, 11. Jg., H. 22, S. 3-17.
- Wahl, Klaus 1993: Fremdenfeindlichkeit und Gewalt: ein Jugendproblem, in: Diskurs, 3. Jg., H. 1, S. 52-59.
- Waibel, Harry 1994: Jugendliche Rechtsextremisten in der DDR und die Reaktionen der FDJ, in: Gotschlich, Helga (Hrsg.): „Links und links und Schritt gehalten ...“. Die FDJ: Konzepte – Abläufe – Grenzen, Bd. I, Berlin, S. 276-290.
- Walter, Michael 1996: Die Funktionen der Freien Deutschen Jugend im politischen System der DDR, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert – der Fall DDR, Berlin, S. 193-215.

- Waterkamp, Dietmar 1990: Erziehung in der Schule, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Vergleich von Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik, Köln, S. 261-278.
- Weber, Hermann 1990: Freie Deutsche Jugend, in: ders./Martin Broszat (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, München, S. 665-691.
- Ders. 1997: Das I. Parlament in Brandenburg 1946 und die Entwicklung der FDJ. Erinnerung eines Zeitzeugen, Einschätzungen eines Historikers, in: Gotschlich, Helga u. a. (Hrsg.): Aber nicht im Gleichschritt. Zur Entstehung der Freien Deutschen Jugend, Bd. V, Berlin, S. 50-62.
- Weinholz, Erhard 2003: Langer Atem. Zur Geschichte der DDR-68er, in: Horch und Guck, 12. Jg., H. 42, S. 31-38.
- Weiß, Konrad 2011: Gebrochener Antifaschismus. Antisemitismus und Israelfeindschaft in der DDR, in: Horch und Guck, 20. Jg., H. 74, S. 26-32.
- Weißbrodt, Daniel 2004: Karneval in Wasungen. Das Volksfest als subkulturelles Happening, in: Kochan, Thomas/Michael Rauhut (Hrsg.): Bye bye, Lübben City. Blues-freaks, Tramps und Hippies in der DDR, Berlin, S. 249-267.
- Wensierski, Hans-Jürgen von 2000: Die Jugendweihe – Standardisierung und Ritualisierung der Jugendphase in der sozialistischen und postsozialistischen Gesellschaft, in: Griese, Hartmut M. (Hrsg.): Übergangsrituale im Jugendalter. Jugendweihe, Konfirmation, Firmierung und Alternativen. Positionen und Perspektiven am „runden Tisch“, Münster u. a., S. 69-83.
- Wentker, Hermann 1995: Die Einführung der Jugendweihe in der DDR: Hintergründe, Motive und Probleme, in: Mehringer, Hartmut (Hrsg.): Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, München, S. 139-167.
- Wenzke, Rüdiger 2005: Zwischen „Prager Frühling“ 1968 und Herbst 1989. Protestverhalten, Verweigerungsmuster und politische Verfolgung in der NVA der siebziger und achtziger Jahre, in: ders. (Hrsg.): Staatsfeinde in Uniform? Widerständiges Verhalten und politische Verfolgung in der NVA, Berlin, S. 199-429.
- Werkentin, Falco 2008: Das sozialistische Strafgesetzbuch der DDR vom Januar 1968, in: Deutschland Archiv, 41. Jg., H. 4, S. 645-655.
- Wesenberg, Denise 2003: X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 in Ost-Berlin. Kosten und Nutzen eines „antiimperialistischen“ Jugendfestivals, in: Deutschland Archiv, 36. Jg., H. 4, S. 651-659.
- Westphal, Heinz 1993: Jugendpolitik in Deutschland 1945-1955, in: Herrmann, Ulrich (Hrsg.): Jugendpolitik in der Nachkriegszeit. Zeitzeugen – Forschungsberichte – Dokumente, München, S. 21-25.
- Wicke, Peter 1995: Pop-Musik. Vortrag, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Bd. III, 1, Baden-Baden, S. 587-597.

- Ders. 1999: Zur Kunst in der DDR: Die Entwicklung der Unterhaltungsmusik in der DDR (Jazz, Rock) und im Transformationsprozeß, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“. Bildung, Wissenschaft, Kultur, Bd. IV, 2, Baden-Baden, S. 1873-1895.
- Widera, Thomas 2004: Bausoldaten in der DDR an der Wende von gesellschaftlicher Verweigerung zum politischen Protest, in: ders. (Hrsg.): Pazifisten in Uniform. Die Bausoldaten im Spannungsfeld der SED-Politik 1964-1989, Göttingen, S. 151-217.
- Ders. 2007: Aspekte der Benachteiligung von Bausoldaten im DDR-Bildungssystem, in: Horch und Guck, 16. Jg., H. 58, S. 48-51.
- Wiedemann, Dieter 1998: DDR-Jugend als Gegenstand empirischer Sozialforschung, in: Führ, Christoph/Carl-Ludwig Furck (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. 1945 bis zur Gegenwart. Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer, Bd. VI (zweiter Teilband), München, S. 117-137.
- Wiegmann, Ulrich 1991: Vom Widerspruch zwischen antifaschistischem Anspruch und Erziehungspraxis in der DDR, in: Pädagogik und Schulalltag, 46. Jg., H. 4, S. 401-409.
- Wierling, Dorothee 1993: Von der HJ zur FDJ?, in: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, oral history und Lebensverlaufsanalysen, 6. Jg., H. 1, S. 107-118.
- Dies. 1994: Die Jugend als innerer Feind. Konflikte in der Erziehungsdiktatur der 60er Jahre, in: Kaelble, Hartmut u. a. (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart, S. 404-425.
- Dies. 1997: Der Staat, die Jugend und der Westen. Texte zu Konflikten der 1960er Jahre, in: Lüdtke, Alf/Peter Becker (Hrsg.): Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin, S. 223-241.
- Dies. 2000: Warum es in der DDR keine explizite '68er-Generation gegeben hat, in: Horch und Guck, 9. Jg., H. 32, S. 57-59.
- Dies. 2003 (a): Erzieher und Erzogene. Zu Generationenprofilen in der DDR der 60er Jahre, in: Schildt, Axel u. a. (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften, 2. Aufl., Hamburg, S. 624-642.
- Dies. 2003 (b): Wie (er)findet man eine Generation? Das Beispiel des Geburtsjahrgangs 1949 in der DDR, in: Reulecke, Jürgen (Hrsg.): Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München, S. 217-229.
- Wilke, Manfred 2002: „Nur wer sich ändert bleibt sich treu“. Folgen der Biermann-Ausbürgerung im Westen, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, 6. Jg., H. 11, S. 29-37.
- Willmann, Frank 2009: Spiele der Gewalt. BFC-Hooligans auf Krawall gebürstet, in: Häußler, Ulrike/Marcus Merkel (Hrsg.): Vergnügen in der DDR, Berlin, S. 143-161.
- Wilms, Günter 2001: Gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle – Bildung in der DDR, in: Manz, Günter u. a. (Hrsg.): Sozialpolitik in der DDR. Ziele und Wirklichkeit, Berlin, S. 243-263.
- Wirsching, Andreas 2008: Die Mauer fällt. Das Ende des doppelten Deutschlands, in: Wengst, Udo/Hermann Wentker (Hrsg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin, S. 357-375.

- Wittenberg, Reinhard u. a. 1991: Antisemitismus in der ehemaligen DDR. Überraschende Ergebnisse der ersten Repräsentativ-Umfrage und einer Befragung von Jugendlichen in Jena, in: *Tribüne*, 30. Jg., H. 118, S. 102-120.
- Wolle, Stefan 1992 (a): Der Weg in den Zusammenbruch: Die DDR vom Januar bis zum Oktober 1989, in: Jesse, Eckhard/Armin Mitter (Hrsg.): *Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft*, Bonn/Berlin, S. 73-111.
- Ders. 1992 (b): Die DDR-Bevölkerung und der Prager Frühling, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 42. Jg., H. B 36, S. 35-45.
- Ders. 2001: Die versäumte Revolte: Die DDR und das Jahr 1968, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 51. Jg., H. B 22-23, S. 37-46.
- Ders. 2007: Fröhliche, Lieder, westdeutscher Quatsch und Prager Frühling. Die DDR-Universitäten im Jahre 1968, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat*, 11. Jg., H. 22, S. 18-33.
- Wunnicke, Manfred 2008: Fernziel Zivilgesellschaft. Die Selbstorganisation der kirchlichen Basisgruppen in der DDR, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat*, 12. Jg., H. 23, S. 113-135.
- Wunschik, Tobias 2012: Hinter doppelten Mauern. Die Gefängnisse der DDR nach dem 13. August 1961, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): *Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall*, 2. Aufl., Berlin, S. 551-567.
- Wurschi, Peter 2012: Subkulturelles Verhalten in der DDR. Zwischen Anpassung und Opposition, in: *LaG-Magazin*, o. Jg., H. 6, S. 8-9.
- Zeng, Matthias 2005: „Asoziale“ – moralische und politische Kategorie im Kampf gegen das Andere im „real existierenden Sozialismus“ der DDR, in: *Horch und Guck*, 14. Jg., H. 52, S. 4-6.
- Zilch, Dorle 1992: Die FDJ – Mitgliedszahlen und Strukturen, in: *Jugendwerk der Deutschen Shell* (Hrsg.): *Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland*, Bd. III, Opladen, S. 61-81.
- Dies. 1996: Wer war die FDJ? Untersuchungen zur demographischen, sozialen und politischen Struktur der Mitglieder des Jugendverbandes der DDR – einschließlich seiner Funktionäre, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): *Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert – der Fall DDR*, Berlin, S. 215-227.
- Zimmermann, Peter 1991: Aufwachsen mit Rockmusik – Rockgeschichte und Sozialisation, in: Preuss-Lausitz, Ulf (Hrsg.): *Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder. Zur Sozialisationsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg*, 3. Aufl., Weinheim/Basel, S. 107-127.
- Zwahr, Hartmut 1994: Umbruch durch Ausbruch und Aufbruch: Die DDR auf dem Höhepunkt der Staatskrise 1989. Mit Exkursen zu Ausreise und Flucht sowie einer ostdeutschen Generationenübersicht, in: Kaelble, Hartmut u. a. (Hrsg.): *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart, S. 426-469.

